

Andreas Kranebitter
Christoph Reinprecht (Hg.)

Die Soziologie und der Nationalsozialismus in Österreich

[transcript] sozialtheorie

Andreas Kranebitter, Christoph Reinprecht (Hg.)
Die Soziologie und der Nationalsozialismus in Österreich

Sozialtheorie

Andreas Kranebitter, Soziologe und Politologe in Wien, ist Leiter der Forschungsstelle der KZ-Gedenkstätte Mauthausen. Er war Fellow am Institut für Soziologie der Universität Wien. Seine Forschungsinteressen sind KZ- und NS-Forschung, Geschichte der Soziologie und historische Soziologie.

Christoph Reinprecht ist Professor für Soziologie an der Universität Wien, Assoziierter Wissenschaftler am Centre de la Recherche sur L'Habitat in Paris und Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung. Seine Forschungsinteressen sind Migration und Stadtforschung, soziale Ungleichheit und politische Soziologie sowie die Geschichte der Soziologie, im Speziellen der Konstitution des sozialen Felds der empirischen Soziologie in Wien.

ANDREAS KRANEBITTER, CHRISTOPH REINPRECHT (HG.)

Die Soziologie und der Nationalsozialismus in Österreich

[transcript]

Gedruckt mit Unterstützung von

ZukunftsFonds

der Republik Österreich

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 4.0 Lizenz (BY-NC-ND). Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Um Genehmigungen für Adaptionen, Übersetzungen, Derivate oder Wiederverwendung zu kommerziellen Zwecken einzuholen, wenden Sie sich bitte an rights@transcript-publishing.com

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2019 im transcript Verlag, Bielefeld

© Andreas Kranebitter, Christoph Reinprecht (Hg.)

Umschlaggestaltung: Juma Hauser

Korrektur & Lektorat: Katharina Kniefacz

Satz: Bernhard Amanshauser

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-4733-4

PDF-ISBN 978-3-8394-4733-8

<https://doi.org/10.14361/9783839447338>

Buchreihen-ISSN: 2703-1691

Buchreihen-eISSN: 2747-3007

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

Soziologie und Nationalsozialismus in Österreich. Eine Einleitung

Andreas Kranebitter und Christoph Reinprecht | 9

ENTGRENZUNGEN UND GRENZZIEHUNGEN

Nationalsozialismus und Soziologie

Vom Sinn der Intensivierung eines komplexen Verhältnisses

Maja Suderland und Michaela Christ | 61

Endgültige Zurückweisung der These, dass es während der NS-Zeit eine Soziologie gab

Christian Fleck | 71

Bezugnahmen auf Wissenschaft im Nationalsozialismus:

Das Beispiel der Psychologie

Gerhard Benetka | 93

»Deutsch-arische Gäste willkommen.« Zu Historikern und Historikerinnen und dem Nationalsozialismus in Österreich

Albert Müller | 115

Junge Politikwissenschaft und alte Nazis

Nationalsozialismus als Forschungsthema in der Gründungsphase der österreichischen Politikwissenschaft

Tamara Ehs | 131

Das Beispiel Konstantin Radaković

Zur Schnittstelle zwischen Philosophie und Soziologie im Kontext des Nationalsozialismus

Anna Klieber | 153

KONTAMINATIONEN

Gesellschaftslehre zwischen Krucken- und Hakenkreuz

Einfluss und Wirken des Kreises um Othmar Spann

Andreas Huber | 173

Alles auf Schienerl? Adolf Günther, Walther Schienerl und das Erbe der NS-Soziologie in Wien

Andreas Kranebitter | 191

Zeugnisse des Umbruchs und der Kontinuität

Staatswissenschaftliche Dissertationen und deren Beurteilungen 1938–1948

Fabian Kalleitner, Anna Fassl und Simone Tamara Feichter | 223

»Organisieren« als kontaminierte Kategorie von Othmar Spann

Michaela Pfadenhauer | 245

Der Fall Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld

Vom Liberalismus zum Nationalsozialismus

Takemitsu Morikawa | 263

Bilder trennen und Bilder verbinden: Wege der Wiener Bildstatistik (1934–1945)

Günther Sandner | 281

DURCHDRINGUNGEN

Karl Polanyis Faschismustheorie

Mathieu Desan und Gareth Dale | 301

Engagierte Wissenschaft. Die Sozialwissenschaftlerin Käthe Leichter

Veronika Duma | 329

Alfred Klahrs *Gegen den deutschen Chauvinismus* – eine im Konzentrationslager Auschwitz verfasste Analyse

Brigitte Bailer | 343

Bewertungen der NS-Vergangenheit und Antisemitismus:

Einstellungsforschung in Österreich 1945–1948

Hilde Weiss | 355

***Austria and After*. Franz Borkenau's historische Kulturosoziologie Österreichs als Vorgeschichte zum 13. März 1938**

Peter Fischer | 377

Soziologische Forschung zu Rechtsextremismus in Österreich nach 1945

Saskja Schindler, Carina Altreiter, Michael Duncan und Jörg Flecker | 397

TRANSMISSIONEN

Lange Schatten: Das Erbe der Nachkriegssoziologie

Christoph Reinprecht | 429

Gedächtnisorte des Widerstands

Zur Bedeutung von Kollektiven in intergenerationalen Erinnerungsprozessen

Maria Pohn-Lauggas | 459

»Anti-Rassismus«. Die deutschsprachige Migrationsforschung und das schwierige Erbe des Nationalsozialismus

Kenneth Horvath | 479

Erinnerungskultur und Geschichtskultur

Waltraud Kannonier-Finster und Meinrad Ziegler | 495

Diskursmodernisierungen durch die Identitäre Bewegung und die Junge Alternative im Verhältnis zu früheren Gruppen der extremen Rechten

Alia Wielens, Matti-Léon Klieme und Lena Inowlocki | 511

Sekundärer Antisemitismus – Aktualisierung eines Beitrags der Kritischen Theorie zur Nachkriegssoziologie

Karin Stögner | 535

Frühe empirische Sozialforschung in Österreich nach 1945

Zur Bedeutung von Paul Felix Lazarsfeld und Paul Martin Neurath

Anton Amann | 553

ANHANG

AutorInnenverzeichnis | 575

Namensverzeichnis | 579

Soziologie und Nationalsozialismus in Österreich. Eine Einleitung

Andreas Kranebitter und Christoph Reinprecht

Von Distanzierungen, Pathologisierungen und Normalisierungen

Die International Sociological Association (ISA) veranstaltet ihren IX. Weltkongress 1978 in Uppsala, Schweden. Elmer Luchterhand, Professor für Soziologie am Brooklyn College in New York, präsentiert ein Paper zu *The Focused Life History in Studying Involvement in a Genocidal Situation in Nazi Germany* (Luchterhand und Wieland 1978). Er berichtet von 72 Interviews mit Menschen, die sich kaum 30 Jahre zuvor in der kleinen hessischen Stadt Hersbruck befunden haben – konkreter: Menschen, deren Biografien mit NS-Zwangslagern in Hersbruck verbunden sind, vor allem einem der größten Außenlager des KZ Flossenbürg im Ort. Luchterhand hat nicht nur Überlebende des Lagers interviewt, sondern auch SS-Angehörige und Menschen der Umgebung, die man in der Geschichtswissenschaft später als »bystanders« bezeichnen sollte – in anderen Worten ein multiperspektivisches Interviewsample an einem der Orte der nationalsozialistischen Massenverbrechen zusammengestellt, das in der NS-Forschung selten bleiben sollte (vgl. Kranebitter 2017; Kranebitter und Fleck 2018). Der US-amerikanische Soziologie-Professor hat 1945 als Offizier der U.S. Army selbst an der Befreiung dieses Lagers teilgenommen, dann weitere sieben Zwangslager unmittelbar nach ihrer Befreiung besucht, um als Intelligence Officer über die Befreiung zu berichten. Lange Zeit hat er dabei auch in Österreich verbracht, zahllose ZeitzeugInnen in Mauthausen und Gusen interviewt, aber auch in den kleinen oberösterreichischen Ortschaften, durch die Todesmärsche ungarisch-jüdischer ZwangsarbeiterInnen geschleust worden sind. Seine Tätigkeit als Nachrichtenoffizier hat sein Interesse an der Sozialpsychologie und Soziologie entfacht; bis zu seinem Tod 1998 bleibt die Erforschung des Nationalsozialismus sein zentrales Anliegen.

Der Vortrag in Uppsala 1978 wird interessiert aufgenommen, Luchterhand vom Vorsitzenden des Medical Research Committee gebeten, ihn in der Sektionssitzung tags darauf zu wiederholen. Nach diesem zweiten Vortrag herrscht Stille im Raum –

bis sich ein Kollege erhebt und die Bitte an das Publikum richtet, »eine Schweigeminute in Anerkennung meines Forschungsprojekts einzuhalten«, wie Luchterhand später dem Historiker George Mosse berichten wird.¹ Interaktionsrituale von KonferenzteilnehmerInnen sind ein soziologisch erforschbares Kapitel für sich (Goffman 1986; Collins 2015). Schweigeminuten für Forschungsvorhaben gehören auf wissenschaftlichen Konferenzen nicht zum Standardrepertoire möglicher Interaktionsrituale. Sie verweisen vielmehr, als Symptom, auf eine unüblich emotionale Reaktionsweise, die durchaus mit einem allgemeinen Schweigen, einer Nicht-Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus zu tun hat. Die Reaktion drücke für ihn gleichzeitig allgemeines Interesse und spezifisches Unvermögen im Umgang mit diesem Forschungsthema aus, schreibt Luchterhand seinem Dekan: »Das lange Schweigen von Forschenden in der Soziologie und Psychologie in diesem Forschungsbereich ist etwas, auf das ich mich schon lange einstellen musste. Diese besondere Stille war eine überwältigende Überraschung.«²

Das symptomatische Schweigen zum Nationalsozialismus ist, wie dieses Beispiel zeigt, kein deutschsprachiges Spezifikum. Auch die angloamerikanische Soziologie konnte mit dem Nationalsozialismus als potenziellem Objekt ihrer Forschung wenig anfangen (vgl. Bauman 1988; Bannister 1992; Turner und Käsler 1992; Gerson und Wolf 2007; Halpert 2007; Berger 2012). Das Schweigen beschränkte sich auch keineswegs auf den Nationalsozialismus als historische Zäsur des 20. Jahrhunderts allein, sondern wurde vielfach auch für alle sozialen Tatsachen konstatiert, die in Alltag wie Wissenschaft meist als »Unregelmäßigkeiten« und »Krisenerscheinungen« zu Ausnahmen einer sozialen Normalität erklärt wurden. Auch zu Gewalt (Trotha 1997; Heitmeyer und Soeffner 2004), Krieg (Joas und Knöbl 2008), Genozid (Sémelin 2007; Friedrich 2012) oder Kolonialismus (Steinmetz 2017) wusste die Soziologie oft erstaunlich wenig zu sagen. Die Gründe dafür sind vielfältig und bedürfen einer detaillierten Untersuchung, die in Bänden wie diesem dokumentiert werden soll.

Erstens geht es dabei um die Kontaminierung der SoziologInnen selbst, also um ihre eigenen biografischen Verstrickungen in das NS-Regime. Das soziologische Schweigen zum Nationalsozialismus ist Teil eines transdisziplinären (und internationalen) Schweigens. Die Debatte hat allerdings einen anderen Charakter, wenn es um die postnationalsozialistischen Gesellschaften Österreichs, der BRD und der DDR geht. Die Verstrickungen der einen und Traumatisierungen der anderen SoziologInnen wurden für Österreich bislang noch nicht vollständig aufgearbeitet und sys-

1 | Brooklyn College Archives and Special Collections, Elmer G. Luchterhand Papers, Accession #2001-005 (BC Archives, Elmer G. Luchterhand Papers), Sub-Group IV, Series 11/12/13, Box 18, Schreiben von Elmer Luchterhand an George L. Mosse, 28. August 1978.

2 | Ebd., Elmer Luchterhand an den Vice-President and Provost of Brooklyn College, Donald R. Reich, 31. August 1978. Luchterhand deutete dieses Schweigen dennoch auch als immer noch vorhandenes Interesse an einer Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus: »Ich erwähne diese Aufnahme nur, um zu bekräftigen [...], dass das Interesse an der Untersuchung der eigenartigen Destruktivität der deutschen Variante des Faschismus noch lange nicht vorbei ist« (ebd.).

tematisch mit der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Beziehung gesetzt. Grob gesprochen, teilt sich der Forschungsstand zu Soziologie und Nationalsozialismus in Österreich in eine reichhaltige Exilforschung (z. B. Amann 1987; Stadler 1987/1988; Fleck 1987; 2007; 2015), vereinzelt, oftmals anlassbezogenen Arbeiten zur Universitätsgeschichte (z. B. Fleck 1985; Grandner, Heiss und Rathkolb 2005; Olechowski, Ehs und Staudigl-Ciechowicz 2014; Norden, Reinprecht und Froschauer 2015) sowie in Biografien und Kollektivbiografien (z. B. Mozetič 1992; Huber 2015; 2016). In der österreichischen Soziologie galt und gilt allerdings als ausgemacht, dass sie im Nationalsozialismus nur »in Nischen überlebte« (Langer 1988: 27). Was u. a. Hans-Georg Soeffner in der deutschen Debatte als Legende bezeichnet – »Die Legende von der Unschuld durch Auswanderung und Vertreibung der Soziologie aus dem Dritten Reich. Sie erhebt eine Teilwahrheit zur ganzen Wahrheit« (Soeffner 2015: 11; vgl. auch Kaesler 1997: 20) – ist für Österreich, wie dieser Band dokumentiert, mit gutem Grund kontroverser als in Deutschland diskutiert worden.

Zweitens hat das große Schweigen aber jenseits biografischer Ursachen auch strukturelle, epistemologische Gründe. Es waren nicht zuletzt implizite Annahmen und hegemoniale Denkmodelle der Soziologie selbst, die eine Thematisierung des Nationalsozialismus verhinderten. Michaela Christ wies jüngst auf diese epistemologischen Hindernisse hin: Die Modernisierungstheorie ließe sich als hegemoniale Theorie »nicht mit Krieg und Massenmord zur Deckung bringen« (Christ 2011: 421), die eben nur als Betriebsunfälle konzipiert werden könnten; und unter der Annahme einer grundlegenden Rationalität des Handelns könne etwa vordergründig »sinnlose«, »autotelische Gewalt« (ebd.: 423) nicht erklärt, sondern nur pathologisiert und damit zum Werk von SadistInnen mystifiziert werden – wenn Gewalt aber kein abweichendes, sondern gesellschaftskonstituierendes Verhalten sei, könne es mit herkömmlichen soziologischen Konzepten nicht gedeutet werden. Modernisierungstheorie und Rationalitätsparadigma verweisen auf grundlegende »Normalitätsannahmen« in der Soziologie, die von einer Regelmäßigkeit und Vorhersagbarkeit des Sozialen ausgehen – damit aber auf das generelle Problem eines methodologischen Positivismus als »spontaner Philosophie« der Soziologie, der von empirisch beobachtbaren, stets konstanten sozialen Beziehungen ausgeht, als »regularity determinism« ahistorisch verfährt und Krisensituationen nicht wahrnehmen kann (vgl. Steinmetz 2005a: 33–36; 2005b: 285). Der soziologische Mainstream konnte den Nationalsozialismus insofern nur als »Zivilisationsbruch« denken, also als Ausnahme und Betriebsunfall. AutorInnen, die ihn nicht als »Barbarei«, sondern als intrinsischen Teil oder zumindest als andere Seite der Moderne konzeptionalisierten, wurden meist prominent ignoriert (Horkheimer und Adorno 1969; Bauman 1992; Miller und Soeffner 1996).

Inmitten dieses doppelten Schweigens bricht sich die Debatte zu »Soziologie und Nationalsozialismus« seit 1945 allerdings immer wieder Bahn. Das ist nicht paradox: Es wurde zu verdrängen versucht, was sich nicht verdrängen lässt. Verdrängen bedeutet unbewusst machen. Unbewusst gemacht wurden »die latente, aber umso wirkksamere Identifikation mit der Herrschaft« und »die destruktiven Tendenzen, die in dieser Wissenschaftsform vorliegen« (Erdheim und Nadig 1987: 165). So war der Na-

tionalsozialismus nach 1945 zwar präsent, aber eben nicht als Forschungsgegenstand, sondern als Bezugspunkt eines normativ gedachten Begründungszusammenhangs etwa für modernisierungstheoretisch angelegte Entwicklungstheorien. Unbewusst gemacht wurden aber auch die persönlichen, ideellen und materiellen Verstrickungen. Was in der Latenz der Soziologie verdrängt liegt, entwickelt von Zeit zu Zeit ein destruktives Potenzial. Das Gegenstück zum nicht mehr nur »betretene[n]«, sondern »aggressive[n] Schweigen« (Schöttler 1997: 12) waren insofern emotionale Eruptionen, wie sie sich etwa in der eingangs erwähnten Szene manifestierten. Die Emotionalität konnte verschiedene Formen annehmen. In den Spalten der offiziellen Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS), *Soziologie*, warf Dirk Kaesler etwa 1997 Carsten Klingemann vor, mit seiner »subtile[n] Anschwärzung« Alfred Webers denunzierende, »pseudo-moralische Exekutionen« zu unternehmen (Kaesler 1997: 25–26). Klingemann fühlte sich als »Nazijäger« vom »Oberförster« der Soziologie »gejagt« (Klingemann 1997: 33) und konstatierte eine »hysterische Reaktion« auf sein Buch (ebd.: 40). Auch anschließende Beiträge operierten auf dem »Niveau der Ehre« (Rammstedt 1997: 56). Jahrzehnte später schafften es die fachinternen Debatten erneut in Printmedien wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ): Zunächst hatte Stefan Deißler die vielschichtige und uneindeutige Debatte auf den Streit zwischen zwei Fraktionen reduziert, deren eine sich mehr mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen wolle und deren andere eine besondere Zuständigkeit der Soziologie für die NS-Forschung zurückweise (Deißler 2013). Das nahm der Bielefelder Soziologe Stefan Kühl in der FAZ zum Anlass, der Soziologie einen »letzte[n] kläglich[n] Versuch der Verdrängung« ihrer Geschichte zu attestieren (Kühl 2013a). Im Gegensatz zu so gut wie allen anderen Wissenschaften versteckte sich die Soziologie immer noch hinter einem Mythos der Nicht-Existenz im Nationalsozialismus und erkläre sich zudem für jede Auseinandersetzung gerne für unzuständig, was in anderen Wissenschaften nicht mehr möglich sei. (Allerdings könnte mit gutem Grund vermutet werden, dass auch ein Artikel, der bei aller berechtigten Kritik an der »Unzuständigkeitserklärung« Masterpläne der Verdrängung konstatiert, in anderen Wissenschaften nicht mehr möglich wäre oder sich in den Spalten der FAZ wiederfände.)

Die in der Debatte zu beobachtenden Reduktionismen und falschen Antinomien (Bourdieu 1976) – Unzuständigkeitserklärung vs. Debattenverweigerungsunterstellung, mehr vs. weniger Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, die NS-Soziologie sei Soziologie oder nicht, Wissenschaft oder nicht, Empirie oder Theorie, usw. – zeigen jedenfalls, dass die Debatte ins Herz der Soziologie trifft und an ihrer Identität rüttelt. SoziologInnen beschäftigten sich wohl nicht zufällig dann mit dem Nationalsozialismus, wenn die Soziologie selbst in der Krise war oder eine derartige Krise der Soziologie konstatiert wurde (vgl. Albrecht 1998; Kranebitter und Horvath 2015).³ Die beschriebenen Missverständnisse, Eruptionen und Konfrontationen sind

3 | Auch Helmut Schelsky leitete 1981 seine Antwort auf eine Darstellung der deutschen Soziologie nach 1945 von M. Rainer Lepsius (Lepsius 2017) mit der These ein, dass sich die Soziologie »in einem Zustand der geistigen Ermattung (Frustration) und Einfallslosigkeit« (Schelsky 1981: 14)

Symptom für Erklärungsbedürftiges, Tieferliegendes, zumal in einer Wissenschaft, in der »[h]eftige Auseinandersetzungen [...] Seltenheitswert« (Lautmann 1997: 4) haben. Sie sind Ausdruck davon, dass es hier um Verhandlungen über die *Identität* des Faches Soziologie geht. Die Diskussion eruptierte immer dann, wenn die Institutionalisierung der Soziologie selbst zur Debatte stand: 1946 etwa, als der DGS-Präsident Leopold von Wiese seinen vielzitierten medizinischen (und daher anti-soziologischen) Vergleich des Nationalsozialismus mit der Pest in den Raum stellte – »Und doch kam die Pest über den Menschen von außen, unvorbereitet, als ein heimtückischer Überfall. Das ist ein metaphysisches Geheimnis, an das der Soziologe nicht zu rühren vermag« (Wiese 1948) –, womit nicht einfach nur ein »Vergessen«, sondern ein aktiv eingefordertes Verdrängen eingeläutet wurde und das als Unzuständigkeits-erklärung verkleidete Denkverbot etabliert war (vgl. Christ 2011: 413; van Dyk und Schauer 2015: 151–152); oder im Jahr 1958, als die Confédération Internationale de Sociologie einen Kongress in Nürnberg veranstalten wollte, wobei die vom ehemals eifrigen Nationalsozialisten Hans Freyer geführte deutsche Sektion als Konkurrenz zu DGS und ISA auftrat, über Gunther Ipsen, Karl-Heinz Pfeffer, Karl Valentin Müller und Freyer beinahe die DGS sprengte und Helmut Schelsky infolgedessen aus deren Vorstand austrat (vgl. Dahrendorf 1967: 99–101; Schäfer 2014: 146; Lepsius 2017: 110–111). Aus dieser Episode und der anschließenden, nicht-öffentlichen und letztlich erfolglosen »Aussprache« auf dem Jagdschloss Niederwald im Oktober 1960 entstanden einerseits Beiträge wie jener von Heinz Maus (Maus 1959), andererseits aber auch nicht weniger als der Positivismusstreit sozusagen als »proxy war« (Lepsius 2017: 111). Debattenbeiträge, die auf einschlägige Buch-Neuerscheinungen folgten (v. a. Rammstedt 1988; Klingemann 1996), wurden auf Konferenzen wie dem Deutsch-Österreichisch-Schweizerischen Soziologentag 1988 geführt (vgl. Kaesler 1997: 21) – so auch die jüngsten Debatten auf den Kongressen der DGS (2012) und der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie (ÖGS) (2013). Auch hier ging es schon im Konferenztitel um (Identitäts-)Krisen⁴ und um tatsächliche oder vermeintliche

befinde und deshalb in ihrer Geschichte – verunglimpft als »Facharchivierung« (vgl. ebd.: 11) – nach Antworten suche.

4 | Der Einleitungstext zum 2013 in Linz stattgefundenen Kongress der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie, der unter dem Titel *Krisen in der Gesellschaft – Gesellschaft in der Krise* die spätestens seit der umfassenden Wirtschaftskrise 2008 virulente(n) Krise(n) zum Thema hatte, konstatierte dabei ebenfalls die Frage der Angemessenheit soziologischer Theoremen und Methoden für die Erforschung und Erfassung der »Krise«: »Da Krisenphänomene die Regelmäßigkeit und relative Vorhersagbarkeit gesellschaftlicher Vorgänge durchbrechen, bringen sie häufig auch Erklärungsmodelle und theoretische Ansätze, welche zu sehr an diesen ›Normalzustand‹ angepasst sind, unter Veränderungs- und Adaptierungsdruck. Es stellt sich daher auch die Frage, ob die Soziologie derzeit überhaupt theoretisch, methodisch, aber auch infrastrukturell in der Lage ist, gesellschaftliche Krisenphänomene zu analysieren und Lösungsansätze zu erarbeiten, oder ob sie sich selbst in einer Deutungs- und Entwicklungskrise befinde.« Auf dem Kongress diskutierten Kenneth Horvath (Karlsruhe) und Andreas Kranebitter (Wien) die Frage des Nationalsozialismus als Krise der Soziologie mit Michaela Christ (Flensburg), Christian Fleck (Graz) und Christoph Reinprecht (Wien).

Institutionalisierungen, wenn auch nur in Form des häufig zu hörenden Dementis, keine neue Bindestrich-Soziologie etablieren zu wollen.

Wolf Lepenies versammelte in seiner mehrbändigen Edition zur *Geschichte der Soziologie* (Lepenies 1981a) Beiträge, die sich erstens mit soziologischen Paradigmen, Forschungsthemen und Methoden, zweitens mit Institutionalisierungsversuchen und drittens mit Versuchen der disziplinären Vergangenheitsrekonstruktion auseinandersetzten (vgl. Lepenies 1981b: i). Den ersten Bereich nannte er die kognitive, den zweiten die soziale und den dritten die historische Identität der Soziologie (ebd.). Der Blick in die Geschichte der Soziologie ist von dieser dreifachen Identität begründet, die Trias anders gesagt untrennbar miteinander verbunden (Habermas 1992). Gerade das macht die Frage nach dem Verhältnis von Soziologie und Nationalsozialismus so brisant – im Hinterfragen der historischen Identität(skonstruktion) steht die soziale und kognitive Identität des Faches zur Disposition. Der Blick in die Geschichte der Soziologie wird zudem in den allermeisten Fällen mit positivem Affekthaushalt ausgeführt. Soziologiegeschichte betreibe man meist, so Christian Dayé und Stephan Moebius kürzlich, als selbstgenügsamen Selbstzweck, in identitätsstabilisierender Funktion zur diskursiven Bildung einer disziplinären Identität (»Klassikergeschichte«), um der Historizität des Gegenstands gerecht zu werden (»sozialer Wandel«), als Geschichte der Verirrungen und Verwerfungen, wobei die Aktualisierung »vergessener« Trends herrschende Bilder ins Wanken bringen könne, zur »Informierung« gegenwärtiger Soziologie als »Arbeitsgedächtnis« oder zur Beobachtung vergangener Selbstbeschreibungen, quasi als Reflexionsgeschichte der jeweiligen Gesellschaft (vgl. dazu Dayé und Moebius 2015; vgl. auch Lepenies 1981b: xxxvi– xxxvii). Beinahe alle dieser gängigen Forschungsmotive lassen aber ebenso Auseinandersetzungen mit der Fachgeschichte im Nationalsozialismus wie mit den vergangenen Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus obsolet werden oder stellen sie unter Revisionismusverdacht: Wer will schon dem höchst dubiosen Hobby frönen, sich zum Selbstzweck mit NS-Soziologen zu beschäftigen, wer will diese schon als vergessene Klassiker aktualisieren und in den Pantheon der kanonischen, großen Männer der Soziologie erheben, mit ihnen herrschende Bilder ins Wanken bringen, wer will heutige Forschungen mit dem »Arbeitsgedächtnis« von NS-Konzepten informieren? Der Verdacht, dass die Auseinandersetzung mit der Soziologie im Nationalsozialismus tatsächlich zu ihrer Rehabilitierung beitragen will, ist mit Blick auf die Debatte um Helmut Schelsky nicht aus der Luft gegriffen, auf die hier nur verwiesen werden kann (vgl. Schelsky 1981; Weyer 1984; König 1987; Lepsius 2017). Sie ist aber für die Mehrzahl der Beiträge unangebracht und etabliert Denkverbote und Tabus. Wenn René König, um ein prominentes Beispiel zu wählen, einem grundpositiven Soziologiebegriff folgend davon schreibt, dass er all jene als »Mitarbeiter am gleichen Bau ansehe, wenn sie nur Qualitätsbewußtsein bewahren« (König 1987: 345), kann das im Umkehrschluss nur darauf hinauslaufen, allem im Nationalsozialismus als Soziologie Daherkommenden vehement das Etikett »Soziologie« zu verweigern und »Soziologie und Un-Soziologie klar voneinander zu unterscheiden« (ebd.: 386) – dann gibt es in dieser Perspektive nur »viele Soziologen, aber keine Soziologie« (ebd.: 410). Diese moralische Perspektive

ist jahrzehntelang die hegemoniale, diverse epistemologische Schulen und politische Lager verbindende historische Identitätskonstruktion der deutschsprachigen Soziologie: Sie findet sich in Adornos Diktum von der »Feindschaft des Hitler und seiner intellektuellen Fronvögte gegen die Soziologie als Wissenschaft« (Adorno 1972: 500) bis zu Uta Gerhardts Formulierung, dass »Soziologen, die sich einem Terrorregime wie jenem des Nationalsozialismus irgendwie beugten oder einordneten, offenkundig nicht mehr für sich beanspruchen können, als Vertreter der Wissenschaft Soziologie heute noch ernstgenommen zu werden« (Gerhardt 1998: 5). Ist Soziologie nicht kritisch oder moralisch auf der richtigen Seite, ist sie nicht Soziologie. Damit wird wie in jeder Wissenschaft Unbequemes als »Pseudowissenschaft« ausgeschlossen – einem »politische[n] Kampfbegriff« (Hagner 2008: 22), der vor allem zur eigenen Immunisierung führen soll: »Diese Ausgrenzung einer kleinen Minderheit hatte eine Entlastungsfunktion für die Wissenschaften selbst, die sich damit weiterhin als interesselos, wertfrei und moralisch nicht beurteilbar darstellen konnten« (ebd.: 25). Die Schwierigkeit liegt nun darin: Die Beschäftigung mit dem praktischerweise als Pseudowissenschaft Ausgegrenzten soll nicht diese Pseudowissenschaft rehabilitieren, diese auch nur als »Fachwissen« »ernst nehmen«, sondern den gegenwärtigen Zustand und die gegenwärtigen Kompromisskonstellationen der Ausgrenzenden selbst (selbst)kritisch reflektieren. Die Beschäftigung mit der Soziologie *im* Nationalsozialismus und der (weitgehend ignorierten) soziologischen Forschungen *zum* Nationalsozialismus ist dann eine »Anamnesis der Genese« (Sohn-Rethel 1978: 96; vgl. Dahmer 2001: 8), ein Aufbrechen erstarrter und verdinglichter sozialer Institutionen und Kompromisskonstellationen. Es geht somit um den aktuellen Zustand der Soziologie, um eine Soziologie der Soziologie, nicht um Historisierungen.

Eines der beschriebenen Missverständnisse betraf die Frage der »Normalisierung« in der Debatte um das Verhältnis von Soziologie und Nationalsozialismus. Kühl hatte konstatiert, dass die »Soziologie [...] bei der Behandlung des Themas Nationalsozialismus quasi im Normalbetrieb laufen« könne (Kühl 2013b: 6). Dieses Postulat paraphrasierte Michael Becker als geforderte »Normalisierung« und verglich sie mit der im sogenannten Historikerstreit verlangten »Historisierung« des Nationalsozialismus – damals eine Forderung, mit der Ernst Nolte und andere auf revisionistische Weise die »Einordnung« des Nationalsozialismus in den Lauf der Geschichte meinten.

»Auf nichts anderes als eine solche »Historisierung« aber läuft die Normalisierungs-Forderung hinaus. So gesehen ist diese Forderung, die vermeintlich bloß eine überfällige Entwicklung konstatiert, selbst ein hochgradig wertbesetzter Eingriff in das disziplinäre Selbstverständnis« (Becker 2014: 271)

und impliziere eine bestimmte Deutung des Nationalsozialismus. Jenseits dieses erwartbaren Revisionismusverdachts kann diese Diskussion dennoch eine notwendige Entemotionalisierung einleiten: Nicht Selbst-Distanzierung, sondern Distanzgewinnung könnte eine Forderung für eine produktive Auseinandersetzung sein. Mit Harald Welzer kann es bei der Forderung um eine »Normalisierung« auch um den

Abbau von Distanz zum Forschungsobjekt gehen, die die Forschenden von ihren Forschungen trennt (vgl. Welzer 1997: 7–26). Nach dem Krieg wurde die Beschäftigung mit Nationalsozialismus und Holocaust – in allen Disziplinen, auch der Geschichtswissenschaft – zu einem Monument, an das nicht nur der Soziologe »nicht zu rühren vermag«. Die Reflexion dieser Distanz ist die Voraussetzung für die Debatte. Der Vorteil der Soziologie besteht dabei darin, dass sie als zu spät gekommene Disziplin auf andere Fächer und Forschungsgebiete schielen kann, in denen ähnliche Debatten seit Langem geführt werden. Um hier in aller Kürze nur ein Beispiel zu nennen: In den geschichtswissenschaftlichen Kontroversen zur Gestapo-Forschung bedeutete »Normalisierung« nicht, die Gestapo normativ normal zu finden, sondern umgekehrt zu entmystifizieren, d. h. den von der Gestapo selbst verbreiteten Mythos des Allmachtsapparats zu zerstören und den Blick darauf zu lenken, dass ihr Terror nicht ohne gesellschaftliche Praxis in Form von Denunzierung und Zuarbeit auskommen hatte können (vgl. Paul und Mallmann 1996 und die daran anschließende Forschung). (Nebensatz: Diese Forschungen waren wie so viele von der Soziologie kaum wahrgenommenen geschichtswissenschaftliche Debatten wesentlich von soziologischer Seite wie von M. Rainer Lepsius inspiriert).

Zur Konzeption des Bandes

Der Band gliedert sich in vier thematische Abschnitte: *Grenzziehungen und Entgrenzungen*, *Kontaminationen*, *Durchdringungen* und *Transmissionen*. Der Abschnitt *Kontaminationen* versammelt Beiträge zu nationalsozialistisch geprägten Biografien, Denk- und Arbeitsweisen. Gerade für die Soziologie ist eine Leerstelle zu konstatieren, wenn es nicht nur um Verläufe und Biografien, sondern um das intellektuelle Selbstverständnis, den »Affekthaushalt« sowie vor allem das bewusste wie unbewusste Weiterwandern kontaminierter Begrifflichkeiten, Konzepte und Methoden geht. Der Abschnitt *Durchdringungen* stellt soziologische Analysen zum Nationalsozialismus und seinen Nachwirkungen in Österreich zur Diskussion. Im Mittelpunkt stehen innerhalb der Soziologie weitgehend unbekannte theoretische und empirische Arbeiten zeitgenössischer SoziologInnen in Österreich sowie Arbeiten in der Nachkriegszeit. Unter dem Titel *Transmissionen* werden schließlich die Weitergabe von Erfahrungen und Traumata und die Art des Erzählten und Verschwiegenen, d. h. der Nachkriegs-Narrative in der soziologischen Forschung und gesellschaftlichen Erfahrung thematisiert. Am Beginn dieses Bandes soll jedoch ein Blick auf geografische und disziplinäre *Grenzziehungen und Entgrenzungen* stehen, ein Seitenblick auf andere Disziplinen und Länder. Ziel ist es dabei, den disziplinären Zuschnitt produktiv zu verwenden, aber nicht reduktionistisch zu fetischisieren – weder geografisch noch disziplinär sollen in diesem Band die Grenzen zu eng gezogen werden, um auf diese Weise auch die »unscharfen Ränder« des Felds des Soziologischen darstellen und in die Diskussion miteinbeziehen zu können. Auch wenn der Preis dafür der ist, kein abgeschlossenes Kompendium erschöpfend behandelter Bindestrich-Soziologien in

Österreich bieten zu können, so überwiegt unseres Erachtens der Vorteil, eine Plattform für bestehende Arbeiten zu bieten und weitere Forschung anzuregen. Beispiele wie jenes Elmer Luchterhands würde den Blick dafür öffnen, Ähnlichkeiten und Unterschiede in nationalen Kontexten zu untersuchen.

Entgrenzungen

Franz Ronneberger, 1913 im thüringischen Auma geboren und 1999 in Nürnberg verstorben, gilt als »Nestor« der Kommunikationswissenschaft (Kutsch und Pöttker 1997: 8). Seit 1964 Ordinarius für Politik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg, prägt er dieses Fach wie auch Generationen von JournalistInnen durch seine Lehre, zahlreiche Veröffentlichungen und seine langjährige Herausgabe der Zeitschrift *Publizistik*, des Organs der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Er ist seit den 1970er-Jahren kontinuierlich unter den meistzitierten AutorInnen des Faches (Potthoff und Kopp 2013). Dass er eine Zeit seines Lebens in Wien verbracht hat, verschweigt Ronneberger nicht. Im Gegenteil, er erzählt gerne von Kriegserinnerungen. Wiener Kollegen wie Wolfgang Duchkowitsch erklärt er am Frühstückstisch vor Beginn einer Konferenz: »Ah, sie kommen aus Wien, Sie wissen ja: ich war in Wien!« (zitiert nach: Langenbacher 2003: 27). In Wien habe er ab 1939 eine Presseinformationsstelle gegründet, die er zu einem sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut ausgebaut habe, sagt er 1997 in einem fachgeschichtlichen Interview mit seinem Schüler Manfred Rühl (Ronneberger 1997: 24). Das Außerwissenschaftliche, erzählt er hier, sei es gewesen, das ihn als Mitarbeiter einer Organisation, die die Presse Südosteuropas zu lesen hatte, dazu gebracht habe, sich 1944 an der Hochschule für Welthandel, der späteren Wirtschaftsuniversität Wien, zu habilitieren (vgl. ebd.).

Erst um die Jahrtausendwende wird vollständig aufgearbeitet, worum es sich bei Ronnebergers »außerwissenschaftlicher Tätigkeit« in der NS-Zeit eigentlich gehandelt hat (vgl. v. a. Heinelt 2003; 2004): Ronneberger ist in Wien hauptamtlicher Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS (SD), Leiter der Außenstelle Südost der Reichsstudentenführung (RSF), Leiter der Korrespondenzstelle Wien des Auswärtigen Amtes, Leiter des Nachrichtendienstes der Südosteuropa-Gesellschaft (SOWG), Abteilungsleiter in der dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) unterstellten Publikationsstelle Wien der Südostdeutschen Forschungsgemeinschaft (SODFG) und noch einiges andere mehr. Er schreibt beinahe wöchentlich für den *Völkischen Beobachter* (Hausjell 2004: 231–232), gehört seit 1. Mai 1933 der SA an, ist seit 27. Mai 1937 NSDAP-Mitglied und seit Jänner 1942 im Rang eines Untersturmführers SS-Offizier.⁵ In seinen verschiedenen Funktionen baut er ein Agenten- und Korres-

5 | Vgl. Österreichisches Staatsarchiv (OeStA)/Archiv der Republik (AdR), Zivilakten der NS-Zeit (ZNsZ), Gauakt (GA) 90457 (Franz Ronneberger); Bundesarchiv (BArch), R/9361/III – 166912, vgl. auch Heinelt 2004: 196–197. Eintrittsdaten und Mitgliedsnummern variieren; im

pondentennetzwerk in Südosteuropa auf, leitet deren Berichte weiter, erstellt selbst Presseberichte sowie politische Wochenberichte zu Südosteuropa, richtet einen Übersetzungsdienst ein, unterhält eine einschlägige Bibliothek und gibt vertrauliche Wirtschaftsnachrichten heraus (vgl. dazu Fahlbusch 1999: 622–660; Heinelt 2004; Klingemann 2009: 227–255). Es geht bei den diversen Aufgabenstellungen um sozialwissenschaftliche Forschungstätigkeiten: um die Einschätzung der innen- und außenpolitischen Situation des jeweiligen Landes, Machtkämpfe innerhalb der Eliten, Loyalitäten gegenüber dem Deutschen Reich, um die Stimmungslage der Bevölkerung, gesellschaftliche Reaktionen auf Kriegsmaßnahmen und zuweilen durchaus auch um statistische Erfassungen der jüdischen Bevölkerung im Land (Fahlbusch 1999: 628–642; Heinelt 2004: 198–204).

Als die Rote Armee 1944 näher rückt, beginnen die NS-Behörden mit der Evakuierung kriegswichtiger Dienste in die vermeintliche Alpenfestung. Ronnebergers »Publikationsstelle Wien« wird in ein ehemaliges Benediktinerstift nach St. Lambrecht im Gau Steiermark verlegt, eines von vielen Klöstern, die die SS 1938 enteignet hat (vgl. Seiler 1994: 14–19; Bauer 2017: 180). Seit Mai 1942 besteht hier eines der vielen Außenlager des KZ-Komplexes Mauthausen; über 150 männliche und weibliche Häftlinge werden hier im Laufe der Jahre eingesetzt (Freund und Kranebitter 2018: 65). Die Zwangsarbeit in der Landwirtschaft, die sie verrichten, ist zweifellos weniger tödlich als die Arbeit in den meisten anderen Außenlagern. Das Lager ist allerdings funktionaler Teil des Gesamtkomplexes – immer wieder werden Häftlinge ins Hauptlager »rücküberstellt«, wenn sie unerwünscht sind. Ende Juni 1943 wird sogar das gesamte Kommando nach Mauthausen und Gusen geschickt (Seiler 1994: 34–39); mindestens zehn Häftlinge werden unmittelbar nach ihrer Ankunft in Mauthausen ermordet.⁶ Wer wie Ronneberger im Umfeld eines Außenlagers arbeitet, dem können die über 90.000 Tote fordernden Verbrechen dieses Konzentrationslagers nicht verborgen geblieben sein.

Nach seiner Verhaftung durch die britische Armee Ende Mai 1945 und einer zweijährigen Gefangenschaft wird Ronneberger glimpflich entnazifiziert – die zuständige Spruchkammer Stade folgt seiner Argumentation, als Workaholic nur wissenschaftlich tätig und nur aus rein formalen und Ehrengründen Mitglied des SD und der SS gewesen zu sein. Er sei ein lediglich in

»seinen Forschungen und wissenschaftlichen Arbeiten lebender Mann, der zwar mit der Politik vom wissenschaftlichen Sektor her betrachtet nicht unerheblich in Berührung ge-

Gauakt findet sich die (im Nummernblock für die illegalen österreichischen Parteimitglieder liegende) NSDAP-Mitgliedsnummer 6.152.299 und die SS-Nummer 415.905.

6 | Vgl. Archiv der KZ-Gedenkstätte Mauthausen (AMM), Y/46, Totenbuch des SS-Standortarztes Mauthausen, 1. Juli 1944. Der Grund für ihre Ermordung ist unklar, dürfte aber in Zusammenhang mit Fluchtvorbereitungen oder einer vorangegangenen Flucht eines politischen Häftlings am 24. Juni 1943 stehen (Seiler 1994: 36; vgl. AMM, 2.2.7.2.1.517, Veränderungsmeldung für den 24. Juni 1943).

kommen ist, der sich jedoch mit ausserhalb seiner Forschungen liegenden Dingen nicht näher befasst.« (Zitiert nach: Heinelt 2003: 175)

Ronneberger arbeitet für die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung*, lehrt ab 1952 in Bochum Staatsrecht und Soziologie und habilitiert sich nach der Aberkennung seiner Wiener Habilitation ein zweites Mal – bei Helmut Schelsky in Münster (Ronneberger 1997: 25–26). Von 1960 bis 1964 hat er eine ordentliche Professur für Soziologie und Sozialpädagogik an der Pädagogischen Hochschule Bielefeld inne (Heinelt 2004: 212). Er lehrt wohl nach einem Lehrbuch für Soziologie, das er 1958 veröffentlicht und als »Leitfaden für die Praxis und Bildung« verstanden wissen will. Das Buch erscheint unter einem Pseudonym – »Freunde« hätten ihm als »Rückkehrer« dazu geraten, da die Verwendung des Klarnamens »für einen Wissenschaftler das Todesurteil« (Ronneberger 1997: 27) bedeute. Das entsprechende Pseudonym Stefan Lambrecht (Lambrecht 1958) ergibt abgekürzt die Bezeichnung des Außenlagers des KZ Mauthausen, »St. Lambrecht«. Offenbar muss man 1958 um eine wissenschaftliche Karriere fürchten, wenn man seinen Klarnamen verwendet, nicht aber, wenn man sich nach einem KZ benennt.

Ronnebergers Biografie wirft beispielhaft einige Fragen auf, die in mehrfacher Hinsicht auf analytische *Grenzziehungen* verweisen: Ist eine geografische Unterscheidung zwischen österreichischer und deutscher Soziologie, eine disziplinäre Differenzierung zwischen Soziologie und Kommunikationswissenschaft oder eine epistemologische Trennung von Geheimdienstwissen und Politik auf der einen, Wissenschaft auf der anderen Seite sinnvoll? Wohl am Pointiertesten hat M. Rainer Lepsius darauf hingewiesen, dass für die Zeit vor 1945 eine »nationalstaatliche Verkürzung der Wissenschaftsgeschichte der Soziologie auf das Deutsche Reich [...] sachlich unzulässig und im Ergebnis irreführend« (Lepsius 2017: 5) sei. Angesichts der personellen Überschneidungen der Mitgliedschaften und Veranstaltungen der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und der Soziologischen Gesellschaft in Wien sowie der grenzüberschreitenden akademischen Besetzungslogiken ist eine Fokussierung auf Westdeutschland nach 1945 irreführend, eine kategoriale Trennung der soziologischen Debatten unmöglich. Der Versuch, Ronneberger als fachgeschichtliches Problem den Kommunikationswissenschaften zu »überlassen«, wäre nichts anderes als die Exterritorialisierung des eigenen Problems: Ronneberger habilitierte (und rehabilitierte) sich beim zweiten Mal nicht nur bei einem Soziologen, besetzte eine Professur für Soziologie und verfasste ein Lehrbuch für Soziologie – er wurde auch stets für seine (aus der Logik der Geheimdienstwissensproduktion zu verstehende) transdisziplinäre Forschungslogik geschätzt. Schon seine erste Wiener Habilitation war von allen drei Gutachtern für ihre disziplinäre Breite gelobt worden. Der Jenaer Ökonom Erich Preiser, wie Ronneberger ehemaliger »Parteigenosse«, pries in seinem Gutachten etwa »einen in seiner ganzen Anlage grossartigen Beitrag zur Staatssoziologie«. ⁷ Habilita-

7 | OeStA/AdR, Unterricht, Wissenschaft, Forschung und Kunst (UWFuK), Bundesministerium für Unterricht (BMU), Personalakt (PA) 16 (Ronneberger Franz), Gutachten von Erich Preiser, Jena, 25. August 1944. Der Zweitgutachter Hellmut Georg Isele würdigt in seinem

Abbildung 1: Cover des 1958 erschienenen Bandes *Die Soziologie. Aufstieg einer Wissenschaft*.



Hinter dem Pseudonym Stefan Lambrecht, abgekürzt St. Lambrecht, steckt Franz Ronneberger.

tion und Rehabilitation Ronnebergers zeigen auch, dass eine Trennung von politisch »kontaminiertem« Geheimdienstwissen auf der einen und »reinem« Fachwissen auf der anderen Seite in der Realität nicht gegeben war – beides war im Gegenteil untrennbar miteinander verschmolzen. Konzeptionen, die diese Wissensformen analytisch voneinander trennen, übersehen diese Verschmelzungen und folgen letztlich postnazistischen Selbstkonstruktionen. Das zeigt sich unseres Erachtens etwa auch bei Carsten Klingemann, beispielsweise in dessen Formulierung eines »Gesetzes vom doppelten Ipsen« über den in Innsbruck geborenen Soziologen:

Gutachten vom 31. August 1944 gerade die Interdisziplinarität: »Das Schwierige, ebenso aber auch das Reizvolle der behandelten Probleme liegt – abgesehen von der Weiträumigkeit und Vielgestaltigkeit des Untersuchungsfeldes – vor allem darin, dass diese am Schnittpunkt zahlreicher Fachdisziplinen gelegen sind« (ebd.).

Abbildung 2: Ausladen der Bücher der »Publikationsstelle Wien« im von der SS beschlagnahmten Benediktinerstift St. Lambrecht in der Steiermark, 1944.



Über 150 Deportierte des KZ Mauthausen werden in diesem Außenlager von 1942 bis 1945 zur Zwangsarbeit eingesetzt. Quelle: Stiftsarchiv St. Lambrecht.

»Für den Bevölkerungssoziologen Gunther Ipsen hatte ich meine in Anspielung auf dessen ›Gesetz vom doppelten Stellenwert‹ das Gesetz vom doppelten Ipsen formuliert: ›Der volkstumspolitische Schwärmer Ipsen unterliegt dem soziologischen Ipsen, wenn es darauf ankommt.« (Klingemann 2009: 118)

Wozu dient die Konstruktion des Wissenschafters Ipsen *gegen* den Ideologen Ipsen, die Entscheidung darüber, welcher Ipsen welchem Ipsen unterliegt? Den Wissenschaftler vom Ideologen Ipsen zu trennen, um etwa eine »ideologisch nicht kontaminierte[n] Analyse des Verhältnisses von Landwirtschaft und Industrie« (ebd.) zu konstatieren, reduziert die Frage der *Kontaminationen* letztlich auf oberflächliche Lippenbekenntnisse, konstruiert Ideologie und (empirische) Wissenschaft als einander äußerlich bleibende Gegensätze, wobei ein nicht-kontaminiertes Fachwissen lediglich politischen Gebrauch findet, und geht Ipsens Selbstkonstruktion auf den Leim, der sich wie Ronneberger in der Nachkriegszeit selbst zum »doppelten Ipsen« macht, um als Fachwissenschaftler Ipsen seine Karriere an der Sozialforschungsstelle Dortmund und der Universität Münster nahezu bruchlos fortzusetzen. Es mögen zwei Seelen in seiner Brust gelebt haben, doch es gab nur einen Ipsen.⁸

Grenzziehungen wie die geschilderten – zwischen Deutschland und Österreich, Soziologie und anderen Disziplinen, vermeintlich oder tatsächlich verschiedenen Wissensformen – müssen problematisiert werden. Dieser Problematisierung ist der erste Abschnitt des Bandes gewidmet, den Michael Christ und Maja Suderland unter Bezugnahme auf die deutsche Debatte einleiten. Sie diskutieren unter anderem die Arbeitsteilung zwischen Geschichtswissenschaft und Soziologie und werfen ein, im Sinne des erwähnten »Arbeitsgedächtnisses« der Soziologie würde die Debatte auch empirische Untersuchungen aktueller Tagesprobleme informieren, was ihre Zuordnung zu einer bloß historischen Soziologie sprengt.

Definitionsfragen sind wichtig, um den »Ort« der Diskussion zu bestimmen, Verhältnismäßigkeiten herzustellen und Scheindebatten zu vermeiden. Christian Fleck mahnt in seinem Beitrag ein, alle Facetten der Diskussion in den Blick zu nehmen. Er weist insbesondere auf die im Vergleich zu Deutschland in vielem zugespitzte Situation in Österreich vor dem »Anschluss« an das Deutsche Reich hin. Einige der bereits zuvor marginalisierten Traditionen der Soziologie in Österreich wurden schon durch den Austrofaschismus 1934 verbannt und ins Exil getrieben, allen voran Austromarxismus und empirische Soziologie – »1934 bedeutete jedenfalls das Ende – auch der Soziologie in Österreich« (Knoll, Majce, Weiss und Wieser 1981: 81), und es ist mehr als symbolisch, dass sich die 1907 gegründete Wiener Soziologische Gesell-

8 | Die Problematik der Trennung fällt schon verbal auf, etwa in Sätzen wie dem folgenden (Hervorhebungen A. K. und C. R.): »Sie sind *ursprünglich* geleitet von volkstumsideologischen und *zum Teil* antisemitischen Impulsen, entwickeln daraus *aber* [...] sozialemprirische Forschungsansätze, die eine Modernisierung der herkömmlichen Historiographie durch deren Soziologisierung einleiten« (Klingemann 2009: 15). Kann man »zum Teil« Nazi sein und »ursprüngliche« Impulse einfach ablegen?

schaft in den Bürgerkriegstagen am 14. Februar 1934 selbst auflöste.⁹ Die Vertreibung der meisten SoziologInnen war hier noch vollständiger als an allen Universitäten im »Altreich« und gerade in den Sozialwissenschaften umfang- und folgenreich (Fleck 1996; 2007). Produktive Diskussionen geschahen beinahe ausschließlich im Exil (Fleck 2007; 2015), wobei die Remigration nach Österreich nach 1945 in weit geringerem Umfang geschah, wenn sie nicht gänzlich verhindert wurde (Fleck 1996).

Gerhard Benetka, Albert Müller und Tamara Ehs diskutieren die Fachgeschichten der österreichischen Psychologie, Geschichts- und Staatswissenschaften in der NS-Zeit, deren Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus sowie deren jeweils eigene Debatten über die Rolle der jeweiligen Wissenschaft – Debatten, die, wie Benetka mit Blick auf die Psychoanalyse darlegt, wie in der Soziologie bis heute reichen. Da die Soziologie in Österreich als Disziplin kein kohärentes, sondern ein zerrissenes Feld mit unscharfen Rändern darstellte und das, was wir retrospektiv als Soziologie bezeichnen, zu großen Teilen nachträglichen (Zu-)Ordnungsversuchen geschuldet ist, ist der kontrastierende Vergleich besonders fruchtbar. Während sich in der Geschichte der Psychologie vor und im Nationalsozialismus – nicht nur über offenkundige Überschneidungen wie die Wirtschaftspsychologische Forschungsstelle um Paul F. Lazarsfeld und Marie Jahoda – zahlreiche Parallelen beobachten lassen (vgl. auch Fallend, Handlbauer und Kienreich 1998), gilt das für die Geschichtswissenschaft nicht, wie Müllers Hinweis verdeutlicht, dass die Mehrheit der HistorikerInnen 1938 nicht auf der Seite der Marginalisierten stand, sondern staatstragend den »Anschluss« mitgestaltete. Die von Ehs geschilderte Geschichte der Staats- und Politikwissenschaft zeigt wiederum, dass die Forschung zum Nationalsozialismus hier erst spät und vor allem extramural begann. Anna Klieber beschließt diesen Abschnitt zu *Entgrenzungen und Grenzziehungen* mit einem Beitrag über den Grazer Soziologen und Philosophen Konstantin Radaković, der sich einer eindeutigen disziplinären »Einordnung« entzog.

Die Beiträge dieses Abschnitts umkreisen die Problemstellung, fragen nach der heutigen Relevanz der Debatte und legen so den Grundstein für den zweiten Abschnitt des Bandes zur Frage der *Kontaminationen*, die unterschiedlich gefasst werden kann. Auf Ronneberger zurückkommend kann gesagt werden, dass es um außer- wie innerwissenschaftliche Wirkungen geht. Erstere scheinen, wenn es um österreichische Soziologen geht, weniger relevant als etwa in Deutschland oder in anderen Disziplinen gewesen zu sein. Ronnebergers Forschungen hatten zwar für zahlreiche Menschen Folgen – für die von ihm erfassten, beschriebenen und kartierten Jüdinnen und Juden am Balkan hatte seine Forschungstätigkeit zweifellos Folgen für Leib und Leben –, waren in einem größeren Zusammenhang betrachtet aber wohl tatsächlich weniger devastierend als etwa die NS-zeitliche Wissenschaftsentwicklung in Fächern wie der Medizin, der – in besonderer Weise mit der Soziologie verbundenen – Kri-

9 | Wiener Stadt- und Landesarchiv (WStLA), 1.3.2.119, A 32 – Gelöschte Vereine: 3067/1934, Soziologische Gesellschaft in Wien an die Bundes-Polizeidirektion in Wien, Auflösung des Vereines. Die Auflösungsanzeige wurde von Max Adler und Rosa Mayreder unterzeichnet.

minologie (vgl. Bachhiesl 2005) oder der Psychologie. Nachhaltig kontaminierende Folgen hatte die NS-Zeit vor allem für die deutsche und österreichische Soziologie der Nachkriegszeit.

Ronnebergers *Soziologie* (Lambrecht 1958), die zuweilen noch heute als »populäre Einführung« kritiklos als frühe Form der »öffentlichen Soziologie« kategorisiert wird (Neun 2018: 26), baut nicht nur empirisch auf seinen geheimdienstlichen Forschungen zu Südosteuropa auf. Kontinuitäten ergeben sich auch im Verständnis dessen, wofür Wissenschaft zu dienen habe. Der Soziologe wird in diesem Buch, dessen Referenzen im Wesentlichen aus Soziologen wie Helmut Schelsky, Hans Freyer und Arnold Gehlen bestehen, als »Gesellschaftsarzt« beschrieben, dessen Aufgabe darin bestehe, die »soziale Ordnung zu heilen« (Lambrecht 1958: 50).

»Steht dem ›Gesellschaftsarzt‹ das Skalpell zur Verfügung, mit dem er den richtigen Schnitt der rechten Stelle und zum geeigneten Zeitpunkt ausführen kann? Da sprechen viele Faktoren mit, daß ein solches Vorhaben gelinge. Allem voran kommt es darauf an, ob in der Öffentlichkeit überhaupt so viel Vertrauen in die Fähigkeiten und Möglichkeiten der Sozialwissenschaftler vorhanden ist, daß diese mit einiger Aussicht auf Erfolg ihre Erkenntnisse nützlich anwenden können.« (Ebd.: 66)

In Kapiteln mit Überschriften wie *Endlösungen* (ebd.: 72) und *Sozialhygiene* (ebd.: 93) konstatiert Ronneberger, dass Menschen eben Führung brauchen würden, um zu harmonischem Zusammenleben zu finden, und ihren Platz in der Gesellschaft durch eine staatliche Ordnung zugewiesen bekommen müssten (ebd.: 79); der Soziologie komme hier in allen Lebensbereichen – bis zur Partnerwahl (ebd.: 105–107) – die Rolle zu, diese staatliche Ordnungsaufgabe wissenschaftlich zu unterstützen. »Der Soziologe als ›Menschenarzt‹ ist keineswegs nur darauf angewiesen, zu analysieren und Zusammenhänge aufzudecken. Er kann durchaus auch Verhaltensweisen empfehlen, Rollen zurechtschreiben und Regieanweisungen geben« (ebd.: 94). Dieses funktional instrumentelle Wissenschaftsverständnis setzt sich in Ronnebergers Denken auch nach seinem Etikettenwechsel zum Kommunikationswissenschaftler fort – auch hier fordert er für Massenmedien die Rolle ein, den Führenden in Politik und Wirtschaft Anregungen zu geben und die vereinzelt Menschen in einem größeren sozialen Gebilde erzieherisch zu integrieren (Heinelt 2004: 213). Ergebnis ist eine autoritäre Soziologie, eine Soziologie des Ordnungswissens. Die Frage der *Kontaminierungen* ist also keine oberflächlicher weltanschaulicher Bekenntnisse allein und mehr als nur eine Frage des ehemaligen Parteibuchs. Zur Debatte stehen vor allem kognitive Kontinuitäten.

Kontaminationen

Othmar Spann ist die graue Eminenz der Soziologie in Österreich. Er dominiert sie wie kaum ein anderer im 20. Jahrhundert – nicht nur durch seine Werke und seine angeblich großartige Rhetorik, nicht nur durch den von seinen Söhnen Adalbert und

Rafael organisierten »Kreis« von Gefolgsleuten, sondern auch und vor allem durch die Abgrenzung und Ausschließung von anderem (vgl. Spann 1925). Nach Studium und wissenschaftlichen Tätigkeiten in Wien, Zürich, Bern, Tübingen, Frankfurt am Main und Brunn übernimmt der 1878 in Altmannsdorf bei Wien geborene Spann 1919 den Lehrstuhl von Eugen von Philippovich an der Universität Wien. Der Lehrstuhl lautete zwar auf Politische Ökonomie, Spann lehrte aber vorwiegend Gesellschaftslehre und »ganzheitliche« Ökonomie (Olechowski, Ehs und Staudigl-Ciechowicz 2014: 583). Er ist von Beginn an eine intellektuelle Schlüsselfigur der Rechten. An seine Präsenz erinnern sich prononcierte Rechte mit quasi-religiöser Verehrung (Salomon 1961: 170–172), Liberale mit Abscheu (König 1987: 409). Er ist schon vor dem Ersten Weltkrieg Kriegstreiber, schreibt 1912, dass der Krieg der »Geburtshelfer der Kultur« sei und das »Blut der gefallenen Krieger [...] die feurige Arznei für die kreisenden Säfte des staatlichen Organismus« (zitiert nach: Taschwer 2015: 45). An der Universität Wien ist er der Organisator des braunschwarzen Kampfes gegen das »Ungeradentum« innerhalb der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (ebd.: 61), gegen Judentum, Marxismus, Sozialismus, Positivismus, Pazifismus, Freimaurertum, Frauen. Spann, das personifizierte »Bollwerk sowohl gegen die österreichische Sozialdemokratie als auch gegen den Bolschewismus« (Knoll 2005: 461), wirft etwa Carl Grünberg, dem späteren ersten Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, vor, sein Anrechnungsreferat für Studierende nicht objektiv zu führen. »Konkret warf Spann Grünberg vor, reichsdeutsche Studenten zu benachteiligen und russische Bolschewiken zu bevorzugen« (Olechowski, Ehs und Staudigl-Ciechowicz 2014: 84). Eine Einigung zwischen Grünberg und Spann scheitert; Grünberg, der laut Hans Kelsen Spann zugerufen habe, er gehöre ins Irrenhaus, stellt einen Antrag auf Disziplinaruntersuchung gegen sich selbst, man konstatiert schließlich ein »Vergehen gegen den akademischen Anstand« (ebd.: 84–85). Seinen Kollegen Hans Mayer zeigt Spann (letztlich erfolglos) an – Mayer habe mit einem Studenten darüber beraten, so Spann, »mit Hilfe freimaurerischer Verbindungen [...] mir planmässig zu schaden« (zitiert nach: ebd.: 93).

Nach dem März 1938 wird der Verfolger selbst zum Verfolgten. Unmittelbar nach der Befreiung im Mai 1945 bezeugt Spann in seinem Personalblatt der Universität Wien, dass ihm der Aufenthalt in Wien nach fünfeinhalbmonatiger Gestapo-Einzelhaft verboten worden ist, er ab 22. April 1938 beurlaubt und ab 28. Mai 1938 in den Ruhestand versetzt worden ist, wobei ihm am 29. März 1939 die Pension aberkannt worden sei.¹⁰ Diese Zwangspensionierung habe er vor dem Verwaltungsgerichtshof angefochten, der ihm Recht gegeben habe. Im Zuge dieser Anfechtung musste er zu seiner juristischen Verteidigung seine Tätigkeiten für die NSDAP hervorheben.¹¹

10 | Vgl. Vgl. Archiv der Universität Wien (UAW), Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät (J), PA 396 (Othmar Spann), Personalblatt, 23. Mai 1945.

11 | Der Versuch der Aberkennung erfolgte nach der Verordnung zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums, in: *Reichsgesetzblatt* (RGBl.) 1938/87.

»§ 4, Teil 1, lautet: ›Beamte, die nach ihrem bisherigen politischen Verhalten nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den n.s. Staat eintreten, können in den Ruhestand versetzt werden.« Ich kann unmöglich unter diese Bestimmung fallen, da ich 1933 nach dem Verbot der Partei in Österreich der n.s. Partei beigetreten bin – ich wurde durch Gauleiter Frauenfeld persönlich aufgenommen – und ihr bis zum Umbruch in Österreich ununterbrochen, zahlend und aktiv tätig angehört habe. Ich war schon vor dem Dollfuss-Schuschnigg-Regime im Parteiprogramm, bzw. im Kommentar dazu genannt [...]. Ich habe relegierte n.s. Studenten unterstützt, bin im akademischen Senat ihrer Verfolgung [...] entgegengetreten. Ich habe den jüdischen Einfluss in der Fakultät bekämpft und habe im Seminar und zur Dissertation nur arische Studenten zugelassen. [...] Ich duldete stillschweigend, dass die Gauleitung und SS-Führung in verfallenen Kellern meines Hauses Zimmer einrichteten und Zusammenkünfte abhielten, trotz der grossen Gefahr, die das bedeutete. [...] Zur Zeit des Juliputsches 1934 versteckte ich den von der Polizei gesuchten Landesführer des n.s. Juristenbundes tagelang in meiner Wohnung und setzte dadurch meine Existenz aufs Spiel. [...] Zur selben Zeit versteckte ich in meiner Wohnung ein Maschinengewehr, das der illegalen SA gehörte.«¹²

Im erwähnten Personalblatt vom Mai 1945 kann er sich an derartige Handlungen nicht mehr erinnern und leugnet jede Mitgliedschaft in der NSDAP und ihren Gliederungen. In einem Bericht über seine *Massregelung durch den Nationalsozialismus nach dem Einmarsch* berichtet Spann, bereits am 17. März 1938 nach München in Einzelhaft gebracht und dort ab Pfingsten verhört worden zu sein. »Grundsätzlich wurde ich des ›österreichischen Separatismus‹, des Katholizismus und des Hochverrates am Deutschen Reiche bezichtigt.«¹³ Man habe ihn dann nach Ostpreußen verbannen wollen, er sei aber mit ärztlichem Attest still im Burgenland geblieben.

»Dies der kurze und trockene Abriss der gegen mich getroffenen Terrormassnahmen, die nach österreichischer Auffassung jeder Rechtsgrundlage entbehren. *Ich halte es daher für selbstverständlich, dass mit der Beseitigung der Terroristen auch meine Entfernung von der Lehrtätigkeit rückgängig gemacht wird.* Dies würde sonst bedeuten, dass eine gesetzlose Massnahme der Gestapo wiederholt und ich gegenüber jenen Kollegen benachteiligt würde, die sich mit dem Nationalsozialismus besser zu verstehen wussten.«¹⁴

Nun sollten die früheren Gegensätze einem »gemeinsamen Willen zum Wiederaufbau Österreichs Platz machen«. Er habe schließlich nie etwas gegen die Demokratie an sich gehabt, sondern nur gegen ihre bisherige Verwirklichung. »Dass meine soziologischen Ständelehren von autoritären Staaten als Schlagworte missbraucht wurden,

12 | OeStA/AdR, UWFuK, BMU, PA 10 (Spann Othmar), Brief Othmar Spanns an Staatskommissar Dr. Otto Wächter, Post Schlaining, 9. April 1939.

13 | UAW, J PA 396, Othmar Spann: *Massregelung durch den Nationalsozialismus nach dem Einmarsch*, Wien, 30. Mai 1945.

14 | Ebd.; Hervorhebung bei Zitaten, wenn nicht anders angemerkt, wie im Original.

kann *mir* nicht zum Vorwurf gemacht werden.«¹⁵ Spann wird am 27. Dezember 1945 in den Dienststand aufgenommen,¹⁶ in weiterer Folge aber – eine österreichische Lösung – bis zu seinem Tod 1950 für Forschungszwecke freigestellt bzw. beurlaubt und damit von der Lehre ausgeschlossen.

Zwar bleibt Spann die volle universitäre Rehabilitierung versagt, doch wird ihm posthum durch die österreichische Entschädigungsstelle, die Opferfürsorge, die offizielle Anerkennung als Opfer zuteil. Othmar Spanns Sohn Rafael wird am 27. Jänner 1947 »als Opfer des Kampfes um ein freies demokratisches Österreich im Sinne des Gesetzes« anerkannt und erhält eine Amtsbescheinigung, dass seine »illegale Betätigung als Propagandist« die Opferwürdigkeit bezeuge.¹⁷ Rafael Spann hat überzeugend nachweisen können, dass er mehrere Monate in Gestapo-Haft und schließlich im KZ Sachsenhausen inhaftiert worden ist.¹⁸ Die auf den ersten Blick nicht ungewöhnlich scheinende Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus ist aus zweierlei Gründen bemerkenswert: Erstens hat Rafael Spann vor 1938 drei Vorstrafen wegen Gefährdung der körperlichen Sicherheit und der Sicherheit des Lebens erhalten, zweitens ist auch er von 1933 bis 1938 NSDAP-Mitglied gewesen¹⁹ – beides für die Opferfürsorgekommissionen üblicherweise Grund genug, um die Opferwürdigkeit zu verweigern. Vor allem bei Vorstrafen ist eine Anerkennung nach dem Opferfürsorgegesetz (vgl. Bailer 1993: 41) ausgeschlossen und in der Praxis undenkbar gewesen, sofern keine Tilgung erreicht gewesen ist – genau das ist den sogenannten »kriminellen« Häftlingen der Konzentrationslager und auch vorbestraften politischen Deportierten zum Verhängnis geworden; allein in Wien ist es unter den »kriminellen« Deportierten des KZ Mauthausen nur einem einzigen gelungen, eine derartige Tilgung auf dem Gnadenwege durch den Bundespräsidenten zu erreichen und als Opfer anerkannt zu werden (vgl. Kranebitter 2016b: 46–49). Rafael Spann hat aber nicht nur für ihn selbst, sondern nach dem Ableben Othmar Spanns auch als dessen Hinterbliebener Entschädigung beantragt; auch diese Entschädigung wird ihm – trotz fehlender Belege – gewährt.²⁰ Dass der ungewöhnlichen und im Prinzip ungesetzlichen Bewilligung beider Anträge stattgegeben wird, ist behördenintern offenbar keineswegs unumstritten gewesen. 1948 hat der Wiener Vizebürgermeister an das Ministerium für soziale Verwaltung geschrieben:

15 | UAW, J PA 396, Othmar Spann: Pro Memoria zu meiner Massregelung durch den Nationalsozialismus und meine noch nicht erfolgte Wiedereinstellung, Wien, 12. Februar 1946.

16 | Ebd., Bescheid des Bundesministeriums für Unterricht, Wien, 27. Dezember 1945.

17 | WStLA, M.Abt. 208, A 36 – Opferfürsorgeakten – Entschädigungen (E): Rafael Spann, Amtsbescheinigung W.Nr. 2771/1947.

18 | »Am 13. März 1938 wurde ich vom Sicherheitsdienst verhaftet und nach zwei Monaten Einzelhaft im Gestapo-Gefängnis (Geheimes Staatspolizeiamt Berlin, Prinz Albrechtstr. 8) in das KZ-Lager Sachsenhausen gebracht, von wo ich Mitte November 1938 entlassen wurde.« (Ebd., Brief an das Magistratische Bezirksamt für den 19. Bezirk, Volkssolidarität, vom 18. Oktober 1946).

19 | Ebd., Schreiben der NSDAP, Gauleitung Wien, an die Ortsgruppenleitung Hungerberg, 1. Dezember 1941.

20 | Ebd., Bescheid der M.Abt. 12, Wien, 7. Jänner 1956.

»Entsprechend der Rechtslage muss der Magistrat nunmehr die Amtsbescheinigung einziehen. Es ist unbestreitbar, dass Dr. Spann seit 1938 viel gelitten hat, doch ist dies grössten Teils seiner schwankenden politischen Haltung zuzuschreiben. Ich selbst kann bei der gegenwärtigen Rechtslage die von seiner Gattin gewünschte Haftentschädigung nicht beantragen, da hiezu die gesetzlichen Voraussetzungen fehlen. Vielleicht ist eine für Dr. Spann günstigere Regelung möglich, wenn er wieder in Freiheit gesetzt wird; er könnte dann die vielen Widersprüche aufklären, die aktenmässig feststehen.«²¹

Der Akt wird dem Bundesministerium für soziale Verwaltung übermittelt, das dem Amt der Wiener Landesregierung am 9. Jänner 1956 mitteilt, dass

»vorliegendenfalls ein Ausschließungsgrund gemäß § 15 Abs. 2 OFG. nicht vorliegt. Dieser Meinung hat sich auch die Opferfürsorgekommission angeschlossen. Bemerkt wird noch, daß die Erhebungen, die sowohl beim Sicherheitsdirektor vom Burgenland als auch von Wien gepflogen wurden, keine Grundlage für die Annahme bieten, daß Spann Mitglied der NSDAP. war.«²²

Rafael und Othmar Spann hatten also, polemisch gesagt, keine guten Argumente und Beweise, aber gute Freunde. Einmal mehr kam hier eine seltsame Koalition zustande, die eine offizielle Bestätigung der Spann'schen Opferwürdigkeit erwirkte. Pikant dabei ist, dass die Verschleppung in ein nationalsozialistisches Konzentrationslager im Fall von Othmar Spann unrichtig ist, im Fall von Rafael Spann mit gutem Grund bezweifelbar wäre: Das von letzterem als Beleg vorgelegte Dokument war eine Xerox-Kopie einer Geldzahlung des KZ Sachsenhausen, deren Echtheit nie bestätigt werden konnte. Darüber hinaus fand sich – abseits von Gerüchten von Dachau, die offenbar schon in der NS-Zeit selbst die Runde machten²³ – kein einziges Dokument, das eine KZ-Haft eines der beiden belegen würde, auch nicht in den umfangreichen Unterlagen des International Tracing Service des Internationalen Roten Kreuzes in Bad Arolsen (vgl. Borggräfe, Höschler und Panek 2019). Auch heute findet sich dort nichts zu einer KZ-Haft von Rafael und Othmar Spann – was umso erstaunlicher ist, als nach Öffnung der sowjetischen Archive etwa die Namen der Inhaftierten des KZ Sachsenhausen für diesen Zeitraum grundsätzlich lückenhaft überliefert sind. Das wochenlange Verhör in München ist mehrfach verbürgt, eine KZ-Haft allerdings nicht.

21 | Ebd., Magistrat der Stadt Wien, Stadtrat der Verwaltungsgruppe IV, an die M.Abt. 12, Wien, 9. Februar 1954, zitierend aus einem Brief des Vizebürgermeisters an Minister Eduard Heigl aus 1948.

22 | Ebd.

23 | Die NSDAP-Gauleitung Wien schrieb über Othmar Spann an die Ortsgruppenleitung Hungerberg am 1. Dezember 1941: »Dr. Spann soll, wie uns berichtet wurde, einige Zeit im KZ Dachau gewesen sein. Eine Bestätigung dafür haben wir aber nicht. [...] Nach den Erkundigungen ist Dr. Spann kein Gegner, aber verärgert. Nachteiliges ist nicht bekannt« (WStLA M.Abt. 208, A 36 – Opferfürsorgeakten – Entschädigungen (E): Rafael Spann).

Hartnäckig hält sich allerdings immer noch das Gerücht – auf einen NS-Mythos zurückgehend –, dass Spann ins KZ Dachau deportiert worden war, wofür u. a. der Wikipedia-Eintrag zu seiner Person als Beleg dienen mag.²⁴ Auch wenn Spanns »Nähe« zum Nationalsozialismus mittlerweile meist Erwähnung findet, ist es für die Soziologie bezeichnend, das Gerücht der KZ-Haft ungeprüft zu tradieren. Nicht seine Vergöttlichung des staatlichen Organismus, der den Einzelnen ihren Platz zuweisen müsse und Individualität zum Resultat staatlicher Anleitung mache (Knoll 2005: 464–465); nicht der auch spätere Soziologen wie Leopold Rosenmayr prägende Eklektizismus, gekennzeichnet durch ein »wildes Komponieren aller möglichen, ihm nützlich erscheinenden Theorien« (ebd.: 465) – ein begriffsjonglierender »Gelehrtenjournalismus« (ebd.); nicht die offensichtlich opportunistische und gerade deshalb autoritäre Anpassung an das jeweilige politische System Österreichs, seien es Monarchie, »Ständestaat«, Nationalsozialismus oder schließlich Zweite Republik – »Der ›Ständestaat‹ war Schutzmarke, hinter der sich bald katholisch-romantische, bald autoritär-faschistische Überlegungen verbargen« (Knoll, Majce, Weiss und Wieser 1981: 69) – sind Themen, die bleiben. Nicht Ordnungssoziologie und Opportunismus, sondern Othmar Spanns eigener Opfermythos prägt den heutigen Diskurs über ihn. Spann, einer der »Radauantisemiten« der Soziologie (König 1987: 10), einer der aus politischen Gründen in Ungnade gefallenen österreichischen Nationalsozialisten (vgl. Rathkolb 1989: 220), wird letztlich staatlich wie wissenschaftlich *with a little help of his friends* als »Opfer« des Nationalsozialismus legitimiert. Übrig bleibt die dreiste Einschreibung in ein Opferkollektiv von KZ-Überlebenden.

War Othmar Spann, wie Andreas Huber in seinem Beitrag, der den Abschnitt *Kontaminationen* einleitet, schreibt, einer der einflussreichsten Akteure im akademischen Feld der Zwischenkriegszeit, büßt er innerhalb der Soziologie nach 1945 offensichtlich an Wirkung ein. Seine institutionelle und intellektuelle Präsenz beschränkt sich auf einen kleineren Kreis an Mitstreitern rund um die von Walter Heinrich gegründete Gesellschaft für Ganzheitsforschung²⁵ sowie in Teilbereichen der Volkswirtschaftslehre, insbesondere an der damaligen Hochschule für Welthandel (heute Wirtschaftsuniversität Wien)²⁶. In der Soziologie wirken Advokaten dieser Art, wenn, dann im Verborgenen.

Dieser Verlust an Resonanz mag insofern erstaunen, als von wenigen Ausnahmen abgesehen die meisten derer, die in den Jahren nach 1945 akademische Positionen einnehmen, vor 1938 unter dem Einfluss von Spann akademisch sozialisiert worden sind. So erfährt Spann zwar auch in den Reihen der Soziologie eine gewisse Remi-

24 | Vgl. »Othmar Spann«, in: Wikipedia (https://de.wikipedia.org/wiki/Othmar_Spann, 29. Juni 2019).

25 | Die Gesellschaft kümmert sich u. a. um die Herausgabe der *Zeitschrift für Ganzheitsforschung* (1959–2008) und die auf 21 Bände angelegte Ausgabe der Werke Spanns (1963–1979).

26 | Zu nennen sind neben Walter Heinrich vor allem J. Hanns Pichler (beide auch in leitenden Funktionen an der Hochschule für Welthandel, heute Wirtschaftsuniversität Wien, tätig) sowie Ferdinand Alois Westphalen (Hochschule für Bodenkultur, heute Universität für Bodenkultur) und Ernst Lagler (Universität Wien).

niszenz und Huldigung,²⁷ aber seine idealistischen Überlegungen zum wahren Staat, seine gegen das individualistische Menschenbild der Moderne, den Liberalismus in Politik und Gesellschaft und den Positivismus in der Wissenschaft orientierte universalistische Ganzheitslehre, seine von einer Krisenrhetorik getragene Konzeption des Ständischen und der aufbauenden Auffassung, »durch die Soziologie die Revitalisierung traditionaler Institutionen und historisch-romantischer Gesellschaftsmodelle zu fördern« (Knoll 1988: 220), geraten unter den veränderten Bedingungen des Kapitalismus nach 1945 (Modell der sozialen Marktwirtschaft) in krassen Gegensatz zu den Prozessen gesellschaftlicher Rationalisierung und Differenzierung, denen sich auch das von Spann beschworene »geistige[n] Lebensgesetz aller Gemeinschaft und Gemeinschaftsverbinding«, nämlich »die Unterordnung des Niederen unter das geistig Höhere« (Spann 1921: 176) beugen muss, während das »ständische Prinzip« im Nachkriegskorporatismus, der schließlich den Erfolg des Wohlfahrtsstaatsmodells begründet, aufgehoben wird – quasi eine De-Legitimierung durch die politisch-gesellschaftliche Entwicklung. Der Hauptgrund für den Resonanzverlust und die De-Legitimierung der Spann'schen Gesellschaftslehre liegt aber zweifellos in der (internationalen) Durchsetzung und Dominanz der empirischen (oft positivistischen und/oder modernisierungstheoretisch gerahmten) Soziologie sowie der (spätmarxistischen) kritischen Theorie. Dies gilt, wie Andreas Kranebitter in seinem Beitrag schreibt, nicht nur für Spann und seine Gefolgsleute, sondern eben auch für die NS-Soziologie, die – von den überlappenden Bereichen zu Psychologie und »Ostforschung« abgesehen – sich weitgehend antiempirisch positioniert und über Personen wie Walther Schienerl die akademische Lehre kontaminiert: Soziologie als ein von empirischer Forschung »rein« getrenntes »Nachdenken über gute, ursprüngliche Ordnungen« überdauert, wenn auch wirkungslos, die Zäsur von 1945. Wie Kranebitter am Beispiel des »Rassekonzeptes« bei den in Wien lehrenden Adolf Günther und Walther Schienerl zeigt, trägt die NS-Soziologie keine einheitliche Handschrift. Es bestehen jedoch verbindende Gemeinsamkeiten, allen voran ein organizistisches Denkmodell und die autoritären Affinitäten der Gesellschaftslehre, die mit Austrofaschismus und Nationalsozialismus nicht nur aufgrund durchsichtiger persönlicher

27 | Siehe den Nachruf von August Maria Knoll (Knoll 1950; dazu ausführlicher der Beitrag von Reinprecht in diesem Band) oder den Beitrag des in Salzburg tätigen Kultursoziologen Mohammed Rassem, der Spann als »Wiederhersteller der wahren idealistischen Philosophie« (Rassem 1990: 89) huldigt. Der »sorgfältige[r], dabei immer höfliche[r] Ratgeber seiner Studenten, der Doktoranden, Habilitanden«, sei zudem auch »personalpolitisch rührig und schulbildend im engeren Sinn des Wortes« gewesen (ebd.: 90). Spanns antidemokratische »politisch-soziale Philosophie« wird mit der politischen Lage 1919/20 erklärt, seine theoretische Haltung generell im Hinblick auf den »eruptiven Durchbruch der vom positivistischen Zeitgeist unterdrückten deutschen (nicht österreichischen) idealistischen und romantischen Philosophie« (ebd.: 93) begründet. Alles in allem wird Spann als ein Einzelkämpfer porträtiert, der sowohl dem Dollfuß-Schuschnigg-Regime entsagt habe, als auch gegenüber dem italienischen und NS-Faschismus auf Distanz geblieben sei, war er doch »zu sehr auf die Reinheit seiner Lehre, auf Treue zu seiner eigenen Begriffsbildung bedacht, als dass er zum Ratgeber von »Dezisionisten« getaucht hätte« (ebd.: 99).

Ambitionen seiner Proponenten, sondern auch konzeptuell verschränkt waren (auch dafür ist Spann, dem bis in Kreisen der Neuen Rechten gehuldigt wird, ein Exempel).

Auch die im Beitrag von Fabian Kalleitner, Anna Fassl und Simone Tamara Feichter vorgenommene Analyse der Rigorosenakten der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien dokumentiert am Beispiel ausgewählter staatswissenschaftlicher Dissertationen, dass neben ideologischer Überzeugung auch willfähriger Opportunismus, der im Sprachduktus seinen Ausdruck findet, eine Rolle spielt. Einen Hinweis liefert das abrupte Verschwinden der NS-Diktion in den Dissertationen, die unmittelbar nach 1945 eingereicht werden, was in Österreich das Betriebsunfall-/Diskontinuitäts-/»Stunde Null«-Narrativ untermauert. Wenn schon, so die Schlussfolgerung, dann (über)lebt Soziologie im NS eben nur als Residuum und mittels Verrenkungen und Verstellungen.

Wie die Beiträge in diesem Abschnitt zeigen, hält die populäre Auffassung von Diskontinuität und Bruch einer historisch-kritischen Aufarbeitung nicht stand. Die *Kontaminierungen* sind weitreichender als vielfach angenommen und betreffen nicht nur das Selbst von Autoren, deren wissenschaftliche Bedeutung oftmals nachrangig oder von bloß lokalem Interesse ist, sondern deren (direkten und indirekten) Einfluss auf die institutionelle Entwicklung der Soziologie sowie soziale und kognitive Identität, was Besonderheiten und auch Beschädigungen sichtbar und erklärbar macht. Um die normativ-ideologische Kontaminierung der konzeptuellen Basis der Soziologie in Österreich herauszuarbeiten, ist die kritische Arbeit am Begriff ebenso notwendig wie minutiöse quellenkritische Archivarbeit, auf deren Grundlage erst die detaillierte und korrigierende Rekonstruktion von wissenschaftlichen Lebensverläufen und den mit ihnen verbundenen Werken möglich ist. Erstaunlich ist, wie viel an Archivmaterial nach wie vor unbearbeitet ist und zu welchen Korrekturen und Differenzierungen neue Forschungen beitragen.²⁸

Letztlich geht es also um Fragen wie: Welche Geschichte haben unsere soziologischen Konzepte? Was wird verschwiegen? Wo und wie liegt der Nationalsozialismus – als Ideologie, System, Erfahrungszusammenhang – implizit oder explizit dem Denken und Handeln von SoziologInnen zugrunde? Lassen sich an Biografien individuelle

28 | So zeigen neuere Forschungen zu Eric Voegelin, dass seine Nähe zur nationalsozialistischen Ideologie doch viel stärker ausgeprägt war, als er es selbst in seinen *Autobiographischen Reflexionen* (Voegelin 1994), vor allem aber die Voegelin-Forschung durch auslassende und verkürzende Rezeption glauben machte. Emmanuel Faye führt aus, dass Voegelin nicht nur inhaltlich (durch seine wissenschaftlichen Texte) der NS-Ideologie nahestand, sondern auch, getragen von seinem Verlangen nach einer Universitätslaufbahn, mit den akademischen NS-Ideologen aktiv Kontakt aufnahm und dabei ihren rassenideologischen Erwartungen (auch ihn selbst betreffend) entgegenkam. Fayes Beitrag zeigt nicht nur Voegelins Lavieren auf, seine Versuche, sich mit den Verhältnissen zu arrangieren, sondern dass damit auch inhaltliche Zugeständnisse verbunden waren, wobei diese bis zu einer »Rassifizierung« des Wissenschaftskonzepts gingen (Faye 2016). Wulf D. Hund schreibt: »Publikationsstrategie wie Zukunftsplanung verweisen darauf, daß Voegelin in seinen Ausführungen kein Hindernis für eine Mitarbeit im nationalsozialistischen Wissenschaftsbetrieb sah« (Hund 2017: 54). Voegelin suchte die »gute Rassentheorie« (ebd.: 61), und war insofern nicht »Anti-Rassist«.

Dispositionen, Strategien, aber auch Funktionsweisen des akademischen Felds aufzeigen? Dies ist auch das Thema von Takemitsu Morikawas Beitrag über den *Fall Gottl-Ottlilienfeld*, der sich nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten von seinen ursprünglich vertretenen liberalen Positionen löst, um sich Schritt für Schritt soweit an das ideologische System anzuschmiegen, bis er es schließlich weitgehend internalisiert hat. Die Frage der Kontaminierung der theoretischen bzw. Forschungskonzepte ist von besonderem Interesse. Wie die meisten dem Nationalsozialismus nahestehenden Soziologen aus dem Bereich der Gesellschaftslehre – im Unterschied zu Psychologie und Bevölkerungslehre – geht es auch Gottl-Ottlilienfeld vorrangig um die Suche und Begründung von Ordnung und nicht um eine empirische Analyse von Ordnungssystemen aus der sich zum Gegenstand in Distanz setzenden Haltung kritischer Sozialwissenschaften (im Falle von Gottl-Ottlilienfeld um die Beziehung von Volksgemeinschaft, Staat und Wirtschaft). Auch Othmar Spann wollte Ideologe eines neuen Deutschland werden. Sein Ansatzpunkt aber ist, wie Michaela Pfadenhauer in ihrem Beitrag »Organisieren« als kontaminierte Kategorie von Othmar Spann zeigt, eine idealistische, über-individuelle Konzeption von Gemeinschaftsbildung, wonach die Einzelnen stets nur als Teile von etwas Größerem existieren. Organisieren ist jener Vorgang der Einbindung der Einzelnen in eine stark hierarchisierte Ständeordnung in einem metaphysisch überhöhten Staat. Was Spann als analytische Kategorie entwirft, trennt sich so gesehen vom Alltagsverständnis, ist aber weltanschaulich konnotiert (und insofern auch kontaminiert). Auch wissenschaftliche Begriffe sind nicht rein, neutral, unschuldig. Selbstverständlicher Teil jeder wissenschaftlichen Arbeit sollte es daher sein, so Pfadenhauer, »die Begriffe hinsichtlich ihrer Konnotationen zu durchleuchten«.

Ein wenig bearbeitetes Thema der Beziehung von Soziologie und Nationalsozialismus ist die Weiterverwendung, Adaptierung und Instrumentalisierung von Konzepten, aber auch Forschungsinstrumenten durch Nationalsozialisten. Der Band bietet diesbezüglich einige Hinweise: Gerhard Benetka thematisiert etwa, wie die von Charlotte Bühler und Hildegard Hetzer entwickelten Wiener Kleinkindertests im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses an Tausenden von Kindern angewendet und so zu einem Instrument des NS-Kindermordes wurden. Beispiele wie diese entlarven die Illusion eines am Vorbild der Naturwissenschaften orientierten Begriffs von Objektivität in den Sozialwissenschaften und unterstreichen zudem die Notwendigkeit eines Bewusstseins für die Verantwortung der ForscherInnen. Über eine besondere Form der Aneignung eines methodischen Instrumentariums berichtet Günther Sandner in seinem Beitrag *Bilder trennen und Bilder verbinden. Wege der Wiener Bildstatistik*. Diese Methodik wurde bekanntlich von Otto Neurath gemeinsam mit Marie Reidemeister und Gerd Arntz entwickelt und diente dem progressiven Zweck einer demokratischen und emanzipatorisch orientierten Arbeiter- und Volksbildung. Mit dem Verbot der Sozialdemokratie 1934 wurde auch das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, in dessen Rahmen die bildstatistischen Arbeiten entstanden, aufgelöst, nach wenigen Monaten allerdings wieder als Österreichisches Institut für Bildstatistik neugegründet, dessen Tätigkeit auch nach 1938 weitergeführt wurde, während Otto Neurath ins Exil flüchtete, wo er sich – erst

in Den Haag, später in Oxford – der Weiterentwicklung seiner visuellen Bildungsarbeit widmete. Kontaminierung erfolgte hier durch Inbesitznahme und eine gegen die Intentionen gerichtete Praxis. Vor allem in den Monaten nach dem »Anschluss«, so Sandner, veröffentlichte die NS-Presse bildstatistische Darstellungen zu Propagandazwecken (etwa über die »Verjudung« Wiens). Auch diese Arten einer *Kontaminierung* durch »Fremdverwendung« sind bislang wenig untersucht.

Durchdringungen

Else Frenkel wird 1908 im damals zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehörenden Lemberg geboren (vgl. zum Folgenden Paier 1996; allg. Benetka 1995). Noch vor dem Ersten Weltkrieg übersiedelt die Familie nach Bad Vöslau und schließlich nach Wien. Frenkel studiert hier zunächst Mathematik und Physik, dann Philosophie und Psychologie. Ihr Studium schließt sie 1930 mit der Dissertation *Das Assoziationsprinzip in der Psychologie* ab, die Gutachter sind Karl Bühler und Moritz Schlick, Philosoph des Wiener Kreises. Bühler äußert sich über die Arbeit der 22-Jährigen in seinem Gutachten sehr positiv: »Das Manuskript *entspricht* den an eine Dissertation zu stellenden Anforderungen in *vollem Ausmaß*.«²⁹ Bald gehört sie zum inneren Kreis um Karl und Charlotte Bühler und spielt dort intellektuell wie sozial eine wichtige Rolle, vor allem in koordinativer Funktion in Charlotte Böhlers psychologischer Lebenslaufforschung, in der etwa auch Marie Jahoda ihre Dissertation verfasst (vgl. Jahoda 2017). Sie scheint Jahoda zufolge am Psychologischen Institut geradezu gelebt zu haben (vgl. Paier 1996: 25). Frenkel schließt engere Bekanntschaft mit dem aus dem österreichisch-ungarischen Adel stammenden Assistenten Egon Brunswik, dessen Stelle sie 1931/1932 und 1936 am Institut zweimal vertritt (ebd.). Brunswik, der nach seiner Gastprofessur an der University of California in Berkeley 1937 in den USA bleibt, ermöglicht Frenkel schließlich, rechtzeitig aus Österreich in die USA zu fliehen – als Jüdin ist sie schon lange vor 1938 angefeindet worden, etwa von Studierenden, die es für eine »Schande [hielten], das Studium nicht ohne den Besuch eines Seminars der Jüdin Else Frenkel beenden zu können« (zitiert nach: ebd.: 32), und noch vor ihrer Ausreise von der Gestapo verhört worden. Else Frenkel kommt im Juni 1938 in New York an; die Hochzeit mit Egon Brunswik findet noch am Tag der Ankunft auf dem Schiff statt (ebd.: 33). Als Research Associate arbeitet sie in Berkeley an einigen Projekten mit, ab 1943 schließlich auch in jener Gruppe, die mit der umfangreichen Studie *The Authoritarian Personality* (Adorno, Frenkel-Brunswik, Levinson und Sanford 1950) wohl eine der bekanntesten soziologisch-sozialpsychologischen Studien zum Nationalsozialismus vorlegt.³⁰

29 | UAW, Philosophische Fakultät (PH), Rigorosenakt (RA) 10703 (Else Frenkel), Karl Bühler: Beurteilung der Dissertation, Wien, 23. Juni 1930.

30 | Die klassischen im institutionellen Kontext des Frankfurter Instituts für Sozialforschung entstandenen Arbeiten können hier nur Erwähnung finden, ohne ausführlicher besprochen zu werden (vgl. Horkheimer 1936; Fromm 1980; Pollock 1955).

The Authoritarian Personality untersuchte mittels Fragebögen auf Basis von Antisemitismus-, Ethnozentrismus- und Faschismusskalen und mittels klinischer Interviews auf Basis thematischer Auffassungstests autoritäre Persönlichkeitsmuster als Potenziale bzw. »readinesses for responses« (ebd.: 5) sozusagen auf ein potenzielles faschistisches Angebot. In der berühmten F-Skala wurden die zugrundeliegenden Dimensionen des Autoritarismus in den Variablen des rigiden Festhaltens an Mittelschichtswerten (Konventionalismus), der autoritären Unterwerfung unter idealisierte moralische Autoritäten der Ingroup, der autoritären Aggression gegenüber Regeln übertretenden Personen, einer Opposition gegen Subjektives (Anti-Intrazeption), des Aberglaubens und der Stereotypie in einem Glauben an mythische Einflussfaktoren, eines stark um Kategorien der Macht und Härte kreisenden Denkens, einer generellen Destruktivität und eines Zynismus, einer umfassenden und weitreichenden Projektivität und schließlich einer Überbetonung der Sexualität identifiziert (ebd.: 222–279). Die Studie, deren Facettenreichtum in derart schlagwortartigen Zusammenfassungen der F-Skala nicht annähernd abgebildet werden kann, ist eine beeindruckend materialreiche und theoretisch dichte Erhebung und eines der vielen Beispiele einer geografischen wie disziplinären Verschmelzung europäischer und amerikanischer Sozialforschung. Nicht zuletzt stand sie, wie Paul Lazarsfeld in Bezug auf seine eigenen als eher unproduktiv erinnerten Erfahrungen mit Adorno selbstkritisch anmerkt (Lazarsfeld 1975: 203), für eine gelungene »Übersetzung« von Adornos Überlegungen in empirische Termini und damit eine produktive Theorie-Praxis-Verschränkung. An der *Authoritarian Personality* wurde seit ihrem Erscheinen viel Kritik geübt, etwa an der Verabsolutierung der »Highscorer« zu autoritären Persönlichkeiten, der vor allem eine geringe Aufmerksamkeit für die Diversität der »Lowscorer« gegenüberstehe, welche kurzerhand zu vorurteilsfreien Personen erklärt würden; methodologisch wurden einerseits die Verbindung der verschiedenen gemessenen Einstellungen zu einem einzigen, eindimensionalen »Syndrom«, andererseits etwa die – beinahe ausschließlich positiv formulierten – einzelnen Items des Fragebogens kritisiert (vgl. zusammenfassend Martin 2001; Duckitt 2015). Doch ungeachtet all dieser berechtigten wie unberechtigten Kritik löste die Studie wie kaum eine andere sozialwissenschaftliche Studie zu Faschismus und Nationalsozialismus Debatten aus, die bis heute andauern und auch heutige Forschungen zum Autoritarismus inspirieren. Else Frenkel-Brunswiks Forschungen zu Faschismus und Autoritarismus beschränkten sich nicht auf die Mitarbeit in dieser zentralen Studie. Sie befasste sich insbesondere mit der Leugnung emotionaler Ambivalenz und der kognitiven Intoleranz gegenüber Mehrdeutigkeit, nicht zuletzt in Experimenten mit Kindern,³¹ die zu rigiden und ste-

31 | Ein Beispiel ihrer experimentellen Wahrnehmungsforschung wäre ein Experiment, bei dem Kindern ein Bild eines Hundes gezeigt wurde, »das nach einigen Übergangsbildern zu dem einer Katze wird. Bei jedem Übergangsbild wurden die Versuchsteilnehmer gebeten, das Objekt zu identifizieren, das sie sahen. [...] Die vorurteilsvollen Personen hielten länger an der ersten Bildinterpretation fest und antworteten langsamer auf die sich verändernden Bilder. Sie zögerten stärker, das ursprüngliche Objekt, dessen sie sich sicher fühlten, aufzugeben; sie sahen die Elemente, die dem ersten Objekt widersprachen, eher nicht und wandten sich von Über-

reotypen, simplifizierenden Wahrnehmungsmustern führen und damit ein autoritäres Persönlichkeitsmuster begründen würden (vgl. insb. Frenkel-Brunswik 1996: 179–204), wobei sie nicht nur auf Psychoanalyse und Soziologie Bezug nahm, sondern sich auch mit den Arbeiten von NS-Psychologen wie Erich Rudolf Jaensch intensiv auseinandersetzte (zu Jaensch vgl. Geuter 1984).

Frenkel-Brunswiks Forschungen kreisten somit auf verschiedene Weise um die empirische und theoretische Durchdringung des Nationalsozialismus. Auch wenn ihr grundlegender Bezugspunkt dabei stets die Psychologie der Persönlichkeit blieb, zeichnete sich ihr Denken durch vielfältige Verbindungslinien zur Psychoanalyse, zur Philosophie des Wiener Kreises und zur Soziologie der Kritischen Theorie aus. Frenkel-Brunswik war in dieser mehrfachen Hinsicht eine »Wanderin zwischen den Welten« (Sprung 2011). Die auch durch die Erfahrung des Exils (im Unterschied zur selbstbeschränkenden Erfahrung am Wiener Bühler-Institut) verstärkte Interdisziplinarität begründete einen bemerkenswerten Innovationsschub in ihren Forschungen, ihr Werk zeugt von einer »konstruktive[n] Synthese aus vorhandenen Wissensbeständen und neuen Einflüssen« (Paier 1996: 39). Soziologie sollte letztlich die (leicht entwertende) Denomination ihres Lehrstuhls sein. Heute ist Frenkel-Brunswik, vor allem in der Soziologie, so gut wie unbekannt. Findet sie Erwähnung, dann nur in Form eines »automatische[n] Zitat[es]« (Steinert 2010: 7–8), sobald *The Authoritarian Personality* referenziert wird. Zumeist versteckt sich der Hinweis auf sie aber auch hier im »et al.« des »Adorno et al.« – gerade im deutschsprachigen Raum wird die nur unvollständig ins Deutsche übersetzte *Authoritarian Personality* generell auf Theodor W. Adorno reduziert und sowohl der Einfluss von Personen wie Erich Fromm als auch der Co-AutorInnen R. Nevitt Sanford, Daniel J. Levinson und Else Frenkel-Brunswik bis heute geradezu unterschlagen (vgl. Fahrenberg und Steiner 2004: 129; siehe z.B. Nachtwey 2016: 220–222). Paradoxerweise wird selbst in neuesten Arbeiten, die eine Relektüre des Originals versprechen, Frenkel-Brunswiks Name selbst dann nicht genannt, wenn Levinson und Sanford Erwähnung finden (vgl. Bonß 2019; Dahmer 2019: 197).

Geht es um den österreichischen Beitrag zur soziologischen *Durchdringung* von Faschismus und Nationalsozialismus, müssen neben personellen Beiträgen wie jenem Frenkel-Brunswiks die im Kontext des Austromarxismus entstandenen Faschismustheorien genannt werden. Namentlich Otto Bauer, der mit der theoretischen wie sozialen Entwicklung der Soziologie in Österreich als intellektuelles Oberhaupt des Austromarxismus (Fleck 1990: 99) bereits in den Gründungsjahren oftmaliger Vortragender der Soziologischen Gesellschaft in Wien war (Exner 2013: 29–32) und mit der Soziologie in Österreich eng verbunden blieb, hinterließ diesbezüglich weithin rezipierte Überlegungen (Bauer 1936; 1968; vgl. dazu Abendroth 1968; Botz 1976; Knoll, Majce, Weiss und Wieser 1981; Mozetič 1983; 1992). Symptomatisch für diese (austro-)

gangslösungen ab. Wenn dieses Beharren zusammenbrach, begannen sie entweder herumzuraten oder wurden von Unsicherheiten gehemmt, die der Aufgabenstellung innewohnten« (Frenkel-Brunswik 1996: 194).

marxistischen Faschismusanalysen war ihre makrosoziologische Ausrichtung – im Fokus standen historische Tendenzen wie das Aufkommen einer klassenübergreifenden Ideologie des Militarismus nach dem Ersten Weltkrieg, die ökonomische Pauperisierung breiter Bevölkerungsteile, die sozialpsychologisch in verschiedenen sozialen Schichten unterschiedliche Auswirkungen habe, oder die Entwicklung der Klassenkonflikte nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie, gekennzeichnet vom gleichzeitigen Erstarken der Arbeiterbewegung und deren staatlicher Repression in Folge der Profitkrise des Kapitals (vgl. Bauer 1968). Auch die ersten Analysen des nationalsozialistischen Terrors, vor allem in den Konzentrationslagern, waren unmittelbar mit österreichischen SozialwissenschaftlerInnen verknüpft. Neben Bruno Bettelheims frühem und in Folge vielzitiertem Artikel (Bettelheim 1943; vgl. dazu Fleck und Müller 2006) ist hier zunächst auf den Soziologen und späteren Politikwissenschaftler Eugen Kogon hinzuweisen, der unter anderem bei Othmar Spann und Hans Kelsen studiert hatte und bereits 1946 mit seinem Buch *Der SS-Staat* (Kogon 1946; vgl. Kranebitter 2016a) den »Klassiker« unter den frühen Studien zu Konzentrationslagern und Terror verfasste. Benedikt Kautsky, Sohn des berühmten Sozialdemokraten Karl Kautsky und 1959/1960 Dozent im Bereich Gesellschaftslehre der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, hatte seine Studie zu den KZ Dachau, Buchenwald und Auschwitz ebenfalls 1946 erstveröffentlicht (Kautsky 1948). Auch Paul Neurath, der lange Zeit als Gastprofessor in Wien Soziologie und Statistik unterrichtete, hatte seine Dissertation zum KZ Dachau 1943 abgeschlossen. Auch wenn sie erst posthum veröffentlicht wurde (Neurath 2004; vgl. Fleck, Müller und Stehr 2004), hatte sie großen Einfluss auf die weitere soziologische KZ-Forschung, etwa auf Maja Suderlands Forschungen (vgl. Suderland 2009). Mit Suderland lässt sich auch »festhalten, dass die frühe Soziologie der Konzentrationslager eine österreichische Angelegenheit gewesen zu sein scheint« (Suderland 2014: 377–378), auch wenn man sich dessen weder in der deutschen, noch in der österreichischen Soziologie bewusst war. All diese Arbeiten wurden in der österreichischen Soziologie jedenfalls nicht rezipiert – selbst Kogons Werk, das Eingang in bedeutende Arbeiten der amerikanischen Soziologie fand (vgl. Goffman 1973; Moore 1982: 99–116), blieb in der hiesigen Soziologie ungelesen oder zumindest unerwähnt.

Auch wenn austromarxistische Faschismustheorien und soziologische Theorien zu den Konzentrationslagern innerhalb wie außerhalb der Soziologie kaum als bekannt vorausgesetzt werden sollten, wollten wir in diesem Band nicht bereits ausführlich Erforschtes und Beschriebenes wiederholen, sondern alternativen Erklärungsmodellen und Nuancierungen Raum bieten. Der Bereich *Durchdringungen* wird deshalb von Mathieu Desan und Gareth Dale mit einem Beitrag zu Karl Polanyis Auseinandersetzung mit Faschismus und Nationalsozialismus eingeleitet. Die Autoren kontextualisieren Polanyis Schriften dazu in den zeitgenössischen Debatten – und konstatieren ähnlich wie etwa Helmut Dahmer für die Frankfurter Schule (vgl. Dahmer 2014; 2019), dass diese Debatten für Polanyi geradezu zentral waren, auch wenn die direkte Beschäftigung mit dem Faschismus fragmentarisch und in seinem Hauptwerk *The Great Transformation* (Polanyi 1978) hintergründig blieb.

Veronika Duma widmet sich in ihrem Beitrag der Sozialistin und Sozialwissenschaftlerin Käthe Leichter, die ihre schon im Austrofaschismus aktiv begonnene illegale politische Arbeit auch nach dem »Anschluss« Österreichs an das Deutsche Reich fortsetzen wollte. Leichter verfasste noch in Gestapo-Haft ihre Lebenserinnerungen (Leichter 1973) und blieb, wie sich ihre Mitgefangene Rosa Jochmann erinnert, selbst im Konzentrationslager wissenschaftlich tätig – als akademische Lehrerin ebenso wie als Forscherin, die sich für das Leben der mitgefangenen Diebinnen und Mörderinnen im KZ Ravensbrück interessierte. Sie wurde 1942 in der Tötungsanstalt Bernburg ermordet.

Auch Alfred Klahr, mit dessen Werk sich Brigitte Bailer in ihrem Beitrag beschäftigt, sollte die NS-Zeit – trotz der anfänglich geglückten, von der »Kampfgruppe Auschwitz« um Hermann Langbein organisierten Flucht aus dem KZ Auschwitz (Langbein 1949: 161–162) – nicht überleben. Seine kurze theoretische Arbeit *Gegen den deutschen Chauvinismus* ist somit ein im KZ entstandenes Stück Soziologie, das zwar, wie Bailer schreibt, der stalinistischen Faschismus-Interpretation verhaftet blieb, durch die Behauptung eines österreichischen Sonderweges aber auch mit der Parteilinie brach und noch in Auschwitz zum innerkommunistischen Konflikt führte.

Sind Polanyis, Leichters und Klahrs Denkansätze innerhalb der Linken zu verorten und verdeutlichen damit eine verdeckte Produktivität in der soziologischen Durchdringung des Nationalsozialismus an den Rändern des Austromarxismus und Parteikommunismus, so stehen Franz Borkenau kultursoziologische Arbeiten zum österreichischen »Anschluss«, die Peter Fischer zum Thema macht, für eine politisch motivierte Abwendung von jeglicher marxistischer Soziologie. Borkenau, der bis zu seinem Ausschluss aus der KPD 1929 als orthodoxer Kommunist beschrieben werden kann und Stipendiat des Instituts für Sozialforschung gewesen war (vgl. Wiggershaus 1988: 144–145), emigrierte unmittelbar nach dem »Anschluss« Österreichs aus Wien in die USA und veröffentlichte seine Beiträge über den Nationalsozialismus sozusagen in Echtzeit (Borkenau 1938; 1939); sie standen damit an der Schnittstelle zwischen einer marxistisch inspirierten und der späteren Phase der Entwicklung einer Totalitarismustheorie. *Austria and After* steht aber auch formal betrachtet für eine Reihe von Arbeiten, die den Nationalsozialismus vor einem gewissermaßen soziologischen Theoriebackground journalistisch oder belletristisch dokumentieren wollten – neben Borkenau wären hier etwa der bereits 1932 erschienene Band Nikolaus Hovorkas zu nennen (Hovorka 1932; zu Hovorka, der nach 1938 ins KZ Mauthausen deportiert wurde, vgl. auch Kathan 2018) sowie die ebenfalls 1938 verfassten Bücher von Käthe Leichters Mann Otto Leichter (Leichter 2018) und der mit den SoziologInnen des Instituts fürs Sozialforschung persönlich bekannten Lili Körber zu nennen (Körber 1988; zu Körber vgl. auch Bergler 2017). Die potenziell natürlich weitläufigen Formen des journalistischen Berichts und dokumentarischen Romans können jedenfalls nicht ausgeblendet werden, wenn es um die soziologische *Durchdringung* des Nationalsozialismus geht.

Hilde Weiss thematisiert schließlich jene empirischen Arbeiten, die unmittelbar nach der Befreiung im Mai 1945 im Auftrag der US-amerikanischen Besatzungsbe-

hörden im Rahmen der Re-Education durchgeführt wurden. Hier kam es zu einer produktiven, transatlantischen Verflechtung von sozialwissenschaftlicher Expertise, die bis in die Itemkonstruktion reichte (Merritt und Merritt 1970; Stifter 2015) – und die empirisch einen weitverbreiteten, persistenten Antisemitismus und Ethnozentrismus in der österreichischen Bevölkerung erhob.

Wie der darauffolgende Beitrag von Saskja Schindler, Carina Altreiter, Michael Duncan und Jörg Flecker zeigt, blieben diese Forschungen, die einen Neubeginn einer empirisch arbeitenden, theoretisch geleiteten, methodisch auf der Höhe der Zeit verfahrenen Sozialforschung markierten, von der sich parallel dazu etablierenden akademischen Soziologie unbemerkt. Sie begründeten keinen Forschungszusammenhang und wurden nur sporadisch rezipiert und aktualisiert – auch wenn, wie die Bestandsaufnahme zeigt, die Zahl der soziologischen Arbeiten zum Rechtsextremismus, die insbesondere so etwas wie einen Wandel des österreichischen Antisemitismus und Ethnozentrismus in den folgenden Jahrzehnten aufzeigten, so gering nicht ist.

Die in den Artikeln dieses Abschnitts geleisteten Bestandsaufnahmen an soziologischen *Durchdringungen* von Faschismus und Nationalsozialismus in Österreich dokumentieren eine weitverzweigte theoretische wie empirische Produktivität, an die im Mainstream der österreichischen Soziologie nach 1945 nicht mehr angeknüpft wurde. Weder austromarxistische Faschismusanalysen, noch totalitarismustheoretische Beiträge oder empirische Befunde der United States Forces in Austria fanden hier Erwähnung; das darin Erforschte wurde als (überdies mehr deutsche denn österreichische) »Vergangenheit« der Geschichtswissenschaft überlassen. In einer kurzen Geschichte der Soziologie in Österreich inkludierte Leopold Rosenmayr etwa nur jene Forschung in seine Bibliografie, die seit 1950 verfolgt worden war (vgl. Rosenmayr 1966). Indem das Jahr 1950 als Ausgangspunkt gewählt wurde, konnte die Forschung zwischen 1945 und 1950 ignoriert werden – die Geschichte der Soziologie begann aus dieser Perspektive nicht mit der außeruniversitären, US-finanzierten NS-Forschung, sondern mit dem Ordinariat von August Maria Knoll im Jahr 1950 (vgl. Reinprecht 2014; Norden, Reinprecht und Froschauer 2015). Das Jahr 1950 zum Ausgangspunkt zu erklären, reflektierte eine lange Tradition der Abtrennung der eigenen Soziologie von unbequemen historischen VorgängerInnen, die in die Latenz verbannt wurden (Kranebitter und Reinprecht 2018). Unter dem Diktum, dass er »der ›Aufbau-Forschung‹ gegenüber der ›Aufarbeitungs-Forschung‹ den Vorrang gab« (Rosenmayr 1988: 294), setzte Rosenmayr eine vermeintlich in die Zukunft gerichtete und zur Zukunft beitragende Soziologie einer Soziologie entgegen, die als Aufarbeitung um Klärung, Versöhnung oder Trauer bemüht wäre (Rosenmayr 2006: 35–36), womit erstere als Wissenschaft, letztere als normativ und ideologieverdächtig konstruiert wurde.³² Damit wurde artikuliert, dass der Ausschluss des Forschens

32 | Nur der Vollständigkeit halber sei hier auf Rosenmayrs Autobiografie verwiesen (Rosenmayr 2008), die in der aktuellen Historiografie rezipiert wird (vgl. Bauer 2017). Das dort gewählte Bild der »Überwältigung« des »Anschlusses« wäre eine tiefergehende Analyse wert;

über den Nationalsozialismus Bedingung ihrer akademischen Etablierung, ihres Statusmanagements war (vgl. Steinert und Falk 1973: 22–23) – dass also die selbst gewählte Perspektivenverengung die Disziplinierung der Soziologie im bekannterweise doppelten Wortsinn ermöglichte. Dies erforderte eine umfassende Dethematisierung soziologischer Forschungen und potenzieller soziologischer Forschungsobjekte – der Nationalsozialismus war in der Nachkriegszeit keineswegs Vergangenheit, sondern Koordinatensystem der damaligen Gegenwart, der in den empirischen Forschungen geradezu zwanghaft ausgeblendet werden musste:

»Die Soziologen richten [...] den Blick also fest nach vorn und gelegentlich auch auf die Seite, nämlich auf das Ausland, und nur dann nach hinten, wenn es aus demographischen Gründen unvermeidlich ist. Insgesamt aber findet sich eine Form der Dethematisierung, die strukturell der im Nachkriegsalltag kultivierten Strategie des Schweigens über die Vergangenheit und des Blickens nach vorn auf Wiederaufbau, Wirtschaftswunder und Demokratie entspricht.« (Welzer 1997: 73–74)

Wenn man es in der Nachkriegszeit noch auf lange Zeit mit den »sozialen Existenzverlusten der Männer, die aus dem Krieg zurückkehrten« (Rosenmayr 2006: 32), den erhöhten Scheidungsraten, dem Strukturwandel der Arbeit und der innerfamiliären Arbeitsteilung, der Kompensation von NS-Unrecht, den Veränderungen und den »gährende[n] Leerräumen« (ebd.), die Emigration, Vertreibung und KZ in der Gesellschaft hinterlassen hatten, der geistigen Verarmung der Universitäten u. v. m. zu tun hatte – wie konnte man da Familien-, Bildungs-, Jugend- oder Alterssoziologie betreiben, ohne all das zu thematisieren und sich auf Forschungen zu beziehen, die wie die von Hilde Weiss referierten genau das zum Thema machten? Die als »Aufbauforschung« konstruierte Nachkriegssoziologie ermöglichte es den nach 1945 an den Universitäten etablierten Soziologen, sich von NS-Regime und Exil gleichermaßen zu distanzieren. Es waren neben den Universitäten insofern auch die Soziologen selbst, die die »autochthone Provinzialisierung« (Fleck 1996) in einer Phase der katholischen Restauration aktiv herstellten und innerhalb Österreichs Konformismus und Mittelmäßigkeit produzierten, während die vielversprechendsten Ansätze weitere Jahrzehnte ins Exil verbannt blieben. »During this time sociology blossomed in America, and it wasn't an easy task trying to catch up with the front-runner. In the years after 1945 the Austrians decided not even to try« (Fleck 2016: 21). Diese aktive Dethematisierung verweist zum einen auf die oben beschriebene Dimension der *Kontamination*, zum anderen auf die weitreichende *Transmission* dieser rekurrierenden Formen der Wissenschaftsorganisation.

unseres Erachtens vereint dieses Bild in symptomatischer Weise eine triebhafte Übermannung, eine Ich-Schwäche eines von Es und Über-Ich überwältigten Ichs mit dem Bild der von außen (Deutschland) kommenden Überwältigung Österreichs als unschuldigem und passivem kollektiven Opfer.

Transmissionen

1986 erscheint in den von Pierre Bourdieu herausgegebenen *Actes de la Recherche en sciences sociales* (Heft 62–63) ein umfangreicher Text über die Berichte von Überlebenden der NS-Konzentrationslager, betitelt *Le témoignage*, verfasst von Michael Pollak in Zusammenarbeit mit Nathalie Heinich (Pollak und Heinich 1996). Der Text analysiert am Beispiel verschiedener Arten von Zeugnissen von Überlebenden des Lagers Auschwitz-Birkenau – von Zeugenaussagen vor Gericht über autobiografische Texte, literarische Verarbeitungen bis zu den im Rahmen von Oral History-Projekten gesammelten Lebensgeschichten – die Sprecher- und Kontextgebundenheit der Inhalte, aber auch der Bedeutung und Funktion der jeweiligen Textsorte, sei es die Durchsetzung von Ansprüchen auf Entschädigung und Restitution oder die Aufrechterhaltung sozialer Identität. Aus vergleichender Perspektive arbeitet der Aufsatz die wissenschaftstheoretisch wie methodologisch relevante Beobachtung heraus, dass Auswahl (Repräsentativitätsproblem), Methode (Art der Befragung) und Forschungsobjekt (Überlebende aus einem Konzentrationslager) ein zusammenhängendes System bilden: Mit jeder Variation eines dieser drei Elemente verändern sich auch die beiden anderen. Jede Textsorte erzeugt also gewissermaßen eine eigene Realität und ist somit auch für unterschiedliche Begründungszusammenhänge offen. In seinem Aufsatz *Der Umgang mit dem Unsagbaren* (*Le gestion del'indicible*), der unmittelbar an *Le témoignage* anschließt, schreibt Pollak:

»Für die Geschichte unseres Lebens, diese verdichtete Form einer individuellen Sozialgeschichte, wählen wir je nach Situation und Gesprächspartner verschiedene Darstellungsweisen [...]. Die Lebensgeschichte richtet sich nach Zeitpunkt und Ort und ist nie dieselbe. Trotzdem kann man in all den einander überlagernden Geschichten einen harten Kern ausmachen, den man immer, oft sogar wortwörtlich, wiederfindet [...]. Trotz bedeutender Abweichungen findet sich der harte Kern wie eine Art Leitmotiv in jeder Lebensgeschichte. Harter Kern und Lebensgeschichte – diese beiden für alle Lebensgeschichten charakteristischen Merkmale legen es nahe, sie als Instrument der Identitäts-Konstruktion zu sehen und nicht nur als eine Darstellung von Fakten.« (Pollak 1988: 80)

In diesen beiden Texten, die ein paar Jahre später in erweiterter Form unter dem Titel *Die Grenzen des Sagbaren* (Pollak 1988) auch auf Deutsch erscheinen, unterliegt Pollak nicht der »biographischen Illusion« – wie Pierre Bourdieu programmatisch das Doppelheft dieser Ausgabe der *Actes de la Recherche en sciences sociales* betitelt –, d. h. »dem Versuch, ein Leben als eine einmalige und sich selbst genügende Abfolge von Ereignissen zu verstehen« (Bourdieu 1998: 82). Der Ansatz von Pollak ist interaktionistischer und pragmatischer als jener von Bourdieu. Die Zeugenberichte von KZ-Überlebenden sind für ihn Annäherungsversuche an das Unsagbare des Erlebten, Ausdruck einer Erinnerungs- und Identitätsarbeit, die sich vor allem in Gesprächen zwischen ForscherInnen und ZeitzeugInnen artikuliert, sich vorwagt, exponiert, dann aber wieder zurücknimmt, innehält. Was die Soziologie interessiert, so Pollak, ist nicht die Varia-

tion individueller Lebensgeschichten und Schicksale, sondern die in den individuellen Geschichten und Berichten eingelassene *gemeinsame* »Erfahrung einer extremen Verfolgung zu einer bestimmten Zeit ihres Lebens« (Pollak 1988: 20) – eine Erfahrung, die niemals rein subjektiv ist, sondern die sich in »sozialisationspezifischen Erzählstrukturen und -stilen« manifestiert (ebd.: 8). Dem erinnernden Sprechen haftet so gesehen stets etwas Typisches, Gruppenbezogenes an. Und doch, angesichts der extremen Erfahrung des Konzentrationslagers, geht das Sprechen immer wieder auch darüber hinaus. In Pollaks 1990 veröffentlichten Buch *L'expérience concentrationnaire. Essai sur le maintien de l'identité sociale* (Die Erfahrung des Konzentrationslagers. Essay über die Aufrechterhaltung der sozialen Identität) wird am Beispiel von drei biografischen Interviews mit Margareta (Wien), Ruth (Berlin) und Myriam (Paris) deutlich, wie sehr es sich bei der Bewegung des Erzählens um eine unstete, bewegliche, fließende Bewegung der Suche nach Wahrheit, Antworten und Identität handelt.

Als die beiden Aufsätze in den *Actes de la recherche en science sociales* erscheinen, lebt Michael Pollak bereits seit 15 Jahren in Paris. 1948 in Linz geboren, zählt er zur ersten Generation der Studierenden an der dort 1966 neu gegründeten Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Pollak studiert Soziologie, seine Diplomarbeit, mit der er 1971 sein Studium abschließt, widmet sich einer Kritik am technologischen Prognoseverständnis der Mainstream-Soziologie. In einem Briefwechsel mit Pierre Bourdieu, dessen Arbeiten zur Funktion des Bildungssystems im System der sozialen Reproduktion (*Les Héritiers* 1964; dt. *Die Erben* 2007, und *La reproduction* 1970; dt. *Die Illusion der Chancengleichheit* 1971) zu dieser Zeit unter kritischen Studierenden die Runde machen, muntert ihn Bourdieu auf, nach Paris zu kommen und bei ihm seine Dissertation zu schreiben. Es ist ein Jahrzehnt überaus anregender intellektueller Entwicklungen, markiert durch die Debatte um den Poststrukturalismus und Namen wie Jacques Derrida und Michel Foucault, Gilles Deleuze und Cornelius Castoriadis sowie eben auch Pierre Bourdieu. Der von Bourdieu gegen den Geniekult im etablierten akademischen Milieu entwickelte kooperative, teamorientierte Arbeitsstil ebnet den Zugang zur Forschungsgruppe und der von Bourdieu geleiteten Zeitschrift *Actes de la Recherche en sciences sociales*. Die Emigration nach Frankreich hatte auch persönliche Gründe – Homosexualität war hier zweifellos leichter zu leben als im konservativen Österreich. (Zur Biographie Pollaks vgl. Botz 1994; Israël und Voldman 2008; Lichtblau 2019.)

Die Zusammenarbeit mit Bourdieu und später mit Luc Boltanski und Laurent Thévenot bringt eine Fortsetzung der kritischen Selbstthematisierung: Pollak fasst eine kritische und differenzierte Arbeit über Paul F. Lazarsfeld, arbeitet zu »Wien um 1900« (Pollak macht Bourdieu mit Karl Kraus bekannt, den dieser überaus schätzen lernt), um sich schließlich, bevor er sich in seinen letzten Lebensjahren vor allem dem Thema AIDS widmet – Pollak stirbt 1992 im Alter von 44 Jahren an den Folgen einer HIV-Infektion –, den Lebensgeschichten von KZ-Überlebenden zuzuwenden. Eben jene Arbeiten finden großes Echo, sowohl innerhalb als auch außerhalb Frankreichs. Die Zeitgeschichtsforschung, zu der Pollak enge Beziehungen aufbaut, auch in Österreich, würdigt seine Arbeiten als bedeutsamen methodologischen Beitrag; in der österreichischen Soziologie werden sie hingegen nur peripher wahrgenommen.

Pollak ist Angehöriger der ersten Nachkriegsgeneration, die sich an der Erfahrung der »Väter« (und »Mütter«) abarbeitet. So ist seine Auseinandersetzung mit der Zeugenschaft von KZ-Häftlingen auch familiengeschichtlich begründet: Pollaks Vater Walter war NSDAP-Mitglied sowie Funktionär der Hitlerjugend in Wien und in der Zeit des Nationalsozialismus auch journalistisch tätig. 1949 nahm er als »Ehemaliger« an der Oberweiser Konferenz teil, durch die führende Vertreter der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), allen voran der spätere Nationalratspräsident Alfred Maleta und der spätere Bundeskanzler Julius Raab, eine Brücke zu ehemaligen Nationalsozialisten errichten wollten. 1953 wurde er Chefredakteur der *Oberösterreichischen Nachrichten*, einer der großen Regionalzeitungen in Österreich, und bekleidete diese Funktion bis 1966 (vgl. Sandgruber 2005: 20).

Michael Pollaks Auseinandersetzung mit dem Sprechen über die KZ-Erfahrung trägt nicht direkt Zeichen einer intergenerationellen Abrechnung; sie ist vielmehr Teil einer Selbstthematisierung, die Pollak als Person und Soziologe vornimmt. Beeinflusst von Norbert Elias' Überlegungen zum Verhältnis von Engagement und Distanzierung, können Emigration und Soziologie als Teil eines mit der eigenen Biografie verwobenen Prozesses von Distanzierung und Aneignung von Herkunft gedeutet werden. Auch wenn Pollak kein autosozio biografisches Werk vorlegt, so nimmt sein Schaffen, gut ein Vierteljahrhundert vor Didier Eribons autosozio biografischem Versuch *Rückkehr nach Reims*, den Anspruch einer (selbst)reflexiven Soziologie vorweg. Pollak reflektiert den Soziologen als einen *Passeur*, als Kurier und Übermittler. Die Forderung nach Engagement und Distanzierung richtet sich also an den Sozialwissenschaftler selbst – ein Thema, das nicht nur, aber besonders ausgeprägt im Zusammenhang mit dem nationalsozialistischen Erbe lange Zeit außer Acht gelassen, beiseitegeschoben wurde. Es geht also nicht nur um die soziale Identität der Überlebenden der Konzentrationslager, sondern auch um die soziale Identität der SozialwissenschaftlerInnen – egal welcher Provenienz –, die sich nachforschend und aufklärend zu Wort melden. So schreibt sich bei Pollak fort, was als ein Paradoxon die österreichische Soziologie markiert: Die Tatsache, dass »die frühe Soziologie der Konzentrationslager eine österreichische Angelegenheit gewesen zu sein scheint« (Sunderland 2014: 378), wird vor allem in der österreichischen Soziologie nicht wahrgenommen.

Pollaks Arbeiten können als Gegenentwurf zu Leopold Rosenmayr gelesen werden, dem Doyen der österreichischen Nachkriegssoziologie, der, wie Christoph Reinprecht in seinem den Abschnitt *Transmissionen* einleitenden Beitrag ausführt, zwar das Subjekt in die Soziologie zurückholen möchte, aber dafür über keine über Sozialphilosophie hinausgehende Begrifflichkeit und Methodologie verfügt und Subjekt mit Ich-Bezogenheit gleichsetzt, also narzisstisch bleibt. Rosenmayr, der beansprucht, die Soziologie in Österreich neu begründet zu haben, tradiert auf diese Weise die problematische Spaltung in einerseits idealistische Gesellschaftslehre und andererseits Sozialforschung, die angewandt und gleichzeitig – Rosenmayr ist akademisch als Sozialphilosoph sozialisiert – Deutungswissenschaft sein will. »Es scheint«, so lassen sich in diesem Zusammenhang Mario Erdheim und Maya Nadig zitieren,

»dass die Größen- und Allmachtsphantasien einen magischen Kreis um den Alltag ziehen und den Forscher daran hindern, ihn zum Gegenstand des Wissens zu machen. Der soziale Tod setzt die Größen- und Allmachtsphantasien frei, entblößt sie ihres institutionellen Glanzes und wirft das Individuum auf seinen Alltag zurück.« (Erdheim und Nadig 1987: 173)

Rosenmayr, der zur Selbstvergewisserung immer wieder die Psychoanalyse anruft, umgeht das »für die Erkenntnis der Subjektivität unumgängliche soziale Sterben« (ebd.: 175), seine autosoziobiografische Literatur ist statusgetragen, zugleich selbstbezogen, schwankt zwischen Pathos und Sentimentalität. Für das schwierige Erbe findet der ansonsten wortmächtige Soziologe keine Sprache; von der Forschung zum Nationalsozialismus fühlt er sich geradezu persönlich verfolgt und tradiert derart eine bestimmte Vorstellung von Soziologie, die Gesellschaft in Forschungsbereiche zergliedert, die – auch dies wohl kein Zufall – geradezu organologisch den Lebensphasen zugeordnet werden: Jugend, Familie, Altern.

Die Frage der *Transmission* ist mehrschichtig, geht es doch nicht nur darum, zu erkennen, was fallen gelassen, verdrängt oder vergessen wird, oder auch überlebt bzw. weiterlebt, sondern auch um die Grade an Selektivität und Situationsbezogenheit, in der Erfahrung tradiert wird – und um die Frage, was und wie viel davon sich der Reflexion öffnet. Angesprochen sind also sehr verschiedene Aspekte, Handlungssphären, auch institutionelle Kontexte.

Das Interessante an der Debatte »Soziologie und Nationalsozialismus« ist gerade, dass sie sich einer üblichen Begrenzung als Bindestrich-Soziologien entzieht und gängige Einteilungen und Arbeitsteilungen sprengt. Die Auseinandersetzung mit der Beziehung von Soziologie und Nationalsozialismus mag aus fachlichen und fachhistorischen Gründen wichtig sein, etwa im Hinblick auf die Rolle und Funktion der Soziologie für das NS-Regime oder ihren Beitrag zur Analyse der nationalsozialistischen Gesellschaftsformation. Der Anspruch dieser Auseinandersetzung ist allerdings viel radikaler, grundsätzlicher – nämlich zu fragen, was die Soziologie in Österreich heute mit dem Nationalsozialismus zu tun hat, was subkutan weiterlebt, von ihm kontaminiert ist. Dass diese Kontaminierung nicht manifest, sondern meist latent wirkt, lässt sich beispielhaft am »Rassekonzept« zeigen. Die für die Soziologie im Austrofaschismus und Nationalsozialismus entscheidende normative Suche und Begründung von Ordnung baute auf unterschiedliche Weise »Rasse« als Ordnungsprinzip ein (zwischen biologischem »Rassendeterminismus« bis hin zu einer Art Als-ob-Soziologie). Nach 1945 ist »Rasse« zwar als Ordnungsschema de-legitimiert; jedoch wird zugleich der Rassismus als gesellschaftlicher Hierarchisierungsmechanismus nicht mehr benennbar und damit ins gesellschaftlich Unbewusste gedrückt. In seinem Beitrag demonstriert Kenneth Horvath am Beispiel der Migrationsforschung, wie hier der Rassismus als institutionalisiertes Prinzip der Beherrschung und Unterordnung vom Phänomen der Migration (bzw. ihres Managements) abgespalten wird, wodurch das gängige Narrativ, die Migrationssoziologie habe mit NS-Zwangsarbeit und Deportationsregime nichts zu tun, sondern mit der »Gastarbeit« begonnen, leichter durchsetzbar wird. Zugleich kann, indem Rassismus als analytische Kategorie abgelehnt

wird, »das Wechselspiel von rassistischen Klassifikationen, Migrationsordnungen und Ungleichheiten« ausgeblendet werden. Horvaths Text ist auch als ein kritischer Beitrag zur Funktionsweise der Sozialwissenschaften im Kontext des Postnationalsozialismus zu lesen. Themen und Bezüge werden weggefiltert, Grundannahmen und Wahrnehmungsformen, wie etwa 1945 als »Stunde Null« der Migrationsforschung oder die nationale Brille, als fraglos gesetzt, »naturalisiert«.

Mit Aspekten der intergenerationalen Transmission und dem Verhältnis von innerfamiliärer Weitergabe von Einstellungen, Werten und Erfahrungen einerseits und gesellschaftlichen Diskursverschiebungen andererseits befasst sich Maria Pohn-Lauggas in ihrem Beitrag. Erinnerungen mäandern durch die Zeit und laden sich in unterschiedlichen Kontexten (und Generationslagerungen) mit neuen Bedeutungen auf. Familiäre Systeme rahmen diese Aktualisierungen und Bedeutungsverschiebungen restriktiv, in Abhängigkeit von den Bedürfnissen ihrer Mitglieder sowie in Interaktion mit den gesamtgesellschaftlichen Diskurszusammenhängen. In der vorgestellten Fallgeschichte steht der Versuch, den Urgroßvater als Widerstandskämpfer und Kommunisten zu positionieren, in Konflikt mit der gesellschaftlich marginalisierten Position des kommunistischen Widerstands. Ohne kollektive Verankerung und gesellschaftliche Anerkennung aber bleibt die Erinnerungsarbeit der Nachkommen auf das familiäre System zurückgeworfen.

Um erinnerungspolitische Perspektivenwechsel in Generationsübergängen geht es auch im Beitrag von Waltraud Kannonier-Finster und Meinrad Ziegler. Ausgehend von einer empirischen Forschung zur österreichischen Identität, die um 1990 von den AutorInnen im Nachklang zur sogenannten Waldheim-Affäre durchgeführt wurde (Ziegler und Kannonier-Finster 2016), richtet sich der Blick auf künftige Formen des Umgangs mit der nationalsozialistischen Erfahrung. Der Artikel entwickelt die These, dass nach der Infragestellung des Opfermythos der Nachkriegszeit (»Österreich als erstes Opfer des Nationalsozialismus«) kommende Generationen vor der Aufgabe stehen werden, auch die TäterInnen in das »historische Wir« zu integrieren, ohne die historische Bedingtheit der Täterschaft aus den Augen zu verlieren.

Dass ungeachtet dieser Verschiebungen in der öffentlichen Erinnerungs- und Gedenkenskultur rechtsradikale und neonazistische Tendenzen nicht nur weiterexistieren, sondern sich modernisieren und vom Stigma des Nationalsozialismus zu befreien suchen, wobei es der (neuen) extremen Rechten teilweise sogar gelingt, bis in die gesellschaftliche Mitte hinein Resonanz zu erzeugen, ist das Thema des Beitrags von Alia Wielens, Matti-Léon Klieme und Lena Inowlocki. Im Vergleich der Identitären mit der früheren extremen Rechten zeigt sich neben konstanten und sich wandelnden Bezugnahmen zum Nationalsozialismus auch das Bestreben, bislang verschlossene Räume wie Universitäten zu betreten und zu besetzen.

Dass sich tradierte Einstellungsmuster auch außerhalb rechtsextremer Milieus weiterschreiben, diskutiert Karin Stögner in ihrem Beitrag. Stögner zeichnet den sekundären Antisemitismus als ein Phänomen postnazistischer Gesellschaft und ihrem Bedürfnis nach nationaler Zugehörigkeit und historischer Kontinuität nach (vgl. auch Stögner 2016).

Anton Amann nähert sich dem Thema der *Transmissionen* aus einem gänzlich anderen Blickwinkel. Sein Beitrag zur frühen empirischen Sozialforschung in Österreich erinnert daran, dass mit Lazarsfeld und Neurath zwei Soziologen in den Nachkriegsjahrzehnten maßgeblich am Aufbau von sozialwissenschaftlichen Infrastrukturen beteiligt waren, die Voraussetzung waren für die Re-Etablierung und Internationalisierung der Soziologie in Österreich und zugleich als Orte der Transmission und reflexiven Aneignung von Wissen und Forschungserfahrung dienen. Neben Lazarsfeld war es vor allem der heute nur wenigen bekannte Paul Neurath, dessen Wirken einer neuen Generation an SoziologInnen die Möglichkeit methodologisch international anschlussfähiger und zugleich global vernetzter Sozialforschung bot.

Danksagung und editorische Vorbemerkung

Der vorliegende Band dokumentiert eine offene Auseinandersetzung der Soziologie in Österreich mit sich selbst, nicht jeder Beitrag spiegelt daher die Meinung der Herausgeber wider. Editorisch ist anzumerken, dass Archivalien in Fußnoten zitiert werden, Literaturreferenzen im Fließtext. Hervorhebungen entstammen, wenn nicht anders angegeben, dem Original. Wir haben in diesem Band Wert gelegt auf geschlechterneutrale Formulierungen. Generell wird mit »Binnen-I« gegendert, das Gendern bei Komposita (»Täter-Opfer-Umkehr«, »Arbeiterbewegung«) und Einzahlverwendung (»Kategorie Soziologe«, »der Enkel« etc.) wurde vermieden; festgelegt wurde auch, dass dort nicht gegendert wird, wo ein grob verzerrte Vorstellung der Geschlechterverhältnisse die Folge wäre (also keine »NS-SoziologInnen«).

Unser Dank gilt neben allen AutorInnen des Bandes zunächst den fördernden Institutionen – dem Zukunftsfonds der Republik Österreich, dessen Förderung die Publikation erst ermöglicht hat (Projekt P17-2666), sowie dem Institut für Soziologie für eine Anschubfinanzierung, mit der wir eine erste Bibliografie soziologischer Arbeiten zum Nationalsozialismus aus Österreich finanzieren konnten, die von Anna Fassl, Simone Tamara Feichter und Fabian Kalleitner erstellt wurde. Für die Übersetzung des Artikels von Gareth Dale und Mathieu Desan danken wir Michael G. Kraft, für Layout und Satz Bernhard Amanshauser, für die Covergestaltung Juma Hauser. Für inhaltliche Hinweise danken wir Karl Fallend, Christian Fleck, Bertrand Perz und Dietmar Seiler. Für Abdruckgenehmigungen gilt unser Dank dem Stiftsarchiv St. Lambrecht und dem Archiv der Universität Wien. Dem transcript Verlag danken wir für die gute Zusammenarbeit und die Flexibilität, was die Ausdehnung von Umfang und Erscheinungsdatum betrifft. Und nicht zuletzt gebührt ein ganz besonderer Dank Katharina Kniefacz – nicht nur für das umsichtige Lektorat, sondern auch für die zahlreichen inhaltlichen Korrekturen und Hinweise insbesondere zu jenen Artikeln, die die Geschichte der Universität Wien berühren.

Literatur

- Abendroth, Wolfgang (1968): »Einleitung, Zur Theorie des Faschismus«, in: Abendroth, Wolfgang (Hrsg.), *Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus*, Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt, S. 5–18.
- Adorno, Theodor W. (1972): »Zum gegenwärtigen Stand der deutschen Soziologie«, in: Adorno, Theodor W., *Soziologische Schriften I*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 500–531.
- Adorno, Theodor W., Frenkel-Brunswik, Else, Levinson, Daniel J. und Sanford, Nevitt R. (1950): *The Authoritarian Personality*, New York: Harper and Brothers.
- Albrecht, Clemens (1998): »Zur soziologischen Vergangenheitsbewältigung«, in: *Soziologie*, 27. Jahrgang, Heft 3, S. 9–15.
- Amann, Anton (1987): »Soziologie in Wien. Entstehung und Emigration bis 1938. Eine Skizze mit besonderer Berücksichtigung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien«, in: Stadler, Friedrich (Hrsg.), *Vertriebene Vernunft I. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft 1930–1940*, Wien: Jugend & Volk, S. 214–237.
- Bachhiesl, Christian (2005): *Zur Konstruktion der kriminellen Persönlichkeit. Die Kriminalbiologie an der Karl-Franzens-Universität Graz*. Hamburg: Kovac (Rechtsgeschichtliche Studien, Band 12).
- Bailer, Brigitte (1993): *Wiedergutmachung kein Thema. Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus*, Wien: Löcker.
- Bauer, Otto (1936): *Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus*, Bratislava: E. Prager.
- Bauer, Otto (1968): »Der Faschismus«, in: Abendroth, Wolfgang (Hrsg.), *Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus*, Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt, S. 143–168.
- Bauer, Kurt (2017): *Die dunklen Jahre. Politik und Alltag im nationalsozialistischen Österreich 1938–1945*, Frankfurt am Main: Fischer.
- Bauman, Zygmunt (1988): »Sociology after the Holocaust«, in: *The British Journal of Sociology*, 39. Jahrgang, Heft 4, S. 469–497. DOI: <https://doi.org/10.2307/590497>.
- Bauman, Zygmunt (1992): *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*, Hamburg: Junius.
- Bannister, Robert C. (1992): »Principle, Politics, Profession: American Sociologists and Fascism, 1930–1950«, in: Turner, Stephen P. und Käsler, Dirk (Hrsg.), *Sociology Responds to Fascism*, London/New York: Routledge, S. 172–213. DOI: https://doi.org/10.4324/9780203169070_chapter_7.
- Becker, Michael (2014): »Politik des Beschweigens. Plädoyer für eine historisch-soziologische Rekonstruktion des Verhältnisses der Soziologie zum Nationalsozialismus«, in: *Soziologie*, 43. Jahrgang, Heft 3, S. 251–279.
- Benetka, Gerhard (1995): *Psychologie in Wien. Sozial- und Theoriegeschichte des Wiener Psychologischen Instituts 1922–1938*, Wien: WUV.

- Berger, Ronald J. (2012): *The Holocaust, Religion, and the Politics of Collective Memory. Beyond Sociology*, New Brunswick/London: Transaction Publishers.
- Bergler, Sabine (2017): »Betrachtungen und Reiseberichte von österreichischen Kommunisten über das Rote Zion«, in: Kohlbauer-Fritz, Gabriele, Bergler, Sabine und Jüdisches Museum Wien (Hrsg.), *Genosse. Jude. Wir wollten nur das Paradies auf Erden*, Wien: Amalthea Signum, S. 122–141.
- Bettelheim, Bruno (1943): »Individual and Mass Behavior in Extreme Situations«, in: *Journal of Abnormal and Social Psychology*, 38. Jahrgang, Heft 4, S. 417–452.
- Bonß, Wolfgang (2019): »Kritische Theorie und empirische Sozialforschung – ein Spannungsverhältnis«, in: Klein, Richard, Kreuzer, Johann und Müller-Doohm, Stefan (Hrsg.), *Adorno Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*, 2. Auflage, Berlin: J.B. Metzler, S. 292–306. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-476-05458-6_33.
- Borggräfe, Henning, Höschler, Christian und Panek, Isabel (Hrsg.) (2019): *Ein Denkmal aus Papier. Die Geschichte der Arolsen Archives. Begleitband zur Dauerausstellung*, Bad Arolsen: Eigenverlag.
- Borkenau, Franz (1938): *Austria and After*, London: Faber and Faber.
- Borkenau, Franz (1939): *The New German Empire*, New York: Viking Press.
- Botz, Gerhard (1976): »Austro-Marxist Interpretation of Fascism«, in: *Journal of Contemporary History*, 11. Jahrgang, Heft 4, S. 129–156. DOI: <https://doi.org/10.1177/002200947601100408>.
- Botz, Gerhard (1994): »Die Aufrechterhaltung einer sozialen Identität. Michael Pollak (1984–1992) und sein Beitrag zur Erforschung des Überlebens in Nazi-Konzentrationslagern«, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften, 5. Jahrgang, Heft 4, S. 569–585.
- Bourdieu, Pierre (1976): *Entwurf einer Theorie der Praxis. Auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1998): »Die biographische Illusion«, in: Bourdieu, Pierre, *Praktische Vernunft. Zur Theorie des Handelns*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S.75–82.
- Christ, Michaela (2011): »Die Soziologie und das ›Dritte Reich‹. Weshalb Holocaust und Nationalsozialismus in der Soziologie ein Schattendasein führen«, in: *Soziologie*, 40. Jahrgang, Heft 4, S. 407–431.
- Collins, Randall (2015): »Koalitionen im Geiste«, in: Dayé, Christian und Moebius, Stephan (Hrsg.), *Soziologiegeschichte. Wege und Ziele*, Berlin: Suhrkamp, S. 235–283.
- Dahmer, Helmut (2001): *Soziologie nach einem barbarischen Jahrhundert*, Wien: WUV.
- Dahmer, Helmut (2014): »Faschismustheorie(n) der ›Frankfurter Schule‹«, in: Christ, Michaela und Suderland, Maja (Hrsg.), *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven*, Berlin: Suhrkamp, S. 76–118.
- Dahmer, Helmut (2019): *Freud, Trotzki und der Horkheimer-Kreis*, Münster: Westfälisches Dampfboot.

- Dahrendorf, Ralf (1967): »Soziologie in Deutschland«, in: Dahrendorf, Ralf, *Pfade aus Utopia. Arbeiten zur Theorie und Methode der Soziologie*, München: Piper, S. 89–126.
- Dayé, Christian und Moebius, Stephan (2015): »Einleitung«, in: Dayé, Christian und Moebius, Stephan (Hrsg.), *Soziologiegeschichte. Wege und Ziele*, Berlin: Suhrkamp, S. 7–22.
- Deißler, Stefan (2013): »Geschichtslosigkeit als Gegenwartsproblem«, in: *Soziologie*, 42. Jahrgang, Heft 2, S. 127–146.
- Duckitt, John (2015): »Authoritarian Personality«, in: Wright, James D. (Hrsg.), *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*, Band 2, 2. Auflage, Amsterdam et al.: Elsevier, S. 255–261. DOI: <https://doi.org/10.1016/B978-0-08-097086-8.24042-7>.
- van Dyk, Silke und Schauer, Alexandra (Hrsg.) (2015): »... daß die offizielle Soziologie versagt hat«. *Zur Soziologie im Nationalsozialismus, der Geschichte ihrer Aufarbeitung und der Rolle der DGS*, Wiesbaden: Springer VS. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-06637-6>.
- Erdheim, Mario und Nadig, Maya (1987): »Wissenschaft, Unbewusstheit und Herrschaft«, in: Duerr, Hans Peter (Hrsg.), *Die wilde Seele. Zur Ethnopschoanalyse von Georges Devereux*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 163–176.
- Exner, Gudrun (2013): *Die Soziologische Gesellschaft in Wien (1907–1934) und die Bedeutung Rudolf Goldscheids für ihre Vereinstätigkeit*, Wien: new academic press.
- Fahlbusch, Michael (1999): *Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die »Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften« von 1931–1945*, Baden-Baden: Nomos.
- Fahrenberg, Jochen und Steiner, John M. (2004): »Adorno und die autoritäre Persönlichkeit«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 56. Jahrgang, Heft 1, S. 127–152. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11577-004-0006-3>.
- Fallend, Karl, Handlbauer, Bernhard und Kienreich, Werner (Hrsg.) (1989): *Der Einmarsch in die Psyche. Psychoanalyse, Psychologie und Psychiatrie im Nationalsozialismus und die Folgen*, Wien: Junius.
- Faye, Emmanuel (2016): »Eric Voegelins Haltung zum Nationalsozialismus. Überlegungen zum Briefwechsel Kriek-Voegelin (1933–1934)«, in: Eppe, Moritz, Fried, Johannes, Gross, Raphael und Gudian, Janus (Hrsg.), *»Politisierung der Wissenschaft«. Jüdische Wissenschaftler und ihre Gegner an der Universität Frankfurt am Main vor und nach 1933*, Göttingen: Wallstein, S. 111–146.
- Fleck, Christian (1985): »In seinem Felde alles Erreichbare zu leisten...«. Zusammensetzung und Karrieren der Dozentenschaft der Karl-Franzens-Reichsuniversität Graz«, in: Verein für kritische Sozialwissenschaft und politische Bildung und Steirische Gesellschaft für Kulturpolitik (Hrsg.), *Grenzfeste Deutscher Wissenschaft. Über Faschismus und Vergangenheitsbewältigung an der Universität Graz*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 20–46.
- Fleck, Christian (1987): »Rückkehr unerwünscht. Der Weg der österreichischen Sozialforschung ins Exil«, in: Stadler, Friedrich (Hrsg.), *Vertriebene Vernunft I. Emi-*

- gration und Exil österreichischer Wissenschaft 1930–1940*, Wien: Jugend & Volk, S. 182–237.
- Fleck, Christian (1990): *Rund um »Marienthal«. Von den Anfängen der Soziologie in Österreich bis zu ihrer Vertreibung*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Fleck, Christian (1996): »Autochthone Provinzialisierung. Universität und Wissenschaftspolitik nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich«, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 7. Jahrgang, Heft 1, S. 67–92.
- Fleck, Christian (2007): *Transatlantische Bereicherungen. Zur Erfindung der empirischen Sozialforschung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fleck, Christian (2015): *Etablierung in der Fremde. Vertriebene Wissenschaftler in den USA nach 1933*, Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Fleck, Christian (2016): *Sociology in Austria*, London/New York: Palgrave Macmillan. DOI: <https://doi.org/10.1057/9781137435873>.
- Fleck, Christian, Müller, Albert und Stehr, Nico (2004): »Nachwort«, in: Neurath, Paul Martin, *Die Gesellschaft des Terrors. Innenansichten der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald*, hrsg. von Christian Fleck und Nico Stehr, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 409–454.
- Fleck, Christian und Müller, Albert (2006): »Bruno Bettelheim (1903–1990) und die Konzentrationslager«, in: Barboza, Amalia und Henning, Christoph (Hrsg.), *Deutsch-jüdische Wissenschaftsschicksale. Studien über Identitätskonstruktionen in den Sozialwissenschaften*, Bielefeld: transcript, S. 180–231.
- Frenkel-Brunswik, Else (1996): *Studien zur autoritären Persönlichkeit*, hrsg. und eingeleitet von Dietmar Paier, Graz/Wien: Nausner & Nausner (Bibliothek sozialwissenschaftlicher Emigranten, Band 3).
- Freund, Florian und Kranebitter, Andreas (2018): »Zur quantitativen Dimension des Massenmords im KZ Mauthausen und den Außenlagern«, in: Verein für Geschichtsforschung in österreichischen Gedenkstätten und Kranebitter, Andreas (Hrsg.), *Gedenkbuch für die Toten des KZ Mauthausen und seiner Außenlager*, Band 1: Kommentare und Biografien, 2. Auflage, Wien: new academic press, S. 58–69.
- Friedrich, Stefan (2012): *Soziologie des Genozids. Grenzen und Möglichkeiten einer Forschungsperspektive*, München: Wilhelm Fink. DOI: <https://doi.org/10.30965/9783846754085>.
- Fromm, Erich (1980): *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung*, hrsg. von Wolfgang Bonß, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Gerhardt, Uta (1998): »Gab es Soziologie im Dritten Reich?«, in: *Soziologie*, 28. Jahrgang, Heft 1, S. 5–8.
- Gerson, Judith M. und Wolf, Diane L. (Hrsg.) (2007): *Sociology Confronts the Holocaust. Memories and Identities in Jewish Diasporas*, Durham/London: Duke University Press. DOI: <https://doi.org/10.1215/9780822389682>.

- Geuter, Ulfried (1984): *Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Goffman, Erving (1973): *Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Goffman, Erving (1986): *Interaktionsrituale. Über Verhalten in direkter Kommunikation*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Grandner, Margarete (2005): »Das Studium an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien 1945–1955«, in: Grandner, Margarete, Heiß, Gernot und Rathkolb, Oliver (Hrsg.), *Zukunft mit Altlasten. Die Universität Wien 1945–1955*, Innsbruck: StudienVerlag (Querschnitte, Band 19), S. 290–312.
- Grandner, Margarete, Heiß, Gernot und Rathkolb, Oliver (Hrsg.) (2005), *Zukunft mit Altlasten. Die Universität Wien 1945–1955*, Innsbruck: StudienVerlag (Querschnitte, Band 19).
- Habermas, Jürgen (1992): »Soziologie in der Weimarer Republik«, in: Coing, Helmut, Gall, Lothar, Habermas, Jürgen, Hammerstein, Notker, Markl, Hubert und Mommsen, Wolfgang J., *Wissenschaftsgeschichte seit 1900. 75 Jahre Universität Frankfurt*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 29–53.
- Hagner, Michael (2008): »Bye-bye science, welcome pseudoscience? Reflexionen über einen beschädigten Status«, in: Rupnow, Dirk, Lipphardt, Veronika, Thiel, Jens und Wessely, Christina (Hrsg.), *Pseudowissenschaft. Konzeptionen von Nichtwissenschaftlichkeit in der Wissenschaftsgeschichte*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 21–50.
- Halpert, Burton P. (2007): »Early American Sociology and the Holocaust: The Failure of a Discipline«, in: *Humanity & Society*, 31. Jahrgang, Heft 1, S. 6–23.
- Hausjell, Fritz (2004): »Franz Ronnebergers Wiener Jahre. Seine journalistische Tätigkeit und seine Mitarbeit am ›Institut zur Erforschung und Förderung des internationalen Pressewesens der Union Nationaler Journalistenverbände (UNJ)‹ in Wien 1941–45«, in: Duchkowitsch, Wolfgang, Hausjell, Fritz und Semrad, Bernd (Hrsg.), *Die Spirale des Schweigens. Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft*, Wien: LIT, S. 231–232.
- Heinelt, Peer (2003): »PR-Päpste«. *Die kontinuierlichen Karrieren von Carl Hundhausen, Albert Oeckl und Franz Ronneberger*, Berlin: Karl Dietz.
- Heinelt, Peer (2004): »Porträt eines Schreibtischtäters. Franz Ronneberger (1913–1999)«, in: Duchkowitsch, Wolfgang, Hausjell, Fritz und Semrad, Bernd (Hrsg.), *Die Spirale des Schweigens. Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft*, Wien: LIT, S. 193–217.
- Heitmeyer, Wilhelm und Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.) (2004): *Gewalt. Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Horkheimer, Max (1936): *Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung*, Paris: Alcan (Schriften des Instituts für Sozialforschung, Band 5). DOI: <https://doi.org/10.5840/zfs19365273>.
- Horkheimer, Max und Adorno, Theodor W. (1969): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, Frankfurt am Main: Fischer.

- Hovorka, Nikolaus (1932): *Zwischenspiel Hitler. Ziele und Wirklichkeit des Nationalsozialismus*, Wien/Leipzig: Reinhold.
- Huber, Andreas (2015): »Die Hochschullehrerschaft der 1930er und 1940er Jahre. Sozialstruktur und Karrierewege vor dem Hintergrund politischer Zäsuren«, in: Ash, Mitchell G. und Ehmer, Josef (Hrsg.), *Universität – Politik – Gesellschaft*, Göttingen: Vienna University Press/V&R unipress (650 Jahre Universität Wien – Aufbruch ins neue Jahrhundert, Band 2), S. 649–696. DOI: <https://doi.org/10.14220/9783737004138.649>.
- Huber, Andreas (2016): *Rückkehr erwünscht. Im Nationalsozialismus aus »politischen« Gründen vertriebene Lehrende der Universität Wien*, Wien: LIT.
- Hund, Wulf D. (2017): »Die Gemeinschaft edlen Blutes. Marginalie zum Rassismus von Eric Voegelin«, in: *Sozial.Geschichte Online*, Jahrgang 2017, Heft 21, S. 49–74. DOI: <http://dx.doi.org/10.17185/dupublico/44667>.
- Israël, Liora und Voldman, Danièle (2008): *Michael Pollak. De l'identité blessée à une sociologie des possibles*, Paris: Éditions Complexe.
- Jahoda, Marie (2017): *Lebensgeschichtliche Protokolle der arbeitenden Klassen 1850–1930: Dissertation 1932*, hrsg. von Johann Bacher, Waltraud Kannonier-Finster und Meinrad Ziegler, Innsbruck/Wien/Bozen: StudienVerlag.
- Joas, Hans und Knöbl, Wolfgang (2008): *Kriegsverdrängung. Ein Problem in der Geschichte der Sozialtheorie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Kaesler, Dirk (1997): »Soziologie und Nationalsozialismus. Über den öffentlichen Gebrauch der Historie«, in: *Soziologie*, 27. Jahrgang, Heft 3, S. 20–32.
- Kathan, Bernhard (2018): »... alles eine Fortsetzung von Dachau und Mauthausen?« *Die Briefe des österreichischen Publizisten Nikolaus Hovorka*, Wien: new academic press (Mauthausen-Studien, Band 12).
- Kautsky, Benedikt (1948): *Teufel und Verdammte. Erfahrungen und Erkenntnisse aus sieben Jahren in deutschen Konzentrationslagern*, Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung.
- Klingemann, Carsten (1996): *Soziologie im Dritten Reich*, Baden-Baden: Nomos.
- Klingemann, Carsten (1997): »Der Oberförster jagt den Nazijäger. Rufmord als letztes Mittel der Vergangenheitsbewältigung«, in: *Soziologie*, 27. Jahrgang, Heft 3, S. 33–51.
- Klingemann, Carsten (2009): *Soziologie und Politik. Sozialwissenschaftliches Expertenwissen im Dritten Reich und in der frühen westdeutschen Nachkriegszeit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Knoll, August Maria (1950): »Othmar Spann. Eine kritische Würdigung«, in: *Die Österreichische Furche*, 22. Juli 1950.
- Knoll, Reinhold (1988): »Soziologie im Totalitarismus«, in: Stadler, Friedrich (Hrsg.), *Kontinuität und Bruch 1938 – 1945 – 1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte*, Wien/München: Jugend & Volk, S. 216–228.
- Knoll, Reinhold (2005): »Die »verdrängte Soziologie«: Othmar Spann«, in: Benedikt, Michael, Knoll, Reinhold und Zehetner, Cornelius (Hrsg.), *Verdrängter Humanismus – verzögerte Aufklärung. Philosophie in Österreich von 1400 bis heute*, Band 5:

- Im Schatten der Totalitarismen. Vom philosophischen Empirismus zur kritischen Anthropologie. Philosophie in Österreich 1920–1951, Wien: WUV, S. 460–466.
- Knoll, Reinhold, Majce, Gerhard, Weiss, Hilde und Wieser, Georg (1981): »Der österreichische Beitrag zur Soziologie von der Jahrhundertwende bis 1938«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 23: Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945. Materialien zur Entwicklung, Emigration und Wirkungsgeschichte, hrsg. von M. Rainer Lepsius, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 59–101. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-322-83583-3_3.
- Kogon, Eugen (1946): *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*, München: Karl Alber.
- König, René (1987): *Soziologie in Deutschland. Begründer, Verfechter, Verächter*, München/Wien: Carl Hanser.
- Körber, Lili (1988): *Eine Österreicherin erlebt den Anschluß, Roman*, Wien/München: Christian Brandstätter.
- Kranebitter, Andreas (2016a): »Die Vermessung der Konzentrationslager. Soziologiegeschichtliche Betrachtungen zum sogenannten Buchenwaldreport«, in: Fritz, Regina, Kovács, Éva und Rásky, Béla (Hrsg.), *Als der Holocaust noch keinen Namen hatte. Zur frühen Aufarbeitung des NS-Massenmordes an den Juden*, Wien: new academic press, S. 63–86.
- Kranebitter, Andreas (2016b): »Kollektivbiografie eines Nicht-Kollektivs? Ein Werkstattbericht zur Erforschung der ›Berufsverbrecher‹ des KZ Mauthausen«, in: Bundesministerium für Inneres und Kranebitter, Andreas (Hrsg.), *Justiz, Polizei und das KZ Mauthausen, Jahrbuch 2015 der KZ-Gedenkstätte Mauthausen | Mauthausen Memorial, Forschung – Dokumentation – Information*, Wien: new academic press, S. 35–56.
- Kranebitter, Andreas (2017): »Our classroom methodological prescriptions do not fit easily the problems of studying the SS and their doings: Elmer Luchterhand and sociological research on Nazi concentration camps«, in: *Serendipities. Journal for the Sociology and History of the Social Sciences*, 2. Jahrgang, Heft 2, S. 213–236. DOI: <https://doi.org/10.25364/11.2:2017.2.3>.
- Kranebitter, Andreas und Fleck, Christian (2018): »Elmer Luchterhands Forschungen zu nationalsozialistischen Konzentrationslagern. Eine Einleitung«, in: Luchterhand, Elmer, *Einsame Wölfe und stabile Paare. Verhalten und Sozialordnung in den Häftlingsgesellschaften nationalsozialistischer Konzentrationslager*, hrsg. und eingeleitet von Andreas Kranebitter und Christian Fleck, Wien: new academic press (Mauthausen-Studien, Band 11), S. 7–36.
- Kranebitter, Andreas und Horvath, Kenneth (2015): »National Socialism and the Crisis of Sociology«, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 40. Jahrgang, Heft 2, S. 121–128. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11614-015-0169-3>.
- Kranebitter, Andreas und Reinprecht, Christoph (2018): »Marxism underground. Latent Marxism in Austrian empirical sociology«, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 43. Jahrgang, Heft 3, S. 219–229. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11614-018-0314-x>.

- Kühl, Stefan (2013a): »Ein letzter klägliches Versuch der Verdrängung«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8. Mai 2013, S. N4.
- Kühl, Stefan (2013b): *Im Prinzip ganz einfach. Zur Klärung des Verhältnisses der Soziologie zum Nationalsozialismus*, Working Paper 6 (http://www.unibielefeld.de/soz/forschung/orgsoz/Stefan_Kuehl/pdf/Working-Paper-6_2013-Stefan-Kuehl-Im-Prinzip-ganz-einfach-Version-4-31052013-CitaviDefaultCitationStyle-10062013.pdf, 27. Juni 2019).
- Kutsch, Arnulf und Pöttker, Horst (Hrsg.) (1997): *Kommunikationswissenschaft – autobiographisch. Zur Entwicklung einer Wissenschaft in Deutschland*, Opladen: Westdeutscher Verlag (Publizistik, Sonderheft 1). DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-663-01167-5_1.
- Lambrecht, Stefan (1958): *Die Soziologie. Aufstieg einer Wissenschaft. Ein Leitfaden für Praxis und Bildung*, Stuttgart-Degerloch: Dr. Heinrich Seewald.
- Langbein, Hermann (1949): *Die Stärkeren. Ein Bericht*, Wien: Stern.
- Langenbucher, Wolfgang R. (2003): »Ronneberger war ein Chamäleon«. Wolfgang R. Langenbucher im Gespräch mit Wolfgang Duchkowitsch und Fritz Hausjell zu »braunen Flecken« in der Fachgeschichte, personellen und inhaltlichen Kontinuitäten der nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft und »terminologischen Eierschalen«, in: Duchkowitsch, Wolfgang, Hausjell, Fritz und Semrad, Bernd (Hrsg.), *Die Spirale des Schweigens. Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft*, Wien: LIT, S. 23–37.
- Langer, Josef (Hrsg.) (1988): *Geschichte der österreichischen Soziologie. Konstituierung, Entwicklung und europäische Bezüge*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Lautmann, Rüdiger (1997): »Hitlers willfähige Soziologen? Editorial«, in: *Soziologie*, 27. Jahrgang, Heft 3, S. 4.
- Lazarsfeld, Paul F. (1975): »Eine Episode in der Geschichte der empirischen Sozialforschung«, in: Parsons, Talcott, Shils, Edward und Lazarsfeld, Paul F., *Soziologie – autobiographisch*, Stuttgart: Ferdinand Enke, S. 147–225.
- Leichter, Käthe (1973): »Lebenserinnerungen«, in: Steiner, Herbert (Hrsg.), *Käthe Leichter. Leben und Werk und Sterben einer österreichischen Sozialdemokratin*, Wien: Ibra & Molden.
- Leichter, Otto (2018): *Ein Staat stirbt. Österreich 1934–38*, hrsg., kommentiert und mit einer Einleitung versehen von Béla Rásky, Wien: new academic press (VWI Studienreihe, Band 4).
- Lepenies, Wolf (1981a): *Geschichte der Soziologie. Studien zur kognitiven, sozialen und historischen Identität einer Disziplin*, 4 Bände, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lepenies, Wolf (1981b): »Einleitung. Studien zur kognitiven, sozialen und historischen Identität der Soziologie«, in: Lepenies, Wolf (Hrsg.), *Geschichte der Soziologie. Studien zur kognitiven, sozialen und historischen Identität einer Disziplin*, Band 1, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. i–xxxv.
- Lepsius, M. Rainer (2017): *Soziologie und Soziologen*, Tübingen: Mohr Siebeck. DOI: <https://doi.org/10.1628/978-3-16-155848-1>.

- Lichtblau, Rainer (2019): *Michel Pollak. Eine soziologische Biographie*, Unveröffentlichte Masterarbeit, Wien: Universität Wien.
- Luchterhand, Elmer G. und Wieland, Norbert (1978): »The Focused Life History in Studying Involvement in a Genocidal Situation in Nazi Germany«, Paper Prepared for the Ad Hoc group No. 20 on »The Life History Approach«, 9th World Congress of Sociology, Uppsala, Sweden, August 14–19, 1978.
- Martin, John Levi (2001): »The Authoritarian Personality, 50 Years Later: What Lessons Are There for Political Psychology?«, in: *Political Psychology*, 22. Jahrgang, Heft 1, S. 1–26. DOI: <https://doi.org/10.1111/0162-895X.00223>.
- Maus, Heinz (1959): »Bericht über die Soziologie in Deutschland 1933 bis 1945«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 11. Jahrgang, Heft 1, S. 72–99.
- Merritt, Anna J. und Merritt, Richard L. (Hrsg.) (1970): *Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys, 1945–1949*, Urbana/Chicago/London: University of Illinois Press.
- Miller, Max und Soeffner, Hans-Georg (Hrsg.) (1996): *Modernität und Barbarei. Soziologische Zeitdiagnose am Ende des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Moore, Barrington (1982): *Ungerechtigkeit. Die sozialen Ursachen von Unterordnung und Widerstand*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mozetič, Gerald (1983): »Einleitung«, in: Mozetič, Gerald (Hrsg.), *Austromarxistische Positionen*, Wien/Köln/Graz: Böhlau, S. 7–28.
- Mozetič, Gerald (1992): »Outsiders and True Believers: Austrian Sociologists Respond to Fascism«, in: Turner, Stephen P. und Käsler, Dirk (Hrsg.), *Sociology Responds to Fascism*, London: Routledge, S. 15–42. DOI: https://doi.org/10.4324/9780203169070_chapter_2.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Berlin: Suhrkamp.
- Neun, Oliver (2018): *Zum Verschwinden der deutschen öffentlichen Soziologie. Die Geschichte des Verhältnisses von Soziologie und Öffentlichkeit nach 1954 bis zur Gegenwart*, Baden-Baden: Nomos. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783845278988>.
- Neurath, Paul Martin (2004): *Die Gesellschaft des Terrors. Innenansichten der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald*, hrsg. von Christian Fleck und Nico Stehr, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Norden, Gilbert, Reinprecht, Christoph und Froschauer, Ulrike (2015): »Frühe Reife, späte Etablierung: Zur diskontinuierlichen Institutionalisierung der Soziologie an der Alma Mater Rudolphina Vindobonensis«, in: Fröschl, Karl Anton, Müller, Gerd B., Olechowski, Thomas und Schmidt-Lauber, Brigitta (Hrsg.), *Reflexive Innenansichten aus der Universität. Disziplinengeschichten zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik*, Göttingen: Vienna University Press/V&R unipress (650 Jahre Universität Wien – Aufbruch ins neue Jahrhundert, Band 4), S. 165–178. DOI: <https://doi.org/10.14220/9783737004152.165>.

- Olechowski, Thomas, Ehs, Tamara und Staudigl-Ciechowicz, Kamila (2014): *Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918–1938*, Göttingen: V&R unipress (Schriften des Archivs der Universität Wien, Band 20). DOI: <https://doi.org/10.14220/9783737097994>.
- Paier, Dietmar (1996): »Einleitung«, in: Frenkel-Brunswik, Else, *Studien zur autoritären Persönlichkeit. Ausgewählte Schriften*, hrsg. und eingeleitet von Dietmar Paier, Graz/Wien: Nausner & Nausner, S. 7–70.
- Paul, Gerhard und Mallmann, Klaus Michael (Hrsg.) (1996): *Die Gestapo. Mythos und Realität*, Darmstadt: Primus.
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt: Suhrkamp.
- Pollak, Michael (1986): »La gestion de l'indicible«, in: *Actes de la Recherche en Sciences Sociales* 62–63, S. 30–53.
- Pollak, Michael (1988): *Die Grenzen des Sagbaren. Lebensgeschichten von KZ-Überlebenden als Augenzeugenberichte und als Identitätsarbeit*, Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Pollak, Michael (1990): *L'expérience concentrationnaire: essai sur le maintien de l'identité sociale*, Paris: Métailié.
- Pollak, Michael und Heinich, Nathalie (1986): »Le témoignage«, in: *Actes de la Recherche en Sciences Sociales* 62–63, S. 3–29.
- Pollock, Friedrich (1955): *Gruppenexperiment. Ein Studienbericht*, Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt (Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Band 2).
- Potthoff, Matthias und Kopp, Swenja (2013): »Die meistbeachteten Autoren und Werke der Kommunikationswissenschaft. Ergebnis einer Zitationsanalyse von Aufsätzen in *Publizistik und Medien & Kommunikationswissenschaft* (1970–2010)«, in: *Publizistik*, 58. Jahrgang, Heft 4, S. 347–366. DOI: <http://dx.doi.org/10.1007/s11616-013-0185-x>.
- Rammstedt, Otthein (1997): »Über die Grenzen des Erlaubten. Die Behandlung Alfred Webers durch Carsten Klingemann und ihre Rezension durch Dirk Kaesler«, in: *Soziologie*, 27. Jahrgang, Heft 3, S. 52–57.
- Rassem, Mohammed (1990): »Othmar Spann«, in: Ballestrem, Karl Graf und Ottmann, Henning (Hrsg.), *Politische Philosophie des 20. Jahrhunderts*, München: De Gruyter, S. 89–103.
- Rathkolb, Oliver (1989): »Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien zwischen Antisemitismus, Deutschnationalismus und Nationalsozialismus 1938, davor und danach«, in: Heiß, Gernot, Matzl, Siegfried, Meissl, Sebastian, Saurer, Edith und Stuhlpfarrer, Karl (Hrsg.), *Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938 bis 1945*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 197–232.
- Reinprecht, Christoph (2014): »Die österreichische Soziologie und der Nationalsozialismus. Aufbruch, Verdrängung und verletzte Identität«, in: Christ, Michaela und Suderland, Maja (Hrsg.), *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven*, Berlin: Suhrkamp, S. 237–262.

- Ronneberger, Franz (1997): »Wegemeister einer interdisziplinären Kommunikationswissenschaft. Autobiographische Fragen an Franz Ronneberger von Manfred Rühl«, in: Kutsch, Arnulf und Pöttker, Horst (Hrsg.), *Kommunikationswissenschaft – autobiographisch. Zur Entwicklung einer Wissenschaft in Deutschland*, Opladen: Westdeutscher Verlag (Publizistik, Sonderheft 1), S. 21–35. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-663-01167-5_2.
- Rosenmayr, Leopold (Hrsg.) (1966): *Sociology in Austria. History, Present Activities and Projects*, Graz/Köln: Böhlau.
- Rosenmayr, Leopold (1988): »Erlebte Soziologie-Geschichte in Österreich ab 1945«, in: Langer, Josef (Hrsg.), *Geschichte der österreichischen Soziologie. Konstituierung, Entwicklung und europäische Bezüge*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 281–316.
- Rosenmayr, Leopold (2006): »Frühe Erfahrungen – späte Einsichten«, in: Amann, Anton und Majce, Gerhard (Hrsg.), *Soziologie in interdisziplinären Netzwerken. Leopold Rosenmayr gewidmet*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 31–76.
- Rosenmayr, Leopold (2008): *Überwältigung 1938. Frühes Erlebnis – späte Deutung*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau.
- Salomon, Ernst von (1961): *Der Fragebogen, Roman*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Sandgruber, Roman (2005): *Die ÖVP in Oberösterreich*, Forum Oberösterreichische Geschichte (http://www.oogeschichte.at/fileadmin/media/dokumente/epochen/1945-1955/geschichteoevp_ooe_sandgruber.pdf, 28. Juni 2019).
- Schäfer, Gerhard (2014): »Der Nationalsozialismus und die soziologischen Akteure der Nachkriegszeit: am Beispiel Helmut Schelskys und Ralf Dahrendorfs«, in: Christ, Michaela und Suderland, Maja (Hrsg.), *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven*, Berlin: Suhrkamp, S. 119–161.
- Schelsky, Helmut (1981): *Rückblicke eines »Anti-Soziologen«*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schöttler, Peter (Hrsg.) (1997): *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Seiler, Dietmar (1994): *Die SS im Benediktinerstift. Aspekte der KZ-Außenlager St. Lambrecht und Schloß Lind*, Graz: Andreas Schnider Verlags-Atelier.
- Sémelin, Jacques (2007): *Säubern und Vernichten. Die politischen Dimensionen von Massakern und Völkermorden*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Soeffner, Hans-Georg (2015): »Entstehung, Wirkung und Ende einer Legende«, in: van Dyk, Silke und Schauer, Alexandra (Hrsg.), *»... daß die offizielle Soziologie versagt hat«. Zur Soziologie im Nationalsozialismus, der Geschichte ihrer Aufarbeitung und der Rolle der DGS*, 2., überarbeitete und ergänzte Auflage, Wiesbaden: Springer VS, S. 10–13. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-06637-6>.
- Sohn-Rethel, Alfred (1978): *Warenform und Denkform. Mit zwei Anhängen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Spann, Othmar (1921): *Der wahre Staat. Vorlesungen über Abbruch und Neubau der Gesellschaft*, Leipzig: Quelle & Meyer.

- Spann, Othmar (1925): *Tote und lebendige Wissenschaft. Abhandlungen zur Auseinandersetzung mit Individualismus und Marxismus*, Jena: Gustav Fischer.
- Sprung, Helga (2011): »Else Frenkel-Brunswik: Wanderin zwischen der Psychologie, Psychoanalyse und dem Logischen Empirismus«, in: Volkmann-Raue, Sibylle und Lück, Helmut E. (Hrsg.), *Bedeutende Psychologinnen des 20. Jahrhunderts*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 235–246. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-531-93064-0_18.
- Stadler, Friedrich (Hrsg.) (1987/1988): *Vertriebene Vernunft: Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft*, 2 Teile, Wien: Jugend & Volk.
- Steinert, Heinz (2010): *Max Webers unwiderlegbare Fehlkonstruktionen. Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*, Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Steinert, Heinz und Falk, Gunter (1973): »Über den Soziologen als Konstrukteur von Wirklichkeit, das Wesen der sozialen Realität, die Definition sozialer Situationen und die Strategien ihrer Bewältigung«, in: Steinert, Heinz (Hrsg.), *Symbolische Interaktion. Arbeiten zu einer reflexiven Soziologie*, Stuttgart: Ernst Klett, S. 13–46.
- Steinmetz, George (2005a): »Positivism and Its Others in the Social Sciences. Introduction«, in: Steinmetz, George (Hrsg.), *The Politics of Method in the Human Sciences. Positivism and Its Epistemological Others*, Durham/London: Duke University Press, S. 1–56. DOI: <https://doi.org/10.1215/9780822386889-001>.
- Steinmetz, George (2005b): »Scientific Authority and the Transition to Post-Fordism: The Plausibility of Positivism in U.S. Sociology since 1945«, in: Steinmetz, George (Hrsg.), *The Politics of Method in the Human Sciences. Positivism and Its Epistemological Others*, Durham/London: Duke University Press, S. 275–323. DOI: <https://doi.org/10.1215/9780822386889-009>.
- Steinmetz, George (2017): »Sociology and Colonialism in the British and French Empires, 1945–1965«, in: *Journal of Modern History*, 89. Jahrgang, Heft 3, S. 601–648. DOI: <https://doi.org/10.1086/692991>.
- Stifter, Christian (2015): »Vermessene Demokraten. Meinungsumfragen der US-Besatzungsmacht in der österreichischen Bevölkerung, 1946–1955«, in: Dreide-my, Lucile, Hufschmied, Richard, Meisinger, Agnes, Molden, Berthold, Pfister, Eugen, Prager, Katharina, Röhrlich, Elisabeth, Wenninger, Florian und Wirth, Maria (Hrsg.), *Bananen, Cola, Zeitgeschichte: Oliver Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 546–561. DOI: <https://doi.org/10.7767/9783205203353-047>.
- Stögner, Karin (2014): *Antisemitismus und Sexismus. Historisch-gesellschaftliche Konstellationen*, Baden-Baden: Nomos (Interdisziplinäre Antisemitismusforschung, Band 3). DOI: <https://doi.org/10.5771/9783845257389>.
- Suderland, Maja (2009): *Ein Extremfall des Sozialen. Die Häftlingsgesellschaft in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern*, Frankfurt am Main: Campus.
- Suderland, Maja (2014): »Das Konzentrationslager als giftigste Beule des Terrors«. Soziologische Perspektiven auf die nationalsozialistischen Zwangslager«, in: Christ,

- Michaela und Suderland, Maja (Hrsg.), *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven*, Berlin: Suhrkamp, S. 365–405.
- Taschwer, Klaus (2015): *Hochburg des Antisemitismus. Der Niedergang der Universität Wien im 20. Jahrhundert*, Wien: Czernin.
- Trotha, Trutz von (1997): »Zur Soziologie der Gewalt«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 37: Soziologie der Gewalt, hrsg. von Trutz von Trotha, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 9–56.
- Turner, Stephen P. und Käsler, Dirk (Hrsg.) (1992): *Sociology Responds to Fascism*, London/New York: Routledge.
- Voegelin, Erich (1994): *Autobiographische Reflexionen*, hrsg., eingeleitet und mit einer Bibliographie von Peter J. Opitz, München: Fink.
- Welzer, Harald (1997): *Verweilen beim Grauen. Essays zum wissenschaftlichen Umgang mit dem Holocaust*, Tübingen: edition diskord.
- Weyer, Johannes (1984): »Soziologie im Faschismus. Ein Literaturbericht«, in: *Das Argument*, 26. Jahrgang, Heft 146, S. 564–576.
- Wiese, Leopold von (1948): »Die gegenwärtige Situation, soziologisch betrachtet«, in: Deutsche Gesellschaft für Soziologie (Hrsg.), *Verhandlungen des Achten Deutschen Soziologentages vom 19. bis 21. September 1946 in Frankfurt am Main*, Tübingen: J.C.B. Mohr, S. 20–40.
- Wiggershaus, Rolf (1988): *Die Frankfurter Schule. Geschichte, theoretische Entwicklung, politische Bedeutung*, München: dtv.
- Ziegler, Meinrad und Kannonier-Finster, Waltraud (2016): *Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit*, 2. Auflage, Innsbruck/Wien/Bozen: StudienVerlag.

Entgrenzungen und Grenzziehungen

Nationalsozialismus und Soziologie

Vom Sinn der Intensivierung eines komplexen Verhältnisses

Maja Suderland und Michaela Christ

»Die Soziologie hat viele richtige Fragen, aber nicht alle wichtigen behandelt.« (M. Rainer Lepsius)

Es ist paradox: Das Interesse der zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit an Holocaust und Nationalsozialismus ist in Österreich und Deutschland seit Jahren ungebrochen groß. Dieses Interesse hat allerdings keine Entsprechung in der soziologischen Forschung.

Seit Beginn des Aufstiegs des Nationalsozialismus gab es in beiden Ländern SoziologInnen, die sich mit Praktiken, Prozessen und AkteurInnen der NS-Gesellschaft beschäftigten. Am Ende einer ersten Bestandsaufnahme zu soziologischen Arbeiten zum Nationalsozialismus in Deutschland, zu der wir vor einigen Jahren eingeladen haben und die auch zwei Beiträge zu Österreich bzw. der DDR enthält (Christ und Suderland 2014), waren wir in mehrfacher Hinsicht erstaunt: Erstens gab es ganz offensichtlich weitaus mehr wissenschaftliche Arbeiten – sowohl empirische als auch sozialtheoretische – als fast alle, die an diesem Buch mitgeschrieben haben, erwartet hatten. Und zweitens haben es nur sehr wenige Arbeiten geschafft, die Aufmerksamkeit der soziologischen KollegInnen, geschweige denn einer breiteren Öffentlichkeit zu erlangen. Das ist bis heute so geblieben. Denn Holocaust und Nationalsozialismus gehören in der deutschsprachigen Soziologie nach wie vor nicht zu den institutionalisierten Themenkomplexen.

Unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs umgingen die ZeitgenossInnen in Deutschland das Thema eher. Vermutlich waren den ProtagonistInnen damals die Anstrengungen um die Neu-Etablierung der Soziologie an den Hochschulen dringlicher als die wissenschaftliche Beschäftigung mit der unmittelbaren Vergangenheit. Zu NS und Holocaust zu arbeiten, hätte zudem zwangsläufig bedeutet, auch nach den Schicksalen, dem Handeln, den politischen Einstellungen und den Verwicklungen der KollegInnen zu fragen. Dies aber hätte auf der persönlichen Ebene

allen Einzelnen mehr abverlangt, als manchem lieb gewesen sein mochte. Viele aus der ersten Generation der NachkriegssoziologInnen, die sich mit der Gegenwart der deutschen Gesellschaft befassten, verband darüber hinaus ein spezifisches Selbstverständnis. Heinrich Popitz, der in den ersten Jahrzehnten der Nachkriegszeit mit inzwischen zu Klassikern gewordenen Arbeiten bekannt geworden war, bemerkte über sich und seine ab Mitte der 1950er-Jahre in der Industriesoziologie reüssierenden Kollegen: »Wir galten nicht nur als links, wir hielten uns auch dafür« (Popitz 2000: 48). Er verweist damit auf einen ähnlichen Punkt wie M. Rainer Lepsius, der in einem Interview Folgendes über diese Generation äußerte:

»Denken Sie nur an die Biographien von Ralf Dahrendorf, Heinrich Popitz, Ludwig von Friedeburg, Dietrich Goldschmidt, Hans Paul Bahrt, Theo Pirker und vielen anderen. Dazu kommen die Emigranten als unsere Lehrer: Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, René König, Helmuth Plessner, auch Otto Stammer und, in der Politischen Wissenschaft, Ernst Fraenkel, Franz Neumann und andere. Es bestand ein die Generationen übergreifender, die Schulen überwölbender Antifaschismus, der unterstellt werden konnte auch bei den Generationsgenossen, die man nicht genauer kannte.« (Lepsius 2008: 15)

Vereinzelt griffen manche, auch manche der Genannten, das Thema NS-Gesellschaft auf, jedoch ohne nachhaltige Wirkung auf die Themenzusammensetzung des Fachs.

In den 1980er-Jahren drängte in der Bundesrepublik vor allem eine fachgeschichtliche Frage in den Vordergrund, nämlich die, ob es eine NS-Soziologie gegeben habe. Aus der Distanz betrachtet mag diese Schwerpunktsetzung irritieren. Aus der Nähe jedoch wird deutlich, dass von der Beantwortung dieser Frage abhing, ob die Soziologie sich als Disziplin bzw. ob sich einzelne WissenschaftlerInnen in irgendeiner Weise schuldig gemacht haben könnten, bspw. indem sie sich dem System andienten oder Forschungen betrieben, die dem nationalsozialistischen Regime Erkenntnisse oder Argumentationen für politische Entscheidungen lieferten (vgl. Klingemann 1996). Bestimmt wurde die Diskussion von einem Narrativ, das seinen Ursprung in der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte und das lautete: Die Soziologie habe während der NS-Zeit nicht existiert, sie sei vielmehr von den Nationalsozialisten zum Schweigen gebracht worden. Die Ausschaltung der Disziplin durch die Nationalsozialisten war nach 1945 zu einer Art Meistererzählung geworden, sie verband KollegInnen der Nachkriegsgenerationen über viele inhaltliche, politische und biografische Differenzen und Unterschiede hinweg (Klingemann 1996; Soeffner 2014; van Dyk und Schauer 2015). Dem Gedanken, die Soziologie sei als Wissenschaft von den Nationalsozialisten verfolgt und letztlich stillgelegt worden, wohnte unter anderem die Vorstellung inne, hätte man die SoziologInnen gewähren lassen, wären sie dem System gefährlich geworden (Turner 1992: 1). Die Soziologie als eine der Aufklärung verpflichtete Wissenschaft sei, auch das steckt in dieser Argumentation, aus sich heraus immun gegen all das, wofür der Nationalsozialismus stand. Die Rede von der Ausschaltung wird inzwischen mehrheitlich als Mythos bezeichnet. Es gibt allerdings SoziologInnen, die weiterhin von der »Stunde Null« in der deutsch-

sprachigen Soziologie sprechen (vgl. etwa Gerhardt 2009) – und vor allem die west-deutsche meinen; oder die argumentieren, man könne nicht von einer kontinuierlichen Fortsetzung der Soziologie als Disziplin sprechen, weil es während der NS-Zeit im Deutschen Reich zu wenig aktive SoziologInnen und keinen institutionellen Rahmen mit entsprechender Bezeichnung, keine soziologischen Publikationsorgane für ihre Arbeit und insgesamt nur wenige Publikationen gegeben habe (Fleck in diesem Band). Eine im klassischen Sinn umfassende wissenschaftliche Aufarbeitung von NS und Holocaust fand trotz oder vielleicht auch aufgrund des unterstellten »überwältigenden Antifaschismus« (Lepsius 2008: 15) in der Soziologie nicht statt. Dies hat auch mit der spezifischen und inzwischen weitgehend etablierten Arbeitsteilung zwischen den Disziplinen zu tun.

Fragwürdige Arbeitsteilung zwischen Geschichtswissenschaft und Soziologie

Norbert Elias, ein Soziologe, dem die Aufgabenteilung zwischen Geschichtswissenschaft und Soziologie – Vergangenheit dort, Gegenwart hier – nie einleuchten wollte, bemerkte 1982 in seinem Vortrag *Vom Rückzug der Soziologen auf die Gegenwart* (Elias 1983) scharfsinnig eine Veränderung der Perspektive der Nachkriegssoziologie:

»Die Schwäche vieler soziologischer Untersuchungen unserer Tage, nicht allein der theoretischen, sondern auch der empirischen, liegt unter anderem darin, daß sie sowohl den Zusammenhang mit der Vergangenheit wie auch möglichen Zukunft verloren haben.« (Ebd.: 36)

Zeitgenössische Theorien würden dabei allzu häufig ihren unausgesprochen zugrundeliegenden Gegenwartsbezug durch einen höchst abstrakten Duktus verschleiern, gleichwohl unter Ausblendung der Vergangenheit als universelle Modelle in einem scheinbar »luftleeren Raum« präsentiert. Die empirische Untersuchung akuter Tagesprobleme zeige sich, so notwendig diese auch sei, gleichfalls geschichtslos und trage damit nur wenig zu deren Verständnis bei. Die Anwendung »statische[r] Typologien, statische[r] Struktur- und Funktionsbegriffe [mauerte]« die gesellschaftlichen Probleme ein und entleerte dabei gesellschaftliche Zusammenhänge ihrer Dynamik (ebd.: 30–31).

Weniger im Sinne von zielgerichtetem, intentionalem Handeln der sozialen AkteurInnen in der Soziologie, als vielmehr im Sinne ihrer Neigung, die der vorherrschenden grundsätzlichen Stimmung zu dieser Zeit entsprach, die kritische Auseinandersetzung mit der Verantwortung Vieler zu vermeiden, könnte immerhin die Etablierung und exzessive Anwendung von theoretischen Konzepten, die den Blick kaum auf handelnde Subjekte richten und Prozesse stets als positiven Fortschritt etikettieren, begünstigt haben. Möglicherweise ließe sich hieran bei einer genaueren Untersuchung Elias' Diagnose vom »Rückzug der Soziologen« empirisch herausar-

beiten und im Zusammenhang der deutschen NS-Vergangenheit noch einmal anders kontextualisieren.

Gegebenenfalls hat sogar die Soziologie selbst dazu beigetragen, den Nationalsozialismus als wissenschaftlichen Untersuchungsgegenstand aus ihrem Fach auszuklammern, indem sie früh zur Beschreibung der gesellschaftlichen und historischen Prozesse in der NS-Gesellschaft den Topos des »Rückfalls in die Barbarei« aufgriff (etwa Adorno 1971)¹ – eine Denkfigur, die die Geschehnisse während des Nationalsozialismus als etwas klassifizierte, das außerhalb des Sozialen anzusiedeln sei und für das daher keine geeigneten Begriffe oder Konzepte vorlägen. Wie sollte mit den herkömmlichen Mitteln der Soziologie etwas analysiert werden, wenn man sich dabei offenbar nicht auf »Klassiker« und deren begriffliches Instrumentarium berufen konnte? Die Hinwendung zur NS-Gesellschaft zwingt, wie Hannah Arendt es mit Blick auf die Konzentrationslager formulierte, »Sozialwissenschaftler und Historiker, ihre bislang nicht in Frage gestellten Grundannahmen über den Lauf der Welt zu überdenken« (Arendt 1950: 7).

Eine solch fundamentale Infragestellung jedoch ist nichts, was einer wissenschaftlichen Karriere unbedingt förderlich ist. Denn um erfolgreich zu sein, sind neue Ideen und die Hinwendung zu innovativen Forschungsgegenständen nicht immer ratsam. Im Gegenteil: Um zu demonstrieren, dass man sein Handwerk ordentlich gelernt hat und dazugehört, ist immer auch die Reminiszenz an die »Großen« des Faches vonnöten, indem man die innerhalb des Fachs allgemein Anerkannten ebenfalls anerkennt. Dass es beim Thema Nationalsozialismus als soziologischem Analysegegenstand an »Erzvätern« mangelt (Paul Martin Neurath, zitiert in: Fleck, Müller und Stehr 2004: 431), ist sowohl ein Defizit an persönlichen Vorbildern im akademischen Umfeld als auch eine schmerzliche Leerstelle für die notwendigen symbolischen Verbeugungen vor den »Klassikern«, sodass man mit einem solchen Thema im Feld der Soziologie schwer zu verorten bleibt. Bearbeitet man den Gegenstand trotzdem mit den im Fach bereits vorhandenen Instrumenten, stellt man sich zumindest implizit gegen die »Großen« innerhalb des Fachs, die das grundsätzlich Andere an Nationalsozialismus und Holocaust postuliert haben. Professions- und wissenschaftsstrategisch kann das durchaus als Dilemma erscheinen. Wie sich die beiden Dynamiken – öffentliches Wegschauen und die Entwicklung entsprechender disziplinärer Paradigmen – jeweils gegenseitig beeinflusst und gegebenenfalls verstärkt haben, kann an dieser Stelle nicht näher analysiert werden. Die genauere Betrachtung der spezifischen Dynami-

1 | Der erste, der diesen Topos unseres Wissens verwendete – was bis heute wenig bekannt ist –, war der Friedens-Nobelpreisträger von 1927, Ludwig Quidde, der 1933 unter dem unmittelbaren Eindruck der drastischen Radikalisierung des politischen Klimas in Deutschland aus seinem Schweizer Exil von *Deutschlands Rückfall in die Barbarei* schrieb (Quidde 2009). Im Juni 1938 bezeichnete Quidde die nationalsozialistischen Machthaber bereits hellsichtig als »eine Bande von Verbrechern, Mördern, Räubern, Brandstiftern und (was vielleicht schlimmer als alles ist) bestialischen Folterknechten, dazu Lügner und Heuchler« (zitiert nach: Holl 2007: 550), was prompt zu seiner Ausbürgerung aus Deutschland führte.

ken und Logiken wissenschaftlicher Felder (Bourdieu 1988; 1998) lohnt sich bei dem hier behandelten Problem jedoch.

Insbesondere der Aspekt der Habitualisierung wissenschaftlicher Haltungen und Praktiken könnte zum Verständnis für das ansonsten schwer erklärbare Phänomen beitragen, warum sich bestimmte ablehnende Einstellungen gegenüber dem Nationalsozialismus als soziologischem Forschungsgegenstand über ForscherInnengenerationen hinweg als übliches Wissenschaftshandeln perpetuieren, auch wenn diejenigen SoziologInnen und akademischen LehrerInnen, die möglicherweise in den Nationalsozialismus – auch fachlich – verstrickt waren, längst verstorben sind. Die Frage nach einer etwaigen Genealogie wissenschaftlicher Praktiken müsste eigens Gegenstand neuer Forschungsbemühungen sein.²

Aus unserer Sicht erscheint aber auch die Zuordnung und Bezeichnung der soziologischen Untersuchung von NS und Holocaust als *historische* Soziologie eher problematisch und irreführend, da sie dazu verleiten könnte, das Vergangene, das hierbei soziologisch analysiert und gedeutet wird, als etwas in sich Abgeschlossenes und aus der Gegenwart Externalisiertes zu behandeln, womit die Potenziale gegenwarts- und zukunftsbezogener Fragestellungen übersehen werden könnten.

Das soziologische Instrumentarium könnte nämlich sowohl begrifflich, das heißt theoretisch-konzeptionell, als auch methodisch den analytischen Blick auf Relationen, AkteurInnen und Praktiken sozialen Handelns im NS schärfen und dabei grundlegende Aspekte zum Vorschein bringen, die weit über (historische) Einzelfälle hinausreichen und zudem in aktuellen Gesellschaften relevant sind. Denn auch wenn Holocaust und Nationalsozialismus ereignisgeschichtlich gesehen gut erforscht sind, so gibt es doch hinsichtlich der sozialen Dynamiken und Prozesse in dieser Zeit viele offene Fragen – Fragen, die angesichts der seit einiger Zeit zu beobachtenden Renationalisierung und Refundamentalisierung, sowie in Anbetracht des Erstarkens rechtspopulistischer und neofaschistischer Bewegungen von großer Aktualität sind.

Noch immer fehlen in der Soziologie Foren, in denen solche Arbeiten auf Resonanz stoßen könnten. Ob wir bei den zuletzt verfassten Studien aus Österreich und Deutschland auf abschließende, resümierende Rückblicke schauen oder ob wir eine sich langsam etablierende, historisch bewusste deutschsprachige Soziologie des Nationalsozialismus beobachten, bleibt abzuwarten.

2 | Die Erklärung der »Normalisierung« des Gegenstandes nach dem Ableben der »Verstrickten«, wie Stefan Kühl sie wiederholt postuliert (Kühl 2013), greift deshalb zu kurz und verweist zudem auf eine nicht unproblematische Historisierung des Gegenstandes, die »damit selbst ein hochgradig wertbesetzter Eingriff in das disziplinäre Selbstverständnis« ist (Becker 2014: 271). Michael Becker betont in seinem Beitrag mit Verweis auf Alex Demirović ebenfalls, dass »die Soziologie selbst als ein Feld sozialer Auseinandersetzungen zu verstehen [ist], in dem darum gestritten wird, welche der soziologischen Theorien, Begriffe und Beschreibungen für das Selbstverständnis der durchaus unterschiedlichen sozialen Akteure, ihre Erwartungserwartungen und ihr Handeln verbindlich werden« (ebd.: 255). Theoriebildung und empirische Forschung müssten daher »als spezifische Praxis verstanden werden, als Interpretation einer »selbstgeschaffene[n] Realität« (ebd.: 256).

Die Gegenwart im Licht der Vergangenheit

»Die Studien zur Entzivilisierung des gesellschaftlichen Lebens im Nationalsozialismus füllen ganze Bibliotheken. Noch Generationen später fragt man sich, trotz oder auch wegen all der geschichtswissenschaftlichen Evidenz: Wie war das möglich? Und bleibt ratlos und schockiert zurück. Die Schockstarre scheint anzuhalten und sich fortzuschreiben, auch noch im Angesicht des mittlerweile wieder ganz normalen Wahnsinns von Alltagsrassismus und Protofaschismus« (Lessenich 2018),

schreibt der Soziologe Stephan Lessenich in einem Kommentar zur aktuellen europäischen Flüchtlingspolitik in der *taz*.

Auch in Österreich gibt es sowohl historisch als auch aktuell sehr gute Gründe, sich damit zu befassen, »wie das [...] möglich [war]« (ebd.). Denn neben dem auch in Österreich sich aufdrängenden Bezug zur aktuellen Flüchtlingspolitik, den Lessenich in seinem Kommentar adressiert, trug das Land einen erheblichen Anteil an der Verantwortung für den von Hunderttausenden bejubelten »Anschluss Österreichs« (Botz 2017; bpb 2018). Das lange dominante Narrativ indes erklärte Österreich zum ersten Opfer nationalsozialistischer Angriffspolitik.

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde darüber allerdings vornehm geschwiegen und mehr noch: Es gelang sogar, den zunächst von den Alliierten vorgesehenen Passus über diese Mitverantwortung aus dem Staatsvertrag zu tilgen, der die Gründung der Zweiten Republik besiegelte, sodass allein die Rede von Österreich als Opfer des Nationalsozialismus darin stehen blieb (bpb 2018). Wenig verwunderlich ist also, dass eine Aufarbeitung des Beitrags von ÖsterreicherInnen zum Nationalsozialismus mit allen seinen Konsequenzen und eine soziologische Bearbeitung dieses Themas noch länger unpopulär waren als bei den deutschen NachbarInnen (Botz 2017: 249–250). Die »geschichtswissenschaftliche Evidenz« (Lessenich 2018) ist mittlerweile auch in Österreich gegeben, denn spätestens seit der sogenannten Waldheim-Affäre im Jahr 1986, bei der die Beteiligung des damaligen österreichischen Bundespräsidentenskandidaten Kurt Waldheim an Wehrmachtsverbrechen international diskutiert wurde, fanden auf breiter gesellschaftlicher Ebene Debatten über die Mitverantwortung statt. Inzwischen wird die Eingliederung Österreichs in das nationalsozialistische Deutsche Reich auch in der Soziologie als mehrdimensionales Geschehen multiperspektivisch historisch erforscht. Es ist heute kein Tabubruch mehr, über die österreichische Begeisterung für den »Anschluss« zu sprechen. Eine repräsentative Umfrage im Jahr 2013 ergab gleichwohl zwei beinahe gleich große Lager jeweils für das Opfernarrativ und für die Mitschuld-These (Seidl 2013). Die Fragen nach aggressivem Antisemitismus, der sich unmittelbar nach dem »Anschluss« unverhohlen Bahn brach, wie auch die nach dem »inneren Anschluss«, der das Vorhandensein lokaler nationalsozialistischer Netzwerke beleuchten und damit erklären könnte, wie der Prozess der Eingliederung derart reibungslos funktionieren konnte, sind allerdings auch heute noch nicht hinlänglich bearbeitet.

Bei der Erarbeitung einer gesellschaftswissenschaftlichen Perspektive auf diese komplexen Zusammenhänge kann auch hier gefragt werden: Wo war die Soziologie dieser Zeit, wo waren die SoziologInnen und was tat die Soziologie später, um mit ihren gesellschaftswissenschaftlichen Instrumenten zu analysieren, »wie das [...] möglich [war]« (Lessenich 2018)? Der Gefahr einer ausschließlichen Historisierung des Themas (Botz 2017: 250) und damit einer Externalisierung aus aktuellen gesellschaftspolitischen Zusammenhängen kann mit der Bearbeitung derartiger Fragen zumindest begegnet werden.

Das »Jahrhundert der Gewalt«, dessen *einer* Kulminationspunkt in den zahllosen, während des »Dritten Reichs« begangenen und geduldeten Grausamkeiten gipfelte, ist oftmals expliziter Referenzpunkt bei Debatten über aktuelle gesellschaftliche und politische Fragen. Das gegenwärtig zu beobachtende Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien in Deutschland, Österreich und vielen anderen europäischen Ländern ruft unweigerlich Erinnerungen an die Geschichte des Nationalsozialismus wach. In Deutschland wird, seitdem die rechtspopulistische Partei Alternative für Deutschland (AfD) starken Zulauf verzeichnet, intensiv auch darüber diskutiert, was das ausgerechnet im Land der TäterInnen bedeutet (Lucke 2018). Denn die AfD hat 2017 erreicht, was jahrzehntelang keine andere Partei mit vergleichbarer Ausrichtung geschafft hatte. Seit den 1960er-Jahren war keine nationalkonservative oder rechtspopulistische Partei im Bundestag vertreten. Der Einzug ins Bundesparlament ist in den vergangenen 50 Jahren weder der Nationaldemokratischen Partei Deutschland (NPD), noch den Republikanern oder der Deutschen Volksunion (DVU) gelungen. Die AfD hingegen konnte bei ihrer zweiten Teilnahme an einer Wahl auf Bundesebene 12,6 % der Wählerstimmen für sich verbuchen. Ein rasanter Aufstieg, denn noch 2013 scheiterte die Partei mit 4,7 % der Stimmen knapp an der Fünf-Prozent-Hürde (Christ 2018: 283). Angesichts dieser Entwicklungen wird der Bedarf an historisch informierten sozialwissenschaftlichen – nicht allein soziologischen – Erklärungsmodellen deutlich, die antidemokratische soziale Bewegungen zu analysieren vermögen.

Einiges von dem, was heute in verschiedenen Ländern Europas beobachtet werden kann, ähnelt den sozialen Dynamiken, die aus den Anfängen der nationalsozialistischen Gesellschaft bekannt sind – etwa Prozesse sozialer Schließung oder die sukzessive Konsensverschiebung in Bezug auf die Werte und Normen einer Gesellschaft hinsichtlich dessen, was überhaupt sagbar oder politisch vertretbar ist oder wessen Rechte eingeschränkt oder radikal beschnitten werden dürfen. Die Beschränkung der Freiheit der Justiz oder die Einschränkung der Pressefreiheit, die gegenwärtig von zunehmend autoritär agierenden Regierungen in manchen europäischen Ländern forciert werden, sind weitere Aspekte, die nicht nur gegenwartsbezogen analysiert werden können, sondern die auch historisch vergleichend perspektiviert werden sollten. Nicht zuletzt wegen der einzigartigen Materiallage – die Ereignisgeschichte des Nationalsozialismus gehört zu den am besten dokumentierten und erforschten historischen Prozessen der europäischen Geschichte – würde sich diese Epoche vor-

züglich als soziologisches Studienobjekt bei Weitem nicht nur für gewaltsoziologische Studien eignen.

»Droht Deutschland ein neues 1933?«, fragte der Historiker Michael Wildt im Herbst 2018 in einem Zeitungsbeitrag (Wildt 2018). Anlass für den Text war die Ermordung eines jungen Mannes im ostdeutschen Chemnitz, tatverdächtig waren zwei Geflüchtete. Als dies bekannt wurde, gab es über mehrere Tage hinweg rassistische Ausschreitungen in der Stadt, über deren Deutung in der Bundesrepublik Deutschland vehement diskutiert wurde (Mängel 2018). Michael Wildt verneint die selbstgestellte Frage, zu stark noch seien Zivilgesellschaft und Polizei. Zugleich zeigt er auf, weshalb die Ereignisse in Chemnitz dessen ungeachtet Anlass zur Besorgnis geben sollten. Er nennt vor allem zwei Entwicklungen, die beobachtet und denen Politik und Zivilgesellschaft aktiv entgegentreten müssten: sich zunehmend organisierende gewaltbereite rechtsextreme Gruppierungen sowie die im Bundestag vertretene rechtspopulistische Partei Alternative für Deutschland (AfD), die die Gesellschaft völkisch zu spalten versucht und die Verfassung grundsätzlich in Frage stellt.

Christopher Browning hat die Radikalisierung der Gesellschaft in Deutschland in der Zwischenkriegszeit als Referenzpunkt genommen, um gegenwärtige politische und soziale Verschiebungen, in diesem Fall in den USA unter Trump, besser einordnen zu können (Browning 2018). Sein Text war, so schreibt er, eine Reaktion auf Anfragen und Bitten um Orientierung: »Immer wieder«, hält er fest,

»erreichen mich, einen auf den Holocaust, die Nazi-Diktatur und Europa der Zwischenkriegszeit spezialisierten Historiker, Fragen nach den Ähnlichkeiten zwischen der heutigen Situation in den USA und der Zwischenkriegszeit sowie dem Aufstieg des Faschismus in Europa.« (Ebd.: 41)

Browning vergleicht die Politik Donald Trumps mit der Adolf Hitlers. Er fragt nach den politischen Voraussetzungen und Interessen, die Trump haben Präsident werden lassen und hält fest: Trump profitiert von Entwicklungen, die lange vor seiner Zeit begonnen haben, und macht sie sich zunutze – etwa bei der Ernennung von Richtern auf Lebenszeit oder dem sogenannten *Gerrymandering*, dem manipulativen Zuschnitt von Wahlkreisen. Mittelfristig, so Browning, führe Trumps Politik zur innenpolitischen Destabilisierung und langfristig zur Aushöhlung der Demokratie.

Geschichte wiederholt sich nicht. Das zeigt der Vergleich gegenwärtiger Ausgrenzungs- und Radikalisierungsprozesse, der Popularisierung des öffentlichen Diskurses oder der Verschiebungen im politischen Gefüge auf nationaler, europäischer und globaler Ebene mit denjenigen sozialen Prozessen, die die nationalsozialistische Gesellschaft hervorgebracht haben. Nichtsdestotrotz sind Vergleiche sinnvoll, ist es aufschlussreich und erhellend, Gewesenes mit im Entstehen Begriffenem in Verhältnis zu setzen, weil die Gegenwart im Licht der Vergangenheit präziser eingeordnet werden kann. Das Angebot an Forschungsgegenständen, für die es sich lohnte, einen Blick zurückzuwerfen, ist derzeit jedenfalls größer, als man es sich wünschen könnte.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1971): *Erziehung zur Mündigkeit*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Arendt, Hannah (1950): »Die vollendete Sinnlosigkeit«, in: Arendt, Hannah (1989), *Nach Auschwitz. Essays & Kommentare*, Band 1, hrsg. von Eike Geisel und Klaus Bittermann, Berlin: Edition Tiamat, S. 7–30.
- Becker, Michael (2014): »Politik des Beschweigens. Plädoyer für eine historisch-soziologische Rekonstruktion des Verhältnisses der Soziologie zum Nationalsozialismus«, in: *Soziologie*, 43. Jahrgang, Heft 3, S. 251–277.
- Botz, Gerhard (2017): »Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39«, in: *Historical Social Research*, Supplement 28, 2. Auflage, S. 241–315.
- Bourdieu, Pierre (1988): *Homo Academicus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1998): *Vom Gebrauch der Wissenschaft. Für eine klinische Soziologie des wissenschaftlichen Feldes*, Konstanz: UVK.
- Bundeszentrale für politische Bildung, bpb (2018): »Vor 80 Jahren: Einmarsch der Wehrmacht in Österreich – Wie heute dort an den Anschluss erinnert wird«, in: *Politik | Hintergrund aktuell*, Bundeszentrale für politische Bildung (<http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/265958/anschluss-oesterreich>, 7. April 2019).
- Browning, Christopher R. (2018): »Weimar in Washington: Die Totengräber der Demokratie«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jahrgang 2018, Heft 11, S. 41–50.
- Christ, Michaela (2018): »»Nie wieder« war gestern«, in: Giesecke, Dana, Soeffner, Hans-Georg und Wiegand, Klaus (Hrsg.), *Welzers Welt. Störungen im Betriebsablauf*, Frankfurt am Main: Fischer, S. 282–288.
- Christ, Michaela und Suderland, Maja (Hrsg.) (2014): *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven*, Berlin: Suhrkamp.
- van Dyk, Silke und Schauer, Alexandra (2015): »... daß die offizielle Soziologie versagt hat«. *Zur Soziologie im Nationalsozialismus, der Geschichte ihrer Aufarbeitung und der Rolle der DGS*, Wiesbaden: Springer VS. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-06637-6>.
- Elias, Norbert (1983): »Vom Rückzug der Soziologen auf die Gegenwart«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 35. Jahrgang, Heft 2, S. 29–40.
- Fleck, Christian, Müller, Albert und Stehr, Nico (2004): »Nachwort«, in: Neurath, Paul Martin, *Die Gesellschaft des Terrors. Innenansichten der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald*, hrsg. von Christian Fleck, Albert Müller und Nico Stehr, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 409–454.
- Gerhardt, Uta (2009): *Soziologie im 20. Jahrhundert. Studien zu ihrer Geschichte in Deutschland*, Stuttgart: Steiner.
- Holl, Carl (2007): *Ludwig Quidde (1858–1941). Eine Biografie*, Düsseldorf: Droste.
- Klingemann, Carsten (1996): *Soziologie im Dritten Reich*, Baden-Baden: Nomos.

- Kühl, Stefan (2013): *Im Prinzip ganz einfach. Zur Klärung des Verhältnisses der Soziologie zum Nationalsozialismus*, Working Paper 6 (http://www.uni-bielefeld.de/soz/personen/kuehl/pdf/Working-Paper-6_2013-Stefan-Kuehl-Im-Prinzip-ganz-einfach-Version-4-31052013-CitaviDefaultCitationStyle-10062013.pdf, 7. April 2019).
- Lepsius, M. Rainer (2008): »Blicke zurück und nach vorne. M. Rainer Lepsius im Gespräch mit Adalbert Hepp und Martina Löw«, in: Hepp, Adalbert und Löw, Martina (Hrsg.), *M. Rainer Lepsius. Soziologie als Profession*, Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 11–76.
- Lessenich, Stephan (2018): »Fraglos schreiten wir voran. Wir Europäer sind stolz auf unsere Zivilisation. Gleichzeitig tun wir so, als ginge uns das Elend der Welt nichts an und schauen weg. Kommentar Flüchtlingspolitik in Europa«, in: *taz – die tageszeitung*, 23. Dezember 2018 (<http://www.taz.de/!5557479>, 7. April 2019).
- Lucke, Albrecht von (2018): »Nächste Ausfahrt Weimar? Die Republik nach Chemnitz«, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jahrgang 2018, Heft 10, S. 5–8.
- Mängel, Annett (2018): »Folgenloses Erschrecken: Sachsen als Exempel«, in *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Jahrgang 2018, Heft 10, S. 9–12.
- Popitz, Heinrich (2000): »Zum Wiederbeginn der Soziologie nach dem Kriege«, in: Sahner, Heinz (Hrsg.), *Soziologie als angewandte Aufklärung. Weniger als erwartet, aber mehr als zu befürchten war. Die Entwicklung der Nachkriegssoziologie aus der Sicht der frühen Fachvertreter*, Baden-Baden: Nomos, S. 45–49.
- Quidde, Ludwig (2009): *Deutschlands Rückfall in die Barbarei. Texte des Exils 1933–1945*, hrsg. von Karl Holl, Bremen: Donat.
- Seidl, Conrad (2013): »Umfrage: 42 Prozent sagen ›Unter Hitler war nicht alles schlecht‹«, in: *Der Standard*, 8. März 2013 (<https://derstandard.at/1362107918471>, 7. April 2019).
- Soeffner, Hans-Georg (2014): »Arbeit an Entlastungsmythen«, in: Christ, Michaela und Suderland, Maja (Hrsg.), *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen – Debatten – Perspektiven*, Berlin: Suhrkamp, S. 9–12.
- Turner, Stephen P. (1992): »Sociology and Fascism in the Interwar Period. The myth and its frame«, in: Turner, Stephen P. und Käsler, Dirk (Hrsg.), *Sociology responds to Fascism*, London/New York: Routledge, S. 1–13. DOI: https://doi.org/10.4324/9780203169070_chapter_1.
- Wildt, Michael (2018): »Droht Deutschland ein neues 1933?«, in: *ZeitOnline*, 8. September 2018 (<https://www.zeit.de/wissen/geschichte/2018-09/chemnitz-weimarer-republik-nazizeit-vergleich-rechtsextremismus>, 7. April 2019).

Endgültige Zurückweisung der These, dass es während der NS-Zeit eine Soziologie gab

Christian Fleck

Im Laufe der mehr als 70 Jahre, die seit dem Ende des Nazi-Regimes vergangen sind, erlebte die Selbstbesinnung der Soziologie auf ihren Beitrag zur Errichtung und Exekution des NS-Terrorregimes unterschiedliche Akzentsetzungen und wurde mit wechselnder Intensität diskutiert. Gleiches gilt für die Erforschung des Schicksals der Disziplinmitglieder nach 1933 (bzw. 1938 für Österreich) und die Auseinandersetzung mit der Frage, welche spezifisch soziologischen Einsichten über die NS-Diktatur und den Holocaust von ihr, der Soziologie, bislang formuliert wurden. Im Folgenden geht es nur um die eine Seite, die Rolle und Lage der Soziologie während des Nationalsozialismus; das breite – oder in den Augen mancher: zu schmale – Spektrum an soziologischen Analysen der NS-Gesellschaft wird hier nicht behandelt. Meine empirisch fundierte These ist, dass in der Zwischenzeit das erstgenannte Thema hinreichend umfangreich erforscht wurde und daher heute mehr als eine Zwischenbilanz gezogen werden kann. Falls dieses Urteil richtig ist, könnte man im nächsten Schritt darangehen, zwischen rivalisierenden Deutungen zu entscheiden. Mit anderen Worten: Angesichts des Standes der Forschung kann die These, die im Titel dieses Beitrags enthalten ist, als gut bestätigt betrachtet werden; jene, die anderer Meinung sind, seien eingeladen, die Beweise zu erschüttern, die im Folgenden ausgebreitet werden.

Der Beitrag geht folgendermaßen vor: Ich rekapituliere zuerst die wichtigsten Stationen der soziologischen Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur und gehe danach auf den breiteren Kontext ein, der das Raisonement der SoziologInnen nachhaltig beeinflusste. Im dritten Schritt präsentiere ich drei Kriterien, die erfüllt sein müssen, um von der fortdauernden Existenz einer wissenschaftlichen Disziplin sprechen zu können, und prüfe danach, ob diese Merkmale während der zwölf Jahre des NS-Regimes für die Soziologie zutreffen oder nicht. Schließlich erörtere ich noch kurz ein weiteres Merkmal, das von AutorInnen, die davon überzeugt sind, dass es eine Soziologie im Nationalsozialismus gegeben habe, ins Treffen geführt wird.

Der König-Konsens

Über die drei Viertel eines Jahrhunderts nach der Kapitulation des Deutschen Reiches im Mai 1945 folgte die Diskussion über die Rolle der Soziologie in den Jahren der Nazi-Diktatur keinem Muster, außer jenem, dass heute eine große Zahl an mehr oder weniger gut recherchierten Beiträgen über Karrieren von als Soziologen bezeichneten Personen, ihre Forschungsprofile und deren Änderungen über die Zäsuren hinweg vorhanden ist. Das größere Wissen, das gegenwärtigen Forschenden zugänglich ist, steht in einem unvermeidlichen Gegensatz zur lebensweltlichen Distanz seiner AutorInnen und LeserInnen gegenüber dieser Vergangenheit. Heutige VerfasserInnen von Texten über die NS-Periode haben diese nicht erlebt. Ihr Status als (akademische) Enkel derer, über die sie schreiben, tönt ihre Urteile anders als jene der (akademischen) Kinder. Gemeinhin ist größere zeitliche Distanz von abnehmender Affektintensität begleitet, im Fall der Auseinandersetzung mit dem Nazismus gilt das aber nicht. Was »Historisierung des Nationalsozialismus«¹ genannt wurde, hat zwar zwischenzeitlich auch die Wissenschaftsgeschichte erfasst, die Lektüre jüngerer Texte zur Soziologie im Nationalsozialismus vermittelt allerdings nicht den Eindruck, es werde mit interesseloser Neugier ein erkaltetes Relikt studiert. Manche (akademische) Enkel beschuldigen nun die (akademischen) Eltern, mit den (akademischen) Großeltern zu nachsichtig (gewesen) zu sein.²

Herrschte bis Ende der 1950er-Jahre unter denen, die sich dieses Gegenstands überhaupt annahmen, eher eine abwiegelnde Tonlage des Urteilens, die manchmal schon an Leugnung grenzte,³ schien sich in den folgenden zwei Dekaden so etwas wie ein Konsens auszubreiten, den man knapp so zusammenfassen kann: Die Nazis verfolgten aus politischen und rassistischen Gründen die Mehrzahl jener, die Anfang der 1930er-Jahre als Soziologen tätig waren. Wegen der weltanschaulich großen Distanz zwischen dem aus der Aufklärung stammenden Ideenreservoir der Soziologie und dem antimodernen Denkstil der Nazis konnte es unter der Diktatur Hitlers zu keiner Fortführung oder gar Weiterentwicklung des ohnehin noch eher zarten Pflänzchens »Soziologie in Deutschland« kommen. Die wenigen Soziologen, die im Land blieben, hätten sich in die innere Emigration verzogen und der durch Entlassung, Vertreibung und Verfolgung gewaltsam freigemachte soziale Raum, den die Soziologie bis 1933 in

1 | Ein Vorschlag des deutschen Historikers Martin Broszat, der auf einigen Widerstand stieß, s. Broszat 1985; Broszat und Friedländer 1988; Frei 2007; Berg 2013.

2 | Neben vielen BeiträgerInnen des Sammelbandes von Christ und Suderland 2014 (vgl. meine Rezension Fleck 2017) tat sich Stefan Kühl hierbei besonders hervor (Kühl 2013a; 2013b).

3 | Der häufig zitierte Satz von Leopold von Wiese am Achten Deutschen Soziologentag 1946 in Frankfurt am Main dient gerne als Beleg dafür: »Und doch kam die Pest über die Menschen von außen, unvorbereitet, als ein heimtückischer Überfall. Das ist ein metaphysisches Geheimnis, an das der Soziologe nicht zu rühren vermag« (Wiese 1948). Freundlicher gesonnene InterpretInnen könnten eine schwere Traumatisierung vermuten, jedenfalls kann man darauf hinweisen, dass von Wiese wenig später auch soziologisch haltvollere Äußerungen zur jüngsten Vergangenheit veröffentlichte (Wiese 1951: 3).

Deutschland erobert hatte, wurde von Invasoren aus den unter der Nazi-Herrschaft erblühenden Feldern Volkslehre, Volkstumsforschung, Raumforschung, Bevölkerungslehre, Rassenlehre, -biologie, -anthropologie etc. eingenommen. René Königs Formulierung vom »brutalen Stillstand« (König 1980: 14) brachte diesen Konsens auf den Punkt – Helmut Schelsky, der mit der Behauptung, die Melodien der Soziologie seien 1933 durchgespielt gewesen, versuchte dagegenzuhalten, fand keine Zustimmung (Schelsky 1959: 36).

Im Erfahrungshorizont einer akademischen Generation, also während etwa vier Jahrzehnten, erlebte in der soziologiehistorischen Forschung das Thema NS-Vergangenheit durchaus eine Verbesserung des Wissens; fast könnte man von einem Fall kumulativen Wissensfortschritts sprechen; allein er kam zu einem (wenn auch nicht brutalen, so doch deutlichen) Ende. Bevor auf den Bruch eingegangen und der Frage nachgegangen wird, was er an neuen Einsichten brachte, soll knapp rekapituliert werden, was in den ersten vier Jahrzehnten zum hier interessierenden Thema von wem veröffentlicht wurde.

Nach Überblicksdarstellungen für ein internationales Publikum (Sternberger 1950; Horkheimer 1952; Knoll 1958; König 1958) fand der König-Konsens im *Fischer Lexikon* seine Beurkundung (König 1980, 1. Auflage 1958, 12. Auflage 1980). Dem ersten Schwerpunkttheft der *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* (anlässlich des 50-Jahr-Jubiläums der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) mit Beiträgen von René König, Heinz Maus und Svend Riemer (König 1959; Maus 1959; Riemer 1959)) folgten dort später zwei Sonderbände (Lüschen 1979; Lepsius 1981). Monografien, die sich zwar entweder auf die Vor- oder Nachgeschichte der Nazi-Jahre konzentrierten, diese aber durchaus auch thematisierten (Käsler 1984; Weyer 1984; Stölting 1986), erschienen zwar erst nach Veröffentlichungen amerikanischer Sozialwissenschaftler und Historiker, die sich auf die Jahre 1933 bis 1945 konzentriert hatten (Abel 1986 [1938]; Becker 1949a; 1949b; Hughes 1962; Fleming und Bailyn 1969; Johnston 1972; Jay 1973; Hughes 1975), wichen aber vom König-Konsens noch nicht ab. Manche der sozialwissenschaftlichen EmigrantInnen hatten in Deutschland (und Österreich) rascher Gehör gefunden, wobei der Eindruck einer Selektivität unabweisbar ist: Jene, die »erste Briefe« (Kettler 2008) nicht schrieben oder nicht beantworteten, wurden seltener übersetzt als zur »Versöhnung« bereite ExilantInnen wie Hannah Arendt oder Fritz Stern. Zu den ignorierten Büchern zählt beispielsweise Max Weinreichs frühe Studie über *Hitler's Professors* (Weinreich 1946). Wenig Resonanz fanden auch kürzere Beiträge amerikanischer Autoren, die in dortigen Zeitschriften erschienen waren, was man nur teilweise mit der schwereren Zugänglichkeit erklären wird können (Harris 1942; Loomis und Beegle 1946; Becker 1949a; Hager 1949). Die These, dass wohl über jeden Aspekt der Nazi-Vergangenheit die ersten sozialwissenschaftlichen Analysen in Amerika geschrieben und veröffentlicht wurden, bedürfte noch genauerer Prüfung, doch scheint mir, dass sie eine gute Chance hat, diese zu überstehen.

In bemerkenswerter Weise fanden die Nazi-Jahre in der weit verbreiteten vierbändigen *Geschichte der Soziologie* von Wolf Lepenies nur indirekt Beachtung

(Lepenies 1981b). Dort und stärker noch in den Beiträgen aus dem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanzierten Forschungsschwerpunkt Exilforschung (Briegel und Frühwald 1988; Strauss 1991) konzentrierte sich die Aufmerksamkeit ganz auf die Vertriebenen. Interviews mit Mitgliedern dieser Generation wurden im Radio gesendet und später als Bücher veröffentlicht (Radio Bremen 1962; Greffrath 1979). Lepenies, der später noch zwei wichtige Beiträge zur Vorgeschichte der Gegenwartsoziologie und zum deutschen Sonderweg veröffentlichten sollte (Lepenies 1985; 2006), plädierte 1981 ausdrücklich für eine geschichtspolitische Funktion der Beschäftigung mit der Vergangenheit der Disziplin, die nur so eine stabile kognitive, soziale und historische Identität erlangen könne. Ob dies nun als Beleg dafür genommen werden kann, dass auch in den Wissenschaften dunkle Seiten lieber mit Schweigen übergangen werden, oder ob Lepenies die Entwicklung der Soziologie nach 1933 im Deutschen Reich für die disziplinäre Identität für irrelevant hielt, kann der Einleitung nicht entnommen werden (Lepenies 1981a: xxix).

Die Situation in Österreich unterschied sich von der im Nachbarland in zweierlei Hinsicht. Das Fehlen einer ausreichend großen Zahl von SoziologInnen bis zu den 1970er-Jahren machte Veröffentlichungen zu diesem Thema noch unwahrscheinlicher. Soweit die eigene Vergangenheit kontroversiell diskutiert wurde, stand der Streit um die Erste Republik auch in der Wissenschaftsgeschichte im Vordergrund, skurrilerweise hier nicht als Auseinandersetzung um die Jahre 1927 bis 1934, sondern als Kontroverse über den Ständestaat. Nach 1945 wurde ein Streit ein zweites Mal ausgefochten, der schon im amerikanischen Exil Thema gewesen war: Dort war der schillernde Ernst Karl Winter mit Alexander Gerschenkron aneinander geraten (Winter 1939; Gulick und Gerschenkron 1940), 1948 protestierte August M. Knoll gegen eine zu negative Sicht auf den Ständestaat durch den aus dem Exil zurückgekehrten und damals politisch schon marginalisierten Josef Dobretsberger (Dobretsberger 1948/49; Knoll 1948/49). Dobretsberger, der in der Türkei und in Ägypten im Exil gewesen war, aber auch der die Nazi-Jahre über im englischen Exil lebende Ideologe des Ständestaates und des katholischen Naturrechts, Johannes Messner, beurteilten im Rückblick den Ständestaat deutlich kritischer als der innere Emigrant Knoll. Man wird die Vermutung nicht von der Hand weisen können, dass das Leben außerhalb des Großdeutschen Reiches liberalere politische Wertungen hervorbrachte.

Für die längere Latenzphase in Österreich findet sich eine einfache Erklärung, die Anfang der 1960er-Jahre von Adolf Kozlik auf den Punkt gebracht wurde, als er darauf hinwies, dass sich die österreichische Professoren(beamten)schaft nahezu vollständig aus Anhängern der Christlichsozialen Partei, die nun als ÖVP firmierte, bestand (Kozlik 1965: 164). Ein von Norbert Leser herausgegebener Sammelband mit dem sprechenden Titel *Österreich – geistige Provinz?* hielt die katholische Restauration der 1950er-Jahre für wichtiger als die braune Vergangenheit vieler derer, die sich an ersterer aktiv beteiligten (Leser 1965). Abgesehen von der Eruption rund um die antisemitischen Inhalte der Vorlesungen des Historikers Taras Borodajkewycz an der damaligen Hochschule für Welthandel Anfang der 1960er-Jahre (Fischer 1966), dümpelten die Wiener und damit auch die anderen Universitäten in einer Art pro-

vinzieller Selbstgefälligkeit dahin. Die 600-Jahr-Feier der Universität Wien im Jahr 1965 ist geeignet, das scharf konturiert zu demonstrieren: Während in Westdeutschland zeitgleich erste Ringvorlesungen zur NS-Vergangenheit (Tübingen, Freie Universität Berlin u. a.) ausgerichtet wurden, widmeten sich die Festredner in Wien dem christlichen Erbe und gingen über die jüngste Geschichte mit leeren Floskeln hinweg. Die wissenschaftsgeschichtliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wurde erst von der Enkel-Generation ab Mitte der 1980er-Jahre begonnen; nur wenige ProfessorInnen der älteren Generation beteiligten sich daran (Erika Weinzierl, Rudolf Haller, Kurt Rudolf Fischer). Über die Soziologie finden wir in den Jahren davor zwei frühe Überblicksdarstellungen (Westphalen 1953; Knoll 1958) und in den 1960er-Jahren dann einige Texte, die Leopold Rosenmayr der Geschichte der Jugendforschung in Österreich und der Frühgeschichte der Soziologie in Österreich widmete (die Jahre 1938 bis 1945 bleiben unbesprochen). Die ersten Veröffentlichungen, die auch die Soziologie streifen, stammten aus dem Ausland und konzentrieren sich auf die Vertriebenen, nur in Klaus-Jörg Siegfrieds Dissertation findet eine eingehendere Auseinandersetzung mit Othmar Spann statt (Spaulding 1968; Johnston 1972; Siegfried 1974; Torrance 1981). Noch Josef Langers Sammelband zur *Geschichte der Soziologie in Österreich* enthält nur zwei Texte, in denen die Jahre 1933/34 bis 1945 behandelt werden (Fleck 1988; Rosenmayr 1988). Tatsächlich war das Wissen über die österreichische Wissenschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts sehr defizitär, so dass eine Hinwendung zu den intellektuell attraktiveren ExponentInnen, die später emigriert waren, nicht weiter überraschend ist; das gilt beispielsweise auch für die durchaus verdienstvollen Bemühungen Erich Peter Neumanns, der Ende der 1950er-Jahre die Idee hatte, Klassiker der Umfrageforschung wieder bekannt zu machen. Er wandte sich an Siegfried Kracauer (Kracauer 1959) und Paul F. Lazarsfeld (Jahoda, Lazarsfeld und Zeisel 1960), aber nicht an Alfred Peters, Franz Ronneberger oder an seine eigene Ehefrau Elisabeth Noelle-Neumann.⁴

Das Fach Soziologie gleichsam aus ideengeschichtlichen Gründen von Verstrickungen in die Nazi-Diktatur freizusprechen, fand aus naheliegenden Motiven Unterstützung. Sie kam nicht von jenen, die durch dieses Manöver aus der Soziologie hinaus eskamotiert wurden (weil als Raumforscher, Rassenanthropologen etc. etikettiert) und auch nicht von den vormaligen inneren Emigranten, sondern vor allem von Seiten jener Spätgeborenen, die die NS-Jahre als Kinder oder Jugendliche erlebt hatten und in der Nachkriegssoziologie ein Denkkollektiv bildeten, dem eine unbefleckte Vergangenheit der eigenen Disziplin zupasskam (Lepsius 2017b). Der Generation der Nachkriegssoziologen und wenigen -soziologinnen wird man nicht absprechen können, ein klares Bewusstsein über die Nazi-Diktatur besessen zu haben (ihre autobiografischen Äußerungen belegen das zur Genüge), ihr Habitus war aber auf die Zukunft gerichtet, in der man es besser machen wollte; sich intensiv mit der jüngeren Vergangenheit auseinanderzusetzen, wurde nicht für nötig befunden. Was

4 | Diese drei Namen werden regelmäßig in Zusammenhang mit der Erforschung der öffentlichen Meinung und der Medienforschung während des Nationalsozialismus genannt.

man von ihr nicht kannte, konnte man unschwer imaginieren und weder das Eigen-erlebte noch der Rest hatten irgendeinen Erkenntnis- oder Identitätswert. Wie nahe auch immer jemand der Nazibewegung gestanden haben mag, wessen Jugend durch den Kriegsdienst in Mitleidenschaft gezogen worden war, der musste sich spätestens mit der Niederlage 1945 vom Hitler-Mythos betrogen fühlen – die geringe Zahl an »Wehrwölfen« belegt das nachdrücklich. Befreit von den Zumutungen einer totalitären Diktatur dauerte es eine Weile, bis man zurückzublicken begann. Das war dann allerdings eher bei Angehörigen der nächsten Generation zu finden: Wenig überraschend interessieren sich ja stets jene, die nichts oder weniger selbst erfahren haben, für das, was vor ihrer Zeit geschah.

Die Vergangenheitsbewältigung funktionierte bei der Generationseinheit der älteren (d. h. als Erwachsene) Vertriebenen anders, sie räsionierten gleichsam vom ersten Tag in der Fremde darüber, was sie dorthin gebracht hatte. Die Exil-Soziologie (richtiger wäre hier von Sozialwissenschaften zu sprechen) trug wesentlich zur Etablierung des interdisziplinären Spezialgebiets Totalitarismusforschung, einschließlich des sozialpsychologischen Teils, bei und die Zahl der Bücher über die NS-Diktatur bildet eine respektable Bibliothek (eine Liste in: Fleck 2007: 355). Wie weiter oben erwähnt, fanden deren Beiträge eine eher zurückhaltende Rezeption in jener Gesellschaft, die deren AutorInnen wenige Jahre zuvor hinausgeschmissen hatte.

Eingebettet in breitere Diskurse und Praktiken

Bemerkenswerterweise beruhte der König-Konsens nahezu ausschließlich auf der Autorität des Urteils von ZeitzeugInnen. Archive waren noch verschlossen oder wurden nicht konsultiert, Auskünfte Beteiligter wurden als ausreichend betrachtet – eine Haltung, die man als nicht gerade soziologisch gesättigt bezeichnen muss. Es darf daher nicht überraschen, dass die Relevanzgesichtspunkte der freiwilligen oder erbeuten Auskünfte »seinsgebunden« waren.

Es bleibt dahingestellt, was zuerst kam, aber die Jagd nach jenen, denen Verstrickungen in die NS-Welt nachgewiesen werden konnten, und die variable Schärfe der Ausgrenzung bzw. Wiedereingliederung solcher euphemistisch »Ehemalige« Genannter trugen auf je ihre Weise dazu bei, dass auch die wissenschaftlichen Disziplinen Wahrnehmungs- und Deutungsmuster der politischen Sphäre adoptierten. Veröffentlichungen über »Disziplin X im Nationalsozialismus« reproduzierten den populären Diskurs über die Involvierung in das NS-System und die nachfolgende unzureichende Entnazifizierung durch Konzentration auf einfach feststellbare Merkmale: Welche Namen verschwanden aus den Personalverzeichnissen 1933/34 und welche 1945ff.? Wem von denen, die 1933 bis 1945 in einem Personalverzeichnis einer deutschen Universität aufscheinen, konnte eine Mitgliedschaft in Partei oder anderen Organisationen nachgewiesen werden? Wessen Veröffentlichungen der Jahre 1933ff. wiesen verdächtige Titel auf oder lobhudelten in Vorworten dem »Führer« oder anderen Symbolen der NS-Bewegung?

Mit den zuletzt genannten (Forschungs-)Fragen ist dann auch gleich die Zeit nach dem König-Konsens ganz gut charakterisiert. Die kraft Zeitzeugenschaft autorisierten Pauschalurteile über die jüngere Vergangenheit wurden von einem faktenpositivistischen Zugang herausgefordert. An die Stelle der Entnazifizierungsfragebögen traten die Recherchen in den zögerlich sich öffnenden Archiven. Deren Öffnung erleichterte dieser Art von Vergangenheitsbeforschung nicht die Arbeit (weil ja ziemliche Mengen an Faszikeln durchzuackern waren), vermehrte aber die Fundstellen und damit die Funde. Die biografische Distanz der akademischen Enkel gegenüber den bloßzustellenden Großvätern erleichterte es, nun endlich verkünden zu können, die ganze Wahrheit über N. N. herausgefunden zu haben. Mit jedem neuen Namen, mit jedem neuen Aktenstück wurde es immer klarer: Die Soziologie war während der braunen zwölf Jahre alles andere als brutal zum Stillstand gekommen. Die Berge von Biogrammen (zuletzt: Huber 2016) begruben die zu beantwortenden Fragen unter sich. Ein unmittelbarer Vorläufer dieser auf Vollständigkeit zielenden Forschungsstrategie der Namenslisten waren die diversen Studien, die das dreibändige *Biografische Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933* (Röder und Strauss 1980/1983) als Totalerhebung missdeuteten und mit seiner Hilfe Disziplingeschichte schrieben. Derartige personenbezogene Recherchen ähneln dem Bemühen um vollständige Listen aller in der Shoah ums Leben Gekommenen. Was geschichtspolitisch löblich sein mag, muss es nicht auch epistemologisch sein.

Es ist zu verlockend, den Post-König-Konsens in Form des Wikipedia-Eintrags über »Soziologie im Nationalsozialismus« zu zitieren, weil hier die Banalität des Sammelns gleichsam kanonisiert wird:

»Die deutsche Soziologie im Nationalsozialismus bestand [1] überwiegend aus [2] empirischer Sozialforschung als [3] Auftragswissenschaft. Die geisteswissenschaftliche Tradition der Disziplin [1] verlor an Gewicht. Das lag einerseits an der Vertreibung bedeutender Sozialwissenschaftler in der Zeit des Nationalsozialismus, andererseits am Desinteresse der NS-Machthaber an akademisch begründeter »Legitimationsideologie«. Soziologische Theoriebildung zwischen 1933 und 1945 blieb insofern [1] marginal. Es gab keinen [3] Bedarf für eine »nationalsozialistische Soziologie«, obwohl sich »Volkstumssoziologen« und Protagonisten des Ständestaats daran versuchten. Die empirische Sozialforschung erlebte hingegen einen [2] Entwicklungsschub. Für sie wurde eine [1] große Zahl von Soziologen akademisch und außeruniversitär für das Regime tätig. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnten sich [1] viele [4] Fachwissenschaftler, die auch [4] vor 1945 als Soziologen tätig gewesen waren, wieder im Wissenschaftsbetrieb etablieren. In der jungen Bundesrepublik wurde von einflussreichen Vertretern der Disziplin bestritten, dass es im Dritten Reich überhaupt eine Soziologie gegeben habe. Die Behauptung von der Abwesenheit der Soziologie im Nationalsozialismus dominierte viele Jahre lang die Fachgeschichte und wird vereinzelt noch aktuell aufrechterhalten.«⁵

5 | »Soziologie im Nationalsozialismus«, in: Wikipedia (https://de.wikipedia.org/wiki/Soziologie_im_Nationalsozialismus, 30. September 2018). Die Ziffern in eckigen Klammern wurden

Die Sätze dieses Eintrags sind so formuliert, als wollten sie überprüfbar erscheinen. Mit [1] sind Behauptungssätze kenntlich gemacht, die auf Größenordnungen Bezug nehmen; diese werfen natürlich die Frage auf, wie gemessen wurde. [2] Der Ausdruck »empirische Sozialforschung«, der als »empirical social research« nicht vor den frühen 1950er-Jahren in der Literatur nachweisbar ist, wird in die NS-Zeit zurückprojiziert, und so getan, als wäre diese damals eingeführt, jedenfalls aber ausgeweitet worden. [3] In ähnlicher Weise wird der Ausdruck »Auftragsforschung« in die Vergangenheit zurückprojiziert und der Eindruck erweckt, das spezifisch Neue der Nazi-Zeit sei eine planvolle Indienstnahme der verbliebenen Wissenschaftler gewesen. [4] In einer bemerkenswerten Weise werden disziplinäre Identitäten Einzelner festgestellt und deren Aufeinanderfolge umgedreht: Während der Nazijahre war jemand Soziologe und danach Fachwissenschaftler. Wo im Folgenden auf obige Ausführungen Bezug genommen wird, verweise ich zur leichteren Orientierung auf die von mir hinzugefügten Ziffern.

Nicht nur der Vollständigkeit wegen, sondern weil es eine durchgehende Facette der Nachkriegsgeschichte darstellt, die als Echo im Feld der Wissenschaften zu vernehmen war, muss in Parenthese auf die Instrumentalisierung der Nazi-Vergangenheit für aktuelle Zwistigkeiten eingegangen werden. Der paradigmatische Fall war der Versuch, die Gründung der Universität Bielefeld zu torpedieren, indem man deren Gründungsrektor Helmut Schelsky als Nazi denunzierte. In diesem Fall war das Manöver zu durchsichtig, Schelsky trat zwar aus seiner Funktion zurück, die Universität Bielefeld wurde dennoch eröffnet. Dabei war und ist nicht immer leicht auseinanderzuhalten, wann und wo es darum ging, einen auch noch nach der Kapitulation des »Dritten Reiches« Nazi-Ideologie verbreitenden »Verführer der Jugend« an der Fortsetzung seines Tuns zu hindern; und wo es um die wohlfeile Verringerung der Zahl der KonkurrentInnen um attraktive Positionen ging, oder noch banalere Motive handlungsleitend waren (Fleck 1996). Die überwiegende Zahl der öffentlichen Kontroversen um die Rehabilitierung von Alt-Nazis oder die Einschleusung solcher Personen in Universitäten oder Forschungsstätten betraf keine Fälle, die am Extrem des Kontinuums angesiedelt waren (jemanden wie Otmar von Verschuer gab es in der Nachkriegssoziologie nicht), sondern in jenem weiten Feld der Mitte, wo eindeutige Urteile und klare Konturen Mangelware sind.⁶

Es würde den Rahmen sprengen, wenn hier auf die Frage näher eingegangen würde, wie Gesellschaften und Staaten nach einem Systemwechsel mit den personellen

von mir hinzugefügt. Dem Diskussionsteil ist zu entnehmen, dass dieser Eintrag im Wesentlichen einem Autor zu verdanken ist, der als einer von 180 AdministratorInnen in der Wikipedia-Welt über weitreichende Rechte verfügt.

6 | Offensichtlich variieren in der Literatur und unter WissenschaftlerInnen die Kriterien für den Ausschluss »Unwürdiger«. Der Verfasser dieses Beitrags neigt dazu, das Strafrecht und den Konsens der Fachkollegenschaft darüber, was noch als wissenschaftlich vertretbare Meinung angesehen werden kann, für ausreichend zu halten. Andere plädieren für schärfere Kriterien und neigen dazu, im Feld der Wissenschaft lebenslange Berufsverbote für wünschenswert zu halten. Es ist hier nicht Platz, diese ethischen Fragen im Detail zu diskutieren.

Überbleibseln der Vergangenheit umgehen (können). Heute verfügen wir über eine ausreichend große Zahl an unterschiedlichen Fällen, sodass eine vergleichende Untersuchung fruchtbar wäre; so lange solche Studien über die hier besonders interessierende Gruppe der Universitätslehrenden und anderer akademisch Tätiger fehlen,⁷ müssen wir uns mit vorläufigen Befunden zufriedengeben. Die Entnazifizierung verlief massiv anders als die Lustration in den postkommunistischen Staaten vier Jahrzehnte später (mit der Ausnahme des Falls der DDR) und nochmals ein anderes Bild finden wir in den außereuropäischen Ländern, in denen es in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts oder danach zu Systemwechseln kam. In den postkommunistischen Staaten wurden ProfessorInnen und andere ForscherInnen, die dem vorigen Regime ihre Karrieren verdankten, kaum behelligt, gleiches gilt für postkoloniale Transformationsländer. Auch in Lateinamerika scheint es während und nach Diktaturen kaum zu Entlassungen von AkademikerInnen gekommen zu sein (Kirtchik und Heredia 2015; Beigel und Sorá 2019); mir ist kein Fall eines Regimewechsels bekannt, bei dem in den Jahren danach die Praxis des Umgangs mit der Intelligenzia des alten Regimes so wankelmütig war wie im Fall der Entnazifizierung in Westdeutschland und Österreich. In kurzen Abständen wechselten die Kriterien und diese selbst durften vielerorts unterschiedlich gedeutet und angewandt werden.

Ein Blick auf die Grundkonstellationen in Westdeutschland und Österreich muss genügen, um die Besonderheiten der beiden Länder in Erinnerung zu rufen. (Der Fall DDR war durch eine Ambivalenz charakterisiert, die an Doppelmoral erinnert: Ein öffentlich scharf auftretender Antifaschismus war gepaart mit großer Integrationsbereitschaft früherer Nazis, solange diese bereit waren, der neuen Diktatur widerspruchslos zu dienen; VertreterInnen ideologieferner Disziplinen wie z. B. Medizin konnten diese Hürde leichter nehmen als Weltanschauungsdisziplinen wie die Soziologie, siehe Duller, Fleck und Schögler 2019.). In Westdeutschland kam die von den Westalliierten anfangs ambitioniert geplante Entnazifizierung ziemlich rasch ins Stocken. Ob nun die gewandelte weltpolitische Polarisierung ausschlaggebend war oder doch internen Gründen mehr Gewicht zukam, sei dahingestellt. Schon vor der Gründung der Bundesrepublik wurde die Politik der Entlassungen beendet und von einer der Wiedereinstellungen abgelöst.⁸ Ab 1951 gab es dann ein eigenes »Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen«, was die Mitglieder des Notverbandes amtsverdrängter Hochschullehrer (und ähnlicher Vereine) veranlasste zu meinen, einen (Rechts-)Anspruch auf Wiedereinstellung zu besitzen. Tatsächlich wurden aufgrund dieses Gesetzes weitere Kohorten von nach 1945 Entlassenen – mutmaßlich solche, die tiefer im braunen Morast stakten als die schon früher Rehabilitierten – wieder in Professuren gebracht; in

7 | Generell zu »lustration«, »transitional justice« und »decommunisation«: David 2006.

8 | Howard P. Becker berichtete darüber schon 1949 auf der Jahrestagung der American Sociological Society und schätzte den Arbeitsaufwand, den die Entnazifizierung erforderte, auf 304 Millionen Arbeitsstunden oder als Vollzeitbeschäftigung von 30.000 Beschäftigten für den Zeitraum von vier Jahren: Becker 1950: 334.

zahlreichen Fällen durchaus nicht zur ungeteilten Freude jener Fakultäten, die einem »belasteten« Emeritus den Aufstieg eines Schülers eines amtierenden Professors vorgezogen hätten. Wie viele jener Nazi-Soziologen, die in der BRD eine universitäre Stelle einnahmen, sie dank dieses Gesetzes erhielten, ist nicht erforscht worden.

Gerade SoziologInnen sollte der Hinweis auf Zahlen und Proportionen nicht völlig fremd sein, bestimmen erstere doch häufig mit, was als soziales Problem definiert und was mangels Masse nicht dazu wird; zum anderen zählt es zu den Kardinaltugenden der soziologischen Perspektive, Raten für wichtiger zu halten als Individualfälle. Gemäß einer Zusammenstellung von Marc Zeller gab es an allen deutschen Universitäten im Zeitraum von 1933 bis 1949 insgesamt rund 13.360 Professoren und Dozenten (Zeller 2009: 229). Davon wurden in der NS-Zeit circa 840 entlassen, wovon 330 nach der Kapitulation des »Dritten Reiches« wieder in ihre Positionen eingesetzt wurden; 130 zählten zu den im Krieg Gefallenen. 4.290 Hochschullehrer waren unmittelbar nach 1945 von der Entnazifizierung betroffen, wovon aber 1.515 schon vor 1949 rehabilitiert wurden. 1.900 kamen als Nutznießer des neuen Gesetzes in Frage.⁹ Um sich den Anteil der Soziologen zu vergegenwärtigen, kann man darauf verweisen, dass im Jahr 1953 – dem ersten Nachkriegsjahr, in dem derartige statistische Daten veröffentlicht wurden – an allen bundesdeutschen Hochschulen 17 Professoren und fünf Dozenten der Soziologie tätig waren (Lepsius 2017a; Duller, Fleck und Schögler 2019).

Die Situation in Österreich war ein wenig anders, aber nicht minder mehrdeutig. Das Nationalsozialistengesetz aus dem Jahr 1945 übertrug sowohl die Entlassungen wie die Wiedereinstellungen im öffentlichen Dienst Kommissionen; Berufskollegen hatten über den Status anderer zu entscheiden und per Beschluss festzustellen, wer »belastet« war. An allen österreichischen Universitäten gab es 1955 rund 440 Professoren. Für die Universität Wien wurde festgestellt, dass rund zwei Drittel der Professoren von der Entnazifizierung in der einen oder anderen Form betroffen waren, aber rund 70 % der vormals Entlassenen wieder an (in- oder ausländische) Universitäten zurückkehrten (Pfefferle und Pfefferle 2014: 281). Anfang der 1950er-Jahre gab es an den österreichischen Universitäten zwei Professoren und einen Universitätsdozenten für Soziologie.

Im Post-König-Konsens wird selten mit Zahlen und Proportionen argumentiert, sondern es werden vage Quantifizierer benutzt [1]. Diese dienen dazu, den Eindruck zu bestärken, dass »die« Soziologie im Nationalsozialismus eine relevante Rolle gespielt habe, was erst durch die Anstrengungen der Enkel-Generation zutage gefördert worden sei. Dieser Position soll im Folgenden eine skeptischere Sichtweise entgegengestellt werden. Spricht man von der Soziologie im Nationalsozialismus, spricht man offenbar über eine Disziplin – und man sollte über zwölf Jahre sprechen, obwohl vielfach ein längerer Zeitraum behandelt wird, weil legitimerweise auf das Davor und das Danach auch noch eingegangen wird. Wir sollten allerdings beachten, dass ein Zeitraum von zwölf Jahren zu kurz ist, um eine ganze Kohorte von Beginn bis zum Hö-

9 | Der genannte Notverband beanspruchte rund 5.000 »Amtsverdrängte« zu vertreten.

hepunkt der beruflichen Karriere verfolgen zu können: vier bis sechs Jahre Studium, fünf bis zehn Jahre bis zur Habilitation, weitere zwei Jahre bis zur ersten Professur – man sieht: Nur die Schnellsten hätten es vermocht, während des »Tausendjährigen Reiches« vom Abiturienten bis zum Professor zu klettern.

So kurz die Nazi-Diktatur relativ zu beruflichen Standardbiografien von Professoren war, so drängend sind Fragen nach der Dauer mancher Phänomene, die von AutorInnen, die sich mit Soziologie im Nationalsozialismus beschäftigen, berichtet werden. Berufskarrieren von WissenschaftlerInnen sind ein wesentlicher Teil dessen, was man Disziplin (oder Fach) nennt. Wie dicht müssen die beobachteten Indikatoren auftreten, um sie zu einer Einheit vom Muster wissenschaftliche Disziplin zusammenfügen zu können? Über welchen Zeitraum hinweg muss das Phänomen, das wir beobachten, vorhanden bleiben, um die Geschichte einer Disziplin schreiben zu können? Welche Elemente müssen synchron existieren, um von einer Disziplin sprechen zu können? Mit anderen Worten: Wie viele Beobachtungspunkte benötigen wir, um die Konturen einer Gestalt wie jener einer wissenschaftlichen Disziplin wahrnehmen zu können und keiner Fata Morgana zu erliegen?

Eine Minimaldefinition von Disziplin

Eine Minimaldefinition von wissenschaftlicher Disziplin umfasst drei Elemente: Es muss eine ausreichend große Zahl von Personen vorhanden sein, die sich vorrangig über die gemeinsame Arbeit definieren, wobei die Interaktionen untereinander dadurch stabilisiert werden, dass es eine professionelle Organisation gibt, deren Namen der Disziplin zitiert und die für einen regelmäßig möglichen Austausch unter ihren Mitgliedern sorgt, was erlaubt, die Erkenntnisse und eigenen Ideen der kritischen Prüfung anderer zu unterwerfen. Zweitens benötigen die schon initiierten Mitglieder jüngere InteressentInnen, denen sie das akkumulierte disziplinspezifische Wissen im Wege formalisierter Ausbildungsgänge weitergeben können. Drittens benötigt eine Disziplin eine stabile Finanzierung. Erst wenn alle drei Kriterien vorhanden sind und nur solange alle drei gepflegt werden, können wir nach Ansicht von Edward Shils von der Existenz einer Disziplin sprechen (Shils 1970; Fleck 2000).

Shils' drei Kriterien haben den Vorteil, relativ einfach messbar zu sein, Vergleiche zwischen Disziplinen zu erlauben und die eher unfruchtbaren inhaltlichen Debatten »Was ist Soziologie?« zu vermeiden. Natürlich wäre es relativ einfach, Soziologie als jene Disziplin zu definieren, die alles soziale Geschehen unter der Annahme analysiert, das seine Existenz vom Wirken sozialer Kräfte und Mechanismen abhängig ist. Dass wir SoziologInnen in Verfolgung dieser Definition in den letzten 150 Jahren beim Versuch nicht sehr weit gekommen sind, unliebsame KonkurrentInnen des Spielfeldes zu verweisen, könnte allein schon Anlass sein, den anderen Weg für fruchtbarer zu halten. Über Shils hinausgehend könnte man noch einige weitere Kriterien anführen, die die Ausformung einer neuen Disziplin begleiten. Konzentrieren

wir uns vorerst darauf zu prüfen, ob die drei Basiselemente vorhanden waren und wie sie sich während der NS-Herrschaft verändert haben.

Kriterium 1: Professionelle Organisation

Eine saloppe, aber dennoch fruchtbare Antwort auf die Frage, was die Soziologie sei, ist die u. a. von Ralf Dahrendorf vorgeschlagene Antwort: das, was SoziologInnen machen. Tatsächlich ist es ein bisschen leichter, SoziologInnen zu identifizieren als die Soziologie zu definieren.

Bekanntlich gab es seit 1909 eine Deutsche Gesellschaft für Soziologie, die auch bis 1929 insgesamt sieben Soziologentage ausrichtete, die letzten vier bereits im Zweijahres-Abstand. Zwischen 1930 und 1946 fanden keine Tagungen statt und ab 1934 entfaltete die DGS keine Aktivitäten mehr. Nicht alle rund 150 Mitglieder, die die DGS um 1930 hatte, waren Soziologen im heutigen Sinne, hingegen fehlten vermutlich einige Personen, die wegen des exklusiven Kooptationsverfahrens von der Mitgliedschaft ausgeschlossen blieben oder sich mit anderen Soziologen überwarfen und sich aus der DGS zurückzogen (Dörk 2017; Schnitzler 2017). Diese Betrachtungen kann man verallgemeinern und die Frage aufwerfen, was jemanden zum Mitglied einer bestimmten wissenschaftlichen Disziplin macht. Fleck und Holzhauser (Fleck 2007; Holzhauser 2015) liefern ausführliche Diskussionen zu all den berücksichtigungswerten Dimensionen und kommen beide zum Schluss, dass es – wenig überraschend – natürlich auch noch nach 1933 Personen gab, die in den Grenzen des Deutschen Reiches lebten und sich selbst als Soziologen bezeichneten oder von anderen so bezeichnet wurden.

Wegen der Mehrdimensionalität des Eigenschaftsraums Disziplinmitglied sollte man eine Art Index bilden, um das Merkmal Soziologe valide zu messen. Neben Selbst- sollten auch Fremdbezeichnungen Berücksichtigung finden, jedenfalls wären mehrere Messpunkte sinnvoll. Wo immer dann die Grenze gezogen würde, um von jemandem als Soziologen zu sprechen, die Definition wäre jedenfalls nachvollziehbarer als die in der Literatur gelegentlich sehr willkürlichen Inklusionen oder Exklusionen. Zweitens mag es dann immer noch Personen geben, die einem aus anderen Quellen und Gründen als jemand erscheinen, der zur Soziologie einen Beitrag geleistet hat und daher in einer historischen Darstellung Berücksichtigung finden sollte. Der Begriff der Quasi-Soziologen (Fleck 1990: 31–34) kann auch für die Zeit 1933 bis 1945 angewendet werden. Schließlich muss man drittens nur an Charles Darwin erinnern, um zu unterstreichen, dass die Soziologie gelegentlich auch von außen herausgefordert wird, ohne dass der Verfasser oder sein Werk deswegen auch schon in die Soziologie aufgenommen werden müssen. Beispiele für Auch-Soziologen und Herausforderer im vorliegenden Zusammenhang wären Arnold Gehlen, Erich Rothacker, Carl Schmitt und natürlich auch Adolf Hitler und seine schriftstellerisch tätigen Mitkämpfer, insofern ihre Texte ein Echo in den Schriften von Soziologen fanden (und sei es nur der Kotau im Vorwort oder der Widmung). Viertens sollten die Fußangeln

des Präsentismus (Stocking 1965) vermieden werden. Unvermeidlicherweise betrachten wir die Vergangenheit mit den Augen der Gegenwart, aber wir sollten uns hüten, Maßstäbe und Urteile, die aus späterem Wissen hervorgingen, flugs auf frühere Zeiten anzuwenden. Die Nazi-Jäger-Haltung führte [4] dazu, dass bei Personen, die in ihrem späteren (BRD-)Leben zu Soziologen wurden, auch schon die gesamte dorthin führende Karriere zu einem Teil der Geschichte der deutschen Soziologie gemacht wird, obwohl der Beweis unterbleibt, dass in früheren Lebensabschnitten bereits soziologische Kompetenzen vorhanden waren, soziologisches Wissen produziert wurde oder andere Soziologen von Person oder Werk Kenntnis nahmen.

Das Shils-Kriterium der professionellen Organisation und der in solchen Institutionen üblichen Möglichkeiten des fachlichen Gedankenaustauschs wird man für den Fall der Soziologie im Nationalsozialismus nicht erfüllt finden können. Nur in den Anfangsmonaten des neuen Regimes versammelten sich einige Personen unter dem Banner der Soziologie und erörterten deren mögliche Rolle im neuen Staat. Ab 1935 kam es zu keinerlei Fortsetzung professioneller Kommunikation in der Disziplin. Was in der neueren Forschung gefunden werden konnte, waren Nischen, die miteinander nicht in intellektuellem Austausch standen. Das würde auf eine Bestätigung der These vom Ende der Soziologie unter den Nazis hindeuten. Aber natürlich ist ein Blick auf die DGS nicht hinreichend, um etwas über die Soziologie in Deutschland zu sagen.

Neben dem persönlichen Zusammentreffen auf Tagungen und ähnlichen Foren spielt für den Prozess der Etablierung einer neuen Disziplin und deren Verfestigung die schriftliche Kommunikation eine wichtige Rolle. Die Soziologie war im 20. Jahrhundert vornehmlich eine sogenannte Bücherwissenschaft, aber es gab neben Büchern auch schon wissenschaftliche Zeitschriften. Die Buch- und Zeitschriftenproduktion bis 1941 fand bei Otthein Rammstedt breite und nicht unbestrittene Beachtung (Rammstedt 1985; König 1987). Die dort weniger ausgewertete, denn wieder abgedruckte Bibliografie fasst sehr Inkohärentes unter dem Titel Sozialwissenschaften zusammen. Ein gültigeres Urteil über die soziologische Publikationsdichte während des Nationalsozialismus könnte man formulieren, wenn man die Publikationsorgane für soziologische Texte betrachtet. Schon vor den ersten soziologischen Professuren und vor der Gründung der DGS gab es Zeitschriften, die nur oder unter anderem auch das Gebiet der Soziologie abdeckten. Wie war nun deren Schicksal nach 1933? Die berühmteste Zeitschrift, das *Archiv für die Sozialwissenschaften und Sozialpolitik*, stellte Anfang 1934 ihr Erscheinen ein. Die *Kölner Vierteljahreshefte für Soziologie* endeten 1933; das *Jahrbuch der Soziologie* erschien zuletzt 1927, das *Archiv für systematische Philosophie und Soziologie* erschien unter diesem Titel zuletzt 1931, die *Zeitschrift für Völkerpsychologie und Soziologie* änderte 1932 den Titel in *Sociologus*, kehrte 1933 wieder zum alten Titel zurück und stellte 1934 das Erscheinen ein; das *Archiv für angewandte Soziologie* erschien zwischen 1928 und 1933, die 1932 erstmals erscheinende *Zeitschrift für Sozialforschung* verlagerte schon im darauffolgenden Jahr ihr Erscheinen ins Ausland, wo sie bis 1938 in Frankreich und dann noch bis 1941 in den USA verlegt wurde (Stölting 1986: 165–194). Neu hinzugekommene Zeitschriften wie *Der Volksspiegel* (1934 bis 1938) und einige ursprünglich anderen Disziplinen ge-

widmete Zeitschriften mögen ihre Seiten für die Werke der verbliebenen Soziologen geöffnet haben. Inspiziert man die Bibliografien einiger der sogenannten Nazi-Soziologen fällt allerdings auf, dass selbst nachdem man die Nachkriegssäuberungen der Publikationslisten wieder rückgängig gemacht hat, zwischen 1933 bis 1945 nur sehr wenige Titel verzeichnet sind.

Versucht man ein vorläufiges Resümee zu ziehen, wird man sagen müssen, dass mehr Indizien darauf hinweisen, dass die Soziologie als Disziplin nach 1933 bald doch zum Stillstand kam und die wenigen Ausnahmen soziologischer Aktivitäten eher so etwas wie ein Nachklingen vergangener Zeiten waren. Einige Autoren, die entweder vor 1933 oder nach 1945 innerhalb der Soziologie tätig wurden, gingen während der NS-Diktatur anderen Tätigkeiten nach.

Kriterium 2: Studium

Das zweite Shils-Kriterium betrifft die organisierte Weitergabe der Erkenntnisse, Methoden und Routinen, also Studium, Studierende und Studienabschlüsse. Soziologische Studiengänge gab es nicht, die wenigen soziologischen Lehrveranstaltungen, die im Rahmen breiter definierter Studienrichtungen vorgesehen waren, wurden offenbar weiter angeboten. Qualifikationsarbeiten konnten vorgelegt werden, wurden allerdings praktisch nie als »soziologisch« etikettiert. Der prototypische Fall war Heinz Maus, der auf Signalworte verzichtete und 1941 in Philosophie promoviert wurde. Es ist auch bekannt, dass einige wenige Habilitationen sogar für Soziologie verliehen wurden, nach heutigem Forschungsstand aber nur im Fall Walther Schienerl in Wien ausschließlich für dieses Fach (siehe den Beitrag von Kranebitter in diesem Band). Wenn es zu keinem Regimeende gekommen wäre, wäre bald weder die Zahl der Qualifikationsarbeiten noch jene der Habilitationen ausreichend gewesen, die Reproduktion der Soziologie in der nächsten Generation sicherzustellen. Das wäre den Beteiligten auch nicht weiter aufgefallen, weil die Soziologie mit dem Ausscheiden der Älteren und mangels Ausbildung von Nachwuchs mehr oder weniger friedlich verstorben wäre. Während wir in der Nationalökonomie der NS-Zeit ein neues Lehrbuch finden und in der Psychologie ein Abschluss als Diplompsychologe etabliert wurde, trocknete die soziologische Lehrgestalt nach 1933 mehr und mehr aus.

Kriterium 3: Finanzierung

Die Geschichte der Wissenschaften während des NS-Regimes ist hinsichtlich der materiellen Basis ebenso wenig erforscht, wie irgendeine Periode davor oder danach unter diesem Gesichtspunkt studiert wurde. Insofern kann man die ErforscherInnen der Soziologie im Nationalsozialismus nicht heftiger schelten als jene, die anderswo Forschungslücken nicht schließen. Folgt man dem Post-König-Konsens, begegnet man allerdings der These eines Wandels während der NS-Zeit hin zur angewand-

ten und Auftragsforschung [3]. Ganz allgemein können wir mit Blick auf empirische forschende Wissenschaften folgende Finanzierungsvarianten unterscheiden: (1) Klassische Basisfinanzierung von Forschungs- und Lehreinheiten aus dem Budget von nationalen oder regionalen Regierungen, (2) extra bezahlte »Aufträge« an Einzelne oder Institute, die schon Basiszuwendungen erhalten, um wohl definierte Arbeiten durchzuführen, (3) private Stiftungen, aus deren Kapitalveranlagung der laufende Betrieb eines Instituts beglichen wird (oder Vereinsmitglieder, die für die Kosten eines Instituts aufkommen), (4) nicht-staatliche Auftraggeber, die analog zu den unter (2) beschriebenen Konditionen Einzelne oder Institute über die Basissubvention hinaus finanzieren und (5) private Forschungsinstitute, die ohne Basiszuwendung aus Steuergeldern nur durch die Einwerbung von Geldern ihren Betrieb zu führen in der Lage sind.

Die Schilderungen der Beispiele der angeblich neuartigen Forschungsfinanzierung während der Nazi-Diktatur sind bedauerlicherweise nicht sehr aussagekräftig. In der Ein-Parteien-Diktatur des »Dritten Reiches« war die Trennung der Kassen des Staates und jener der Partei alles andere als vorhanden, sodass man a fortiori folgern darf, dass das auch für die Fälle der Beauftragung und Finanzierung der sogenannten soziologischen Auftragsforschung im NS-System der Fall war. Wir können wohl ausschließen, dass Private Auftraggeber oder Finanziers sogenannter soziologischer Forschung im Nationalsozialismus waren, wenn wir die NSDAP und all ihre Vor- und Umfeldorganisationen nicht als privat betrachten. Ich begegnete in der Literatur auch keinem Fall von Kontraktforschung, wo also ein einigermaßen exakt definiertes Vorhaben für einen vorweg festgelegten Betrag in einem Vertrag fixiert worden wäre, lasse mich aber gerne über Gegenteiliges in Kenntnis setzen; MAIL TO: christian.fleck@uni-graz.at.

Weiteres Kriterium

Im Post-König-Konsens findet man eine weitere Behauptung, die den drei Shils-Kriterien nicht subsummiert werden kann. Gemeint ist der Hinweis darauf, dass ein Spezifikum der Soziologie im Nationalsozialismus darin bestanden haben soll, dass die empirische Sozialforschung erblüht sei [2]. Nimmt man die diesbezüglichen Aussagen beim Wort, nämlich empirische Sozialforschung, dann müssten die Produkte derartiger Forschungsarbeiten wenigstens ansatzweise den Routinen genügen, die sich etwa zeitgleich international herausgebildet haben: explizite Forschungsdesigns und ein Endbericht, dem die relevanten Informationen über die Art der Datenerhebung und Datenauswertung entnommen werden können. Diese Minimaldefinition eines empirischen Forschungsvorhabens bleibt agnostisch gegenüber der Quanti-Qualitäts-Differenzierung, fordert auch keinen Theoriebezug oder striktere methodologische Regeln in der Art von Hypothesenprüfung, Erklärung oder Modellierung. Die Minimaldefinition grenzt sich aber zumindest von einer willkürlichen Anhäufung nicht überprüfbarer Beobachtungssätze, über deren Erhebungspraktiken nichts gesagt

wird, ebenso ab wie sie darauf besteht, dass von einem Forschungsprojekt verlangt werden kann, dass es zu seiner Beurteilung abgeschlossen worden sein muss. Diese freundlicherweise niedrig gehängte Hürde überspringen nur sehr wenige Produkte angeblicher soziologischer Forschung im Nationalsozialismus. Inspiziert man diese etwas eingehender und stellt an sie die Frage, ob und wenn ja welche kurz- oder langfristige Wirkung sie gehabt hätten, muss man allerdings eingestehen, dass es bislang keinen einzigen Fund von halbwegs wirksamer Sozialforschung gegeben hat.

Schluss

Deutet man die Rede von der Soziologie im Nationalsozialismus so, dass man nach dem Schicksal der Disziplin dieses Namens Ausschau hält, ist das Ergebnis der Recherche negativ. Es gab keine Disziplin Soziologie. Was es gab, sind einige Personen, die vor 1933 oder auch noch danach als Soziologen gelten dürfen und im »Dritten Reich« blieben. Einige wenige, die später auf die eine oder andere Weise in der Nachkriegssoziologie rezipiert wurden, schrieben während der zwölf Jahre Texte, die auch später noch gelesen wurden, doch neben *Der Mensch* von Arnold Gehlen findet man nicht sehr viel vergleichbar Lesenswertes. In den Nischen Bevölkerungswissenschaft und Volksgeschichte, nicht aber in der Psychologie oder der Philosophie finden wir einige Beiträge, die eine Affinität zur Soziologie vor, während und nach dem Nazismus besaßen. Doch verglichen mit dem, was im westlichen Ausland im selben Zeitraum an theoretischer und methodologischer Entwicklung stattfand, die sich in inhaltvollen und wirkungsmächtigen Veröffentlichungen niederschlug, war die Entwicklung im »Dritten Reich« nicht einmal als »fellachenhafte[s] Nachleben« (König 1987: 346) zu qualifizieren. Wenn jüngst George Steinmetz behauptete, »It was Nazism that turned German sociology into a utilitarian, ahistorical science serving immediate political concerns«, dann mag schon sein, dass das, was die verbliebenen Soziologen nach 1933 taten, damit zutreffend beschrieben ist (Steinmetz 2017: 2). Daraus wäre dann nur der Schluss zu ziehen, dass man sich mit dieser intellektuellen Sackgasse nicht weiter befassen muss – eine Konsequenz, die Steinmetz allerdings nicht zieht.

Das keineswegs »metaphysische Geheimnis« zu lösen, warum die Enkelgeneration der deutschsprachigen SoziologInnen meinte, sich auf die Suche nach den braunen Wurzeln ihres Faches machen zu müssen, überlasse ich mangels erkenntnisleitendem Impuls auf meiner Seite anderen.

Dank

Ich bedanke mich bei Christian Dayé, Matthias Duller, Stephan Moebius, Albert Müller und den beiden Herausgebern dafür, eine frühere Version gelesen und kommentiert zu haben. Selbstredend sind sie für den Inhalt des Vorstehenden nicht verantwortlich.

Literatur

- Abel, Theodore F. (1986): *Why Hitler came into power: An answer based on the original life stories of six hundred of his followers*, with a new foreword by Thomas Childers, Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Becker, Howard (1949a): »The Regimented Man: Interviews with German Officials under the Nazis«, in: *Social Forces*, 28. Jahrgang, Heft 1, S. 19–24. DOI: <https://doi.org/10.2307/2572092>.
- Becker, Howard (1949b): *Vom Barette schwankt die Feder. Die Geschichte der deutschen Jugendbewegung*, Wiesbaden: Der Greif.
- Becker, Howard (1950): »Changes in the Social Stratification of Contemporary Germany«, in: *American Sociological Review*, 15. Jahrgang, Heft 3, S. 333–342. DOI: <https://doi.org/10.2307/2087174>.
- Beigel, Fernanda und Sorá, Gustavo (2019): »Arduous Institutionalization in Argentina's SSH: Expansion, Asymmetries and Segmented Circuits of Recognition«, in: Fleck, Christian, Duller, Matthias und Karády, Victor (Hrsg.), *Shaping Human Science Disciplines: Institutional Developments in Europe and Beyond*, London: Palgrave Macmillan, S. 327–360. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-319-92780-0_9.
- Berg, Nicolas (2013): *Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung*, Göttingen: Wallstein.
- Briegel, Manfred und Frühwald, Wolfgang (Hrsg.) (1988): *Die Erfahrung der Fremde. Kolloquium des Schwerpunktprogramms »Exilforschung« der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Forschungsbericht*, Weinheim: VCH-Verlags-Gesellschaft.
- Broszat, Martin (1985): »Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus«, in: *Merkur*, 39. Jahrgang, Heft 435, S. 373–85.
- Broszat, Martin und Friedländer, Saul (1988): »Um die Historisierung des Nationalsozialismus: Ein Briefwechsel«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 36. Jahrgang, Heft 2, S. 339–372.
- Christ, Michaela und Suderland, Maja (Hrsg.) (2014): *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven*, Berlin: Suhrkamp.
- David, Roman (2006): »From Prague to Baghdad: Lustration systems and their political effects«, in: *Government and Opposition*, 41. Jahrgang, Heft 3, S. 347–372. DOI: <https://doi.org/10.1111/j.1477-7053.2006.00183.x>.
- Dobretsberger, Josef (1948/49): »Ein mißglücktes Experiment. Woran scheiterte die Ständeverfassung Österreich von 1934?«, in: *Civitas, Monatsschrift des Schweizerischen Studentenvereins*, 4. Jahrgang, S. 86–90.
- Dörk, Uwe (2017): »Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) in der Zwischenkriegszeit (1918–1933)«, in: Moebius, Stephan und Ploder, Andrea (Hrsg.), *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie*, Band 1: Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum, Wiesbaden: Springer VS, S. 829–848. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-07614-6_66.

- Duller, Matthias, Fleck, Christian und Schögler, Rafael (2019): »Germany: After the Mandarins«, in: Fleck, Christian, Duller, Matthias und Karády, Victor (Hrsg.), *Shaping Human Science Disciplines. Institutional Developments in Europe and Beyond*, London: Palgrave Macmillan, S. 69–109. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-319-92780-0_3.
- Fischer, Heinz (Hrsg.) (1966): *Einer im Vordergrund: Taras Borodajkewycz. Eine Dokumentation*, Wien: Europa Verlag.
- Fleck, Christian (1988): »Vertrieben und vergessen. Ein Überblick über die aus Österreich emigrierten Soziologen«, in: Langer, Josef (Hrsg.), *Geschichte der österreichischen Soziologie. Konstituierung, Entwicklung und europäische Bezüge*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 257–278.
- Fleck, Christian (1990): *Rund um »Marienthal«. Von den Anfängen der Soziologie in Österreich bis zu ihrer Vertreibung*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Fleck, Christian (1996): »Autochthone Provinzialisierung. Universität und Wissenschaftspolitik nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich«, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 7. Jahrgang, Heft 1, S. 67–92.
- Fleck, Christian (2000): »Fragmentierung, Tribalismus und das Streben der Soziologen nach Statusgewinn«, in: Funken, Christiane (Hrsg.), *Soziologischer Eigensinn. Zur »Disziplinierung« der Sozialwissenschaften*, Opladen: Leske + Budrich, S. 49–64.
- Fleck, Christian (2007): *Transatlantische Bereicherungen. Zur Erfindung der empirischen Sozialforschung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fleck, Christian (2017): »Wen unter den Soziologen kümmert der Nationalsozialismus und warum?«, in: *Zyklos, Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie*, 4. Jahrgang, S. 525–534. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-20477-8_19.
- Fleming, Donald und Bailyn, Bernard (Hrsg.) (1969): *The intellectual migration: Europe and America, 1930–1960*, Cambridge: Belknap Press of Harvard University Press. DOI: <https://doi.org/10.4159/harvard.9780674334120>.
- Frei, Norbert (Hrsg.) (2007): *Martin Broszat, der »Staat Hitlers« und die Historisierung des Nationalsozialismus*, Göttingen: Wallstein.
- Greffrath, Mathias (Hrsg.) (1979): *Die Zerstörung einer Zukunft. Gespräche mit emigrierten Sozialwissenschaftlern: Günther Anders, Hans Gerth, Marie Jahoda, Leo Löwenthal, Adolph Lowe, Toni Oelsner, Alfred Sohn-Rethel, Karl August Wittfogel*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Gulick, Charles A. und Gerschenkron, Alexander (1940): »Errors and Traditions: Remarks on Ernst Karl Winter's Article, 'The Rise and Fall of Austrian Labor'«, in: *Social Research*, 7. Jahrgang, Heft 1, S. 45–60.
- Hager, Don J. (1949): »German Sociology under Hitler, 1933–1941«, in: *Social Forces*, 28. Jahrgang, Heft 1, S. 6–19. DOI: <https://doi.org/10.2307/2572091>.
- Harris, Abram L. (1942): »Sombart and German (National) Socialism«, in: *Journal of Political Economy*, 50. Jahrgang, Heft 6, S. 805–835. DOI: <https://doi.org/10.1086/255964>.

- Holzhauser, Nicole (2015): »Definitiorische und methodologische Probleme bei der Analyse der soziologischen Disziplinentwicklung zur Zeit des Nationalsozialismus«, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 40. Jahrgang, Heft 2, S. 129–146. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11614-015-0161-y>.
- Horkheimer, Max (1952): *Survey of the Social Sciences in Western Germany: A Report on Recent Developments*, Washington D. C.: Library of Congress.
- Huber, Andreas (2016): *Rückkehr erwünscht. Im Nationalsozialismus aus »politischen« Gründen vertriebene Lehrende der Universität Wien*, Wien: LIT.
- Hughes, Everett C. (1962): »Good People and Dirty Work«, in: *Social Problems*, 10. Jahrgang, Heft 1, S. 3–11. DOI: <https://doi.org/10.1525/sp.1962.10.1.03a00010>.
- Hughes, H. Stuart (1975): *The Sea Change: The Migration of Social Thought, 1930–1965*, New York: Harper & Row.
- Jahoda, Marie, Lazarsfeld, Paul F. und Zeisel, Hans (1960): *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch mit einem Anhang zur Geschichte der Soziographie*, Allensbach: Verlag für Demoskopie.
- Jay, Martin (1973): *The Dialectical Imagination: A History of the Frankfurt School and the Institute of Social Research, 1923–1950*, Boston: Little, Brown.
- Johnston, William M. (1972): *Österreichische Kultur- und Geistesgeschichte. Gesellschaft und Ideen im Donaauraum 1848–1938*, Wien: Böhlau.
- Käsler, Dirk (1984): *Die frühe deutsche Soziologie 1909 bis 1934 und ihre Entstehungsmilieus*, Opladen: Westdeutscher Verlag. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-322-96995-8>.
- Kettler, David (2008): »Erste Briefe« nach Deutschland. Zwischen Exil und Rückkehr«, in: *Zeitschrift für Ideengeschichte*, 2. Jahrgang, Heft 2, S. 80–108. DOI: <https://doi.org/10.17104/1863-8937-2008-2-80>.
- Kirtchik, Olessia und Heredia, Mariana (2015): »Social and Behavioral Sciences under Dictatorship«, in: Wright, James D. (Hrsg.), *International Encyclopedia of the Social & Behavioral Sciences*, Band 22, 2. Auflage, Oxford: Elsevier, S. 139–46. DOI: <https://doi.org/10.1016/B978-0-08-097086-8.03207-4>.
- Knoll, August M. (1948/49): »Warum »scheiterte« der österreichische Ständestaat 1934–1938? Eine Antwort auf die gleichnamige Frage J. Dobretsbergers«, in: *Civitas, Monatsschrift des Schweizerischen Studentenvereins*, 4. Jahrgang, S. 403–411, 496–503, 604–616.
- Knoll, August M. (1958): »Austria«, in: Roucek, Joseph S. (Hrsg.), *Contemporary Sociology*, New York: Philosophical Library, S. 807–823.
- König, René (1958): »Germany«, in: Roucek, Joseph S. (Hrsg.), *Contemporary Sociology*, New York: Philosophical Library, S. 779–806.
- König, René (1959): »Die Situation der emigrierten deutschen Soziologen in Europa«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 11. Jahrgang, Heft 1: 50 Jahre Deutsche Gesellschaft für Soziologie 1909–1959, S. 113–131.
- König, René (Hrsg.) (1980): *Soziologie*, 12. Auflage, Frankfurt am Main: Fischer.
- König, René (1987): *Soziologie in Deutschland. Begründer, Verfechter, Verächter*, München: Hanser.

- Kozlik, Adolf (1965): *Wie wird wer Akademiker? Zum österreichischen Schul- und Hochschulwesen*, Wien: Europa Verlag.
- Kracauer, Siegfried (1959): *Die Angestellten. Eine Schrift vom Ende der Weimarer Republik*, Allensbach: Verlag für Demoskopie.
- Kühl, Stefan (2013a): *Ein letzter klägliches Versuch der Verdrängung. Zur Diskussion über den Ort des Nationalsozialismus in der Soziologie*, Working Paper 5 (http://www.uni-bielefeld.de/soz/personen/kuehl/pdf/Kuehl-Stefan-Working-Paper-5_2013-Soziologie-und-NS-mit-Literatur-lang-130606-7-Version-ohne-Bauman-CitaviDefaultCitationStyle-07052013.pdf, 10. Oktober 2018).
- Kühl, Stefan (2013b): *Im Prinzip ganz einfach. Zur Klärung des Verhältnisses der Soziologie zum Nationalsozialismus*, Working Paper 6 (http://www.uni-bielefeld.de/soz/personen/kuehl/pdf/Working-Paper-6_2013-Stefan-Kuehl-Im-Prinzip-ganz-einfach-Version-4-31052013-CitaviDefaultCitationStyle-10062013.pdf, 10. Oktober 2018).
- Lehmann, William C. (1956): »Some observations of a visiting Sociologist on tendencies and trends in Sociology in Germany today«, in: *Sociologus*, 6. Jahrgang, Heft 2, S. 115–126.
- Lepenes, Wolf (1981a): »Einleitung. Studien zur kognitiven, sozialen und historischen Identität der Soziologie«, in: Lepenes, Wolf (Hrsg.), *Geschichte der Soziologie. Studien zur kognitiven, sozialen und historischen Identität einer Disziplin*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. i–xxxv.
- Lepenes, Wolf (Hrsg.) (1981b): *Geschichte der Soziologie. Studien zur kognitiven, sozialen und historischen Identität einer Disziplin*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lepenes, Wolf (1985): *Die drei Kulturen. Soziologie zwischen Literatur und Wissenschaft*, München: Hanser.
- Lepenes, Wolf (2006): *The Seduction of Culture in German History*, Princeton: Princeton University Press. DOI: <https://doi.org/10.1515/9781400827039>.
- Lepsius, M. Rainer (Hrsg.) (1981): *Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945. Materialien zur Entwicklung, Emigration und Wirkungsgeschichte*, Opladen: Westdeutscher Verlag. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-322-83583-3>.
- Lepsius, M. Rainer (2017a): »Die Entwicklung der Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg 1945–1967«, in: Lepsius, M. Rainer, *Soziologie und Soziologen. Aufsätze zur Institutionalisierung der Soziologie in Deutschland*, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 85–136. DOI: <https://doi.org/10.1628/978-3-16-155848-1>.
- Lepsius, M. Rainer (2017b): »Neubegründung«, in: Lepsius, M. Rainer, *Soziologie und Soziologen. Aufsätze zur Institutionalisierung der Soziologie in Deutschland*, Tübingen: Mohr Siebeck, S. 79–84. DOI: <https://doi.org/10.1628/978-3-16-155848-1>.
- Leser, Norbert (Hrsg.) (1965): *Österreich – geistige Provinz?* Wien: Forum.
- Loomis, Charles P. und Beegle, J. A. (1946): »The Spread of German Nazism in Rural Areas«, in: *American Sociological Review*, 11. Jahrgang, Heft 6, S. 724–734. DOI: <https://doi.org/10.2307/2087068>.

- Lüschen, Günther (Hrsg.) (1979): *Deutsche Soziologie seit 1945. Entwicklungsrichtungen und Praxisbezug*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-322-83690-8>.
- Maus, Heinz (1959): »Bericht über die Soziologie in Deutschland 1933 bis 1945«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 11. Jahrgang, Heft 1: 50 Jahre Deutsche Gesellschaft für Soziologie 1909–1959, S. 72–99.
- Pfefferle, Roman und Pfefferle, Hans (2014): *Glimpflich entnazifiziert. Die Professorenschaft der Universität Wien von 1944 in den Nachkriegsjahren*, Göttingen: V&R unipress. DOI: <https://doi.org/10.14220/9783737002752>.
- Radio Bremen (Hrsg.) (1962): *Auszug des Geistes. Bericht über eine Sendereihe*, Bremen: B. C. Heye.
- Rammstedt, Otthein (1985): *Deutsche Soziologie 1933–1945. Die Normalität einer Anpassung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Riemer, Svend (1959): »Die Emigration der deutschen Soziologen nach den Vereinigten Staaten«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 11. Jahrgang, Heft 1: 50 Jahre Deutsche Gesellschaft für Soziologie 1909–1959, S. 100–112.
- Röder, Werner und Strauss, Herbert A. (Hrsg.) (1980/1983): *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*, 3 Bände, München: K.G. Saur.
- Rosenmayr, Leopold (1988): »Erlebte Soziologieggeschichte in Österreich«, in: Langer, Josef (Hrsg.), *Geschichte der österreichischen Soziologie. Konstituierung, Entwicklung und europäische Bezüge*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 281–316.
- Schelsky, Helmut (1959): *Ortsbestimmung der deutschen Soziologie*, Düsseldorf: Diederichs.
- Schnitzler, Sonja (2017): »Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie zur Zeit des Nationalsozialismus«, in: Moebius, Stephan und Ploder, Andrea (Hrsg.), *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie*, Band 1: Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum, Wiesbaden: Springer VS, S. 849–865. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-07614-6_8.
- Shils, Edward (1970): »Tradition, Ecology, and Institution in the History of Sociology«, in: *Daedalus*, 99. Jahrgang, Heft 4, S. 760–825.
- Siegfried, Klaus-Jörg (1974): *Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spann's; zur politischen Funktion seiner Gesellschaftslehre und Ständestaatskonzeption*, Wien: Europa Verlag.
- Spaulding, Ernest W. (1968): *The quiet invaders: the story of the Austrian impact upon America*, Wien: Österreichischer Bundesverlag für Unterricht, Wissenschaft und Kunst.
- Steinmetz, George (2017): »The Crisis of History and the History of Crisis: Sociology as a ›Crisis Science‹«, in: *Trajectories, Newsletter of the ASA Comparative and Historical Sociology Section*, 29. Jahrgang, Heft 1, S. 1–5.
- Sternberger, Rolf (1950): *The social sciences in Western Germany: A postwar survey*, Washington D. C.: Library of Congress.
- Stocking, George W. Jr. (1965): »On the limits of ›presentism‹ and ›historicism‹ in the historiography of the behavioral sciences«, in: *Journal of the History of the Beha-*

- vioral Sciences*, 1. Jahrgang, Heft 3, S. 211–218. DOI: [https://doi.org/10.1002/1520-6696\(196507\)1:3<211::AID-JHBS2300010302>3.0.CO;2-W](https://doi.org/10.1002/1520-6696(196507)1:3<211::AID-JHBS2300010302>3.0.CO;2-W).
- Stölting, Erhard (1986): *Akademische Soziologie in der Weimarer Republik*, Berlin: Duncker & Humblot.
- Strauss, Herbert A. (Hrsg.) (1991): *Die Emigration der Wissenschaften nach 1933. Disziplingeschichtliche Studien*, München: Saur.
- Torrance, John (1981): »Die Entstehung der Soziologie in Österreich, 1885–1935«, in: Lepenies, Wolf (Hrsg.), *Geschichte der Soziologie. Studien zur kognitiven, sozialen und historischen Identität einer Disziplin*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 443–495.
- Weinreich, Max (1946): *Hitler's professors. The part of scholarship in Germany's crimes against the Jewish people*, New York: Yiddish Scientific Institute YIVO.
- Westphalen, Ferdinand A. (1953): *Sociology and economics in Austria. A report on postwar developments*, Washington D. C.: Library of Congress.
- Weyer, Johannes (1984): *Westdeutsche Soziologie, 1945–1960. Deutsche Kontinuitäten und nordamerikanischer Einfluss*, Berlin: Duncker & Humblot.
- Wiese, Leopold von (Hrsg.) (1948): *Verhandlungen des Achten Deutschen Soziologentages vom 19. bis 21. September 1946 in Frankfurt a. M. Vorträge und Diskussionen in der Hauptversammlung und in den Sitzungen der Untergruppen*, Tübingen: Mohr.
- Wiese, Leopold von (1951): »The Place of Social Science in Germany Today«, in: *American Journal of Sociology*, 57. Jahrgang, Heft 1, S. 1–6. DOI: <https://doi.org/10.1086/220851>.
- Winter, Ernst K. (1939): »The Rise and Fall of Austrian Labor«, in: *Social Research*, 6. Jahrgang, Heft 3, S. 316–340.
- Zeller, Marc (2009): *Intellektuelle Reparationen und westdeutscher Wiederaufstieg. Die Chemische Industrie 1945–1955*, Gießen: Universität Gießen (Dissertation).

Bezugnahmen auf Wissenschaft im Nationalsozialismus: Das Beispiel der Psychologie¹

Gerhard Benetka

»... the real point at issue is not: ›What can we, the sociologists, say about the Holocaust?‹ but, rather, ›What has the Holocaust to say about us, the sociologists, and our practice?‹« (Zygmunt Bauman)

»Zeitgeschichte wirkt massiv in die Gegenwart hinein, glüht und raucht noch. Ihr Ende, der Zeitpunkt, zu dem sie Geschichte wird, bemisst sich nicht nach einer festen Frist, sondern allein an der Fähigkeit späterer Generationen, die Folgen des Geschehenen zu bewältigen.« (Aly 1997: 7)

Was die Geschichte der Psychologie im Nationalsozialismus betrifft, »glüht« und »raucht« schon lange nichts mehr. Sind PsychologInnen also im Vergleich zu anderen Professionen früher fertig geworden mit ihrer Zeitgeschichte, haben die nachfolgenden Generationen die Rolle, die ihre VorgängerInnen im Fach im Nationalsozialismus gespielt hatten, rascher und somit besser bewältigt als die VertreterInnen anderer Disziplinen?

Ich werde im Folgenden versuchen zu zeigen, dass in der Psychologie Bezugnahmen auf die Geschichte des Faches unter dem Hakenkreuz im Vergleich zu anderen, ihr mehr oder weniger benachbarten Disziplinen durch eine bemerkenswerte Indifferenz gekennzeichnet sind. Dass PsychologInnen während der NS-Zeit unmittelbar an Verbrechen gegen die Menschheit beteiligt waren, darüber wissen heutige PsychologInnen kaum Bescheid.

1 | Der vorliegende Text entstand im Rahmen des vom österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) geförderten Forschungsprojekts *Psychology in the »Ostmark«*. *Between ideology and collaboration* (P 28119-G28).

1.

Als 2004 der Berufsverband Österreichischer PsychologInnen seiner Gründung vor 50 Jahren gedachte, hielt der ehemalige Präsident der International Union of Psychological Science – die IUPsyS ist der internationale Dachverband nationaler Psychologieverbände, eine Art Weltverband zur Förderung der wissenschaftlichen Psychologie –, Kurt Pawlik, einen Festvortrag über die Unvereinbarkeit von Psychologie und totalitärer Herrschaft.² Natürlich konnte Pawlik, der seit seiner Abdankung als Weltpräsident als lebenslanges Ehrenmitglied dem Exekutivkomitee der IUPsyS angehört, damals noch nichts wissen von der Beteiligung der American Psychological Association an der Entwicklung »weißer« Foltermethoden.³ Andererseits: Das Buch von Holger Richter über die operative Psychologie in der DDR war bereits 2001 erschienen. Vermutlich hätte Pawlik aber argumentiert, dass diese Form der Aufbereitung von psychologischem Wissen für die Bekämpfung von Staatsfeinden nichts mit wissenschaftlicher, d. h. mit der nach 1945 an den Universitäten der westlichen Welt vertretenen Psychologie zu tun gehabt habe. Zwar konnte man an dem seit 1965 an der Juristischen Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit eingerichteten Lehrstuhl für operative Psychologie sogar promovieren; schenkt man aber Holger Richter Glauben, dann waren die bis in die späten 1980er-Jahre entstandenen Qualifizierungsarbeiten tatsächlich eher nicht am internationalen, d. h. englischsprachigen Fachzusammenhang orientiert; aber auch die theoretischen Bezüge zur sowjetischen Psychologie blieben oberflächlich; und – nicht unwesentlich: Die Arbeiten hatten offenbar auf die Entwicklung der psychologischen Stasi-Methoden zur Zersetzung persönlicher Integrität kaum Einfluss genommen. Was mit ihnen aber geleistet wurde, war eine Art wissenschaftliche Legitimierung der Techniken der Verfolgung – und damit wohl auch der Verfolgung selbst: so, als ob die wissenschaftliche Bonität der angewandten Verfahren abstrahlen oder gar überspringen würde auf das Ziel der Verfahren: auf die personale Desintegration des inneren Feindes.

Was immer Pawlik in seiner Zeit als oberster Funktionär der internationalen Psychologie erfahren und gewusst hat über die Psychologie in der DDR, was immer er darüber gedacht hat: Wesentliche Tatsachen über die Geschichte der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus hätten ihm damals – 2004 – eigentlich geläufig sein müssen. Sie waren seit mehr als 20 Jahren bekannt und auch in Publikationsmedien der Deutschen Gesellschaft für Psychologie publiziert worden.

2 | Der Text des Vortrags ist meines Wissens nie gedruckt erschienen; auch nicht in der Zeitschrift *Psychologie in Österreich*, in der andere Festvorträge (z. B. Benetka 2004) in der Folge publiziert wurden.

3 | Vgl. dazu ausführlich Mausfeld 2009.

2.

1982 trug ein damals junger Doktor der Psychologie an der Freien Universität Berlin die Hauptergebnisse seiner Dissertation über die *Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus* am 33. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Psychologie in Mainz vor (Geuter 1983). In diesem sehr gründlichen und ausführlichen Referat hat Ulfried Geuter die Einseitigkeit und damit auch die Unhaltbarkeit des bisher bloß durch Entlassung und Vertreibung von Professoren und DozentInnen gezeichneten Bildes vom *Niedergang* der Psychologie im Nationalsozialismus herausgestellt: Bezieht man sich auf die praktische Anwendung psychologischen Wissens, auf die Entwicklung der Psychologie zu einem eigenständigen Berufsfeld, so ist für das Fach in der NS-Zeit ein enormer Aufschwung zu konstatieren. Geuter hatte dabei vor allem die Entwicklung innerhalb der Wehrmacht vor Augen. Aus der bereits 1927 erfolgten Einbindung von Psychologen in die Offiziersauslese der Reichswehr ist nach 1933 im Zuge der Aufrüstungspolitik der Nationalsozialisten ein wirklich großes Anwendungsfeld entstanden: 1942, am Höhepunkt der Entwicklung, soll es in der Wehrmacht nicht weniger als 450 Stellen für Fachpsychologen gegeben haben. Die explodierende Nachfrage nach psychologischer Expertise führte schließlich auch zur institutionellen Verselbständigung der Psychologie von jenen universitären Disziplinen – nämlich von Philosophie und Pädagogik –, denen sie bislang untergeordnet war: Mit der 1941 eingeführten Diplomprüfungsordnung war sie an den deutschen Universitäten und Hochschulen zu einem eigenständigen Fach mit einer reichsweit einheitlichen Studienordnung geworden (vgl. dazu ausführlich Geuter 1984a).

Worauf Geuter in seinem Referat von 1982 insistierte, ist der Umstand, dass PsychologInnen sich von sich aus in den Dienst der Sache des NS-Staats – der Vorbereitung eines verbrecherischen Angriffskriegs – gestellt hatten: »Psychologen suchten den Einsatz ihres Wissens, sie waren um die Gelegenheit froh, es in großem Maßstab anwenden zu können« (Geuter 1983: 105). Den ideologischen Kniefall der deutschen PsychologInnen am 13. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Psychologie in Leipzig 1933 – mit Psychologie-Professoren in SA-Uniformen und dem Gemeinschaft stiftenden Absingen des Horst-Wessels-Lieds (Geuter 1979) – ließ Geuter bei dieser Gelegenheit unerwähnt. Von den im Vorfeld der Organisation dieses Kongresses beschämenden Vorgängen der Selbstgleichschaltung des Psychologenverbandes wusste er zum Zeitpunkt seines Referats noch nichts: davon, dass bereits Ende März 1933, exakt zehn Tage vor dem Erlass des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums (7. April 1933) und 16 Tage bevor die ersten »Beurlaubungen« nach dem Beamtengesetz gegen UniversitätsprofessorInnen ausgesprochen wurden, sich der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Psychologie seiner jüdischen Mitglieder (William Stern, David Katz und Gustav Kafka) entledigt hatte (Jaeger 1993).

In einem für die von der Deutschen Gesellschaft für Psychologie herausgegebenen *Psychologischen Rundschau* geschriebenen Artikel behandelte Geuter schließlich die Anpassung an das, was WissenschaftlerInnen für die NS-Weltanschauung hielten, als eine universitätspolitische Strategie im Kampf um knappe öffentliche

Ressourcen und persönliche Karrierechancen (Geuter 1984b). Auch die »Einschaltung« von Forschung und Lehre war also diesem Verständnis nach eine Selbstgleichschaltung.

Unverbesserliche OptimistInnen könnten einwenden: Mit Psychologie als Wissenschaft habe all das ja dann doch nichts zu tun! Mit ideologischen Konzessionen gegenüber Staat und Partei sei nämlich der schmale Pfad der Wissenschaftlichkeit schon verlassen worden. Was aber an Psychologie bliebe da noch über? Z. B. die von den Nationalsozialisten vertriebene Gestalttheorie? In einem kurz vor seinem Tod 1979 in der populärwissenschaftlichen Monatszeitschrift *Psychologie heute* erschienenen Text nannte Wolfgang Metzger die vom ihm vertretene Gestalttheorie ein »Ärgernis«: »ein Ärgernis für die Nazis« (Metzger 1979); und zwar deshalb, weil gestaltpsychologisches Denken grundsätzlich inkompatibel wäre mit dem Ungeist der NS-Weltanschauung. Bemerkenswert ist, dass mehrere Jahrzehnte zuvor derselbe Autor sich bemüht hatte, in zwei kleinen Aufsätzen gerade das Gegenteil zu zeigen: die prinzipielle Vereinbarkeit der Gestalttheorie mit dem völkischen Geschwafel der Nationalsozialisten (Geuter 1983: 102).

3.

Worauf Ulfried Geuter in seinen Beiträgen nachdrücklich hinwies, demonstrierte zur selben Zeit Carsten Klingemann gerade auch am Beispiel der Soziologie (Klingemann 1986): dass hinter der in Disziplinen-Mythen oft bemühten Denkfigur einer »Einschaltung von oben« nichts anderes stand als eine aus politischen oder rassistischen Gründen erfolgte *Ausschaltung* missliebiger WissenschaftlerInnen. Die Gestalttheorie wurde zerschlagen, eben nicht, weil sie ein Ärgernis für die Nazis war, sondern einfach deshalb, weil Max Wertheimer und andere VertreterInnen Jüdinnen und Juden waren bzw. Köhler als Vorstand des Berliner Instituts ein bekennender Gegner des Nationalsozialismus war. Konsequenter hat Geuter dann die für die Professionalisierung ausschlaggebende Dynamik der Indienststellung der Psychologie »Einschaltung von unten« genannt.

Geuters frühe und letztlich auch prominent positionierte Aufarbeitung der Geschichte der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus hat die Scientific Community erstaunlich gelassen hingelassen; zumal, wenn man damit die Reaktionen auf die Thematisierung der NS-Zeit in anderen Disziplinen vergleicht. Als Helmut Dahmer 1983 im Dezember-Heft der *Psyche* einen von Carl Müller-Braunschweig 50 Jahre zuvor ursprünglich im faschistischen Kampfblatt *Reichswart* unter dem Titel *Psychoanalyse und Weltanschauung* (Müller-Braunschweig 1933) publizierten Aufsatz wiederveröffentlichte und kommentierte (Dahmer 1983), erhielt er von aufgebrachten PsychoanalytikerInnen und FunktionärInnen der Psychoanalyse in der anschließenden Briefkontroverse »seltsame Titel« verliehen: »Nazi-Jäger«, »Simon Wiesenthal der Psychoanalyse« oder auch: »marxistischer McCarthy« (Dahmer 1989: 103–104). Aufregung verursachte nicht der Umstand, dass Müller-Braunschweig die Psychoanalyse

den Nationalsozialisten angepriesen hatte, als ein Instrument, um auf allen Gebieten des menschlichen Lebens

»unfähige Weichlinge zu lebensstüchtigen Menschen, Instinktgehemmte zu Instinktsicheren, lebensfremde Phantasten zu Menschen, die den Wirklichkeiten ins Auge zu sehen vermögen, ihren Triebimpulsen Ausgelieferte zu solchen, die ihre Triebe zu beherrschen vermögen, liebesunfähige und egoistische Menschen zu liebens- und opferfähigen, am Ganzen des Lebens Uninteressierte zu Dienern am Ganzen umzuformen. Dadurch leistet sie eine hervorragende Erziehungsarbeit und vermag den gerade jetzt neu herausgestellten Linien einer heroischen, realitätszugewandten, aufbauenden Lebens- und Weltauffassung wertvoll zu dienen.« (Müller-Braunschweig 1933, zitiert nach: Lohmann 1984: 111–112)

Nicht also diese Andienung, sondern der Wiederabdruck war der Skandal, »nicht ›Müller‹, sondern ›Dahmer‹ hieß die Kanaille« (Dahmer 2017: 12) – weil Dahmer es gewagt hatte, jene Person zu kritisieren, die nach 1945 für die Kontinuität der deutschen Psychoanalyse mit der alten Deutschen Gesellschaft für Psychoanalyse der 1920er- und 1930er-Jahre stand, also für die Kontinuität mit jener Psychoanalyse, wie sie Sigmund Freud noch miterlebt und – obzwar schon schwach und krank – mitgeprägt hatte. Für die damalige Weltpräsidentin der organisierten Psychoanalyse, die Vorsitzende der International Psychoanalytic Association (IPA) Janine Chasseguet-Smirgel war ein »marxistischer Soziologe, weder Analytiker noch analysiert«, als Chefredakteur einer psychoanalytischen Fachzeitschrift untragbar (Chasseguet-Smirgel 1987: 98); und dies gerade auch deshalb, weil Dahmer die Ausrichtung der Zeitschrift umgepolt habe: zunehmend weniger klinische, dafür mehr und mehr »sozio-politische« Beiträge – gemeint sind Beiträge, in denen die Psychoanalyse gleichermaßen als Teil wie als Untersuchungsinstrument herrschender gesellschaftlicher Praxis verstanden wird.

4.

Die Zunft der PsychoanalytikerInnen – ein »Berufsverband zur Beförderung der Erinnerung« (Dahmer 1989: 100) – ist offenbar nicht gefeit vor einer vom bloßen Affekt geleiteten Betrachtung der eigenen Geschichte. Das hat nicht zuletzt auch historische, wissenssoziologische Gründe: Nachdem Freud mit Sándor Ferenczi übereingekommen war, die mittlerweile weit verstreuten AnhängerInnen seiner Lehre in einer »strammeren Organisation« zusammenzufassen (vgl. Benetka 2017: 343–353), fiel Ferenczi die gar nicht so einfache Aufgabe zu, diesen Schritt (die Gründung der Internationalen Psychoanalytischen Vereinigung) zu legitimieren: In seiner Ansprache am Psychoanalyse-Kongress 1910 in Nürnberg stellte Ferenczi die Freud'sche Lehre dann als in einem permanenten Krieg mit der etablierten Wissenschaft (der universitären verstrickt Psychiatrie) dar und empfahl, zur künftigen Stärkung ihrer Kampfkraft die Psychoanalyse in der Art eines Familienverbandes zu organisieren (Ferenczi 1910).

Wenn auch ganz anders, als Ferenczi es sich ursprünglich gedacht hatte,⁴ hat dieses Motiv des Familiären in den Folgejahren weiter Platz gegriffen: Mit der in den 1920er-Jahren als obligatorisch eingeführten Lehranalyse ist über Generationen hinweg ein Familienzusammenhang hergestellt: Sie schafft emotionale Bindungen zu »Vätern« und »Großvätern«, sie schafft transgenerationale Loyalitäten. Daher diese Wiederkehr des immer Gleichen: Zu Beginn der 1980er-Jahre sahen die EnkelInnen sich zur Rettung von Müller-Braunschweigs Ehre berufen (Ehebald 1984); mehr als 30 Jahre später treten die EnkelInnen der EnkelInnen (Eickhoff 2016) an, um das »Trauerspiel«, das ihre Großväter und Großmütter damals inszeniert hatten, als Heldenepos auszugeben (Dahmer 2017; Nitzschke 2017). Wer ein wenig vertraut ist mit der psychoanalytischen Literatur, wird sich in diesem Zusammenhang wohl unweigerlich an Freuds kleine Arbeit über den *Familienroman des Neurotikers* (Freud 1909) erinnern. Freud hat diesen Text ursprünglich für Otto Ranks Buch über den *Mythus von der Geburt des Helden* (Rank 1909) geschrieben. Unter »Familienroman« verstand er all jene – eben bei NeurotikerInnen typischerweise anzutreffenden – Phantasien, in denen das Kind seine Beziehungen zu seiner Familie modifiziert: Weil es an der für die frühe Kindheit üblichen Überschätzung der Eltern festhalten will, aber sich dabei die Erfahrung nicht ersparen kann, dass diese nicht besser, wundervoller sind als andere Leute, phantasiert sich das Kind, indem es sich einbildet, nicht von seinen realen Eltern abzustammen, sozusagen eine neue Familie.

5.

»Verwandtschaftsbeziehungen«, wie sie die Lehranalyse im Rahmen der psychoanalytischen Ausbildung stiftet, stellen sich auch im universitären Kontext her: Mehr als bloß intellektuell – nämlich affektiv sind SchülerInnen an ihre LehrerInnen gebunden. Sicherlich, die Verhältnisse an der Universität haben sich in den letzten drei Jahrzehnten grundlegend geändert: Indem universitäre Wissenschaft die Hervorbringung von Wissen mehr und mehr in der Art der Fertigung industriell erzeugter Produkte organisiert, geht den Beziehungen zwischen LehrerInnen und SchülerInnen die für das Modell der Humboldt-Universität bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein so bezeichnende paternalistische Grundierung verloren. Der für die heutige Zeit charakteristische Beziehungsmodus an der Universität ist der zwischen LeiterIn und MitarbeiterIn eines Projekts, wobei hier die Stellung der Untergebenen zumindest in ökonomischer Hinsicht noch weit mehr prekär zu sein scheint als die Position der AssistentInnen zur Zeit der sogenannten Ordinariatenuniversität. Wie auch immer sich die Beziehungen an den Universitäten heute gestalten – in Bezug auf die Aufarbeitung der Geschichte von Wissenschaft in der NS-Zeit spielten und spielen die alten »vor-kapitalistischen« Formen der persönlichen Bindung immer noch eine nicht unwesentliche Rolle.

4 | Ausdrücklich hat Ferenczi auf die Bändigungen infantiler Tendenzen durch das Handwerkszeug der PsychoanalytikerInnen gesetzt.

Nehmen wir – nach den PsychoanalytikerInnen – die andere Gruppe von ExpertInnen im Umgang mit Vergangenen als Beispiel – ProfessionistInnen nicht des individuellen, sondern des kollektiven Erinnerns: die Zunft der HistorikerInnen. Im Anschluss vor allem an die Forschungen des Berliner Historikers Götz Aly gerieten Ende der 1990er-Jahre (Aly 1997) – die Auseinandersetzungen kulminierten am Deutschen Historikertag in Frankfurt 1998 – mit den Volksgeschichtlern Theodor Schieder und Werner Conze ausgerechnet die Wegbereiter der bundesdeutschen Sozial- und Strukturgeschichte unter Verdacht, mit ihren Forschungsarbeiten einen aktiven Beitrag zur Ermordung der europäischen Juden und Jüdinnen geleistet zu haben. Sowohl Schieder als auch Conze hatten als Experten für osteuropäische Siedlungs- und Bevölkerungsstrukturen jedenfalls Schriften verfasst, in denen sie Vorschläge für die beschleunigte Deportation ausgewählter Bevölkerungsgruppen in Polen entwickelt hatten: »Die Herstellung eines geschlossenen Volksbodens« mache, wie etwa Theodor Schieder geschrieben hatte, »Bevölkerungsverschiebungen allergrößten Ausmaßes notwendig« – vor allem die »Herauslösung des Judentums aus den polnischen Städten« (ebd.: 155).⁵ Werner Conze hatte zu Beginn seiner wissenschaftlichen Laufbahn die dafür entscheidende Denkfigur entwickelt: die Herstellung eines Zusammenhangs zwischen agrarischer Überbevölkerung und fehlender »Abflussmöglichkeit«, weil in den Städten Handel und Gewerbe in jüdischer Hand seien: Die »Entjudung der Städte und Marktflecken« erschien dem jungen Forscher dann nur konsequent als eine der wirksamen Maßnahmen zur Linderung dieser Not (vgl. ebd.: 162). Auf die öffentliche Diskussion dieser und ähnlicher Textpassagen reagierte die linksliberale Schüler-Generation (u. a. Hans-Ulrich Wehler, Wolfgang Mommsen oder Lothar Gall) zunächst bloß mit Abwehr. Sie musste sich schließlich den Vorwurf gefallen lassen, sich mit der Vorgeschichte ihrer akademischen Lehrer nicht ernsthaft genug auseinandergesetzt zu haben.

6.

Nicht ernsthaft genug: Man wird schon einiges gehört, wohl einiges auch gewusst haben – die jüngeren vielleicht sogar auch von den älteren KollegInnen. Hans-Georg Soeffner hat in seinem Geleitwort zu dem von Michaela Christ und Maja Suderland herausgegebenen Sammelband *Soziologie und Nationalsozialismus* (Christ und Suderland 2014) auf die besonderen Gesellungsformen des Homo Academicus verwiesen: auf jene

»vordergründig formale Norm, an der sich Honorationengemeinschaften und Kollegialorgane orientieren: die Selbstverpflichtung auf »kollegiale Umgangsformen« und das damit verbundene Gebot zur wechselseitigen Kollegialität. Die praktischen Auswirkungen der

5 | Schieders Denkschrift ist mit 7. Oktober 1939 datiert. Aly hat also völlig Recht, wenn er diese Art der Selbstindienststellung unter »Vordenken des Massenmords« rubriziert (Aly und Heim 1991).

Orientierung an dieser Norm sind alles andere als formal. Sie bestehen in der vorausseilenden Ausklammerung aller mutmaßlichen massiven Konflikte, die das Kollektiv bedrohen könnten, sowie in der von allen Gruppenmitgliedern bedienten und in Gang gehaltenen Konsensmaschinerie.« (Soeffner 2014: 11)

Soeffner hatte dabei die Verhältnisse in der deutschen Nachkriegssoziologie vor Augen und vor allem die Verfestigung des Mythos von der prinzipiellen Unvereinbarkeit von Nationalsozialismus und Soziologie. Eine ernsthafte Auseinandersetzung hätte einen Bruch des »Schweigegeübdes« bedeutet, das »zwischen bereits im NS-Staat fachwissenschaftlich tätigen Soziolog/innen und den zurückgekehrten exilierten Fachvertreter/innen wirksam war« (Klingemann 2014: 481). Unabhängig davon, dass diese Analyse nicht einfach auf die Nachkriegsverhältnisse der Psychologie übertragen werden kann – auf Professoren-Ebene gab es in der Psychologie, mit Ausnahme von Curt Bondy⁶ in Hamburg, keine zurückgekehrten exilierten FachvertreterInnen, vor denen oder mit denen man etwas beschweigen hätte können; unabhängig davon ist das von Klingemann geltend gemachte »Schweigegeübde« bloß die eine, die gruppensoziologische Seite der Medaille. Die andere, die psychologische, ist, dass, wenn dann doch – informell, in Andeutungen – innerhalb der Kollegenschaft etwas gesprochen wurde, niemand da war, der das Gesagte auch hören wollte.

Exemplarisch dafür ist die Geschichte der Auseinandersetzungen um die Person Igor Caruso. Caruso hatte 1947 den Wiener Arbeitskreis für Tiefenpsychologie – den Vorläuferverband der heutigen Arbeitskreise für Psychoanalyse – gegründet, seit 1967 war er als Lehrbeauftragter, seit 1972 als ordentlicher Universitätsprofessor für Klinische Psychologie an der Universität Salzburg tätig. In den 1970er-Jahren galt er vielen seiner StudentInnen als ein Analytiker, der sich von seinen klerikalischen Anfängen distanziert und im Laufe der Zeit »zum Marxisten gewandelt« hatte (Institutsgruppe 1984: 287). Am 4. April 1979 strahlte der Radiosender Ö1 in der Reihe *Geschichten und Geschichte* eine Sendung mit dem Titel *Autobiographisches von Igor Caruso* aus; Caruso kam dabei auch auf seine Tätigkeit am Spiegelgrund zu sprechen:

»In dieser Kinderklinik habe ich allmählich und sehr rasch die Geheimnisse des Dritten Reiches durchgeschaut [sic], weil viele Kinder wurden umgebracht. So dass ich es nicht, ich als Psychologe, politisch unverlässlich, Ausländer, usw. war gar nicht eingeweiht selbstverständlich. Aber dumm bin ich nicht oder war ich nicht und habe allmählich die grausige Wirklichkeit erfahren. Damals war der Primar, der das ganze führte, Dr. Illik⁷, aus Berlin glaube ich. Er wurde geköpft nach dem Krieg⁸ [...] nach dem Urteil eines österreichischen

6 | Zu Bondy vgl. Stock 2015.

7 | Es handelt sich um einen Transkriptionsfehler; gemeint ist Ernst Illing, der 1942 von der Kinderfachabteilung Brandenburg-Görden nach Wien zur Leitung der Städtischen Nervenklinik für Kinder, also der Kinderfachabteilung Am Spiegelgrund geholt wurde.

8 | Offenbar ein Erinnerungsfehler: Illing wurde wegen seiner Tätigkeit am Spiegelgrund am 18. Juli 1946 von einem Volksgericht zum Tode durch *Erhängen* verurteilt; das Urteil wurde am 13. November desselben Jahres vollstreckt.

Volksgesundheitshofes, zuerst war Todesstrafe für Kriegsverbrechen da. Ja, aber bis es so weit kam, dass man meinen Chef geköpft hat, wurde ich von diesem selben Chef als irgendwie doch eine unverlässliche, aufsässige Figur, ich passte irgendwie nicht zu den Nazideutschen, wurde ich hinausgeschmissen und landete im Maria-Theresien-Schlössel, das ist eine kleine Nervenklinik in Wien, in Döbling. Die schwer schwachsinnigen Kindern [sic] im, also am Spiegelgrund da, das ist ein anderer Name für dieselbe Klinik, Baumgartner Höhe, Steinhof, also diese Abteilung hieß Am Spiegelgrund. Man hat die spastischen, die schwer cerebrally geschädigten, die schwachsinnigen Kinder getötet, nicht wahr. Das hat man. Selbstverständlich ist vieles damals geschehen am Steinhof, man hat auch Erwachsene getötet, was die Gerichte damals alles uns gezeigt und nicht gezeigt haben, das kann ich nicht einmal so genau sagen.« (Caruso 1988: 143–144)

Auffällig ist die zeitliche Koinzidenz: Am 20. Jänner 1979, elf Wochen vor der Ausstrahlung des Radio-Interviews, war es an der Universität Salzburg zu einem Eklat gekommen, als Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Kritische Medizin gegen die Abhaltung einer Tagung *Tötungsdelikte von Geisteskranken* protestiert hatten, an der Heinrich Gross – früher Oberarzt am Spiegelgrund – ein Referat halten sollte. Auf einem von dem Wiener Unfallchirurgen Werner Vogt verfassten Flugblatt stand zu lesen: »Nun also macht sich Dr. Gross, der selbst [...] an der Tötung hunderter angeblich geisteskranker Kinder mitbeteiligt war, über die Tötungsdelikte von Geisteskranken her« (zitiert nach: Vogt 1989: 196–197). Gross war der Veranstaltung ferngeblieben. Als Vogt im Hörsaal der Landesnervenklinik das Wort ergriff, ließ ihn der damalige Rektor der Universität und Vorstand des Instituts für Psychologie, Wilhelm J. Revers, von der Staatspolizei abführen (Vgl. z. B. Lehmann und Schmidt 2001: 159). Gross klagte wegen »übler Nachrede«, am 22. Februar 1980 wurde Vogt verurteilt. Das Oberlandesgericht Wien hob ein Jahr später – am 30. März 1981 – im Berufungsverfahren das Urteil auf: Für den Richter stand nun aufgrund der vorgelegten Unterlagen zweifelfrei fest, dass Gross an der Tötung von Kindern am Spiegelgrund beteiligt gewesen war (ebd.: 161, 164). Wichtig in unserem Zusammenhang ist, dass die Causa Gross auf große mediale Resonanz gestoßen ist. Seit damals, also seit dem Beginn der 1980er-Jahre, ist der Name »Spiegelgrund« untrennbar mit dem Tatbestand des NS-Massenmords an behinderten Kindern im Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit verankert.

Ich erspare mir, hier im Detail darauf einzugehen, wie lange es unter den AnhängerInnen Carusos gedauert hat, bis man das Bekenntnis seiner zumindest kurzzeitigen Mitarbeit am Spiegelgrund als das zur Kenntnis nahm, als was es eigentlich gemeint war: als Eingeständnis der Mitarbeit an einer NS-Tötungsanstalt.⁹ Und

9 | Erst sechs Jahre nach Carusos Tod am 21. Juni 1981 hat Walter Parth im Rahmen eines Referats im Arbeitskreis für Psychoanalyse im Oktober 1987 offenbar als erster diese Verbindung hergestellt: Caruso ist »1942 nach Wien [gekommen], wo er in der Kinderpsychiatrischen Abteilung am Spiegelgrund arbeitete.« Er sei, wie Wilhelm Solms-Rödelheim, Direktor des Psychiatrischen Krankenhauses der Stadt Wien Baumgartner Höhe und langjähriger Vorsitzender der Wiener Psychoanalytischen Vereinigung, erzählt habe, »in einer denkbar schlechten Lage gewesen. Er und seine Frau hätten kaum Deutsch gesprochen, und so musste Caruso auch

ich erspare mir auch, darauf einzugehen, wie die AdeptInnen (Frank-Rieser und Stöger 1988) auf die Herstellung dieses Zusammenhangs reagiert haben. Hervorheben möchte ich bloß den Eintrag, der sich in dem von der Institutsgruppe Psychologie der Universität Salzburg herausgegebenen und dem mittlerweile verstorbenen Igor Caruso zugeeigneten Buch *Jenseits der Couch* findet. Unter »biographischen Notizen« steht dort lakonisch vermerkt: »Ab 1942 als Psychologe an der Kinderpsychiatrischen Abteilung am Spiegelgrund in Wien« (Institutsgruppe 1984: 9). Dies ist gerade auch deshalb bemerkenswert, weil im Schlusskapitel des Buches darauf hingewiesen wird, dass die Salzburger Institutsgruppe, die nach Carusos Tod um den Fortbestand des Unterrichts in Psychoanalyse an der Salzburger Universität kämpfte und nach der Vertreibung der Freud'schen Lehre aus der Universität diesen Kampf außeruniversitär fortsetzte, bei der erwähnten Protestaktion gegen Heinrich Gross, »gemeinsam mit der Kritischen Medizin Wien, am 20. Jänner 1979 zum erstenmal [sic] an die Öffentlichkeit« getreten war (ebd.: 294).

Wie war so etwas möglich? Wie war es möglich, dass innerhalb dieser Gruppe, die sich von ihren Anfängen an vor allem auch mit kritischen Aspekten der Geschichte von Psychologie und Psychoanalyse befasst hat (und selbstkritisch mit ihrer Bindung an den Helden Caruso), die Beichte des eigenen Lehrers einfach überhört werden konnte? Karl Fallend, der im Sommersemester 1979 in Salzburg zu studieren begonnen hatte, hat eben dieser Frage einen bemerkenswerten Aufsatz gewidmet (Fallend 2011). Ausgehend von Freuds Beschreibung der Abwehrform der »Absperrung« – »das habe ich eigentlich immer gewusst, nur nicht daran gedacht« (Freud 1914: 127–128) –, zeigt Fallend am *eigenen* Beispiel, wie die Idealisierung des Über-Vaters das eigene Denken hemmt und Mythenbildungen anstößt – und wie wenig gerade auch kritische Geister davor sicher sind, sich – um sich schmerzliche Einsichten, Kränkungen zu ersparen – die Geschichte so zurecht zu fantasieren, bis sie eben passt, und zwar nicht nur zu den eigenen, sondern auch zu den Wünschen und Bedürfnissen der Gruppe, der man sich zugehörig fühlt.

7.

Versuchen wir ein erstes Zwischenresümee: An Auseinandersetzungen über Psychoanalyse und Geschichtswissenschaften im Nationalsozialismus zeigt sich, wie sehr »persönliche« Motive – die affektive Bindung zwischen SchülerInnen und LehrerInnen, die Sehnsucht der SchülerInnen nach idealen LehrerInnen – einer »Bewältigung« von Geschichte entgegenstehen: Enge affektive Beteiligung erzeugt Denkhemmungen, kollektive Denkhemmungen erzeugen Mythen. Und dennoch: In all den erörterten Beispielen wirkt doch auch dieses Ringen um Aufklärung, dieses Ringen um die Zerschlagung liebgewordener Legenden aus einem Gefühl der moralischen Ver-

Arbeit annehmen, die andere Psychologen scheuten. Soweit ich weiß, war ja damals am Spiegelgrund das Euthanasieprogramm schon am Werk« (Parth 1988: 105).

antwortung heraus; diejenigen, die sich heute ernsthaft mit der Zeitgeschichte ihres Faches befassen, tun das im Bewusstsein, dass wissenschaftliche Forschung seit je her verwundbar war und immer noch verwundbar ist in ihrer Anfälligkeit gegenüber den Verlockungen, sich mit Herrschaft und Macht zu assoziieren.

Das Gegenstück zu diesen Reaktionsweisen ist Indifferenz. Als derart indifferent muss jedenfalls der Umgang der Psychologie mit ihrer Rolle im Nationalsozialismus erscheinen. Dass die NS-Herrschaft, wie aus den Arbeiten von Ulfried Geuter (Geuter 1984a) hervorgeht, für das Fach, vor allem was seine praktische Ausrichtung betraf, einen gewaltigen Aufschwung bedeutet hat, stieß in den 1980er- und 1990er-Jahren in der Scientific Community auf wenig Beachtung. Warum, fragen wir, warum diese Aufregung und dieses Engagement in anderen Disziplinen, warum anderswo, warum nicht auch in der Psychologie?

Auf den ersten Blick scheint die Antwort darauf einfach zu sein: Im sogenannten Methodenstreit der deutschen Psychologie in den 1950er- und frühen 1960er-Jahren (vgl. Métraux 1985) stand zunächst auf dem Gebiet der Persönlichkeitspsychologie die Frage nach dem wissenschaftlich adäquaten Zugang zur empirischen Erfassung und theoretischen Erklärung individueller Differenzen zur Debatte: US-amerikanische Paper-and-Pencil-Testverfahren und faktorenanalytische Persönlichkeitsmodelle versus Ausdruckspsychologie und Charakterkunde, wie sie in der Offiziersauslese im Rahmen der deutschen Wehrmachtpsychologie entwickelt worden waren. Für die Nachkriegsgeschichte der westdeutschen Psychologie bezeichnend ist zunächst, dass das Fach bis weit in die 1950er-Jahre hinein durch eine nahezu ungebrochene personelle und fachliche Kontinuität über die Zäsuren von 1933 und 1945 hinweg gekennzeichnet war. Die sogenannte Amerikanisierung der deutschen Psychologie ging dann in Folge des Ausscheidens der alten Professoren-Generation rasch vonstatten. Es war eine neue, junge, zum großen Teil auch schon über US-Studienaufenthalte geprägte Generation von PsychologInnen, die das Fach im Zuge der einsetzenden allgemeinen Expansion des staatlichen Hochschulwesens an den Standards der mittlerweile in den USA entwickelten Forschungsweisen neu orientierte. Im Selbstverständnis der AkteurInnen an den Universitäten wurde dieser Wechsel als Bruch erlebt. Mit der spezifisch deutschen Tradition wollte man nichts mehr zu tun haben – im Übrigen auch nicht mit jenen Teilen der Tradition, die von den Nationalsozialisten zuvor vertrieben worden waren.

Es war in diesem Kontext – also schon sehr früh, zu Beginn der 1960er-Jahre –, in dem das Verhältnis von Wissenschaft und politischer Ideologie in der NS-Zeit in der Psychologie zum Thema wurde (vgl. dazu ausführlich Geuter 1980): In einer mit *Amerikanische und deutsche Psychologie* überschriebenen Rezension hat Ferdinand Merz am Beispiel der Leipziger Schule der Ganzheitspsychologie auf die seiner Meinung nach fatale Vermengung von Wissenschaft und Weltanschauung in Hitler-Deutschland hingewiesen (Merz 1960). Die Grundthese seines Artikels war denkbar einfach: Mit seinem Angriff auf die Ganzheitspsychologie wollte Merz, der sich 1960 in Würzburg habilitierte, ein streng an den Naturwissenschaften ausgerichtetes, experimentelles Forschungsparadigma propagieren: Naturwissenschaftliche Psychologie

sei mit jeder Art von Weltanschauung, also auch mit der NS-Ideologie unvereinbar. Zur Verteidigung der deutschen Tradition gegen den »alleinseligmachenden Positivismus« (Wellek 1960: 181) sprang für die ältere Generation der Krüger-SchülerInnen Albert Wellek in die Bresche. Wellek hatte sich von den frühen 1950er-Jahren an als Hüter und Wortführer der deutschen Tradition der Charakterforschung gegen die drohende Amerikanisierung der Persönlichkeitspsychologie profiliert und behauptet. Die Auseinandersetzung zwischen dem Habilitanden aus Würzburg und dem Professor aus Mainz überschattete schließlich auch den im Sommer 1960 in Bonn stattfindenden XVI. Internationalen Kongress für Psychologie, an dem das erste Mal nach Kriegsende emigrierte PsychologInnen mit in Hitler-Deutschland verbliebenen zusammentreffen sollten. Friedrich Sander, Ordinarius in Bonn, musste wegen seiner von Merz bekannt gemachten pro-nazistischen Äußerungen als Leiter des Organisationskomitees zurücktreten; Hubert Rohrer wurde an seiner Stelle zum Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Psychologie, Wolfgang Metzger zum Präsidenten, der greise, zuvor von den Nationalsozialisten inhaftierte und dann vertriebene Karl Bühler zum Ehrenpräsidenten des Kongresses ernannt.

Ulfried Geuter hat von institutionellen und professionellen Schranken der Nachkriegsauseinandersetzungen über die Psychologie im Nationalsozialismus gesprochen (Geuter 1980): Zu Beginn der 1960er-Jahre war diese Auseinandersetzung nichts anderes als bloß ein Nebenschauplatz des Methodenstreits: Nicht Aufarbeitung der Zeitgeschichte, sondern die Instrumentalisierung historischer Argumente für wissenschaftspolitische Zwecke stand im Mittelpunkt. Entsprechend hat die Merz-Wellek-Debatte, nachdem der Methodenstreit zugunsten der von der jungen Generation vertretenen »Amerikanisierung« entschieden war, im Fach niemanden mehr interessiert.

8.

Die Formel »Amerikanisierung« suggeriert Diskontinuität infolge einer grundsätzlichen Re-Orientierung der deutschen Psychologie. Aber stimmt das überhaupt? Forschungsarbeiten aus der Soziologie mahnen zur Vorsicht vor allzu groben Vereinfachungen. In zahlreichen Arbeiten hat z. B. Klingemann¹⁰ gezeigt, dass die Rede von der Modernisierung der deutschen Nachkriegssoziologie infolge ihrer »Amerikanisierung« nicht den Tatsachen entspricht: Die Hinwendung zu einer empirisch fundierten Sozialforschung nach 1945 sei nämlich zu einem großen Teil von FachsoziologInnen geleistet worden, die ihr Handwerk bereits während der NS-Zeit »insbesondere in der Raumordnungs-, Agrar-, Siedlungs- und Bevölkerungspolitik, aber auch in der Arbeits- und Wirtschaftspolitik« (Klingemann 2014: 480) gelernt und ausgeübt hatten.

10 | Eine geraffte Zusammenfassung findet sich in Klingemann 2014.

Dass es in ebendiesem Bereich Berührungspunkte zwischen Soziologie und Psychologie gegeben hat, ist bislang noch wenig untersucht worden. Nach der rassistisch motivierten Entlassung von Karl Bühler war mit Rechtswirksamkeit vom 1. April 1939 Gunther Ipsen als sein Nachfolger von Königsberg nach Wien berufen und zum Direktor des Wiener Psychologischen Instituts ernannt worden. Ipsen durfte seinen Königsberger Assistenten, Werner Conze, mit nach Wien nehmen. Im Dezember 1940 konnte Conze – inzwischen, wie zuvor schon Ipsen, zum Kriegsdienst eingezogen – aufgrund seiner Schrift *Agrarverfassung und Bevölkerung im Gebiet des alten Großfürstentums Litauen* an der Universität Wien den Titel Dr. phil. habil. erlangen. Bereits ein Jahr zuvor war mit Helmut Haufe ein weiterer, bereits habilitierter Osteuropaforscher aus dem Königsberger Netzwerk nach Wien geholt worden. Was Ipsen damals plante, war der Aufbau eines großen Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung, in dessen Rahmen er und seine MitarbeiterInnen eine als Bevölkerungswissenschaft verstandene praktische Soziologie betreiben wollten.

Weil Ipsen infolge des Kriegsdienstes seine Lehrtätigkeit an der Universität Wien nie aufnehmen konnte, kam dieses Unternehmen über das Planungsstadium nicht hinaus. Die vertretungsweise Leitung des Psychologischen Instituts hatte Ipsen zunächst an Arnold Gehlen übergeben, den er noch von Königsberg nach Wien auf eine Professur für Philosophie geholt hatte (vgl. Benetka 1992: 48–52). Nachdem auch Gehlen eingezogen worden war, wurde der Institutsbetrieb von den beiden verbliebenen InstitutsassistentInnen, Norbert Thumb und Sylvia Klimpfinger, weitergeführt. Beide arbeiteten damals auch für die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt. Von Dezember 1940 an leitete Klimpfinger¹¹ ein Forschungsprojekt, in dessen Rahmen in einem Umsiedlungslager in der Nähe von Wien nicht nur die Anwendbarkeit der Wiener Kleinkindertests an Kindern von bessarabiendeutschen »Rückwanderern«¹² untersucht, sondern auch verschiedene soziographische Studien durchgeführt werden sollten. Aus den engen Kontakten zur SS ergaben sich weitere Projektideen: Nachdem sich ein Mitarbeiter Klimpfingers zu einer SS-Dienststelle in Łódź versetzen hatte lassen, wollte man die bereits in der Umgebung von Wien psychologisch erfassten Menschen beim Prozess ihrer Ansiedlung in neuen Dorfgemeinschaften im sogenannten Warthegau weiter verfolgen. Am 26. Jänner 1941 stattete der Psychologie-Student und SS-Mann Leopold Böckl in erstaunlich selbstbewusstem Tone seiner Lehrerin einen ersten Bericht ab:

»Ich würde mich hier dafür interessieren, wo der Gutteil der von uns schon bearbeiteten Leute angesiedelt wird, und würde einstweilen das in Aussicht genommene Dorf in Hinblick auf seine Lage, seine stattgefundene Besiedlung mit anderen Volksdeutschen und seine sonstigen landwirtschaftlichen und kulturellen Möglichkeiten aufnehmen. Das würde eine brauchbare Vorarbeit für eine Weiterbeobachtung der Leute im neuen Heimatmilieu sein. Denn darüber werden Sie, Frau Doktor, sich wohl im Klaren sein, dass mit einer Sozio-

11 | Zur Biographie vgl. Benetka 2015.

12 | Zur Geschichte der »Bessarabien-Deutschen« vgl. z. B. Schmidt 2004.

graphie dieser Gemeinschaft lediglich während der Durchgangslagerzeit nichts vollständig Abgeschlossenes hingestellt wird. Eine Abstellung von Mitarbeitern an dieser umfassenden Arbeit hierher nach dem künftigen Lebensraum dieser Menschen muss also von Seiten des Psych. Instituts auf jeden Fall ins Auge gefasst werden.« (Zitiert nach: Benetka 1992: 64)

Aus den vorliegenden Unterlagen ist zu schließen, dass dieser Plan zu einem soziographischen Versuch – trotz der Kooperationsbereitschaft und des Interesses der SS – ohne konkrete Folgen blieb. Unklar ist, was aus den TeilnehmerInnen der Forschungsgruppe geworden ist. Im Rahmen eines aktuellen Forschungsprojekts¹³ wird versucht, ihre Biographien zu recherchieren. Mag sein, dass man dabei auch auf für die Geschichte der Soziologie relevante personelle Kontinuitäten stößt.

9.

Für Psychologie und Soziologie im Nationalsozialismus gilt gleichermaßen, dass für die AbsolventInnen einschlägiger Studien im Vergleich zu vor 1933 mehr und schließlich auch völlig neue Berufsmöglichkeiten offenstanden. Die Beziehungen zwischen Soziologie als wissenschaftliche und später auch universitäre Disziplin und der praktischen Anwendung von soziologischem Wissen stellt sich aber historisch vermutlich doch anders dar als das Verhältnis von wissenschaftlicher und praktischer Psychologie. Im deutschen Sprachraum war die Psychologie am Ausgang des 19. Jahrhunderts zunächst nichts als ein kleines und dort nicht einmal wohlgeleitenes Teilgebiet der philosophischen Erkenntnistheorie. Eine praktische Ausrichtung ergab sich ihr erst im Krieg: Im Ersten Weltkrieg »bewährte« sie sich als »Psychotechnik« bei der Auswahl von Spezialisten im Militär. Auch wenn in Deutschland in den 1920er-Jahren die Anwendung mittlerweile weiterentwickelter Formen psychotechnischer Eignungsprüfungen in der Industrie boomte, ein psychologisches Berufsfeld ist daraus nicht entstanden. Während die Psychotechnik ihre Entwicklung dem Umstand verdankte, dass Psychologen sich im Felde nützlich machten, indem sie ihre experimentelle Wahrnehmungspsychologie für Sinnesprüfungen bei Kraftfahrern, Richtungshörern, Flugzeugpiloten etc. zu nutzen begannen, konnte man bei der Führungskräfteauswahl in der Reichswehr und später dann Wehrmacht auf keine gleichermaßen universitär etablierten Wissensbestände zurückgreifen. Alle diese Methoden zur Prüfung von Willensstärke und sonstigen Führungsqualitäten mussten gleichsam aus der Praxis selbst heraus erfunden und entwickelt werden. Dieser Grundzug ist der Psychologie bis heute erhalten geblieben: Giovanni Jervis, ein früherer Mitarbeiter Franco Basaglias in der italienischen Psychiatriereform¹⁴, hat völlig zu

13 | Siehe Anmerkung 1.

14 | Die italienische Psychiatriereform ist untrennbar mit der Person des Psychiaters Franco Basaglia (1924–1980) verknüpft. Basaglia und seine MitstreiterInnen setzten 1978 gesetzliche Maßnahmen zur schrittweisen Aufhebung psychiatrischer Anhalteliniken durch.

Recht von der Existenz zweier verschiedener Psychologien gesprochen: einer experimentell (d. h. letztlich an der Arbeitsweise der Naturwissenschaften) ausgerichteten »Grundlagenforschung« und einem eher pragmatisch orientierten Bereich der »angewandten Psychologie« (Jervis 1999).¹⁵ Wenn wir in der Psychologie also nach fachlichen Kontinuitäten fragen, sollten wir beide Ebenen gleichzeitig im Blick behalten: die Ebene der wissenschaftlichen Produktion an den Universitäten und die Ebene des Gebrauchs psychologischen Wissens in der alltäglichen beruflichen Praxis.

Fachlich-berufliche Kontinuität finden wir z. B. im Bereich der Kinder- und Jugendwohlfahrt. Benetka sowie dann Rudolph und Benetka haben ausführlich gezeigt, wie im »Roten Wien« die entstehende Entwicklungspsychologie in die Lösung praktischer fürsorglicher Probleme eingebunden war (Benetka 1995; Rudolph und Benetka 2007a; 2007b). Die Wiener *Kleinkindertests* (Bühler und Hetzer 1932) waren in diesem Kontext entstanden. Nach 1933 wurde gerade auch von einer der beiden Testautorinnen – von Hildegard Hetzer – auf die Brauchbarkeit des Entwicklungsprüfverfahrens im Zusammenhang mit der Durchführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses hingewiesen (Benetka 1997). Eine späte Schülerin von Charlotte Bühler – Edeltrud Baar – führte dann von 1939 an bis Kriegsende, ohne von irgendjemandem dazu beauftragt worden zu sein, Tausende von Testuntersuchungen an von PflegerInnen als irgendwie verhaltensauffällig benannten Kindern in verschiedenen Wiener Kinderheimen durch; Kinder mit schlechtem Testbefund überwies sich Baar an die städtische Kinder-Beobachtungsstation, die auf dem Gelände der Erziehungsanstalt Am Spiegelgrund, und zwar in den als Kinderfachabteilung geführten Pavillons 15 und 17, untergebracht war (Rudolph 2008).

Die Einbindung der Psychologie in den organisierten NS-Kindermord war, wie aus den Arbeiten von Götz Aly zu erschließen ist, von den wissenschaftlichen und administrativen Verantwortlichen offenbar von Anfang¹⁶ an geplant gewesen (Aly 2013). Die Tätigkeit von PsychologInnen in der Tötungsanstalt Brandenburg-Görden, der ersten Fachabteilung, die im Rahmen der sogenannten Kinder-Euthanasie eingerichtet worden war, ist bislang noch nicht systematisch untersucht worden. Gut untersucht ist hingegen der Einsatz psychologischer Gutachten im Kontext der Kinderfachabteilung Am Spiegelgrund (Rudolph 2008; Benetka und Rudolph 2008). Psychologische Gutachten wurden von MedizinerInnen angefordert, wenn die Untersuchung eines auffälligen Kindes ohne neurologischen Befund blieb. Die »Freigabe« zur Tötung wollte schließlich auch in solchem Fall wissenschaftlich legitimiert sein: Anstelle einer

15 | Freilich hat es Rückwirkungen gegeben. Als 1941 die Diplomprüfungsordnung für Psychologie erlassen wurde, lehrten z. B. an beinahe allen Universitätsinstituten Wehrmachtspychologen, einigen von ihnen gelang es auch, sich zu habilitieren. Als Beispiel sei hier Martin Keilhacker angeführt, der 1942 an der Universität Wien zum apl. Prof. ernannt wurde. Zur Biographie Keilhackers vgl. Allolio-Näcke 2015.

16 | Mit den organisatorischen Vorbereitungen zur sogenannten Kinder-Euthanasie wurde im Februar 1939 begonnen. Zur Organisation des NS-Massenmords an behinderten Menschen vgl. das mittlerweile in einer überarbeiteten zweiten Auflage erschienene Standardwerk von Klee 2010.

medizinischen Begründung stand dann eine Zahl: ein niedriger Entwicklungsquotient. Rudolph (2008) hat noch eine andere Art der Einbeziehung von psychologischen Gutachten nachgewiesen:¹⁷ Wenn die leitenden MedizinerInnen über einen besonders interessanten Fall publizieren wollten, »bestellten« sie noch vor der von ihnen verfügbaren Ermordung des Kindes entsprechend aufbereitete Hirnschnitte – und ließen zur Sicherung ihrer Datenbasis eben auch psychologische Testungen durchführen.

10.

Den damaligen Erkenntnisstand resümierend, konnte Geuter 1982 anlässlich seines Kongressvortrags vor der Deutschen Gesellschaft für Psychologie noch feststellen, dass »bestimmte moralische Fragen, die Mediziner und Juristen an ihren Berufsstand richten mögen, in der Psychologie nicht anstehen« würden (Geuter 1983: 104–105). Nach unserem heutigen Wissen ist diese Feststellung nicht mehr zu halten: Auch PsychologInnen waren während der NS-Zeit unmittelbar an Verbrechen gegen die Menschheit beteiligt. Der Psychologie als Berufsfeld ist daraus nach 1945 nicht nur kein Schaden entstanden,¹⁸ sondern im Gegenteil – sie hat von dieser Einbindung in verbrecherische Zusammenhänge sogar nachhaltig profitiert. Indem nämlich Kinder-PsychologInnen in der Differentialdiagnose von »angeborenem« und »erworbenem Schwachsinn«, von »angeborener« und »erworbener Dissozialität« ihre Nützlichkeit in der Kooperation mit MedizinerInnen in klinischen Kontexten während der NS-Zeit und damit die eigenständige Bedeutung ihrer psychologischen Untersuchungsmethoden unter Beweis stellten, sicherten sie sich – über die Zeit nach 1945 hinaus – auch das Monopol auf die Handhabung ihrer psychologischer Testverfahren.

Heutige PsychologInnen scheint dieser Sachverhalt wenig zu bekümmern. Die voranstehenden Überlegungen über die Verhältnisse in anderen Fächern vermögen diese Indifferenz nicht wirklich zu erklären: Sicher beförderte die Koinzidenz von Methodenstreit und Generationenwechsel an den Universitäten die Haltung, dass die moderne westliche Psychologie der neuen Generation mit der deutschen Psychologie der alten nichts zu tun hätte. Trotz dieser in praktischen Zusammenhängen nicht zu übersehenden Kontinuität: Bis in die 1970er-Jahre hinein waren die Wiener Kleinkindertests in ihrer ursprünglichen Form das im deutschen Sprachraum meist verwendete Entwicklungsprüfverfahren. Mitte der 1990er-Jahre wurden sie den heutigen Regeln der Testpsychologie gemäß statistisch standardisiert (Kastner-Koller und Deimann 1998). Historisch betrachtet stellt das Wiener Testsystem letztlich nichts

17 | Zur Einbindung der Psychologie in medizinische Forschungsvorhaben vgl. auch Aly 1997; 2013.

18 | So war die öffentliche Kinder- und Jugendwohlfahrt einer jener sozialen Bereiche, in denen die Psychologie nach 1945 sehr früh wieder als Berufsfeld Fuß fassen konnte; zudem bildete die frühe Anwendung der Reihe für das 6. Lebensjahr im Kindertest als »Schulreifetest« (Schenk-Danziger 1933) in Wien von 1948 an die Grundlage für die Institutionalisierung der Schulpsychologie im Pflichtschulwesen.

anderes als eine Adaptierung des ursprünglich von Alfred Binet und Théodore Simon für Schulkinder entwickelten Staffelsystems zur Intelligenzprüfung dar. Die Rezeption dieses frühen Verfahrens in den USA im Rahmen eugenischer Diskurse ist seit vielen Jahrzehnten gut bekannt (Gould 1981). Es war diese Bewährung der Intelligenzprüfung zur Identifizierung von »moralisch Schwachsinnigen«, die ihren Einsatz im Kontext der deutschsprachigen Psychiatrie schon in den Jahren vor der NS-Zeit geprägt hat. Später wurden sprachfreie Intelligenzprüfungen auch an kriegsgefangenen Zwangsarbeitern durch das der Deutschen Arbeitsfront zugehörige Institut für Arbeitspsychologie und Arbeitspädagogik durchgeführt (Geuter 1984a: 297–299).

Seit Jahrzehnten erzählen Psychologie-ProfessorInnen an Universitäten ihren Studierenden über das Phänomen der sensorischen Deprivation. Die wenigsten wissen, dass Donald Hebb die Folgen von zeitlich lang andauerndem Reizentzug in Zusammenarbeit mit dem kanadischen Verteidigungsministerium »entdeckt« hat (Mausfeld 2009: 232). Warum diese Unkenntnis gegenüber den sozialen Umständen, in denen psychologisches Wissen entsteht? Es bleibt wohl nichts anderes übrig, als die Gründe dafür in der gegenwärtigen Verfasstheit des Faches an den Universitäten zu suchen. Auffallend ist, wie sehr hier der Unterricht immer noch von diesem geradezu ängstlichen Festhalten an einem von den PsychologInnen selbst am vermeintlichen Vorbild der Naturwissenschaften abgelesenen Ideal der »Objektivität« durchdrungen ist. Wissenschaftliche PsychologInnen haben *sine ira et studio* festzustellen, was eben festzustellen ist. Weitgehend ausgeblendet bleibt, dass diese Feststellungen selbst soziale Realität herstellen. Diese offenbar PsychologInnen eigene »Déformation professionnelle«, diese Blindheit für das Soziale, für den Umstand, dass das Fach nicht außerhalb, sondern Teil sozialer Praxis ist, bedingt ihre historische Unbekümmertheit – und vor allem auch ihre Anfälligkeit, sich völlig unreflektiert fremdbestimmten Zwecken in den Dienst zu stellen. Die folgende Geschichte liest sich wie ein Lehrstück (Benetka und Rudolph 2008: 38): Als Edeltrud Baar 1948 psychologische Untersuchungen im Zentralkinderheim der Stadt Wien durchführte, zeigten sich bei vielen Kindern Entwicklungsrückstände. Hatten solche Ergebnisse bei Baar vor 1945 noch den Verdacht auf »erheblichen Grad von Schwachsinn« begründet und zur Überstellung der betroffenen Kinder in die nationalsozialistische Tötungsmaschinerie geführt, so galten ihr dieselben Rückstände – die fachlichen und ethischen Standards wissenschaftlicher Beurteilung hatten sich mittlerweile geändert – nun als Effekte der Hospitalisierung. Als Mitarbeiterinnen des Zentralkinderheims Baar als ehemalige Spiegelgrund-Psychologin entlarvt, wurde im Herbst 1949 von der Gemeinde Wien ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Baars Rechtsbeistand machte im Zuge dieses Verfahrens deutlich, dass der Psychologin eigentlich nichts vorzuwerfen sei: Die Gutachterin misst, was zu messen ist; sie hält bloß Tatsachen fest: Entwicklungsrückstände eben, wenn Entwicklungsrückstände vorliegen. Eine Verantwortung für die Konsequenzen, die sich daraus für die Betroffenen ergeben, liegt außerhalb der Zuständigkeit ihrer Wissenschaft – und ist ihr daher auch nicht anzulasten. Dem wusste niemand etwas zu entgegen. Anfang März 1950 hob das Jugendamt der Stadt Wien Baars Suspendierung auf; nur eine Woche später wurde sie als Gemeindebedienstete pragmatisiert.

Literatur

- Allolio-Näcke, Lars (2015): »Keilhacker, Martin«, in: Wolfradt, Uwe, Billmann-Mahecha, Elfriede und Stock, Armin (Hrsg.), *Deutschsprachige Psychologinnen und Psychologen 1933–1945. Ein Personenlexikon*, Wiesbaden: Springer, S. 232–233.
- Aly, Götz (1997): *Macht, Geist, Wahn – Kontinuitäten deutschen Denkens*, Frankfurt am Main: Fischer.
- Aly, Götz (2013): *Die Belasteten. »Euthanasie« 1939–1945. Eine Gesellschaftsgeschichte*, Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Aly, Götz und Heim, Susanne (1991): *Vordenker der Vernichtung. Ausschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Frankfurt am Main: Fischer.
- Benetka, Gerhard (1992): »Dienstbare Psychologie: Besetzungspolitik, Arbeitsschwerpunkte und Studienbedingungen in der ›Ostmark‹«, in: *Psychologie & Gesellschaftskritik*, 16. Jahrgang, Heft 61, S. 43–81.
- Benetka, Gerhard (1995): *Psychologie in Wien. Sozial- und Theoriegeschichte des Wiener Psychologischen Instituts 1922–1938*, Wien: WUV.
- Benetka, Gerhard (1997): »Im Gefolge der Katastrophe ...« Psychologie im Nationalsozialismus«, in: Mecheril, Paul und Teo, Thomas (Hrsg.), *Psychologie und Rassismus*, Reinbek: Rowohlt, S. 42–72.
- Benetka, Gerhard (2004): »Die ›Internationalisierung‹ der Wiener Psychologie nach 1945«, in: *Psychologie in Österreich*, 24. Jahrgang, Heft 1, S. 1–5.
- Benetka, Gerhard (2015): »Bayr-Klimpfinger, Sylvia«, in: Wolfradt, Uwe, Billmann-Mahecha, Elfriede und Stock, Armin (Hrsg.), *Deutschsprachige Psychologinnen und Psychologen 1933–1945. Ein Personenlexikon*, Wiesbaden: Springer, S. 22–23.
- Benetka, Gerhard (2017): *Die Psychoanalyse der Schüler um Freud. Entwicklungen und Richtungen*, Wiesbaden: Springer. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-531-94325-1>.
- Benetka, Gerhard und Rudolph, Clarissa (2008): »Selbstverständlich ist vieles damals geschehen...« Igor A. Caruso *Am Spiegelgrund*«, in: *Werkblatt – Zeitschrift für Psychoanalyse und Gesellschaftskritik*, 25. Jahrgang, Heft 60, S. 5–45.
- Bühler, Charlotte und Hetzer, Hildegard (1932): *Kleinkindertests. Entwicklungstests für das erste bis sechste Lebensjahr*, Leipzig: Hirzel.
- Caruso, Igor A. (1988): »Ein autobiographisches Interview«, in: *texte. psychoanalyse. ästhetik. kulturkritik*, 8. Jahrgang, Heft 1, S. 142–147.
- Chasseguet-Smirgel, Janine (1987): »Überlegungen zum Hamburger Kongress«, in: *Jahrbuch der Psychoanalyse*, 20. Jahrgang, S. 89–113.
- Christ, Michaela und Suderland, Maja (Hrsg.) (2014): *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Dahmer, Helmut (1983): »Kapitulation vor der ›Weltanschauung‹. Zu einem Aufsatz von Carl Müller-Braunschweig aus dem Herbst 1933«, in: *Psyche*, 37. Jahrgang, Heft 12, S. 1116–1135.
- Dahmer, Helmut (1989): »Zur aktuellen Debatte um die Psychoanalyse im ›Dritten Reich‹«, in: Fallend, Karl, Handlbauer, Bernhard und Kienreich, Werner (Hrsg.),

- Der Einmarsch in die Psyche. Psychoanalyse, Psychologie und Psychiatrie im Nationalsozialismus und die Folgen*, Wien: Junius, S. 99–110.
- Dahmer, Helmut (2017): »Schuld, Scham und Abwehr. Ein DPG-DPV-Trauerspiel in drei Akten«, in: *Werkblatt – Zeitschrift für Psychoanalyse und Gesellschaftskritik*, 34. Jahrgang, Heft 79, S. 5–44.
- Ehebal, Ulrich (1984): »Offener Brief«, in: Redaktion der Zeitschrift Psyche (Hrsg.), *Psychoanalyse unter Hitler. Dokumentation einer Kontroverse*, Frankfurt am Main: Masch, S. 4–6.
- Eickhoff, Friedrich-Wilhelm (2016): »Zum Panel über die sogenannte Ehebal/Dahmer-Debatte auf der Frühjahrstagung der DPV in Stuttgart 2016«, in: Albert, Gebhard et al. (Hrsg.), *Scham und Schamlosigkeit. Frühjahrstagung 2016 Deutsche Psychoanalytische Vereinigung*, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 319–330.
- Fallend, Karl (2011): »Carusos Erben«. Reflexionen in einer erhitzten Auseinandersetzung«, in: Fallend, Karl (Hrsg.), *Unbewusste Zeitgeschichte. Psychoanalyse – Nationalsozialismus – Folgen*, Wien: Löcker, S. 190–208.
- Ferenczi, Sándor (1910): »Zur Organisation der psychoanalytischen Bewegung«, in: Ferenczi, Sándor (1970), *Schriften zur Psychoanalyse*, Band I, Frankfurt am Main: S. Fischer, S. 48–58.
- Frank-Rieser, Edith und Stöger, Peter (1988): »Fragwürdigkeiten: An Vergangenheitsbewältigung und Gegenwartsvermeidung«, in: *texte. psychoanalyse. ästhetik. kulturkritik*, 8. Jahrgang, Heft 1, S. 121–141.
- Freud, Sigmund (1909): »Der Familienroman der Neurotiker«, in: Freud, Sigmund (1999), *Gesammelte Werke*, Band VII, Frankfurt am Main: Fischer, S. 227–231.
- Freud, Sigmund (1914): »Erinnern, Wiederholen, Durcharbeiten. Weitere Ratschläge zur Technik der Psychoanalyse II«, in: Freud, Sigmund (1999), *Gesammelte Werke*, Band X, Frankfurt am Main: Fischer, S. 126–136.
- Freud, Sigmund und Ferenczi, Sándor (1993): *Briefwechsel*, Band I/1: 1908 bis 1911, Wien: Böhlau.
- Geuter, Ulfried (1979): »Der 13. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Psychologie 1933«, in: *Psychologie & Gesellschaftskritik*, 3. Jahrgang, Heft 12, S. 6–25.
- Geuter, Ulfried (1980): »Institutionelle und professionelle Schranken der Nachkriegsauseinandersetzungen über die Psychologie im Nationalsozialismus«, in: *Psychologie & Gesellschaftskritik*, 4. Jahrgang, Heft 13/14, S. 5–39.
- Geuter, Ulfried (1983): »Der Nationalsozialismus und die Entwicklung der deutschen Psychologie«, in: Lüer, Gerd (Hrsg.), *Bericht über den 33. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Psychologie in Mainz 1982*, Göttingen: Hogrefe, S. 99–106.
- Geuter, Ulfried (1984a): *Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Geuter, Ulfried (1984b): »Gleichschaltung« von oben? Universitätspolitische Strategien und Verhaltensweisen in der Psychologie während des Nationalsozialismus«, in: *Psychologische Rundschau*, 35. Jahrgang, Heft 4, S. 198–213.
- Gould, Stephen (1981): *The Mismeasure of Man*, New York: Norton.

- Institutgruppe Psychologie der Universität Salzburg (Hrsg.) (1984): *Jenseits der Couch. Psychoanalyse und Sozialkritik*, Frankfurt am Main: Fischer.
- Jaeger, Siegfried (1993): »Zur Widerständigkeit der Hochschullehrer zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft«, in: *Psychologie und Geschichte*, 4. Jahrgang, Heft 3–4, S. 219–228.
- Jervis, Giovanni (1999): *Grundfragen der Psychologie*, Berlin: Wagenbach.
- Kastner-Koller, Ursula und Deimann, Pia (1998): *Wiener Entwicklungstest. Ein Verfahren zur Erfassung des allgemeinen Entwicklungsstandes bei Kindern von 3 bis 6 Jahren*, Göttingen: Hogrefe.
- Klee, Ernst (2010): *»Euthanasie« im Dritten Reich. Die »Vernichtung lebensunwerten Lebens«*, Frankfurt am Main: Fischer.
- Klingemann, Carsten (1986): »Vergangenheitsbewältigung oder Geschichtsschreibung? Unerwünschte Traditionsbestände deutscher Soziologie zwischen 1933 und 1945«, in: Papcke, Sven (Hrsg.), *Ordnung und Theorie. Beiträge zur Geschichte der Soziologie in Deutschland*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 223–279.
- Klingemann, Carsten (2014): »Die Verweigerung der Analyse des Nationalsozialismus in der westdeutschen Soziologie. Zur Kontinuität empirischer Soziologie vor und nach dem Ende des NS-Regimes«, in: Christ, Michaela und Suderland, Maja (Hrsg.), *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 480–507.
- Lehmann, Oliver und Schmidt, Traudel (2001): *In den Fängen des Dr. Gross. Das miss-handelte Leben des Friedrich Zawrel*, Wien: Czernin.
- Lohmann, Hans-Martin (Hrsg.) (1984): *Psychoanalyse und Nationalsozialismus. Beiträge zur Bearbeitung eines unbewältigten Traumas*, Frankfurt am Main: Fischer.
- Mausfeld, Rainer (2009): »Psychologie, »weiße Folter« und die Verantwortlichkeit von Wissenschaftlern«, in: *Psychologische Rundschau*, 60. Jahrgang, Heft 4, S. 229–240. DOI: <https://doi.org/10.1026/0033-3042.60.4.229>.
- Merz, Ferdinand (1960): »Amerikanische und deutsche Psychologie«, in: *Psychologie und Praxis*, Jahrgang 1960, Heft 4, S. 78–91.
- Métraux, Alexandre (1985): »Der Methodenstreit und die Amerikanisierung der Psychologie in der Bundesrepublik 1950–1970«, in: Ash, Mitchell G. und Geuter, Ulfried (Hrsg.), *Geschichte der deutschen Psychologie im 20. Jahrhundert. Ein Überblick*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 225–251. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-322-89828-9_9.
- Metzger, Wolfgang (1979): »Gestaltpsychologie – ein Ärgernis für die Nazis«, in: *Psychologie heute*, 6. Jahrgang, Heft 3, S. 84–85.
- Müller-Braunschweig, Carl (1933): »Psychoanalyse und Weltanschauung«, *Reichs-wart*, 22. Oktober 1933, Wiederabdruck in: *Psyche*, 37. Jahrgang (1983), Heft 12, S. 1107–1115; sowie in: Lohmann, Hans-Martin (Hrsg.) (1984), *Psychoanalyse und Nationalsozialismus. Beiträge zur Bearbeitung eines unbewältigten Traumas*, Frankfurt am Main: Fischer, S. 109–112.

- Nitzschke, Bernd (2017): »Schamabwehr per Schuldzuweisung. Vom Umgang der Erben mit der Geschichte der Psychoanalyse im Nationalsozialismus«, in: *Werkblatt – Zeitschrift für Psychoanalyse und Gesellschaftskritik*, 34. Jahrgang, Heft 79, S. 47–90.
- Parth, Walter (1988): »Über die Ideengeschichte des ›Wiener Arbeitskreis für Tiefenpsychologie‹«, in: *texte. psychoanalyse. ästhetik. kulturkritik*, 8. Jahrgang, Heft 1, S. 103–119.
- Rank, Otto (1909): *Der Mythos von der Geburt des Helden. Versuch einer psychologischen Mythendeutung*, Leipzig: Deuticke.
- Richter, Holger (2001): *Die Operative Psychologie des Ministeriums für Staatssicherheit*, Frankfurt am Main: Mabuse.
- Rudolph, Clarissa (2008): *»Ich ersuche höflich um Anstellung als Kinderpsychologin in der Wiener städtischen Nervenklinik für Kinder...«. Zur Professionalisierung der Psychologie am Beispiel des Wiener Fürsorgewesens in der NS-Zeit*, Wien: Universität Wien (Dissertation).
- Rudolph, Clarissa und Benetka, Gerhard (2007a): »Kontinuität oder Bruch? Zur Geschichte der Intelligenzmessung im Wiener Fürsorgesystem vor und in der NS-Zeit«, in: Berger, Ernst (Hrsg.), *Verfolgte Kindheit. Kinder und Jugendliche als Opfer der NS-Sozialverwaltung*, Wien: Böhlau, S. 15–40.
- Rudolph, Clarissa und Benetka, Gerhard (2007b): »Zur Geschichte des Wiener Jugendamts«, in: Berger, Ernst (Hrsg.), *Verfolgte Kindheit. Kinder und Jugendliche als Opfer der NS-Sozialverwaltung*, Wien: Böhlau, S. 47–88.
- Schenk-Danziger, Lotte (1933): *Der Schulreifetest. Mit einer Untersuchung über die Ursache des Versagens im ersten Schuljahr*, Wien: Jugend & Volk.
- Schmidt, Ute (2004): *Die Deutschen aus Bessarabien: eine Minderheit aus Südosteuro-pa (1814 bis heute)*, Köln: Böhlau.
- Soeffner, Hans-Georg (2014): »Arbeit an Entlastungsmythen«, in: Christ, Michaela und Suderland, Maja (Hrsg.), *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 9–12.
- Stock, Armin (2015): »Bondy, Curt«, in: Wolfradt, Uwe, Billmann-Mahecha, Elfriede und Stock, Armin (Hrsg.), *Deutschsprachige Psychologinnen und Psychologen 1933–1945. Ein Personenlexikon*, Wiesbaden: Springer, S. 47–49.
- Vogt, Werner (1989): »Bruch oder Kontinuität. Medizin im und nach dem Nationalsozialismus«, in: Fallend, Karl, Handlbauer, Bernhard und Kienreich, Werner (Hrsg.), *Der Einmarsch in die Psyche. Psychoanalyse, Psychologie und Psychiatrie im Nationalsozialismus und die Folgen*, Wien: Junius, S. 189–204.
- Wellek, Albert (1960): »Deutsche Psychologie und Nationalsozialismus«, in: *Psychologie und Praxis*, Jahrgang 1960, Heft 4, S. 177–182.

»Deutsch-arische Gäste willkommen.« Zu Historikern und Historikerinnen und dem Nationalsozialismus in Österreich

Albert Müller

Vor rund 40 Jahren, 1979, war es – wenigstens in der österreichischen Provinz – noch am Rande des Skandals, sich mit dem Zusammenhang von Geschichtswissenschaften und Nationalsozialismus näher beschäftigen zu wollen. Zwar gab es in der Gruppe junger, am Mittelalter interessierter Personen, zu der ich an der Universität Graz im Seminar von Herwig Ebner gestoßen war, die allgemeine Aufforderung, den ideologischen Hintergrund von spezifischen Forschungsleistungen und Lehrmeinungen individuell in Betracht zu ziehen. Es unterblieben jedoch Versuche, das Fach, die Disziplin – in seiner deutschsprachigen Tradition – insgesamt, auf Beziehungen zum Nationalsozialismus hin zu untersuchen.

In dieser Gruppe interessierter Studierender entspann sich eine Auseinandersetzung über den in Hamburg tätigen österreichischen Historiker Otto Brunner, der in heute geradezu lächerlich anmutender Weise (weniger in Graz, denn in Wien und an deutschen Universitäten) nicht nur als ein Vertreter fortschrittlicher Strukturgeschichte galt (Brunner 1984), sondern auch als eine Art Papst einer damals als neu angesehenen Weise empirischen Arbeitens. Quellenpositivismus war dabei ein Stichwort, Begriffsgeschichte ein anderes. Als ich in dieser Seminargruppe davon berichtete, dass sich statt des Wortes »Strukturgeschichte« in einer vorher, 1942 erschienenen Ausgabe von *Land und Herrschaft* der Begriff »politische Volksgeschichte« fand (Brunner 1942), rief mein – offenkundig überraschter – Professor: »Zeigen Sie mir das!«. Ich brachte also jene Ausgabe in die nächste Stunde mit. Ebner zeigte sich noch einmal überrascht, war aber mit dem empirischen Beleg zufrieden. Er machte nun selbst in seinen Lehrveranstaltungen auf diesen Zusammenhang zwischen der »politischen Volksgeschichte« und der »Strukturgeschichte« aufmerksam. 40 Jahre später ist dies alles allgemein akzeptiertes Wissen (vgl. Kortüm 2014; 2018). Warum diese Sache hier also noch einmal erwähnt wird, hat den folgenden Grund: Während damals unter dem aufgeklärteren Teil der Historiker-Community bereits klar war, dass es Historiker als Exponenten des Nationalsozialismus gegeben hatte, blieb – aufgrund der Nachkriegsentwicklungen – zunächst unklar, in welchem Ausmaß die Involvie-

rung der Geschichtswissenschaften in die Instanzen der NS-Herrschaft erfolgt war. Die Studie Helmut Heibers über Walter Frank und das Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands war mehr oder weniger allgemein rezipiert (vgl. Heiber 1966). Der Name des Historikers Karl Alexander von Müller (vgl. Berg 2014) war jenen HistorikerInnen bekannt, die in ihrer Bibliothek die entsprechenden Bände der *Historischen Zeitschrift* (HZ) in die Hand genommen hatten.

Auch war bekannt, dass etwa jemand wie Heinrich von Srbik ein Nazi gewesen war und mit dessen »gesamtdentscher Geschichtsauffassung« nichts anderes betrieben wurde als die Förderung des »Anschlusses« des österreichischen Staates an Nazi-deutschland und die Preisgabe genau jener Republik, der Srbik wenigstens eine Zeit lang (ein knappes Jahr 1929/30) als Unterrichtsminister gedient hatte.

Im Falle anderer HistorikerInnen war dies zunächst nicht ganz so deutlich wie im Falle Srbiks, der immerhin 1945 aus seinen Positionen als Professor an der Wiener Universität und als Präsident der Akademie der Wissenschaften entfernt wurde, auch wenn Srbik in der Zweiten Republik seine relevante Anhängerschaft haben sollte, was jemand wie der Historiker Fritz Fellner (Fellner 2002) oder auch ein langjähriger Generalsekretär der Österreichischen Industriellenvereinigung freimütig einbekannten. Fritz Fellner hat nicht nur beschrieben, wie er sich während des Zweiten Weltkriegs Vorlesungsmitschriften Srbiks mit der Feldpost an die Front hatte zusenden lassen, sondern es hing an der Wand hinter seinem Salzburger Professorenschreibtisch eine Porträtfotografie Srbiks.

Im Jahr 1936 gab Srbik gemeinsam mit dem Germanisten Josef Nadler den Sammelband *Österreich. Erbe und Sendung im deutschen Raum* heraus (Nadler und Srbik 1936), an dem Autoren wie Wilhelm Bauer, Otto Brunner, Edmund Glaise von Horstenau, Hans Hirsch, Karl Lechner, Paul Müller, Taras von Borodajkewycz und andere, etwa aus dem Bereich der Kunstgeschichte Hans Sedlmayr, für die Musikwissenschaft Leopold Nowak und selbstverständlich Josef Nadler als Literaturhistoriker, mitwirkten. Mit diesem Werk leistete Srbik so wie die anderen Vertreter der Wiener Universität und der Archive – und so wie in anderen seiner Schriften – einen relevanten intellektuellen Beitrag zur Vorbereitung des »Anschlusses«, der dann in einer bekannten Rede Srbiks als Präsident der Akademie der Wissenschaften gefeiert werden sollte (Oberkofler 1983). Unter anderem bezeichnet darin Srbik das Jahr 1938 mit der Expansion der NS-Herrschaft nach Österreich und auf das Sudetenland als »Wendejahr der Weltgeschichte« und stellte die Akademie »ganz und gar in den Dienst des großdeutschen Volksstaates«. Srbik hielt in der Folge jährlich als Präsident eine feierliche Rede, die jedesmal ein Bekenntnis zum NS-Staat enthielt (Feichtinger, Matis, Sienell und Uhl 2013).

Die Geschichtswissenschaften verstanden sich als ideologisches Fach, das – damals fast ausschließlich im rechten politischen Feld situiert – seine gesellschaftlich-praktische Bedeutung in der Vorbereitung und Legitimierung der politischen Regime faschistischer und noch mehr nationalsozialistischer Prägung sah. In diesem Zusammenhang wurde der Begriff der Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft geprägt (Schöttler 1997).

Es bedurfte eines grundsätzlich neuen Blicks, um die Tiefe der Involvierung von Wissenschaften, nicht nur der Geschichtswissenschaften, der Beobachtung zugänglich zu machen (vgl. Aly und Heim 1993). Diese Sichtweise vermittelte nun nicht nur ein Bild von WissenschaftlerInnen, welche NS-Politik ideologisch unterstützten und absicherten, sondern betonte eine Rolle, die eine starke praktische Involvierung in die NS-Herrschaft – nicht zuletzt bei verschiedensten Planungsaufgaben – erkennen lässt (vgl. u. a. Fahlbusch, Haar und Pinwinkler 2017). Das Thema österreichische HistorikerInnen und Nationalsozialismus kann heute als relativ gut erforscht angesehen werden (vgl. Hruza 2008a; 2012; für Wien zusammenfassend Winkelbauer 2018). Es erscheint gut nachvollziehbar, wie sich die Affinität zum NS an den (Macht-) Zentren und Peripherien der Geschichtswissenschaften ausgebreitet hat. Wesentliche Voraussetzungen dafür bestanden in einem in der Berufsgruppe der HistorikerInnen verbreiteten Gegensatz zu demokratischen Strukturen, einer Feindschaft zum Sozialismus (oder was dafür gehalten wurde), einem seit langem verbreiteten – geradezu traditionellen – Deutschnationalismus und einer Neigung zu einer Bandbreite von »Reichs«-Ideen. All dies zusammen ließ den dominierenden Antisemitismus – entweder katholischer oder deutschnationaler Observanz – in der Berufsgruppe als mehr oder minder selbstverständlich erscheinen. Wer »deutsch-arische Gäste willkommen« heißt, wie es in einer Einladung des Akademischen Vereins deutscher Historiker in Wien für den 19. November 1920, unterzeichnet von Heinz Zatschek und Otto Brunner (Hruza 2008b: 778), hieß, dem sind alle anderen »nicht-arischen« eben nicht willkommen. Bemerkenswert ist aber, dass dieser Antisemitismus bereits relativ früh verfestigt war, nämlich seit dem Beginn der Ersten Republik (vgl. auch Olechowski, Ehs und Staudigl-Ciechowicz 2014: 67–77; Winkelbauer 2018: 150–227).

Eine zentrale Dimension war gewiss die Staatsnähe der Berufsgruppe: eine spezielle Nähe zum Arbeitgeber (welche nur manchmal eine kritische Perspektive eröffnete). Der Staat beschäftigte HistorikerInnen an seinen Universitäten, seinen wissenschaftlichen Einrichtungen, wie Archiven und Bibliotheken, und in noch viel größerer Zahl als LehrerInnen an seinen Schulen. Der Staat war der bei Weitem größte Arbeitgeber für HistorikerInnen; und zwar in genau jenen seiner Institutionen, welche die Systemwechsel von 1918/19, von 1933/34, von 1938 und von 1945 nahezu unverändert »überstanden« hatten (vgl. Enderle-Burcel 2013), auch wenn die Übergänge von partiellen »Säuberungen« begleitet sein konnten (Koll 2017).

In Teilen begann sich die starke Affinität zum Staat mit seinen diesen tragenden Eliten und mit der ihn dominierenden katholischen Kirche in eine Affinität zum Volk zu verwandeln. Nicht mehr die Herrscherfamilie, die Aristokratie, die hohe Geistlichkeit, die Diplomatie standen im Vordergrund des Interesses, sondern das »Reich« in idealer Weise tragende Volk. Brunners Formulierung von der »politischen Volksgeschichte«, die als Ausbildung eines »sozialgeschichtlichen Blicks« auf der Basis des modernisierten Historismus« gedeutet wurde (Ehmer und Müller 1989: 115), ist nur ein möglicher Ausdruck einer solchen Wende.

Jedenfalls vollzog sich der »Anschluss« für die meisten HistorikerInnen unproblematisch und wurde generell begrüßt. Der Historiker Albert Massiczek beschrieb ein-

drucksvoll die »Anschlussstage« an der Wiener Universität. Massiczek, der am Institut für Geschichtsforschung an seiner Institutsarbeit und seiner Dissertation arbeitete, war früh ein illegales SS-Mitglied gewesen. Die Situation des »Anschlusses« führte ihn dazu, sich in der Folge vom Nationalsozialismus ab- und einer oppositionellen Haltung zuzuwenden (Massiczek 1988; 1989).

Die Zeit unmittelbar nach dem »Anschluss« galt vielfältigen Reorganisationsarbeiten im Sinne der Eingliederung Österreichs und seiner Institutionen in das »Dritte Reich«. Im März 1938 wurden gleich zwei Historiker, der Leiter des Kriegsarchives Edmund Glaise-Horstenau und der Ur- und Frühgeschichtler Oswald Menghin, in das neue Kabinett Arthur Seyß-Inquarts berufen. Menghin trug als Unterrichtsminister die Hauptverantwortung an den »Säuberungen« der Universitäten (Müller 1997; Urban 2015).

Die Zustimmung zum »Anschluss« und zum Nationalsozialismus war nicht nur unter Wiener HistorikerInnen groß, sondern auch unter jenen der Universitätsstädte Graz und Innsbruck, dazu in den Landeshauptstädten, welche Sitz eines regionalen Landesarchivs waren (vgl. Generaldirektion des OeStA 2010).

Die individuelle Involvierung in die Institutionen der NS-Herrschaft war nun freilich ganz unterschiedlich ausgeprägt. Sie reichte von der schon erwähnten Übernahme von politischen Ämtern (Menghin, Glaise-Horstenau) über das Avancement in Behörden, Berufungen auf Professuren (Otto Brunner in Wien), der Ernennung zum Rektor (Harold Steinacker in Innsbruck, vgl. Spreitzer 2008), der Teilnahme an NS-Forschungseinrichtungen oder -programmen (SS-Ahnenerbe, Amt Rosenberg, Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft etc. – zu diesen und weiteren Organisationen vgl. Fahlbusch, Haar und Pinwinkler 2017) bis zu speziellen Einrichtungen der SS (Wilfried Krallert, vgl. Fahlbusch 2008).

Es stellt sich die Frage, ob eine derartig strikte Diagnose über die Staatsnähe der HistorikerInnen in vollem Ausmaß einer Generalisierung auch gerechtfertigt ist. Gab es nicht HistorikerInnen, die man von einer solchen Beschreibung ausnehmen muss? Allerdings, jedoch befanden sich diese fast immer in einer marginalisierten Position. Wir dürfen den Historiker Alfred Francis Přibram nennen, der in hohem Alter als Jude 1938 ins Exil nach England vertrieben wurde. Aber es mussten auch Jüngere fliehen: Friedrich Engel-Jánosi (vgl. Engel-Jánosi 1974) und noch Jüngere wie Gerhard Ladner (Ladner 1994). Bei diesen drei genannten Personen handelt es sich um einen Professor, der außerdem als für Wien zuständiger Referent für die Rockefeller Foundation tätig gewesen war (Fleck 2007), und zwei Privatdozenten der Universität Wien (Ladner war erst wenige Wochen vor dem »Anschluss« habilitiert worden). Auf verschiedenen hierarchischen Ebenen waren sie mit der Wiener Universität verbunden gewesen (vgl. insgesamt Fellner 2004).

Andere Marginalisierte befanden sich fern der Universität, so der Schriftsteller, Schauspieler und Historiker Egon Friedell, der eine immer noch inspirierende *Kulturgeschichte der Neuzeit* verfasst hatte. Friedell nahm sich das Leben, als im Zuge des »Anschlusses« SA-Leute seine Wohnung perlustrierten. Fern der Wiener Universität befand sich auch die Absolventin des Seminars von Alfons Dopsch, Lucie Varga/Rosa

Stern (vgl. Schöttler 1991; 2015). Als Exilierte in Paris wurde sie zur Mitarbeiterin der damals weltweit fortschrittlichsten Forschungsgruppe rund um Marc Bloch und Lucien Febvre und die Zeitschrift *Annales*. Auf der Flucht vor den Nazis verstarb sie an ihrer Diabetes-Erkrankung, welche nicht entsprechend behandelt werden konnte.

Als Beispiel erwähnt werden soll auch der Jurist und Schriftsteller Albert Fuchs, der sich im Exil in England mit Themen der österreichischen Geistes- und Kulturgeschichte beschäftigte (Weinzierl 1983). Der Ordensgeistliche Hugo Hantsch, gleichwohl Anhänger einer Reichsidee, wurde als Exponent des austrofaschistischen »Ständestaates« seiner Position an der Universität Graz beraubt, in einem Konzentrationslager inhaftiert und schließlich nach seiner Entlassung Anfang 1939 vom Benediktinerorden auf eine Pfarrersstelle im niederösterreichischen Ravelsbach entsandt (Holeschofsky 2012).

Marginalisierte, Außenseiter finden wir auch nach 1945: Einige wurden von den Institutionen gänzlich ferngehalten. Eva Priester, die im englischen Exil mit dem Verfassen einer Publikation zur österreichischen Geschichte begonnen hatte (vgl. Kolár 2010), erhielt eine scharf ablehnende Rezension in den *Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung*, geschrieben von Erich Zöllner (1949), der selbst gerade an einer *Geschichte Österreichs*, welche für lange Zeit den Buchmarkt dominieren sollte, schrieb. Zöllner kommentierte in Anmerkungen die Arbeit von Charles Gulick, das erste Werk zur Geschichte der Ersten Republik von Relevanz, als »linksorientiert, materialreich« (1962). Im Falle Zöllners stellt sich die Frage, ob hier ein akademisches Territorium verteidigt werden sollte, oder ob Antikommunismus und Antisozialismus die bestimmenden Hauptmotive bildeten.

Der große Teil der Historiker, ebenso wie einige Historikerinnen (Mathilde Uhlirz, Erna Patzelt, vgl. Kunde 2008; Schöttler 1991), befanden sich 1938 jedoch nicht im Status der Marginalisierten, sondern in der Zone des nationalsozialistischen Mainstreams, der sich in dieser Gruppe nicht selten als karrierefördernd auswirkte. Dieser Sachverhalt betraf Universitäten, Archive, Bibliotheken und weitere, teilweise neu gegründete Institutionen.

Es ist klar, dass jene österreichischen HistorikerInnen, die sich im Rahmen der vielfältig existierenden Möglichkeiten mit der NSDAP oder den Institutionen des NS-Regimes eingelassen hatten, sich jenen Prozessen der »Säuberung« zu stellen hatten, welche die Alliierten und auch die Instanzen der Zweiten Republik vorsahen (vgl. Stiefel 1981). Die Regeln waren hier, wie bekannt, nicht besonders streng, beziehungsweise wurden sie systematisch gelockert oder endeten schließlich in allgemeiner Amnes(t)ie. Es gab schließlich nur wenige Fälle von Entfernungen von Personen auf Dauer (vgl. Pfefferle und Pfefferle 2014; Goller und Oberkofler 2003). Der Verlust einer Professorenstelle betraf eine kleine, wohldefinierte Gruppe. Deutsche (»Reichsdeutsche«), die nach dem »Anschluss« berufen oder eingestellt worden waren, und jene Österreicher, die in der NS-Periode einen signifikanten Karrieresprung gemacht hatten, wurden (vorerst) ihrer Positionen enthoben. Es handelte sich dabei allerdings um rein formale Kriterien. Nur bedingt wurden – im Zuge der »Säuberungen« – politische und ideologische Kriterien genauer überprüft (Knoll 1986). Für Betroffene

konnte – vor allem auch mit der Hilfe der weiterbestehenden Akademie der Wissenschaften – ein individuell zugeschnittener Workaround gebaut werden (vgl. Müller 1997; Feichtinger, Matis, Sienell und Uhl 2013).

Existierende und funktionierende Netzwerke (vgl. Elvert 2016; für Österreich auch Huber 2017), die politische Systeme zu überdauern in der Lage waren – relativ problemlos, wie man in der Retrospektive konstatieren darf –, führten dazu, dass jene Hierarchien, durch die die Disziplin Geschichtswissenschaften insgesamt konstituiert wurde, im Wesentlichen überdauerten und nur wenig rekonfiguriert wurde. Das Beispiel des Mediävisten und Protagonisten der Landesgeschichte Theodor Mayer, der als Oberösterreicher in Wien und Prag Karriere gemacht hatte, 1930 nach Deutschland berufen worden war, als Nationalsozialist zum Leiter eines der prestigeträchtigsten Projekte, der *Monumenta Germaniae Historica*, aufgestiegen war (Maurer 2008), zeigt, dass Netzwerke Systembrüche nicht nur überdauern konnten, sondern sich danach noch als Machtzentren stabilisieren konnten. Der von Mayer geleitete Konstanzer Arbeitskreis erwies sich als die wichtigste Agentur für Professuren im deutschsprachigen Raum der Nachkriegszeit (mit Ausnahme der DDR).

Es war also die Maschine der über politische Systemgrenzen hinweg funktionierenden Institutionen, der Universitäten, der Akademie der Wissenschaften, der staatlichen Archive, die Kontinuität zu produzieren in der Lage waren. Aber damit waren HistorikerInnen ganz und gar Teil und Element ihrer Gesellschaft und ihres Staates. Sie sahen sich als Opfer (als erste Opfer) aller möglicher Strukturen und Prozesse. Die Schuld am »Anschluss« wurde oft und gerne den Außenpolitiken des Vereinigten Königreichs und Frankreichs zugeschrieben, die sich Adolf Hitler und dem Deutschen Reich nicht nachhaltig genug entgegengesetzt hätten.

Während nun einer der wichtigsten, wenn nicht der angesehenste Historiker Deutschlands, Friedrich Meinecke, ein schmales Buch über Nationalsozialismus, den Krieg und Deutschland verfasst hatte (Meinecke 1946), gab es für Österreich von Seiten österreichischer HistorikerInnen nichts Vergleichbares. Meinecke umschrieb den historischen Ereigniskomplex als »Katastrophe« (vgl. Berg 2003). Er verschleierte – oder verkannte – damit zwar sehr komplexe Kausalitäten, er benannte und beschrieb aber immerhin, was er selbst sehen konnte, was er erlebt hatte.

Von keinem österreichischen Historiker ist eine vergleichbare zeitnahe Darstellung und kritische Erörterung bekannt; kein Orientierungsversuch im Post-Faschismus, kein öffentlich gemachtes Dokument einer selbstkritischen oder auch nur kritischen Stellungnahme. Auch teilweise wesentlich später verfasste Ego-Dokumente lassen kaum Reflexion erkennen (vgl. Müller 1993). Dieses Verhalten, das sich – in eine Art Staatsräson eingefügt – mit vielen ÖsterreicherInnen deckte, bewegte sich im Wesentlichen zwischen den Polen Tabuisierung, Lüge und intellektuellem Unvermögen, die Situation angemessen zu beschreiben und zu analysieren. Es ist oft genug betont worden, dass der sich rasch nach Kriegsende entwickelnde sogenannte Ost-West-Konflikt die Grundstruktur dafür bereitstellte. Sich auf die richtige Seite zu stellen, jene des Westens oder – fast bedeutender – »Alt-Europas« (wie bei Otto

Brunner), schien die wichtigste Voraussetzung dafür zu sein, nach einer NS-affin bedingten Entlassung in den Universitäten wieder Aufnahme zu finden.

Unter den Austro-Nazis – und dies ist eine Beobachtung, die vielfach geteilt werden konnte – breitete sich nach einer ersten Begeisterung über den »endlich« vollzogenen »Anschluss« ein gewisses Maß an Unzufriedenheit, an Unmut aus. Oft genug erschien es, als ob die Belohnung für die Unterstützung des Nazi-Konsenses nicht hoch genug ausgefallen war, die erwarteten Vorteile nicht von Dauer gewesen seien (vgl. Müller 1997). Zwar wurde Paul Heigl 1938 Generaldirektor der Österreichischen Nationalbibliothek (vgl. Kästner 2008), Ludwig Bittner jedoch, der vorgab, bereits 1933 Mitglied der NSDAP geworden zu sein, konnte seine Ideen, in Wien organisatorisch ein Reichsarchiv zu Wege zu bringen und damit ein persönliches Avancement zu verbinden, nur teilweise und mit Verzögerung verwirklichen (Jeřábek 2010; Weber 2010; Just 2008). Auch die Vorstellungen Jüngerer wurden nicht erfüllt. Weder erhielt, um einen Einzelfall anzuführen, der Historiker Ernst Klebel (vgl. Ziegler 2012), wie er verlangte, als »Wiedergutmachung« für die während der Periode des Austrofaschismus entzogene Venia eine Professur (sondern nur eine Archivarstelle in St. Pölten in Niederösterreich/Niederdonau), noch konnte die Mitarbeiterin und Lebensgefährtin von Alfons Dopsch, Erna Patzelt, ihre Karrierewünsche realisieren, ebenso wenig ging die allgemein gewünschte Förderung des Wissenschaftsstandortes Wien in Erfüllung (zur Konkurrenzsituation unter den Universitäten vgl. Heiber 1991; 1992; 1994).

Dementsprechend findet man auch bei österreichischen Historikern Dokumente von Unmutsäußerungen, die – in einzelnen Fällen – gar als Widerstand ausgelegt wurden. Die Aufzeichnungen von Edmund Glaise-Horstenau (Broucek 1980; 1983; 1988), der sich der Strafverfolgung 1946 durch Suizid entzog, dürfen hier als prominentes Beispiel dienen. Glaise wäre in Österreich des Hochverrats, in Jugoslawien als Kriegsverbrecher angeklagt worden. Seine umfassenden autobiografischen Schriften, die klarerweise weitestgehend Rechtfertigungscharakter haben, enthalten immer wieder Hinweise darauf, wie unzufrieden er mit der Entwicklung seit dem »Anschluss« gewesen sei. Dabei spielte vor allem die von ihm so empfundene Dominanz der »Preußen« eine bedeutende Rolle.

Unmut wurde auch im Alltag geäußert, Denunziationen zeitigten aber nicht in jedem Fall Erfolg. Paul Müller, immerhin ein Profiteur des NS-Systems, wurde zwar von einem Blockleiterehepaar angezeigt, nachdem er bei einem Spaziergang im Frühjahr 1940 über die »Piefke« gemeckert hatte (Heiß 1989). Aus der Schutzhaft – nachdem sein Status als Dozent an der Wiener Universität geklärt worden war – wurde er aber bald wieder entlassen.

Auch anderen Historikern wurden Widerstandshandlungen zugeschrieben: Der Innsbrucker Historiker Hermann Wopfner führte eine ausführliche Korrespondenz mit seinem Neffen Kurt von Schuschnigg, zu jener Zeit, als dieser (allerdings privilegierter) KZ-Häftling in Sachsenhausen war (Binder und Schuschnigg 1997). Ein weiterer Innsbrucker Historiker, Richard Heuberger, der den Nationalsozialismus befürwortet hatte, stellte Ende 1944 der Widerstandsgruppe O5 um Fritz und Otto

Molden seine Wohnung und sein Arbeitszimmer an der Universität zur Verfügung (Hörmann-Thurn und Taxis und Steinacher 2008).

Viele Austro-Nazis gehörten letztlich zu den Verlierern des »Anschlusses«. Erwartet war das Obsiegen über die jüdische und slawische Gefahr gewesen. Der deutsche Historiker Götz Aly hat das Motiv des Neides (Aly 2017) in die Diskussion eingeführt. Dieser Neid hatte nun lokal nichts mehr mit den »Juden« und den »Roten« zu tun. Nunmehr dominierten »Preußen« und »Piefke« die lokale Situation. Ziemlich genau daraus entstand in jener Gruppe ein Wille zur »Selbstbehauptung« (vgl. Müller 1997).

Wie wir wissen, war die NSDAP eine Partei der jüngeren und jungen Deutschen und ÖsterreicherInnen. Michael Wildt sprach in seiner Analyse des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) von einer »Generation« (Wildt 2002). Ältere Unterstützer, von denen es unter Österreichs Wissenschaftlern nicht wenige gab, traten dieser Partei oft gar nicht bei, obgleich sie die Interessen der Nazis maximal vertreten hatten und vertraten. Wilhelm Bauer (der allerdings 1941 in die NSDAP aufgenommen wurde, vgl. Scheutz 2008) und Hans Hirsch (Zajic 2008) sind neben Srbik gute Beispiele unter den Wiener Historikern. 1945 fehlten – aufgrund formaler Voraussetzungen – die Möglichkeiten, einige dieser Personen von ihren Verpflichtungen zu entbinden. Im Gegenteil: Leute wie der Altphilologe, Pädagoge und Wissenschaftsfunktionär Richard Meister und der Historiker Leo Santifaller (vgl. Obermair 2008) bauten genau darauf ihre einflussreichen Post-Nazi-Karrieren auf. Meister wurde zum Präsidenten der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, die ich aus guten Gründen einmal als Auffanggesellschaft für ehemalige Nazis bezeichnet habe. Meister und Santifaller waren, soweit bekannt, keine Mitglieder der NSDAP gewesen. Beide hatten die Geschäfte dieser Partei auf ihre Weise besorgt.

Santifaller, ein Südtiroler, der als Professor in Breslau den »Anschluss« gutgeheißen hatte und diesen Umstand 1945 mithilfe eines Gutachtens von Leopold Liegler bestritt, konnte unter diesen Umständen die mächtigste denkbare Position für sich erringen: zugleich Vorstand des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung (IfÖG) und des Österreichischen Staatsarchivs. Als solcher konnte Santifaller bis in die 1960er-Jahre hinein die Richtungen der österreichischen Geschichtswissenschaften steuern und die dominante Position des IfÖG sichern. Es zählte zu den Eigenheiten älterer Professoren, dass sie, auch wenn sie über längere Zeiträume hinweg den rechtsradikalen Deutschnationalismus in der Vielfalt seiner Organisationen praktisch unterstützt und gefördert hatten, wie eben Alfons Dopsch (vgl. Buchner 2008) oder Meister, oft keinen Antrag auf Aufnahme in die NSDAP gestellt hatten und somit – trotz evidenter Verbindungen zu dieser Partei und ihrer Arbeit für den NS-Staat und seine Institutionen – eben keine Mitglieder dieser Partei gewesen waren. Und damit bestand formal kein Hindernis für eine Weiterbeschäftigung, die den Nazis selbst, bis zu ihrer allzu häufigen Pardonierung, in verschiedenen Phasen der Entnazifizierung in der Zweiten Republik, so gut wie jegliche Rückkehr in den akademischen Betrieb erlaubte. Der eklatanteste und – im Nachhinein – spektakulärste Fall war zweifellos Richard Meister. Strukturell gesehen bestehen hier, was die Bedeutung der Nachkriegskarriere und die Machtpositionen

in der frühen Zweiten Republik anlangt, bestimmte Parallelen zum Macht-Akkumulierer Leo Santifaller.

Die beruflichen Überlebensstrategien der HistorikerInnen nach 1945 bestanden vor allem darin, an den überkommenen Strukturen, aus der Monarchie stammend, die Erste Republik überdauernd, im NS-Regime nur leicht verändert, festzuhalten und diese weiter zu behaupten. Konformität war dabei weiterhin das wichtigste Kriterium.

Der Soziologe und Wissenschaftshistoriker Christian Fleck sprach vor vielen Jahren im Zusammenhang mit einem Vergleich des Vor- und Nachkriegs-Österreich von »autochthoner Provinzialisierung« (Fleck 1996). Fleck hatte dabei vor allem die Sozial- und Naturwissenschaften im Auge. Er stellte zudem die Frage, welche Verluste denn hier – im Sinne eines intellektuellen Braindrains – eingetreten seien. Stellten wir analog die Frage für die Geschichtswissenschaften, ergäbe sich: Hier gab es keinen vergleichbaren Braindrain, sondern die »naturgemäße« Reproduktion dieses mächtigen Wissenschaftsbereichs über politische Systemgrenzen hinweg.

Wie konnte nun eine solche »Selbstbehauptung« einer Disziplin über politische Systemgrenzen hinweg funktionieren? Die Akademie der Wissenschaften in Wien spielte dabei eine primordiale Rolle. Einem nicht geringen Teil des aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen »Säuberung« der Universitäten entlassenen oder pensionierten Personals wurde weitere Betätigung offeriert. Otto Brunner ist hier nur das bekannteste Beispiel. Seine Publikation der *Rechtsquellen der Städte Krems und Stein* erscheint bis heute gleichwohl gültig. Hier sehen wir das Rückzugsgebiet – mitsamt dem Rückzugsmanöver. Wie Brunner in der Folge nach Hamburg berufen und in weiterer Folge derart überschätzt werden konnte (nicht zuletzt bei Winkelbauer 2018), bleibt eine gute Frage. Die Akademie der Wissenschaften spielte dabei – wie schon erwähnt – eine zentrale Rolle (Müller 1997; Feichtinger, Matis, Sienell und Uhl 2013).

Auf anderen Nebengeleisen kamen weitere Protagonisten der NS-Historie durch, und nur wenige wurden so auffällig wie Taras Borodajkewycz. Dessen Vorlesungen an der Hochschule für Welthandel, welche von dem späteren Finanzminister Ferdinand Lacina dokumentiert und von dem späteren Bundespräsidenten der Republik Österreich, Heinz Fischer, publiziert worden waren, lösten in der Folge eine veritable Krise der Republik aus (Fischer 1966). Während der Fall »Boro« die größtmögliche Aufmerksamkeit erhielt (vgl. Kropiunigg 2015), blieb der latente und sich nur auf der Hinterbühne artikulierende Antisemitismus außerhalb des Fokus (Fleck und Müller 1992).

Nicht alle behielten so entschieden ihre früheren Überzeugungen. So tat der Gründer des Instituts für Zeitgeschichte in Wien, Ludwig Jedlicka, recht vieles, um vergessen zu machen, dass er ein NSDAP-Mitglied gewesen war. Er bemühte sich um Kooperation mit den demokratischen Parteien der Zweiten Republik und akzeptierte auch Studierende aus dem linken Spektrum. Zugleich verstellten Jedlicka und andere österreichische Historiker mehr oder minder systematisch die Sicht auf die Involvierung von ÖsterreicherInnen in den Nationalsozialismus (Müller 2017). Die Jahre

1938–1945 wurden aus der österreichischen Geschichte konsequent hinausdefiniert, subsidiär gewissermaßen auch die individuelle Verantwortung der Akteure.

Die Sicht auf die NS-Vergangenheit Österreichs wurde noch einmal verstellt durch den Begriff des »Nationalen Lagers«, der von Adam Wandruszka (1954) entriert und popularisiert worden war. Wandruszka unternahm mit diesem Begriff den – durchwegs erfolgreichen – Versuch, den österreichischen Nazis eine Art legitimer Vor- und Nachgeschichte zuzuschreiben. Wandruszka, selbst Nationalsozialist und einer von jenen, die im Zuge des »Anschlusses« am Wiener Institut für Geschichte Leute verhaftet hatten, konnte 1945 nicht direkt in die universitären Wissenschaften zurückkehren. Er arbeitete zunächst einmal als Journalist, konnte sich habilitieren, erhielt eine Professur in Köln und danach, 1969, in Wien.

Es gab nur wenige HistorikerInnen im Nachkriegsösterreich, die gegen das Verschweigen und Verleugnen auftraten: Dazu gehörten Friedrich Heer und Erika Weinzierl. Friedrich Heer wurden von Seiten des Historiker-Establishments die größten Schwierigkeiten bereitet. Nicht nur sollte ihm die Habilitation verweigert werden, zu der es erst nach einem sitzungstechnischen Betriebsunfall in der damaligen Philosophischen Fakultät kommen konnte (Müller 2000; Adunka 1995), es wurde ihm auch ein Büro verweigert. Studierende mussten ihre Arbeiten oder Mitteilungen beim Portier des Burgtheaters abgeben, wo Heer als Dramaturg tätig war.

Alles, was an Material vorliegt, zeigt, dass die meisten österreichischen HistorikerInnen der Nachkriegszeit nicht nur am Verschweigen und Verleugnen der (austro-)faschistischen und – noch mehr – nationalsozialistischen Vergangenheit – oft zum Selbstschutz – beteiligt waren, sondern dass sie auch gar keinen Begriff davon hatten, worüber sie genaunommen zu sprechen gehabt hätten.

Es bedurfte eines während des Exils geschulten Blicks, wie bei Herbert Steiner, Karl R. Stadler oder Maria Szecsi, um erste Arbeiten zu den Spezifika des Nationalsozialismus in Österreich vorlegen zu können. Und es bedurfte einer neuen Generation von HistorikerInnen, geboren um und nach 1940, die in der Lage war, sich mit Problemen des österreichischen Antisemitismus und des NS zu beschäftigen: Dazu gehörten Anton Staudinger, Gerhard Botz und Karl Stuhlpfarrer oder Ernst Hanisch, um nur wenige zu nennen. Nach diesen folgten weitere Generationen jüngerer Leute, die mehr und mehr empirische Arbeit leisteten, bis endlich so etwas wie ein Bewusstsein über den Nationalsozialismus in Österreich hergestellt war.

Literatur

- Adunka, Evelyn (1995): *Friedrich Heer (1916–1983). Eine intellektuelle Biographie*, Innsbruck: Tyrolia.
- Aly, Götz (2017): *Europa gegen die Juden, 1880–1945*, Frankfurt am Main: Fischer.
- Aly, Götz und Heim, Susanne (1993): *Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung*, Frankfurt am Main: Fischer.

- Berg, Matthias (2014): *Karl Alexander von Müller. Historiker für den Nationalsozialismus*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. DOI: <https://doi.org/10.13109/9783666360138>.
- Berg, Nicolas (2003): *Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung*, Göttingen: Wallstein.
- Binder, Dieter A. und Schuschnigg, Heinrich (Hrsg.) (1997): »Sofort vernichten«. *Die vertraulichen Briefe Kurt und Vera von Schuschniggs 1938–1945*, Wien: Amalthea.
- Broucek, Peter (Hrsg.) (1980): *Ein General im Zwielficht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau*, Band 1: K. u. k. Generalstabsoffizier und Historiker, Wien: Böhlau. DOI: <https://doi.org/10.7767/boehlau.9783205112006>.
- Broucek, Peter (Hrsg.) (1983): *Ein General im Zwielficht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau*, Band 2: Minister im Ständestaat und General im OKW, Wien: Böhlau. DOI: <https://doi.org/10.7767/boehlau.9783205112037>.
- Broucek, Peter (Hrsg.) (1988): *Ein General im Zwielficht. Die Erinnerungen Edmund Glaises von Horstenau*, Band 3: Deutscher Bevollmächtigter General in Kroatien und Zeuge des Untergangs des »Tausendjährigen Reiches«, Wien: Böhlau. DOI: <https://doi.org/10.7767/boehlau.9783205112082>.
- Brunner, Otto (1942): *Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Südostdeutschlands im Mittelalter*, Brünn/München/Wien: Rudolf M. Rohrer.
- Brunner, Otto (1984): *Land und Herrschaft. Grundfragen der territorialen Verfassungsgeschichte Österreichs im Mittelalter*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Buchner, Thomas (2008): »Alfons Dopsch (1868–1953). Die »Mannigfaltigkeit der Verhältnisse«, in: Hruza, Karel (Hrsg.), *Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 155–190. DOI: <https://doi.org/10.7767/boehlau.9783205118572.155>.
- Ehmer, Josef und Müller, Albert (1989): »Sozialgeschichte in Österreich. Traditionen, Entwicklungsstränge und Innovationspotential«, in: Kocka, Jürgen (Hrsg.), *Sozialgeschichte im internationalen Überblick. Ergebnisse und Tendenzen der Forschung*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 109–140.
- Elvert, Jürgen (Hrsg.) (2016): *Geschichte jenseits der Universität. Netzwerke und Organisationen in der frühen Bundesrepublik*, Stuttgart: Franz Steiner.
- Enderle-Burcel, Gertrude (Hrsg.) (2013): *Brüche und Kontinuitäten 1933 – 1938 – 1945: Fallstudien zu Verwaltung und Bibliotheken*, Innsbruck: StudienVerlag.
- Engel-Jánosi, Friedrich (1974): *...aber ein stolzer Bettler. Erinnerungen aus einer verlorenen Generation*, Graz: Styria.
- Fahlbusch, Michael (2008): »Wilfried Krallert (1912–1969). Ein Geograf und Historiker im Dienst der SS«, in: Hruza, Karel (Hrsg.), *Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 793–836. DOI: <https://doi.org/10.7767/boehlau.9783205118572.793>.

- Fahlbusch, Michael, Haar, Ingo und Pinwinkler, Alexander (Hrsg.) (2017): *Handbuch der völkischen Wissenschaft*, 2. Auflage, Berlin: De Gruyter Oldenbourg. DOI: <https://doi.org/10.1515/9783110429893>.
- Feichtinger, Johannes, Matis, Herbert, Sienell, Stefan und Uhl, Heidemarie (Hrsg.) (2013): *Die Akademie der Wissenschaften in Wien 1938 bis 1945. Katalog zur Ausstellung*, Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften.
- Fellner, Fritz (2002): *Geschichtsschreibung und nationale Identität. Probleme und Leistungen der österreichischen Geschichtswissenschaft*, Wien: Böhlau.
- Fellner, Günther (2004): »Die Emigration österreichischer Historiker. Ein ungeschriebenes Kapitel in der Zeitgeschichte ihres Faches«, in: Stadler, Friedrich (Hrsg.), *Vertriebene Vernunft II. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft 1930–1940*, Teilband 1, Münster: LIT, S. 474–494.
- Fischer, Heinz (Hrsg.) (1966): *Einer im Vordergrund: Taras Borodajkewycz. Eine Dokumentation*, Wien: Europa Verlag.
- Fleck, Christian (1996): »Autochthone Provinzialisierung. Universität und Wissenschaftspolitik nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich«, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 7. Jahrgang, Heft 1, S. 67–92.
- Fleck, Christian (2007): *Transatlantische Bereicherungen. Zur Erfindung der empirischen Sozialforschung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fleck, Christian und Müller, Albert (1992): »Zum nachnazistischen Antisemitismus in Österreich«, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 3. Jahrgang, Heft 4, S. 481–514.
- Generaldirektion des Österreichischen Staatsarchivs (OeStA) (Hrsg.) (2010): *Österreichs Archive unter dem Hakenkreuz*, Innsbruck: StudienVerlag (Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, Band 54).
- Goller, Peter und Oberkofler, Gerhard (2003): *Universität Innsbruck – Entnazifizierung und Rehabilitation von Nazikadern (1945–1950)*, Innsbruck: Universitätsarchiv.
- Heiber, Helmut (1966): *Walter Frank und sein Reichsinstitut für die Geschichte des neuen Deutschlands*, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Heiber, Helmut (1991): *Universität unterm Hakenkreuz*, Teil 1, München: Saur.
- Heiber, Helmut (1992): *Universität unterm Hakenkreuz*, Teil 2.1, München: Saur.
- Heiber, Helmut (1994): *Universität unterm Hakenkreuz*, Teil 2.2, München: Saur.
- Heiß, Gernot (1989): »Von Österreichs deutscher Vergangenheit und Aufgabe. Die Wiener Schule der Geschichtswissenschaft und der Nationalsozialismus«, in: Heiß, Gernot, Mattl, Siegfried, Meissl, Sebastian, Saurer, Edith und Stuhlpfarrer, Karl (Hrsg.), *Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938 bis 1945*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 39–76.
- Hörmann-Thurn und Taxis, Julia und Steinacher, Roland (2008): »Richard Heuberger (1884–1968). Mediävist und Althistoriker in Innsbruck« in: Hruza, Karel (Hrsg.), *Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen*

- Porträts*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 531–568. DOI: <https://doi.org/10.7767/boehlau.9783205118572.531>.
- Holeschovsky, Johannes (2012): »Hugo Hantsch (1895–1872). Ein großösterreichischer Verfechter der Reichsidee«, in: Hruza, Karel (Hrsg.), *Österreichische Historiker. Lebensläufe und Karrieren 1900–1945*, Band 2, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 451–488.
- Hruza, Karel (Hrsg.) (2008a): *Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau. DOI: <https://doi.org/10.7767/boehlau.9783205118572.13>.
- Hruza, Karel (2008b): »Heinz Zatschek (1901–1965). »Radikales Ordnungsdenken« und »gründliche, zielgesteuerte Forschungsarbeit««, in: Hruza, Karel (Hrsg.), *Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 677–792. DOI: <https://doi.org/10.7767/boehlau.9783205118572.677>.
- Hruza, Karel (Hrsg.) (2012): *Österreichische Historiker. Lebensläufe und Karrieren 1900–1945*, Band 2, Wien/Köln/Weimar: Böhlau. DOI: https://doi.org/10.26530/OAPEN_471654.
- Huber, Andreas (2017): »Katholisch-deutschnationale Eliten. Cartellverband, Deutscher Klub und ihre Mitglieder in der Hochschullehrerschaft der Universität Wien 1932–1950«, in: Kuhleemann, Frank-Michael und Schäfer, Michael (Hrsg.), *Kreise – Bünde – Intellektuellen-Netzwerke. Formen bürgerlicher Vergesellschaftung und politischer Kommunikation 1890–1960*, Bielefeld: transcript, S. 189–220. DOI: <https://doi.org/10.14361/9783839435571-009>.
- Jeřábek, Rudolf (2010): »Das Wiener Reichsarchiv. Institutions- und kompetenzgeschichtliche Entwicklung 1938–1945«, in: Generaldirektion des Österreichischen Staatsarchivs (Hrsg.), *Österreichs Archive unter dem Hakenkreuz*, Innsbruck: StudienVerlag (Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, Band 54), S. 11–71.
- Just, Thomas (2008): »Ludwig Bittner (1877–1945). Ein politischer Archivar«, in: Hruza, Karel (Hrsg.), *Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 283–305. DOI: <https://doi.org/10.7767/boehlau.9783205118572.283>.
- Kästner, Christina (2008): »Paul Heigl (1887–1945). Ein politisch engagierter Bibliothekar des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung und der Nationalbibliothek Wien«, in: Hruza, Karel (Hrsg.), *Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 569–595. DOI: <https://doi.org/10.7767/boehlau.9783205118572.569>.
- Knoll, Reinhold (1986): »Die Entnazifizierung an der Universität Wien«, in: Meissl, Sebastian, Mulley, Klaus-Dieter und Rathkolb, Oliver (Hrsg.), *Verdrängte Schuld*,

- verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945–1955*, Wien: Verlag für Geschichte und Politik, S. 270–280.
- Kolár, Pavel (2010): »Rewriting National History in Post-War Central Europe: Marxist Syntheses of Austrian and Czechoslovak History as New National Master Narratives«, in: Berger, Stefan und Lorenz, Chris (Hrsg.), *Nationalizing the Past. Historians as Nation Builders in Modern Europe*, Basingstoke: Palgrave MacMillan, S. 319–340. DOI: https://doi.org/10.1057/9780230292505_16.
- Koll, Johannes (Hrsg.) (2017): »Säuberungen« an österreichischen Hochschulen 1934–1945. Voraussetzungen, Prozesse, Folgen, Wien: Böhlau. DOI: <https://doi.org/10.7767/9783205205845>.
- Kortüm, Hans-Henning (2014): »Otto Brunner über Otto den Großen. Aus den letzten Tagen der reichsdeutschen Mediävistik«, in: *Historische Zeitschrift*, Band 299, S. 297–333. DOI: <https://doi.org/10.1515/hzhz-2014-0418>.
- Kortüm, Hans-Henning (2018): »Gut durch die Zeiten gekommen«. Otto Brunner und der Nationalsozialismus«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 66. Jahrgang, Heft 1, S. 117–160. DOI: <https://doi.org/10.1515/vfzg-2018-0005>.
- Kropiunigg, Rafael (2015): *Eine österreichische Affäre. Der Fall Borodajkewycz*, Wien: Czernin.
- Kunde, Anne-Katrin (2008): »Mathilde Uhlirz (1881–1966). Jenseits der Zunft. Prozesse der Selbstbehauptung in Leben und Wissenschaft«, in: Hruza, Karel (Hrsg.), *Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 461–491. DOI: <https://doi.org/10.7767/boehlau.9783205118572.461>.
- Ladner, Gerhard B. (1994): *Erinnerungen*, Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften.
- Massiczek, Albert (1988): *Ich war Nazi. Faszination, Ernüchterung, Bruch. Ein Lebensbericht: Erster Teil (1916–1938)*, Wien: Junius.
- Massiczek, Albert (1989): *Ich habe nur meine Pflicht erfüllt. Von der SS in den Widerstand. Ein Lebensbericht: Zweiter Teil*, Wien: Junius.
- Maurer, Helmut (2008): »Theodor Mayer (1883–1972). Sein Wirken vornehmlich während der Zeit des Nationalsozialismus«, in: Hruza, Karel (Hrsg.), *Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 493–530. DOI: <https://doi.org/10.7767/boehlau.9783205118572.493>.
- Meinecke, Friedrich (1946): *Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen*, Wiesbaden: Eberhard Brockhaus.
- Müller, Albert (1993): »Alte Herren/Alte Meister. Über Ego-Histoire in der österreichischen Geschichtswissenschaft. Eine Quellenkunde«, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 4. Jahrgang, Heft 1, S. 120–133.

- Müller, Albert (1997): »Dynamische Adaptierung und ›Selbstbehauptung‹. Die Universität Wien in der NS-Zeit«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 23. Jahrgang, Heft 4, S. 592–617.
- Müller, Albert (2000): »Grenzziehungen in der Geschichtswissenschaft: Habilitationsverfahren 1900–1950 (am Beispiel der Universität Wien)«, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, Sonderband 5: Soziologische und historische Analysen der Sozialwissenschaften, hrsg. von Christian Fleck, S. 287–307. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-322-83352-5_9.
- Müller, Albert (2017): »Reichenau, Dezember 1960. Eine ›Geburtsstunde‹ der österreichischen Zeitgeschichtsforschung?«, in: Perz, Bertrand und Markova, Ina (Hrsg.), *50 Jahre Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien 1966–2016*, Wien: new academic press, S. 21–38.
- Nadler, Josef und Srbik, Heinrich Ritter von (Hrsg.) (1936): *Österreich. Erbe und Sendung im deutschen Raum*, Salzburg/Leipzig: Anton Pustet.
- Oberkofler, Gerhard (1983): »Politische Stellungnahmen der Akademie der Wissenschaften in Wien in den Jahren der NS-Herrschaft«, in: Konrad, Helmut und Neugebauer, Wolfgang (Hrsg.), *Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewußtsein*, Wien: Europa Verlag, S. 115–126.
- Obermair, Hannes (2008): »Leo Santifaller (1890–1974). Von Archiven, Domkapiteln und Biografien«, in: Hruza, Karel (Hrsg.), *Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 597–617. DOI: <https://doi.org/10.7767/boehlau.9783205118572.597>.
- Olechowski, Thomas, Ehs, Tamara und Staudigl-Ciechowicz, Kamila (2014): *Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918–1938*, Göttingen: V&R unipress (Schriften des Archivs der Universität Wien, Band 20).
- Pfefferle, Roman und Pfefferle, Hans (2014): *Glimpflich entnazifiziert. Die Professorenschaft der Universität Wien von 1944 in den Nachkriegsjahren*, Göttingen: V&R unipress (Schriften des Archivs der Universität Wien, Band 18). DOI: <https://doi.org/10.14220/9783737002752>.
- Scheutz, Martin (2008): »Wilhelm Bauer (1877–1953). Ein Wiener Neuzeithistoriker mit vielen Gesichtern. ›Deutschland ist kein ganzes Deutschland, wenn es nicht die Donau, wenn es Wien nicht besitzt‹«, in: Hruza, Karel (Hrsg.), *Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 247–281. DOI: <https://doi.org/10.7767/boehlau.9783205118572.247>.
- Schöttler, Peter (1991): »Lucie Varga – eine österreichische Historikerin im Umkreis der ›Annales‹«, in: Varga, Lucie, *Zeitenwende. Mentalitätshistorische Studien 1936–1939*, hrsg. von Peter Schöttler, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 13–110.
- Schöttler, Peter (Hrsg.) (1997): *Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Schöttler, Peter (2015): *Die »Annales«-Historiker und die deutsche Geschichtswissenschaft*, Tübingen: Mohr Siebeck. DOI: <https://doi.org/10.1628/978-3-16-153964-0>.

- Spreitzer, Renate (2008): »Harold Steinacker (1875–1965). Ein Leben für ›Volk und Geschichte« in: Hruza, Karel (Hrsg.), *Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 191–223. DOI: <https://doi.org/10.7767/boehlau.9783205118572.191>.
- Stiefel, Dieter (1981): *Entnazifizierung in Österreich*, Wien: Europa Verlag.
- Urban, Otto Helmut (2015): »Oswald Menghin. Professor für Urgeschichte, Unterrichtsminister 1938«, in: Ash, Mitchell und Ehmer, Josef (Hrsg.), *Universität – Politik – Gesellschaft*, Göttingen: Vienna University Press/V&R unipress (650 Jahre Universität Wien – Aufbruch ins neue Jahrhundert, Band 2), S. 299–304. DOI: <https://doi.org/10.14220/9783737004138.299>.
- Wandruszka, Adam (1954): »Österreichs politische Struktur. Die Entwicklung der Parteien und politischen Bewegungen«, in: Benedikt, Heinrich (Hrsg.), *Geschichte der Republik Österreich*, Wien: Verlag für Geschichte und Politik, S. 289–485.
- Weber, Hartmut (2010), »Heimkehr ins Reich« unter Erhaltung der Selbständigkeit? Ludwig Bittners verlorener Kampf um eine Generaldirektion der österreichischen Archive«, in: Generaldirektion des Österreichischen Staatsarchivs (Hrsg.), *Österreichs Archive unter dem Hakenkreuz*, Innsbruck: StudienVerlag (Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, Band 54), S. 73–102.
- Weinzierl, Ulrich (1983): »Albert Fuchs (1905–1946). Ein Intellektueller im Exil«, in: Konrad, Helmut und Neugebauer, Wolfgang (Hrsg.), *Arbeiterbewegung – Faschismus – Nationalbewußtsein*, Wien: Europa Verlag, S. 315–330.
- Wildt, Michael (2002): *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Winkelbauer, Thomas (2018): *Das Fach Geschichte an der Universität Wien. Von den Anfängen um 1500 bis etwa 1975*, Göttingen: V&R unipress (Schriften des Archivs der Universität Wien, Band 24). DOI: <https://doi.org/10.14220/9783737008143>.
- Zajic, Andreas (2008): »Hans Hirsch (1878–1940). Historiker und Wissenschaftsorganisator zwischen Urkunden- und Volkstumsforschung«, in: Hruza, Karel (Hrsg.), *Österreichische Historiker 1900–1945. Lebensläufe und Karrieren in Österreich, Deutschland und der Tschechoslowakei in wissenschaftsgeschichtlichen Porträts*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 307–417. DOI: <https://doi.org/10.7767/boehlau.9783205118572.307>.
- Ziegler, Wolfram (2012): »Ernst Klebel (1896–1961). Facetten einer österreichischen Historikerkarriere«, in: Hruza, Karel (Hrsg.), *Österreichische Historiker. Lebensläufe und Karrieren 1900–1945*, Band 2, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 489–522.
- Zöllner, Erich (1949): »Neuere Gesamtdarstellungen der österreichischen Geschichte (1944–1948)«, in: *Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung (MIÖG)*, 57. Jahrgang, S. 231–237. DOI: <https://doi.org/10.7767/miog.1949.57.12.231>.
- Zöllner, Erich (1962): *Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, 2. Auflage, Wien: Verlag für Geschichte und Politik.

Junge Politikwissenschaft und alte Nazis

Nationalsozialismus als Forschungsthema in der Gründungsphase der österreichischen Politikwissenschaft¹

Tamara Ehs

Einleitung

Die österreichische Politikwissenschaft wurde in den späten 1960er- und 1970er-Jahren institutionalisiert. In jene Zeit fallen nicht nur der oftmals beschworene gesellschaftliche Aufbruch von 1968, sondern auch frühe publizistische Auseinandersetzungen um Österreichs NS-Vergangenheit, wie der Fall Taras Borodajkewycz (1962), die Ermordung Ernst Kirchwegers (1965)², schließlich die Affäre um Bruno Kreisky, Friedrich Peter und Simon Wiesenthal (1975). Hinsichtlich kritischer politologischer Erforschung jenes Themas herrschte bis auf einige wenige Ausnahmen jedoch weitestgehend Brache. Dies hat einerseits mit der spezifischen Historie der Politikwissenschaft als neuer, umstrittener Disziplin und mit ihren notwendigen Abgrenzungen

1 | Ich danke Helmut Kramer, Walter Manoschek, Anton Pelinka und Emmerich Tálos für zahlreiche biographische Auskünfte und wissenschaftshistorische Hinweise.

2 | Taras Borodajkewycz, 1937 bis 1943 Dozent an der Universität Wien, war als ehemaliges Mitglied der NSDAP 1946 als »Minderbelasteter« eingestuft und entnazifiziert worden. Er lehrte ab 1955 als Ordinarius für Wirtschaftsgeschichte an der damaligen Hochschule für Welthandel (heute Wirtschaftsuniversität Wien). Seine antisemitischen und deutschnationalen Äußerungen (u. a. über Hans Kelsen) waren schon seit einigen Jahren bekannt gewesen; sozialistische Studierende (unter ihnen Ferdinand Lacina und Heinz Fischer) hatten immer wieder vergeblich auf die Weltanschauung des Hochschullehrers aufmerksam gemacht. Erst als der Kabarettist Gerhard Bronner 1965 Mitschriften in seiner satirischen TV-Sendung vorlas, erreichte der Fall die Öffentlichkeit. Bei den darauffolgenden Protesten von AnhängerInnen und GegnerInnen Borodajkewycz' wurde der KZ-Überlebende und ehemalige kommunistische Widerstandskämpfer Ernst Kirchweger vom vorbestraften rechtsextremistischen Studierenden und Mitglied des RFS (Ring Freiheitlicher Studenten) Günther Kümel niedergeschlagen und erlag zwei Tage später seinen Verletzungen. Das erste politische Todesopfer der Zweiten Republik löste allmählich eine breitere gesellschaftliche Diskussion um die tabuisierte NS-Vergangenheit aus (vgl. z.B. Kniefacz 2018).

gegenüber Rechts- und Geschichtswissenschaften sowie Soziologie zu tun; andererseits sind die Gründe auch ganz persönlich in den Biographien einer noch in den Faschismen sozialisierten Professorenriege, die an den universitären und ministeriellen Schalthebeln saß, zu suchen. Erst als in den späten 1970er-Jahren aufgrund der sozial-liberalen Politik der Ära Hertha Firnberg eine jüngere Wissenschaftergeneration, die auch erkenntnistheoretisch als PolitikwissenschaftlerInnen selbstbewusster auftrat, Lehrstühle und Dozenturen besetzen konnte, begann allmählich eine politologische Untersuchung des Nationalsozialismus.

Die folgende Übersicht über frühe politologische Forschungen zum Nationalsozialismus behandelt die Jahre vor 1986. Denn jenes Jahr markiert – gemeinsam mit dem Erinnerungsjahr 1988 – aufgrund der großen, auch internationalen medialen Präsenz (Stichwort Waldheim)³ den Take-off der breiteren politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesem Thema. Mit dem von Bundeskanzler Franz Vranitzky 1991 ausgesprochenen Bekenntnis der Mitschuld Österreichs an den Verbrechen des Nationalsozialismus und der Vorbereitung des Beitritts zur Europäischen Union setzte eine erste Fokussierung auf die »Vergangenheitsbewältigung« ein. Einen weiteren (Finanzierungs-)Schub politologischer Forschung zum Thema brachten die Ende der 1990er-Jahre erfolgten Restitutionsklagen sowie vor allem die internationale Ächtung Österreichs nach dem Eintritt der FPÖ in die Regierung Anfang 2000. Nicht zuletzt aus Gründen der Rehabilitation der Reputation Österreichs wurde ein Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (kurz »Versöhnungsfonds«) eingerichtet, aus dem (und aus dessen Restmitteln im Zukunftsfonds) Projekte finanziert wurden, die die Zeit des Nationalsozialismus untersuchten.

Das Interesse des vorliegenden Sammelbandes besteht jedoch in einer Spurensuche nach Forschungsergebnissen zum Nationalsozialismus, die erbracht worden waren, bevor internationaler Druck die österreichische Politik und ebenso die Politikwissenschaft zur intensiven Beschäftigung mit diesem Thema anstieß. Mein Beitrag widmet sich dem Thema in drei Abschnitten, die der disziplinären Entwicklungsgeschichte der Politikwissenschaft folgen: Universitär institutionalisiert ist die österreichische Politikwissenschaft nämlich erst seit den 1970er-Jahren, mit eigener Studienordnung in praxi gar erst seit 1980. Allerdings bestand bis 1966 an den rechtswissenschaftlichen Fakultäten das Studium der Staatswissenschaften, in dessen Rahmen eine Dissertation zu verfassen war. Einige Studierende wählten hierfür explizit zeithistorische Fragestellungen. Zudem war 1963 das Institut für Höhere Studien (IHS) errichtet worden, das außeruniversitär die Entwicklung gesellschaftswissenschaftlicher Forschung vorantrieb. Ich werfe daher in jenen Zeitabschnitten (1: Staatswissenschaft bis 1966, 2: IHS ab 1963, und 3: Politikwissenschaft seit den 1970er-Jahren) Schlaglichter auf Forschungen zum Nationalsozialismus.

3 | 1986 kandidierte der ehemalige UN-Generalsekretär Kurt Waldheim für das Amt des österreichischen Bundespräsidenten. Seine Kriegsvergangenheit als Angehöriger des SA-Reiterkorps und des NS-Studentenbundes wurde zu einem zentralen Thema im Wahlkampf.

Disziplinäre Entwicklungsgeschichte

Bevor die Politikwissenschaft in den 1970er-Jahren universitär institutionalisiert wurde, war sie außeruniversitär verankert (zum Folgenden siehe bereits Ehs 2010a; 2010b; Ehs und König 2012). Als Meilenstein für die Entwicklung gilt die Gründung des Instituts für Höhere Studien 1963, das eine zweijährige Postgraduiertenausbildung in den Fächern Ökonomie, Politologie und Soziologie anbot. Das IHS war auf Betreiben von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern entstanden; Letzterer war Absolvent des sogenannten Staatswissenschaftlichen Studiums, eines beinahe vergessenen ersten Versuchs der universitären Etablierung einer Politikwissenschaft. Als von außen auf das universitäre Bildungssystem wirkende Einrichtung beschleunigte das IHS den Prozess der Institutionalisierung der Politikwissenschaft an den österreichischen Universitäten. Somit wurde in *Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich* (BGBl.) 1966/179, §§ 3 und 4, die »Wissenschaft von der Politik« als Wahlfach vorgesehen und im selben Jahr dem I. Philosophischen Institut der Universität Wien die Lehrkanzel für »Philosophie der Politik und Ideologiekritik« zugewiesen, die 1968 mit dem deutschen Politologen Heinrich Schneider besetzt wurde. Seither hatte sich vor allem die Philosophische Fakultät der Universität Wien für die Einrichtung einer eigenen Studienrichtung Politikwissenschaft eingesetzt. Entsprechende Anträge waren jedoch vom Ministerium wiederholt abgelehnt worden, unter anderem weil »die Errichtung eines Instituts und einer Lehrkanzel für Politische Wissenschaft an der Philosophischen Fakultät die Interessen der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät berühre«⁴.

In dieser Aussage spiegelte sich die traditionelle Verbindung der Politikwissenschaft mit den Rechts- (und Wirtschafts-)Wissenschaften unter dem Siegel der »Staatswissenschaft« wider. Jenes Studium der Staatswissenschaften war 1919 von Otto Glöckel eingeführt worden⁵ und blieb, nach der Novellierung im Jahr 1926,⁶ bis zum Bundesgesetz über sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen⁷ vom 15. Juli 1966 unverändert bestehen. Die Staatswissenschaft konnte aufgrund der konservativen (Universitäts-)Politik aber niemals jene Erwartungen erfüllen, die seitens Liberaler und SozialdemokratInnen in den ersten Tagen der Republik an sie gerichtet waren. Für einen ihrer ersten Absolventen, Hugo Huppert, waren die Staatswissenschaften noch »die jüngste, die neugegründete Wissensrichtung und Lehrpraxis, es war die eigentliche Tochter der Republik« (Huppert 1976: 392). Doch diese Tochter wurde in den darauffolgenden Jahren, als das Unterrichtsministerium wieder den Konservativen unterstand, recht stiefmütterlich behandelt; hauptsächlich deshalb, weil sich hier Ansätze politikwissenschaftlicher Forschung entwickelten,

4 | Aktenvermerk des Vorstandes des Instituts für Theorie der Politik, Wien, 7. Jänner 1972 (zitiert nach: Wicha 1972).

5 | *Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich* (StGBL.) 1919/249.

6 | *Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich* (BGBl.) 1926/258.

7 | BGBl. 1966/179. Das BGBl. 1966/179 ließ in § 7 Abs. 7 irrtümlich die »Staatswissenschaftliche Studienordnung BGBl. 258/1928« statt BGBl. 1926/258 außer Kraft treten.

weil die »Gefahr« der Etablierung einer kritischen Sozialwissenschaft bestand, die die herrschenden politischen Verhältnisse hinterfragen, demokratisieren und letztlich ebenso die Monopolstellung der Juristen in (rechts-)politischen Fragen sowie in der Verwaltung unterminieren könnte. Daran, an der konservativen, im Grunde wissenschafts-, weil kritikfeindlichen Hochschulpolitik, sollte sich bis weit in die Zweite Republik hinein nichts ändern, weil auch die ÖVP-SPÖ-Koalitionen zahlreiche »linke« Universitätskarrieren verunmöglichten.

In diese Umstände kam erst durch die SP-Alleinregierung Bewegung, die 1970 das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung schuf; bis dahin war Wissenschaftspolitik Angelegenheit des Unterrichtsministeriums gewesen. Als (kombinationspflichtige) Studienrichtung besteht die Politikwissenschaft daher erst seit dem Bundesgesetz über geistes- und naturwissenschaftliche Studienrichtungen⁸ respektive tatsächlich erst seit der Studienordnung für die Studienrichtung Politikwissenschaft,⁹ die 1978 verordnet wurde und an den Universitäten Salzburg und Wien 1980 in Kraft trat – eine im internationalen Vergleich sehr späte Institutionalisierung.

Staatswissenschaft

Während die staats- und politikwissenschaftlichen Fächer an den meisten deutschen Universitäten bis Anfang des 20. Jahrhunderts noch an den Philosophischen oder an eigenen Staatswissenschaftlichen respektive Staatswirtschaftlichen Fakultäten gelehrt wurden, waren sie in Österreich immer Teil der juristischen Staatsdienerausbildung gewesen. Dies führte jedoch zu einer zunehmenden Vernachlässigung der Gesellschaftswissenschaften, was den sozialen und politischen Veränderungen des Industriezeitalters und des modernen Massenstaates nicht mehr gerecht wurde. Es war daher die im Aufstreben begriffene Sozialdemokratie, allen voran die Gruppe der rechtswissenschaftlich gebildeten Austromarxisten, die frühe sozialwissenschaftliche Forschungsarbeiten leisteten und für die Etablierung eines staatswissenschaftlichen Studiums eintraten. Im Frühjahr 1919 war es schließlich so weit und Unterstaatssekretär Otto Glöckel richtete gegen nicht unerheblichen Widerstand seitens der Universitäten Graz und Innsbruck das Doktoratsstudium der Staatswissenschaften ein. Dieses schloss mit der Vorlage einer wissenschaftlichen Abhandlung (Dissertation) ab.

Obwohl die Berufungspolitik jener Jahre konservativ-katholisch bis explizit antimarxistisch, letztlich antisemitisch geprägt war und man an der Universität unter »soziologisch« die Gesellschaftslehre Othmar Spanns und seiner Schüler verstand,¹⁰

⁸ | BGBl. 1971/326.

⁹ | BGBl. 1978/259.

¹⁰ | Spann hatte programmatisch kundgetan, »die sog. Beziehungslehre, die sozialpsychologische Schule, die ethnologische Schule, die empiristische Richtung überhaupt« nicht mehr zu

verfassten einige Studierende innovative sozialwissenschaftliche Dissertationen, manchmal gar grundlegende Auseinandersetzungen mit den Methoden der Soziologie. Den Antrieb und die Kenntnisse dafür hatten sie allerdings nicht im Studium erhalten (bzw. wenn doch, dann nur in einigen wenigen ausgesuchten Seminaren innovativer Lehrender, die allesamt im liberalen Cluster anzusiedeln waren: Max Adler, Hans Kelsen, Ludwig Mises etc.), sondern in den Privatseminaren und unzähligen außeruniversitären Vereinigungen (vgl. Ehs 2010c). Auf der Zugehörigkeit zu diesen intellektuellen Netzwerken beruhte weiters die Chance, mittels eines Stipendiums (vor allem der Rockefeller Foundation) ins Ausland zu gehen und sich dort das Handwerkszeug moderner Sozialwissenschaften anzueignen.

Das Studium der Staatswissenschaften bestand bis 1966; aufgrund der langen Übergangsfristen konnte es bis 1975 abgeschlossen werden, verlor aber aufgrund der Etablierung der Politikwissenschaft an Zulauf. Internationales Renommee hatte es ohnehin nie erlangt, wie Adolf Kozlik festhielt: »In Deutschland wird schon jetzt ein staatswissenschaftliches Doktorat von einer österreichischen Universität kaum ernst genommen« (Kozlik 1965: 193). Er tätigte diese Aussage, weil das seit jeher unter der Obhut der Rechtswissenschaft stehende Studium keine sozialwissenschaftliche Ausbildung bot; nicht selten diente seine Absolvierung bloß als Zweitabschluss für diplomierte VolkswirtInnen und JuristInnen, die mittels einer Dissertation – die ja im Rechtsstudium nicht verlangt war – den Nachweis des wissenschaftlichen Arbeitens erbringen wollten und im titelbegeisterten Österreich ihre Karriere vorantrieben. Die überwiegende Mehrzahl der Dissertationsschriften beschäftigte sich daher mit ökonomischen oder staatsrechtlichen Themen und widmete sich aktuellen (wirtschafts-) politischen Fragen.

Im Erhebungszeitraum findet sich unter den an der Universität Wien eingereichten Abschlussarbeiten keine einzige, die sich mit der gesellschaftlichen Situation Österreichs unmittelbar vor oder während der nationalsozialistischen Epoche befassen würde. Keine der ohnehin wenigen soziologisch orientierten Dissertationen stellt zum Beispiel die Frage nach der (Mit-)Schuld oder dem Anteil von Österreich(erInnen) am NS-Regime. Unter all den 599 im Wiener Universitätsarchiv verwahrten Dissertationen findet sich nur eine, die dem Thema gerecht wird; allerdings handelt es sich um eine Untersuchung der Entstehungsbedingungen des Nationalsozialismus in Deutschland, die ohne Österreichbezug auskommt: Lore Scheer analysierte in ihrer Dissertation *Über die deutschen Gewerkschaften* die Weimarer Republik und thematisierte (partei-)politische Versäumnisse, die schließlich zum NS-Regime führten.¹¹ Ihr Gutachter, August Maria Knoll, warf ihr vor, dass sie subjektiv und politisch argumentiere, was wohl mit Scheers Vita zu tun hatte. Als Jüdin war sie 1936 auf-

behandeln, denn »[d]iese Schulen werden ihr Sprüchlein bald ausgestammelt haben. Der Geist der Zeit [...] kehrt sich von der öden Tatsachenjägerei ab« (Spann 1923: VI).

11 | Archiv der Universität Wien (UAW), Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät (J), Rigorosenakt für das Studium der Wirtschafts- und Staatswissenschaften (jüngere Serie) 1940–1975 (RA W) 235; in weiterer Folge zitiert nach den Siglen UAW, J RA W.

grund rassistischer Verfolgung in die USA emigriert, wo sie ab 1945 an der New York University Ökonomie studierte. Nachdem sie 1946 einen Exilösterreicher geheiratet hatte, übersiedelten beide 1949 nach Wien. Scheer war fortan als Soziologin tätig, widmete sich jedoch in späteren Studien nicht mehr dem Nationalsozialismus.

Auf Ebene des Staatsrechts sowie der politischen Theorie und Ideengeschichte gab es einige wenige DissertantInnen, die sich mit dem Nationalsozialismus als totalitärem System beschäftigten: 1952 betreute Knoll Margaretha Dollhopfs Arbeit *Der totale Machtstaat der Zukunft in den sozialen Romanen von heute* und kritisierte, dass sie sich zu wenig mit den Schriften Ernst Jüngers auseinandergesetzt habe, mahnte sonst aber keine weitere Analyse des Nationalsozialismus ein.¹² 1958 nahm Adolf Julius Merkl Rudolf Kreuzers Dissertation *Gewinnung und Ausprägung der Begriffe Diktatur, autoritärer und totaler Staat (Geschichte, Morphologie, Probleme) in methodischer und empirischer Darstellung* an. Diese Arbeit befasste sich unter anderem mit dem Führerprinzip im NS-Staat und war wiederum auch biographisch bedingt, da Kreuzer politischer Häftling im KZ Dachau gewesen war.¹³ Einige Jahre später (1961) betreute Merkl eine ähnliche Arbeit, nämlich Günther Haubenbergers Dissertation *Die totalitären Systeme*, die einen Vergleich zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem stalinistischen System der Sowjetunion anstellte.¹⁴

Der Staatsrechtler Adolf Julius Merkl war einer der wenigen Wissenschaftler jener Jahre, der Studierende tatsächlich zur Auseinandersetzung mit Themenstellungen zum Nationalsozialismus motivierte. Seit 1946 hatte er (zuerst an der Universität Tübingen, dann in Wien) wiederholt das Seminar *Das Problem der politischen Freiheit und Unfreiheit* angeboten, aus dem zahlreiche DissertantInnen hervorgingen, etwa Günther Görlich, der 1954 über *Die Grundzüge, sowie die rechtlichen und gedanklichen Grundlagen des Widerstands gegen den nationalsozialistischen Staat* schrieb.¹⁵ Merkl unterstrich in seinem Gutachten, dass der aus Troppau/Opava stammende Student ein »Heimatvertriebener« sei, und merkte zum Forschungsstand an, dass Görlich »die an deutschen Universitäten gesammelte reichliche politische und geschichtliche Literatur zum deutschen Widerstand gegen Hitler« eingesehen habe, »die in Österreich leider, soweit sie zögernd eingeführt worden ist, der Studentenschaft fast völlig unbekannt ist.« Er bedauerte, dass sich der Dissertant vorwiegend nur auf deutsche Literatur stützen konnte, weil die Forschungsarbeiten zum österreichischen Widerstand bislang »dürftig, theoretisch fast durchaus unerfahren und kritiklos« seien.¹⁶ Merkl selbst forschte zum Widerstandsrecht, was abermals biographische Gründe hatte: Im Zuge der nationalsozialistischen Säuberungsaktionen war er von seinem Posten an der Universität Wien zunächst beurlaubt, 1939 in den dauernden Ruhestand versetzt worden. 1941 konnte er vertretungsweise in

12 | UAW, J RA W 267 (Margaretha Dollhopf), Gutachten von August Maria Knoll.

13 | UAW, J RA W 362 (Rudolf Kreuzer).

14 | UAW, J RA W 472 (Günther Haubenberger).

15 | UAW, J RA W 296 (Günther Görlich).

16 | Ebd., Gutachten von Adolf Julius Merkl.

Tübingen eine Professur erlangen, musste sich aber jeglicher Bezugnahme auf politische oder staatsrechtlich-aktuelle Fragen enthalten. Trotz seiner Weigerung, der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen beizutreten, wurde er 1943 ebendort zum Professor bestellt. 1945 durfte Merkl als einer der wenigen »Unbelasteten« seine Lehrtätigkeit in Tübingen fortsetzen und widmete sich fortan und insbesondere nach seiner Rückkehr nach Wien 1950 vermehrt der Naturrechtslehre und dem darin begründeten Widerstandsrecht (Merkl 1961; vgl. Strejcek 2012). Zudem hatte er den »Anschluss« Österreichs an NS-Deutschland für rechtswidrig erachtet und entwickelte nach 1945 die »Okkupationsthese«, wonach das Anschlussgesetz juristisch absolut nichtig gewesen, Österreich daher okkupiert, nicht annektiert worden war. Diese These war ebenso wie die Wahl des Dissertationsthemas Görlichs auch zeithistorisch bedingt: Österreich befand sich damals in den Staatsvertragsverhandlungen und musste beweisen, dass ÖsterreicherInnen aktiv im Widerstand gegen den Nationalsozialismus gewirkt hatten. Schon die Moskauer Deklaration von 1943 hatte eingemahnt, dass »bei der endgültigen Regelung unvermeidlich sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung berücksichtigt werden wird« (zitiert nach: Karner und Tschubarjan 2015: 269).

Auch andere durch das NS-Regime (wieder) aufgeworfene völkerrechtliche Fragen wurden in Dissertationen behandelt, etwa die von Alfred Verdross-Droßberg betreuten Arbeiten über *Das Dobrudschaproblem* von Wladimir Eredanski 1946¹⁷ oder von Gerhard Eberstaller, der sich 1957 aufgrund seiner Tiroler Herkunft für *Die Rechtstellung der deutschsprachigen Minderheit in Italien* interessierte.¹⁸ Sie behandelten jedoch lediglich unmittelbar juristische Problemstellungen und analysierten nicht, wie es hierzu politisch oder soziologisch gekommen war.

Diese Erhebung der an der Universität Wien abgeschlossenen staatswissenschaftlichen Dissertationen zeigt, dass vor allem das biographisch bedingte Interesse – sowohl des Betreuers (insbesondere Adolf Julius Merkl) als auch des/der Studierenden – ausschlaggebend war, sich mit dem Nationalsozialismus zu beschäftigen. Sie stellten auch in späten 1950er-Jahren noch Pionierarbeiten dar und konnten sich kaum bis überhaupt nicht auf bestehende Literatur stützen. Eine profunde soziologische Analyse des Nationalsozialismus in Österreich lieferte allerdings keine dieser Arbeiten. Methodologisch ist der Grund auch darin zu finden, dass die Soziologie jener Jahre vom Rechtswissenschaftler August Maria Knoll geprägt war, der sich zwar als Mitbegründer des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW) engagierte, aber nicht unbedingt ein modernes Verständnis von Soziologie hatte. Erst nach Knolls Tod erhielten auch die StaatswissenschaftlerInnen eine Idee von empirischer Arbeitsweise, weil nunmehr der Soziologe Leopold Rosenmayr als Dissertationsbetreuer herangezogen wurde.

Es ist festzuhalten, dass zwar Adolf Julius Merkl einige gute staatsrechtliche und rechtsphilosophisch-ideengeschichtliche Arbeiten zum Nationalsozialismus angeregt

17 | UAW, J RA W 87 (Wladimir Eredanski).

18 | UAW, J RA W 342 (Gerhard Eberstaller).

und auch selbst umgesetzt hatte, die soziologischen Auseinandersetzungen aber u. a. aufgrund August Maria Knolls Prägung sowohl methodisch unzureichend als auch inhaltlich für das hier behandelte Thema nicht von Interesse sind. Die Vormachtstellung Knolls in der Wiener Soziologie und die Verhinderung einer politikwissenschaftlichen Ausrichtung fußten auch auf der Tatsache, dass dessen Jugendfreund und Studienkollege Ernst Karl Winter aus politischen Gründen keine Soziologieprofessur erhalten hatte.

Winter hatte schon ab 1929 mehrmals um Habilitation für das Fach Soziologie angesucht. Ihm war damals nahegelegt worden, dass ein »deutliches Bekenntnis zur deutschen Kulturgemeinschaft« seine Habilitation erleichtern würde.¹⁹ Aufgrund seiner Weigerung wurde er jedoch nicht habilitiert und 1938 musste er wegen seines Widerstands gegen den Nationalsozialismus in die USA emigrieren. Er kehrte erst 1955 nach Wien zurück und bemühte sich abermals um Habilitation und Lehrstuhl. Christian H. Stifter zeichnet die Kontroverse um Winters Rückkehr detailreich nach (Stifter 2014: 373–392) und verdeutlicht, »dass sich die geistig-ideellen Kräfteverhältnisse an der juristischen Fakultät kaum geändert hatten« (ebd.: 378), weil man ihm nach wie vor eine Karriere an der Universität versagte. Als Grund wurde eine Äußerung Winters angegeben, die er 1940 in der Zeitschrift *Social Research* getätigt hatte, nämlich: »Francis Joseph and Hitler are the two Austrians who bear the symbolic responsibility. Hitler is Francis Joseph's guilt« (Winter 1940: 480). Die Fakultät meinte nun, jemand, der öffentlich behaupte, dass Österreicher zwei Weltkriege verschuldet haben, sei kein würdiger Habilitationswerber. Erst 1949 wurde Winter schließlich doch habilitiert. Nachdem er aber weiterhin keinen Lehrstuhl für Soziologie erlangen konnte, führte er mit Unterrichtsminister Heinrich Drimmel Gespräche über die Errichtung eines Lehrstuhls für Österreichische Geschichte an der juristischen Fakultät, um Sozialgeschichte und politische Theorie zu lehren. Außerdem schrieb er vorwurfsvoll an seine ihn blockierenden Wiener Kollegen: »Die österreichischen politischen Wissenschaften sind nicht so überreich an reifen Kräften, dass die Universität das Recht hat, jemanden, der etwas leisten kann, einfach wieder sang- und klanglos ziehen zu lassen.«²⁰ Über eine Dozentur kam Winter, der in den USA schon Assistant Professor für Soziologie gewesen war, jedoch nie hinaus. Es schien beinahe, als wollte das Professorenkollegium, das über die Aufnahme zu entscheiden hatte, niemanden in seinen Reihen, der prononciert Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet hatte und die (Mit-)Schuld Österreichs bekannte. Das verunmöglichte es Winter, an der Universität Wien Forschungen zum NS-Regime zu betreiben bzw. diese bei Studierenden anzustoßen.

Es bleibt weiteren Erhebungen überlassen, die staatswissenschaftlichen Lehrenden und die Dissertationen ihrer Studierenden der anderen österreichischen Fakultäten auf dieses Thema hin zu untersuchen. Es darf aber angezweifelt werden, dass jene Suche anderslautende Erkenntnisse zu Tage fördern wird. Denn auf sämtliche Rechts-

19 | UAW, J, Personalakt (PA) 434 (Ernst Karl Winter), Habilitationsakt.

20 | UAW, J, PA Winter, 23,1.

und Staatswissenschaftliche Fakultäten Österreichs trifft die von Thomas König vorgenommene empirische Analyse zu den HochschullehrerInnen 1949 bis 1964 (König 2011a) zu, die ich am Exempel Ernst Karl Winters dargestellt habe: Die mangelnde Beschäftigung mit dem NS-Regime ist demnach maßgeblich auf die konservative Personalpolitik zurückzuführen. Denn die Mehrzahl der nach 1945 im Studium der Staatswissenschaften tätigen HochschullehrerInnen war während der faschistischen Zeiten mehr oder weniger durchgehend im Hochschulsystem verblieben. Selbst die während der Entnazifizierung Enthobenen drängten in den 1950er-Jahren wieder in die Dozenturen; zwischen 1952 und 1958 sorgten die »Ehemaligen« unter den HabilitationswerberInnen sogar für ein Viertel aller Habilitationsverfahren. Zudem war im Rahmen der Ordinarienuniversität – die das Hochschulorganisationsgesetz von 1955 nochmals verfestigte – den ProfessorInnen in den Nachkriegsjahrzehnten die nahezu alleinige Entscheidungsbefugnis über die weitere Personalauswahl und die Verleihung von Lehrbefugnissen zugekommen. Als Gatekeeper entschieden sie zudem über Anerkennung und Realisierung wissenschaftlicher Konzepte und die Institutionalisierung von Forschungsfeldern (vgl. König 2011a: 112). Jene hierarchische Entscheidungsstruktur führte zur Reproduktion des katholisch-konservativen bis autoritären Milieus und war für das innovationsfeindliche Klima an den Universitäten verantwortlich. An den Machthebeln saßen damals mehrheitlich (wieder-)berufene Professoren, die zwei Faschismen und die Entnazifizierung ausgesessen hatten. Von ihnen selbst war wohl kaum eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem NS-Regime zu erwarten; ebenso wenig die Auswahl und Beförderung eines kritischen Nachwuchses.

Dieser Zustand war nicht nur der Selbstorganisation der Ordinarienuniversität geschuldet, sondern auch politisch so gewollt, wie Christian Fleck (1996) umfassend dargelegt hat. Denn es hätte etliche emigrierte WissenschaftlerInnen gegeben, die zur Rückkehr bereit gewesen wären. 1946 hatte die Austrian University League of America Inc. (u. a. Politikwissenschaftler Erich Hula) ein *Memorandum on the Reconstruction of Austrian Universities* an Karl Renner, Leopold Figl und Unterrichtsminister Felix Hurdes gesandt, das zahlreiche Sozialwissenschaftler wie Felix Kaufmann, Alfred Schütz und Adolf Kozlik listete. Doch keiner von ihnen erhielt eine Einladung zur Rückkehr; immerhin lautete die Leitlinie des Unterrichtsministeriums bei der Auswahl der Rückberufungsanträge offiziell auf »prominent, katholisch-konservativ bis -monarchistisch und arisch« (Fleck 1996: 78–79).

Ebenso trafen die Forschungsarbeiten von Überlebenden und/oder WiderstandskämpferInnen auf wenig Resonanz. Wie Ulrike Vordermark (2016) erörtert, hatte es sehr wohl von Überlebenden der nationalsozialistischen Verbrechen selbst vorangetriebene Forschung gegeben – siehe etwa die Fallbeispiele der StaatswissenschaftlerInnen Lore Scheer und Rudolf Kreuzer. Doch diese zweifache Identität bedingte mangelnde Akzeptanz in Fachkreisen. Fleck (2005) spricht deshalb für die Nachkriegsjahre von einer »Vergeudung von Humankapital durch den Protektionismus konservativer Verbände« und konstatiert insgesamt ein weitverbreitetes »Desinteresse an wissenschaftlicher Forschung« unter den Professoren.

IHS

Nachdem die Sozialwissenschaften aufgrund der eben beschriebenen universitären Personalpolitik nicht mehr annähernd das Niveau der Vorkriegsjahre erreichen konnten, musste der Versuch abermals privat, außeruniversitär und mit ausländischer Unterstützung unternommen werden. Mit der Finanzierung eines Instituts für Höhere Studien und wissenschaftliche Forschung (IHS) knüpfte die Ford Foundation in der Art eines »intellektuellen Marshallplans« (Kramer 2002: 112) 1963 dort an, wo die Bemühungen der Rockefeller Foundation rund 30 Jahre zuvor enden mussten: Seit Mitte der 1920er-Jahre hatte die Rockefeller Foundation einerseits zahlreiche talentierte NachwuchswissenschaftlerInnen der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät gefördert, die aufgrund ihres sozialwissenschaftlichen Fokus und/oder ihrer jüdischen Herkunft und/oder ihrer Nähe zur Sozialdemokratie keine Anstellung an der Universität fanden, und sie mittels ad-personam-Stipendien für eine postgraduale Ausbildung im Ausland unterstützt (u. a. Gottfried Haberler, Erich Hula). Andererseits vergab sie Institutional Grants für extramurale Forschungseinrichtungen wie das Wiener Psychologische Institut von Karl und Charlotte Bühler oder das Institut für Konjunkturforschung von Friedrich August Hayek und Ludwig Mises und finanzierte somit besonders politisch anwendungsrelevante, empirische Forschung.

Zahlreiche methodische und inhaltliche Ansätze moderner Sozialwissenschaft waren unter Mitarbeit österreichischer EmigrantInnen in den USA weiterentwickelt worden und kamen nun von dort in modifizierter Form wieder zurück (vgl. dazu auch Amann in diesem Band). Wider die Innovationsaversion und straffe politische Kontrolle der Hochschul- und Wissenschaftspolitik durch das bis 1970 ÖVP-geführte Ministerium legte der Staatswissenschaftsabsolvent und Rockefeller-Stipendiat Oskar Morgenstern gemeinsam mit dem Rockefeller-Fellow Paul Lazarsfeld mit dem IHS einen abermaligen Grundstein für sozialwissenschaftliche Forschung und Lehre in Österreich. Nebst dem politischen »Restaurationsklima«, das Sozialwissenschaften als »Weltanschauungsfächer« verstand, die daher »für die klerikal-konservativen Kräfte als besonders »gefährliche« und »subversive« Disziplinen« (Kramer 2002: 110) galten, bestand das Problem des IHS in den ersten Jahren auch darin, dass man für die angebotene hochwertige postgraduale Ausbildung kaum gute Studierende fand. Denn viele von ihnen waren von den oben beschriebenen Professoren in einem antidiskursiven Klima erzogen worden. Fleck und Kramer erzählen anekdotenreich von jenen ersten schwierigen Jahren am IHS (Fleck 2000; Kramer 2002), vor allem von der großkoalitionären Interventionskultur und dem parteipolitischen Proporzsystem, mit dem sich die SPÖ einen gewissen Einfluss zu sichern suchte, den sie an den Universitäten nicht hatte (schon gar nicht nach dem Verlust der Regierungsbeteiligung 1966).

All diesen Umständen zum Trotz etablierte sich das IHS bald als angesehenes Zentrum sozialwissenschaftlicher Forschung. Diese war US-amerikanisch geprägt und dadurch dem Behaviorismus zugewandt. Jene Verwissenschaftlichung (»systematic science«) mittels »quantitative turn« bedeutete, dass man sich vor allem »sur-

veys, experiments, and secondary analysis« widmete. Die NachwuchswissenschaftlerInnen am IHS betrieben folglich ein behavioralistisches Forschungsprogramm, das in einem ersten Schritt das österreichische politische System empirisch dokumentierte (vgl. König 2012). Die politikwissenschaftlichen Projekte widmeten sich damals etwa der Einstellung der Jugend zur Politik, den Wahlen und Parteien in Österreich sowie der Kommunikationsstruktur und den Elementen der Parteikultur; die soziologischen Projekte befassten sich mit einer Untersuchung von sozialen Berufen in Österreich, der Bedeutung der Laiengerichtbarkeit, den familiären Faktoren des Schulversagens oder den ökologischen Bedingungen psychosozialer Fehlentwicklungen.²¹ Jene am IHS ausgebildeten WissenschaftlerInnen, die bald darauf die neue Generation universitärer ProfessorInnen und DozentInnen der Politikwissenschaft und Soziologie stellen sollten (allen voran Peter Gerlich und Anton Pelinka), waren demnach behavioristisch geprägt und zudem in aktuell politisch anwendbarer Forschung geübt. Kramer berichtet, dass besonders die Auftragsforschung seitens der Ministerien, der Nationalbank, der Kammern und Gewerkschaften Grundlagenforschung von hoher gesellschaftlicher Relevanz sein sollte (Kramer 2002). Dies verstärkte sich nochmals ab 1970 mit der SPÖ-Alleinregierung. Im Mittelpunkt standen fortan Systemanalysen des Gesundheitssektors, der Landwirtschaft, des Verwaltungssystems, der sozialen Ungleichheit und der Position Österreichs im internationalen System als Beiträge zu Gesellschaftskritik und Gesellschaftsreform. Der Erforschung des Nationalsozialismus kam hierbei kein Platz zu.

Politikwissenschaft

1966 trat mit dem Bundesgesetz über Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Studienrichtungen²² das Studium der Staatswissenschaften außer Kraft und zugleich wurde die »Wissenschaft von der Politik« als Wahlfach eingeführt. Die Universität Wien erhielt im Rahmen des Dienstpostenplans eine Lehrkanzel für Politik und Ideologiekritik an der Philosophischen Fakultät, die eigentlich für Ernst Topitsch vorgesehen war und nach dessen Absage 1968 mit dem Deutschen Heinrich Schneider besetzt wurde. Mit dem Bundesgesetz über Geistes- und Naturwissenschaftliche Studienrichtungen²³ war schließlich ein eigenes Diplomstudium Politikwissenschaft vorgesehen, das man ab dem Studienjahr 1971/72 als Hauptfach auf Grundlage der Philosophischen Rigorosenordnung aus dem Jahr 1945 – und damit kaum reglementiert – belegen konnte. 1971 erhielt auch die Universität Salzburg, wo das Studium der Politikwissenschaft allerdings bereits seit 1965 (auf Grundlage des Hochschulermächtigungsgesetzes²⁴) angeboten wurde, einen politologischen Lehrstuhl – den österreichweit ersten, der

21 | Vgl. UAW, Akademischer Senat, GZ 234 aus 1964/65, Informationsmaterial IHS.

22 | BGBl. 1966/179.

23 | BGBl. 1971/326.

24 | BGBl. 1935/266.

ausschließlich auf »Politikwissenschaft« lautete – und besetzte ihn mit Norbert Leser. Die erste politikwissenschaftliche Studienordnung konnte 1978 erlassen werden und kam ab dem Wintersemester 1980/81 zur Anwendung (vgl. Wicha 1972).

Gegen die Etablierung der Politikwissenschaft als eigenständige sozialwissenschaftliche Disziplin gab es vor allem aus den Reihen der RechtswissenschaftlerInnen enorme Vorbehalte. Sie warnten vor einer »Revolutionswissenschaft«, sofern die Politologie nicht »ein sehr starkes juristisches Korsett« trage. In einer *Denkschrift zur Frage der Errichtung einer Studienrichtung Politologie* hatte der Grazer Jurist Berthold Sutter (1970) die Bedenken seiner Kollegenschaft zusammengefasst und äußerte die Furcht, dass »ein unruhiges, revolutionäres akademisches Proletariat« entstehen würde. Hierin spiegelte sich die Gegnerschaft zwischen Rechts- und Politikwissenschaft in ihrer ideologischen Ausprägung wider. Wie bereits in den 1920er-Jahren hinsichtlich der Staatswissenschaft wurde von den meist konservativen Rechtswissenschaftlern weiterhin Sozialwissenschaft mit sozialistischer Wissenschaft gleichgesetzt und deshalb bekämpft. Der Verfassungsjurist und Nationalratsabgeordnete der ÖVP, Felix Ermacora, nannte das IHS eine »rote Kaderschmiede« und Salzburg galt wegen der Lehrkanzel des der SPÖ nahestehenden Norbert Leser als »rote Hochburg«.

Es war schließlich jedoch ausgerechnet ein Rechtswissenschaftler, der die frühe Politikwissenschaft beförderte, nämlich René Marcic. Laut König lag diese Ausnahme wohl darin begründet, dass Marcic nicht dem klassischen akademischen Karriere-Modell gefolgt war, sondern vor seiner Habilitation und Lehrstuhlbesetzung schon lange als Journalist das österreichische politische System beschrieben hatte (König 2012: 425–426). Er wurde an der Universität Salzburg erst 1963 Inhaber der Lehrkanzel für Rechts- und Staatsphilosophie, die 1965 auf Rechts- und Staatsphilosophie und politische Wissenschaft erweitert wurde. Ihm und dem Theologen Franz Martin Schmölz war es zuzurechnen, dass man ab diesem Jahr in Salzburg Politikwissenschaft studieren konnte. Marcic setzte sich schließlich für Norbert Leser als seinen Nachfolger ein, der auf diese Weise 1971 den österreichweit ersten Lehrstuhl für Politikwissenschaft erhielt.

Wiederum stellt sich die Frage, warum ein profunder Kenner österreichischer Innenpolitik, der hierzu umfangreiche Dokumentarbände herausgegeben hatte (Marcic, Mock und Schmölz 1966/1968), nicht auch deren personelle und ideelle Kontinuitäten der NS-Vergangenheit thematisierte. Hierzu mag ein Blick in Marcics Biographie Auskunft geben, die vor einigen Jahren kontrovers diskutiert wurde: Fritz Hausjell machte auf Marcics Tätigkeit während der Jahre des Nationalsozialismus aufmerksam; er war Presse- und Kulturreferent des faschistischen kroatischen Ustaša-Regimes am Generalkonsulat in Wien gewesen, habe sich in den späten 1940er-Jahren wiederholt für die Rechte ehemaliger Nazis eingesetzt und den Holocaust verharmlost (Hausjell 1989; 2005). Für einen in den faschistischen Systemen sozialisierten Lehrstuhlinhaber wie Marcic darf demnach unterstellt werden, was bereits oben hinsichtlich der Staatswissenschaftler angemerkt wurde: Da er die autoritären Zeiten ausgesessen und relativ unbeschadet überstanden hatte, sah er wohl schlicht keine Notwendigkeit, schlafende Hunde zu wecken. Auch waren aufgrund der nur man-

gelhaft ausgeführten Entnazifizierung in den 1960er-Jahren in der Academia noch immer jene Zirkel an der Macht, die wohl auch bei jüngeren KollegInnen wie Norbert Leser – der immerhin erst 1933 geboren war und damit einer anderen Generation als Marcic angehörte – eine Auseinandersetzung mit dem NS-Regime nicht geduldet oder gar befördert hätten. Schließlich war es politisch nicht sonderlich opportun, die These vom »ersten Opfer Hitlers« anzuzweifeln und für eine politikwissenschaftliche Erforschung jener Jahre vielleicht Karriere und Reputation zu gefährden. Außerdem war Leser zwar SPÖ-nahe, als Katholik aber auch beim Koalitionspartner wohlgekiten und stellte daher weltanschaulich kein Problem dar. Leser legte erst Jahre später Arbeiten zum Themenfeld Nationalsozialismus vor.

Überhaupt darf nicht angenommen werden, dass die Personalpolitik der Nachkriegszeit gänzlich anders ausgesehen hätte, wäre das zuständige Ministerium in Hand der SPÖ gewesen. Die Parteiführung hatte selbst wenig Interesse, vertriebene WissenschaftlerInnen zurückzuholen und/oder kritische SozialistInnen in bedeutende Positionen zu hieven. Von der Rückkehr der Vertriebenen befürchtete sie nämlich eine politische Destabilisierung und »Ideologisierung« ihrer Organisation, hatten doch die meisten geflüchteten SozialwissenschaftlerInnen einst linkssozialistischen Gruppen angehört (vgl. Kramer 2002: 111). Erst eine Generation später positionierte sich die SPÖ mit den MinisterInnen Hertha Firnberg und Leopold Gratz in der Alleinregierung neu und öffnete die Universitäten auch für weniger konformistische Studien und Studierende. Denn im Besonderen von der Einführung der Politikwissenschaft durfte »sich die Reformregierung praktische Impulse erhoffen« (König 2011b: 82). Auch Werner Pleschberger war seinerzeit überzeugt: »Politikwissenschaft ist unter institutionellen Gesichtspunkten deutlich eine Konsequenz sozialdemokratischer Modernisierung« (Pleschberger 1982: 9).

Die frühe universitäre Politikwissenschaft war demnach einerseits durch die Salzburger Rechtswissenschaftler René Marcic und Norbert Leser geprägt, andererseits durch die Behavioristen des IHS,²⁵ die von dort an die Lehrstühle in Wien (Peter Gerlich) und Innsbruck (Anton Pelinka) kamen. Sie machten die Beschreibung und Analyse des österreichischen politischen Systems zu ihrem zentralen Gegenstand (siehe Gerlich 1972). Diese zweifache erkenntnistheoretische Gründungsstruktur und Genealogie der Politikwissenschaft zeigte sich deutlich in einer kritischen Broschüre, worin Studierende der Universität Wien ihre Situation im Wintersemester 1975 zusammenfassten:

»Politikwissenschaft wird an der Philosophischen Fakultät studiert (Schneider-Institut); im Rahmen des Studienablaufs werden jedoch auch Lehrveranstaltungen an der Juridischen Fakultät (Gerlich-Lehrkanzel) angeboten. Der ideengeschichtlich-normative Ansatz Schneiders stellt eine, gegenüber der empirischen Variante Gerlichs antiquierte Version

25 | Auch Norbert Leser war zwei Jahre Assistent am IHS gewesen, doch hatte dies kaum Spuren hinterlassen und er war weiterhin eher an einer ideengeschichtlich orientierten Sozialphilosophie denn an empirischen Studien interessiert.

der bürgerlichen Politikwissenschaft dar. Ersterer Ansatz ist v. a. theoretisch-philosophisch orientiert [...], der zweite beschäftigt sich mit Parteien-, Parlamentarismusforschung, vergleichender Politikwissenschaft und ähnlichem. Historisch-materialistische (marxistische) Ansätze werden zum Teil von den fortschrittlichen Assistenten und Lehrbeauftragten sowie den Studenten beigetragen.« (IG/STRV 1975: 7)

Gemäß dieser Darstellung wäre durchaus zu erwarten, schon in den 1970er-Jahren auf eine politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem NS-Regime zu stoßen. Immerhin war bereits 1962 von sozialistischen Studierenden auf den Fall Borodajkewycz aufmerksam gemacht worden, 1965 war mit Ernst Kirchweger das erste politische Todesopfer der Zweiten Republik zu beklagen und Österreichs verdrängte NS-Vergangenheit Thema geworden. Dennoch sind für jene Frühzeit der universitär institutionalisierten Politikwissenschaft zumal in Wien keine profunden Beiträge nachzuweisen. Ein Blick in die Wiener Lehrveranstaltungsverzeichnisse der 1970er-Jahre zeigt, dass am Schneider-Institut überwiegend Ideengeschichte (z. B. *Politisches Denken im Mittelalter, Politik bei Luther und Calvin, Politische Theologie*) gelehrt wurde, wohingegen sich das Gerlich-Institut mit den Assistenten Emmerich Tálos und Karl Ucakar vor allem der Vermittlung des österreichischen politischen Systems und Wahl(rechts)studien widmete. Tálos, studierter Theologe mit Aufbaustudium am IHS, beschäftigte sich im Rahmen seiner Habilitationsschrift (Tálos 1981) zwar auch mit der Sozialpolitik des Nationalsozialismus, sein Forschungsschwerpunkt lag aber woanders. Walter Manoschek, der in den späten 1970er- und 1980er-Jahren in Wien studiert hatte und 1990 mit einer Arbeit über die Kriegsverbrechen der Wehrmacht dissertierte (Manoschek 1993), meinte lapidar auf meine Frage, ob er damals relevante Lehrveranstaltungen zum Thema Nationalsozialismus hatte besuchen können: »Das ist leicht zu beantworten. Es gab schlichtweg nichts.«

Anders als in Wien verhielt es sich am 1977 gegründeten politikwissenschaftlichen Institut der Universität Innsbruck: Dort war Anton Pelinka 1975 ordentlicher Universitätsprofessor geworden und baute das Institut mit auf. Pelinka hatte 1969 am IHS mit dem Linzer Zeithistoriker Karl R. Stadler über die Arbeiterbewegung zu forschen begonnen. Seine Habilitationsschrift (Pelinka 1972) behandelte die christliche Arbeiterbewegung in den Jahren 1918 bis 1938 und griff dabei auch die NSDAP auf. Diese im Grenzbereich von Zeitgeschichte und Politikwissenschaft angesiedelte Schrift wurde von Norbert Leser in Salzburg als politikwissenschaftliche Habilitation angenommen. An der Universität Salzburg war Pelinka auch mit der Historikerin Erika Weinzierl in Kontakt gekommen, die bereits in den späten 1960er-Jahren zum Nationalsozialismus forschte. Als Demokratie- und Parteienforscher, der intensive historische Kenntnisse von der österreichischen politischen Kultur hatte, begann Pelinka schließlich im Zusammenhang mit der sogenannten Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre 1975 auch zur NS-Vergangenheit (bzw. ihrem Fortwirken) zu publizieren (Pelinka 1976). Er war damit der erste österreichische Professor für Politikwissenschaft, der sich dieses Themas in Forschung und Lehre annahm (siehe Pelinka 1975; 1985; Pelinka und Weinzierl 1987).

Eine Betonung oder Vernachlässigung der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus beruhte damit vorwiegend auf dem jeweiligen persönlichen Interesse des Lehrstuhlinhabers. Weder in den Dienstpostenplänen noch in der ersten politikwissenschaftlichen Studienordnung (1978) wurde eine Beschäftigung mit dem NS-Regime eingefordert. Dies lässt sich nicht zuletzt aus einer ideengeschichtlichen Analyse konzeptioneller Grundlagen der österreichischen Politikwissenschaft erklären, die Thomas König (2012) vorgenommen hat: In ihren ersten Dekaden musste die junge Politikwissenschaft ihre Daseinsberechtigung artikulieren und ihre Wissenschaftlichkeit beweisen. Ersteres erfolgte durch eine klare Abgrenzung von den anderen Disziplinen, also insbesondere von Rechts- und Geschichtswissenschaft sowie auch von der Soziologie; zweiteres durch eine Betonung behavioralistischer Studien des zeitgenössischen politischen Systems. Die Analyse vergangener Tage überließ man in einem arbeitsteiligen Prozess den HistorikerInnen. Es bedurfte erst der Festigung der Politikwissenschaft als Disziplin, um den interdisziplinären Schritt zu wagen.

Umfassendere Studien zum Nationalsozialismus, die auf österreichische PolitikwissenschaftlerInnen und deren Untersuchungsgegenstand rückwirkten, wurden in jener Gründungsphase vor allem von ForscherInnen aus dem Ausland unternommen, wie etwa vom Historiker Bruce F. Pauley. Er hatte schon das Studienjahr 1957/58 in Wien verbracht und war 1963/64 als Fulbright-Stipendiat an die Universität Graz gekommen, um für seine Dissertation *Hahnenschwanz and Swastika. The Styrian Heimatschutz and Austrian National Socialism 1918–1934* zu recherchieren (Pauley 1972). Diese Schrift wurde in der jungen österreichischen Politikwissenschaft ebenso rezipiert wie sein nächstes, 1981 vorgelegtes Werk *Hitler and the Forgotten Nazis: A History of Austrian National Socialism*, das 1988 in deutscher Übersetzung erschien (Pauley 1988).

Nebst Anstößen aus dem Ausland fand die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus zuerst vor allem extramural statt: Das Wiener Institut für Wissenschaft und Kunst (IWK), das 1946 als »rote Gegenuniversität« zur Universität Wien gegründet worden war (vgl. Ehs 2016), hatte gemeinsam mit dem DÖW eine Vorreiterrolle inne. Man führte dort bereits Anfang der 1980er-Jahre Oral History-Projekte mit ehemaligen WiderstandskämpferInnen durch, zeigte 1982 die Ausstellung *Rassenbiologie im Nationalsozialismus* und veröffentlichte 1983 anlässlich des 50. Jahrestages der nationalsozialistischen Bücherverbrennungen die Broschüre *Verbrannte Bücher*. Im März 1985 organisierten Sebastian Meissl, Klaus-Dieter Mulley und Oliver Rathkolb schließlich am IWK das Symposium *Verdrängte Schuld. Verfehlte Sühne*, das sich Entnazifizierungsfragen widmete und die Kontinuitäten faschistischer Eliten aufzeigte.

Die langsam voranschreitende Steigerung politikwissenschaftlicher Erforschung des Nationalsozialismus belegen auch die Jahresberichte des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF).²⁶ 1977 erhielt der IHS-Absolvent Bernd Marin (damals noch unter dem Namen Bernd Tichatschek) als Mitarbeiter des Insti-

26 | Dort scheinen »politische Wissenschaften« als eigene Kategorie ab 1976 auf.

tuts für Konfliktforschung Fördergeld für sein Projekt über *Antisemitismus in Österreich* (Tichatschek-Marin 1978). 1978 suchte der Historiker Gerhard Botz erfolgreich um einen Druckkostenzuschuss für sein Buch *Wien im dritten Reich* an, das als *Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39* erschien und seither als früher Klassiker der NS-Forschung gilt. 1981 genehmigte der FWF eine hohe Summe für die deutschsprachige Übersetzung, Überarbeitung und Drucklegung von Felix Kreisslers Werk über den Bewusstwerdungsprozess der österreichischen Nation, *La Prise de Conscience de la Nation Autrichienne. 1938–1945–1978* (Kreissler 1984). Allmählich wagten sich immer mehr ForscherInnen an die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und ihrer Nachwirkungen in der Gegenwart, sodass sich der FWF im Jahresbericht 1983 veranlasst sah anzumerken: »Zunehmend werden ›heiße Eisen‹ der jüngsten österreichischen Geschichte angepackt« (FWF 1984: 50), und u. a. auf das Projekt des Grazer Theologen und Kirchenhistorikers Maximilian Liebmann über die Tagebücher des Prälaten Ignaz Seipel und Quellen zur Geschichte von Kirche und Nationalsozialismus in Österreich verwies. Außerdem erhielt Anton Pelinka eine Förderung für sein Projekt über Antisemitismus in Österreich, und 1984 wurde die Studie *Nationalsozialistisches Ideengut in der Umweltschutz- und Alternativbewegung der Gegenwart* von Erika Weinzierl gefördert. Ebenfalls noch in den Untersuchungszeitraum vor dem Take-off der österreichischen NS-Forschung fällt Karl Heinz' Projekt über *Ernst Karl Winter. Der Politiker und Politologe* (Heinz 1984).

Universitär durchsetzen konnte sich die Erforschung des NS-Regimes an den politikwissenschaftlichen Instituten ab den 1990er-Jahren. Eine neue Wissenschaftergeneration drängte in die akademischen Machtpositionen und auch die politischen Umstände der Forschungsförderung waren günstig: Kanzler Vranitzky hatte die Mitschuld Österreichs am Nationalsozialismus eingestanden und die Regierung traf Vorbereitungen zum EU-Beitritt, wo nach der Waldheim-Affäre eine reine Weste nicht schaden konnte.

Conclusio

Obwohl die demokratischen Jahre der Ersten Republik den Grundstein für eine kreative und innovative österreichische Sozialwissenschaft gelegt hatten, waren ihre VertreterInnen universitär nicht hinreichend etabliert gewesen, um eine eigenständige Disziplin begründen zu können. Denn sie waren dem aufklärerisch-liberalen bis austromarxistischen Lager zuzuordnen und viele von ihnen jüdischer Herkunft, wodurch sie aufgrund der Berufungspolitik keine Chancen auf universitäre Karrieren hatten: »Die Revolution von 1918 hat die Universitäten kaum gestreift; wehe den Marxisten, Liberalen, Juden« (Huppert 1976: 505). So hatte etwa das Studium der Staatswissenschaften die Aussicht verloren, sich zu einer kritischen Gesellschaftswissenschaft zu entwickeln. Da zudem nach 1945 von den emigrierten österreichischen SozialwissenschaftlerInnen kaum eine/r zur Rückkehr eingeladen wurde, bot sich den

Studierenden vorerst keine hinreichende politikwissenschaftliche Ausbildung. Denn reaktiviert wurde lediglich das katholisch-konservative Lager, das zwar in der NS-Zeit seine Universitätsposten verloren hatte, aber meist nicht emigrieren musste, zum Beispiel der Spann-Schüler August Maria Knoll; jener war allerdings kein Soziologe, sondern bestenfalls ein geisteswissenschaftlicher Gesellschaftswissenschaftler.

Trotz der nationalsozialistischen Vereinnahmung der geisteswissenschaftlich geprägten Richtung der Soziologie, die sich – im Gegensatz zu außeruniversitären, empirischen – an den Universitäten (weiter-)entwickeln hatte können, wurde im Nachkriegsösterreich nicht etwa sogleich auch empirische Sozialwissenschaft gefördert, sondern man hielt sich einerseits weiterhin an die geisteswissenschaftliche Richtung und setzte auf deren konservativ-katholische Prägung, verstand andererseits Politikwissenschaft als vorgeblich apolitische Institutionenkunde. Deshalb war nach dem Zweiten Weltkrieg seriöse sozialwissenschaftliche Forschung wie schon in den 1920er-Jahren vorwiegend außeruniversitär zu finden. Inneruniversitär war zu konstatieren:

»Sich selbst überlassen, kamen an Österreichs Universitäten jene Kräfte ans Ruder, denen es vor allem um eine Restauration vermeintlicher vergangener Größen zu tun war. Die Folge waren die Rückkehr der Nazis und eine nahezu vollständige Abkoppelung von den wissenschaftlichen Entwicklungen in den westlichen Ländern, die begleitet war von einer neuen Welle von Abwanderung junger Intellektueller.« (Fleck 2007: 446)

Im Gegensatz zu Deutschland hatten die Befreierstaaten in Österreich nämlich weitgehend auf eine Einmischung in den Hochschulbereich verzichtet bzw. waren daran gescheitert. Wer nach jener »Vertreibung des Geistes« an den Universitäten lehrte, war deshalb eine »im zweifachen Sinne des Wortes »zurückgebliebene Vernunft«, so Helmut Kramer (Kramer 2002: 110).

Linda Erker beschreibt eindringlich, wie nach 1945 alte Netzwerke, v. a. jene des Austrofaschismus, weitergewirkt und damit einen Elitenaustausch verhindert hatten (Erker 2017). Die von den US-AmerikanerInnen präferierte radikale Entfaschisierung konnte sich nicht durchsetzen; nach 1945 garantierte die österreichische Hochschulpolitik nur jenen einen Posten, die schon vor dem März 1938 an den Universitäten angestellt gewesen waren. Damit blieb all jenen die Chance auf Integration ins akademische Milieu versagt, die schon vor 1938 aus politischen oder rassistischen Gründen diskriminiert worden waren. Man konnte wieder unter sich bleiben. Roman und Hans Pfefferle stützen zudem Thomas Bernhards berüchtigte Österreich-charakterisierung als »katholisch-nationalsozialistisch« mit Zahlen: Drei Viertel aller ordentlichen und außerordentlichen Universitätsprofessoren an der Universität Wien der Nachkriegsjahre waren 1944 entweder Anwärter oder Mitglieder der NSDAP gewesen (Pfefferle und Pfefferle 2014: 264). Die übrigen waren zuvor dem Austrofaschismus nahestanden. Nach dem Abzug der Alliierten kam es zu einem weiteren Rückbruch; ab 1955 kehrten etliche belastete ehemalige NationalsozialistInnen, denen das zuvor noch nicht möglich gewesen war, als Lehrende an die Hochschulen zurück (vgl.

Erker 2017: 183). Ihre persönlichen Geschichten fanden in den wissenschaftlichen Fragestellungen Niederschlag und erklären mitunter die Umgehung einer kritischen Untersuchung des Nationalsozialismus. Wieso sollten gerade diese Menschen darauf hinwirken, das NS-Regime zu untersuchen, wenn ihnen doch am Schleier des Nichtwissens und Vergessens sehr gelegen war?

Der angesprochene Rückbruch trägt weiters zum Verständnis bei, warum die sehr früh (vor allem von Überlebenden und/oder WiderstandskämpferInnen) unternommenen Holocaust- und NS-Studien kaum Resonanz fanden und ab Mitte der 1950er-Jahre in Vergessenheit gerieten. Das Schicksal von Simon Wiesenthals 1947 in Linz gegründeten Zentrum für Jüdische Historische Dokumentation, das er schon 1954 wieder schließen musste, ist immerhin noch bekannt (vgl. Fritz, Kovács und Rásky 2016); die staatswissenschaftlichen Arbeiten von Lore Scheer und Rudolf Kreuzer hingegen liegen seit fast 70 Jahren ungelesen im Archiv. Wie anhand dieser frühen staats- und politikwissenschaftlichen Studien gezeigt werden konnte, waren es zunächst vor allem jene WissenschaftlerInnen, die unter dem Nationalsozialismus gelitten hatten, die sich nach 1945 dieses Themas annahmen. Erst die nachfolgende Generation und veränderte (partei-)politische Umstände sowie internationaler Druck sorgten für eine tiefergehende Auseinandersetzung mit dem NS-Regime. Was zunächst noch von der Forschungsneugierde einiger PionierInnen abhängig und als »Weltanschauungsfrage« mit Blick auf die Karriere zu analysieren oft nicht angeraten war und auch kaum finanzielle Förderung versprach, erlangte schließlich erst mit großem zeitlichen Abstand Anerkennung.

Literatur

- Ehs, Tamara (2010a): »Über die Ursprünge österreichischer Politikwissenschaft. Ein Blick zurück im Bologna-Jahr 2010«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 39. Jahrgang, Heft 2, S. 223–241.
- Ehs, Tamara (2010b): »Die Staatswissenschaften. Historische Fakten zum Thema ›Bildungsdoktorate‹ und ›Frauen- und Ausländerstudien‹«, in: *Zeitgeschichte*, 37. Jahrgang, Heft 4, S. 238–256.
- Ehs, Tamara (2010c): »Vertreibung in drei Schritten. Kelsens Netzwerk und die Anfänge österreichischer Politikwissenschaft«, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 21. Jahrgang, Heft 3, S. 147–174.
- Ehs, Tamara (2016): *Das IWK. Geschichte einer Wiener Gegenöffentlichkeit*, Wien (unveröffentlichter Forschungsbericht).
- Ehs, Tamara, und König, Thomas (2012): »Wissenschaft von der Politik vor der Politikwissenschaft?«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 41. Jahrgang, Heft 2, S. 211–227.
- Erker, Linda (2017): »Die Rückkehr der ›Ehemaligen‹. Berufliche Reintegration von früheren Nationalsozialisten im akademischen Milieu in Wien nach 1945 und 1955«, in: *Zeitgeschichte*, 44. Jahrgang, Heft 3, S. 175–192.

- Fleck, Christian (1996): »Autochthone Provinzialisierung. Universität und Wissenschaftspolitik nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich«, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 7. Jahrgang, Heft 1, S. 67–92.
- Fleck, Christian (2000): »Wie Neues nicht entsteht. Die Gründung des Instituts für Höhere Studien in Wien durch Ex-Österreicher und die Ford Foundation«, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 11. Jahrgang, Heft 1, S. 129–178.
- Fleck, Christian (2005): »Österreichs Wissenschaften in den Augen amerikanischer Besucher«, in: *Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit*, 5. Jahrgang, Heft 1, S. 119–134.
- Fleck, Christian (2007): *Transatlantische Bereicherungen. Zur Erfindung der empirischen Sozialforschung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fritz, Regina, Kovács, Éva und Rásky, Béla (Hrsg.) (2016): *Als der Holocaust noch keinen Namen hatte. Zur frühen Aufarbeitung des NS-Massenmordes an den Juden*, Wien: new academic press.
- Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, FWF (Hrsg.) (1984): *FWF-Jahresbericht 1983. Bericht an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung über das Jahr 1983 und die Lage der wissenschaftlichen Forschung*, Wien (https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XVI/III/III_00043/imfname_552023.pdf, 1. Oktober 2018).
- Gerlich, Peter (1972): »Zur Analyse des politischen Systems: Entwicklung eines Begriffsrahmens«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 1. Jahrgang, Heft 1, S. 55–71.
- Hausjell, Fritz (1989): *Journalisten gegen Demokratie oder Faschismus. Eine kollektiv-biographische Analyse der beruflichen und politischen Herkunft der österreichischen Tageszeitungsjournalisten am Beginn der Zweiten Republik (1945–1947)*, Frankfurt am Main/Bern/New York/Paris: Peter Lang.
- Hausjell, Fritz (2005): »Braune Federn«, in: *Die Zeit*, 14. Dezember 2005.
- Heinz, Karl Hans (1984): *Ernst Karl Winter. Ein Katholik zwischen Österreichs Fronten 1933–38*, Wien/Köln/Graz: Böhlau.
- Huppert, Hugo (1976): *Die angelehnte Tür. Bericht von einer Jugend*, Halle: Mitteldeutscher Verlag.
- IG/STRV (1975): *Informationen zum Studium der Politikwissenschaft*, Wien.
- Karner, Stefan und Tschubarjan, Alexander O. (Hrsg.) (2015): *Die Moskauer Deklaration 1943. »Österreich wieder herstellen«*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau. DOI: <https://doi.org/10.7767/9783205201601>.
- Kniefacz, Katharina (2018): Die Borodajkewycz-Affäre 1965 (<https://geschichte.univie.ac.at/de/artikel/die-borodajkewycz-affaere-1965>, 22. März 2019).
- König, Thomas (2011a): »Irrfahrer und Dulder, Titanen und Halbgötter. Eine empirische Analyse eines Samples von HochschullehrerInnen von 1949 bis 1964«, in: *Zeitgeschichte*, 38. Jahrgang, Heft 2, S. 108–129.

- König, Thomas (2011b): »Das unvollständige Projekt. Bestandsaufnahme der österreichischen Politikwissenschaft«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 40. Jahrgang, Heft 1, S. 81–89.
- König, Thomas (2012): »Vom Naturrecht zum Behaviorismus und darüber hinaus. Konzeptionelle Grundlagen der Disziplin Politikwissenschaft in Österreich«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 41. Jahrgang, Heft 4, S. 419–438.
- Kozlik, Adolf (1965): *Wie wird wer Akademiker? Zum österreichischen Schul- und Hochschulwesen*, Wien: Europa Verlag.
- Kramer, Helmut (2002): »Wie Neues doch entstanden ist. Zur Gründung und zu den ersten Jahren des Instituts für Höhere Studien in Wien«, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 13. Jahrgang, Heft 3, S. 110–132.
- Kreissler, Felix (1984): *Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozess mit Hindernissen*, Wien/Köln/Graz: Böhlau.
- Manoschek, Walter (1993): *Serbien ist judenfrei. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42*, München: R. Oldenbourg. DOI: <https://doi.org/10.1524/9783486595826>.
- Marcic, René, Mock, Erhard und Schmölz, Franz-Martin (1966 und 1968): *Zur Reform der österreichischen Innenpolitik 1955–1965. Dokumentation*, 1. Buch: Verfassungsleben, 2. Buch: Der demokratische Prozeß, Frankfurt/Zürich/Salzburg/München: Europa Verlag.
- Merkel, Adolf Julius (1961): »Das Widerstandsrecht gegen die Staatsgewalt im Lichte christlicher Ethik«, in: Höffner, Joseph, Verdroß, Alfred und Vito, Francisco (Hrsg.), *Naturordnung in Gesellschaft, Staat, Wirtschaft, Festschrift für Johannes Messner*, Innsbruck/Wien/München: Tyrolia, S. 467–480.
- Pauley, Bruce F. (1972): *Hahnenschwanz und Hakenkreuz. Der steirische Heimatschutz und der österreichische Nationalsozialismus 1918–1934*, Wien: Europa Verlag.
- Pauley, Bruce F. (1988): *Der Weg in den Nationalsozialismus. Ursprünge und Entwicklung in Österreich*, Wien: ÖBV.
- Pelinka, Anton (1972): *Stand oder Klasse. Die Christliche Arbeiterbewegung Österreichs. 1933 bis 1938*, Wien: Europa Verlag.
- Pelinka, Anton (1976): »Untersuchungsausschuß als Tribunal? – von besonderer Seite: Kreiskys Kampf mit dem Schatten«, in: *Österreichische Monatshefte*, 32. Jahrgang, Heft 1, S. 32.
- Pelinka, Anton (1975): »Die Opposition aus dem christlichsozialen-konservativen Lager«, in: Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945*, Band 1, Wien: ÖBV.
- Pelinka, Anton (1985): »Den Widerspruch auf die Spitze getrieben. Antinazismus in der Ära Kreisky«, in: Aktion Kritische Wähler (Hrsg.), *Brüche und Aufbrüche. Zum Wandel der Werte in der Politik*, Wien/München: Löcker.
- Pelinka, Anton und Weinzierl, Erika (Hrsg.) (1987): *Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit*, Wien: Edition S.

- Pfefferle, Roman und Pfefferle, Hans (2014): *Glimpflich entnazifiziert. Die Professorenschaft der Universität Wien von 1944 in den Nachkriegsjahren*, Göttingen: V&R unipress.
- Pleschberger, Werner (1982): »Politikwissenschaft in Österreich. Aspekte ihrer Entwicklung in den siebziger Jahren«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 10. Jahrgang, Heft 1, S. 5–20.
- Spann, Othmar (1923): *Gesellschaftslehre*, 2. Auflage, Leipzig: Quelle & Meyer.
- Stifter, Christian H. (2014): *Zwischen geistiger Erneuerung und Restauration. US-amerikanische Planungen zur Entnazifizierung und demokratischen Neuorientierung und die Nachkriegsrealität österreichischer Wissenschaft 1941–1955*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau.
- Strejcek, Gerhard (2012): »Adolf Julius Merkl (1890–1970): Asketischer ›Grüner‹ und Verfassungsjurist«, in: Strejcek, Gerhard (Hrsg.), *Gelebtes Recht. 29 Juristenporträts*, Bern/Wien: Stämpfli/Manz, S. 267–272.
- Sutter, Berthold (1970): »Denkschrift zur Frage der Errichtung einer Studienrichtung Politologie«, in: *Neues Forum. Internationale Zeitschrift für den Dialog*, Jahrgang 1970, Heft 197/II (Mai), S. 591–592.
- Tálos, Emmerich (1981): *Staatliche Sozialpolitik in Österreich. Rekonstruktion und Analyse*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Tichatschek-Marin, Bernd (1978): »Nachfaschistischer Antisemitismus ohne Antisemiten in Österreich«, in: Helmut Konrad (Hrsg.), *Sozialdemokratie und »Anschluß«*, Wien: Europa Verlag, S. 126–127.
- Vordermark, Ulrike (2016): »Der Zeuge als dichtender Wissenschaftler«, in: Fritz, Regina, Kovács, Éva und Rásky, Béla (Hrsg.), *Als der Holocaust noch keinen Namen hatte. Zur frühen Aufarbeitung des NS-Massenmordes an den Juden*, Wien: new academic press, S. 167–184.
- Wicha, Barbara (1972): »Politikwissenschaft in Österreich«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 1. Jahrgang, Heft 1, S. 89–96.
- Winter, Ernst Karl (1940): »Austria. Guilt and Virtue«, in: *Social Research*, 7. Jahrgang, Heft 4, S. 480–496.

Das Beispiel Konstantin Radaković¹

Zur Schnittstelle zwischen Philosophie und Soziologie im Kontext des Nationalsozialismus

Anna Klieber

Konstantin Radaković war Lehrender an der Universität Graz und einer der wenigen, die in Reaktion auf den »Anschluss« Österreichs an NS-Deutschland ihre Lehrberechtigung niederlegten (vgl. Jánoska 1996: 340) – wenig später wurde sie ihm als Gegner der nationalsozialistischen Regierung auch formell entzogen (vgl. Höflechner 2006: 188; Steirische Gesellschaft für Kulturpolitik 1985: 55). Er emigrierte nach Kroatien (vgl. Berger, Binder, Höfer, Koren und Valent 1997: 34), sein Vermögen wurde von den NationalsozialistInnen in Graz beschlagnahmt (vgl. Müller 1994). Er wurde nach dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht in Kroatien für drei Monate in einem Zuchthaus inhaftiert² und konnte erst 1945 nach Graz zurückkehren (vgl. Berger, Binder, Höfer, Koren und Valent 1997: 34).

Radaković soll in diesem Beitrag als ein Vertreter sowohl der Philosophie, als auch der sich entwickelnden Soziologie an der Karl-Franzens-Universität Graz im Zentrum stehen. Das heißt, akademisch bewegte er sich an der Schnittstelle zwischen Soziologie und Philosophie – vor 1945 sowie danach. Und obwohl Radaković und seine Rolle als dem Nationalsozialismus *nicht* treu Ergebener in unterschiedlichen Ausarbeitungen schon behandelt wurde,³ scheint genau dieser Schnittstelle, insbesondere im Kontext des Nationalsozialismus, bisher wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden zu sein.

1 | Eine weitere detaillierte Aufarbeitung zu Konstantin Radaković, vor allem in Zusammenhang mit der Entnazifizierung und dem Umgang mit der NS-Zeit an der Universität Graz, findet sich im Beitrag Klieber und Knapp (im Erscheinen). Im vorliegenden Artikel wird wiederholt auf den eben genannten Bezug genommen. Darüber hinaus überschneiden sich die Beiträge notwendigerweise in mancherlei Hinsicht, insbesondere aber mit Blick auf biographische Angaben; nichtsdestotrotz ist mein Fokus hier ein anderer.

2 | Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich (AGSÖ), Nachlass Konstantin Radaković, Österreichischer Bundesverband ehemals politisch Verfolgter (KZ-Verband), Landesverband Steiermark, Ausweis Nr. 6316, ausgestellt von der Landeshauptmannschaft für Steiermark Abt. 9 an Konstantin Radaković.

3 | Erhellend sind unter anderem die Schriften von Ludwig Biró (Biró 1998), Reinhard Müller (Müller 1994) oder Judith Janóska (Janóska 1996), auf die ich hier wiederholt Bezug nehme.

Damit sind mehrere Aspekte verbunden, die bereits eingangs erwähnt werden müssen. *Erstens* gibt es nicht allzu viele Unterlagen über Radaković, vor allem eigene Auskünfte (auch über seine Person) sind kaum vorhanden. Klarerweise müssen sowohl die politischen, als auch die institutionellen und fachlichen Informationen zu Radaković in den Kontext dieses »Quellenproblems« eingeordnet werden.

Zweitens steht die institutionelle Dimension, nämlich die Hochschulpolitik im Nationalsozialismus in Österreich und an der Universität Graz, damit in Zusammenhang. Wiederum ist es besonders relevant, sowohl die Zeit vor, als auch jene nach 1945 zu betrachten. In welcher Hochschulsituation befand er sich während des Nationalsozialismus, in welcher danach? Hat Radaković, vor allem mit seinem Beitrag zur philosophischen Soziologie in Graz, zur »Aufbau-« oder zur »Aufarbeitungsforschung« beigetragen, und in welchem Sinne? »Aufbauforschung« meint dabei die (Re-)Etablierung der Soziologie und Philosophie nach dem Zweiten Weltkrieg *ohne* auf ihre inhaltliche und institutionelle Involvierung im Nationalsozialismus Bezug zu nehmen – »Aufarbeitungsforschung« andererseits die in erster Linie kritische Erforschung eben jener philosophischen und soziologischen Beiträge, die den Nationalsozialismus in dieser oder jener Hinsicht unterstützten. Daher ist es *drittens* ebenfalls wichtig zu fragen, wie, ob und in welchem Umfang er sich über den Nationalsozialismus geäußert oder darüber publiziert hat.

Der Beitrag ist in diesem Sinne in zwei Teile gegliedert. Der erste wird sich mit allgemeineren biographischen Aspekten zur Person Radakovićs und seiner Situation an der Hochschule auseinandersetzen. In einem zweiten Abschnitt wird dies verbunden mit den genannten soziologisch-philosophischen Ausarbeitungen von ihm selbst, sowie mit einigen zusammenfassenden Überlegungen zum hier behandelten Themengebiet.

Biographie. Wer war Konstantin Radaković?

Beginn der akademischen Laufbahn

Der am 11. Juli 1894 in Graz geborene Konstantin Radaković verbrachte den größten Teil seines (akademischen) Lebens in Graz (vgl. Müller 1994), hatte allerdings sein Studium 1912 in Czernowitz (damals Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie, heute Tscherniwzi in der Ukraine) begonnen (vgl. ebd.; Rutte 2001: 347), das er ab 1913 in Innsbruck fortsetzte. Er promovierte an der Universität Innsbruck mit der Schrift *Das Problem der Kausalität* im Jahre 1918 (vgl. Berger, Binder, Höfer, Koren und Valent 1997: 34). Nach dem Abschluss seiner Dissertation übersiedelte er nach Graz (vgl. Rutte 2001: 347; Müller 1994) und habilitierte sich 1924 mit der Arbeit *Mechanismus und Vitalismus* (vgl. Jánoska 1996: 341). Er lehrte und veröffentlichte vorerst vor allem im Bereich der Philosophie – nichtsdestotrotz wurde seine Nähe zur Soziologie, sowie die Überschneidung philosophischer und soziologischer Fragestellungen, bereits weit vor 1945 deutlich.

Das Umfeld, in dem Konstantin Radaković aufwuchs, kann als akademisch geprägt bezeichnet werden. Auch sein Bruder Theodor Radaković lehrte ab 1928 als Privatdozent für Mathematik an der Wiener Technischen Hochschule und war ein, wenn auch weitestgehend unbekanntes, Mitglied des Wiener Kreises (vgl. Stadler 2015: 56; Rutte 2001: 349). Ebenfalls zu erwähnen ist Konstantin Radakovićs Tante, die Schriftstellerin und Philosophin Mila Radaković. Als Mitarbeiterin und Schülerin des Philosophen Alexius Meinong (vgl. Rutte 2001: 350) machte sie Konstantin Radaković bereits in den frühen 1920er-Jahren mit Meinongs Kreis vertraut (vgl. Müller 1994). Wie Heiner Rutte ausführt, sind in Radakovićs Schriften zwar Bezüge auf denselben zu erkennen, ein größerer »philosophischer Leitstern« war und blieb für ihn allerdings David Hume (vgl. Rutte 2001: 349). Wenig überraschend ist es also, dass Radakovićs philosophisches Schaffen von einer antimetaphysischen Tendenz gezeichnet war (vgl. ebd.). In der Schrift *Die Stellung des Skeptizismus zu Wissenschaft und Weltanschauung* bezeichnet er metaphysische Hypothesen »als eine unbeweisbare Phantasie« (Radaković 1928: 15).

In seinen Texten *Grundzüge einer deskriptiven Soziologie* (1927), *Grundzüge einer genetischen Soziologie* (1929) oder *Individuum und Gesellschaft* (1931) wird bereits in den späten 1920er- und frühen 1930er-Jahren die Nähe zur Soziologie deutlich. Eine deskriptiv-philosophische Betrachtung mit soziologischem Instrumentarium hält er besonders deshalb für so bedeutend, weil der konstante Wandel menschlicher Gesellschaften »soziologische Probleme einer wissenschaftlichen Untersuchung ganz besonders unzugänglich« mache (Radaković 1927: 3). »Zu diesen inneren Schwierigkeiten tritt noch die nahe Beziehung gerade der Soziologie, oder sagen wir besser des Gegenstandes dieser Wissenschaft, zur Tagespolitik hinzu« (ebd.). Radaković versucht hier, den Gegenstand der Soziologie einzugrenzen und ihr die Philosophie als »Weltanschauungslehre« gegenüberzustellen (vgl. ebd.: 4–5). Die Frage nach dem Sinn menschlichen Lebens und Zusammenlebens bildet für ihn »die Brücke zwischen Soziologie und der Philosophie« (ebd.: 5). So versucht er in derselben Abhandlung das »Wesen der äußeren Macht« zu klären, und diskutiert beispielsweise die Beziehung zwischen Masse und herrschender Minderheit (vgl. ebd.: 32–38). Ihm zufolge ist der wahre Grund dafür, dass eine nicht notwendigerweise physisch oder intellektuell überlegene Minderheit Macht über viele ausüben kann (vgl. ebd.: 37), die (auferlegte) »Unfähigkeit einer Masse gemeinsame Willensentschlüsse zu fassen« (ebd.: 38). Diese Fragen würden in das Gebiet der »genetischen Soziologie« münden, mit der er sich 1929 auseinandersetzt – die Untersuchung jener Tatbestände, »die begrifflich das Wesen der menschlichen Gesellschaft konstituieren, die also zum Begriff der menschlichen Gesellschaft so notwendig sind, wie das Dreieckigsein für den Begriff des Dreiecks« (Radaković 1929: 3). Wieder greift er Fragen nach der äußeren Macht, dem Wesen des Rechts sowie der Entstehung menschlicher Gesellschaft auf. Das Verhältnis von Einzelmensch und Masse wird spezifisch 1931 im Text *Individuum und Gesellschaft* adressiert. So schreibt er, wenn wir »von der Selbstständigkeit eines Individuums sinngemäß sprechen wollten, dürften wir nie diese durchgängige Abhängigkeit von der Umwelt vergessen und müssen die Relativität der Selbstständigkeit des

Individuums immer festhalten« (Radaković 1931: 11). Und trotzdem ist der Mensch für Radaković nicht ausschließlich Produkt seiner Umgebung, sondern auch von erbten Faktoren beeinflusst (ebd.: 12). Eine vermeintliche »Uniformität« von Individuen finde man nur in einer Masse bestimmten Charakters (vgl. ebd.: 14).

»Im Affekt, und das ist der Zustand einer Masse in großer Erregung, werden die individuellen Unterschiede verwischt und ausgelöscht und jeder Einzelne wird im weitestgehenden Maße äußeren Einflüssen zugänglich. So erscheint uns im ersten Eindruck eine Masse, die fast willenlos dem Worte eines sie aufhetzenden Führers folgt. Das Typische der Massenreaktion liegt darin, daß die individuellen, die rein persönlichen Reaktionen ausgeschaltet werden und daß eine große Anzahl Menschen auf den äußeren Reiz in ein und derselben Weise reagiert.« (Ebd.: 14–15)

Es muss nicht weiter betont werden, dass diese Skizzierung einer »Massenbewegung« (ebd.: 16) für die gesellschaftliche Situation der folgenden Jahre besonders bezeichnend sein wird.

Die Jahre 1933 und 1934

Mit der Ausschaltung des Parlaments und der Diktatur des Austrofaschismus in Österreich schloss Radaković sich der Einheitspartei Vaterländische Front an. Reinhard Müller hält fest, dass er politisch diesbezüglich nicht weiter in Erscheinung trat (vgl. Müller 1994) – diese Einschätzung stimmt auch mit jener von Ludwig Biró überein, der ihn, jedenfalls *vor* der Zeit des Nationalsozialismus, als »unpolitisch« wahrnahm (vgl. Biró 1998: 233). Wie bereits angemerkt war Radaković zu diesem Zeitpunkt schon seit dem Jahre 1927 Leiter des Seminars für Philosophische Soziologie. Er war, kurz nachdem er nach Graz übersiedelt war, provisorischer Angestellter (von 1921 bis 1922), 1924 schließlich provisorischer Leiter geworden (vgl. Müller 1994). Das Seminar für Philosophische Soziologie war bereits 1920/21 vom Philosophen Hugo Spitzer eingerichtet worden. Wie Gerald Mozetič ausführt, war eine institutionelle Verankerung des Faches in Graz somit bereits in den frühen 1920er-Jahren gegeben, wenn auch die Möglichkeiten des Teilbereichs durchaus beschränkt waren (vgl. Mozetič 2018: 41–42).⁴

Im Jahr 1934 erhielten die beiden Brüder Radaković außerordentliche Professuren in Graz – Konstantin im Juli für Philosophie,⁵ Theodor im November 1934 für Mathematik (vgl. Einhorn 1985: 562).

4 | Eine Soziologische Gesellschaft gab es in Graz allerdings bereits seit 1908, als sie anlässlich des 70. Geburtstages des Soziologen Ludwig Gumplowicz gegründet wurde (vgl. Mozetič 2018: 44).

5 | Vgl. Universitätsarchiv Graz (UAG), Personalakt (PA) Radaković Konstantin, Gutachten über Leistung in Wissenschaft und Unterricht, 1948, 1.

Die Jahre um 1938: Ablehnung des Nationalsozialismus

Die im Sommersemester 1938 durchgeführten Entlassungswellen an den österreichischen Universitäten – ein Prozess, der in Österreich deutlich rascher voranschritt als im »Altreich« – waren Christian Flecks Forschungen zufolge so umfangreich, dass einzelne Institute für kurze Zeit den Lehrbetrieb nicht mehr aufrechterhalten konnten (vgl. Fleck 1996: 69). Diese Geschwindigkeit der »Säuberungen« wurde, so Walter Höflechner, durch das bereits vorherrschende NS-Potential an den Universitäten begünstigt (vgl. Höflechner 1985: 185). Als weiteres »österreichisches« Spezifikum verzichteten im Vergleich zu Deutschland nach 1933 kaum Personen auf ihre Lehrbefugnis (vgl. Fleck 1996: 69). Radaković stellte hier eine Ausnahme dar.

Nach dem »Anschluss« zeigte er sich laut Judith Jánoska als einer der wenigen »Antifaschisten im Umkreis« des Philosophischen Instituts der Universität Graz (Jánoska 1996: 341). Biró beschreibt ihn als einen »der wenigen ganz überlegenen und abgeklärten Köpfe aus dieser Zeit« (Biró 1998: 233), hält aber fest, dass er Radaković vor der Zeit des Nationalsozialismus »die konkreten Erscheinungen des sozialen Lebens und die Wirklichkeit des politischen Kampfes nie so nahebringen« konnte, »so daß er sich von seiner rein philosophischen und lebensfremden Weltbetrachtung hätte abbringen lassen« (ebd.). Wie kam es also dazu, dass Radaković 1938 seine Dozentur niederlegte und sie ihm auch formell entzogen wurde? Es muss festgehalten werden, dass sich sowohl an der Philosophischen Fakultät allgemein, als auch am Grazer Philosophischen Institut bei den meisten Lehrenden durchaus Begeisterung für die politischen Entwicklungen abzeichnete (Höflechner 1985: 188).⁶ Eine Episode aus Birós *Die erste Hälfte meines Lebens* soll verdeutlichen, wie im Gegensatz dazu Radakovićs Einstellung aussah:

»Am Tage des Umbruches, knapp vor dem Einmarsch der deutschen Truppen, durchrasten brüllende Horden die innere Stadt. Konny fühlt sich durch den Lärm und die allgemeine Erregung in der gewohnten Zeitungslektüre im Café Herrenhof gestört, begibt sich auf die Straße und bricht angesichts des im Gange befindlichen Umbruches in die tief indignierten Worte aus: ›Was wollen denn diese braunen Banditen eigentlich?‹ Die Umstehenden weichen instinktiv von ihm zurück und Konny, unfähig, eine mitfühlende Seele in seiner Nähe zu entdecken, verläßt kopfschüttelnd den Schauplatz so unzivilisierter Ereignisse. Er begibt sich direkt in ein anderes Kaffeehaus, wie er weiß, das Nazihauptquartier (die berüchtigt gewordene ›Goldene Birne‹, wo sich später der ›Führer‹ selbst bei einem Grazer Besuch aufhielt), und stellt dort die SS-Häuptlinge, zum Teil Kollegen aus dem Professorenkollegium, zur Rede. Man hält ihn für einen harmlosen Narren, das ist damals und später sein Glück gewesen. [...] Von nun an widmet er dem Nazismus nicht nur den glühendsten Haß, dessen seine reine Seele fähig ist, sondern auch sein soziologisches und philosophisches Interesse. Den halben Tag und die ganze Nacht wandert er in der Stadt herum, sitzt in diesem und jenem Kaffeehaus, selbst in den Bars, spricht mit den Nazis, belauscht ihre Gespräche [...].

6 | Hierzu mehr im bereits genannten Beitrag Klieber und Knapp (im Erscheinen).

Sein Gehirn prägt sich alle Dinge und Geschehnisse ein und es gibt wohl kaum jemanden in dieser Zeit, der einen so vollständigen Überblick über die Ereignisse und ihre innere Verknüpfung hat, wie Konny.« (Biró 1998: 235–236)

Es ist ebenfalls den Überlieferungen Birós zu entnehmen, dass »Konny« in der ersten Vorlesung nach dem Umbruch (es dürfte sich um März oder Anfang April gehandelt haben) den Zuhörenden mitteilte, »daß keinem Gewaltregime in der Geschichte Bestand beschieden gewesen sei und daß er die Demokratie für die einzige lebenswerte Organisationsform der Menschen halte« (ebd.: 236). Er brandmarkte Herrschaft und Ideologie der NationalsozialistInnen (vgl. Biró, Freundlich, Haller, Jánoska, Jánoska-Bendl, Ohms und Wolf 1959: 6), und prophezeite seinen Studierenden »Glück und Ende« des Dritten Reiches aus rein moralischen Gründen« (ebd.). Wie Höflechner schildert, soll er im März 1938 einen »siegreich in Parteiform erschienenen Kollegen« (Höflechner 1985: 188) mit den Worten »Oh, Herr Kollege – schon im Kostüm« (ebd.) begrüßt und es darüber hinaus unterlassen haben, einer irrtümlichen Verhaftung durch nationalsozialistische Einheiten zu widersprechen. Indem Radaković die Preisgabe seiner Identität verzögerte, ermöglichte er demjenigen, an dessen Stelle er versehentlich festgenommen wurde, die rechtzeitige Flucht (vgl. ebd.).

Radaković wurde laut Biró bald vom Rektor aufgefordert, sein Lehramt zurückzulegen, und »über Nacht aus seinem Seminarraum entfernt« (Biró 1998: 236). Die Quellenlage legt den Schluss nahe, dass er sich im Oktober 1938 entschied, in Reaktion auf den »Anschluss« seine Dozentur niederzulegen (vgl. Fleck 1996: 69; Jánoska 1996: 340). Einen Monat später, im November 1938, wurde ihm als Gegner der nationalsozialistischen Regierung die Lehrbefugnis formell entzogen (vgl. Höflechner 2006: 188; Steirische Gesellschaft für Kulturpolitik 1985: 55). Zu diesem formalen Akt existieren keine Archivdokumente.

Radakovićs Ausscheiden hatte auch Auswirkungen auf die sich entwickelnde Soziologie an der Universität Graz, deren Präsenz im Jahre 1938 ohnehin spärlich war. Mozetič versteht die österreichische Soziologie allgemein bis weit ins 20. Jahrhundert als eine Publikationswissenschaft ohne klare institutionelle und universitäre Verankerungen (vgl. Mozetič 2018: 40): »Für viele Jahrzehnte blieb es bei vereinzelten Lehrveranstaltungen – auch der vehemente Verfechter einer Soziologie an der Universität Graz, Ludwig Gumplowicz, hielt beispielsweise nur einige wenige Vorlesungen über Soziologie« (ebd.: 41). Dazu kommt, dass die Darstellung der Geschichte der Soziologie, in einem nationalstaatlichen Rahmen gedacht, in Österreich mit dem Problem konfrontiert war, dass es eine wirkliche Kontinuität gar nicht geben konnte (vgl. ebd.: 39). Das gilt ebenfalls für Graz. Denn zwar existierte die bereits erwähnte Gesellschaft für Soziologie, sie war aber vom Beginn ihres Bestehens hauptsächlich »die Bemühung ›lokaler Größen‹ aus den Bereichen der Wissenschaft, Journalistik und Pädagogik, Interesse für die als Disziplin aufstrebende Soziologie zu bekunden und zu wecken« (Müller 1989: 7, zitiert nach: Mozetič 2018: 44). Verschiedene Fächer wiesen in Graz eine gewisse »soziologische Nähe« auf, darunter beispielsweise Rechtsphilosophie, Staatstheorie oder Nationalökonomie, gelegentlich wurde auch

Gesellschaftslehre unterrichtet. Die hier zu nennenden Akteure, Johann Mokre und Josef Dobretsberger, gingen beide ins Exil (vgl. Fleck 2013: 177). Nachdem Radaković als Leiter des Seminars für soziologische Philosophie über keine Lehrbefugnis mehr verfügte, wurde auch dieses, anders als in anderen Teilen Österreichs (vgl. Reinprecht 2014: 239) endgültig aufgelassen (vgl. Höflechner 2006: 188; Steirische Gesellschaft für Kulturpolitik 1985: 55).

Das Philosophische Institut hingegen konnte ohne Probleme weiter bestehen. Im Wintersemester 1938/39 wurden beispielsweise die Lehrveranstaltungen *Grundlagen der nationalsozialistischen Weltanschauung* von Carl Siegel, *Marxismus und nationaler Sozialismus im Lichte der biologischen Entwicklungsprinzipien* von Karl Sapper oder *Über Wesen, Schicksal und Aufgaben des deutschen Geistes. Einführung in die völkische Kulturphilosophie mit Lichtbildern und Besichtigungen* von Otto Julius Hartmann angeboten.⁷ Auch Radakovićs Lehrveranstaltungen für das Wintersemester 1938/39 – *Geschichte der Soziologie*, *Schopenhauer* und *Soziologische Übungen* – scheinen noch im Vorlesungsverzeichnis auf.⁸ Dass Radaković hier immer noch verzeichnet ist, lässt sich damit erklären, dass er die offizielle Rücklegung erst in einem Schreiben vom 24. Oktober 1938 mitteilte und der formelle Entzug der Professur einen Monat später folgte, das Vorlesungsverzeichnis jedoch bereits spätestens im September fertig gedruckt war.

Emigration

Vor seiner Emigration unterstützte Radaković jüdische Familien durch Freikauf, weshalb ihm bald eine Anklage wegen Devisenvergehens⁹ drohte (vgl. Müller 1994). Seinem bereits vielfach zitierten Freund Ludwig Biró und dessen Familie half er nicht

7 | UAG, Verzeichnis der Vorlesungen an der Karl-Franzens-Universität zu Graz für das Winter-Semester 1938/39, 26.

8 | Ebd.

9 | In Zusammenhang damit kann angemerkt werden, dass bei Biró (1998) mehrmals ein Geldtransfer in Bezug auf »Konny«s Erbe erwähnt wird: Bereits bei der Übersiedlung und Beschaffung von Reisepapieren für die Familie Biró wird Radaković an der Grenze vom »Devisenfahndungsbüro« mit dem »Schmugglerauto«, wie Biró es nennt, abgefangen und befragt (vgl. Biró 1998: 268–271), und auch später, als die Emigration nach Slowenien bereits vollzogen ist und weitere Schritte für die Flucht geplant werden, erwähnt Biró: »Ungefähr um dieselbe Zeit, Ende des Winters [1938, A.K.], fiel die Abwicklung des letzten Transfers der Berliner Gelder. Auf dem Konto von Konny's Grazer Bank lagen noch etliche 20.000 Mark, der Rest der Erbschaft. Um diese Zeit war man bei der Gestapo und der »Devisenfahndungsstelle« begrifflicherweise bereits auf uns aufmerksam geworden und wir wußten aus sicherer Quelle, daß irgendein Akt vorlag« (ebd.: 317). Wie Biró schildert, konnte Radaković als einziger den benötigten Betrag sicher von seinem Konto beheben; es handelte sich dabei aber um einen überaus gefährlichen Schritt, der eine Rückreise nach Graz erforderte (vgl. ebd.: 318; allg. 317–321). Bevor die Aktion vollzogen werden konnte, musste man sich daher vergewissern, »daß die Grenzstationen noch frei waren und daß auch sonst keine Schritte gegen Konny [...] eingeleitet waren« (ebd.: 319). Es liegt dementsprechend nahe, dass mit »Freikauf« und »drohendem Devisenvergehen« diese

nur bei den Vorbereitungen zur Flucht, er hatte auch vor, mit ihnen zu gehen (vgl. Biró 1998: 237–241). »Auf alle meine Einwände entgegnete er nur, daß er keinesfalls im Lande bleibe, daß er es nicht aushalte und daß er fort wolle« (ebd.: 237), so Biró.

Unter schwierigen Umständen reisten sie gemeinsam nach Jugoslawien – Biró und seine Familie erhielten mit nicht geringeren Schwierigkeiten eine Ausreisegenehmigung nach Tel Aviv (vgl. ebd.: 344) – Radaković emigrierte Anfang 1941 endgültig (vgl. Berger, Binder, Höfer, Koren und Valent 1997: 34). Er wurde kroatischer Staatsbürger und ließ sich auf einem Gut seiner VorfahrInnen in Kostajnica in Kroatien nieder (vgl. Müller 1994).

Das bereits erwähnte Quellenproblem betrifft ebenfalls Radakovićs Zeit in Kroatien. Hierzu ist sehr wenig bekannt, obwohl ein Dokument aus seinem Nachlass hervorsteicht. Es handelt sich dabei um einen Ausweis des »KZ-Verbandes«, dem Österreichischen Bundesverband ehemals politisch Verfolgter.¹⁰ Aus diesem geht hervor, dass Radaković später im Jahr 1941, nach der Besetzung Jugoslawiens durch die Deutsche Wehrmacht, für drei Monate, vom 6. Juni bis zum 27. September, im Zuchthaus als politischer Häftling inhaftiert und »wegen seiner politischen Überzeugung schwer gemaßregelt«¹¹ wurde. Ein Opferfürsorgeakt zu Radaković mit detaillierteren Informationen existiert allerdings weder im Steiermärkischen Landesarchiv noch im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW). Demnach ist auch unklar, in welchem Zuchthaus sich Radaković genau befunden hatte. Man kann schlussfolgern, dass er freigelassen wurde und die restliche Zeit bis 1945 am genannten Gut verbringen konnte. Unterdessen wurde sein Vermögen in Graz von NationalsozialistInnen beschlagnahmt (vgl. Müller 1994).

Die Jahre nach 1945

1945 kehrte Konstantin Radaković nach Graz zurück und erhielt erneut seine Lehrbefugnis. Er wurde zum Dozenten mit Titel eines außerordentlichen Professors ernannt – für Geschichte der Philosophie einerseits, für Philosophische Soziologie andererseits (vgl. Müller 1994; Berger, Binder, Höfer, Koren und Valent 1997: 34). Das soziologische Seminar, das 1938 geschlossen worden war, konnte damit wiedereröffnet werden (vgl. ebd.). Im Wintersemester 1946 hielt er bereits fünf Lehrveranstaltungen am Institut, wohl nicht zuletzt aufgrund des nun bestehenden Personalmangels.¹² Drei Jahre spä-

bei Biró beschriebenen Episoden gemeint sind. Dies scheint ebenfalls insofern schlüssig, als der Geldhandel mit Radakovićs Erbe vor allem Birós Familie, aber auch ihn selbst, in Zusammenhang mit Flucht und Emigration in dieser oder jener Hinsicht begünstigen sollte.

¹⁰ | AGSÖ, Nachlass Radaković, Österreichischer Bundesverband ehemals politisch Verfolgter (KZ-Verband), Landesverband Steiermark, Ausweis Nr. 6316, ausgestellt von der Landeshauptmannschaft für Steiermark Abt. 9 an Konstantin Radaković.

¹¹ | Ebd.

¹² | Vgl. UAG, Personalverzeichnis für das Studienjahr 1945/46; UAG, Vorlesungs-Verzeichnis an der K.F.-Univ. zu Graz für das Wintersemester 1946/47, 26.

ter, 1949, wurde er auf Antrag des Professorenkollegiums der Philosophischen Fakultät zum ordentlichen Professor ernannt.¹³ Im betreffenden Schreiben wurde explizit darauf hingewiesen, »dass der Genannte vom ns. Regime schwer geschädigt ist und seit seiner i. J. 1945 erfolgten Rehabilitierung bis zum WS 1948/49 die zwei Lehrkanzeln für Philosophie zu versehen hatte«.¹⁴

Radaković bekleidete nun die beiden Lehrstühle für Geschichte der Philosophie und Philosophische Soziologie gleichzeitig, daneben war er an der Urania Graz und in der Österreichischen Kulturvereinigung aktiv. Auch als er 1965 emeritiert wurde, hörte er nicht auf zu lehren, sondern hielt bis 1973 Vorlesungen. Radaković verstarb am 19. September 1973 in seinem 80. Lebensjahr (vgl. Müller 1994).

Quellenprobleme, Schnitt- und Leerstellen

In den Dokumenten, über die wir uns Radakovićs Situation erschließen können, gibt es einige Lücken. Wann zum Beispiel wurde ihm nun tatsächlich nahegelegt, die Lehrbefugnis zurückzulegen? Wann wurde er aus seinem Seminarraum entfernt? Das Originalschreiben zu seiner Niederlegung fehlt ebenso wie das Dokument zum Entzug der Dozentur durch die nationalsozialistischen Machthaber. Des Weiteren ist nicht bekannt, wo und warum genau Radaković sich in Kroatien im Zuchthaus befand. Ebenfalls ist von ihm selbst verfasstes Material aus dieser Zeit kaum vorhanden, obwohl Biró erwähnt, dass er dem Nationalsozialismus »sein soziologisches und philosophisches Interesse« (Biró 1998: 235–236) widmete.

Im Folgenden möchte ich einige dieser Fragestellungen anhand der vorliegenden Quellenlage besprechen und versuchen, diese weiter einzuordnen.

Leerstellen und (un-)politische Begründungen

Als erstes muss ein Dokument mit dem Betreff »Priv. Doz. Dr. K. Radaković, Niederlegung seiner Dozentur« erwähnt werden. Wir springen damit wieder in das Jahr 1938, als der Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Graz am 27. Oktober an das Ministerium für innere und kulturelle Angelegenheiten (Erziehung, Kultus und Volksbildung)¹⁵ folgende Zeilen schrieb:

»Der Privatdozent Dr. Konstantin *Radakovic* teilt unterm 24. Oktober 1938 mit: »Da sich der Zustand meiner Augen nicht, wie ich gehofft hatte, gebessert, sondern eher verschlim-

13 | Vgl. Österreichisches Staatsarchiv (OeStA)/Archiv der Republik (AdR), Bundesministerium für Unterricht (BMU), Personalakt (PA) 436 Konstantin Radaković, BMU: Antrag auf Ernennung zum ord. Prof., 1949, 66.

14 | Ebd.

15 | OeStA/AdR, BMU, PA Radaković, GZ 56 aus 1938/39, Priv. Doz. Dr. K. Radaković, Niederlegung seiner Dozentur, 27. Oktober 1938, 29.

mert hat, habe ich das Gefühl, dass ich meinen beruflichen Aufgaben nicht mehr voll gewachsen bin. Wirklich schweren Herzens habe ich mich daher entschlossen, meine Stellung als Privatdozent an der philosophischen Fakultät niederzulegen. Infolgedessen muss ich Sie, sehr geehrter Herr Dekan, auch bitten mich von der provisorischen Leitung des Seminars für philosophische Soziologie zu entheben.«¹⁶

Diese Begründung kann unterschiedlich gedeutet werden. Natürlich könnte man dies so erklären, dass Radaković seine Dozentur gar nicht aus weltanschaulichen Gründen zurücklegte, sondern aus gesundheitlichen. Selbst wenn er dem Nationalsozialismus nicht wohlgesonnen war, eine politisch »naive« oder gar unpolitische Persönlichkeit musste nicht unbedingt Probleme damit haben, an einer Universität zu arbeiten, an der die überwiegende Mehrheit dem Nationalsozialismus anhing.

Aus der Quellenlage lässt sich allerdings schließen, dass zum Zeitpunkt der Zurücklegung im Oktober 1938 Radakovićs Ablehnung des Nationalsozialismus bereits bekannt war. Allein schon deshalb scheint ein Ausscheiden aus rein gesundheitlichen Gründen unwahrscheinlich, vor allem wenn man bedenkt, dass ihm die Lehrbefugnis bald darauf formell entzogen wurde und er Jahre später, nach dem Ende des NS-Regimes, gesundheitlich in der Lage war, den Lehrbetrieb fast alleine aufrecht zu erhalten. Zudem erschließt sich aus dem Schreiben nicht, ob der Zustand der Augen tatsächlich der (einzige) Grund war, den Radaković gegenüber der Universität Graz angab.

Obwohl dies keine Antwort auf die obige Frage darstellt, muss dennoch bedacht werden, dass die Flucht ins Ausland zu diesem Zeitpunkt bereits geplant und vorbereitet wurde. Das könnte auch bedeuten, dass Radaković aus Vorsicht eine scheinbar »unpolitische« Begründung angab, vor allem, weil Bíró sich sehr besorgt zeigte, dass »Konny« versehentlich etwas verraten könnte:

»Tagelang wurde Konny vorbereitet, heilige Schwüre wurden ihm abgenommen, ja kein Kaffeehaus zu besuchen, überhaupt nicht auf die Straße zu gehen, außer den Wegen, die notwendig waren, mit niemandem zusammenzukommen, keine Auskünfte oder nur ganz bestimmte zu geben und sofort nach Erledigung der Geschäfte mit dem festgesetzten Zug fortzufahren.« (Bíró 1998: 319)¹⁷

Am überzeugendsten ist allerdings, dass alle überlieferten Dokumente und alle Aussagen von ZeitzeugInnen darin übereinstimmen, dass der formale Entzug der Dozentur aus weltanschaulichen Gründen erfolgte und auch die Niederlegung politisch motiviert war (vgl. Müller 1994; Fleck 1996; Bíró 1998; Jánoska 1996; Höflehner 2006). Insbesondere gibt hier ein Beurteilungsblatt aus dem Jahr 1949 Aufschluss, auf dem unter dem Punkt »Sonstige Bemerkungen (Hinweis auf eine Behandlung nach dem Verbotsgesetz 1947)« Folgendes verzeichnet ist: »Prof. RADAKOVIĆ verlor durch das NS-Regime 1938 seine Lehrstelle an der Hochschule. Er ist in politischer Beziehung

¹⁶ | Ebd.

¹⁷ | Dies wird eingehender diskutiert bei Klieber und Knapp (2019).

völlig einwandfrei«.¹⁸ Laut Fleck ist Radaković »der einzige deutschsprachige Soziologe, der dem Nationalsozialismus eine Absage erteilte und auf die Ausübung seiner Dozentur verzichtete« (Fleck 2018: 177).

Im diesem Dokument wird unter »Behandlung auf Grund der VO zur Neuordnung des österreichischen Berufsbeamtentums vom 31. Mai 1938« die »Entziehung der Lehrbefugnis aus politischen Gründen« mit einem »Bescheid des damaligen Ministeriums für innere u. kulturelle Angelegenheiten Abt. IV vom 4.11.1938, ZI.IV-2-41.482-c.« belegt.¹⁹

Jánoska führt allerdings an, dass in den Nachkriegsjahren am Philosophischen Institut niemand von der nationalsozialistischen Vergangenheit sprach, auch Radaković selbst nicht (vgl. Jánoska 1996: 341). Dies steht zum Teil auch in Zusammenhang mit den Entnazifizierungsverfahren an der Karl-Franzens-Universität Graz. Radaković wirkte hier bei der Rückholung des Philosophen Ferdinand Weinhandl, einem überzeugten Nationalsozialisten, mit. Dieser wurde bereits 1954 wieder mit der Doppelprofessur – zwar nicht für Philosophie, aber für Psychologie/Pädagogik – betraut, nachdem eine von Radaković beantragte Kommission zur Ernennung Weinhandls zum Ordinarius getagt hatte.²⁰ Auch wenn sich in Weinhandls Entnazifizierungsakt kein Schreiben von Radaković im Sinne eines »Persilscheins« findet, wirkte er auf diese Weise bei der Rückführung und Re-Institutionalisierung eines bekennenden Nationalsozialisten mit.²¹

Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus oder »Die Frage nach der Aufarbeitung«

Es wurde bereits erwähnt, dass Radaković nach dem Zweiten Weltkrieg zwei Lehrstühle bekleidete – Geschichte der Philosophie sowie Philosophische Soziologie (vgl. Berger, Binder, Höfer, Koren und Valent 1997: 34; Müller 1994). Mit ihm wurde auch das Soziologische Seminar in Graz wiedereröffnet (vgl. ebd.). Auch Radakovićs Schriften sind eindeutig an der Schnittstelle Philosophie/Soziologie zu verorten, stellen aber kaum explizite Bezüge zum Nationalsozialismus her. Welchen Beitrag leistete er zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus? Leistete er einen solchen überhaupt, oder trug er eher zur »Aufbauforschung« bei?

18 | OeStA/AdR, BMU, PA Radaković 10/75, Dokument 008184608, BMU: Beurteilungsblatt über Dr. phil. Konstantin Radaković 20. September 1949, 67.

19 | Vgl. ebd.: 42.

20 | Vgl. UAG, PA Weinhandl Ferdinand, Einsetzung einer Kommission für die Ernennung Professor Weinhandls zum Ordinarius, 25. März 1954.

21 | Weitere diesbezügliche Hintergründe müssten konkreter in Zusammenhang mit der Persönlichkeit Weinhandls und seiner Stellung am Institut und in der Philosophie allgemein betrachtet werden, wofür hier nicht der Raum ist. Hierzu verweise ich wieder auf Klieber und Knapp (im Erscheinen).

In der bereits zitierten Passage schreibt Biró, dass er »den halben Tag und die ganze Nacht« (Biró: 1998, 235) in der Stadt herumwanderte, mit »den Nazis« sprach und versuchte, sich alle Ereignisse und ihre Verknüpfungen einzuprägen (vgl. ebd.: 235–236). Hat Radaković diese Aufzeichnungen auch soziologisch-philosophisch verarbeitet?

Hier sollte man genauer unterscheiden zwischen Radakovićs Schriften *vor* 1938 und jenen, die *nach* 1945 erschienen sind. Aus der Zwischenzeit, das heißt während der Herrschaft des Nationalsozialismus, sind keine Publikationen vorhanden. Insgesamt verzeichnet der Katalog der deutschen Nationalbibliothek neun eigenständige Publikationen von Radaković, darüber hinaus veröffentlichte er mehrere Aufsätze und Sammelbandbeiträge.²² Dabei kann festgehalten werden, dass Radakovićs frühe Publikationen weit stärker in der philosophischen Tradition zu verorten sind als einige der darauf folgenden. So analysierte er in seinen ersten Veröffentlichungen die Themen *Vitalismus und Mechanismus* (1922), *Die letzten Fundamente der Hume'schen Erkenntnistheorie* (1925) und *Die Stellung des Skeptizismus zu den Grundlagen unserer Erkenntnis* (1926). 1927 erschien *Grundzüge einer deskriptiven Soziologie*, 1928 *Die Stellung des Skeptizismus zu Wissenschaft und Weltanschauung* und 1929 *Grundzüge der genetischen Soziologie*. Die letzte Veröffentlichung vor dem Nationalsozialismus ist die philosophisch-soziologische Schrift *Individuum und Gesellschaft* aus dem Jahre 1931, in der er grundlegende Fragen zum Entstehen sozialen Zusammenlebens und gesellschaftlicher Veränderungen stellt.

Während Radaković also in den 1920er- und frühen 1930er-Jahren noch beinahe im Jahrestakt kleinere Abhandlungen publiziert hatte, veröffentlichte er nach dem NS erstmals wieder 1950 den Aufsatz *Der Einfluss der Ehrenfelsschen Lehre von den Gestaltqualitäten auf die Soziologie* – erstmals seit fast 20 Jahren. 1951 folgte die Veröffentlichung *Das religiöse Erlebnis* – und besonders mit *Das Recht und die menschliche Gesellschaft* (1958) betrat er wieder soziologischeres Terrain. Schließlich beinhaltet eine Sammlung philosophischer Aufsätze zum Thema *Wissen und Glauben* aus dem Jahr 1964 neben Beiträgen zu *Spinoza* oder *Psychologie des religiösen Erlebens* auch Abhandlungen zum *Nationalismus* und über *Die philosophischen Grundlagen des Liberalismus* (Radaković 1964).

Wir erinnern uns, dass es ebenfalls Biró war, der seinen Freund als »ohne Verhältnis zur Politik der Zeit« beschrieb, sich dabei aber nachweislich vor allem auf die Zeit *vor* dem Nationalsozialismus bezog (vgl. Biró 1998: 233, 314). Es liegt dennoch nahe, einige von Radakovićs Äußerungen politisch zu lesen. Selbst wenn diese sich nicht *explizit* gegen Faschismus oder den aufstrebenden Nationalsozialismus richten, so scheint Radakovićs Verständnis von Gesellschaft und Individuum gar nicht mit einer solchen Politik im Einklang sein zu *können*, wie ich im Folgenden weiter verdeutlichen werde.

22 | Katalog der Deutschen Nationalbibliothek, Eintrag zu Radaković, Konstantin (<https://portal.dnb.de/opac.htm?method=simpleSearch&query=118597566>, 10. März 2018).

Dies sieht man beispielsweise in *Individuum und Gesellschaft* (1931), in dessen Abschnitt *Die Quellen des Patriotismus* er Folgendes festhält:

»Was aber ist der Anteil des Individuums bei der Bildung der Vereinigung von Heimatliebe und Nationalgefühl, die man Patriotismus nennt? Teils ein indirekter, durch die Bedeutung des Individuums für die Tradition, die wir schon besprochen haben, teils ein direkter, der die Ausartung des Patriotismus zum Chauvinismus bewirkt. Das individuelle Geltungsbedürfnis ist eine Grundeigenschaft des Individuums, und da die meisten Menschen niemals in die Lage kommen, dieses Geltungsbedürfnis durch Hervorheben ihrer eigenen Person zu befriedigen, so befriedigen sie es in der Masse. Aufzügen und Aufmärschen, Drohungen der Art wie ›wir werden es ihnen zeigen, vor unseren Tritten erzittert die Welt‹, liegt dieses individuelle Geltungsbedürfnis zugrunde: das Geltungsbedürfnis der Vielen, die allein nichts sind, aber in der Masse sich fühlen, das Geltungsbedürfnis des Einzelnen, gesteigert in dem ›Wir‹-gefühl und ohne hemmende Verantwortlichkeit. Hier liegt der Boden zum Chauvinismus und zur Aggressivität, denn das Geltungsbedürfnis will dem andern seine Bedeutung und Kraft zeigen.« (Radaković 1931: 38)

Angemerkt sei, dass diese Zeilen sieben Jahre vor dem »Anschluss« verfasst wurden. Hier deutet Radaković eine Art »Massenpsychologie« an, die sich rückführen lässt auf »das Geltungsbedürfnis der Vielen [...], gesteigert in dem ›Wir‹-gefühl« (ebd.). Dass dies auf nationalsozialistische Politik angewandt werden könnte, muss wohl nicht weiter erläutert werden.

Radaković erwähnt Adolf Hitler und den Nationalsozialismus explizit nur in einer mir bekannten Schrift. Es handelt sich dabei um den bereits erwähnten Band *Wissen und Glauben* (1964), in dem er den *Nationalismus* behandelt. Diesen versteht Radaković als einen der »wichtigsten geschichtlichen Faktoren der neueren Zeit« (Radaković 1964: 5) – vor allem geht es ihm um die Entstehung des europäischen Nationalismus am Beginn der Neuzeit und seiner Weiterentwicklung bis in die jüngere Zeit (vgl. ebd.: 8). Größere Aufmerksamkeit wird dabei dem Entstehen und der Reproduktion eines »Nationalgefühls«, des »Sich-als-eine-Nation«-Begreifens, geschenkt (vgl. ebd.: 8–20).

Als eine »andere Entwicklungstendenz« bezeichnet er »die durch *Hitler* eingeführte Rassenideologie«. »Hitler hat seine Bewegung ›Nationalsozialismus‹ genannt, eigentlich mit Unrecht« (ebd.: 18), so Radaković.

»Denn die sozialen Errungenschaften in Deutschland waren schon früher durch die international eingestellte sozialdemokratische Partei durchgeführt worden, genauso, wie dies in den Ländern des Ostens der Fall ist. Und der Klassenkampf in Deutschland richtete sich niemals gegen eine andere nationale kapitalistische Oberschicht, wie dies in Vorderasien und Osteuropa vielfach der Fall war. Aber durch das Aufstellen der Rassenideologie hat er ein neues Moment in den Nationalismus hineingebracht. Diese kurze und vorübergehende Dauer des Nationalsozialismus hat allerdings diese Tendenzen auch nur kurz [...] wirken lassen.« (Ebd.: 18–19)

In Wahrheit liege bei Hitler kein »Rassenressentiment« (ebd.: 19), sondern ein historisch gewachsenes »Ressentiment« vor. Hitlers Idee der »Rassen«, so Radaković, beruhe demnach auf »schwankenden« Beweisen, denn seine Ablehnung des Judentums sei historisch gewachsen und sozial konstruiert, und *nicht* auf tatsächlichen »rassischen« Unterschieden basierend (vgl. ebd.). »So falsch also auch die Rassenideologie ist, so hätte sie, wenn sie länger angedauert hätte, sich in der Tradition verankern und ein neues Moment in den Nationalbegriff hineintragen können« (ebd.).

Das Ausbleiben einer weiteren Behandlung dieses Themenkomplexes entschuldigt Radaković mit dem Kommentar, dass diese Verankerung in der Denktradition des Nationalismus eben nicht der Fall sei, und sie daher übergangen werden könnte (vgl. ebd.). Es bleibt daher bei diesen wenigen Worten, die explizit über den Nationalsozialismus geschrieben wurden.

Radaković unterschätzte offenbar die Auswirkungen und historisch gewachsenen und damit fortdauernden Tendenzen des Antisemitismus, den man als ein zentrales Element des Nationalsozialismus identifizieren kann. Dass Radakovićs soziologisches und philosophisches Schaffen nach dem Zweiten Weltkrieg also nicht fundamental zu einer Art expliziter »Aufarbeitungsforschung« über den Nationalsozialismus generell oder an den Hochschulen beitrug, lässt sich aus dem vorhandenen Material schließen. Man findet lediglich kurze Erwähnungen desselben, auf die nicht ausführlicher eingegangen wird. Vielmehr wird suggeriert, dass es »nichts mehr aufzuarbeiten geben würde«, da diese Forschungsrichtung nun vorüber sei, und sich nicht weiter verankert habe. Vor allem strukturelle und institutionelle Elemente, die es ehemaligen NationalsozialistInnen ermöglichten, schon bald wieder an der Universität zu unterrichten, werden damit negiert.

Wie Christoph Reinprecht allgemein in Bezug auf Österreich festhält, könnte »die bis in die Gegenwart hineinreichende weitgehende Nichtbearbeitung der NS-Herrschaft durch die österreichische Soziologie nicht so sehr der verzögerten institutionellen Etablierung des Fachs an den Universitäten an sich als vielmehr den spezifischen Bedingungen, in der sich dieser Prozess vollzog« (Reinprecht 2014: 256) verschuldet sein. Zwar gab es christliche und philosophische Soziologie, sowie eine zum Teil auch außeruniversitäre »Aufbauforschung« – diese verfügten aber über kaum begriffliches oder konzeptionelles Instrumentarium, um auf angemessene Art und Weise den österreichischen Faschismus und Nationalsozialismus strukturell analysieren zu können (vgl. ebd.). Die oben zitierten Passagen von Radaković zeigen meiner Meinung nach, dass ein solches Instrumentarium auch nicht gesucht wurde.

Radaković trug nach Ende des Krieges maßgeblich dazu bei, eine allgemeine soziologisch-philosophische Diskussion in Graz (wieder) zu etablieren. Diese Diskussion mag in vielerlei Hinsicht kritisch gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen gewesen sein. Man kann aber annehmen, dass sie wohl in erster Linie darauf abzielte, einen gewissen Status quo herzustellen, der eine weitere Entwicklung der Soziologie überhaupt ermöglichen würde, aber nicht danach suchte, die nationalsozialistische Vergangenheit zu erforschen oder zu erklären.

Schlussworte

Im vorliegenden Beitrag wurden Rolle und Wirkung des Philosophen und Soziologen Konstantin Radaković im Kontext des Nationalsozialismus dargestellt und diskutiert. Damit sollte die bisher wenig betrachtete Schnittstelle der sich entwickelnden (philosophischen) Soziologie an der Karl-Franzens-Universität Graz konkret in Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus beleuchtet werden. Damit verbunden sind drei zentrale Aspekte – *erstens* die geringe Quellenlage zu Radaković, *zweitens* die generelle institutionelle Situation der Universitäten im Kontext nationalsozialistischer Hochschulpolitik und *drittens* die dezidierten Äußerungen Radakovićs über (und gegen) den Nationalsozialismus.

Eine zentrale Einsicht des Beitrages ist die Feststellung, dass selbst *obwohl* Radaković nicht zur konkreten Aufarbeitung des Nationalsozialismus in einem akademischen Sinne beigetragen hat, man dennoch einen *indirekten* Beitrag feststellen kann. Dieser indirekte Beitrag äußert sich, so denke ich, einerseits in der ganz grundlegenden Ausrichtung seiner theoretischen Ausarbeitungen – eine Grundhaltung, die ich im vorliegenden Beitrag versucht habe anhand exemplarischer Textstellen zu rekonstruieren und darzustellen. Andererseits sind Radakovićs explizite Einstellung gegen den Nationalsozialismus und die damit verbundenen Handlungen zu betonen, mit denen er sich klar von vielen seiner (akademischen) ZeitgenossInnen unterschied. Doch ähnlich wie der Nationalsozialismus in Österreich allgemein für lange Zeit kaum thematisiert wurde, fand auch Radakovićs gegnerisches Wirken in der Nachkriegszeit kaum Erwähnung – wenn dieses auch nicht ganz vergessen wurde. So schreiben in einem ihm gewidmeten Artikel anlässlich seines 65. Geburtstags FreundInnen, KollegInnen und Studierende: »Was Sie lehrten und lehren, ist wahre Philosophie der Toleranz, denn Toleranz ist Ihnen nicht bloß wissenschaftliche Lehre, sondern zugleich und in erster Linie gelebte Praxis« (Bíró, Freundlich, Haller, Jánoska, Jánoska-Bendl, Ohms und Wolf 1959: 7). Des Weiteren wird aus einem Dokument zur Verleihung eines Lehrauftrages an Radaković aus 1945 deutlich, dass seine Wiedereinstellung als »Wiedergutmachung« gewertet wurde:

»Das Professorenkollegium der Philosophischen Fakultät hat in der Sitzung vom 14. Dezember 1945 beschlossen, dem tit. a.o. Professor für Philosophie, Konstantin Radakovic, der mit 1.10.1945 in seine Lehrtätigkeit an der Universität Graz wieder eingesetzt wurde, im Zuge der Wiedergutmachung, die mit der Vertretung des mit Rücksicht auf seine reichsdeutsche Staatsangehörigkeit entlassenen Dozenten Dr. Walter Steinbeck verbundene Vergütung, einen Dauerlehrauftrag für Geschichte der Philosophie und Soziologie zu gewähren.«²³

23 | OeStA/AdR, BMU, PA Radaković, GZ 628 aus 1945/46, Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Graz: Verleihung eines Lehrauftrages, 12. Dezember 1945, 32.

In einer bis vor Kurzem bestehenden »Ahnengalerie« aller ehemaliger Ordinarien des Instituts für Philosophie, in der Radaković dementsprechend auch abgebildet wurde, befand sich sein Bild (unkommentiert) zwischen einst engagierten und überzeugten Nationalsozialisten wie Ferdinand Weinhandl, Ernst Mally oder Carl Siegel, um nur drei exemplarisch zu nennen.²⁴ Weinhandl beispielsweise wurde in den »Dossiers des Sicherheitsdiensts des Reichsführers SS über Philosophie-Professoren« als einer von elf Philosophen im *gesamten* »Reich« unter »Nationalsozialistische Philosophen (Versuche eine ›nationalsozialistische Philosophie‹ aufzubauen)« aufgelistet (vgl. Leaman und Simon 1994: 47; hierzu allgemein Korotin 2001). Siegel wiederum versuchte in einem bereits 1934 erschienenen Beitrag zu *Nietzsche und die Gegenwart* eine Nietzsche-Interpretation anzubieten, »die dem nationalsozialistischen Wertgefüge entgegenarbeitet und Nietzsche zum heldenhaften geistigen Wegbereiter der ›germanisch – völkischen‹ Anschauung stilisiert« (Tschinkel 2009: 38). Und Mally veröffentlichte bereits 1938 mit seinen *Anfangsgründen der Philosophie* einen *Leitfaden für den philosophischen Einführungsunterricht an höheren Schulen*, in dem es um die Anwendung der nationalsozialistischen Weltanschauung für den Philosophieunterricht ging (vgl. Sauer 1998: 180; Roschitz 2016: 148).

Dass Radaković im Gegensatz dazu nicht nur am damaligen Philosophischen Institut, sondern an der gesamten Grazer Universität einer der wenigen war, die dem Nationalsozialismus *nicht* treu ergeben waren, und sogar seine Professur freiwillig und aus weltanschaulichen Gründen zurücklegte, wird bis heute nicht offiziell gewürdigt.

Literatur

- Berger, Harald, Binder, Thomas, Höfer, Ulf, Koren, Frank und Valent, Jutta (1997): *100 Jahre Institut für Philosophie. 400 Jahre Philosophie an der Universität Graz. Katalog zur Ausstellung anlässlich des 100jährigen Jubiläums der Gründung des philosophischen Seminars durch Alexius Meinong. Ausstellung an der Universitätsbibliothek der Karl-Franzens-Universität Graz*, Graz: Universitätsbibliothek.
- Biró, Ludwig (1998): *Die erste Hälfte meines Lebens: Erinnerungen eines Grazer jüdischen Rechtsanwalts von 1900–1940*, Graz/Wien: Droschl.
- Biró, Ludwig, Freundlich, Rudolf, Haller, Rudolf, Jánoska, Georg, Jánoska-Bendl, Judith, Ohms, Jan und Wolf, Karl (Hrsg.) (1959): *Philosophie der Toleranz. Festschrift zum 65. Geburtstag von Konstantin Radakovic, überreicht von Mitarbeitern und Schülern*, Graz: Leykam.
- Einhorn, Rudolf (1985): *Vertreter der Mathematik und Geometrie an den Wiener Hochschulen 1900–1940*, Band 2, Wien: VWGÖ.
- Fleck, Christian (1996): »Autochthone Provinzialisierung. Universität und Wissenschaftspolitik nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Öster-

24 | Die detaillierteren Biographien derjenigen weiteren Ordinarien, die im Kontext des Nationalsozialismus relevant sind, können unter <http://nsphilosophiegraz.at> eingesehen werden.

- reich«, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 7. Jahrgang, Heft 1, S. 67–92.
- Fleck, Christian (2018): »Soziologie in Österreich zur Zeit des Nationalsozialismus«, in: Moebius, Stephan und Ploder, Andrea (Hrsg.), *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie*, Band 1: Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum, Wiesbaden: Springer VS. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-07614-6_11.
- Höflehner, Walter (1985): »Zur Geschichte der Universität Graz«, in: Freisitzer, Kurt (Hrsg.), *Tradition und Herausforderung. 400 Jahre Universität Graz*, Graz: Akademische Druck- und Verlagsanstalt.
- Höflehner, Walter (2006): *Geschichte der Karl-Franzens-Universität Graz. Von den Anfängen bis in das Jahr 2005*, Graz: Leykam.
- Jánoska, Judith (1996): »Soziologie für Sozialismus«, in: Fleck, Christian (Hrsg.), *Wege zur Soziologie nach 1945: Autobiographische Notizen*, Opladen: Leske + Budrich.
- Klieber, Anna und Knapp, Thomas (2019): »Verdrängte Schuld? Das Grazer Philosophische Institut und die (gescheiterte) Entnazifizierung«, in: Halbrainer, Heimo, Korbel, Susanne und Lamprecht, Gerald (Hrsg.), *Die Karl-Franzens-Universität Graz nach 1945–1955*, Graz (im Erscheinen).
- Korotin, Ilse (2001): »Deutsche Philosophen aus der Sicht des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS. Dossier: Ferdinand Weinhandl«, in: Klingemann, Carsten, Neumann, Michael, Rehberg, Karl-Siegbert, Srubar, Ilja und Erhard Stölting (Hrsg.), *Jahrbuch für Soziologiegeschichte 1997/98*, Opladen: Leske + Budrich.
- Leaman, George und Simon, Gerd (1994): »Deutsche Philosophen aus der Sicht des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS«, in: Klingemann, Carsten, Neumann, Michael, Rehberg, Karl-Siegbert, Srubar, Ilja und Erhard Stölting (Hrsg.), *Jahrbuch für Soziologiegeschichte 1992*, Opladen: Leske + Budrich. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-322-96047-4_10.
- Mozetič, Gerald (2018): »Anfänge der Soziologie in Österreich«, in: Moebius, Stephan und Ploder, Andrea (Hrsg.), *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie*, Band 1: Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum, Wiesbaden: Springer VS. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-07614-6_5.
- Müller, Reinhard (1994): »Biographie Konstantin Radaković«, in: Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Universität Graz (http://agso.uni-graz.at/webarchiv/agsoe02/bestand/18_agsoe/18bio.htm, 18. März 2016).
- Radaković, Konstantin (1922): *Vitalismus und Mechanismus*, Graz: Leuschner & Lubensky.
- Radaković, Konstantin (1925): *Die letzten Fundamente der Hume'schen Erkenntnistheorie*, Graz: Leuschner & Lubensky.
- Radaković, Konstantin (1926): *Die Stellung des Skeptizismus zu den Grundlagen unserer Erkenntnis*, Graz: Leuschner & Lubensky.
- Radaković, Konstantin (1927): *Grundzüge einer deskriptiven Soziologie*, Graz: Leuschner & Lubensky.

- Radaković, Konstantin (1928): *Die Stellung des Skeptizismus zu Wissenschaft und Weltanschauung*, Graz: Leuschner & Lubensky.
- Radaković, Konstantin (1929): *Grundzüge einer genetischen Soziologie*, Graz: Leuschner & Lubensky.
- Radaković, Konstantin (1931): *Individuum und Gesellschaft*, Graz: Leuschner & Lubensky.
- Radaković, Konstantin (1950): *Der Einfluss der Ehrenfels'schen Lehre von den Gestaltqualitäten auf die Soziologie*, Sonderdruck, Graz: Universität Graz, S. 323–333.
- Radaković, Konstantin (1951): *Das religiöse Erlebnis*, Graz: Kienreich.
- Radaković, Konstantin (1958): »Das Recht und die menschliche Gesellschaft«, in: *Österreichische Zeitschrift für Öffentliches Recht*, 8. Jahrgang, Heft 4, S. 397–433.
- Radaković, Konstantin (1964): *Wissen und Glauben. Philosophische Aufsätze*, Graz: Schmidt-Dengler.
- Reinprecht, Christoph (2014): »Die österreichische Soziologie und der Nationalsozialismus. Aufbruch, Verdrängung und verletzte Identität«, in: Christ, Michaela und Suderland, Maja (Hrsg.), *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 237–262.
- Roschitz, Markus (2009): *Zauberbuch und Zauberkolleg. Ernst Mallys dynamische Wirklichkeitsphilosophie*, Graz: Grazer Universitätsverlag.
- Rutte, Heiner (2001): »Über K. Radakovic' Auseinandersetzung mit dem Skeptizismus und das pragmatische Argumentieren in der Erkenntnistheorie«, in: Binder, Thomas, Fabian, Reinhard, Höfer, Ulf und Valent, Jutta (Hrsg.), *Bausteine zu einer Geschichte der Philosophie an der Universität Graz*, Amsterdam/New York: Rodopi (Studien zur österreichischen Philosophie, Band 33).
- Sauer, Werner (1998): »Mally als NS-Philosoph«, in: Hieke, Alexander (Hrsg.), *Ernst Mally. Versuch einer Neubewertung*, Sankt Augustin: Academia.
- Stadler, Friedrich (2015): *Der Wiener Kreis. Ursprung, Entwicklung und Wirkung des Logischen Empirismus im Kontext*, 2. Auflage, Dordrecht: Springer.
- Steirische Gesellschaft für Kulturpolitik (Hrsg.) (1985): *Grenzfeste Deutscher Wissenschaft. Über Faschismus und Vergangenheitsbewältigung an der Universität Graz*, Graz: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Tschinkel, Gernot (2009): *Der geistige Anschluss – die Nazifizierung des österreichischen Wissenschaftsbetriebs im Bereich der Philosophie anhand ausgewählter Beispiele*, Graz: Universität Graz (Diplomarbeit).

Kontaminationen

Gesellschaftslehre zwischen Krucken- und Hakenkreuz

Einfluss und Wirken des Kreises um Othmar Spann

Andreas Huber

Am Fünften Deutschen Soziologentag in Wien 1926 stand einer der Teilnehmer allein auf weiter Flur. Der Wiener Ordinarius für Volkswirtschafts- und Gesellschaftslehre Othmar Spann hatte zum Thema des zweiten Verhandlungstages, zur Methodologie in der noch jungen Disziplin, Stellung genommen. Statistische und mathematische Analysen menschlicher Phänomene könnten keine Kausalgesetze produzieren, so Spann, empirische Beobachtung nicht die Komplexität gelebter Erfahrung erfassen. Er forderte eine »Soziologie des Geistes«, eine Gesellschaftslehre, die sich als Geisteswissenschaft verstand und sich methodisch klar von den Naturwissenschaften abgrenzte. Und so beginne die Soziologie auch nicht mit Auguste Comte, Herbert Spencer oder Albert Schäffle, sondern mit Platon und Aristoteles, mit Johann Gottlieb Fichte und Franz von Baader. Der einzig wahre Weg sei eine universalistisch-idealistische Gesellschaftslehre, in welcher der Einzelne nur als Teil des Ganzen zu verstehen sei. Spanns schärfster Rivale an der Universität Wien, der Soziologe und Theoretiker des Austromarxismus Max Adler, stimmte zwar in der »energischen Ablehnung einer naturalistisch-mechanischen Auffassung der Sozialwissenschaft« mit Spann überein, doch gab er zu verstehen, dass er diesen Naturalismus nicht mit metaphysischen Mitteln wie Spann, sondern rein erkenntniskritisch bekämpfe. Eine Wissenschaft konnte er in Spanns Universalismus nicht erkennen. Ablehnung schlug dem Wiener Ordinarius Spann aber auch von jenen Soziologen entgegen, die ihm weltanschaulich näherstanden, so von Werner Sombart, Leopold von Wiese und Ferdinand Tönnies (Wassermann 2014: 87–90; Dunkmann 1928: 1–6, 26).

Der von Spann und seinen Schülern vertretenen Ganzheitslehre, dem Universalismus, konnten die damals führenden Soziologen also nur wenig abgewinnen. Nichtsdestotrotz hatte der Spannkreis das Fach Gesellschaftslehre an Österreichs Universitäten der Zwischenkriegszeit, insbesondere in Wien, fest im Griff. Von der teils harten Kritik am zweiten Tag des Soziologenkongresses ließen sich Spann und seine Anhänger nicht aus der Fassung bringen – im Gegenteil: Für den deutschen Theologen und Soziologen Karl Dunkmann bezeichnete der Kongress gar »in der Geschichte

der deutschen Geisteskultur einen Wendepunkt« (Dunkmann 1928: 1). Gemessen an den Habilitationen und Berufungen seiner Schüler war Spann einer der erfolgreichsten, wenn nicht *der* erfolgreichste österreichische Hochschullehrer der 1920er- und 1930er-Jahre. Wie er es zuwege brachte, diese Hegemonie zu erringen – also einerseits seine Schüler an den Hochschulen zu verankern und andererseits seine Konkurrenten auszuschalten –, ist einer der Schwerpunkte dieses Beitrages. Spann, seine Schüler und deren Schriften wie auch ihre Lehre werden in weiterer Folge vor allem in Anbetracht ihres Verhältnisses zum Nationalsozialismus, aber auch anderer faschistischer Bewegungen beleuchtet. Berücksichtigt werden dabei jene Wissenschaftler, die bis 1938 unter Spann an der Universität Wien dissertierten und/oder habilitierten. Ihre weiteren Lebenswege nach dem »Anschluss« wie auch das Nachwirken des Spannkreises in der Zweiten Republik runden diesen Beitrag ab.

Aufstieg und Ideologie

Ein Blick auf Spanns wissenschaftlichen Werdegang bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts zeigt, dass sein Weg zum »semi-religiösen Propheten«¹ – einen solchen sah der deutsche Soziologe und Volkswirt Leopold von Wiese in ihm (Haag 1969: 67–68) – wie auch zum entschiedenen Gegner der empirischen Sozialforschung keineswegs vorgezeichnet war. Der am 1. Oktober 1878 in Wien geborene Spann, dessen Vater Fabrikant war, studierte Nationalökonomie in Wien, Zürich, Bern und Tübingen (ebd.: 3), wo er 1903 mit einer Arbeit zu Untersuchungen über den Gesellschaftsbegriff promovierte (Krause, Graupner und Sieber 1989: 534). Anschließend arbeitete er in der Zentrale für private Fürsorge in Frankfurt am Main, wo er statistische Untersuchungen zu unehelichen Kindern vornahm. 1908 kehrte er nach Wien zurück und bereitete dort als Vizesekretär der Statistischen Zentralkommission die Volkszählung von 1910 vor (Mentschl 2005: 447–448). Bereits davor, 1907, hatte er sich bei Friedrich Gottl-Ottlilienfeld mit der Schrift *Wirtschaft und Gesellschaft* an der Technischen Hochschule Brunn für das Fach Nationalökonomie habilitiert (Berndorf 1980; zu Gottl-Ottlilienfeld vgl. auch den Beitrag von Morikawa in diesem Band). In Brunn verlief seine akademische Laufbahn auch danach erfolgreich: Auf das Extraordinariat 1909 folgte nur zwei Jahre später die ordentliche Professur für Volkswirtschaftslehre und Statistik.

Dass Spann nach Ende des Ersten Weltkrieges, an dem er bis 1915 im Feld (Reserveoffizier) teilgenommen hatte (Haag 1969: 10–12),² die prestigeträchtige Professur in Wien erhielt und in weiterer Folge als Gatekeeper der universitären Soziologie fungierte, ist auch der Verquickung einiger Umstände in den Jahren 1917 und 1918 zuzuschreiben. So verstarb am 4. Juni 1917 der Nationalökonom und Politiker Eugen

1 | Hervorhebung bei Zitaten, wenn nicht anders angemerkt, wie im Original.

2 | Spann wurde in den Kämpfen in Lemberg verwundet und trat 1916 dem Wissenschaftlichen Komitee für Kriegswirtschaft bei.

Philippovich, der im Verein für Socialpolitik aktiv gewesen war und zu den Proponenten der Sozialpolitischen Partei gezählt hatte. Soziologische Meriten hatte er sich insbesondere mit einer 1894 veröffentlichten Studie zu den Wohnverhältnissen in Wien erworben (Philippovich 1894).³ Für seine Nachfolge einigte sich das Professorenkollegium der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät *unico loco* auf Max Weber, zu diesem Zeitpunkt Honorarprofessor in Heidelberg. Weber nahm die Professur »bedingterweise« an und las ab dem Sommersemester 1918 an der Universität Wien – wie der *Neuen Freien Presse* zu entnehmen ist, unter reger Beteiligung nicht nur der Studentenschaft, sondern auch renommierter Wissenschaftler und höherer Beamter. Letztlich schlug Weber das Angebot, langfristig in Wien zu bleiben, aber aus (o. A. 1918) und ging stattdessen nach München, wo er zwei Jahre später verstarb.

Im Todesjahr Philippovichs war zudem der Mitbegründer der österreichischen Schule der Nationalökonomie, Friedrich von Wieser, zum Handelsminister ernannt worden. Somit waren Mitte 1918 zwei Lehrkanzeln für Politische Ökonomie an der Universität Wien vakant. Das Professorenkollegium entschied im Juli 1918 aber, nur jene Philippovichs nachzubersetzen. Auf der Berufungsliste fanden sich *primo et aequo loco* Othmar Spann und Kurt Wiedenfeld, der seit 1914 als Ordinarius an der Universität Halle lehrte.⁴ Nachdem die Verhandlungen mit Wiedenfeld, der im gleichen Jahr in das Auswärtige Amt wechselte und 1919 die Leitung der Außenhandelsstelle übernahm (Killy und Vierhaus 1999: 480), scheiterten, fiel die Wahl auf Spann. Dieser wurde mit 1. Mai 1919 zum ordentlichen Professor für Volkswirtschaftslehre und -politik, Finanzwissenschaft und Gesellschaftslehre ernannt.⁵

Das Konzept, mit dem Othmar Spann in den folgenden zwei Jahrzehnten Massen an Studierenden aus dem katholischen und nationalen Lager für sich gewinnen konnte, war der Universalismus. Er sah die Gesellschaft als einen Organismus, in dem einzelne Teile voneinander abhängig waren und »die Lebenskraft [...] stets in dem Ganzen selber, in dem Zusammenhang aller Teile« wohnte (Spann 1923: 11–12). Er und seine Anhängerschaft verstanden den Universalismus zudem als Gegenbegriff zum Individualismus. Unter letzteren fielen ihrem Urteil nach auch allgemeine staatsbürgerliche Freiheiten sowie gewerkschaftliche Rechte der Arbeiterschaft oder die gesamte Lehrtradition der klassischen bürgerlichen Ökonomie. Der Marxismus war demnach mit dem Individualismus ebenso verwandt wie Liberalismus und Sozialismus. Spann betrachtete denn auch die liberalen Ideen von 1789 sowie die marxistischen von 1917 als Feind »völkischer« oder »ständischer Ganzheit« (Krause, Graupner und Sieber 1989: 535). Mit der Französischen Revolution war ihm zufolge die soziale Stabilität Europas zugrunde gegangen, der Glaube an ein vollkommen freies Individuum

3 | Philippovich untersuchte die Raumverhältnisse und Mietpreise von 101 Wohnungen in den Bezirken Ottakring, Meidling, Favoriten und Leopoldstadt.

4 | Österreichisches Staatsarchiv (OeStA)/Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA), Personalakt (PA) Spann, Deutschösterreichisches Staatsamt für Unterricht, Nr. 3462-1919, Referentenerinnerung zum Beschluss des Staatsdirektoriums vom 30. Jänner 1919.

5 | Vgl. etwa Archiv der Universität Wien (UAW), Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät (J), PA 396, fol. 11, Personalblatt, 23. Mai 1945.

habe die Beziehung zwischen dem sozialen Ganzen und ihren Komponenten zerstört (Haag 1969: 30–31).

Als bekanntestes Werk von Othmar Spann ist *Der Wahre Staat* (1921) hervorzuheben, das aus einer Vorlesungsreihe im Jahr 1920 hervorging (Haag 1969: 29). Darin forderte er eine »Staatsform [...], welche eine rangstufige (hierarchische) Gliederung der Gemeinschaften vorsieht«, kurz: einen Ständestaat, zumal nur dieser eine »Herrschaft des Besten« ermögliche (Spann 1923: 215–216). Auf zeitgenössische SoziologInnen nahm er darin nicht Bezug. Zu Spanns Vorbildern und Ideengebern zählten stattdessen die deutschen Romantiker aus dem ersten Drittel des 19. Jahrhunderts wie auch Philosophen aus Antike und Mittelalter (Haag 1969: 67–68). So waren etwa Spanns fünf Stände (Handarbeiter, höhere Arbeiter, Wirtschaftsführer, Staatsführer und Weise bzw. schöpferisch höherer Lehrstand) von Platons Staatskonzeption (Nährstand, Kriegerstand und Stand der Weisen) beeinflusst (Spann 1923: 227–229).

Der Wahre Staat wie auch Spanns Folgewerke wie *Kategorienlehre* (1924) oder *Kämpfende Wissenschaft* (1934) hatten wenig bis gar nichts mit empirischer Wissenschaft zu tun. Spann war auch nicht daran interessiert, Gesellschaften zu analysieren, und so handelte es sich bei seinen Werken vor allem um die Beschreibung einer idealen Welt. Kritiker wie von Wiese sahen in ihm daher eher den genannten Propheten und weniger einen Wissenschaftler. Einen Propheten oder Heilsbringer sahen zudem viele seiner Schüler in ihm. Jakob Baxa beschrieb seine Berufung nach Wien etwa wie folgt:

»Es mußte ein Mann kommen, der einer irrgewordenen Zeit die tieferen Gründe der Krankheit, an der sie leidet[,] aufdeckte und zugleich auch die Mittel anriet [sic], um aus dem Wirrsal des Zusammenbruches einer schöneren Zukunft entgegenzusteuern. Im Frühjahr 1919 wurde die [...] Lehrkanzel der politischen Ökonomie an der Wiener Universität wieder frisch besetzt: Mit Othmar Spann [...].« (Baxa 1923: 295)

Hegemonie im Fach Gesellschaftslehre

Der Erfolg Spanns an Österreichs Hochschulen ist auf mehrere Gründe zurückzuführen. Zum Ersten traf Spann mit seiner Theorie den Nerv der Zeit, da in der Krisensituation der 1920er-Jahre Ideologien generell auf fruchtbaren Boden stießen. Seine Lehre, seine Konzeption eines neuen Staates, fand zweitens sowohl in katholischen als auch in deutschnationalen Kreisen Gehör. So konnten Mitglieder des Cartellverbands der österreichischen Studentenverbindungen (CV) Spanns Ideen insofern etwas abgewinnen, als er geistige Kräfte als für eine Gesellschaft konstitutiv sah, während deutschnationale Studierende seine ständischen Ideen und seinen Kampf gegen die Demokratie guthießen (Haag 1969: 55). Drittens pflegte Spann einen – für damalige Verhältnisse – unkonventionellen Umgang mit seinen Studierenden, was seiner Popularität ebenso zuträglich war (ebd.: 28). Und viertens war Spann in der Hochschul-

lehrerschaft, trotz manch persönlicher Feindschaften wie etwa zu dem Ökonomen Hans Mayer (vgl. Ehs 2014: 590), äußerst gut vernetzt – was wiederum der positiven Resonanz seiner Lehre in verschiedenen politischen Lagern geschuldet war. Gemeinsam mit dem evangelischen Theologen Fritz Wilke stellte er das Präsidium der Fachgruppe Hochschulen der Deutschen Gemeinschaft,⁶ eines antisemitischen Geheimbundes aus Mitgliedern der katholischen und deutschnationalen Eliten. Dieser hatte sich den Ausschluss von »Ungeraden« von einflussreichen Posten zum Ziel gesetzt, worunter ihre Mitglieder u. a. Juden, Freimaurer, Sozialisten und Marxisten verstanden. Dahingegen protegierte der Bund die eigenen Mitglieder und politisch Nahestehende. Der Geheimbund wurde etwa aktiv, als der Jurist und Sozialphilosoph Max Adler, ein direkter Konkurrent Othmar Spanns, eine Professur anstrebte. Spann war zudem Mitglied des einflussreichen Deutschen Klubs (Deutscher Klub 1919) sowie des Germanenbundes.⁷ Später kamen Kooperationen mit der Heimwehrbewegung, aber auch NS-nahen Vereinen wie dem Kampfbund für deutsche Kultur hinzu. Für die Karrieren seiner Schüler bestanden damit beste Voraussetzungen.

Den Anfang machte Jakob Baxa mit der Habilitation für Gesellschaftslehre im Juni 1923. Baxa war nicht nur Wissenschaftler, er verdingte sich auch als Autor von Romanen, Gedichten und Theaterstücken und war zudem Prokurist der Dürnkruiter Zuckerfabrik im 1. Wiener Gemeindebezirk. Der Titel seiner von Othmar Spann und Hans Kelsen begutachteten Habilitationsschrift lautete *Einführung in die romantische Staatswissenschaft*. Gegen die Habilitation Baxas wie auch seine Ernennung zum Titularprofessor neun Jahre später sprach sich vor allem Hans Mayer aus – letztlich ohne Erfolg.⁸ Baxas Hauptinteresse galt dem Staats- und Gesellschaftstheoretiker Adam Müller, der auch auf Spanns Werk einen großen Einfluss hatte. Müller und die deutsche Romantik bestimmten auch das Programm von Baxas Lehrveranstaltungen an der Universität Wien (vgl. Ehs 2014: 592). Politisch stand er im Schnittpunkt von Katholizismus und Deutschnationalismus. So gehörte er einerseits der katholischen Leo-Gesellschaft an, andererseits fungierte er von 1923 bis 1933 als Mitarbeiter der *Deutschösterreichischen Tageszeitung* (DÖTZ) und verbreitete nach dem NSDAP-Verbot 1933 illegale Druckschriften für die Partei.⁹

Die folgenden drei Habilitationen unter Spann fielen ebenso in den Fachbereich Gesellschaftslehre. Wilhelm Andreae (Habilitation 1925), Johannes Sauter (Habilitation 1927) und Erich Voegelin (Habilitation 1928) waren deutsche Staatsbürger,

6 | Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien (IfZ), DO-1102, NL Huf, Mappe 7, »Fachgruppen der DG (lt. Notizbuch Dr. Wache)«.

7 | IfZ, DO-1102, NL Huf, Mappe 7: Deutsche Gemeinschaft, »Aufbau, Struktur, Probleme, Ziele (lt. Dr. Wache)«. Spann trat allerdings aus dem Germanenbund aus, nachdem er sich mit der »Obersten Leitung« zerstritten hatte. Infolgedessen trat er den Aufzeichnungen von Jules Huf bzw. Karl Wache zufolge zur Deutschen Gemeinschaft über.

8 | Vgl. UAW, J PA 281, fol. 6, Dekanat der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät an das Ministerium für innere und kulturelle Angelegenheiten, Abt. IV, 26. September 1939.

9 | Bundesarchiv Berlin (BArch), RSK, VBS 47/2101006020, Reichsamtsleiter an den SD-Oberabschnitt Donau, 20. Juni 1938.

was die Anziehungskraft Spanns im Deutschen Reich veranschaulicht. Sauter etwa begründete seinen Gang nach Wien damit, »um bei Prof. Spann, der mir als Führer der dortigen nationalen Erneuerungsbewegung gegen Semitismus und Marxismus bekannt wurde, Sozialphilosophie und Nationalökonomie zu studieren«.¹⁰ Dieser Ruf Spanns und seine Affinität zum aufkommenden Nationalsozialismus waren 1925 auch in Wien bekannt. Die *Arbeiter-Zeitung* bezeichnete ihn als »grimme[n] Hasser des Sozialismus« und »geistige[n] Führer des Hakenkreuztums an der Wiener Universität«, der seine Lehrkanzel missbrauche, »um romantische Philosophie, mittelalterliche Mystik und die Lehrmeinungen des Metternichschen Soldschreibers Adam Müller zu verzapfen«. Wer eine Dissertation schreibe und sich dieser Linie nicht beuge, werde »auf alle Art drangsaliert«. Die *Arbeiter-Zeitung* beklagte zudem, dass mit der Dominanz Spanns auch die Probleme der Volkswirtschafts- und Sozialpolitik an der Universität keine Rolle mehr spielten und der wissenschaftliche Nachwuchs aus dem jüdischen wie auch sozialdemokratischen Milieu in Spanns Fachbereich keine Chance hätte (o. A. 1925). Tatsächlich behauptete Spann 1939, »im Seminar und zur Dissertation nur arische Studenten zugelassen«¹¹ zu haben, doch konnte mit dem Staatswissenschaftler und späteren Historiker Leo (eigentlich: Jonas Leib) Stern zumindest ein Jude und überdies Sozialdemokrat eine staatswissenschaftliche Dissertation unter seiner Betreuung schreiben. Sterns Arbeit trug den Titel *Der universalistische Gedanke im Merkantilismus* und wurde 1924 von Spann und dessen Kontrahenten Hans Mayer positiv beurteilt.¹² Der Promovierte arbeitete danach als Assistent Max Adlers an der Volkshochschule und war – mittlerweile zur KPÖ gewechselt – 1934 an den Februarkämpfen beteiligt. Nach Internierungen im Anhaltelager Wöllersdorf emigrierte er 1936 in die Sowjetunion und erhielt wenig später eine Professur für neuere Geschichte an der Universität Moskau (Eberle 2017).

Stern war gewiss eine Ausnahme unter Spanns Promovenden, unter den Habilitierten fanden sich jedenfalls keine linken oder jüdischen Wissenschaftler. Johannes Sauter passte in die weltanschauliche Schablone Spanns und gehörte dem katholisch-nationalen Milieu an. Er war in Bayern zum Priester geweiht worden und hatte von 1916 bis 1923 als Seelsorger gearbeitet. Auf die Promotion in Wien 1925 (Dr. rer. pol.) folgte 1926 jene in München (Dr. phil.). Sowohl in seiner Münchner Dissertation als auch in seiner Habilitationsschrift setzte er sich mit Franz von Baader (1765–1841) auseinander, einem führenden Vertreter der Münchner Romantik und für Sauter zudem »Begründer der deutschen Nationalökonomie« (Ehs o. J.). Wie sein Lehrer, so war auch Sauter, dessen Lehrbefugnis später auf Staatslehre, Rechtsphilosophie und Soziologie ausgedehnt wurde (vgl. Rektorat der Universität Wien 1932), ein Vertreter der Metaphysik (Amann 2014: 228). In seiner Schrift *Die philosophischen Grundlagen*

10 | BArch, R/4901/25351, fol. 6074, CV vom 20. Jänner 1935.

11 | OeStA/Archiv der Republik (AdR), PA Othmar Spann, Othmar Spann an den Staatskommissar beim Reichsstatthalter Otto Wächter, 9. April 1939.

12 | Ich bedanke mich herzlich bei Gerhard Oberkofler für diese Auskunft, dessen Biografie zu Leo Stern 2019 erschienen ist (Oberkofler und Stern 2019).

des Naturrechts (1932) versuchte er etwa »die geistigen Mächte auf[zuzuzeigen], welche an der Ausgestaltung unserer Staats- und Gesellschaftsform entscheidend zusammengegearbeitet haben« (Sauter 1932: o. S.). Wilhelm Andrae wiederum, der 1921 in Breslau promovierte, hatte Spann mit einer Neuübersetzung und Interpretation von Platons *Der Staat* auf sich aufmerksam gemacht, mit der er sich 1925 in Wien habilitieren konnte. Bereits im Folgejahr erhielt er eine außerordentliche Professur in Graz (Seidenfus 1962). Andrae war Mitglied des Deutschen Klubs.¹³ Erich Voegelin besuchte »einige Jahre lang« das Privatseminar Spanns, aber ebenso jene von Hans Kelsen und Ludwig Mises, was ihn von den eben Genannten unterscheidet. In seiner Dissertation verglich er den Gesellschaftsentwurf Georg Simmels mit jenem Spanns (Voegelin 1994: 44). Er war auch der einzige der hier behandelten Spann-Schüler, der über längere Zeit im – auch nicht-deutschsprachigen – Ausland arbeitete, von 1924 bis 1927 als Laura Spellman Rockefeller Fellow u. a. an den Universitäten Harvard und Yale (Röder und Caplan: 1193).

Neben den Genannten wiesen noch sechs weitere von 1919 bis 1938 Habilitierte ein Naheverhältnis zu Spann auf, darunter Walter Heinrich (Volkswirtschaftslehre 1928), Klaus Thiede (Neuere Wirtschaftsgeschichte 1929), Ferdinand Westphalen (Nationalökonomie 1933) und Ernst Lagler (Volkswirtschaftslehre 1935). Im Kontext der Soziologiegeschichte sind aber vor allem Hermann Roeder (Gesellschaftslehre und Rechtsphilosophie 1933), der an der Universität Wien auch für Einführungsvorlesungen zur Soziologie bzw. Gesellschaftslehre verantwortlich zeichnete (vgl. Ehs 2014: 599), sowie August Maria Knoll (Sozialphilosophie 1934) hervorzuheben. Letzterer setzte sich vor allem mit den Problemen des sozialen Christentums auseinander und wandte sich später dem Zinsproblem in der Scholastik zu.¹⁴ Im Gegensatz zu Baxa oder Sauter stand er dem Nationalsozialismus ablehnend gegenüber.

Max Adler et al.: Verhinderte Berufungen und Habilitationen

In Anbetracht der dominanten Position Spanns und des vorherrschenden Antisemitismus und Deutschnationalismus, der in Professorennetzwerken wie der Deutschen Gemeinschaft oder der »Bärenhöhle« – eine Professorenclique an der Philosophischen Fakultät, die ebenso »jüdische« und linke ForscherInnen behinderte – in konkreten Maßnahmen mündete, unternahmen viele nicht einmal mehr den Versuch, sich zu habilitieren. Dazu zählten Paul Lazarsfeld, Marie Jahoda und Otto Neurath. Sie waren allesamt in außeruniversitären Institutionen tätig (Taschwer 2015: 127). Wer hingegen bis Mitte der 1920er-Jahre schon habilitiert war und dem linken Lager angehörte, wurde mit allen Kräften von der Professur ferngehalten. In diese Kategorie fällt insbesondere Max Adler als Vertreter der austromarxistischen Soziologie. Diese

¹³ | Datenbank des Verfassers.

¹⁴ | OeStA/AVA, PA Knoll, BMU GZ 25.362-I/1-34, Curriculum vitae, o. D.

Richtung zeichnete sich dadurch aus, »Marx mit Kant und den allgemeinen (bürgerlichen) ethischen Postulaten zu verschmelzen« (Reinprecht 2014: 243). Aufgrund ihrer rationalistischen Ausrichtung bot sie auch Raum für empirische Forschungen. Neben Adler sind ihr u. a. Otto Bauer, Rudolf Hilferding und Otto Neurath zuzurechnen.

Adlers Habilitationsgesuch langte nur kurze Zeit nach der Berufung Spanns am Dekanat der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien ein. Der neue Ordinarius schrieb in seinem Gutachten, dass Adler »seine Aufgabe i[n] der wissenschaftlichen Durchforschung und Kritik der begrifflichen u[nd] gesellschaftswissenschaftlichen wie sozialphilosophischen Voraussetzungen des Sozialismus sieht«. Zwar bleibe seine Arbeitsweise »immer auf eine ganz bestimmte Doktrin ausgerichtet« und er, Spann, teile »diesen Standpunkt« nicht, doch gestand er dem Antragsteller zu, »echte wissenschaftliche Arbeit zu leisten«. Spann forderte mit der Dozentur sogar die Verleihung des Titels eines außerordentlichen Professors und begründete dies damit, dass Adler »die Lehren einer grossen gesellschaftlichen und politischen Gruppe wissenschaftlich zu vertreten hat«, ¹⁵

Als sechs Jahre später eine Professur für Max Adler zur Debatte stand, war Spann aber offenbar zu keinen Zugeständnissen mehr bereit: Der Fall rief auch die Fachgruppe Hochschulen der Deutschen Gemeinschaft auf den Plan, die offenbar auch daran mitwirkte, dass das Professorenkollegium der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät die Ernennung ablehnte. Adler erhielt aber nun monatlich 700 Schilling ausbezahlt, was den Geheimbund dazu veranlasste, weiter gegen den Austromarxisten anzukämpfen und Pläne zu schmieden, wie man den Fall in der Presse beleuchten und Adler diffamieren könne. ¹⁶ Das Unterrichtsministerium bremste die antisemitische Clique jedoch, zumal der Gehaltsvereinbarung Verhandlungen zwischen Ministerium und Opposition vorausgegangen waren. ¹⁷ Adler blieb weiterhin Privatdozent bzw. Titularprofessor für Gesellschaftslehre. Angesichts dieser Hürden unterließ es auch der Philosoph und Soziologe Alfred Schütz, der nach seiner Emigration 1952 eine ordentliche Professur an der New School for Social Research in New York erhalten sollte (vgl. Müller o. J.), in Wien ein Habilitationsgesuch zu stellen (Fleck 1995: 108).

Einer, der es trotz dieser Umstände versuchte, wohlgermerkt aber aus dem katholischen und antinationalsozialistischen Lager stammte, war Ernst Karl Winter. Er lehrte nach seiner Emigration in die USA übrigens an der gleichen Institution wie Schütz als Professor für Soziologie (Hartmann 2013). Othmar Spann sollte sich nach der Emigration Winters damit brüsten, »die Habilitierung dieses Deutschenfeindes und Legitimisten allein verhindert« zu haben. ¹⁸ Winter, der sich erfolglos um eine

15 | UAW, NL Walther Schienerl, 131.92.5.11, Abschrift aus dem Bericht Prof. Spanns zum Habilitationsgesuch Dr. Max Adler 1919, 21. Mai 1919.

16 | IfZ, DO-1102, Nachlass Huf, Protokolle Fachgruppen-Sitzungen und Berichte, Fachgruppensitzung am 4. Februar 1926.

17 | Ebd., DG Hochschulangelegenheiten, Bericht von Gustav Klein, 20. Februar 1926.

18 | OeStA/AdR, PA Othmar Spann, Othmar Spann an den Staatskommissar beim Reichsstatthalter Otto Wächter, 9. April 1939. Spann selbst zitierte aus dem *Prager Mittag* vom 17. September 1936: »Der legitimistische Vizebürgermeister von Wien Winter versuchte die Habilitation

Aussöhnung zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten bemüht hatte und von 1934 bis 1936 als dritter Vizebürgermeister der Stadt Wien fungierte, stieß mit seinem 1929 eingereichten Gesuch aber nicht nur bei Spann auf Widerstand. Auch die Juristen Karl Gottfried Hugelmann, Ernst Schönbauer und Hans Voltolini stellten sich gegen seine Dozentur. Der Völkerrechtler und Rechtsphilosoph Alexander Hold-Ferneck soll Winter gegenüber gemeint haben, er werde nicht habilitiert, solange er in der DÖTZ keinen Leitartikel für den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich verfasste. Die Professoren der Fakultät hatten Winters Antrag im Übrigen schlichtweg nicht behandelt.¹⁹ Erst 1946 erlangte Winter die Habilitation an der Universität Wien – allerdings nicht für Soziologie, sondern für Wirtschaftsgeschichte.²⁰

Wegbereiter des Faschismus

Die positive Resonanz, die dem Spannkreis in der Wissenschaft oftmals versagt blieb, erhielt dieser von den autoritären und faschistischen Bewegungen der 1920er- und 1930er-Jahre. Das war auch Resultat einer umfassenden Propagandatätigkeit, wozu eine Vielzahl an Vorträgen und das systematische Versenden von Publikationen an Wirtschaftsführer, Politiker und andere einflussreiche Persönlichkeiten zählten. Zu den Empfängern universalistischer Literatur zählten unter anderem die Bundeskanzler Ignaz Seipel und Kurt Schuschnigg sowie der Wiener Polizeipräsident (1934–1938) Michael Skubl.²¹ Einige Schüler Spanns übernahmen auch Funktionen in Parteien und Kammern.

Anhänger des Wiener Universitätsprofessors fanden sich unter anderem in der Heimwehr, der Sudetendeutschen Partei, aber auch in der (österreichischen) NSDAP. Erste Andockstelle waren Ende der 1920er-Jahre die Heimwehren. Spann selbst und Walter Heinrich sollen Schulungskurse für Heimatschutzführer gehalten haben, heißt es in einem späteren Bericht des Sicherheitsdienstes (SD) der SS. Dieser trägt den Titel *Der Spann-Kreis. Gefahren und Auswirkungen*, liegt in zwei Versionen (von Ende Mai 1936 und Ende August 1938) auf und wurde von dem Juristen und SS-Führer Justus Beyer verfasst.²² Anlass war vermutlich der vorhergehende und endgültige Bruch der NSDAP mit dem Spannkreis 1935/36 gewesen. Der Ordinarius und Anführer des Kreises hielt sich indes von offiziellen Funktionen fern und überließ dies seinen Schü-

an der Wr. Universität, der zuständige Ordinarius Prof. O. Spann hat sich geweigert, das Referat über die eingereichten Arbeiten zu erstatten.«

19 | UAW, J PA 434, fol. 6, »Bericht an die Herren Professoren und Kollegen der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät in Wien (aus Anlass meiner vorläufigen Rückkehr nach U.S.A.)«, o. D.

20 | Ebd., fol. 44, Dekanat der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät an Winter, 19. Oktober 1946.

21 | BArch, R 58/834, [Beyer, Justus]: *Der Spann-Kreis. Gefahren und Auswirkungen*. Ende August 1938, 14.

22 | Ebd., 16.

lern – so Walter Heinrich, der 1929/30 als Generalsekretär der Bundesführung der Heimwehr fungierte (o. A. 2014). Als solcher zeichnete er für die Formulierung des Korneuburger Eides verantwortlich, mit dem sich ein Großteil der Heimwehren offen zum Faschismus bekannte.

Zugleich pflegte Spann auch Kontakte zur NSDAP, umso mehr, als sich ab 1932 ein Bedeutungsverlust der Heimwehren abzeichnete. Der ständische Gedanke sollte nun in die NS-Bewegung einströmen.²³ Die Nationalsozialisten waren Spann aber schon Ende der 1920er-Jahre überaus positiv gegenübergestanden.²⁴ 1929 hielt er im Audimax der Münchner Universität die Hauptrede auf der Eröffnungsveranstaltung des Kampfbundes für deutsche Kultur – einer Gründung des NS-Chefideologen Alfred Rosenberg. Im Publikum, das zum Teil mit Hakenkreuzarmbinden erschienen war, befand sich neben Rosenberg auch Adolf Hitler (Haag 1969: 87–90). Noch zum Zeitpunkt der »Machtergreifung« im Jänner 1933 waren die Chancen des Spannkreises auf eine einflussreiche Rolle im »Dritten Reich« durchaus intakt. Davon zeugt Spanns Referat *Der deutsche Staat* am 19. Februar 1933 in der Aula der Universität Berlin. Spann sah nun die Zeit gekommen, den von ihm propagierten Ständestaat zu realisieren, und die Entwicklung in den Folgemonaten dürfte ihn zuversichtlich gestimmt haben: So wurde am 23. Juli 1933 unter Teilnahme von Regimevertretern und Industriellen das Institut für Ständewesen in Düsseldorf eröffnet. Das von Fritz Thyssen mitinitiierte Projekt sollte dem Aufbau einer ständischen Wirtschaftsordnung dienen. Walter Heinrich wurde erster wissenschaftlicher Direktor (Haag 1969: 114–119), und die Vortragenden rekrutierten sich ebenso aus dem Umfeld Othmar Spanns (Müller 2015b). Spann, Heinrich und andere Spannianer traten im Sommer 1933 der NSDAP bei (Haag 1969: 115)²⁵ – just zu dem Zeitpunkt, als die Partei in Österreich verboten wurde.

Die Nationalsozialisten standen Spanns Ideen nach der »Machtergreifung« 1933 aber zunehmend kritisch gegenüber. Im Gegensatz dazu nahm der selbsternannte österreichische »Ständestaat« durchaus Anleihen an Spanns Konzeption. Dieser wehrte sich aber entschieden gegen diese Vereinnahmung und wetterte in seinem Werk *Kämpfende Wissenschaft*:

»Gegen die geistigen Anleihen an meiner Lehre, die in der österreichischen Verfassung gemacht wurden, erhebe ich feierlich Einspruch. Man bedachte nicht, daß man Gedanken auch verstehen müsse, um sie erfolgreich zu entlehnen. Die Verfassung vom 1. Mai 1934 ist eine Mischung der Grundsätze von 1789 und in der Luft schwebender ständischer Einrichtungen.« (Spann 1934: 246)

23 | Brief von Walter Heinrich aus dem Jahr 1932, zitiert nach: BArch, R 58/834, Spann-Kreis, 19.

24 | Der *Völkische Beobachter* widmete ihm etwa einen Artikel zu seinem 50. Geburtstag. Feder, Gottfried (1928), »Othmar Spann zu seinem 50. Geburtstag am 1. Oktober 1928«, in: *Völkischer Beobachter*, 1. Oktober 1928, o. S. [Ausschnitt aus Archivbestand].

25 | Ein paar Jahre später gab Spann aber zu Protokoll: »Mitglied der N.S.D.A.P. mit meiner Familie seit dem Verbote der Partei durch Dollfuß, also seit 1934«, UAW, J PA 396, fol. 8, Fragebogen, o. D., »geprüft am 20.2.1939«.

Sie sei zudem ein »unheimliche[r] Fastnachtsscherz« (ebd.).

Einige seiner Schüler aus dem katholischen Lager teilten diese Einschätzung allerdings nicht. Einer davon war der spätere Soziologie-Ordinarius August Maria Knoll. Zwar lehnte er die Ausschaltung des Parlaments ab, er wusste sich den neuen Verhältnissen aber durchaus anzupassen. Knoll zeichnete von 1935 bis 1938 an der Universität Wien für die *Pflichtvorlesungen über staatspolitische Ideen und Traditionen in Österreich* verantwortlich und war u. a. ab 1934 Chefredakteur der Tageszeitung *Das Kleine Blatt* und der Wiener Wochenzeitung *Arbeiter-Sonntag* (Rosenmayr 1965: 52). Dass der von Spann geschasste Ernst Karl Winter ein wichtiger Einfluss für Knoll war und er mit diesem 1927 die Österreichische Aktion gegründet hatte, illustriert auch die Heterogenität der Spanngruppe (Reinprecht 2014: 248). Erich Voegelin bewertete das Dollfuß/Schuschnigg-Regime nicht weniger positiv, was sich vor allem in seinem Buch *Der autoritäre Staat* aus 1936 niederschlug. Später bezeichnete er dieses als

»erste[n] größere[n] Versuch, die Rolle der Ideologie linker wie rechter Couleur in der gegenwärtigen Situation zu erfassen und nachzuweisen, daß ein autoritärer Staat, der radikale Ideologie in Schach zu halten vermag, noch die beste Möglichkeit zur Verteidigung der Demokratie darstellt.« (Voegelin 1994: 59)

Die sozialdemokratische Opposition beschuldigte er in seiner Autobiografie, »[d]ie Effektivität [des] Widerstands« von Seiten der Regierung »gefährdet« zu haben (ebd.: 58). Dass ihm das Dollfuß/Schuschnigg-Regime wohlwollend gegenüberstand, zeigte sich an der geplanten Ernennung zum Professor an der Universität Graz, die 1938 schon in die Wege geleitet worden war.²⁶ Der »Anschluss« machte diesen Karriere-schritt zunichte.

Universalismus und NS-Ideologie nach dem »Anschluss«

Wie bereits angeführt, verschlechterte sich das Verhältnis des Spannkreises zur NSDAP nach der »Machtergreifung« zusehends. Nachdem die NSDAP nun ihr langgehegtes Ziel erreicht hatte, war sie auf konservative Wegbereiter wie Spann und dessen Schüler nicht mehr angewiesen. Zudem ließen sich einzelne Komponenten von Spanns Theorie nicht mit den Anschauungen der Nationalsozialisten in Einklang bringen, so etwa die hierarchische Ordnung in Spanns Ständelehre und der Umstand, »daß jeder niedere Stand geistig vom jeweils höheren geführt wird« (Spann 1923: 228). Das widersprach dem Konzept der »Volksgemeinschaft«. Was bei den Nationalsozialisten aber noch mehr Unbehagen hervorrief: Für Spann war »das Erste und Innerste der Gesellschaft das Geistige« (ebd.: 239) und nicht das »Rassische«. Darin sah die NSDAP nun eine ernstzunehmende Gefahr. Nachdem Spann sich nichtsdestotrotz

26 | UAW, J PA 420, fol. 21, Entwurf eines Antrages über Gastvorträge Voegelins an der Universität Wien, o. D. (Entwurf).

als Ideologe des »Dritten Reichs« zu behaupten versuchte, wurde er in der NS-Presse immer heftiger angegriffen. Die Spannianer versuchten über ihre Schriften, insbesondere in der Zeitschrift *Ständisches Leben*, dies als Missverständnis abzutun – und hatten damit wenig Erfolg. Die Situation spitzte sich zu, als der Nachfolger Heinrichs als Leiter des Instituts für Ständewesen in Düsseldorf, Paul Karrenbrock, 1935 einen Essay mit dem Titel *Die Lösung der Judenfrage* an führende Vertreter aus Industrie und Partei versandte und sich darin gegen den Ausschluss talentierter Juden wandte. Karrenbrock wurde Ende 1935 verhaftet, das Institut im Juni 1936 aufgelöst (Haag 1969: 136–139). Dass Nationalsozialismus und Universalismus einander fern stünden, arbeitete danach Justus Beyer im bereits genannten rund 50-seitigen Bericht für den Sicherheitsdienst der SS aus.²⁷ Kurzum: Spann und seinen Schülern musste spätestens ab 1935 bewusst sein, dass ein »Anschluss« mit ihrer Entfernung aus den Hochschulen einhergehen würde.

Bereits zwei Tage nach dem »Anschluss«, am 14. März 1938, durchsuchte die Gestapo Spanns Wohnung, am 17. März wurde er verhaftet und nach München gebracht, wo er über fünf Monate lang inhaftiert war. Es folgten zahlreiche Verhöre, die sich Spann zufolge vor allem um seine Ganzheitslehre und deren Unvereinbarkeit mit dem Nationalsozialismus drehten. Womöglich war Justus Beyer, der 1939 in Berlin zum Thema *Ständeideologien der Systemzeit* promovierte, dafür verantwortlich. So berichtete Spann von einem »SS Untersturmführer«, der ihn »tagelang über [s]eine Lehre verhört« habe. Tatsächlich war Beyer ab 1938 Abteilungsleiter für Wissenschaft im Reichssicherheitshauptamt und als solcher SS-Obersturmführer (Ernennung 1936). Während seiner Inhaftierung wurde Spann, so berichtete er nach Kriegsende, auch derart schwer misshandelt, dass er ein dauerndes Augenleiden davontrug.²⁸ Auch Spanns Sohn Rafael und sein Schüler Walter Heinrich waren mehrere Monate inhaftiert.²⁹ Andere Schüler wie August Maria Knoll oder Jakob Baxa kamen glimpflicher davon, doch auch sie verloren ihre Lehrbefugnis. Die Nähe zu Othmar Spann war demnach ein fast sicherer Grund für die Enthebung. Bei manchen kamen auch Mitgliedschaften in katholischen Vereinen wie der Leo-Gesellschaft (Jakob Baxa) oder die positive Würdigung des Dollfuß/Schuschnigg-Regimes (Erich Voegelin) hinzu. Weiter in Wien lehren konnten hingegen Hermann Roeder und Klaus Thiede, wobei Letzterer auch für die Zeitschrift *Ständisches Leben* und die Schriftenreihe *Die Herdflamme* – beide waren von Othmar Spann ins Leben gerufen worden – gearbeitet hatte (Müller 2015c). Wilhelm Andreae, der nach dem Ordinariat in Graz (1930) 1933 eine ordentliche Professur an der Universität Gießen angenommen hatte, holte seine Zusammenarbeit mit Spann im Laufe der NS-Herrschaft ebenso ein. 1942 verlor er seinen Lehrstuhl (Seidenfus 1962).

27 | BArch, R 58-497, [Beyer, Justus]: Der Spannkreis. Gefahren und Auswirkungen. Ende Mai 1936; R 58/834, [Beyer, Justus]: Der Spannkreis. Gefahren und Auswirkungen. Ende August 1938.

28 | UAW, J PA 396, fol. 16, Bericht über meine Massregelung durch den Nationalsozialismus nach dem Einmarsch, 30. Mai 1945.

29 | Walter Heinrich war in Dachau inhaftiert, was auch ein Grund dafür sein mag, weshalb in der Literatur oft fälschlicherweise von einer KZ-Haft Othmar Spanns in Dachau die Rede ist.

In Teilen der verbliebenen Hochschullehrerschaft fanden Spann, aber auch etwa Sauter, durchaus noch Unterstützer. So stellten die Juristen Alexander Hold-Ferneck und – der 1938/39 vorübergehend enthobene – Alfred Verdroß den Antrag, Johannes Sauter »mit Rücksicht auf seine ausgezeichneten Arbeiten auf dem Gebiete der Rechtsphilosophie zum Ordinarius dieses Faches vorzuschlagen«. Dekan Ernst Schönbauer wies diesen Antrag aufgrund der Zugehörigkeit zum Spannkreis aber zurück.³⁰ 1940 setzten sich sogar der Bürgermeister der Stadt Wien, Philipp Wilhelm Jung, und Ministerialrat Hermann Habermann für eine außerplanmäßige Professur für Staatslehre und Soziologie Sauters ein, doch sprachen sich die Reichsdozentenführung wie auch der NS-Dozentenbundführer an der Universität Wien, Arthur Marchet, klar dagegen aus.³¹ Der Makel »Spann-Schüler« klebte also zu fest an den Betroffenen, auch wenn sich manche nun bemühten, ihre Verbindungen zum Ideologen des Ständestaates kleinzureden.³²

Somit verschwanden der Universalismus und dessen Proponenten ad hoc von der akademischen Bildfläche. Die meisten von ihnen konnten höchstens im Privaten forschen und waren gezwungen, nicht-akademische Berufe auszuüben. So unterlag August Maria Knoll eigenen Angaben zufolge einem Publikationsverbot, er arbeitete ab Juni 1939 als Bibliothekar und Archivar auf Schloss Seebarn und Burg Kreuzenstein unter der Leitung von Graf Hans Gregor von Wilczek (Huber 2016: 265). Othmar Spann verbrachte die Jahre bis zum Ende der NS-Herrschaft in Schlaining im Burgenland.³³

Wiederaufleben und weitere Karrierewege

Ungeachtet der Unterstützung Othmar Spanns für die Heimwehren, die NSDAP oder auch für den Partito Nazionale Fascista befürwortete das Dekanat der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät im Juni 1945 seine »volle Wiedereinsetzung« als ordentlicher Professor der Universität Wien.³⁴ Auch Unterrichtsminister Felix Hurdes (ÖVP) stand diesem Ansinnen positiv gegenüber, doch scheiterte es am Protest von SPÖ, KPÖ und Alliierten.³⁵ Tatsächlich erreichte Spann aber die Wiederaufnahme in den Dienststand und erhielt nun wieder den Posten als ordentlicher Professor

30 | UAW, J PA 393, fol. 27, Dekanat der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät/Ernst Schönbauer an das Ministerium für innere und kulturelle Angelegenheiten, Abt. IV, 26. September 1939.

31 | Ebd., fol. 41, NSDAP Gauleitung Wien/Stellv. Gauleiter Scharizer an Rektorat/Fritz Knoll, 25. Juli 1940.

32 | Das traf auch auf Johannes Sauter zu. Vgl. UAW, J PA 393, fol. 27, Dekanat der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät/Ernst Schönbauer an das Ministerium für innere und kulturelle Angelegenheiten, Abt. IV, 26. September 1939.

33 | UAW, J PA 396, Spann, fol. 16, Bericht, 30. Mai 1945.

34 | Ebd., fol. 186, Dekanat der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät an das Staatsamt für Volksaufklärung, 6. Juni 1945.

35 | Ebd., fol. 39, Dekanat der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät an Othmar Spann, 7. Jänner 1946 (Konzept).

für Volkswirtschaftslehre und Gesellschaftslehre – mit dem Gehalt eines Ordinarius, ohne jedoch unterrichten zu dürfen.³⁶ Spann wurde nun Semester für Semester beurlaubt und mit 30. September 1949 in den Ruhestand versetzt (vgl. Huber 2016: 272). Während seiner zwangsweisen Beurlaubung hatte er noch die Monografie *Religionsphilosophie auf geschichtlicher Grundlage* (1947) veröffentlicht und sich damit – den politischen Verhältnissen im Wissenschaftsbereich entsprechend – wieder mehr dem Katholizismus zugewandt (vgl. Fleck 1988: 138).

So enttäuschend die letzten Karrierejahre für Spann, der seinen Unmut in mehreren Briefen an die Behörden kundtat, auch verliefen – seine einstigen Schüler hatten weniger Probleme, sich wieder an den Hochschulen zu etablieren. Lediglich Johannes Sauter (Ende 1945 in Wihöring/Oberbayern verstorben), Jakob Baxa (vorerst wegen NS-Belastung enthoben, später aufgrund gesundheitlicher Gründe) und Klaus Thiede (1945 enthoben und danach Fischereireferent im Landwirtschaftsministerium Schleswig-Holstein in Kiel) (Müller 2015c) lehrten an keiner Hochschule mehr. Die übrigen Spannianer beendeten ihre akademischen Laufbahnen durchaus in der obersten Statusgruppe an den Universitäten – jener der ordentlichen Professoren.³⁷ Zugute kam ihnen dabei eine weit verbreitete Ablehnung im Ministerium wie auch unter den verbliebenen Lehrenden gegenüber ins Ausland geflüchteten WissenschaftlerInnen.

Österreichs erster Ordinarius für Soziologie, August Maria Knoll, sollte Spanns Werk in einem Nachruf als »Großtat« würdigen (Fleck 1988: 138). Jene Soziologen, die aus dem Spannkreis hervorgegangen waren, trugen nun das ihre dazu bei, dass die geistesgeschichtliche Tradition wieder überhandnahm (Ebd.: 142), darunter auch der in der Religionssoziologie beheimatete Knoll. Das Erbe Spanns ließen Walter Heinrich und andere zudem in der Gesellschaft für Ganzheitsforschung wiederaufleben, die von 1963 bis 1979 eine Spann-Gesamtausgabe herausbrachte und einmal im Jahr zusammentraf (Müller 2015a). Im Personalstand der Universität Wien fand sich mit Walther Schienerl aber auch ein Schüler des Spann-Nachfolgers Adolf Günther (vgl. dazu den Beitrag von Kranebitter in diesem Band). Schienerl hatte sich 1941 mit der Arbeit *Allgemeine Kritik der Kategorienlehre Othmar Spanns* habilitiert (Müller 1998). Bemerkenswert war schließlich die Rückkehr Leo Sterns nach Österreich – als Kulturoffizier der Roten Armee. Er war unter anderem 1945–1947 Gastprofessor an der Universität Wien (Eberle 2017), wo er Gesellschaftslehre und Staatstheorie des Marxismus unterrichtete (Fleck 2018: 323). 1950 ging er nach Halle und wurde einer der bekanntesten Historiker der DDR. Dass der Schatten von Spann und dessen Schülern über 1945 hinausreichte, verdeutlicht das Beispiel Ernst Karl Winters. Nachdem seine Habilitation 1929 verhindert worden war, erhielt er 1946 die *Venia docendi*

36 | Vgl. etwa OeStA/AdR, PA Spann, fol. 157, Staatsamt für Volksaufklärung an Othmar Spann, 27. Dezember 1945.

37 | Das Ordinariat erlangte Wilhelm Andreae in Graz (1930) bzw. Gießen (1933), Walter Heinrich an der Hochschule für Welthandel in Wien (1949), August Maria Knoll an der Universität Wien (1951), Ernst Lagler ebd. (1967), Hermann Roeder in Graz (1960), Eric(h) Voegelin in Louisiana (1946) und Ferdinand Westphalen an der Wiener Hochschule für Bodenkultur (1951).

für Wirtschaftsgeschichte. Als sich Winter im folgenden Jahr um die Erweiterung seiner Lehrbefugnis bemühte, verhinderte dies das Dekanat: Winter, so heißt es in einem Schreiben an das Ministerium, habe in der Zeitschrift *Social Research* behauptet, dass »Oesterreich [...] beide Weltkriege und zwar den ersten durch Kaiser Franz Josef und den zweiten durch den Oesterreicher Hitler verschuldet« habe. Das Dekanat legte die Texte bei und gab zu verstehen, »dass sie für eine Erweiterung der angestrebten Lehrbefugnis keine geeignete Grundlage bilden«,³⁸ Dekan und Verfasser war der Ökonom Ferdinand Degenfeld, der dem Spannkreis zumindest nahestand. Auf die Lehrberechtigung für Soziologie musste der Soziologe Winter noch bis Jänner 1956 warten, nachdem er endgültig nach Österreich zurückgekehrt war.³⁹

Resümee

Othmar Spann war einer von vielen, aber letztlich doch einer der einflussreichsten Akteure, die den »Niedergang der Universität Wien« (Taschwer 2015) wie auch anderer österreichischer Hochschulen im 20. Jahrhundert in die Wege leiteten. Unzählige Studierende der 1920er- und 1930er-Jahre besuchten seine Lehrveranstaltungen und lasen seine Bücher, in denen er scharf gegen den Parlamentarismus Stellung bezog und immer offener dem Faschismus, zuletzt dem Nationalsozialismus, das Wort redete. Er bereitete aber nicht nur dem Dollfuß/Schuschnigg-Regime und dem Nationalsozialismus den Weg, er trieb auch die universitäre Soziologie in die Bedeutungslosigkeit. Sieben Jahrzehnte nach dem Erscheinen von Spanns letzter Monografie werden seine Werke, aber auch jene von Jakob Baxa oder Johannes Sauter, nur noch in einschlägigen Kreisen, so in der Neuen Rechten, rezipiert. Jene SoziologInnen aber, welche die Entwicklung der Disziplin maßgeblich beeinflussten und auch im nicht-deutschsprachigen Ausland Anerkennung fanden, erreichten nicht zuletzt aufgrund von Spann keine Habilitation, geschweige denn eine Professur in Österreich.

Es ist bezeichnend für das geistige Klima der Nachkriegsjahre, dass Spann Mitte 1945 wieder Ordinarius der Universität Wien war, wenn auch ohne Lehrbefugnis. Im Gegensatz zu ihm hatten beinahe all seine Schüler in den Nachkriegsjahren wieder eine Lehrkanzel inne. So sollte der Einfluss Spanns in der Zweiten Republik noch einige Jahre nachwirken.

38 | UAW, J PA 434, fol. 43, Dekanat der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät an das Bundesministerium für Unterricht, 29. April 1947.

39 | Ebd., fol. 22, Dekanat der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät an Ernst Karl Winter, 12. Jänner 1956.

Literatur

- Amann, Anton (2004): »Soziologie in Wien. Entstehung und Emigration bis 1938«, in: Stadler, Friedrich (Hrsg.), *Vertriebene Vernunft I. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft 1930–1940*, Münster: LIT, S. 214–237.
- Baxa, Jakob (1923): »Die führende Stellung Österreichs in der Volkswirtschaftslehre, in: Stepan, Eduard (Hrsg.), *Neu Österreich. Das Werk des Friedens von St. Germain. Seine Kultur, Bodenschätze, Wirtschaftsleben und Landschaftsbilder*, Amsterdam/Wien: van Looy, S. 291–299.
- Bernsdorf, Wilhelm (Hrsg.) (1980): *Internationales Soziologenlexikon*, Band 1: Beiträge über bis Ende 1969 verstorbene Soziologen, Stuttgart: Enke.
- Deutscher Klub (Hrsg.) (1919): *Mitgliederverzeichnis nach dem Stande vom 15. März 1919*, Wien.
- Dunkmann, Karl (1928): *Der Kampf um Othmar Spann*, Leipzig: Quelle & Meyer.
- van Dyk, Silke und Schauer, Alexandra (2015): »... daß die offizielle Soziologie versagt hat«. *Zur Soziologie im Nationalsozialismus, der Geschichte ihrer Aufarbeitung und der Rolle der DGS*, Wiesbaden: Springer VS.
- Eberle, Henrik (2017): »Leo Stern«, in: *Catalogus Professorum Hallensis*, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (<http://www.catalogus-professorum-hallensis.de/sternleo.html>, 10. März 2019).
- Ehs, Tamara (2014): »Gesellschaftswissenschaft«, in: Olechowski, Thomas, Ehs, Tamara und Staudigl-Ciechowicz, Kamila, *Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918–1938*, Göttingen: V&R unipress, S. 580–604.
- Ehs, Tamara (o. J.): »Johann(es) Sauter«, in: *Gedenkbuch für die Opfer des Nationalsozialismus an der Universität Wien 1938*, Universität Wien (http://gedenkbuch.univie.ac.at/index.php?person_single_id=33757, 10. März 2019).
- Fleck, Christian (1988): »Soziologie in Österreich nach 1945«, in: Cobet, Christoph (Hrsg.), *Einführung in Fragen an die Soziologie in Deutschland nach Hitler 1945–1950*, Frankfurt am Main: Verlag Christoph Cobet, S. 123–147.
- Fleck, Christian (1995): »Zum intellektuellen Umfeld der Wiener Jahre von Alfred Schütz«, in: Leube, Kurt R. und Pribersky, Andreas (Hrsg.), *Krise und Exodus. Österreichische Sozialwissenschaften in Mitteleuropa*, Wien: WUV-Universitäts-Verlag, S. 98–116.
- Fleck Christian (2018): »Soziologie in Österreich nach 1945«, in: Moebius, Stephan und Ploder, Andrea (Hrsg.): *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie*, Band 1: Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum, Wiesbaden: VS Springer, S. 315–346.
- Haag, John (1969): *Othmar Spann and the Politics of »Totality«*, *Corporatism in Theory and Practice*, Houston, Texas: Rice University (Dissertation).
- Hartmann, Gerhard (2013): »Ernst Karl Winter«, in: *Biographisches Lexikon, Österreichischer Cartellverband* (<https://www.oecv.at/biolex/Detail/12400099>, 10. März 2019).

- Huber, Andreas (2016): *Rückkehr erwünscht. Im Nationalsozialismus aus »politischen« Gründen vertriebene Lehrende der Universität Wien*, Wien: LIT.
- Killy, Walther und Vierhaus, Rudolf (Hrsg.) (1996 und 1999): *Deutsche Biographische Enzyklopädie*, Band 4 und Band 10, München: Saur.
- Krause, Werner, Graupner, Karl-Heinz und Sieber, Rolf (Hrsg.) (1989): *Ökonomen-Lexikon*, Berlin: Dietz.
- Mentschl, Christoph (2005): »Othmar Spann«, in: *Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950*, Band 12, S. 447–448.
- Müller, Reinhard (1998): »Biografie Walther Schienerl«, in: *Nachlass-Sammlung*, Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Universität Graz (http://agso.uni-graz.at/webarchiv/agsoe02/bestand/17_agsoe/17bio.htm, 10. März 2019).
- Müller, Reinhard (2015a): »Gesellschaft für Ganzheitsforschung, gegründet 1956«, in: *Othmar Spann und der »Spannkreis«*, Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Universität Graz (http://agso.uni-graz.at/spannkreis/index.php?ref=vereine/gesellschaft_fuer_ganzheitsforschung/00, 10. März 2019).
- Müller, Reinhard (2015b): »Institut für Ständewesen Düsseldorf 1933 bis 1936«, in: *Othmar Spann und der »Spannkreis«*, Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Universität Graz (http://agso.uni-graz.at/sozio/institute/institut_fuer_staendewesen/00.htm, 10. März 2019).
- Müller, Reinhard (2015c): »Klaus Thiede«, in: *Othmar Spann und der »Spannkreis«*, Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Universität Graz (http://agso.uni-graz.at/spannkreis/index.php?ref=biografien/t/thiede_klaus, 10. März 2019).
- Müller, Reinhard (o. J.): »Biografie Alfred Schütz«, in: *50 Klassiker der Soziologie*, Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Universität Graz (<http://agso.uni-graz.at/lexikon/klassiker/schutz/41bio.htm>, 10. März 2019).
- Oberkofler, Gerhard und Stern, Manfred (2019): *Leo (Jonas Leib) Stern. Ein Leben für Solidarität, Freiheit und Frieden*, Innsbruck: StudienVerlag.
- ohne Autor (1918), »Nichtannahme einer Wiener Lehrkanzel durch Professor Max Weber«, in: *Neue Freie Presse*, 7. August 1918, S. 6.
- ohne Autor (1925): »Othmar Spann, der Führer der Volkswirtschaftslehre«, in: *Arbeiter-Zeitung*, 16. Juni 1925, S. 4.
- ohne Autor (2014): »Walter Heinrich«, in: *Wien Geschichte Wiki*, Stadt Wien (https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/Walter_Heinrich, 10. März 2019).
- Philippovich, Eugen von (1894): *Wiener Wohnungsverhältnisse*, Berlin: Carl Heymanns.
- Reinprecht, Christoph (2014): »Die österreichische Soziologie und der Nationalsozialismus. Aufbruch, Verdrängung und verletzte Identität«, in: Christ, Michaela und Suderland, Maja (Hrsg.), *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven*, Berlin: Suhrkamp, S. 237–262.
- Rektorat der Universität Wien (Hrsg.) (1932): *Die Akademischen Behörden, Professoren, Privatdozenten, Lehrer, Beamten usw. für das Studienjahr 1931/32*, Wien: Adolf Holzhausens Nachf.

- Röder, Werner und Caplan, Hannah (Hrsg.) (1983): *Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933*, Band 2, München: Saur.
- Rosenmayr, Leopold (1965): »August Maria Knoll«, in: Universität Wien (Hrsg.), *Die Feierliche Inauguration des Rektors der Wiener Universität für das Studienjahr 1964/65*, Wien: Universität Wien, S. 52–56.
- Sauter, Johann (1932): *Die philosophischen Grundlagen des Naturrechts. Untersuchungen zur Geschichte der Rechts- und Staatslehre*, Wien: Springer. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-7091-5711-4>.
- Seidenfus, Hellmuth Stefan (1962): »Wilhelm Andreae«, in: *Nachrichten der Giessener Hochschulgesellschaft* (Justus-Liebig-Universität Gießen), 31. Jahrgang, S. 17–19 (http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2013/10186/pdf/NGH_31_1962_17_19.pdf, 10. März 2019).
- Spann, Othmar (1923): *Der Wahre Staat*, Leipzig: Quelle & Meyer.
- Spann, Othmar (1924): *Kategorienlehre*, Jena: Fischer.
- Spann, Othmar (1934): *Kämpfende Wissenschaft. Gesammelte Abhandlungen zur Volkswirtschaftslehre, Gesellschaftslehre und Philosophie*, Jena: Fischer.
- Taschwer, Klaus (2015): *Hochburg des Antisemitismus. Der Niedergang der Universität Wien im 20. Jahrhundert*, Wien: Czernin.
- Voegelin, Erich (1994): *Autobiographische Reflexionen*, hrsg., eingeleitet und mit einer Bibliographie von Peter J. Opitz, München: Fink.
- Wasserman, Janek (2014): *Black Vienna. The Radical Right in the Red City, 1918–1938*, Ithaca/London: Cornell University Press.

Alles auf Schienerl? Adolf Günther, Walter Schienerl und das Erbe der NS-Soziologie in Wien

Andreas Kranebitter

Einleitung

Über Kontinuitäten und Diskontinuitäten zwischen dem, was wahlweise deutsche bzw. Deutsche, Reichs- oder NS-Soziologie bis 1945 genannt wird, und der ost-, westdeutschen und österreichischen Soziologie ab 1945, wird bekannterweise seit Jahrzehnten innerhalb der Disziplin gestritten. In Bezug auf die Universität Wien werden dabei im Wesentlichen drei Namen genannt, deren Karrieren zwischen 1938 und 1945 mit der Soziologie verbunden waren: Arnold Gehlen, Gunther Ipsen und Adolf Günther (vgl. Reinprecht 2014; Pfefferle 2015). Während die ersten beiden in Wien zumindest publikationstechnisch keine nennenswerte intellektuelle Aktivität entfalteten (Fleck 1988: 129; 2018: 179–182), war Günther in Forschung und Lehre tätig. Unterstützt wurde er von seinem Assistenten Walther Schienerl, der sich 1943 für Soziologie habilitierte (Schienerl 1940; 1942a) und bis zu seinem Tod 1961 an der Universität Wien Soziologie unterrichtete. Aus Veröffentlichungen und umfangreichem Archivmaterial soll in diesem Beitrag der Frage nachgegangen werden, was von diesem Strang der NS-Soziologie nach 1945 blieb.

Der Beitrag fokussiert damit erstens auf die staatswissenschaftliche Version der Soziologie in Österreich, zweitens auf eine autochthon österreichische Variante der nationalsozialistischen Soziologie, die nicht von außen kam, sondern über Zäsuren hinweg ein im Kern österreichisches Problem blieb. Drittens soll es hier nicht um die Frage gehen, ob das, was in der NS-Zeit in Österreich bestand, als Disziplin zu bezeichnen ist (vgl. Fleck in diesem Band), sondern um die ideengeschichtliche Seite der Problematik, also um die kognitive Identität der von Günther und Schienerl vertretenen Form von NS-Soziologie als »Wissenschaftsgestalt« (Lepsius 2017: 7). Nur wenn die Diskussion von Karrieren und der institutionalisierten Form der NS-Soziologie in Wien (soziale Identität) mit inhaltlichen Auseinandersetzungen der bestehenden An-

sätze und Denktraditionen (kognitive Identität) verbunden wird (dazu allg. Lepenies 1986: xx), kann vermieden werden, einer kanonischen Klassikergeschichte einfach nur eine negative Gegenerzählung eines Gruselkabinetts an NS-Soziologen entgegenzuhalten oder simple biografische Kontinuitäten deskriptiv in den Raum zu stellen.

Zur sozialen Identität der NS-Soziologie in Wien

Adolf Günther wurde am 21. März 1881 in Ansbach, einer Kleinstadt im bayrischen Mittelfranken, geboren. Günthers Karriere begann, nach der Promotion 1905 zum Dr. rer. pol. in München, an den Statistischen Ämtern in Bayern und Berlin. Er habilitierte sich 1910 in Berlin und wurde dort 1920 außerplanmäßiger Professor, bis er – nach seiner zweiten Promotion 1922 zum Dr. iur. in Erlangen – am 1. Mai 1923 als ordentlicher Professor für Politische Ökonomie, Statistik und (später) Gesellschaftslehre an die Universität Innsbruck berufen wurde, wo er in drei Studienjahren Dekan der juristischen Fakultät (1924/25, 1931/32 und 1938/39 nach dem »Anschluss« Österreichs an das Deutsche Reich), und im Studienjahr 1927/1928 Rektor war.¹ Mit 1. Jänner 1940 übernahm er den Lehrstuhl für Politische Ökonomie und Gesellschaftslehre des in Ungnade gefallenen Othmar Spann an der Universität Wien (vgl. Huber in diesem Band). Als kriegsfreiwilliger Offizier hatte Günther das preußische Eisene Kreuz 2. Klasse und das Frontkämpferkreuz erhalten. 1937 trat er der illegalen NSDAP in Österreich bei, war Mitglied im NS-Dozentenbund und SA-Sturmführer.² Auch in seinen NS-zeitlichen Veröffentlichungen bezeichnete er sich retrospektiv als »Nationalsozialist in der Ostmark« (Günther 1940: IX). Er sei, so die Gauleitung Wien 1943 in einer politischen Beurteilung, »ein in jeder Beziehung einwandfreier Parteigenosse.«³

Günther ist schon vor seinem Ruf nach Wien kein Unbekannter in der deutschsprachigen Soziologie: Sein Werk, v. a. seine Forschungen zur »alpenländische[n] Gesellschaft« (Günther 1930), gilt manchem Soziologen noch heute als innovative Grundlegung eines eigenständigen Weges der Soziologie in Österreich. Der in Deutschland geborene Chicagoer Soziologieprofessor Louis Wirth steht für eine Rezeption des Buches in der amerikanischen Soziologie (vgl. Wirth 1936). Günther ist Mitglied der mit etwa 100 Mitgliedern damals eher exklusiven Deutschen Gesellschaft für Soziologie, deren heftige Debatten in der Zwischenkriegszeit den »autoritären Charakter dieser ›Honoratiorengesellschaft‹« (König 1987: 351) nicht verdecken können. Am Vierten

1 | Vgl. dazu Archiv der Universität Wien (UAW), Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät (J), Personalakt (PA) 25 (Adolf Günther), Personalstandesblatt für Mitglieder des Lehrkörpers der Universität Wien; zu Günther allg. Lichtmanegger 1999: 169–204; Pfefferle 2015: 157–163.

2 | Vgl. dazu auch Günthers »Gauakt«: Österreichisches Staatsarchiv (OeStA)/Archiv der Republik (AdR), Zivilakten der NS-Zeit (ZNSZ), Gauakt (GA) 275628 (Adolf Günther), Personal-Fragebogen, Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei, 19. Mai 1938. Günther gibt hier auch für seine Frau und seine vier Kinder Mitgliedschaften und Funktionen in NSDAP-Gliederungen an.

3 | Ebd., Gauleitung Wien: Politische Beurteilung Adolf Günther, 3. Februar 1943.

Deutschen Soziologentag 1924 in Heidelberg hält Günther das Hauptreferat, in dem er offen als Gegenspieler der beiden österreichischen Soziologen Max Adler und Othmar Spann auftritt (vgl. dazu DGS 1925: 8–70; Käsler 1981: 215–220, van Dyk und Schauer 2015: 33–34). Die Vertreter von Universalismus und Marxismus seien, so schließt er an die Werturteilsdebatte an, nicht mehr als »soziologisch orientierte[n] Sozialpolitiker« (DGS 1925: 25), von denen sich eine »Reine Soziologie« (ebd.: 24) durch »Flurbereinigung« (ebd.: 10) abzugrenzen habe – wobei Spann dabei zumindest eine »Annäherung« an die eigene Position zugestanden wird (ebd.: 28).⁴ Diese Annäherung dürfte symmetrisch gewesen sein: Als der amerikanische Soziologe Earle Edward Eubank Spann jedenfalls im August 1934 in Wien besucht und nach lesenswerten österreichischen Soziologen befragt, ist für diesen abgesehen von seinem eigenen Kreis Adolf Günther »der einzige in diesem Feld« (zitiert nach: Käsler 1985: 118–119).⁵

Nach seinem Ruf nach Wien entfaltet Günther auch hier eine rege Forschungs- und Lehrtätigkeit: Er ist u. a. Direktor des Instituts für politische Ökonomie und Gesellschaftslehre, Leiter der Abteilung für Gesellschaftslehre und Sozialphilosophie am Institut für Wirtschaftswissenschaften, von dem er ebenfalls einer von drei Vorständen ist, korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften in Wien, der Deutschen Statistischen Gesellschaft und des Institut International de Sociologie. Mehrfach berichten Zeitungen über seine Vorträge. Im Juni 1943 hält er im Rahmen der ersten Veranstaltung der Rumänisch-Deutschen Gesellschaft den Hauptvortrag, in dem er die Auflösung der Gewerkschaften als Überwindung der Klassengegensätze und die »Sozialpolitik im Rahmen der Betriebsgemeinschaft als wesentlichen Teil des Lebens der Volksgemeinschaft, als Dienst an Volk und Rasse« feiert.⁶ Und noch im Februar 1944 eröffnet Günther eine sozialwissenschaftliche Tagung in Wien, die vom Auslandsamt der Dozentenschaft der Deutschen Universitäten und Hochschulen

4 | Wenig überraschend wird Günther von Max Adler scharf attackiert (vgl. DGS 1925: 100–105; vgl. auch Käsler 1981: 217). Darauf werde ich weiter unten zurückkommen.

5 | Das Treffen zwischen dem unangekündigt erscheinenden Eubank und Spann verläuft einigermassen absurd: Spann lässt sich zunächst verleugnen, empfängt den verblüfften Amerikaner schließlich aber doch dandyhaft im blütenweißen Anzug (vgl. das Bild in Käsler 1985: 115). Eubank, so Käsler, »bemerkt eine intensive Energie in Spanns Ausstrahlung und er spürt, daß es viel schwerer sein würde, mit ihm zu diskutieren, als mit irgendeinem seiner bisherigen Gesprächspartner« (ebd.: 117). Er notiert sich schließlich »Dogmatismus und eine Dominanz von Vorurteilen über jeden der besprochenen Autoren. Mit keinem von ihnen stimmt Spann überein, und bei allen seinen Äußerungen macht Spann deutlich, daß einzig sein Gesichtspunkt der gültige ist« (ebd.). Dass Spann »ständig auf die Geräusche im Haus achtet« (ebd.), dürfte weniger mit einem Verfolgungsgefühl zu tun haben, als mit dem Faktum, dass Spann zu dieser Zeit, wie er 1939 selbst schreibt, nach dem erst wenige Wochen zuvor gescheiterten Juliputsch »den von der Polizei gesuchten Landesführer des n.s. Juristenbundes tagelang in meiner Wohnung« versteckte, wie auch »ein Maschinengewehr, das der illegalen SA gehörte« (OeStA/AdR, Unterricht, Wissenschaft, Forschung und Kunst (UWFuK), Bundesministerium für Unterricht (BMU), PA 10 (Spann Othmar), Brief Othmar Spanns an Staatskommissar Dr. Otto Wächter, Post Schlaining, 9. April 1939).

6 | »Sozialpolitik – Dienst an Volk und Rasse«, in: *Südostdeutsche Tageszeitung*, Ausgabe Banat, 3. Juni 1943, 3.

veranstaltet und von Gauleiter Baldur von Schirach eingeleitet wird – eine von Vertretern von 29 Nationen besuchte mehrtägige Veranstaltung.⁷

In der Lehre hält Günther vom ersten Trimester 1940 bis ins Wintersemester 1944/1945 Lehrveranstaltungen im Rahmen von insgesamt acht bis zehn Wochenstunden, stets assistiert von Walther Schienerl, der seit Dezember 1938 wissenschaftliche Hilfskraft an der Universität Wien ist.

Schienerl, geboren am 6. März 1898 als fünftes Kind eines Oberlehrers in Annaberg, Niederösterreich, ist früh Vollwaise. Er wird – in ärmlichen Verhältnissen, wie er in jedem Lebenslauf betont – von seinen Geschwistern aufgezogen: »Wir waren arm. Aber wenn man mit Geld die Welt kennen lernen kann, lernt man ohne Geld die Menschen kennen.«⁸ An der Universität Wien studiert er Philosophie und Musikwissenschaft; sein Doktorat schließt er 1925 mit einer Dissertation über den österreichischen Philosophen Adolf Stöhr ab. Während der Erstbegutachter Robert Reininger trotz der kritischen Anmerkung, Schienerl habe »mit sichtlicher Verehrung für seinen Lehrer« stilistisch unbeholfen immerhin eine fehlerfreie Wiedergabe der Stöhr'schen Kerngedanken erreicht, die Arbeit noch »als genügend erachtet«,⁹ fällt das Urteil des Zweitgutachters Moritz Schlick vernichtender aus:

»Die Arbeit scheint mir nur zu referieren und keine eigenen Gedanken zu enthalten. Sie referiert zudem, wie schon Kollege Reininger andeutet, nicht vereinfachend und klärend, sondern verwirrend und größenteils [sic] unverständlich. Da sie aber immerhin als Ausdruck ernststen Strebens gelten kann, so erkläre ich mich unter Übung großer Nachsicht mit der Approbation einverstanden.«¹⁰

Schienerl ist von 1928 bis 1938 als Klavierpädagoge und Schriftsteller tätig.¹¹ Am 1. Dezember 1938 tritt er seinen Posten als (entlohnte) wissenschaftliche Hilfskraft an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien an, wo er Peter Czernin ablöst, der – obwohl als ehemaliger Assistent Spanns zum vermeintlich verpönten Spannkreis gehörend – als SS-Obersturmführer und kommissarischer Leiter des Familienversorgungsfonds anderweitig NS-Karriere macht (Müller 2015a). In einem Bericht betont Schienerl 1941, er sei erst seit dieser Anstellung »in der Lage, in Ruhe

7 | »Der Reichsdozentenführer rechtfertigte die Durchführung des Kurses im Krieg mit dem Hinweis, daß auch dieser Lehrgang ein starkes Zeugnis ablege von der ungebrochenen Widerstandskraft, und der geistigen Bereitschaft des Volkes, den Krieg unter allen Umständen zu einem siegreichen Ende zu führen« (»Sozialwissenschaftliche Tagung in Wien«, in: *Neues Wiener Tagblatt*, Nr. 33, 3. Februar 1944, 1).

8 | UAW, J PA 403 (Walther Schienerl), Lebenslauf, Wien, 21. Juli 1945.

9 | UAW, Philosophische Fakultät (PH), Rigorosenakt (RA) 8014 (Walther Schienerl), Robert Reininger: Beurteilung der Dissertation des cand. phil. Walter Schienerl über *Zeit- und Geschehungsproblem bei Adolf Stöhr*, 28. Mai 1925.

10 | Ebd., Moritz Schlick: Beurteilung der Dissertation des cand. phil. Walter Schienerl über *Zeit- und Geschehungsproblem bei Adolf Stöhr*, 13. Juni 1925.

11 | Vgl. OeStA/AdR, UWFuK, BMU, PA 15 (Schienerl Walther), Arbeitsbuch Nr. 386/556770.

kontinuierlich wissenschaftlich zu arbeiten.«¹² Mit 1. Dezember 1940 wird er aufgrund seiner Arbeit von »mustergültiger Ordnung und Gewissenhaftigkeit« von der Hilfskraft zum Assistenten befördert.¹³ Wohl auf Anregung Günthers verfasst Schienerl im Oktober 1940 seine Habilitationsschrift *Allgemeine Kritik der Kategorienlehre Othmar Spann*s (Schienerl 1940), die im Juli 1941 angenommen und insbesondere von Günther als »weit über den Durchschnitt gehende Leistung«¹⁴ gewürdigt wird. Als wissenschaftliches Fach sieht man für Schienerl »Sozialphilosophie« vor – offenbar, um den mit dem Namen Spann verbundenen Begriff der Soziologie zu vermeiden:

»Der Fakultätsausschuss begrüßte es besonders, dass ein Assistent des Instituts für Wirtschaftswissenschaften, der persönlich Othmar Spann gar nicht kannte, der aber seine Lehre für verfehlt erachtet hat, nun eine immanente Kritik an dem philosophischen Werk Othmar Spanns unternommen hat. Dadurch wird am besten gezeigt, dass von einer Wiener Schule Spanns keine Rede sein kann. [...] Ein Bedarf nach einem Dozenten in Spann gegnerischem Sinne, aber frei von persönlichen Reibereien aus der Vergangenheit, ist zweifellos gegeben.«¹⁵

Es ist das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, das in Folge mit Schreiben vom 18. Oktober 1941 diese Bezeichnung als »nicht üblich« zurückweist.¹⁶ In Bezug auf die Dozentur weist der Reichsminister darauf hin, »daß es das Fachgebiet der Sozialphilosophie nicht gibt, die Lehrbefugnis sich daher entweder auf Philosophie in der Philosophischen Fakultät oder etwa auf Soziologie in dieser oder in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät zu beziehen haben wird.«¹⁷ Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät trägt Schienerl daraufhin auf, in Forschung und Lehre »den Nachweis für das Fach ›Soziologie‹ zu erbringen«.¹⁸ Diesen liefert Schienerl einerseits in einem als öffentliche Lehrprobe dienenden Vortrag über den verstorbenen Offizier und Soziologen Gustav Ratzenhofer im Dezember 1942, für den in diesem Jahr eine große Gedenkfeier veranstaltet wird (Günther 1942; Schienerl 1942b).¹⁹ Andererseits verfasst Schienerl die Schrift *Die Theorie der Sozialpolitik vom*

12 | Ebd., Walther Schienerl: Bericht über Beschäftigungsart seit der Promotion zum Dr. phil. (seit 1926), Wien, 17. April 1941; Hervorhebung hier wie im Folgenden im Original.

13 | Ebd., Schreiben der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät an den Kurator der wissenschaftlichen Hochschulen in Wien, 31. März 1941.

14 | Ebd., Zl. 369/II, Schreiben des Dekans Ernst Schönbauer an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Wien, 4. August 1941. Da Schienerls Promotion zuvor an der Philosophischen Fakultät erfolgt ist, bittet man Arnold Gehlen um ein zusätzliches Gutachten, das ebenfalls positiv ausfällt (vgl. ebd.).

15 | Ebd.

16 | Ebd., Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an den Kurator der wissenschaftlichen Hochschulen in Wien, Berlin, 18. Oktober 1941.

17 | Ebd.

18 | Ebd., Dekanat der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Wien, 25. Juni 1943.

19 | Vgl. z. B. »Gedenkstunde für Gustav Ratzenhofer«, in: *Das Kleine Volksblatt*, Nr. 141, 23. Mai 1942, 7; »Feierstunde für Gustav Ratzenhofer«, in: *Völkischer Beobachter*, Nr. 143, 23. Mai 1942, 4.

Standpunkt der Soziologie und Sozialphilosophie auf Grund der »Theorie der Sozialpolitik« Adolf Günthers (Schienler 1942a). Erst mit dieser zweiten Habilitationsschrift wird er im Juli 1943 zum Dozenten für Soziologie ernannt.²⁰

»Es ist zwar hier nicht unbekannt, dass gegen die Soziologie Bedenken erhoben werden. Doch gelten diese Bedenken einem Betriebe der Soziologie, wie er früher Platz ergriffen hatte. Prof. Günther hat seit seinem Amtsantritte in Wien die Soziologie durchaus auf anderen Grundlagen dargestellt und die Studenten sind auf die neue Orientierung mit Eifer und Verständnis eingegangen. Im soziologischen Lehrbetriebe der Wiener Fakultät spielen nun Fragen der Rassen- und Volkskunde eine geradezu entscheidende Rolle. Und es hat sich erwiesen, dass eine aus der nationalsozialistischen Weltanschauung geb. Sozialforschung vielen Ansprüchen gerecht werden kann: von hier aus wurden u. a. die Vorlesungen ›Volk und Rasse‹, ›Volk und Wirtschaft‹, ›Volkskunde‹, ›Wirtschaft und Raum‹ gestaltet. Der Ordinarius des Faches sieht in der Mitwirkung Dr. Schienlerls eine sehr erwünschte Erweiterung des soziologischen Lehrbetriebes.«²¹

Schienler wird also neben Günther als wesentlicher Protagonist einer »Neuorientierung« der Soziologie in Wien angesehen. Tatsächlich unterrichten beide bis Frühjahr 1945 gemeinsam – mit einer kurzen Unterbrechung von einigen Monaten 1943, in denen Schienler Wehrdienst leistet, bis er wegen seiner Lehrtätigkeit und der Betreuung von Qualifikationsarbeiten »unabkömmlich« gestellt wird und an die Fakultät zurückkehrt²² – die genannten Lehrveranstaltungen im Bereich »Gesellschaftslehre«. Dieser Bereich wird im Übrigen nach einer vorübergehenden Subsumtion unter »Wirtschaftswissenschaften« ab Sommersemester 1942 wieder als eigener Teil im rechts- und staatswissenschaftlichen Abschnitt des Vorlesungsverzeichnisses ausgewiesen (vgl. Rektorat der Universität Wien 1942). Wie weit die Übereinstimmung zwischen Ordinarius und Adlatus geht, belegt auch Günthers Gutachten zu Schienlerls zweiter Habilitationsschrift, die bereits im Titel unschwer die ausschließliche Bezugnahme auf den akademischen Lehrer erkennen lässt:

»Dr. Sch. hat seit nunmehr fast 3 Jahren meine sämtlichen Vorlesungen, Übungen und Seminare mitgemacht, letztere sehr aktiv; vieles ist, vor oder nach den Lehrveranstaltungen, zwischen uns persönlich besprochen worden; da ergab es sich wohl zwangsläufig, dass Dr. Sch. Anschauungen, wie ich sie heute vertrete und die nun selbstverständlich von den 1922 vorgetragenen in manchen Punkten verschieden sind, nicht immer ganz scharf von denen jenes Buches zu trennen in der Lage war; mit dem Ende ferner, dass Dr. Sch. gelegentlich auch meine heutigen Auffassungen in seine Auffassungen übernommen hat; das geschieht

20 | OeStA/AdR, UWFuK, BMU, PA 15, Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an Walther Schienlerl, Berlin, 20. Juli 1943.

21 | Ebd., Dekanat der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, Wien, 25. Juni 1943.

22 | Ebd., Aktenvermerk der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, 4. Juni 1943.

meist expressis verbis d. h. unter strenger Wahrung der Autorschaft, hin und wieder freilich fließen unsere Anschauungen gewissermaßen im Unterbewusstsein zusammen. [...] Da aber das eigne persönliche Geistesgut Dr. Sch.s ganz weitaus überwiegt, sehe ich in einer gelegentlichen Mischung seiner und meiner Gedanken nichts anderes als die erwünschte Bestätigung, dass unsere Zusammenarbeit sich befruchtend ausgewirkt hat.«²³

Worin bestand nun die auf der »Rasse« begründete Neuorientierung dieser Soziologie? Was wurde von Günther und Schienerl in bewusster wie unterbewusster Verbundenheit gelehrt?

Die kognitive Identität

Von »Rassen« und »Rassegedanken«

Günthers in dieser Periode veröffentlichtes Hauptwerk ist *Der Rassegedanke in der weltanschaulichen Auseinandersetzung unserer Zeit* (Günther 1940), das zwar 1940 publiziert wird, aber (wie im Vorwort zu lesen) bereits 1937 entstanden zu sein scheint. Den Anstoß hat offenbar nicht seine eigene Initiative gegeben, sondern die Teilnahme an einem »Preis Ausschreiben« der Hochschule für Politik, seit 5. Jänner 1940 unter dem Namen »Deutsches Auslandswissenschaftliches Institut« protopolitikwissenschaftliches Institut und Kaderschmiede für nationalsozialistische ExpertInnen (Weyer 1985: 426–427). Günther gewinnt mit diesem Band im März 1937 den ersten Preis.

In der Fachgeschichtsschreibung findet diese Schrift kaum mehr als beiläufige Erwähnung als Kuriosum. »Die Systematik des Rassegedankens erschöpft sich in Schlagworten« (Schartner 2011: 176), fasst Irmgard Schartner etwa ihre Auseinandersetzung mit dem Buch zusammen.²⁴ Tatsächlich sind zahllose implizite wie explizite Huldigungen nationalsozialistischer (Verfolgungs-)Politik nicht zu überlesen:

»Aber es scheint das ganz Große an der Konzeption Adolf Hitlers zu sein, daß sie davon ausgeht: Raum für alle hat die Erde, – nur nicht für das, was solange den Raum für sich beanspruchte, das internationale Denken und Wollen, wie es durch den Bolschewismus, durch rasse- und volksfremdes Emigrantentum, durch den ewigen Juden verkörpert ist.« (Günther 1940: 21)

23 | Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Universität Graz (AGSÖ), Teilnachlass Walther Schienerl, Signatur 17/4, Adolf Günther: Gutachtliche Äusserung zu: Dr. phil. habil. Walther Schienerl, 30. April 1942.

24 | Schartner erklärt dies offenbar weniger inhaltlich als stilistisch; die Hauptkritik bezieht sich auf Günthers soziologischen Schreibstil: »Zugute halten muss man ihm, dass er als Soziologe und Nationalökonom nicht über den knappen Stil eines Juristen verfügt. Er formuliert etwas weitschweifig bis umständlich, wort- und phrasenreich, nicht immer prägnant. Es fehlen Begriffsdefinitionen, Fakten sowie historische Zusammenstellungen« (Schartner 2011: 175).

Schon der Aufbau des Bandes spricht Bände: Mit Katholizismus, Weltprotestantismus und Judentum, Liberalismus, Kapitalismus und Marxismus, und schließlich Österreich, Italien, Frankreich und den angelsächsischen Ländern werden die »rassefeindlichen« Gedanken des »Feindes« stückweise diskutiert, um den gesellschaftlichen Ort des »Rassegedankens« und dessen Entfaltungsmöglichkeit zu prüfen. Auch der Kerngedanke des Buches ist wenig komplex: Die »Rasse«, »deren Wesen und Sinn als festes ›Datum‹ [...], als unbedingte Voraussetzung« (ebd.: 8) anzusehen sei, sei kein »Gedankending« (ebd.: 18), »überhaupt nicht eigentlich ein ›wissenschaftliches‹ Phänomen; Volkssache, Sache des ›gemeinen Mannes‹ ist sie, und er hat viel mehr bereite Mittel, als hierbei die ›wissenschaftlichen‹ sind, Stellung zu nehmen« (ebd.: 120). Die Lösung der »Rassenfrage« müsse also eine praktisch-politische sein, die in NS-Deutschland verwirklicht werde, und erübrige wissenschaftliches Rasonieren, zumal einer bisher mehrheitlich »rassefremd« bis »rassefeindlich« denkenden Soziologie (ebd.: 13). Günthers Werk scheint insofern geradezu Pate für M. Rainer Lepsius' bekannte Feststellung gestanden zu haben, derzufolge eine »nationalsozialistische Soziologie [...] nicht entstanden [ist], [...] weil der rassistische Determinismus der nationalsozialistischen Weltanschauung das Gegenprogramm einer soziologischen Analyse darstellte« (Lepsius 2017: 89).

Geht man allerdings davon aus, dass hier nur offen expliziert wird, was nicht schlagartig mit 1933 bzw. 1938 das Licht der Welt erblickt hat, um 1945 ebenso schlagartig zu verschwinden, stellt sich die Frage nach kognitiven Kontinuitäten und intellektuellen Bezugnahmen auf die zeitgenössische Soziologie. Die These der erschöpfenden Schlagworte dient einer reflexhaften und bequemen Selbstdistanzierung, die auf eine Immunisierung heutiger Sozialwissenschaften hinausläuft. Eine soziologiegeschichtliche Aufarbeitung muss dem Drang widerstehen, die NS-Soziologie »angesichts der Fülle von systematisiertem Schwachsinn, dem Gelächter preisgeben« zu wollen (Jaeggi et al. 1983: 10), was ihr, so Urs Jaeggi, sowohl den realen Schrecken nähme als auch verhindern würde, »die Geschichte der Soziologie so zu schreiben, daß sie auch etwas über die Sozialgeschichte, in der sie stattfindet, mitteilt« (ebd.: 11). Im Folgenden soll Günthers Werk also als nationalsozialistische Selbstreflexion einer nationalsozialistischen Gesellschaft, als Reflexionsgeschichte der Gesellschaft gelesen werden (vgl. Dayé und Moebius 2015: 9).

Dass eine alles determinierende »Rasse« sowohl ein Buch über den »Rassegedanken«, als auch jede gesellschaftliche Erziehung durch die NSDAP erübrigen würde, ist Günther bewusst. Seine Lösung für dieses Problem besteht in der Einforderung einer Art Als-ob-Soziologie.

»Niemals kann soziologische Auffassung von Gruppeninhalten das ersetzen wollen, was Rasse- und Volkstheorie in Verbindung mit Geschichte, Staatslehre, Biologie u. a. Wissenschaften allein zu erforschen und zu lehren vermag. Unsere Absicht ist demgegenüber bescheiden und begrenzt: sie stellt die *Rasse-Gruppe* in ihren Mittelpunkt. Wir gehen hierbei heuristisch so vor, daß wir [...] so tun wollen, *als ob* durch Rasse und Rasse-Gliederung etwas wie ein Ordnungsprinzip durch die Gesellschaft hineingeführt werden könne: Rasse-

gruppen würden *insofern* der theoretischen Auffassung von den Gruppen unterworfen und gedanklich anderen Gruppen gegenüber – oder auch zur Seite – gestellt werden. Volksgruppen, Sprachgruppen, bestimmte historische Gruppen (Traditionsgruppen), Staatsgruppen, Wirtschaftsgruppen, weltanschauliche Gruppen, Gruppen, die durch ihre räumliche Lage bezeichnet sind, usw.« (Günther 1940: 204–205)

Die Auseinandersetzung bleibt für Günther also auch eine soziologische – eine, die zwar tut, als ob, aber unabhängig von der realen Bedeutung der »Rasse« über die Gründe für die gesellschaftliche Wirksamkeit des »Rassegedankens« ebenso nachdenkt wie über das komplementäre Problem, jenen gesellschaftlichen Gruppen den »Rassegedanken« nahezubringen, die ihm fremd gegenüberstehen. Hier gehen die Gedanken anleihen weit: Mehrfach wird, in unterschiedlich großer kritischer Distanz, auf Ludwig Gumplowicz, Georg Simmel, Werner Sombart, Othmar Spann, Max Weber und Leopold von Wiese explizit Bezug genommen. Der große geschichtsphilosophische Bogen, den Günther spannt, kommt durchaus überraschend auch beim Austromarxismus an. Doch Schritt für Schritt: Einem zeitgenössischen »Denken über die Rasse« wird ein »Denken in der Rasse« gegenübergestellt, dem der Einzelne ohnehin nicht entkommen könne (ebd.: 29). Dieses »Denken in der Rasse« sei in einem sozusagen reinen, bäuerlichen Urzustand »besonders gesichert« (ebd.) gewesen. »Und es würde offenbar um so weniger ›Rasse-Frage‹ oder auch ›Denken über die Rasse‹ geben, je mehr echte Rasse, reines Blut, rassisches Erleben, Denken *in der Rasse* und Rasse-Gefühl als selbstverständlich vorausgesetzt werden könnte« (ebd.). Die Moderne habe aber nun einmal den Bauern befreit, der »formal frei gewordene Bauer« sei in einem gesellschaftlichen »Differenzierungsprozeß« zum Fabrikarbeiter geworden (ebd.: 30). Die sozialen Kategorisierungen hätten die »Volkwerdung zum mindesten sehr erschwert[e]« (ebd.) – die reale Kluft habe als unausweichliche Folge ein Klassendenken produziert, einen »Klasse-Gedanken, den wir als Widerspruch und Todfeind des Rasse-Gedankens kennen« (ebd.: 33). Keine bürgerliche Sozialpolitik und keine religiöse Sozialideologie hätten diese reale Kluft beseitigen (ebd.: 34) oder die vom »Rauschgift des Klasse-Gedankens« (ebd.: 50) erfassten Millionen ArbeiterInnen überzeugen können. Resultat sei ein »Vakuum in der weltanschaulichen Auseinandersetzung gewesen« (ebd.: 34).

»Das erwähnte ›Vakuum in der weltanschaulichen Auseinandersetzung‹ aber bestand darin: trotz heißer Bemühung war man außerstande, dem marxistischen oder quasi-marxistisch organisierten Arbeiter etwas an die Hand zu geben, was ihm ermöglicht hätte, aus dem Sumpf herauszufinden. Dazu reichte am wenigsten die Weltanschauung der Nicht-Marxisten aus, die ja selbst, wir sahen es, in vielen Hinsichten klassenbildend war und der Front von ›Bildung‹ und Besitz, bestenfalls einer mittelständischen Lösung zuneigte. *In den so gekennzeichneten Leerraum sprang der Rasse-Gedanken ein.*« (Ebd.)²⁵

25 | Sehr ähnlich heißt es später noch einmal: »Zugleich darf erwartet werden, daß nach der Entfernung des marxistischen und sonstigen Giftstoffs, der doch immerhin lang genug in den

Diese Analyse ist aber nicht weniger als eine Bestätigung marxistischer Bonapartismustheorien – von der anderen Seite. Der für die Entwicklung der österreichischen Soziologie wesentliche Otto Bauer, dessen Faschismusanalyse sich nicht wesentlich von jenen anderer häretischer Marxisten wie August Thalheimer (Gruppe Arbeiterpolitik 1973) oder Leo Trotzki (Trotzki 1971) unterscheidet, richtet bereits 1936 das Hauptaugenmerk auf die Analyse einer aus einer Art Patt-Stellung zwischen den wesentlichen gesellschaftlichen Klassen resultierenden Hegemoniekrise auf ökonomisch krisenhafter Grundlage.

»Die faschistische Diktatur entsteht als das Resultat eines eigenartigen Gleichgewichts der Klassenkräfte [...]. Diese Bourgeoisie ist zu schwach, um ihren Willen noch mit jenen [...] Mitteln, durch die sie in der bürgerlichen Demokratie die Wählermassen beherrscht, durchzusetzen [...]. Aber sie ist stark genug, eine gesetzlose, gesetzwidrige Privatarmee zu besolden, auszurüsten, auf die Arbeiterklasse loszulassen.« (Bauer 1967: 155)

Das Proletariat andererseits sei, so Bauer, durch Reformismus und Gewerkschaften zwar stärker geworden, aber ebenfalls »zu schwach, sich der Gewalt zu erwehren« (ebd.). Die Schwäche beider, das politische Vakuum, habe der Faschismus genützt – zwar im Dienste des Kapitals, aber von diesem durchaus nicht gänzlich beherrschbar.

Günther, der sich in seiner Karriere mehrmals negativ auf die (austro-)marxistischen SoziologInnen bezieht (vgl. Günther 1930: 13–14 und 86–106), bewegt sich selbst im selben Denkmodell des aus einer allgemeinen Hegemoniekrise resultierenden Vakuums, in das der »Rassegedanke« vordringt und letztlich erfolgreich gesellschaftliche Gruppen anzusprechen vermag, denen das »Denken über die Rasse« zuvor weitgehend fremd war. Dennoch – hier liegt ein Widerspruch – treffe dabei das Denken über die »Rasse« auf das biologische »Faktum« der »Rasse«, dieses »etwas, was vor dem Menschen von heute liegt, hat bereits entschieden« (Günther 1940: 35).

Die ausführlicher geschilderte implizite Bezugnahme soll Günther nicht als klandestinen Marxisten erscheinen lassen, sondern verdeutlichen, warum dieser, wie in seinem 20-seitigen Anhang begründet (ebd.: 203–221), subjektiv selbst den Anspruch weiterverfolgt, Soziologie zu betreiben. Das Denken in der und um die »Rasse« herum ist eine Als-ob-Soziologie, die nicht quasi-automatisch Biologismus oder Rasseterminismus ist. Die Günther-Schienerl-Achse berücksichtigt die »Rasse«, setzt sie aber nicht zentral. Das wird auch klar, wenn man Schienerls Kritik an Spann (Schienerl 1940) zu rekonstruieren versucht.

Adern pulsiert hatte, ein Vakuum offenbar würde, das irgendwie auszufüllen wäre. Nur etwas ganz Großes und allgemein Verbindliches kann an Stelle von Ideen treten, die, so wenig geistig sie an sich waren, doch das Bewußtsein ausfüllten, dem Willen Ziele setzten, den Verstand beschäftigten und in gewissem Sinn einen Ausleseprozeß begünstigten: man darf nun einmal, auch und gerade wenn man sie für grundfalsch hält, die um die Klassen liegenden Gedanken, Antriebe und Zielsetzungen nicht gering achten« (Günther 1940: 147).

NS-Soziologien: Walther Schienerls Kritik an Othmar Spann

Schienerl arbeitet sich hier quasi in offiziellem Auftrag an Spanns *Kategorienlehre* (Spann 1924²⁶) und seiner universalistischen Philosophie im Allgemeinen ab. Methodisch versucht er, Spann sowohl werkimmanente Widersprüche als auch empirisch widerlegbare Hypothesen nachzuweisen, indem er Spanns Begrifflichkeiten von Ausgliederung über Ganzheit und Gezweigung bis Vermannigfaltigung in ihrer Systematik ebenso wie in ihrer (offenen wie verdeckten) philosophiegeschichtlichen Herleitung und ihrer empirischen Bedeutung untersucht. Schienerls generell triviales Urteil lautet, dass das Lesen der Spann'schen Schriften »unerfreulich« sei, »weil die absonderliche Namensgebung einerseits das Verständnis erschwert, andererseits bei-nahe jeder Satz zum Widerspruch reizt« (Schienerl 1940: 376).²⁷ Ewas tiefgründiger kritisiert er Spann als Idealisten, der auch die Gesellschaft »vom Geiste« ableite (ebd.: 346), was mit Blick auf die »Rassefrage« zu einem nationalsozialistischen Problem zu werden scheint:

»Die Gesellschaft selbst ist bei Spann geistiger Natur. Der Geist ist bei Spann das entscheidende Moment, nicht Blutszugehörigkeit, nicht Gefühlsverbundenheit, der reine Geist gibt Ausschlag. Der Mensch ist aber geistig allein nicht bestimmbar. So gibt die Rasse ein bestimmtes psycho-physisches Gepräge. (Bei Spann ist Rasse nur als das geistige Moment charakterisiert).« (Ebd.: 235)²⁸

Schienerls Kritik bewegt sich hier also in ähnlichen Bahnen wie jene des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS (SD), der nach den Vernehmungen Rafael und Othmar Spanns und dessen Schülers Walter Heinrich im August 1938 zusammenfassend feststellt:

»Seine Philosophie beruht auf einer logisch-metaphysischen, letztlich kirchlich-religiös geschauten und verankerten hierarchischen Ordnung, d. h. auf der Idee einer geistigen Stufen-

26 | Die zweite Auflage des Buches erschien 1939.

27 | Spanns Begriffe seien unscharf (ebd.: 376) und würden mehr verdunkeln als erklären (ebd.: 373). Schienerl attestiert dem »Begriffsvirtuosen« Spann (ebd.: 2), dass dessen falsche Lehre (ebd.) »blendende und geblendete Weltanschauung« (ebd.: 12) sei, ein formalistisches (ebd.: 245), relativistisches (ebd.: 247), tautologisches (ebd.: 304), »zurückgeschlungenes primitiv materialistisches Denken, mitten in idealisierender Deutung« (ebd.: 261).

28 | Sehr ähnlich formuliert, wobei hier neben der direkten Referenz auf Günther auch ein antisemitischer Essentialismus offensichtlich ist: »Auch dem Rassenproblem, insbesondere dem Problem der Rassegruppe mit ihren biologischen, körperlichen und geistig-seelischen Ar-tungen, ihrem Geschichterlebnis, so wie dem Problem des Denkens ›in der Rasse‹ (Übergang vom rassebegründeten zum rassebewussten Denken) – vgl. die Arbeiten Adolf Günthers – steht er nur mit intellektuellem Respekt gegenüber, so meint Spann, ein Jude, der ein paar Jahre in Schweden erzogen wird, assimiliert schwedischen Geist und wird durch den assimilierten Geist allein schon Schwede. Der Geist vermöge also nicht nur auszugliedern, sondern auch umzuarten« (Schienerl 1940: 346).

folge, die unbeschadet aller völkischen und rassischen Wesensunterschiede für die gesamte Menschheit gelten soll. Für Spann ist der Vorrang des Geistigen vor dem Seelischen und Körperlichen eine der Grundthesen seines Systems. *Auch das Volkstum ist nur eine Stufe innerhalb dieser geistigen Hierarchie.* Für das Volk ist nicht die Rasse, sondern der Geist das bestimmende Wesenselement.«²⁹

Wie oben für Günthers Werk gezeigt, hätte der SD allerdings auch ihm so etwas wie einen »rassefremden Standpunkt« vorhalten können. Zwar besteht hier ein tatsächlicher konzeptioneller Unterschied zwischen Spann und Günther/Schienerl, doch sollte dieser Unterschied in seiner Bedeutung nicht überschätzt werden. Wie Schienerl, der zwar deutlich, aber auf hunderten Seiten nur wenige Male auf die »Rassefrage« zu sprechen kommt, beschäftigt sich auch der SD schon rein quantitativ mehr mit anderen Problemen: Zum einen scheint die Spann'sche ständestaatliche Hierarchie, in der der »Stand der Weisen« (zu dem sich Spann selbstredend selbst zählt) über jenem des Staates zu finden ist,³⁰ die NSDAP kaum überzeugen zu können – was bei Spanns und Walter Heinrichs Besuch Adolf Hitlers am 19. Mai 1933 wohl mit zum Hinauswurf geführt haben mag (Müller 2015b). Zum anderen interessiert den SD – nebst persönlichen Rivalitäten mit Hitler und dem Parteiideologen Alfred Rosenberg³¹ – weitaus stärker, welche Kreise der Spannkreis im organisatorischen Aufbau einer politischen Konkurrenz gezogen hat:

»Aus der unübersehbaren Zahl der wissenschaftlichen Anhänger seiner Lehre bildete sich ein festgeschlossener Kreis, der entschlossen war, die universalistische Lehre nicht nur in der Theorie zu pflegen, sondern sie in die Tat umzusetzen. [...] So wurde aus der universalistischen Lehre eine politische Bewegung.«³²

Die gefürchtete Konkurrenz drückte sich politisch dabei in der Unterstützung separatistischer Tendenzen im Sudetenland und in Österreich aus, zum anderen in der opportunistischen Anbiederung an die jeweilige Staatsmacht, sodass »sich der Spann-Kreis zur Erreichung seines Zieles zum Verbündeten jeder jeweils herrschenden oder aussichtsrei-

29 | Bundesarchiv Berlin (BArch), R 58/834, [Beyer, Justus]: Der Spann-Kreis. Gefahren und Auswirkungen. Ende August 1938, 1–2. Ich danke Andreas Huber für die Überlassung einer Kopie.

30 | Vgl. ebd., 5.

31 | Rosenberg notiert am 2. November 1938 zum SD-Bericht über den Spannkreis in sein Tagebuch: »Der SD schickt mir heute die Schlussprotokolle ueber d. Untersuchung gegen O.[thmar] Spann u. seinen Kreis. Darin kommt die Wut dieser Leute über mich sehr drastisch zum Ausdruck. Sie koennen es mir garnicht verzeihen, dass ich die Herren gleich nach ihrem Auftreten durchschaut habe. Eine Sektierergruppe, die alle Parteien durchsetzen wollte, skrupellos in Freundschaftsbeteuerungen jeder herrschenden oder aussichtsreichen Bewegung gegenüber: moderne Jesuiten. Durch meine Arbeit ist die Partei von dieser Durchsetzung verschont geblieben« (Rosenberg 2015: 264).

32 | BArch, R 58/834, Spann-Kreis, 9. Das habe im zitierten Spruch eines Spann-Schülers aus dem Jahr 1935 gegipfelt: »Unser Führer heißt Othmar Spann und nicht Adolf Hitler« (ebd.: 10).

chen Machtgruppe in Österreich oder im Reich machte.»³³ Spann möge sich selbst für nationalsozialistisch halten, die Dokumente würden aber belegen, »daß es sich bei *Spann und seinen Anhängern um ausgesprochene politische Opportunisten* handelt.«³⁴

Die Abgrenzung Günthers/Schienerls von Spann ist einer politischen Notwendigkeit einer von Rivalitäten durchzogenen, niemals monolithischen NSDAP geschuldet, und nicht inhaltlicher Art. Hier kommen – zusätzlich etwa zu den auch für die deutsche Soziologie zu beobachtenden Spannungen mit Alfred Rosenberg (vgl. Klingemann 2009: 123–164) – insbesondere die Konflikte zwischen und mit den autochthon österreichischen Nazis (vgl. Botz 2008 und den Beitrag von Müller in diesem Band) ins Spiel. Oliver Rathkolb folgend

»zeigt sich eindeutig, daß der Spann-Kreis primär als österreichisch-nationalsozialistische Version spezifischer Ausformung anzusehen ist und die politischen Reglementierungen nach 1938 nicht primär aus inhaltlichen Gründen, sondern aus parteifraktionellen erfolgten. Dazu kam noch, daß die Spann-Anhänger zu sehr auf den Austrofaschismus als österreichisch-deutsche Opposition gegen den deutschen Nationalsozialismus gesetzt hatten.« (Rathkolb 1989: 220)

Detail am Rande: Günther, der wie beschrieben bereits in früheren Jahren die »organische« Gesellschaftslehre Spanns kritisch besprach, verwarf sie nicht in Bausch und Bogen – sondern gestand ihr vielmehr zu: »Als Hypothese behält solch einseitiges Verfahren indessen seinen Wert; sie zeigt dann die Verhältnisse so, »als ob« es sich um »organische« handle« (Günther 1930: 73). Diese »Als-ob-Soziologie« ist aber wiederum nichts anderes als der spätere Modus, in dem Günthers »Rassegedanke« funktionierte.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Die Kategorie der »Rasse« beschäftigt die Wiener NS-Soziologen nicht bloß nebensächlich, ist aber auch nicht deren Hauptsache und determiniert nicht ihr soziologisches Denken. Dieses Denken knüpft an Traditionslinien innerhalb der österreichischen Soziologie an und ist nicht widerspruchsfrei – weder in den Werken selbst, noch in den Debatten zwischen Spann, Günther und Schienerl; deren Zwistigkeiten stehen keineswegs für antinazistische Haltungen (was Spann nach 1945 glauben machen will), sondern für real existierende Widersprüche innerhalb des Nationalsozialismus. Das nicht zu sehen, würde die geschichtswissenschaftlichen Erkenntnisse der letzten Jahrzehnte ignorieren, die seit geraumer Zeit auf handfeste Interessensgegensätze und Widersprüche verweisen.³⁵

33 | Ebd.: 12.

34 | Ebd.: 15. Je nach politischer Wetterlage habe sich der Spannkreis dem Stahlhelm, dem Katholizismus, der Heimwehr oder dem Nationalsozialismus angeschlossen und angepasst, was sich nicht zuletzt in eigenständigen Beziehungen zu Organisationen in verschiedenen europäischen Ländern gezeigt habe, nicht zuletzt in der Verbindung zu Italien: »Er ist dadurch zu einer gefährlichen, weil unberechenbaren, überstaatlichen Machtgruppe geworden« (ebd.).

35 | Um nur eines von vielen möglichen Beispielen zu nennen: Auch in Bezug auf die »Verbrechensbekämpfung« im Nationalsozialismus ging man lange davon aus, dass sie einem he-

Günthers am erwähnten Vierten Deutschen Soziologentag 1924 vorgebrachte Kritik an Spanns geschichtsphilosophischer und offen politischer Schlagseite könnte als Kritik an jener Form der theoretisch orientierten Soziologie verstanden werden, die Otthein Rammstedt als »Deutsche Soziologie« bezeichnet hat und die mit der Zeit von einer jüngeren Generation abgelöst worden wäre (Rammstedt 1986: 107–110). Bezeichnenderweise ist Günther auf diesem Soziologentag seinerseits mit Andreas Walther von einem Vertreter jener Variante einer NS-Soziologie kritisiert worden, die empirisches Expertenwissen produziert hätte (vgl. Roth 1987; Klingemann 2009), einen vermeintlich theorielosen primitiven Empirizismus (König 1987: 390; Gerhardt 1998: 7). Günther/Schienerl stehen für keinen von beiden Idealtypen, sondern für eine nicht-gelungene Verbindung von politischer Romantik und Sozialtechnologie: Der Brückenschlag zwischen biologischer »Rasse« und idealistischer Weltanschauung gelang nie. Sie verkörpern insofern eine eigene Version der NS-Soziologie – die man als »NS-Soziologie« nicht retrospektiv zu entweder Sozialtechnologie oder Geschichtsphilosophie monolithisieren kann.

Autoritäre Soziologie. Oder: Was bleibt von der NS-Soziologie?

Die Frage, was von der NS-Soziologie in Wien nach 1945 blieb, muss zunächst mit einer weitgehenden personellen Diskontinuität beantwortet werden. Sowohl Spann als auch Günther wurden in Wien nicht mehr in der Lehre eingesetzt. Beide Fälle stehen allerdings für das, was im Volksmund »österreichische Lösung« heißen sollte. Spann wurde am 27. Dezember 1945 in den Dienststand der Universität Wien aufgenommen,³⁶ in weiterer Folge aber bis zu seiner Pensionierung 1949/1950 für Forschungszwecke freigestellt bzw. beurlaubt. Alliierte, SozialdemokratInnen und KommunistInnen hatten zwar Spanns öffentliches Auftreten, nicht aber die braunschwarze Kompromisslösung verhindern können. Von funktionierenden Netzwerken, die Spanns Stand-by-Modus mit dem Ausdruck des Bedauerns bedachten, zeugt etwa ein Schreiben des Dekanats an Spann im Jänner 1946:

»Magnifizenz [Ludwig] Adamovich teilt mir mit, dass er in den letzten Tagen mit Minister [Felix] Hurdes über ihre Angelegenheit gesprochen hat. Hurdes ist Ihnen gegenüber ausserordentlich sympathisch eingestellt und betonte, dass er Sie und Ihre wissenschaftliche Leistung sehr hochstelle. Er erklärte auch, dass er Sie sofort reaktivieren will. Die Ankündigung der Vorlesungen müsse allerdings so lange hinausgeschoben werden, bis er mit den

gemonialen erbbiologisch-kriminalbiologischen Paradigma gefolgt wäre, bis die historische Forschung die Bedeutung der täglichen Polizeipraxis in den Mittelpunkt der Forschung rückte (Wagner 1996: 350).

36 | UAW, J PA 396 (Othmar Spann), Bescheid des Bundesministeriums für Unterricht, Wien, 27. Dezember 1945.

anderen politischen Parteien und insbesondere mit den Vertretern der alliierten Mächte zu einer Einigung dieser Frage gelangt sei. Offenbar ist dies im Augenblick nicht der Fall.«³⁷

Günther, der im März 1945, also noch vor der Befreiung Wiens, nach Innsbruck geflüchtet war, wurde am 19. Jänner 1946 vom Dienst enthoben – was deshalb interessant ist, weil er als illegales Parteimitglied gemäß Verbotsgesetz eigentlich hätte entlassen werden müssen (Pfefferle und Pfefferle 2014: 230). Die Wiener Kollegenschaft scheint ihn zwar unterstützt, aber als hoffnungslosen Fall angesehen zu haben. »Ich würde mich sehr freuen«, so Dekan Ferdinand Degenfeld-Schonburg an seinen Innsbrucker Amtskollegen Theodor Rittler, »wenn es möglich wäre, Kollegen Günther bessere Aussichten zu verschaffen, sehe aber leider in dieser Sache nicht sehr rosig.«³⁸ Anders die Innsbrucker Kollegen, die ihm teilweise ihre eigene »Säuberung« nach 1938 verziehen (vgl. Lichtmannegger 1999: 169–172). Symptomatisch ist wohl ein von Rittler Ende 1945 lancierter Spendenaufruf, der die Situation entlassener Universitätslehrender von 1945 mit jener von 1938 gleichsetzte:

»Zum Schlusse eine Weihnachtsbitte. Wir haben im Jahre 1938 nach dem Umbruch für Kollegen, die durch die Neuordnung in eine bedrängte Lage gerieten, gesammelt. Heute befinden sich wieder Kollegen in einer ähnlichen Situation, ich denke in erster Linie an Professor Günther und an den früheren Rektor, Professor [Harold] Steinacker. Ich habe darum im Kreis der Fakultät eine Sammlung eröffnet. Damit soll gewiss nicht gegen die behördlich verfügten Massnahmen protestiert werden – ich betone dies ausdrücklich. Es handelt sich um einen Akt helfender Caritas in der Zeit des Jahres, die uns besonders dazu auffordert.« (Rittler, zitiert nach: ebd.: 19)

Standen die semesterweise Freigestellten und karitativ Umsorgten immerhin für eine personelle Diskontinuität, so blieb mit Schienerl ein Vertreter der zweiten Reihe auf Schiene. Ab 1944 Mitglied der Akademischen Legion beim Höheren SS und Polizeiführer Wien,³⁹ schrieb er zwar Gedichte an den Führer (siehe Abbildung 1), war aber nicht Parteigenosse und musste daher nicht entnazifiziert werden. Nach kurzer Tätigkeit für das Institut für Statistik wurde er vom Wintersemester 1945/1946 an als Privatdozent zur tragenden Säule im Bereich Gesellschaftslehre in Wien und entfaltete eine rege Vereins-Tätigkeit: Schienerl war nach 1945 an einigen Gründungen sozio-

37 | Ebd., Dekanat der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien (Ferdinand Degenfeld) an Othmar Spann, Wien, 7. Jänner 1946. Vgl. dazu auch Pfefferle und Pfefferle 2014: 84–85; Grandner 2005: 308–309.

38 | UAW, J PA 25, Schreiben des Dekans Degenfeld an Dekan Rittler, Wien, 16. Juli 1946. Degenfeld, 1938 wegen seiner katholischen Einstellung in den Ruhestand versetzt (Ehs 2014: 566), leistete Rittler bzw. Günther regelrecht Argumentationshilfe.

39 | Vgl. OeStA/Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA), Unterricht, Kleinbestände (KB), NS-Fragebögen – Assistenten Universität Wien (NS-FB-Assistenten Uni Wien), AL 1b (Akademische Legion beim Höheren SS und Polizeiführer Wien), 20, Aufnahme- und Verpflichtungsschein, Akademische Legion beim Höheren SS und Polizeiführer Wien, 30. November 1944.

logischer Vereine beteiligt (vgl. Müller 1994) und 1950 eines von etwa zwölf Gründungsmitgliedern der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie rund um August Maria Knoll (vgl. Fleck 2016: 27). Auch in der Lehre, die bis 1955 im Rahmen der beiden Studienrichtungen Rechts- und Staatswissenschaften organisiert blieb (Grandner 2005: 290) – erst 1966 sollte die Soziologie in Wien zur eigenen Studienrichtung werden (Reinprecht 2014: 252) –, war er nicht wegzudenken: Er hielt in den ersten 15 Jahren nach 1945 insgesamt 62 Lehrveranstaltungen, also etwa ein Drittel aller Lehrveranstaltungen in diesem Bereich, die zweitmeisten hinter dem diesen Zeitraum prägenden Ordinarius August Maria Knoll (vgl. Tabelle 1).⁴⁰

Name	Anzahl LV	Anteil LV	Ø SWS	Zeitraum
August M. Knoll	79	42,0%	2,6	1946–1961
Walther Schienerl	62	33,0%	1,9	1946–1961
Leopold Rosenmayr	23	12,2%	1,6	1955–1961
Ernst Karl Winter	10	5,3%	1,1	1956–1959
Benedikt Kautsky	7	3,7%	1,4	1959–1960
Leo Stern	2	1,1%	2,0	1946–1947
Wilhelm Koppers	2	1,1%	2,0	1947–1949
Franz H. Mueller	2	1,1%	2,0	1957–1958
Joseph B. Ford	1	0,5%	1,0	1959
Gesamt	188	100,0%	1,7	

Tabelle 1: Anzahl und Anteile der Lehrveranstaltungen (LV) im Bereich »Gesellschaftslehre« der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien pro Lehrendem, Sommersemester 1946 bis Sommersemester 1961. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum 180 Lehrveranstaltungen gehalten, davon 8 in Co-Teaching (August M. Knoll und Leopold Rosenmayr), die für beide Personen gezählt werden, wobei die Anzahl der jeweiligen Semesterwochenstunden (SWS) halbiert wird.⁴¹

Als das Ministerium im Sommersemester 1955 Schienerls Lehrauftrag »im Hinblick auf die geringe Hörerzahl in den vergangenen Semestern«⁴² storniert – seine Vorlesung zur Sozial- und Massenpsychologie ist von durchschnittlich neun bis 13 HörerInnen besucht worden⁴³ –, hält ihm die Fakultät die Treue. Einen mit »Ergebenheit und vor-

40 | Inhaltlich hielt Schienerl Vorlesungen zur Geschichte der Soziologie, zu Grundbegriffen der Soziologie, *Massen- und Sozialpsychologie*, Existenzialismus und Soziologie, zur Soziologie der Macht, zu *empirischer Soziologie und Metaphysik der Gesellschaft* sowie *Weltanschauung und Gesellschaftsbild*.
41 | Zu den Gastprofessoren des Fulbright Programs, die nicht alle in der Lehre dem Bereich »Gesellschaftslehre« zugeordnet wurden, und ihrer (Nicht-)Einbindung in die Fakultät vgl. König 2012: 83–86 und 106–110.
42 | UAW, J PA 403, Schreiben des Bundesministeriums für Unterricht an das Dekanat der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, Wien, 8. Februar 1954.
43 | Ebd., Schreiben des Dekanats der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien an das Bundesministerium für Unterricht, Wien, 19. November 1954.

züglicher Hochachtung der verehrungswürdigen gelehrten Körperschaft« unterzeichneten Jammer-Brief⁴⁴ – »Meine Not ist gross, seelisch bedrückend, ich erspare mir die Beschreibung« – beantwortet das Dekanat mit einer dauerhaften Geldzahlung.

»Das Bundesministerium für Unterricht sah sich leider nicht in der Lage Ihnen einen honorierten Lehrauftrag zu erteilen [...]. Andererseits hat das Bundesministerium für Unterricht sich nicht der Einsicht verschlossen, dass Sie mit Leib und Seele der Wissenschaft ergeben sind und stets bereit waren auch schwere Opfer zu erbringen, um Ihren wissenschaftlichen Bestrebungen nachzugehen. In dieser Erwägung hat das Bundesministerium für Unterricht über [sic] meinen Antrag Ihnen eine monatliche Unterstützung von S 1.200.- bewilligt.«⁴⁵

Wechselt man von der personellen auf die kognitive Ebene, so zeigt Tabelle 1 zunächst, dass über 90 % der Lehrveranstaltungen von Soziologen aus dem katholischen und nationalen Milieu gehalten wurden. Es war die Ära der katholischen Restauration (Fleck 2016: 23–31; Reinprecht 2014: 253–255; für Innsbruck Lichtmanegger 1999: 16), in der mit dem Buchenwald-Überlebenden Benedikt Kautsky und Leo Stern nur zwei Vertreter jener Soziologie für gerade 5 % der Lehrveranstaltungen verantwortlich zeichneten, die in der Nachfolge des (Austro-)Marxismus rund um Max Adler standen (Fleck 1988: 133). Das Erbe des Nationalsozialismus bestand hier vor allem darin, so Fleck, die Zahl der Erben reduziert zu haben – übrig blieb »die Gruppe der 1938 Entlassenen, die Österreich nicht verließen, vermehrt um sehr selektiv aus dem Lager der »minderbelasteten« Nationalsozialisten und aus dem Lager der katholischen Emigration Kooptierte« (ebd.: 130). Erweitert man den Blick auf die gesamte Universität Wien, zeigt sich, dass die »braunschwarze[n] Professorenclique« (Taschwer 2015: 13), die in der Zwischenkriegszeit die Besetzung offener Stellen mit Jüdinnen und Juden, SozialdemokratInnen oder PazifistInnen sowie Frauen insgesamt tatkräftig verhindert hatte – und diese mit dem eigens erfundenen Label des »Ungeradentums« (ebd.: 61) diffamiert hatte – nach 1945 bald in weitgehender personeller Kontinuität wieder tätig war. Wenn jemand wie Richard Meister, der als »schwarzbraune Eminenz« (ebd.: 259) über alle Umbrüche hinweg wesentliche Funktionen an der Universität Wien innehatte, nach 1945 für Fragen der Remigration zuständig war – kann es da wirklich verwundern, dass für die gesamte Universität Wien nur zwei der vertriebenen jüdischen WissenschaftlerInnen nach 1945 ein Ordinariat erhielten, während 56 der 92 als NSDAP-Mitglieder oder Anwärter von Entnazifizierungsmaßnahmen umfassten Professoren weiter bzw. wieder Karriere machten (Pfefferle und Pfefferle

44 | Ebd., Schreiben Walther Schienerls an das Professorenkollegium der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, Wien, 4. März 1955.

45 | Ebd., Schreiben des Dekans der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien (Dekan Roland Graßberger) an Walther Schienerl, Wien, 27. April 1955. Das Durchschnittsbruttoeinkommen betrug 1955 allerdings monatlich 1.688 Schilling (vgl. <https://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE/1958Heft10Beil54.pdf>, 4. April 2019). Die als »ständige Unterstützung« bzw. »Forschungsstipendium« titulierte Zahlung wurde ab 1956 bis zu Schienerls Tod 1961 auf monatlich 500 Schilling reduziert.

2014: 265)? Die gleichzeitige Verdammung der Verbannten, die bewusste Nicht-Rückholung der im NS vertriebenen SozialwissenschaftlerInnen führte zu deren »moralische[r] Devastierung« (Fleck 1996: 91) und in weiterer Folge zum regelrechten Niedergang der Sozialwissenschaften in Österreich, zur von Christian Fleck beschriebenen »autochthonen Provinzialisierung« (ebd.).

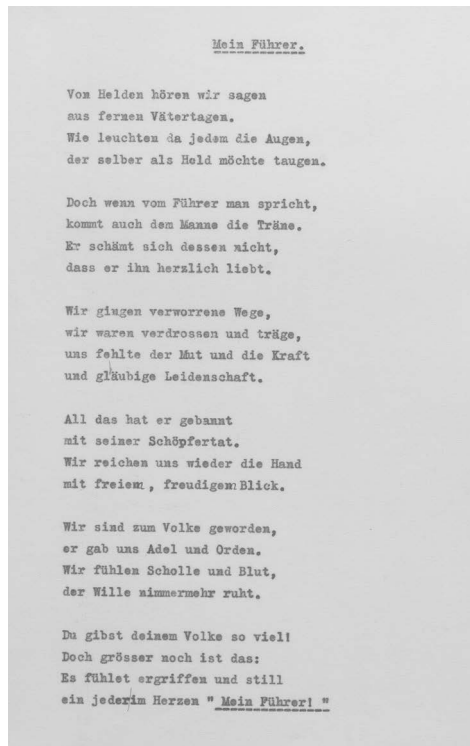
Die Geschichte der nicht-stattgefundenen Entnazifizierung der Universität Wien im Allgemeinen und deren SozialwissenschaftlerInnen im Besonderen ist gut erforscht; hier soll nur der Aspekt ergänzend betont werden, dass die autochthone Provinzialisierung aktiv hergestellt wurde und die NS-Soziologen ihre Rolle dabei spielten. Auch wenn die Zahl der beteiligten Personen klein war: Es gibt auch in der Wiener Soziologie eine Kontinuität einer autoritären, staatstragenden und staatshörigen sozialphilosophischen Minderheit, die spätestens seit Ende des Ersten Weltkriegs über alle folgenden Zäsuren hinweg kontinuierlich akademisch verankert war und alles verhinderte, was ihr nicht passte – wer weiblich und jüdisch war, empirisch arbeitete und auch nur im Ansatz marxistisch dachte. Die Traditionen der »minderbelasteten« Nationalsozialisten und des katholischen Lagers, die die machtvollen Posten und Positionen besetzt hielten, standen dabei nicht bloß nebeneinander, sondern luden sozusagen als Items einer Itembatterie in ihren Wissenschaftsvorstellungen auf die gleiche Dimension – jene einer autoritären Soziologie, die eklektizistische Sozialphilosophie von männlichen »Autoritäten« tradierte, um »Ordnung« zu schaffen. Es ist ein autoritäres Verständnis von Soziologie, das auf kognitiver Ebene von Günther und Schienerl nach 1945 blieb. Schon René König verwies in der Debatte über die NS-Soziologie auf das ebenso banale wie bedeutende Faktum, dass der Nationalsozialismus nicht aus dem Nichts gekommen war, sondern »seine Kraft aus der alten deutschen Tradition« (König 1987: 414) bezogen hatte, die auf die

»Fragen des endemischen deutschen Antisemitismus, Antiliberalismus, Antidemokratismus, Antisozialismus, Antiurbanismus usf. zurück[gehe], kulturelle Erklärungskomplexe, die alle zusammen aus dem Kaiserreich kontinuierlich in die Weimarer Republik bis zum Nationalsozialismus weiterlaufen« (ebd.: 413)

und auch nach 1945 nicht spurlos verschwanden. Die Frage des Erbes der NS-Soziologie ist weder binär kodiert noch auf oberflächliche ideologische Bekenntnisse oder auch Parteimitgliedschaften zu reduzieren. Sie ist vielmehr eine der »Rückfallpositionen«, wie sie in den von König beschriebenen Abgrenzungen zu sehen sind, zu denen noch der Antifeminismus zu zählen wäre – und die, siehe Schienerl, in der österreichischen Soziologie lange endemisch blieben. Polemisch gesagt: Die Führergedichte verschwanden, der Frauenhass blieb.

Konzeptionell kann diese autoritäre Dimension auf verschiedene Weise gefasst werden und müsste ausgefeilter ausgearbeitet werden. Hier soll, wenn auch nur schematisch, an Heinz Steinerts Gedanken angeknüpft werden (vgl. Steinert und Falk 1973), der innerhalb der Soziologie zwischen einem ordnungstheoretischen und einem befreiungstheoretischen Paradigma unterschied. »Man kann über die ›gute Herrschaft‹ nach-

Abbildung 1: Walter Schienerl, Gedicht: Mein Führer (o. D.)



Quelle: UAW 131.92.5.368. Jenseits des Sinns, den der Autor subjektiv mit diesem Gedicht verknüpft haben mag, wäre museologisch nach dem Grund der Aufbewahrung und Übergabe an ein Archiv zu fragen.

denken oder über die Möglichkeit, Herrschaft loszuwerden«, schrieb Steinert in zugespitzter Form (Steinert 1989: 19–20). Während er unter dem befreiungstheoretischen Paradigma das Programm einer reflexiven Soziologie verstand,⁴⁶ sei die Wissenspro-

46 | Heinz Steinert (1942–2011) steht für eine der vergessenen Verbindungen zwischen den Traditionen des befreiungstheoretischen Paradigmas in Wien und Frankfurt am Main, die mit dem aus Wien nach Frankfurt gekommenen ersten Direktor des Instituts für Sozialforschung (IfS) Carl Grünberg begannen und über die Mitarbeit diverser österreichischer SozialwissenschaftlerInnen an Projekten des IfS wie Maria Jahoda, Paul F. Lazarsfeld und Käthe Leichter (siehe dazu Duma in diesem Band) bis zu Steinert reichten. Das Programm einer »reflexiven Soziologie« durchzog Steinerts Denken von den 1970er-Jahren bis in die 2000er-Jahre. Der Sozialwissenschaftler mache dabei ihre mit dem »Forschungsobjekt« geteilten Normen und Selbstverständlichkeiten selbst reflexiv zum Gegenstand der Forschung – von den Übertragungen und Gegenübertragungen im Interview, das als soziale Interaktion verstanden wird, bis hin zu impliziten theoretischen Denkmodellen. Steinerts aus dieser Perspektive begründetes Interesse am symbolischen Interaktionismus betrifft dessen gesellschaftstheoretische Perspektive, die

duktion der »real existierenden Soziologie« (Resch und Steinert 2009: 12) mehrheitlich kulturindustriell geprägt und im *worst case* »autoritär«. Diese Beobachtung leiteten Steinert und Falk auch in Bezug auf die Soziologie als Disziplin von der klassischen Studie zur *Authoritarian Personality* her (Adorno, Frenkel-Brunswik, Levinson und Sanford 1950), die sie nicht als »900seitiges Handbuch für die F-Skala« (Martin 2001: 3) zum treffsicheren Aufspüren von FaschistInnen lasen, sondern als gesellschaftstheoretische Anregung. Demnach wäre unter »autoritärer Soziologie« Folgendes zu verstehen:

»Heute halten wir [...] anscheinend dabei, daß von dem ursprünglichen Syndrom hauptsächlich die Intoleranz für Ambiguität und der Ethnozentrismus übrig geblieben sind, neu dazu gekommen sind Kategorienbreite und Reifikationstendenz. [...] Autoritarismus ist danach ein Weltbild [...], gekennzeichnet durch Verdinglichung bis Vergöttlichung des Gegebenen, des vorgefundenen Regelkanons, eine Vorstellung vom ›Objekt‹-Charakter dessen, was als ›gemacht‹ und Prozeß auch vorstellbar wäre, die ihrerseits aus geringer Kategorienbreite und eingeschränkter sozialer Erfahrung erklärt werden können.« (Steinert und Falk 1973: 22–23)

Diese geringe Kategorienbreite (also die Engführung der beobachteten Wirklichkeit in starren Kategorien, die man dann auch noch verdinglichend bzw. »reifizierend« für »Ursachen« sozialer Phänomene hält) und mangelnde soziale Erfahrung einer autoritären Soziologie erkläre sich dadurch, dass die Isolation auch einen Statusgewinn bedeuten kann – umgekehrt führe ein Hinauswagen aus dem akademischen Feld das Risiko eines Statusverlusts mit sich (ebd.: 23). Zwei wesentliche Punkte sind im Anschluss daran festzuhalten: Zum einen wird noch einmal klar, dass für die österreichische Nachkriegssoziologie der Ausschluss des Forschens *über* den Nationalsozialismus Bedingung ihrer Etablierung, ihres Statusmanagements war – dass also die (an)genehme Perspektivenverengung die Disziplinierung der Soziologie im bekannterweise doppelten Wortsinn ermöglicht hat. Zum anderen belegt der beobachtete Opportunismus der Wiener NS-Soziologen damit keine Überwindung des Austrofaschismus und Austro-nationalsozialismus, sondern steht im Gegenteil für eine autoritäre Anbetung des jeweiligen Status quo. In Bezug auf Spann sind die geringe Kategorienbreite seiner Kategorienlehre und seine – gelinde gesagt – antidemokratischen Prämissen bekannt (vgl. v. a. Siegfried 1973; Knoll, Majce, Weiss und Wieser 1981: 69–70; Suppanz 2004). Der Spann'sche Modus der Selbstviktimisierung – in seiner eigenen Sicht war er schließlich als Nationalsozialist im Austrofaschismus ebenso Opfer wie im Nationalsozialismus als Österreicher bzw. Katholik und schließlich in der Zweiten Republik als angeblich fälschlicherweise für einen Nationalsozialisten Gehaltener – erscheint im Lichte der *Authoritarian Personality* als opportunistische Vergöttlichung des Gegebenen, damit aber geradezu als Kerndimension des Autoritarismus. Auch die Eigenschaft der Selbstviktimisierung scheint generell eine bleibende Eigenschaft in der Soziologie gewesen

Gesellschaft als in Situationen gemacht untersucht, nicht den zur »Methodologie« verengten Ansatz. Diese reflexive Soziologie wird einer »real existierenden Soziologie« entgegengesetzt, die sich in Funktionalismus und Modellrechnung erschöpft.

zu sein, schrieb doch Leopold Rosenmayr noch im Jahr 2008 von katholischen Intellektuellen, die »dem Antisemitismus zum Opfer« fielen, diesem »ausgesetzt geblieben« waren und »gelegentlich auf Judenwitze nicht verzichten« konnten (Rosenmayr 2008: 151) – geradezu ein Paradebeispiel für die in der *Authoritarian Personality* konstatierte *superstitiousness* als »a tendency to shift responsibility from within the individual onto outside forces beyond one's own control« (Adorno, Frenkel-Brunswik, Levinson und Sanford 1950: 236), wobei diese äußeren Kräfte mystisch bleiben.

Schlimmer noch stellt sich die Situation in nicht-veröffentlichten Schriften dar. Schienerl hinterließ etwa einen 22 Archivschachteln oder 517 Mappen umfassenden Nachlass, der u. a. Notizen und Tagebuchaufzeichnungen zwischen 1920 und 1961 enthält. Wer sich hier beschreibende oder reflektierende Einsichten des Tagesgeschehens erwartet, wird enttäuscht; jenseits von banalen bis obszönen Aphorismen findet sich wenig. Diese offenbaren aber nichts anderes als einen *Highscorer* auf allen Autoritarismus-Skalen par excellence: Hier finden sich Depression, Selbstmitleid, Selbstviktimsierung, Autoritätshörigkeit und Ethnozentrismus, zudem ein obsessives Verhältnis zur Sexualität, das mit einer emotionalen Abwertung von Frauen verbunden wird – allesamt Eigenschaften, die in der klassischen Studie zur *Authoritarian Personality* einen *Highscorer* ausmachten. Als typisches Beispiel soll hier der Eintrag vom 2. September 1939 zitiert werden, dem ersten Tag nach Beginn des Zweiten Weltkriegs:

»2. IX. 39. Sa / Gestern hat der Krieg mit Polen begonnen. / Die Liftgirls beim Gerngross haben beschlossen, treu zu bleiben. / Annemarie war grob beim Telephon, sie brüllte wieder einmal in ihrer üblichen Skorpionsart. Das Leben ist ein Dreck. / Mizzi nach Ut. St. Veit begleitet. Auf einer Wiese gelegen. Einkäufe.«⁴⁷

47 | UAW, Nachlass Walther Schienerl, 131.92.7.11, Tagebuchnotizen Walther Schienerl. Die hier ausdrücklich nur als illustrative Belege zitierten beispielhaften Tagebuchaufzeichnungen würden, samt zahlreicher hier nicht zitierbarer, von Sexual- und/oder Gewaltphantasien durchdrungener Notizen, eine eingehendere feinstrukturanalytische Interpretation erfordern, die nicht Gegenstand dieses Artikels ist. Nur selten finden sich Notizen, die mit der universitären Tätigkeit zu tun haben: »15.1.42, Do / Gestern Augenflimmern. Günther hielt kein Seminar, lud mich ins Café ein. Ich deprimiert. Er riet mir, die Einleitung zur Arbeit zu ändern.« (ebd.); »13.1.42. / [...] Günther [...] verlangt mehr Kontakt. [...] Günther diktierte zwei Gutachten, nicht vieles andre. / Erledigt und futsch. Wermut getrunken.« (UAW, 131.92.7.13); »14.7.42, Mi / Langweiliges Getue der Fakultät wegen meiner Graduierung zum Dr. habil. Ich pfeife ihr was, ich werde mich nicht hinsetzen und deshalb, weil die Fakultät einen formalen Fehler beging und mir Prof. V. aufsässig ist den Dr. rer. pol. zu der irrsinnigen Arbeit, die ich habe, noch dazu machen. Das Leben ist langweilig und anstrengend genug. [...] Prof. Günther bemerkte, wenn er vor zwei Jahren nicht gewesen wäre, wäre ich heute gar nicht da.« (ebd.); »23.IX.38 / Ich kann am Leben nur noch ärgerliches Interesse nehmen.« (ebd.). Im Normalfall strotzen die Tagebuch-Notizen geradezu vor depressiven und frauenverachtenden Beschimpfungen. »27.X.38 [...] Frauen machen mit allen Neugeborenen ein albernes Getäschel [sic]. / Hat jemals ein Mann auf einem Buch so getäschelt. / Natürlich, Frauen und Bücher soll man nicht aus der Hand geben, aber zuklappen und weglegen. [...] Man beachte, wie blöd eine Frau auf der Stadtbahn vor sich hingafft. Menschlich werden diese Wesen erst, wenn sie unters Trittbrett geraten. [...] Sie sind fleischgewordener Stacheldraht. / Sie sind voll ekelhafter Verlogenheit. [...] Kalte Frauen

Es wäre allerdings zu einfach, diese autoritäre Dimension zu personalisieren. Hier soll es weder um eine Pathologisierung der NS-Soziologen noch um den Nachweis autoritärer *Persönlichkeiten* gehen, sondern um die Wissenschaftsgestalt der Soziologie in der Ära der katholischen Restauration. Jenseits individueller Biografien stellt sich mit Steinert also die Frage nach kognitiven Kontinuitäten autoritärer Denkmodelle in der Soziologie als Wissenschaft. Diesbezüglich soll abschließend zum einen die Frage des Zusammenhangs von Günthers Arbeiten vor und nach 1938, zum anderen Schienerls Verständnis von Soziologie nach 1945 rekonstruiert werden.

In *Die Alpenländische Gesellschaft* (Günther 1930) interessieren Günther (als einzelwissenschaftlich zu verstehende) soziologische Fragen jenseits dessen, »wo das Edelweiß wächst, und das Murmeltier pfeift« (ebd.: 2). Es geht um die größeren Gruppen-Zusammenhänge jener »Menschen und menschlichen Gruppen, die dem beherrschenden Einfluß des Alpengebirges in mehr oder weniger starkem Maße dadurch unterliegen, daß sie in räumlichem Zusammenhang mit diesem Gebirge leben« (ebd.: 31–32). Diese Gruppen und Einheiten bezeichnet er (beinahe konstruktivistisch) als analytische, »fiktive Ein- und Ganzheiten« (ebd.: 13), die nicht direkt beobachtbar oder aus geografischen Bedingungen ableitbar wären, sondern sich etwa in »vertikaler Schichtung« aufgliedern würden, die wörtlich als Schichtung nach Höhenlagen, nach Berg- und Almsiedlungen, Haupt- und Nebentälern gemeint ist (ebd.: 52–58). Günther argumentiert differenziert, sowohl empiriebasiert als auch theoriegeleitet, setzt sich mit beinahe allen zeitgenössischen deutschsprachigen SoziologInnen auseinander, sucht seinen Weg zwischen Universalismus, Marxismus, Beziehungslehre und formaler Soziologie (ebd.: 18). Dabei scheint ihm der Spann'sche organische Universalismus zwar für einzelne politische, religiöse, sprachlich-kulturelle oder räumlich isolierte Gruppen sinnvoll anwendbar zu sein, nicht aber für die Gesamtheit der alpenländischen Gesellschaft (ebd.: 75). Auch konstatiert er, dass die Soziologie »mit den bisherigen Ergebnissen der Rassenkunde nicht sehr viel anfangen kann« (ebd.: 182), und verwirft im gesamten Buch den Gedanken, »Rassen« wären unvergängliche anthropologische Konstanten und damit »gesellschaftlicher Dauerwert« (ebd.: 183). Doch das Movens der Arbeit steht demjenigen seines »Rassegedankens« nicht fern: Es geht um die Suche nach der besonderen alpenländischen Lebensform als idealer Ordnung in urwüchsiger Reinheit, um die grundlegende »Struktur« im Gegensatz zur willkürlichen »Skulptur« (ebd.: 8), um die »Konstanz in Bevölkerungsmenge und -art, in Siedlung, Raum, Wirtschaft und Verkehr« (ebd.: 10), auch wenn sie nicht »rassisch« verstanden wird. Günther treibt eine Faszination für diese Bevölkerung an, die in die unwirtlichen Alpen vorgestoßen sei, wobei »die Träger dieser Vorstöße ein besonderes Menschenmaterial darstellten und darstellen« (ebd.: 49) und es »zweifel-

sind lesbisch, und warme haben einen Knax. / Wozu überhaupt so viel davon. Sie verdienen's nicht.« (UAW, 131.92.7.11.); »18.XI.38 Fr. / ein erschütternder Dreck.« (ebd.); »[1940] Eifersucht gegen den Arzt, der der Frau bei der Entbindung half.« (ebd.); »2.2.42. Mo. / Meine Frau lässt noch immer die Nase hängen. / Es schneit, meinnetwegen kann es in alle Ewigkeit schneien, es ist alles egal. – Pervitin gekauft« (UAW, 131.92.7.13).

los die Tüchtigsten und Besten [waren], die unter den umsichtigsten Führern vor-
drangen« (ebd.). Liest man dies durch die Brille seiner späteren Worte, muss man die
These aufstellen, dass es um die Erforschung einer Art »rassischen« Urgemeinschaft
geht, einer »unfreien, dumpfen, den Rassegedanken gewissermaßen nur körperlich
in sich tragenden Masse höriger Bauern oder zünftiger Handwerker« (Günther 1940:
29). Diese Urgemeinschaft wäre dann von Industrialisierung und Modernisierung
zerstört worden, um erst von der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft als »ei-
ner ihrer selbst wieder bewußt gewordenen Gemeinschaft von Volksgenossen« (ebd.)
auf höherer Stufenleiter reproduziert zu werden. Es sei der Ursprung der Schicksals-
gemeinschaft, zu dem politisch bewusst in der »Volksgemeinschaft« als bester aller
Ordnungen zurückzukehren sei, wie auch immer die Begriffe »Volk« und »Rasse« da-
bei zusammengedacht werden. Dass dieses Element in Günthers Denken zentral und
epochenübergreifend ist, belegt auch der Bericht über seinen Eröffnungsvortrag auf
der erwähnten sozialwissenschaftlichen Tagung in Wien im Jahr 1944:

»Es sei uns vielmehr klar, daß die Gemeinschaft in naturnäheren Verhältnissen immer
schon bestanden habe und somit eine umfassende Tradition der Gemeinschaft bestehe,
die allerdings unter der Vorherrschaft liberalistischer Gedankengänge unter die Schwelle des
Bewußtseins für viele herabgesunken sei. In seiner ihm eigenen Verbindung von Revoluti-
on und Traditionspflege habe der Nationalsozialismus die Gemeinschaft trotz allen gegen
sie ankämpfenden Kräften wieder neu zum Leben erweckt.«⁴⁸

48 | »Die ersten Vorträge der Sozialtagung«, in: *Neues Wiener Tagblatt*, Nr. 33, 3. Februar 1944, 4. Interessanterweise thematisierte bereits Max Adler im Rahmen des oben erwähnten Vierten Deutschen Soziologentags 1924 Günthers ordnungsparadigmatisches Denken. Generell wurde Günther hier scharf kritisiert (vgl. Käsler 1981). Ladislaus von Bortkiewicz stellte etwa fest, dass nicht klar sei, was Günther überhaupt unter Sozialpolitik verstehe (DGS 1925: 94). Günthers Forderung nach wertfreier »Reiner Soziologie« (DGS 1925: 24) bestand denn auch vor allem in dem diskursiven Trick, die Soziologie nicht von normativ-politischen Werten an sich zu »bereinigen«, sondern Soziologie in Soziologie plus Sozialpolitik zu verdoppeln, um erstere wertfrei zu erklären und alles Werten letzterer zu überlassen. Max Adler antwortete mit einer analytischen Unterscheidung von statischer und dynamischer Soziologie und warf Günther rigides Denken in statischen Kategorien vor (Rigidität und Kategorienstarre sind zentrale Konzepte der *Authoritarian Personality*). Während sich das Günther'sche Verständnis von Soziologie auf die Beschreibung zwischenmenschlicher Beziehungen selbst beschränke und damit statisch bleibe, sei der Marxismus an den sozialen Kausalgesetzen dynamischer gesellschaftlicher Entwicklung interessiert: »Worauf es ankommt, das ist, ob man in der Sozialpolitik die Grundeinstellung nach der Statik oder der Dynamik der Gesellschaft hat. In ersterem Falle ist man auch mit seinem Denken, mit seinen theoretischen Begriffen und Problemen völlig in Grenzen und Möglichkeiten der Gegenwart befangen, im zweiten Falle betrachtet man jede Erscheinung und Wirksamkeit des gesellschaftlichen Lebens bereits als eine zu überwindende, resp. als ein Moment der sozialen Entwicklung« (ebd.: 104). Paradoxerweise scheint sich Günther die Kritik zu eigen gemacht zu haben, behauptete er doch bei einer Rede in Rumänien 1943, dass »Sozialpolitik nicht als irgend ein fertiger Zustand, als etwas Statisches zu betrachten sei, sondern als eine ständige Entwicklung« (»Sozialpolitik – Dienst an Volk und Rasse«, in: *Südostdeutsche Tageszeitung*, Ausgabe Banat, 3. Juni 1943, 3). Der 1937 verstorbene Max Adler bekam diesen Pyrrhussieg nicht mehr mit.

Was Schienerl für Soziologie hielt und als solche unterrichtete, kann aus seinen Notizen geschlossen werden.⁴⁹ Folgte er an sich im Anschluss an Leopold von Wiese einer recht allgemeinen Definition von Soziologie als Lehre zwischenmenschlicher Beziehungen, die vorgeblich reine Theorie sei und keine Rezepte für Sozialpolitik gebe, so besteht kaum Zweifel, dass es auch bei ihm um ein ordnungsparadigmatisches Denken ging. Die Soziologie sei

»die Lehre vom Werden, vom Wesen und von der Struktur der gegenseitigen menschlichen Beziehungen. Sie zeigt die Wirkungen von Ordnungen, die ohne unser Zutun entstehen und wie sich die Dimension des menschlichen Daseins und ununterbrochener Angewiesenheit auf andere gestaltet.«⁵⁰

Von Wieses Beziehungslehre, der des Öfteren attestiert wurde, »Beziehungen« jenseits aller beobachtbarer sozialer Handlungen zu fetischisieren und verdinglichen, wird hier durch eine a priori wirkende, mystische Ordnung ergänzt. Dieses (an Spanns Ganzheit erinnernde) A-Priori-Denken kreist auch bei Schienerl um die ideale Ordnung, die zur Abwehr des Hobbes'schen Naturzustands notwendig ist: »Das *Recht* ist ein Epilog, der alles erklärt. Vorher ist reine Raserei, pathetisches Löwengebrüll und hysterisches Hyänenlachen, Geheul, Geblök, Gemecker und Geschnatter.«⁵¹ Die Menschen-Tiere werden also, zynisch formuliert, erst durch staatliche Ordnung gezähmt. Ordnungsdenken strahlt schließlich auch aus Schienerls *Bericht über soziologische Tätigkeit in Österreich seit 1945*, den er vermutlich rund um die Tätigkeit in verschiedenen von ihm und Friedrich Johann Latscher-Lauendorf gegründeten soziologischen Vereinen 1950 verfasst hat (vgl. Müller 1994).⁵² Die Schrift nennt, wenig überraschend, weder eine einzige nicht in Österreich erschienene Arbeit einer oder eines Vertriebenen, noch eines der zahlreichen Werke österreichischer Sozialwissenschaft-

49 | Siehe dazu insbesondere das ca. 1948/1949 entstandene Typoskript: Walther Schienerl: »Soziologie in Gegenwartsbetrachtung (im Hinblick auf die Psychologie der menschlichen Beziehungen)« (UAW, 131.92.2.2). Das Werk referiert auf knapp 500 Seiten oberflächlich Lebensdaten und Werke diverser Soziologen.

50 | UAW, 131.92.7.33, »Was ist Soziologie?«, o. D.

51 | UAW, 131.92.7.35, Stichwortkarten. Diese Stichwortkarten dürften im Zusammenhang mit seiner ab 1953 gelehrtens *Soziologie der Macht* stehen. Weitere Exempel des ordnungsparadigmatischen Denkens: »Wenn jemand den Frieden stört, ist doch noch nicht bewiesen, dass nicht auch ein Friede auf die Dauer stören kann.« (ebd.); »Macht geht vor Recht, und Recht renkt sich den Hals aus, statt dass es der Macht den Hals umdreht.« (ebd.) – auch hier also Gewaltphantasien, die vorgeblich »Gerechtigkeit« betreffen. Der NS ist definitiv die Folie für die Betrachtungen über Macht und Gewalt, wenn auch auf verschrobene Weise: »Was man sich nicht weiter abringen kann, müsste man sich abboxen, meinen die [unleserlich], diese alten Kämpfer.« Beispiele der *Projection* als obsessiver Sexualitätsphantasie: »Moral ist gut, sozial ist gut. Wie gut ist erst Sozialmoral? / Diskrimin = Entscheidung, Unterschied. / er diskriminiert sie, er unterscheidet entschieden ihre Löcher von anderen Scheiden und Arschlöchern« (ebd.). Ein Beispiel der Dimension *Authoritarian Submission*: »Macht kann einer nicht haben, der gar keine Kraft hat, das ist das Tolle an ihr« (ebd.).

52 | UAW, 131.92.5.37, »Bericht über soziologische Tätigkeit in Österreich seit 1945«, o. J. [1950].

terInnen über die Konzentrationslager (Suderland 2014: 377–378; Kranebitter 2014: 32–78), reiht ansonsten allerdings eklektizistisch alles aneinander, was zwischen 1945 und 1950 in Österreich im Entferntesten als Soziologie erschienen sein dürfte – sogar außeruniversitäre Forschungseinrichtungen wie die Wiener Arbeiterkammer, ein »Österreich-Institut« oder die 1946 gegründete Österreichisch-Soziologische Gesellschaft finden Erwähnung. Hier sind allerdings zwei Aspekte von Interesse: Zum einen positioniert Schienerl die österreichische Soziologie in einer Theorietradition, die wenig von der empirischen Forschung des »Amerikanertums« hält und nicht »westliche Soziologie« ist:

»Während sich in der westlichen Soziologie zeigte, dass Theorie mit Praxis, entsprechend dem pragmatischen und behavioristischen Sinne des Amerikanertums ohneweiteres [sic] verbindbar ist, war man in Oesterreich bestrebt, Theorie von Anwendung der aus der Theorie sich ergebenden Möglichkeiten rein zu trennen. Dies keineswegs zum Nachteil der Praxis, sondern zum Vorteil der Theorie, hierin liegt keine pedantische Scharfmacherei, sondern eine gewisse Aufgeschlossenheit [...]«⁵³

Die geforderte »reine Trennung« führt denn auch dazu, die empirische Sozialforschung als eine Art zusatzprogrammatische Auftragsforschung zu verstehen, die tägliches Geschäft sein mag, aber den Kern der Soziologie in Österreich nicht berühren sollte (siehe dazu Reinprecht in diesem Band). Zum anderen findet sich hier eine lupenreine Version des bald dominierenden Mythos von Österreich als (erstem) Opfer des Nationalsozialismus, verbunden mit autoritären Werthaltungen, wie sie etwa in folgendem Passus zum Ausdruck kommen:

»Ausgehend von dem Gedanken, dass Österreichs Kultur in Vergangenheit und Gegenwart Österreichs grundsätzliches Kapital repräsentiert [...], ausgehend von dieser seiner unverkennbaren Mittlerrolle Österreichs [sic] in geschichtlicher, geistiger und seelischer Wirkung, was auch den Fremden auffällt [sic], wenn sie sehen, wie in einem verarmten Land die Kinder ihren Eltern gehorchen, hat sich das Österreich-Institut die Aufgabe gesetzt, am Erbe dieser Überlieferung Torwache zu halten und tatkräftig und organisatorisch die aus seelischen und ökonomischen Ursachen eingetretenen Folgen der Bedrohung österreichischer Kultur und Kunst, Wissenschaft und Alltag zu beseitigen.«⁵⁴

Diskursiv paraphrasiert ist das in Vergangenheit und Gegenwart friedliebende Opfer Österreich als Kulturnation stets – trotz widriger ökonomischer Umstände verallgemeinerter Armut, bei der Schienerl einmal mehr seine eigene, mehrfach zur Sprache gebrachte prekäre Lage im Kopf gehabt haben dürfte – um eine Mittlerrolle bemüht. Der – wie auch immer damit zusammenhängende – Gehorsam der Kinder falle auch »Fremden« auf, die ansonsten ausschließlich eine Bedrohung darstellen und das

53 | Ebd.: 1–2.

54 | Ebd.: 5–6.

Opfer Österreich in seelische und ökonomische Schwierigkeiten stürzen, die wiederum nur unter Pflege eines aggressiven und exklusiven (torwachenden) Traditionsbewusstseins nicht nur bearbeitet, sondern in Allmachtsphantasie sogar beseitigt werden können. Einmal mehr finden sich hier *Conventionalism* (die traditionsbewusste Torwache), *Authoritarian Submission* (der Gehorsam der Kinder), *Ethnocentrism* (bedrohliche Fremde), *Authoritarian Aggression* und *Power and Toughness* (die Beseitigung der Hindernisse) in paradigmatischer Amalgamierung (vgl. Adorno, Frenkel-Brunswik, Levinson und Sanford 1950: 223–336) – als hätte man fast schon bewusst versucht, auf knappstem Raum auf so gut wie allen Items der Skalen der *Authoritarian Personality* zu »scoren«.

Fazit

Die Nachkriegssoziologie in Wien war insofern »auf Schiene«, als sie über historische Zäsuren zumindest bis zur Errichtung eines eigenen Instituts eine im Sinne der *Authoritarian Personality* autoritäre Soziologie war, die Anknüpfungen an zuvor vertriebene und akademisch verhinderte Soziologietraditionen verunmöglichte und aktiv dethematisierte, was gleichzeitig an extramuraler Sozialforschung durchgeführt wurde (vgl. Kranebitter 2016 sowie den Beitrag von Weiss in diesem Band). Die Beschäftigung mit Personen wie Walther Schienerl, deren Bedeutung für die kognitive Geschichte der Soziologie zweifellos zweitrangig ist und in diesem Artikel keinesfalls übertrieben werden wollte, ist eine notwendige Ergänzung zur Erforschung der autochthonen Provinzialisierung. Der Skandal liegt letztlich weniger im unbedeutenden Werk Schienerls, als in den universitären Netzwerken, die Personen wie ihn in ihre Reihen kooptierten und damit am vermeintlichen »Aufbauwerk« der Nachkriegssoziologie beteiligten, während sie andere nachhaltig weiterverdrängten. Angesichts dessen, dass die Zahl der österreichischen SoziologInnen in den 1950er-Jahren äußerst gering war (Fleck 2016: 29–30), spielt es eine gewichtige Rolle, dass sich etwa die als Psychologin, Jüdin und Frau intersektional marginalisierte Else Frenkel-Brunswik in den USA den Kopf darüber zerbrechen musste, Autoritarismus theoretisch zu fassen und empirisch zu messen, während der *Highscorer* Walther Schienerl nachfolgende SoziologInnengenerationen instruierte, Soziologie als Nachdenken über gute, ursprüngliche Ordnungen von empirischer Forschung »rein« zu trennen. Dabei sollte der Autoritarismus nicht als Persönlichkeitsmerkmal individualisiert werden, sondern als kollektive kognitive Dimension konzeptualisiert werden. Die langfristigen Folgen der Verengungen und Verdrängungen der Soziologie in Österreich (vgl. Kranebitter und Reinprecht 2018), etwa auch die Frage des »Impacts« der Lehre Schienerls, konnten in diesem Artikel nicht behandelt werden und bleiben weiterhin zu untersuchen.

Literatur

- Adorno, Theodor W., Frenkel-Brunswik, Else, Levinson, Daniel J. und Sanford, Nevitt R. (1950): *The Authoritarian Personality*, New York: Harper and Brothers.
- Bauer, Otto (1967): »Der Faschismus«, in: Abendroth, Wolfgang (Hrsg.), *Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus*, Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Botz, Gerhard (2008): *Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39*, Wien: Mandelbaum.
- Dayé, Christian und Moebius, Stephan (2015): »Einleitung«, in: Dayé, Christian und Moebius, Stephan (Hrsg.), *Soziologiegeschichte. Wege und Ziele*, Berlin: Suhrkamp, S. 7–22.
- Deutsche Gesellschaft für Soziologie, DGS (Hrsg.) (1925): *Verhandlungen des Vierten Deutschen Soziologentages am 29. und 30. September in Heidelberg. Vorträge von Adolf Günther, Ludwig Heyde, Max Scheler und Max Adler. Ansprachen und Diskussionen*, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- van Dyk, Silke und Schauer, Alexandra (2015): »... daß die offizielle Soziologie versagt hat«. *Zur Soziologie im Nationalsozialismus, der Geschichte ihrer Aufarbeitung und der Rolle der DGS*, 2., überarbeitete und ergänzte Auflage, Wiesbaden: Springer VS. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-06637-6>.
- Ehs, Tamara (2014): »Nationalökonomie & Volkswirtschaftspolitik«, in: Olechowski, Thomas, Ehs, Tamara und Staudigl-Ciechowicz, Kamila, *Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918–1938*, Göttingen: V&R unipress (Schriften des Archivs der Universität Wien, Band 20), S. 547–580. DOI: <https://doi.org/10.14220/9783737097994>.
- Fleck, Christian (1988): »Soziologie in Österreich nach 1945«, in: Cobet, Christoph (Hrsg.), *Einführung in Fragen an die Soziologie in Deutschland nach Hitler 1945–1950*, Frankfurt am Main: Christoph Cobet, S. 123–147.
- Fleck, Christian (1996): »Autochthone Provinzialisierung«, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 7. Jahrgang, Heft 1, S. 67–92.
- Fleck, Christian (2016): *Sociology in Austria*, London/New York: Palgrave Macmillan. DOI: <https://doi.org/10.1057/9781137435873>.
- Fleck, Christian (2018): »Soziologie in Österreich zur Zeit des Nationalsozialismus«, in: Moebius, Stephan und Ploder, Andrea (Hrsg.), *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie*, Band 1: Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum, Wiesbaden: Springer VS, S. 169–188. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-07614-6_11.
- Gerhardt, Uta (1998): »Gab es Soziologie im Dritten Reich?«, in: *Soziologie. Mitteilungsblatt der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*, 27. Jahrgang, Heft 1, S. 5–8.
- Grandner, Margarete (2005): »Das Studium an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien 1945–1955«, in: Grandner, Margarete, Heiss, Gernot und Rathkolb, Oliver (Hrsg.), *Zukunft mit Altlasten. Die Universität Wien 1945 bis 1955*. Innsbruck/Wien/Bozen: StudienVerlag, S. 290–312.

- Gruppe Arbeiterpolitik (Hrsg.) (1973): *Der Faschismus in Deutschland. Analysen der KPD-Opposition aus den Jahren 1928–1933*, Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Günther, Adolf (1930): *Die Alpenländische Gesellschaft als sozialer und politischer, wirtschaftlicher und kultureller Lebenskreis*, Jena: Gustav Fischer.
- Günther, Adolf (1940): *Der Rassegedanke in der weltanschaulichen Auseinandersetzung unserer Zeit*, Berlin: Junker und Dünnhaupt.
- Günther, Adolf (1942): »Gustav Ratzenhofer als Sozialwissenschaftler«, in: *Militärwissenschaftliche Mitteilungen*, 73. Jahrgang, Sonderdruck: General und Philosoph Gustav Ratzenhofer. Zum 100. Geburtstag, S. 25–32.
- Jaeggi, Urs et al. (1983): *Geist und Katastrophe. Studien zur Soziologie im Nationalsozialismus*, Berlin: Wissenschaftlicher Autoren-Verlag (WAV).
- Käsler, Dirk (1981): »Der Streit um die Bestimmung der Soziologie auf den Soziologentagen 1910 bis 1930«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 23: Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945. Materialien zur Entwicklung, Emigration und Wirkungsgeschichte, hrsg. von M. Rainer Lepsius, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 199–244. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-322-83583-3_7.
- Käsler, Dirk (1985): *Soziologische Abenteuer. Earle Edward Eubank besucht europäische Soziologen im Sommer 1934*, Opladen: Westdeutscher Verlag. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-322-94346-0_3.
- Klingemann, Carsten (2009): *Soziologie und Politik. Sozialwissenschaftliches Expertenwissen im Dritten Reich und in der frühen westdeutschen Nachkriegszeit*, Wiesbaden: Springer VS.
- Knoll, Reinhard, Majce, Gerhard, Weiss, Hilde und Wieser, Georg (1981): »Der österreichische Beitrag zur Soziologie von der Jahrhundertwende bis 1938«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 23: Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945. Materialien zur Entwicklung, Emigration und Wirkungsgeschichte, hrsg. von M. Rainer Lepsius, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 59–101. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-322-83583-3_3.
- König, René (1987): *Soziologie in Deutschland. Begründer, Verfechter, Verächter*, München/Wien: Carl Hanser.
- König, Thomas (2012): *Die Frühgeschichte des Fulbright Program in Österreich. Transatlantische »Fühlungnahme auf dem Gebiete der Erziehung«*, Innsbruck/Wien/Bözen: StudienVerlag.
- Kranebitter, Andreas (2014): *Zahlen als Zeugen. Soziologische Analysen zur Häftlingsgesellschaft des KZ Mauthausen*, Wien: new academic press (Mauthausen-Studien, Band 9).
- Kranebitter, Andreas (2016): »Die Vermessung der Konzentrationslager: Soziologiegeschichtliche Betrachtungen zum sogenannten Buchenwaldreport«, in: Fritz, Regina, Kovács, Éva und Rásky, Béla (Hrsg.), *Als der Holocaust noch keinen Namen hatte. Zur frühen Aufarbeitung des NS-Massenmordes an den Juden*, Wien: new academic press, S. 63–86.

- Kranebitter, Andreas und Reinprecht, Christoph (2018): »Marxism underground. Latent Marxism in Austrian empirical sociology«, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 3. Jahrgang, Heft 3, S. 219–229. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11614-018-0314-x>.
- Lepenies, Wolf (1981): »Einleitung. Studien zur kognitiven, sozialen und historischen Identität der Soziologie«, in: Lepenies, Wolf (Hrsg.), *Geschichte der Soziologie. Studien zur kognitiven, sozialen und historischen Identität einer Disziplin*, Band 1, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. i–xxxv.
- Lepsius, M. Rainer (2017): *Soziologie und Soziologen*, Tübingen: Mohr Siebeck. DOI: <https://doi.org/10.1628/978-3-16-155848-1>.
- Lichtmannegger, Susanne (1999): *Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Innsbruck 1945–1955. Zur Geschichte der Rechtswissenschaft in Österreich im 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main/Wien: Peter Lang (Rechts- und staatswissenschaftliche Reihe, Band 23).
- Martin, John Levi (2001): »The Authoritarian Personality, 50 Years Later: What Lessons Are There for Political Psychology?«, in: *Political Psychology*, 22. Jahrgang, Heft 1, S. 1–26. DOI: <https://doi.org/10.1111/0162-895X.00223>.
- Müller, Reinhard (1994): »Friedrich Johann Latscher-Lauendorf (1884–1964). Das ›(Private) Österreichische Soziologische Institut‹ und die ›Österreichische Soziologische Gesellschaft‹ (1946/47–1965)«, in: *Newsletter des Archivs für die Geschichte der Soziologie in Österreich*, Heft 10 (<http://agso.uni-graz.at/webarchiv/agsoe02/nlfiles/nl10.pdf>, 5. April 2019), S. 7–26.
- Müller, Reinhard (2015a): »Peter Czernin«, in: *Othmar Spann und der »Spannkreis«*, Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Universität Graz (http://agso.uni-graz.at/spannkreis/index.php?ref=biografien/c/czernin_peter, 24. März 2019).
- Müller, Reinhard (2015b): »Institut für Ständewesen. Düsseldorf 1933 bis 1936«, in: *Othmar Spann und der »Spannkreis«*, Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Universität Graz (http://agso.uni-graz.at/sozio/institute/institut_fuer_staendewesen/00.htm, 24. März 2019).
- Pfefferle, Roman (2015): »Steckengebliebene ›Wirklichkeitswissenschaft‹. Die Neubesetzungen ›soziologischer Lehrstühle‹ an der Universität Wien in der NS-Zeit«, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 40. Jahrgang, Heft 2, S. 147–165. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11614-015-0162-x>.
- Pfefferle, Roman und Pfefferle, Hans (2014): *Glimpflich entnazifiziert. Die Professoren-schaft der Universität Wien von 1944 in den Nachkriegsjahren*, Göttingen: V&R unipress (Schriften des Archivs der Universität Wien, Band 18). DOI: <https://doi.org/10.14220/9783737002752>.
- Rammstedt, Otthein (1986): *Deutsche Soziologie 1933–1945. Die Normalität einer Anpassung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Rathkolb, Oliver (1989): »Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien zwischen Antisemitismus, Deutschnationalismus und Nationalsozialismus 1938, davor und danach«, in: Heiß, Gernot, Mattl, Siegfried, Meissl,

- Sebastian, Saurer, Edith und Stuhlpfarrer, Karl (Hrsg.), *Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938 bis 1945*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 197–232.
- Reinprecht, Christoph (2014): »Die österreichische Soziologie und der Nationalsozialismus. Aufbruch, Verdrängung und verletzte Identität«, in: Christ, Michaela und Suderland, Maja (Hrsg.), *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven*, Berlin: Suhrkamp, S. 237–262.
- Rektorat der Universität Wien (Hrsg.) (1942): Personal- und Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester 1942, Wien: Holzhausen, S. 144.
- Resch, Christine und Steinert, Heinz (2009): *Kapitalismus: Porträt einer Produktionsweise*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Rosenberg, Alfred (2015): *Die Tagebücher von 1934 bis 1944*, hrsg. und kommentiert von Jürgen Matthäus und Frank Bajohr, Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Rosenmayr, Leopold (2008): *Überwältigung 1938. Frühes Erlebnis – späte Deutung*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau.
- Roth, Karl Heinz (1987): »Städtesanierung und »ausmerzende Soziologie«. Der Fall Andreas Walther und die »Notarbeit 51« der »Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft 1934–1935 in Hamburg«, in: Herrmann, Michael, Lenger, Hans-Joachim, Reemtsma, Jan Philipp und Roth, Karl Heinz (Hrsg.), *»Hafenstraße«. Chronik und Analyse eines Konflikts*, Hamburg: Verlag am Galgenberg, S. 39–60. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-322-93822-0_11.
- Schartner, Irmgard (2011): *Die Staatsrechtler der juridischen Fakultät der Universität Wien im »Ansturm« des Nationalsozialismus. Umbrüche mit Kontinuitäten*, Frankfurt am Main/Wien: Peter Lang.
- Schienerl, Walther (1940): *Allgemeine Kritik der Kategorienlehre Othmar Spanns*, Wien: Universität Wien (Habilitationsschrift).
- Schienerl, Walther (1942a): *Die Theorie der Sozialpolitik vom Standpunkt der Soziologie und Sozialphilosophie auf Grund der »Theorie der Sozialpolitik« Adolf Günthers*, Wien: Universität Wien (Habilitationsschrift).
- Schienerl, Walther (1942b): »Gustav Ratzenhofers philosophischer Standpunkt«, in: *Militärwissenschaftliche Mitteilungen*, 73. Jahrgang, Sonderdruck: General und Philosoph Gustav Ratzenhofer. Zum 100. Geburtstag, S. 33–38.
- Siegfried, Klaus-Jörg (1973): *Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spanns*, Frankfurt am Main: Europa Verlag.
- Spann, Othmar (1924): *Kategorienlehre*, Jena: G. Fischer.
- Steinert, Heinz (Hrsg.) (1989): *Die (mindestens) zwei Sozialwissenschaften in Frankfurt und ihre Geschichte. Ein Symposium des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften aus Anlaß des 75-Jahre-Jubiläums der J. W. Goethe-Universität Frankfurt 11./12. Dezember 1989*, Frankfurt am Main: J. W. Goethe Universität Frankfurt (Studientexte zur Sozialwissenschaft, Sonderband 3).
- Steinert, Heinz und Falk, Gunter (1973): »Über den Soziologen als Konstrukteur von Wirklichkeit, das Wesen der sozialen Realität, die Definition sozialer Situationen

- und die Strategien ihrer Bewältigung«, in: Steinert, Heinz (Hrsg.), *Symbolische Interaktion. Arbeiten zu einer reflexiven Soziologie*, Stuttgart: Ernst Klett, S. 13–46.
- Suderland, Maja (2014): »Das Konzentrationslager als giftigste Beule des Terrors«. Soziologische Perspektiven auf die nationalsozialistischen Zwangslager«, in: Christ, Michaela und Suderland, Maja (Hrsg.), *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven*, Berlin: Suhrkamp, S. 365–405.
- Suppanz, Werner (2004): »Othmar Spann: Soziologie, Zeitdiagnose, Politik«, in: Balog, Andreas und Mozetič, Gerald (Hrsg.), *Soziologie in und aus Wien*, Frankfurt am Main/Wien: Peter Lang, S. 105–127.
- Taschwer, Klaus (2015): *Hochburg des Antisemitismus. Der Niedergang der Universität Wien im 20. Jahrhundert*, Wien: Czernin.
- Trotzki, Leo (1971): *Schriften über Deutschland*, 2 Bände, hrsg. von Helmut Dahmer, Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Wagner, Patrick (1996): *Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeptionen und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus*, Hamburg: Christians (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Band 34).
- Weyer, Johannes (1985): »Politikwissenschaft im Faschismus (1933–1945): Die vergessenen zwölf Jahre«, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 26. Jahrgang, Heft 4, S. 423–437.
- Wirth, Louis (1936): »Types of Nationalism«, in: *American Journal of Sociology*, 41. Jahrgang, Heft 6, S. 723–737. DOI: <https://doi.org/10.1086/217296>.

Zeugnisse des Umbruchs und der Kontinuität

Staatswissenschaftliche Dissertationen und deren Beurteilungen 1938–1948

Fabian Kalleitner, Anna Fassl und Simone Tamara Feichter

Einleitung

Dissertationen stellen eine der ersten selbständigen analytischen Arbeiten in einer möglichen wissenschaftlichen Karriere dar und bildeten in dem behandelten Zeitraum von 1938 bis 1948 gemeinsam mit den Rigorosen den Abschluss des staatswissenschaftlichen Studiums. Aus diesen Gründen eignen sich Dissertationen sowohl als Quellen zur Beurteilung des wissenschaftlichen Schreibstils als auch zur Untersuchung des staatswissenschaftlichen Studiums (vgl. Kniefacz 2011: 62). Zudem werden Dokortitel grundsätzlich lebenslanglich verliehen und waren seit jeher oft Voraussetzung für höhere Dienstposten, wodurch ihnen Bedeutung über das wissenschaftliche Umfeld hinaus zukommt. Das Staatsamt für Inneres und Unterricht verabschiedete 1919 eine Dissertationspflicht für das neueingeführte Doktorat für Staatswissenschaften, die bis ins Jahr 1966 beibehalten wurde (Olechowski, Ehs und Staudigl-Ciechowicz 2014: 177 und 182). Darüber hinaus sind nicht nur einige der Dissertationen, sondern auch ein großer Anteil der sogenannten Rigorosenakten der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät im Bestand des Archivs der Universität Wien erhalten geblieben.¹ Letztere geben Aufschluss über die Biographien der DissertantInnen und beinhalten die Beurteilungen der jeweiligen zwei Begutachter. Dies ermöglicht einmalige Einblicke in Beurteilungskriterien über einen langen Zeitraum hinweg und für eine große Anzahl an Professoren. Basierend auf diesen Quellen wird der Frage nachgegangen, inwiefern sich die politischen und universitären Brüche 1938 und 1945 in den Dissertationen und deren Beurteilungen widerspiegeln. Lassen sich Konflikte zwischen den Beurteilern ablesen, gab es Unterschiede in der Notenvergabe, und welche Rolle spielte der Nationalsozialismus in Themenwahl, Sprache und Beurteilung?

1 | Besonders bedanken möchten wir uns bei Katharina Kniefacz sowie Christian Fleck.

Der Phase des Nationalsozialismus an der Universität Wien wurden bereits zahlreiche Arbeiten gewidmet (Ash, Nieß, und Pils, 2010; Heiß, Mattl, Meissl, Saurer und Stuhlpfarrer 1989 u. a.). Die personenbezogene Forschung konzentrierte sich bis dato aber stark auf die Ebene der Professoren.² Die möglichen Hintergründe zur Erstellung und Beurteilung von Qualifikationsarbeiten wurden bisher kaum in den Blick genommen. Die staatswissenschaftlichen Rigorosenakten gewähren einen tieferen Einblick, der die genauere Betrachtung der DoktorandInnen und ihrer Dissertationen lohnend erscheinen lässt. Nicht nur können die in den Akten enthaltenen Kurzbiographien in die Analyse miteinbezogen werden, sondern auch der Umgang verschiedener Professoren mit den Studierenden, was neue Erkenntnisse hinsichtlich der Beziehung der Professoren zum Nationalsozialismus oder des staatswissenschaftlichen Studiums ermöglicht.

Der Beitrag beginnt mit einem kurzen historischen Abriss über das staatswissenschaftliche Studium an der Universität Wien. Danach folgt eine genauere Betrachtung des staatswissenschaftlichen Promotionsrechts und der Rigorosenakten als zentrale Quelle. Eine quantitative Analyse des Aktenbestandes versucht anschließend Muster in den Beurteilungen zu finden und darzustellen, welche Professoren bei der Betreuung von Dissertationen und dadurch auch des Forschungsnachwuchses besonders engagiert waren. Am Ende stehen Analysen ausgewählter Dissertationen, die aufgrund ihrer Benotung, ihrer Themenwahl, der Biographien ihrer AutorInnen oder ihrer Beurteilung besonders aufgefallen sind. Dabei wird beispielhaft versucht, Muster in Literatúrauswahl, wissenschaftlicher Sprache und Beurteilungskriterien aufzuzeigen. Die Analyse wird zeigen, dass ein nationalsozialistischer Einfluss auf Themenwahl, Schlussfolgerungen und Sprache während der NS-Zeit zwar durchaus stark, aber – zumindest in den Dissertationen – nur von kurzer Dauer war. Wohl auch aufgrund der nach Kriegsende durchgeführten Entnazifizierungsmaßnahmen und der veränderten Studierendenstruktur lässt sich ein Bruch in den Dissertationen feststellen, der sowohl Themenwahl, zitierte Literatur als auch Sprachduktus betrifft und bis Ende 1948 eine Abkehr oder zumindest eine vorübergehende Vermeidung von Produktion und Zitation von als nationalsozialistisch einzustufendem Gedankengut bewirkte.

Das Studium der Staatswissenschaften an der Universität Wien

Trotz des Widerstandes der Universität Graz und der Bedenken der Universität Innsbruck wurde im Frühjahr 1919 das Doktoratsstudium der Staatswissenschaften an den juristischen Fakultäten der drei Universitäten Graz, Innsbruck und Wien ins

2 | Eine Ausnahme stellt etwa ein Werk von Posch, Ingrisch und Dressel (2008) über die 1938 vertriebenen Studierenden dar. Zu staatswissenschaftlichen Dissertationen vor 1938 vgl. Olechowski, Ehs und Staudigl-Ciechowicz 2014: 216–224.

Leben gerufen (vgl. Ehs 2014a: 176–178). Die Staatswissenschaften waren seit ihrer Gründung von einem Legitimitätskampf gegenüber den Rechtswissenschaften geprägt. War bei diesen Fächern der Nutzen aufgrund der starken Verbindung mit dem Staatsdienst klar präsent, versuchten die verantwortlichen Professoren, dem staatswissenschaftlichen Studium einen betont wissenschaftlichen Charakter zu verleihen, um sich so ein Alleinstellungsmerkmal zu sichern. Als Beleg dafür kann die verpflichtende Abfassung einer Dissertation gelten, die beim rechtswissenschaftlichen Doktorat nicht vorgesehen war (vgl. Berger 1998: 189–191).

Eine zweite Konfliktlinie verlief innerhalb der Staatswissenschaften und betraf die Bedeutung, die den sozialwissenschaftlichen Fächern beigemessen werden sollte.³ Von diesen Auseinandersetzungen zeugt eine Novelle aus dem Jahr 1926, der zufolge sozialwissenschaftliche Ansätze stärker als »Hilfswissenschaft für die judiziellen Fächer« positioniert wurden. Die konservativ-katholische, antimarxistische sowie antisemitische Berufungspolitik an der Universität Wien der Zwischenkriegszeit war für den Aufbau der österreichischen Sozialwissenschaften keineswegs förderlich (vgl. Ehs 2014a: 181–182). Nach der Novelle 1926 wurde das Studium in zwei Abschnitte zu je mindestens vier Semestern geteilt, wobei der erste Abschnitt den juristischen und der zweite den wirtschaftswissenschaftlich-soziologischen Fächern gewidmet war. Im staatswissenschaftlichen Doktoratsstudium musste eine Dissertation in deutscher Sprache verfasst werden. Die Dissertation wurde von zwei Gutachtern bewertet und musste, sofern sie positiv beurteilt worden war, veröffentlicht werden. Nach der Publikation und der Erbringung eines Zeugnisses des Dekans, in dem dieser eine »Bewertung der Gesamtleistung des Kandidaten« vornahm, wurden die AbsolventInnen zur Promotion zugelassen (vgl. Berger 1998: 209–210).

Innerhalb der Fakultät war das staatswissenschaftliche Studium unter JuristInnen als »Billigdoktorat« verschrien und genoss den zweifelhaften Ruf eines Frauen- und Ausländerstudiums. Ersteres steht wohl auch im Zusammenhang damit, dass AbsolventInnen eines Rechtsstudiums einen zusätzlichen staatswissenschaftlichen Dokortitel innerhalb von zwei Semestern erlangen konnten (vgl. Ehs 2014a: 187–188). Während die Bezeichnung als Frauenstudium kaum faktisch belegt werden kann, können durchaus Gründe genannt werden, warum Staatswissenschaft für ausländische Studierende attraktiv war. So konnten nach Inkrafttreten der Novelle von 1926 rechtswissenschaftliche Fächer auch im staatswissenschaftlichen Doktorat studiert werden, d. h. ein Jusstudium brachte im Vergleich zu den Staatswissenschaften für ausländische Studierende keinen speziellen Vorteil mit sich, da diese ohnehin von einer österreichischen Beamtenkarriere ausgeschlossen waren (vgl. ebd.: 204–205).

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Österreich 1938 galt die reichsdeutsche Studienordnung und statt des Doktorats der Staatswissenschaften

3 | Konflikte dieser Art waren seit den ersten Ansätzen soziologisch inspirierter Forschung in Österreich bekannt und flammten immer wieder auf. Vergleiche hierzu etwa die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Staats- und Verwaltungsrechtlern Ludwig Gumplowicz und Edmund Bernatzik (Weiler 2004).

wurde nun der Grad eines Doktors der Wirtschaftswissenschaften verliehen. Darüber hinaus musste bei der Inskription ein Ahnennachweis vorgelegt werden (Rektorat der Universität Wien 1941: 5), da jüdische Studierende seit 1938 vom Studium ausgeschlossen waren. Weiterhin war – nun für den Doktor der Wirtschaftswissenschaften – eine gedruckte Dissertation Voraussetzung für den Studienabschluss. Dennoch wurde das ehemals achtsemestrige staatswissenschaftliche Studium durch die Einführung des nun sechssemestrigen wirtschaftswissenschaftlichen Studiums inhaltlich stark reduziert (ebd.: 118) und wohl auch qualitativ gemindert (vgl. König 2015: 177; Olechowski 2015: 195). So wurde die Anzahl der Rigorosen (»strenge Prüfungen«) von zwei auf eine reduziert (es gab aber eine Diplomprüfung, die davor mindestens mit Befriedigend abgeschlossen werden musste, als Ersatz konnte auch die erste juristische Staatsprüfung angerechnet werden) (Rektorat der Universität Wien 1941: 119–121; Twaroch 1937: 103). Die neuen Regelungen betrafen demnach nicht nur die Form des Studiums, sondern auch deren Inhalte, was sich im Abschnitt des Vorlesungsverzeichnisses der Universität Wien zum neuen wirtschaftswissenschaftlichen Studium klar niederschlug:

»Vorlesungen über Rasse und Sippe, Volkskunde und Vorgeschichte, über die politische Entwicklung des deutschen Volkes besonders in den letzten hundert Jahren, gehören an den Anfang jedes geisteswissenschaftlichen Studiums.« (Rektorat der Universität Wien 1941: 108)

Studierende mussten aber bereits vor dem »Anschluss« eine politische Schulung absolvieren. Im Austrofaschismus waren dafür etwa zwei »vaterländische Pflichtvorlesungen« für alle Studienfächer – so auch für die Staatswissenschaften – vorgesehen (Twaroch 1937: 106; vgl. Lichtenberger-Fenz 1988: 73; Staudigl-Ciechowicz 2015: 600). Insgesamt ist demnach bereits vor 1938 eine zunehmende Vereinnahmung des Studiums durch ein autoritäres Regime zu konstatieren (vgl. König 2015).

In der wirtschaftswissenschaftlichen Promotionsordnung finden sich, im Gegensatz zur Ordnung für die Diplomprüfung der Volkswirte,⁴ keine klaren Bezüge zu nationalsozialistischem Gedankengut. Die Dissertation sollte zeigen, dass »der Bewerber den Untersuchungsgegenstand in selbständiger Weise zu behandeln weiß« (Rektorat der Universität Wien 1941: 119). Die Prüfer konnten, falls sie eine Dissertation für ausreichend erklärten, um zu den Rigorosen zugelassen zu werden, diese mit den Noten Genügend, Gut, Sehr Gut oder Ausgezeichnet bewerten (ebd.: 122).

Die Dissertation sollte im Kern einem der Hauptfächer entsprechen und durfte nur am Rande eines der »Grenz- oder Nebengebiete« wie »Soziologie, Philosophie, allgemeine Geschichte oder Geographie« einschließen. Als Hauptfächer wurden

4 | »Gemäß den Grundsätzen des Nationalsozialismus sind alle aufgeworfenen Fragen in ihren Bedingungen an die rassistischen, politischen und geschichtlichen Grundlagen des deutschen Volkes zu erörtern und zu beurteilen« (Rektorat der Universität Wien 1941: 134). Die Diplomprüfung bestand aus einem mündlichen und einem schriftlichen Teil und war der Diplomarbeit vorgelagert.

genannt: Volkswirtschaftslehre, Volkswirtschaftspolitik, Finanzwissenschaft und Betriebswirtschaftslehre sowie Wirtschafts- bzw. Finanzrecht und ihre jeweiligen Untergruppen. Die Dissertation durfte keine allgemein zu bearbeitende Frage behandeln und keine reine Deskription darstellen. Des Weiteren musste immer auch ein Theoriekapitel vorhanden sein oder zumindest die »theoretisch-begrifflichen Grundlagen« klar herausgearbeitet werden. Als Betreuer sollte jener Professor gewählt werden, bei dem die Übungen und das Seminar aus den Hauptfächern besucht wurden. Dieser übernahm die Betreuung der Dissertation, sollte bei der Gliederung der Arbeit, bezüglich relevanter Literatur und möglicher Fokussierungen Rat geben und war gleichzeitig Erstgutachter (Rektorat der Universität Wien 1941: 121, 125–126).

Die Rigorosenakten

Als Rigorosen werden die mündlichen Abschlussprüfungen zur Erlangung des Doktorgrades bezeichnet. Für die Zulassung zu diesen Prüfungen war die positiv benotete Dissertation Voraussetzung. Aus diesem Grund sind in den Rigorosenakten die Gutachten der Professoren erhalten geblieben. Die Bestände der rechts- und staatswissenschaftlichen Rigorosenakten im Archiv der Universität Wien teilen sich in zwei Teile auf: Die ältere Serie beginnt 1920 und endet 1941, in der neueren Serie finden sich die Akten der Jahre 1940 bis 1975. Der Bruch 1940/41 ist auf die Ablösung des staatswissenschaftlichen durch das wirtschaftswissenschaftliche Doktorat aufgrund der reichsdeutschen Verordnungen zurückzuführen. Nach der Wiedereinführung des staatswissenschaftlichen Doktorats 1945 wurde diese Serie weitergeführt.⁵ Die Bestände unterscheiden sich deutlich voneinander. Die älteren Akten bestehen meist nur aus einem Bogen mit dem Ansuchen um Zulassung zu den Rigorosen und auf der Rückseite den zwei Beurteilungen der Dissertation durch die jeweiligen Begutachter. Zudem war erst seit der Einführung der reichsdeutschen Studienordnung die Dissertation Voraussetzung für die Absolvierung der Rigorosen (Olechowski, Ehs und Staudigl-Ciechowicz 2014: 185). Demnach finden sich in der älteren Serie zahlreiche Einträge zu Ansuchen auf Zulassung zu den Rigorosen, wobei die AntragstellerInnen später, zumeist aufgrund einer negativ beurteilten Rigorosenprüfung, nie eine Dissertation abgegeben haben.⁶ In der neueren Serie enthalten die meisten Akten zusätzlich zum Ansuchen und zur Beurteilung einen kurzen tabellarischen sowie einen handschriftlich verfassten Lebenslauf von etwa einer Seite mit Foto des jeweiligen Dissertanten.

Im Rigorosenprotokoll III werden ab 1. Jänner 1938 29 Ansuchen für die Zulassung zu den strengen Prüfungen angeführt. Davon ist bei 13 Einträgen kein Abschluss

5 | Archiv der Universität Wien (UAW), Archivinformationssystem, Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät (J) Rigorosenakten für das Studium der Wirtschafts- und Staatswissenschaften (jüngere Serie) 1940–1975 (RA W) (<http://scopeq.cc.univie.ac.at/Query/detail.aspx?ID=34761>, 11. August 2018).

6 | UAW, Rigorosenprotokolle (Staatswissenschaften), J 40.3.

verzeichnet. Die neuere Aktenserie wird in insgesamt drei unterschiedlichen Rigorosenprotokollen (III–V)⁷ mit jeweils unterschiedlicher Zählweise geführt. Demnach stimmen Protokollnummer und Aktennummer nicht mehr überein. Insgesamt wurden laut Rigorosenprotokoll IV zwischen 2. Oktober 1940 und 10. Mai 1946 53 Ansuchen gestellt, wobei für fünf kein Abschluss verzeichnet ist. Im Rigorosenprotokoll V sind 53 Einträge zwischen 28. Mai 1946 und 11. November 1948 genannt, wobei drei KandidatInnen die Rigorosen nicht bestanden haben. Die restlichen sechs Rigorosen von 1948 wurden wieder ins alte Rigorosenprotokoll III eingetragen (1288–1293), wobei bei einer Person kein Abschluss verzeichnet ist. Insgesamt ergibt das 141 verzeichnete Ansuchen auf Rigorosen im Untersuchungszeitraum 1938–1948.

Von der älteren Aktenserie, welche die Nummern 1204–1274 aus dem Zeitraum ab 1938 umfasst, finden sich insgesamt 19 Rigorosenakten mit einem Einreichdatum nach 1. Jänner 1938.⁸ Die Nummerierung folgt hier noch den Einträgen im Rigorosenprotokoll, was die meisten Lücken in der älteren Serie erklärt. Nicht ganz klar ist, ob Dokumente der alten Serie vernichtet wurden bzw. ob Lücken auch durch Brandschäden am Rechts- und Staatswissenschaftlichen Dekanat, dessen Räume 1944 von einer Fliegerbombe getroffen wurden, entstanden sind – aufgrund der leichten Verbrennungserscheinungen an manchen Akten kann davon ausgegangen werden (vgl. Alker 1954: VIII). Erst ab Mitte 1946 erfolgte eine klare chronologische Nummerierung der Akten. Insgesamt zählt die neue Serie bis Ende 1948 150 Anträge auf Zulassung zu den Rigorosen, von diesen konnten 103 Akten im Archiv aufgefunden werden. Ab Akt 93 gibt es keine Lücken mehr, die im Rigorosenprotokoll nachvollziehbar sind. Eine Bibliographie der an der Universität Wien verfassten Dissertationen listet 142 Arbeiten an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät im Zeitraum von 1938–1948 auf (vgl. Alker 1954). Insgesamt wurden 122 Akten im Zeitraum 1. Jänner 1938 bis 31. Dezember 1948 untersucht. Demnach dürfte wohl ein Großteil der letztendlich fertiggestellten Dissertationen aus diesem Zeitraum in den Akten erfasst sein.

Staats- und wirtschaftswissenschaftliche Dissertationen 1938–1948

In den Jahren zwischen 1938 und 1948 wurden für das Studium der Staatswissenschaften bzw. Wirtschaftswissenschaften an der Universität Wien insgesamt mindestens 122 Anträge auf Zulassung zu den Rigorosen gestellt, die im Archiv der Universität Wien einzusehen sind.⁹ Von den AnwärterInnen waren mehr als drei Viertel (77,9 %) männlich. Obwohl das Doktoratsstudium der Staatswissenschaften abwer-

7 | UAW, Rigorosenprotokolle (Staatswissenschaften), J 40.3, J 40.4, J 40.5.

8 | Nur ein einziger Akt (Otto Germann) besitzt eine ältere Nummer (1003) und wurde nach 1938 (7. Oktober 1940) datiert.

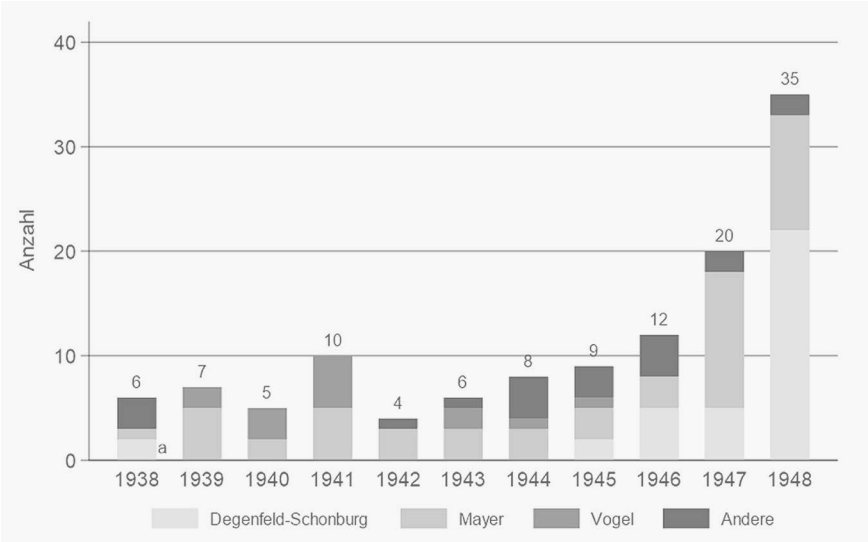
9 | Im Folgenden beziehen sich alle Analysen auf jene 122 Dissertationen, deren Rigorosenprotokolle im Archiv der Universität Wien erhalten sind.

tend als »Frauenstudium« bezeichnet wurde, kann im Vergleich zum allgemeinen Geschlechterverhältnis an der Universität Wien nichts Außergewöhnliches festgestellt werden (vgl. Ehs 2010; Posch, Ingrisch und Dressel 2008: 73). Im Studienjahr 1938/39 lag die Relation der weiblichen und männlichen Studierenden der Universität Wien bei 1:3. Es gab während des Zweiten Weltkrieges in den Jahren 1943/44 und 1944/45 sogar etwas mehr weibliche als männliche Studierende (vgl. Ingrisch 2016), ab dem Sommersemester 1945 sank der Frauenanteil aber wieder kontinuierlich bis 1948 auf etwa 30 % ab (ebd.; Posch, Ingrisch und Dressel 2008: 73). Ein ähnlicher Trend lässt sich anhand der Rigorosenakten auch beim Doktoratsstudium der Staatswissenschaften feststellen. Die höchste Frauenquote unter den DissertantInnen wurde hier im Jahr 1946 erreicht und lag bei 42 %.

Betrachtet man die Zahlen der ordentlichen Studierenden an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät vor den Kriegsjahren, so zeigt sich, dass die Frauenquote in den 1930er-Jahren langfristig zwischen 8 und 10 % lag (vgl. Ehs 2014a: 193–195). Ein Vergleich der Absolventinnenzahlen zwischen rechts- und staatswissenschaftlichem Studium zeigt, dass die Bezeichnung »Frauenstudium« hier nicht haltbar ist, da sich aus den absoluten Zahlen nicht ableiten lässt, dass sich mehr Frauen für die Staatswissenschaften entschieden hätten. Erst bei der Betrachtung der Doktorinnen des rechts- und staatswissenschaftlichen Studiums in Relation zueinander wird ein Unterschied deutlich, da der Anteil der Doktorinnen der Rechte in den 1920er-Jahren bei durchschnittlich 6 % lag, während der Anteil der Doktorinnen der Staatswissenschaften durchschnittlich 13 % betrug. In den 1930er-Jahren widmeten sich dann aber immer mehr Frauen dem Jusstudium und machten 10 bis 12 % der AbsolventInnen aus, womit die Bezeichnung des staatswissenschaftlichen Studiums als Frauenstudium endgültig haltlos wurde (vgl. Ehs 2010: 242–247).

Die staats- bzw. wirtschaftswissenschaftlichen Dissertationen wurden zwischen 1938 und 1948 vor allem von Hans Mayer, Ferdinand Degenfeld-Schonburg und Emanuel H. Vogel sowohl erst- als auch zweitbegutachtet (siehe Abbildung 1). Besonders auffällig dabei ist, dass Degenfeld-Schonburg während der NS-Zeit keine Dissertationen betreuen konnte, da er 1938 trotz seines Antisemitismus, welchen er offen zu erkennen gab, aufgrund seiner Nähe zum autoritären »Ständestaat« sowie seines streng katholischen Glaubens zwangsbeurlaubt, danach in den Ruhestand versetzt und erst im Mai 1945 wieder an die Universität zurückgeholt wurde (vgl. Ehs 2014b: 566). Emanuel Hugo Vogel, welcher 1934 seiner Stellung als Rektor der Hochschule für Bodenkultur aufgrund seiner Betätigung für die verbotene NSDAP enthoben worden war, konnte seine universitäre Tätigkeit nach dem »Anschluss« 1938 wieder aufnehmen und wurde 1939 zum ordentlichen Professor für Volkswirtschaft als Nachfolger von Degenfeld-Schonburg an die Universität Wien berufen (vgl. Pfefferle und Pfefferle 2014: 225). Die These Rathkolbs, wonach sich Mayer nach dem »Anschluss« »einer unpolitisch-wissenschaftlichen Lehrtätigkeit« verschrieben hatte (Rathkolb 1989: 201), scheint sich in Bezug auf die Lehrtätigkeit durch die große Zahl an betreuten Dissertationen stützen zu lassen. Dass diese Tätigkeit aber nicht unbedingt als unpolitisch gelten kann, wird in Beispielen noch gezeigt werden.

Abbildung 1: Anzahl der eingereichten Dissertationen nach Jahreszahl und Erstbeurteiler



a Diese beiden Anträge wurden am 7. März 1938 und am 1. April 1938 gestellt. Es waren wohl die beiden letzten Dissertationen, die Degenfeld-Schonburg betreute, bevor er am 22. April 1938 zwangsbeurlaubt wurde.

Quelle: Eigene Erhebung. Andere = Alfred Verdroß-Droßberg, Anton Haar, Adolf Günther, Alexander Hold-Ferneck, Alexander Mahr, Wilhelm Winkler.

In Bezug auf die Benotung der Dissertationen konnte festgestellt werden, dass diese im Schnitt relativ gut ausfielen. So erhielten 71,4 % ein Gut oder eine bessere Bewertung vom ersten Begutachter (siehe Tabelle 1). Ganz allgemein ist festzuhalten, dass der zweite Begutachter der Dissertationen nur in einem Fall eine bessere Bewertung vorschlug als der erste Betreuer. In drei Viertel (74,6 %) der Fälle stimmte der zweite Begutachter dem Erstprüfer zu und bekräftigte die von ihm vorgeschlagene Note. Jede zehnte Dissertation wurde um einen Grad schlechter beurteilt; vier Dissertationen um zwei oder mehr Grade.

Tabelle 1: Verteilung der Beurteilungen der Dissertationen

Bewertung	1. Begutachter			2. Begutachter		
	Anzahl	Anteil	Kumuliert (gültig)	Anzahl	Anteil	Kumuliert (gültig)
Ausgezeichnet	8	6,56 %	7,02 %	4	3,28 %	3,67 %
Sehr gut	25	20,49 %	28,95 %	19	15,57 %	21,10 %
Gut	54	44,26 %	76,32 %	55	45,08 %	71,56 %
Befriedigend ^a	4	3,28 %	79,82 %	4	3,28 %	75,23 %
Genügend	21	17,21 %	98,25 %	22	18,03 %	95,41 %
Ungenügend	2	1,64 %	100,00 %	5	4,10 %	100,00 %
Angabe fehlt	8	6,56 %	–	13	10,66 %	–
Gesamt	122	100,00 %	100,00 %	122	100,00 %	100,00 %

a Diese Note wurde nur vor und nach der Zeit des Nationalsozialismus in Österreich vergeben.

Quelle: Eigene Erhebung

In Bezug auf das Geschlecht der Studierenden in Relation zur durchschnittlich vergebenen Note, konnte kein Unterschied gefunden werden (Männer = 2,86, Frauen = 2,83, $t=0,094$, $p=0,92$).¹⁰ Wenn man die Jahre, in denen die Anträge für die Rigorosen gestellt wurden, vergleichend betrachtet, zeigt sich, dass die meisten Ansuchen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs (bis 1948) erfolgten (59,0 % in dreieinhalb von insgesamt elf Jahren). Aus den Jahren 1938 bis 1945 sind 55 Rigorosenakten erhalten geblieben. In Bezug auf die Bewertung der Dissertationen können im Vergleich der Zeiträume 1938–1945 und 1946–1948 trotz der starken Veränderungen im Professorenkollegium und in der Studienordnung keine Diskrepanzen festgestellt werden (vor 1945=2,83, nach 1945=2,87, $t=0,25$, $p=0,80$). Die Benotung fällt demnach am ehesten durch ihre starke Übereinstimmung und Konstanz auf. Konflikte entstanden nur in Einzelfällen, von denen einige in den folgenden Kapiteln noch weiter untersucht werden.

In den Titeln der Dissertationen lassen sich für die Phasen bis und nach 1945 deutliche Unterschiede erkennen. Während des Zweiten Weltkrieges war der Krieg Thema mehrerer Dissertationen, bspw. *Methoden der Kriegsfinanzierung* von Josefine Bandat (1942) oder *Wirtschaftliche Mobilmachung* von Franz Krainz (1939).¹¹ Auch Titel wie *Die deutschen Maßnahmen zur Sicherung des Aussenwertes der Reichsmark* von Günther Karlhuber (1941), *Die altgermanische Gesellschaftsordnung* von Richard Moissl (1938) oder *Die Preisbildung in der NS-Aussenwirtschaftspolitik* von Wilhelm Schliebener (1942) waren während der NS-Zeit verbreitet.¹² Nach 1945 lassen die Titel der Dissertationen darauf schließen, dass sich das Fach vermehrt dem Themenbereich

¹⁰ | Die vier mit Befriedigend bewerteten Arbeiten wurden von den Berechnungen der Durchschnittsnoten ausgeschlossen. Die Grade wurden folgendermaßen kodiert: 1=Ausgezeichnet, 2=Sehr Gut, 3=Gut, 4=Genügend, 5=Ungenügend.

¹¹ | Bereits im Juli 1939 eingereicht.

¹² | Die Arbeiten von Moissl und Schliebener finden sich nicht mehr im Bestand der Universitätsbibliothek Wien.

Finanzierung zuwandte. Das Wort Nationalsozialismus verschwand aus den Dissertationstiteln, bis auf eine einzige Arbeit.¹³ Der neue Bezugspunkt war wieder Österreich, das in 14 Titeln nach 1945 direkt erwähnt wird.

Ausgewählte Dissertationen

In diesem Kapitel werden exemplarisch drei ausgewählte Dissertationen sowie deren Verfasser vorgestellt. Die Auswahl der im Folgenden angeführten Dissertationen basiert neben forschungspragmatischen Gründen der Verfügbarkeit der Arbeiten vor allem auf

- a) dem Inhalt der Arbeiten selbst, welche in ihrer Themenvielfalt eine Manifestation der Nähe oder Distanz zum NS-Regime zu erkennen geben,
- b) dem damit verbundenen Gebrauch ideologisch aufgeladener Sprache, welche sich nicht nur in den Dissertationen, sondern auch in den von den Professoren ausgestellten Gutachten finden lässt,
- c) den Benotungen der Arbeiten von Ausgezeichnet bis Ungenügend,
- d) den Professoren, die während der NS-Zeit am häufigsten Dissertationen betreuten, sowie
- e) den DissertantInnen, aus deren Lebenslauf eine nationalsozialistische Aktivität hervorgeht.

Die Dissertationen wurden insbesondere im Hinblick auf die positiv oder negativ erwähnten Aspekte im Gutachten, das Manifestieren von nationalsozialistischem Gedankengut und die Zitier- bzw. Argumentationsweise hin untersucht.

Heinrich Steltzer – Überzeugter Nationalsozialist

Heinrich Steltzer hob im Lebenslauf, der seinem Rigorosenakt beiliegt, seine sehr aktive politische Karriere besonders hervor. Ab dem Jahr 1936 war er in der Jungturnerschaft des Deutschen Turnerverbands (DTV) in Pressburg (Bratislava) tätig gewesen, wo er bald eine Führungsposition eingenommen hatte. Mit der Gründung der »Deutschen Jugend in der Slowakei« (Hitlerjugend) war er Landesorganisationsleiter geworden. Im Jahr 1942 war er bereits Stammführer derselben. Steltzer war schon früh in diversen Parteiorganisationen aktiv gewesen: in Berlin in den Jahren 1939/40 in der Reichsjugendführung, in Wien im Gebietsstab der Hitlerjugend. Von April bis Dezember 1941 hatte er die Wiener Gruppe der Deutschen Studentenschaft in der

¹³ | Die Arbeit *Die nationalsozialistische Geldpolitik im Lichte der nationalökonomischen Theorie* von Heinrich Beirer konnte nicht mehr im Bestand der Universitätsbibliothek Wien gefunden werden.

Slowakei geführt. Zum Zeitpunkt des Ansuchens zur Promotion war er Mitglied der Deutschen Partei – der NS-Organisation in der Slowakei –, der Landesjugendführung und der Landesstudentenführung in der Slowakei.¹⁴

Der Titel seiner Dissertation lautet *Hauptprobleme der slowakischen Volkswirtschaft, mit besonderer Berücksichtigung aktueller Finanz-Fragen*. Diese Arbeit, die insgesamt 353 Seiten umfasst, wurde von Hans Mayer mit dem Prädikat Ausgezeichnet bedacht. In seinem Gutachten hob Mayer Folgendes hervor: »Die Art der Durchführung seiner Arbeit verdient alle Anerkennung«.¹⁵ Der zweite Begutachter, Emanuel Hugo Vogel, schloss sich dem Urteil des Hauptreferenten an und bewertete die Arbeit mit Sehr gut.

Die politische Laufbahn Steltzers spiegelt sich in seiner Dissertation klar wider. An vielen Stellen wird nationalsozialistisches, antisemitisches Gedankengut wiedergegeben, was in Aussagen wie der folgenden besonders deutlich wird:

»Als ein wesentlicher Bestandteil der sozialen Neugestaltung in der Slowakei wurde von mir die Lösung der *Judenfrage* bezeichnet [...]. Die vollständige Lösung dieser Frage wird leider der Zeit nach dem Kriege vorbehalten bleiben müssen, obwohl gerade während des jetzigen Krieges die Judenschaft durch Korruption, Wirtschaftssabotage, Feindpropaganda und ähnlichen Störungen einen nicht zu unterschätzenden (Feind) Faktor in einem Lande, das noch bei weitem nicht ganz von dem Geiste einer neuen europäischen Ordnung unter Deutschlands Führung durchdrungen ist, darstellt.« (Steltzer 1941: 292)

Diese Arbeit wurde von beiden Begutachtern gelobt und äußerst gut bewertet. Im Lebenslauf Steltzers ist zu lesen, dass er eine Zeit lang als wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Hans Mayer tätig gewesen war. Mayer führte im Gutachten an, dass die Arbeit einige kleinere Mängel aufweise. Dazu zählte er neben dem Stil des Dissertanten auch fehlende Zitierungen – heutzutage ein schwerer Fehler und grober Mangel mit weitreichenden Konsequenzen für das Studium und eine wissenschaftliche Reputation. Während Mayer in seinem Gutachten beschrieb, dass die Dissertation »weit über dem Niveau einer blossen Deskription liegt«¹⁶, können die AutorInnen dieses Beitrags dieses Urteil nicht teilen. Die Arbeit besteht über weite Strecken einerseits aus der Beschreibung der Finanzlage der Slowakei und andererseits aus der Wiedergabe von Statistiken. Auch der zweite Begutachter war in der ersten Fassung seines Gutachtens offenbar der Meinung, dass die Arbeit größtenteils deskriptiv sei. Das zeigt sich im schriftlichen Gutachten, das dem Rigorosenakt beigelegt ist. Darin wurde das Wort »überwiegend« aber nachträglich durchgestrichen. Die Dissertation zeigt beispielhaft den stark deskriptiven Charakter auch mit Bestnoten versehener Dissertationen. Darüber hinaus wird deutlich, dass Hans Mayer, dem keine unmittelbare Nähe zum

14 | UAW, J RA W, 13 (Heinrich Steltzer), Lebenslauf Heinrich Steltzer, 1. Februar 1942.

15 | Ebd., Gutachten von Hans Mayer, 28. April 1942. Hervorhebungen, wenn nicht anders vermerkt, wie im Original.

16 | Ebd.

NS-Regime zugeschrieben wird (vgl. Rathkolb 1989; Klausinger 2014), keineswegs antisemitische Argumentation sanktionierte und deren Autor sogar als Mitarbeiter anstellte.

Darüber hinaus wurde die Dissertation in die *NS-Bibliographie* aufgenommen. Dabei handelte es sich um ein ab 1936 monatlich erscheinendes Verzeichnis, in dem neu erschienene NS-Literatur vermerkt war. Dieses wurde von der 1934 gegründeten Parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums (PKK) herausgegeben (vgl. Schmitz-Berning 2007: 434–435, 464–465). Die Kommission hatte die Aufgabe, die »Linientreue nationalsozialistischer Veröffentlichungen« (ebd.: 464) zu überwachen. In einem Brief an Heinrich Steltzer, der dem Akt beigelegt ist, begründete der Dekan genauer, warum die Dissertation in die *NS-Bibliographie* aufgenommen wurde:

»Guter Einblick in die Fülle wirtschaftspolitischer Probleme, die der junge slowakische Staat in den Wehen einer völkischen und politischen Wiedergeburt und unter den schwierigen Bedingungen eines Weltkrieges zu lösen versucht. Bei aller Anlehnung an das deutsche Vorbild und aller natürlicher Gebundenheit an die grosse europäische Wirtschaftsge-meinschaft findet die Slowakei allmählich zur arteigenen Wirtschaftsgestaltung.«¹⁷

Insgesamt geht aus fünf Rigorosenakten hervor, dass die Dissertationen in die *NS-Bibliographie* aufgenommen wurden. Davon wurden vier von Hans Mayer betreut, eine von Emanuel Hugo Vogel.

Franz Heller – Unklarheiten bezüglich der Zitation jüdischer Autoren

Franz Heller hatte, bevor er die Promotion in der Staatswissenschaft anstrebte, an der Hochschule für Welthandel studiert und dort mit dem Titel Diplomkaufmann abgeschlossen. Danach trat er nach einem kurzen Intermezzo in der Privatwirtschaft in den Staatsdienst bei der Finanzverwaltung ein.¹⁸ Die Dissertation mit dem Titel *Die Konzerne und deren Finanzierungswege* wurde 1941 eingereicht und zunächst von Emanuel Vogel, dann von Adolf Günther beurteilt. Letzterer leugnete nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs seine Nähe zum NS-Regime, tatsächlich war er aber vor 1938 der Partei beigetreten und Mitglied des NSDDB (Nationalsozialistischer Deutscher Dozentenbund), der NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt), des NSKK (Nationalsozialistisches Kraftfahr-Korps) und des NSAHB (Nationalsozialistischer Altherrenbund der Deutschen Studenten). Zudem wurde die Frage nach seiner Mitgliedschaft bei der SA und einer möglichen illegalen NSDAP-Mitgliedschaft (1. Mai 1937) aufgeworfen, wobei sich Beweise für seine Illegalität in seinem Gauakt finden (vgl. Pfefferle und Pfefferle 2014: 229–230; sowie den Artikel von Kranebitter in diesem

17 | UAW, J RA W, 13, Brief des Dekans an Heinrich Steltzer, 29. Juni 1943.

18 | UAW, J RA W, 16 (Franz Heller), Lebenslauf Franz Heller, o. D.

Band). Obwohl die Arbeit Hellers als insgesamt Ungenügend befunden wurde, ist diese Arbeit eine der wenigen, die noch heute in der Universitätsbibliothek greifbar ist.

Vogels Kritik an der Arbeit ist detailliert und zieht sich über ein mehr als zwei Seiten umfassendes Gutachten. Er beanstandete sowohl die Literatúrauswahl als auch die Herangehensweise an das Thema. Die Gründe für dieses Scheitern waren für Vogel klar verortbar:

»Der K.[andidat] hat die Ausbildung der Welthandelshochschule und hat dort eine wie sich zeigt nach dem Maßstabe der Universität gemessen vollkommen unzureichende Grundlegung auf volkswirtschaftlichen Gebiete erhalten, [...] es [das Studium an der Hochschule für Welthandel, Anm.] ist auch heute noch ganz überwiegend nur betriebswirtschaftlich orientiert.«¹⁹

Nationalsozialistisches Gedankengut wurde nur manifest, als Heller von der Gefahr der »Überfremdung« inländischer Unternehmen durch ausländisches Kapital sprach (vgl. Heller 1941: 81–82). Interessant ist diese Arbeit aber in erster Linie nicht aufgrund ihres Inhalts, sondern aufgrund einer Debatte der Referenten über die Definition von »jüdischen Autoren«, die durch die Antwort Günthers auf Vogels Erstbeurteilung entstanden war. Günther unterstrich, dass er sich aufgrund der deutlichen Ablehnung Hellers durch Vogel nicht befähigt fühle, sachlich etwas über die Arbeit auszusagen sowie die Ausbildung des Kandidaten an der Hochschule für Welthandel zu beurteilen. Schließlich erwähnte er aber einen anderen Punkt: »Lediglich auf den Umstand, dass unter den von Prof. Vogel vermissten Autoren sich Nicht-Arier befinden könnten, und dass vielleicht deshalb von ihrer Zitierung Abstand genommen worden war, möchte ich hinweisen.«²⁰ Völlig unüblich für ein Dissertationsgutachten antwortete Vogel schriftlich auf diese Anmerkung Günthers, obwohl bereits Einstimmigkeit bezüglich der Note herrschte. Er verteidigte seine Beurteilung nochmals, indem er hervorhob, dass »sachliche Mängel« ausschlaggebend gewesen wären, betonte aber:

»Nach meinen Informationen ist weder Robert Liefmann noch selbstverständlich Adolf Weber oder Georg Obst Jude. Einzig bezgl. Felix Somary mag es freilich sein. Insoweit nicht von berufener Seite einmal bezgl. aller wichtigen Rechts- und wirtschaftswiss. Autoren die Frage »Jude oder Nicht-Jude« verlässlich geklärt ist, ist dies im Einzelfalle weder dem Hochschullehrer noch dem Kandidaten ohne Zeitverlust möglich mit hinreichender Sicherheit Klarheit zu schaffen. Diese Frage enthebt aber bekanntlich, soweit es sich um Standardwerke handelt, nicht von deren Studium und Anführung, letzteres soweit feststehend, getrennt und mit Angabe »Jude«.«²¹

19 | Ebd., Gutachten von Emanuel Vogel, 9. Jänner 1942.

20 | UAW, J RA W, 16, Gutachten von Adolf Günther, 12. Jänner 1942.

21 | Ebd., Antwortschreiben von Emanuel Vogel, 15. Jänner 1942.

Anzumerken ist hier, dass der erwähnte Nationalökonom Robert Liefmann zwar aus dem Judentum ausgetreten war, beide Elternteile aber jüdisch waren. Er wurde deshalb in der NS-Zeit als sogenannter »Volljude« verfolgt und in das Internierungslager Gurs in Frankreich deportiert. Aufgrund seines schlechten Gesundheitszustandes wurde ihm ein Erholungsurlaub zugestanden, er verstarb aber kurze Zeit später – sechs Monate, bevor Vogel diese Zeilen verfasste (vgl. Braeuer 1985: 525–526). Dieses Beispiel zeigt deutlich, dass auch im Winter 1941/42 keineswegs klar war, wer als »Jude« galt. Vor allem wird hier aber deutlich, dass unterschiedliche Ansichten existierten, inwiefern der Nationalsozialismus einen Bruch in der Wissenschaftsrezeption bedinge. Aus Vogels Sicht sollte die Zusatzinformation »Jude« angegeben werden, für Günther war die Tatsache, nach NS-Kriterien als Jude zu gelten, Grund genug, um dadurch einen kompletten Ausschluss aus der wissenschaftlichen Diskussion zu begründen. Beispielhaft zeigen sich hier die unterschiedlichen Konsequenzen, die Professoren – in diesem Fall beide engagierte Nationalsozialisten (vgl. Pfefferle und Pfefferle 2014: 225; Rathkolb 1989: 220) – aus der nationalsozialistischen Ideologie für ihre wissenschaftliche Arbeit zogen. Im Unterschied zu anderen Studienfächern war dieses Streitthema in der Promotionsordnung der Wirtschaftswissenschaften nie offiziell geregelt worden. Für das rechtswissenschaftliche Studium fand man dagegen eine Kompromisslösung: Der Betreuer der Dissertation sollte »über die Zitierung von Aussprüchen des Führers und die Benutzung von Judenschriften« Aufklärung geben (Rektorat der Universität Wien 1941: 119). Im allgemeinen Studienplan der Wirtschaftswissenschaften wurde das gleiche Thema klarer geregelt: »Zitate aus Schriftwerken jüdischer Schriftsteller sind tunlichst zu vermeiden« (Vorlesungsverzeichnis der Universität Wien, Wintersemester 1940/41, zitiert nach: Wiesmann 2001: 231).

Hugo Weber – Nationalsozialistisch geprägte Sprache und Argumentationsweise

Die ebenfalls 1941 eingereichte Dissertation von Hugo Weber trägt den Titel *Die mitteleuropäische Grossraumwirtschaft in ihrer Auswirkung auf die Wasserstrassenpolitik* und steht beispielhaft für einige Dissertationen, die wichtige wirtschaftspolitische Themen des nationalsozialistischen Regimes aufgriffen. Das Ziel der Arbeit war es, aufgrund von potentiellen Handelssynergien in Mitteleuropa zu Vorschlägen für Kanalbauprogramme im »Dritten Reich« zu gelangen. Begutachtet wurde die Arbeit von Mayer und Günther. Sie wurde von beiden mit der seltenen Note Ausgezeichnet bewertet und in die *NS-Bibliographie* aufgenommen. In seinen theoretischen Ausführungen ging Weber in der Arbeit davon aus, dass die globalisierte Wirtschaft mit dem Ersten Weltkrieg zu einer Wirtschaft der Nationalstaaten übergegangen sei, was für ihn zu einer staatlich gelenkten Wirtschaftspolitik führen müsse.

»Mit dem Faschismus und dann vor allen Dingen durch den Nationalsozialismus wird das Primat der Politik als Ausdruck des Volkswillens errichtet und die Wirtschaft zum Dienst für das Wohl des Volkes, zur verpflichtenden Wirtschaft bestimmt.« (Weber 1941: 9)

Oberstes Ziel sei die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Nation, welche keinesfalls als »unsinnige Verzerrung durch das jüdische Leihkapital als eine Einkapselung und Abschluss von allen anderen Volkswirtschaften« (ebd.: 10) zu bezeichnen sei. Der Autor lieferte eine Reihe von genauen statistischen Abhandlungen über die wirtschaftliche Situation einzelner Gebiete in Mitteleuropa, aber auch über den »westlichen und den sowjetrussischen Wirtschaftsraum«. Die Dissertation hat hier sicher ihre höchste Qualität und strich analytisch mögliche Handloptionen heraus. In diesem Sinne ging sie weiter als andere Arbeiten, die meist nicht über die deskriptive Ebene hinaus kamen, was auch oft in den Bewertungen kritisiert wurde.

Weber bettete seine Überlegungen aber zusätzlich in ein nationalsozialistisches Denkmuster ein. Schuldzuweisungen an das »Diktat von Versailles« folgen etwa Unfähigkeitsvorwürfe gegenüber »den Polen« (ebd.: 95, 99). Insgesamt müssten nach der Meinung des Autors alle Länder, die aktuell von Deutschland besetzt seien, sich glücklich schätzen, von dessen Wirtschaftsraum profitieren zu können, und so würde etwa auch Norwegens Wirtschaft durch Deutschland wieder auf ihre »natürlichen Grundlagen« zurückgeführt (ebd.: 122). Die Arbeit fokussiert auf eine Ideologie, die davon ausgeht, dass aus der Beschaffenheit des Bodens und des Raumes an sich notwendige wirtschaftliche und politische Ausrichtungen ableitbar wären. So müssten also die »nationale[n] Volkswirtschaften [...] auf den dynamischen Kräften von Volk, Rasse und Boden« (ebd.: 10) beruhen. In diesem Sinne wurde auch die Unterscheidung zwischen »natürlichen« und »unnatürlichen« Wasserkanälen getroffen. Der Kanal von Antwerpen zum Waal wurde als »Verkehr gegen die Natur« bezeichnet, weil Weber den Rhein als westliche Grenze des mitteleuropäischen Wirtschaftsraums ansah und die Hoheitsrechte auf die Rheinmündung völlig »natürlich« Deutschland zuschrieb (ebd.: 198, 297). Der Autor machte deutlich, dass sich die Arbeit stark an den aktuellen Vierjahresplan anlehnte (vgl. ebd.: 195).

Insgesamt kam der Autor zum Schluss, dass die deutsche Wirtschaft trotz leichter Probleme die »Wehrfreiheit« (hiermit ist die Fähigkeit zur Kriegsführung gemeint) erreicht hat, und schloss mit folgenden Sätzen seine Conclusio:

»Die Durchführung des aufgezeichneten Wasserstraßennetzes innerhalb des mitteleuropäischen Raums wird nur eine Frage der Zeit sein. Sie wird um so eher erfolgen, als die Reichsregierung über alle verkehrstechnischen Maßnahmen aus eigener Hoheit entscheiden kann. Die nationalsozialistische Regierung wird mit der ihr eigenen Dynamik die großen wasserwirtschaftlichen Aufgaben anpacken und durchführen.« (Ebd.: 303)

In diesen Sätzen summieren sich Beispiele einer nationalsozialistischen Sprache. Das Wort »durchführen« wurde bereits früh als typisch nationalsozialistischer Begriff bezeichnet (Sternberger, Storz und Süskind 1989: 49). Die geforderten Maßnahmen

wurden aufgrund einer »natürlichen« Notwendigkeit als alternativlos dargestellt; implizit drückte der Autor aus, der Nationalsozialismus erkenne diese behaupteten Tatsachen am schnellsten und setze diese auch um. Der nationalsozialistische Sprachgebrauch hat sich demnach, wie sich am Beispiel Webers zeigen lässt, bei einzelnen DissertantInnen der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Wien weitestgehend durchgesetzt.

Conclusio und Einblicke in die Entwicklung nach 1945

Während des Zweiten Weltkrieges war die Wiedergabe nationalsozialistischen und antisemitischen Gedankenguts auch an Universitäten keine Seltenheit. Wie an der Dissertation von Heinrich Steltzer zu sehen war, wurde dagegen über »kleinere« wissenschaftliche Mängel nicht nur hinweggesehen, die Arbeit wurde sogar mit einem Ausgezeichnet bewertet und in die *NS-Bibliographie* aufgenommen. Bei der Benotung der Arbeiten ist auffällig, dass es offenbar viel Zustimmung und wenig Dissens unter den Begutachtern gab. Insbesondere politisch-ideologische Meinungsverschiedenheiten waren nur selten in den Rigorosenakten greifbar. In diesem Sinne waren auch keine Unterschiede zwischen der Zeit des Zweiten Weltkrieges und den Jahren danach auffällig. Die Beurteilung erfolgte meist nach der Tradition, wonach der Erstbeurteiler die Note vorgab, der Zweitbeurteiler im Allgemeinen zustimmte und die Note maximal um einen Notengrad nach unten korrigierte. Mit Ausnahme des Streits zwischen Vogel und Günther, inwieweit Literatur jüdischer AutorInnen noch zitierbar sei, finden sich selten Diskussionen. Meinungsverschiedenheiten drückten sich viel eher in unterschiedlichen Bedeutungszuweisungen aus, die bei juridischen und staatswissenschaftlichen Professoren völlig konträre Züge annehmen konnten.

Am Beispiel der Dissertation von Maria Rebernik (1948) zeigte sich etwa die Rivalität zwischen den juridischen und den staatswissenschaftlichen Professoren. Das erste Gutachten wurde von dem Nationalökonom Ferdinand Degenfeld-Schonburg verfasst, der sich v. a. auf den volkswirtschaftlichen Teil der Arbeit bezog, diesen als wertvolle Anregungen enthaltend hervorhob und die Note Gut vorschlug. Der zweite Gutachter, der Jurist Karl Wolff, kritisierte die Dissertation scharf und wies in seiner Kritik vor allem auf Schwächen im juristischen Teil der Arbeit hin:

»Ich müsste also von meinem Standpunkt aus die Arbeit mit nichtgenügend qualifizieren, bin aber mit Rücksicht darauf, dass ja schliesslich beim Doktorat der Staatswissenschaften die wirtschaftswissenschaftlichen Kenntnisse wichtiger sind, einverstanden, wenn das Gesamtkalkül *noch genügend* ist.«²²

22 | UAW, J RA W, 146 (Maria Rebernik), Gutachten von Karl Wolff, 27. November 1948.

Die Konflikte, welche sich in den Dissertationsbeurteilungen wiederfinden, verlaufen mit Ausnahmen nicht zwischen älteren und dem nationalsozialistischen System näherstehenden, erst kürzlich berufenen Professoren. Es finden sich vielmehr bekannte Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Bedeutung von Wirtschaftsthemen, rechts- oder sozialwissenschaftlichen Ansätzen, wobei letztere nach 1938 kaum vorhanden waren.

Die Auswahl der Themen, welche in den Dissertationen behandelt wurden, richtete sich nach politischen Trends. In der Zeit zwischen 1938 und 1945 hatten einige – aber nicht alle – Themen einen explizit nationalsozialistischen Hintergrund, andere waren eher allgemein oder rechtsgeschichtlich gehalten. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges zeigt sich eine neue Schwerpunktsetzung der Titel im Bereich Finanzierung. Doch nicht nur aus den Titeln der Arbeiten verschwand der Nationalsozialismus im Großen und Ganzen. Auch unter den zitierten Werken finden sich ab 1945 nur noch sehr wenige Quellen, die während des Zweiten Weltkrieges erschienen waren. Damit einher geht auch eine Zäsur in der Sprache, die in der Zeit des Nationalsozialismus stark politisch geprägt war, wie etwa anhand der Dissertationen von Hugo Weber und Heinrich Steltzer, aber auch der Bewertung von Hans Mayer gezeigt werden konnte. Für die Dissertationen kann die These aufgestellt werden, dass ein solch abrupter Wechsel der Sprache auch deshalb nachvollziehbar erscheint, da aufgrund des stark nacherzählenden Charakters der meisten Dissertationen der Sprachstil der zitierten Literatur wohl auf die Arbeiten abfärbte. Blickt man auf die Werte in Tabelle 2, so zeigt sich erstens, dass in der Zeit von 1938 bis 1945 verstärkt rezente (teils nationalsozialistische) Literatur zitiert wurde, wobei in Extremfällen fast die gesamte Literatur nach 1938 erschienen war, obwohl, wie bereits zuvor erwähnt, Professoren wie Vogel darauf bestanden, dass relevante Standardwerke vor 1938 weiterhin gelesen und zitiert wurden.²³ Dieses Bild verkehrte sich nach Ende des Zweiten Weltkrieges beinahe völlig ins Gegenteil. Nun wurde verstärkt auf Literatur vor 1938 zurückgegriffen. Zumindest kurz nach dem Zweiten Weltkrieg ist also eine gewisse Vorsicht vor nationalsozialistischer Literatur erkennbar, die u. a. auf die Entnazifizierungsmaßnahmen zurückzuführen sein dürfte.

23 | Darunter finden sich auch NS-Standardwerke wie etwa Alfred Rosenbergs *Mythus des 20. Jahrhunderts*, welches 1930 erstmalig erschien, oder Beiträge aus dem *Völkischen Beobachter*. Die Einschränkung ab 1938 wurde aus forschungspraktischen Gründen getroffen, um den Untersuchungsbericht klar abgrenzbar zu halten. Die AutorInnen sind sich bewusst, dass viele relevante nationalsozialistische Werke bereits zuvor erschienen waren, aber auch, dass nach 1938 unbelastete Literatur erschien.

Tabelle 2: Zitierte Literatur in ausgewählten Dissertationen

Person	Titel	Jahr	Ge- sam- t	Vor 1938	1938– 1945	Nach 1945	Ohne Anga- be	Anteil 1938– 1945
Franz Heller	Die Konzerne und deren Finanzierungswege	1941	25	11	6	0	8	35,29 %
Hugo Weber	Die mitteleuropäische Grossraumwirtschaft in ihrer Auswirkung auf die Wasser- strassenpolitik	1941	114	10	103	0	1	91,15 %
Johann Zaruba	Die landwirtschaftlichen Genossenschaften im national-sozialistischen Deutschland	1941	41	28	13	0	0	31,71 %
Heinrich Steltzer	Hauptprobleme der slowaki- schen Volkswirtschaft, mit besonderer Berücksichtigung aktueller Finanz-Fragen	1941	51	0	46	0	5	100,00 %
Emil Julius Mondes	Das Gesetz vom abnehmen- den Bodenertragszuwachs und die deutsche Gesamt- politik (Diplomarbeit)	1943	22	2	20	0	0	90,91 %
Karl Pressl- mayer	Die natürliche Grundlage der europäischen Wirtschaft	1947	33	25	6	1	1	18,75 %
Richard Heller	Die Wirtschaftsentwicklung bei Bevölkerungsabnahme	1948	69	60	6	1	2	8,96 %
Maria Rebernig	Das landwirtschaftliche Servitutenproblem in Österreich	1948	44	39	2	3	0	4,55 %

Die Zäsur in Bezug auf die Sprache und die verwendete Literatur kurz nach Ende des Krieges lässt sich auch bei den Professoren beobachten. Die DissertantInnen folgten hier vielleicht der Vorgehensweise vieler Professoren, die nach Ende der NS-Herrschaft behaupteten, nie aktiv diese Ideologie unterstützt zu haben (vgl. Pfefferle und Pfefferle 2014: 230), und untermauerten dies, indem sie Literatur aus dieser Zeit – zumindest bis 1948 – aktiv mieden. Zudem konnten nun aber auch Personen studieren, die in der NS-Zeit aus politischen oder rassistischen Gründen nicht studieren durften, dagegen wurde an der Universität Wien eine nicht zu vernachlässigende Anzahl an Studierenden von der Inskription in dieser Zeit ausgeschlossen (Huber 2011), wodurch sich auch die Zusammensetzung der Studierenden änderte. Diese Veränderung ist auch in den Rigorosenakten sichtbar. Anstatt der in der NS-Zeit obligatorischen »Ariernachweise« finden sich nun zahlreiche eidesstattliche Erklärungen, die die Nichtmitgliedschaft in der NSDAP bezeugen sollten. Anstatt der Beschreibung der NS-Karrieren war in den Lebensläufen nun von Widerstand und der Freude über die

»Befreiung« die Rede.²⁴ Bereits im Mai 1948 endete die Serie dieser eidesstattlichen Erklärungen aber wieder, was wohl im Zusammenhang mit der »Minderbelastetenamnestie« von 1948 zu sehen ist, die den weiteren Überprüfungen der Studierenden ein jähes Ende setzte und auch bei den Professoren eine Zeit der Rehabilitierungen einläutete (Pfefferle und Pfefferle 2014). Wie in anderen Bereichen wurde die NS-Vergangenheit an der Universität Wien zum Nicht-Thema, so auch in den Biographien der DissertantInnen im Jahr 1948. Inwiefern es nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wirklich zu einem Umdenken bezüglich der zuvor stark vertretenen Ideologien wie Antisemitismus, Blut-und-Boden-Ideologie oder Sozialdarwinismus gekommen ist, kann aufgrund der Dissertationen und der Rigorosenprotokolle nicht gesagt werden. Insgesamt wurde aber klar, dass die Dissertationen, und damit die wissenschaftliche Arbeit der DissertantInnen, in ihrer Sprache, ihrer Themenwahl und ihren Quellen dem jeweiligen politischen Wechsel folgten.

Dieser Beitrag versuchte, die Rigorosenakten als eine Quelle zu nützen, um genauere Einblicke in die Praxis der universitären Lehre zu erhalten. Dabei konnte nur auf einen kleinen Ausschnitt des aufgrund des Quellenbestandes möglichen Untersuchungszeitraums fokussiert werden. Weitere Untersuchungen wären wünschenswert, um die Entwicklungen nach 1948 nachvollziehbar zu machen. Insbesondere könnte aber eine genauere Betrachtung der Beurteilungen der Dissertationen vor 1934, als mit Ludwig von Mises, Othmar Spann oder Hans Kelsen renommierte und höchst unterschiedliche Staatswissenschaftler die Dissertationen ihres Faches beurteilten, aufschlussreiche Erkenntnisse über ihre (Nicht-)Zusammenarbeit liefern.

Literatur

- Alker, Lisl (1954): *Verzeichnis der an der Universität Wien approbierten Dissertationen 1937–1944*, Wien: Kerry.
- Ash, Mitchell G., Nieß, Wolfram und Pils, Ramon (2010): *Geisteswissenschaften im Nationalsozialismus: das Beispiel der Universität Wien*, Göttingen: V&R unipress.
- Bandat, Josefine (1942): *Methoden der Kriegsfinanzierung*, Wien: Universität Wien (Dissertation).
- Berger, Elisabeth (1998): »Das Studium der Staatswissenschaften in Österreich«, in: *Zeitschrift für neuere Rechtsgeschichte*, 20. Jahrgang, Heft 3/4, S. 177–211.
- Brauer, Walter (1985): »Liefmann, Robert«, in: *Neue Deutsche Biographie*, Band 14, S. 525–526 (<http://www.deutsche-biographie.de/pnd118779931.html>, 20. Mai 2016).
- Ehs, Tamara (2010): »Die Staatswissenschaften. Historische Fakten zum Thema ›Bilgiodoktorate‹ und ›Frauen- und Ausländerstudien‹«, in: *Zeitgeschichte*, 37. Jahrgang, Heft 4, S. 238–256.

24 | Vgl. UAW, J RA W, 105 (Kurt Hohenemser), 111 (Peter Schramke), 113 (Karl Horkel).

- Ehs, Tamara (2014a): »Das Studium der Staatswissenschaften«, in: Olechowski, Thomas, Ehs, Tamara und Staudigl-Ciechowicz, Kamila, *Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918–1938*, Göttingen: V&R unipress (Schriften des Archivs der Universität Wien, Band 20), S. 173–262. DOI: <https://doi.org/10.14220/9783737097994.173>.
- Ehs, Tamara (2014b): »Nationalökonomie & Volkswirtschaftspolitik«, in: Olechowski, Thomas, Ehs, Tamara und Staudigl-Ciechowicz, Kamila, *Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918–1938*, Göttingen: V&R unipress (Schriften des Archivs der Universität Wien, Band 20), S. 547–580. DOI: <https://doi.org/10.14220/9783737097994.547>.
- Heiß, Gernot, Mattl, Siegfried, Meissl, Sebastian, Saurer, Edith und Stuhlpfarrer, Karl (Hrsg.) (1989): *Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938–1945*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.
- Heller, Franz (1941): *Die Konzerne und deren Finanzierungswege*, Wien: Universität Wien (Dissertation).
- Heller, Richard (1948): *Die Wirtschaftsentwicklung bei Bevölkerungsabnahme*, Wien: Universität Wien (Dissertation).
- Huber, Andreas (2011): »Entnazifizierung und Rückbruch. Studierende 1945–1950«, in: Huber, Andreas, Kniefacz, Katharina, Krysl, Alexander und Weisskircher, Manès, *Universität und Disziplin: Angehörige der Universität Wien und der Nationalsozialismus*, Wien/Berlin: LIT, S. 157–309.
- Ingrisch, Doris (2016): »Frauenstudium«, in: *650 plus – Geschichte der Universität Wien*, Archiv der Universität Wien (<http://geschichte.univie.ac.at/de/artikel/frauenstudium>, 28. April 2019).
- Karlhuber, Günther (1941): *Die deutschen Maßnahmen zur Sicherung des Aussenwertes der Reichsmark*, Wien: Universität Wien (Dissertation).
- Klausinger, Hansjoerg (2014): »Academic Anti-Semitism and the Austrian School: Vienna, 1918–1945«, in: *Atlantic Economic Journal*, 42. Jahrgang, Heft 2, S. 191–204. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11293-014-9410-x>.
- König, Thomas (2015): »Aufsteigen, Verdrängen, Nachholen: Sozialwissenschaft(en) an der Universität Wien«, in: Fröschl, Karl Anton, Müller, Gerd, Olechowski, Thomas und Schmidt-Lauber, Brigitta (Hrsg.), *Reflexive Innensichten aus der Universität. Disziplinengeschichten zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik*, Göttingen: Vienna University Press/V&R unipress (650 Jahre Universität Wien – Aufbruch ins neue Jahrhundert, Band 4), S. 169–182.
- Krainz, Franz (1939): *Wirtschaftliche Mobilmachung*, Wien: Universität Wien (Dissertation).
- Kniefacz, Katharina (2011): »Wiener ›Schule‹ der Zeitungswissenschaft? Das Institut für Zeitungswissenschaft in der NS-Zeit und seine DoktorandInnen«, in: Huber, Andreas, Kniefacz, Katharina, Krysl, Alexander und Weisskircher, Manès, *Universität und Disziplin: Angehörige der Universität Wien und der Nationalsozialismus*, Wien/Berlin: LIT, S. 59–156.

- Lichtenberger-Fenz, Brigitte (1988): »Österreichs Universitäten 1930–1945«, in: Stadler, Friedrich (Hrsg.), *Kontinuität und Bruch 1938 – 1945 – 1955. Beiträge zur österreichischen Kultur- und Wissenschaftsgeschichte*, Wien/München: Jugend & Volk, S. 69–82.
- Mondes, Emil Julius (1943): *Das Gesetz vom abnehmenden Bodenertragszuwachs und die deutsche Gesamtpolitik*, Wien: Universität Wien (Diplomarbeit).
- Olechowski, Thomas (2015): »Die Entwicklung und Ausdifferenzierung der rechts- und staatswissenschaftlichen Disziplinen«, in: Fröschl, Karl Anton, Müller, Gerd, Olechowski, Thomas und Schmidt-Lauber, Brigitta (Hrsg.), *Reflexive Innensichten aus der Universität. Disziplinengeschichten zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik*, Göttingen: Vienna University Press/V&R unipress (650 Jahre Universität Wien – Aufbruch ins neue Jahrhundert, Band 4), S. 183–200.
- Olechowski, Thomas, Ehs, Tamara und Staudigl-Ciechowicz, Kamila (2014): *Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1918–1938*, Göttingen: V&R unipress (Schriften des Archivs der Universität Wien, Band 20).
- Pfefferle, Roman und Pfefferle, Hans (2014): *Glimpflich entnazifiziert. Die Professoren-schaft der Universität Wien von 1944 in den Nachkriegsjahren*, Göttingen: V&R unipress (Schriften des Archivs der Universität Wien, Band 18). DOI: <https://doi.org/10.14220/9783737002752>.
- Posch, Herbert, Ingrisich, Doris und Dressel, Gert (2008): *»Anschluß« und Ausschluss 1938: Vertriebene und verbliebene Studierende der Universität Wien*, Wien: LIT.
- Presslmayer, Karl (1947): *Die natürlichen Grundlagen der europäischen Wirtschaft*, Wien: Universität Wien (Dissertation).
- Rathkolb, Oliver (1989): »Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien zwischen Antisemitismus, Deutschnationalismus und Nationalsozialismus 1938, davor und danach«, in: Heiß, Gernot, Mattl, Siegfried, Meissl, Sebastian, Saurer, Edith und Stuhlpfarrer, Karl (Hrsg.), *Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938–1945*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 197–232.
- Rebernick, Maria (1948): *Das landwirtschaftliche Servitutenproblem in Österreich*, Wien: Universität Wien (Dissertation).
- Rektorat der Universität Wien (1941): *Vorlesungsverzeichnis Universität Wien, Wintersemester 1941/42*, Wien: Adolf Holzhausens Nachf.
- Schmitz-Berning, Cornelia (2007): *Vokabular des Nationalsozialismus*, Berlin/New York: De Gruyter. DOI: <https://doi.org/10.1515/9783110928648>.
- Staudigl-Ciechowicz, Kamila (2015): »Die Wiener Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät 1933–1945«, in: Fröschl, Karl Anton, Müller, Gerd, Olechowski, Thomas und Schmidt-Lauber, Brigitta (Hrsg.), *Reflexive Innensichten aus der Universität. Disziplinengeschichten zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik*, Göttingen: Vienna University Press/V&R unipress (650 Jahre Universität Wien – Aufbruch ins neue Jahrhundert, Band 4), S. 595–604. DOI: <https://doi.org/10.14220/9783737004152.595>.

- Steltzer, Heinrich (1941): *Hauptprobleme der slowakischen Volkswirtschaft, mit besonderer Berücksichtigung aktueller Finanz-Fragen*, Wien: Universität Wien (Dissertation).
- Sternberger, Dolf, Storz, Gerhard und Süskind, Wilhelm E. (1989): *Aus dem Wörterbuch des Unmenschen*, 3. Auflage, Frankfurt am Main: Ullstein.
- Twaroch, Alfred (Hrsg.) (1937): *Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1937/38. Universität Wien*, Wien: Robert Wachek.
- Weber, Hugo (1941): *Die mitteleuropäische Grossraumwirtschaft in ihrer Auswirkung auf die Wasserstrassenpolitik*, Wien: Universität Wien (Dissertation).
- Weiler, Bernd (2004): »Die akademische Karriere von Ludwig Gumpowicz in Graz: Analysen und Materialien aus der Zeit von der Ernennung zum Extraordinarius bis zur Emeritierung (1883–1908)«, in: *Newsletter des Archivs für die Geschichte der Soziologie in Österreich*, Heft 25, S. 3–54.
- Wiesmann, Elmar Christoph Johannes (2001): *Die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Wien im Nationalsozialismus*, Wien: Universität Wien (Diplomarbeit).

»Organisieren« als kontaminierte Kategorie von Othmar Spann

Michaela Pfadenhauer

»Organisieren«, das hieß einmal, »ein Land auf französische Art einzurichten« (Walther-Busch 1996: 5). In seiner dynamischen Konnotation des Herstellens bzw. Bewerkstelligens meint »Organisieren«, etwas sorgfältig und systematisch aufbauen bzw. zu einem bestimmten Zweck einheitlich gestalten. Der statische Aspekt von »Organisation« bezieht sich dann auf das Resultat von Organisieren, auf eine hergestellte, produzierte Ordnung, ein Gefüge, eine Struktur, ein System. Dieses semantische Feld hat über die Zeit einen Bedeutungswandel durchlaufen, der im ersten Teil dieses Beitrags skizziert wird. Der zweite Teil widmet sich der Aufnahme dieser Kategorie im Werk von Othmar Spann, der die über die Zeit getrennten Bedeutungsfäden – jene von Organismus und Organ, von politischem Körper und sozialer Organisation – wieder verstrickte. Im dritten Teil werden die Hintergründe ausgeleuchtet, die erhellen, wes Geistes Kind Othmar Spanns – die Philosophie des Idealismus zu einer »Geisteslehre« mythifizierende – Ganzheitsideologie ist.¹

1.

Das deutsche Wort »organisieren« geht auf das lateinische »organisare« (einrichten, ordnen, gestalten) zurück, das – ebenso wie »organisatio« – erst im Spätmittelalter vom griechischen Substantiv »organon« (Werkzeug, Instrument, Körper, Körperteil) bzw. Adjektiv »organikon« (ein Organ bzw. den Organismus betreffend; der belebten Natur angehörig; mit etwas eine Einheit bildend) abgeleitet wurde. Die Begriffe »Organisieren« und »Organisation« bildeten also mit »Organ« und »Organismus«

1 | Motiviert ist dieser Artikel durch das Unbehagen, das mir der Anschluss meiner wissenssoziologisch-handlungstheoretischen Bestimmung von »Organisieren« als »Handeln bewirken des Handelns« (Pfadenhauer 2008) an Othmar Spanns Kategorie anhaltend verursacht, ohne deren Kontaminierung hinreichend zu reflektieren. Dies wird in Teil 2 und 3 nachgeholt, während die Ausführungen in Teil 1 weitgehend mit denen im Buch deckungsgleich sind.

ein semantisches Feld und sie dienten vor allem zur Bezeichnung der Eigenschaften natürlicher Körper (vgl. dazu auch Bockenförde und Dohrn-van Rossum 1978: 520). Sie wurden im 18. und frühen 19. Jahrhundert zunächst lediglich als Metaphern im politischen und juristischen Diskurs eingesetzt.

Erst im Laufe der Zeit hat sich das Bewusstsein dafür verloren, dass hier ein Bild bzw. Modell aus der Naturwelt metaphorisch auf die Sozialwelt angewandt wurde. Klaus Türk, Thomas Lemke und Michael Bruch zufolge ist die Organismus-Analogie in der Vorstellung von »Organisation(en)« nie ganz verschwunden, sie wurde unter neuen gesellschaftlichen Bedingungen lediglich re-formuliert, d. h. beispielsweise in ein systemisches »Gewand« gesteckt (Türk, Lemke und Bruch 2002: 94) – etwa bei der Idee der »lernenden Organisation« (vgl. Willke 1998: 41).

Für die Ausbildung eines eigenständigen Organisationsbegriffs waren zwei Unterscheidungen bedeutsam: die Differenz zwischen Maschine und Organismus zum einen, die Differenz zwischen (politischem) Körper und (sozialer) Organisation zum anderen. Bis ins 18. Jahrhundert hinein erschien Maschine und Organismus nicht als Widerspruch: Der aristotelisch-scholastischen Tradition entsprechend, in der Technik als Mimesis von Natur begriffen wurde, wurde kein Unterschied zwischen mechanischen und organischen Körpern gemacht. Diese Vorstellung galt auch für die mechanistische Philosophie des 17. und 18. Jahrhunderts und für den Cartesismus.² Als Sinnbild – auch für Politik und Wirtschaft – diente das Uhrwerk als ein beständiger, regelmäßiger, aber auch fragiler und ständig überprüfungsbedürftiger Mechanismus.

In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde dann allmählich für natürliche Körper ein anderes Wirkungsprinzip als für künstliche Körper angenommen: Hier fungiert das »Leben« als ein organisierendes Prinzip, das allen Organismen eigen ist. »Organisation« bezeichnete somit die spezifische Ordnung *lebender* (organischer gegenüber anorganischer) Dinge. Die Idee einer Höherwertigkeit des Organischen gegenüber dem Mechanischen wurde nicht zuletzt durch Immanuel Kants *Kritik der Urteilkraft* befördert:

»Ein organisiertes Wesen ist also nicht bloß Maschine: denn die hat lediglich *bewegende* Kraft; sondern es besitzt in sich *bildende* Kraft und zwar eine solche, die es den Materien mitteilt, welche sie nicht haben (sie organisiert): also eine sich fortpflanzende bildende Kraft, welche durch das Bewegungsvermögen allein (den Mechanismus) nicht erklärt werden kann.« (Kant 2010: § 65)

2 | Die Bewertung von Mechanik differierte allerdings gewaltig: Im aristotelischen Denken war »mechanisch« gleichbedeutend mit »naturwidrigen« Bewegungen und Effekten. In der mechanistischen Vorstellung war die Mechanik demgegenüber die einzige legitime Form der Naturerkenntnis.

Insofern Kant dem »Naturprodukt« gegenüber der Maschine eine »in sich bildende Kraft« zuschreibt, ist ein Naturprodukt *zugleich* ein organisiertes und ein sich »selbst organisierendes« (Lebe-)Wesen.

Diese Idee überträgt Kant auf den politischen Körper: Der überkommenen (absolutistisch-feudalistischen) Vorstellung eines »corpus politicum«, welcher sich durch eine herrschende Ordnung von Haupt und Gliedern auszeichnet, setzt er die Idee entgegen, dass die Teile sich zu einer Einheit des Ganzen derart verbinden, dass sie »sich zu sich selbst wechselseitig als Ursache und Wirkung verhalten« (ebd.). Mit der Französischen Revolution sieht Kant einen Staat entstehen, auf den die Analogie eines »organisierten Wesens« zutrifft.

Im Zuge der Französischen Revolution verliert sich allerdings der metaphorische Gehalt des Begriffs, d. h. seine Wahrnehmung als Begriff aus der Welt der Naturbeschreibung: Im Licht der Aufklärung erscheint der Staat als ein Zweckverband, »der willentlich geschaffen ist, zielgerichtet operiert und menschlicher Disposition erliegt« (Türk, Lemke und Bruch 2002: 102). »Organisation« impliziert damit nicht mehr eine feststehende Ordnung und ein starres Gliederungsprinzip, sondern »sie ist eine willentliche und bewusste Tätigkeit, die sich an der Realisierung von Zwecken orientiert – und zugleich das Ergebnis dieser Tätigkeit, das seinerseits verändert und fortentwickelt, d. h. organisiert werden kann und muss« (ebd.: 103).³

Die rasche Aufnahme der Fremdworte »Organisation« und »Organisieren« in den Wortschatz der französischen, englischen und – etwas später – der deutschen Intellektuellen, weist darauf hin, dass eine bereits bestehende Praxis, nämlich das aktive, planvolle, auf Änderung der politischen und sozialen Ordnung ausgerichtete Handeln, ihren Begriff gefunden hat (vgl. Bockenförde und Dohrn-van Rossum 1978: 574).

In Deutschland verbindet sich der Organisationsbegriff, der sich hier während der Revolutionsphase als Fremdwort eingebürgert hat, sehr schnell mit der Idee der Notwendigkeit von Reformen, d. h. vor allem mit der Idee des Re-Organisierens. Die mit ihm verbundenen Vorstellungen beschränken sich bald nicht mehr auf die verwaltungstechnisch-rechtlich optimierte Ordnung eines Gemeinwesens. Sie vereinen sich vielmehr mit – normativ aufgeladenen – Vorstellungen von Einheit, Leben und Steigerung der Kräfte. Während »Organisation« und »Organismus« zunächst noch weitgehend synonym erscheinen, wandeln sie sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts allmählich zu Gegenbegriffen: Der Organismusbegriff dient nun insbesondere AnhängerInnen der politischen Romantik zur Kritik an der im Organisationsbegriff enthaltenen Vorstellung von der Notwendigkeit eines aktiv-steuernden Zugriffs auf die politische Ordnung.

Vor diesem Hintergrund entfaltet Georg Wilhelm Friedrich Hegel dann ein integrierendes Verständnis, wobei er »Organisation« nicht in einem dynamischen, sondern im statischen Sinne einer institutionalisierten Ordnung versteht: »Organi-

3 | Letzteres erklärt auch die Erweiterung des semantischen Feldes um die Begriffe der Reorganisation und Desorganisation.

sation bringt für Hegel den Staat *als Organismus* zur Wirklichkeit« (Türk, Lemke und Bruch 2002: 111; Hervorhebung M. P.). Korporationen, Ständeversammlungen, freiwillige Vereinigungen und Gruppierungen gelten ihm als Teile, in denen sich die egoistischen Einzelinteressen bündeln lassen, und folglich als intermediäre Instanzen zwischen Individuum und Gemeinwesen vermitteln können. Sie sind die Teile, deren Interdependenz das Funktionieren des Ganzen sicherstellt.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wird der Organisationsbegriff allmählich von jeglicher Organismusmetaphorik »entkleidet«. Erst dann etabliert er sich als eigenständiger sozialwissenschaftlicher Begriff; zunächst vor allem als Fachbegriff der neu entstehenden Betriebswirtschaftslehre mit einem Fokus auf die betriebliche und kaufmännische Organisation. Anfang des 20. Jahrhunderts schließlich ist der Organisationsbegriff in Deutschland nicht nur vollständig etabliert, sondern er bezeichnet mit seinem preußisch-bürokratischen Bedeutungshof tatsächlich so etwas wie eine »deutsche« Tugend. Zur Jahrhundertwende setzt sich (eine bestimmte Form von) Ökonomisierung durch Organisierung als Leitbild durch: Organisation und die Fertigkeit des Organisierens gelten nun als Mittel der Unternehmensführung schlechthin (vgl. Walter-Busch 1996: 8; auch Eberle 2007; 2019).

2.

Während die Organisationsliteratur dieser Zeit dementsprechend wesentlich aus handbuchartigen Organisationsanweisungen für den Praktiker besteht, entwickelt der deutsche Nationalökonom Johann Plenge den Entwurf einer verstehenden Organisationswissenschaft (vgl. Elbe 2002). Er unterscheidet »Organisation« als ordnendes Prinzip von »Konjunktur« als dem ungeordneten Prinzip des Chaos. »Beide Prinzipien schlagen sich in den abwechselnden Tendenzen zur Organisation und Desorganisation nieder, wobei das eine ohne das andere undenkbar ist« (ebd.: 165). Organisationales Handeln bringe eine Ordnung hervor, indem bestimmte Teile nach einem vorgefertigten Plan, d. h. intentional, zu einer Einheit verbunden werden, wobei einerseits diese Einheit loser oder fester zusammengefügt sein kann und andererseits den Teilen (Menschen oder Gruppen) gleiche oder unterschiedliche Funktionen (Aufgaben) zukommen können. Diese beiden Strukturgesetze von Organisation – »Grad der Vereinheitlichung« und »Art der Eingliederung« (Plenge 1965: 113) – seien bei jedem planvollem Aufbau einer Organisation zu beachten, und könnten als Gradmesser für die organisationale Durchdringung eines sozialen Gebildes begriffen werden. Grundsätzlich jedoch sei jede planvoll hergestellte Ordnung von Zerfall und damit jede Organisation unvermeidlich von Auflösung bedroht. Dieser Umstand kann Plenge zufolge allerdings für die Organisationslehre praktisch genutzt werden, d. h. eine Auflösung kann absichtsvoll herbeigeführt werden. Plenge aber denkt vor allem an die Ordnung politischer Gemeinwesen. Antidemokratisch erscheint ihm »entsprechend der Not der Zeit« (ebd.: 114) die Steigerung von »Einheit aus der Vielheit« bis zur Diktatur angemessen. Auch wenn er nicht die *nationale* Einheit, sondern den

Völkerbund als höchste Form von Einheit und Zusammenfassung der Menschheit begreift und nach der Machtergreifung 1933 seines akademischen Amtes enthoben wird, ist er ein geistiger Wegbereiter des Nationalsozialismus.

Beinahe zeitgleich und thematisch verwandt entwickelt Othmar Spann sein Verständnis von Organisieren. Ihm zufolge setzt sich »Organisieren« aus folgenden (Teil-)Handlungen zusammen:

»1. Organisieren heißt, die zu verbindenden Handlungen *veranlassen*; 2. es heißt, die Wege für die veranlassten Vorgänge und Handlungen zu bahnen (*Wegbahnung*). Die Wegbahnung geschieht a) durch *Vorbereitung* (Vorkehrung) aller jener Bedingungen und Umstände, welche die zu vereinigenden Elemente zu ihrer Vollziehung brauchen; b) durch *Beeinflussung* (Umgestaltung) der zu organisierenden Elemente geistiger oder handelnder Art. Die Beeinflussung hat wieder zwei Formen: a) die Beeinflussung im engeren Sinne oder die Aenderung der Beschaffenheit der zu organisierenden Elemente und β) die bestimmte Gliederung, Eingliederung der Elemente.« (Spann 1925: 766)

Als dritte Teilhandlung des Organisierens bestimmt Spann die Verstetigung des durch die ersten beiden Teilhandlungen geschaffenen Gebildes, »indem der immer erneute gleichmäßig wiederkehrende Ablauf des organisierten Vorganges sichergestellt wird, was zugleich die Schaffung einer Überlieferung bedeutet« (ebd.). Werden die organisierenden Handlungen verstetigt, so erwachse aus organisierendem Handeln eine Ordnung, die überkommenerweise als »Organisation« bezeichnet werde. Deshalb heißt »Organisieren« für Spann, »eine handelnde Ganzheit dadurch herstellen, dass veranlassende, gliedernde, qualitativ umformende sowie Vorbedingungen schaffende Handlungen stetig verwirklicht werden« (ebd.: 767).

»Organisation« gilt ihm als »Inbegriff von Handlungen mit ihren Hilfsmitteln (Gütern), die aber als Handlungen nicht mechanisch, sondern sinnvoll, rangordnungsmäßig zusammenhängen« (ebd.: 766). Er grenzt den Begriff damit explizit von mechanistischen Vorstellungen ab und verortet diesen in einem universalistischen Gedankengebäude, wonach nicht der Einzelne, das Individuum, sondern die Gesellschaft als Ganzheit der Ausgangspunkt von allem ist. Der Mensch bildet mit einem zweiten Menschen eine geistige Gemeinschaft – gemäß dem Satz von Pythagoras: »Der Freund ist das andere Ich«. Das heißt, so Spann: »Zwei sind nötig, um jedes Einzelne zu bilden. Beide sind Glieder eines Überindividuellen, das eine Ganzheit bildet« (Spann 1928: 456). Demnach ist der Mensch als ein *geistiges* Wesen nur in »Gezweigung«, d. h. in »geistiger Gemeinschaft«, möglich bzw. »denkbar«. Er kann zwar physiologisch, nicht aber geistig als »Abgetrennter« (»Absoluter«) gedacht werden.

Das Interesse von Spann ist ähnlich wie das von Johann Plenge darauf gerichtet, die Entstehung und Erhaltung gesellschaftlicher Einheit und Vergemeinschaftung auf Organisationsformen und Organisationsvorgänge zurückzuführen, »die einzelmenschliches Wirken und Wollen zusammenordnen und dadurch intersubjektive Handlungs- und Wirkeinheiten mannigfacher Art, Sozial- und Kulturgebilde, zustande bringen und erhalten« (Böckenförde und Dohrn-van Rossum 1978: 621).

»Organisation« wird damit zu einem die Einheits- und Gemeinschaftsbildung befördernden Vorgang und »Organisieren« zum Oberbegriff für solche Handlungen, »die nicht selber zum Ziele führen wollen, sondern die Erreichung eines Zieles erst *vermitteln* helfen. Denn stets ist es ein Anderes, ein ›Stoff‹, der organisiert wird« (Spann 1925: 766).

»Organisieren« wird damit zu einer Kernkategorie für Spanns von J. Hanns Pichler im Ganzen als »Gesellschaftslehre« (Pichler 2010: 12) etikettiertes Werk und dient wesentlich auch zur Begründung des als »organisch« gedachten »wahren Staats«. »Das ›gesellschaftliche Ganze‹ wird zum Wechselbalg von Definitionen, die alle zwischen individualistischer und organologischer Axiomatik liegen« (Knoll 2005: 465). Spann geht damit in gewisser Weise hinter jene Einsicht zurück, an der die Geschichte der Soziologie ihren Ausgang nimmt, nämlich »der Trennung von Gesellschaft und Staat« (Jonas 1981: 15).

Bedeutsam für Spanns Ambition eines umfassenden »Systemversuchs«, wie das Werk von J. Hanns Pichler (Pichler 1988: 19) u. a. gefeiert wird, sind die Schriften Adam Heinrich Müllers, der »in einer ähnlichen politischen Situation der Orientierungslosigkeit nach den Napoleonischen Kriegen, ein Universalgemälde des Staates angefertigt« hat (Knoll und Kohlenberger 1994: 134; vgl. auch Knoll 2005: 462). Derlei Ambitionen waren zu dieser Zeit nicht unüblich. Knoll und Kohlenberger weisen auf die Parallelität eines solchen Vorhabens bei Spann und dem »Antipositivismus« der »Gegensoziologie« hin (Knoll und Kohlenberger 1994: 133):

»Auch Max Scheler wollte eine vergleichbare Theorie entwickeln, um mit einer neuen Wissenschaftslehre ein attraktives Universalgemälde zu entwerfen. Das Universalgemälde sollte nicht nur ein neues Erkenntnismodell enthalten, sondern auch ein neues Bild vom Staat, von der Gesellschaft, von neuen sozialen Verknüpfungen und Verbindlichkeiten.« (Knoll 2005: 463–464)

Scheler positioniert sich damit gegen den Positivismus im Verstande Ernst Machs, der sich Karl Dunkmann zufolge in Émile Durkheims und mehr noch Wilhelm Jerusalem's Denken findet, in deren Erkenntnislehre »Biologie, Denkökonomie und Soziologie« zusammenfließen (Dunkmann 1927: 194).⁴ Anders als Kants Erkenntnistheorie,

4 | Dunkmann sieht der Soziologie eine »unerträgliche Abhängigkeit von naturalistischen Prämissen« erwachsen, gegen die sich einerseits Max Scheler, andererseits aber auch Max Adler entfaltet, den er als zu lobende Ausnahme im marxistischen Lager anführt (Dunkmann 1927: 194–195): Obwohl Dunkmann begrüßt, dass Scheler »alle naturalistischen Syllogismen« ablehnt, kritisiert er gewissermaßen dessen halben Naturalismus. Denn Scheler zufolge leiten sich Denkformen zwar nicht gänzlich aus – letztlich biologisch verstandenen – gesellschaftlichen Arbeits- und Sprachformen ab. Aber Scheler betont eben auch, dass die »Formen der geistigen Akte, in denen Wissen gewonnen wird, stets und notwendig soziologisch, das heißt durch die Struktur der Gesellschaft *mitbedingt* sind« (zitiert nach: ebd.: 196; Hervorhebung im Original). Scheler habe die mögliche dritte Position gegenüber Naturalismus und Idealismus noch nicht scharf genug gesehen, wonach Wissensinhalte in dem Sinne soziologisch bedingt sind, dass

die apriorische Formen des Denkens kennt, gehe soziologische Fragestellung aposteriorisch von empirisch begründeten Formen des Denkens aus.

»Mag man auch nicht so weit gehen, wie Othmar Spann, der es für den Grundcharakter der soziologischen Methode hält, dass sie den Kausalbegriff überhaupt ablehnt, so ist doch evident, dass eine alleinige Herrschaft dieser *rein naturwissenschaftlichen* Kategorie unanwendbar ist auf eine Soziologie, die neben der Natur auch das geistige Leben zu begreifen strebt.« (Ebd.: 195; Hervorhebung im Original)

Auch Spann ist bestrebt, die Soziologie als Geisteswissenschaft zu konzipieren, ohne damit einen verstehenden Ansatz zu konnotieren (vgl. Spann 1979: 119). In strikter Ablehnung jeglichen Empirischen (vgl. auch Pichler 1988: 80) postuliert er, dass man »Geist« »eben nicht vom äußeren Sinnenleben her verstehen [darf], man muss ihn von seiner reinsten Eigenschaft her verstehen, vom Gedanken, der die Mitte des Lebens ist« (Spann 1979: 125). Der als Ursprung von allem beschworene »Geist« resultiert sozusagen aus der Vereinigung vieler Gedanken, wird von Spann also über-individuell gefasst. Von dieser Metaphysik her – »Gleichwie der Mensch sich im Selbstbewusstsein in sich selbst durchdringt, so muss er sich auch mit dem anderen Geiste durchdringen, ihn in sich spiegeln, um zum Sein zu gelangen« (ebd.: 125–126) – votiert er für eine Logik vom »Ganzen und seinen Teilen« anstelle eines Blicks auf Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge, den er als atomistisch, mechanistisch, individualistisch, naturwissenschaftlich abwertet. Universalistische, d. h. ideologische Züge gewinnt dieser Ansatz dadurch, dass dem Ganzen systematisch Vorrang gegenüber den Teilen zugewiesen wird, insofern die Teile für sich genommen nicht-existente Glieder sind, die erst in einer als geistiges Gebilde gedachten Ganzheit einen Wirklichkeitsakzent erhalten: »Im Geist und in der Gesellschaft ist nur das, was Glied eines Ganzen wurde« (ebd.: 123).⁵

Für sein Universalgemälde komponiert Spann eklektizistisch diverse geisteswissenschaftliche Traditionen – den bereits erwähnten Müller sowie Johann Gottlieb Fichte und Hegel, aber auch Friedrich Nietzsche und Herbert Spencer – und »kittet[e] in seinem Überblick über die einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen ein Weltbild mit weitgehend mythologischem Charakter zusammen« (Knoll und Kohlenberger 1994: 133): So kappt er etwa, um die Romantik gegen die »österreichische Revolution« von 1918 aufzurufen, die idealistischen Wurzeln der romantischen Theorien. Er interpretiert also die romantische Tradition in einen »Anti-Revolutionarismus« um und stiftet damit Knoll zufolge in der Geschichte der Sozialphilosophie nachhaltige Verwirrung (Knoll 2005: 463): »Von nun an war der Stil ein haltloses Philosophieren mit altständischen-sozialphilosophischen Termini« (Knoll und Kohlenberger 1994: 135).

sie an die Gattung geknüpft sind: »Alle menschliche Erfahrung und Vorstellung ist und bleibt menschlich« (Dunkmann 1927: 199).

5 | Pate hierfür könnte Hegels Gedanke gestanden haben, dass nur solche Interessen »berechtigt« sind, die sich in organisierter Form artikulieren können.

3.

Liest man Spanns Werk nicht im Zusammenhang seines »Systemversuchs« (Pichler), übersieht man also dessen gnostischen Charakter, auf den noch zurückzukommen sein wird, dann lässt sich Spanns Verständnis von Organisieren handlungstheoretisch als Meta-Handeln deuten, das anderes Handeln »bewirkt«, genauer: das in verschiedenerlei Art auf anderes Handeln bzw. das Handeln anderer »einwirkt« (vgl. Pfadenhauer 2008). Karl Bruckschwaiger erläutert den Unterschied anhand der Differenz zwischen individualistischer und Spanns universalistischer Idee von Gemeinschaftsbildung:

»Der Begriff ›Organisation‹ würde in individueller Fassung nur die äußeren Beziehungen der Individuen regeln und auf eine möglichst reibungsvolle Ordnung des gemeinsamen Handelns zielen, während in den universalistischen Sinn von Organisation die innigsten und vielfältigsten geistigen Verbindungen des Einzelnen eingehen würden, die dann erst die Grundlage äußeren Handelns bilden würden.« (Bruckschwaiger 2005: 469–470)

Wer organisiert nach Spann und was bzw. wer wird hier organisiert? »Organisator« ist der nicht als ausführendes Organ, sondern als pulsierender Organismus gedachte, mythisch überhöhte Staat, der sich »zur Koordination der Glieder versteht« (vgl. zum Folgenden Knoll, Majce, Weiss und Wieser 1981: 69). Großes Gewicht kommt den Ständen zu, weshalb der »Stände-Staat« nicht weit entfernt ist, wovon die Ausführungen in *Der wahre Staat* zeugen, auch wenn Spann dies als »Fastnachtsscherz« (Maaß 2010: 95) empört von sich weist, und dies auch von Pichler in Abrede gestellt wird (Pichler 2010).⁶ Spanns Idee eines »organischen Staats« trägt faschistoide Züge. Antidemokratisch plädiert er für einen streng hierarchisch gegliederten und konsequent nach dem »Führer-Gefolgschaftsprinzip« aufgebauten Ständestaat. Dieser Staat solle durch eine elitäre Schicht, den »Stand der Weisen«, regiert werden. Gerade im Hinblick auf das Führerprinzip sympathisiert Spann mit der nationalsozialistischen Ideologie, auch wenn sich seine Einstellung zumindest teilweise aus früheren Quellen (vor allem dem Universalismus bzw. Neu-Hegelianismus) speist. Diese Sympathie wird deshalb nicht vorbehaltlos erwidert, weil er der »Rolle des Geistes« auch gegenüber »rassischen« Aspekten absoluten Vorrang einräumt: »Jede geistige Regung des Einzelnen [muß demnach] den anderen Geist (aktiv oder passiv, anregend oder sich anregen lassend) zum Gegenglied, zum Gegenpol haben« (Spann: 1928: 456).

»Organisiert« aber werden Einzelne, die nur als Teile von etwas Größerem – in Eric Voegelins Worten »unmenschliche Geistgebilde« – überhaupt existieren (Voegelin 1993: 12). »Gezweigung«, Spanns als Komplementärbegriff zu »Entzweigung«

6 | Generell dürfte die Feststellung von Sebastian Maaß, dass die Mehrheit der Literatur zu Othmar Spann wohlwollend ist, nach wie vor gültig sein (Maaß 2010: 27). Noch Kaltenbrunner weist dessen Entwurf eines »ganzheitlichen Systems« als »kathedralisches Summa« aus (Kaltenbrunner 1986; vgl. kritisch dazu Siegfried 1974, euphorisch Pichler 2010).

erdachtes Wort für Gemeinschaft, ist das, worum es geht. In seinem Vortrag beim Fünften Deutschen Soziologentag 1926 in Wien problematisiert Spann denn auch den Begriff der (Wechsel-)Beziehung, der die Existenz »vorher bestehender, vorher fertiger Atome oder Atomgruppen« impliziere, denn »sie beziehen sich nachträglich aufeinander und wirken dadurch aufeinander wechselweise« (Spann 1979: 110). Spann zufolge ist der Mensch »grundsätzlich beziehungslos«; die Individualität wäre erst dann gegeben, wenn sie »im Organismus des Staates ihre Begründung und Anleitung erhält« (Knoll 1994: 134). Staatlicher Organismus erzieht zur sozialen Verantwortlichkeit und leitet an; »erst über diesen Umweg erhält der Mensch seine Individualität und Unverwechselbarkeit und ist vor den Gefahren der sozialen Atomisierung gefeit« (Knoll 2005: 465).

Zugrunde liegt ein faschistisches Menschen-Gesellschaftsbild in dem Sinne, wie Karl Polanyi Faschismus fasst (vgl. Dale und Desan in diesem Band). Denn Gesellschaft bzw. das anti-individualistisch-organologisch verstandene gesellschaftliche Ganze ist hier nicht als Verhältnis zwischen Personen gedacht. Spann versteht sich nicht als Faschist oder Nationalsozialist, hat aber die politische Ambition, zum »Ideologen eines »neuen Deutschland« zu werden (siehe auch Morikawa in diesem Band). Aufgrund seiner Priorisierung des Geistigen gegenüber dem Biologischen unterliegt er dem Rassen-theoretiker Rosenberg, weshalb sein Theoriegebäude keinen Eingang in die NS-Ideologie findet und er in Misskredit gerät (vgl. Knoll 2005: 466). Seine Schüler, allen voran Jakob Baxa (deutsche Romantik) und Walter Heinrich (Ständelehre), entwickeln »im Gegensatz zu Othmar Spann ein intensives politisches Engagement« (Maaß 2010: 24 ; vgl. auch Huber in diesem Band).⁷

Von daher wirft Klaus-Jörg Siegfried die Frage auf, in welchem Maß der Spann-Kreis an der »Zerstörung der Demokratie in Deutschland und Österreich mitgewirkt« hat (Siegfried 1974: 12). Gegenüber der Mittelschicht und dem Kleinbürgertum, die eine Alternative zur instabilen ständischen Ordnung ersehnt hätten, erwiesen sich Großkapital und Schwerindustrie als einflussreiche Gruppierung, die durch Netzwerkbildung gezielt beeinflusst wurde.

Zwischen 1925 und 1935 ist Spann dergestalt einer der einflussreichsten Autoren, nach Sebastian Maaß gar der »Lehrer« der sogenannten »Konservativen Revolution« (Maaß 2010: 93). Dieser von Stefan Breuer sogenannte »Neue Nationalismus« (vgl. ebd.: 24) war jene antidemokratische und streckenweise auch gegen eine christliche Weltauffassung gerichtete Ideenbewegung, die Kurt Sontheimer zufolge weite Kreise für die NS-Revolution empfänglich machte (Sontheimer 1962; vgl. Siegfried 1974: 10). Maaß bezweifelt zwar, dass zwischen diesem Rechts-Intellektuellentum und dem

7 | Im Hintergrund wirkt Othmar Spann als Spiritus Rector des von Fritz Thyssen finanzierten und von Walter Heinrich organisierten Instituts für Ständewesen. Nach dem »Anschluss« Österreichs 1938 wird Spann aufgrund seiner partiell mit dem Nationalsozialismus konkurrierenden politischen Vision eines ständisch verfassten autoritären Staats verhaftet. Anschließend wird ihm seine Lehrbefugnis entzogen. Diese wird ihm aber auch nach 1945 nicht wieder erteilt; vielmehr kehrt er zwar wieder an die Universität Wien zurück, wird aber bis zur Erreichung des Pensionsalters beurlaubt.

Christentum ein grundsätzlicher Antagonismus bestand (Maaß 2010: 22), wie Armin Mohler das annimmt (Mohler 1999). Aber auch dann, wenn Spann zwischen dem christlichen linearen und dem zyklischen Weltbild der Konservativen einen Mittelweg beschritten habe, sei sein Ansatz jedenfalls mit einem liberalen Christentum unvereinbar, das konservative Werte wie Tradition, Autorität und Hierarchie nicht mehr für zwingend erachtete, weiterhin aber einen linearen Fortschritt der Menschheit bis zum Jüngsten Gericht annahm (vgl. Maaß 2010: 66; vgl. auch Knoll 2005: 464).

Aus einer katholischen Weltanschauung und thomistischen Philosophie heraus kritisiert schon Hans Räber das Ansinnen, den Einzelnen zugunsten von Gemeinschaft zu negieren (Räber 1937). Er teilt zwar Spanns Kritik an einem »extremen Individualismus«, da man »vom autarken Individuum« nie zu einer lebendig-organischen Gesellschaftseinheit gelange. Auch wenn der Mensch als gemeinschaftsgebundenes Individuum anzusetzen sei, was keineswegs bedeute, Individualität zu leugnen, was auch Spann nicht tue, sei Abgeschiedenheit jeder Gezweigung vorgängig. Nicht haltbar aber ist Räber zufolge, dass »menschlicher Geist nur als Glied einer geistigen Gemeinschaft wirklich ist« (ebd.: 117).

Motiviert durch seine Abneigung gegenüber all dem, was er dem Individualismus subsumiert, den er zum Feindbild des Universalismus aufbaut, übt Spann deshalb auch vehemente Kritik an der Demokratie, weil sie seines Erachtens »die einzige zu Ende gedachte, logisch richtige politische Form des naturrechtlichen Individualismus« (Spann 1972: 111) ist. In seiner *Kritik des Liberalismus und der Demokratie* (§ 18 der Vorlesung *Vom wahren Staat*) agitiert er gegen Hans Kelsen, der aufgrund seiner 1920 erschienenen Abhandlung *Sozialismus und Staat* als, so Spann (ebd.), »Verteidiger der Demokratie« hervortritt. Gegen dessen Argument des freien Wettbewerbs um politische Führungspositionen in der Demokratie eifert er im Hörsaal:

»Zuerst haben Nietzsche und sein Stiefelputzer die gleiche Stimme, der Höhere wird herabgedrückt, unterworfen. Aber weiter: auch der Lumpenproletarier hat dieselbe Stimme wie der ehrliche Stiefelputzer. Wenn dieser zuerst den Lumpenproletarier zu sich emporhebt, so bleibt es dabei doch nicht lange; bald hat der Niedrigste die Oberhand und unterwirft nun den, der ihn zuerst emporhob.« (Spann 1972: 127)⁸

In Spanns Gedankenwelt vermischen sich also eine sich aus einer den Einzelnen geringschätzenden, illiberalen Haltung speisende antidemokratische Grundhaltung, ein die großdeutsche Lösung präferierender Nationalismus,⁹ Geisttümelei und Ro-

⁸ | Mit Verve entfaltet sich Spann hier gegen das demokratische Gleichheitsprinzip, das sich im »ersten Zeitalter des Individualismus« (Charim 2018: 16) herausgebildet hat und gerade dazu angetreten war, den Einzelnen »aus den Festschreibungen der Ständegesellschaft« (ebd.) zu befreien.

⁹ | Unter den Vertretern des »Neuen Nationalismus« ist Spann zu den so genannten »Jungkonservativen« zu rechnen, die anders als die »Völkischen« nicht eine germanische Vorzeit, sondern die Idee eines mittelalterlichen Reiches mythisieren, das u. a. eben ständisch gegliedert und in dem Sinne neo-nationalistisch war, dass es nationalstaatsübergreifend konzipiert war

mantizismus bzw. romantisierter Idealismus, angefangen bei Platon und Aristoteles über Kant zu Fichte und Hegel. Schon an Hegel erkennt Eric Voegelin, der in den 1920er-Jahren, bevor er sich von Spann abwandte, Teilnehmer von dessen Privatseminar in Wien gewesen war, einen »gnostischen« Charakter, d. h. »ein Denken, das den Zugang zur Wirklichkeit verliert und die gesellschaftlich-geschichtliche Wirklichkeit durch eine zweite Realität ersetzt« (Schlembach 2018).

Dem entspricht ein ideologisches Meinungsklima, das Ernst von Salomon, der sich auf Einladung Spanns für längere Zeit in Wien aufhält, folgendermaßen skizziert:

»Die »Spannianer« bildeten auf der Universität eine besondere Gruppe, die größte Gruppe von allen, und, wie ich wohl behaupten darf, auch die geistig lebendigste. In jeder Verschwörerenklave auf den Gängen, in den Hallen und vor den Toren waren Spannianer, mit dem Ziel einer kleinen Extraverschwörung, wie ich vermute – die beiden Spannsöhne vermochten schon gar nicht anders durch die Universität schlendern, wo sie gar nichts zu suchen hatten, ohne ununterbrochen nach allen Seiten vertraulich zu blinzeln. Jeder einzelne von den Spannschülern musste das Bewusstsein haben, an etwas selber mitzuarbeiten, was mit seiner Wahrheit mächtig genug war, die Welt zu erfüllen, jedes Vakuum auszugleichen, an einem System, so rund, so glatt, so kristallinisch in seinem inneren Aufbau, dass jeder-mann hoffen durfte, in gar nicht allzu langer Zeit den fertigen Stein des Weisen in der Hand zu haben.« (Zitiert nach: Hammer 2001: 113)

Im Inneren liegt hier im Kontrast zum von Ludwik Fleck in den Naturwissenschaften ausgemachten demokratischen Denkstil, den Christopher Schlembach in Übereinstimmung mit Kelsens Demokratieverständnis als Denkart generalisiert, »im Mit- und Gegeneinander der Interessen eine gemeinsame Wirklichkeit zu finden«, ein autoritärer Denkstil vor, der erfordert, »sich in einer übergeordneten metaphysischen Wirklichkeit eines wie auch immer gearteten transzendentalen Selbstbewusstseins auflösen zu lassen oder sich einem Weltbild bzw. einer Ideologie einordnen zu müssen« (Schlembach 2019a).

Um Spanns diesbezügliche Autorität zu unterstreichen, zitiert Siegfried dessen Schüler Gottlieb Leibbrandt, der in seinem 1933 erschienenen Buch *Umbruch durch Spann* auf Seite 4 festhält:

»Und es ist wohl keiner der Lebenden dem Sinne des innersten Weltinhaltes näher gekommen als Spann. Nur große schöpferische Menschen können in die Tiefe hinabsteigen, um dann der Mitwelt Geschautes zu übermitteln. Tiefe Weisheit leuchtet aus diesen Sätzen (Spanns) hervor, Weisheit für jeden, der sie versteht.« (Zitiert nach: Siegfried 1974: 73)

(vgl. Maaß 2010). Eine wichtigere Kategorie als die der Nation ist das Volkstum, das Spann durch Kulturinhalte, also wiederum Geistiges bestimmt, wobei sich das Deutschtum durch eine nicht-materialistische, nicht-utilitaristische Grundhaltung auszeichne, der er besondere Tiefe und Durchdringungskraft bescheinigt (vgl. ebd.: 96–100).

Nicht nur im Duktus tritt hier die Selbstverortung innerhalb der von Spann entworfenen Ständeordnung zu Tage, an deren Spitze »die Weisen oder der schöpferische höhere Lehrstand« steht, wobei jeder der vier niedrigeren Stände (Handarbeiter, höhere (Geistes-)Arbeiter, Wirtschaftsführer, Staatsführer) »geistig vom jeweils höheren Stand geführt« werden solle »nach dem geistigen Lebensgesetz aller Gemeinschaft und Gemeinschaftsverbindung, Unterordnung des Niederen unter das Höhere« (Spann 1972: 233). Auch aus Sicht seines sich wohl selbst als »höheren (Geistes-)Arbeiter« einstufoenden Schülers ist Spann nicht nur ein würdiger, sondern herausragender Repräsentant des geistigen Standes, dem die durch konkretes organisierend-organisierendes Handeln geprägten handelnden Stände nachgeordnet sind (vgl. Maaß 2010: 90).

Diese Gliederung der von »Gemeinschaftskreisen« abgeleiteten »handelnden Stände« (Spann 1972: 224), die Spann als ein »Gebäude von Organisationen« ansieht, »bildet das Gesamtganze der Gesellschaft« (ebd.: 225). Spann begründet Gesellschaft dergestalt als einen »autoritär verfassten Organisationszusammenhang« (Siegfried 1974: 37). Auch wenn Spann organisierendes Handeln aktivisch fasst, ist es letztlich nicht das Handeln der Stände oder Einzelner, das die von Spann als höchstes Ziel gesetzte geistige Gemeinschaft hervorbringt. Es verhilft vielmehr diesen als vorgängig imaginierten geistigen Verbindungen zum Ausdruck. In ebendiesem instrumentalisierten Verstande ist es ein Handeln, das anderes Handeln »bewirkt« – immer ist es der Geist, der etwas bewirkt.

Resümee

Mein Interesse an Othmar Spann hat einen persönlichen, wissenschaftsbiographischen Hintergrund: Bei ihm hatte ich in der Arbeit an meinem zweiten Buch (Pfadenhauer 2008) einen Begriff des Organisierens gefunden, der mir aufgrund seiner Differenz zum Alltagsverständnis bestechend erschien. »Organisieren« konnotiert alltäglich eine gründliche Vorbereitung, eine systematische Planung und eine hinsichtlich der Einzelschritte abgestimmte Durchführung. Zu einem wissenschaftlichen Begriff – Idealtypus zweiter Ordnung – wird »Organisieren« erst, wenn man organisierendes Handeln von durchführendem Handeln trennt, wie dies im Rekurs auf eine wissenssoziologische Handlungstheorie geleistet werden kann (vgl. ebd.). In diesem Sinne ist »Organisieren« als ein Meta-Handeln richtig bezeichnet: als ein Handeln, das anderes Handeln (oder auch Handeln anderer) in dem Sinne »bewirkt«, dass es dieses hervorbringt und zur Folge hat.

Mein Verständnis von »Organisieren« lässt sich also zwar in semantischer Anlehnung an Othmar Spann formulieren, aber nicht daraus entwickeln. Denn bei Spann organisiert ein als Geist-Gebilde metaphysisch überhöhter Staat Menschen, die nicht als Individuen, sondern als Teile eines Ganzen gedacht werden, in dessen »überpersönlichen Realissimus« sie sich aufzulösen haben (vgl. Schlembach 2019b). Ein solches Denken, das – mit Georg Simmel gesprochen – das personale Du als Realissimum des Gesellschaftlichen leugnet, bezeichnet Eric Voegelin als »gnostisch«.

Johanna Prader erwähnt Othmar Spann in ihrer Beschäftigung mit Voegelins Gnosis-These lediglich als dessen Doktorvater und »hochkarätigen Professor der Fakultät«, der wie Hans Kelsen für Voegelin einflussreich gewesen sei, ohne die gnostischen Spuren bei Spann herauszuarbeiten (Prader 2006: 18). Ursprünglich bezeichnet Gnosis ihr zufolge eine in der Zeit um Christi Geburt keimende Perspektive auf Mensch, Gott und die Welt, die ihren Ausgang im Mittleren und Nahen Osten nimmt.

»Die Gnostiker sehen sich in einer schlechten Welt gefangen, durch ihr Wissen und ihre Erkenntnis (Gnosis), dass es jedoch neben der finsternen Wirklichkeit noch eine andere, helle und gute Daseinsordnung gibt, konstruieren die »Erkennenden« einen Anspruch der Auserwähltheit, der nur für sie alleine gilt.« (Ebd.: 12)

Sie charakterisiert Voegelins These im Anschluss an Michael Henkel (Henkel 1998: 27) folgendermaßen: »Gnosis ist für ihn das Unternehmen der Selbsterlösung des Menschen, das aus dem Herausziehen der Transzendenz in die Immanenz und der Verschließung des Menschen gegenüber dem göttlichen Grund resultiert« (Prader 2006: 23). Ein solches Denken nimmt nicht nur für Spann bei Hegel seinen Ausgang, wobei dieser in Voegelins Differenzierung einer kontemplativen Spielart zuzurechnen wäre, während Spann einer aktivistischen Gnosis zuzurechnen ist, die in der politisch motivierten Zerstörung der Wirklichkeit eine Erlösung von Mensch und Gesellschaft anstrengt (vgl. ebd.: 74).

Voegelins Kritik an der Wirklichkeitsadäquanz – Alfred Schütz' Plädoyer für Sinnadäquanz nicht unähnlich – entzündet sich, so Schlembach, an ideologischen Sprachsymbolen, die als Begriffe firmieren, tatsächlich aber nichtanalyisierte Themen (topoi) sind (vgl. Schlembach 2019a). Ideologisches Denken ebne die Differenz zwischen Wissenschaft und Alltag ein, deren Wahrheiten in den je anderen Sinnbereich übersetzbar sein müssen, und mythologisiere an deren Stelle eine andere Wirklichkeit (vgl. Voegelin 1994: 114).

Dem entspricht ein ideologisches Meinungsklima, aus dem keine Sprachgemeinschaft erwachsen kann und Reziprozitätsstrukturen verunmöglicht sind – Prinzipien, mit denen wir das dialogische Denken in den von Alfred Schütz besuchten Kreisen um Ludwig von Mises, Kelsen und im Geist-Kreis charakterisieren (vgl. Grenz und Schlembach 2019). Den Geist-Kreis initiierten Josef Herbert Fürth und Friedrich August von Hayek 1921 als Gegenentwurf zum Spann-Kreis, was Rückschlüsse auf den hier gepflegten, auf suggestive Überzeugungskraft abzielenden Denkstil zulässt, der es erforderte, sich diesem Weltbild zuzuordnen.¹⁰

10 | Der »Spann-Kreis« gilt daher als Kontrastfall zu den »Kreisen«, in denen Alfred Schütz verkehrte. Dabei sensibilisieren unsere Erträge zur Gruppe um Othmar Spann auch hinsichtlich des Begriffs »Kreis« selbst (vgl. Reichle 2019). Zum einen verdinglichte er die sozialen Beziehungen und lässt diese festgefügt und stabiler erscheinen als es der Realität entsprach. »Kommunikative Wissenskultur« erachten wir deshalb als treffenderen Begriff. Zum anderen war von einem »Spann-Kreis« erstmalig in einem geheimdienstlichen Bericht von 1936 die Rede. Damit handelt es sich nicht um eine Selbstbezeichnung, d. h. nicht um eine Ethnokategorie,

Nicht nur in der 1921 gehaltenen Vorlesung *Vom wahren Staat* argumentiert Spann »agitatorisch« (Knoll und Kohlenberger 1994: 134). In seiner Ereiferung gegen den Individualismus und damit auch Demokratie, gegen Liberalismus, Kapitalismus, aber auch Marxismus bis hin zum »Kathedersozialismus«, der ihm in der Abwehr marxistischer Gesellschaftskritik nicht weit genug geht (vgl. Siegfried 1974: 27), betreibt er jene »Kathedersprophetie«, vor der Max Weber 1919 Münchner Studierende in seinem Vortrag *Wissenschaft als Beruf* gewarnt hat (Weber 1992). Diese beschränkt sich nicht auf den Hörsaal, sondern setzt sich im Seminar fort, im Privatseminar allzumal. Wissenskulturen sind immer auch Studierkulturen (vgl. Pfadenhauer, Enderle und Albrecht 2015). Die damit verbundene Gefahr könnte der Grund dafür gewesen sein, weshalb Peter L. Berger und Thomas Luckmann zeitlebens jede Form von Schulbildung abgelehnt haben, auch wenn oder gerade weil es bei diesen beiden Begründern des so genannten »Sozialkonstruktivismus« (vgl. Berger und Luckmann 1966; Pfadenhauer 2019) nahegelegen hätte.

Alfred Schütz zufolge beginnt jede wissenschaftliche Arbeit mit der Arbeit an Begriffen. Diese methodologische Prämisse impliziert – das lehrt uns die Begriffsgeschichte des Organisierens – nicht nur eine Gewinnung wissenschaftlicher Begriffe, die sich eben nicht identisch, sondern sinnadäquat zu Alltagsbegrifflichkeiten verhalten sollen; sie impliziert darüber hinaus, Begriffe hinsichtlich ihrer Konnotationen zu durchleuchten. Wie bei »kontaminierten Landschaften« (Pollack 2014), also Orten, an denen ein verbrecherisches Geschehen unsichtbar gemacht werden soll, kann es nicht darum gehen, das, was sich damit verbindet, totzuschweigen. In Analogie zu Pollacks Plädoyer für eine Kartographie kontaminierter Landschaften gilt es vielmehr, sozialwissenschaftliche Grundbegriffe hinsichtlich ihrer Kontaminationen zu inventarisieren, wozu sich das Vorangestellte als Beitrag versteht.

Literatur

- Berger, Peter L. und Luckmann, Thomas (1966): *The Social Construction of Reality*, New York: Doubleday & Company.
- Bockenförde, Ernst-Wolfgang und Dohrn-van Rossum, Gerhard (1978): »Organ, Organismus, Organisation, politischer Körper«, in: Brunner, Otto, Conze, Werner und Koselleck, Reinhart (Hrsg.), *Geschichtliche Grundbegriffe*, Band 4, Stuttgart: Klett-Cotta, S. 519–622.
- Bruckschwaiger, Karl (2005): »Othmar Spann. Ein österreichischer Vertreter der konservativen Revolution?«, in: Benedikt, Michael, Knoll, Reinhold und Zehetner, Cornelius (Hrsg.), *Verdrängter Humanismus – verzögerte Aufklärung*, Wien: WUV, S. 467–474.

in der überdies Personen mit diversen (wissenschaftlichen vs. politischen) Bezügen zu Othmar Spann zusammengefasst werden.

- Charim, Isolde (2018): *Ich und die Anderen. Wie die neue Pluralisierung uns alle verändert*, Wien: Zsolnay.
- Dunkmann, Karl (1927): »Eine soziologische Begründung der Wissenschaft«, in: Meja, Volker und Stehr, Nico (Hrsg.) (1982), *Die Entwicklung der deutschen Wissenschaftssoziologie*, Band 1, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 192–210.
- Eberle, Thomas S. (2007): »Auf den Spuren von Emil Walter-Busch: Transdisziplinäre Studien zur Sozial- und Formengeschichte der Organisationsforschung«, in: Eberle, Thomas S., Hoidn, Sabine und Sikavica Katarina (Hrsg.), *Fokus Organisation. Sozialwissenschaftliche Perspektiven und Analysen*, Konstanz: UVK, S. 23–39.
- Eberle, Thomas (2019): »Interpretative Organisationsanalyse«, in: Pfadenhauer, Michaela und Scheibelhofer, Elisabeth (Hrsg.), *Interpretative Sozialforschung: die Entwicklung in Wien*, Weinheim: Beltz Juventa (im Erscheinen).
- Grenz, Tilo und Schlembach, Christopher (2019): »Kommunikative Wissenskulturen, Denkstile und Konstellationen, medienvermittelt und kontrovers«, in: Grenz, Tilo, Pfadenhauer, Michaela und Schlembach, Christopher (Hrsg.), *Kommunikative Wissenskulturen*, Weinheim: Beltz Juventa (im Erscheinen).
- Hammer, Heidelinde (2001): »Othmar Spann. Vom klerikalfaschistischen Ständestaat und seinen Kontinuitäten«, in: *Siegfrieds Köpfe. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus an der Universität* (Gefördertes Sonderprojekt der Österreichischen HochschülerInnenschaft und der HochschülerInnenschaft der Universität Wien), Wien: WUV (Context XXI), S. 112–119.
- Henkel, Michael (1998): *Eric Voegelin zur Einführung*, Hamburg: Junius.
- Jonas, Friedrich (1981): *Geschichte der Soziologie*, Band 1, Opladen: Westdeutscher Verlag. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-322-86652-3>.
- Kaltenbrunner, Gerd-Klaus (1986): »Othmar Spann. Ein deutscher Universalphilosoph aus Österreich. Das Ganze im Blick haben«, in: MUT, 21. Jahrgang, Heft 225, S. 46–59.
- Kant, Immanuel (2010): *Kritik der Urteilkraft*, hrsg. von Benjamin Andreatta et al. (https://www.univie.ac.at/immanuel_kant_kritik_der_urteilkraft, 20. Dezember 2019).
- Knoll, Reinhold (2005): »Die »verdrängte« Soziologie: Othmar Spann«, in: Benedikt, Michael, Knoll, Reinhold und Zehetner, Cornelius (Hrsg.), *Verdrängter Humanismus – verzögerte Aufklärung*, Wien: WUV, S. 460–466.
- Knoll, Reinhold und Kohlenberger, Helmut (1994): »Die Vergeudung der Soziologie«, in: Knoll, Reinhold und Kohlenberger, Helmut (Hrsg.), *Gesellschaftstheorien. Ihre Entwicklungsgeschichte als Krisenmanagement in Österreich 1850–1938*, Wien: Turia + Kant, S. 132–136.
- Knoll, Reinhold, Majce, Gerhard, Weiss, Hilde und Wieser, Georg (1981): »Der österreichische Beitrag zur Soziologie von der Jahrhundertwende bis 1938«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (KZfSS)*, Sonderheft 23: Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945. Materialien zur Entwicklung, Emigration und Wirkungsgeschichte, S. 59–101. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-322-83583-3_3.

- Maaß, Sebastian (2010): *Dritter Weg und Wahrer Staat. Othmar Spann – Ideengeber der Konservativen Revolution*, Kiel: Regin.
- Mohler, Armin (1999): *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch*, 5. Auflage, Graz/Stuttgart: Leopold Stocker.
- Pfadenhauer, Michaela (2008): *Organisieren. Zum Erhandeln von Events*, Wiesbaden: Springer VS.
- Pfadenhauer, Michaela (2019): »The reality of social constructivism«, in: Pfadenhauer, Michaela und Knoblauch, Hubert (Hrsg.), *Social Constructivism as Paradigm? The Legacy of 'The Social Construction of Reality'*, Abingdon/New York: Routledge, S. 1–18.
- Pfadenhauer, Michaela, Enderle, Stefanie und Albrecht, Felix (2015): »Cultures of Studying under Conditions of Big Science: The Case of KIT«, in: Langemeyer, Ines, Fischer und Martin, Pfadenhauer, Michaela (Hrsg.), *Epistemic and Learning Cultures at the University of the 21st Century*, Weinheim: Juventa, S. 61–71.
- Pramer, Johanna (2006): *Der gnostische Wahn. Eric Voegelin und die Zerstörung menschlicher Ordnung in der Moderne*, Wien: Passagen.
- Pichler, J. Hanns (Hrsg.) (1988): *Othmar Spann oder Die Welt als Ganzes*, Wien/Köln/Graz: Böhlau.
- Pichler, J. Hanns (2010): »Vorwort«, in: Maaß, Sebastian, *Dritter Weg und Wahrer Staat. Othmar Spann – Ideengeber der Konservativen Revolution*, Kiel: Regin, S. 11–16.
- Pollack, Martin (2014): *Kontaminierte Landschaften*, St. Pölten/Salzburg/Wien: Residenz.
- Räber, Hans (1937): *Othmar Spanns Philosophie des Universalismus*, Jena: Gustav Fischer.
- Reichle, Niklaus (2019): »Der ›Spannkreis‹«, in: Pfadenhauer, Michaela und Grenz, Tilo (Hrsg.), *Alfred Schütz in Wien. Kommunikative Wissenskulturen*, Weinheim: Beltz Juventa (im Erscheinen).
- Schlembach, Christopher (2019a): »Grundlegung aus dem Du als demokratischer Gedankenstil: Die kommunikative Wissenskultur der Wiener Kreise und ›Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt‹«, in: *Zyklos. Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie*, 5. Jahrgang (im Erscheinen).
- Schlembach, Christopher (2019b): »Formen der Wechselwirkung analysieren. Zu Georg Simmels Grundlegung der Soziologie aus der Tatsache des Du«, in: *Soziopolis*, Hamburger Institut für Sozialforschung (<https://www.sociopolis.de/erinnern/jubilaeen/artikel/formen-der-wechselwirkung-analysieren/>, 7. Mai 2019).
- Siegfried, Klaus-Jörg (1974): *Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spanns*, Wien: Europa Verlag.
- Sontheimer, Kurt (1962): *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik: Politische Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1938*, 3. Auflage, München: Nymphenburger Verlags-Handlung.

- Spann, Othmar (1925): »Organisation«, in: Elster, Ludwig, Weber, Adolf und Wieser, Friedrich (Hrsg.), *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, Band 6, Jena: G. Fischer, S. 766–776.
- Spann, Othmar (1972): *Othmar Spann Gesamtausgabe*, Band 5: Der wahre Staat. Vorlesungen über Abbruch und Neubau der Gesellschaft, Graz: Akademische Druck- und Verlagsanstalt.
- Spann, Othmar (1979): »Ein Wort an meine Gegner auf dem Wiener Soziologentage«, in: Othmar Spann, *Othmar Spann Gesamtausgabe*, Band 21, Graz: Akademische Druck- und Verlagsanstalt, S. 109–145
- Türk, Klaus, Lemke, Thomas und Bruch, Michael (2002): *Organisation in der modernen Gesellschaft. Eine historische Einführung*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-663-10961-7>.
- Voegelin, Eric (1993): *Die politischen Religionen*, hrsg. von Peter J. Opitz, München: Fink.
- Voegelin, Eric (1994): *Autobiographische Reflexionen*, München: Fink.
- Walter-Busch, Emil (1996b): *Organisationstheorien von Weber bis Weick*, Amsterdam: G + B Verlag Fakultas.
- Weber, Max (1992): *Politik als Beruf*, Ditzingen: Reclam.
- Willke, Helmut (1998): *Systemisches Wissensmanagement*, Stuttgart: Lucius & Lucius.

Der Fall Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld

Vom Liberalismus zum Nationalsozialismus

Takemitsu Morikawa

Gottl-Ottlilienfeld und der Nationalsozialismus

Ein Beitrag über Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld mag in einem Sammelband zum Thema Soziologie und Nationalsozialismus in Österreich befremdlich wirken, verstand er sich doch lebenslang als Wirtschaftstheoretiker und hatte den Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie bzw. Theoretische Nationalökonomie in München, Kiel und schließlich in Berlin inne (Gottl-Ottlilienfeld 1944: 1*). Seine Fachidentität lautete also Ökonomie. Trotzdem können wir ihn theoretisch und praktisch-historisch als Soziologen betrachten. *Theoretisch*: Er selbst bezeichnete seine Theorie – vor allem die »Allwirtschaftslehre« – als »soziologische Theorie der Wirtschaft« (vgl. Gottl-Ottlilienfeld 1925: 627–628; Weippert 1967: 160). *Praktisch-historisch*: Er war Gründungsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (Weber 1994: 87, 94).

Die zweite Frage ist, ob wir Gottl-Ottlilienfeld als *österreichischen* Soziologen bezeichnen können. Denn er war zwar gebürtiger Österreicher, arbeitete aber nach der Habilitation in Heidelberg, einem ersten Ruf nach Brunn und der Übernahme des Lehrstuhls an der Technischen Hochschule in München bis zu seiner Emeritierung vornehmlich an Universitäten im Deutschen Reich – sowohl während der Weimarer Republik als auch während des »Dritten Reichs«. Es ist richtig, dass er wie Carl Menger und Friedrich Wieser von der österreichischen Wirtschaftstheorie ausging und ihnen – ebenso wie Ludwig von Mises – nahestand (Weber 1968: 118; Morikawa 2001). Dennoch will ich es nicht wagen, ihn als *österreichischen* Soziologen zu bezeichnen.

Unklar ist Gottl-Ottlilienfelds Verhältnis zum Nationalsozialismus. In der Literatur über die wirtschaftswissenschaftliche Dogmengeschichte ist es üblich, ihn neben seinem Schüler Othmar Spann als Vertreter der Ganzheitslehre darzustellen, die weltanschaulich der Romantik und der NS-Ideologie nahestand (Hunke und Wischemann 1939; Brandt 1993: 259–261). Nachdem ich indes mein Dissertationsprojekt durchgeführt (Morikawa 2001) und Gottl-Ottlilienfelds Verhältnis zu Max Weber

recherchiert habe, fällt mir eine eindeutige Bezeichnung seiner Theorien als »nationalsozialistisch« zunehmend schwer. Geboren 1868 in Wien, gehörte er seit 1891 der Burschenschaft Corps Borussia Berlin an, die eine liberale Gesinnung vertrat (Müller 2015). In der Zwischenkriegszeit trug er bei den Pariser Konferenzen als Vertreter Deutschlands zur Gründung einer *Internationalen Bibliographie der Wirtschaftswissenschaften* bei und wirkte als Berichterstatter an der Etablierung des Völkerbundes mit. Seit 1925 »war er das Deutsche Mitglied der Unterkommission für Universitäten in der Völkerbundkommission für geistige Zusammenarbeit«.¹ Er war zudem »Mitbegründer und Leiter der internationalen Davoser Hochschulkurse, welche der Verständigung zwischen führenden Akademikern ehemals feindlicher Staaten dienen sollten«.² Und nicht zuletzt organisierte er die berühmte Disputation zwischen Ernst Cassirer und Martin Heidegger mit. Wirtschaftspolitisch war er stetiger Gegner und Kritiker der Planwirtschaft und regte liberale Wirtschaftstheoretiker wie Mises an, wenn er auch gegen einen extremen Liberalismus und Individualismus diskutierte (Gottl-Ottlilienfeld 1932; Mises 1920; 1922).

Seine genannten Tätigkeiten vor der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten und seine Idee der Wirtschaftspolitik lassen Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld zumindest bis in die späten 1930er-Jahre als liberalen Intellektuellen erscheinen. Aus dem Dienst an der Universität Berlin war er bereits 1936 wegen der Altersgrenze ausgeschieden (o. A. 1936). 1937 trat er im Alter von 69 Jahren der NSDAP bei; die Motive für diesen Parteieintritt sind mir unbekannt. Trotz seiner Parteimitgliedschaft wurde er 1942 vom Amt Rosenberg »mit Bedenken betrachtet« und als »Gelehrter alter Schule« angesehen, der »die autonome Nationalökonomie [vertritt], die die Interessen der Volksgemeinschaft nicht berücksichtigt« (zitiert nach: Klee 2003: 193).

Während der NS-Zeit publizierte er zahlreiche in NS-Jargon gehaltene Pamphlete, die wir später betrachten werden. Die intellektuelle Qualität solcher Schriften ist vor allem im Vergleich mit seinen anderen Hauptarbeiten erstaunlich niedrig (Weippert 1967: 150).³ Eine wissenssoziologische Analyse solcher Texte muss als eigenständiges Projekt gelten und ist nicht Ziel dieses Artikels. Im vorliegenden Beitrag gehe ich zunächst auf Gottl-Ottlilienfelds Gebildetheorie ein, weil sie oft als anti-liberal und anti-individualistisch gilt und somit als Beweis für seine Nähe zum Nationalsozialismus betrachtet wird (und er selbst sie als solche im nationalsozialistischen Regime vermarktete) (Abschnitt 2). Anschließend behandle ich seine Theorie über die Technik. Diese gilt als sein Hauptverdienst und war ebenfalls sehr nützlich für das Regime (Abschnitt 3). Zum Schluss untersuche ich anhand einer Stichprobe seiner Schriften, wie er sich dem NS-Regime im Laufe der Zeit, vor allem aber seit 1934, annäherte (Abschnitt 4).

1 | »Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld«, in: Wikipedia (https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_von_Gottl-Ottlilienfeld, 31. Dezember 2018); vgl. auch o. A. 1928.

2 | »Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld«, in: Wikipedia (https://de.wikipedia.org/wiki/Friedrich_von_Gottl-Ottlilienfeld, 31. Dezember 2018).

3 | Weippert nennt folgende Schriften als Beispiel: Gottl-Ottlilienfeld 1934b; 1934c; 1936; 1937; 1939a; 1939b und 1940 (vgl. Weippert 1967).

Theorie der Sozialen Gebilde

Die Theorie der Sozialen Gebilde⁴ findet sich bereits in Gottl-Ottlilienfelds Jugendschrift *Die Herrschaft des Wortes* (hier Gottl-Ottlilienfeld 1925: 154, 182–191, 196–200, 205–206, 246–251; vgl. Weippert 1967: 194). Er nennt soziale Gebilde »Lebenswirklichkeiten des Zusammenlebens«. Nach der erkenntniskritischen Überlegung in seinen Jugendschriften (Gottl 1897; 1901; 1904) kommt Gottl-Ottlilienfeld zu der Einsicht, dass Nationalökonomie (Sozialwissenschaft) und Geschichte einen gemeinsamen Gegenstand haben, nämlich die »Welt des Handelns« (Gottl 1901: 70, 135–138; Gottl-Ottlilienfeld 1925: 154, 277–281; vgl. Morikawa 2001: 23). Mit diesem Begriff benennt er die sinnhafte Alltagswelt, welche die phänomenologische Soziologie heutzutage als Lebenswelt zu bezeichnen pflegt. Die Welt des Handelns besteht laut Gottl-Ottlilienfeld aus sinnhaften Zusammenhängen, in ihr erleben wir daher immer ein Geschehen im Zusammenhang bzw. Zusammenhänge mit anderen Geschehen. Wir, die Menschen, handeln und erleben also die Welt des Handelns nicht ohne Ordnung. Der Fluss von Geschehen strukturiert und gliedert sich zur Wiederholung. Verschiedene Handlungen vereinigen sich aufgrund ihrer Regelmäßigkeiten zu Gebilden (Morikawa 2001: 29). Durch diese Wiederholung von Geschehen reproduziert sich ein bestimmter Zustand. Wir erleben Geschehen in gewissen Einheiten. Diese bezeichnet Gottl als Gebilde, Zuständige Gebilde bzw. Soziale Gebilde (vgl. z. B. Gottl-Ottlilienfeld 1925: 189).

Zuständige Gebilde sind »erlebte Einheit[en] des Handelns« (Morikawa 2001: 30), wie beispielsweise Staat, Unternehmen und Familie. Sie sind keine metaphysischen Entitäten, sondern bestehen aus menschlichen Handlungen, worauf ihre Verständlichkeit beruht. Deswegen sind sie mit dem Muster des Handelns von innen her verständlich. Die Gliederung eines Gebildes liegt dessen Einheit zugrunde und gewährleistet sein Fortbestehen. Ein Zuständliches Gebilde besteht aus zur Wiederkehr gegliederten und bedingten Geschehen. Zusammenhänge, die als roter Faden alle Geschehen zu einer Einheit verknüpfen, sind Handlungszusammenhänge, die im Erleben gegeben sind. Deshalb behauptet Gottl-Ottlilienfeld:

»Das Erleben des Handelns ist nun eins damit, seine Zusammenhänge zu durchschauen. Das Erleben selber, für das ja Wahrnehmung oder überliefernde Schilderung immer nur den ersten Anstoß bedeuten, der uns nach dem Schlüsselbunde unserer »Lebenserfahrung« greifen läßt [...].« (Gottl-Ottlilienfeld 1931: 832)

Soziale Gebilde sind Ergebnis des gestaltenden Verhaltens (Handeln) von Individuen (vgl. ebd.).

4 | »Gebilde« war zu seiner Zeit unter den GeisteswissenschaftlerInnen einschließlich der SoziologInnen ein üblicher Terminus. (siehe z. B. Solms 1929 und Fischer 1951). Diesen Hinweis verdanke ich Diethelm Class.

Wie bereits bemerkt, bestehen Zuständige Gebilde aus Zusammenhängen menschlicher Handlungen. Daher können wir Gebilde nach dem Muster des Handelns von innen her verstehen. Dieses Programm mag für uns eher nach »methodologischem Individualismus« klingen, jedoch verleiht es bei Gottl-Ottlilienfeld dem Individuum keine erkenntnistheoretisch privilegierte Position. Ihm zufolge bewegt sich ein Mensch (Individuum) immer in einem Gebilde, er findet sich in einer Situation und er bekleidet immer schon eine soziale Rolle.

Individuen und Gebilde setzen sich somit gegenseitig voraus. Doch wie kann man diesen hermeneutischen Zirkel durchbrechen? Diese wechselseitige Bedingtheit von Individuen und Gebilden soll laut Gottl-Ottlilienfeld dadurch rekonstruiert werden, dass man gestalthafte Entstehungsprozesse bestimmter Gebilde von einer als universell angesehenen Situation her ableitet. Gestalten heißt in erster Linie Formgebung, die Situation und die Geschehen zu einem sinnvollen Ganzen zusammenführen (ebd.: 500). Gottl-Ottlilienfeld nennt die drei universellsten Situationen, die er als Grundverhältnis des Zusammenlebens bezeichnet: Lebensnot, Lebenszwietracht und Lebenseintracht (ebd.: 1307–1308). Die Genese der wirtschaftlichen Ordnung und Struktur sinnhafter Geschehen erfolgt durch die wirtschaftliche Abwägung, welche Bedarfe unter dem Walten der »Lebensnot« gegenüber anderen Bedarfen vorgezogen und zuerst gedeckt werden sollen.

Gebilde folgen ihrer Eigengesetzlichkeit, nachdem sie einmal entstanden sind. Erlebte Geschehen werden immer wieder zu »Dauer und Bestand« zusammengeordnet (ebd.: 506). Insofern ist ein Gebilde etwas Lebendes, weil Gottl-Ottlilienfeld Leben nicht biologisch, sondern folgendermaßen definiert: »[D]ort ist Leben, wo sich Einheit, Wirken und Dauer zusammenfinden« (Gottl-Ottlilienfeld 1925: 703). Für ihn gelten als lebend daher alle Gebilde, die aus gegenseitigen Bedingtheiten und Regelmäßigkeiten menschlicher Handlungen bestehen, wie eine Volkswirtschaft, ein Staat, ein Haushalt, ein Unternehmen, eine Universität usw. Sie sind trotz ihrer Unräumlichkeit »Realität« (Weippert 1967: 128). Zwar bestehen sie einerseits aus menschlichen Handlungen, andererseits aber auch selbständig und unabhängig vom Willen des Einzelnen dadurch fort, dass sie jedem Einzelnen eine Rolle in sich zuweisen und sein Handeln bestimmen. Ferner versuchen sich diese Gebilde, so Gottl-Ottlilienfeld, ihrer Umwelt anzupassen, indem sie in diese eingreifen und sie verarbeiten. Sie wirken auf den Strom erlebter Geschehen und somit auf Handlungen von Individuen ein. Daher sind Gebilde zugleich handelnde und erleidende Subjekte (Gottl-Ottlilienfeld 1931: 221). Mit dem Beispiel einer Firma als ein lebendiges Gebilde schreibt Gottl-Ottlilienfeld Folgendes:

»Diesem Gebilde, der vom Alltag als Firma gesehenen Unternehmung, lässt sich nun durchaus ein Handeln und ein Erleiden zusprechen, ein Wollen und ein Können, sogar ein ausdrücklich subjektives Können. Darin aber bekundet sich doch schon die Eigenschaft dieses Gebildes als Subjekt.« (Ebd.)

»Wie buntfältig sich aber das Gebilde außerdem noch als ein erleidendes Subjekt bekundet, indem etwa die Unternehmung bald floriert, bald unter einer Flaute oder unter Konkurrenz seufzt oder gar insolvent wird, in Konkurs geht oder der Liquidation verfällt, bedarf wohl keiner weiteren Erläuterung.« (Ebd.: 223)

Innerhalb eines Gebildes differenzieren sich weitere Gebilde. Die umfassenden Gebilde bezeichnet Gottl-Ottlilienfeld als »Umgebilde«, während die kleineren Gebilde innerhalb eines Umgebildes Zweck- bzw. Ingebilde heißen. In der Wirtschaft ist die Volkswirtschaft das umfassendste Umgebilde. Unternehmungen und Haushalte sind hingegen Beispiele für Zweckgebilde (z. B. ebd.: 206). Während ein Gebilde seine eigene Realität und seinen eigenen Willen hat, bekundet sich im Leben des Gebildes eine Mehrzahl verschiedener Willen – sowohl von Individuen als auch von anderen Teil- bzw. Ingebilden (ebd.: 211). Mehrere verschiedene Willen werden im und zum Gebilde koordiniert. Das Unternehmen ist hierfür als Beispiel verständlich und anschaulich.

Für uns mag es seltsam klingen, wenn Gottl-Ottlilienfeld schreibt, dass Gebilde ihren eigenen Willen haben (ebd.: 222). Jedoch sprechen auch wir davon, dass sich der Vorstandsvorsitzende gemäß dem Interesse seiner Firma verhalten habe und sich in diesem Sinne in ihm der Wille der Firma verkörpere. Wir wissen sein persönliches, individuelles Interesse von dem seiner Firma zu unterscheiden. Und wenn er zugunsten des ersteren Interesses das letztere opfert, wird ihm *Untreue* vorgeworfen werden. Ob man solchen Gebilden »Sein«, sogar den Status des Subjekts mit Willen und Erleiden zuspricht, oder ob wir den Willen und das Interesse einer Firma lediglich als metaphorisch verstehen, ist womöglich umstritten. Jedoch erkennt Gottl-Ottlilienfeld Gebilden den Status des Seienden, sogar Lebenden zu, was schließlich aus der obengenannten Definition des Lebens folgt.

Wie bereits erwähnt geht Gottl-Ottlilienfeld von der Annahme aus, dass komplizierte Soziale Gebilde aus menschlichen Handlungen bestehen und daher durch deren Regeln verständlich sind. Um dies zu verstehen, muss man sie in Gedanken durch das rationale Verhalten ableiten. Diese Methode der rationalen Rekonstruktion verharret im Rahmen der österreichischen Schule der Wirtschaftstheorie seit Carl Menger, die – kurz zusammen gefasst – versucht, rekonstruktiv zu zeigen, wie gewisse soziale Gebilde durch rationale Handlungen unter bestimmten Umständen bzw. Regelmäßigkeiten von menschlichen Handlungen durch rationale Akteure ent- und bestehen.

Theorie der Technik

Gottl-Ottlilienfelds Arbeit zum Thema *Wirtschaft und Technik* gilt heute als ein Wegbereiter der Techniksoziologie (vgl. Häußling 2014: 40–50). Sie wurde 1914 als Beitrag zur ersten Auflage der von Max Weber herausgegebenen Reihe *Grundriß der Sozialökonomik* verfasst. Diesem zufolge präsentierte Gottl-Ottlilienfeld eine »[g]eschlossene Theorie der Technik« (Weber 2003: 449–450). Die Arbeit erlangte viel Lob und wurde später in der zweiten Auflage auch in Form eines separaten Sonderbands publiziert, in

dem sie ausgearbeitet und erweitert wurde.⁵ Als Konsequenz des Erfolgs dieser Arbeit gewann Gottl-Ottlilienfeld umfassende Anerkennung als Experte für Wirtschaft und Technik, obschon er bereits vor deren Publikation eine Professur zuerst an der Technischen Hochschule Brünn und dann an der TH München bekleidet hatte, bevor er 1919 nach Kiel auf den Lehrstuhl für Theoretische Nationalökonomie berufen wurde.

Gottl-Ottlilienfeld versteht unter Technik nicht nur objektive und objektivierbare Technik wie Werkzeuge, Maschinen und Anlagen. Ihm zufolge ist die Technik neben der Wirtschaft ein Ordnungsprinzip des Handelns und sie ist mit dem Letzteren so eng verbunden wie Logik und Denken (Gottl-Ottlilienfeld 1914: 205). Das Technische jeder einzelnen Handlung impliziert zwar, welches Mittel man wie handhaben soll, um ein gegebenes praktisches Ziel zu erreichen. Die technische Arbeit weist im Arbeitsprozess alle übrigen Arbeiten an und hält sie »geistig umklammert« (Gottl-Ottlilienfeld 1910: 6). Sie gilt deshalb als »tätiges Gestalten«, als »das Formen aller übrigen Arbeit«, als »Arbeit zweiter Potenz« (ebd.: 6). Aber die Technik selbst geht über das der einzelnen Handlung immanente Technische hinaus (Gottl-Ottlilienfeld 1914: 205). Gottl-Ottlilienfeld unterscheidet Technik im subjektiven Sinne von jener im objektiven Sinne: »Technik im subjektiven Sinne ist die Kunst des rechten Weges zum Zweck. Sie ist wesentlich mehr als bloße Fertigkeit, ist ein von Wissen getragenes Können« (ebd.: 206; vgl. Gottl-Ottlilienfeld 1910: 9).

Gottl-Ottlilienfeld unterscheidet zwischen Wirtschaft und Technik. Als österreichischer Theoretiker interessiert er sich dafür, wie die wirtschaftliche Ordnung durch gestaltendes menschliches Handeln entsteht. Technik und Wirtschaft sind für ihn dabei zwei wesentliche Ordnungsprinzipien, die das Handeln im Sinne eines technischen Handelns bzw. Wirtschaftens leiten, regulieren und koordinieren. Das technische Handeln folge zwar bestimmten Zwecken, aber es selbst setze diese nicht (ebd.: 22). Während es bei der Technik als Ordnungsprinzip gelte, die Vorgänge jeder einzelnen Handlung zu regulieren, gehe die Wirtschaft darüber hinaus, weil sie »das Ganze der Behauptung des Daseins« regle (Gottl-Ottlilienfeld 1914: 211).⁶ Das Handeln des Wirtschaftens stehe auf einer höheren Ebene als das gesamte technische Handeln wie Produktion, Tausch usw. Das Wirtschaften sei nämlich Handeln dritter Ordnung bzw. dritter Potenz, während die technische Arbeit als Handeln zweiter Potenz gelte.⁷

5 | So schrieb Weber am 26. Oktober 1912 über Gottl-Ottlilienfelds Beitrag: »Der Beitrag ist sehr wichtig u. dem ›Handbuch‹ eigentümlich« (Weber 1998: 715).

6 | »[W]er Wirtschaft übt, ›wirtschaftet‹. Man wirtschaftet weder durch Verzehr, noch durch Arbeit im Sinne der Produktion. Nicht also damit, daß man z. B. den Acker bestellt, wirtschaftet man; erwägen aber, ob und in welchem Umfang es geschehen soll, und darüber in umsichtiger Wahl den Entscheid treffen, dies schlägt in das Wirtschaften ein. Es ist eine Tätigkeit, die niemals im Rahmen der einzelnen Handlung Platz findet. Was innerhalb der einzelnen Handlung zu regeln ist, gehört allemal der Technik an« (Gottl-Ottlilienfeld 1914: 212; vgl. Gottl-Ottlilienfeld 1931: 203; 1933: 44).

7 | Max Weber schätzte Gottl-Ottlilienfelds Arbeit über die Technik sehr hoch (Weber 2012: 953).

Technik habe ihren Ursprung in der Abhängigkeit der Menschen von der Außenwelt. Die Tatsache dieser Abhängigkeit verschärfe sich angesichts eines Spannungsverhältnisses: Das Wollen, das sich in unserem Bedürfnis auswirke, gelte zwar als unbegrenzt, aber unser Können, d. h. der »Umfang unserer Verfügung über Mittel der Befriedigung«, sei begrenzt (Gottl-Ottlilienfeld 1910: 25). Gottl-Ottlilienfeld zufolge gilt dieses Spannungsverhältnis zwischen unserem Wollen und unserem Können als Grundverhältnis des Handelns, was heute als »Knappheitsprinzip« bezeichnet wird. Er nennt es »Lebensnot« (Gottl-Ottlilienfeld 1914: 332).

Aus dem Walten der Lebensnot ließe sich als erste Schlussfolgerung der Zwang zum Sparen ziehen.⁸ Obwohl die Wirtschaft als Ordnungsprinzip gelte und deshalb mehr als einfaches Sparen sei (ebd.: 209), entscheide die Lebensnot über den Inhalt der Wirtschaft.⁹ Denn wenn Mittel, d. h. das Können, unbegrenzt zur Verfügung stünden, brauche man nicht wirtschaftlich zu handeln. Aber die Lebensnot ist Gottl-Ottlilienfeld zufolge nicht der Daseinsgrund der Wirtschaft, weil es sinnvoll annehmbar ist, »Ordnung im Geist der Wirtschaft walten zu lassen«, z. B. ordnungsmäßig zu verzehren, »um unser Dasein zu verbürgen, um nicht gleichsam am Überfluß zu ersticken«, wenn auch die Lebensnot zu beherrschen aufhören würde (ebd.). Die Lebensnot führt die Wirtschaft dazu, dass sie die »bewußte Einpassung in die gegebene Lage« zum Inhalt hat (ebd.). An- bzw. Einpassung können wir uns allerdings auf zweierlei Art und Weise vorstellen. Zuerst kann dies die Anpassung des Bedarfes an eine gegebene Lage sein, und zwar »im Hinblick auf die Beschränktheit der verfügbaren Mittel«. Diesem Typ der Anpassung ordnet Gottl-Ottlilienfeld das *Handeln des Haushaltens* zu. Zur Wirtschaft gehöre aber nicht nur diese passive Anpassung an eine gegebene Lage, sondern auch eine »Anpassung der Lage an den Bedarf«, nämlich eine aktive Umwandlung der gegebenen Lage. Diese aktive Anpassung gliedert Gottl-Ottlilienfeld in »Erwerben« und »Produzieren«. Jeder dieser Vorgänge ist ein technischer Vorgang. Erst in der Produktion erreichen die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Technik ihren Höhepunkt.

»Bei der Wirtschaft ist der Wille zur Produktion, ihr entfließen alle Weisungen, denen sich die Produktion anzupassen hat. Der Vollzug der Produktion aber steht der Technik zu, die in dieser Hinsicht gleich dem Arme der Wirtschaft wirkt.« (Ebd.)

8 | Die Größe des »Abbruchs-Tuns« der anderen Zwecke im Hinblick auf die Auswahl eines Zwecks ist als »Aufwand« aufzufassen. Deshalb: »Sparen heißt nichts anderes als bei der Erfüllung eines Zweckes auf die übrigen Rücksicht nehmen« (Gottl-Ottlilienfeld 1910: 25). Das Prinzip des technischen Handelns kann folgenderweise, »auf die Einheit des Aufwandes berechnet« formuliert werden: »Handele stets mit dem vergleichsweise mindesten Aufwand« (Gottl-Ottlilienfeld 1914: 211). Das Prinzip bezeichnet Gottl-Ottlilienfeld als den »obersten Grundsatz der Technischen Vernunft« (Gottl-Ottlilienfeld 1931: 1309).

9 | Die naive Lehre im Sinne Gottl-Ottlilienfelds unterliegt dem Irrtum, Wirtschaft mit Sparen gleichzusetzen (vgl. Gottl-Ottlilienfeld 1931: 20).

Das obengenannte subjektivistische bzw. pragmatische Verständnis der Technik macht einen wesentlichen Beitrag Gottl-Ottlilienfelds aus. Denn dadurch wird die Anwendbarkeit des Begriffs der Technik wesentlich erweitert. Nun werden sowohl Menschen als auch das Soziale als technisierbar und rationalisierbar betrachtet. Gottl-Ottlilienfeld ordnet dem von ihm erweiterten Technik-Begriff vier Unterkategorien zu. Erstens kann sich die Technik auf den Akteur selbst beziehen:

»Individualtechnik, sobald das Handeln ein Eingriff ist in die seelisch-körperliche Verfassung des Handelnden selber; wie z. B. bei der Mnemotechnik, bei der Technik der Selbstbeherrschung, aber auch bei aller Technik der Leibesübungen.« (Ebd.: 207)

Zweitens kann sie auf den bzw. die Anderen Bezug nehmen:

»Sozialtechnik, sobald das bevormundete Handeln die Einstellung auf den ›Anderen‹ erfährt, ein Eingriff ist in die Beziehungen zwischen den Handelnden; wie z. B. bei der Technik des Kampfes, des Erwerbes, bei Rhetorik und Pädagogik, bei der Technik des Regierens und Verwaltens.« (Ebd.)

Drittens kann die Technik auf eine »intellektuelle Sachlage« zielen:

»Intellektualtechnik, sobald das Handeln ein Eingriff ist in eine intellektuelle Sachlage, wie z. B. bei der Lösung eines Problems, eines Rätsels; so daß z. B. alle Methodologie, aber auch die Technik des Rechnens, des Schachspiels usw. hierher gehört.« (Ebd.)

Viertens kann sie auf die sinnfällige Natur verweisen:

»Realtechnik, sobald das bevormundete Handeln ein Eingriff ist in die sinnfällige Außenwelt, ob nun organischer oder anorganischer Natur.« (Ebd.)

Im engeren Sinne meinen wir mit »Technik« diejenige, die in die Natur eingreift. Aber aus dem oben Dargelegten ergibt sich, dass Gottl-Ottlilienfeld unter Technik noch mehr versteht. Ihm zufolge fällt auch die Sozialtechnik, etwa die Organisation von Arbeitskräften im Produktionsprozess, unter den Begriff der Technik: »[D]ies gilt z. B., soweit bei der Gestaltung der Produktionsprozesse der arbeitende Mensch in Betracht kommt, in bezug auf seine Auswirkung sowohl, als auch auf seine Behandlung und Leitung« (ebd.).

Gottl-Ottlilienfelds Theorie der Technik lässt sich folgendermaßen zusammenfassen:

(1) Anthropologische Begründung: Die Menschen müssen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse stets in die Außenwelt eingreifen. Sowohl Wirtschaft als auch Technik werden mit dem menschlichen Bestreben begründet, die Chance des Gelingens einer Handlung zu erhöhen und den Zufall im Prozess der Bedarfsdeckung möglichst auszuschließen. Der gemeinsame Nenner von Wirtschaft und Technik ist damit »die

Befreiung vom Zufall« und die Minderung der Abhängigkeit der Menschen von der Außenwelt (ebd.: 208). Wirtschaft entspringt der ersten Abhängigkeit von der Außenwelt, d. h. der Notwendigkeit einer Befriedigung von Bedürfnissen. Technik entspringt der zweiten Abhängigkeit, der Notwendigkeit der Naturbeherrschung (ebd.).

(2) Der subjektive Charakter der Technik: Die Technik steuert das zielgerichtete Handeln, indem sie den Akteur lehrt, welches Mittel zur Erreichung eines gegebenen praktischen Zieles geeignet ist. Daraus ergeben sich der subjektive Charakter und die Relativität der Technik. Welches das beste Mittel ist, hängt von den Umständen ab, in denen sich der Akteur befindet, und was für ihn verfügbar ist.

(3) Technisierbarkeit aller menschlichen Tätigkeiten: Aus der obengenannten Definition ergibt sich, dass der Begriff der Technik nicht nur auf das Verhältnis zur Natur, sondern auf alle Gebiete menschlicher Tätigkeiten anwendbar ist.

Auch über sein Konzept des technischen Fortschritts schrieb Weber an Gottl-Ottlilienfeld am 11. September 1913 lobend: »Gerade diese *letzte* Sache (»Fortschritt«) ist ja das, was ganz *speziell* in das Buch hineingehört« (Weber 2003: 327). Gottl-Ottlilienfeld formuliert aus dem obengenannten Grundgedanken die Idee des technischen Fortschritts folgendermaßen:

1. »Emanzipation von den organischen Schranken der menschlichen Wirkungsmacht« (Gottl-Ottlilienfeld 1923: 183),
2. »Ausmerzungen des Zufälligen aus den Vorgängen der Bedarfsdeckung« (ebd.: 183–184),
3. »Milderung unserer Abhängigkeit vom Boden« (ebd.: 185–187),
4. »Lockerung der Fesseln, die uns der Standort auferlegt« (ebd.: 187–188),
5. »Ausschaltung der Handarbeit aus den Vorgängen der Bedarfsdeckung« (ebd.: 188–189),
6. »Überwindung der Kapitalklemme, in welche die Produktion durch den Fortschritt selber gerät« (ebd.: 190–191).

Allerdings sieht er auch die Eigenart der modernen Technik – im Unterschied zur handwerklichen – in der Verbindung mit der Naturwissenschaft, welche wiederum die zunehmende Beschleunigung des technischen Fortschritts und die Akkumulation technischen Wissens ermöglicht. Über die Arbeiten Gottl-Ottlilienfelds zur Technik äußerte sich Carl Friedrich von Siemens, der damalige Vorstandsvorsitzende des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit, folgendermaßen lobend:

»[Die vorliegende Schrift] will dem Praktiker keine Unterlagen für die »rationellere« Gestaltung dieses oder jenes Vorganges geben. Der Betriebsmann – ob Techniker oder Kaufmann – soll in den fünf Abhandlungen über die Tagessorgen hinaus sich auf die großen Zusammenhänge besinnen: Die Zwangsläufigkeit der Entwicklung der technischen Vernunft, der sich kein »Wirtschaftssystem« entgegensustellen vermag. Viel Unklarheit über das Wesen der Rationalisierung, über das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Technik herrscht heute noch.« (Siemens 1929)

Am Ende dieses Geleitwortes bezeichnete Siemens Gottl-Ottlilienfeld als »Altmeister einer ›Theorie der Rationalisierung‹« (ebd.).

Zum Schluss dieses Abschnitts möchte ich einige Hypothesen formulieren: erstens jene, dass die Theorien Gottl-Ottlilienfelds über das Soziale Gebilde und die Technik für den Nationalsozialismus instrumental sehr nützlich waren, und zwar einerseits für die Entspannung des Klassenkonflikts durch die Inklusion der Arbeiterschaft – dazu gehört auch die rationale Verwertung der Arbeitskräfte – und andererseits für die technische Rationalisierung der Wirtschaft und Gesellschaft. Trotz des subjektivistischen Ausgangspunktes ist die Theorie Gottl-Ottlilienfelds als ganzheitlich gekennzeichnet.¹⁰ Stichwörter wie »organisch« und »ganzheitlich« traten zu seiner Zeit aus dem obengenannten Kontext hervor (vgl. Davis und Lüddecke 1928; Hinrichs und Peter 1976; Köster 2011: 201). In dem Sozialen Gebilde als natürliche Ordnung finden alle Menschen irgendeine Rolle und irgendeinen Platz – also nicht als entfremdete und exkludierte, sondern als in die Gesellschaft inkludierte Individuen. Die Gebildetheorie stellt zugleich idealtypisch eine »Spontaneous Order« dar, die der Wirtschaftsliberalismus theoretisch als Zielzustand verfolgte,

»in dem die lebensförderlichste Gestaltung verwirklicht wurde, in dem der Staat die Selbstregulierung der Wirtschaft beschützte und die Menschen eine Gesinnungsgemeinschaft bildeten. [...] Damit konnte Gottl-Ottlilienfeld als Advokat der Rationalisierungseuphorie der 1920er Jahre gelten, die für die Rationalisierung weitaus mehr darstellte, als bloß eine technisch effektive Organisation der Massenproduktion.« (Köster 2011: 201–202)

Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg und der deutschen Revolution sowie dem Zusammenbruch von Politik und Wirtschaft als deren Folge besaß die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des sozialen und industriellen Friedens in der Wirtschaft die höchste Priorität. In einem 1928 veröffentlichten Sammelband mit dem Titel *Industrieller Friede* stellten die Herausgeber die Frage nach »der Klärung, Bes-

10 | Allerdings war der Begriff »total« wie in »Totalstaat« (Gottl-Ottlilienfeld 1932: 80) noch in seiner 1932 erschienenen Schrift durchaus negativ konnotiert. Erwin Wiskemann und Heinz Lütke weisen auf den Unterschied zwischen Spann und Werner Sombart einerseits und Gottl-Ottlilienfeld andererseits hin: »Dieses Zusammenleben ist bei ihm keine ›abstrakte Ganzheit‹ im Sinne Spanns, die das Völkische erst nachträglich aus dem Ganzheitlichen ableitet und in sich einbezieht. Mit Recht hebt Gottl hervor, daß die ›Ganzheit‹ ebenso lebensunwirklich ist wie das für sich isolierte Individuum. Die Sozialen Gebilde haben ihr Eigenleben, in das die Persönlichkeiten handelnd und duldig einbezogen sind. [...] Denn weder verabsolutiert er wie Spann die ›Ganzheit‹ noch wie der Liberalismus das Einzelwesen. [...] Die Gebilde menschlichen Zusammenlebens sind ihm unmittelbare Wirklichkeit. Das umfassendste dieser Gebilde in der geschichtlichen Gegenwart aber, das die Kräfte der Menschen zu Dauer und Bestand ordnet, ist die Volksgemeinschaft« (Wiskemann und Lütke 1937: 193). Sie betonen einerseits, »daß Gottls Lehre keine Theorie des Nationalsozialismus und der nationalsozialistischen Wirtschaft ad hoc ist oder sein will« (ebd.), aber »Gottl ist unbewußt von diesem [völkischen] Denken, das auf eine Werterhaltung und einen Wertaufbau in den Beziehungen menschlichen Zusammenlebens hinzielt, stets ausgegangen« (ebd.: 192–193).

serung und Stabilisierung der ökonomischen Verhältnisse unserer Zeit« (Davis und Lüddecke 1928: 7). Dazu hatten sie »Persönlichkeiten eingeladen, die das alte Prinzip des absoluten Kampfes der Klassen innerlich überwunden haben und die eine kooperative Lösung der Schwierigkeiten als einzig mögliche Lösung betrachten« (ebd.: 7). In diesem Band findet sich der Name Gottl-Ottlilienfelds zwar nicht, jedoch jener Henry Fords (ebd.: 118–130).

Weil Gottl-Ottlilienfeld in der Philosophie Henry Fords und in dessen Betrieben den praktischen Ausdruck seiner Theorie – vor allem in der Technik und der Rationalisierung des »Human Factor« – zu entdecken glaubte, schenkte er seitdem dem Ford-System – er taufte es »Fordismus« – sein höchstes Lob und propagierte es euphorisch und unermüdlich (Gottl-Ottlilienfeld 1925). Nach Peter Hinrichs und Lothar Peter soll seine Schrift *Fordismus? Von Frederick W. Taylor zu Henry Ford* »auf die damalige Diskussion nachhaltigen Einfluss« ausgeübt haben (Hinrichs und Peter 1976: 64).¹¹ Gottl-Ottlilienfeld betrachtete den Fordismus als »white socialism« (Nolan 1994: 57; vgl. Gottl-Ottlilienfeld 1926). Jedoch war es ein Katzensprung vom »weißen Sozialismus« zum Nationalsozialismus. In der Tat nannte er später den Nationalsozialismus »deutschen Sozialismus« (Gottl-Ottlilienfeld 1934a).

Die Technik ist an sich neutral, gerade deshalb dient sie dem Machthaber – sei es im guten, sei es im bösen Sinne. Gottl-Ottlilienfelds naives, euphorisches Lob auf den Fordismus, die technische Vernunft und den technischen Fortschritt (vgl. Gottl-Ottlilienfeld 1926) klingt in unserem Rückblick aus der Gegenwart eher unheimlich. Denn ohne technische Vernunft wären weder die Kriegswirtschaft noch die Vernichtungslager im »Dritten Reich« realisiert worden.¹²

Epilog: Vom Liberalismus zum Nationalsozialismus nach der Machtergreifung

Ich komme zurück auf die Fragestellung in der Einführung: Wie ideologisch kontaminiert ist die Theorie Gottl-Ottlilienfelds? Gibt es jenseits ideologischer Bekenntnisse weitere Berührungspunkte zwischen seinen wissenschaftlichen Arbeiten und dem Nationalsozialismus? Im Folgenden wird die These vertreten, dass Gottl-Ottlilienfelds als »intellektueller Mitläufer« bezeichnet werden kann. Um diese These zu belegen, verfolge ich hier stichprobenartig den Wandel der Begrifflichkeiten in seinen Schriften. Bis 1931 lassen sich keine nennenswerten ideologischen Elemente in seinen Schriften finden. In seinem 1931 erschienenen Opus magnum *Wirtschaft und Wissen-*

11 | Die erste Auflage erschien 1924. Bereits innerhalb eines Jahres wurde die dritte Auflage gedruckt. Mary Nolan vertritt jedoch die Ansicht, dass Gottl-Ottlilienfelds Einfluss auf die politische Rechte und die Mitte sowie auf Kreise von Ingenieuren und Intellektuellen begrenzt war (Nolan 1994: 248).

12 | Hier kann ich nicht darauf eingehen, ob, und wenn ja, wie Gottl-Ottlilienfeld mit politisch konservativen bzw. rechtsnationalen Ingenieuren im Kreis der Zeitschriften *Tat* und *Technik und Kultur* intensiv verkehrte (Herf 1984: 152–188).

schaft spielt der Begriff des Volkes noch eine geringe Rolle. In dem mehr als 1.500 Seiten umfassenden Werk wird das Wort nur zweimal genannt (Gottl-Ottlilienfeld 1931: 376, 976). Das menschliche Zusammenleben wird ihm zufolge dreifach gestaltet, weil es drei Grundprobleme in sich birgt, nämlich Lebensnot, Lebenszwietracht und Lebenseintracht, wie oben gesehen. Während Lebenszwietracht das Aufeinanderprallen von Wollen und Wollen darlege, basiere »Lebenseintracht auf Einklang im Wollen« (ebd.: 1307–1308). Aus Lebensnot werde das menschliche Zusammenleben zur Wirtschaft gestaltet, aus Lebenszwietracht zur Machtschaft (kurz gesagt: zu politischen Gebilden) und aus Lebenseintracht zur Gemeinschaft.

Volk ist demzufolge »das hochgelagerte Umgebilde«, d. h. ein Gebilde, das alle anderen Gebilde umfasst. Es ist

»urtümlichst wohl der Zusammenhalt kraft gleichen Blutes; dann aber, über Mittelstufen hinweg, ist es schließlich der Zusammenhalt kraft gleicher Sprache und innerlich verwandter Haltung im Wollen und Fühlen, und gar erst kraft des Erlebnisses der Gemeinschaft im Schicksal.« (Ebd.: 976)

Selbst in dem 1933 erschienenen Reclam-Büchlein *Wesen und Grundbegriffe* erhalten solche Begriffe keinen höheren Stellenwert. Volk ist hier nur ein Umgebilde neben Staat und Volkswirtschaft. Diese drei Umgebilde bleiben gleichrangig und keines davon besitzt Priorität (Gottl-Ottlilienfeld 1933: 96–101). Die Begriffe bedingen einander.

Auch noch in dem 1932 erschienenen Buch *Der Mythos der Planwirtschaft* vertritt Gottl-Ottlilienfeld eine liberale – wohlgemerkt nicht libertarianische – Meinung über die Wirtschaft. Seine Hauptkritik bezieht sich zwar auf den »Bolschewismus«, aber er legt noch großen Wert auf den Marktmechanismus, der bei ihm »Selbstregelung« der Wirtschaft heißt. Vorausgesetzt dafür wird die Existenz einer Vielzahl von Gebilden, weil die Selbstregelung auf dem Wechselspiel zwischen ihnen beruhe (Gottl-Ottlilienfeld 1932: 11–12). In der Leitregelung, d. h. nach dem Terminus von Gottl-Ottlilienfeld vor allem im staatlichen Eingriff, sieht er nur eine »Korrektur der Selbstregelung« (ebd.: 106), die in diesem Sinne unter einer Obergrenze stehen sollte. Der Begriff »total« wie in »Totalstaat« (ebd.: 80) ist in diesem Text durchaus negativ konnotiert. Denn da Gottl-Ottlilienfeld für die Existenz einer Mehrzahl von Gebilden plädiert, hätte er sich – noch im Jahre 1932 – wohl gegen eine nationalsozialistische »Gleichschaltung« ausgesprochen.

Der Wendepunkt kam 1934. In einem Aufsatz, der ausgerechnet im *Völkischen Beobachter* erschien, können wir einen ganz anderen Ton feststellen. Nicht nur finden sich dort nationalsozialistisches Vokabular wie »Volksgenossen« (Gottl-Ottlilienfeld 1934c: 59), »Volksgemeinschaft« (ebd.: 62) und Parolen wie »Gemeinnutzen geht vor Eigennutzen« (ebd.: 68–69). Betont wird zugleich die soziale Verantwortung des Unternehmers, den Gottl-Ottlilienfeld den »Führer« im Betrieb nennt. Schließlich sieht Gottl-Ottlilienfeld nun in der NS-Bewegung die Verwirklichung der Idee bzw. Ideologie des Fordismus (ebd.: 64). Den Staat preist er in einer Schrift von 1939 als Förde-

rer und Lenker der technischen Rationalisierung der Gesellschaft (Gottl-Ottlilienfeld 1939a: 47–48).

Auch in dem ebenfalls 1934 erschienenen Büchlein *Die Läuterung des national-ökonomischen Denkens als deutsche Aufgabe* zeigt Gottl-Ottlilienfeld seine Annäherung an das Regime deutlich. Er lobt nicht nur Adolf Hitlers Politik:

»Nicht umsonst heiligt das Deutschland Hitlers daher die *Volkswirtschaft*. Nun was dieser frommt, hebt sich in wirtschaftlichen Dingen als Gemeinnutz gebieterisch über Eigennutz empor [...]. Damit unser Volk auch innerlich gesundet, heiligt das Deutschland Hitlers namentlich die *Familie*.« (Gottl-Ottlilienfeld 1934b: 14)

Am Ende des Buches vertritt Gottl-Ottlilienfeld eine im Vergleich zu seinen früheren Schriften gerade umgekehrte Ansicht in der Wirtschaftspolitik:

»Umgekehrt stellt der Nationalsozialismus allen Wandel der Gestaltung ganz bewußt in den Dienst eines Wandels der Gesinnung! Nur dazu sucht und schafft er neue Formen, auf daß die ganze Volkswirtschaft der Geist jenes deutschen Sozialismus durchdringe, der eins ist mit der Gleichheit hingebender Kameradschaft im Arbeiten, als Dienst an unserem Volke [...] Gemeinnutz geht vor Eigennutz!.« (Ebd.: 78, Hervorhebung im Original)

Auch die Leitregelung gewinnt an Bedeutung in seiner Sicht auf die Wirtschaftspolitik:

»Im Gegensatz ferner dazu, daß die Marktlehre grundsätzlich das »freie Spiel der Kräfte« unterstellt, würdigt gerade die reifere Nationalökonomie auch die entscheidende Rolle des regelnden Eingriffs in das Wirtschaftsleben, im Sinne seiner Leitregelung kraft öffentlicher Gewalt. Damit aber kommt diese künftige Nationalökonomie, zugleich von da und dort, geradewegs der nationalsozialistischen Absicht ordnender Gestaltung entgegen.« (Ebd.: 79)

Zwei Jahre später publizierte Gottl-Ottlilienfeld das von der NS-Ideologie gefärbte Buch *Volk, Staat, Wirtschaft und Recht*. In dessen Vorwort unterstreicht er das Verdienst des Nationalsozialismus an seiner Theorieentwicklung:

»Wer aber ohne Vorurteil meine jetzigen Ausführungen mit jenen vor fünf Jahren vergleicht, wird wohl selber dessen gewahr, wieviel meine Lehre an *folgerichtiger* Vertiefung dem Gedankengut des Nationalsozialismus verdankt, aus dem Geiste unseres Führers.« (Gottl-Ottlilienfeld 1936: 5)

Für seine Theoriekonstruktion gibt er nun dem Grundverhältnis der Lebenseintracht gegenüber den anderen beiden Grundverhältnissen den Vorzug (ebd.: 157–163). Entsprechend wird auch die Gestaltung zu Gemeinschaft als »grundlegend« bezeichnet und jener zur Machtschaft und zur Wirtschaft vorgezogen: »Den unbedingten Vorrang unter ihnen genießt die *Lebenseintracht*. In ihrer sonderlichen Würde, als

der Mutterboden alles Gestaltens überhaupt, hat sie Zweierlei vor Lebenszwietracht und Lebensnot voraus« (ebd.: 166). In den Vordergrund tritt nun auch der Begriff der »Volksgemeinschaft«, die sich laut Gottl-Ottlilienfeld auf das Blut stützen solle. Die Gestaltung zur Gemeinschaft gehe von der »blutverbundenen Wirgruppe« aus (ebd.) und »weil nun die Sozialen Gebilde dieser blutsbestimmten Art *ebenso uranfänglich wie auch unwandelbar im Dasein stehen*, dürfen an erster Stelle sie als die *Urgebilde des Zusammenlebens* gelten« (ebd.: 168; vgl. auch Gottl-Ottlilienfeld 1939a: 25). Hier gilt die Volkswirtschaft als Diener des »Staates« und der »Volksgemeinschaft«. Volk beschreibt Gottl-Ottlilienfeld in dem Büchlein von 1939 *Theorie blickt in die Zeit* als »blutbestimmte Wirgruppe« und »biologisch erfaßbare, rassische Wirklichkeit« (Gottl-Ottlilienfeld 1939b: 25). Hier betont er auch die Rolle des Staates für den technischen Fortschritt und die volkswirtschaftliche Rationalisierung; die Bestimmung der Volkswirtschaft und des Staates liege darin, »die Volksgemeinschaft in ihrer Lebenswucht zu steigern« (ebd.: 100).

Das NS-Regime honorierte offenbar Gottl-Ottlilienfeld für sein Entgegenkommen und seine Schmeichelei. Der »Führer« und Reichskanzler verlieh ihm 1938 die Goethe-Medaille für Kunst und Wissenschaft (o. A. 1938). Seine Lehre etablierte sich nun als *neue deutsche* Wirtschaftswissenschaft im »Dritten Reich« (vgl. Wiskemann 1936; Hunke und Wiskemann 1939). 1940 wurde er auf Lebenszeit zum Direktor des Forschungsinstituts für Deutsche Volkswirtschaftslehre in Graz ernannt. Wirtschaftspolitik gehörte Gottl-Ottlilienfeld zufolge nur zu den Nebenaufgaben des Instituts (Gottl-Ottlilienfeld 1940: 94). Die Hauptaufgabe sah er in der theoretischen Arbeit, die als ideologischer und weltanschaulicher Kampf gegen den Westen und den Kommunismus gerechtfertigt wurde. Denn der wirtschaftswissenschaftliche Mainstream wurde als Instrument des britischen Imperialismus verstanden. Jedoch bestand das Institut fast ausschließlich auf dem Papier, da sämtliche Mitarbeiter an die Front geschickt worden waren (Gottl-Ottlilienfeld 1944: 16*). Praktisch spielte Gottl-Ottlilienfeld damit keine bedeutende Rolle im nationalsozialistischen Regime.

Georg Weippert wies gut 20 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs darauf hin, dass die intellektuelle Qualität der obengenannten Propagandaschriften im Vergleich mit Gottl-Ottlilienfelds anderen Hauptarbeiten erstaunlich niedrig ist (Weippert 1967: 150). Die eingangs gestellte Frage, ob, und – wenn ja – inwieweit er solche Schriften sehr ernsthaft erstellte oder ob er sie lediglich zu seiner eigenen, physischen Sicherheit und zur Absicherung seiner Position verfasste, muss ich hier offenlassen. Womöglich war er der Ansicht, nur unter diesen Bedingungen seine theoretische Grundlagenforschung fortsetzen zu können. 1943 publizierte er seine letzte große theoretische Arbeit *Die ewige Wirtschaft*, die mehr als 1.000 Seiten umfasste und deren Ton wesentlich moderater als jener der obengenannten Propagandaschriften ist. Zwar enthält sie einige Kapitel (z. B. Kapitel X: 929–1034), die stark von der nationalsozialistischen Politik beeinflusst sind, inwieweit der Autor sie ernst meinte, bleibt jedoch offen.

Bei den Ausführungen in diesem Beitrag habe ich den Eindruck gewonnen, dass Gottl-Ottlilienfeld ein Sozialwissenschaftler war, der sich an das Regime anpassen

wollte, um seine theoretische Arbeit fortzusetzen. Jedoch lag seine Tragödie darin, dass auch seine noch nicht politisch verbrämten Arbeiten wegen seines Entgegenkommens und Epigonentums gegenüber dem NS-Regime nach 1945 anschluss- und zitierunfähig geworden sind. Das Problem des Verhältnisses Gottl-Ottlilienfelds zum Nationalsozialismus, zwischen Wissenschaft und Politik, scheint anderswo zu liegen als auf einer ideologischen Ebene. Das Beispiel Gottl-Ottlilienfelds ist umso interessanter, als es uns zeigt, wie Theorien und Wissenschaften in Regime einbezogen wurden und diese als deren Bestandteil mittrugen. Es deutet darüber hinaus nicht nur auf das Verhältnis nichtlinker Intellektueller zu jener Zeit, sondern auch auf das der Wirtschaft zur nationalsozialistischen Bewegung hin. Und schließlich zeigt es, wie die technische Rationalität für Verbrechen an der Menschheit mitverantwortlich war.

Literatur

- Bender, Ursula (1985): *Technik, technischer Fortschritt und sozioökonomische Zusammenhänge bei Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld*, Frankfurt am Main: Lang.
- Benedikt, Michael (Hrsg.) (2005): *Im Schatten der Totalitarismen. Vom philosophischen Empirismus zur kritischen Anthropologie. Philosophie in Österreich, 1920–1951*, Wien: WUV.
- Brandt, Karl (1993): *Geschichte der deutschen Volkswirtschaftslehre*, Band 2: Vom Historismus bis zur Neoklassik, Freiburg im Breisgau: Haufe.
- Davis, Jerome und Lüddecke, Theodor (Hrsg.) (1928): *Industrieller Friede. Ein Symposium*, Leipzig: P. List.
- Fischer, Karl Anton (1951): *Kultur und Gesellung. Ein Beitrag zur allgemeinen Kulturosoziologie*, Köln/Opladen: Westdeutscher Verlag. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-663-02649-5>.
- Gottl, Friedrich (1897): *Wertgedanke. Ein verhülltes Dogma der Nationalökonomie*, Jena: Gustav Fischer.
- Gottl, Friedrich (1901): *Die Herrschaft des Wortes. Untersuchungen zur Kritik des nationalökonomischen Denkens*, Jena: Gustav Fischer.
- Gottl, Friedrich (1904): *Die Grenzen der Geschichte*, Berlin: Duncker & Humblot.
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von (1910): *Der wirtschaftliche Charakter der technischen Arbeit*, Berlin: Julius Springer. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-642-91622-9>.
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von (1914): »Wirtschaft und Technik«, in: *Grundriß der Sozialökonomik. II. Abteilung. Die natürlichen und technischen Beziehungen der Wirtschaft*, bearbeitet von Friedrich Gottl-Ottlilienfeld, Heinrich Herkner, Alfred Hettner, Robert Michels, Paul Mombert, Karl Oldenberg, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck), S. 199–381.
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von (1923): »Wirtschaft und Technik«, in: *Grundriß der Sozialökonomik. II. Abteilung. Die natürlichen und technischen Beziehungen der Wirtschaft*, bearbeitet von Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld, Heinrich Herkner,

- Alfred Hettner, Robert Michels, Paul Mombert, Karl Oldenberg. Zweite, neubearbeitete Auflage, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von (1925): *Wirtschaft als Leben. Eine Sammlung erkenntniskritischer Arbeiten*, Jena: Gustav Fischer.
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von (1926): *Fordismus. Über Industrie und Technische Vernunft*, 3. Auflage, Jena: Gustav Fischer.
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von (1929): *Vom Sinn der Rationalisierung*, Jena: Gustav Fischer.
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von (1931): *Wirtschaft und Wissenschaft*, 2 Bände, Jena: Gustav Fischer.
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von (1932): *Der Mythos der Planwirtschaft. Vom Wahn im Wirtschaftsleben*, Jena: Gustav Fischer.
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von (1933): *Wesen und Grundbegriffe der Wirtschaft*, Leipzig: Reclam.
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von (1934a): »Deutscher Sozialismus und Wirtschaft«, in: Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von, *Zeitfragen der Wirtschaft. Über Bolschewismus, Autarkie und deutschen Sozialismus*, Berlin: Junker und Dünnhaupt, S. 65–70.
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von (1934b): *Die Läuterung des nationalökonomischen Denkens als deutsche Aufgabe*, Berlin: Junker und Dünnhaupt.
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von (1934c): *Zeitfragen der Wirtschaft. Über Bolschewismus, Autarkie und deutschen Sozialismus*, Berlin: Junker und Dünnhaupt.
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von (1936): *Volk, Staat, Wirtschaft und Recht*, Berlin: Junker und Dünnhaupt.
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von (1937): *Wirtschaft. Gesammelte Aufsätze*, Jena: Gustav Fischer.
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von (1939a): *Wirtschaftspolitik und Theorie*, Berlin: Junker und Dünnhaupt.
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von (1939b): *Theorie blickt in die Zeit. Vier Aufsätze über deutsche Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft von heute*, Jena: Gustav Fischer.
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von (1940): *Wirtschaft als Wissen, Tat und Wehr. Über Volkswirtschaftslehre, Autarkie und Wehrwirtschaft*, Berlin: Junker und Dünnhaupt.
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von (1943): *Die ewige Wirtschaft. Die Grundlehre vom Wirtschaftsleben*, 2 Bände, Berlin: Junker und Dünnhaupt.
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von (1944): »In eigener Sache«, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, 59. Jahrgang, Heft 1, S. 1*–16*.
- Häußling, Roger (2014): *Techniksoziologie*, Baden-Baden/Stuttgart: Nomos.
- Herf, Jeffrey (1984): *Reactionary modernism. Technology, culture, and politics in Weimar and the Third Reich*, Cambridge: Cambridge University Press. DOI: <https://doi.org/10.1017/CBO9780511583988>.

- Hinrichs, Peter und Peter, Lothar (1976): *Industrieller Friede? Arbeitswissenschaft, Rationalisierung und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik*, Köln: Pahl-Rugenstein.
- Hunke, Heinrich und Wiskemann, Erwin (Hrsg.) (1939): *Gegenwartsfragen der Wirtschaftswissenschaft*, Berlin: Junker und Dünhaupt.
- Klee, Ernst (2003): *Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945?*, Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Köster, Roman (2011): *Die Wissenschaft der Außenseiter. Die Krise der Nationalökonomie in der Weimarer Republik*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. DOI: <https://doi.org/10.13109/9783666360251>.
- Mises, Ludwig von (1920): »Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen«, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 47. Jahrgang, Heft 1, S. 86–121.
- Mises, Ludwig von (1922): *Gemeinwirtschaft. Untersuchung über den Sozialismus*, Jena: Gustav Fischer.
- Mohler, Armin (1989): *Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch*, 3. Auflage, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Morikawa, Takemitsu (2001): *Handeln, Welt und Wissenschaft. Zur Logik, Erkenntnis-kritik und Wissenschaftstheorie für Kulturwissenschaften bei Friedrich Gottl und Max Weber*, Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Müller, Reinhard (2015): »Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld«, in: *Othmar Spann und der »Spannkreis«*, Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Universität Graz (http://agso.uni-graz.at/spannkreis/index.php?ref=biografien/g/gottl_ottlilienfeld_friedrich_von, 31. Dezember 2018).
- Nolan, Mary (1994): *Visions of modernity. American business and the modernization of Germany*, New York: Oxford University Press.
- ohne Autor (1928): [ohne Titel], in: *Kölnische Zeitung*, 13. November 1928 (http://dfg-viewer.de/show/?tx_dlf%5Bpage%5D=2&tx_dlf%5Bid%5D=http%3A%2F%2Fzbw.eu%2Fbeta%2Fpm20mets%2Fpe%2F0063xx%2F006383.xml, 31. Dezember 2018).
- ohne Autor (1936): »Entpflichtungen in Berlin«, in: *Frankfurter Zeitung*, 17. Oktober 1936 (http://dfg-viewer.de/show/?tx_dlf%5Bpage%5D=11&tx_dlf%5Bid%5D=http%3A%2F%2Fzbw.eu%2Fbeta%2Fpm20mets%2Fpe%2F0063xx%2F006383.xml, 31. Dezember 2018).
- ohne Autor (1938): »Goethe-Medaille für Prof. v. Gottl-Ottlilienfeld«, in: *Berliner Börsen-Zeitung*, 14. November 1938 (http://dfg-viewer.de/show/?tx_dlf%5Bpage%5D=43&tx_dlf%5Bid%5D=http%3A%2F%2Fzbw.eu%2Fbeta%2Fpm20mets%2Fpe%2F0063xx%2F006383.xml, 31. Dezember 2018).
- Rauchenschwandtner, Hermann (2005): »Die erkenntniskritische Grundlegung der Ökonomie am Leitfaden der Bedarfsdeckungswirtschaft Friedrich von Gottl-Ottlilienfelds«, in: Benedikt, Michael (Hrsg.), *Im Schatten der Totalitarismen. Vom philosophischen Empirismus zur kritischen Anthropologie*, Wien: WUV, S. 486–499.

- Siemens, Carl Friedrich von (1929): »Geleitwort«, in: Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich von, *Vom Sinn der Rationalisierung*, Jena: Gustav Fischer, o. S.
- Solms, Max Graf zu (1929): *Bau und Gliederung der Menschengruppen*, Karlsruhe: G. Braun.
- Weber, Max (1968): *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, 3. Auflage, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).
- Weber, Max (1994): *Max Weber-Gesamtausgabe*, Band II/6: Briefe 1909–1910, Tübingen: Mohr.
- Weber, Max (1998): *Max Weber-Gesamtausgabe*, Band II/7: Briefe 1911–1912, Tübingen: Mohr.
- Weber, Max (2003): *Max Weber-Gesamtausgabe*, Band II/8: Briefe 1913–1914, Tübingen: Mohr.
- Weber, Max (2012): *Max Weber-Gesamtausgabe*, Band II/10: Briefe 1918–1920, Tübingen: Mohr.
- Weippert, Georg (1964): »Gottl von Ottlilienfeld, Friedrich«, in: *Neue Deutsche Biographie*, Band 6, S. 681–682 (<https://www.deutsche-biographie.de/pnd118809040.html#ndbcontent>, 9. Mai 2018).
- Weippert, Georg (1967): *Wirtschaftslehre als Kulturtheorie*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Winkel, Harald (1977): *Die deutsche Nationalökonomie im 19. Jahrhundert*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Wiskemann, Erwin (1936): *Die neue Wirtschaftswissenschaft*, Berlin: Junker und Dünnhaupt.
- Wiskemann, Erwin und Lütke, Heinz (1937): »Gegenwärtige Richtungen in der deutschen Volkswirtschaftslehre«, in: Wiskemann, Erwin und Lütke, Heinz (Hrsg.), *Der Weg der deutschen Volkswirtschaftslehre. Ihre Schöpfer und Gestalter im 19. Jahrhundert*, Berlin: Junker und Dünnhaupt, S. 177–194.

Bilder trennen und Bilder verbinden: Wege der Wiener Bildstatistik (1934–1945)¹

Günther Sandner

Wiener Bildstatistiken

Die Geschichte der vor allem von Otto Neurath, Gerd Arntz und Marie Reidemeister entwickelten »Wiener Methode der Bildstatistik«, die in der zweiten Hälfte der 1920er-Jahre entstand und ab Mitte der 1930er-Jahre unter dem Akronym Isotype (International System of Typographic Picture Education) international bekannt wurde, ist in den vergangenen Jahrzehnten in zahlreichen Arbeiten erforscht worden. Exemplarisch erwähnt seien nur die Pionierarbeit von Friedrich Stadler Anfang der 1980er-Jahre (Stadler 1982), der vor einigen Jahren von Christopher Burke, Eric Kindel und Sue Walker herausgegebene Sammelband (Burke, Kindel und Walker 2013) oder der Essay des Autors (Sandner 2019a).

Diese und auch viele andere Forschungsarbeiten zu Isotype legten den Schwerpunkt ihrer Analysen auf die Blütezeit der visuellen Pädagogik im »Roten Wien« der Zwischenkriegszeit und, zumindest zum Teil auch, auf ihre Weiterentwicklung unter der Leitung von Otto Neurath in den niederländischen und englischen Emigrationsjahren. Eine genauere Untersuchung zeigt jedoch, dass es darüber hinaus in der Geschichte der Bildsprache noch zahlreiche Lücken gibt.²

Wenig Beachtung fand etwa die Frage, wie sich die Bildstatistik am Ort ihrer Entstehung nach der politisch motivierten Flucht von Otto Neurath und seinem Kernteam ab 1934 entwickelt hat. Streng genommen handelte es sich dabei nicht um eine Weiterentwicklung im Geiste der von Otto Neurath klar definierten »Wiener Methode der Bildstatistik« (vgl. Neurath 1933; 1936). Denn in vielerlei Hinsicht widersprechen die von den bildstatistischen Instituten im Austrofaschismus und Nationalso-

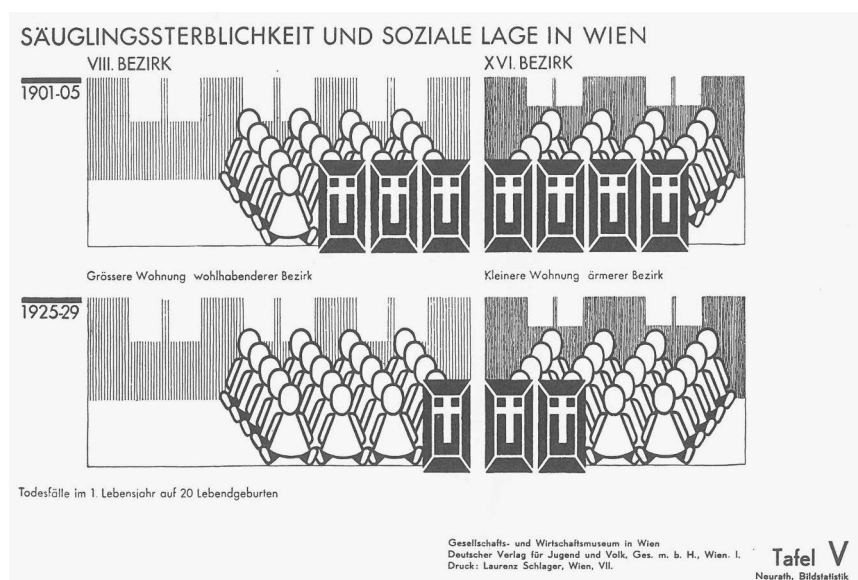
1 | Der Beitrag entstand im Rahmen des vom FWF geförderten Forschungsprojekts *Isotype: Entstehung, Entwicklung und Erbe* (P 31500).

2 | Sandner, Günther (2018): *Isotype. Origin, development, and legacy*. Proposal for a Research Project, Austrian Science Fund (FWF), Wien.

zialismus publizierten Arbeiten dem Reglement des Begründers der Wiener Methode. Dennoch ist die Frage, inwieweit trotz der politischen Systembrüche etwa personelle, institutionelle und/oder methodische Kontinuitäten existierten, zunächst einmal legitim. Sie ist bislang allerdings kaum gestellt worden.³

In der wissenschaftlichen und pädagogischen Biographie Otto Neuraths war der Februar 1934 jedenfalls ein entscheidender Einschnitt. Um das deutlich zu machen, müssen im Hinblick auf die Geschichte der Wiener Methode der Bildstatistik auch die Jahre davor kurz in den Blick genommen werden. Erst dann können die folgenden Fragen gestellt werden: Was geschah mit Otto Neuraths Projekt der visuellen Erziehung und Bildstatistik im Austrofaschismus und im Nationalsozialismus? Was machte – zeitgleich – Otto Neurath nach seiner erzwungenen Flucht daraus? Die Betrachtungsweise erfolgt also sowohl diachron als auch synchron: Nach einer kurzen Skizze zum gemeinsamen Ausgangspunkt in Wien, mit der Gründung und Geschichte des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums 1925 und den folgenden neun Jahren bis zu seiner behördlichen Auflösung im Jahr 1934, wird einerseits die Fortsetzung der visuellen Erziehungsarbeit Otto Neuraths in Den Haag und Oxford betrachtet. Andererseits werden die zeitgleichen Versuche im Austrofaschismus und Nationalsozialismus analysiert, bildstatistische Arbeiten fortzusetzen und diese politisch zu instrumentalisieren.

Abbildung 1: Bildstatistik »Säuglingssterblichkeit und soziale Lage in Wien«



Quelle: Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum (Hrsg.) (1929), *Die bunte Welt. Mengenbilder für die Jugend*, Wien: Arthur Wolf, S. 40.

3 | Einen ersten Versuch in diese Richtung stellt die Seminararbeit von Kalleitner dar (Kalleitner 2016).

Mit dem Satz »Worte trennen – Bilder verbinden« (»words divide – pictures unite«) hatte Otto Neurath den Anspruch der von ihm entwickelten Bildsprache einprägsam auf den Punkt gebracht (Neurath 1933: 273). Die so postulierte verbindende Funktion der Bilder bezog sich dabei auf die Arbeiterklasse, die sich unterstützt durch das visuell vermittelte Wissen um die eigene soziale Lage zum gemeinsamen Kampf für ihre Interessen zusammenschließen sollte. Der Anspruch zielte aber darüber hinaus auch auf Verständigung zwischen Nationen, Völkern und Kulturen, auf Frieden und soziale Kooperation ab. Langfristiges Ziel war die Etablierung einer internationalen Bildsprache.

Im Zusammenhang mit der politisch widersprüchlichen Geschichte der Bildsprache tauchen grundsätzliche Fragen auf, die das Selbstverständnis der Methode betreffen. Kann visuelle Bildungsarbeit politisch neutral sein? Regt sie dazu an, selbständig Zusammenhänge zu erkennen oder wirkt sie manipulativ, die Schlussfolgerungen für die Rezipierenden quasi antizipierend? Inwieweit orientierten sich die Nachfolgeinstitute in Wien überhaupt an Neuraths Methodik? Wo genau liegen die Grenzen zwischen Bildung und Propaganda?

Otto Neurath und die Wiener Methode der Bildstatistik

Die Wiener Methode der Bildstatistik lässt sich einerseits durch ihre pädagogischen Zielsetzungen definieren: Menschen sollten mit ihrer Hilfe in die Lage versetzt werden, soziale und ökonomische Zusammenhänge zu verstehen. Andererseits folgte die Methode genau festgelegten Regeln des Designs. Die Wiener Methode arbeitete beispielsweise nicht mit geometrischen Formen (Kreise, Balken, Diagramme), sondern mit bildhaften, leicht erkennbaren Zeichen (Piktogrammen). Ein Piktogramm – etwa ein Arbeitsloser, ein Säugling, ein Schuh, eine Fabrik – repräsentierte immer eine bestimmte Anzahl an Gegenständen. Diese bildhaften Zeichen sind auch kombinierbar (z. B. Schuhfabrik). Eine größere Menge an Gegenständen wurde nicht durch größere Piktogramme, sondern durch eine größere Menge exakt gleich großer Zeichen dargestellt (Neurath 1927: 118). Nur so wären Mengenrelationen für das menschliche Auge erkennbar, argumentierte Otto Neurath immer wieder.

Otto Neuraths museumspädagogische Arbeiten gehen bis in die Zeit des Ersten Weltkriegs zurück, als er 1917/18 zuerst wissenschaftlicher Leiter und dann Direktor des Kriegswirtschaftsmuseum in Leipzig gewesen war. Mit dem von ihm initiierten Museum für Siedlung und Städtebau existierte im Wien des Jahres 1923 bereits ein unmittelbarer Vorläufer des später international bekannten Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums. Neurath war dessen Gründer und von 1925 bis 1934 dessen Direktor. Gestützt auf seine guten Kontakte zur Stadt Wien und zur Wiener Sozialdemokratie war es ihm gelungen, das innovative Projekt eines Sozialmuseums durchzusetzen, das sich in die reichhaltige Bildungslandschaft des »Roten Wien« einfügte (Burke 2013a; Sandner 2014: 176–194).

Trotz seiner führenden Rolle war Neurath freilich nicht alleine. Während die junge Marie Reidemeister fast von Beginn an mitarbeitete, lernte Neurath den Kölner

»Progressiven« Gerd Arntz erst im Jahr 1926 bei der internationalen Großausstellung GeSoLei (Gesellschaft, Soziales, Leibesübungen) in Düsseldorf kennen. Neuraths Freund, der Kunsthistoriker Franz Roh, stellte ihm Arntz vor, der ab 1928 zum fixen Team zählen sollte. Die künstlerische Gestaltung der bald schon standardisierten Piktogramme ging vor allem auf ihn zurück. Neben Otto Neurath und Marie Reidemeister war Gerd Arntz ohne Zweifel die Schlüsselfigur der Entwicklung der Bildsprache in den Wiener Jahren, die sich danach nicht mehr wesentlich verändern sollte (Kinross 2013).

Das Museum betreute im Wiener Stadtgebiet mehrere Ausstellungsorte, deren bekanntester jener in der Volkshalle des Neuen Wiener Rathauses war, wo im Dezember 1927 eine Dauerausstellung eröffnet wurde. Gestaltet wurde sie vom Architekten Josef Frank, der nun ebenfalls zu Neuraths Kooperationspartnern zählte (Sandner 2014: 180–181). Die Arbeitsgruppe um Otto Neurath konzipierte und organisierte eine Fülle an Sonder-, Wander- und Dauerausstellungen sowie Ausstellungsbeteiligungen, die durch eine Reihe von Dependancen und ständigen Kooperationen, etwa in Berlin, Amsterdam, New York und London, unterstützt wurden. Ein Sonderprojekt war die Kooperation mit dem bildstatistischen Institut Izostat in Moskau, das das Kernteam rund um Neurath bei der Anwendung der Wiener Methode beriet und unterstützte. Neben den Ausstellungen stechen aus den Arbeiten des Museums vor allem Publikationen hervor. Zu den wichtigsten Büchern zählen etwa *Bildstatistik nach Wiener Methode in der Schule* (Neurath 1933), das auf einem Schulprojekt in Wien basierte, oder *Gesellschaft und Wirtschaft* (Neurath 1930). Das »bildstatistische Elementarwerk« war ein aufwändig produzierter, eindrucksvoller Band, in dem 100 Bildstatistiken in qualitativ hochwertiger Form präsentiert wurden. Vor allem dieses Buch stieß auf breite Resonanz, freilich auch auf methodische Kritik (Sandner 2014: 191).

Die Wiener Methode wurde nicht nur in der Arbeiter- und Volksbildung und in der Schule, sondern auch in einem engeren Sinne politisch eingesetzt. Im Nationalratswahlkampf 1927 erhoffte sich die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) durch den Einsatz der Bildstatistik Unterstützung in der Auseinandersetzung mit der rechtsbürgerlichen Einheitsliste. In Medien wie der *Arbeiter-Zeitung* oder der *Das kleine Blatt* erschienen Mengenbilder mit Wahlslogans wie »Einheitsschule statt Einheitsliste« (*Arbeiter-Zeitung*, 16. April 1927: 9), die allerdings nicht als Arbeiten des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums ausgewiesen waren.

Nur ein kleiner Teil der teils prominenten Namen der MitarbeiterInnen des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums kann im Rahmen dieses Beitrags genannt werden. Es ist aber wichtig, nochmals zu betonen, dass die Produktion von Bildstatistiken nach der Wiener Methode immer ein kollektiver Arbeitsprozess gewesen ist, der auf Teamwork basierte. Die Sammlung und Analyse von Daten, deren »Transformation« in Bilder sowie die konkrete »künstlerische« Ausführung waren Schritte eines arbeitsteilig organisierten Prozesses (vgl. Neurath und Kinross 2009).

Das Österreichische Institut für Bildstatistik

Nach den gewalttätigen Februarunruhen im Jahr 1934 erhielt der Obmann des Vereines Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, der sozialdemokratische Stadtrat Paul Speiser, einen Auflösungsbescheid des Sicherheits-Kommissärs für Wien. Am 5. April 1934 wurde der Verein auf »besonderen Wunsch des Herrn Bürgermeisters«⁴ – diese Funktion erfüllte nun der Christlich-Soziale Richard Schmitz – aufgelöst. Als Grund für die Auflösung wurde die enge Verbindung des Vereins mit der nun verbotenen SDAP angegeben. Wörtlich hieß es in einem Schreiben an das Bundeskanzleramt, dass der Verein, »von dem amtsbekannt ist, dass er im Sinne dieser Partei tätig war und noch ist«, nicht mehr den Bedingungen seines rechtlichen Bestandes entspreche.⁵ Das Vereinsvermögen wurde umgehend beschlagnahmt.

Schon bald wurde jedoch klar, dass mit der Auflösung des Vereins eine international renommierte Einrichtung von der Bildfläche verschwunden war, deren Weiterbestand auch im Interesse des neuen Regimes sein könnte. Der Präsident des Bundesamtes für Statistik, Karl Drexel, schrieb daher schon bald nach der Auflösung an den Architekten Rudolf Hellwig: »Das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum hat meines Wissens nicht seinesgleichen in der ganzen Welt«. Er wünschte sich daher, »dass das Museum in seinem Wesen und Können erhalten bleibt«.⁶ Otto Rudolf Polak-Hellwig, Mitglied des Werkbundes und Mitwirkender an der berühmten Wiener Werkbund-Ausstellung 1932, galt als Vertreter fortschrittlicher Architektur (Architekturzentrum Wien 2017). Im Rahmen der Fortführung der Bildstatistik im Austrofaschismus wurde er als treuhändiger Verwalter des aufgelösten Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums eingesetzt und nahm das Heft nun in die Hand. Bereits Mitte Mai 1934 fand auf seine Einladung hin eine Sitzung im Wiener Stadtschulrat statt, bei der Vertreter verschiedener Institutionen über den Weiterbestand des Vereins diskutierten. Laut Protokoll führte Hellwig dabei aus, dass Otto Neurath als früherer Museumsdirektor nicht nur Propaganda im Sinne der sozialdemokratischen »Gemeinderatsmajorität« entfaltet habe, sondern es darüber hinaus auch verstanden habe, »einen kommerziellen Vorteil zu erzielen«.⁷ War Bildstatistik auch jenseits des Austromarxismus nutzbar? Konnten bildstatistische Arbeiten auch zum Vorteil des neuen Regimes sein?

Der Auflösungsbescheid wurde schließlich am 27. November desselben Jahres widerrufen. Allerdings wurde dieser Widerruf mit dem Hinweis versehen, dass die früheren Funktionäre des Vereins – also Sozialdemokraten wie Julius Deutsch, Paul

4 | Österreichisches Staatsarchiv (OeStA)/Archiv der Republik (AdR), Bundeskanzleramt (Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit), 18. Mai 1934, Auflösung Verein Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum (GZ 169608-G.D.2 aus 1934).

5 | OeStA/AdR, Sicherheits-Kommissär des Bundes für Wien, Verein Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien, Auflösung, 5. April 1934 (M. Abt. 49/3272/34).

6 | OeStA/AdR, Schreiben Karl Drexel an Otto R. Hellwig, 8. Mai 1934.

7 | OeStA/AdR, Bundes-Polizeidirektion in Wien, Schreiben an das Bundeskanzleramt, Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien, 29. Mai 1934 (L.St. II – 751/12/34).

Speiser und Julius Tandler – von der Leitung explizit ausgeschlossen blieben. Einem neu eingesetzten Verwaltungsausschuss, der die weiteren Schritte koordinieren sollte, gehörten Fritz Lahr, Karl Drexel und Richard Caminda an.⁸

Fritz Lahr war eine führende Figur des rechten, paramilitärischen Wiener Heimatschutzes. Nach dem Sturz der demokratischen Wiener Stadtregierung war er zum Vizebürgermeister ernannt worden. Lahr hatte aber auch sehr gute Kontakte zu den Nationalsozialisten und war nach dem »Anschluss« kurzzeitig, zwei Tage lang, NS-Bürgermeister von Wien (Botz 2018: 75–80). Richard Caminda wurde bereits im November 1934 wegen Unterschlagung aus dem Ausschuss ausgeschlossen. Zum Leiter des neuen Österreichischen Instituts für Bildstatistik wurde der Heimwehr-Major Eduard Trautenegg ernannt (Rauscher 1982: 198).

Das Institut stellte sich bereits im April 1935 mit dem Ausstellungsprojekt *Wirtschaft und Aufbau* der Öffentlichkeit vor. Im *Salzburger Volksblatt* hieß es, das neue Institut bilde

»eine Fortsetzung des früher bestandenen, von Dr. Neurath geleiteten ›Gesellschafts- und Wirtschafts-Museums‹ [...], dessen internationaler Ruf, die wirksame Darstellung von statistischem Material, zu erhalten und den Formen des neuen Österreich anzupassen, die Hauptaufgabe des Österreichischen Instituts für Bildstatistik ist.« (*Salzburger Volksblatt*, 2. April 1935: 4)

Die *Neue Freie Presse* schrieb:

»Eine politische Zielsetzung im Gegensatz zur früheren Praxis des Instituts soll ausgeschlossen bleiben. Die neue Form des Instituts und die einberufenen Mitarbeiter haben sich bis jetzt in jeder Weise bewährt, so daß bei voller Anerkennung alles durch Dr. Neurath Geschaffenen und bei strikter Ablehnung plagiatorischer Tendenzen jeder objektive Beurteiler den Eindruck eines bewußten und gelungenen Höherbaus auf den vorgefundenen Fundamenten zugeben muß.« (*Neue Freie Presse*, 2. April 1935: 7)

Die im Brünner Exil erscheinende *Arbeiter-Zeitung* hatte eine andere Auffassung, was die angesprochenen »plagiatorischen Tendenzen« betrifft: »Die Austrofaschisten stehlen besser als die Raben. Die Raben stehlen nur körperliches Eigentum, die Schmitz und Lahr auch geistiges« (*Arbeiter-Zeitung*, 7. April 1935: 7).

Ob die politische Zielsetzung tatsächlich ausgeschlossen blieb, konnte jedenfalls mit gutem Recht bezweifelt werden. Im selben Bericht der *Neuen Freien Presse* hieß es etwas später bereits: »Daß das Oesterreichische Bildstatistische Institut demnächst eine Veranschaulichung der neuen Ständeverfassung herausbringen will, soll ein Bei-

8 | OeStA/AdR, Sicherheits-Kommissär des Bundes für Wien, Verein Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien, behördliche Auflösung Widerruf, 27. November 1934 (M. Abt. 49/9161/34).

spiel für die mannigfaltigen und unerschöpflichen Möglichkeiten bildstatistischer Arbeitsweise sein« (*Neue Freie Presse*, 2. April 1935: 7).

Das *Österreichische Institut für Bildstatistik* konnte bei Weitem nicht an die umfassenden und vor allem auch internationalen Aktivitäten des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums anschließen. Es gestaltete etwa eine Ausstellung des Roten Kreuzes zum Themenkreis Gesundheit und Hygiene, die in Salzburg startete und von dort eine Rundreise durch die österreichischen Landeshauptstädte antrat. In einem der Ausstellungsräume machte auch der »Mutterschutz der Vaterländischen Front auf sein segensreiches Wirken aufmerksam« (*Innsbrucker Nachrichten*, 12. Oktober 1935: 7). Bildstatistiken des Instituts wurden auch auf der Pariser Weltausstellung 1937 gezeigt, wo es an der Gestaltung des österreichischen Pavillons mitwirkte (*Das interessante Blatt*, 19. August 1937: 2).

Das bedeutendste Projekt des bildstatistischen Instituts wurde bereits durch den Regimewechsel im Jahr 1938 geprägt: die Publikation *Industrie und Wohlstand*. Sie wurde vom Bund der Österreichischen Industriellen in Auftrag gegeben und vom Österreichischen Institut für Bildstatistik ausgeführt. Gezeigt werden sollte, wie die Industrie zur Hebung des Volkswohlstandes beiträgt. Die Einzelabschnitte erschienen zunächst im Verlauf des Jahres 1937 in der Zeitschrift *Die Industrie*. Als selbständige Bücher wurden die beiden Bände jedoch erst rund um den »Anschluss« publiziert. Hauptakteur bei der Gestaltung war der Wirtschaftsstatistiker Alois Fischer, der zum ersten Band auch ein Vorwort (mit der Datumsangabe März 1938) und jeweils die Erläuterungen zu den einzelnen Kapiteln beisteuerte. Der zweite Band verzichtete dann auf begleitende Texte, betrieb aber bereits vollkommen unverhüllte NS-Propaganda (Österreichisches Institut für Bildstatistik o. J.).

Alois Fischer war an den Arbeiten *aller drei* bildstatistischer Institute beteiligt. Er arbeitete mit Otto Neurath zusammen und wirkte insbesondere bei dem legendären Band *Wirtschaft und Gesellschaft* mit (Neurath und Kinross 2009: 28–29). Nach Februar 1934 publizierte er ein *Historisch-statistisches Handbüchlein* (Fischer 1935) und wurde einer der wichtigsten Mitarbeiter des bildstatistischen Instituts im Austrofaschismus. Wie wir sehen werden, setzte er seine Arbeit auch für das nachfolgende nationalsozialistische Institut fort.

Während Alois Fischer sich offensichtlich mühelos den neuen Verhältnissen anpasste, gingen Otto Neurath, Marie Reidemeister, Gerd Arntz und einige andere in die erzwungene Emigration. Manche Mitarbeiter des Sozialmuseums blieben, obwohl sie Sozialisten waren, vorerst in Wien, wie etwa der Wirtschaftsstatistiker und Zeichner Friedrich Jahnel. Als am 27. November 1936 eine Polizeirazzia in der Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle stattfand, wurde der dort anwesende Jahnel gemeinsam mit deren wissenschaftlicher Leiterin Marie Jahoda und zahlreichen anderen verhaftet und zu mehreren Monaten Anhalte und Polizeiarrest verurteilt (*Arbeiter-Zeitung*, 14. April 1937: 9–10, 12. Mai 1937: 9 und 23. Juni 1937: 7; Fleck 1989: liv, lviii–lx). 1938 emigrierte er.

Das Institut für Ausstellungstechnik und Bildstatistik

Nach dem »Anschluss« an das nationalsozialistische Deutschland und dem Ende der österreichischen Eigenstaatlichkeit im März 1938 wurde der Graphiker Hoffmann zum Leiter des Instituts ernannt (Rauscher 1982: 198). Die offizielle Geschäftsadresse Ullmannstraße 44 war schon unter Otto Neurath die Adresse des Museums gewesen. Erst Anfang 1939 wurde ein neuer Name eingetragen – Institut für Ausstellungstechnik und Bildstatistik – und für die durchwegs nationalsozialistischen Mitglieder des Vereins der Arierparagraph eingeführt. Ab Oktober 1941 war wieder Eduard Trauteneegg Geschäftsführer des Instituts (Burgstaller 2012: 88–89).

Das Institut für Ausstellungstechnik und Bildstatistik arbeitete eng mit dem Institut für deutsche Kultur- und Wirtschaftspropaganda zusammen und war an den großen Feindbild-Ausstellungen des Nationalsozialismus beteiligt. Die technische Umsetzung und Gestaltung dieser Propagandaausstellungen erfolgte zumeist im Auftrag der Gaupropagandaleitung bzw. des Reichsstatthalters. Zu einer Schlüsselfigur der nationalsozialistischen Bildstatistik wurde der 1900 geborene Maler und Architekt Otto Jahn, der bereits am Österreichischen Institut für Bildstatistik mitgearbeitet hatte. Wie Trauteneegg und Fischer verkörperte auch er die Kontinuität der Bildstatistik vom Austrofaschismus zum Nationalsozialismus. Jahns Spuren verlieren sich in den Kriegsjahren, er galt 1945 als vermisst und wurde 1950 für tot erklärt (ebd.: 300).

Zu den ersten bildstatistischen Aktivitäten des Instituts im Nationalsozialismus zählte die Mitwirkung an der Ausstellung *Der ewige Jude*. Diese war im November 1937 in München gezeigt worden und kam im August 1938 in einer erweiterten und adaptierten Fassung nach Wien. Das Institut beteiligte sich federführend (Kivelitz 1999: 222–227; Burgstaller 2012: 247–248; 2015).

Eine Reihe von Ausstellungen befasste sich mit der Darstellung der »Ostmark« als Teil des Deutschen Reichs. Dazu zählte etwa die Schau des Wiener Künstlerhauses *Berge und Menschen der Ostmark* (Burgstaller 2012: 89). Unter dem Titel *Berge, Menschen und Wirtschaft der Ostmark* wurde diese vom 27. Mai bis 25. Juni 1939 im Berliner Funkturm gezeigt. Das *Neue Wiener Tagblatt* schrieb, die Ausstellung könne »als ein festlicher Antrittsbesuch« bewertet werden, »mit dem sich die Ostmark nun im Altreich einführt« (*Neues Wiener Tagblatt*, 20. Mai 1939: 8). Der Artikel lobte zudem die Verwendung des Sachbilds und resümierte, es sei »eine Schau, wie sie in solchem geistigen und wohl auch räumlichen Ausmaß von einem einzelnen Land noch nie geboten wurde«. Auch das *Kleine Volksblatt* rühmte die Ausstellung und ausdrücklich auch das für die Gestaltung verantwortliche Institut für Ausstellungstechnik und Bildstatistik (*Kleines Volksblatt*, 21. April 1939: 11).

Insbesondere in den ersten Monaten nach dem »Anschluss« war das Institut aber nach wie vor unter dem Namen Österreichisches Institut für Bildstatistik aktiv. Verfolgt man die Berichterstattung der Zeitungen der »Ostmark«, so fällt auf, dass spätestens ab dem Frühjahr 1938 regelmäßig Bildstatistiken erschienen, in denen die wirtschaftliche und soziale Situation Österreichs mit jener im »Altreich« kontrastiert wurde. Die in Wien erscheinende *Volks-Zeitung* brachte etwa im April und Mai 1938



eine ganze Serie von Bildstatistiken, in denen das Volkseinkommen, die Sparkraft oder die Arbeitslosigkeit der Länder miteinander verglichen wurde. Klarerweise fielen diese Vergleiche immer zugunsten Deutschlands aus. Die Mengenbilder dieser Serie, die noch bis mindestens August 1938 fortgesetzt wurden, waren mit »Österreichisches Institut für Bildstatistik« gezeichnet.

Ein zentrales bildstatistisches Thema war der Antisemitismus. Bereits am 8. Mai 1938 brachte die *Volks-Zeitung* die Bildstatistik *Die Verjudung Wiens vor der Wiedervereinigung* (siehe Abbildung 2) und am 15. Mai 1938 folgten *Ziffern zur österreichischen Judenfrage*. Anschaulich verglichen wurden auch die Anteile jüdischer Bevölkerung in verschiedenen deutschen Städten – diese *Schwerpunkte der Judenfrage im Dritten Reich* behandelte etwa die *Kleine Volkszeitung*. Urheber der antisemitischen Mengenbilder war erneut das Österreichische Institut für Bildstatistik (vgl. z. B. *Kleine Volkszeitung*, 15. Mai 1938: 22).

Bildstatistiken im nationalsozialistischen Österreich befassten sich aber auch mit der benachbarten Tschechoslowakei (ČSR). Die Leserschaft erfuhr unter anderem, wie viele Jüdinnen und Juden und wie viele TschechInnen im »deutschen Siedlungsgebiet« lebten. Präsentiert wurden zudem 13 europäische und 16 überseeische Staaten, die allesamt *weniger* EinwohnerInnen hatten als das sudetendeutsche Gebiet. Wie groß war doch die Zahl der Deutschen im fremden Land! Verantwortlich für diese Übersicht waren das Österreichische Institut für Bildstatistik und namentlich Alois Fischer (*Volks-Zeitung*, 13. August 1938: 4). Das Münchner Abkommen, durch das die ČSR gezwungen wurde, das Sudetengebiet an Deutschland abzutreten, folgte wenige Monate später im Oktober 1938.

Das größte und wichtigste Projekt des Instituts für Ausstellungstechnik und Bildstatistik war zweifellos die Ausstellung *Das Sowjetparadies*, die es gemeinsam mit dem Institut für deutsche Kultur- und Wirtschaftspropaganda organisierte (Kivelitz 1999: 228–233, 563–568). Hauptverantwortlich für die Gestaltung war Otto Jahn, unter den Mitwirkenden befand sich wiederum Alois Fischer. Nach dem Überfall NS-Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 war das Thema von überaus großer Bedeutung. In zynischer Weise den bereits kursierenden Begriff des »Sowjetparadieses« aufgreifend, konzentrierte sich die Ausstellung auf die einprägsame Darstellung von Not, Elend und Gewalt. Antibolschewismus und Antisemitismus ergänzten und verstärkten einander (Reichspropagandaleitung 1942). *Das Sowjetparadies* war schließlich vom 13. Dezember 1941 bis 1. Februar 1942 in Wien und vom 8. Mai bis 21. Juni 1942 in Berlin zu sehen und wurde danach noch in vielen deutschen und europäischen Städten gezeigt. In sieben Wochen sahen rund 470.000 BesucherInnen die Ausstellung im Wiener Messepalast, in Berlin kletterte die Zahl auf 1,2 Millionen.

»Diese Zahl, die zu den höchsten zählt, die im Nationalsozialismus mit einer einzelnen Ausstellungsveranstaltung erreicht worden ist, resultierte vor allem aus einer umfassenden Mobilisierung der Bevölkerung durch sämtliche Parteieinrichtungen sowie parteinahe Organisationen.« (Burgstaller 2012: 367)

Der Leiter des Reichsrings für nationalsozialistische Propaganda, Walter Tießler, bezeichnete *Das Sowjetparadies* als die »erfolgreichste politische Ausstellung überhaupt«. Insgesamt erreichte sie bis Ende Oktober 1942 in sieben Städten über drei Millionen Menschen – als Wanderausstellung in mehrfacher Ausfertigung wurde sie aber noch in mindestens 26 Städten in Deutschland und in Europa gezeigt (Burgstaller 2012: 368–369).

Visuelle Bildungsarbeit in Den Haag

Der äußerst umtriebige Otto Neurath hatte im Zuge seiner verschiedenen Tätigkeiten bereits von Wien aus eine Reihe internationaler Kontakte geknüpft. Im Zusammenhang mit seiner visuellen Bildungsarbeit waren dabei vor allem die Gründung des Mundaneum Institute The Hague im Jahr 1931, dessen Präsidentin Mary L. Fleddéus war, und die Gründung der International Foundation for Visual Education als Rechtsnachfolger des Mundaneum Wien, 1933 ebenfalls in Den Haag, bedeutend. Neurath konnte in Wien im Namen der niederländischen Stiftung Räumlichkeiten mieten, in denen wichtige Unterlagen und Bildmaterialien des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums vor dem Zugriff der Behörden geschützt waren. Nach den Kämpfen im Februar 1934 konnten diese Materialien nach Den Haag gebracht werden (Sandner 2014: 234–235).

Otto Neurath selbst befand sich im Februar 1934 in Moskau und kehrte aus berechtigter Sorge vor einer Verhaftung nicht mehr nach Wien zurück. Obwohl Flucht und Neubeginn nicht völlig ungeplant verliefen und in Den Haag bereits Vorbereitungen getroffen worden waren, gestalteten sich die ersten Monate und Jahre überaus schwierig. Dazu trug auch bei, dass ein ausstehendes Honorar in der Höhe von 6.000 Dollar aus Moskau nicht mehr bezahlt wurde. Als Ausländer in einem fremden Land, in dem zudem laufend Druck aus dem nationalsozialistischen Deutschland ausgeübt wurde, waren die Bedingungen für Otto Neurath und seine engste Mitarbeiterin, Marie Reidemeister, hart. »Mir persönlich geht es seit langem miserabel«, schrieb Neurath im April 1936 an Siegfried Bernfeld (zitiert nach: Sandner 2014: 236). Im Herbst 1934 kam auch Gerd Arntz mit Frau und Kind nach Den Haag, und mit Erwin Bernath und Josef Scheer folgten zwei weitere wichtige Mitarbeiter. Sukzessive gelang es, Netze zu knüpfen, Kooperationen aufzubauen und intellektuellen Austausch zu pflegen. Neurath stand etwa im Kontakt mit dem Philosophen und Mathematiker Gerrit Mannoury oder dem Ökonomen Jan Tinbergen, der später der erste Träger des »Wirtschaftsnobelpreises« werden sollte. Ein wichtiges Standbein in den Jahren 1934 bis 1940 war auch das einheitswissenschaftliche Projekt, das insbesondere in der Organisation der großen internationalen Unity-of-Science-Kongresse und dem Beginn der Herausgabe der *Internationalen Enzyklopädie der Einheitswissenschaft* bestand. Aber all das sicherte Neurath kein Einkommen, und die bildpädagogische Arbeit geriet zusehends in den Hintergrund (Sandner 2019b).

Erwähnenswert ist allerdings die Kooperation mit Charles Kay Ogden, dem Erfinder des Basic English. Sie mündete in zwei Publikationen, *International Picture*

Language – The first rules of Isotype (Neurath 1936) und *Basic by Isotype* (Neurath 1937), mit denen Neuraths Bildsprache (die nun schon Isotype hieß) weiter bekannt gemacht wurde. Ein entscheidender Durchbruch in Holland gelang erst 1937 mit einer Rembrandt-Ausstellung (*Rondom Rembrandt*), die in Räumlichkeiten des großen Kaufhauses De Bijenkorf in Amsterdam, Den Haag und Rotterdam stattfand. Es war keine Kunstausstellung, sondern eine sozialhistorische Schau, bei der mit Hilfe von statistischen Mengenbildern Rembrandts Zeit und die (auch technischen) Produktionsbedingungen seiner künstlerischen Arbeit dargestellt wurden. Das Projekt hatte freilich einen kommerziellen Hintergrund, sollten doch durch die Ausstellung KäuferInnen angezogen werden. Nach der Rembrandt-Ausstellung 1937/38 gab es im Jahr 1939 das Folgeprojekt *Het Rollende Rad* (Das rollende Rad) zum 100-jährigen Jubiläum der niederländischen Eisenbahn (Sandner 2014: 240).

Bedeutend in den Jahren der niederländischen Emigration waren generell Kooperationen mit Einrichtungen in den USA, wohin Otto Neurath wiederholt reiste (Sandner 2014: 241–245). Für die National Tuberculosis Association wurde etwa eine erfolgreiche Ausstellung konzipiert. Auch Neuraths Cousin Waldemar Kaempffert, Wissenschaftsjournalist und Direktor des Museum of Science and Industry in Chicago, unterstützte seine Arbeit. Der für Isotype wichtigste Kontakt war aber wahrscheinlich jener zu Alfred A. Knopf. In dessen Verlag erschien im Jahr 1939 das Buch *Modern Man in the Making*, das zu einem international erfolgreichen Schlüsselwerk für Isotype werden sollte. Es gab zahlreiche Rezensionen in internationalen Medien und generell eine breite Resonanz. *Modern Man in the Making* erzählte die Geschichte der modernen Gesellschaft mit kurzen Texten und bildlichen Graphiken (picture-text-style). Das Buch war, auch angesichts der krisenhaften politischen Produktionsumstände, von einem erstaunlichen Fortschrittsoptimismus getragen. Für ein letztlich nie realisiertes Folgeprojekt wurde die Arbeit Neuraths auch von dem amerikanischen Geschäftsmann Edgar J. Kaufmann unterstützt (Sandner 2014: 243–244).

Auch wenn die Arbeit in den Niederlanden mühsam und entbehrungsreich begann, gelang es Otto Neurath doch, wichtige Fundamente zu legen. Neben persönlichen Rückschlägen – am 20. Juli 1937 starb in Den Haag seine Frau Olga Neurath – verhinderte aber auch die politische Entwicklung eine langfristige Etablierung.

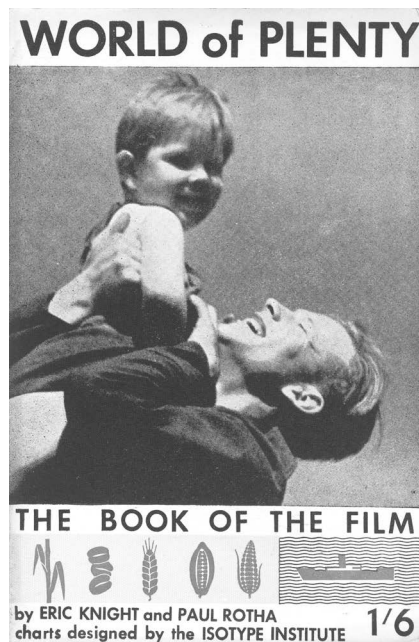
Das Isotype Institute in Oxford

Als im Mai 1940 deutsche Truppen in Belgien und den Niederlanden einmarschierten, sahen sich Otto Neurath und Marie Reidemeister zu einer abenteuerlichen Flucht gezwungen. Am 14. Mai gingen sie, nur mit dem nötigsten Gepäck, zum Hafen Scheveningen und bestiegen ein bereits überfülltes Rettungsboot, das nach vielen Turbulenzen schließlich von einem britischen Zerstörer auf seiner Fahrt zur englischen Küste aufgegriffen wurde. Wie alle AusländerInnen mit deutschem Pass wurden sie in England interniert. Diese Phase sollte rund acht Monate dauern, erst im

Februar 1941 konnten Otto Neurath und Marie Reidemeister die Internierungslager auf der Isle of Man verlassen. Kurz darauf heirateten sie (Sandner 2014: 262–270).

Die Jahre des englischen Exils waren – insbesondere im Hinblick auf Isotype – erfolgreicher als jene in den Niederlanden. Im Jahr 1942 erfolgte die Gründung des Isotype Institute in Oxford, wofür sich vor allem die Philosophin Susan Stebbing eingesetzt hatte. Auch der Soziologe und Gildensozialist G. D. H. Cole unterstützte die Arbeit der Neuraths (Sandner 2011). Neben Vorträgen, Publikationen und Ausstellungen gab es beinahe von Beginn an auch ein neues Standbein der Isotype-Arbeit: den Film. Verantwortlich dafür war die Bekanntschaft Neuraths mit dem Dokumentarfilmer Paul Rotha, der bereits im April 1941 mit Neurath in Kontakt getreten war. Beauftragt und finanziert vom Ministry of Information (MoI) wurden über 15 Filme in unterschiedlicher Länge gedreht, in denen Trickfilm-Sequenzen mit Isotype eingesetzt wurden. Es ging dabei um Gesundheit, Müllvermeidung und Ressourcenschonung, aber auch um die globale Ernährungsökonomie oder den Wohnbau in England. Der erste dieser Filme, *A Few Ounces A Day*, war ein nur wenige Minuten dauernder Kurzfilm, der als einziger dieser Serie ausschließlich auf Isotype basierte. Neben zahlreichen weiteren Kurzfilmen entstanden auch zwei längere Produktionen, die in der Geschichte des britischen Dokumentarfilms einen bedeutenden Platz einnehmen: *World of Plenty* (1943) und *Land of Promise* (1945/46) (Burke und Haggith 1999; Burke 2013b).

Abbildung 3: Buch zum Film *World of Plenty*.



Quelle: University of Reading, Isotype Collection.

Gezeigt wurden diese Filme in Kinos, aber auch bei eigens dafür initiierten Veranstaltungen oder etwa in Betriebskantinen. Die methodisch überaus ambitionierten Produktionen waren auf die britischen Kriegserfordernisse abgestimmt. Sie folgten einer politischen Propagandalogik. Das war durchaus im Sinne Otto Neuraths. Er identifizierte sich immer stärker mit der englischen Gesellschaft und Politik und sah diese Filmarbeit als seinen persönlichen Beitrag zum Kampf gegen den Nationalsozialismus. Seine zum Teil sehr weitreichenden Pläne zum Einsatz von Isotype in der Re-Education nach Kriegsende konnte er nicht mehr verwirklichen (Sandner 2011). Noch im Juli 1945 engagierte sich Otto Neurath in einem Stadtentwicklungsprojekt in Bilston (nahe Birmingham). Eine slumartige Arbeitersiedlung sollte abgerissen und eine moderne Wohnsiedlung errichtet werden. Neurath entwickelte Ideen, wie mit Hilfe von Isotype Mitbestimmungsmodelle für die zukünftigen BewohnerInnen bereits vor Baubeginn etabliert und ein innovatives soziales Wohnprojekt realisiert werden könnte (Nikolow 2003). Doch am 22. Dezember 1945 starb Otto Neurath überraschend. Seine Witwe Marie Neurath führte das Isotype Institute, das bald von Oxford nach London verlegt wurde, noch bis 1971 fort.

Kontinuitäten vs. Diskontinuitäten

Die Frage nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten der Wiener Methode der Bildstatistik kann auf mehreren Ebenen beantwortet werden. Auf der personellen Ebene stehen Otto Neurath, Marie Reidemeister (bzw. Neurath) und Gerd Arntz für eine inhaltliche und methodisch stringente Fortsetzung der bildhaften Pädagogik des »Roten Wien« in der Emigration. Es gab aber auch personelle Kontinuitäten, die politisch kaum gegensätzlicher sein konnten. Alois Fischer ist hier nicht das einzige, aber wahrscheinlich das herausragende Beispiel. Der Wirtschaftsstatistiker hatte bereits vor der Gründung des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums einen bekannten Namen. Unter Otto Neurath arbeitete er an verschiedenen Projekten des Sozialmuseums mit. Die folgenden Regimebrüche überstand Fischer scheinbar unbeschadet. Er war führender Mitarbeiter des Österreichischen Instituts für Bildstatistik im Austrofaschismus (1933/34–1938) genauso wie des Instituts für Ausstellungstechnik und Bildstatistik im Nationalsozialismus. Seine Mitwirkung bei zahlreichen Projekten, etwa der großen Feindbildausstellung *Das Sowjetparadies*, ist zweifelsfrei verbürgt. Auch in den Jahren nach 1945 sind Publikationen Fischers nachweisbar. Im Vorwort zu einem 1949 erschienenen Buch behauptete er bemerkenswerterweise, dass nun »nach elfjähriger Unterbrechung eine bewährte Tradition« fortgeführt werde (Fischer 1949: 2; zu Fischer siehe auch Kalleitner 2016: 10–21).

Auf der institutionellen Ebene gab es klare Brüche: Auf das Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum im »Roten Wien« folgte das Österreichische Institut für Bildstatistik im Austrofaschismus, das wiederum im Nationalsozialismus vom Institut für Ausstellungstechnik und Bildstatistik abgelöst wurde. Gemeinsamkeiten zwischen Neuraths Sozialmuseum und den beiden bildstatistischen Instituten während der

Diktaturen sind eher oberflächlich, etwa was das Aufgreifen bestimmter Themen wie Arbeitslosigkeit, Wohnbau oder Gesundheit betrifft. Schon auf den ersten Blick fallen methodische und gestalterische Unterschiede auf. Das betrifft nicht nur die zum Teil deutlich veränderten Piktogramme, die sich klar erkennbar von jenen von Gerd Arntz unterscheiden. Auch die Transformation der Zahlen und Fakten in Bilder folgte ganz offensichtlich nicht den von Neurath immer wieder engagiert verfochtenen Regeln. Neben den bestimmte Mengen repräsentierenden Piktogrammen wollte er etwa auf zusätzliche, bloß illustrierende Bilder zugunsten von Einfachheit und Klarheit möglichst verzichten. Vielmehr noch fällt aber etwas Grundsätzliches ins Gewicht: Der Arbeit der beiden dem Sozialmuseum Neuraths nachfolgenden Institute fehlte vor allem das emanzipatorische Potenzial der Wiener Bildstatistik der Zwischenkriegszeit. Diese wollte ja im Sinne von Empowerment zur Herausbildung eines kritischen politischen Bewusstseins und zur kompetenten Wahrnehmung sozialer Interessen durch die Arbeiterschaft führen. Dieser politisch aufklärerische Impuls spielte in der in Wien produzierten Bildstatistik ab 1934 überhaupt keine Rolle mehr.

Literatur

- Architekturzentrum Wien (2017): »Otto Rudolf Polak-Hellwig«, in: *Architektenlexikon Wien 1770–1945* (<http://www.architektenlexikon.at/de/470.htm>, 4. Juni 2018).
- Botz, Gerhard (2018): *Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung, Kriegsvorbereitung 1938/39*, Wien: Mandelbaum.
- Burgstaller, Rosemarie (2012): *NS-Feindbild-Ausstellungen 1933–1945. Propaganda, »Volksgemeinschaft« und visuelle Gewalt*, Wien: Universität Wien (Dissertation).
- Burgstaller, Rosemarie (2015): »Verhöhnung als inszeniertes Spektakel im Nationalsozialismus: Die Propaganda-Ausstellung »Der ewige Jude««, in: Dreidemy, Lucile, Hufschmied, Richard, Meisinger, Agnes, Molden, Berthold, Pfister, Eugen, Prager, Katharina, Röhrlich, Elisabeth, Wenninger, Florian und Wirth, Maria (Hrsg.), *Bananen, Cola, Zeitgeschichte: Oliver Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, S. 346–356. DOI: <https://doi.org/10.7767/9783205203353-032>.
- Burke, Christopher (2013a): »The Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum in Wien, 1925–34«, in: Burke, Christopher, Kindel, Eric und Walker, Sue (Hrsg.), *Isotype. Design and Contexts 1925–1971*, London: Hyphen Press, S. 21–106.
- Burke, Christopher (2013b): »Animated Isotype on film, 1941–7«, in: Burke, Christopher, Kindel, Eric und Walker, Sue (Hrsg.), *Isotype. Design and Contexts 1925–1971*, London: Hyphen Press, S. 366–389.
- Burke, Michael und Haggith, Toby (1999): »Words Divide: Pictures Unite. Otto Neurath and British Propaganda Films of the Second World War«, in: *Imperial War Museum Review*, 12. Jahrgang, S. 59–70.
- Burke, Christopher, Kindel, Eric und Walker, Sue (Hrsg.) (2013): *Isotype. Design and Contexts 1925–1971*, London: Hyphen Press.

- Fischer, Alois (1935): *Historisch-statistisches Handbüchlein*, Wien/Leipzig: Jugend & Volk.
- Fischer, Alois (1949): *Das neue Weltbild in geographisch-statistischer Darstellung*, Wien: Freytag-Berndt.
- Fleck, Christian (1989): »Politische Emigration und sozialwissenschaftlicher Wissenstransfer. Das Beispiel Marie Jahoda«, in: Fleck, Christian (Hrsg.), *Marie Jahoda: Arbeitslose bei der Arbeit. Die Nachfolgestudie zu »Marienthal« aus dem Jahr 1938*, Frankfurt am Main/New York: Campus, S. vii-lxxii.
- Kalleitner, Fabian (2016): *Arbeiterbildung und Propaganda. Die Bildstatistik als janusköpfige Methode zur Volksbildung*, Wien: Universität Wien (Seminararbeit).
- Kinross, Robin (2013): »The Graphic Formation of Isotype, 1925–40«, in: Burke, Christopher, Kindel, Eric und Walker, Sue (Hrsg.), *Isotype. Design and Contexts 1925–1971*, London: Hyphen Press, S. 107–185.
- Kivelitz, Christoph (1999): *Die Propagandaausstellung in europäischen Diktaturen. Konfrontation und Vergleich: Nationalsozialismus in Deutschland, Faschismus in Italien und die UdSSR der Stalinzeit*, Bochum: Winkler.
- Lorenz, Oliver (2016): »Die Ausstellung ›Das Sowjetparadies‹: nationalsozialistische Propaganda und kolonialer Diskurs«, in: *Revue d'Allemagne et des Pays de langue allemande*, 48. Jahrgang, Heft 1, S. 121–139. DOI: <https://doi.org/10.4000/allemande.376>.
- Neurath, Marie und Kinross, Robin (2009): *The Transformer. Principles of Making Isotype Charts*, London: Hyphen Press.
- Neurath, Otto (1927): »Die bildliche Darstellung gesellschaftlicher Tatbestände«, in: Haller, Rudolf und Kinross, Robin (Hrsg.) (1991), *Otto Neurath. Gesammelte bildpädagogische Schriften*, Wien: Hölder-Pichler-Tempsky, S. 118–125.
- Neurath, Otto (1930): *Gesellschaft und Wirtschaft. Bildstatistisches Elementarwerk des Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseums in Wien*, Leipzig: Bibliographisches Institut AG.
- Neurath, Otto (1933): »Bildstatistik nach Wiener Methode in der Schule«, in: Haller, Rudolf und Kinross, Robin (Hrsg.) (1991), *Otto Neurath. Gesammelte bildpädagogische Schriften*. Wien: Hölder-Pichler-Tempsky, S. 265–336.
- Neurath, Otto (1936): *International Picture Language: The first rules of Isotype*, London: Kegan Paul.
- Neurath, Otto (1937): *Basic by Isotype*, London: Kegan Paul.
- Neurath, Otto (1939): *Modern Man in the Making*, New York: Alfred A. Knopf.
- Nikolow, Sybilla (2003): »Planning, Democratization and Popularization with ISO-TYPE, ca. 1945: A Study of Otto Neurath's Pictorial Statistics with the Example of Bilston, England«, in: Stadler, Friedrich (Hrsg.), *Induction and Deduction in the Sciences*, Dordrecht: Kluwer Academic Publishers (Yearbook Vienna Circle, Band 11), S. 299–329.
- Österreichisches Institut für Bildstatistik (o. J.): *Industrie und Wohlstand. Bildstatistisches Tafelwerk*, 1. Teil: Grundlagen des industriellen Schaffens, Wien: Jugend & Volk.

- Österreichisches Institut für Bildstatistik (o. J.): *Industrie und Wohlstand. Bildstatistisches Tafelwerk*, 2. Teil, Wien: Jugend & Volk.
- Rauscher, Franz (1982): »Nach Otto Neurath: Österreich von 1934 bis 1972«, in: Stadler, Friedrich (Hrsg.), *Arbeiterbildung in der Zwischenkriegszeit: Otto Neurath – Gerd Arntz*, Wien/München: Löcker, S. 198–201.
- Reichspropagandaleitung der NSDAP (Hrsg.) (1942): *Das Sowjetparadies. Ein Bericht in Wort und Bild*, Berlin: Zentralverlag der NSDAP.
- Sandner, Günther (2011): »The German Climate and Its Opposite: Otto Neurath in England, 1940–45«, in: Grenville, Anthony und Reiter, Andrea (Hrsg.), *Political Exile and Exile Politics in Britain after 1933*, Amsterdam/New York: Rodopi (Yearbook of the Research Centre for German and Austrian Exile Studies, Band 12), S. 67–85.
- Sandner, Günther (2014): *Otto Neurath. Eine politische Biographie*, Wien: Zsolnay.
- Sandner, Günther (2019a): »Isotype: Visuelle Erziehung und Politik«, in: *Juni. Magazin für Literatur und Politik*, Heft 55/56, S. 223–239.
- Sandner, Günther (2019b): »A Political Recess: Otto Neurath in the Netherlands (1934–40)«, in: Alberts, Gerard, Bergmans, Luc und Muller, Fred (Hrsg.), *Significs and the Vienna Circle: Intersections*, Dordrecht: Springer (im Erscheinen).
- Stadler, Friedrich (Hrsg.) (1982): *Arbeiterbildung in der Zwischenkriegszeit: Otto Neurath – Gerd Arntz*, Wien/München: Löcker.
- Ullrich, Wolfgang (2006): *Bilder auf Weltreise. Eine Globalisierungskritik*, Berlin: Klaus Wagenbach.

Durchdringungen

Karl Polanyis Faschismustheorie¹

Mathieu Desan und Gareth Dale

Einleitung

Karl Polanyi ist wohl nicht als Theoretiker des Faschismus bekannt. Dennoch war es in beachtlicher Art und Weise. Eines der Hauptanliegen von *The Great Transformation* und wohl auch eine Motivation, dieses Werk zu verfassen, war es, die Ursachen für den Faschismus der Zwischenkriegszeit zu ergründen. In den 1920er- und 1930er-Jahren verfolgte Polanyi aufmerksam die Debatten zu Ursprung und Entwicklungslinien des Faschismus sowie dessen Verhältnis zum Kapitalismus, sowohl auf rechter als auch auf linker Seite. Daraus entwickelte er seine eigene Position zum Faschismus. In diesem Beitrag geben wir einen Überblick über die Debatten der Zwischenkriegszeit in der Linken, insbesondere von Otto Bauer, G. D. H. Cole, Antonio Gramsci, Hendrik de Man, August Thalheimer und Leo Trotzki. Daran anschließend erklären wir Polanyis Faschismustheorie, wie sie sich vor diesem Hintergrund entwickelte, sein Verständnis des Verhältnisses von Faschismus und Kapitalismus, der institutionellen Abtrennung der ökonomischen und politischen Sphäre, des Konflikts zwischen Kapitalismus und Demokratie, wie er sich in der Zwischenkriegszeit zuspitzte, sowie seine Unterscheidung zwischen sozialistischen und faschistischen Formen des Korporatismus. Im Zuge dessen wollen wir Polanyis Faschismustheorie innerhalb der sozialdemokratischen Debatten seiner Zeit verorten und werden dabei die Gemeinsamkeiten mit und Unterschiede zu den Hauptdenkrichtungen herausarbeiten.

Faschismus und die sozialistische Linke

Als 1936 Polanyis erste größere Abhandlung zum Faschismus, *Das Wesen des Faschismus*, erschien, war die Frage des Faschismus, seines Ursprunges und wie man ihn bekämpfen könne, bereits zu einer grundlegenden Sorge sozialistischer Theorie und

1 | Aus dem Englischen von Michael G. Kraft.

Praxis geworden. Sowohl im kommunistischen wie auch im sozialdemokratischen Lager führten in den 1930er-Jahren die Rückschläge der Arbeiterbewegung gegenüber den faschistischen und rechtsautoritären Regimen in ganz Europa zu einer Auseinandersetzung mit den gescheiterten Strategien der Vergangenheit. Die Auseinandersetzung war jedoch ungleich und instabil, da sich neue Gräben in der sozialistischen Linken auftaten, als deren AkteurInnen von den Ereignissen überholt wurden. Obwohl scharfe und klare Analysen des faschistischen Phänomens gelegentlich auftauchten, waren letztendlich weder der Kommunismus noch die Sozialdemokratie der faschistischen Welle gewachsen, bevor es schließlich zum verheerenden Krieg kam.

Das Auftauchen des Faschismus auf politischer Ebene rief zunächst wenig ernsthafte Reflexionen innerhalb der sozialistischen Kreise hervor. Als Benito Mussolini 1922 auf einer Welle von gegen die SozialistInnen gerichteter Gewalt der Schwarzhemden die Macht ergriff, wurde er rasch und energisch von der Linken verurteilt. Aber das politischen Exilierten und der niedergeschlagenen italienischen Arbeiterbewegung entgegengebrachte Wohlwollen führte nicht zu einer spezifischen Beurteilung des faschistischen Phänomens. Tatsächlich wurde der Faschismus wechselweise als italienische Besonderheit oder als typisch bürgerliche Antwort abgetan. Die sozialdemokratische Linke tendierte dazu, im italienischen Faschismus eine anomale Entwicklung zu sehen, die auf italienische Verhältnisse beschränkt war und die ohnehin bald vorüber sein würde. Daher gab es wenig Anlass, die sozialdemokratische Vorstellung eines friedlichen und stetigen Wegs zum Sozialismus zu überdenken. Die kommunistische Linke auf der anderen Seite verkannte den besonderen Charakter von Mussolinis Bewegung, indem sie in ihr bloß ein Beispiel für die Flut kapitalistischer Reaktionen auf das revolutionäre Aufbegehren nach dem Ersten Weltkrieg sah. Deshalb wurde es unter der Führung von Amadeo Bordiga zur offiziellen Doktrin der Partito Comunista d'Italia (Kommunistische Partei Italiens, KPI), den Faschismus auf ein »terroristisches Instrument« des Kapitalismus zu reduzieren. In der Folge bildete dies auch die offizielle Komintern-Linie. Man verweigerte damit jegliche sinnhafte Unterscheidung zwischen faschistischer Diktatur und einem parlamentarischen Regime, das ebenfalls als Diktatur des Kapitals aufgefasst wurde (Beetham 1984: 5). Somit sprachen die frühen kommunistischen und sozialdemokratischen Reaktionen auf unterschiedliche Weise dem Faschismus seine Spezifität ab. Wenn die Komintern Mussolinis Machtergreifung als eine »Farce, die bald vorüber sein und den Weg zur Revolution ebnen werde«, ansah, so lautete die sozialdemokratische Überzeugung, dass der normale Lauf der Geschichte bald weitergehen werde (Ceplair 1987: 42).

Als sich der Faschismus in Italien konsolidierte und autoritäre Bewegungen im restlichen Europa regen Zuspruch ernteten, wurde diese anfängliche Indifferenz gegenüber dem Faschismus unhaltbar. Nichtsdestotrotz blieben die grundlegenden Konturen linker Analyse und Strategie in Bezug auf den Faschismus bis in die frühen 1930er-Jahre weitgehend unverändert. Die Sozialdemokratie reagierte selbstgefällig auf diese neuen politischen Umstände. Émile Vandervelde, der 1929–1936 Vorsitzender der Zweiten Internationale werden sollte, sprach noch 1928 davon, dass

»es ausschließlich [...] dieses zweitklassige, ökonomisch und politisch rückständige Europa sei, wo die Diktaturen florieren« (zitiert nach: Bergounioux 1983: 33). Der Zulauf zum Nationalsozialismus in Deutschland strafe diese Auffassung natürlich Lügen, dennoch brauchten viele SozialdemokratInnen noch lange, bis sie die Bedrohung wirklich ernst nahmen. Noch 1932 blieb Karl Renner, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs (SDAPDÖ), selbstgefällig im Hinblick auf den Aufstieg der NationalsozialistInnen in Deutschland (Mozetič 1992). Im November desselben Jahres, als die NationalsozialistInnen in den letzten freien, bundesweiten Wahlen Verluste einfuhren, behauptete Léon Blum, de facto Leiter der Französischen Sektion der Arbeiter-Internationale (Section française de l'Internationale ouvrière, SFIO), zuversichtlich, dass Adolf Hitler »von nun an von der Macht ausgeschlossen bleibe« bzw. »es keinerlei Aussicht auf dessen Machtergreifung gäbe«. In einem atemberaubenden Mangel an historischer Urteilskraft zelebrierte Blum »die unüberwindbare Hürde«, die von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) gegen Hitler errichtet worden sei (Blum 1932).

Die faschistischen Verbrechen und die Ermordung von Giacomo Matteotti bewegten zwar viele SozialdemokratInnen, dennoch war die europäische Sozialdemokratie nach wie vor von der Abwesenheit eines eigenständigen Denkansatzes im Hinblick auf den Faschismus in den 1920er-Jahren geprägt. Das wiederum gründete in der generell inkohärenten Doktrin der Sozialistischen Arbeiterinternationale, die zwischen einem reformistischen Flügel, vertreten durch die SPD und die Britische Labour Party, sowie den orthodoxeren Parteien wie der französischen SFIO und der österreichischen SDAP gespalten war. Trotz dieses Bruches, oder besser gesagt wegen ihm, stand die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung einer angespannten Geschlossenheit jeglichem innovativen strategischen Ansatz entgegen. Die führenden Persönlichkeiten der Sozialistischen Arbeiterinternationale sahen den Faschismus auch weiterhin als eine temporäre Abweichung vom parlamentarischen Weg zum Sozialismus an. Sowohl reformistische als auch vermeintlich revolutionäre SozialdemokratInnen waren sich darin einig, dass die politische Demokratie, d. h. in ihrer bourgeoisen Form, eine notwendige Voraussetzung für den Sozialismus war.² Von einem sozialdemokratischen Standpunkt aus stellte der Faschismus, den man unter die allgemeinere Kategorie der Diktatur subsumierte, eine unliebsame Entwicklung dar. Aber anstatt irgendwelche theoretischen Reflexionen darüber auszulösen, war die Position der parlamentarischen Routine jene, dass es einfacher war, den Faschismus als historische Anomalie abzutun, und dass eine Wiederherstellung der Demokratie unausweichlich wäre. Karl Kautsky sah im Nationalsozialismus eine anachronistische Form der gewaltsamen kapitalistischen Reaktion, der, da er mit der realen kapitalistischen Entwicklung

2 | Das bedeutet keine explizite Ablehnung der Revolution. Blum hielt beispielsweise an der letzten Notwendigkeit einer revolutionären »Machtergreifung« auch außerhalb des legalen bürgerlichen Rahmens fest. Er sah diese Möglichkeit allerdings erst, wenn die Bedingungen dafür reif sind, und dazu gehörte für ihn eine sozialistische Mehrheit im Parlament.

außer Tritt geraten und somit historisch regressiv war, zum Scheitern verurteilt sei. *Attentisme* stand somit auf der Tagesordnung (Beetham 1984: 41–42).

Wenn es überhaupt irgendeinen theoretischen Denkanstoß innerhalb der Sozialdemokratie der 1920er-Jahre gab, dann waren es wohl die Überlegungen zu einem »Organisierten Kapitalismus« – ein Konzept, das vor allem mit Rudolf Hilferding und der »kapitalistischen Rationalisierung« verbunden war (ebd.: 41).³ Dieser tendierte jedoch dazu, den sozialdemokratischen Quietismus gegenüber dem Faschismus nur noch zu bestärken. Die zugrundeliegende Überlegung war, dass die Entwicklungstendenzen ökonomischer Rationalisierung nach dem Ersten Weltkrieg den Kapitalismus stabilisiert und damit eine geordnete Entfaltung der Produktivkräfte ermöglicht hatten. Es wäre die Übergangsphase in Richtung Sozialismus und es sei die Aufgabe der SozialistInnen, diesen Prozess der Rationalisierung auf explizit sozialistische Ziele hinzulenken. Dies könne mit demokratischen Mitteln erreicht werden, da der Staat als neutraler Vermittler der Klassenkräfte angesehen wurde, den man sozialistisch durchdringen könne. Die strategischen Implikationen dessen standen im Einklang mit der reformistischen sozialdemokratischen Praxis der 1920er-Jahre: Da sich der Kapitalismus bereits friedlich in Richtung Sozialismus entwickle, und da der Staat kein Klassenbewusstsein habe, sei der Sozialismus innerhalb des legalen bürgerlichen Rahmens erreichbar. Wirtschaftsdemokratie erschien schlichtweg als Erweiterung der politischen Demokratie und der Weg zum Sozialismus verlaufe über das Parlament. Was den Faschismus betrifft, so stelle er keine eigenständige historische Tendenz dar, sondern eher eine Abweichung von der historischen Bewegung hin zur sozialistischen Demokratie.

Die sozialdemokratische Antwort auf den Faschismus – ob aus opportunistischem Reflex oder theoretischer Überzeugung – war, die Geschichte wieder auf Schiene zu bringen, indem man auf Abwehr setzte und, wo die bürgerliche Demokratie bereits verschwunden war, sie um jeden Preis zu restaurieren suchte. Darin gründete die desaströse Strategie des »geringeren Übels« und der »Tolerierung« der SPD, was die Partei dazu veranlasste, zunehmend reaktionäre und undemokratische Regierungen im Namen des Erhalts der Republik stillschweigend zu unterstützen, anstatt auf linker Seite eine einheitliche Vorgehensweise mit der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) zu suchen. Anderswo in Europa waren die SozialdemokratInnen weniger zögerlich in der Beschwichtigung bürgerlicher Parteien; teilweise weil die Verhältnisse weniger katastrophal waren, doch das grundlegende Muster, den Kampf gegen den Faschismus als einen defensiven anzusehen, in dem der Großteil der Gesellschaft inklusive der Bourgeoisie ein gemeinsames Interesse verfolge, wurde auch dort repliziert. Sofern die faschistische Bedrohung innerhalb der SFIO im Frankreich der 1920er-Jahre überhaupt ernst genommen wurde, wurde sie vom reformistischen Flügel als Rechtfertigung für Wahlbündnisse mit Mitte-Links-Radikalen beschworen.

3 | Zur französischen Debatte zur Rationalisierung siehe: Moch 1927; Montagnon 1929; Philip 1928.

Verlangte die sozialdemokratische Theorie des Faschismus als historischer Anachronismus nach der Verteidigung der demokratischen Institutionen in einem Bündnis mit der progressiven Bourgeoisie, so führte die offizielle kommunistische Doktrin des Faschismus in den 1920er-Jahren zur entgegengesetzten Politik der revolutionären Isolierung. Die Absurditäten der kommunistischen Strategie gegenüber dem Faschismus in diesem Zeitraum sind weithin bekannt, jedoch mangelte es den KommunistInnen nicht an innovativen Denkansätzen zum Faschismus, vor allem im Vergleich zu den SozialdemokratInnen (vgl. Cammett 1967; Beetham 1984). Nach ihrer anfänglichen Unbedachtheit begann die Kommunistische Partei Italiens auf Drängen von Antonio Gramsci und Palmiro Togliatti eine Theorie des Faschismus zu erarbeiten, die seine Spezifität erkannte. Der Hauptstrang ihrer Analyse unterschied sich von der bordigistischen in zwei grundlegenden Aspekten: Erstens unterstrichen sie im Unterschied zur verschwörungstheoretischen Sichtweise, die im Faschismus das bloße Instrument des Großkapitals sah, den Massencharakter des Faschismus als politische Ausdrucksform des Kleinbürgertums. Das bedeute selbstverständlich nicht, dass der Faschismus nicht etwa vom Kapital instrumentalisiert werde, aber es gab Aufschluss darüber, dass der Faschismus – vor allem wenn an der Macht – ein widersprüchliches und instabiles Phänomen darstellte. Zweites sahen sie den Faschismus als Folge und nicht als Ursache des politischen Versagens des Sozialismus in der revolutionären Nachkriegsphase. Der Faschismus unterschied sich von anderen reaktionären Varianten darin, dass er nicht einfach rückwärtsgewandt auf die Herstellung einer alten Ordnung abzielte, sondern eine kapitalistische Offensive darstellte, die darauf aus war, die Institutionen der Arbeiterklasse für immer zu vernichten. Diese Ansichten beschränkten sich nicht nur auf Gramsci und Togliatti, sondern fanden auch Widerhall bei Clara Zetkin, die 1923 davor warnte, im Faschismus »eine militärisch-terroristische Bewegung und nicht eine Massenbewegung, die tief in der Gesellschaft verankert ist«, zu sehen, deren Sieg über die sozialistische Bewegung zuallererst ein politischer und ideologischer und erst danach ein militärischer wäre (Cammett 1967: 151). Das Versagen der SozialistInnen, die revolutionäre Aktion unmittelbar nach dem Krieg zu ergreifen, bereite folglich den Nährboden für ihre brutale Unterdrückung durch den Faschismus.

Derartige Nuancierungen im kommunistischen Denken wurden aber rasch übertönt von der Konsolidierung eines offiziellen Komintern-Standpunkts rund um die ultralinke Weigerung, zwischen Kapitalismus und Faschismus eine grundlegende Unterscheidung vorzunehmen. Diese Haltung wurde theoretisch damit gerechtfertigt, dass die Ära des Monopolkapitalismus die letzte Phase eines rasch zusammenbrechenden Kapitalismus darstelle. Dies wurde auf dem VI. Weltkongress der Komintern 1928 weiter zur berüchtigten »Dritten Periode« ausgearbeitet, wonach die kapitalistische Welt nach einer Phase relativer Stabilität in den 1920er-Jahren reif für die Revolution sei. Dies bedeutete, dass nunmehr alle nicht-revolutionären Kräfte als konterrevolutionär eingestuft wurden und eine einzige »reaktionäre Masse« darstellen würden (ebd.: 154). Es führte zur berüchtigten Gleichsetzung von Sozialdemokra-

tie und Faschismus und erhielt den Beinamen »Sozialfaschismus«. Das Exekutivkomitee der Komintern hielt 1929 fest, dass

»in Ländern mit starken sozialdemokratischen Parteien der Faschismus die besondere Form des Sozialfaschismus annimmt, der in immer größerem Ausmaß der Bourgeoisie als Instrument dient, die Aktivität der Massen in ihrem Kampf gegen faschistische Diktatorregime zu lähmen.« (Ebd.: 154)⁴

Wenn der Kapitalismus bereits als Faschismus und SozialdemokratInnen als ReformistInnen angesehen wurden, dann folgte daraus, dass die Sozialdemokratie nur der gemäßigte Flügel des Faschismus sei.

Die praktischen Konsequenzen dieser sektiererischen Haltung waren katastrophal, vor allem in Deutschland. Einerseits waren demnach die Regierungen Heinrich Brüning und Franz von Papen bereits faschistische Diktaturen, andererseits war die SPD der gemäßigte Flügel des Faschismus – eine Tatsache, die angeblich durch ihre Strategie der »Tolerierung« bestätigt werde. Diese Prämisse verleitete die KPD dazu, Hitler zu unterschätzen und ihre Feindseligkeit gegenüber der SPD auszuleben. In einer Zeit, als der Nationalsozialismus großen Zuspruch erfuhr, rief die KPD 1930 »den härtesten Klassenkampf gegen die Führung der SPD« aus. Die »vorrangige Aufgabe« der KommunistInnen sei es, den Einfluss der SPD »zu liquidieren«, so der Komintern-Vertreter Georgi Dimitroff. Erst danach könne man »Hitler [...] in der Mülltonne der Geschichte entsorgen« (Ceplair 1987: 78). Selbstverständlich stand in Deutschland am meisten auf dem Spiel, aber in ganz Europa richteten die kommunistischen Parteien ihr Augenmerk auf ihr sozialdemokratisches Gegenüber, das sie zum vorrangigen Hindernis im Kampf gegen einen Faschismus erklärten, der im offiziellen kommunistischen Diskurs auch weiterhin keinerlei Spezifität aufwies.

Am Vorabend der Machtergreifung durch die NationalsozialistInnen 1933 und der darauffolgenden Zerschlagung der KPD und SPD war die Antwort der europäischen SozialistInnen grundsätzlich gespalten zwischen der unbedingten Verteidigung der bürgerlichen Demokratie durch die SozialdemokratInnen und der Vermeidung dieser Verteidigung mit dem Faschismus durch die KommunistInnen. Beide unterschätzten auf ihre Art und Weise die Besonderheit und Stärke des Faschismus. Das deutsche Debakel erzwang allerdings eine Neubewertung unter SozialdemokratInnen und KommunistInnen, von denen viele offen die gescheiterte Strategie der Demobilisierung, Desorientierung und Spaltung der Arbeiterklasse angesichts dieser existentiellen Bedrohung kritisierten. Diese neugefundene Dringlichkeit wurde

4 | Trotz der offensichtlichen Absurdität dieses Arguments merkt Cammett an, dass es doch ein Körnchen Wahrheit enthält, nämlich dass sowohl die Sozialdemokratie als auch der Faschismus Versuche darstellten, eine Massenbasis für den Kapitalismus zu gewährleisten (Cammett 1967: 160). Auch Beetham verweist darauf, dass die KPD angesichts der sozialdemokratischen Duldung reaktionärer Politiken in den späten 1920er-Jahren und der Zusammenarbeit der SPD mit reaktionären Kräften in den Jahren 1918–1919 zumindest gute Gründe hatte, eine derartige Auffassung zu vertreten (Beetham 1984: 20–21).

durch neuere Ereignisse, wie etwa die Zerschlagung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs und die darauffolgende Einrichtung des Austrofaschismus in Österreich sowie die brutale Niederschlagung des Bergarbeiterstreiks in Asturien, weiter bekräftigt (Horn 1996). Darüber hinaus schien das Gespenst des Faschismus nun auch Gesellschaften zu bedrohen, in denen die demokratischen Institutionen fest in der Gesellschaft verankert waren, wie zum Beispiel in Frankreich, wo ein Aufstand von rechtsextremen paramilitärischen Gruppen im Februar 1934 von der Linken weitgehend als ein gescheiterter faschistischer Coup angesehen wurde (Berstein 1975; Jenkins und Millington 2016). Das Zusammenspiel dieser Ereignisse vor dem Hintergrund einer sich vertiefenden ökonomischen Krise sollte die bestehenden Koordinaten des sozialistischen Denkens über den Faschismus auf den Kopf stellen.

Nach 1933 wurde der Kampf gegen den Faschismus zum obersten Gebot der europäischen Linken. Die bedeutendste Entwicklung in diese Richtung war die Formierung einer Volksfront. Im Grunde genommen war die Volksfront eine Weiterführung der sozialdemokratischen Strategie, die bürgerliche Demokratie gegen den Faschismus zu verteidigen, wobei sie dieses Mal mit einem kohärenteren und dynamischeren »antifaschistischen« Mobilisierungsnarrativ ausgestattet war (Vergnon 2009). Paradoxerweise wurden dieses Mal die KommunistInnen zur treibenden Kraft für diese Koalition von KommunistInnen, SozialdemokratInnen und der liberalen Linken.⁵ Offensichtliche Fehler und geopolitische Überlegungen nötigten die Komintern, sich von ihrer bisherigen Linie der »Dritten Periode« zu verabschieden. 1934 initiierte die Komintern eine proletarische »Einheitsfront« mit sozialdemokratischen Parteien, die sie 1935 zu einer »Volksfront« mit bürgerlich-demokratischen Parteien ausweitete.⁶ Diese neue Strategie, die explizit auf einer antifaschistischen Basis fußte, stellte sich mit der Formierung von Volksfront-Regierungen in Frankreich und in Spanien 1936 als unmittelbarer Erfolg heraus, womit Prestige und Einfluss der KommunistInnen neue Höhen erlangten.

Die Wende in der kommunistischen Strategie bedeutete auch eine signifikante Verschiebung des kommunistischen Diskurses über den Faschismus. Anstelle der alten umfassenden Definition wurde der Faschismus fortan als »offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischsten Elemente des Finanzkapitals« definiert – eine enggefasste Definition, die die theoretische Basis für eine breite antifaschistische Front legen sollte (Renton 1999: 77). Diese Formulierung hatte den Effekt, dass sie jegliche ernsthafte Überlegung zum Verhältnis von Kapitalismus und Faschismus ausschloss und augenscheinlich die frühere sozialdemokratische Sichtweise des Faschismus als eine minoritäre Verschwörung bekräftigte. Als die Komintern den Faschismus politisch ernster nahm, stufte sie

5 | Obgleich letztlich nicht von Erfolg gekrönt, gab es auch sporadische Versuche, diese Koalition auf die demokratische Rechte auszuweiten.

6 | KommunistInnen waren zwar zahlenmäßig nicht der bedeutendste Partner in Volksfront-Koalitionen, aber man kann festhalten, dass sie oftmals den dynamischen Kern solcher Koalitionen bildeten.

ihn ironischerweise theoretisch herab. Wie Cammett zeigt, wurde der offizielle kommunistische Diskurs über den Faschismus in der Zeit der Volksfront immer mehr an die politischen Erfordernisse angepasst (Cammett 1967: 150). Im Bestreben, den Mitte-Links-Koalitionspartnern entgegenzukommen, nahm der kommunistische Diskurs eine dramatische populär-demokratische und sozialpatriotische Wendung. Im Epizentrum der Volksfront zum Beispiel mäßigten die französischen KommunistInnen ihre Klassenkampfrhetorik und gaben sich als die BewahrerInnen einer nationalrepublikanischen Tradition aus, enthusiastisch die Tricolore schwingend und die Marseillaise singend. Sowohl auf politischer als auch auf diskursiver Ebene stellte die Volksfront eine vollkommene Umkehrung der offiziellen kommunistischen Linie hin zu einer Konzeption des Antifaschismus dar, die, wie die einstigen sozialdemokratischen Feinde, alles der Verteidigung der bürgerlichen Legalität und liberalen Demokratie unterordnete. Diese Verteidigungslogik fand ihre Krönung im Spanischen Bürgerkrieg, in dem die Kommunistische Partei Spaniens (Partido Comunista de España, PCE) im Namen des Kriegsgewinns und der Wiederherstellung der republikanischen Regierung eine aktive, konterrevolutionäre Rolle spielte.

Die Unabwägbarkeiten der Komintern-Strategie riefen in der kommunistischen Welt nur eingeschränkte Kritik hervor, aber unter diesen Andersdenkenden findet sich der originellste kommunistische Denkansatz zum Faschismus in dieser Ära. Die bekanntesten Vertreter waren August Thalheimer und Leo Trotzki. Ausgerichtet auf die kommunistische rechte Opposition war Thalheimer ein früher Verfechter einer Volksfront-Strategie, weshalb er 1929 aus der KPD ausgeschlossen wurde. Thalheimer dehnte die Marx'sche Analyse des Bonapartismus auf den Faschismus aus und sah in letzterem eine indirekte Form kapitalistischer Diktatur. »Ihre Erscheinungsform ist die Verselbständigung der Exekutivgewalt, der Vernichtung der politischen Herrschaft der Bourgeoisie und die politische Unterwerfung aller übrigen Gesellschaftsklassen unter die Exekutive« (Thalheimer 1984). Thalheimer war der Ansicht, dass die demokratische Republik verteidigt werden müsse, aber er interpretierte dies in eine revolutionäre Richtung, indem er argumentierte, dass die Auseinandersetzung notwendigerweise ihre bürgerlich-demokratischen Beschränkungen überwinden und sich zu einem offensiven Kampf für die Diktatur des Proletariats wandeln werde (Beetham 1984: 31–32).

Trotzki, die überragende Figur der linken Opposition, kritisierte die Komintern-Linie von einer anderen Seite. Wie Thalheimer beanstandete auch er die »Dritte Periode«, da sie den Ernst der faschistischen Bedrohung unterschätzte. Auch er setzte sich für eine Einheitsfront von SozialdemokratInnen und KommunistInnen ein. Aber als die Komintern zur Volksfront übergang, prangerte er erbarmungslos an, was er den Opportunismus der Volksfront in ihrer Leugnung des revolutionären Sozialismus zugunsten eines populär-demokratischen Antifaschismus nannte. Vor dem Hintergrund der Abkehr von der revolutionären Verantwortung entwickelte Trotzki seine eigene Faschismustheorie, die im Unterschied zu Thalheimer den Massenbewegungscharakter der unzufriedenen Mittelschichten im Faschismus betonte. Gemäß Trotzki stellte der Faschismus eine Bewirtschaftung der Angst der KleinbürgerInnen im Dienste des Monopol- und Finanzkapitals dar. Der inhärente Widerspruch

zwischen den reaktionären Zielen letzterer und den Sehnsüchten ersterer, bedeute jedoch, dass die faschistischen Regime ihre breite Basis verlieren und zu einer instabilen Form des Bonapartismus degenerieren würden.⁷ Dies wiederum würde eine Möglichkeit für die Arbeiterbewegung darstellen – auf deren revolutionäre Kraft Trotzki weiterhin vertraute –, den Abwehrkampf gegen den Faschismus in eine Offensive zur Überwindung des Kapitalismus zu drehen (Trotzki 1971: 1989).

Für die SozialdemokratInnen war die Volksfront eine durchwachsene Ära und fiel mit dem Zerfall der Sozialistischen Arbeiterinternationale zusammen. Manche von ihnen, vor allem in Ländern mit schwachen kommunistischen Bewegungen, widerstanden der Versuchung, Volksfronten zu bilden, da sie Misstrauen gegenüber den kommunistischen Motiven hegten. Die britische Labour Party beispielsweise verweigerte sich den kommunistischen Annäherungsversuchen trotz des Enthusiasmus für eine breite antifaschistische Koalition von namhaften Personen wie G. D. H. Cole. Andere, wohlgemerkt die Mehrheit der französischen SFIO, nahmen die Volksfront bereitwillig an, da sie in ihr eine Validierung sozialdemokratischer Positionen sahen. Keines der Beispiele beinhaltete jedoch ein grundlegendes Überdenken der defensiven Prämissen des sozialdemokratischen Antifaschismus. Die Gründe gegen und für die Volksfront waren grundsätzlich gleichartig: absolute Priorität der Verteidigung der liberalen Demokratie im Kampf gegen faschistische Diktaturen. Blum begriff die französische Volksfront beispielsweise als eine »Besetzung der Macht«, im Gegensatz zu seinen früheren Formulierungen einer »Eroberung« oder »Ausübung« von Macht, was die SFIO nicht zu einer sozialistischen Transformation antrieb, sondern eine rein präventive Regierungsbeteiligung bedeutete, um einen faschistischen Coup zu vermeiden (Blum 1935). Als Vorsitzender der Volksfront-Regierung 1936 wurde er nicht müde, seine ungehaltenen AnhängerInnen daran zu erinnern, dass er mittels eines Volksfront- und nicht eines sozialistischen Programms an die Macht gekommen war.

Die Volksfront bedeutete folglich eine Annäherung von SozialdemokratInnen und KommunistInnen entlang einer antifaschistischen Vision, die in ihrer Art republikanisch, in ihrem Inhalt national und in ihrer Ausrichtung defensiv war. Obwohl dies im Grunde eine Affirmation der klassischen sozialdemokratischen Position bedeutete, begannen zur selben Zeit viele SozialdemokratInnen aus bitterer Erfahrung heraus, diese vorherrschende Meinung zu hinterfragen. Vor allem deutsche und österreichische SozialdemokratInnen nahmen im Exil eine scharfe Linkskurve. Rudolf Hilferding und Otto Bauer⁸ sahen beispielsweise den Faschismus als keine Anomalie mehr an, sondern als Symptom einer strukturellen kapitalistischen Krise. Da der Faschismus letztlich in den objektiven kapitalistischen Verhältnissen wurzle, müsse der Kampf dagegen über die Verteidigung oder Wiederherstellung der Demokratie

7 | Sowohl Thalheimer als auch Trotzki nahmen auf unterschiedliche Weise Anleihen an Marx' Konzept des Bonapartismus. Thalheimer sah den Faschismus als eine Form des Bonapartismus, Trotzki sah den Bonapartismus als Folge der inneren Widersprüche des Faschismus.

8 | So wie Thalheimer und Trotzki versuchte auch Bauer Marx' Konzept des Bonapartismus auf den Faschismus anzuwenden, aber alle drei taten dies auf unterschiedliche Art und Weise (vgl. Botz 1976).

hinausgehen und die Form eines revolutionären Kampfes gegen den Kapitalismus annehmen (Hilferding 1984; Bauer 1984). Dieser Standpunkt, der bei den SozialdemokratInnen in Frankreich und anderswo, die von den selbstgesetzten Beschränkungen der Volksfront frustriert waren, Anklang fand, ist den kommunistischen Oppositionellen wie Thalheimer und Trotzki nicht unähnlich.

Im Endeffekt polarisierte die Volksfront das antifaschistische Feld wieder um die Frage der Demokratie und Revolution auf eine Art, die die alte Kluft zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus wieder aufriss. Nur unzureichend passte eine andere sozialdemokratische Alternative zur Volksfront in dieses Schema: der Planismus. Er war großteils die Erfindung von Hendrik de Man, einem belgischen Sozialdemokraten, der sich in den 1920er-Jahren als führender revisionistischer Theoretiker einen Namen machte, indem er versuchte, die Arbeiterbewegung hin zu einer ethischen Konzeption des Sozialismus, basierend auf den christlichen Werten von Gleichheit, Würde und Gerechtigkeit, umzuorientieren (de Man 1927). De Man war der Autor von *Plan du Travail*, dessen offizielle Verabschiedung durch die Belgische Arbeiterpartei (französisch Parti Ouvrier Belge, POB; niederländisch Belgische Werkliedenpartij, BWP) 1933 großes Aufsehen hervorrief und eine Verbreitung von »Plänen« über den ganzen Kontinent anregte. Das Besondere am Planismus war, dass er sowohl beim rechten als auch beim linken Flügel der Sozialdemokratie Anklang fand und tatsächlich für sich beanspruchte, die traditionelle Antinomie zwischen Reformismus und Revolution zu transzendieren. Nichtsdestotrotz leistete der Planismus einen wichtigen Beitrag zur Radikalisierung der Sozialdemokratie nach der Machtübernahme durch die NationalsozialistInnen 1933 (Horn 2001; Vergnon 1997).

Gemäß de Mans Vorstellung war »der Plan« eine sozialistische Antwort auf die doppelte Krise der ökonomischen Depression und des Faschismus. Letzteren zu bekämpfen bedeute, seine Wurzeln in ersterer zu beseitigen, doch erforderte dies eine Abkehr von der sozialdemokratischen Politik des *Attentisme*. Die Dringlichkeit der faschistischen Bedrohung legte nahe, dass die SozialdemokratInnen nicht mehr auf eine entfernte Revolution warten konnten, aber ebenso wenig waren reformistische Maßnahmen ausreichend, die den grundlegenden liberal-kapitalistischen Rahmen unangetastet ließen. Darüber hinaus musste die Arbeiterklasse mit dem Mittelstand gemeinsame Sache machen, da sie sonst vom Faschismus verführt würde. Die Idee hinter »dem Plan« war somit ein Programm struktureller und nicht re-distributiver Reformen, welches in der Lage war, die fundamentalen Ursachen der Krise anzugehen, das aber vom Umfang her eingeschränkt genug war, um eine breite ökonomische Mehrheit dafür zu gewinnen. Zu diesem Zweck schrieb »der Plan« einen schrittweisen Aufbau einer gemischten Ökonomie vor. Die Schlüsselindustrien, vor allem das Bank- und Kreditwesen, sollten verstaatlicht werden, um derart die Macht des Monopol- und Finanzkapitals zu brechen und es dem Staat zu erlauben, das ökonomische Leben zu steuern. Obgleich ein solches »Übergangssystem« – das vor allem von der sozialistischen Orthodoxie mit Argwohn betrachtet wurde – nicht zum Sozialismus führe, war de Man überzeugt davon, dass es die einzige praktikable Alternative zum faschistischen Lösungsansatz für den unaufhalt-

samen Niedergang des liberalen Kapitalismus darstellte. Wenngleich der Planismus bestimmte Affinitäten zum Faschismus aufwies, wie seine Kritiker zu beschwören nicht müde wurden, so hatte er nichtsdestotrotz eine antifaschistische Dimension. Wie G. D. H. Cole anmerkte, stellte »der Plan einen Versuch dar, den Donner, der ansonsten von den faschistischen Demagogen gebündelt wird, zum Sozialismus hin umzulenken« (Cole 1935: 11).

Die Logik des Planismus unterschied sich von der Volksfront in der Hinsicht, dass sie den antifaschistischen Kampf als einen offensiven begriff. Jedoch war sie nicht revolutionär, da sie den Aufbau einer gemischten Ökonomie als eine eingeschränkte und geordnete Angelegenheit ansah. »Der Plan« war sowohl eine Blaupause als auch ein Mobilisierungsnarrativ, der es der Linken ermöglichte, alle »Menschen guten Willens« proaktiv um ein Programm sofortiger wirtschaftlicher Transformation zu scharen und dadurch den Reiz des Faschismus zu untergraben. So gesehen war es nur ein Übergangsinstrument auf dem Weg zum Sozialismus, jedoch ein dringend benötigtes unter diesen Umständen. Das Wesentliche des Planismus als antifaschistische Strategie bestand im Endeffekt nicht einfach darin, die Wirtschaft und Demokratie zu retten, sondern die materiellen und moralischen Grundlagen für eine letztendlich sozialistische Transformation zu legen (de Man 1933).

Die Blütezeit des Planismus war von kurzer Dauer. Schon 1936 war der Enthusiasmus für den Planismus verflogen, als sich herausstellte, dass die Volksfront ein höheres Mobilisierungspotential für die antifaschistische Linke bot. Nach 1936 war die antifaschistische Theorie und Praxis überhaupt nur noch von der defensiven Logik der Volksfront dominiert und mit wenigen Ausnahmen verkümmerte das kritische Denken über den Faschismus sowohl in der Sozialdemokratie als auch im Kommunismus. Aber auch die Volksfront sollte sich als kurzlebig erweisen. Mit dem Spanischen Bürgerkrieg wurden Antifaschismus und Pazifismus, die bis dahin eng miteinander verschränkt waren, voneinander getrennt. Als in der internationalen Arena eine Krise auf die nächste folgte, konnte die Frage des Faschismus nicht länger getrennt von der Frage des Kriegs gestellt werden. Eine neue Kluft tat sich zwischen jenen auf, die im Faschismus die Unausweichlichkeit des Krieges sahen und deshalb auf kollektive Sicherheit setzten, und denen, die im Krieg zwangsläufig den Faschismus sahen und deshalb die Beschwichtigungspolitik bevorzugten. Dieser Spalt verlief orthogonal über jegliche politische Zugehörigkeit hinweg, er entzweite die Volksfront-Koalition und ordnete am Vorabend des Zweiten Weltkriegs jegliche Betrachtung des Faschismus als politisches Problem der Devise nationaler Verteidigung unter.

Polanyis Faschismustheorie

Polanyis Standpunkte zum Faschismus müssen vor dem oben beschriebenen Hintergrund verstanden werden, aber auch vor seiner geographischen Verortung (zunächst Österreich, dann Großbritannien) sowie seinem unverkennbaren politischen Profil am linken Flügel der Sozialdemokratie, stark beeinflusst vom Gilden- und christli-

chen Sozialismus, und als scharfer Kritiker des Kommunismus, mit Ausnahme dessen Volksfront-Phase.

Vor Hitlers Machtergreifung hatte Polanyi wenig zum Faschismus geschrieben – nur ein paar Reportagen für ungarische und österreichische Zeitschriften über den Protofaschismus der Horthy-Diktatur in Ungarn und frühe faschistische Aufwiegelungsversuche in Deutschland (Polanyi 2016). Aber zwischen 1933 und 1936, als die Linke sich den Kopf über ihr eigenes Versagen zerbrach, die NS-Diktatur zu verhindern, und sich mit dem im Aufstieg begriffenen Faschismus in Österreich, Spanien und anderswo konfrontiert sah, begann Polanyi seine eigenen Überlegungen dazu, was er in einem geplanten Buchprojekt als *The Fascist Transformation* (1934–1935) bezeichnete.⁹ Dieses Exposé führte nie zu einem Buch, aber die Tatsache, dass es die meisten der Kernaussagen in *The Great Transformation* vorskizziert, zeugt von der Bedeutung des Faschismus in der Entstehung des späteren Buches.

In seinen Schriften und Vorträgen zwischen 1933 und 1936 entwickelte Polanyi zwei Hauptargumentationsstränge. Einerseits sah er die Ursachen für die Krise in der Zwischenkriegszeit, die dem Faschismus zum Durchbruch verholfen habe. Ein Bruch sei zwischen der politischen und ökonomischen Sphäre der Gesellschaft entstanden, ein Bruch, der auf den Kampf zwischen den beiden zentralen Klassen, KapitalistInnen und ArbeiterInnen, übertragbar sei, worauf ein Zusammenprall zwischen dem Politischen und dem Ökonomischen (von »Wirtschaft und Gesellschaft«) gefolgt sei, bei dem sich der Faschismus als die »totalitäre Lösung« angeboten habe, der die Gesellschaft auf der Grundlage absoluter kapitalistischer Macht vereinen sollte.¹⁰ Während der Sozialismus »die Vorherrschaft der Demokratie über den Kapitalismus« sei, wie Polanyi in *The Fascist Transformation* argumentierte, sei der Faschismus die Rettung des Kapitalismus durch die Aufgabe der Demokratie.¹¹ Der Faschismus, schrieb er an anderer Stelle, »[ist] schlicht das Resultat der gegenseitigen Unvereinbarkeit von Demokratie und Kapitalismus in unserer Zeit« (Polanyi 1934a: 234). Wir werden darauf weiter unten zurückkommen.

Das andere Argument betraf die Natur des Faschismus. Polanyi versuchte zunächst, sein »Wesen« zu ergründen.¹² Sein Blick darauf war ursprünglich durch den Philosophen Othmar Spann geschult worden. Spann war Antisemit, NSDAP-Mitglied und der bekannteste faschistische Philosoph in Österreich, der eine wichtige Bezugsperson für rechtsextreme Wiener Intellektuelle war (Wasserman 2014: 11). »Das Wesen einer sozialen Bewegung«, so Polanyi in einem seiner idealistischen Momente, »liegt in ihrer Philosophie«, und das finde sich am deutlichsten in den Schriften

9 | Karl Polanyi Archive, Concordia University (KPA), KPA-20-8, Karl Polanyi: »Book synopsis: The Fascist Transformation«, 1934–1935.

10 | Vgl. KPA-2-21, Karl Polanyi: »Vortrag: Die Wirtschaft ist für den Faschismus«, 1933; KPA-11-1, Karl Polanyi: »Notes: The theory of fascism: The Deadlock of Politics and Economics«, 1934–1946.

11 | KPA-20-8, Karl Polanyi: »Book synopsis: The Fascist Transformation«, 1934–1935.

12 | KPA-18-7, Karl Polanyi: »Fascism and Socialism«, 1934/1940.

Othmar Spann's (Polanyi 1934b: 222).¹³ Selbige würden zeigen, dass der Faschismus vor allem eine Bewegung gegen den Individualismus sei. Der Individualismus sei der kleinste gemeinsame Nenner von Spann's GegnerInnen: »die Ideen von Demokratie, repräsentativer Regierung, Gleichheit und Freiheit« und somit des Liberalismus, Kapitalismus und Sozialismus.¹⁴ Sowohl Polanyi als auch Spann betonten, dass die liberale Demokratie die Tür zum Sozialismus öffne und Sozialismus (inklusive dem Marxismus) im Grunde genommen eine individualistische Philosophie sei (Polanyi 1979). Aber während Spann im Christentum (seiner Konfession) einen Gegensatz dazu sah, betrachtete Polanyi dieselbe Religion (ebenfalls seine Konfession) als Basis für die beste Form des Individualismus. Sie habe alle liberalen, demokratischen und sozialistischen Werte hervorgebracht. Das Wesen des Faschismus liege folglich darin, dass er sich in aggressiver und radikaler Weise dem Sozialismus, der Demokratie und dem Christentum widersetze, um ein ultra-kapitalistisches Regime zu installieren, und deshalb bedürfe es einer sozialistisch-demokratisch-christlichen Koalition, um ihn zu bekämpfen.

Im biographischen Sinne war Spann's Nähe wohl beunruhigend für Polanyi. Vom Glauben her waren beide Christen; beide waren im Krieg und wurden verletzt (und könnten sich durchaus in ihrer Heimatstadt Wien getroffen haben, wo Polanyi zur Genesung war). Beide wurden durch die Kriegserfahrungen politisch radikalisiert. Beide wurden von der Sozialtheorie der deutschen Historischen Schule mit ihrer Sorge um sozialen Zusammenhalt inspiriert, jedoch erachteten sie in der neuen fragmentierten Nachkriegswelt einen derartigen Reformismus als inadäquat. In ihrer Suche nach einer institutionellen Klammer für eine geeinte Gesellschaft nahmen beide Anleihen am Gildenwesen: Polanyi im Gildensozialismus und Spann in der mittelalterlichen Welt von Autorität und Ehrerbietung in Verteidigung einer korporatistisch-faschistischen Ordnung.

Spann stellte für die Gildensozialisten eine Herausforderung dar. Er berief sich auf die Arbeiten von Adam Müller, einem reaktionären romantischen Ökonomen, der gegen den ökonomischen Individualismus wetterte und für eine Rückkehr zu einer mittelalterlichen Ordnung plädierte. Er schlug vor, die Gilden wiederzubeleben und als zentrale Säule im österreichischen »Ständestaat« institutionell zu verankern. In Italien hingegen verschwammen zunehmend die Grenzen zwischen Faschismus und Gildensozialismus – wohlgerne durch Polanyis eigenen Cousin Ödön Pór. In seinem Buch *Guilds and Co-operatives in Italy* lobte dieser Mussolini für seine Beschäftigungspolitik und das Buch beinhaltet einen Anhang von Großbritanniens führendem Gildensozialisten (und engem Freund und Wegbegleiter Polanyis) G. D. H. Cole.¹⁵ Pór rechtfertigte seine Hinwendung zum Despotismus mit in der Linken vertrauten Ter-

13 | Obwohl Polanyi freimütig vom »Wesen« des Faschismus spricht, mag dies durchaus auch etwas ironisch gemeint sein, da in Spann's Schriften (z. B. *Der wahre Staat*) die Vorstellung zentral ist, dass jede Gesellschaft (oder Nation) ein unveränderliches »Wesen« aufweise.

14 | KPA-18-7, Karl Polanyi: »Fascism and Socialism«, 1934/1940.

15 | Zu Coles anfänglicher Sympathie mit Mussolinis korporatistischen Staat siehe Foote 1997: 123.

mini: Mussolinis Bewegung sei ein »revolutionäres« Projekt, das eine »funktionale Demokratie« errichten und die Gesellschaft einen wolle. Italien werde mittels einer Revolution zu einer korporatistischen Einheit umgebaut. Dabei würden faschistische Gewerkschaften, die ihre Inspiration von Italiens mittelalterlichen Gilden und Stadtrepubliken bezogen, eine besondere Rolle spielen (Pór 1923a: 159–160, 221). Auch in Frankreich entwickelte sich rund um den neosozialistischen *L'Homme nouveau* und politische Initiativen wie *Plan du 9 juillet* in den 1930er-Jahren eine kurze Konvergenz zwischen linkem und rechtem Korporatismus (Desan 2016: 181–195).

Als Polanyi begann, über den Faschismus zu schreiben, versuchte er vor diesem Hintergrund eine klare Trennlinie zwischen faschistischen und sozialistischen Gildenkonzepten zu ziehen. Das Gildenwesen, so schrieb er, sei zur »Parole zweier entgegengesetzter Gruppen geworden: jener, die es als Ausdruck individueller Freiheit ansehen, und jener, die es zum Inbegriff eines sozialen Ideals stilisieren, was aber die exakte Negierung der individuellen Freiheit bedeutet«.¹⁶ Seinen Essay *Spanns faschistische Utopie* begann er folgendermaßen: »Vergleichen Sie den Entwurf einer gildensozialistischen Verfassung mit der tatsächlichen Konstitution eines faschistischen Staates, z. B. Österreich, und Sie werden eine verblüffende Ähnlichkeit zwischen den beiden vorfinden« (Polanyi 1934c: 227). Sowohl in der sozialistischen Blaupause als auch der faschistischen Verfassung traten an die Stelle einer oder zweier politischer Kammern verschiedene Körperschaften, welche die unterschiedlichen Bereiche des öffentlichen Lebens verwalteten. Die Gefahr dieser funktionalen Idee sei, dass sie »die Unterschiede zwischen Demokratie und Sozialismus einerseits und zwischen Kapitalismus und Faschismus andererseits [verdeckt]« (ebd.). (Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass Polanyi Demokratie mit Sozialismus und Kapitalismus mit Faschismus zusammendachte.)

In einer Reihe von Essays Mitte der 1930er-Jahre entwarf Polanyi eine Kritik an Spann, die umsichtig zwischen linken und rechten Modellen der sozialen Einheit (oder »Totalität«), »Funktion« und Gildenorganisation unterschied. In einem abstrakten, akademischen Sinn habe Spann recht, dass eine »funktionale und korporative Organisation der Gesellschaft« ihrer »wesentlichen Natur« angemessener sei als der chaotische, atomistische, zentrifugale *Laissez-faire*-Kapitalismus. Aber sein Konzept der Totalität gehe weit über diese vernünftige und wissenschaftliche Definition des organischen Charakters der Gesellschaft hinaus und »sein romantisches Faible führt ihn ins Mittelalter« zu einer Gesellschaftsordnung, welche an die Stelle der Gleichheit die Hierarchie setze und in der Freiheit streng definiert sei als ein Handeln entlang vorherbestimmter Regeln (Polanyi 1934b: 226). Spanns Anwendung seiner funktionalen Theorie auf die Gesellschaft, in der die Macht in wirtschaftlichen und politischen »Kammern« angesiedelt ist, bot anscheinend eine institutionelle Alternative zum Kapitalismus, doch Polanyi argumentierte, dass dies genau nicht der Fall sei. In einer sozialistischen Gesellschaft würde die »politische Kammer« als Verkörperung der »Idee der gemeinsamen menschlichen Gleichheit und Gerechtigkeit« Vorrang

16 | KPA-9-2, Karl Polanyi: »Labour Movement's post-War failure«, 1934–1946.

haben. Unter ihrer Macht würde das Privateigentum dazu tendieren, »sich in ›sozialistisches‹, d. h. öffentliches Eigentum, zu verwandeln« (Polanyi 1934c: 229). »Aber bei Spann ist es, wie wir zeigen werden, ausdrücklich die wirtschaftliche und nicht die politische Kammer, die dominiert. Und dies entscheidet die Angelegenheit, ob es Spann gefällt oder nicht, zugunsten des Kapitalismus« (ebd.: 230). Tatsächlich herrsche in Spanns »funktional organisiertem« Faschismus das Privateigentum »noch ausgesprochener und gründlicher« als im liberalen Kapitalismus. Dies könne man deutlich am Beispiel des korporatistischen Österreich von 1934 sehen. Während ein wahrlich funktionaler Staat die politische Sphäre demokratisch emporhebe und dem »einfachen Mann« mehr Mitbestimmung einräume, sei es in Österreich die Wirtschaftselite, die aufgewertet worden sei. Es sei »die Abschaffung der Demokratie unter der funktionalen Maske« (Polanyi 1934d: 212).

Damit war Polanyi beim Wesen des Faschismus angelangt. Es lag nicht an Spanns Utopie, sondern vielmehr darin, was er zu verschleiern suchte: die Errichtung eines ultra-kapitalistischen Regimes, das darauf abzielte, die ArbeiterInnen auf Waren produzierende Automaten zu reduzieren, und dazu war deren Ausschluss von der politischen Sphäre eine Grundvoraussetzung (Özel 1997: 78). Als Regime bedeute der Faschismus die Rettung des Kapitalismus »unter der Ägide der kapitalistischen Klasse« mit pseudorevolutionären Mitteln, inklusive der Einführung einer Planwirtschaft. Als Bewegung werde er »von jenen Klassen getragen, die den Arbeitern am meisten entgegenstehen« (Polanyi 1933). Die ArbeiterInnen seien zumindest empfänglich für die »emotionale Epidemie« des Faschismus und die Intelligenzija sei ihr Nährboden, was uns in Erinnerung rufen sollte, dass Bildung »nicht vor sozialem Aberglauben schützt«. ¹⁷ Das Geheimnis des Siegeszuges des Faschismus sei jedoch nicht seine numerische Überlegenheit, sondern einerseits die stillschweigende Unterstützung, die er von den KapitalistInnen, der Justiz, der Armee und Polizei erhalte und andererseits die Schwächung der Arbeiterbewegung. ¹⁸ Aber warum sollte er so rasch zum Sieg kommen? Polanyi unterstrich weder die Unterstützung des Faschismus durch KapitalistInnen und andere Eliten noch die Strategie der Arbeiterbewegung, sondern die zugrundeliegende politisch-ökonomische Krise, die sich im späten 19. Jahrhundert manifestiert hätte, bevor sie 1914 auf die Welt losgelassen worden sei. Wenn diese Megakrise einen einzigen Ursprung hatte, dann sei es der unbeugsame »Angriff des Kapitalismus auf alle Formen der Volksregierung« (Polanyi 1941: 278). So gesehen sei der Faschismus nicht mehr als der jüngste und virulenteste Ausbruch »des antidemokratischen Virus«, der dem industriellen Kapitalismus von Anfang an eingeschrieben gewesen sei (ebd.).

Ende der 1930er-Jahre präzierte Polanyi diese These in seinem Essay *Der Faschistische Virus*. Basierend auf Material zu Großbritannien untersuchte er die Ängste der Eliten des 19. Jahrhunderts, dass das Wahlrecht für die ArbeiterInnen das Ende

17 | KPA-20-4, Karl Polanyi: »Book plan: Common Man's Masterplan«, 1939–1940.

18 | Vgl. KPA-20-8, Karl Polanyi: »Book synopsis: The Fascist Transformation«, 1934–1935; KPA-20-4, Karl Polanyi: »On the Philosophy and Economics of Fascism«, 1936.

des Kapitalismus bedeuten würde. »Nur wenn die Armen ihr Los geduldig ertragen würden« (Polanyi 1941: 285), argumentierten sie mit Bezugnahme auf die ökonomischen »Gesetze« von Thomas Malthus und David Ricardo,

»wären sie vor dem Hunger sicher. Nur wenn sie sich mit ihrer Misere abfänden, könnten sie überhaupt überleben. Deshalb müssen sie von den Hebeln der Regierung ferngehalten werden, die sie anderenfalls benutzen würden, um das Eigentumssystem zu zerstören, von der die Gemeinschaft – sie selbst eingeschlossen – abhängt.« (Ebd.: 285–286)

Das Axiom, dass Demokratie und Kapitalismus miteinander unvereinbar seien, wurde auf unterschiedliche Art von Konservativen (Edmund Burke, Robert Peel), Liberalen (Thomas Babington Macaulay) und Sozialisten (Robert Owen) verteidigt. Peel lehnte die Forderung der Chartisten nach einem allgemeinen Wahlrecht auf der Grundlage ab, dass »es die Verfassung aushebeln würde«. Lord Macaulay, der Historiker der römischen Antike und Parlamentsabgeordnete, warnte davor, dass »vollkommen demokratische Institutionen früher oder später die Freiheit oder die Zivilisation zerstören [werden], oder sogar beide« (Polanyi 1941: 287). Die Bedrohung war nur allzu offensichtlich in den USA, »wo die Mehrheit die Regierung bildet und die Reichen, die immer eine Minderheit darstellen, ihr bedingungslos ausgeliefert sind«. Diese unglückselige Nation, so Macaulay 1857, habe sich auf eine Abwärtsspirale begeben, die letztendlich zur Zerstörung der Freiheit oder der Zivilisation führen werde. »Entweder ein Cäsar oder Napoleon werde die Zügel der Regierung in seine gestrengen Hände nehmen«, so wettete er, oder die USA »werden im 20. Jahrhundert von den Barbaren so furchtbar geplündert und in Schutt und Asche gelegt, wie es dem Römischen Reich im 5. Jahrhundert widerfahren war« (ebd.: 287).

Für Polanyi nahmen Macaulays Worte den Faschismus vorweg. Wenn die verheerenden Auswirkungen des Marktsystems die ArbeiterInnen dazu zwingen, sich zu verteidigen, indem sie auf die Demokratisierung der Politik und Arbeitswelt drängen, »kann die Zivilisation in einem Land mit universalem Wahlrecht langfristig nur mittels einer Diktatur gerettet werden. In modernen Worten: Der Faschismus allein kann den Kapitalismus retten« (ebd.). Zur selben Zeit, als Macaulay seine Sorgen um moderne Hunnen und Vandalen zum Ausdruck brachte, gab es auch düstere Vorboten des Faschismus in der Literatur: Fjodor Dostojewski behauptete, dass die Forderung des Volkes nach einer »unmöglichen Freiheit« durch einen geistigen Despotismus in eine permanente Unreife, die von der Masse vergnüglich akzeptiert werde, umgelenkt werden könne. Spätere Beispiele umfassten H. G. Wells' invertierte Utopien, die von einem Gespenst der Arbeiterbevölkerung, die auf ein unmenschliches Niveau heruntergekommen war, verfolgt wurden, und Jack Londons schreckliche Visionen von Leuten, die unter den eisernen Stiefeln des Big Business zerschmettert wurden (ebd.: 282). Ihre Vorahnungen beruhten auf einem stichhaltigen Spürsinn: Die kapitalistischen Eliten hätten kaum eine andere Wahl, als extreme Maßnahmen gegen die demokratischen Aspirationen der aufbegehrenden Arbeiterklasse zu ergreifen. Trotz dieser Vorboten, so Polanyi weiter, konnten Liberale zu Zeiten Dostojewskis und

Londons unbekümmert vortäuschen, dass das allgemeine Stimmrecht gut mit einer florierenden Marktwirtschaft harmoniere. Sie konnten darauf verweisen, dass einige Länder das Stimmrecht ohne großes Aufsehen ausgeweitet hatten. War dies nicht Beweis genug, dass die alte Feindschaft des Kapitalismus gegenüber der Volksherrschaft am Abklingen war? Nein, so Polanyi, denn man habe sich aufgrund einer Reihe vergänglicher Faktoren wie der enormen Expansion der Märkte und dem »falschen Eindruck, der durch die prosperierende amerikanische Szenerie erweckt wurde«, in falscher Sicherheit gewähnt (ebd.: 281). Nach dem Krieg seien all diese Illusionen als Resultat einer doppelten Transformation zerstreut worden: weg von einem taumelnden *Laissez-faire*-Kapitalismus hin zu einer organisierten und regulierten Form, der es der politischen Macht ermögliche, unmittelbar und effektiv die Wirtschaft zu lenken, sowie einer Ausweitung des Wahlrechts.

Das Zugeständnis des allgemeinen Stimmrechts – das war für jedermann ersichtlich – würde dazu führen, dass die Arbeiterklasse »entscheidenden Einfluss auf den Staat ausübe«. Aber dies wiederum würde die Märkte in Panik versetzen und es entstehe »die unmittelbare Gefahr des vollständigen Zusammenbruchs des produktiven Apparats«, wenn die Parlamente den Marktkapitalismus »schwächen, diskreditieren und desorganisieren«, indem sie in den selbstregulierenden Mechanismus eingreifen (Polanyi 1934a: 235). Die Demokratie sei folglich dysfunktional geworden. Sie drücke die Profitabilität des Wirtschaftssystems, das kurz vor dem vollkommenen Stillstand stehe (ebd.). Während die ArbeiterInnen ihr Wahlrecht dazu einsetzten, um ihre Interessen zu schützen, wären die ökonomischen Eliten bestrebt, den Einfluss der Arbeiterklasse zurückzudrängen, indem sie die Demokratie unterwanderten und linken Regierungen ihren Willen aufzwangen, oder, wenn dies nicht funktionierte, die Demokratie gewaltsam niederschlugen. Die »faschistische Ära« habe die »totale Krise der marktbasierten Industriegesellschaft« eingeläutet, in der der Faschismus als die letzte Entscheidungsmöglichkeit von den kampfbereiten kapitalistischen Eliten angesehen werde (oder, wie Polanyi später festhalten sollte, als »Reaktion der Mittelschicht« auf die Arbeiterrevolten in Russland und anderswo) (Polanyi 1941).¹⁹ Kurz gefasst: Der Faschismus war das pathologische Symptom der Tatsache, die Hitler in seiner Düsseldorfer Rede 1932 vor westdeutschen Industriellen festhielt, dass die wirtschaftliche Gleichheit mit der politischen unvereinbar sei (vgl. Polanyi 1933). Demokratie und Kapitalismus, in Polanyis Reformulierung dieses Verhältnisses, haben »einen Stillstand erreicht, denn sie sind zu Instrumenten zweier unterschiedlicher Klassen mit entgegengesetzten Interessen geworden« und »nebenbei erklärt dies die verheerende Vehemenz der sozialen Umwälzungen in unserer Zeit« (Polanyi 1934a: 244).

Es gäbe nur zwei Auswege aus diesem Stillstand. Die zugrundeliegende Ursache sei die liberale Utopie sich selbstregulierender Märkte. Sie habe eine nicht aufrecht erhaltbare Beschleunigung der Veränderung und die »Entbettung« der Wirtschaft aus dem sozialen Gefüge verursacht, und diese beiden zusammen würden einen zi-

19 | KPA-51-5, Karl Polanyi: »Annotations to a letter from Paul Medow«, 1961.

vilisatorischen Kollaps hervorrufen.²⁰ Das Problem könne nur gelöst werden, wenn die Gesellschaft wieder vereint und die Spaltung zwischen Politik und Wirtschaft aufgehoben würde. Der Faschismus stelle eine Wiedervereinigung der Gesellschaft auf inegalitärer und undemokratischer Grundlage dar. Sozialismus bedeute eine Zusammenführung auf der Grundlage der Ideale von Gleichheit und der Ausweitung demokratischer Prinzipien auf die gesamte Gesellschaft. Eine moderne Industriegesellschaft, so Polanyi, könne langfristig entweder faschistisch oder demokratisch und sozialistisch sein.

Polanyis Faschismustheorie im Kontext

Polanyis Arbeiten zum Faschismus wurden nicht im luftleeren Raum, sondern als Antwort auf die sozialdemokratischen und kommunistischen Debatten seiner Zeit entwickelt, im Kontext einer Weltwirtschaftskrise und einer weitverbreiteten Infragestellung der Zukunft des Kapitalismus. Aber wie unterschied sich seine Diagnose des Faschismus und dessen Verhältnis zum Kapitalismus von jenen der revolutionären Linken, der Volksfront, den Vertretern eines Planismus usw.?

Beginnen wir mit Trotzki. Ebenso wie Polanyi sah er im Faschismus einen Ausfluss des Kapitalismus. Beide erkannten, dass der Erste Weltkrieg eine neue Ära eingeläutet hatte, die von drastischen geopolitischen und sozialen Spannungen gekennzeichnet war. Beide sahen diese neue Ära als eine systemische Krise, in der die sozialen Spannungen zunehmend entflamten, und beide sagten voraus, dass sie vom Todeskampf des Kapitalismus gekennzeichnet sein werde – obgleich Polanyi das Hauptaugenmerk auf den Untergang der liberalen Marktwirtschaft legte, eine These, die er in *The Great Transformation* entwickelte. Im Gegensatz dazu betonte Trotzki vielmehr, dass der Faschismus eine *Bewegung* sei, die vor allem auf einer bestimmten sozialen Schicht beruhe: der *petit bourgeoisie*. Auch methodologisch sind die Unterschiede markant. Trotzki versuchte den Faschismus als ein »lebendes politisches Phänomen [...], ein dialektisches und sich wandelndes Phänomen« zu begreifen und lehnte jene Ansätze ab, die sein »Wesen« zu identifizieren suchten (Renton 1999: 74).

Wie steht es um den Planismus? Während Cole sich einfach nur vom Planismus angezogen fühlte und die englische Übersetzung von de Mans Schriften zum Planismus einleitete (auf eine Art und Weise, wie Fleming²¹ aufgezeigt hat, die Teilen der *The Great Transformation* ähneln), so gibt es wenig Hinweise auf Polanyis eigene Haltung dazu. Das mutet vielleicht etwas überraschend an. De Man schrieb auf Deutsch (Polanyis Muttersprache) und es gibt eindeutige Affinitäten zwischen den

20 | KPA-15-4, Karl Polanyi: »Lecture XXIV: Contemporary Problems and Social and Political Theory«, University of London, 1936–1940.

21 | Vgl. Berkeley Fleming (2001): »Three Years in Vermont: The Writings of Karl Polanyi's *The Great Transformation*«, Vortrag bei der Eighth International Karl Polanyi Conference, Mexico City.

beiden Denkern. Sowohl Polanyi als auch de Man betonten die christlichen Grundlagen des Sozialismus, beide waren vom Gildensozialismus und Austromarxismus beeinflusst, beide konzentrierten sich eher auf den allgemeinen sozialen Willen als auf den des Proletariats und beide sahen eine Theorie des Faschismus als unerlässlich für eine wirkungsvolle sozialistische Strategie an. Wie de Man und die Planisten war Polanyi der Überzeugung, dass die Krise des liberalen Kapitalismus eine abschließende Entscheidung zwischen Sozialismus und Faschismus auferlegt habe. Außerdem stand seine Konzeption des Sozialismus, die weniger auf Eigentumsverhältnisse und mehr auf die politische und soziale Reintegration der Wirtschaft fokussierte, den Ideen von de Man und den Planisten nahe. Polanyi hätte wahrscheinlich auch mit der Idee der Planisten einer Planwirtschaft als drittem Weg (zwischen Kommunismus und Faschismus) als Ausweg aus der kapitalistischen Krise sympathisiert. Beide waren auch bemüht, zwischen dem sozialistischen und faschistischen Korporatismus zu unterscheiden, wenngleich de Mans eher technokratische Vorstellung eines »Neuen Wirtschaftsstaates« ambivalenter war als Polanyis Verständnis von sozialistischem Korporatismus. Denn Polanyi sah in diesem, im Gegensatz zum faschistischen Korporatismus, eine Form der Gesellschafts- und Wirtschaftsintegration, in der die politische Ebene die Wirtschaft dominierte (de Man 1935).

Die Blütezeit des Planismus war zwischen 1934 und 1935 und von Seiten der sozialdemokratischen Linken wurde er 1936 von der Volksfront als Mobilisierungsnarrativ abgelöst. Es finden sich etwas mehr Hinweise zu Polanyis Sicht auf die Volksfront als auf den Planismus. Wir können mit Fug und Recht behaupten, dass er sie zumindest eingeschränkt unterstützte, da er die Strategie der »republikanischen Verteidigung« in dem Sinne guthieß, als dass er in der liberalen Demokratie eine Station auf dem Weg zum Sozialismus sah. In den 1930er-Jahren verteidigte er die Rolle der Sowjetunion. Er sah in ihr die Arbeit an einem »Zusammenschluss der demokratischen Kräfte« (um Coles Paraphrasierung Polanyis zu borgen), eine »internationale demokratische Front«, die Moskau mit den, wie Polanyi sie nannte, »großen demokratischen Mächten« vereinen würde – Großbritannien und andere liberal-kapitalistische Staaten als Opposition zum »kriegstreiberischen und aggressiven« faschistischen Lager (Cole, zitiert nach: Polanyi 1937: 11). Gemeinsam mit anderen Radikalen der Labour Party wie Cole und Harold Laski erwärmte er sich für die Kommunistische Partei. Obgleich nie Mitglied oder Sympathisant, plädierte er für die Einheit der antifaschistischen Aktion von ChristInnen und Linken aller Schattierungen und würdigte die Kommunistische Partei als wichtige Partnerin in diesem Kampf.

Wenn Polanyis Affinität zum Planismus wohl als beschränkt und spekulativ angesehen werden muss und seine Unterstützung der Volksfront bedingt und strategisch war, wie kann man dann seine Position zum Faschismus anschaulicher identifizieren? Ein sinnvoller Einstieg ist sein Essay *The Christian and the World Economic Crisis*. Darin postuliert er zwei transhistorische Tendenzen, welche die neuere Geschichte durchziehen und definieren würden: die eine in Richtung Freiheit, die andere in Richtung soziale Einheit. Ihr gemeinsames Ziel liege in der Ausweitung der Demokratie auf die Wirtschaft, was jedoch durch den »Klassencharakter der kapitalistischen Ge-

sellschaft verhindert wurde.«²² In den 1910er- und frühen 1920er-Jahren lag Polanyis Hauptaugenmerk, gemeinsam mit dem Mainstream der Sozialdemokratie, auf der positiven Rolle: Die historische Entwicklung steuere die Menschheit zum Sozialismus. Dies sei keineswegs eine einfache oder friedliche Entwicklung. Krieg, der weiße Terror in Ungarn und der italienische Faschismus hätten uns das in Erinnerung gerufen. Dennoch war die historische Stoßrichtung klar: demokratischer Sozialismus. So hielt er 1922 in einem Essay fest:

»Der historische Fortschritt, der von wahren Idealen getrieben wird, kann nicht für längere Zeit von seiner Bahn abgebracht werden [...]. Die Idee der Demokratie wird mit verstärkter Kraft in den Köpfen der Massen neu geboren, und keine Macht der Welt kann ihren Siegeszug aufhalten.« (Polanyi 2016: 150)

Dieser Siegeszug war Polanyis Auffassung nach nirgendwo sichtbarer als in Österreich, oder zumindest in Wien. Dort waren die SozialdemokratInnen unter der Führung von Otto Bauer an die Macht gekommen. Nach Bauer wies das Österreich der frühen 1920er-Jahre ein Gleichgewicht der Klassenmacht auf: Die Bourgeoisie besaß die Produktionsmittel, während die ArbeiterInnen in beträchtlichem Ausmaß die politische Macht ergriffen hatten. Dies habe zu einer Mischung aus bürgerlicher und proletarischer Macht geführt, aus politischer und »funktionaler« Demokratie. »Die kämpfenden Klassen halten einander das Gleichgewicht«, schlussfolgerte Bauer, und diese Einsicht erfordere einen Kompromiss (Bauer 1978: 166–167). In den 1930er-Jahren erweiterte Bauer seine »Gleichgewichtsthese« zu einer Erklärung des Faschismus: Sein Aufstieg sei Resultat einer sich durch die Demokratisierung ergebenden Pattsituation zwischen den Klassenkräften. ArbeiterInnen würden das Stimmrecht nutzen, um Zugeständnisse zu fordern, KapitalistInnen auf die daraus resultierenden niedrigeren Gewinnspannen mit der Unterstützung des Faschismus antworten.

Polanyi entwickelte seine Sichtweise zeitgleich mit und teilweise inspiriert von Bauer. Der Kapitalismus, so Polanyi, habe eine »Gegenbewegung« hervorgerufen, die »der öffentlichen Forderung nach politischer Einflussnahme der Massen Vorschub leistete«, aber »der Einsatz dieser Macht war weitgehend durch den Charakter des Marktmechanismus eingeschränkt«²³. Das Ergebnis seien sozialer Stillstand und »zerstörerische Spannungen«. Die ArbeiterInnen, mit Gewerkschaftsmacht und politischer Repräsentation im Rücken, würden sich gegen die negativen Auswirkungen des Marktsystems verteidigen, indem sie Parteien ins Parlament wählten, die »andauernd in die Funktion des Marktmechanismus eingriffen« (Polanyi 1934a).²⁴ Dies hindere, so Polanyi im Einklang mit der orthodoxen Österreichischen Schule der Nationalökonomie, die Marktkräfte daran, reibungslos zu wirken, und deren Nutznie-

22 | KPA-8-7, Karl Polanyi: »The Christian and the World Economic Crisis«, 1934–1946.

23 | KPA-19–17: Karl Polanyi: »The Eclipse of Panic and the Outlook for Socialism«, o. D.

24 | KPA-31-10, Karl Polanyi: »Five Lectures on the Present Age of Transformation: The Trend towards an Integrated Society«, Columbia University, New York, 1947/1957.

ßer, allen voran die Wirtschaftskapitäne, würden nichts unversucht lassen, entweder die Demokratie ihren Interessen zu unterwerfen oder sie vollkommen abzuschaffen.

Anhand dieses Arguments ist ersichtlich, dass Polanyis Blick von den politischen Ereignissen seiner Zeit geschult war und er durch eine sozialdemokratische Linse blickte. In aller Kürze: Die kapitalistische Entwicklung erweitere die Arbeitermassen, deren Instinkte seien sozialistisch und deshalb führe der Kapitalismus über die Demokratie zum Sozialismus. Der Mechanismus, der »die Arbeiterklasse an der Macht hielt, war das allgemeine Stimmrecht und die repräsentative Regierung. Kurz gefasst, es war die Demokratie« (Polanyi 1937: 55). Dies stelle für die kapitalistischen Eliten eine Herausforderung dar, denn jegliche Anstrengung, das Vorkriegssystem wieder einzuführen, werde von den ArbeiterInnen, Bauern und Bäuerinnen durchkreuzt und deren Klagen und Forderungen würden durch deren institutionalisierte politische Stimme gestärkt. Überall dort, wo die ökonomischen Eliten sich von der Demokratie bedroht fühlen würden, würden sie auf deren vollständige Beseitigung drängen – ein Trend, der seinen Höhepunkt in der Machtergreifung faschistischer Regierungen finde.

Polanyi schlussfolgerte, dass die Demokratie keine *Wahlverwandtschaft* mit dem Kapitalismus aufweise, wie manche unterstellten. Vielmehr seien die beiden Systeme, zumindest unter den damaligen Umständen, unversöhnbar antagonistisch. Deren Unvereinbarkeit hätte notwendigerweise zu einem Stillstand geführt, der sich in der Katastrophe der Zwischenkriegszeit manifestiere. Als der Kapitalismus in seine krisenhafte Phase nach dem Krieg eintrat, forderten die durch das Stimmrecht gestärkten ArbeiterInnen, Bäuerinnen und Bauern, dass die parlamentarischen Parteien sie vor den schlimmsten Auswirkungen schützen. Dies verhindere die Markträumung, was wiederum die Krise verstärke. An diesem Punkt wurde eine klare Alternative formuliert: Die Gesellschaft würde entweder durch die politische Macht in der Form des Sozialismus in die Hegemonie der Arbeiterklasse integriert, oder unter Führung der besitzenden Klasse in Form eines wieder erstarkten Kapitalismus mit faschistischer Hilfe von allen demokratischen Elementen gesäubert. Langfristig gesehen, so Polanyi in *Europe To-day*, sei eine moderne industrielle Gesellschaft,

»entweder demokratisch oder faschistisch. Sie stützt sich entweder auf das Ideal der allgemeinen menschlichen Gleichheit und Verantwortung oder auf dessen Negation. Aber die Demokratie kann unter den gegenwärtigen Umständen nicht aufrechterhalten werden, wenn nicht die Grundsätze der Demokratie auf die gesamte Gesellschaft inklusive der Wirtschaft ausgeweitet werden. Das wird gemeinhin Sozialismus genannt.« (Ebd.: 56)

Polanyi war nicht nur Zielscheibe und Opfer des Faschismus. Er war auch Sozialist und in der Mitte der 1930er-Jahre antifaschistischer Aktivist. Er wurde von der Selbstreflexion der internationalistischen Linken, dem Aufstieg des Faschismus wirkungsvoll etwas entgegensetzen, eingeholt. Grob gesprochen gehörte er zur sozialdemokratischen Bewegung. Bis 1932 tendierte sie dazu, den Faschismus herunterzuspielen und in ihm eine Abweichung vom generellen historischen Trend in Richtung Sozialismus

zu sehen. Manche hielten auch über die 1930er-Jahre hinweg daran fest. Aber viele waren gewarnt und erkannten, dass man dem Faschismus effektiver begegnen und ihn theoretisieren müsse. Das war auch Polanyis Auffassung. Er sah im Faschismus eine ungeheuerliche Bedrohung. In den 1930er-Jahren hielt er sogar fest, dass er der Kern von *allen* »sozialen Kriegen und Bürgerkriegen unserer Zeit ist« (ebd.: 54).

Inwieweit trug Polanyi zum generellen Kanon sozialdemokratischer Faschismustheorien bei? Seine erste größere Abhandlung, *Das Wesen des Faschismus* (1936), erhielt wenig Aufmerksamkeit. Der Versuch, die philosophische »Essenz« des Faschismus herauszudestillieren, war unangebracht und sein Fokus auf Spann erscheint provinziell, um nicht zu sagen idiosynkratisch. Seine These, dass der Hauptgegner des europäischen Faschismus Europas *dominierende* Religion, das Christentum, sei, ohne dabei die Verteufelung des Faschismus von AnhängerInnen von Minderheitsreligionen zu erwähnen, ist milde gesagt wenig hilfreich. Seine These, dass der Faschismus den Vorrang der Ökonomie gegenüber der Politik darstelle, bewegt sich peinlich nahe an einer kruden instrumentalistischen Analyse des Faschismus, die ihn hauptsächlich durch ökonomische Imperative getrieben sah.²⁵ Seinem Instrumentalismus geschuldet, tendierte Polanyi dazu, die Rolle faschistischer Bewegungen zu unterschätzen. Sein Ansatz war also an einer Reihe von AustromarxistInnen ausgerichtet, die der Überzeugung waren, dass der Faschismus »sich nur über die Instrumente der Staatsmacht etablieren kann« (Botz 1976: 135). Eine faschistische Bewegung, so Polanyi mit Bezug auf Österreich, »ist nicht wirklich essentiell für den Sieg des Faschismus. Genauer gesagt: der Faschismus kann auch ohne *bedeutende* faschistische Bewegung siegreich sein«.²⁶ »Der Faschismus ist lediglich der letzte und ansteckendste Ausbruch des anti-demokratischen Virus, der von Beginn an dem industriellen Kapitalismus inhärent war« (Polanyi 1941: 278). Und in *The Great Transformation* spielte er die faschistische Bewegung herunter (ähnlich wie die Kommunistische Partei zu dieser Zeit), indem er sie als von Kapital und Staat gesteuert auswies:

»Ein Land, das sich der faschistischen Phase näherte, zeigte Symptome, zu denen die Existenz einer echten faschistischen Bewegung nicht unbedingt gehören musste. Zumindest ebenso bedeutsam war die Verbreitung irrationalistischer Philosophien, rassistischer Ästhetiken, antikapitalistischer Demagogie, ausgefallener Auffassungen über Währungsprobleme, Kritik am Parteiensystem, weitgehende Verunglimpfung des ›Systems‹ oder welche Bezeichnung auch immer der bestehenden demokratischen Ordnung gegeben wurde. [...] In keinem dieser Fälle wurde eine Revolution gegen die verfassungsmäßige Macht durchgeführt. Die faschistische Taktik bestand stets in einer Scheinrebellion mit

25 | Die landläufigere Behauptung ist die umgekehrte. Im Fall von Deutschland, wie Tim Mason feststellt, verdeutlicht der Faschismus »das Primat der Politik«. Ideologische Ziele formten sehr offensichtlich das ökonomische System und die ökonomischen Eliten hatten *weniger* Einfluss auf den politischen Prozess als in vorherigen und nachfolgenden Regierungsformen (Sedgwick 1970). Zum Faschismus und dem Primat der Politik siehe auch Davidson 2015.

26 | KPA-20-4, Karl Polanyi: »On the Philosophy and Economics of Fascism«, 1936.

stillschweigender Billigung der Staatsmacht, die vorgab, von der Gewalt überwältigt worden zu sein.« (Polanyi 1978: 315–316)

Aber Polanyis Theoriegebäude umfasst mehr als das. In *The Great Transformation* ging er eingehend der Frage nach dem Verhältnis von Faschismus und Kapitalismus nach. Der Kontext war das Überdenken dieses Verhältnisses durch die Linke nach der Machtergreifung Hitlers. In den 1920er- und 1930er-Jahren wurden die fundiertesten Theorien zum Faschismus von Marxisten vorgebracht (Gramsci, Trotzki, Thalheimer). Für sie war der Kapitalismus Kontext und Ursache des Faschismus. In den 1930er-Jahren wurde dieses Verhältnis sogar noch eindeutiger: Der Kapitalismus schien zusammenzubrechen und der Faschismus war im Aufstieg begriffen. Aber es reichte nicht einfach zu behaupten, dass »der Kapitalismus den Faschismus hervorbringt«. Was waren die Vermittlungsinstanzen? Für Gramsci und Trotzki, und man könnte auch de Man hinzufügen, war der Faschismus ein politisch überdeterminiertes Phänomen. Was die Besonderheit des Faschismus ausmache, sei sein Charakter als Massenbewegung des unzufriedenen Kleinbürgertums, über die die SozialistInnen keine hegemoniale Herrschaft auszuüben vermochten. In Polanyis Schriften sind einige Überlegungen oberflächlich, vor allem die instrumentalistische Sichtweise, das Kapital ziehe die faschistischen Strippen. Aber seine historisch-analytische Darstellung des Faschismus als Resultat »zerstörerischer Spannungen« (verursacht durch den Zusammenprall von Marktdynamiken und sozialen Bedürfnissen im ausgehenden 19. Jahrhundert) und des »Konflikts zwischen Kapitalismus und Demokratie« stellte einen stichhaltigen und originellen Ansatz dar. Auf gewisse Art und Weise versuchte *The Great Transformation* aufzuzeigen, dass die Institutionalisierung dessen, was wir heute als Neoliberalismus bezeichnen, zum Zusammenbruch der liberalen Zivilisation Mitte des 20. Jahrhunderts geführt habe: Weltwirtschaftskrise, Krieg und Faschismus. Aber warum Faschismus? Er stelle den letzten Ausweg der angezählten kapitalistischen Eliten dar, als sie sich mit Arbeiterrevolten und mehreren aufeinander folgenden Krisen, die in der Weltwirtschaftskrise kulminierten, konfrontiert sahen. Und worin bestand die Weltwirtschaftskrise? Sie sei das Ergebnis einer Matrix »zerstörerischer Spannungen« – Polanyis Bezeichnung für jene Spannungen und Ungleichgewichte, die im frühen 20. Jahrhundert vor allem als Folge der sozialen Auswirkungen des Goldstandards aufgetreten waren. Und was war der Goldstandard? Er sei die globale institutionelle Verkörperung der freien Marktwirtschaft. Daher Polanyis berühmte Aussage: »Wenn wir den deutschen Faschismus verstehen wollen, müssen wir uns dem England Ricardos zuwenden« (Polanyi 1978: 55).

Schlussfolgerung

Wir haben argumentiert, dass Polanyi ein bedeutsamer Theoretiker des Faschismus ist. Dies zeigte sich insbesondere in *The Great Transformation*. Das Buch versuchte, die Ursprünge des Faschismus im Aufstieg der liberalen Marktwirtschaft in Groß-

britannien und den »zerstörerischen Spannungen«, zu denen sie führte, aufzuspüren. Wir haben an anderer Stelle die Vorzüge und Schwächen dieser Argumentation diskutiert und wollen sie hier nicht wiederholen (vgl. Dale 2008; 2010; 2016a; 2016b). Aber dieser Aspekt von Polanyis Hauptwerk, dass es eben den Aufstieg des Faschismus zu ergründen suchte, ist grundsätzlich unterbewertet. *The Great Transformation* wird oftmals ohne Erwägung ihres biographischen und historischen Kontexts gelesen. In diesem Beitrag haben wir versucht, sie in diesen Kontext einzubetten, indem wir Polanyis Schriften zum Faschismus dargelegt und die Debatten zum Ursprung und Wesen des Faschismus, auf die er eine Antwort zu geben suchte, erforscht haben.

Während die Sozialdemokratie der 1920er-Jahre im Faschismus eine Abweichung vom generellen historischen Trend sah und seine historische Bedeutung und Bedrohung unterschätzte, schlug sich Polanyi auf die entgegengesetzte Seite. Er sah im Faschismus eine »Phase«, in der es nur zwei Antworten gäbe, wie das grundlegende Problem der Moderne – die Trennung von Wirtschaft und Politik – in der damaligen Zeit gelöst werden könne. Seine Vorstellung war nahe an de Man und den Planisten, doch deren Glaube, dass der Faschismus eine historische Lösung für dieses Problem darstellen könne, konnte leicht in eine Nachgiebigkeit gegenüber faschistischen Regierungen überschwappen. Das Problem dabei ist, dass der Faschismus dann für alle Formen nicht-kommunistischer Diktatur steht und man ihn derart von seiner Besonderheit und Substanz befreit.

Weshalb hielt Polanyi daran fest, dass es nur zwei Möglichkeiten gibt, dieses grundlegende Problem der Moderne zu lösen? Weil »die Krise der modernen Gesellschaft«, wie er in *Fascism and Socialism* schrieb, von der Trennung zwischen Politik und Wirtschaft herrühre. Die durch diese Trennung hervorgerufenen Krisen warfen naturgemäß »die Idee der Totalität der Gesellschaft« als Lösung auf.²⁷ In diesem Ausblick stimmte er mit Spann überein, für den soziale »Totalität« der »Generalschlüssel« war (Polanyi 1934b: 225). Für Spann sollte die soziale Totalität durch den Faschismus wiederhergestellt werden. Dies bringe eine nationale Neugeburt Deutschlands, das Führerprinzip, Autoritarismus, die Zerschlagung der Demokratie, Antisemitismus und Rassismus mit sich. Für Polanyi sollte die soziale Totalität durch den Sozialismus wiederhergestellt werden. Er verstand ihn als Ausweitung demokratischer Normen und Institutionen über die gesamte Gesellschaft hinweg. Polanyi sah im Sozialismus die unausweichliche Ausweitung der Demokratie von der politischen auf die wirtschaftliche Sphäre, im Faschismus hingegen eine Bewegung, die versuche, die Wirtschaftsdemokratie zu verhindern, indem sie die politische Demokratie unterdrückte. Deshalb sei der antifaschistische Kampf um Demokratie auch notwendigerweise ein Kampf um den Sozialismus. Was jedoch bei Polanyi etwas unklar bleibt, ist seine Position gegenüber der zentralen Achse der sozialistischen Debatte über den Faschismus der Zwischenkriegszeit: Ist die Wiederherstellung der politischen Demokratie eine notwendige Voraussetzung für die Wiedereröffnung des Pfads zum Sozialismus oder kann die politische Demokratie nur durch die unmittelbare Ergreifung der Wirt-

schaftsdemokratie gerettet werden? Polanyi war der Ansicht, dass im Kapitalismus »der Einfluss der Arbeiterklasse sowohl in der Politik als auch im Wirtschaftsleben unauflöslich mit der liberalen und demokratischen Organisation der Gesellschaft verbunden ist«.²⁸ Man fragt sich jedoch, ob der Sozialismus wirklich in einem Verhältnis von Kontinuität mit dem Liberalismus steht, oder ob die historische Herausforderung durch die Krise der liberalen Demokratie nicht doch die Artikulierung der Besonderheiten einer sozialistischen Demokratie notwendig macht.

Literatur

- Bauer, Otto (1978): »Problems of the Austrian Revolution«, in: Bottomore, Tom und Goode, Patrick (Hrsg.), *Austro-Marxism*, Oxford: Clarendon Press, S. 156–167.
- Bauer, Otto (1984): »The Unification of Socialism«, in: Beetham, David (Hrsg.), *Marxists in the face of Fascism*, Totowa, NJ: Barnes & Noble Books, S. 294–296.
- Beetham, David (1984): *Marxists in the Face of Fascism*, Totowa, NJ: Barnes & Noble Books.
- Bergounioux, Alain (1983): »L'Internationale ouvrière socialiste entre les deux guerres«, in: Portelli, H. (Hrsg.), *L'Internationale socialiste*, Paris: Les Éditions ouvrières, S. 23–42.
- Berstein, Serge (1975): *Le 6 février 1934*, Paris: Gallimard.
- Blum, Léon (1932): »Résultats et sens des élections allemandes«, in: *Le Populaire*, 8. November 1932.
- Blum, Léon (1935): »Occupation du pouvoir et Front populaire«, in: *Le Populaire*, 4. Juli 1935.
- Botz, Gerhard (1976): »Austro-Marxist Interpretation of Fascism«, in: *Journal of Contemporary History*, 11. Jahrgang, Heft 4, S. 129–156. DOI: <https://doi.org/10.1177/002200947601100408>.
- Cammett, John (1967): »Communist Theories of Fascism, 1920–1935«, in: *Science & Society*, 31. Jahrgang, Heft 2, S. 149–163.
- Ceplair, Larry (1987): *Under the Shadow of War: Fascism, Anti-Fascism, and Marxists, 1918–1939*, New York: Columbia University Press.
- Cole, G. D. H. (1935): »Introduction«, in: *New Fabian Research Bureau*, Jahrgang 1935, Heft 25, S. 5–15.
- Dale, Gareth (2008): »Karl Polanyi's *The Great Transformation*: Perverse Effects, Protectionism, and Gemeinschaft«, in: *Economy and Society*, 37. Jahrgang, Heft 4, S. 495–524.
- Dale, Gareth (2010): *Karl Polanyi: The Limits of the Market*, Cambridge: Polity Press.
- Dale, Gareth (2016a): *Reconstructing Karl Polanyi: Excavation and Critique*, London: Pluto Press. DOI: <https://doi.org/10.2307/j.ctt1ffjrjn>.

- Dale, Gareth (2016b): *Karl Polanyi: A Life on the Left*, New York: Columbia University Press.
- Davidson, Neil (2015): »The Far-Right and the Needs of Capital«, in: Saull, Richard, Anievas, Alexander, Davidson, Neil und Fabry, Adam (Hrsg.), *The Longue Durée of the Far-Right: An International Historical Sociology*, London: Routledge, S. 129–152.
- de Man, Hendrik (1927): *Zur Psychologie des Sozialismus*, Jena: E. Diederichs.
- de Man, Hendrik (1933): *Die sozialistische Idee*, Jena: E. Diederichs.
- de Man, Hendrik (1935) : *Corporatisme et socialisme*, Brussels: Éditions Labor.
- Desan, Mathieu (2016): *Order, Authority, Nation: Neo-Socialism and the Fascist Destiny of an Anti-Fascist Discourse*, Ann Arbor: University of Michigan (Dissertation).
- Foote, Geoffrey (1997): *The Labour Party's Political Thought: A History*, Houndmills: Palgrave Macmillan. DOI: <https://doi.org/10.1057/9780230377479>.
- Hilferding, Rudolf (1984): »Revolutionary Socialism«, in: Beetham, David (Hrsg.), *Marxists in the face of Fascism*, Totowa, NJ: Barnes & Noble Books, S. 274–275.
- Horn, Gerd-Rainer (1996): *European Socialists Respond to Fascism: Ideology, Activism and Contingency in the 1930s*, New York: Oxford University Press.
- Horn, Gerd-Rainer (2001): »From »Radical« to »Realistic«: Hendrik de Man and the International Plan Conferences at Pontigny and Geneva, 1934–1937«, in: *Contemporary European History*, 10. Jahrgang, Heft 2, S. 239–265. DOI: <https://doi.org/10.1017/S0960777301002041>.
- Jenkins, Brian und Millington, Chris (2016): *France and fascism: February 1934 and the dynamics of political crisis*, London: Routledge.
- Moch, Jules (1927): *Socialisme et rationalisation*, Brussels: L'Églantine.
- Montagnon, Barthélemy (1929): *Grandeur et servitude socialiste*, Paris: Librairie Valois.
- Mozetič, Gerald (1992): »Outsiders and true believers: Austrian sociologists respond to fascism«, in: Käsler, Dirk und Turner, Stephen P. (Hrsg.), *Sociology Responds to Fascism*, London: Routledge, S. 15–42. DOI: https://doi.org/10.4324/9780203169070_chapter_2.
- Özel, Hüseyin (1997): *Reclaiming Humanity: The Social Theory of Karl Polanyi*, Salt Lake City: University of Utah (Dissertation).
- Philip, André (1928): *Henri de Man et la crise doctrinale du socialisme*, Paris: Librairie universitaire J. Gamber.
- Polanyi, Karl (1933): »Die geistigen Voraussetzungen des Faschismus«, in: Polanyi, Karl (2005): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945)*, Band 3: Menschliche Freiheit, politische Demokratie und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Faschismus, hrsg. von Michele Cangiani, Kari Polanyi-Levitt und Claus Thomasberger, Marburg: Metropolis, S. 216–221.
- Polanyi, Karl (1934a): »Faschismus und Marxistische Terminologie«, in: Polanyi, Karl (2005): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945)*, Band 3: Menschliche Freiheit, politische Demokratie und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Faschismus, hrsg. von Michele Cangiani, Kari Polanyi-Levitt und Claus Thomasberger, Marburg: Metropolis, S. 233–244.

- Polanyi, Karl (1934b): »Othmar Spann, der Philosoph des Faschismus«, in: Polanyi, Karl (2005): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945)*, Band 3: Menschliche Freiheit, politische Demokratie und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Faschismus, hrsg. von Michele Cangiani, Kari Polanyi-Levitt und Claus Thomasberger, Marburg: Metropolis, S. 222–226.
- Polanyi, Karl (1934c): »Spanns faschistische Utopie«, in: Polanyi, Karl (2005): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945)*, Band 3: Menschliche Freiheit, politische Demokratie und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Faschismus, hrsg. von Michele Cangiani, Kari Polanyi-Levitt und Claus Thomasberger, Marburg: Metropolis, S. 227–232.
- Polanyi, Karl (1934d): »Korporatives Österreich – eine funktionale Gesellschaft?«, in: Polanyi, Karl (2002): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945)*, Band 1: Wirtschaftliche Transformation, Gegenbewegungen und der Kampf um die Demokratie, hrsg. von Michele Cangiani und Claus Thomasberger, Marburg: Metropolis, S. 204–212.
- Polanyi, Karl (1936): »The Essence of Fascism«, in: Lewis, John, Polanyi, Karl and Kitchen, Donald K. (Hrsg.), *Christianity and the Social Revolution*, New York: Charles Scribner's Sons, S. 359–394.
- Polanyi, Karl (1937): *Europe To-day*, London: Worker's Educational Trade Union Committee.
- Polanyi, Karl (1941): »Der faschistische Virus«, in: Polanyi, Karl (2005): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945)*, Band 3: Menschliche Freiheit, politische Demokratie und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Faschismus, hrsg. von Michele Cangiani, Kari Polanyi-Levitt und Claus Thomasberger, Marburg: Metropolis, S. 278–295.
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt: Suhrkamp.
- Polanyi, Karl (1979): »Das Wesen des Faschismus«, in: Polanyi, Karl, *Ökonomie und Gesellschaft*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 91–126.
- Polanyi, Karl (2002): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945)*, Band 1: Wirtschaftliche Transformation, Gegenbewegungen und der Kampf um die Demokratie, hrsg. von Michele Cangiani und Claus Thomasberger, Marburg: Metropolis.
- Polanyi, Karl (2005): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920–1945)*, Band 3: Menschliche Freiheit, politische Demokratie und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Faschismus, hrsg. von Michele Cangiani, Kari Polanyi-Levitt und Claus Thomasberger, Marburg: Metropolis.
- Polanyi, Karl (2016): »The rebirth of democracy«, in: Dale, Gareth (Hrsg.), *Karl Polanyi: The Hungarian Writings*, Manchester: Manchester University Press.
- Pór, Ödön (1923a): *Guilds and Co-operatives in Italy*, London: Labour Publishing Company.
- Pór, Ödön (1923b): *Fascism*, London: Labour Publishing Company.
- Renton, Dave (1999): *Fascism: Theory and Practice*, London: Pluto Press.

- Sedgwick, Peter (1970): »The Problem of Fascism«, in: *International Socialism* (1st series), Jahrgang 1970, Heft 42, S. 31–34.
- Thalheimer, August (1984): »On Fascism«, in: Beetham, David (Hrsg.), *Marxists in the face of Fascism*, Totowa, NJ: Barnes & Noble Books, S. 187–194.
- Trotsky, Leo (1971): *The Struggle against Fascism in Germany*, New York: Pathfinder.
- Trotsky, Leo (1989): *Fascism, Stalinism and the United Front*, London: Bookmarks.
- Vergnon, Gilles (1997): *Les gauches européennes après la victoire nazie: entre planisme et unité d'action, 1933–1934*, Paris: L'Harmattan.
- Vergnon, Gilles (2009): *L'antifascisme en France: de Mussolini à Le Pen*, Rennes: Presses universitaires de Rennes.
- Wasserman, Janek (2014): *Black Vienna: The Radical Right in the Red City, 1918–1938*, Ithaca: Cornell University Press.

Engagierte Wissenschaft.

Die Sozialwissenschaftlerin Käthe Leichter

Veronika Duma

Käthe Leichter (1895–1942) war nicht nur Sozialistin und Sozialwissenschaftlerin, sie war auch eine der ersten feministischen Ökonominen Österreichs (Knittler 2013: 81). Als Akademikerin arbeitete und forschte sie stets an der Schnittstelle zwischen Politik und Wissenschaft. Sie betrieb »engagierte Wissenschaft« (Bourdieu 2001), in der ein »künstlicher Gegensatz« zwischen »scholarship und commitment« nicht existierte. Zugleich agierte Käthe Leichter aktiv als politische Funktionärin. Deshalb war sie im Austrofaschismus und im Nationalsozialismus Haft und Verfolgung ausgesetzt. Anfang des Jahres 1942 wurde sie als Jüdin und Sozialistin in der zur Tötungsanstalt umfunktionierten »Heil- und Pflegeanstalt« in Bernburg an der Saale ermordet.

Die Gegenstände von Leichters Forschung orientierten sich an den politischen Herausforderungen der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen. Der Fokus ihrer wissenschaftlichen Untersuchungen und politischen Analysen lag auf den Arbeits- und Lebensverhältnissen von Arbeiterinnen, auf den geschlechterspezifischen Auswirkungen der (Welt-)Wirtschaftskrisen in den 1920er- und 1930er-Jahren sowie auf dem Aufstieg von Faschismus und Nationalsozialismus.

Ab dem Jahr 1925 leitete Käthe Leichter das neu gegründete Frauenreferat der Wiener Arbeiterkammer, wo sie ihr Wissen als Wissenschaftlerin, als Sozialdemokratin und Gewerkschafterin in ambitionierten Forschungsprojekten umsetzte. Im Umfeld des Frauenreferats bildete sich ein Forschungszusammenhang von mehreren Frauen, die im Kontext der Gewerkschafts-, Arbeiterinnen- und Frauenbewegung aktiv waren. Diese führten soziologische Erhebungen und statistische Analysen der Lebensverhältnisse von Arbeiterinnen durch und beschritten dabei in den Sozialwissenschaften methodisch neue Wege. Es entstand ein Zusammenhang feministischer und sozialistischer Wissensproduktion, der zu dieser Zeit in Europa einzigartig war (Hauch 2009; Universität Heidelberg 2014; Lewis 2015; Maimann 2016).

Käthe Leichter generierte Wissen *mit* und *in der* sowie *für die* ArbeiterInnen- und Frauenbewegung und für die Sozialdemokratische Partei. Die Kämpfe und Debatten der sozialen Bewegungen flossen in die wissenschaftlichen Fragestellungen ein, wäh-

rend gleichzeitig die Ergebnisse wissenschaftlicher Studien den politischen Debatten weitere Dynamik verliehen. Dementsprechend entstanden umfassende empirische Forschungen, deren Erkenntnisse Eingang in die Publikationsorgane der ArbeiterInnenbewegung, in Zeitungsartikel, Radiobeiträge oder Filme fanden. Ebenso zeigte sich der Zusammenhang von Wissenschaften und Politik in Vorträgen oder Schulungen, welche die Partei und die Gewerkschaft für FabrikarbeiterInnen, GewerkschafterInnen und Parteimitglieder anboten (Lichtenberger 2010; Haidinger und Knittler 2014: 29–36; Duma 2018: 81).

Die politischen AkteurInnen der Zwischenkriegszeit¹ diskutierten die geschlechterspezifischen Dimensionen der Weltwirtschaftskrisen und skandalisierten, dass sich die staatliche, austeritätspolitische Krisenbearbeitung unterschiedlich auf die Lebens- und Arbeitsverhältnisse von Frauen und Männern auswirkte. Sie richteten den Blick sowohl auf die klassen- als auch auf die geschlechterspezifische Dimension der herrschenden Krisenpolitik. Frauen, so das Argument, seien vom Abbau von Sozialleistungen besonders betroffen, da sie beim Wegfall von staatlichen Einrichtungen die gesellschaftlich notwendigen Reproduktionsarbeiten durch mehr Eigenleistungen im Haushalt kompensieren würden. Die SozialdemokratInnen beschrieben die (Re-)Privatisierung reproduktiver Tätigkeiten als Konsequenz des sinkenden Haushaltseinkommens sowie des Abbaus sozialer Infrastrukturen. Die politischen Forderungen, die sie der Krisenpolitik entgegenhielten, zielten auf Investitions- und Infrastrukturprogramme, also auf die Entlastung von reproduktiven Arbeiten durch wohlfahrtstaatliche Maßnahmen, sowie auf die Gleichstellung und Aufwertung von Frauenarbeit ab. In Zeitungsartikeln thematisierten sie den Zusammenhang von Krise und autoritärer Entwicklung und antizipierten die Rolle von Frauen in autoritären und faschistischen Regimen. Ein Beispiel hierfür ist die Kritik an der sogenannten »Doppelverdienerordnung« von 1933, die Frauen aus dem Arbeitsmarkt in die unbezahlte Hausarbeit drängte und in der sich die staatliche Regulierung von Familien- und Geschlechterverhältnissen deutlich zeigte (Leichter 1934; Hauch 2009; Duma und Hajek 2015: 61–68).

Im Jahr 1930 erschien das von Käthe Leichter herausgegebene *Handbuch für Frauenarbeit in Österreich* (Leichter 1930), im Jahr 1932 folgte die Publikation *So leben wir ... 1320 Industriearbeiterinnen berichten über ihr Leben* (Leichter 1932). Käthe Leichter forderte Arbeiterinnen auf, ihre Erfahrungen in den unterschiedlichen beruflichen Branchen zu verschriftlichen. Diese Herangehensweise an wissenschaftliches Arbeiten brach den Gegensatz zwischen Forschungsobjekten (den Arbeiterinnen) und dem Forschungssubjekt (der Forscherin) tendenziell auf. Ins Zentrum rückte die Wissensproduktion von der und für die Bewegung, die teilweise mit einer Schulung und politischen Aktivierung einherging.

1 | Untersucht wurden in erster Linie Debatten von Sozialdemokratinnen (Duma und Hajek 2015: 61–68; Duma 2018: 80–81).

Der Aufstieg der Rechten

Obwohl die Etablierung des Austrofaschismus in den Jahren 1933 und 1934 einen Bruch für die historischen AkteurInnen bedeutete, setzte Käthe Leichter sowohl die politische als auch die wissenschaftliche Arbeit fort. Den Aufstieg der Rechten in Österreich und den Nachbarländern – vor allem Italien und Deutschland – betrachtete sie folglich aus einer strategischen sowie wissenschaftlich analytischen Perspektive.

In *Der Kampf*, dem theoretischen Organ des Austromarxismus, erschien nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler im Jänner 1933 und der Ausschaltung des Parlaments im März 1933 ein Artikel mit dem Titel *Die Beste Abwehr* (Leichter 1933: 471–479). Darin insistierte sie, dass die Ereignisse in Deutschland der »Arbeiterklasse der ganzen Welt« die Verpflichtung auferlegten, ihre Taktik zu überprüfen (ebd.: 471). Sie kritisierte den Glauben an die »Automatik« der historischen Entwicklungen, der nur politische Handlungsunfähigkeit hervorgebracht hätte. Hingegen sei der »Glaube an die schöpferische Kraft der Arbeiterbewegung selbst, das Selbstvertrauen in die eigene Aktions- und Gestaltungsfähigkeit verloren« gegangen (ebd.: 472). Sie betonte den »subjektiven Faktor«, die Handlungs- und Organisierungsfähigkeit der ArbeiterInnen, und forderte ein offensives Auftreten der Sozialdemokratie gegenüber dem Aufstieg des Faschismus und Nationalsozialismus in Europa (ebd.). Als im Jänner 1934, kurz vor dem Verbot der Sozialdemokratie in Österreich, die Frauenzentalkonferenz der Sozialdemokratie zum letzten Mal tagte, referierte Käthe Leichter über die Bedrohung der Rechte der Frauen durch Faschismus und Nationalsozialismus (Duma 2018: 118).

Nach der Niederschlagung der ArbeiterInnenbewegung im Februar 1934 fungierte Käthe Leichter als Mitglied der Revolutionären Sozialisten (RS), der Nachfolgeorganisation der Sozialdemokratie im Untergrund. Dort war der als »linker Flügel« bezeichnete Teil der Partei tätig, während der »rechte Flügel« tendenziell den Rückzug antrat. Exemplarisch für diese Trennung in der Illegalität steht eine Anmerkung, die Käthe Leichter im Jahr 1935 in einem Brief an die in Zürich lebende Katja Adler über die ehemals führenden Parteifunktionäre machte: »Unsere alten guten Onkels spielen meist Tarock und verzehren ihre Pensionen. Viel Beziehung gibt es da nicht mehr. Wenn, so ist sie nur rein menschlicher Natur.«²

Leichter blieb in Österreich, organisierte den Widerstand mit, führte politische Schulungen durch, schrieb für die illegalisierten Printmedien und übernahm im März 1937 die Leitung des Informations- und Nachrichtendienstes der RS (Steiner 1997: 148–165). Sie reiste, soweit dies möglich war, in ihrer Funktion als politische Funktionärin immer wieder ins Ausland. Im August 1936 hielt sie beispielsweise in Brüssel einen Vortrag bei einem Treffen des Internationalen Frauenkomitees der Sozialistischen Arbeiter-Internationale über die Gewerkschaften im Faschismus, in dem sie einen Vergleich zwischen Italien, Österreich und Deutschland anstellte. Auch in dieser Rede verknüpfte sie eine ausführliche Faschismusanalyse mit konkreten Hand-

2 | Käthe Leichter an Katja Adler (Zürich), 7. Juni 1935, zitiert nach: Steiner 1997: 154, 220.

lungsstrategien: »Für uns Sozialisten ist die Analyse des Faschismus keine theoretische Angelegenheit. Wir müssen den Gegner kennen, um ihn besser bekämpfen zu können« (Leichter 1936a, zitiert nach: Steiner 1997: 505). Dementsprechend endet die Analyse auch mit mehreren Thesen zum Kampf gegen den Faschismus.

Forschung in der Illegalität

Nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes im Jahr 1934 organisierte Käthe Leichter für sich und teils auch für ihren Mann, Otto Leichter, Aufträge für wissenschaftliche Arbeiten aus dem Ausland. Gelegentlich arbeitete sie beispielsweise für das Internationale Arbeitsamt in Genf, wo sie »korrespondierendes Mitglied« war (Steiner 1997: 166, 221). Dass sie als Sozialistin nach der Etablierung des Austrofascismus dennoch weiterarbeiten konnte, verdankte sie ihrer internationalen Vernetzung. Insbesondere das Frankfurter Institut für Sozialforschung, das sich bereits im New Yorker Exil befand – vorübergehende Zweigstellen gab es auch in der Schweiz und in Frankreich –, war in der Illegalität eine wichtige Anlaufstelle.

Schon während ihres Studiums, das Käthe Leichter im November 1914 im Bereich der Staatswissenschaften in Wien begonnen hatte, hatte sie den Staatswissenschaftler und Soziologen Carl Grünberg kennengelernt, der dort den Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte innehatte. In ihren Memoiren, die sie im Jahr 1939 in einer Einzelzelle in Gestapo-Haft verfasste und später mit Hilfe von anderen Gefangenen und einer sozialistischen Aufseherin aus dem Gefängnis schmuggeln konnte, stellte sie heraus, wie stark Grünberg sie intellektuell beeinflusst hatte (Steiner 1997: 14–15, 359–363). Im Gegensatz zu den herrschenden Lehrmeinungen, so Käthe Leichter, war dieser, »ohne es in seinen Vorlesungen je zu erwähnen, wirklich Sozialist und Marxist« (ebd.: 360). Durch ihn habe sie gelernt, Marx als Soziologen zu lesen und marxistische Soziologie zu betreiben. Mit der Zeit war eine freundschaftliche Beziehung zwischen Käthe Leichter und Carl Grünberg entstanden (ebd.: 361). Nach dem Ersten Weltkrieg lehrten sie teilweise gemeinsam, z. B. bei einer Betriebsräteschulung in Linz, später waren sie beide in die Sozialisierungskommission in Österreich eingebunden (ebd.: 362–363). Der Kontakt zwischen den beiden WissenschaftlerInnen blieb erhalten und schuf die Verbindung zum Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main. Käthe Leichter hielt diesbezüglich fest:

»Ich vermittelte zwischen ihm und den Gründern des neuen *Instituts für Sozialforschung* in Frankfurt am Main, dessen Leitung er übernahm, um gleichzeitig Ordinarius an der dortigen Universität zu werden. Drei Jahre später verhandelte er mit mir wegen einer Assistentenstelle an diesem Institut, und als im Jahr 1934 mein Mann und ich Arbeit und Erwerb verloren hatten, war es sein inzwischen aus Deutschland ausgewandertes Institut, das mir auf Jahre Arbeit und Existenz gab.« (Ebd.: 363)

Die Produktionsbedingungen als Wissenschaftlerin waren gekennzeichnet vom Verlust des Arbeitsplatzes, einem Mangel an finanziellen Ressourcen und von der ständigen Gefahr, wegen der illegalen Arbeit verhaftet zu werden. Durch Zensur und staatliche Repression musste die (wissenschaftliche) Sprache der politischen Lage angepasst sein, wenn die Studien nicht ebenfalls in der Illegalität betrieben wurden. Darüber hinaus hatte Käthe Leichter für zwei kleine Kinder (Heinz, geboren 1924, und Franz Leichter, geboren 1930) zu sorgen.

Im Jahr 1934 reiste sie für einige Zeit in die Schweiz, um soziologische Erhebungen für das Frankfurter Institut für Sozialforschung durchzuführen, die in den von Max Horkheimer publizierten *Studien über Autorität und Familie* abgedruckt wurden (Lazarsfeld und Leichter 1936; Leichter 1936b).³ Der Sammelband wurde im New Yorker Exil Anfang 1935 abgeschlossen und erschien ein Jahr später in Paris. Erhebungen sollten in der Schweiz, in Österreich, Frankreich, Belgien, Holland und London durchgeführt werden (Friedeburg 1987: VIII–IX). Käthe Leichter führte die Erhebungen über familiäre Autoritätsstrukturen bei Jugendlichen 1934 in Bern, Zürich und Basel durch. Die Untersuchung fragte nach den Autoritätsstrukturen in der Familie und den Wandlungen, die diese durch die wirtschaftliche Entwicklung erfahren hatten (Lazarsfeld und Leichter 1936). Sie richtete den Blick sowohl auf die Klassenverhältnisse als auch auf die Beziehung zwischen den Geschlechtern. Etwa 1.000 Schweizer Jugendliche beantworteten die Fragebögen (ebd.: 353). Kontaktperson für Käthe Leichter war unter anderem Andries Sternheim, der Leiter des Genfer Büros des Instituts für Sozialforschung (Horkheimer 1935: IX).

Den inhaltlichen Fokus auf den Zusammenhang von Autorität und Familie erklärte Max Horkheimer in dem einleitenden *Allgemeinen Teil* zur Publikation damit, dass die Familie als Institution der entscheidende Ort für die seelische und erzieherische Prägung aller Individuen sei:

»Die Familie besorgt, als eine der wichtigsten erzieherischen Mächte, die Reproduktion der menschlichen Charaktere, wie sie das gesellschaftliche Leben erfordert, und gibt ihnen zum grossen Teil die unerlässliche Fähigkeit zu dem besonders gearteten autoritären Verhalten, von dem der Bestand der bürgerlichen Ordnung in hohem Masse abhängt.« (Horkheimer 1936: 49–50)

Der Begriff der Autorität wurde in dem Sammelband weit gefasst (ebd.: 24–25). Käthe Leichter und Paul Lazarsfeld, der Teile des Berichts und die methodischen Ausführ-

3 | Die Original Studie von Lazarsfeld und Leichter (von 1934) *Die Autoritaet in der Familie in den Schweizer Städten: Zürich, Basel, Bern. (Eine Jugenderhebung)* befindet sich im Archiv des Instituts für Sozialforschung, Frankfurt am Main. Ich bedanke mich bei Dirk Braunstein vom Institut für Sozialforschung, der die Recherchen zu Käthe Leichter im Archiv des Instituts unterstützte, mich freundlich beriet und half, den Brief von Käthe Leichter an Andries Sternheim im Nachlass Max Horkheimers im Archivzentrum der Universitätsbibliothek in Frankfurt am Main zu finden.

rungen verfasste, nahmen in ihren Untersuchungen ebenfalls keine eindeutige Begriffsdefinition vor. In der

»Fragebogen-Erhebung ist diese Definition ersetzt durch die konkreten Informationen, die der Bogen verlangt. [...] Offenbar, wenn wir Autorität sagen, denken wir an den Einfluss, den Eltern auf Kinder ausüben, und auf die Art, wie Kinder diesen Einfluss hinnehmen.« (Lazarsfeld und Leichter 1936: 375)

Trotz des austrofaschistischen Regimes existierte auch in Österreich ein sozialwissenschaftlicher Forschungszusammenhang, in dessen Rahmen einige, vor allem sozialdemokratische WissenschaftlerInnen weiterhin Forschungen durchführten. Käthe Leichter war in die Arbeitsgemeinschaft der MitarbeiterInnen der Österreichischen Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle in Wien eingebunden, welche Marie Jahoda im Frühjahr 1935 nach der Schließung der Österreichischen Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle gegründet hatte und seitdem leitete (Müller 2010a). Die Forschungsstelle führte marktanalytische Untersuchungen für Firmen und Unternehmen durch. Sie konzipierte aber auch sozialkritische Studien, die teils unentgeltlich verrichtet wurden und die auf den Erfahrungen aus der Marienthal-Studie aufbauen konnten, z. B. über BettlerInnen in Wien oder über die Wiener Stadtrand- oder Erwerbslosensiedlungen. Marie Jahoda hatte für Interviews im Zuge von Hausbesuchen Leitlinien formuliert (Müller 2010b). Auch sie war Mitglied der RS und stellte das Büro der Forschungsstelle als Poststelle für die illegale Organisation zur Verfügung, wodurch u. a. die Verbindung zur österreichischen Sozialdemokratie im tschechoslowakischen Exil aufrecht erhalten werden konnte. Infolge einer Denunziation fand am 27. November 1936 eine Hausdurchsuchung statt und Marie Jahoda wurde, so wie viele weitere AktivistInnen, verhaftet. Sie kam zunächst in sogenannte »Anhaltehaft« und im Januar 1937 in Untersuchungshaft (Müller 2010a).

Im März 1937 nutzte Käthe Leichter die Gelegenheit eines »Ausfluges« in die Tschechoslowakei, um Andries Sternheim in der Schweiz zu kontaktieren.⁴ Sie erzählte ihm von der prekären Lage der Forschungsstelle, versicherte ihm jedoch, dass die »Arbeit in Österreich [...] jetzt ungestört weiter« gehe, auch wenn sie kurzzeitig durch den Polizeieinsatz »ernsthaft gefährdet gewesen« sei.⁵ Sie schilderte, dass die Polizei bei der Durchsuchung einen Teil der Arbeitslosen-Erhebungen gefunden und das gesamte Institut für eine »getarnte politische Sache« gehalten hatte. Doch

»inzwischen hat die ganze Angelegenheit der Forschungsstelle mit einer großen Blamage für die Polizei geendet, denn es konnte wirklich nachgewiesen werden, daß dort [...] für

4 | Vgl. Archivzentrum der Universitätsbibliothek in Frankfurt am Main, Na 1 – Nachlass Max Horkheimer, Käthe Leichter an Andries Sternheim, 29. März 1937, 2 Seiten.

5 | Ebd., 1.

alle möglichen Firmen gearbeitet wurde und daß die vielen Verhafteten gar keine Beziehungen zu politischer Arbeit hatten.«⁶

Doch würde alles, was an »belastendem Material gefunden wurde – politische Manuskripte, Briefe etc. – der sich im Landesgericht in Untersuchungshaft befindenden Marie Jahoda angelastet«.⁷ Auch Käthe Leichter wurde belastet, weil ein Brief von Marie Jahoda an sie gefunden wurde. »Auslandsbemühungen«, so Käthe Leichter an Andries Sternheim, könnten bewirken, dass Marie Jahoda früher freikomme, aber im Augenblick sei wohl wenig zu machen. Sie versprach, zu einem späteren Zeitpunkt Kontakt aufzunehmen. Die Arbeit, so versicherte sie Sternheim erneut, gehe weiter. Bisher hätten sie 50 Arbeitslosenerhebungen nach New York gesendet.⁸

Im März 1937 wurde die Forschungsstelle offiziell geschlossen. Marie Jahoda wurde nach internationalen Protesten im Juli 1937 aus der Haft entlassen – unter der Bedingung, Österreich zu verlassen. Im September 1937 emigrierte sie nach London (Müller 2010a). Käthe Leichter arbeitete noch bis in das Jahr 1937 für das in New York exilierte Frankfurter Institut für Sozialforschung an der Studie über die Wirkung von Arbeitslosigkeit auf die Familienautorität (Steiner 1997: 167–168).

Im Oktober 1936 führte Käthe Leichter gemeinsam mit einer weiteren Person – die eine Hälfte der Fragebögen ist mit »K.L.«, die andere mit »L.W.«⁹ gekennzeichnet – eine Erhebung unter Arbeitslosen in Wien durch. Die Orte sind anonymisiert, jedoch beschrieben als »Invalidensiedlungen«¹⁰ oder »düstere Kleinwohnungssiedlung in düsterer Gasse in proletarischem Viertel«.¹¹ Die Studie wurde nicht veröffentlicht, die Unterlagen finden sich aber im Archiv des Instituts für Sozialforschung in Frankfurt.¹² Die Fragen und die Ausrichtung weisen Ähnlichkeiten mit der Studie zu den Arbeitslosen von Marienthal sowie mit der Studie über Autorität und Familie in der Schweiz auf. Interviewt wurden proletarische Familien, beide Elternteile und die Kinder, in der Regel ein bis zwei an der Zahl. Abgefragt wurden berufsbezogene und persönliche Daten, die finanzielle Lage, die Lebenssituation, die Wohnverhältnisse und die Beziehungen der Familienmitglieder zueinander: Die Beziehung zwischen den Eltern, von der Mutter und dem Vater zu den Kindern und von den Kindern zu den zwei Elternteilen. Es wurde abgefragt, wer die Erziehungsarbeit leiste, ob und welche (psychischen) Veränderungen in der Arbeitslosigkeit aufgetreten seien, wie die Familienmitglieder den Tag verbrächten oder was ihnen im Leben wichtig sei. Die Antworten der Interviewten wurden nicht direkt, sondern paraphrasiert wiedergegeben. Eine

6 | Ebd.

7 | Ebd., 1–2.

8 | Vgl. ebd., 2.

9 | Bei »L.W.« könnte es sich um Ludwig Wagner handeln (Vgl. Müller 2012a; 2012b).

10 | Archiv des Instituts für Sozialforschung, Frankfurt am Main, »Erhebung bei Arbeitslosen (K. Leichter)«, 1936: Probeerhebung Nr. 2, 2. Oktober 1936.

11 | Ebd., Probeerhebung Nr. 4, 15. Oktober 1936.

12 | Vgl. Archiv des Instituts für Sozialforschung, Frankfurt am Main, »Erhebung bei Arbeitslosen (K. Leichter)«.

umfassende Auswertung liegt der Erhebung nicht bei, doch findet sich jeweils ein Absatz mit Schlussfolgerungen pro Familienbefragung. Darin wurde beispielsweise die Frage diskutiert, welche Auswirkungen die lang andauernde Arbeitslosigkeit auf jedes einzelne Familienmitglied hatte und ob bzw. inwiefern die elterliche – die mütterliche und/oder die väterliche – Autorität gegenüber dem Kind erschüttert wurde. Immer wieder wurde die Zerstörung der Familienbeziehungen in der Krisensituation thematisiert.¹³

Bei diesen Unterlagen im Archiv des Instituts für Sozialforschung befindet sich eine weitere Arbeit, die jedoch weder mit Datum noch mit Namen versehen ist. Es handelt sich um einen Vorschlag für eine Untersuchung über die »Autoritätsprobleme« der österreichischen ArbeiterInnenbewegung zwischen 1918 und 1933, an der (wie Formulierungen in der ersten Person Plural nahelegen) mindestens zwei Personen gearbeitet haben.¹⁴ Von Inhalt und Ausrichtung her ist es möglich, dass Käthe Leichter den Entwurf mitformuliert hat, möglich wäre jedoch ebenso, dass es sich um Personen aus dem Forschungsumfeld handelte. Ziel der VerfasserInnen war es, »massenpsychologische Erkenntnisse über die notwendigen Zusammenhänge von Autorität und Demokratie« zu generieren.¹⁵ Die Untersuchung war zudem von der Frage nach der »Ursache des Versagens der Demokratie in Mitteleuropa«¹⁶ angeleitet. Insbesondere die Entwicklung einer der Demokratie feindlichen autoritären psychischen Struktur in den wirtschaftlichen Krisenjahren bedürfe der Aufklärung.¹⁷ Ziel sei es außerdem, Erkenntnisse über die Funktion politischer Parteien innerhalb der Demokratie zu gewinnen.¹⁸ Konkret schlugen die AutorInnen eine Analyse der Sozialdemokratie vor, die eine Sonderstellung unter großen mitteleuropäischen Parteien eingenommen habe. Sie konstatierten, dass eine »Soziologie der politischen Partei, die ihrer Bedeutung und Funktion innerhalb des Systems der politischen Demokratie gerecht würde, [...] heute noch zum grossen Teil« fehlt. Jüngst hätten sich vor allem »die faschistisch eingestellten Juristen und Soziologen [...] in mehr agitatorischer als theoretischer Form mit der Rolle der politischen Parteien in der Demokratie befasst«.¹⁹ Die These, die Demokratie in Mitteleuropa sei aufgrund der »schlechten Friedensverträge« und der »chronischen Wirtschaftskrisen« gescheitert, stelle keine befriedigende Antwort dar.²⁰ Auch hier wurde der Begriff der Autorität sehr weit gefasst und erinnert sowohl an die Theorien Antonio Gramscis als auch jene Michel Foucaults:

13 | Vgl. ebd., z. B. Probeerhebung Nr. 4, 15. Oktober 1936.

14 | Vgl. Archiv des Instituts für Sozialforschung, Frankfurt am Main, F 1/70, Forschungsskizze, o. D., o. A.: »Vorschlag für eine Untersuchung über die Autoritätsprobleme der österreichischen Arbeiterbewegung«, 3, 13.

15 | Ebd., 14.

16 | Ebd., 2.

17 | Vgl. ebd., 3.

18 | Vgl. ebd., 5.

19 | Ebd., 1.

20 | Ebd., 2.

»Jedes Regierungssystem, auch ein extrem demokratisches, fordert von allen, die unter ihm leben, dass sie sich seiner Autorität fügen. (Wobei unter Autorität stets jene psychische Wechselwirkung zwischen Regierenden und Regierten zu verstehen ist, die einer Anerkennung der Regierungsgewalt durch die Regierten aus was immer für äusseren und inneren Motiven sie folgen erfolgen mag, gleichkommt.«²¹

Untersucht werden sollte die Rolle der Sozialdemokratie als Trägerin demokratischer Autorität sowie ihre »eigenen, inneren Autoritätsprobleme und ihre besonderen Auffassungen von Demokratie und Autorität.«²² Das Ergebnis würde weit über spezifische österreichische Probleme hinaus reichen.²³ Als Methode schlugen die VerfasserInnen die Auswertung von Parteitag, Zeitungen, Protokollen, Broschüren, Büchern und ähnlichem Material vor. Ergänzend sollten »Sachverständigerrecherchen«, also ExpertInneninterviews mit politischen FunktionärInnen, MandatarInnen, sowie mit »politisch Interessierte[n] Jugendliche[n] und Frauen« durchgeführt werden. Die AutorInnen betonten besonders die Rolle der »psychologischen Faktoren«, die es neben den ökonomischen Faktoren zu untersuchen gelte.²⁴ Dabei wollten sie zwischen mehreren Arten der Autorität unterscheiden: Zwischen Staatsautorität und Parteidisziplin, zwischen der altösterreichischen Autoritätsstruktur und der von der Sozialdemokratie angestrebten Autoritätsstruktur selbst.²⁵ In der Erläuterung der Forschungsfrage betrachteten sie Österreich im Vergleich mit den »alten Demokratien« in Mitteleuropa als »traditionslose Demokratie«, die in »schärfster Opposition« zur »altösterreichischen Tradition« entstanden sei.²⁶ Österreich sei eine »traditionslose Demokratie« geblieben, so das Argument, weil die demokratische Republik nicht das Ergebnis einer Revolution war, »deren pathetische und dramatische Höhepunkte den Urstoff einer neuen republikanischen Tradition hätten bilden können, und weil der Staat selbst sich nur als provisorisch betrachtete.«²⁷ Dieser letzte Punkt bezieht sich auf den »Anschluss an Deutschland«, der lange Zeit die einzige überparteiliche, also staatliche Tradition dargestellt habe.²⁸ Es folgt eine skizzenhafte Analyse der Sozialdemokratie, der »austromarxistischen Mittellinie zwischen einer zu autoritären und zu revolutionären Linie« und der »psychologischen Typen« der Partei.²⁹ Letztlich wurden jedoch weder diese Forschungsskizze noch eine entsprechende Studie veröffentlicht.

21 | Ebd., 2–3.

22 | Ebd., 3.

23 | Vgl. ebd.

24 | Ebd., 3–4.

25 | Vgl. ebd., 4.

26 | Ebd., 5–6.

27 | Ebd., 6.

28 | Vgl. ebd., 2.

29 | Ebd., 8–11.

Nationalsozialismus und Konzentrationslager

Käthe Leichter blieb auch nach dem März 1938 in Österreich. Den Aufforderungen von Parteimitgliedern und FreundInnen, das Land zu verlassen, kam sie nicht nach.³⁰ Als ihr Mann in Sicherheit und die Ausreise ihrer Kinder geplant war und auch für Käthe Leichter ein Pass bereitstand, war es bereits zu spät. Sie wurde von einem Informanten der Gestapo, der Mitglied der RS war, verraten. Mit einem »Schutzhaftebefehl« wurde Käthe Leichter im Polizeigefangenenhaus an der Roßauer Lände festgehalten und im Jänner 1940 in das Konzentrationslager Ravensbrück im norddeutschen Brandenburg deportiert.

Ebenso wie die in Brasilien verhaftete und nach Deutschland ausgelieferte kommunistische Funktionärin Olga Benario-Prestes oder andere parteipolitisch engagierte und jüdische Frauen wie Rosa Menzer oder Ruth Grünspann wurde Käthe Leichter bei ihrer Ankunft in Ravensbrück als Jüdin kategorisiert und nicht in den »politischen Block«, wo sich andere Sozialistinnen und Kommunistinnen aus Österreich befanden, sondern in den sogenannten »Judenblock« eingewiesen. Zur Jahreswende 1941/42 ließ das zuständige Lagerpersonal beinahe sämtliche Insassinnen dieses Blocks in die »Heil- und Pflegeanstalt« Bernburg transportieren und dort ermorden (Duma 2018: 245–270).

Die Sozialdemokratin Rosa Jochmann, die zur selben Zeit wie Käthe Leichter im Konzentrationslager Ravensbrück – jedoch im »politischen Block« – inhaftiert war und die Käthe Leichter schon aus den 1920er- und 1930er-Jahren kannte, transportierte die Erinnerung an die ermordete Freundin in die Zweite Republik. In ihrer Narration hob sie Käthe Leichter als Wissenschaftlerin hervor, die in Ravensbrück mehrere Schriften, soziologische Studien, Theaterstücke und Gedichte verfasst und damit an Praktiken des bisherigen Lebens anzuknüpfen versucht hatte. Das Bemühen, trotz der widrigen Umstände im Konzentrationslager kulturelle und politische Veranstaltungen durchzuführen, war für das moralische und psychische Überleben im Lager ein wichtiger Faktor gewesen. Diese Tätigkeiten hatten eine Form der Auflehnung gegen die Regeln des Lagerlebens bedeutet. Möglich war dies nur durch Solidar- und Widerstandsgemeinschaften zwischen den Frauen gewesen. Rosa Jochmann betonte die Kontinuität der Rolle Käthe Leichters als Forscherin und Lehrerin und erinnerte an ihr Wirken im Lager, wo sie als Jüdin verschärften Haftbedingungen ausgesetzt gewesen war und dennoch ihr Wissen als Akademikerin und Sozialistin an die Mithäftlinge weitergegeben hatte. Zugleich schilderte sie Käthe Leichter als zurückhaltend in Bezug auf ihre Bildung:

»Amal hab i zu ihr gsagt, wie ma so Zählappell, beim Spazieren gwesen san, hab i gsagt, Käthe, du könntest uns eigentlich von der Französischen Revolution erzählen, weil die in-

30 | Vgl. Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung in Wien, Nachlass Rosa Jochmann, K4M33, Interview von Siglinde Bolbecher und Konstantin Kaiser mit Rosa Jochmann, unveröffentlichte Transkription, August 1984, 15 Seiten, Fortsetzung 13. August 1984, 25 Seiten, 6.

teressiert mi besonders [...] und hats gsagt, ich weiß doch nix, Rosa, ich kann ja nichts erzählen [...]. Dann hats uns, i glaub a Jahr lang, die Französische Revolution erzählt. [...] Mir san so mitten in der Menge gangen und des hat alles zugehört.«³¹

Die beiden Frauen sprachen miteinander auf der Lagerstraße, obwohl, wie Rosa Jochmann stets betonte, die SS-Oberaufseherin den Kontakt zu Jüdinnen verbot. Rosa Jochmann hob hervor, dass der »jüdische Block« bis zur Ermordung beinahe aller Insassinnen mit dem »politischen Block« im Austausch gestanden war. Dadurch war es den Frauen des »politischen Blocks« gelungen, Käthe Leichter von der schweren »Außenarbeit« wegzuholen und eine andere Aufgabe für sie zu »organisieren«:

»Endlich brachten wir sie von der Außenkolonne weg, sie konnte im Block bleiben und Strümpfe stricken. Das aber erlernte sie nicht, und so strickten andere für sie, und Käthe erzählte ihnen, wie die Welt ist und wie sie sein könnte, es waren lauter politische jüdische Häftlinge.«³²

Mit dem Hinweis darauf, dass Käthe Leichter das Handarbeiten nicht erlernt und stattdessen die strickenden Mitgefangenen politisch geschult hatte, verwies Rosa Jochmann auf ihre Rolle als Intellektuelle. Ebenso betonte sie wiederholt, dass Käthe Leichter ihre Forschungsarbeiten selbst im Lager fortgesetzt hatte. Insbesondere erwähnte sie eine Studie über die von der SS als »asozial« und »kriminell« kategorisierten Frauen im Lager. Bezugnehmend auf die These von Karl Marx, wonach »das Sein das Bewusstsein bestimmt«, erklärte Rosa Jochmann, dass Käthe Leichter in einer Umfrage zu dem Ergebnis gelangt war, erst die gesellschaftlichen Verhältnisse würden die Frauen zu »Diebinnen« oder »Mörderinnen« machen.

»Du setztest Deine soziologische Arbeit auch im Lager fort. Du redetest mit den Straßenmädchen, den Diebinnen, den Verbrecherinnen, denn auch sie waren dort unsere Kameradinnen.« (Jochmann 1966: 2)³³

Die Studie hatte sogar auf Papier bestanden, hatte jedoch vor einer Blockdurchsuchung der SS vernichtet werden müssen.³⁴ Dass die politischen Frauen die Kategorien »asozial« und »kriminell« selbst grundsätzlich in Frage stellten, erwähnte sie nicht.

31 | Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung in Wien, Nachlass Rosa Jochmann, K4M31, Interview mit Rosa Jochmann, unveröffentlichte Transkription, 5. Juni 1987, 71 Seiten, 44.

32 | Aussage Rosa Jochmanns 1970, zitiert nach: Steiner 1997: 199.

33 | Vgl. auch Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung in Wien, Nachlass Rosa Jochmann, K4M31, Interview mit Rosa Jochmann, unveröffentlichte Transkription, 5. Juni 1987, 71 Seiten, 3.

34 | Vgl. ebd., 3–4. Vgl. Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung in Wien, Nachlass Rosa Jochmann, K4M33, Interview von Siglinde Bolbecher und Konstantin Kaiser mit Rosa

Rosa Jochmann setzte in ihren Erinnerungen an Käthe Leichter stets den Doktorinnentitel vor deren Namen, um die Unrechtmäßigkeit der Aberkennung im Jahr 1939 zu unterstreichen. Die Universität Heidelberg, an der Käthe Leichter promoviert hatte, bestand jedoch auch nach Kriegsende auf die Aberkennung ihres Dokortitels (Steiner 1997: 187). Erst im Jahr 2013 erhielt die Ermordete – maßgeblich dank des Einsatzes ihres jüngeren Sohnes Franz Leichter – posthum die Doktorinnenwürde zurück.

Käthe Leichter gab ihren politischen Aktivismus im autoritären Österreich nicht auf und versuchte zugleich, weiterhin Wissenschaft zu betreiben, wie sie es in den 1920er-Jahren begonnen hatte. Mit dem Ende der parlamentarischen Demokratie und der Etablierung des Austrofaschismus wurden die Orte und Publikationsorgane der Wissensvermittlung und des Austauschs, der sozialistischen und feministischen Wissensproduktion verboten und geschlossen. Käthe Leichter verlor, wie viele Sozialistinnen und Kommunistinnen, ihre Arbeit. Die »Organischen Intellektuellen« bzw. »Bewegungsintellektuellen« (Haug 2014: 326, 330) der Frauen- und ArbeiterInnenbewegung wurden verfolgt und inhaftiert. Ab 1938 zerstörte der Nationalsozialismus durch die systematische Verschleppung und Ermordung politischer AktivistInnen sowie die antisemitische und rassistische Verfolgung gewaltsam die personelle und intellektuelle Kontinuität. Das Ende dieser Wissensproduktion ist Teil der Vertreibung der Vernunft aus Österreich, der Emigration, Flucht und Ermordung zahlreicher (jüdischer) WissenschaftlerInnen, politischer AkteurInnen und KünstlerInnen (Embacher 1991: 57, 66; Stadler 1987/88). Auch nach 1945 ließ die Beständigkeit androzentrischer Aufmerksamkeitshorizonte dieses Wissen um die Frauen- und ArbeiterInnenbewegung lange Zeit im Verborgenen bleiben.

Die Arbeit Käthe Leichters ist ein Beispiel für das Selbstverständnis einer engagierten Wissenschaft, die sich analytisch und methodisch anspruchsvoll am aktuellsten Stand des wissenschaftlichen Diskurses bewegte und sich zugleich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst war.

Literatur

- Bourdieu, Pierre (2002): »Für eine engagierte Wissenschaft«, in: *Le Monde diplomatique. Deutsche Ausgabe*, 15. Februar 2002 (<http://monde-diplomatique.de/artikel/!1125558>, 28. April 2018).
- Duma, Veronika (2018): *Rosa Jochmann. Eine biografische Verortung im Spannungsfeld von Widerstand und Verfolgung im (Austro-)Faschismus und Nationalsozialismus aus geschlechterspezifischer Perspektive*, Wien: Universität Wien (Dissertation).

Jochmann, unveröffentlichte Transkription, August 1984, 15 Seiten, Fortsetzung 13. August 1984, 25 Seiten, 4.

- Duma, Veronika und Hajek, Katharina (2015): »Haushaltspolitiken. Feministische Perspektiven auf die Weltwirtschaftskrisen von 1929 und 2008«, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 26. Jahrgang, Heft 1: Geld-Markt-Akteure, S. 46–76.
- Embacher, Helga (1991): »Außenseiterinnen: bürgerlich, jüdisch, intellektuell – links«, in: *L'Homme. Z.F.G.*, 2. Jahrgang, Heft 2 : Intellektuelle, S. 57–76. DOI: <https://doi.org/10.7767/lhomme.1991.2.2.57>.
- Fleck, Christian (1988): Marie Jahoda, in: Stadler, Friedrich (Hrsg.), *Vertriebene Vernunft II. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft*, Wien: Jugend & Volk, S. 345–359.
- Friedeburg, Ludwig von (1987): »Vorbemerkung«, in: Horkheimer, Max, *Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung*, Lüneburg: Dietrich zu Klampen, S. VIII–IX.
- Haidinger, Bettina und Knittler, Käthe (2014): *Feministische Ökonomie. Eine Einführung*, Wien: Mandelbaum.
- Hauch, Gabriella (2009): »Käthe Leichter, geb. Pick (1895–1942). Spuren eines Frauenlebens«, in: Hauch, Gabriella (Hrsg.), *Frauen bewegen Politik. Österreich 1848–1938*, Innsbruck/Wien/Bozen: StudienVerlag, S. 225–247.
- Haug, Frigga (2014): »Arbeiten an einer Kultur der Zerrissenheit. Eine internationale Umfrage«, in: *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften*, 56. Jahrgang, Heft 3: Frauenbewegung erinnern, S. 325–330.
- Horkheimer, Max (1935): »Vorwort«, in: Horkheimer, Max (1987), *Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung*, Lüneburg: Dietrich zu Klampen, S. VII–XII.
- Horkheimer, Max (1936): »Allgemeiner Teil«, in: Horkheimer, Max (1987), *Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung*, Lüneburg: Dietrich zu Klampen, S. 3–76.
- Horkheimer, Max (1987): *Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung*, 2. Auflage (Reprint der Erstausgabe Paris 1936), Lüneburg: Dietrich zu Klampen.
- Jochmann, Rosa (1966): »Zum 70. Geburtstag von Käthe Leichter, Ein Brief, der sie nicht erreichen kann«, in: *Die Frau*, 20. August 1966.
- Knittler, Käthe (2013): »Käthe Leichter und die Wirtschaftskrise«, in: *Kurswechsel. Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen*, Jahrgang 2013, Heft 4, S. 74–81.
- Lazarsfeld, Paul und Leichter, Käthe (1936): »Erhebungen bei Jugendlichen über Autorität und Familie«, in: Horkheimer, Max (1987), *Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung*, Lüneburg: Dietrich zu Klampen, S. 353–415.
- Leichter, Käthe (1930): *Handbuch der Frauenarbeit in Österreich*, Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte.
- Leichter, Käthe (1932): *So leben wir ... 1320 Industriearbeiterinnen berichten über ihr Leben*, Wien: Arbeit und Wirtschaft.

- Leichter, Käthe (1933): »Die beste Abwehr« *Der Kampf*, 26. Jahrgang, Heft 11, 26, in: Steiner, Herbert (1997), *Käthe Leichter. Leben, Werk und Sterben einer österreichischen Sozialdemokratin*, Wien: Ibero & Molden, S. 471–479.
- Leichter, Käthe (1934): »Wem nutzt es«, in: *Die Frau*, 43. Jahrgang, Heft 2, S. 5–7.
- Leichter, Käthe (1936a): »Die Gewerkschaften im Faschismus«, Vortrag, gehalten im Rahmen der Internationalen Studienwoche, veranstaltet vom Internationalen Frauenkomitee der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Brüssel, 22.–29. August 1936, in: Steiner, Herbert (1997), *Käthe Leichter. Leben, Werk und Sterben einer österreichischen Sozialdemokratin*, Wien: Ibero & Molden, S. 480–511.
- Leichter, Käthe (1936b): »II. Interviews mit Schweizer Sachverständigern«, in: Horkheimer, Max (1987), *Studien über Autorität und Familie*, Lüneburg: Dietrich zu Klampen, S. 416–440.
- Lewis, Jill (2015): »Working Women in Red Vienna: Käthe Leichter and the Vienna Arbeiterkammer«, in: *L'Homme. Z.F.G.*, 26. Jahrgang, Heft 2: Visuelle Kulturen, S. 151–159.
- Lichtenberger, Sabine (2017): »Der Arbeitstag der Holzarbeiterin Leopoldine Weinmüller. Erinnerungen an den Film ›Frauenleben-Frauenlos‹«, EGA Frauenstudienzirkel, 6. Mai 2010 (http://www.frauenstudienzirkel.net/wordpress/wp-content/uploads/2011/09/leopoldine_weinm_ller.pdf, 30. April 2018).
- Maimann, Helene (2016): *Käthe Leichter. Eine Frau wie diese*, TV-Dokumentation, gesendet im ORF, Kreuz und Quer, 9. März 2016, 20.15 Uhr.
- Müller, Reinhard (2010a): »Marie Jahoda«, in: *Die Arbeitslosen von Marienthal*, Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Universität Graz (http://agso.uni-graz.at/marienthal/biografien/jahoda_marie.htm, 30. April 2018).
- Müller, Reinhard (2010b): »[Marie Jahoda]. Anweisungen für die Hausbesuche in den alten Wohnungen der Siedler. Wien 1934«, in: *Die Arbeitslosen von Marienthal*, Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Universität Graz (http://agso.uni-graz.at/marienthal/archiv/lazarsfeld_paul_felix/nachlass_paul_lazarsfeld/04.htm, 30. April 2018).
- Müller, Reinhard (2012a): »Ludwig Wagner«, in: *Die Arbeitslosen von Marienthal*, Archiv für die Geschichte der Soziologie in Österreich, Universität Graz (http://agso.uni-graz.at/marienthal/biografien/wagner_ludwig.htm, 25. Juni 2018).
- Müller, Reinhard (2012b): *Marienthal. Das Dorf – Die Arbeitslosen – Die Studie*, Innsbruck/Wien/Bozen: StudienVerlag.
- Stadler, Friedrich (Hrsg.) (1987/1988): *Vertriebene Vernunft: Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft*, 2 Teile, Wien: Jugend & Volk.
- Steiner, Herbert (1997): *Käthe Leichter. Leben, Werk und Sterben einer österreichischen Sozialdemokratin*, Wien: Ibero & Molden.
- Universität Heidelberg (2014): »Mutiges Leben in gefährlichen Zeiten«, in: *Universität Heidelberg, Historische Porträts*, 10. Dezember 2014 (https://www.uni-heidelberg.de/universitaet/heidelberger_profile/historisch/leichter.html, 1. Juli 2018).

Alfred Klahrs *Gegen den deutschen Chauvinismus* – eine im Konzentrationslager Auschwitz verfasste Analyse

Brigitte Bailer

Alfred Klahrs Weg nach Auschwitz

Bereits seit dem 19. Jahrhundert hatte der Rassenantisemitismus in der österreichischen Monarchie um sich gegriffen, wobei er auf dem alten christlichen Antijudaismus aufbauen konnte. Sowohl Christlichsoziale als auch Deutschnationalen benutzten antisemitische Stereotype und Verschwörungstheorien in ihrer politischen Propaganda. Zahlreiche Jüdinnen und Juden schlossen sich vor diesem Hintergrund der Arbeiterbewegung an, deren Unabhängigkeit von religiösem Bekenntnis und weitgehende Freiheit von Antisemitismus ihnen eine politische Heimat boten. Zahlreiche jüngere Menschen mit einer distanzierten Haltung gegenüber ihrer Herkunftsreligion fanden in den Jahren der Ersten Republik zur Sozialdemokratie, weniger zur schwächeren, aber radikaleren KPÖ. Zu diesen zählte der 1904 in Wien geborene, aus sehr bescheidenen sozialen Verhältnissen stammende Alfred Klahr. Sein Vater verdiente anfangs den Lebensunterhalt für die siebenköpfige Familie – Alfred hatte noch vier Schwestern – als Hausierer, später als Angestellter der Israelitischen Kultusgemeinde (Krenn und Tatzber-Schebach 2012). Trotz der prekären ökonomischen Situation der Familie wurde Alfred Klahr der Besuch des Realgymnasiums ermöglicht, anschließend studierte er an der Universität Wien »Staatswissenschaften«, damals eine der seltenen Möglichkeiten, sich mit einer wenigstens ansatzweise kritischen Gesellschaftswissenschaft zu befassen. Der von Klahr verfolgte Studienplan beinhaltete etliche Fächer, die heute in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften verpflichtend sind: neben juristischen auch wirtschaftliche Lehrveranstaltungen, wie Volkswirtschaftslehre und -politik oder Theorie des Geld- und Bankwesens sowie Soziologische Grundlagen der Wirtschaftsgeschichte. Aber auch Statistik sowie Gesellschaftslehre, die Klahr beim konservativen Vordenker des Ständestaates, Othmar Spann (Pichler 1988), hörte, zählten zu seinen Vorlesungen. 1928 schloss er das Studium mit dem

Doktorat ab. Seine von Hans Kelsen und Adolf Merkl betreute Dissertation *Das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung in demokratischen Republiken*¹ untersuchte ausgehend von einer Darstellung staatsrechtlicher Theorien die Ausprägung des Verhältnisses von Legislative und Exekutive im Deutschen Reich, in Frankreich, Österreich und der Schweiz. Klahrs Text bleibt stets sachlich, Klahr hielt seine eigene politische Anschauung darin völlig zurück. Die Arbeit zeugt von Klahrs Fähigkeit zu präziser Analyse, beispielsweise in seiner Diskussion der untersuchten Staatsrechtstheorien, seine Gedankengänge sind überaus klar und strukturiert. Vermutlich wäre eine wissenschaftliche Karriere für ihn in Reichweite gestanden. Doch sein politischer Aktivismus behielt die Oberhand.

Schon als Gymnasiast fand Klahr über die Vereinigung Sozialistischer Mittelschüler zum Kommunistischen Jugendverband (KJV) und zur KPÖ, der er bereits 1924 beitrug (Krenn und Tatzber-Schebach 2012: 3). Damit schloss er sich bereits verhältnismäßig früh der kommunistischen Bewegung an, die zu diesem Zeitpunkt in Österreich eine wenig bedeutende Rolle spielte (Baier 2009: 27–34). Die Arbeit für die KPÖ wurde in den folgenden Jahren zum bestimmenden Faktor seines Lebens, ihr ordnete er alle privaten Interessen, später auch die Beziehung zu seiner Frau und zu seinem Sohn, unter.

Noch 1928, unmittelbar nach Abschluss des Studiums übersiedelte Klahr nach Berlin, wo er als Volontär für die kommunistische *Rote Fahne* arbeitete. 1929 berief ihn die Kommunistische Partei bis 1932 zur Komintern, der kommunistischen Internationale, nach Moskau. Nach seiner Rückkehr nach Wien arbeitete er für die österreichische KPÖ-Parteizeitung, *Die Rote Fahne*, auch über das Verbot der KPÖ im Mai 1933 hinaus. 1934 folgte eine sechsmonatige Haft wegen seiner Aktivität für die nunmehr illegale Partei. Nach seiner Freilassung fuhr er nach Prag und im Anschluss daran wieder nach Moskau, wo er als Lektor an der Lenin-Schule tätig wurde (Köstenberger 2016). Kurz darauf wurde er nochmals nach Prag sowie nach Wien berufen, bevor er im November 1935 wiederum nach Moskau an die Lenin-Schule zurückkehrte. Dort verfasste er 1937 im Auftrag der KPÖ-Leitung seine bekannte Arbeit zur österreichischen Nation, die unter seinem Decknamen »Rudolf« in der in Österreich damals illegalen kommunistischen Zeitschrift *Weg und Ziel* erschien (Klahr 1937). Damit wandte sich die KPÖ, so wie beinahe gleichzeitig der Legitimist Ernst Karl Winter (Häusler 2000), gegen die damals allgemein verbreitete Auffassung von Österreich als Teil der deutschen Nation, wie sie nicht nur der austrofaschistische Staat, sondern auch die Sozialdemokratie² vertrat. Die KPÖ schrieb sich in der Folge

1 | Das vermutlich einzige noch vorhandene Exemplar der Dissertation befindet sich in der Bibliothek des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW).

2 | Diese hatte allerdings unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Machtergreifung die Forderung nach einem Anschluss Österreichs an Deutschland 1933 aus ihrem Programm gestrichen. Gehofft wurde nun auf eine »gesamtdeutsche Revolution«. Erst nach der Moskauer Deklaration der Alliierten vom 1. November 1943, als die Wiederherstellung eines souveränen Österreich zum alliierten Kriegsziel erklärt wurde, wandte sich auch das sozialdemokratische Exil von dieser Vorstellung ab – nur das schwedische Exil mit Bruno Kreisky hatte dies schon vorher getan.

den Kampf für Österreichs Unabhängigkeit auf ihre Fahne, der auch nach dem »Anschluss« 1938 weitergeführt wurde, was tausenden WiderstandskämpferInnen das Leben kosten sollte (Bailer und Ungar 2013: 113–114).

In seiner Abhandlung argumentierte Alfred Klahr auf Basis der Nationsdefinition Josef Stalins aus dem Jahr 1914 vor allem historisch vor dem Hintergrund der Entscheidung für eine kleindeutsche Lösung 1866, untermauerte dies aber auch mit pauschalierend gesetzten gesellschaftlichen Gegebenheiten: Die »österreichische Bourgeoisie« sowie »die Massen des Bauerntums und Kleinbürgertums« und die Arbeiterklasse hätten noch vor der Wende zum 20. Jahrhundert eine neue, »österreichische Orientierung« eingeschlagen. Da aber starke bürgerliche und kleinbürgerliche Schichten noch immer dem Deutschnationalismus anhängen, sei diese Entwicklung zur eigenständigen österreichischen Nation noch nicht abgeschlossen (Häusler 2000: 98–99).

Nachdem Klahrs Position in der Lenin-Schule gegen Ende 1937 in Frage gestellt wurde, verließ er Anfang 1938 die Sowjetunion. Seine Frau und sein Sohn blieben zurück und sollten ihn nie wiedersehen. Klahr ging nach Prag, wo er ab März 1938, also zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtübernahme in Österreich, wieder im Bereich der kommunistischen Presse arbeitete. Ab November 1938 war er für die KPÖ-Leitung in Belgien tätig. Nach dem Überfall der Deutschen Wehrmacht auf Belgien wurde er verhaftet und in das Lager St. Cyprien nach Südfrankreich gebracht. Dort gelang ihm die Flucht. Nach dem Überfall des Deutschen Reiches auf die Sowjetunion im Juni 1941 sollte er in die Schweiz fahren, um von dort den Widerstand in Österreich zu unterstützen. Beim Grenzübertritt wurde er jedoch verhaftet, in Le Vernet, ebenfalls Südfrankreich, inhaftiert und am 14. August 1942 unter seinem belgischen Decknamen »Lokmanis« in das Konzentrationslager Auschwitz deportiert. Dort beteiligte er sich, obschon als Jude inhaftiert und ständig von Selektionen bedroht, an der Tätigkeit der internationalen Widerstandsbewegung, der unter anderen auch Hermann Langbein angehörte. Diese verhalf ihm am 15. Juni 1944 zur Flucht. Er sollte Kontakt zum polnischen Widerstand herstellen und vor den Selektionen im Lager bewahrt werden, um – wie Günther Grabner meint – für den Wiederaufbau nach dem Krieg gerettet zu werden (Grabner 1994: 201). Ein Treffpunkt mit polnischen Partisanen wurde vereinbart, die Klahr hätten weiter und in ein sicheres Quartier bringen sollen. Doch die Kontaktaufnahme dürfte nicht wie geplant geklappt haben und Klahr fand keine Unterkunft. In Warschau wurde er auf der Straße von einer deutschen Streife aufgegriffen und erschossen. Die genauen Umstände seines Todes konnten bislang nicht eruiert werden.

Zur Entstehung und Rettung des »Auschwitz-Textes«

Ungeachtet des Diktums der »Internationalen Solidarität« brachen, worauf Hermann Langbein verweist, selbst unter den Bedingungen der Haft im KZ Auschwitz zwischen deutschen und österreichischen Kommunisten nationale Gegensätze auf (Langbein 1980: 117). Alfred Klahrs Versuche, die deutschen Häftlingskameraden

vom Bestehen einer eigenen, von der deutschen unabhängigen österreichischen Nation zu überzeugen, stießen auf Widerspruch. Insbesondere der deutsche Kommunist Bruno Baum trat diesen Auffassungen Klahrs heftig und – wie sich Josef Meisel erinnerte – beinahe gehässig entgegen (vgl. ebd.: 66). Diese Debatten gaben schließlich für Klahr den Anstoß zur Abfassung des Textes *Gegen den deutschen Chauvinismus*, die »einzige theoretische Arbeit«, so Langbein, »die in einem KZ geschrieben wurde« (ebd.: 117).

Zur Rettung des Textes aus dem Lager trug Klahrs Mithäftling Rudolf Friemel (Hackl 2002)³ bei, dem es mit Hilfe eines SS-Mannes gelang, Post an seinen Vater aus dem Lager zu schmuggeln. Ende 1956 gab Friemels Vater das Manuskript der Redaktion von *Weg und Ziel*, die es in einer Sondernummer 1957 abdruckte (Mugrauer 2013: 62; Klahr 1957: 29–37; 1994: 132–143). Wie die beiden im Staatlichen Museum Auschwitz vorhandenen Dokumente dorthin gelangt sind, ist ebenso unklar (Klahr 1994: 205) wie die Fragen nach dem Verbleib der von Friemel an *Weg und Ziel* gegebenen Abschrift bzw. ob es sich bei einer der beiden in Auschwitz befindlichen um diese handelt. In den Aktenbeständen des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes (DÖW)⁴ befinden sich Fotografien der beiden im Museum Auschwitz aufbewahrten handschriftlichen Fassungen des Textes. Ob es sich bei einer der beiden tatsächlich um die Originalfassung Klahrs handelt, wie im DÖW angegeben, könnten nur weiterführende Untersuchungen wie ein Vergleich mit anderen im DÖW vorhandenen handschriftlichen Texten (Briefen) Klahrs klären. Die Abschriften weichen an wenigen Stellen in Satzstellung bzw. Zeichensetzung voneinander ab, was jedoch keine inhaltlichen Auswirkungen nach sich zieht. Die publizierten Versionen scheinen, wie ein Textvergleich durch die Verfasserin ergab, interessanterweise auf einer Mischung beider Abschriften zu beruhen.

Der »Auschwitz-Text«

In diesem, gegen die Auffassungen seiner deutschen kommunistischen Mithäftlinge gerichteten Text (Klahr 1994: 132–143) schloss Klahr an seine sieben Jahre zuvor verfasste Argumentation zur österreichischen Nation an, wobei er nun ausschließlich die deutsche historische und soziale Entwicklung in den Fokus nahm und daraus geistesgeschichtliche und ideologische Konsequenzen ableitete. Der »deutsche Chauvinismus« wurde in dieser Argumentation eine sozialhistorisch begründbare Fehlentwicklung der in ihren Anfängen liberalen großdeutschen Idee.

3 | Friemels Vater gelang es, bei den Behörden die Erlaubnis zur Hochzeit seines Sohnes mit der Spanierin Margarita Ferrer Rey zu erreichen. Friemel wurde am 30. Dezember 1944 wegen der Organisierung der Flucht von Mithäftlingen noch im KZ Auschwitz öffentlich hingerichtet (Hackl 2002).

4 | DÖW, Akt 3757.

Als zentralen Machtfaktor und treibende Kraft hinter dieser Entwicklung machte Klahr das von ihm sogenannte »preußische Junkertum«, weiter verallgemeinert zum »Preußentum«, aus. Dieses sah Klahr als »historisch unter bestimmten Bedingungen entstanden« und »als an und für sich nicht faßbar⁵, sondern nur im gesellschaftlichen kulturell-politischen Leben der Nation zum Ausdruck kommende Rolle der preußischen Junkerklasse« (ebd.: 136). Als »preußische Junker« definierte Klahr hier Großgrundbesitzer östlich der Elbe, die er – ohne eine Begründung zu nennen – von jenen westlich der Elbe unterschied. Diese feudal organisierten östlichen Gutsherrschaften hätten gleichzeitig drei ökonomische Funktionen erfüllt: Sie seien landwirtschaftliche Großproduzenten gewesen, aber auch die eigenen Produkte vermarktende Großhändler und gleichzeitig Großproduzenten, die ihre eigenen landwirtschaftlichen Produkte verarbeitet hätten, beispielsweise in Schnapsbrennereien. Auf diese Weise hätten sie eine herausragende ökonomische und soziale Position besessen, die die Entwicklung der Städte und damit eines städtischen Bürgertums erschwert habe und den »Junkern« gleichzeitig große Macht über Bauern und Bürgertum ermöglicht habe. Damit seien sie zur Grundlage des preußischen Staates unter Friedrich dem Großen geworden und hätten ihre Machtposition auch über die napoleonischen Kriege hinaus retten können. Die Reichsgründung 1871 sei durch den »preußischen Militärtiefel« erreicht worden, das »Junkertum« habe dadurch noch zusätzlichen Einfluss erlangt, wobei Klahr eindeutig das »Junkertum« mit dem Land Preußen gleichsetzte, wenn er schrieb: »Politisch gesehen hatte Preußen nach 1871 die führende Rolle im deutschen Reich, d. h. die reale politische Macht wird vorwiegend in den Händen des Junkertums konzentriert« (ebd.: 137).

Als Folge dieser starken Position ortete Klahr weitreichende soziale und ideologische Konsequenzen für Kaiserreich und Republik bis zum nationalsozialistischen Staat. Denn jene Abhängigkeiten und daraus resultierenden autoritären Unterordnungsverhältnisse, die die Beziehung zwischen dem Gutsherren und seinen Bediensteten (»Gesinde«) prägten, seien vom Junkertum in alle Bereiche des »sozialen und kulturellen Lebens« getragen worden: »Es ist vor allem der Geist der unbedingten Unterordnung unter die von oben eingesetzte Autorität, des Kadavergehorsams, des Glaubens an die Peitsche als des besten Erziehungsmittels und anderes« (ebd.: 139). Diese als angebliches »Ideal« an die Jugend weitergegebene Haltung habe dann in der Folge nicht nur die »deutsche Intelligenz«, sondern auch die »Massen des Kleinbürgertums und der Bauern« beeinflusst. Selbst in der im NS-Staat propagierten »Volksgemeinschaft« und auf betrieblicher Ebene in der sogenannten »Betriebsgemeinschaft« meinte Klahr die Auswirkungen dieses Einflusses der preußischen Junker zu erkennen. Folgerichtig sah Klahr im »deutsche[n] Faschismus die Weiterführung des preußischen Geistes« (ebd.: 140). Während Klahr also einerseits soziale und historische Prozesse benannte, die er als Grundlage der Entwicklung zum Nationalsozialismus begriff, wandte er sich gleichzeitig ideengeschichtlichen Argumentationen zu und beschwor den »preußischen Geist« als wesentlichen Teil des Problems.

5 | Die Zitate werden in der historischen Schreibweise wiedergegeben.

Der von Klahr konstatierte Machterhalt der ostelbischen Großgrundbesitzer seit dem 18. Jahrhundert und der damit gesicherte Fortbestand feudaler Elemente wurden seiner Meinung nach durch die in Deutschland gescheiterten Revolutionen ermöglicht. Während das französische Bürgertum in der Revolution von 1789 den Feudalismus beseitigt und den Adel entmachtet habe, sei dies in Deutschland weder in den Bauernkriegen oder in den napoleonischen Kriegen noch in den Revolutionen von 1848 oder 1918 gelungen. Habe 1848 das liberale Bürgertum die Ideen der Revolution verraten, sei die revolutionäre Kraft 1918 vom reformistischen Kurs der Sozialdemokratie gebrochen worden (ebd.: 136–138). Damit benannte Klahr in beinahe personifizierender Weise die »Verräter« am Geist der Revolutionen, womit er in der kommunistischen Argumentationslinie verharrete. Die reale politische Macht sei nach der Reichsgründung 1871 in den Händen der »Junker« gelegen, ab 1918 habe eine Machtteilung zwischen »Junker« und Finanzkapital stattgefunden – diese beiden Kräfte seien daher gemeinsam für den Aufstieg des Faschismus verantwortlich zu machen, der in Deutschland eine Diktatur des Finanzkapitals »im Bündnis mit dem Junkertum« sei (ebd.: 138).

Die unvollendet gebliebenen Revolutionen hätten jedoch auch schwerwiegende Folgen für die Nationswerdung der Deutschen und damit für die entstehende großdeutsche Idee nach sich gezogen. Während in Frankreich und Großbritannien durch den »revolutionäre[n] Sieg des Bürgertums über den Feudalismus« die einzelnen Teile der Gesellschaft »zur Einheit der Nation« zusammengefunden hätten (ebd.: 133), habe im Deutschen Reich die Reichsgründung von oben, eben als ein »Werk der preußischen Junker« stattgefunden, wodurch die Einheit der »deutschen Stämme« und damit eine gelungene Nationswerdung der Deutschen verhindert worden sei. Es sei zu keiner »Verschmelzung« der »deutschen Stämme« gekommen, 1871 sei vielmehr nur eine reale staatliche Grundlage für deren Zusammenschluss geschaffen worden (ebd.: 133). Die Spaltung der Deutschen habe entlang religiöser Gegensätze (katholische versus protestantische Länder), aufgrund eines von ihm nicht näher definierten »Kulturkampfes« und wegen der infolge des Misslingens der Revolution auch 1918 nicht überwundenen Partikularinteressen der deutschen Länder bestanden. Die Ausbildung eines deutschen Zentralstaates sei letztlich durch die »Macht und Interessen der dynastisch feudalen Gesellschaftsklassen« (ebd.: 134) verhindert worden. Die »Einheit der Nation mindestens durch Zuendeführung der bürgerlichen Revolution, durch Vernichtung der feudalen Überbleibsel in Staat und Gesellschaft, durch Schaffung eines demokratisch-zentralistischen Einheitsstaates«, sah Klahr als Bedingung zur »Vollendung der deutschen nationalen Entwicklung« (ebd.: 134).

Aus diesem von ihm konstatierten Faktum der unvollendeten deutschen Nation leitete er im Folgenden jene Fehlentwicklungen ab, die seiner Auffassung nach zum deutschen Großmachtstreben, in der Diktion der Zeit und der KP, des deutschen Imperialismus geführt hätten. Denn das Problem der nicht zu Ende geführten Nationswerdung sei nach innen verdrängt und stattdessen als Großmachtstreben nach außen gewandt worden. Die 1848 liberale großdeutsche Idee sei so zu einer imperialistischen geworden. Und diesem Vorgang hätte auch die Linke – hier nannte er ausdrücklich

auch die Kommunistische Partei – Vorschub geleistet, was zu einem Eindringen des großdeutschen Machtgedankens auch in die »Arbeiterklasse« geführt habe (ebd.: 134–135).

Am Ende kam Klahr zu bemerkenswerten Schlussfolgerungen für die Zeit nach der Niederlage des NS-Regimes, die er selbst ja nicht mehr erleben sollte. Der Nationalsozialismus (in der Diktion Klahrs der »Faschismus«) könne nicht als »eine Art Seitensprung in der deutschen Entwicklung« (ebd.: 141), sondern müsse in seinen historischen Wurzeln gesehen werden. Es müsse die Vernichtung des »Junkertums« als »soziale Klasse« durch Enteignung geschehen, um die »Vollendung der nationalen Einheit im demokratisch-fortschrittlichen Sinn« zu erreichen. Dies könne aber nur mit gleichzeitiger »Überwindung der Ideologie des Faschismus«, vor allem »seiner Theorie in der nationalen Frage der Deutschen« gelingen (ebd.: 142). Und das deutsche Volk werde »viel Mitverantwortung abzutragen« und Wiedergutmachung zu leisten haben – und zwar gegenüber dem »Land des Sozialismus«, der Sowjetunion (ebd.).

Kommentar

Der von Klahr in Auschwitz verfasste Text schließt in manchen Punkten an seine ab 1937 verfassten Beiträge zur österreichischen Nation an. Auch in diesen leitete er – wie oben angeführt – seine Argumentation historisch ab und argumentierte, dass mit der Entscheidung für die kleindeutsche Lösung 1866 Österreich eine Sonderentwicklung eingeschlagen habe, die letztlich zum Entstehen einer 1937 allerdings noch nicht vollendeten österreichischen Nation geführt habe (Klahr 1937a: 18). In einem 1939 veröffentlichten Beitrag setzte er sich mit den nach wie vor von großdeutschen Ideen geprägten Auffassungen der Sozialdemokratie auseinander. Darin ging er bereits auf das später in Auschwitz aufgegriffene Thema des Scheiterns der deutschen Nationalentwicklung infolge der nicht gelungenen Zentralisierung des deutschen Nationalstaates ab 1871 und die dieser entgegenstehenden Partikularinteressen der deutschen Länder ein. Dabei berief er sich auf Thesen von Friedrich Engels, der erstmals auf das Postulat des Zentralstaates als notwendige Voraussetzung einer gelungenen Nationswerdung aufmerksam gemacht hatte (Klahr 1939: 113). In allen diesen Texten griff Klahr bereits das Thema der Ablehnung des großdeutsch motivierten Imperialismus auf, der nicht nur Österreich, sondern auch andere Staaten Europas bedrohe – ein Thema, das er dann in Auschwitz weiterführte.

Allerdings blieb Klahr in diesen Texten der späten 1930er-Jahre der seit 1933 von der Kommunistischen Internationale vorgegebenen Linie verhaftet, der zufolge der »Faschismus« als »offene, terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« zu sehen war (Wippermann 1997: 21). Dabei unterschied die Kommunistische Internationale nicht zwischen verschiedenen Formen autoritärer, faschistischer oder eben nationalsozialistischer Herrschaft und setzte alle Formen autoritären Regierens gleich. Folgerichtig hatten aus der Sicht Klahrs »reaktionäre Kreise des österreichischen Finanzkapitals«

den Konkurrenzkampf gegen den »deutschen Faschismus« in die »Richtung der österreichischen Unabhängigkeit umgelen« und dazu die Diktatur in Österreich errichtet und die Österreichgefühle der »Massen« missbraucht (Klahr 1937b: 31). Auch im späteren Artikel aus 1939 verharrte er in der kommunistischen Faschismusdefinition und sah das Finanzkapital alleine für den großdeutschen Nationalismus verantwortlich (Klahr 1939: 110).

Erst in seinem in Auschwitz verfassten Text verließ er diesen engen Rahmen, möglicherweise als Folge seiner Auseinandersetzungen mit den deutschen Kommunisten. Seine Hauptthese, die nicht erfolgte Vollendung der deutschen Nation habe zu deren Wendung zum außenpolitisch aggressiven Imperialismus geführt, untermauerte er nun nicht mehr nur historisch, sondern auch mit Hilfe sozialer Kategorien, indem er die Gruppe der ostelbischen Großgrundbesitzer als neuen entscheidenden Akteur einführte. Das bis dahin in der kommunistischen Sichtweise zentral verantwortliche »Finanzkapital« wurde nun zu einem zusätzlichen, allerdings erst nach 1918 wirksamen Faktor. Aus der sozial dominanten Stellung der »Junker« östlich der Elbe leitete er deren umfassenden ideologischen Einfluss auf das Denken der Deutschen und die Ausprägung des Deutschnationalismus als »deutschen Chauvinismus« ab.

Tatsächlich hatte der deutsche Adel, obschon er nur je nach Region 0,1–0,3 % der Gesamtbevölkerung umfasste (Wehler 2008: 324), in manchen Belangen seine gesellschaftliche und politische Dominanz trotz des sich abzeichnenden Niedergangs auch nach 1918 bewahren können, vor allem in der Reichswehr. So stellten 1932 Adelige 34 % der Offiziere, die sich aus traditionellen Offiziersfamilien rekrutierten, von denen 1930 46 % aus den Gebieten östlich der Elbe stammten (ebd.: 326–327). Über landwirtschaftliche Interessenorganisationen, vor allem den Reichslandbund, gelang es den Großagrariern, ihren Einfluss in der Berliner Machtzentrale aufrechtzuerhalten. Der in der jungen Republik trotz allem erfahrene Herrschaftsverlust führte, wie Wehler meint, Teile dieser Gruppe bald völkischen Ideen und letztlich der NSDAP zu. Wehler sieht Großagrariern, Industrieunternehmer und Reichswehrgeneräle sowie die von ihnen tradierte Mentalität mitverantwortlich für die nationalsozialistische Machtergreifung, die dann auch vom Adel begeistert begrüßt wurde (ebd.: 581, 749).

Klahrs soziale Analysen hatten also eine durchaus reale Basis, auch wenn er aufgrund seiner in seinem Denken offenbar tief verwurzelten politischen Sozialisation in der kommunistischen Bewegung stark pauschalierte und die von ihm gezogenen, doch sehr weitreichenden ideologischen und politischen Konsequenzen jedenfalls zu diskutieren sind. In traditionell kommunistischer Sichtweise wurden bei Klahr die ArbeiterInnen und KleinbürgerInnen zu von Junkern und Finanzkapital verführten, entpersonalisierten Massen, womit er die realen sozio-ökonomischen Bedingungen für den Zulauf der NSDAP aus Kleinbürgertum und ArbeiterInnen ausblendete, den zeitgenössische Studien bereits thematisierten (Geiger 1930; Neisser 1930). Klahr ignorierte damit – und das ist bemerkenswert für einen Marxisten – ökonomische Faktoren sowie Faktoren der Sozialstruktur der Wählerschaft, ohne deren breite Zustimmung die NSDAP nicht an die Macht gekommen wäre. In diesem Zusammenhang

ist weiters auf die Arbeit von Rudolf Heberle (Heberle 1963) zu verweisen, der 1933 die erste sozialwissenschaftliche Studie zur politischen Entwicklung einer Region, in dem Fall Schleswig-Holstein, vorlegte. Heberle sah eine starke Ähnlichkeit und Vergleichbarkeit Ostholsteins mit den ostelbischen Gebieten, also der Region der ostelbischen »Junker«, da in beiden Gegenden auf kolonialen Strukturen beruhender Großgrundbesitz vorherrschte, der ähnliche soziostrukturelle und ökonomische Implikationen nach sich zog. Und es war ausgerechnet dieses von Großgrundbesitz gekennzeichnete Ostholstein, das sich später als die anderen Teile Schleswig-Holsteins dem Nationalsozialismus zuwandte, was Heberle unter anderem mit den in Ostholstein geringeren Auswirkungen der Agrarkrise und in der Folge geringerem Gesamtschuldenstand der Bauern erklärt.

Auffällig erscheint heute Klahrs Position zu den Inhalten einer Wiedergutmachung, die Deutschland nach der Niederringung des NS-Regimes würde leisten müssen. Hier sah er als einzige anspruchsberechtigte Empfängerin die Sowjetunion, alle individuellen Opfer des NS-Regimes blendete er aus – so zum Beispiel Jüdinnen und Juden oder politisch Verfolgte. Dies ist wohl aus Klahrs persönlicher Identität als politischer Kämpfer, die für ihn über allen anderen Faktoren stand,⁶ zu erklären, obwohl er selbst als jüdischer Häftling in Auschwitz zu leiden hatte und sich dort, wie Hermann Langbein beschreibt, auch für die anderen jüdischen Häftlinge einsetzte (Langbein 1980: 138–139).

Seine übrigen Schlussfolgerungen für die Zeit nach der Befreiung verdienen jedoch besondere Aufmerksamkeit, insbesondere sein Postulat von der Unabdingbarkeit einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und dessen Ideologie. Während im sowjetischen Einflussbereich die von Klahr geforderte ökonomische Vernichtung der »Junker« stattgefunden hatte, blieb dort ebenso wie im Westen eine weiterführende Analyse der Wurzeln des nationalsozialistischen Ideengebäudes und deren mentalitätsmäßiger Folgewirkungen ebenso ausgeblendet wie im wiedererstandenen Österreich. Der Konjunktiv ist keine historische Kategorie – trotzdem wäre es eine interessante Überlegung, welchen Beitrag Alfred Klahr zur Politik nach 1945 hätte leisten können.

Insgesamt bleibt Klahrs Arbeit bemerkenswert: Ein überzeugter Kommunist, der sein ganzes Leben den Interessen der KPÖ untergeordnet hatte, wandte sich aufgrund historischer und sozialhistorischer Analysen gegen die parteioffizielle Linie. Aufgrund seiner dem Postulat der Politik geschuldeten Lebensweise hatte er jedoch den Anschluss an sozialwissenschaftliche Arbeiten der 1930er-Jahre verloren, die seine Thesen hätten erweitern und vertiefen können sowie seine Sicht auf die entindividualisierten »Massen« möglicherweise verändert hätten.

Innerhalb der KPÖ wurde Klahr nur sehr zögernd rezipiert, der »Auschwitz-Text« erschien erstmals in der theoretischen Zeitschrift *Weg und Ziel* (Klahr 1957). Aufgegriffen wurde sein Text auch von der deutschen kommunistischen Splittergruppe

6 | Ähnliches ist von zahlreichen anderen kommunistischen WiderstandskämpferInnen jüdischer Herkunft bekannt.

»Gegen die Strömung«, die ihn unter dem Titel *Gegen den deutschen Chauvinismus* im Buchladen Georgi Dimitroff veröffentlichte. Damit sollte die Auseinandersetzung der Gruppe mit dem »revisionistischen Verrat« von 1956, also der Absage der Sowjetunion an den Stalinismus, sowie den »nationalistischen Tendenzen innerhalb der SED«, der Einheitspartei der DDR, untermauert werden. Die österreichischen KommunistInnen ehrten Klahr 1993 mit der Gründung der Alfred Klahr Gesellschaft, die – so die Selbstdarstellung – die Aufgabe hat, »das Archiv und die Bibliothek der kommunistischen Partei Österreichs als nationales Kulturgut zu sichern, zu verwalten und wissenschaftlich zu erschließen.«⁷ Außerhalb der kommunistischen Bewegung und Kreisen interessierter HistorikerInnen ist Klahr weitgehend unbekannt geblieben. Dies mag nicht zuletzt an der politischen Bedeutungslosigkeit der KPÖ liegen.

Literatur

- Baier, Walter (2009): *Das kurze Jahrhundert: Kommunismus in Österreich, KPÖ 1918 bis 2008*, Wien: Edition Steinbauer.
- Bailer, Brigitte und Ungar, Gerhard (2013): »Die Zahl der Todesopfer politischer Verfolgung – Ergebnisse des Projekts«, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Opferschicksale. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus. 50 Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes*, Wien: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, S. 111–124.
- Geiger, Theodor (1930): »Panik im Mittelstand«, in: *Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde*, Jahrgang 1930, Heft 10, S. 637–654.
- Grabner, Günther (1994): »Zur Biographie von Alfred Klahr«, in: Klahr, Alfred, *Zur österreichischen Nation*, mit einem Beitrag von Günther Grabner, hrsg. von der KPÖ, Wien: Globus, S. 190–203.
- Hackl, Erich (2002): *Die Hochzeit von Auschwitz: eine Begebenheit*, Zürich: Diogenes.
- Häusler, Wolfgang (2000): »Wege zur österreichischen Nation. Der Beitrag der KPÖ und der Legitimisten zum Selbstverständnis Österreichs vor 1938«, in: Hautmann, Hans (Hrsg.), *Die Alfred Klahr Gesellschaft und ihr Archiv. Beiträge zur österreichischen Geschichte des 20. Jahrhunderts*, Wien: Alfred Klahr Gesellschaft Quellen & Studien, S. 95–117.
- Heberle, Rudolf (1963): *Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932*, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Band 6). DOI: <https://doi.org/10.1524/9783486703788>.
- Klahr, Alfred (1928): *Das Verhältnis zwischen Parlament und Regierung in demokratischen Republiken*, Wien: Universität Wien (Dissertation).

7 | Vgl. http://www.klahrgesellschaft.at/AKG_Geschichte.html, 12. Juni 2018.

- Klahr, Alfred (»Rudolf«) (1937a): »Zur nationalen Frage in Österreich I«, *Weg und Ziel*, 2. Jahrgang, Heft 3, S. 126–133, in: Klahr, Alfred (1994): *Zur österreichischen Nation*, mit einem Beitrag von Günther Grabner, hrsg. von der d. KPÖ, Wien: Globus, S. 11–27.
- Klahr, Alfred (»Rudolf«) (1937b): »Zur nationalen Frage in Österreich II«, *Weg und Ziel*, 2. Jahrgang, Heft 4, S. 173–181, in: Klahr, Alfred (1994), *Zur österreichischen Nation*, mit einem Beitrag von Günther Grabner, hrsg. von der KPÖ, Wien: Globus, S. 28–44.
- Klahr, Alfred (»P. Rudolph«) (1939): »Gegen den Pangermanismus in der Arbeiterbewegung«, *Weg und Ziel*, Jahrgang 1939, Heft 1, in: Klahr, Alfred (1994), *Zur österreichischen Nation*, mit einem Beitrag von Günther Grabner, hrsg. von der KPÖ, Wien: Globus, S. 110–121.
- Klahr, Alfred (1957): »Auschwitz-Text«, in: *Weg und Ziel*, 15. Jahrgang, Heft 1, S. 29–37.
- Klahr, Alfred (1994): »Auschwitz-Text«, in: Klahr, Alfred, *Zur österreichischen Nation*, mit einem Beitrag von Günther Grabner, hrsg. von der KPÖ, Wien: Globus, S. 132–143.
- Köstenberger, Julia (2016): *Kaderschmiede des Stalinismus: die Internationale Leninschule in Moskau (1926–1938) und die österreichischen Leninschüler und Leninschülerinnen*, Wien: LIT.
- Krenn, Martin und Tatzber-Schebach, Michael (2012): »Alfred Klahr (1904–1944) – Neue Forschungen zu seiner Biographie«, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr-Gesellschaft*, 19. Jahrgang, Heft 2, S. 1–10.
- Langbein, Hermann (1980): ... *nicht wie die Schafe zur Schlachtbank. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern*, Frankfurt am Main: Ullstein.
- Mugrauer, Manfred (2013): »Klemens Friemel (1881–1961). Zur Erinnerung an den ersten kommunistischen Bezirksbürgermeister von Favoriten im Jahr 1945«, in: *Wiener Geschichtsblätter*, 68. Jahrgang, Heft 1, S. 59–68.
- Neisser, Hans (1930): »Sozialstatistische Analyse des Wahlergebnisses«, in: *Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde*, Jahrgang 1930, Heft 10, S. 654–659.
- Pichler, Johann Hanns (Hrsg.) (1988): *Othmar Spann oder Die Welt als Ganzes*, Wien/Köln/Graz: Böhlau.
- Wehler, Hans-Ulrich (2008): *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1914–1949*, München: C.H. Beck.
- Wippermann, Wolfgang (1997): *Faschismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute*, 7. überarbeitete Auflage, Darmstadt: Primus.

Bewertungen der NS-Vergangenheit und Antisemitismus: Einstellungsforschung in Österreich 1945–1948

Hilde Weiss

Einleitung

In den frühen Jahren nach der Errichtung der Zweiten Republik wurden in Österreich Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus und Antisemitismus aus Politik und Öffentlichkeit zu verbannen gesucht. Die Kommunikationssperre sollte dazu beitragen, dass die wiederhergestellte Demokratie nicht durch Vergangenheitsdiskussionen gefährdet und belastet werde. Obwohl auch Jahrzehnte nach 1945 noch aus dem kollektiven Erinnern verdrängt, ist dieser Teil der Geschichte doch eine Konstante in der Diskussion um die »nationale Identität« der ÖsterreicherInnen geblieben (Botz 1998; Ziegler und Kannonier-Finster 1993; Pelinka 1990). Zwischen Phasen des Schweigens traten immer wieder Manifestationen von Antisemitismus und NS-Nostalgie aus ihrer Latenz, spätestens nach der Bundespräsidentenwahl 1986¹ konnte auch die Teilnahme von ÖsterreicherInnen am Krieg und seinen Verbrechen nicht länger aus der Erinnerung ausgespart werden (Pelinka und Weinzierl 1987; Embacher 1990).

War Deutschland von den Alliierten zur Gänze an den Verbrechen des nationalsozialistischen Eroberungskrieges zur Verantwortung gezogen und die Bevölkerung zu kollektiver Selbstreflexion genötigt worden, konnte sich Österreich offiziell von der Mittäterschaft als entlastet begreifen. Begründet durch die Moskauer Deklaration²

1 | Im Wahlkampf stand die Teilnahme des Präsidentschaftskandidaten (und späteren Präsidenten) Kurt Waldheim an der Wehrmacht und ihren Verbrechen zur Debatte (vgl. Költringer und Gehmacher 1989).

2 | Die Moskauer Deklaration 1943 billigte Österreich einerseits zu, Opfer der Angriffspolitik Hitlers gewesen zu sein, hielt andererseits aber auch fest, dass es für die Teilnahme am Krieg an der Seite Hitler-Deutschlands und für seinen eigenen Befreiungsprozess (Mit-)Verantwortung trage. Durch diese inhärente Widersprüchlichkeit konnte Österreich den Nationalsozialismus in den Verhandlungen mit den Alliierten nach 1945 als Fremdherrschaft (mit den rechtlichen

konnte sich Österreich als »Hitlers erstes Opfer« sehen (da der Staat 1938 durch die Annexion ausgelöscht worden war); darauf aufbauend konnten die ÖsterreicherInnen nach 1945 einem Geschichtsbild anhängen, in dem sie sich an den Verbrechen des NS-Regimes als nicht beteiligt sahen (Uhl 2001).

Die in diesem Beitrag präsentierten Forschungen der United States Forces in Austria in der unmittelbaren zeitlichen Nähe zum Nationalsozialismus dokumentieren den scharfen Kontrast zwischen den realen Einstellungen der Bevölkerung und dem offiziellen, seitens des Staates bis in die späten 1980er-Jahre vertretenen nationalen Selbstbild: In den frühen Befragungen wurde eine Mittäterschaft von ÖsterreicherInnen an den Verbrechen zurückgewiesen, die gegen Jüdinnen und Juden gerichteten »Maßnahmen« des Regimes wurden jedoch von vielen – wenn auch als »zu weit gegangen« – für gerechtfertigt gehalten. Die Lehren aus Antisemitismus und Faschismus zu ziehen, war lange Zeit weder das Anliegen politischer Aufklärung noch der zeitgeschichtlichen und sozialwissenschaftlichen Forschung (Botz und Sprengnagel 1994). Ein tief verwurzelter Antisemitismus war zwar schon in einigen wenigen frühen Studien der 1960er- und 1970er-Jahre dokumentiert worden (Kienzl 1966; Weinzierl 1973), die späteren repräsentativen Umfragen wiesen einen weit verbreiteten Antisemitismus im Bereich privater Einstellungen nach (Weiss 1986; 1987; Golub und Cohen 1995; Marin 2000). Rund fünf Jahrzehnte nach dem »Anschluss 38« beförderten die – trotz Kommunikationssperre auflebenden – Kontroversen über »Sinn und Zweck staatlicher Gedenkpoltik« nicht nur die tradierten Stereotypen an die Oberfläche, sondern auch den latenten sekundären Antisemitismus – dass »Juden den Holocaust zu ihrem Vorteil auszunützen versuchten« und Erinnern ein »einträgliches Geschäft« sei (Burger 2001).

Die United States Forces in Austria führten zwischen 1945 bis 1955 zahlreiche Bevölkerungsbefragungen zu einer breiten Palette tagespolitischer und wirtschaftlicher Themen durch (Rathkolb 1985), sie reichten von Alltagsorgen der Bevölkerung (Ernährung, Wohnen, Zukunftsängste) über Medien-Nutzung, politische Informiertheit bis hin zur Offenheit für die geforderten Maßnahmen, wie Repatriierung der Vertriebenen und Restitution an die vorwiegend jüdischen Verfolgten. Der Einrichtung einer Opinion Survey Section innerhalb des »Office of Military Government, United States« (OMGUS) in Deutschland und in Österreich sollte nicht nur über die Bedürfnisse und Stimmung in der Bevölkerung informieren; die kontinuierlichen Informationen waren ein wichtiges Instrument, um eine Umsetzung des Re-Orientierungsprogramms in allen öffentlichen Bereichen unter Mitarbeit und Unterstützung der demokratisch gesinnten Bevölkerung zu bewirken. Die Ergebnisse der Survey-Reports wurden kontinuierlich an die höchsten Stellen der amerikanischen Besatzungsmacht geleitet (Merritt und Merritt 1970: 3)³. Die hier ausgewählten Ergebnisse von Befragungen in

Folgen wie Befreiung von Reparationszahlungen, Wiedergutmachung) ins Treffen führen und dies auch nach innen als »objektiven Sachverhalt« kommunizieren (Knight 1988).

3 | In dem Band *Public Opinion in Occupied Germany* (Merritt und Merritt 1970) sind die in Deutschland 1945–1949 durchgeführten Surveys in Form von kurzen Zusammenfassungen

Österreich zwischen 1946 und 1948 befassen sich mit der Teilnahme Österreichs am Nationalsozialismus und mit Antisemitismus. Sie sind nicht nur Rückblick und Spiegel auf Verdrängtes, manche der unmittelbar nach dem Kriegsende gestellten Fragen bzw. Statements finden sich (in ähnlichen Formulierungen) in Umfragen späterer Jahrzehnte. Zum Abschluss sollen daher Kontinuitäten und Wandel im Lichte der späteren Erhebungen in aller Kürze nachgezeichnet werden.

Surveys der United States Forces: Stichprobe und Methode

In der amerikanischen Zone Wiens, in Linz (ohne Urfahr) und Salzburg (Stadt) wurden kontinuierlich Surveys durchgeführt, in denen jeweils insgesamt 2.000 Personen über 18 Jahre befragt wurden. Die Interviews wurden von österreichischen, eingeschulten InterviewerInnen in den Wohnungen der Befragten unter Zusicherung der Anonymität durchgeführt. Die Auswahl der interviewten Personen erfolgte mittels der von der amerikanischen Behörde entwickelten Gebietsmethode (area sampling); die demografische Struktur der Stichproben wurde anhand statistischer Unterlagen zu Geschlecht, Alter und sozialem Status in den betreffenden Zonen bestimmt.⁴ In dem Zeitraum standen Einstellungen zur demokratischen Erneuerung, zu Maßnahmen der Entnazifizierung und zur Restitution im Brennpunkt. Aus Sicht der Forschungsmethode (Face-to-Face-Interviews) stellten sich bei all den Themen Probleme der Glaubwürdigkeit des Antwortverhaltens, zwischen Tabuisierung (in Form von Meinungslosigkeit) und »erwünschtem«, den zeitlichen Umständen angepasstem Verhalten.

Wie groß das Potential derer ist, die tatsächlich für Demokratie und Entnazifizierung in den Institutionen eintreten, war eine essentielle und nicht leicht zu erforschende Frage. So artikulierte sich z. B. die überwiegende Mehrheit als »politisch desinteressiert«. Man wollte im Rundfunk keine politischen Sendungen hören, denen

publiziert (191 Kurzberichte, darunter auch fünf aus Österreich). Für Österreich gibt Christian Stifter (Stifter 2015) eine Zusammenstellung von Surveys sowie Beschreibungen des institutionell-administrativen Hintergrunds und der weiteren Entwicklungen der Meinungsforschung.

4 | National Archives and Records Administration (NARA), RG 407, APO 777, U.S. Army, Headquarters United States Forces in Austria, Information Services Branch, Survey-Section, Bericht Nr. 7: Vorbericht zur Ermittlung (Opinions concerning National Socialism), Wien (19. Mai 1947); National Archives and Records Administration (NARA), RG 407, APO 777, U.S. Army, Headquarters United States Forces in Austria, Information Services Branch, Survey-Section, Bericht Nr. 43: Der Antisemitismus in Österreich, Wien (13. Mai 1948) (Kopien im Besitz der Verfasserin). Wie in Deutschland wurde auch in Österreich eine Survey-Section mit Sitz in Wien eingerichtet; die Feldarbeit wurde von Beginn an österreichischen Kräften übertragen. Das Design der Umfragen, die Auswertungen (mittels Lochkarten) und die Berichte der österreichischen Survey-Section erfolgten in enger Zusammenarbeit mit der Information Control Division in Deutschland (OMGUS), welche die Surveys wissenschaftlich supervisierte. Sie wurden von SozialpsychologInnen und SozialwissenschaftlerInnen geleitet und an militärisch-geheimdienstliche Gremien in Washington weitergeleitet (vgl. Stifter 2015: 549).

die Alliierten eine wichtige Bedeutung für Aufklärung und demokratische Erneuerung beimaßen, dagegen wünschte man sich »mehr volkstümliche Bauernmusik«, Walzer oder Operette. Bei ganz konkreten Fragen zur Politik erwiesen sich die meisten dann jedoch als erstaunlich gut informiert.

Anhand verschiedener methodischer Zugänge, wie der Kombination standardisierter und offener Fragen oder indirekt formulierter und projektiver Fragen, wurden die Antworten und Zahlen zu interpretieren und einzuschätzen versucht. Zu den vollstandardisierten Fragen wurden häufig auch offen zu beantwortende Nachfragen (Begründungen oder Argumente zu den gemachten Angaben) gestellt. Die Antworten wurden notiert und trotz des umfangreichen Materials inhaltsanalytisch ausgewertet, codiert und quantitativ aufgeschlüsselt.

Zudem hatten die InterviewerInnen am Ende jedes Interviews einzustufen, wie ehrlich (bzw. oberflächlich, abwehrend oder inkonsistent) die Antworten wären. In den Kommentaren der Berichte wird die Glaubwürdigkeit anhand der oft auffälligen Widersprüchlichkeiten und im Licht der oft schon in kurzen Zeitabständen eintretenden Meinungsänderungen diskutiert. Vor allem die in Zeitvergleichen hervortretenden Einstellungsänderungen und die Ausführungen bei den offenen Fragen lassen Rückschlüsse auf das Meinungsklima der Nachkriegsjahre zu.

Einstellungen zum Nationalsozialismus

Exkurs: Die »Entnazifizierung« in Österreich

Die politische und ideologische Durchleuchtung einzelner Personengruppen bzw. all jener, die in maßgeblichen gesellschaftlichen Positionen tätig waren, bildete eine wesentliche Grundlage der Entnazifizierungspolitik. Wie in Deutschland wurden auch in Österreich Screenings (anhand von Fragebögen) durchgeführt, mit dem Ziel, nationalsozialistische Einflüsse aus den öffentlichen Dienststellen, aus dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben auszuschalten.

Auf Veranlassung der Alliierten waren in Österreich 536.000 NSDAP-Mitglieder registriert worden,⁵ davon waren ca. 100.000 »Illegale«, d. h. Personen, die trotz des Parteienverbots 1933 schon vor 1938 der Partei angehört hatten. Zehntausende wurden vor sogenannte Volksgerichte (dies waren Schöffengerichte unter der Aufsicht von Laien- und BerufsrichterInnen) gestellt. Das Verbotsgesetz und das Kriegsverbrechergesetz aus dem Jahr 1945 bildeten die rechtliche Grundlage für die Volksgerichtsbarkeit.

5 | Anders als in Deutschland mussten sich in Österreich nur die ehemaligen NSDAP-Mitglieder bei ihrer jeweiligen Militärregierung registrieren lassen. Diese Gruppe umfasste rund 700.000 Personen, von denen aber nur 536.000 bzw. 8 % der Bevölkerung einen Fragebogen ausfüllten. In Deutschland waren 20 Millionen durchleuchtet worden, was ca. einem Drittel der Gesamtbevölkerung entspricht (Dack 2016: 66).

Das Entnazifizierungsgesetz von 1946 bezog sich auf die »illegale« NSDAP-Mitgliedschaft. Damit wollte man zwischen »aktiven« und »nominellen« Nazis differenzieren, einer Mitgliedschaft nach 1938 wurden Mitläufermentalität oder eine Zwangssituation zugestanden. In der Bevölkerung stieß dieses »Nationalsozialistengesetz« auf wenig Zustimmung. In der Neufassung des Gesetzes 1947 wurde – nachdem das Kriterium der Illegalität auf starken Widerstand stieß –, »um Härten zu vermeiden«, ein Unterschied zwischen »Belasteten«, d. h. Personen, die bestimmte höhere Positionen einnahmen, und »Minderbelasteten«, d. h. einfachen Parteimitgliedern, getroffen. Damit blieben 42.000 Personen, die einer Strafe zugeführt werden sollten. Die Strafen bewegten sich zwischen Berufsverboten, Verlust des Arbeitsplatzes, Gehaltskürzungen bis zum Einsatz im Rahmen der Schuttbeseitigung. Es gab eine Menge Ausnahmebedingungen sowie die Möglichkeit des Einspruchs, da jeder Fall einzeln geprüft wurde. Es folgte eine Flut von amtlichen Eingaben. In der Praxis wurden auch ganze Berufsgruppen von Bestrafungen gestrichen. Als Beweis der Entlastung genügte ein Zeuge, der die Unbescholtenheit bestätigte. Fast jeder kannte jemanden, der ihm »Unbescholtenheit« oder Widerstand gegen den Nationalsozialismus bescheinigte. Die Maßnahmen gegen die rund 42.000 »Belasteten« liefen dann entweder in den 1950er-Jahren aus oder wurden aufgehoben. Ab 1948 bis 1957 setzte bereits die Zeit der Amnestien ein (Stiefel 1981; Meissl, Mulley und Rathkolb 1986).

»Trotz der Schwere mancher der Fälle, einschließlich Deportation und Ermordung der Juden, wurden die meisten Österreicher geringerer Verbrechen angeklagt. Bis 1948 leiteten die Volksgerichte Vorerhebungen in rund 137.000 Fällen ein, von denen jedoch nur 23.000 als strafrechtlich verfolgbar angesehen wurden und 13.607 zu einem Schuldspruch führten.« (Dack 2016: 65)

Bis zum Jahr 1948 war das Volksgerichtssystem in Österreich jedoch bereits erheblich verkleinert worden; 1955 wurde es abrupt abgeschafft bzw. durch reguläre Gerichtsbarkeit ersetzt.⁶

Parteipolitik und Wettbewerb um Wählerstimmen führten dazu, dass 1949 die zunächst von politischen Wahlen ausgeschlossenen ehemaligen NationalsozialistInnen, unter Berufung auf die Größe ihrer Zahl, wieder zu Wahlen zugelassen wurden.⁷ 1957 kam es infolge einer Generalamnestie zur vollständigen Reintegration ehemaliger NationalsozialistInnen; das bedeutete zwar nicht, dass sie automatisch

6 | Nur die »großen Verbrechen«, geregelt im Kriegsverbrechergesetz, sollten letztlich bestraft werden. Bis 1955 wurden von den Volksgerichten 13.600 Schuldsprüche gefällt; von 43 Todesurteilen wurden 30 vollstreckt. Nach den Amnestien der 1950er-Jahre kam es auch zu Maßnahmen der Rehabilitierung der von »Säuberungen« Betroffenen, z. B. Anrechenbarkeit der Dienstzeiten während der NS-Zeit. Die Zäsur von 1945 wurde bis 1950 wieder entschärft, die Betroffenen nannten sich »Opfer« (vgl. Stiefel 1981).

7 | Ab 1949 kandidierte der Verein der Unabhängigen (VdU), Vorgängerpartei der heutigen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ).

in ihre alten Funktionen zurückkehren konnten, doch erhielten sie die Möglichkeit, sich wieder zu bewerben, was viele auch taten (Dack 2016: 69). Das im Februar 1947 beschlossene Rückstellungsgesetz zum Eigentum Vertriebener war heftig bekämpft worden; erst 2001 verpflichtete sich die Regierung schließlich zur nachträglichen Entschädigung.

(Nicht-)Beteiligung und Rechtfertigung

In den kontinuierlich wiederholten repräsentativen Bevölkerungsbefragungen unmittelbar nach 1945 und danach sollten das Ausmaß des Fortbestands der NS-Ideologie und die kollektiven Voraussetzungen für die institutionelle, gesetzliche Erneuerung und Demokratisierung erforscht werden.

Die 1946 gestellte Frage »Glauben Sie, dass das ganze österreichische Volk an dem Krieg mitschuldig ist, weil es eine Regierung an die Macht ließ, welche die Welt in den Krieg stürzen wollte?« zeigte auch ein Jahr später nahezu dasselbe Meinungsbild: 71 % sahen dies »überhaupt nicht«, auch 1947 waren es 69 %; die Anzahl derer, die »keine Meinung« dazu hatten, nahm von 10 % auf 15 % zu (Tabelle 1a).

Tabelle 1a: Mitschuld am Krieg

	Dezember 1946	Mai 1947
ja	4%	4%
teilweise	15%	12%
überhaupt nicht	71%	69%
keine Meinung	10%	15%

Antworten in der amerikanischen Zone Wiens, 1946 und 1947. Quelle: Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 7: Vorbericht zur Ermittlung (Opinions concerning National Socialism), Wien (19. Mai 1947).

Nur eine überaus kleine Minderheit von 4 % bejahte die Frage zu beiden Zeitpunkten; diese wenigen gaben auf die Nachfrage der InterviewerInnen zur Begründung ihrer Antwort übereinstimmend an, »weil 1938 sehr viele Österreicher für Hitler waren«.

Diejenigen, die eine »teilweise« Mitschuld eingestanden (12 % im Jahr 1947), antworteten auf die offene Nachfrage, dass es zwar »viele Nazis« gegeben hatte, aber auch, dass sich viele »verleiten ließen« oder dass man »Widerstand hätte leisten müssen«. Unter den AblehnerInnen jeglicher Mitschuld zählten vor allem die Argumente, dass Österreich überfallen worden war, sich nicht hätte wehren können, dass es überrumpelt worden und unter Druck gestanden sei. In geringerem Maße wurde auch der »Wunsch nach wirtschaftlicher Besserung, aber nicht nach Krieg« angeführt sowie die Behauptungen, dass das Volk nichts von Hitlers Kriegsabsichten gewusst habe oder dass es unter propagandistischem Einfluss irreführt worden sei (Tabelle 1b).

Tabelle 1b: Mitschuld am Krieg

Die Befragten, die »teilweise« (12%) antworteten:	
Nur die Nazis waren schuld, weil viele für Hitler waren.	38%
Weil Österreich 1938 mit »JA« stimmte.	19%
Österreich hätte sich gegen die deutschen Eindringlinge verteidigen müssen.	10%
Weil sich Österreich infolge wirtschaftlicher Not zum Anschluss verleiten ließ.	9%
Weil Teile der Bevölkerung bewusst zum Krieg hingearbeitet haben.	7%
verschiedene Gründe	17%
Die Befragten, die »überhaupt nicht« (69%) antworteten:	
Weil wir uns 1938 nicht wehren konnten; Österreich wurde überfallen; wir waren machtlos; Österreich konnte allein nichts machen.	25%
Österreich stand unter Druck, unter Zwang, wurde vergewaltigt, überrumpelt.	25%
Das Volk wurde nicht gefragt.	12%
Österreich hat sich durch den Anschluss wirtschaftliche Besserung erwartet, aber keinen Krieg.	9%
Das Volk wusste nicht, dass Hitler Krieg wollte, sah die Katastrophe nicht voraus; das Volk war leicht zu leiten, war selbst nicht effektiv beteiligt.	8%
Man hat uns irreführt; das Volk war unwissend, wurde belogen, betrogen; das Volk stand unter propagandistischem Einfluss.	7%
Das Volk wollte keinen Krieg.	6%
Weil Österreich vom Ausland keine Hilfe erhielt.	3%
andere Meinungen	5%

Argumente der Befragten auf die offene Nachfrage; Kategorien der Antworten zu »teilweise« und »überhaupt nicht« mitschuldig, Wien 1947. Quelle: Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 7: Vorbericht zur Ermittlung (Opinions concerning National Socialism), Wien (19. Mai 1947).

Eine weitere Frage (die auch in späteren Umfragen nach 1955 wiederholt gestellt wurde) lässt die emotionale Nähe zum Nationalsozialismus bzw. dessen Billigung genauer einschätzen: »Glauben Sie, dass der Nationalsozialismus eine schlechte Idee war oder eine gute Idee, nur schlecht ausgeführt?« Als diese Frage in kurzem zeitlichem Abstand in Wien gestellt wurde, zeigte sich bereits, dass die Einstellungen unbeständig waren. Im März 1947 waren 36 % der Ansicht, der Nationalsozialismus sei eine gute, nur aber schlecht ausgeführte Idee gewesen, kurze Zeit später, im April 1947, waren es 48 %; zugleich war die Zahl derer, die »keine Meinung« dazu hatten, von 28 % auf 17 % zurückgegangen (Tabelle 2). Die Befragten schienen sich allmählich eher zu ihrer »eigentlichen« Meinung zu bekennen.

Tabelle 2: Einstellung zum Nationalsozialismus

	März 1947	April 1947
schlechte Idee	37%	35%
gute Idee, nur schlecht ausgeführt	36%	48%
keine Meinung	28%	17%

Nationalsozialismus: gute Idee oder nur schlecht ausgeführt? Wien, März 1947 und April 1947. Quelle: Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 7: Vorbericht zur Ermittlung (Opinions concerning National Socialism), Wien (19. Mai 1947).

(Rück-)Besinnung und Demokratie?

Die ab 1947 einsetzenden Entschärfungen in der Entnazifizierungspolitik und die sich in den Befragungen abzeichnende Instabilität des Meinungsklimas verliehen der Frage nach der »wahren« demokratischen Gesinnung in der Bevölkerung ein umso stärkeres Gewicht: Welche Chancen hatte die Rückkehr zum parlamentarischen Parteiensystem, welche Art von Partei stellte man sich vor? Eine tiefe Ambivalenz trat, wenig überraschend, auch hierbei zutage: Stellte man nur die Frage, ob man »eine Demokratie, d. h. gewählte Vertreter und Mehrheitsbeschlüsse, gegenüber einer Diktatur, also einer durch eine oder mehrere Personen diktatorisch geleitete Regierung«, vorziehen würde, so sprach sich eine beeindruckende Zahl, 76 %, für die Demokratie aus, nur 6 % für eine Diktatur. Allerdings wollte fast ein Fünftel (18 %) dazu »keine Meinung« äußern. Welche Bedeutung der demokratischen Gesinnung tatsächlich zuzumessen war, ließ sich annähernd aus den Parteienvorstellungen erschließen: Bei der Frage »Würden die Interessen eines Volkes durch mehrere Parteien besser vertreten als durch eine Einheitspartei?« entschied sich zwischen der Alternative »Einheitspartei« oder »mehrere Parteien« gut ein Drittel (35 %) für die Einheitspartei, nur die Hälfte (51 %) plädierte für ein Wahlsystem mit mehreren Parteien, 14 % äußerten sich auch hierzu nicht. Dass die Präferenz nach einer Einheitspartei sich aber vornehmlich auf die nationalsozialistische Partei bezog, bezweifelten die Autoren des Surveys, ihrer Ansicht nach dürften sich die 35 %, die sich für eine Einheitspartei entschieden, nicht aus »lauter Anhängern der NSDAP zusammensetzen, sondern zum großen Teil aus Personen bestehen, die sich für die ›Vaterländische Front‹ (Dollfuß-Schuschnigg)⁸ erklärten«.⁹

Diese Interpretation wird aus Sicht der späteren historischen Forschung bekräftigt, die zeigt, dass die in Österreich tief verankerte autoritäre Tradition des »katholischen Deutschnationalismus« der nationalsozialistischen Ideenwelt im Antisemitis-

8 | Im März 1933 war von Engelbert Dollfuß die parlamentarische Demokratie aufgehoben worden; die NSDAP war in Österreich im Juni 1933 von Dollfuß infolge von Attentaten verboten worden. Nach der Ermordung von Dollfuß 1934 führte Kanzler Kurt Schuschnigg das autoritäre Regime bis 1938.

9 | Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 7 (1947): 8.

mus und Rassismus sehr nahe stand (Rathkolb 2015). Ein rassistisches Weltbild bzw. die Legitimation der »rassischen« Herrschaftsidee manifestierte sich 1947 bei fast einem Drittel der Befragten: »Glauben Sie, dass manche Menschenrassen zum Herrschen geeigneter sind als andere?« beantworteten 31 % mit »ja« (15 % hatten keine Meinung, rund die Hälfte verneinte). Aufgrund der Nachfragen der InterviewerInnen wurde dazu im Bericht festgehalten, dass von diesen 31 % viele nicht nur an Jüdinnen und Juden dachten, sondern angaben, dass sie »Zigeuner«, »Russen«, »Italiener« zum Herrschen als weniger geeignet hielten als die »weiße Rasse«. An eine »Minderwertigkeit mancher Menschenrassen« glaubte explizit ein Fünftel aller Befragten.

Als im Jahre 1948 diese Frage nun explizit mit Bezugnahme auf Juden formuliert wurde, zeigten die Ergebnisse aber doch ein schärfer konturiertes Bild: Auf die Frage »Glauben Sie, dass die jüdische Rasse minderwertiger ist als andere Rassen?« stimmten in Wien 10 % zu, in Linz 11 %, in Salzburg 18 %; dezidiert lehnten dies in Wien 80 % ab, deutlich weniger, 69 %, in Linz, die geringste Ablehnung, 64 %, gab es in Salzburg.

Dass ein tief verwurzeltes antijüdisches Stereotyp und emotionaler Antisemitismus wesentliche Fundamente für die Anhängerschaft des Nationalsozialismus in Österreich bereitstellten, zeigten die 1948 in den drei Städten erhobenen Meinungsbilder. Manche der gestellten Fragen bzw. Items wurden in der – erst in den 1970er-Jahren allmählich aufgenommen – Antisemitismusforschung in Österreich wieder gestellt und lassen die tief verwurzelten Traditionen erkennen.

Antisemitismus und Schuldumkehr

Wie eingangs hervorgehoben wurde, stellen sich bei all diesen Themen Probleme der Glaubwürdigkeit des Antwortverhaltens, zwischen »Meinungslosigkeit« und die Einstellung verdeckenden oder abmildernden Darstellungen. Dies war auch bei den Fragen zur Verantwortung für die Vertreibungen der Jüdinnen und Juden und den an ihnen begangenen Verbrechen zu erwarten. Wie die folgenden Zahlen zeigen, wurden Ansichten aber erstaunlich offen geäußert, auch wenn sie zwischen verdeckten und direkten Meinungsäußerungen oszillieren. Ein unmittelbares Bekenntnis zu den Verbrechen an den Jüdinnen und Juden wird vermieden, in etwas »verschleierter« Form jedoch von vielen als gerechtfertigt bewertet (Tabelle 3).

Zur Beurteilung der von den Nationalsozialisten getroffenen »Maßnahmen gegen Juden« sollte eine von drei Antwortmöglichkeiten ausgewählt werden: Dass es »den Juden unter Hitler so ergangen ist, wie sie es verdienten«, stimmte nur eine extreme Minderheit zu. Die Aussage »Hitler ist in der Behandlung der Juden zu weit gegangen, aber irgendetwas musste geschehen, um sie in den Schranken zu halten«, wurde jedoch 1947 in Wien von 38 % als richtig befunden, 1948 waren es 44 %. In den beiden Landeshauptstädten Linz und Salzburg lag die Zustimmung 1948 bei rund 50 %. Die gegenteilige Meinung, dass die »gegen Juden gerichteten Maßnahmen in keiner Weise gerechtfertigt« waren, ging in Wien innerhalb eines Jahres merkbar zurück, von noch

54 % im Jahr 1947 auf 42 % im Jahr 1948. In den beiden Landeshauptstädten beurteilten 1948 lediglich 33 % in Linz und 29 % in Salzburg die Maßnahmen als ungerechtfertigt (hier liegen keine Zeitvergleiche vor; Tabelle 3).

»Selbst wenn die Bevölkerung auf die nazistischen Mordmethoden hingewiesen wird, findet sich nur eine kleine Gruppe, die diese Grausamkeiten verdammt und ablehnt [...]. Wenn auch die Wiener Bevölkerung gegenüber der Linzer und Salzburger Bevölkerung am wenigsten zum Antisemitismus neigt, so hat auch hier diese Anschauung stark an Boden gewonnen.«¹⁰

Tabelle 3: Antisemitismus

	Wien	Wien	Linz	Salzburg
	März 1947	April 1948	1948	1948
Den Juden ist es unter den Nazis so ergangen, wie sie es verdienen.	1,0	2,3	1,8	2,4
Die Nazis sind in der Behandlung der Juden zu weit gegangen, aber irgendetwas musste geschehen, um sie in Schranken zu halten.	38,0	43,8	51,2	50,0
Die gegen die Juden gerichteten Maßnahmen waren in keiner Weise gerechtfertigt.	54,0	42,0	33,4	28,6
keine Meinung	7,0	11,9	13,6	19,0

Antisemitismus. Wien 1947 und 1948, Linz und Salzburg 1948 (Prozentangaben; es war eine Antwort auszuwählen). Quelle: Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 43: Der Antisemitismus in Österreich, Wien (13. Mai 1948).

Antisemitismus wurde im Weiteren durch Fragen zur Kontaktbereitschaft mit Juden und Jüdinnen in konkreten Alltagssituationen genauer erhoben. Anhand verschiedener Kontaktsituationen, z. B. ob man bereit wäre, mit Juden und Jüdinnen zusammenzuarbeiten oder ob man in dasselbe Wohnhaus wie diese ziehen würde, wird die Alltagsrelevanz des Judenbildes gut sichtbar. Für den damals typischen antisemitischen Rassismus sind vor allem zwei Fragen aufschlussreich: »Sollten die Juden dieselben Lokale besuchen dürfen wie die Nichtjuden?« und »Sollte ein Wiener (Linz-er, Salzburger) Mäd- el, das einen Juden heiratet, geächtet und deswegen verurteilt werden?« (Antwortmöglichkeit jeweils Ja/Nein). Auch hier trat im Zeitverlauf, vor dem Hintergrund der Lockerung der zuvor strengeren NS-Gesetze, die »ehrlichere« Ansicht zutage: Das gegen einen rassistischen Antisemitismus geäußerte Bekenntnis reduzierte sich auch in Wien drastisch (um rund 20 %, mit Zunahme der »Gleichgültigen«), in den beiden Landeshauptstädten war Rassismus deutlich stärker ausgeprägt als in Wien (Tabelle 4).

10 | Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 43 (1948): 3.

Auch in den Alltagssituationen, mit Juden und Jüdinnen als NachbarInnen und als ArbeitskollegInnen, zeigten sich die Verschiebungen – nicht-antisemitische Antworten wurden auch in Wien weniger, während die »Unentschiedenen« zunahmen. Im Bericht wurde festgehalten:

»Stark gewachsen ist im Lauf eines Jahres auch die Gruppe der Personen, die eine Ehe zwischen einer Nichtjüdin und einem Juden als ein Verbrechen betrachten und eine mit einem Juden verheiratete Nichtjüdin geächtet sehen wollen [...]. Nicht nur, dass eine radikale Gruppe gewachsen ist, hat sich auch eine starke Gruppe von Personen gebildet, die sich nicht entscheiden wollen.«¹¹

Tabelle 4: Kontakte mit Juden

	Wien	Wien	Linz	Salzburg
	März 1947	April 1947	1948	1948
Sollte ein Wiener (Linzer, Salzburger) Mädels, das einen Juden heiratet, geächtet und deswegen verurteilt werden?				
ja	5,4	10,1	11,2	17,6
nein	89,6	66,2	59,4	59,2
ist mir gleich	0,0	19,4	22,6	15,4
keine Meinung	5,0	4,3	6,8	7,8
Sollten die Juden dieselben Lokale besuchen dürfen wie die Nicht-Juden?				
ja	88,2	70,1	57	60,4
nein	6,6	9,1	18,4	17,2
ist mir gleich	3,6	18,5	21,6	16,4
keine Meinung	1,6	2,3	3,0	6,0
Würden Sie etwas dagegen haben, wenn Juden in dasselbe Wohnhaus ziehen würden wie Sie?				
ja	6,4	8,5	21,4	28
nein	88,8	73	59	56,8
ist mir gleich	3,4	16,3	16,2	11,8
keine Meinung	1,4	2,2	3,4	3,4
Würden Sie mit einem Juden zusammen arbeiten?				
ja	82,5	63,1	54,2	56,4
nein	12,5	21,2	27	31
ist mir gleich	2,2	10,9	12,6	6,6
keine Meinung	2,8	4,8	6,2	6,8

Kontakte mit Juden. Wien 1947 und 1948, Linz und Salzburg 1948 (Prozentangaben). Quelle: Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 43: Der Antisemitismus in Österreich, Wien (13. Mai 1948).

11 | Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 43 (1948): 5.

Weiters wurde die Frage gestellt, ob es in der Stadt »viele Juden« gäbe. Unmittelbar nach 1945 hatte es zahlreiche Aktivitäten zur Aufklärung der Bevölkerung über die Verbrechen an den Juden und Jüdinnen gegeben, umso erstaunlicher waren die Wahrnehmungen: In Wien sahen 38 %, in Linz 79 % und in Salzburg 75 % »viele« anwesende Juden und Jüdinnen (Tabelle 5).

Tabelle 5: Einschätzung des Anteils von Jüdinnen und Juden

	Wien	Linz	Salzburg
Gibt es in Wien (Linz, Salzburg) Ihrer Meinung nach viele Juden?			
ja	38,5	79,4	75,0
nein	32,7	5,0	5,8
weiß nicht	28,8	15,6	19,2
Steht die Bevölkerung unserer Stadt im allgemeinen den Juden freundlich oder unfreundlich gegenüber?			
freundlich	27,0	14,4	21,0
unfreundlich	45,3	59,8	50,4
keine Meinung	27,7	24,8	28,6

Einschätzung des Anteils von Jüdinnen und Juden und vermutete Einstellung ihnen gegenüber. Wien, Linz und Salzburg 1948 (Prozentangaben). Quelle: Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 43: Der Antisemitismus in Österreich, Wien (13. Mai 1948).

Besonders auffallend ist die hohe Wahrnehmung anwesender Jüdinnen und Juden in den beiden Landeshauptstädten, obwohl deren Anteil keineswegs größer war als in Wien. Die Antworten zur anschließenden Frage »Steht die Bevölkerung unserer Stadt den Juden im allgemeinen freundlich oder unfreundlich gegenüber?« gibt Einblick in eine vorherrschende feindselige Stimmung, mit der diese verfälschte Wahrnehmung von Juden und Jüdinnen in der Stadt unterlegt war (Tabelle 5). In Wien schätzten 45 % die Haltung Jüdinnen und Juden gegenüber als unfreundlich ein, am schlechtesten in Linz (60 %): »Wie die Bevölkerung ihre Einstellung beurteilt, ist charakteristisch; die Linzer und Salzburger, die sich als starke Antisemiten erwiesen haben, sagen in ihrer Mehrheit, dass die Bevölkerung den Juden unfreundlich gegenübersteht«¹². Diese Einschätzung wurde durch eine Reihe von Gründen, die auf Nachfrage aufgezählt wurden, untermauert. Auf die offen gestellte Frage nach den Ursachen dieser »unfreundlichen Gefühle«, wurde eine Reihe von Motiven angeführt, die großteils antijüdische Ressentiments wiedergeben. Die vorgebrachten Argumente wurden thematisch zusammengefasst und quantitativ aufgelistet (Tabelle 6).

12 | Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 43 (1948): 7.

Tabelle 6: Begründungen des Antisemitismus

	Wien	Linz	Salzburg
Aus rassistischen Gründen; weil sie nicht zu uns gehören und uns Christen nur betrügen.	41,0	10,4	16,0
Durch die Nazi-Hetze; die Erziehung der Nazi-zeit wirkt sich aus.	41,0	11,4	10,0
Wegen ihrer frechen Art; ihr Benehmen ist aufreizend; weil sie nicht arbeiten wollen.	40,5	43,0	43,0
Treiben nur Schleichhandel; sind Parasiten; in den Lagern geht es ihnen zu gut, sie verschleichen ihre zusätzlichen Lebensmittel.	39,0	47,0	43,0
Wegen der großen Last, die die (jüdischen) DP's für Österreich darstellen, weil sie uns alles wegessen.	2,0	18,5	14,0
Weil der Antisemitismus seit Jahrhunderten in der Welt verwurzelt ist.	3,3	1,6	6,0

Begründungen zur Frage »Warum ist die Bevölkerung unserer Stadt den Juden gegenüber unfreundlich eingestellt?«, Wien, Linz und Salzburg 1948 (Prozentangaben). Kategorien der Antworten (über 100 %, da manche Personen mehr als eine Antwort gaben). Quelle: Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 43: Der Antisemitismus in Österreich, Wien (13. Mai 1948).

In dieser projektiven Frage verweisen die angeführten Ursachen nur zu relativ geringem Anteil auf das Erbe des NS-Regimes (wie »Erziehung«, »Nazi-Hetze«). Die meistgenannten Begründungen transportieren ein Judenbild, das Ablehnung bis hin zum Hass rechtfertigt und das gesamte Repertoire des negativen Judenstereotyps wiedergibt: »die Christen betrügen«, »nicht zu uns gehören«, »nicht arbeiten wollen«, »auf Kosten der Österreicher leben« (Schleichhandel mit Lebensmitteln etc.). Die Liste an vorgebrachten Motiven wird im Bericht folgendermaßen kommentiert:

»Statt dass die Bevölkerung diese unfreundliche Einstellung gegenüber dem Judentum mit Abscheu ablehnen würde, versucht sie, die Schuld dem Judentum selbst zu geben, nur ein kleiner Teil (41 %) gibt der von Hass erfüllten Nazi-propaganda die Schuld, das sind aber meist Personen, die sich sonst nicht als judenfreundlicher erwiesen haben, während diejenigen, die sich als judenfeindlich erwiesen, den Juden schlechte Charaktereigenschaften vorwerfen und diesen die Schuld an dem vorhandenen Antisemitismus geben.«¹³

Ob und in welchem Ausmaß die (projizierten) Meinungen über Juden und Jüdinnen auch auf die eigene Einstellung zu den NS-Verbrechen verweisen, zeigt die folgende im Bericht präsentierte Aufschlüsselung (Tabelle 7). Die Mehrheit derer, die von einer unfreundlichen Einstellung gegenüber Jüdinnen und Juden ausging, findet sich zugleich unter denjenigen, die die antijüdischen Maßnahmen des Nationalsozialismus

13 | Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 43 (1948): 7.

zwar als »zu weit gegangen«, aber doch notwendig, »um sie in Schranken zu halten«, erachteten (dies sind 56 % in Wien, jeweils 62 % in Linz und Salzburg).

Tabelle 7: Einstellung zu »Maßnahmen gegen Juden«

	Wien	Linz	Salzburg
Den Juden ist es unter den Nazis so ergangen, wie sie es verdienen.	4,2	3,0	3,6
Die Nazis sind in der Behandlung der Juden zu weit gegangen, aber irgendetwas musste geschehen, um sie in Schranken zu halten.	56,2	62,0	62,3
Die gegen die Juden gerichteten Maßnahmen waren in keiner Weise gerechtfertigt.	33,7	26,1	23,4
keine Meinung	5,9	8,9	10,7

Einstellung zu »Maßnahmen gegen Juden« bei jenen Personen, die angaben, die »Bevölkerung unserer Stadt ist den Juden gegenüber unfreundlich eingestellt« (Prozentangaben). Wien, Linz und Salzburg 1948. Quelle: Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 43: Der Antisemitismus in Österreich, Wien (13. Mai 1948).

Die Zahl der als nicht-antisemitisch eingestuften Befragten ist deutlich niedriger:

»Die Gruppe, die sich als nicht antisemitisch erwiesen hat und die Schuld an der unfreundlichen Einstellung der Bevölkerung gegenüber den Juden der Bevölkerung selbst gibt, ist in Wien ungefähr ein Drittel, in Linz und Salzburg nur ein Viertel.«¹⁴

In den hier gezeigten Auszügen aus den Forschungen während der drei Nachkriegsjahre wird deutlich, wie die persönlichen Einstellungen zum Nationalsozialismus und gegenüber Juden und Jüdinnen teils verleugnet oder verborgen, teils offen geäußert wurden. Innerhalb eines kurzen Zeitraums wurden die Einstellungen wieder unverhohlener zum Ausdruck gebracht. Der Meinungsumschwung vollzieht sich vor dem Hintergrund der sukzessiven Abschwächung der zuerst strengen, dann immer weitmaschigeren Gesetze zur Entnazifizierung und kann nicht nur als Widerstand gegen die Gesetze, sondern auch als Ausdruck zunehmender Courage und Ermunterung, die eigene Haltung kundzutun, interpretiert werden.

Erst in den – Jahrzehnte später aufbrechenden – Auseinandersetzungen um die »österreichische Identität« gelangten die in den frühen US-Forschungen intensiv durchleuchteten Themen auch in die sozialwissenschaftliche Forschung Österreichs. Wie sehr diese frühen Untersuchungen der Nachkriegszeit zum Verständnis der weiterhin tradierten Einstellungen und ihrer Entwicklungen beitragen, soll abschließend in einem gestrafften Überblick skizziert werden.

14 | Headquarters United States Forces in Austria, Bericht No. 43 (1948): 8.

Kontinuitäten und Wandel des nationalen Selbstverständnisses – zur Aktualität und Bedeutung der frühen Forschungen

Das nationale Selbstbild Österreichs, das es nach der Wiederherstellung der Republik erlaubte, den Nationalsozialismus als Eingreifen deutscher Fremdherrschaft zu exterritorialisieren, fand auch bei HistorikerInnen Unterstützung. Karl Gutkas vertrat die These, dass bald schon nach dem »Anschluss« 1938 eine tiefe Enttäuschung in der Bevölkerung um sich gegriffen habe (Gutkas 1985). Infolge der katastrophalen Entwicklungen bis hin zum Zusammenbruch des Traums vom Großdeutschen Reich habe diese Ernüchterung zu einer grundsätzlichen Abkehr vom Nationalsozialismus und zur Besinnung auf demokratische Werte geführt, die in der Staatsgründung 1945 ihren politischen Ausdruck fanden. Eine weitere These hebt die damals handelnden, antifaschistisch gesinnten politischen Eliten hervor. Beide Thesen hielten der Realität im Spiegel der Forschungen nicht stand. In den 1960er- und 1970er-Jahren wurden erste Untersuchungen über die Einstellungen in der Bevölkerung, mit ernüchternden Ergebnissen, publiziert (Kienzl 1966; Weiss 1977; 1987). Und die in den 1980er-Jahren in größerem Umfang aufgenommenen zeithistorischen Untersuchungen erschütterten das Bild über das Verhalten der politischen Eliten unmittelbar nach 1945: Gegenüber den Alliierten verhielten sie sich von Anfang an unwillens, die geforderten Maßnahmen zur Entnazifizierung und Wiedergutmachung zu setzen, manche Gesetzesvorlagen liefen deren Forderungen sogar völlig zuwider (Meissl, Mulla und Rathkolb 1986; Knight 1988).

Die Wirksamkeit von Gesetzen für kollektive Lernprozesse wird häufig hinterfragt, aus sozialpsychologischer Sicht erfüllen sie jedoch eine wichtige, normenstützende Funktion:

»Die Gesetzgebung kann keine Gedanken zwingen und Toleranz herbeiführen, das Gesetz kann nur den äußeren Ausdruck von Intoleranz kontrollieren. Aber der Psychologe weiß, daß der äußere Druck manchmal auch eine Wirkung auf die inneren Gewohnheiten, Gedanken und Gefühle hat. Und darum halten wir die Gesetzgebung für eine der Hauptmethoden, um nicht nur die öffentliche Diskriminierung, sondern auch das private Vorurteil zu verringern.« (Allport 1971: 474)

Verschleppte Gesetze zur Entnazifizierung und Wiedergutmachung, personelle Kontinuitäten in wichtigen Institutionen und in Elitefunktionen spiegeln sich in Österreich in einem paradoxen nationalen Selbstverständnis wider. So stellte man in den 1980er-Jahren bei beträchtlichen Teilen der Bevölkerung eine Verklärung der NS-Vergangenheit (»die Hitlerzeit wird heute viel zu negativ dargestellt, sie hatte auch ihre guten Seiten«) und die Betonung positiver Aspekte, wie wirtschaftlichen Aufschwungs und Beschäftigung, fest (IFES 1988; Rust 1988). In Alltagsgesprächen stieß man auf die Hervorhebung des eigenen »Opfer-Status« bis hin zur Gleichsetzung des eigenen Schicksals mit dem der Opfer (Wodak, Cillia, Gruber, Mitten, Nowak und Pelikan 1990). Der Nationalsozialismus wurde jahrzehntelang nicht als Teil der ei-

genen Geschichte wahrgenommen, doch hatte es ebenso lange gedauert, bis sich die ÖsterreicherInnen als eine eigene Nation sahen; noch zu Beginn der 1960er-Jahre bejahten nur 47 % den Satz »Die Österreicher sind eine Nation«, auch 1980 waren es erst 67 % (Botz 1998: 369).

Hatte die US-Forschung bei fast der Hälfte einen ausgeprägten Antisemitismus festgestellt, gaben Anfang der 1970er-Jahre immer noch 21 % an, es wäre »für Österreich besser, keine Juden im Lande zu haben« (Tichatschek-Marin 1976: 4). Eine Rechtfertigung der »Maßnahmen« des Nationalsozialismus, »man sollte zugeben, dass die Beseitigung der Juden aus unserem Land auch positive Auswirkungen gehabt hat«, äußerte auch 1980 unverhohlen nahezu ein Fünftel (19 %), dass es »am besten wäre, wenn alle Juden nach Israel gingen«, befanden 24 % der befragten ÖsterreicherInnen (Weiss 1987: 127).

Nicht nur Stereotypen und teils massive Vorurteile, auch die Abwehr einer Mitverantwortung am Nationalsozialismus und seinen Verbrechen hatten in den 1990er-Jahren weiterhin Kontinuität und Bestand: Noch 1995 mochten 26 % lieber keine Jüdinnen und Juden als NachbarInnen, 19 % hielten deren Einfluss in Österreich für zu groß und dem Anspruch auf Entschädigung für die Verbrechen im Nationalsozialismus wurde von 28 % das klassische Stereotyp der Geschäftstüchtigkeit – »Juden verstehen es, den Holocaust für ihre eigenen Zwecke auszunützen« – entgegengehalten (Golub und Cohen 1995: 2). Im Vergleich zur früheren Befragung 1991 waren die Ergebnisse 1995 »gemischt«:

»A shift has occurred in response to the question asking whether Austria was a victim of Hitler or a participant in the events leading up to 1945. The view that Austria was »the first victim of Hitler's Germany« has declined from 34 % to 28 %; at the same time, the opinion that Austria was »also responsible, as a participant, for the events up to 1945« has decreased from 39 % to 29 %.« (Ebd.: 6)

Ein »Antisemitismus nach Auschwitz« unterscheidet sich von der traditionellen Judenfeindschaft in den Reaktionen auf den Völkermord, z. B. durch Verweise auf die starke Konkurrenz zu Jüdinnen und Juden und ihre gesellschaftliche Vorherrschaft; oder durch den Verweis, dass auch andere Länder Schuld auf sich geladen hätten bis hin zur Schuldzuschreibung an die Juden und Jüdinnen selbst. Auch jüngere Forschungen bestätigen, wie sehr diese Komponenten bis in die Gegenwart die Einstellung zum Judentum bestimmen. »Durch ihr Verhalten sind Juden an Verfolgungen nicht ganz unschuldig« fanden 25 % der ÖsterreicherInnen auch noch zur Jahrtausendwende (Weiss 2004: 60) und 20 % gaben die Schuld weitgehend an die Juden und Jüdinnen zurück, sie glaubten, dass diese »in der Geschichte viel Unheil angestiftet haben« (ebd.: 159).

Die Tabuisierung des Antisemitismus nach 1945 war eine Regel, die antijüdische Manifestationen in der Öffentlichkeit unterdrücken sollte (Betz 1988; Pelinka und Weinzierl 1987). Von einigen Sozialwissenschaftlern wurde in den 1970er-Jahren noch recht optimistisch diagnostiziert, dass zwar einige »Klischees und Judenwitze« in pri-

vaten Kreisen fortleben würden, aber Antisemitismus im öffentlichen Verhalten und besonders in der Politik endgültig ausgedient hätte, mit dem Verweis, dass andere Vorurteile genaueres Studium und größere Sorge erfordern würden (Bichlbauer und Gehmacher 1973: 738). Tatsächlich stoßen »Ausländer« und andere Gruppen heute auf verbreitete Vorurteile und Ablehnung, zugleich aber haben die antijüdischen Ressentiments keineswegs ihren Stellenwert im ideologischen Kontext des sogenannten Rechtspopulismus verloren; im minderheitenfeindlichen Einstellungssyndrom ist die Ablehnung von Jüdinnen und Juden auch in der österreichischen Gegenwart fest verankert (Hofmann 2016: 244).

Einen »Antisemitismus ohne Juden« hatte man in den 1970er-Jahren konstatiert, Kontakte mit (real kaum anwesenden) Juden und Jüdinnen wurden heftig zurückgewiesen: »Würden Sie ein Mädchen/einen Mann jüdischer Abstammung heiraten (oder geheiratet haben)?« wurde 1973 österreichweit von 35 % verneint (Tichatschek-Marin 1976); auch 1980 hätte ein Fünftel der Befragten ihr Kind davon abgehalten, wenn es in eine jüdische Familie hätte einheiraten wollen (Weiss 1987). Selbst »als Nachbarn« stießen Jüdinnen und Juden noch 2002 bei 17 % der ÖsterreicherInnen auf Ablehnung (Denz 2003: 329). Einstellungen zu Kontakt und Verhalten gegenüber Juden und Jüdinnen haben sich weder in der Phase des »Wiederaufbaus« noch danach wesentlich gewandelt. Verfolgt man die Veränderungen zwischen den Jahrzehnten, so ist eine Zunahme sowohl positiver als auch negativer Haltungen gegenüber Jüdinnen und Juden festzustellen, während indifferente Stellungnahmen zurückgingen. Diese Polarisierung wird als Folge der in den 1980er-Jahren einsetzenden Enttabuisierung des Antisemitismus in der Öffentlichkeit gedeutet, mit der auch die Kommunikationschranke über Antisemitismus zerfallen ist (Wassermann 2002; Weiss 1994).

Auch die qualitativen Forschungen haben den hartnäckigen Bestand der tradierten Zuschreibungen offengelegt. Danach gefragt, was man selbst über Juden und Jüdinnen im Alltag alles gehört hat (wie Herzog 1994 in ihrer Untersuchung gefragt hat), trat vor allem der Komplex der Berufs- und Geschäftswelt hervor: »Juden sind geizig und raffgierig«, »wo Juden das Geschäftsleben beherrschen, kommt keiner mehr hinein«, »Juden sind oft Ausbeuter und leben von der Arbeit anderer«. Eigenschaften wie Intelligenz, Begabungen und Familienzusammenhalt stehen neben Geschäftstüchtigkeit, Reichtum und Vormacht in der Politik. Die Rede von der Rolle des »internationalen Judentums«, das seine politische Macht vor allem in den USA ausübe, gewann zunehmende Verbreitung. Zur Jahrtausendwende meinten 34 %, Juden hätten »in Österreich zu viel Einfluss«, ein Viertel fand, man sollte in Österreich den »Zugang der Juden zu einflussreichen Berufen kontrollieren« und »Juden beherrschen das Weltgeschehen« (Weiss 2004: 62). Die Vorstellung des »zu großen Einflusses« der Juden stieg (von 20 % im Jahr 2007) bis 2012 wieder auf 28 % an (Hofmann 2016: 243).

In der bis heute diskutierten Frage einer Mitverantwortung der ÖsterreicherInnen am Nationalsozialismus treten charakteristische Widersprüchlichkeiten hervor: So bejaht zwar zur Jahrtausendwende eine große Mehrheit (80 %), dass Österreich am Schicksal der Juden und Jüdinnen mitverantwortlich war, aber nur die Hälfte will eine Mitschuld am NS-Regime (»Österreich ist am NS-Regime mitschuldig«)

erkennen; dass ÖsterreicherInnen der Judenmisshandlung beigespflichtet hatten und Wiedergutmachung an Jüdinnen und Juden »eine Verpflichtung Österreichs« sei, befinden knapp 40 %. Für einen »Schlussstrich«, dass »NS-Verbrechen nicht mehr aufgearbeitet werden«, spricht sich eine große Mehrheit (70 %) aus (Reinprecht 2004).

»Das Nebeneinander von einem normativen, aber letztlich unverbindlich wirkenden Bekenntnis zu einer historischen Mitverantwortung Österreichs am Holocaust einerseits und einem Festhalten an der kollektiven Opferthese andererseits verbindet sich mit einer Haltung, welche die Frage der individuellen Verstrickung, Verantwortung und Schuld bagatellisiert und unter die Bemühungen um eine kritische Aufarbeitung der Vergangenheit einen Schlussstrich ziehen möchte.« (Ebd.: 136)

Die hier überblicksmäßig zusammengefassten Daten zeigten, dass in Österreich ein Einstellungswandel nach 1945 nur zögernd vonstattenging. Nach den 1970er-Jahren konnte ein Rückgang in den antisemitischen Einstellungen verzeichnet werden, der aber seit den 1990er-Jahren stagniert, teils in manchen Facetten wieder ansteigt, wie die kontinuierlichen, zeitvergleichenden Zahlen der Anti-Defamation-League (ADL) belegen;¹⁵ 2014 weist die ADL für Österreich auf Basis eines Index-Scores (aus elf Fragen) einen Anteil von 28 % der ÖsterreicherInnen aus, die zu antisemitischen Stereotypen und Vorurteilen neigen.

In verschiedenen Phasen traten die kulturell tradierten antijüdischen Ressentiments zusammen mit einem teils heftigen sekundären Antisemitismus wiederholt an die Oberfläche, besonders wenn der Holocaust und die NS-Vergangenheit Österreichs zum Thema wurden. Forschungen stießen auf die Langlebigkeit verschiedener, isolierter Facetten der NS-Erinnerung. Hatte die Tabuisierung des Antisemitismus anfänglich zum Ziel, antijüdische Manifestationen in der Öffentlichkeit zu unterdrücken, so beförderte dies langfristig das Fortleben von antijüdischen Stereotypen und Paradoxien des Erinnerns.

Literatur

- Allport, Gordon W. (1971): *Die Natur des Vorurteils*, Köln: Kiepenheuer & Witsch.
[Originalausgabe: Allport, Gordon W. (1954): *The Nature of Prejudice*, Cambridge, Mass, u. a.: Addison-Wesley]
- Bichlbauer, Dieter und Gehmacher, Ernst (1972): »Vorurteile in Österreich«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 24. Jahrgang, Heft 4, S. 734–746.
- Botz, Gerhard und Sprengnagel, Gerhard (Hrsg.) (1994): *Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte*, Frankfurt am Main/New York: Campus.

¹⁵ | »The ADL GLOBAL 100: An Index of Anti-Semitism« (<http://global100.adl.org/#country/austria/2014>, 1. Oktober 2018).

- Botz, Gerhard (1998): »Janus-headed Austria. Transition from Nazism as restoration, continuity and learning process«, in: Larsen, Stein U. (Hrsg.), *Modern Europe after Fascism 1943–1980s*, New York: Columbia University Press, S. 339–377.
- Burger, Rudolf (2001): »Die Irrtümer der Gedenkpolitik. Wider die Rede von der ›Verdrängung der Nazizeit‹ – Ein Plädoyer für das Vergessen«, in: *Europäische Rundschau*, 28. Jahrgang, Heft 2, S. 3–13 [auch abgedruckt in: Burger, Rudolf (2009), *Jenseits der Linie: ausgewählte philosophische Erzählungen*, Wien: Sonderzahl].
- Dack, Mikkell (2017): »Die Entnazifizierung einer ›Tätergesellschaft‹. Bestrafung und Reintegration im besetzten Deutschland und Österreich«, in: KZ-Gedenkstätte Mauthausen/Mauthausen Memorial (Hrsg.), *NS-Täterinnen und -Täter in der Nachkriegszeit*, Jahrbuch 2016, Wien: new academic press, S. 59–72.
- Denz, Hermann (2003): »Solidarität in Österreich«, in: *SWS-Rundschau*, 43. Jahrgang, Heft 3, S. 321–336 (http://www.sws-rundschau.at/archiv/SWS_2003_3_Denz.pdf, 1. September 2018).
- Embacher, Helga (Hrsg.) (1990): *Umkämpfte Erinnerung. Die Wehrmachtausstellung in Salzburg*, Salzburg/Wien: Residenz.
- Golub, Jennifer und Cohen, Renae (1995): *Current Austrian Attitudes Toward Jews and the Holocaust*, New York: American Jewish Committee (Working Papers on Contemporary Anti-Semitism, Band 24).
- Gutkas, Karl (1985): *Die Zweite Republik: Österreich 1945–1985*, Wien: Verlag für Geschichte und Politik.
- Herzog, Herta (1994): *The Jews as »Others«: On Communicative Aspects of Antisemitism. A Pilot Study in Austria*, Jerusalem: The Vidal Sassoon International Center for the Study of Antisemitism, SICSA (ACTA, Band 4) (<https://web.archive.org/web/20170116163533/http://sicsa.huji.ac.il/4herta.htm>, 1. September 2018).
- Hofmann, Julia (2016): »Abstiegsangst und Tritt nach unten? Die Verbreitung von Vorurteilen und die Rolle soziale Unsicherheit bei der Entstehung dieser am Beispiel Österreichs«, in: Aschauer, Wolfgang, Donat, Elisabeth und Hofmann, Julia (Hrsg.), *Solidaritätsbrüche in Europa*, Wiesbaden: Springer VS, S. 237–262. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-06405-1_11.
- Institut für empirische Sozialforschung, IFES (Hrsg.) (1988): *Einschätzungen der Ereignisse des Jahres 1938 in der österreichischen Bevölkerung*, Forschungsbericht 88/208, Wien.
- Kienzl, Heinz (1966): »Der Österreicher und seine Schande«, in: *Forum*, 13. Jahrgang, Heft 154 (Oktober), S. 655–657.
- Knight, Robert (1988): *»Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen«. Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945–52 über die Entschädigung der Juden*, Frankfurt am Main: Athenäum.
- Költringer, Richard und Gehmacher, Ernst (1989): »Antisemitismus und die ›Waldheimdiskussion‹ während des österreichischen Bundespräsidentenwahlkampfes 1986,« in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 41. Jahrgang, Heft 3, S. 555–562.

- Marin, Bernd (2000): *Antisemitismus ohne Antisemiten. Autoritäre Vorurteile und Feindbilder*, Frankfurt am Main: Campus.
- Meissl, Sebastian, Mulley, Klaus-Dieter und Rathkolb, Oliver (Hrsg.) (1986): *Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945–1955*, Wien: Verlag für Geschichte und Politik.
- Merritt, Anna J. und Merritt, Richard L. (Hrsg.) (1970): *Public Opinion in Occupied Germany. The OMGUS Surveys, 1945–1949*, Urbana/Chicago/London: University of Illinois Press.
- Pelinka, Anton (1990): *Zur österreichischen Identität*, Wien: Ueberreuter.
- Pelinka, Anton und Weinzierl, Erika (Hrsg.) (1987): *Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit*, Wien: Edition S.
- Rathkolb, Oliver (Hrsg.) (1985): *Gesellschaft und Politik am Beginn der Zweiten Republik: vertrauliche Berichte der US-Militäradministration aus Österreich 1945 in englischer Originalfassung*, Wien/Graz: Böhlau.
- Rathkolb Oliver (2015): »Erste Republik, Austrofaschismus, Nationalsozialismus (1918–1945)«, in: Thomas Winkelbauer (Hrsg.), *Geschichte Österreichs*, Stuttgart: Reclam, S. 477–524.
- Reinprecht, Christoph (2004): »Nationale Identität, Geschichtsbilder und Mythen«, in: Weiss, Hilde (Hrsg.), *Nation und Toleranz*, Wien: Braumüller, S. 129–156.
- Rust, Holger (1988): »Aus der Geschichte lernen? Zur Bereitschaft der ÖsterreicherInnen, sich mit dem »Anschluss« zu beschäftigen«, in: *Medien-Journal*, 12. Jahrgang, Heft 4, S. 162–171.
- Stiefel, Dieter (1981): *Entnazifizierung in Österreich*, Wien: Europa Verlag.
- Stifter, Christian H. (2015): »Vermessene Demokraten. Meinungsumfragen der US-Besatzungsmacht in der österreichischen Bevölkerung, 1946–1955«, in: Dreide-my, Lucile, Hufschmied, Richard, Meisinger, Agnes, Molden, Berthold, Pfister, Eugen, Prager, Katharina, Röhrlich, Elisabeth, Wenninger, Florian und Wirth, Maria (Hrsg.), *Bananen, Cola, Zeitgeschichte. Oliver Rathkolb und das lange 20. Jahrhundert*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau, Band 1, S. 546–561. DOI: <https://doi.org/10.7767/9783205203353-047>.
- Tichatschek-Marin, Bernd (1976): »Antisemitismus ohne Antisemiten? Zum nachfaschistischen Antisemitismus in Österreich«, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 1. Jahrgang, Heft 1, S. 1–14.
- Uhl, Heidemarie (2001): »Das »erste Opfer«. Der österreichische Opfermythos und seine Transformation in der Zweiten Republik«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 30. Jahrgang, Heft 1, S. 19–34.
- Wassermann, Heinz P. (2002): *Naziland Österreich? Studien zu Antisemitismus, Nation und Nationalsozialismus im öffentlichen Meinungsbild*, Innsbruck/Wien: StudienVerlag.
- Weinzierl, Erika (1973): *Zu wenig Gerechte. Österreicher und Judenverfolgung 1938–1945*, Graz/Wien: Styria.
- Weiss, Hilde (1977): »Antisemitismus«, in: *Journal für angewandte Sozialforschung*, 17. Jahrgang, Heft 3, S. 13–26.

- Weiss, Hilde (1986): »Antisemitische Vorurteile in Österreich nach 1945. Ergebnisse empirischer Forschungen«, in: Schoeps, Julius H. und Silbermann, Alphons (Hrsg.), *Antisemitismus nach dem Holocaust. Bestandsaufnahme und Erscheinungsformen in deutschsprachigen Ländern*, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 53–70.
- Weiss, Hilde (1987): *Antisemitische Vorurteile in Österreich. Theoretische und empirische Analysen*, 2. Auflage, Wien: Braumüller.
- Weiss, Hilde (1994): »Latenz und Aktivierung antisemitischer Stereotype und Ideologien in Österreich«, in: Kulke, Christine und Lederer, Gerda (Hrsg.), *Der gewöhnliche Antisemitismus. Zur politischen Psychologie der Verachtung*, Pfaffenweiler: Centaurus, S. 105–124.
- Weiss, Hilde (2004): *Nation und Toleranz? Empirische Studien zu nationalen Identitäten in Österreich*, Wien: Braumüller.
- Wodak, Ruth, Cillia, Rudolf, Gruber, Helmut, Mitten, Richard, Nowak, Peter, und Pelikan, Johanna (1990): »Wir sind alle unschuldige Täter!« *Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ziegler, Meinrad und Kannonier-Finster, Waltraud (1993): *Österreichisches Gedächtnis: über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit*, Wien: Böhlau.

Austria and After.

Franz Borkenau historische Kulturosoziologie Österreichs als Vorgeschichte zum 13. März 1938

Peter Fischer

Am Morgen des 12. März 1938 marschieren die Nationalsozialisten in Österreich ein. Sie kommen damit einer geplanten Abstimmung des österreichischen Volkes über dessen Unabhängigkeit zuvor. Militärische Gewalt ist bei der »Übernahme« allerdings nicht notwendig, denn bereits seit einigen Wochen sitzen Nationalsozialisten in den entscheidenden Positionen des politischen Apparates. NationalsozialistInnen und AnhängerInnen der »deutschen Nation und des deutschen Reiches« jubeln und salutieren auch auf den Straßen. In der *Wiener Zeitung* des gleichen Tages fordert der österreichische Innenminister, Ruhe und Ordnung zu bewahren, während der österreichische Kanzler an anderer Stelle betont, der Gewalt zu weichen. Er selbst wird auf Druck von Deutschland zum Rücktritt gezwungen. Auch wenn das Titelblatt der *Wiener Zeitung* gedruckt erhalten ist, erscheint die Zeitung an diesem Tag nicht in der ursprünglich geplanten Form. An anderer Stelle wird ebenfalls ersichtlich, dass die NationalsozialistInnen vorbereitet sind: Ein »Anschluss« Österreichs ist schon länger diskutiert worden und es existieren mehrere Pläne, wie die Übernahme vonstattengehen soll. Noch vor dem Einmarsch werden in den frühen Morgenstunden politische GegnerInnen von Gestapo und SS verhaftet. Einen Tag später verabschieden der gleichgeschaltete Ministerrat und der von Deutschland »eingesetzte« Bundeskanzler Arthur Seyß-Inquart das »Anschlussgesetz«. Kaum einen Monat später beginnen die ersten Deportationen.

Die Ereignisse in Wien vor über 80 Jahren bleiben in Europa und auf der anderen Seite des Atlantiks nicht unbemerkt und schüren die Sorge vor größeren politischen Konflikten. Der amerikanische Psychoanalytiker Walter C. Langer, der zwischen 1936 und 1938 als Schüler Sigmund Freuds in Wien ansässig ist, erkennt die Gefahr. In einem Rückblick schreibt er: »The Nazis became louder and more demanding with every day and it was obvious that Austria was to be the next victim« (Langer 1978: 39). Noch 1938 organisiert er mittels Affidavits amerikanischer Persönlichkeiten für meh-

rere Psychoanalytiker die Flucht in die USA. Doch nicht alle verbinden die NS-Herrschaft in Österreich mit Unterdrückung, Vertreibung und kriegesischen Absichten. Walford Selby, von 1933 bis 1937 diplomatischer Vertreter Großbritanniens in Wien, geht noch im Jahr seines Abgangs davon aus, dass eine friedvolle Kooperation zwischen Österreich und Deutschland möglich sei (Selby 1945: 481). Ökonomisch habe sich das Land von der Wirtschaftskrise erholt. Ein Jahr später konstatiert er aufgrund zahlreich vorhandener Ressourcen und aufgrund umfangreicher Investitionen europäischer Staaten in Österreich, dass Adolf Hitler ein sich auszahndes Unternehmen übernommen habe (ebd.: 483).

Ein anderer Beobachter ist der 1900 in Wien geborene und seit 1934 – mit Unterbrechungen – im britischen Exil weilende Soziologe und Historiker Franz Borkenau. Er widmet sich während seiner Zeit in London vor allem dem Studium der neu aufkommenden Diktaturen in Europa. Hier entwickelt er eine Theorie des Totalitarismus, die vor allem auf dem Vergleich des Bolschewismus mit dem Nationalsozialismus beruht (vgl. Jones 1992).

Ich kann an dieser Stelle keine ausführliche Analyse von Borkenaus Tätigkeit im Exil geben, einige Hinweise sind zur Einordnung der weiteren Ausführungen allerdings hilfreich. Borkenau, in seiner Jugend Mitglied und Funktionär der Kommunistischen Partei, bricht 1929 aufgrund der politischen Radikalisierung der Kommunisten und aufgrund des anhaltenden Einflusses der Sowjetunion in der Komintern mit der Partei und der praktischen Politik. Die Entscheidung, sich vollständig einer Tätigkeit als Schriftsteller und Wissenschaftler zu widmen, dürfte nach einem kurzen und von divergierenden wissenschaftlichen Einstellungen geprägten Aufenthalt am Institut für Sozialforschung (IfS) in Frankfurt gefallen sein. Über Umwege gelangt er schließlich nach London, und hier im Exil ist es möglich – anders als in der Kommunistischen Partei und in von Totalitarismus bedrohten Ländern – offene Diskurse zu führen. Borkenau – das wird bereits anhand der Titel der in schneller Abfolge verfassten Bücher im Exil deutlich – verschreibt sich dem Kampf für die Demokratie. Deren Verteidigung mündet nach dem Zweiten Weltkrieg in ein Plädoyer für einen demokratischen Neubeginn (vgl. Borkenau und Huxley 2013). Was Sven Papcke für die Exilsoziologie allgemein ausmacht, wird bei Borkenau als Gesellschaftskritik, konkret als Kritik des Totalitarismus erkennbar: »Die Soziologie als Enthüllungswissenschaft fragt nach dem Zustand der Gesellschaft und prüft, ob ihr Handwerkszeug angemessen und das Selbstbild noch zeitgemäß ist« (Papcke 2018: 156). Borkenaus Thema im Exil ist die neu aufgekommene und in einigen Ländern schon erfahrbare politische Bewegung des Faschismus, die er mit anderen politischen Strömungen wie dem Bolschewismus vergleicht. Exemplarisch sei hier – weil seinerzeit besonders populär – das Werk *The New German Empire* von 1939 genannt, eine Studie zur fortschreitenden geographischen Expansion des NS-Regimes. Hier legt Borkenau die Aggressivität der NationalsozialistInnen als Antrieb offen und zeigt auf, dass diese als chiliastisch-religiöse Bewegung mit dem Ziel der Weltherrschaft auftreten. Neben den Ursachen für den Aufstieg der Bewegung wagt Borkenau auch einen Blick in die Zukunft, vermisst diesbezüglich die deutschen Nachbarländer und schätzt die Chan-

cen für die NationalsozialistInnen durch weitere Expansion ein (vgl. Borkenau 1939: 62). Deutlich wird in diesem Buch Borkenaus besondere Fähigkeit als Beobachter und Zeitdiagnostiker. Dass er zwischen 1936 und 1940 nicht weniger als sechs Bücher verfasst, zeigt aber auch, dass er von den Ereignissen in der Welt getrieben wird und der Gefahr von Schnellschüssen und Fehleinschätzungen nicht immer aus dem Weg gehen kann. Trotzdem kann er auch heute noch als theoretisch motivierter soziologischer Beobachter seiner Zeit verstanden werden, den es wieder zu entdecken gilt. Der »Anschluss« ist für Borkenau schließlich Anlass, sich mit seinem Heimatland und den kulturellen Rahmenbedingungen auseinanderzusetzen, die ihn und eine ganze Generation an Intellektuellen, MusikerInnen und KünstlerInnen geprägt haben. Der Ausgangspunkt seiner noch im April 1938 mit einem Vorwort versehenen Studie *Austria and After* ist gleich dem seiner anderen Bücher: die Veränderungen im politischen System, sowie die einhergehende Politisierung der Gesellschaft. Der Inhalt des Werkes geht allerdings über eine Kritik der Politik vor dem Hintergrund seiner demokratischen Überzeugung hinaus. Borkenau bietet eine gesättigte, teils spekulative historische Kulturosoziologie, die zweierlei leistet. Zum einen lässt sich mit ihr das Gewordensein der österreichischen Gesellschaft als multinationale Gesellschaft *sui generis* erklären, zum anderen liefert sie – zumindest in Ansätzen – eine theoretische *Durchdringung* nationalsozialistischer Interessen. Der letzte Punkt ist in anderen Arbeiten deutlich umfangreicher und präziser gelungen (vgl. Borkenau 1939; 1940).

Sucht man nach zeitgenössischen soziologischen Arbeiten, die eine Möglichkeit zur Analyse des Nationalsozialismus in Österreich zur Verfügung stellen, lohnt ein genauerer und kritischer Blick in Borkenaus *Austria and After*. Ich will ebendies im Folgenden tun, und dabei die von ihm aufgezeigten *zivilisationstheoretischen Besonderheiten*, sowie die Besonderheiten der *politischen Kultur* Österreichs im frühen 20. Jahrhundert hervorheben. Anschließend werde ich kurz auf die hier im Hintergrund mitschwingende *Theorie des Totalitarismus* eingehen und mit Bezug auf den *österreichischen Charakter* seine These reformulieren, dass der »Anschluss« vor dem Hintergrund einer zivilisationstheoretischen und kulturosoziologischen Betrachtung als »Mismatch« verstanden werden soll.

Grundlage für die bei Faber and Faber in London erschienene Studie *Austria and After* sind Dokumente und Materialien über die Geschichte Österreichs, die Borkenau über einen längeren Zeitraum hinweg gesammelt hat. Der Verfasser betont im Vorwort, dass er allein dem Fachmann bekannte Fakten für ein breiteres Publikum aufbereite. Dies kann man als soziologische Aufklärung verstehen, gleichzeitig ist diese Aussage von einem gewissen Understatement gekennzeichnet, denn selbst der Osteuropahistoriker C. A. Macartney lobt in seiner Besprechung des Buches im gleichen Jahr die ausgewogene Analyse und die neuen Erkenntnisse (Macartney 1938: 731). Ausgangspunkt des Werkes ist die Einsicht, dass weder die zeitgenössischen BefürworterInnen noch die GegnerInnen des »Anschlusses« der Komplexität der österreichischen Gesellschaft gerecht werden. Anders formuliert, geht es um die Fragen: Wie kommt das spezifisch Österreichische zustande? Was geschieht mit diesem vor dem Hintergrund des »Anschlusses«?

Österreichische Zivilisation

»This international upper class civilization, essentially Latin, Mediterranean and Catholic, aristocratic, bureaucratic, clerical, brilliant, but somewhat rootless, has been continually at strife throughout Austrian history with the much more modest, rather backward and inarticulate but deeply rooted German elements.« (Borkenau 1938: 86)

Will man das Gewordensein der österreichischen Gesellschaft erklären, dann verlangt dies eine soziologisch-historische Herangehensweise. Borkenaus Forschungsperspektive, hier wie in anderen Werken, ist anschlussfähig an die Weimarer Schule Historischer Soziologie (vgl. Kruse 2001), auch wenn er sich selten programmatisch so explizit positioniert wie z. B. Norbert Elias,¹ der ja nicht nur eine Darstellung des Zivilisationsprozesses gegeben, sondern auch eine umfassende Theorie sowie ein Forschungsprogramm historischer Soziologie vorgelegt hat.

In diesem Sinne geht es Borkenau zunächst um die Ursprünge des österreichischen Kaiserreichs. Österreich sei im 15. Jahrhundert eine Grenzregion Europas gewesen, die durch den Kontrast zwischen Wien und dem Rest des Landes geprägt sei. Dieser Kontrast meint Konzentration, aber auch den Verbleib von Landstädten in einem alten, mittelalterlichen Zustand. Als »Borderland« habe Österreich trotzdem nicht nur die Vorzüge des Einflusses vieler Regionen genossen, denn in anderen Ländern sei der Stand der Zivilisation bereits zu dieser Zeit deutlich fortgeschrittener gewesen. Zwar habe sich die heute noch bekannte und überaus geschickte »policy of marriage« (Borkenau 1938: 23) herausgebildet, die sich im geflügelten Spruch »Bella gerant alii, tu felix Austria nube« widerspiegelt, aber es sei Österreich nicht gelungen, zu einer bedeutenden Macht in Europa aufzusteigen. Borkenau zufolge war das Österreich der Frühen Neuzeit zwar mit der Idee des modernen Staates vertraut, aber – mit Ausnahme Wiens – sei die Entwicklung weit hinter dem deutschen Westen hinterhergeinkt. Er bezieht die Rückständigkeit u. a. auf die Schwäche der Landstädte, aber sie sei genommen eine »weakness of the intelligentsia, weakness of the industrial development and weakness of the sense of individual rights and liberty« (ebd.: 30). Dass eine solche Interpretation nicht allzu abwegig ist, zeigt Richard Tilly (vgl. Tilly 1989: 407). Zwar kommt dieser zu dem Schluss, dass die bescheidenen ökonomischen Fortschritte der Habsburger Territorien in Mittel- und Südeuropa in der Periode des 18. bis zum 20. Jahrhundert durch die gewaltigen technischen und ökonomischen Veränderungen in Europa in den Schatten gestellt worden seien, doch wichtig ist der bereits von Borkenau betonte Zusammenhang zwischen politischem Wandel und wirtschaftlicher Entwicklung. Denn, so Tilly:

1 | Zwischen beiden gibt es sowohl freundschaftliche als auch wissenschaftliche Beziehungen (vgl. Sakolczai 2000). Zu Borkenaus Besprechung von Elias' *Prozess der Zivilisation* sowie zur Beziehung von Borkenau und Elias siehe ausführlich Korte 2013: 19–20.

»Vielmehr sehen wir hier einen von ethnischen und Klassenkonflikten zerrissenen dynastischen Staat, dessen Handlungen vorwiegend auf die Bewältigung dieser inneren Konflikte ausgerichtet waren. [...] Dieses Ziel wurde notfalls auch auf Kosten eines geringen Wirtschaftswachstums mit höchster Priorität angestrebt.« (Ebd.: 413)

Aber auch die Oberklasse, das reiche Bürgertum unterhalb der Aristokratie, sei bis auf wenige Ausnahmen im Vergleich zu anderen Ländern in Bezug auf ihren Einfluss in Politik und Wirtschaft schwach. Borkenau glaubt, dass dies dazu geführt habe, dass sie nicht die Macht ergreifen konnte, um den Staat zur Modernisierung zu zwingen. Eine Modernisierung des Staates und seiner Elemente sei daher von außen erfolgt. Er bemerkt hierzu: »Again, as so often happened in Austrian history, reform was forced upon the court, not by the rising of new social strata strong enough to force the hand of the administration, but by pressure from outside« (Borkenau 1938: 79). Als Ergebnis sei Österreich, Borkenau zufolge, erst spät zu einem zentralisierten, bürokratischen Staat geworden. Dass das Land nicht zu einem unbedeutenden Anhang Europas herabgesunken sei, sei allein dem Zufall geschuldet gewesen. Nach der vernichtenden Niederlage gegen die Osmanen 1526 sei Österreich aufgrund einer Abmachung das Haus Ungarn mit seiner immer noch mächtigen Aristokratie zugefallen. Durch diese Öffnung und Erweiterung der österreichischen Aristokratie hätten sich auch allmählich die Einflüsse vergrößert, die bald nicht mehr nur allein aus Frankreich, sondern auch aus Italien und Spanien gekommen seien. Diese von Borkenau getroffene Einschätzung wird von der aktuellen Forschung geteilt: Österreichs Einbindung ins Kräftespiel der europäischen Dynastien sei prägend gewesen. Exemplarisch liest man bei Walter Ernst Zeeden:

»So wurde Österreich durch seine dynastischen Verbindungen zwangsläufig von den Spannungen zwischen den großen europäischen Mächten mit betroffen. Aber auch umgekehrt galt: Was sich in Österreich ereignete, das wirkte nicht nur auf das übrige Reich, sondern ebenso auf die internationalen Beziehungen in Europa zurück.« (Zeeden 1998: 241)

Wie stark z. B. die Wirkung Spaniens auf Österreich gewesen sei, zeige sich nicht nur in der Übernahme von religiösen Ideen, sondern auch in Sprachwendungen, die aus dem Spanischen in den österreichischen Alltag gelangten. Borkenau verweist hier etwa auf die Formulierung »beso sus manos« (Borkenau 1938: 36),² welche zu einer festen Redewendung im österreichischen Alltag wurde.

Eine These, die Borkenau besonders betont, ist, dass sich Österreich im 16. Jahrhundert als Land nicht nur zweier, sondern gleich mehrerer Zivilisationen darge-

2 | Das zu Lebzeiten unveröffentlicht gebliebene und später von Richard Löwenthal herausgegebene Werk zur Entstehung des westlichen Abendlandes unter Berücksichtigung des unterschiedlichen Einflusses eines östlichen und westlichen Christentums (Borkenau 1984) greift dieses Thema in leichter Abwandlung wieder auf und legt eindrücklich einen Zusammenhang von kulturellem Wandel und veränderten Sprachspielen im westlichen Abendland offen.

stellt habe, die durch katholisch-religiöse Ideen zusammengehalten würden (vgl. dazu Bruckmüller 2002: 134). Borkenau erkennt mediterrane, slawische und deutsche Einflüsse, die sich jeweils sozialen Trägern zuordnen ließen. Die Oberklasse, die Aristokratie, die Armee, die Kirche sowie die Bürokratie seien durch eine mediterrane Kultur geprägt, deutsche Kultur sei vor allem im Bürgertum und bei reichen Landbewohnern zu finden, wohingegen die niederen Klassen weitgehend aus slawischem Proletariat bestünden (Borkenau 1938: 37). Folgt man Borkenaus Ausführungen weiter, dann fand die für Deutschland so wichtige Reformation in Österreich fast nur im Protestantismus Wiens Niederschlag. Die Gegenreformation sei dagegen in Österreich viel stärker ausgefallen und habe schließlich zu einem politischen wie sozialen Umbau geführt. Gleichzeitig sei damit eine Modernisierung der Religion und des öffentlichen Lebens unterbunden worden (vgl. ebd.: 141). Die Herrschaft des Hauses Habsburg ließ – Borkenau zufolge – dem Bürgertum kaum Spielraum sich zu entfalten. Allerdings gäbe es einen Bereich, in dem eine nationale Einheit schon seit dem 17. Jahrhundert vollzogen sei und die das kulturelle Leben vieler bestimme: Kunst und Musik – konkret die Kultur bei Hofe, die bald auch das obere Bürgertum miteinbezog. Die neuere Bürgertumsforschung ist gerade an diesem Spannungsfeld von gesellschaftlicher Entwicklung und der Lebenswelt des österreichischen, speziell des Wiener Bürgertums interessiert (vgl. Bruckmüller und Stekl 1995). Doch selbst die Blüte der österreichischen Aristokratie sei nicht von Dauer gewesen. Nach einer Reihe von Kriegen gegen das Osmanische Reich sei Ende des 18. Jahrhunderts nicht nur keine nennenswerte Bourgeoisie als Klasse vorhanden gewesen, auch die Aristokratie sei schwach und von geringer Zahl gewesen. Kirche und Bürokratie dominierten das kulturelle und öffentliche Leben (vgl. Borkenau 1938: 48). Bis heute diskutiert die Bürgertumsforschung den Einfluss der Bürokratisierung auf die bürgerliche Oberschicht und kommt zu ähnlichen Ergebnissen (vgl. Bruckmüller 1990).

Formal noch mindestens bis zur Trennung in die zwei unabhängigen Staaten der Doppelmonarchie – kulturell und sozialstrukturell, aber auch über diese Zeit hinaus –, bleibt Österreich ein multinationaler Staat. Borkenau betont, dass in einem solchen internationalen Staat eine Modernisierung der Gesellschaft kaum möglich gewesen sei, ohne ihn in seine einzelnen nationalen Elemente zu zerlegen (vgl. Borkenau 1938: 60). Die Idee eines demokratischen Nationalstaates, der auf einer einheitlichen Nation, Religion und Kultur beruht, sei mit einem internationalen »Borderland« wie Österreich kaum vereinbar gewesen. Borkenau kritisiert hier die sozialwissenschaftliche Theorie verschiedener Provenienz, die dieses Problem nicht ausreichend anerkenne. Namentlich gingen sowohl der Liberale Rudolf Sieghart und der Katholik Ignaz Seipel als auch der Sozialist Karl Renner davon aus, dass ein Auseinanderreißen Österreichs in der Nationalstaatenbildung nicht zur Debatte stünde (ebd.). Mehr noch: In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhundert sei gelegentlich die Vorstellung aufgetaucht, dass Österreich gar als Modell für ein kollektives Europa stehen könne. Auch das ist für Borkenau nicht haltbar, denn die nur wenigen, gleichsam schwachen und gescheiterten Versuche zur Reformierung des Landes, die geringe Bedeutung sozialer Bewegungen sowie die Trägheit der von Borkenau als »internationale Oberklasse«

bezeichneten Schicht – die den sich aus verschiedenen europäischen Dynastien zusammensetzenden Adel sowie das hohe Bürgertum meint –, alles Phänomene, die den Verlauf der österreichischen Geschichte nachhaltig geprägt haben, scheinen in diesem Argument in Vergessenheit geraten (vgl. ebd.: 80).

Wesentliche Besonderheiten der österreichischen Zivilisation treten auch im Vergleich mit Preußen zu Tage. Borkenau macht dies am Beispiel der Revolutionsbewegung sowie an der Bauernbefreiung deutlich. Preußen als ungewolltes Zentrum deutscher Revolutionsbemühungen sei durch lange anhaltende Klassenantagonismen gekennzeichnet gewesen, sodass die revolutionäre Front gespalten aufgetreten sei. In der Wiener Revolutionsbewegung von 1848 hingegen seien die Massen auf den Straßen weniger heterogen gewesen. Borkenau erkennt hier: »The aristocracy was weak in the Alpine provinces, and in these provinces and in Vienna therefore the revolutionary movement was characterized by a unity unknown in Prussia« (ebd.: 70). Genau so unterschiedlich, in der Durchführung wie im Ergebnis, sei der Umgang mit der Bauernbefreiung in beiden Ländern verlaufen. Nach der Einheit Österreichs, die eher pragmatisch aufgrund von Missständen als im Blick auf höhere Ideale entstanden sei – die österreichische Verfassung habe auf Oktroi beruht, so Schieder (Schieder 1998: 52) –, konstatiert Borkenau eine Rückständigkeit Österreichs gegenüber Preußen in den militärischen, technologischen und administrativen Möglichkeiten, sowie in der politischen Stabilität (vgl. Borkenau 1938: 84). Gerade in dieser Gegenüberstellung der beiden Gesellschaften werden die Besonderheiten Österreichs greifbar.³

Bemüht man sich um eine pointierte Zusammenschau von Borkenaus Ausführungen, so sei in der österreichischen Geschichte eine dreifache Fremdbestimmung zu erkennen, die der Zivilisation eine bestimmte Gestalt verliehen habe. Unter den Habsburgern sei der Protestantismus unterdrückt worden, sodass eine internationale Aristokratie im 17. Jahrhundert geherrscht habe. Ein Modernisierungsschub erfolgte erst unter Mithilfe des assimilierten Judentums, das bereits recht früh als Träger von Liberalismus und kapitalistischer Moderne ausgemacht werden könne. Auffallend ist, dass Borkenau Juden und Jüdinnen eine tragende Rolle in der österreichischen Geschichte einräumt. In der Tat nahm in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die jüdische Bevölkerung in Wien an Größe und Bedeutung zu. So erreicht in Wien der jüdische Bevölkerungsanteil im Jahr 1880 10,6 % (vgl. Burger 2014: 80), um die Jahrhundertwende ist Wien die Stadt mit dem drittgrößten Anteil an jüdischen EinwohnerInnen in Europa (vgl. ebd.: 86). Wien ist Ziel von Binnenmigration und Flucht vor Verfolgung, während die assimilierten, jüdisch-bürgerlichen Schichten wesentlich zum wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung der Stadt beitragen. Mit dem »Anschluss« war es jedenfalls das nationalsozialistische Deutschland, welches das Schicksal Österreichs bestimmte. Mit anderen Worten: Einer aristokratischen Ära sei eine

3 | Die Geschichte Preußens beschäftigt Borkenau auch noch nach dem Zweiten Weltkrieg in seinen Abhandlungen zur deutschen Geschichte (siehe Borkenau 1947).

kurze Ära der liberalen Bourgeoisie gefolgt, diese sei durch eine faschistische Ära zerstört worden (vgl. Borkenau 1938: 116). Auf die liberale wie auf die faschistische Ära will ich nachfolgend mit Borkenau und seiner Darstellung der politischen Kultur eingehen.

Politische Kultur

»It is not the solid and well-established forms of life which are the best soil for new creations. In their state of decay a few millions of Germans in Austria in the last decade before the war gave the world more than one of the leading ideas of to-day.« (Borkenau 1938: 157)

Die Spezifität Österreichs werde auch über die Geschichte der politischen Kultur ersichtlich. Liberalismus, Katholizismus sowie Marxismus hätten hier eine je besondere Färbung erhalten. Sie seien in den Alltag der Menschen eingebettet.

Ich paraphasiere Borkenaus These, nach der dem *Liberalismus* in seiner praktischen Form sowie dem modernen ökonomischen System in Österreich im 19. Jahrhundert mit Hilfe der Juden und Jüdinnen ein beachtlicher Vorschub geleistet wurde. Borkenau spricht von einer weitgehend osteuropäischen »Jewish affair«, welche seine obengenannte Annahme der Modernisierung von außen stützt. Doch der Liberalismus zu Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts sei keine Erfolgsgeschichte gewesen. So liest man bei Carl E. Schorske von der Kehrseite, die auch Borkenau beschreibt:

»Die Gesellschaft in Österreich hielt sich nicht an diese liberalen Koordinaten von Ordnung und Freiheit. [...] Am Ende des Jahrhunderts begannen selbst die Juden, denen der österreichische Liberalismus Emanzipationschancen und die Assimilation an die Moderne geboten hatte, ihren Wohltätern den Rücken zu kehren. Der Fehlschlag des Liberalismus macht die Juden zum Opfer.« (Schorske 1982: 112)

Borkenau geht davon aus, dass die Juden und Jüdinnen häufig die Position der fehlenden Bourgeoisie⁴ einnahmen, sie deshalb Vorurteilen ausgeliefert waren und bald als Symbol mit dem Kapitalismus gleichgesetzt wurden. Trotz ihres Status als »Pariah« hätten sie Einfluss erlangt im Wirtschaftsleben. Mit dieser »Bourgeoisierung« Österreichs wurde die Bedeutung der international aufgestellten Aristokratie als herrschender Klasse geschwächt. Die kapitalistische Logik und die damit an Macht gewinnenden neuen Akteure hätten die internationale Aristokratie ins Private verdrängt. Dennoch habe ihr Einfluss auf kulturellem Gebiet angehalten. Borkenau verweist zudem auf die tragische Ambiguität der Juden und Jüdinnen in der Kunst,

4 | In einer Studie zu den jüdischen Intellektuellen in der Wiener Moderne resümiert Steven Beller: Die »Juden der Habsburger Monarchie waren schon quasi bürgerlich, bevor es ein modernes Bürgertum in Österreich gab« (Beller 1993: 713).

denen es zwar gelang, wichtige Positionen im öffentlichen, künstlerischen und intellektuellen Leben einzunehmen, die aber gleichzeitig insgesamt keine unbestritten anerkannte Stellung besessen hätten (Borkenau 1938: 108). Als Konsequenz stieg die Zahl der Konversionen.⁵ Borkenau's Bild wird durch rezente Forschungen zur Wiener Jahrhundertwende bestätigt, aber auch differenziert. Karl Rudolf Fischer geht davon aus, dass der Anteil der Juden und Jüdinnen an der Kultur des Wiener *Fin de Siècle* überragend war (vgl. Fischer 1993: 119). Als Angehörige einer Randgruppe konnten sie zwischen Assimilation, einer kosmopolitischen oder universalistischen Einstellung, oder einer nationalistisch-zionistischen Position wählen. »Wie dem auch sei: Für die österreichischen Juden oder Judenstämmige gab es Identitäts- und Identifizierungsprobleme der besonderen Art« (ebd.).

Was Borkenau's Schrift über den »Anschluss« 1938 leistet, ist eine Sensibilisierung für historisch entstandene Bruchstellen in der österreichischen Gesellschaft. Besonders am Bild der Juden und Jüdinnen im 19. Jahrhundert wird die Ambivalenz deutlich. Österreich sei – so Borkenau – sowohl Heimat des Nazismus als auch des Zionismus gewesen. Im Bild des jüdischen Bourgeois spiegle sich auch die Realität des »Borderlands« zwischen Ost und West wider, und nur vor dessen Hintergrund lasse sich die österreichische Geschichte verstehen. Borkenau ist gewillt, ganz im Sinne der historischen Soziologie, soziologische Aussagen vor ihrem historischen Kontext zu treffen. Die Modernisierung, die sich hier als Öffnung hin zum Westen und dessen wirtschaftlichem System vollzogen habe, sei – folgt man Borkenau – auch ein Werk osteuropäischer MigrantInnen. Fernab des Zentrums, in den österreichischen Dörfern, sei die Modernisierung vor dem Ersten Weltkrieg langsam vor sich gegangen. Erst in der Nachkriegszeit habe in den Grenz- und Randregionen ein Modernisierungsschub stattgefunden, der durch staatliche Intervention (z. B. zur Hygiene und Geburtenkontrolle) und durch den neu entstehenden Tourismus angetrieben worden sei. Ferner hätten die Grenzregionen zur Entstehung eines Nationalismus in Österreich beigetragen, die ebenda aufgrund von Konflikten zwischen unterschiedlichen nationalen Gruppen erfolgt sei (vgl. Borkenau 1938: 270).

Die österreichische Gesellschaft sei lange Zeit durch den *Katholizismus* geprägt gewesen, ohne dass dieser dogmatisch oder fundamentalistisch gelebt worden sei. Selbst der Klerus sei im Vergleich zu anderen katholischen Ländern weltoffen gewesen. Dazu passt, dass in der aristokratischen Gesellschaft des Kaiserreichs die Betonung der ästhetischen und rituellen Seite der katholischen Religion eine große Rolle gespielt habe. Folgt man Borkenau's Analysen weiter, wird deutlich: Über einen längeren Zeitraum hinweg lässt sich in Österreich ein Volkskatholizismus von eher demokratischem Charakter beobachten, der Bestandteil des alltäglichen Lebens gewesen sei (vgl. ebd.: 119–120). Doch das gelte nicht für alle Bereiche. Im dörflichen Teil der österreichischen Gesellschaft habe eine Verbindung des Katholizismus mit

5 | Borkenau selbst wird zwar katholisch in einer durch und durch bürgerlichen Familie erzogen, erfährt aber als junger Mann, dass er nach den rassistischen Kriterien des Nationalsozialismus als »Halbjude« gilt.

magisch-traditionellen Vorstellungen angehalten, die von gebildeten Gläubigen allein als Blasphemie abgetan wurde (vgl. ebd.: 270). Auf den praktischen Katholizismus aufbauend, aber gleichzeitig davon zu unterscheiden, sei der *politische Katholizismus*, der im 20. Jahrhundert eine wichtige Rolle gespielt habe. Für Borkenau ist der politische Katholizismus zwar durch einen Antisemitismus geprägt, dieser sei jedoch nicht kompatibel mit den Ideen und Ideologien des Nationalsozialismus. Im Gegenteil: Katholizismus wie andere religiöse Überzeugungen seien als Gegenbewegung gegen die totalitären Ideologien aufgetreten. Die spätere Unterdrückung des österreichischen Katholizismus durch die Nationalsozialisten hat Borkenau zufolge Konsequenzen für den Katholizismus insgesamt in Europa gehabt. Kontrastiert man diese Aussage mit aktueller Forschung, dann wird Borkenaus These gestützt (vgl. z. B. zur Geschichte des Cartellverbands Hartmann 2008).

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts befand sich Österreich in einer besonderen Situation. Das Gefühl der Dekadenz wurde gesellschaftlich erfahrbar und in Literatur und Kunst verhandelt. Wien, so Karl Kraus, sei die »Versuchsstation des Weltuntergangs« geworden (Karl Kraus, zitiert nach: Haupt 2008: 165), die »Inkarnation des Fin de Siècle schlechthin: nirgendwo sonst schien sich das Jahrhundert so offensichtlich überlebt zu haben wie in der zweitausendjährigen übernationalen Metropole« (Haupt 2008: 162). Der Zerfall des alten Reiches schien unaufhaltbar, die Zukunft des Landes sei daher ungewiss gewesen.⁶ Gleichzeitig war – wie oben schon von Selby angemerkt – ein ökonomischer Aufstieg zu verzeichnen (vgl. Schausberger 1988: 174), auch Wissenschaft, Kunst und Literatur erlebten eine Blüte. Zivilisationstheoretisch gewendet lässt sich zuspitzen, dass gerade im Stadium des Verfalls neue Ideen entstehen. In dieser von Paradoxien geprägten Zeit erreichte auch der *Austromarxismus* einen Höhepunkt. Auffallend ist zunächst, dass führende TheoretikerInnen und VertreterInnen des Marxismus des frühen 20. Jahrhunderts aus Österreich stammten. Ein Grund dafür war sicherlich, dass der in ganz Europa auftauchende Bewegung in Österreich nur wenig politische Alternativen im Weg standen. Borkenau hebt darüber hinaus die Einheit der Arbeiterbewegung als besonderes Merkmal hervor. Dieses Argument zielt unter anderem auf Victor Adler ab, dem es 1889 gelungen war, die verschiedenen Strömungen zusammenzuführen (vgl. Borkenau 1938: 214). Dieses Moment fällt vor allem im direkten Vergleich mit Deutschland ins Gewicht. Mit Bezug auf die oben gemachten Aussagen zur Schwäche der Aristokratie als Gegnerin der Arbeiterbewegung sowie der gesellschaftlichen Auf- und Umbruchstimmung habe die Geschlossenheit der Bewegung die günstigen Bedingungen für eine Umsetzung der sozialistischen Ideen ergänzt. Bemerkenswert sei, dass selbst im Austromarxismus neben dem Bemühen um einen »Common Sense« die Ablehnung von Dogmatismus und Fanatismus erkennbar gewesen sei. Sind diese Tugenden, die immer wieder im politischen wie im kulturellen Leben ins Auge

6 | Zum Niedergang des dynastischen Staates und zum Wandel der Elite in Österreich vor dem »Anschluss« siehe Strong 1989.

stechen, vielleicht gar typische Wesenszüge einer »österreichischen Mentalität«?⁷ Borkenau vertritt diese Annahme.

Die im Wortsinne eigenartige Gestalt des Austromarxismus sei besonders in einer Situation erkennbar, in der diese nicht nur von den Bürgerlichen und den Bolschewiki hart angegriffen worden sei, sondern auch dem konservativen Hof progressive politische Meinungen vorgeschlagen hätte, die dieser z. T. wohlwollend entgegengenommen habe. »In actual fact, owing to the very peculiar milieu in which it moved, the Austrian socialist labour movement would be advanced and militant, shrewd and compromising at the same time« (Borkenau 1938: 169). Borkenaus These, dass dem Austromarxismus kaum eine ernstzunehmende ideologische Alternative gegenübergestanden habe, erkläre auch die Tatsache, dass diese zu einem »Staat innerhalb des Staates« (ebd.: 172) aufsteigen konnten. Das Parteimitglied werde von der Wiege bis zur Bahre von der Partei begleitet. Selbst in der Freizeit wirken sozialistische Sport- und Kulturvereine. Mit Austromarxismus habe neben dem Katholizismus ein zweiter mächtiger politischer, aber auch kultureller Spieler die österreichische Bühne betreten.

Totalitarismus

»The Nazis in Austria are fighting against the ghost of a dead civilization. [...] Ghosts may be stronger than the living. The aristocratic civilization of the old Austria will never rise again. But its corpse may easily form an insuperable barrier between Vienna and Berlin.« (Borkenau 1938: 324)

Durch den »Anschluss« von Hitlers Herkunftsland stellt sich die Frage, was Deutschland politisch künftig will. Borkenau beschäftigt sich in den kommenden Jahren ausführlich mit den Zielen und den Plänen der Nationalsozialisten. Knapp ein Jahr nach *Austria and After* legt er die oben bereits erwähnte Studie über die deutschen Expansionspläne vor (Borkenau 1939), drei weitere Werke zum Totalitarismus folgen. Der Vergleich totalitärer Systeme ist allerdings anders angelegt als in der Diskussion in der Hochphase des Kalten Krieges, in der das Konzept neue und teils ideologische

7 | Für Franz Borkenau jedenfalls gilt, dass er sich nach einer jugendlichen Sturm- und Drangphase in Diensten der Kommunistischen Partei von jeglichem Dogmatismus lossagt und auch wenig Verständnis für die Lesart des Marxismus der kritischen Theorie aufbringt. Eine Tätigkeit von ihm am IfS in Frankfurt ist nur von kurzer Dauer und die vernichtenden Kritiken von Henryk Grossmann zu seinem ebenda entstandenen Buch (Borkenau 1934) über das mechanische Weltbild deuten darauf hin, dass er in »Ungnade« gefallen ist. Grossman, wie Borkenau an der Entstehung des Kapitalismus interessiert, weist aus marxistischer Perspektive den Ansatz von Max Weber und jenen von Borkenau, der auf Weber verweist, schroff zurück. Die Verbindung von Calvinismus und Kapitalismus kann er nicht nachvollziehen (siehe Grossman 2006).

Interpretationen erfährt.⁸ Borkenau ist zuvorderst um das Verstehen der neuen Diktaturen bemüht und weist Ähnlichkeiten, Merkmale und Differenzen in den totalitären Regimen Deutschlands und Russlands aus. Neben der Feststellung, dass sowohl der Bolschewismus als auch der Faschismus als Reaktionen auf wirtschaftliche und politische Krisen zu verstehen seien, eine sie z. B. ein Expansionsdrang, eine politische Aggressivität, ein religiös-mythischer Führerkult⁹ sowie ein Zwang zur absoluten Subordination unter einen »Führer«. Gemeinsam seien den totalitären Ideologien auch ein chiliasmatisches-religiöses Denkmuster sowie eine strikte Ablehnung aller anderen Weltbilder außer dem eigenen (vgl. Borkenau 1939: 134). Borkenau ist um eine eindeutige Stellungnahme nicht verlegen. In seinem Buch *The Totalitarian Enemy* (Borkenau 1940)¹⁰ skizziert er einen sich zuspitzenden Konflikt zwischen der alten liberalen Welt der Demokratie und der neuen Welt des Totalitarismus. Borkenau sieht seine Aufgabe in der Verteidigung der Demokratie durch wissenschaftliche, respektive soziologische Aufklärung. Medium dieser Aufklärung ist eine Analyse der Entstehung der neuen Diktaturen. Deren Aufkommen wird somit als prinzipiell erklärbar verstanden, denn: »As the Nazi régime is a direct outcome of the collapse of German capitalism, as its ideology is a direct outcome of the collapse of traditional Christianity, so the Nazi political régime is a direct outcome of the collapse of democracy in Germany« (Borkenau 1939: 148).

Borkenaus Interesse für die neuen Diktaturen in Europa fällt nachweisbar mit seiner Ankunft im Londoner Exil 1934 zusammen und führt ihn schließlich auch zu der Auseinandersetzung mit Österreich. Bereits im Jahr 1936 liefert er eine kritische Auseinandersetzung mit Vilfredo Pareto (Borkenau 1936),¹¹ in der er dessen Elitetheorie als Grundlage für das Verständnis totalitärer Regime verwendet. Borkenaus Theorie des Totalitarismus ist leider kaum systematisch entfaltet, sondern über mehrere Werke verstreut und bleibt daher Fragment. *Austria and After* sollte allerdings im direkten Zusammenhang mit seinem Forschungsinteresse für Totalitarismus und der einhergehenden Politisierung der Gesellschaft gesehen werden. So kann

8 | Dass z. B. die auch von Borkenau aufgegriffene Kennzeichnung des Nationalsozialismus als deutsche Form des Faschismus heute noch Bedeutung hat, zeigt Erhard Stölting (Stölting 2014). Dass er Borkenau im Vergleich zu anderen Marxisten einen eher optimistischen Blickwinkel bescheinigt, liegt allerdings daran, dass sich Stölting allein auf einen Aufsatz aus dem Jahr 1933 beschränkt und die zahlreichen späteren Werke des Verfassers nicht zur Kenntnis nimmt.

9 | Borkenau arbeitet ausführlich die auf Erlösung zielenden religiös-mythischen Aspekte des Nazismus heraus (Borkenau 1939) und rückt damit in die Nähe der politischen Anthropologie von Bronisław Malinowski. Zwischen beiden bestand eine freundschaftliche Beziehung (siehe dazu Stone 2003).

10 | Borkenau überschätzt in diesem Buch den Hitler-Stalin-Pakt, der ihm als Beleg für den Konflikt des Liberalismus und der Demokratie gegen den Totalitarismus dient, tatsächlich aber nur eine kurze historische Episode darstellt. So gerät das Buch insgesamt in Vergessenheit, obwohl auch theoretisch interessante Aspekte aufgezeigt werden (siehe dazu Vollnhals 2007).

11 | Zu Borkenaus Interpretation von Paretos Elitetheorie zwischen marxistischer Theorie und demokratischer Überzeugung siehe Jones 1992.

eine Auseinandersetzung mit der Zivilisationsgeschichte Österreichs als Suche nach historischen Grundlagen für das Aufkommen des Faschismus, sowie für die Suche nach der Entstehung alternativer Kräfte gelesen werden.

Folgt man Borkenau Erklärungen in *Austria and After*, dann stellt sich die Situation vor dem »Anschluss« wie folgt dar: Paradoxerweise war Österreich geprägt durch den Antagonismus zweier Kräfte, die mit dem Faschismus unvereinbar sind: Katholizismus und Austromarxismus. Ersterer habe versucht, ein politisches Regime auf Grundlage der katholischen Kirche zu errichten, letzterer habe auf einen vom Staat getragenen Sozialismus der Arbeiterschaft gebaut, der aber gerade in den Städten bis Anfang der 1930er-Jahre besondere Stärke besaß. Der »Anschluss« sei also gerade in einer Situation erfolgt, in der die politischen und kulturellen Kräfte sich in einem komplexen und instabilen Verhältnis befanden. Das ist sicherlich zutreffend. Verwirrend ist hingegen die Aussage Borkenau:

»During the last days [before the »Anschluss«, P. F.] the streets of Vienna were filled with mass demonstrations for Austrian liberty [...]. Suddenly, as had never been the case before, socialists, communists, Catholics, Heimwehren, monarchists and the police marched side by side. Never had the Nazis been so weak in Austria as at the very moment before the Anschluss.« (Borkenau 1938: 296)

Nicht nur unterschlägt Borkenau hier die Präsenz eines Austrofaschismus, auch scheint die Annahme des Schulterschlusses eher einem Wunschdenken oder einer Fehlbetrachtung aus der Ferne geschuldet. Dass die Nationalsozialisten in Österreich nicht überall mit offenen Armen empfangen wurden, dass es Widerstand und gar militärische Vorbereitungen gegen einen Einmarsch gab, ist heute bekannt und umfassend erforscht (vgl. Görlich 1988: 281–282; Schausberger 1988: 542–543). Borkenau Annahme eines gemeinsamen Widerstands von SozialistInnen, KommunistInnen, KatholikInnen und Heimwehren ist hingegen eine drastische Fehleinschätzung. Wie er zu dieser Annahme kommt, ist heute schwierig zu erklären, aber vielleicht wirkt hier die romantische Vorstellung der Verteidigung einer unabhängigen und freien österreichischen Republik?

Nach Borkenau Auffassung ist keine klare Antwort auf die Frage zu geben, ob die NationalsozialistInnen in Österreich vor dem »Anschluss« eine Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hatten. Es sei allein möglich – so der Autor weiter (vgl. ebd.: 275) – einen Kern dreier politischer Kräfte zu erkennen, die das Bild im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts prägten: die regierende Gruppe um KatholikInnen und Heimwehren, die SozialistInnen und KommunistInnen sowie die NationalsozialistInnen. Die zumindest in Teilen bestehende Solidarität der einstigen politischen GegnerInnen im Widerstand gegen die NationalsozialistInnen könne allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass die politische Balance des Landes verlorengegangen sei. Hinzu sei das Problem der »sozialen Frage« gekommen, um deren Lösung letztlich Sozialismus und Faschismus konkurrierten.

Neben der sozialen Frage, die eng mit der Lösung der Wirtschaftskrise verbunden war, wirft Borkenau eine Reihe anderer Fragen zur Unterstützung und Ablehnung der NationalsozialistInnen auf. Sie alle sind gegenwärtig immer noch in Diskussion und nicht abschließend beantwortet.¹² Borkenaus Ausführungen entwerfen folgendes Bild: Während der Faschismus in Deutschland und Italien seine Stärke aus den Mittelschichten bezog (vgl. Geiger 1932), waren diese in Österreich nur schwach entwickelt und sozial unbedeutsam. Es habe in Österreich schlichtweg keinen Aufstieg von Industrie und Finanz gegeben, der mit jenem in Deutschland vergleichbar gewesen sei. Woher kamen also die österreichischen AnhängerInnen des Faschismus? Der »Verlust der Balance« (Borkenau 1938: 220) habe sich in einer politischen Umschichtung der Stände und Klassen geäußert. Dies lasse sich an zwei Beispielen deutlich machen: Die traditionell katholische Arbeiterschaft, die in Deutschland auch unter dem Faschismus der Kirche verbunden geblieben sei, wandte sich – Borkenau zufolge – in Österreich von der Kirche ab und dem Faschismus zu (vgl. ebd.: 265). Und selbst die Bauernschaft, die eigentliche religiöse Bastion in Österreich, habe sich – zumindest in Teilen – in der neuen Bewegung der Heimwehren organisiert. Doch warum diese Abwendung der Bauernschaft von der katholischen Kirche? Borkenau entdeckt hier Ähnlichkeiten der österreichischen Bauern und Bäuerinnen mit denen Spaniens. Bei einem genaueren Blick wird deutlich, dass der Verfasser hier ein theoretisches Argument aufbaut, das er aufgrund von soziologischer Beobachtung gewonnen hat. Es empfiehlt sich, dieses Argument eher als Vermutung oder Spekulation zu verstehen. Doch wie kommt Borkenau zu dieser Annahme? Als Beobachter des Spanischen Bürgerkriegs (Borkenau 1986) hat er gesehen, wie die spanische Bauernschaft massenweise aus der katholischen Kirche geflohen war und dem Anarchismus Gehör geschenkt hatte. Die Ursache sei in beiden Fällen – bei den spanischen wie bei den österreichischen Bauern und Bäuerinnen – dieselbe gewesen: Die Kirche habe sich zu sehr mit dem politischen Regime verbunden und sei dann in Krisenzeiten zusammen mit dem Regime bei den Bauern und Bäuerinnen in Ungnade gefallen.

Aber was versprochen sich die NationalsozialistInnen vom »Anschluss«? Für Borkenau sind Deutschlands Expansionsbemühungen global ausgerichtet und können daher nur auf eines zielen: Weltherrschaft. Deutschlands Politik – so Borkenau – ist angetrieben von Tyrannei, Deutschland im Jahr 1938 sei ein »kochender Kessel ohne Sicherheitsventil« (Borkenau 1939: 26). Für Österreich habe dies bedeutet, dass es für die NationalsozialistInnen entweder Kolonie oder strategisches Mittel sein könne. »In one and only in one context is Austria of supreme value for Germany: in relation to international affairs, or, to put it into more direct words, in relation to further German expansion« (Borkenau 1938: 327). So oder so, Borkenau gibt sich kaum optimistisch: Österreich ist für ihn ein Ding der Vergangenheit, Deutschland habe seine Ziele und Ansprüche mit tödlichem Ernst deutlich gemacht. Der »Anschluss« ist für ihn

12 | Erfreulich sind in diesem Zusammenhang Versuche wie jener von Stölting zu bewerten, der frühe soziologische Arbeiten zum Nationalsozialismus nach Leerstellen, aber auch nach ihrem Potential befragt (Stölting 2014).

daher ein »prelude to a struggle for life and death between all great powers such as the world has never seen before« (ebd.: 335). Ein wenig geht in dieser Betrachtungsweise verloren, dass auch Österreich Deutschland etwas zu bieten hatte. Die Geschichtsschreibung hat mittlerweile recht präzise aufgearbeitet, dass Österreich nicht nur aus geopolitischen Aspekten, sondern auch aufgrund seiner Rohstoffvorräte für das nationalsozialistische Deutschland attraktiv war (vgl. Schausberger 1988: 451; Görlich 1988: 313).

Österreichischer Charakter

»The Austrians are undoubtedly a shrewd and mobile people, more quick-witted than the Northerners, but they do not believe in the value of metaphysical principles, have doubts about the importance of general theory, are not apt to devote their lives to one single aim, and, most of all, have a real contempt for the grand.« (Borkenau 1938: 18)

Franz Borkenau, marxistisch geschult und auch nach dem Bruch mit dem praktischen Marxismus¹³ noch immer theoretisch-marxistisch orientiert, betont, dass nicht allein ökonomische Gründe für den Aufstieg des Nationalsozialismus geltend gemacht werden können. Der »Anschluss« habe nicht nur ökonomische, administrative und politische, sondern auch kulturelle Probleme geschaffen. Man muss nicht so weit gehen und von einem festen oder speziellen »österreichischen Charakter«¹⁴ sprechen, aber die von Borkenau aufgezeigten kulturellen und sozialen Besonderheiten, wie z. B. die Prägung als multinationale Zivilisation, die relativ langsame Modernisierung mit einer einhergehend langen aristokratischen Tradition oder aber die im Lauf der Geschichte nur wenig zu Tage tretenden Klassenantagonismen sprechen dafür, einen bestimmten Typus eines kollektiven Bewusstseins und Lebensstils anzunehmen, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts verbreitet war. Die Betonung eines solchen Typus, die Rekonstruktion seiner historischen Genese sowie dessen Gegenüberstellung mit den Ideen der NationalsozialistInnen ist eine kulturosoziologisch reizvolle, im Ergebnis aber kontroverse Leistung Borkenaus. Borkenau zufolge ähnele der österreichische Charakter eher dem süddeutschen Typ, der leichter mit Fremden in Kontakt trete, als dem norddeutschen (vgl. Borkenau 1938: 16). Dem Fremden – von Borkenau allein als unbestimmter Typ des Besuchers oder Beobachters gedacht – würden dann gewisse typische Charakterzüge der ÖsterreicherInnen ins Auge fallen. »Austrian manners are nearer to those on England, France and Italy than Prussian manners with their

13 | Borkenau war von 1921 bis 1929 Mitglied der Kommunistischen Partei und stieg bis zur Leitung des »Roten Studentenbundes« auf, ebenso war er Mitarbeiter des Büros von Eugen Varuga bei der Komintern.

14 | Studien zum Zusammenhang von Charakter und Gesellschaft hatten vor allem in den 1950er-Jahren eine gewisse Konjunktur, so beschäftigt sich Talcott Parsons mit dem Zusammenhang von Sozialstruktur und Persönlichkeit, berühmt geworden ist vor allem David Riesmans Studie *Die einsame Masse* (Riesman 1958).

proverbial rigidity« (ebd.: 16). Selbst im Alltag erschienen ihm ÖsterreicherInnen als »artistic people«, deren Leben eher weich und mild und von Musik und Poesie geprägt sei. Dies sei aber nur eine Seite des österreichischen Charakters. Nehme man die ebenfalls im Alltag verankerte, von Selbstmitleid geprägte Melancholie hinzu, zeugt dies, dem Verfasser zufolge, von einer antagonistischen Disposition. Ganz anders hingegen seien die preußische »Mentalität« und die mit ihr einhergehenden sprichwörtlichen preußischen Tugenden Effizienz, Rationalität und ein Streben nach strammer Organisation einzuschätzen – Borkenau sieht all dies kaum in Österreich entwickelt (vgl. ebd.: 18). Die Rede von den »artistic people« spiegle sich auch in metaphysischen und religiösen Elementen in der Musik. Viele zeitgenössische KomponistInnen haben demzufolge diese typischen Stimmungen aufgenommen und für Borkenau symbolisiert die Musik Wolfgang Amadeus Mozarts die deutlichste Ausprägung eines »österreichischen Charakters« (vgl. ebd.: 19).¹⁵

Fasst man diese Gedanken von Borkenau zusammen, dann sind der artistische Charme, die Leichtigkeit sowie der Sinn für Moderation und Ausgleich historisch gewachsene Tugenden, die sich im Alltag Österreichs im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts aufzeigen lassen und sich im Lebensstil zahlreicher Menschen widerspiegeln. All dies seien stünde im Widerspruch zu den Charaktereigenschaften – Borkenau spricht von »Qualitäten« (vgl. ebd.: 19) – der Preußen oder gar Qualitäten, die von NationalsozialistInnen stark gemacht wurden. Für Borkenau zeichnet sich hier ein Antagonismus bzw. ein »Clash of temperaments« (ebd.) ab, der auch für die Deutung des »Anschlusses« bedeutsam ist. Aus zivilisationstheoretischer und kultursoziologischer Perspektive bildet der »Anschluss« für Borkenau ein »Mismatch« (ebd.: 18).

Diese Interpretation lässt vermuten, dass sich Borkenau 1938 nicht vorstellen konnte oder wollte, dass in Österreich zu dieser Zeit bereits starke Kräfte wirkten, die eine Abkehr von der Demokratie propagierten. Mit zeitlichem Abstand betrachtet wird deutlich, dass die von Borkenau facettenreich beschriebene geschichtliche Prägung Österreichs diesen Kräften weniger entgegensetzen konnte, als der Verfasser vermutete.

Literatur

- Beller, Steven (1993): »Die Position der jüdischen Intelligenz in der Wiener Moderne«, in: Nautz, Jürgen und Vahrenkamp, Richard (Hrsg.), *Die Wiener Jahrhundertwende. Einflüsse, Umwelt, Wirkungen*, Wien/Köln: Böhlau, S. 710–719.
- Borkenau, Franz (1934): *Der Übergang vom feudalen zum bürgerlichen Weltbild*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Borkenau, Franz (1936): *Pareto*, London: Chapman and Hall.
- Borkenau, Franz (1938): *Austria and After*, London: Faber and Faber.
- Borkenau, Franz (1939): *The New German Empire*, London: Penguin.

15 | Ähnliches zur kulturellen Identität Österreichs findet man bei Heer 1995.

- Borkenau, Franz (1940): *The Totalitarian Enemy*, London: Faber and Faber.
- Borkenau, Franz (1947): *Drei Abhandlungen zur deutschen Geschichte*, Frankfurt am Main: Klostermann.
- Borkenau, Franz (1984): *Ende und Anfang. Von den Generationen der Hochkulturen und von der Entstehung des Abendlandes*, hrsg. und eingeführt von Richard Löwenthal, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Borkenau, Franz (1986): *Kampfplatz Spanien. Politische und soziale Konflikte im Spanischen Bürgerkrieg. Ein Augenzeugenbericht*, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Borkenau, Franz und Huxley, Julian (2013): *After Peace, What*, Whitefish: Literary Licensing.
- Bruckmüller, Ernst (1990): »Herkunft und Selbstverständnis bürgerlicher Gruppierungen in der Habsburgermonarchie. Eine Einführung«, in: Bruckmüller, Ernst, Döcker, Ulrike, Stekl, Hannes und Urbanitsch, Peter (Hrsg.), *Bürgertum in der Habsburgermonarchie*, Band 2, Wien/Köln: Böhlau, S. 13–20.
- Bruckmüller, Ernst (2002): »Staatsbildung und Gesellschaftsentwicklung. Zu einer Sozialgeschichte Österreichs«, in: *Demokratie und Geschichte. Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts zur Erforschung der christlichen Demokratie in Österreich*, 5. Jahrgang, Heft 1, S. 123–142. DOI: <https://doi.org/10.7767/dug.2002.5.1.123>.
- Bruckmüller, Ernst und Stekl, Hannes (1995): »Zur Geschichte des Bürgertums in Österreich«, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), *Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*, Band I: Einheit und Vielfalt Europas, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 166–198.
- Burger, Hannelore (2014): *Heimatrecht und Staatsbürgerschaft österreichischer Juden*, Wien/Köln/Graz: Böhlau. DOI: <https://doi.org/10.7767/boehlau.9783205793045>.
- Fischer, Karl Rudolf (1993): »Zur Theorie des Wiener Fin de siècle«, in: Nautz, Jürgen und Vahrenkamp, Richard (Hrsg.), *Die Wiener Jahrhundertwende. Einflüsse, Umwelt, Wirkungen*, Wien/Köln: Böhlau, S. 110–127.
- Geiger, Theodor (1932): *Die soziale Schichtung des Deutschen Volkes. Soziographischer Versuch auf statistischer Grundlage*, Stuttgart: Ferdinand Enke.
- Görlisch, Ernst Joseph (1988): *Grundzüge der Geschichte der Habsburgermonarchie und Österreichs*, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Grossman, Henryk (2006): »The Beginnings of Capitalism and the New Mass Morality«, in: *Journal of Classical Sociology*, 6. Jahrgang, Heft 2, S. 201–213. DOI: <https://doi.org/10.1177/1468795X06064861>.
- Hartmann, Gerhard (2008): »CV und politischer Katholizismus in Österreich«, in: *Demokratie und Geschichte. Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts zur Erforschung der christlichen Demokratie in Österreich*, 11./12. Jahrgang, Heft 1, S. 191–205. DOI: <https://doi.org/10.7767/dug.2008.1112.1.189>.
- Haupt, Sabine (2008): »Themen und Motive«, in: Haupt, Sabine und Würffel, Stefan Bodo (Hrsg.), *Handbuch Fin de Siècle*, Stuttgart: Alfred Kröner.
- Heer, Friedrich (1995): *Der Kampf um die österreichische Identität*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau.

- Jones, William David (1992): »Toward a Theory of Totalitarianism: Franz Borkenau's Pareto«, in: *Journal of the History of Ideas*, 53. Jahrgang, Heft 3, S. 455–466. DOI: <https://doi.org/10.2307/2709887>.
- Korte, Hermann (2013): *Über Norbert Elias*, Wiesbaden: Springer VS. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-531-19909-2>.
- Kruse, Volker (2001): »Wozu Soziologiegeschichte? Das Beispiel der deutschen historischen Soziologie«, in: Klingemann, Carsten, Neumann, Michael, Rehberg, Karl-Siegbert, Srubar, Ilja und Stölting, Erhard (Hrsg.), *Jahrbuch für Soziologiegeschichte 1997/98*, Opladen: Leske + Budrich.
- Langer, Walter C. und Gifford, Sanford (1978): »An American Analyst in Vienna during the Anschluss 1936–1938«, in: *Journal of the History of the Behavioral Sciences*, 14. Jahrgang, Heft 1, S. 36–54. DOI: [https://doi.org/10.1002/1520-6696\(197801\)14:1<37::AID-JHBS2300140107>3.0.CO;2-F](https://doi.org/10.1002/1520-6696(197801)14:1<37::AID-JHBS2300140107>3.0.CO;2-F).
- Macartney, C. A. (1938): »Review. Austria and After by Franz Borkenau and Farewell Austria by Kurt von Schuschnigg«, in: *International Affairs*, 17. Jahrgang, Heft 5, S. 731.
- Papcke, Sven (2018): »Deutsche Soziologie im Exil«, in: Moebius, Stephan und Ploder, Andrea (Hrsg.), *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie*, Band 1: Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum, Wiesbaden: Springer VS, S. 149–167. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-07614-6_10.
- Riesman, David (1958): *Die einsame Masse. Eine Untersuchung der Wandlungen des amerikanischen Charakters*, Reinbek: Rowohlt.
- Selby, Walford (1945): »Austria before the Anschluss and a View of Her Future Prospects«, in: *International Affairs*, 21. Jahrgang, Heft 4, S. 477–484. DOI: <https://doi.org/10.2307/3018345>.
- Schausberger, Norbert (1988): *Der Griff nach Österreich. Der »Anschluss«*, Wien/München: Jugend & Volk.
- Schieder, Theodor (1998): *Staatensystem als Vormacht der Welt*, Berlin: Propyläen.
- Schorske, Carl. E. (1982): *Wien. Geist und Gesellschaft im Fin de Siècle*, Frankfurt am Main: Fischer.
- Stölting, Erhard (2014): »Masse, Führerkult und Propaganda. Frühe soziologische Arbeiten zum Nationalsozialismus«, in: Christ, Michaela und Suderland, Maja (Hrsg.), *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven*, Berlin: Suhrkamp, S. 35–75.
- Stone, Dan (2003): »Nazism as modern magic. Bronislaw Malinowski's political anthropology«, in: *History and Anthropology*, 14. Jahrgang, Heft 3, S. 203–218. DOI: <https://doi.org/10.1080/0275720032000143356>.
- Strong, George V. (1989): »Elite and Popular Perspective: Thoughts on the 1938 Anschluss«, in: *History of European Ideas*, 11. Jahrgang, Heft 1–6, S. 583–591. DOI: [https://doi.org/10.1016/0191-6599\(89\)90245-3](https://doi.org/10.1016/0191-6599(89)90245-3).
- Szakolczai, Árpád (2000): »Norbert Elias and Franz Borkenau: Intertwined Lifeworlds«, in: *Theory, Culture & Society*, 17. Jahrgang, Heft 2, S. 45–69. DOI: <https://doi.org/10.1177/02632760022051103>.

- Tilly, Richard (1989): »Entwicklung an der Donau. Neuere Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte der Habsburger Monarchie«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 15. Jahrgang, Heft 3: Arbeit und Arbeiter im »Dritten Reich«, S. 407–422.
- Vollnhals, Clemens (2007): »Ein Renegat schreibt Theoriegeschichte: Franz Borkenau (1900–1957)«, in: Schmeitzner, Mike (Hrsg.), *Totalitarismuskritik von links. Deutsche Diskurse im 20. Jahrhundert*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 177–192. DOI: <https://doi.org/10.13109/9783666369100.177>.
- Zeeden, Walter Ernst (1998): *Hegemonialkriege und Bauernkämpfe*, Berlin: Propyläen.

Soziologische Forschung zu Rechtsextremismus in Österreich nach 1945¹

Saskja Schindler, Carina Altreiter, Michael Duncan und Jörg Flecker

Einleitung

Die österreichische sozialwissenschaftliche Forschung zum Thema Rechtsextremismus in Österreich nach 1945 ist breit und vielfältig. Sie findet sich in verschiedenen universitären Disziplinen, wie z. B. in Zeitgeschichte, Politikwissenschaft, Kultur- und Sozialanthropologie, Publizistik, Linguistik, Theologie sowie Soziologie. Ein erheblicher Teil der Beiträge zur österreichischen Rechtsextremismusforschung ist dabei in den Disziplinen Zeitgeschichte und Politikwissenschaft angesiedelt.² Außer-

1 | Der Beitrag wurde im Rahmen des Projekts *Solidarität in Zeiten der Krise. Sozio-ökonomischer Wandel und politische Orientierungen in Österreich und Ungarn* (SOCRIS) erarbeitet, das vom österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) finanziert wird (Projekt I 2698-G27). Für hilfreiche Hinweise bei der Recherche für diesen Beitrag danken wir Bernhard Weidinger und Andreas Peham vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) sowie für kritische Anmerkungen zu früheren Versionen des Beitrags den Herausgebern des vorliegenden Sammelbandes Christoph Reinprecht und Andreas Kranebitter.

2 | Hierzu zählen im Bereich der Zeitgeschichte u. a. die Beiträge von Holzer 1979; 1993; Botz 1987; 2005; Botz und Sprengnagel 1994; Gstettner 2004; Rathkolb und Ogris 2010; Weinzierl 1994; Wassermann 2002; 2003; Gehler 1995; Reinalter, Petri und Kaufmann 1998; Sottopietra 1997 u. v. a.; im Bereich der Politikwissenschaft Plasser und Ulram 2000; Pelinka 2002; 2013; Hopfinger und Ogris 1999; Picker, Salfinger und Zeglovits 2004; Ennser 2010; Zeglovits und Zandonella 2013; Aichholzer, Kritzinger, Wagner und Zeglovits 2014; Heinisch 2002; 2013; Gärtner 1996; 2009; Rosenberger und Hadj-Abdou 2013; Weidinger 2014a; Ajanovic, Mayer und Sauer 2015; Mayer, Ajanovic und Sauer 2014; 2018; Opratko 2017 u. v. a. In der Sozial- und Kulturanthropologie sind aktuell insbesondere die Arbeiten zu (Neo-)Nationalismus von Gingrich, Fillitz und Seiser (Gingrich und Banks 2006; Fillitz 2006; Seiser 2006), in der Publizistik und Kommunikationswissenschaft Hausjell 1993; Marquart 2013; Gottschlich 2012 sowie in der Linguistik die Kritische Diskursanalyse rund um Wodak (z. B. Wodak 2015; Wodak, Khosravi-Nik und Mral 2013; Reisigl und Wodak 2001) hervorzuheben. In der Theologie wurden u. a. Einstellungen zu Fremden und Fremdenfeindlichkeit auf Basis des Österreicheris der Europäischen Wertestudie (EVS) untersucht (Polak 2011; Friesl, Renner und Wieser 2010). Für einen

dem fällt ein großer Teil der außeruniversitären Forschung, die insbesondere durch das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) erfolgt, in diese beiden Bereiche bzw. wird von ForscherInnen, die einer dieser beiden Disziplinen angehören, durchgeführt – so z. B. der Großteil der Beiträge im 1979 vom DÖW herausgegebenen Sammelband *Rechtsextremismus in Österreich nach 1945* sowie im 1994 erschienenen Sammelband *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus*.

Wenngleich die disziplinären Grenzen nicht immer einfach zu ziehen sind, ist der soziologische Beitrag nur ein Teil der gesamten sozialwissenschaftlichen Rechtsextremismusforschung. Der vorliegende Sammelband untersucht das Verhältnis von *Soziologie* und Nationalsozialismus in Österreich; entsprechend wird im Folgenden der *soziologische* Beitrag zur Rechtsextremismusforschung in Österreich seit 1945 diskutiert. Um die österreichische Soziologie nicht mit fremden Federn zu schmücken, werden nur jene Beiträge in die Darstellung einbezogen, die von in Österreich tätigen SoziologInnen und/oder an österreichischen soziologischen Institutionen (universitär und außeruniversitär, eventuell auch im Rahmen interdisziplinärer Projekte) nach 1945 durchgeführt wurden. Der Beitrag beschränkt sich außerdem auf Untersuchungen über Rechtsextremismus in Österreich nach 1945. Im Vordergrund steht dabei eine Bestandsaufnahme und kritische Diskussion der Schwerpunkte bisheriger soziologischer Rechtsextremismusforschung hinsichtlich zentraler Themen, Methoden und Theorien. Folgende Fragen leiten die Arbeit an: Welche soziologischen Studien gibt es zu Rechtsextremismus in Österreich nach 1945? Wie wird Rechtsextremismus in der österreichischen Nachkriegssoziologie theoretisch verortet und methodisch bearbeitet? Welche Themen dominieren die Diskussion, welche bleiben weitgehend offen und wo gibt es Kontroversen?

Begrifflich orientiert sich der folgende Beitrag an der Rechtsextremismusdefinition von Willibald I. Holzer, die versucht, idealtypisch verdichtet »Strukturelemente des Rechtsextremistischen zu formulieren, die [...] empirischer Forschung eine quasi arbeits-»hypothetische« begriffliche Basis geben können« (Holzer 1979: 35). Sie soll es ermöglichen, eine »Vielzahl vergleichsfähiger rechtsextremistischer Erscheinungen« zu fassen (ebd.) und den Begriff offen halten für Veränderungen in der politisch-sozialen Wirklichkeit (ebd.: 88). Holzer zufolge lassen sich weitgehend durchgängig ideologische Motivstränge sowie realpolitische Zielsetzungen identifizieren, die rechtsextremistisches Gedankengut zuverlässig erkennbar machen. Dazu zählen insbesondere die Idee von kulturell und/oder ethnisch homogen gedachten »Volksgemeinschaften« (Ethnozentrismus, Ethnopluralismus), eine biologistisch gedachte Ideologie der Ungleichwertigkeit (Rassismus), Autoritarismus, Irrationalismus und ein politischer Stil, der von Gewaltlatenz und Gewaltakzeptanz geprägt ist.

Rechtsextremistische Orientierungen können dabei auch über die Grenzen von offen rechtsextremen Parteien und Bewegungen hinaus Verbreitung finden und er-

Überblick über die sozialwissenschaftliche Rechtsextremismusforschung in Österreich ab 1990 siehe Weidinger 2014b.

füllen nicht unbedingt sämtliche der genannten Kriterien.³ Dementsprechend konzentriert sich ein bedeutsamer Teil der soziologischen Forschung zu Rechtsextremismus nicht auf Rechtsextremismus »in Reinform« und damit nicht nur auf jene Teile der Bevölkerung, die rechtsextremen Organisationen angehören oder offen damit sympathisieren, sondern untersucht einzelne Komponenten, wie Antisemitismus oder Autoritarismus, die Teile eines rechten Einstellungssyndroms bilden, um festzustellen, inwieweit Teile rechter Orientierungen in der Bevölkerung verankert sind.⁴

Trotz einer phasenweise intensiven Forschungstätigkeit ist die soziologische Rechtsextremismusforschung in Österreich universitär bislang kaum institutionalisiert.⁵ In der österreichischen Soziologie hat sich bis heute kein eigenständiges soziologisches Forschungsfeld zu Austrofaschismus oder zum österreichischen Nationalsozialismus herausgebildet (Reinprecht 2014: 258), ebenso wenig eines zu Rechtsextremismus nach 1945. So gibt es weder eine Professur mit einer entsprechenden Denomination noch ein Institut oder einen Spezialforschungsbereich mit diesem Schwerpunkt. Auch existiert in der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie (ÖGS) keine Sektion zu dieser Thematik.

Die meisten SoziologInnen in Österreich, die sich mit Rechtsextremismus beschäftigen, widmen sich zudem – analog zu anderen Disziplinen (vgl. dazu Weidinger 2014b) – nicht schwerpunktmäßig und v. a. nicht kontinuierlich dieser Thematik, sondern nur in einzelnen Phasen ihrer Forschertätigkeit.⁶ Vor dem Hintergrund einer Verdrängung der NS-Vergangenheit und damit einer fehlenden Auseinandersetzung mit der österreichischen Mitverantwortung an den Verbrechen der NS-Herrschaft erfolgt auch erst sehr spät – ab Ende der 1960er-Jahre – eine erste intensivere soziologische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in Österreich (Marin 1979), in Form einer Debatte über postnazistischen Antisemitismus in Österreich.⁷ Die Entstehung dieser ersten intensiveren Auseinandersetzung kann auch in Zusammen-

3 | Holzer verweist beispielsweise auf die Nähe zwischen Rechtsextremismus und rechtskonservativen Positionen (Holzer 1979: 89).

4 | Gleichwohl ist es nicht möglich, im Rahmen dieses Beitrags sämtliche soziologische Forschung zu allen Komponenten eines rechten Einstellungssyndroms zu behandeln. Diskutiert werden nur jene Forschungsarbeiten, die einen expliziten Bezug zu Rechtsextremismus herstellen.

5 | Die geringe Institutionalisierung beschränkt sich Bernhard Weidinger zufolge nicht auf die Soziologie, sondern betrifft die Rechtsextremismusforschung in sämtlichen Disziplinen. Ein großer Teil der Forschung in diesem Bereich findet ihm zufolge außerhalb der Universitäten statt z. B. in stärker journalistischen Bereichen oder in außeruniversitären Forschungseinrichtungen wie z. B. dem DÖW, am Institut für Konfliktforschung (IKF) und am Sir Peter Ustinov Institut zur Erforschung und Bekämpfung von Vorurteilen oder in Form von Diplomarbeiten oder Dissertationen (Weidinger 2014b).

6 | Eine Ausnahme bildet Hilde Weiss, die sich bereits seit den 1970er-Jahren kontinuierlich mit rechtsextremistischen Orientierungen und Vorurteilen, insbesondere mit Antisemitismus in der österreichischen Bevölkerung beschäftigt (z. B. Weiss 1977/78; 1999; 2002; 2004; 2012 sowie Weiss in diesem Band).

7 | Auch die späte Re-Institutionalisierung der Soziologie in Nachkriegsösterreich hat wahrscheinlich dazu beigetragen, dass eine erste soziologische Auseinandersetzung mit Rechtsex-

hang mit der Affäre um Taras Borodajkewycz gesehen werden, einem offen antisemitischen Hochschullehrer an der Hochschule für Welthandel in Wien, und der damit einsetzenden öffentlichen Diskussion über Österreichs Rolle in der NS-Zeit, den Umgang mit der NS-Vergangenheit in der Nachkriegszeit und das Fortbestehen von antisemitischem bzw. nationalsozialistischem Gedankengut in der österreichischen Bevölkerung. Auch spätere Wellen intensiverer soziologischer Forschung stehen zeitlich in engem Zusammenhang mit politischen Ereignissen bzw. Phänomenen, die von der Politik, öffentlich und medial als Problem wahrgenommen und diskutiert werden (wie z. B. die erstarkende rechtsextreme Jugendkultur in den frühen 1990er-Jahren). Diesen Wellen folgen jeweils Perioden mit deutlich verminderter Forschungstätigkeit.

Der folgende Beitrag geht zunächst auf die relativ umfangreiche Einstellungs- und Vorurteilsforschung ein, die sich mit Antisemitismus und Rechtsextremismus befasst. Im Anschluss daran wird das weniger häufig behandelte Thema der sozioökonomischen Ursachen für die Empfänglichkeit für rechtsextreme Botschaften behandelt. Als dritten Teilbereich der österreichischen soziologischen Forschung zu Rechtsextremismus stellen wir schließlich Arbeiten über rechtsextreme AkteurInnen und Organisationen dar. Dabei werden einzelne Projekte ebenso einbezogen wie Diskussionen und Kontroversen in der österreichischen Rechtsextremismusforschung.⁸ Im Schlusskapitel ziehen wir Bilanz: Welchen Beitrag hat die soziologische Forschung zu Rechtsextremismus in Österreich geleistet? Wo gibt es umgekehrt Defizite?

Einstellungs- und Vorurteilsforschung

Die Forschung zu rechtsextremistischen Einstellungen und Vorurteilen lässt sich in Österreich bis in die unmittelbare Nachkriegszeit zurückverfolgen. Ausgehend von der Annahme, dass die Zeit des nationalsozialistischen Regimes von 1938 bis 1945 nicht spurlos an der österreichischen Bevölkerung und deren politischen Einstellungen vorbeigegangen war, wurde bereits in den Jahren 1946 bis 1948 von der amerikanischen Befreiungsmacht eine Meinungsumfrage durchgeführt, in der die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts in der österreichischen Bevölkerung untersucht wurde. Diese Meinungsumfragen zeigten u. a. deutlich, wie stark der Nationalsozialismus noch in der österreichischen Bevölkerung verwurzelt war: So gaben nur durchschnittlich 42 % der WienerInnen an, dass der Nationalsozialismus eine schlechte Idee gewesen sei (Weidenholzer 1979: 393 sowie Weiss in diesem Band).

tremismus erst spät erfolgt ist. Umgekehrt hat auch die Verdrängung der NS-Vergangenheit die Entwicklung der Soziologie in Österreich nach 1945 geprägt (Fleck 1988).

8 | Darunter fallen auch Arbeiten, die sich selbst nicht der Rechtsextremismusforschung zu-rechnen, ebenso wie solche – insbesondere ältere –, die mit anderen Begriffen operieren (z. B. Faschismus oder Neofaschismus), thematisch aber dem Gegenstandsbereich zugeordnet werden können. Gleichwohl stellt der Beitrag keine erschöpfende Darstellung der soziologischen Rechtsextremismusforschung in Österreich seit 1945 dar und erhebt folglich keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Josef Weidenholzer zufolge spiegelt sich das Fehlen einer bewussten Aufarbeitung der NS-Zeit in Österreich auch in einem Mangel an empirischen Daten wider: Aufgrund fehlender finanzieller Unterstützung entwickelte sich eine intensivere Forschungstätigkeit erst relativ spät, etwa seit den späten 1960er-Jahren (ebd.).⁹ Diese setzte dann vor allem an zwei Punkten an: zum einen an der Einstellung zur österreichischen Nation und zum anderen an der Verbreitung von Vorurteilen, insbesondere von Antisemitismus (ebd.).

Vergangenheitsbewältigung, Antisemitismus und die Verbreitung von Vorurteilen

Von Ende der 1960er-Jahre bis in die 1970er-Jahre entwickelten sich eine intensive, zum Teil auch interdisziplinäre Forschungstätigkeit sowie eine lebendige Debatte im Bereich der Vorurteilsforschung, deren Schwerpunkt auf Antisemitismus lag. Untersucht und teilweise kontrovers diskutiert wurden u. a. das Ausmaß bzw. die Verbreitung antisemitischer Vorurteile in der österreichischen Bevölkerung und die Unterschiede zu anderen Vorurteilen, die Qualität des postnazistischen Antisemitismus (d. h. seine Einschätzung als Kontinuität oder Veränderung des Antisemitismus der NS-Zeit) sowie seine Funktion und die Gründe für sein (Fort-)Bestehen.

1968 wurde der interdisziplinäre Arbeitskreis für Stereotypieforschung u. a. von Maria Simon, Franz Beer, Bernhard Ingrisch und Norbert Kutalek gegründet, an dem PsychologInnen und SoziologInnen beteiligt waren und der durch das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) und die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft (SWS) unterstützt wurde. Ausgehend von diesem Arbeitskreis erfolgte im Winter 1969 eine Straßenbefragung durch die SWS. Mittels eines standardisierten Fragebogens wurde die Verbreitung von Vorurteilen in der österreichischen Bevölkerung untersucht (Bichlbauer und Gehmacher 1972: 738). Die empirische Untersuchung zeigte zum einen, dass es bezüglich der Verbreitung von Vorurteilen in der österreichischen Bevölkerung kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern gab. Zum anderen wurde festgestellt, dass in Österreich eine allgemeine Vorurteilsneigung, die sich insbesondere gegen »Fremdarbeiter [...], Italiener und Griechen, tschechische und ungarische Flüchtlinge, Kommunisten und [...] Gammler und Studenten« (ebd.: 736) richtete, und Antisemitismus (der oft gepaart mit anderen »Rassen«-Vorurteilen auftrat) nicht stark miteinander korrelierten: So wiesen Befragte mit ausgeprägten Vorurteilen gegenüber Jüdinnen und Juden nur eine geringfügig höhere Vorurteilsneigung auf als der Durchschnitt. Als bezeichnend für den österreichischen Antisemitismus beschrieben die Autoren, dass Jüdinnen und Juden v. a. als aufdringlich und unsympathisch wahrgenommen wurden, nicht als Bedrohung, weshalb soziale Distanz und nicht drastische Maßnahmen gewünscht wurden. Dieser »nichtmilitante, emotional aber tiefverwurzelte Antisemitismus« (ebd.: 737) war in Österreich bei zwei Drittel

9 | Ähnlich argumentiert auch Bernd Marin (Marin 1979).

der Bevölkerung feststellbar und betraf alle Gesellschaftsschichten. Antisemitismus wich außerdem deutlich von dem beobachteten sozialen Muster der allgemeinen Vorurteilsneigung ab: Während die allgemeine Vorurteilsneigung mit steigendem Alter zunahm, fanden sich antisemitische Vorurteile unterschiedslos in allen Altersgruppen. Die Autoren schlossen daraus, dass sich die jüngere Generation im Hinblick auf Antisemitismus nur geringfügig von ihrer Eltern-Generation unterschied, während sie gegenüber anderen Außenseitergruppen eine deutlich geringere Vorurteilsneigung aufwies. Analoge Divergenzen zeigten sich auch im Hinblick auf Bildungsniveau und Berufsgruppe: Die allgemeine Vorurteilsneigung nahm mit zunehmender Bildung ab, dagegen zeigte sich eine verstärkte Neigung zu antisemitischen Vorurteilen bei MaturantInnen und AkademikerInnen. HilfsarbeiterInnen, PensionistInnen und LandwirtInnen zeigten eine erhöhte allgemeine Vorurteilsneigung, während antisemitische Vorurteile stärker unter leitenden Angestellten und Selbstständigen verbreitet waren (ebd.).

Weidenholzer attestierte dem Arbeitskreis »besondere Verdienste« in der Vorurteilsforschung (Weidenholzer 1979: 394), da er zeigte, dass sich die Inhalte der Vorurteile der ÖsterreicherInnen nach 1945 veränderten, insofern »zeitgemäßere« Vorurteile [...] allmählich den bisher weit verbreiteten Antisemitismus« ablösten (ebd.: 394) und daraus zwei unterschiedliche – weitgehend voneinander unabhängige – Typen von Vorurteilsneigung abgeleitet wurden: erstens eine stark durch autoritäre Persönlichkeitszüge und neurotische Angst geprägte, die sich gegen sichtbar werdende Outgroups richtete, und zweitens einen »Rassenhass« mit stark antisemitischen Elementen, der sich zwar auch gegen andere Gruppen richten konnte (insbesondere Schwarze), für den aber der Antisemitismus bestimmend war.

Im Jahr 1976 führten Dieter Bichlbauer, John Bunzl, Elisabeth Hindler, Bernd Marin und Hilde Weiss das Projekt *Vorurteile und Gesellschaft in Österreich* durch (Weiss 1977/78). Auf Basis der Daten aus diesem Projekt sowie der Studien des IFES 1972 und des Instituts für Markt- und Sozialanalysen (IMAS) 1973 untersuchte Marin 1978, ob Antisemitismus in verschiedenen sozialen Schichten unterschiedlich verbreitet war und eine jeweils unterschiedliche Bedeutung hatte.

Er ging von einem »historisch neuartigen Charakter des Antisemitismus« aus (Marin 2000: 108), einem »Antisemitismus ohne Antisemiten« (ebd.: 109), der ein »gegenüber historischen Vorformen verändertes Vorurteil« (ebd.: 107) darstelle. Er verstand darunter ein »Massenvorurteil ohne Legitimation, ohne öffentliches Subjekt, ohne propagandistische Träger« (ebd.: 112), das diffamiert und verboten war, jedoch häufig »ohne Absicht und Bewußtsein im alltäglichen Sprachgebrauch reproduziert« wird (ebd.). Schwach antisemitische Einstellungen waren ihm zufolge außerordentlich weit verbreitet, sie zeigten sich bei etwa drei Viertel der österreichischen Bevölkerung, starke antisemitische Einstellungen fanden sich bei etwa einem Viertel (ebd.). Marin kritisierte die z. B. von Dieter Bichlbauer und Ernst Gehmache vertretene Ansicht von Antisemitismus als funktionslosem »historischem Rest mit einer starken Beharrungstendenz« (Bichlbauer und Gehmacher 1972: 737) und die weitverbreitete Annahme eines allmählichen »Absterbens« von Antisemitismus mit

seinen wichtigsten Trägergruppen, die seines Erachtens das Ausmaß seines bisherigen »Überlebens« nur unzureichend erklären könne. Er ging vielmehr von einem Funktionswandel des Antisemitismus in der spätkapitalistischen Konsum- und Leistungsgesellschaft aus (ebd.: 122).

Ebenfalls im Jahr 1976 entstand das Projekt *Vergangenheitsbewältigung* am Institut für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an der Universität Linz unter der Leitung von Karl R. Stadler.¹⁰ Es sollte die Frage klären, inwieweit traditionell faschistisches Gedankengut noch in der österreichischen Bevölkerung, insbesondere in staatstragenden Berufsgruppen, vorhanden war und welche neuen antidemokratischen Potenziale bestanden. Es war interdisziplinär ausgerichtet (SozialwissenschaftlerInnen und HistorikerInnen) und kombinierte unterschiedliche sozialwissenschaftliche Methoden (Gruppendiskussion, Befragung, Medienanalyse und Schulbuchanalyse). Die Ergebnisse zeigten, dass zum Untersuchungszeitpunkt bei etwas mehr als einem Viertel der österreichischen Bevölkerung ein »Nostalgiefaschismus« (d. h. eine nostalgisch verklärte Vergangenheit und positive emotionale Beziehung zum historischen Faschismus) festzustellen war (Weidenholzer 1979: 398–399). Dieser wies mit zunehmendem Lebensalter höhere Werte auf, woraus Weidenholzer »die Hoffnung auf eine zunehmend stärkere Loyalität zur Demokratie« (ebd.: 399) ableitete. Außerdem wurde ein starker Zusammenhang mit der Schulbildung deutlich: Die Befürwortung nostalgiefaschistischer Aussagen sank mit steigender Schulbildung, wobei die Korrelation von den Hochschulen durchbrochen wurde (ebd.: 400). Die Ergebnisse legten außerdem dar, dass der an sich bereits hohe Prozentsatz derjenigen, »die der Nazi-Zeit nachtrauerten, in ein breites Spektrum von antidemokratischen und autoritären Einstellungen eingebettet« war (Irrationalismus, Antifeminismus, Suche nach Sündenböcken u. ä.), ein Potenzial, das Weidenholzer zufolge »unter bestimmten Rahmenbedingungen aktualisiert werden könnte« (z. B. Wirtschaftskrise, Legitimitätskrise o. ä.) (ebd.: 404).¹¹

10 | Das Projekt *Vergangenheitsbewältigung* entstand im Kontext der sich in Linz ab den späten 1960er-Jahren entwickelnden, interdisziplinär und methodenpluralistisch ausgerichteten, historischen Sozialwissenschaft, die in Österreich insbesondere von Karl R. Stadler, Gerhard Botz und Josef Ehmer vertreten wurde. Im Rahmen dieser Forschungsrichtung erfolgten u. a. zahlreiche Untersuchungen, die sich dem Nationalsozialismus in Österreich widmeten (z. B. Stadler 1966; Szecsi und Stadler 1962; Botz 1975; 2001; 2016). Dabei wurden auch verbreitete »Mythen«, wie z. B., dass die Mehrheit der österreichischen NSDAP-Mitglieder der Arbeiterschaft sowie dem Kleinbürgertum angehört hatten, durch akribische Aufarbeitung u. a. von Mitgliederverzeichnissen der NSDAP korrigiert (Bolz 1990). Da sich der vorliegende Beitrag auf die österreichische soziologische Forschung zu Rechtsextremismus nach 1945 beschränkt, wurden diese Studien nicht in die Darstellung aufgenommen.

11 | In der jüngeren Vergangenheit sind in der Frage des Umgangs mit dem Nationalsozialismus in der Zweiten Republik insbesondere die Arbeiten von Meinrad Ziegler und Waltraud Kannonier-Finster bemerkenswert, die mittels biographischer Interviews das individuelle und kommunikative Gedächtnis an den Nationalsozialismus sowie die Überformung der Erinnerung durch Geschichtsbilder und Mythen (insbesondere den kollektiven »Opfermythos«) bei jenen Menschen untersuchten, die vor 1945 in Österreich gelebt hatten (vgl. z. B. Ziegler und Kannonier-Finster 1993 und in diesem Band).

Eine zentrale Diskussion drehte sich in den 1970er-Jahren um das Ausmaß der Verbreitung antisemitischer Vorurteile in der österreichischen Bevölkerung, um deren Entwicklung seit dem Ende des NS-Regimes sowie deren adäquate Messung. Dabei wurde insbesondere die Annahme in Frage gestellt, dass antisemitische Vorurteile vor allem unter den Angehörigen der NS-Generation verbreitet seien und daher mit der Zeit von selbst verschwinden würden. So wurde die Verbreitung von Antisemitismus in Österreich seit den frühen 1970er-Jahren in mehreren Studien untersucht, die zeigten, dass das Ausmaß der Verbreitung von antisemitischen Einstellungen in der österreichischen (Bichlbauer und Gehmacher 1972; IMAS 1973) bzw. der Wiener Bevölkerung (Weiss 1977/78) nach wie vor hoch war.

In einem deutlich später erschienenen Beitrag kritisierten Christian Fleck und Albert Müller die »weitverbreitete populäre Vorstellung, der Antisemitismus würde sich [...] als biologisches Phänomen erweisen und mit jenen, die ihn einst artikuliert und erlernt hätten, aussterben« (Fleck und Müller 1992: 487). Diese Vorstellung war ihnen zufolge auch bei KritikerInnen derselben noch lange Zeit wirksam: Als Beispiel nannten sie Bernd Marins Trendaussage, derzufolge 1946 noch 46 % der österreichischen Bevölkerung gegen eine Rückkehr der Juden und Jüdinnen gewesen seien, 1973 dagegen »nur« noch 21 %. Neben einer fraglichen wissenschaftlichen Qualität der Quelle von 1946 verwiesen die Autoren darauf, dass 1973 – im Unterschied zu 1946 – selbst unter AntisemitInnen wohl kaum mehr Grund bestanden haben könne, »über die nicht stattgefundene und zukünftig nicht drohende Rückwanderung der [...] Juden besorgt zu sein« (ebd.).

Die Intensität dieser ersten Welle der soziologischen Rechtsextremismusforschung nahm Ende der 1970er-Jahre deutlich ab. So fanden sich im Zeitraum zwischen den frühen 1980er-Jahren und den frühen 1990er-Jahren nur noch vereinzelte Beiträge im Bereich soziologischer Rechtsextremismusforschung. Der Großteil der Forschenden, die sich an der Auseinandersetzung beteiligt hatten, publizierte danach nicht mehr zu dieser Thematik. Dennoch zeigen sich Spuren davon – wenngleich in deutlich geringerem Ausmaß – bis in die Gegenwart, nicht zuletzt durch die kontinuierliche Beschäftigung einzelner Forschender mit dieser Thematik, wie Ernst Gehmacher, der bis Ende der 1990er-Jahre dazu publizierte (u. a. Költringer und Gehmacher 1989; Ley und Gehmacher 1996), sowie Hilde Weiss, die sich über ihre gesamte Forschungstätigkeit mit Rechtsextremismus beschäftigt. Zum anderen werden Studien aus dieser Zeit bis heute rezipiert – wie beispielsweise Beiträge von Bernd Marin u. a. von Karin Stögner (Stögner 2016).¹²

Die Debatte der 1970er-Jahre stellte, betrachtet man die Anzahl der Beiträge und jene der daran beteiligten Forschenden, die bislang umfassendste in diesem Bereich dar. Aber auch qualitativ war die damalige Forschung bemerkenswert. Zum Ersten fällt daran die Kombination von statistischen Befragungen mit anderen Methoden innerhalb einzelner Forschungsprojekte auf (z. B. Inhaltsanalysen beim Projekt *Ver-*

12 | Beiträge von Bernd Marin aus dieser Zeit wurden außerdem 2000 in einem Sammelband neu aufgelegt (Marin 2000).

gangenheitsbewältigung), zum Zweiten der reflektierte Umgang mit Problematiken statistischer Befragungen wie z. B. dem schichtspezifisch unterschiedlichen Antwortverhalten und den kreativen Versuchen, die Effekte sozialer Erwünschtheit zu kontrollieren (z. B. Marin 1978; 2000).

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und neoliberale Ideologien

In den 1980er- und 1990er-Jahren verlagerte sich die Forschung vor dem Hintergrund eines sich ausbreitenden Rechtspopulismus in Europa und dem Erstarken der FPÖ in Österreich vom Antisemitismus hin zu Xenophobie und damit verbundenen Orientierungen. Für Österreich zeigten Studien aus den 1990er-Jahren, dass beispielsweise Xenophobie vor allem in der älteren Generation mit Autoritarismus verbunden war. Gleichzeitig ließen sich auch Zusammenhänge zu Unsicherheitsgefühlen herstellen, die im Kontext der pessimistischen Einschätzung wirtschaftlicher und auch technologischer Entwicklung standen, die aber relativ unabhängig von autoritären Haltungen waren (Weiss 1999: 41). Auch zeigte sich ein starker Zusammenhang mit rassistischen Orientierungen, der aber deutlich zwischen unterschiedlichen ethnischen Gruppen differenzierte: So wurden MigrantInnen aus dem ehemaligen Jugoslawien oder aus dem asiatischen Raum eher positive Eigenschaften zugeschrieben (z. B. Leistungsbereitschaft) als türkischen oder polnischen (Weiss 2002; 2004).

Hilde Weiss verwehrt sich in ihren Studien stets gegen einfache Erklärungen und verwies auf die Komplexität rechter Orientierungen, die je nach Schicht- und Milieuzugehörigkeit variieren können, aber auch historischen Veränderungen ausgesetzt sind. Xenophobe Orientierungen können Ausdruck einer Sorge über wirtschaftliche Veränderungen sein. Gleichzeitig wurde deutlich, dass sie Teil einer Ideologie sind, die in unterschiedlichen Milieus eine feste Verankerung haben.

»Es zeigt sich deutlich, dass Ausländerablehnung ideologisch durch jene Faktoren erklärt wird, die Bestandteile eines rechten Einstellungssyndroms sind: ökonomischer Nationalismus, kapitalistische Orientierung, Misstrauen in Politik und geringe demokratische Orientierung.« (Weiss 2002: 33)

Vor dem Hintergrund der politischen Veränderung in Österreich durch die erste ÖVP-FPÖ-Regierung untersuchten Hilde Weiss und Wolfgang Schulz auch die Veränderungen und Beziehungen zwischen den politisch in dieser Phase dominierenden Mustern Xenophobie, Rassismus, neoliberaler Ideologie und Demokratieorientierung (Weiss und Schulz 2005). Sie kamen zu dem Ergebnis, dass die ersten Jahre der Regierung zu einer Abnahme neoliberaler Haltungen geführt hatten und die positive Einschätzung der Übernahme von Aufgaben durch den Staat gestiegen war. Es zeigte sich für Österreich eine kontinuierliche Verbindung – die AutorInnen sprechen von einer »Gesinnungsverwandtschaft« (ebd.: 402) – zwischen neoliberalen Haltungen und Fremdenfeindlichkeit; dieser Zusammenhang ist zwischen 1998 und

2003 noch gestiegen. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und anti-demokratische Orientierungen bildeten den AutorInnen zufolge in Österreich ein »zusammengehöriges Einstellungssyndrom«, das sich hierzulande mit neoliberalen Haltungen vermengt (ebd.: 403).

Autoritarismus und Fremdenfeindlichkeit aus ländervergleichender Perspektive – Österreich, Polen, Ungarn und Tschechien – wurde in der jüngeren Vergangenheit außerdem in einer interdisziplinär ausgerichteten Studie von Oliver Rathkolb und Günther Ogris (Rathkolb und Ogris 2010) untersucht. Erstmalig wurde dabei u. a. erhoben, inwiefern eine revisionistische Geschichtswahrnehmung (für Österreich insbesondere die Einschätzung von Engelbert Dollfuß sowie die (Mit-)Schuld Österreichs am Nationalsozialismus und Holocaust) und autoritäre Einstellungsmuster korrelieren: Hier zeigte sich für Österreich ein deutlicher Zusammenhang zwischen autoritären Einstellungsmustern und der Sympathie für Dollfuß (Rathkolb 2010: 135).

Eine intensive, interdisziplinär ausgerichtete Forschungstätigkeit zu Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus erfolgt gegenwärtig – unter Beteiligung von SoziologInnen – darüber hinaus an außeruniversitären Einrichtungen, insbesondere am Institut für Konfliktforschung (IKF) sowie am Sir Peter Ustinov Institut zur Erforschung und Bekämpfung von Vorurteilen (z. B. Amesberger 2005; Amesberger und Halbmayr 2002a; 2008; 2010; Pelinka, Bischof und Stögner 2009; 2012; Stögner 2012; 2014; 2016; 2017; 2018; Stögner und Wodak 2014; 2016; Stögner und Bischof 2018).¹³

Rechtsextremismus im Generationenwandel

Drehte sich die erste größere Auseinandersetzung noch verstärkt um Antisemitismus und fokussierte aus historischen Gründen sowie vor dem Hintergrund der empirischen Ergebnisse auf die älteren Bevölkerungsteile, konzentrierte sich die Rechtsextremismusforschung in den 1990er-Jahren stärker auf Ausländerfeindlichkeit und jüngere Bevölkerungsteile, insbesondere auf Jugendliche. Diese Debatte entwickelte sich vor dem Hintergrund einer erstarkenden rechtsextremen Jugendkultur, die von Politik und (medialer) Öffentlichkeit als Problem wahrgenommen wurde: So entstanden die Arbeiten von Walter Blumberger und Dietmar Nemeth (Blumberger und Nemeth 1992), Erich Brunmayr (Brunmayr 1992) und auch Hans G. Zilian (Zilian 1993) aus Studien, die von der öffentlichen Hand in Auftrag gegeben worden waren. Auch der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) sah sich damals veranlasst zu handeln und erarbeitete (pädagogische) Arbeitsunterlagen für den Unterricht in Berufsschulen (Kaizar 1992).

Die Studie von Walter Blumberger und Dietmar Nemeth aus dem Jahr 1992 untersuchte Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft bei

13 | Auch das Jahrbuch 2008 des DÖW mit dem Schwerpunkt Antisemitismus wurde von der Soziologin Karin Stögner mitherausgegeben (Peham, Schindler und Stögner 2008).

SchülerInnen in Oberösterreich. Sie zeigte, dass Schultyp und soziale Schicht großen Einfluss auf die Verbreitung von Rechtsextremismus hatten: »Dort, wo die Zukunftschancen, die Identitäten, das subjektive Selbstwertgefühl der SchülerInnen intakt sind (AHS, BHS), sind beinahe keine Rechtsradikalen« (Blumberger und Nemeth 1992: 73). Umgekehrt konnten MigrantInnen dort zur Projektionsfläche für Sorgen und Ängste werden, wo sie eine Konkurrenz (in Bezug auf Arbeit und Wohnen) darstellten. Rechte nutzten dieses Potential von Angst und Verunsicherung. Dabei war es den Autoren zufolge wichtig, Rechtsextremismus nicht als Randphänomen abzustempeln, sondern Intoleranz, Diskriminierung und Gewalt im gesellschaftlichen Alltag als »Nährboden« zu berücksichtigen (ebd.: 74–76).

Zu ähnlichen Ergebnissen kam die österreichweit durchgeführte Studie von Erich Brunmayr über Rechtsextremismus und Benachteiligung. Dabei wurden SchülerInnen ab der 9. Schulstufe befragt (Brunmayr 1992). Die Ergebnisse zeigten, dass die Anfälligkeit für Rechtsextremismus zunahm und die Hilfsbereitschaft gegenüber Geflüchteten abnahm, je bedrohlicher die eigene Zukunft von den Befragten eingeschätzt wurde. Rechtsextreme Einstellungen bei Jugendlichen interpretierte Brunmayr daher als Ausdruck von Ängsten. Nur selten waren sie ihm zufolge mit NS-Gedankengut verbunden. Er leitete daraus ab, dass zwar die Zustimmung zu Nationalsozialismus und die positive Bewertung Hitlers eindeutige Indikatoren für Rechtsextremismus sind, Rechtsextremismus aber umgekehrt nicht deckungsgleich mit historischem Nationalsozialismus ist.

Das Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie forschte Anfang der 1990er-Jahre ebenfalls zu Jugendlichen und Rechtsextremismus: Inge Karazman-Morawetz und Heinz Steinert untersuchten Gewalterfahrungen und -aktivitäten im Zusammenhang mit Rechtsorientierung von Jugendlichen. Die Studie machte eine »Subkultur der Gewalttätigkeit« (Karazman-Morawetz und Steinert 1993: 178) sichtbar, in der Gewalt alltäglich ist und die mit körperlicher Arbeit verbunden ist. Gleichzeitig manifestierte sich eine »Subkultur der Gewaltfreiheit«, insofern Gewalterfahrungen mit höherem Bildungsniveau seltener werden. Dabei zeigte sich, dass bestimmte Typen von Gewalterfahrungen bzw. -praxis (»Schläger« vs. »Kämpfer«) mit unterschiedlichen Einstellungsmustern korrespondieren: mit einer deutlichen Rechtsorientierung auf der einen Seite oder mit Ausländerfeindlichkeit (ohne starke politisch-rechte Fundierung) auf der anderen Seite. Gewalttätige Ausländerfeindlichkeit sahen die AutorInnen als Folge einer mitleidlosen Konkurrenzgesellschaft.

Eine jüngere Studie aus der Einstellungs- und Vorurteilsforschung, die Diplomarbeit von Sarah Wurmhöringer, knüpfte explizit an die Studie von Brunmayr an. Sie untersuchte Rechtsextremismus im inneren Salzkammergut mit Fokus darauf, welche rechtsextremen Denk- und Verhaltensmuster von Jugendlichen übernommen wurden und welche Faktoren die Bildung einer rechtsextremen Einstellung bestärkten bzw. einer solchen entgegenwirkten (Wurmhöringer 2012). Ausgangspunkt war wiederum ein politisches Ereignis: die rechtsextremen Störaktionen bei Gedenkfeiern im ehemaligen KZ-Außenlager Ebensee im Jahr 2009. Wurmhöringer kam zu dem Ergebnis, dass sich rechtsextreme Ideen bei Jugendlichen wiederfinden, ohne dass

dabei von einer (konsistenten) rechtsextremen Einstellung gesprochen werden kann (ebd.: 46). Ein geringer sozialer Status hatte ihr zufolge positiven Einfluss auf die politische Unzufriedenheit, diese wiederum auf rechtsextreme Einstellungen (ebd.: 54).

Insbesondere die Studien aus den frühen 1990er-Jahren haben gemeinsam, dass sie zwischen Ausländerfeindlichkeit (ohne starke politisch-rechte Fundierung) und neonazistischen Einstellungen unterscheiden. Ausländerfeindlichkeit gründet sich demzufolge stark auf Verunsicherung und relative Deprivation durch sozioökonomischen Wandel, welche die Jugendlichen für rechtsextreme Orientierungen empfänglich machen. Hier findet sich bereits ein Hinweis auf die Bedeutung von sozialer Unsicherheit und Zukunftssorgen, die in aktuelleren Studien als eine bedeutende Ursache für die zunehmende Attraktivität von Botschaften der populistischen und extremen Rechten gesehen werden (z. B. Flecker 2007; Hofmann 2016). Empfänglichkeit für rechte Orientierungen wird dabei v. a. bei Jugendlichen aus nicht-privilegierten Schichten, sogenannten »ModernisierungsverliererInnen«, gesehen. Dieses Thema steht in der Forschung über die sozioökonomischen Ursachen der zunehmenden Attraktivität des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus im Mittelpunkt.

Forschung zu sozioökonomischen Ursachen für die Empfänglichkeit für rechtsextreme Botschaften

Hans Georg Zilian kritisierte die Studien von Brunmayr sowie von Blumberger und Nemeth als »Hexenjagd« gegen Jugendliche, die ihren Widerstand gegen die Gesellschaft bloß in einer spezifischen Weise inszenieren (Zilian 1998: 14). Neben der »moralisierenden Verurteilung« durch die Forschenden übte Zilian auch methodische Kritik an den oben genannten Studien, die den Befragten verbale »Klischees präsentiert« und auf dieser Basis eine Anfälligkeit für rechtsextreme Ideologie »diagnostiziert« hätten (ebd.). Er selbst befasste sich in eigenen Studien mit Jugendlichen, die rechtsorientierten Gruppen in Graz und Umland angehörten, vor allem sogenannten Skinheads. Die Untersuchung näherte sich dem Phänomen rechtsorientierter Jugendlicher aus einer verstehenden Perspektive mittels quantitativer Befragung (SchülerInnen und Lehrlinge) sowie qualitativer Interviews (ExpertInnen, Jugendliche) und argumentierte aus anomietheoretischer Perspektive. Zilian kritisierte u. a. Wilhelm Heitmeyer für seine Definition von Rechtsextremismus (Heitmeyer 1992), die davon ausging, dass Ungleichheit ein zentrales Kernstück rechtsextremistischer Ideologie darstelle, weil sie nicht erklären könne, warum sich »rationale Menschen« dadurch angesprochen fühlen. Ähnlich wie sozialpsychologische Ansätze (u. a. Kritische Theorie) tendierten solche Zugänge Zilian zufolge zur Pathologisierung:

»Anstelle der Erläuterung der rechtsextremen Ideologie tritt deren [...] Verurteilung; so wird weggeblendet, was an dieser Ideologie auch für Nicht-Verrückte attraktiv war oder sein könnte, und Rechtsextremismus in ein durch und durch pathologisches Phänomen verwandelt.« (Zilian 1998: 37–38)

Die Forschung werde so »blind« dafür, was an dieser Ideologie ansprechend sein kann und was Jugendliche dafür empfänglich macht. Zilian ging davon aus, dass (jugendlicher) Rechtsextremismus eine Reaktion auf gesellschaftliche Probleme darstellte und Gewalt legitim erschien, weil die Gesellschaft als illegitim wahrgenommen wurde, und dass sie vor dem Hintergrund einer Vorstellung einer »besseren« Gesellschaft erfolgte. Als Grund für Rechtsextremismus bei Jugendlichen sah Zilian überwiegend keine politischen Motive, sondern eine Rebellion gegen die Gesellschaft und ihre »politische Korrektheit« (ebd.: 33). Das Auftreten der Skinheads – »Aggressivität, Männlichkeit, Neonazismus und Ausländerfeindlichkeit« (ebd.: 54) – lasse sich dementsprechend als Ausdruck von Widerstand verstehen. Bei den »rechten« Befragten sei kaum neonazistisches oder rechtsextremes Gedankengut festgestellt worden. Als relevant betrachtete er das »rechts-populistische Syndrom« (ebd.: 113) der Xenophobie gepaart mit Wirtschaftsliberalismus und einer entsprechenden Unterteilung in gute (leistende) AusländerInnen und schlechte AusländerInnen sowie die Verachtung von anderen Gruppen, wie »Punks«, »Giftlern« und »Sozialschmarotzern« (ebd.). Der Ausstieg aus der Gruppe bedürfe einer großen Veränderung durch neue Bindungen an die Mehrheitsgesellschaft beispielsweise über die Arbeitswelt. Die Alternativen zum Ausstieg waren ihm zufolge gewöhnliche Kriminalität oder die »Rekrutierung« in neonazistische Kreise (ebd.: 134). Skinheads waren Ende der 1990er-Jahre in Österreich wieder weitgehend verschwunden. Die rechtsextreme Selbstinszenierung mittels »satanischer Masken« war Zilian zufolge ein Symptom der Lebensbedingungen der Jugendlichen (ebd.: 184). Zentral im Umgang damit sei, dass dieses Symptom nicht in Fundamentales übergehe und so Jugendliche zu eigentlichen Rechtsextremen werden. Zilian setzte hier auf Aufklärung statt Pathologisierung und »Verteufelung« (ebd.: 184–185). Die Kritik an Zilians Thesen, die sich aber nicht in Publikationen niedergeschlagen hat, sieht seine Thesen als verharmlosend: Während die Opferperspektive (Betroffene von der Gewalt der Skinheads) untergehe, würden die Skinheads selbst zu Opfern der Gesellschaft erklärt.

Anfang der 2000er-Jahre – wiederum in zeitlich engem Zusammenhang mit einschneidenden politischen Entwicklungen, der Bildung der ersten ÖVP-FPÖ-Koalition im Februar 2000 – griff eine europäische Studie, die von Österreich aus koordiniert wurde, den Zusammenhang zwischen Verunsicherungen, relativer Deprivation und rechtsextremen Orientierungen auf. Es handelte sich um das Forschungsprojekt *Socioeconomic Change, Individual Reactions and the Appeal of the Extreme Right* (SIREN), das in acht Mitgliedstaaten der Europäischen Union der Frage nachging, inwiefern Bedingungen und Veränderungen in der Erwerbsarbeitswelt zum Aufstieg des Rechtspopulismus in Europa beigetragen hatten (Flecker 2007). Die Forschung bezog sich damit auf den politischen Hintergrund der 1990er-Jahre und sollte weniger das Ausmaß des Rechtsextremismus feststellen als vielmehr klären, warum rechtspopulistische politische Botschaften attraktiver geworden waren. Der Begriff Rechtspopulismus wurde verwendet, weil die ihm zugerechneten Parteien keine geschlossene rechtsextreme Ideologie aufwiesen, aber in unterschiedlichem Umfang und unterschiedlicher Intensität jedenfalls Elemente des Rechtsextremismus vertra-

ten. Dazu zählten insbesondere Nationalismus, Ethnozentrismus bzw. Ethnopluralismus und Autoritarismus.

Prominentes Thema der Diskussion in dieser Zeit war die Veränderung der Zusammensetzung der Wählerschaft von Parteien, wie dem Front National in Frankreich oder der FPÖ in Österreich. Der gestiegene Anteil an ArbeiterInnen, die sich von sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien abgewandt und die extreme Rechte gewählt hatten, hatte die These von den ModernisierungsverliererInnen wieder populär werden lassen. SIREN griff diese These kritisch auf: So konnte gezeigt werden, dass Prekarisierung, Abstiegsgefährdung und relative Deprivation Ursachen für die Empfänglichkeit für rechtspopulistische und -extreme Botschaften waren. Zugleich offenbarten sich aber auch andere Gründe: Bei AufsteigerInnen und Personen in bevorzugten Soziallagen konnten sozialdarwinistische und standortnationalistische Botschaften der extremen Rechten verfangen. Die qualitative Erhebung mit etwa 300 Interviews und die standardisierte Umfrage unter 5.800 Erwerbstätigen in acht Ländern bestätigten, dass es sowohl einen Pfad der Benachteiligten und Abstiegsgefährdeten, als auch einen Pfad der AufsteigerInnen und sozial Bevorzugten zu rechtsextremen Haltungen gab, wobei Ausländerfeindlichkeit, Autoritarismus und Nationalismus von besonderer Bedeutung sind (Flecker, Hentges und Balazs 2007; De Weerd, Catellani, De Witte und Milesi 2007). Wie die Untersuchung zudem deutlich machte, ist das Wahlverhalten kein guter Indikator für die Empfänglichkeit für extrem rechte Positionen, weil diese auch bei WählerInnen anderer als rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien zu finden waren. Der Abstand zwischen dem politischen Mainstream und rechtsextremen Parteien und Bewegungen war geringer, die Themen der Rechten waren teilweise zu Themen der Mitte geworden (Butterwegge, Cremer, Häusler, Hentges, Pfeiffer, Reißlandt und Salzborn 2002).

Für Österreich wurde im Projekt SIREN anhand von Ergebnissen der qualitativen Erhebung nachgezeichnet, inwieweit es sich hier um Identitätspolitik oder Interessenpolitik und um Problemverschiebungen von materiellen und symbolischen Benachteiligungen hin zu Migration und angeblicher Leistungsverweigerung durch Erwerbslose handelte (Flecker und Kirschenhofer 2007). Insgesamt führte das Projekt die Stärkung der extremen Rechten zu einem großen Teil auf eine »konformistische Rebellion« zurück, die sich gegen die gesellschaftlichen und politischen Eliten und die Forderungen nach politischer Korrektheit richtet, aber die Klassenbeziehungen und Verteilungsverhältnisse unbeachtet lässt.

Vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2008 und dem erneuten Erstarken des Rechtspopulismus in Österreich (sowie in vielen anderen europäischen Staaten) widmen sich mehrere Studien aus der jüngeren Vergangenheit der Untersuchung von Auswirkungen sozioökonomischer Veränderungen auf politische Orientierungen, insbesondere deren Bedeutung für die zunehmende Attraktivität rechter Orientierungen.

So wurde im Jahr 2016 eine Follow-up-Studie zu SIREN über Österreich und Ungarn mit dem Ziel, die Situation nach der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren ab 2008 zu erfassen, begonnen (Hofmann, Altreiter, Flecker, Schindler und Simsa

2019). Julia Hofmanns Beitrag aus dem Jahr 2016 untersuchte die Verbreitung von Vorurteilen in Österreich und die Bedeutung sozialer Unsicherheit für ihre Entstehung. Die Datenbasis bildete eine Mehrthemenuntersuchung des IFES aus dem Jahr 2012. Die Untersuchung zeigte, dass gruppenfeindliche Einstellungen in Österreich weit verbreitet sind und dass sie in den letzten Jahren zugenommen haben. Die Verschärfung materieller Verteilungskonflikte spielt dabei eine zentrale Rolle. Außerdem wies Hofmann nach, dass soziale Verunsicherung und relative Deprivation gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit begünstigen (ebd.: 254–255).¹⁴ Wolfgang Aschauer verglich EU-weit die Auswirkungen der multiplen Krisen der vergangenen Jahre (Finanz-, Wirtschafts-, »Flüchtlingskrise«, politische Krise und Ukraine Konflikt) auf objektive Lebensbedingungen sowie auf »gesellschaftliches Unbehagen« (d. h. das Gefühl, dass es der Gesellschaft selbst nicht gut geht; Aschauer 2016: 309) sowie deren Relevanz für die Erklärung von Ethnozentrismus und den Aufstieg des Rechtspopulismus bzw. Radikalisierungstendenzen in Europa. Er zeigte u. a., dass das Aufkommen von gesellschaftlichem Unbehagen eine Parallelität mit der ökonomischen Krise aufwies und durch die sogenannte »Flüchtlingskrise« intensiviert wurde. In Westeuropa begünstigte insbesondere die Verbindung von niedrigem Bildungsniveau und starker Ausprägung von gesellschaftlichem Unbehagen ethnozentristische Einstellungen (ebd.: 349–351).

Auch wenn die Forschung zu den sozioökonomischen Grundlagen für die Empfänglichkeit für rechtsextreme Haltungen und die Unterstützung rechtspopulistischer Politik in Österreich bei Weitem nicht den Umfang der Einstellungs- und Vorurteilsforschung angenommen hat, bietet sie Erklärungen für die zunehmende Akzeptanz extrem rechter Positionen. Im Hinblick auf materielle Deprivation und das Leiden an der Position im Sinne von Pierre Bourdieu (Bourdieu 1997) bestätigt sie Teile der Einstellungs- und Vorurteilsforschung und geht verstärkt auf die Verbindung mit neoliberalen Wettbewerbs- und Leistungsorientierungen ein.

Forschung zu rechtsextremen AkteurInnen und Organisationen

Ein weiterer Strang der soziologischen Rechtsextremismusforschung widmet sich der Untersuchung rechtsextremer AkteurInnen und Organisationen in Österreich. Der Schwerpunkt der aktuelleren Beiträge in diesem Bereich liegt auf der Analyse der Inhalte schriftlicher und verbaler Äußerungen der VertreterInnen extrem rechter Parteien und Organisationen.¹⁵ Diese Arbeiten sind vorwiegend diskurstheoretisch

14 | In eine ähnliche Richtung untersuchte auch Wolfgang Bacher für Deutschland den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und rechtsextremen Einstellungen (Bacher 2001).

15 | Neben diesen gibt es vereinzelt auch Arbeiten, die rechtsextreme Organisationen selbst untersuchen, wie z. B. die unveröffentlichte Diplomarbeit von Walter Paulhart, die einen Überblick über rechtsextreme Organisationen sowie deren Entwicklung und ideologische Basis in Österreich nach 1945 und über Theorien zu ihrer Entstehung gibt (Paulhart 1989).

ausgerichtet und behandeln v. a. offizielle Dokumente der FPÖ und Äußerungen oder Schriften ihrer zentralen AkteurInnen. Dabei steht die Analyse ideologischer Elemente der FPÖ im Vordergrund.¹⁶ Die diskurstheoretisch ausgerichtete Rechtsextremismusforschung wurde in Österreich insbesondere durch die wegweisenden Arbeiten der Sprachwissenschaftlerin Ruth Wodak (z. B. Wodak 2015; Reisigl und Wodak 2001; Wodak, KhosraviNik und Mral 2013) geprägt. In der jüngeren Vergangenheit sind in diesem Bereich auch interdisziplinäre Arbeiten von Ruth Wodak gemeinsam mit der Soziologin Karin Stögner (Stögner und Wodak 2014; 2016) entstanden.

Zwei Beiträge aus dem Projekt *Vergangenheitsbewältigung* (Buchberger 1978; Gunz 1978) sowie Bernd Marins »fragmentarische Textanalyse der umstrittenen Kronen-Zeitungs-Serie über »Die Juden in Österreich« (Marin 1983: 93) können als frühe »Vorläufer« dieser diskurstheoretisch ausgerichteten Arbeiten angesehen werden. Im Unterschied zu den meisten aktuellen Beiträgen fokussierten sie aber nicht die FPÖ oder eine andere rechtsextreme Partei, sondern untersuchten die Tradierung und Verbreitung rechtsextremer und/oder faschistischer Ideologien bzw. von Vorurteilen durch Medien (Gunz 1978; Marin 1983) oder Schulbücher (Buchberger 1978).¹⁷

Max Preglau analysierte Stil und Inhalte der FPÖ sowie das Programm und die Praxis der ersten schwarz-blauen Regierung und zeigte, dass die FPÖ dem äußeren Stil nach zwar »postmodern-populistisch« auftrat, ihre ideologische Basis aber »tendenziell rechtsextrem« war (Preglau 2001: 211). So war auch die Kommunikationskultur der FPÖ »konsequenter Ausdruck einer [...] völkisch-nationalistischen, dem [...] politischen und sozialen System der Zweiten Republik fundamental kritisch gegenüberstehenden [...] Programmatik« (ebd.: 200), die im Widerspruch zu ebenfalls im Parteiprogramm genannten demokratischen Werten stand. Darüber hinaus wiesen sowohl das schwarz-blaue Regierungsprogramm als auch die Regierungspraxis rechtsextreme Momente auf. Preglau sah dadurch die Gefahr einer zunehmenden Normalisierung, die ihm zufolge auch auf europäischer Ebene Auswirkungen hätte.

Carina Klammer untersuchte die Bedeutung der Konstruktion antimuslimischer Fremdbilder im Rahmen der Identitätspolitik der FPÖ. Methodisch orientierte sie sich an der Kritischen Diskursanalyse, der Textkorpus bestand aus offiziellen Stellungnahmen, Texten und Äußerungen führender ParteifunktionärInnen sowie aus von ihnen verlinkten Texten (Klammer 2012). Theoretisch grenzte sie sich von Totalitarismustheorie und Extremismusforschung ab, da in beiden Fällen der Anschein erweckt werde, dass es sich bei Rechtsextremismus um Abweichungen der »normalen« Gesellschaft handle. Weiters übte auch sie Kritik an Heitmeyer, da durch den

16 | Die Arbeiten von Helga Amesberger und Brigitte Halbmayr kombinieren die Untersuchung ideologischer Elemente rechter Parteien mit der Analyse von Einstellungen und Vorurteilen: Sie betrachten die frauen- und familienpolitischen Konzepte rechtsextremer Parteien sowie die Motive und soziodemographischen Merkmale der Wählerinnen (Amesberger und Halbmayr 2002b).

17 | Die mediale Tradierung antisemitischer Vorurteile im Kontext der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 wird aktuell in den Beiträgen von Stögner und Bischof 2018 sowie Stögner und Wodak 2014 und 2016 untersucht.

Fokus auf Gewaltpotenzial die Ideologie nicht entsprechend berücksichtigt werde. Klammer's Studie zeigte, dass die »islamische Kultur« der Markierung von Differenz dient. Zum einen werden muslimische MigrantInnen als Bedrohung dargestellt, zum anderen entspricht die essentialistische Vorstellung von der islamischen Welt der Idee einer natürlichen kulturellen Einheit.

Karin Stögner ging der Frage nach, welche Rolle der Antisemitismus im Diskurs der FPÖ spielt, indem sie anhand öffentlicher Aussagen von FPÖ-FunktionärInnen und FPÖ-Illustrationen nachzeichnete, wie die Partei den Holocaust immer wieder verharmlost, wie Antisemitismus im Zuge der Debatte über die Finanzkrise zum Vorschein kam und welche Rolle Antisemitismus in Bezug auf die Konstruktion einer »nationalen Identität« spielt (Stögner 2016). Mit der Tabuisierung des Antisemitismus traten Stögner zufolge andere verwandte Ideologien, wie Nationalismus und »counter-cosmopolitism«, in den Vordergrund. Diese waren weniger belastet und boten die Möglichkeit der Konstruktion eines nationalen Wir, welche im Nationalsozialismus durch den Antisemitismus gewährleistet worden war. Durch das Aufgreifen des nationalistischen Diskurses konnte sich der alte Antisemitismus – in veränderter Form – erhalten. Stögner betonte, »dass je nach politischer und gesellschaftlicher Opportunität die einzelnen Ideologien sich durchdringen und überdecken können, ohne dass die jeweilige Motivlage sich dadurch wesentlich ändern würde« (ebd.: 137). Sie wies zudem darauf hin, dass der Geschlechterdiskurs der FPÖ-Identitätspolitik der Herstellung einer nationalen Einheit dient (Stögner 2017).

Die aktuellen diskurstheoretisch ausgerichteten Arbeiten knüpfen durch den Fokus auf Antisemitismus – der auch die erste breitere soziologische Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in den 1970er-Jahren geprägt hat – an frühere soziologische Forschungen an. Gleichzeitig ergänzen sie diese, indem sie sich – im Unterschied zur Mehrheit der Beiträge der soziologischen Rechtsextremismusforschung – stärker auf das politische »Angebot« als auf die »Nachfrage« konzentrieren.

Schlussfolgerungen

Dieser Beitrag über die soziologische Rechtsextremismusforschung legt den Fokus auf Zeiträume, in denen eine intensivere Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der österreichischen Forschung stattfand. Dabei haben sich thematische, theoretische sowie methodische Parallelen gezeigt, weshalb wir die Beiträge drei Typen zugeteilt haben: die Einstellungs- und Vorurteilsforschung, die teils anomietheoretisch ausgerichteten Beiträge über die sozioökonomischen Ursachen für die Empfänglichkeit rechtsextremer Botschaften sowie die Forschung über rechtsextreme Parteien und Organisationen.¹⁸

18 | Darüber hinaus gibt es Beiträge, die sich diesen Strängen nicht zuordnen lassen: So z. B. die Studie von Christian Dörner-Hörig, die Habitus und Politik in Kärnten mit Fokus auf soziogenetische und psychogenetische Grundlagen des Systems Jörg Haider analysiert (Dörner-Hörig

Vorläufer soziologischer Rechtsextremismusforschung lassen sich in Österreich zwar bis in die unmittelbare Nachkriegszeit zurückverfolgen, eine intensivere wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dieser Thematik setzt aber erst relativ spät ein, ab den späten 1960er-Jahren. Folgt man Weidenholzer, lässt sich das Fehlen empirischer Daten in diesem Zeitraum u. a. auf die Verdrängungspolitik der Nachkriegsregierungen und das Fehlen finanzieller Unterstützung für Forschung in diesem Bereich zurückführen (Weidenholzer 1979). Die Beschäftigung mit Rechtsextremismus geschieht aber auch danach eher diskontinuierlich: Es zeigen sich Wellen intensiverer Forschungstätigkeit und breiterer Debatten, denen Zeiträume mit geringer Forschungstätigkeit folgen. Die Wellen intensiverer Auseinandersetzung stehen meist in zeitlicher Nähe zu politischen Ereignissen oder Phänomenen, die öffentlich und medial problematisiert werden, sodass eine Bindung an politische Konjunkturen zumindest vermutet werden kann.

Außerdem wird ein geringer Grad an universitärer Institutionalisierung soziologischer Rechtsextremismusforschung sichtbar. Die fehlende universitäre Institutionalisierung verstärkt die Bindung an politische Konjunkturen: Forschungsmittel und damit auch die Möglichkeit intensiverer Forschungstätigkeit lassen sich v. a. dann gewinnen, wenn Rechtsextremismus als politisches Problem wahrgenommen wird. Diese Konstellation kann zu dem paradoxen Problem führen, dass mit einer zunehmenden Normalisierung rechtsextremer Orientierungen, wie sie gegenwärtig in der österreichischen Politik erfolgt (Wodak 2015), Rechtsextremismus weniger als Problem wahrgenommen wird und eine intensivere Forschung entsprechend ausgerechnet zu solchen Zeiten unterbleibt, in denen die Gefahr des Rechtsextremismus zunimmt.

Längerfristige und breit geführte Kontroversen finden sich in der österreichischen soziologischen Rechtsextremismusforschung – vermutlich auch aufgrund der fehlenden Kontinuität und Institutionalisierung – nicht (vgl. dazu Weidinger 2014b). Im Zuge der Wellen, in denen eine intensivere Forschungstätigkeit stattfand, zeigen sich wie dargestellt aber Ansätze von Kontroversen in Form von – mitunter auch ziemlich polemischen – kritischen Bezugnahmen auf andere österreichische Forschungen. In der ersten intensiven Auseinandersetzung in der soziologischen Rechtsextremismusforschung behandelte die Kontroverse analog zum hauptsächlich untersuchten Thema den Antisemitismus. Konkret ging es um die Frage, ob Antisemitismus ein historisch überlebtes Vorurteil ohne gesellschaftliche Funktion darstellt, das sich weitgehend auf die NS-Generation beschränkt. Eine spätere Kontroverse drehte sich um die Einschätzung rechtsextremer Einstellungen unter Jugendlichen. Zilian kritisierte die Forschung als moralisierend und alarmistisch, wodurch marginalisierte Jugendliche,

2014) oder die rechtssoziologische Studie von Gerhard Hanak, Brita Krucsay und Roland Gombots, die untersucht, welche Phänomene als rechtsextreme Straftaten verfolgt werden (Hanak, Krucsay und Gombots 2010). Eine erschöpfende Aufzählung und Beschreibung dieser Beiträge kann aufgrund des beschränkten Umfangs in diesem Beitrag nicht erfolgen.

etwa Skinheads, noch mehr an den Rand gedrängt werden und die Wahrscheinlichkeit steige, dass sich die rechten Einstellungen verfestigen (Zilian 1998).

Der größte Teil soziologischer Rechtsextremismusforschung konzentriert sich auf die politische »Nachfrageseite«: So wird vielfach das Ausmaß der Verbreitung und die Verteilung rechter Vorurteile und Einstellungen in der österreichischen Bevölkerung sowie deren historische Entwicklung untersucht. In Verbindung damit werden in jüngerer Zeit verstärkt die sozioökonomischen Ursachen für die Empfänglichkeit für extrem rechte politische Botschaften analysiert. Neben der Bestätigung der Wirkung etwa von relativer Deprivation werden auch ausgrenzende Orientierungen von Personen in begünstigten Klassenlagen und von AufsteigerInnen aufgezeigt. Einige jüngere, diskurstheoretisch ausgerichtete Arbeiten untersuchen aber auch die politische »Angebotsseite«, also die extrem rechten Parteien. Nur sehr vereinzelt dagegen gibt es Ansätze einer Verknüpfung beider Seiten (z. B. im Projekt *Vergangenheitsbewältigung* oder auch bei Amesberger und Halbmayer 2002b). Darin ist sehr deutlich eine Forschungslücke zu erkennen, denn weder entstehen Einstellungen und Vorurteile unabhängig vom politischen und gesellschaftlichen Diskurs, noch ist dessen Bedeutung richtig einzuschätzen, wenn seine Wirkung auf politische Orientierungen der BürgerInnen nicht betrachtet wird. Längsschnittstudien, die die Entwicklung rechter Orientierungen kontinuierlich über einen längeren Zeitraum untersuchen (wie beispielsweise Heitmeyer 2010 für die BRD), fehlen für Österreich bislang völlig (vgl. dazu auch Weidinger 2014b).

Methodisch basiert ein großer Teil der Studien auf quantitativen Befragungen, die in einzelnen Studien mit anderen – auch qualitativ ausgerichteten – Methoden kombiniert werden (z. B. im Projekt *Vergangenheitsbewältigung* oder in der SIREN-Studie). Gerade in der jüngeren Vergangenheit kommen aber verstärkt auch nicht-standardisierte Verfahren zum Einsatz.

Theoretisch knüpfen die meisten Arbeiten aus dem Bereich der Vorurteilsforschung an die Autoritarismus-Forschung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung an (z. B. das Projekt *Vergangenheitsbewältigung*; Weiss 1999; Marin 1979 etc.). Weitere Anknüpfungspunkte v. a. bei Studien aus der jüngeren Vergangenheit bestehen im Bereich der Anomietheorie, d. h. modernisierungstheoretischer Annahmen, und der Kritischen Diskurstheorie. Marxistisch ausgerichtete Arbeiten, die auch die Bedeutung von Klasseninteressen im Kontext von Rechtsextremismus untersuchen (analog zu Arbeiten im Bereich der Faschismustheorie in der BRD) finden sich in der österreichischen soziologischen Rechtsextremismusforschung nach 1945 dagegen nicht.

Obwohl sie nur phasenweise eine intensivere Forschungstätigkeit aufwies, erbrachte die bisherige soziologische Rechtsextremismusforschung mehrere interessante Ansatzpunkte und Befunde. Aus methodologischer Hinsicht ist insbesondere das interdisziplinäre Projekt *Vergangenheitsbewältigung* zu nennen, das untersuchte, inwieweit Reste traditionell faschistischen Gedankenguts sowie neue antidemokratische Potenziale im Bewusstsein der österreichischen Bevölkerung vorhanden waren, und dafür unterschiedliche sozialwissenschaftliche Methoden kombinierte. In-

haltlich betrachtet wies das Projekt außerdem schon früh auf die Bedeutung sozialer Ängste für die Empfänglichkeit von traditionell faschistischem oder anderem rechts-extremen Gedankengut hin. Ein Hinweis auf die heute v. a. in der Wahlforschung stark thematisierte Relevanz von Zukunftsoptimismus und -pessimismus für die Zustimmung zu rechten Parteien findet sich u. a. bereits in der Studie von Erich Brunmayr aus dem Jahr 1992, die rechtsextreme Einstellungen sowie deren Gründe bei Jugendlichen untersuchte. Bei der aktuellen Diskussion um die Bedeutung von Zukunftspessimismus für die Wahl rechter Parteien werden dessen Ursachen jedoch zu-meist nicht thematisiert (z. B. SORA 2017). Dadurch erscheinen diese Bezeichnungen eher als Persönlichkeitsmerkmale, wo es doch mehrheitlich um Klassenlagen geht. In dieser Frage leistete das Forschungsprojekt SIREN einen wesentlichen Beitrag, indem das Leiden an der sozialen Position und die Ignoranz der Öffentlichkeit gegenüber Benachteiligungen, Arbeitsleid und politischer Ohnmacht hervorgehoben wurden.

Darüber hinaus hat die Untersuchung deutlich gemacht, dass eine alleinige Erklärung der wachsenden Zustimmung zu rechtspopulistischen und -extremen Parteien durch die zunehmende Befürwortung durch sogenannte ModernisierungsverliererInnen zu kurz greift: Prekarisierung, Abstiegsgefährdung und relative Deprivation stellen zwar maßgebliche Ursachen für die Empfänglichkeit für rechtspopulistische und -extreme Botschaften dar. Sie sind aber keineswegs die einzigen Gründe, da verschiedene Gruppen auf unterschiedliche Weise von den Botschaften der populistischen und extremen Rechten angesprochen werden: So können für AufsteigerInnen und Personen in bevorzugten Soziallagen sozialdarwinistische und standortnationalistische Botschaften der extremen Rechten attraktiv werden. In diesem Zusammenhang sind auch die Forschungen zu Antisemitismus von Hilde Weiss und Bernd Marin u. a. durch ihre differenzierte Betrachtung antisemitischer Vorurteile sowie deren unterschiedlicher Artikulation und Bedeutung in verschiedenen Gesellschaftsschichten interessant. Sie wiesen schon früh darauf hin, dass antisemitische Vorurteile kein reines »Unterschichtsphänomen« darstellen, sondern von verschiedenen Schichten u. a. je nach Bildungsstand zum Ersten unterschiedliche Bedeutungen haben und zum Zweiten verschieden und unterschiedlich offen artikuliert werden (weswegen ihre Verbreitung gerade in höhergebildeten Schichten häufig unterschätzt wird).

Literatur

- Aichholzer, Julian, Kritzinger, Sylvia, Wagner, Markus und Zeglovits, Eva (2014): »How has radical right support transformed established political conflicts? The case of Austria«, in: *West European Politics*, 37. Jahrgang, Heft 1, S. 113–137. DOI: <https://doi.org/10.1080/01402382.2013.814956>.
- Ajanovic, Edma, Mayer, Stefanie und Sauer, Birgit (2015): »Bedrohte Räume. Antipluralismus in rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen Diskursen in Österreich«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 44. Jahrgang, Heft 2, S. 75–85. DOI: <https://doi.org/10.15203/ozp.448.vol44iss2>.

- Amesberger, Helga (2005): »Race/›Rasse‹ und Whiteness – Adäquate Begriffe zur Analyse gesellschaftlicher Ungleichheit?«, in: *L'Homme. Z.F.G.*, 16. Jahrgang, Heft 2, S. 135–143. DOI: <https://doi.org/10.7767/lhomme.2005.16.2.135>.
- Amesberger, Helga und Halbmayr, Brigitte (Hg.) (2002a): *Rechtsextreme Parteien – eine mögliche Heimat für Frauen?*, Opladen: Leske + Budrich.
- Amesberger, Helga und Halbmayr, Brigitte (2002b): »Frauen und rechtsextreme Parteien«, in: Eismann, Wolfgang (Hrsg.), *Rechtspopulismus. Österreichische Krankheit oder europäische Normalität*, Wien: Czernin, S. 223–242.
- Amesberger, Helga und Halbmayr, Brigitte (2008): *Das Privileg der Unsichtbarkeit. Rassismus unter dem Blickwinkel von Weißsein und Dominanzkultur*, Wien: Braumüller.
- Amesberger, Helga und Halbmayr, Brigitte (2010): »Weißsein und Dominanzkultur – Erklärungsansätze für die Beständigkeit von Rassismus«, in: Sir Peter Ustinov Insitut (Hrsg.), *›Rasse‹ – eine soziale und politische Konstruktion. Strukturen und Phänomene des Vorurteils Rassismus*, Wien: Braumüller, S. 45–55.
- Aschauer, Wolfgang (2016): »Societal Malaise and Ethnocentrism in the European Union: Monitoring Societal Change by Focusing on EU Citizens' Perceptions of Crisis«, in: *Historical Social Research*, 41. Jahrgang, Heft 2, S. 307–359.
- Bacher, Johann (2001): »Macht Arbeitslosigkeit rechtsextrem?«, in: Zempel, Jeannette, Bacher, Johann und Moser, Klaus (Hrsg.), *Erwerbslosigkeit. Ursachen, Auswirkungen und Interventionen*, Opladen: Springer VS, S. 171–186. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-663-09986-4_9.
- Bichlbauer, Dieter und Gehmacher, Ernst (1972): »Vorurteile in Österreich«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 24. Jahrgang, Heft 4, S. 734–746.
- Blumberger, Walter und Nemeth, Dietmar (1992): *Rechts um? – Ausländerfeindlichkeit, Rechtsradikalismus und Gewaltbereitschaft bei SchülerInnen in Oberösterreich*, Abschlussbericht (Rohfassung), Linz: Institut für Berufs- und Erwachsenenbildungsforschung an der Universität Linz.
- Botz, Gerhard (1975): *Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938 bis 1945. Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik*, Wien/Salzburg: Geyer-Edition.
- Botz, Gerhard (1990): »Arbeiterschaft und österreichische NSDAP-Mitglieder (1926–1945)«, in: Ardel, Rudolf G. und Hautmann, Hans (Hrsg.), *Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich. In memoriam Karl R. Stadler*, Wien/Zürich: Europa Verlag, S. 29–48.
- Botz, Gerhard (2001): »Arisierungen in Österreich (1938–1940)«, in: Stiefel, Dieter (Hrsg.), *Die politische Ökonomie des Holocaust. Zur wirtschaftlichen Logik von Verfolgung und ›Wiedergutmachung‹*, München: Oldenbourg, S. 29–56.
- Botz, Gerhard (2016): *Zeitgeschichte zwischen Politik, Biografie und Methodik: Gewalt und Nationalsozialismus in Österreich im 20. Jahrhundert*, Köln: Historical Social Research, Supplement 28.

- Botz, Gerhard und Sprengnagel, Gerald (Hrsg.) (1994): *Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker*, Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Bourdieu, Pierre (1997): *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz: UVK.
- Brunmayr, Erich (1992): *Rechtsextremismus und Benachteiligung: Österr. Jugendstudie 1992*, Wien: Sozialforschung Dr. Brunmayr.
- Buchberger, Christa (1978): »Der Faschismus im österreichischen Schulbuch – Inhaltsanalyse österreichischer Geschichtsbücher«, in: Konrad, Helmut (Hrsg.), *Sozialdemokratie und »Anschluß«*. *Historische Wurzeln, Anschluß 1918 und 1938, Nachwirkungen*, Wien: Europa Verlag, S. 128–132.
- Butterwegge, Christoph, Cremer, Janine, Häusler, Alexander, Hentges, Gudrun, Pfeiffer, Thomas, Reißlandt, Carolin und Salzborn, Samuel (Hrsg.) (2002): *Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demographischer Wandel und Nationalbewusstsein*, Opladen: Leske + Budrich. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-663-11633-2>.
- De Weerd, Yves, Catellani, Patrizia, De Witte, Hans und Milesi, Patrizia (2007): »Perceived Socio-Economic Change and Right-Wing Extremism: Results of the SIREN-Survey among European Workers«, in: Flecker, Jörg (Hrsg.), *Changing Working Life and the Appeal of the Extreme Right*, Aldershot: Ashgate, S. 35–62.
- Dorner-Hörig, Christian (2014): *Habitus und Politik in Kärnten. Soziogenetische und psychogenetische Grundlagen des Systems Jörg Haider*, Wiesbaden: Springer VS. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-04240-0>.
- Ennsner, Laurenz (2010): »The homogeneity of West European party families: the radical right in comparative perspective«, in *Party politics*, 18. Jahrgang, Heft 2, S. 151–171. DOI: <https://doi.org/10.1177/1354068810382936>.
- Fillitz, Thomas (2006): »Being the Native's Friend Does Not Make You the Foreigner's Enemy«, in: Gingrich, Andre und Banks, Marcus (Hrsg.), *Neo-Nationalism in Europe and Beyond: Perspectives from Social Anthropology*, London: Berghahn, S. 138–161.
- Fleck, Christian (1988): »Soziologie in Österreich nach 1945«, in: Cobet, Christoph (Hrsg.), *Einführung in Fragen an die Soziologie in Deutschland nach Hitler 1945–1950*, Frankfurt am Main: Christoph Cobet, S. 123–147.
- Fleck, Christian und Müller, Albert (1992): »Zum nachnazistischen Antisemitismus in Österreich«, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 3. Jahrgang, Heft 4, S. 481–514.
- Flecker, Jörg (Hrsg.) (2007): *Changing Working Life and the Appeal of the Extreme Right*, Aldershot: Ashgate.
- Flecker, Jörg, Hentges, Gudrun und Balazs, Gabrielle (2007): »Potential of Political Subjectivity and the Various Approaches to the Extreme right: Findings of the Qualitative Research«, in: Flecker, Jörg (Hrsg.), *Changing Working Life and the Appeal of the Extreme Right*, Aldershot: Ashgate, S. 35–62.

- Flecker, Jörg und Kirschenhofer, Sabine (2007): *Die populistische Lücke. Umbrüche in der Arbeitswelt und Aufstieg des Rechtspopulismus am Beispiel Österreichs*, Berlin: edition sigma. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783845267944>.
- Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit (Hrsg.) (2014): *Rechtsextremismus. Entwicklungen und Analysen*, Band 1, Wien: Mandelbaum.
- Friesl, Christian, Renner, Katharina und Wieser, Renate (2010): »Wir« und »die Anderen«. Einstellungen zu »Fremden« und »Fremdenfeindlichkeit« in Österreich«, in: *SWS-Rundschau*, 50. Jahrgang, Heft 1, S. 6–32.
- Gärtner, Reinhold (1996): *Die ordentlichen Rechten. Die »Aula«, die Freiheitlichen und der Rechtsextremismus*, Wien: Picus.
- Gärtner, Reinhold (2009): *Politik der Feindbilder: Rechtspopulismus im Vormarsch*, Wien: Kremayr & Scheriau.
- Gehler, Michael (1995): »Rechtskonservatismus, Rechtsextremismus und Neonazismus in österreichischen Studentenverbindungen von 1945 bis in die jüngste Zeit«, in: Bergmann, Wolfgang, Erb, Rainer und Lichtblau, Albert (Hrsg.), *Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 236–266.
- Gingrich, Andre und Banks, Marcus (Hrsg.) (2006): *Neo-Nationalism in Europe and Beyond: Perspectives from Social Anthropology*, London: Berghahn.
- Gottschlich, Maximilian (2012): *Die große Abneigung. Wie antisemitisch ist Österreich? Kritische Befunde zu einer sozialen Krankheit*, Wien: Czernin.
- Gstettner, Peter (2004): »Der Ortstafelsturm – eine Bewegung gegen Gesetz und Ordnung. Eine Analyse der Mikropolitik rund um das Jahr 1972 in Kärnten«, in: Pandel, Martin (Hrsg.), *Ortstafelkonflikt in Kärnten – Krise oder Chance?*, Wien: Braumüller, S. 247–272.
- Gunz, Josef (1978): »Die Tradierung von Vorurteilen«, in: Konrad, Helmut (Hrsg.), *Sozialdemokratie und »Anschluß«*. Historische Wurzeln, Anschluß 1918 und 1938, Nachwirkungen, Wien: Europa Verlag, S. 116–125.
- Hanak, Gerhard, Krucsay, Brita und Gombots, Roland (2010): *Rechtsextreme Straftaten im Kontext*, Wien: Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie (IRKS) (http://www.irks.at/assets/irks/Publikationen/Forschungsbericht/RechtsextremeStraftaten_Endbericht.pdf, 10. Februar 2018).
- Hausjell, Fritz (1993): »Die Welle ist noch nicht vorbei. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie über neonazistische »Computerspiele« in Österreich«, in: Maaß, Jürgen und Schartner, Christian (Hrsg.), *Computerspiele: (Un-)heile Welt der Jugendlichen?*, München: Profil, S. 95–106.
- Heinisch, Reinhard (2002): *Populism, Proporz, Pariah: Austria Turns Right: Austrian Political Change, Its Causes and Repercussions*, Huntington: Nova Science
- Heinisch, Reinhard (2013): »Austrian Right-wing Populism: A Surprising Comeback under a New Leader«, in: Grabow, Karsten und Hartleb, Florian (Hrsg.), *Exposing the Demagogues: Right-wing and National Populist Parties in Europe*, Brüssel/Berlin: Centre for European Studies/Konrad Adenauer Stiftung, S. 47–79.

- Heitmeyer, Wilhelm (1992): *Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen: Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation*, Weinheim: Juventa.
- Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2010): *Deutsche Zustände*, Folge 9, Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, Wilhelm, Buhse, Heike und Vossen, Johannes (1993): *Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher*, Weinheim: Juventa.
- Hofmann, Julia (2016): »Abstiegsangst und Tritt nach unten? Die Verbreitung von Vorurteilen und die Rolle sozialer Unsicherheit bei der Entstehung dieser am Beispiel Österreichs«, in: Aschauer, Wolfgang, Donat, Elisabeth und Hofmann, Julia (Hrsg.), *Solidaritätsbrüche in Europa. Konzeptuelle Überlegungen und empirische Befunde*, Wiesbaden: Springer VS, S. 237–262. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-06405-1_11.
- Hofmann, Julia, Altreiter, Carina, Flecker, Jörg, Schindler, Saskja und Simsa, Ruth (2019): »Symbolic Struggles over Solidarity in Times of Crisis: Trade Unions, Civil Society Actors and the Political Far Right in Austria«, in: *European Societies*, 21. Jahrgang, S. 1–23. DOI: <https://doi.org/10.1080/14616696.2019.1616790>.
- Holzer, Willibald I. (1979): »Rechtsextremismus – Konturen und Definitionskomponenten eines politischen Begriffs«, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Rechtsextremismus in Österreich nach 1945*, Wien: ÖBV, S. 11–97.
- Holzer, Willibald I. (1993): »Rechtsextremismus – Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze«, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus*, Wien: Deuticke, S. 11–96.
- Hopfinger, Christoph und Günther, Ogris (1999): »Wie treu sind blaue Wählerherzen? Eine statistische Analyse des Wahlverhaltens der FPÖ-Wähler bei den österreichischen Nationalratswahlen in den neunziger Jahren«, in: Plasser, Fritz, Gabriel, Oscar W., Falter, Jürgen W. und Ulram, Peter A. (Hrsg.), *Wahlen und politische Einstellungen in Deutschland und Österreich*, Frankfurt am Main: Peter Lang, S. 129–144.
- Institut für Markt- und Sozialanalysen, IMAS (Hrsg.) (1973): *Die Meinung über Juden*, Linz (unveröffentlichter Forschungsbericht).
- Institut für empirische Sozialforschung, IFES (Hrsg.) (1972): *Vorurteile in Österreich*, Wien (unveröffentlichter Forschungsbericht).
- Kaizar, Inge (1992): *Handlungsorientierte Arbeitsunterlagen zum Thema »Rechtsextremismus und Gewalt«*, Wien: Österreichischer Gewerkschaftsbund.
- Karazman-Morawetz, Inge und Steinert, Heinz (1993): *»Jugend und Gewalt«*, Forschungsbericht, Wien: Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie.
- Katzenstein, Peter J. (1976): »Das österreichische Nationalbewußtsein«, in: *Journal für angewandte Sozialforschung*, 16. Jahrgang, Heft 3, S. 2–14.
- Klammer, Carina (2012): *Imaginationen des Untergangs: von der »abgeklärten Aufklärung« zum »Wiegenimperialismus«*. Eine Diskursanalyse zur Konstruktion anti-

- muslimischer Fremdbilder im Rahmen der Identitätspolitik der Freiheitlichen Partei Österreichs*, Wien: Universität Wien (Diplomarbeit).
- Költringer, Richard und Gehmacher, Ernst (1989): »Antisemitismus und die ›Waldheimdiskussion‹ während des österreichischen Bundespräsidentenwahlkampfes 1986«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 41. Jahrgang, Heft 3, S. 555–562.
- Ley, Michael und Gehmacher, Ernst (Hrsg.) (1996): *Das Ende des Nationalismus. Neue Fremdenfeindlichkeit und neonationalistische Aufbrüche in Ost- und Westeuropa*, Wien: WUV-Universitätsverlag.
- Marin, Bernd (1978): »Antisemitismus unter Arbeitern? Einige Daten und Thesen zum ›Klassencharakter‹ des nachfaschistischen Antisemitismus in Österreich«, in: Botz, Gerhard, Hautmann, Hans, Konrad, Helmut und Weidenholzer, Josef (Hrsg.), *Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte*, Wien: Europa Verlag, S. 765–790.
- Marin, Bernd (1979): »Ein historisch neuartiger ›Antisemitismus ohne Antisemiten?‹ Beobachtungen und Thesen am Beispiel Österreichs nach 1945«, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 5. Jahrgang, Heft 4, S. 545–569.
- Marin, Bernd (1983): »›Die Juden‹ in der Kronen-Zeitung. Textanalytisches Fragment zur Mythenproduktion 1974«, in: Bunzl, John und Marin, Bernd (Hrsg.), *Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien*, Innsbruck: Inn-Verlag.
- Marin, Bernd (2000): *Antisemitismus ohne Antisemiten. Autoritäre Vorurteile und Feindbilder*, unveränderte Neuauflage früherer Analysen 1974–1979 und Umfragen 1946–1991, Frankfurt am Main: Campus.
- Marquart, Franziska (2013): »Rechtspopulismus im Wandel. Wahlplakate der FPÖ von 1978–2008«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 42. Jahrgang, Heft 4, S. 353–371.
- Mayer, Stefanie, Ajanovic, Edma und Sauer, Birgit (2014): »Intersections and inconsistencies. Framing gender in right-wing populist discourses in Austria«, in: *NORA-Nordic Journal of Feminist and Gender Research*, 22. Jahrgang, Heft 4, S. 250–266. DOI: <https://doi.org/10.1080/08038740.2014.964309>.
- Mayer, Stefanie, Ajanovic, Edma und Sauer, Birgit (2018): »Geschlecht als Natur und das Ende der Gleichheit: Rechte Angriffe auf Gender als Element autoritärer politischer Konzepte«, in: *Femina politica*, 27. Jahrgang, Heft 1, S. 47–61. DOI: <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v27i1.05>.
- Opratko, Benjamin (2017): »Rechtspopulismus als Krisenbearbeitung. Anmerkungen zum Aufstieg von AfD und FPÖ«, in: *Prokla*, 47. Jahrgang, Heft 186, S. 123–130. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v47i186.185>.
- Paulhart, Walter (1989): *Die extreme Rechte in Österreich*, Wien: Universität Wien (Diplomarbeit).
- Peham, Andreas, Schindler, Christine und Stögner, Karin (Hrsg.) (2008): *Jahrbuch des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes 2008: Schwerpunkt Antisemitismus*, Wien: LIT.

- Picker, Ruth, Salfinger, Brigitte und Zeglovits, Eva (2004): »Aufstieg und Fall der FPÖ aus der Perspektive der empirischen Wahlforschung: Eine Langzeitanalyse (1984–2004)«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 33. Jahrgang, Heft 3, S. 263–279.
- Pelinka, Anton (2002): »Die FPÖ in der vergleichenden Parteienforschung: zur typologischen Einordnung der Freiheitlichen Partei Österreichs«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 31. Jahrgang, Heft 3, S. 281–290.
- Pelinka, Anton (2013): »Right-Wing Populisms: Concept and Typology«, in: Wodak, Ruth, KhosraviNik, Majid und Mral, Brigitte (Hrsg.), *Right-Wing Populism in Europe: Politics and Discourse*, London: Bloomsbury.
- Pelinka, Anton, Bischof, Karin und Stögner, Karin (Hrsg.) (2009): *Handbook of Prejudice*, Amherst/New York: Cambria Press.
- Pelinka, Anton, Bischof, Karin und Stögner, Karin (Hrsg.) (2012): *Vorurteile. Ursprünge, Formen, Bedeutung*, Berlin: De Gruyter. DOI: <https://doi.org/10.1515/9783110267198>.
- Plasser, Fritz und Ulram, Peter A. (2000): »Rechtspopulistische Resonanzen. Die Wählerschaft der FPÖ«, in: Plasser, Fritz, Ulram, Peter A. und Sommer, Franz (Hrsg.), *Das österreichische Wahlverhalten*, Wien: Signum, S. 225–241.
- Polak, Regina (Hrsg.) (2011): *Zukunft. Werte. Europa. Die Europäische Wertestudie 1990–2010: Österreich im Vergleich*, Wien: Böhlau. DOI: <https://doi.org/10.7767/boehlau.9783205791638>.
- Preglau, Max (2001): »Rechtsextrem oder postmodern? Über Rhetorik, Programmatik, Interaktionsformen und ein Jahr Regierungspolitik der (Haider-)FPÖ«, in: *SWS-Rundschau*, 41. Jahrgang, Heft 2, S. 193–213.
- Rathkolb, Oliver (2010): »Epilogue«, in: Rathkolb, Oliver und Ogris, Günther (Hrsg.), *Authoritarianism, history and democratic dispositions in Austria, Poland, Hungary and the Czech Republic*, Innsbruck/Wien/Bozen: StudienVerlag, S. 135–139.
- Rathkolb, Oliver und Ogris, Günther (Hrsg.) (2010): *Authoritarianism, history and democratic dispositions in Austria, Poland, Hungary and the Czech Republic*, Innsbruck/Wien/Bozen: StudienVerlag.
- Reinalter, Helmut, Petri, Franko und Kaufmann, Rüdiger (Hrsg.) (1998): *Das Weltbild des Rechtsextremismus. Die Strukturen der Entsolidarisierung*, Innsbruck: StudienVerlag.
- Reinprecht, Christoph (2014): »Die österreichische Soziologie und der Nationalsozialismus. Aufbruch, Verdrängung und verletzte Identität«, in: Christ, Michaela und Suderland, Maja (Hrsg.), *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven*, Berlin: Suhrkamp, S. 237–262.
- Reisigl, Martin und Wodak, Ruth (Hrsg.) (2001): *The Semiotics of Racism. Approaches in Critical Discourse Analysis*, Wien: Passagen.
- Rosenberger, Sieglinde und Hadj-Abdou, Leila (2013): »Islam at issue: anti-Islamic mobilization of the extreme right in Austria«, in: Mammone, Andrea, Godin, Emmanuel und Jenkins, Brian (Hrsg.), *Varieties of Right-Wing Extremism in Europe*, London: Routledge, S. 163–178.

- Seiser, Gertraud (2006): »Healthy Native Soil« Versus Common Agricultural Policy: Neo-nationalism and Farmers in the EU. The Example of Austria«, in: Gingrich, Andre und Banks, Marcus (Hrsg.), *Neo-Nationalism in Europe and Beyond: Perspectives from Social Anthropology*, London: Berghahn, S. 199–217.
- SORA Institute for Social Research and Consulting (2017): *Wahlanalysen; Nationalratswahl 2017* (<http://www.sora.at/themen/wahlverhalten/wahlanalysen/nrw17.html>, 26. April 2018).
- Sottopietra, Doris (1997): *Variationen eines Vorurteils. Eine Entwicklungsgeschichte des Antisemitismus in Österreich*, Wien: Passagen.
- Stadler, Karl R. (1966): *Österreich 1938–1945 im Spiegel der NS-Akten*, Wien: Herold.
- Stögner, Karin (2012): »Economic Crisis and Blaming You Know Who: Antisemitism and Nationalism in Austria«, in: *Journal for the Study of Antisemitism*, 3. Jahrgang, Heft 2, S. 711–729.
- Stögner, Karin (2014): *Antisemitismus und Sexismus. Historisch-gesellschaftliche Konstellationen*, Baden-Baden: Nomos. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783845257389>.
- Stögner, Karin (2016): »We are the new Jews!« and »The Jewish Lobby« – antisemitism and the construction of a national identity by the Austrian Freedom Party«, in: *Nations and Nationalism*, 22. Jahrgang, Heft 3, S. 484–504. DOI: <https://doi.org/10.1111/nana.12165>.
- Stögner, Karin (2017): »Angst vor dem »neuen Menschen«: Zur Verschränkung von Antisemitismus, Antifeminismus und Nationalismus in der FPÖ«, in: Grigat, Stephan (Hrsg.), *AfD und FPÖ. Antisemitismus, Nationalismus und Geschlechterverhältnisse*, Baden-Baden: Nomos, S. 137–161. DOI: <https://doi.org/10.5771/9783845281032-137>.
- Stögner, Karin (2018): »Secondary antisemitism, the economic crisis and the construction of national identity«, in: *Critical Sociology*, 44. Jahrgang, Heft 4–5, S. 719–732. DOI: <https://doi.org/10.1177/0896920516662507>.
- Stögner, Karin und Bischof, Karin (2018): »International High Finance Against the Nation«. Antisemitism and Nationalism in Austrian Print Media Debates on the Economic Crisis«, in: *Journal of Language and Politics*, 17. Jahrgang, Heft 3, S. 428–446. DOI: <https://doi.org/10.1075/jlp.16040.sto>.
- Stögner, Karin und Wodak, Ruth (2014): »Nationale Einheit« und die Konstruktion des »fremden Juden«: die politische Instrumentalisierung rechtspopulistischer Ausgrenzung in der Daily Mail«, in: *Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie*, Jahrgang 2014, Heft 86, S. 131–160.
- Stögner, Karin und Bischof, Karin (2018): »International High Finance Against the Nation«. Antisemitism and Nationalism in Austrian Print Media Debates on the Economic Crisis«, in: *Journal of Language and Politics*, 17. Jahrgang, Heft 3, S. 428–446. DOI: <https://doi.org/10.1075/jlp.16040.sto>.
- Szecs, Maria und Stadler, Karl R. (1962): *Die NS-Justiz in Österreich und ihre Opfer*, Wien: Herold.

- Wassermann, Heinz (2002): *Naziland Österreich!? Studien zu Antisemitismus, Nation und Nationalismus im öffentlichen Meinungsbild*, Innsbruck/Wien/Bozen: StudienVerlag.
- Wassermann, Heinz (2003): »Österreichischer Rechtsextremismus im Internet«, in: Amt der Kärntner Landesregierung (Hrsg.), *Chancen und Risiken des Internet*, Klagenfurt/Celovec: Eigenverlag, S. 24–38.
- Weidenholzer, Josef (1979): »Rechtsextreme und autoritäre Tendenzen im Bewußtsein der österreichischen Bevölkerung«, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Rechtsextremismus in Österreich nach 1945*, Wien: ÖBV, S. 392–403.
- Weidinger, Bernhard (2014a): »Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen«: *Akademische Burschenschaften und Politik in Österreich nach 1945*, Wien: Böhlau. DOI: https://doi.org/10.26530/OAPEN_513578.
- Weidinger, Bernhard (2014b): »Rechtsextremismusforschung in Österreich: Personen, Institutionen, Zugänge und Defizite. Ein (geraffter) Überblick«, in: Forschungsgruppe Ideologien und Politiken der Ungleichheit, Wien (Hrsg.), *Rechtsextremismus*, Band 1: Entwicklungen und Analysen, Wien: Mandelbaum, S. 18–39.
- Weinzierl, Erika (1994): »Rechtsextremismus und Gewalt bzw. Aggression«, in: Scholz-Strasser, Inge (Hrsg.), *Aggression und Krieg*, Wien: Turia + Kant, S. 58–84.
- Weiss, Hilde (1977/78): »Antisemitismus. Inhalte und Ausmaß antijüdischer Einstellungen in der Wiener Bevölkerung (I), (II), (III)«, in: *Journal für angewandte Sozialforschung* (JaS), 17. Jahrgang, Heft 3, S. 13–26; 17. Jahrgang, Heft 4, S. 12–22; 18. Jahrgang, Heft 1, S. 9–16.
- Weiss, Hilde (1999): »On the present-day significance of the concept of the »Authoritarian Personality««, in: Enyedi, Zsolt und Erős, Ferenc (Hrsg.), *Authoritarianism and Prejudice. Central European Perspectives*, Budapest: Osiris, S. 29–53.
- Weiss, Hilde (2002): »Ethnische Stereotype und Ausländerklischees. Formen und Ursachen von Fremdwahrnehmungen«, in: Liebhart, Karin, Menasse, Elisabeth und Steinert, Heinz (Hrsg.), *Fremdbilder, Feindbilder, Zerrbilder*, Klagenfurt: Drava, S. 17–37.
- Weiss, Hilde (2004): *Nation und Toleranz? Empirische Studien zu nationalen Identitäten in Österreich*, Wien: Braumüller.
- Weiss, Hilde (2012): »Anti-Semitism in Austria and Germany – Commonalities and Differences«, in: Salzborn, Samuel, Davidov, Eldad und Reinecke, Jost (Hrsg.), *Methods, Theories, and Applications in the Social Sciences*, Wiesbaden: Springer VS, S. 159–168. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-531-18898-0_20.
- Weiss, Hilde und Schulz, Wolfgang (2005): »Ausländerfeindlichkeit und Neoliberalismus als Elemente populistischer Politik? Zum Wandel der Einstellungen der ÖsterreicherInnen zwischen 1998 und 2003«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 34. Jahrgang, Heft 4, S. 395–412.
- Wodak, Ruth (2015): *The Politics of Fear: What Right-wing Populist Discourses Mean*, London: Sage. DOI: <https://doi.org/10.4135/9781446270073>.

- Wodak, Ruth, KhosraviNik, Majid und Mral, Brigitte (Hrsg.) (2013): *Right-Wing Populism in Europe: Politics and Discourse*, London: Bloomsbury.
- Wurmhöringer, Sarah (2012): *Rechtsextremismus im inneren Salzkammergut*, Linz: Universität Linz (Diplomarbeit).
- Zeglovits, Eva und Zandonella, Martina (2013): »Young Men and their Vote for the Radical Right in Austria: Can Personality Traits, Right-Wing Authoritarianism and Social Dominance Orientation Contribute to the Explanation of Radical Right Voting?«, in: *Politics, Culture and Socialization*, 3. Jahrgang, Heft 1–2, S. 63–82.
- Ziegler, Meinrad und Kannonier-Finster, Waltraud (1993): *Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit*, Wien: Böhlau.
- Zilian, Hans G. (1993): *Jugend und Rechtsextremismus: Pilotstudie im Auftrag des Amtes für Jugend und Familie des Magistrats Graz*, Graz (unveröffentlichter Forschungsbericht).

Transmissionen

Lange Schatten: Das Erbe der Nachkriegssoziologie

Christoph Reinprecht

»Das Unbewusste, das ist das Vergessen der Geschichte. Das Unbewusste, das sind die verborgen gehaltenen, vergessenen, sozialen Bedingungen der Produktion: das abgetrennte Produkt dieser sozialen Bedingungen der Produktion erfährt einen Bedeutungswandel und übt einen ideologischen Effekt aus.« (Bourdieu 1993: 79)

Dass sich die Scheu und Zurückhaltung der in Österreich betriebenen Soziologie gegenüber einer kritischen Aufarbeitung und Analyse des österreichischen Nationalsozialismus auch aus ihrer gesellschaftlichen Position erklärt, ist die Hauptthese dieses Aufsatzes. Zwei Themen sind es, an denen sich der Text schrittweise abarbeitet: Eine Analyse der sozialen Bedingungen der soziologischen Erkenntnisproduktion nach 1945 soll klären, warum der Nationalsozialismus lange Zeit zu *keinem* Objekt der soziologischen Analyse wurde. Zugleich stellt sich die Frage, ob und auf welche Weise diese Bedingungen in Form von Denkkategorien, Problemwahrnehmungen oder Erkenntnispraktiken auf die soziologische Forschung der Nachkriegsjahrzehnte eine *nachhaltige Wirkung* entfalteten.

Nach der Befreiung von der NS-Herrschaft repräsentierte die Soziologie in Österreich eine Konstellation aus katholisch inspirierter Sozialphilosophie und anwendungswissenschaftlich ausgerichteter Realsoziologie. Die Institutionalisierung des Faches verlief langsam, weil die politischen und gesellschaftlichen Machteliten nur ein sehr eingeschränktes Interesse an soziologischer Aufklärung und Erkenntnis hatten, während die im Feld der Soziologie tätigen Personen, mit ihren Themensetzungen und ihrer gesellschaftstheoretischen Abstinenz, sich selbst und das Fach provinzialisierten. Wie aber können, ohne Begriff von Gesellschaft und Geschichte, durch den sowohl das Objekt soziologischer Analyse als auch sein Verhältnis zum forschendem Subjekt bestimmt sind, adäquate Gegenstandsbenennung und professionelle Selbstbefragung möglich sein? Warum die Soziologie ihre aufklärerische Funktion, die in einem kritisch-nüchternen Blick auf gesellschaftliche Zusammenhänge und die Be-

dingungen, Potenziale, Verwerfungen des Zusammenlebens zum Ausdruck kommt, im postnationalsozialistischen Österreich nicht wahrnehmen konnte, und welche Folgen dies hat, wird im Folgenden aufzuklären sein.

Die dem Aufsatz zugrundeliegende These ist, dass für eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte das Fach (bzw. seine ProtagonistInnen) über ein gewisses Maß an Autonomie verfügen muss. Für die analytische Perspektive, aus der dieser Artikel verfasst ist, ist also das Kriterium der *relativen Autonomie* entscheidend (vgl. dazu Bourdieu 1988). Relativer Autonomiegewinn entsteht, wenn es den im Feld der Soziologie agierenden WissenschaftlerInnen – bei aller interdependenten Eingewobenheit in institutionelle Realitäten und gesellschaftliche Rahmenbedingungen – gelingt, zu den externen ökonomischen, politischen, institutionellen Zwängen auf Distanz zu gehen. »Ein Feld«, schreibt Bourdieu, »das ist ein Universum, in dem die Charakteristiken der Produzenten definiert sind durch deren Stellung in Produktionsverhältnissen, durch den Platz, den sie in einem bestimmten Raum von objektiven Beziehungen innehaben« (Bourdieu 1993: 80). Das Feld der Soziologie lässt sich so gesehen als ein Positionsgeflecht von sozialwissenschaftlich tätigen Personen beschreiben, deren Forschung weder allein von internen Diskussionen und Konflikten, noch von externen, also außerwissenschaftlichen Diskursen und Zwängen bestimmt wird. Autonomie kann so gesehen immer nur partiell, niemals vollständig sein. Wie jedes andere Feld ist auch das wissenschaftliche Feld der Soziologie dem Zugriff von Marktmacht und politischer Macht ausgesetzt, zugleich konstituiert es, wie George Steinmetz formuliert,

»ein Schlachtfeld, ein Terrain des symbolischen Konflikts. Es gibt eine allgemeine Polarisierung des Feldes zwischen heteronomen und autonomen Polen, jeder davon korrelierend mit ungleich verteiltem, feldspezifischem symbolischem Kapital. Akteure, die näher zum heteronomen Pol stehen, werden dazu neigen, ihre Praktiken an externen Kräften im allumfassenden Feld der Macht zu orientieren, wie den Wissenschaftsmärkten oder den Staat.« (Steinmetz 2015: 141)

Der soziologische Blick auf die Soziologie betont den Konflikt um das feldspezifische symbolische Kapital, um Deutungshoheit und Positionen in der (sozialen und kulturellen) Hierarchie, als entscheidenden Faktor für die Erlangung und Erhaltung von Autonomie, während sie zugleich die Strategien zwischen Zustimmung und Distanzierung aufzeigt, die WissenschaftlerInnen in der Auseinandersetzung und Reibung mit externen Kräften oder anderen, konkurrierenden Wissenschaftsfeldern einschlagen. Auf diese Weise werden differenzierte Positionen, Standpunkte, Handlungsstrategien erkennbar, die sich im Feld der Wissenschaft artikulieren und entsprechende Wirkungen entfalten.

Der vorliegende Beitrag beginnt mit einer Beschreibung des Felds der Soziologie im post-nazistischen Österreich, wobei zahlreiche Besonderheiten und Paradoxa festgestellt werden und nach Klärung verlangen. Die geisterhafte Szenerie, die eingangs skizziert wird, ist im Kontext der sehr zaghaften und schleppenden Bemühungen um

eine Institutionalisierung des Fachs in der akademischen Welt zu sehen. Der zweite Abschnitt wendet sich der wissenschaftlichen Biografie von Leopold Rosenmayr zu, der 1955 als erster österreichischer Soziologe nach 1945 an der Universität Wien habilitiert wurde und in den darauffolgenden Jahrzehnten federführend an der Etablierung der Soziologie in Österreich beteiligt war. Das Beispiel von Rosenmayr erlaubt, mögliche Gründe für die Abwehr einer ernsthaften fachlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, aber auch für den ambivalenten Selbstbezug der Soziologie (bis hin zu einer Art Antisozilogie), wie sie auch in der wissenschaftstheoretischen Programmatik von Soziologie als angewandter Sozialforschung Ausdruck fanden, zu erörtern. Als Ausgangspunkt dient dabei, neben ausgewählten wissenschaftlichen Schriften, vor allem die umfangreiche autosozio-biografische Literatur, die Rosenmayr seit den späten 1980er-Jahren verfasst hat.

Kontext: Geisterstunde 1945

Das irritierende Phänomen, mit dem sich jede Auseinandersetzung dieser Frage(n) konfrontiert sieht, liegt in der geisterhaften Struktur dessen, was man »Soziologie im postnazistischen Österreich« nennen könnte. Hat es sie überhaupt gegeben, die bzw. eine Soziologie in Österreich? Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus hat die Situation jedenfalls viel Geisterhaftes: Erscheinungen aus der Unterwelt treten auf (wie etwa Othmar Spann, der versucht, an der Universität wieder Fuß zu fassen), fliehende Schatten huschen vorbei (wie Gunther Ipsen, der 1939 auf den ehemaligen Lehrstuhl Karl Bühlers berufen und nun aus Österreich verbannt wird), aus der Ferne dringen leise die Stimmen der Abwesenden (der 1938 ins Exil Vertriebenen), während aus dem weihrauchverhangenen inneren Exil Figuren hervortreten, die jede Hoffnung schwinden lassen, dass der Disziplin, »dennoch aufgeht, was ihr entrückt ist« (Adorno 1993: 260).¹

Welch ein Paradoxon! Am 31. März 1946 wurde August Maria Knoll auf den ersten Lehrstuhl in Österreich mit Denomination für Soziologie berufen, erst als außerordentlicher Professor (mit der Widmung Religionssoziologie), vier Jahre später, 1950, als Ordinarius. Erstmals also gab es eine als solche bezeichnete und an der größten Universität des Landes eingerichtete Professur für Soziologie,² aber wo war die Soziologie, existierte sie überhaupt? Die Präsenz des Lehrstuhls als ein Ef-

1 | Die Anmerkung Adornos bezieht sich auf Ludwig van Beethovens »Geistertrio«.

2 | An der Universität Wien existiert ab Mitte des 19. Jahrhunderts ein an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät verankerter Lehrstuhl für Politische Ökonomie (später Politische Ökonomie bzw. Nationalökonomie und Gesellschaftslehre), auf dem beginnend mit Lorenz von Stein (berufen 1856) bis zu Adolf Günther (berufen 1940) alle Vorgänger Knolls wirken; soziologische Lehrveranstaltungen werden ab dem späten 19. Jahrhundert auch an der Philosophischen Fakultät angeboten (vgl. Norden, Reinprecht und Froschauer 2015). Ähnlich die Situation an der Universität Graz, wo Ludwig Gumplowicz 1892 als Professor der Verwaltungslehre und des Österreichischen Verwaltungsrechts berufen wird. Die Bezeichnung Sozi-

fekt der Abwesenheit der Soziologie? Jedenfalls eine verkehrte Welt, wenn man sich die kurze Zeitspanne zwischen 1918 und 1934 vor Augen hält und die vielfältigen Impulse, die das Feld der Soziologie damals hervorbrachte und charakterisierte: die Vielzahl der einander sich teils überschneidenden intellektuellen Zirkel, die fruchtbaren, wenn auch nicht spannungsfreien Diskurse mit den fortschrittlichsten Köpfen dieser Zeit aus Psychologie (Karl und Charlotte Bühler), Tiefenpsychologie (Alfred Adler) und Psychoanalyse (Sigmund Freud, Wilhelm Reich), Pädagogik (Siegfried Bernfeld), logischem Empirismus (Ernst Mach, Rudolf Carnap, Moritz Schlick) und Ökonomie (Carl Grünberg, Joseph Schumpeter), Reiner Rechtslehre (Hans Kelsen) und Austromarxismus (Max Adler, Otto Bauer, Karl Renner, Rudolf Hilferding), die hohe Innovationskraft in soziologischer Theoriebildung und sozialwissenschaftlicher Methodologie, oder das über das Akademische weit hinausreichende aufklärerische Bildungsverständnis. Was nach dem faschistischen Zerstörungswerk erst in den Konstellationen des Exils weltweite Geltung erlangen sollte, konstituierte sich zu dieser Zeit in einem losen und zugleich äußerst schwierigen Verhältnis zum etablierten akademischen Feld, das die Deutungshoheit beanspruchte. Es zählt zu den bemerkenswertesten Aspekten der Geschichte der Soziologie in Österreich, dass es den Proponenten einer konservativ-reaktionären Gesellschaftslehre, verkörpert in der Person von Othmar Spann, bereits im Vorfeld von Austro- und NS-Faschismus gelungen war, die strategisch wichtigsten akademischen Positionen in diesem Feld zu besetzen, während die große Zahl an SozialwissenschaftlerInnen, die heute rückblickend als RepräsentantInnen des wissenschaftlichen Felds einer *österreichischen* Soziologie angesehen werden, wie Käthe Leichter oder Paul F. Lazarsfeld, Marie Jahoda oder Hans Zeisel, Gertrude Wagner, Herta Herzog oder Else Frenkel-Brunswik, Otto oder Paul Neurath, Alfred Schütz oder Felix Kaufmann, um nur die bekanntesten Namen zu nennen, ab 1933/34 sukzessive zurückgedrängt, verfolgt und mit der NS-Herrschaft schließlich vertrieben oder, wie Käthe Leichter, ermordet wurden.

Das Frappante an der geisterhaften Struktur des Feldes der Soziologie unmittelbar nach der Befreiung von der NS-Herrschaft sind wohl die verschiedenen Dimensionen von *Abwesenheit*. Die Soziologie dieser Zeit war gewissermaßen *materialisierte Abwesenheit*, eine *Nicht-Soziologie*. Und das in zumindest dreierlei Hinsicht:

- *Zum einen* dachte kaum jemand, der oder die nach 1933 Österreich verlassen hatte oder ins Exil gezwungen worden war, daran, zurückzukehren (abgesehen davon, dass das offizielle Österreich, einschließlich der Universitäten, an der Rückkehr der Personen in der Emigration und im Exil nicht interessiert war³), und dies betraf sowohl die ProponentInnen des Faches selbst als auch das im vorhergehen-

ologie taucht in der Denomination eines Lehrstuhls nur in Innsbruck auf, und zwar bei Adolf Günther, seit 1923 Professor für Politische Ökonomie, Statistik und Soziologie.

3 | So wurde auch die Initiative österreichischer WissenschaftlerInnen, die sich im Exil als Austrian University League organisiert und Mitte 1946 ein Memorandum zum Wiederaufbau der österreichischen Universitäten ausgearbeitet und an das Ministerium in Wien übermittelt hatte, weitgehend ignoriert (vgl. dazu Fleck 1987; 2016).

den Absatz skizzierte Umfeld.⁴ Jene Wenigen, die nach Österreich zurückkehrten, wie etwa Leo Stern oder Alfred Kozlik, waren meist nicht gern gesehen, außer es handelte sich um Personen aus dem Umfeld der »ständestaatlichen« oder katholischen Tradition (dazu etwas ausführlicher weiter unten).

- Abwesend waren *zum Zweiten* aber auch fast alle Personen, die während der NS-Zeit akademische Positionen besetzt bzw. Karriere gemacht hatten, sich im weiteren Sinne dem wissenschaftlichen Feld der Soziologie zuordnen lassen und nach 1945 außer Dienst gestellt oder entlassen wurden (eine Ausnahme bildet Walther Schienerl, der ohne Unterbrechung bis 1961 an der Universität Wien unterrichtete; siehe dazu den Beitrag von Kranebitter in diesem Band):⁵ Neben Adolf Günther, Arnold Gehlen und Gunther Ipsen gilt dies etwa für die beiden Begründer der deutschen Strukturgeschichte Otto Brunner und Werner Conze (letzterer hatte sich 1940 bei Ipsen habilitiert), den Sozialpsychologen Peter R. Hofstätter, der 1941 seine Schrift *Ruf und Bestand: Ein methodologischer Beitrag zur Stammeskunde* an der Universität Wien zur Habilitation eingereicht hatte, den Zeitungswissenschaftler Alfred Peters, der 1940 an der Universität Wien als »Dozent neuer Ordnung« eine Stelle als Beamter auf Widerruf erhalten hatte, oder die MitarbeiterInnen des sogenannten Emmental-Projekts, das 1940 und 1941 unter deutschen UmsiedlerInnen des bessarabischen Dorfes Emmental, die in Lagern in der Nähe von Wien untergebracht worden waren, durchgeführt worden war. Zu nennen ist hier allen voran Sylvia Klimpfner, die sich 1943 mit einer aus dem Projekt hervorgegangenen Schrift über die Möglichkeiten und Grenzen der *Testmethode im Rahmen der Persönlichkeitsbegutachtung* habilitiert hatte, danach eine Assistentenstelle am Institut für Psychologie bekam, wo sie nach einer kurzen zwangsweisen Unterbrechung ab 1950 weiter Karriere machen konnte (siehe dazu den Beitrag von Gerhard Benetka in diesem Band). Nach Ilse Korotin handelt es sich um »ein interessantes Beispiel einer »neuartigen« disziplinenübergreifenden For-

4 | In der Literatur wird davon ausgegangen, dass insgesamt höchstens 10 % aus dem Exil wieder nach Österreich zurückkehrten (vgl. Fleck 1987; Amann 1987). Erschwert wurde die Rückkehr auch durch die Tatsache, dass viele der Exilierten vor 1938 keine universitäre Position innehatten, die sie nun hätten beanspruchen können, sondern, wie etwa die MitarbeiterInnen der Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle, in marginalen Positionen des akademischen Feldes tätig waren und häufig erst im Exil Fuß fassen konnten (siehe dazu auch Fleck 2007).

5 | Mit Ausnahme von Adolf Günther, der 1946 außer Dienst gestellt wird und seitdem nicht mehr an einer Universität lehrt, setzen alle genannten Personen nach teils kurzer Unterbrechung ihre Karriere an deutschen Universitäten fort: Arnold Gehlen wird 1947 Professor an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer, Gunther Ipsen wirkt ab 1951 als Leiter der Sozialforschungsstelle an der Universität Münster, Otto Brunner wird 1954 an die Universität Hamburg berufen, Werner Conze lehrt ab 1946 an der Universität Göttingen und wird 1955 an die Universität Münster berufen, Peter R. Hofstätter nimmt 1945 seine Lehrtätigkeit an der Universität Graz auf und wird, nach einem mehrjährigen Intermezzo in den USA, 1959 an die Universität Hamburg berufen, Alfred Peters unterrichtet ab 1948 an der von der amerikanischen Militärregierung eingerichteten Ersten Deutschen Journalistenschule in Aachen.

schungspraxis« (Korotin 2006: 60), die von den »gemeinsame[n] Aufbauabsichten« Gehlens und Ipsens für eine soziologische Ostforschung getragen war⁶ und aus der mindestens zwei weitere Dissertationen entstanden⁷. Aus soziologischer Perspektive augenfällig an diesen Arbeiten sind zum einen die migrations-, raum- und familiensoziologischen Komponenten, die eine Vertrautheit mit dem fachlichen soziologischen Instrumentarium und Vokabular nahelegen, zum anderen aber auch die Querverbindungen zu Franz Ronneberger, der als Beauftragter des Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums im SS-Oberabschnitt Donau die finanzielle Förderung des Emmental-Projekts veranlasst hatte und nach dem Krieg als Soziologe und Kommunikationswissenschaftler an deutschen Universitäten noch eine akademische Karriere machen sollte (siehe auch die Einleitung von Kranebitter und Reinprecht in diesem Band).

- *Schließlich und drittens* zeichnet sich die Soziologie der Post-NS-Zeit auch in wissenschaftstheoretischer und methodologischer Hinsicht durch Abwesenheit aus. Bereits für die Gesellschaftslehre Othmar Spanns und sein Umfeld galt, wie Christian Fleck formuliert hat, dass sie »zentraler Momente von Soziologie entbehrte: nämlich die theoriegeschichtliche Einbettung in die Tradition der Aufklärungsphilosophie und die Präferenz für empirische, auf Erfahrungswissen gestützte Theorie in Form falsifizierbarer Aussagen« (Fleck 1988: 142). Genau dies trifft nun auch auf die Mehrheit jener zu, die nach 1945 das Feld der Soziologie besetzten – ehemalige Mitstreiter Spanns und Angehörige des katholischen Lagers, die nun »partout darauf bestanden, ihre diesbezüglichen Bemühungen mit dem Etikett ›Soziologie‹ zu schmücken, da sie doch zur gleichen Zeit massiv gegen grundlegende Prinzipien und basale Überzeugungen dieser Disziplin verstießen« (ebd.).

Vor 1938 war die Frage, was denn nun die »echte«, »richtige« Soziologie sei, Gegenstand von heftigen Auseinandersetzungen im Feld. Die fachliche Entwicklung und Ausdifferenzierung war an die gesellschaftspolitischen Konfliktlinien zurückgebunden, die sich entlang der großen ideologischen Strömungen wie politischem Katholizismus oder Austromarxismus aufspannten, wobei die verschiedenen Stränge der Soziologie in ihrem Selbstverständnis zwischen sozialphilosophischer Deutungswissenschaft, Ordnungstheorie (Fokus auf Herstellung, Aufrechterhaltung und Rechtfertigung sozialer Ordnung und Integration), Sozialtechnologie (Reparatur unerwünschter Effekte von Handeln, Datenproduktion zu Planungszwecken) und kritischer Gesellschaftsanalyse teils recht unterschiedliche (und unterschiedlich kombinierte) er-

6 | So Ipsen am 18. Februar 1940 in einem Brief an den damaligen Dekan Viktor Christian (zitiert nach: Korotin 2006: 60).

7 | Schreiner, Eleonora (1942): *Psychologische Untersuchungen an deutschen Rückwandererkindern aus Bessarabien. Ein kritischer Beitrag zum Problem der Übertragbarkeit des Wiener Testsystems auf anders-homogene Kindergruppen*, Wien: Universität Wien (Dissertation); Barfüßler, Matthäus (1942), *Soziographische Studien an deutschen Rückwanderer aus Bessarabien*, Wien: Universität Wien (Dissertation).

kenntnistheoretische Positionen vertraten. In der ersten Phase der Restauration nach 1945, in der es um die Wiederherstellung des Fachs nach dem zerstörerischen Wirken von Austrofaschismus und NS-Herrschaft geht (Langer 1988), werden die frei werdenden Positionen von Personen eingenommen, die in der Tradition der katholischen Soziallehre stehen, zum Spannkreis zählten oder der Vaterländischen Front nahestanden und 1938 von der Universität relegiert wurden. An der Universität Wien sind dies August Maria Knoll (1946) und der Spannianer und Agrarsoziologe Ernst Lagler (ab 1950), an der Universität Graz ab 1946 Josef Dobretsberger, der die NS-Zeit in der Türkei und Ägypten überdauerte, der Rechts- und Staatswissenschaftler Johann Mokre, der nach seiner Rückkehr aus den USA im Jahre 1948 die Gründung des Instituts für Empirische Soziologie und Statistik initiierte, sowie der Philosoph Konstantin Radaković, der 1949 zum ordentlichen Professor für Geschichte der Philosophie und Philosophische Soziologie ernannt wurde (siehe dazu den Beitrag von Klieber in diesem Band), an der Universität Innsbruck der Jesuit und Sozialethiker Johannes Schasching (ab 1950 Lehrtätigkeit, 1952 Habilitation) (vgl. dazu Rosenmayr 1966).

Wie es den (wenigen) Rückkehrenden aus dem jüdischen oder politisch linken Exilmilieu erging, lässt sich in Günther Anders' Tagebuch nachlesen: »Völlig auf den Kopf gestellt hat sich das Verhältnis von Sehnsucht und Wirklichkeit«, notierte er im Juli 1950 ein paar Wochen nach seiner Ankunft in Wien. »Welche Misere! Welch ein Betrug!« (Anders 2006: 89). Ähnlich dürfte wohl auch Alfred Kozlik die Situation empfunden haben, als er um 1950 auf eigene Faust aus dem Exil nach Österreich zurückkehrte (vgl. Fleck 2000). Enttäuscht von der Lage im Land und den fehlenden Möglichkeiten, Fuß zu fassen, kehrte Kozlik wieder in seine Wahlheimat Mexiko zurück, neue Vorhaben ließen ihn dann aber doch wieder nach Österreich kommen. 1963 wurde Kozlik, der kapitalismuskritische und bildungssoziologische Arbeiten publizierte und zwischenzeitlich als Direktor der Wiener Urania fungierte, zum beigeordneten Direktor des neu gegründeten Instituts für Höhere Studien bestellt. Mit der Aussicht auf eine erstmalige akademische Position reiste Kozlik im darauffolgenden Jahr nach Kanada, auf dem Weg dorthin ereilte ihn überraschend der Tod. Persönliche Anfeindungen und Antisemitismus erfuhr auch Leo Stern, der die NS-Zeit in der Sowjetunion verbracht hatte und unmittelbar nach 1945 aus dem Exil nach Wien zurückkehrte, wo er ab dem Sommersemester 1946 an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien sowie an der Hochschule für Welthandel marxistische Soziologie unterrichtete, bevor er 1950 einem Ruf an die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg folgte (vgl. Oberkofler 2019). Andere wiederum, die eine rasche Rückkehr und eine universitäre Position anstrebten, scheiterten mit ihrem Bemühen am Widerstreben der österreichischen Behörden und der Geschlossenheit der akademischen Strukturen. Diese Erfahrung teilten etwa Ernst Karl Winter, linkskatholischer Patriot und Autor einer *Geschichte des österreichischen Volkes* (Winter 2018), der in den 1930er-Jahren, unter anderem als Vizebürgermeister von Wien, sich um eine Aussöhnung mit der Arbeiterschaft bemüht hatte und 1938 über die Schweiz in die USA geflüchtet war, wo er im New Yorker Exil an der New School for Social Research Sozialphilosophie und Soziologie unterrichtete und mit dem Austrian American Center eine wichtige Exilor-

ganisation gründete, oder der Ökonom Benedikt Kautsky, der in Dachau, Buchenwald und Auschwitz inhaftiert gewesen war und 1946 seine Erfahrungen in einer Analyse des Konzentrationslagers publizierte (Kautsky 1946).

Der reaktionäre Geist der Ordnungssoziologie

Die post-nazistische Soziologie hatte also klar geschnittene Konturen: katholisch, männlich, überwiegend aus dem Kleinbürgertum (die Väter waren Postdienstleiter, Lehrer, Handwerker), österreichpatriotisch und mit hohen Sympathiewerten für den sogenannten Ständestaat (weshalb ihre RepräsentantInnen vom NS-Regime mit Berufsverbot belegt waren) wie auch für die Gesellschaftslehre Othmar Spann. Merkmale waren – in unterschiedlicher Ausprägung – Antimodernismus und Antisemitismus, Ablehnung liberaler Demokratiekonzeptionen, Idealisierung des Bünde- und Ständegedankens, eine klare ordnungssoziologische Ausrichtung. Manche dieser Eigenschaften schwächten sich zwar nach 1945 ab, mitunter sogar bis zur Unkenntlichkeit; als Hintergrundfolie blieben sie dennoch wirksam. Dies gilt nicht zuletzt für August Maria Knoll, den ersten Ordinarius für Soziologie in Österreich, der sich 1934 an der Universität Wien bei Othmar Spann mit der Arbeit *Der Zins in der Scholastik* für das Fach Sozialphilosophie habilitiert hatte (die Arbeit beschäftigt sich mit der historisch-sozialen Verwurzelung innerkirchlicher Auseinandersetzungen) und bis 1938 als Privatdozent unter anderem mit der Abhaltung der für inländische Studierende aller Studienrichtungen verpflichtenden Vorlesung zur »weltanschaulichen und staatsbürgerlichen Erziehung« betraut war (Knoll 1996: 394). Mit dem »Anschluss« wurde Knoll die Lehrbefugnis entzogen. Die explizit anti-nationalsozialistische Haltung begründete noch im Jahr seines Todes sein Engagement für die am 11. Februar 1963 erfolgte Gründung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands (DÖW).

Für die Würdigung Knolls wird heute überwiegend sein Spätwerk herangezogen, vor allem *Katholische Kirche und scholastisches Naturrecht* (Knoll 1962). Anton Pelinka charakterisiert ihn als einen theoretischen Soziologen und liberalen Linkskatholiken, der sich »durch einen Nonkonformismus, der die Grenzen der traditionellen, politisch-weltanschaulichen Lager ebenso in Frage stellt wie die herrschenden Strömungen innerhalb der Kirche«, ausgezeichnet hat (Pelinka 1977). Diese Einschätzung bezieht sich wesentlich auf Knolls wachsende Opposition zum politischen Katholizismus – so war Knoll ein Gegner des kirchlichen Integralismus, insofern für die Religion nur das Seelenheil des Menschen ausschlaggebend sei; auch kritisierte er die Dominanz des Klerus gegenüber dem Laienstand. Knoll stand in der Tradition der katholischen Soziallehre, insbesondere der sozialreformerischen Ideen von Karl von Vogelsang.⁸ Von der katholischen Weltanschauung war auch sein soziologisches

8 | 1953 gründete Knoll gemeinsam mit dem katholischen Arbeitsrechtler und ÖVP-Abgeordneten Karl Kummer das Institut für Sozialpolitik und Sozialreform, heute Dr. Karl Kummer-Institut für Sozialpolitik und Sozialreform.

Selbstverständnis imprägniert, wonach nicht der Glaube an sich Gegenstand der Soziologie sein könne, wohl aber das Gestalten und Erleben des Religiösen in seinem Verhältnis zur gesellschaftlichen Umwelt. *Von den drei Wesenstheorien der Gesellschaft: Individualismus, Totalismus und Personalismus*, so der Titel einer 1949 publizierten Vorlesungsreihe, ließ Knoll nur das System des christlichen Personalismus gelten, in dem sich, dem Grundsatz der Subsidiarität als Aufbauprinzip des Gemeinwesens folgend, die Achtung vor der Persönlichkeit des Menschen mit der Achtung vor der Autorität des Staates verbinde.

Sozialkatholizismus und anti-nationalsozialistische Gesinnung dürfen freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass Knoll nicht nur ein tief religiöser, mit der katholischen Kirche zeit seines Lebens eng verbundener Mensch war; Knoll spielte im Austrofaschismus eine aktive Rolle – so war er nach dem Verbot der Sozialdemokratie 1934 als kommissarischer Verwalter des Vorwärts-Verlags eingesetzt – und exponierte sich auch schriftstellerisch für den »Ständestaat«. In seiner 1936 verfassten und vom Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs⁹ herausgegebenen Schrift *Ziel und Glaube. Der Weg einer Generation* (Knoll 1936) sprudelt es nur so von Bekennerschaft und Loyalität zum austrofaschistischen Regime: Es ist dies, zum einen, eine kämpferische Parteinahme für die Unabhängigkeit Österreichs¹⁰ »als Hort des [deutschen] Reiches gegen das chaotische Farbgesicht der außereuropäischen Welt« (ebd.: 5):

»Österreich, sei seine Gestalt wie immer, muss sein, damit Deutschland lebe! Österreich ist das Kaiserschwert des deutschen Volkes, das in Wien und von Wien aus den imperialen Willen des Deutschtums nach friedlicher Zusammenfassung der Donauvölker auf dem Boden ihrer Eigenart und Freiheit verkörpert und dadurch eine von der europäisch-weißen Rasse gehaltene Welt am besten gewährleistet.« (Ebd.: 9)

Drohender Gegner, so Knoll, könne »nicht mehr eine europäische Nation, sondern nur das außereuropäische Sammellager sein [...], vor allem das der östlich-asiatischen Halbvölker« (ebd.: 5). Zum anderen adressiert Knoll mit Verve und wenig kasschiertem Antisemitismus seine Gegner: kapitalistische Moderne und Französische Revolution. Letztere sei nicht mehr als ein »Herrschaftswandel zu Lasten des arbeitenden Volkes« (ebd.: 10) gewesen.

»Was sich hinter der glitzernden Leinwand ihrer freiheitlichen Parolen vollzog, war die Bastardierung des abendländlichen Wertbildes zugunsten der ehrlosen Schieberklasse der neuen Zeit. Die Güter und Schätze der Nationen wanderten allmählich aus den oft ach so lässigen und trägen Händen der feudalen Mächte in die Hände anfänglich tüchtiger, dann

9 | Als Sachwalter der Hochschülerschaft Österreichs fungierte ab 1935 Heinrich Drimmel, der spätere ÖVP-Unterrichtsminister.

10 | Knoll war 1927 gemeinsam unter anderem mit Ernst Karl Winter Mitbegründer der Österreichischen Aktion, ein loser Zusammenhang von katholisch-konservativen, antipreußisch und anfangs auch legitimistisch eingestellten Persönlichkeiten, die für die Selbständigkeit Österreichs im europäischen Verbund eintraten.

gerissener und geriebener und schließlich religions- und volksfremder Händler und Tauscher.« (Ebd.)

Demgegenüber erstrahle als neuer Ordnungsgedanke »die berufsständische Ordnung, das korporative Ideal«. Als Ahnherren dieses antisemitisch unterfütterten Antikapitalismus treten Karl von Vogelsang, der Sozialreformer und Begründer der christlich-sozialen Bewegung, und Karl Lueger auf, der »größte[n] deutsche[n] Bürgermeister aller Zeiten« (ebd.: 12), der die »mittlere Schichte, den »kleinen Mann«, den »Fünf-Gulden-Mann«, den Meister und Bauer, den subalternen Beamten und Angestellten, den Kooperator und Lehrer« in die »ersten großen Schlachten gegen das religions- und volksfremde Großbürgertum von Wien« (ebd.: 13) geführt habe. Als Proponenten des Neuen werden sodann genannt: Othmar Spann und Ignaz Seipel. Zu Spanns 1920 gehaltenen Vorlesungen »über Abbruch und Neubau der Gesellschaft im Zeichen eines wahren, das heißt ständisch geordneten Staates« hält Knoll fest: »Wichtig rang sich die Überzeugung durch, dass das ständische Element kein taktisches, konjunkturbedingtes, tagespolitisches sei, sondern ein kategoriales, eine der Gesellschaft am Grunde liegende Seins- und Wirkkraft« (ebd.: 14). Die berufsständische Ordnung, so Knoll, richte sich gegen den Kapitalismus und gegen den Sozialismus gleichermaßen, es gehe darum, die Zweiklassengesellschaft zu zerstören, damit sich, im Sinne einer »Entproletarisierung des Proletariats und Entmachtung des vermachteten Kapitals«, »Besitzer« und »Arbeiter« in den Berufsständen »die Hände reichen, um sich gegenseitig von der Einseitigkeit der Klasse zu erlösen« (ebd.: 18). Die berufsständische Ordnung sei jedoch nicht mit der Idee absoluter Gleichheit zu verwechseln:

»Es gibt Menschen und Völker, die auf Grund ihrer Rasse und Vererbung, ihrer Weltanschauung und Gesinnungshaltung keine Ehre und Würde kennen, dies als unnütz ablehnen, die die Freiheit um ein Linsengericht verkaufen und das Heldengefühl nie erleben. Hier von absoluter Gleichheit alles dessen zu reden, was Menschenantlitz trägt, die Ehr- und Würdelosen, den Sklaven und Händlern, das gleiche Mitgestaltungsrecht an unserem Schicksal einräumen, hieße das Chaos zu einer Institution erheben und die Barbarei als Geschichtsgebung lehren.« (Ebd.: 15–16)

Chaos, Barbarei, Unordnung: Es ist dies die Handschrift des in Panik geratenen katholischen Kleinbürgertums angesichts der entfesselten Kräfte der Moderne, von Enttraditionalisierung und Rationalisierung, Individualisierung und gesellschaftlicher Differenzierung. Gegen diese zerstörerischen Kräfte brauche es eine neue Soziologie und Othmar Spann sei ihr Schöpfer, wie Knoll noch in seinem Nachruf auf Spann schreibt: »Er zerschlug den Individualismus [...], das cartesianische Maschinenbild von Welt und Geist. Er verwies [...] auf die göttliche, ganzheitliche Eingeschwungenheit aller Menschen und Dinge. Er verwies auf ihre absolute, vorgegebene Sinnhaftigkeit« (Knoll 1950). Der Katholik Knoll steht zwar in Distanz zum Soziologismus Spanns, lobt aber den ständischen Entwurf als Grundlage für Sozialreformen, und

er ist davon überzeugt, dass, wären die Nazis nicht in Österreich einmarschiert, der »Ständestaat« hätte beweisen können, gegenüber dem System bis 1933 das bessere Modell zu sein.

Unter den veränderten Bedingungen nach 1945 scheinen die Voraussetzungen für dieses bessere Modell gegeben. Knoll tritt als einer der ersten in die neu gegründete Österreichische Volkspartei bei, wird, in Entsprechung zu seinen berufsständischen Auffassungen, aktives Mitglied des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes (ÖAAB), während andere Inhalte, wie der nach 1945 auch in linkskatholischen Kreisen kompromittierende Antisemitismus, abgelegt werden. Die konkordanzdemokratische Ordnung der Nachkriegszeit entspricht der *illusio* einer Aufhebung der blutigen Konfliktlinie der Ersten Republik in einem die einstigen Widersacher einbindenden und gegenseitig verpflichtenden System. In diesem Kontext gibt es keinen Platz für eine kritische Auseinandersetzung mit der vom »Mythos der Lagerstraße«¹¹ überdeckten nationalsozialistischen Erfahrung, denn diese wäre gleichbedeutend gewesen mit einer Aufarbeitung und Neubewertung des Austrofaschismus, einschließlich seines führenden Theoretikers Othmar Spann und dessen opportunistischem Antinazismus.¹² Knolls immer stärkere Involvierung in die innerkirchliche Debatte, die auch zu Verwerfungen mit der Amtskirche führt,¹³ hat so gesehen auch eine (latente, unbewusste) Funktion: die Selbstimmunisierung gegen eine kritische Reflexion der im Verlauf der Biografie eingenommenen Positionierungen. So wie für Werner Conze, den Doyen der ersten Generation der deutschen Strukturgeschichte,¹⁴ die Wissenschaft als ein Mittel der Selbstimmunisierung fungiert. Im strukturalistischen Selbstverständnis der *longue durée* agieren Individuen bloß als StrukturträgerInnen und nicht als verantwortliche AkteurInnen. Ein nicht unpraktischer Ansatz, was die Absperrung der eigenen Verstrickungen in die NS-Zeit betrifft.¹⁵

11 | Der »Geist der Lagerstraße« beschwört die Gemeinsamkeit der politisch Verfolgten gegenüber den NS-Tätern trotz weltanschaulicher Differenzen.

12 | Spann war bekanntlich Mitglied der illegalen NSDAP, fiel 1938 jedoch in Ungnade und versuchte nach 1945 seine NS-Sympathien zu leugnen bzw. herunterzuspielen (vgl. den Beitrag von Huber in diesem Band).

13 | Nach *Katholische Kirche und scholastisches Naturrecht* (Knoll 1962) sorgte vor allem der gemeinsam mit Wilfried Daim und Friedrich Heer veröffentlichte Sammelband *Kirche und Zukunft* (Daim, Heer und Knoll 1963), in dem Knoll seine Kritik an jeder Art von weltlichem Führungsanspruch der Kirche zuspitzte, für heftige Reaktionen in katholisch-konservativen Kreisen.

14 | Conze gründete 1957 in Heidelberg den Arbeitskreis für moderne Sozialgeschichte, aus dem unter anderem das gemeinsam mit Otto Brunner und Reinhart Koselleck zwischen 1972 und 1997 herausgegebene achtbändige Lexikon *Geschichtliche Grundbegriffe* entstand (Brunner, Conze und Koselleck 2004).

15 | Pikant ist, dass Werner Conze kurz vor einem Tod alle privaten, unzensierten Aufzeichnungen und Korrespondenzen vernichtet hat (vgl. Etzemüller 2001).

Allianzen für eine Soziologie ohne Gesellschaft

Während die Sozialwissenschaften in der Zwischenkriegszeit aus den Reibungen und Spannungsverhältnissen der gesellschaftspolitischen Verwerfungen und Hegemoniekämpfe ihre retrospektiv vielgepriesene Originalität und Heterogenität entfaltet hatten, verdankte sich ihr institutioneller Aufstieg in den Nachkriegsjahrzehnten einer Allianz aus einer »nach wie vor an Soziologie wenig interessierten Gesellschaft« (Langer 1988: 31) und – abgesehen von den ersten Monaten nach der Befreiung, als mit Ernst Fischer ein kommunistischer Intellektueller Unterrichtsminister war – einer über Jahrzehnte rechtskonservativ dominierten Wissenschaftspolitik, die kein intrinsisches Interesse an der Förderung und Institutionalisierung professioneller empirischer Sozialwissenschaften hatte. Wie ausgeführt, war Soziologie in der Regel katholisch imprägnierte Sozialphilosophie, und dies gilt auch für die engsten Mitarbeiter von Knoll wie Ernst Topitsch, der zu Beginn seines Ordinariats sein Assistent war, oder Leopold Rosenmayr, der sich 1955 bei Knoll habilitierte und ihm nach dessen Tod 1961 als Ordinarius nachfolgte. Topitsch, der wie Rosenmayr beim katholischen Philosophen Alois Dempf studiert und promoviert hatte, blieb seiner philosophischen Neigung treu und wurde, gemeinsam mit Karl Popper und Hans Albert, zu einem der Gegenspieler der Frankfurter Schule im sogenannten Positivismusstreit. Rosenmayr hingegen transformierte sich zum Sozialforscher. Er gründete 1954 nach seiner Rückkehr von einem zweijährigen Aufenthalt als Rockefeller Fellow in den USA die Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle, die, als eigenständiger Verein organisiert, eng mit dem Lehrstuhl Knoll verbunden war (Rosenmayr 1988: 287). Die Schaffung der Forschungsstelle eröffnete die Möglichkeit, eigene Forschungsaufträge durchzuführen und einzuwerben. Bereits zwei Jahre zuvor, 1952, war als Zweigstelle des Internationalen Katholischen Instituts für Sozialforschung das Institut für kirchliche Sozialforschung gegründet worden, im selben Jahr gründete Walter Fessel das Österreichische Institut für Markt- und Meinungsforschung, ein paar Jahre später, 1957, erfolgte die Einrichtung des Österreichischen Instituts für Raumplanung. Das Entstehen dieser Institute markiert den Übergang zur zweiten Phase der Restauration der Soziologie nach 1945, in der nun Soziologie zunehmend anwendungswissenschaftlich betrieben wurde, und zwar in Form einer weitgehend theoriefreien, zweckmäßigen Sozialforschung, was, wie Josef Langer argumentiert, durch die Dominanz der katholischen Soziallehre begünstigt wurde (Langer 1988: 29): Eine von ihr abgelöste unabhängige Theorie von Gesellschaft wäre als Konkurrenz zum religiösen Weltbild betrachtet worden, so Langer. Die bearbeiteten Themenfelder betrafen religiöse Praktiken und Einstellungen zur Kirche, Probleme der Jugend und Familie, Generationsbeziehungen, die Stellung des alten Menschen in der Gesellschaft, Bildung, Beruf und Freizeit, Fragen der Wohnkultur, der Stadt- bzw. Regionalplanung. Aus anfangs recht simpel gestrickten Untersuchungen entstanden mit der Zeit auch in methodischer Hinsicht anspruchsvollere Studien. Entscheidenden Anteil an der Professionalisierung der soziologischen Forschung hatte schließlich das 1963 unter Mitwirkung von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern gegründete »Ford-Institut« (Institut für Höhere

Studien), das nach schwierigen ersten Jahren seiner Implementierung ab Ende der 1960er-Jahre endgültig begann, in Lehre und Forschung an den internationalen Standard aufzuschließen (zur Geschichte des »Ford-Instituts« siehe Fleck 2000).

Dass sich neben der Ordnungssoziologie von katholischer Sozialphilosophie und Spann'scher Gesellschaftslehre, und damit verzahnt, ab Mitte der 1950er-Jahre eine ihrem Selbstverständnis nach sozialtechnologisch orientierte, angewandte Sozialforschung etablieren konnte, ist kein Widerspruch. Eine solcherart gesellschaftstheorie-lose Soziologie korrespondierte mit dem Interesse der in der Nachkriegszeit auf nationale Konkordanz eingeschworenen Eliten an praktischem Anwendungswissen, nicht zuletzt in Hinblick auf die Anforderungen des Wiederaufbaus. Das korporatistische Gesellschaftsmodell mit seinem System von Interessensausgleich und gesellschaftlicher Steuerung (Sozialpartnerschaft, Zentralität der Verbände, Körperschaften und politischen Parteien) half, »die Erfahrungen des autoritären Korporatismus der Zwischenkriegszeit zu verarbeiten und blieb zugleich anschlussfähig für die katholische Tradition, die sich nun schrittweise entpolitisierte« (Reinprecht 2014: 254). Die Soziologie ist ein integraler Bestandteil in diesem Prozess. »Die Sozialforschung in der Soziologie«, schreibt Leopold Rosenmayr rückblickend,

»bot sich mir als Mittel der *Überwindung der früheren ideologischen Kämpfe österreichischer Politik vor 1938* an [...]. Soziologie sollte nun, so dachte ich, nach dem Zweiten Weltkrieg, auf dem Umweg der Objektivierung dank Aufweis von Sachverhalten, der gesellschaftlichen und der politischen Rekonstruktion des Landes dienen. Das war meine Erwartung. Ich hielt Soziologie für ein Rekonstruktionsmittel in dürftiger Zeit.« (Rosenmayr 2005a: 34; Hervorhebungen im Original)

Auch in der zweiten Restaurationsphase sind nahezu alle RepräsentantInnen der Soziologie in Österreich dem Umfeld der Kirche und der Österreichischen Volkspartei zuzuordnen,¹⁶ und dies gilt auch für jene Soziologen, die ein Jahrzehnt später, in der Ausbauphase der Sozialwissenschaften der 1960er-Jahre, die neu eingerichteten Professuren einnahmen, wie an der Universität Linz Erich Bodzenta (1965), Jakobus Wössner (1968), Hans Bach (1969) und später Klaus Zapotoczky (1976), an der Universität Graz Anton Burghardt (1968), an der Universität Innsbruck Julius Morel (1969).¹⁷ Die Soziologie stand im Dienste von Kirche, politischen Parteien und Verbänden, während zugleich die korporatistische Struktur Initiativen und Innovationen im Bildungs- und Wissenschaftssystem hemmte oder sogar im Keim erstickte

16 | Zu den wenigen Ausnahmen zählt Judith Jánoska-Bendl, die sich 1964 an der Universität Graz habilitiert hatte, ein Jahr danach aber der Berufung ihres Mannes in die Schweiz folgte.

17 | Die in dieser Phase aus dem Ausland rekrutierten Professoren – Friedrich Fürstenberg (1966, Linz), Robert H. Reichardt (1966, Wien), Mohammed Rassem (1968, Salzburg) – bilden keinen Kontrapunkt. Aus der Reihe fällt Kurt Blaukopf, der 1965 an der damaligen Akademie für Musik und darstellende Kunst Wien das Institut für Musiksoziologie gründete und 1972, nach der Umwandlung der Akademie in eine Hochschule, zum Universitätsprofessor ernannt wurde (vgl. Fleck 2018).

(vgl. Fleck 1996). Dazu kam ein Unikum: Während weltweit die Soziologie der Studentenbewegung Auftrieb verschaffte (und umgekehrt die Studentenbewegung der Soziologie), wurden in Österreich die Weichen für die universitäre Verankerung des Fachs nicht nur reichlich spät, sondern unter ÖVP-Alleinregierungen und dem für das Hochschulwesen zuständigen ÖVP-Minister Heinrich Drimmel gestellt. Auf Grundlage dieser Allianz der politischen und intellektuellen Eliten war in den Sozialwissenschaften sowohl hinsichtlich Personalfragen als auch Inhalten und Themenwahl die Hegemonie des katholischen Lagers (in all seinen internen Schattierungen und Verwerfungen) auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte gesichert. Dass die österreichische Soziologie die NS-Zeit ignorierte, lässt sich also vor allem auch daraus erklären, dass die spezifischen Bedingungen ihrer fachlichen Etablierung, zu denen als ein wesentliches Faktum das sukzessive Unterlaufen der Autonomie des wissenschaftlichen Feldes zählte, die professionelle Auseinandersetzung mit den in der Gesellschaft eingelagerten Strukturen, welche das Aufkommen und die Etablierung der beiden Faschismen ermöglichte und begünstigte, blockierten. Im Unterschied zu Deutschland, wo »die Ausblendung des Nationalsozialismus aus dem soziologischen Diskurs Ergebnis von Auseinandersetzungen im soziologischen Feld war und ist« (Becker 2014: 257), existierte kein autonomes Feld der Soziologie, in denen sich ein Dissens über den Nationalsozialismus hätte artikulieren können. Die lange Zeit recht kleine Schar der mehrheitlich aus dem kleinbürgerlich-katholischen Milieu rekrutierten SoziologInnen konnte sich entweder als Opfer des NS-Regimes und im Widerstand dazu fühlen oder hatte, wie es Leopold Rosenmayr formuliert, nach dem Krieg gehofft, »dass wir uns nach Überschreitung der Zerstörungslinie in einem neuen, hoffnungsvollen Zeitalter befänden« (Rosenmayr 1988: 296) und sich solcherart motiviert dem Aufbau von Soziologie und Gesellschaft gewidmet.

Bis Ende der 1960er-Jahre blieb die Soziologie in der Umklammerung der (konservativen) Eliten. Der Ausbau der Sozialwissenschaften mit der 1966 erfolgten Implementierung sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Studienrichtungen und der Neugründung der Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Linz im selben Jahr änderte daran wenig. In gewisser Weise führte dies die beiden Felder sogar noch enger zusammen, sei es in Form beratender Tätigkeit oder Forschungsbeauftragung. Dass mitten in diese Aufbruchstimmung mit der Affäre Borodajkewycz eine erste Zäsur fiel, hatte in der akademischen Soziologie erstaunlich wenig Echo. Studierende, unter ihnen der spätere Finanzminister Ferdinand Lacina, hatten unter anderem mit Hilfe des späteren Bundespräsidenten Heinz Fischer, damals Sekretär der sozialistischen Parlamentsfraktion, die offen antisemitische und nationalsozialistische Rhetorik publik gemacht, mit der Taras Borodajkewycz, ehemaliges NSDAP-Mitglied und nunmehr von der ÖVP protegierter Professor für Wirtschaftsgeschichte an der damaligen Hochschule für Welthandel, seine Vorlesungen ausschmückte (vgl. Kropiunigg 2015). In der Folge einer Demonstration im März 1965 wurde das erste politische Todesopfer der Zweiten Republik beklagt: Der von einem Neonazi niedergeschlagene ehemalige Widerstandskämpfer Ernst Kirchweyer starb an den Folgen

seiner Verletzung. Der zuständige Minister Theodor Piffel-Perčević (ÖVP) widersetzte sich der immer stärker werdenden Forderung nach einer Abberufung des Professors; diese erfolgte erst 1971 in Form einer Zwangspensionierung bei vollen Bezügen. Dieses Ereignis war nicht nur Vorbote einer Politisierung der Studierenden, sondern markierte den Anfang vom Ende des Nachkriegskonsenses. Die Nationalratswahlen 1970 brachten schließlich die Wende. Mit der Minderheitsregierung unter Bruno Kreisky, der 1971 bei neuerlichen Wahlen die absolute Mehrheit errang, änderten sich auch die Koordinaten für die Entwicklung der Soziologie.

1970 sendete der österreichische Rundfunk eine Satire mit dem Titel *Die Zukunft Österreichs* mit Helmut Qualtinger und Teddy Podgorski in den Hauptrollen.¹⁸ Die Eingangssequenz zeigt Bilder der tristen Wiener Realität, unterlegt von einem Text, der über die Verheißungen der Moderne spricht; sodann treten auf: ein Mittelschullehrer und ein deutscher Großunternehmer, ein Opernsänger und ein Bereiter der Spanischen Hofreitschule, ein Hüttenwirt, ein Beamter und ein Gastarbeiter, eine Klofrau, schließlich ein Wiener Politiker, allesamt verkörpert von Helmut Qualtinger, den Podgorski vor Mikrofon und Kamera holt. Dass uns diese radikal-aberwitzige, auf die Spitze getriebene Satire noch heute aktuell erscheint, hat wohl damit zu tun, dass sie aufzeigt, was noch immer am liebsten unter den Teppich gekehrt wird, etwa die Verstrickungen mit dem Nationalsozialismus, die lebendigen und volkskulturell verankerten Traditionen von Antisemitismus und Rassismus, die späte Nationswerdung Österreichs. Es ist insofern nur scheinbar eine Koinzidenz, dass im selben Jahr, anlässlich der Nationalratswahlen am 1. März 1970 die Österreichische Volkspartei ihren Spitzenkandidaten Josef Klaus¹⁹ als »echten Österreicher« plakatierte, was auf die jüdische Herkunft Bruno Kreiskys, Spitzenkandidat der Sozialistischen Partei, wie auch auf dessen Exil in Schweden anspielen sollte; im Unterschied zu Kreisky hatte Klaus als »echter Österreicher« in der Wehrmacht gedient. Klaus verlor die Wahlen und musste mitsamt seiner Regierung abtreten. Die Soziologen aber, die, wie Leopold Rosenmayr berichtet, zu einem beratenden Kreis zählten, der sich regelmäßig mit Bundeskanzler Klaus traf, um Reformvorhaben und neue Gesetze zu diskutieren und neue Aufträge zu lukrieren (Gaisbauer 2010: 1614; auch Rosenmayr 1988: 301), verblieben auf ihren Posten – der Zeitenwende und Studentenbewegung zum Trotz.

18 | YouTube-Video »Wie sehen Sie die Zukunft Österreichs?«, 24. März 2009, Teil 1 und 2 (<https://www.youtube.com/watch?v=6UONiGMmBS4> und <https://www.youtube.com/watch?v=lzm3prz8Vaw&t=262s>, 12. Mai 2019).

19 | Josef Klaus verfasste 1932 als Vorsitzender der damaligen katholischen Studentenvertretung, dem Katholischen Deutschen Hochschulausschuss (KDHA), ein antisemitisches Pamphlet, in dem gegen die Ernennung des Immunologen und Pharmakologen Ernst Peter Pick zum Dekan der Medizinischen Fakultät mobilisiert wurde. Die Deutsche Studentenschaft stehe auf dem Standpunkt, so formulierte Klaus, »daß Professoren jüdischer Volkszugehörigkeit akademische Würdenstellen nicht bekleiden dürfen. Wollen Sie bedenken, daß Sie sich an einer deutschen Hochschule befinden und daß die deutschen Studenten als ihre Führer nur deutsche Lehrer anerkennen! Schon im Interesse eines ordnungsgemäßen Lehrbetriebes hoffen wir auf Ihre Einsicht« (vgl. Hubenstorf 1989: 233–234; Taschwer 2015).

Reifung der Gesellschaft, zurückgebliebene Soziologie

Kann es sein, dass 1970 die österreichische Gesellschaft reifer und fortgeschrittener war als die Soziologie? Zeit- und Gesellschaftskritik kamen jedenfalls nicht aus der Soziologie, sondern aus dem Korpus von Kunst und Literatur oder aus den Reihen der sich formenden studentischen Opposition. Mit Kreisky kam zudem ein Politiker an die Spitze der Regierung, dessen Selbstverständnis nicht dem »Geist der Lagerstraße« verpflichtet war, sondern von einem aus der Zwischenkriegszeit stammenden Misstrauen an der Demokratiefähigkeit des katholisch-konservativen Bürgertums. Mit Kreisky endete die für die Periode des Postnazismus charakteristische konkordanzdemokratische Illusion einer vollkommen integrierten Gesellschaft, während die auf die Zwischenkriegszeit (und weiter) zurückgehenden Spaltungslinien politisch und kulturell rethematisiert wurden.²⁰ Die von Kreisky angekündigte Modernisierung und Reformpolitik benötigte sozialwissenschaftliche Expertise. Adressiert wurden aber weniger die etablierte Professorenschaft als jüngere SoziologInnen, von denen viele zuvor am Institut für Höhere Studien als ScholarInnen tätig waren. Ein Jahrzehnt der Ausdifferenzierung der Soziologie und damit von Autonomiegewinnen begann. Es entstanden Analysen zu Struktur und Entwicklung der österreichischen Gesellschaft auf fachlich-methodologisch fundierter Grundlage, Untersuchungen zur Lage der Frauen (dokumentiert im ersten Bericht zur Situation der Frau in Österreich 1975), zu den Grenzen und Paradoxien der Sozialpartnerschaft und zu Fragen der Mitbestimmung, Systemanalysen des Gesundheitswesens, Studien zur Tradierung und Aktualität des Antisemitismus, zu Fragen nationaler Identität und Demokratie. Auch die sozialwissenschaftliche Forschung selbst, ihre Produktions- und Verwertungsbedingungen, wurden zu einem Gegenstand des soziologischen Erkenntnisinteresses (Knorr, Haller und Zilian 1979). Theoretisch orientierte und methodologische Arbeiten blieben in der Minderheit, und die universitäre Lehre hinkte hoffnungslos nach: In einer Befragung von WissenschaftlerInnen beklagten 58 % der SoziologInnen »veraltete und ungenügende Lehrinhalte«, 66 % kritisierten die Einseitigkeit der Lehrmeinungen; die Vergleichswerte im Gesamtsample betrugen 44 zw. 42 % (vgl. Gáspár-Ruppert 1988: 290).

Als Leopold Rosenmayr 1987 seinen Beitrag zu dem von Josef Langer herausgegebenen Band *Geschichte der österreichischen Soziologie* vorbereitete, waren die erinnerungspolitischen Auseinandersetzungen um Kurt Waldheim und den deutschen Historikerstreit voll entfacht. Es war dies eine Zeit offiziellen »Bedenkens« (aus Anlass der 50-jährigen Wiederkehr der Ereignisse rund um den sogenannten »Anschluss« im März 1938) sowie teils hitzig geführter erinnerungspolitischer Auseinandersetzungen, in der die durch die Affäre Waldheim, aber auch zeitgeschichtliche Forschung befeuerte Debatte um den Stellenwert des Nationalsozialismus im kollektiven Gedächtnis Österreichs in breiten Schichten der Gesellschaft Resonanz hatte. Rosenmayr greift in

20 | So fand die erste Ausstellung zu den Februarkämpfen 1934 statt: *Mit uns zieht die neue Zeit*, 1981.

seinem autobiografisch angelegten Beitrag zu Langers Band die Debatte auf, indem er nach etwa einem Drittel seiner »erlebte(n) Soziologie-Geschichte ab 1945« nach den Gründen für »die fehlende frühe Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus« fragt. Es mag rückblickend die falsche Entscheidung gewesen sein, so Rosenmayr, »aber historische Wahrheit ist, dass ich der ›Aufbau-Forschung‹ gegenüber der ›Aufarbeitungs-Forschung‹ den Vorrang gab. Erst durch die Vertiefung in die Psychoanalyse wurde mir später die Verbindung der beiden einsichtig« (Rosenmayr 1988: 294). Aber war Rosenmayr überhaupt vor diese Entscheidung gestellt?

Die Kontextualisierung der zitierten Passagen ist jedenfalls vielsagend: Zum einen ist es nicht die Soziologie, deren Verantwortung für eine Analyse der Gründe und Folgen von Austrofaschismus und NS-Regime eingemahnt wird, sondern viel allgemeiner »die Wissenschaft«, mit deren Hilfe »Trauerarbeit« stattfinden solle. »Trauer und Schuld waren nach 1945 in Österreich so allgemein und so mit Angst vor Strafe verwachsen, dass in der ersten Nachkriegszeit Schuld gar nicht emotional zugänglich und in Trauer überführbar war« (ebd.: 295). Zum anderen interpretiert Rosenmayr den Aufruf zur Aufarbeitung, durch wiederholte Bezugnahme auf Freud und die Psychoanalyse, als Aufforderung zu persönlichem Schuldabtragen. Wiederholt wechselt der Text das Register: erst die von Friedrich Heer geforderte »Anstrengung der Versöhnung, auch um die mit den ehemaligen Nationalsozialisten«, dann eine Rechtfertigung der »Forderungen des Tages nach Aufbauarbeit in zerstörten Fabrikshallen, verwahrlosten Bauernwirtschaften, Labors und Bibliotheken«; hier die Einsicht, dass »der Nationalsozialismus in verschiedenen Einstellungsstrukturen, so der Autorität, der Leistung, der Arbeit latent« weiterlebe, dort der überwältigende Glaube an das »Neuwerden der Welt«, »dass wir uns nach Überschreitung der Zerstörungslinie in einem neuen, hoffnungsvolleren Zeitalter befänden«. »Forschung«, so Rosenmayr,

»verstand ich als methodisch gesicherte Hilfe zur Befreiung und Ermöglichung der ›besseren Welt‹, der sich selber bewußt werdenden und dadurch – im Sinne Karl Poppers und der christlichen Interpretation Friedrich Heers – ›offener‹ wie auch – in meinem eigenen Sinn – bildungs- und beziehungsbewußter werdenden Gesellschaft«. (Ebd.: 296)

»Aber die Tiefe der quasi-faschistischen gesellschaftlichen Bestimmtheit in Österreich, getragen durch das (ängstliche) Kleinbürgertum und einen auf weite Strecken autoritären Katholizismus« standen nicht auf der Agenda des Soziologen. »Das Fortwirken des Alten unterschätzte ich« (ebd.).

Dass sich Rosenmayr der Frage des Fortwirkens und Weiterlebens faschistischer Muster im Denken und Handeln erst retrospektiv zuwendet, und zwar mit einer unübersehbaren Hingabe für autobiografische Spiegelungen, ist alles andere als Zufall. Rosenmayr, Jahrgang 1925, studierte, nach Dienst in der Wehrmacht in Griechenland und am Balkan und als Dolmetscher für die britische Armee in Kärnten (vgl. Rosenmayr 2012), ab 1946 Sozialphilosophie bei Alois Dempf und August Maria Knoll, der ihm, wie wenig zuvor seinem Assistenten Ernst Topitsch, einen von der Rockefeller Stiftung finanzierten Aufenthalt in den USA vermittelte, wo Rosenmayr 1951–1953

nicht nur mit den VertreterInnen des damals modernen Strukturfunktionalismus, allen voran Talcott Parsons und Robert K. Merton, in Berührung kam, sondern auch Spuren der Wiener Soziologie der Zwischenkriegszeit entdeckte. Rosenmayr berichtet, dass er in der Widener Library der Harvard University auf die ihm bis dahin unbekannte (von ihm allerdings nur bedingt geschätzte) Studie *Die Arbeitslosen von Mariental* stieß (Rosenmayr 1996: 122); der Versuch einer Kontaktaufnahme mit einem der AutorInnen, Paul F. Lazarsfeld, scheiterte am viel beschäftigten Professor. Was Rosenmayr aus den USA mitnahm, war nicht das theoretische und methodologische Rüstzeug der zeitgenössischen amerikanischen Soziologie, die er, wie er unter Bezugnahme auf Samuel Andrew Stouffer notiert, »oberflächlich und abstoßend« fand (Rosenmayr 1988: 286), sondern, neben der Bekanntschaft mit kulturwissenschaftlichen und ethnologischen Ansätzen, vielmehr ein Gefühl für amerikanische Tugenden wie »Freiheitsbewusstsein und Gemeinschaftssinn«, die er als vorbildhaft und zukunftsverheißend erlebte. Auch in Paris, wo Rosenmayr 1949/50 ein Jahr verbrachte, war es nicht die zeitgenössische Soziologie (etwa um Georges Gurwitsch) oder die der Soziologie zugeneigte Philosophie wie jene von Jean-Paul Sartre – dessen Positionen Rosenmayr als unterschwellig zynisch empfand, jedenfalls als »unverständlich, auch abstoßend« (Rosenmayr 1996: 118) –, die eine Korrektur der Weltsicht bewerkstelligte, sondern diesmal die Kunst, die abstrakte Malerei oder die Poesie Paul Celans und ihre die Wirklichkeit transzendierenden Impulse (Rosenmayr 1988: 296).

»Der unbearbeitbare Schock von Krieg und Nachkrieg kam mir aber insofern zugute, als ich mich nach einer anfänglichen Anpassung an die Universität bei der eigentlichen wissenschaftlichen Arbeit von herrschenden akademischen Kategorien und Vorurteilen in meiner Wegsuche nicht oder nur marginal beeindrucken ließ«. (Rosenmayr 1996: 137)

Die 1954 nach der Rückkehr aus den USA erfolgte Gründung der Sozialwissenschaftlichen Forschungsstelle, die einen physisch außerhalb, aber unweit der Universität gelegenen Ort fand, erfolgte mit Unterstützung August Maria Knolls und pragmatischem Kalkül, ging es ihm in dieser Situation verständlicherweise auch um die Sicherung des Lebensunterhalts für sich und seine junge Familie – ein Vorhaben, das mit Sozialphilosophie zweifellos weniger chancenreich zu erreichen war als mit Projekten, für die Rosenmayr versuchte, von der Rockefeller Foundation in New York Förderung einzuwerben, und dies nicht ohne Erfolg. Die erste Studie der Forschungsstelle widmete sich 1954/55 den Wohnverhältnissen, Wohnbedürfnissen und Wohnwünschen in Wien, wobei Rosenmayr neben dem Wunsch nach Mobilität durch Motorisierung vor allem einen »sozialen Negativismus« in nachbarschaftlichen Verhältnissen konstatiert. Weitere Studien folgten zu Freizeit und Sozialbeziehungen am Stadtrand, familienbezogenen Themen und Fragen der Jugend, ihren Bildungszielen und Bildungswegen (z. B. *Familienbeziehungen und Freizeitgewohnheiten jugendlicher Arbeiter*), zum alten Menschen in der sozialen Umwelt (vgl. Rosenmayr 1966). Was all diese Untersuchungen auszeichnet, ist eine deklarierte Anwendungsbeziehung, ein gewisses Maß an methodischer *bricolage* bei schrittweiser Anpassung an fachliche Standards der

Zeit, vor allem aber das Bedürfnis nach Kulturdeutung. Die von Rosenmayr angesprochene »Wegsuche« führte also zu einer eigentümlichen Art von Soziologie, die nicht wissenschaftliche Soziologie sein wollte, sondern Teil einer praktischen Arbeit eines »Besiegten« (Rosenmayr 1996: 136) an der gesellschaftlichen Rekonstruktion, einer in Interaktion mit tiefenpsychologischen Ansätzen, der Literatur, der Sozialphilosophie zu leistenden Re-Interpretation der Welt, schließlich eine sozialgeschichtlich rückgebundene »Epik des modernen Zustands« (Rosenmayr 2005a: 37).

An der Lektüre der Arbeiten der Sozialwissenschaftlichen Forschungsstelle verblüfft das Maß an Abwesenheit all dessen, was in der Gesellschaft nach 1945 sowohl manifest als auch latent aus dem NS-Regime und durch dieses hindurch an Faschistischem und Autoritärem weiterlebte und weiterarbeitete: In der Studie zu den Wohnverhältnissen und den Sozialbeziehungen in der Nachbarschaft wird mit keinem Wort die Frage der Rechtmäßigkeit des (womöglich arisierten) Wohnungsbesitzes oder der nachbarschaftlichen Beziehungen mit jenen, die wieder ihr Eigentumsrecht beanspruchen, thematisiert; in der Studie *Familienbeziehungen und Freizeitgewohnheiten jugendlicher Arbeiter* wird zwar danach gefragt, ob in der Familie über Politik gesprochen werde, aber weder die nationalsozialistische Erfahrung noch entsprechende Einstellungen sind ein Gegenstand der Erhebung, abgesehen von gelegentlich eingestreuten Mutmaßungen etwa zu den Kriegs- und Nachkriegsbedingungen als Grund für »das Zurücktreten des Vaters« (Rosenmayr 1963: 343) oder den »totalitären Verpflichtungen während des zweiten Weltkriegs« in Bezug auf das Interesse an Politik und Vereinsbindung (ebd.: 265); erörtert wird der Zugriff der organisierten Jugendarbeit auf die jugendlichen Arbeiter, allen voran von Vereinen, Kirche, Parteien, Gewerkschaften, ohne die im Korporatismus (wie in den Familien) eingelagerten autoritären Strukturen in der Analyse zu berücksichtigen. Es ist eine Art *Binnensoziologie*, die zwar internationale Anbindung sucht (Rosenmayr publiziert auf Englisch, wird Mitglied der International Sociological Association, etabliert Beziehungen mit Soziologen wie René König), die aber gleichzeitig, nicht nur in thematischer Hinsicht, sondern konzeptuell und methodologisch lokal bleibt. Viele Fragen und Themen scheinen tabu. Weder wird nach dem Weiterleben von Antisemitismus, völkischem Nationalismus oder Antidemokratismus gefragt. Noch wird die Nachkriegsentwicklung in ihren größeren ökonomischen, sozialen und kulturellen Zusammenhängen untersucht, wozu im Hintergrund eine gesellschaftliche Theorie vorhanden hätte sein müssen. Rosenmayr selbst schreibt im Rückblick selbstkritisch, aus »Abstinenz zu wenig zur Herauentwicklung kohärenter Theorie-Konstruktionen in der Soziologie« (Rosenmayr 1996: 138) beigetragen zu haben. Kultur- und Gesellschaftsdeutung erschöpft sich in einer durchaus gekonnten, erfindungsreichen Semantik. »Intimität auf Abstand«, »Überbalancierung« oder »Bohnenstangenfamilie« – viele Begriffsschöpfungen Rosenmayrs finden in der familien- und sozialgerontologischen Literatur Eingang und statten den Autor im soziologischen Feld mit symbolischem Kapital aus. Semantische Arbeit repräsentiert eine spezielle Art von Theorie, wo begriffliche Neuschöpfungen »lediglich nachdrückliche Versicherungen« abgeben (Steiner 1973: 66), ohne einer Beweisführung zu dienen; wie Rosen-

mayr selbst festhält, bringt ihm diese Verfahrensweise immer wieder den Vorwurf ein, ad hoc Theorien zu entwickeln.

Inwieweit stellt die Benennung der Sozialwissenschaftlichen Forschungsstelle einen Versuch dar, sich der Nähe und Verwandtschaft mit der Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle der späten 1920er- und frühen 1930er-Jahre begrifflich zu versichern? Freilich, die von Rosenmayr gegründete Einrichtung repräsentiert nicht nur in weltanschaulicher Hinsicht ein differentes Universum als die Wirtschaftspsychologische Forschungsstelle; markante Unterschiede existieren auch in Bezug auf die epistemologischen und methodologischen Prämissen, wie sie in je spezifischer Weise mit der Anwendungsorientierung der beiden Forschungsstellen verbunden sind. Auch die Wirtschaftspsychologische Forschungsstelle betreibt Anwendungsforschung, aber sie ist gesellschaftstheoretisch grundiert und aufgrund der Vorbildung ihrer Mitglieder (Lazarsfeld ist Mathematiker, Zeisel ein sehr guter Statistiker, Jahoda Psychologin) sowie der Anbindung an Charlotte und Karl Bühler und das Institut für Psychologie in wissenschaftlicher, vor allem methodologischer Hinsicht der Zeit voraus. Für die VertreterInnen der Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle bilden, in austromarxistischer Tradition, Theorie und Praxis in spezifischer Weise einen untrennbaren Zusammenhang, demzufolge sozialwissenschaftliche Forschung einen über Verstehen und Deutung hinausgehenden Entwurf einer Veränderung der Welt beinhaltet. Die Abspaltung dieses Anspruchs von der Forschungspraxis, wie sie Lazarsfeld später in den USA vollzieht, ist Voraussetzung für die Schaffung eines »multinationalen Wissenschaftskonzerns« (Pollak 1981) und schiebt den Marxismus in die Latenz (vgl. Kranebitter und Reinprecht 2018). Der Sozialwissenschaftlichen Forschungsstelle aber fehlt nicht nur ein verbindlicher Entwurf einer Theorie von Gesellschaft, sondern vor allem grundlegende sozialwissenschaftliche Expertise. Mit erstaunlicher Offenheit schreibt Rosenmayr über sein Ringen »mit den im Selfteaching-Verfahren erlernten Methoden der Sozialforschung« (Rosenmayr 2005a: 41), die er sich schließlich nur partiell aneignet, während er einem multidisziplinären Zugang den Vorrang gibt, der dazu beiträgt, »dass die Soziologie, wie ich sie ab 1955 betrieb, sich mehr und mehr in Teilgebieten so genannter »spezieller Soziologien« gegenüber der systemorientierten »allgemeinen Soziologie« entwickelte« (ebd.: 41–42). Der Verzicht auf eine gesamtgesellschaftliche Perspektive bedeutet freilich einen Rückzug vom Anspruch auf eine Analyse struktureller Mechanismen von Dominanz, Herrschaft und Gewalt. Damit aber beraubt sie sich selbst jeder Möglichkeit, dem einigermaßen kryptisch anmutenden Hinweis auf die »Tiefe der quasi-faschistischen gesellschaftlichen Bestimmtheit in Österreich« auf den Grund zu gehen.

Die durchaus erfolgreichen Versuche Rosenmayrs, sich mit PositionsträgerInnen im nationalen Feld der Wissenschaftspolitik zu verbünden und der internationalen Welt der Soziologie zu vernetzen, dürfen nicht über die relative Isolation der Forschungsstelle hinwegtäuschen. Rosenmayr begegnet in den USA zwar so manchen SoziologInnen aus Österreich im Exil, greift aber mögliche Fäden zu den von diesen Personen betriebenen Forschungen, etwa zur *Autoritären Persönlichkeit*, woran vor allem Else Frenkel-Brunswik federführend beteiligt ist, nicht auf; aber auch vor Ort,

in Wien, sind die Kontaktstrukturen selektiv, zu den von den US Forces betriebenen Befragungen zum Weiterleben des NS-Gedankenguts (siehe den Beitrag von Weiss in diesem Band) gibt es keine Berührung. Vielmehr etabliert sich das Feld der Soziologie über die Achse zur konservativen Wissenschaftspolitik. In diesem Zusammenhang sind Rosenmayrs Ausführungen zur Akquise von Forschungen interessant. In seinem Text *Harter, unsicherer Anfang* erzählt er über den Beginn der Jugendforschung mit dem Interesse des damaligen auch für Wissenschaft zuständigen österreichischen Unterrichtsministers Heinrich Drimmel an einer Jugendstudie nach dem Vorbild von Helmut Schelskys *Skeptischer Generation*.

Rosenmayr schildert die Situation folgendermaßen: Drimmel fragte bei Schelsky an, der ihn umgehend

»an einen jungen Dozenten in Wien, nämlich an mich [verwies]. Auch Theodor W. Adorno spürte mich auf und wollte mich für die in Entfaltung begriffene sozialwissenschaftliche Fakultät in Frankfurt gewinnen, da er sich davon eine Wiederbelebung der in ›Autorität und Familie‹ (Paris 1936) dokumentierten Zusammenarbeit zwischen der ›Kritischen Theorie‹ und der empirischen sozialpsychologischen Forschung in Wien erwartete« (Rosenmayr 1996: 132),

zu der in den frühen 1930er-Jahren Käthe Leichter und Marie Jahoda beigetragen hatten. Zu einer Reaktivierung dieser Zusammenarbeit (und auch zur Replikation von Schelskys Studie in Österreich) kam es zwar nicht; Rosenmayr aber war, mit seinem Krisenbefund eines *Notstands der Jugend* (1959), aus der sich die Notwendigkeit soziologischer Forschung ableiten ließ, als Jugendforscher initiiert. Nicht das Erkenntnisinteresse an der Wirkmächtigkeit autoritärer Strukturen bildete die Triebfeder seiner Sozialforschung, sondern Krisendeutungen, neue Ordnungsvorstellungen und eine »reformfähige Praxis« (Rosenmayr 1988: 291), nahe an Politik. Es dauerte einige Jahre, ehe mit Eva Köckeis eine mathematisch-statistisch versierte Soziologin, die die NS-Zeit im englischen Exil überlebt hatte, jene fachlich-methodische Kompetenz einbrachte, die für die Umsetzung sozialwissenschaftlicher Forschungsvorhaben erforderlich ist. Manche der in Zusammenarbeit mit Köckeis realisierten Forschungen, über die sich Rosenmayr nun auch eine gewisse Methodenkompetenz aneignete, wie etwa die 1965 bei Luchterhand verlegte Studie *Umwelt und Familie alter Menschen*, erscheinen heute als Element einer fachlichen Professionalisierung und Spezialisierung. In seinen späteren Arbeiten zu Themen der Sozialgerontologie (*Der alte Mensch in der Gesellschaft* 1978, zusammen mit Hilde Rosenmayr, *Die späte Freiheit* 1983, *Die Kräfte des Alters* 1990, *Die Schnüre vom Himmel* 1992) tritt die nüchterne Betrachtungsweise gegenüber dem Wunsch nach »Kulturbedeutung« wieder in den Hintergrund.

Eva Köckeis-Stangl, 1922 in Wien in eine wohlhabende jüdische Familie geboren und 1938 von ihren Eltern nach England ins Exil geschickt, wo sie sich politisierte und dem kommunistischen Jugendverband beitrug, zählt zur Gruppe der jüdisch-kommunistischen RückkehrerInnen, die bald nach 1945 das Exil verließen, um ein besse-

res, anderes, demokratischeres Österreich aufzubauen.²¹ Nachdem sie mit der Externistenmatura den gewaltsam unterbrochenen Schulabschluss nachgeholt hat, studiert Köckeis-Stangl Staatswissenschaften und Statistik an der Universität Wien, wo sie 1959 mit einer Arbeit über Stichprobenverfahren in der amtlichen Statistik promoviert und 1963 von Leopold Rosenmayr als Forschungsassistentin angestellt wird. Zwei Biografien, die gegensätzlicher nicht sein könnten, begegnen einander im Kontext der zaghaften Institutionalisierung und Verberuflichung soziologischen Wirkens. Es ist dies eine machtasymmetrische Konstellation zweier nahezu Gleichaltriger aus unterschiedlichen Generationseinheiten mit stark divergierenden Erfahrungszusammenhängen, wo es der eine als fachlicher Autodidakt zu Professur und Institutsleitung geschafft hat, während die andere, in institutionell abhängiger Position, die methodisch-wissenschaftliche Qualität der Forschung garantiert. Diese Konstellation wird gegen Ende der 1960er-Jahre nicht zuletzt im Kontext der aufkommenden gesellschaftlichen Unruhe zunehmend fragil. Köckeis-Stangl, die nach mehr forschersicher Unabhängigkeit strebt und auch ihre Sympathien für die Studentenbewegung nicht verbirgt, kann ihr an der Universität geplantes Habilitationsvorhaben nicht mehr realisieren: »Die weltanschauliche Kombination ›jüdisch und links‹ dürfte für die Habilitation innerhalb der Fakultät ebenfalls nicht gerade förderlich gewesen sein« (Lichtmanegger 2003: 143). Ihr gelingt es schließlich, an der Universität Innsbruck Fuß zu fassen, wo sie sich erst in Erziehungswissenschaften und später in Sozialpsychologie habilitiert.

Was auch immer das Zerwürfnis zwischen Rosenmayr und Köckeis-Stangl begründet haben mag: Als Frau, Jüdin, Kommunistin und exzellente Forscherin war sie in besonderer Weise den strukturellen Ein- und Ausschlussmechanismen des soziologischen Feldes dieser Zeit ausgesetzt. Leopold Rosenmayr hatte sich ab Mitte der 1960er-Jahren eine strategische Position erarbeitet. Als Mitglied des Rates für Hochschulfragen sowie der Gründungskommissionen der neuen, 1966 gegründeten Hochschulen, nutzte er seinen Einfluss auch dazu, die Berufung neuer ProfessorInnen im Fachbereich zu kontrollieren. Auf diese Weise wurden sowohl Angehörige des katholischen Milieus als auch KandidatInnen protegiert, die für die eigene Position keine Gefahr oder Konkurrenz darstellten (vgl. Fleck 2018: 334). Köckeis-Stangl war nicht die einzige Soziologin an der Universität Wien, die für ihr Habilitationsprojekt an eine andere Universität (im konkreten Fall auch in eine andere Disziplin) wechseln musste. So änderte die Expansion der Soziologie Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre vorerst kaum etwas an der Selbstmarginalisierung der Disziplin. Statt auf fachliche Professionalisierung setzte Rosenmayr auf einen Typus Soziologie, der

»anders als in der amerikanischen Meinungs- und Einstellungsforschung, die ich für die komplexen Probleme unserer österreichischen Geschichte und Kultur für ungeeignet hielt [...] durch Beobachtungen, Beschreibungen und Befragungen ethnologisch-volkskundlicher Art, ergänzt durch historische Studien und Deutungen« (Rosenmayr 1988: 288)

21 | Zur Rückkehr von Angehörigen des jüdischen und kommunistischen Exils siehe Berger und Wodak 2018; vgl. dazu auch Reinprecht 1992.

auf eine »praxisrelevante Orientierungsforschung« (Rosenmayr 1992: 316) hinauslief. Politikberatende Anwendungs- und sozialphilosophische Deutungswissenschaft bildeten die beiden Eckpfeiler dieser Soziologie.

Rosenmayrs Verhältnis zum eigenen Fach ist von Anfang an zutiefst ambivalent. Verbirgt sich in seinem repetitiven Ruf nach Erneuerung der Soziologie und Multidisziplinarität nicht eine gesellschaftliche fest verankerte anti-soziologische Attitüde? Der Soziologe als Anti-Soziologe? Rosenmayr tritt als Sozialphilosoph in die Welt der Soziologie. Seine Begegnungen mit der (damals vorherrschenden) US-amerikanischen Soziologie sind von Skepsis, Unverständnis, ja Abneigung getragen. Dem modernisierungstheoretisch imprägnierten Wissenschaftsverständnis dieser Soziologie öffnet er sich ebenso wenig wie dem Vermächtnis der Wiener Schule der Soziologie. Einerseits reklamiert Rosenmayr für sich, nach dem Zweiten Weltkrieg in Österreich die empirische Grundrichtung der Soziologie entwickelt zu haben (Rosenmayr 2005a: 61); andererseits erlauben ihm die Soziologie und »das traditionelle Rüstzeug der Sozialforschung« (Rosenmayr 1996: 137) nicht genug und er sucht aktiv die Verknüpfung mit Tiefenpsychologie und Sozialgeschichte, aber ob »auf Dauer ein solches Wissenschaftssyndrom den Namen Soziologie tragen wird, ist schwer vorauszusagen. Soziologie«, wiederholt Rosenmayr auch an dieser Stelle, »hatte von Anbeginn an [...] *Multidisziplinarität* in ihrem Programm. Soziologie verstand sich als *Integrationskraft*, nicht als *Spezialdisziplin*« (Rosenmayr 2005a: 63; Hervorhebungen im Original).

Diese dem eigenen Fach gegenüber ambivalente, wenn nicht sogar ablehnende Haltung prägte die von Rosenmayr beschriebene Grundrichtung der Soziologie dauerhaft und in verschiedener Weise mit. Sie blockierte jedenfalls die universitäre Etablierung jener, die es mit der Soziologie als Fach Ernst meinten und daher oftmals entschieden, einen anderen wissenschaftlichen Weg einzuschlagen oder auch Österreich den Rücken zu kehren, um an ausländischen Universitäten und Forschungszentren zu reüssieren. Die Liste der in diesem Sinne »Exilierten« (von Michael Pollak über Karin Knorr-Cetina bis zu Heinz Steinert) ist lang. Umgekehrt musste es für Rosenmayr in schmerzhafter Erinnerung geblieben sein, in der Konfrontation mit der Studentenbewegung »als Datenknecht im kapitalistischen Establishment und ›Verdoppler der Wirklichkeit« beschimpft zu werden (Rosenmayr 1996: 139). Davon geprägt ist auch seine in mehreren Varianten vorliegende Schilderung der Besetzung einiger Institutsräumlichkeiten im Mai 1970. Was damalige Studierende »als eine eher fade Angelegenheit« erlebten (vgl. Gáspár-Rupper 1988: 329), schildert Rosenmayr mit drastischen Worten als Einmarsch gestiefler DemonstrantInnen (vgl. Rosenmayr 2005a: 50):

»Teile des Soziologie-Instituts wurden besetzt, als ›Volkseigener Betrieb« deklariert, rote Fahnen wurden ausgehängt, man drohte Fragebögen zu vernichten. In meinen Vorlesungen wurde demonstrativ, den Vortrag unterbrechend, von Gruppen, die Mao-Mützen trugen und Flugblätter verteilten, ›einmarschiert«. In Hörerversammlungen wurden Argumente niedergeschrien, man nahm körperlich bedrohende Haltungen ein. Ich wurde in meinem Arbeitszimmer von einem Trupp mit Reitstiefeln an der Arbeit gehindert, sehr zum Schrecken meiner damaligen Sekretärin, die während des Krieges ›rassisch verfolgt«

gewesen war, versteckt gelebt hatte und einmal fast von der SS entdeckt worden wäre.« (Rosenmayr 1988: 302)

Die nur allzu offensichtlichen Konnotationen dieser Textstellen bedürfen wohl keines weiteren Kommentars.

Rückkehr und Zurückholung

Ich persönlich lernte Rosenmayr im Frühjahr 1990 kennen, als ich mich am Institut für Soziologie um eine Assistentenstelle bewarb. Meine Tätigkeit bestand anfangs vor allem in der Bearbeitung von Manuskripten, abgetippten Vorlesungen und Vorträgen, die sukzessive zu Artikeln umgearbeitet wurden, dazu kam die Vorbereitung von Lehrveranstaltungsunterlagen, manchmal auch die Übernahme einzelner Sitzungen in Seminaren, das Erstellen von Exzerpten usw. Mit der Zeit betraute mich Rosenmayr mit Agenden im Zusammenhang mit seinem damals intensiv laufenden Projekt in Mali, Westafrika, woraus sich dann einige Jahre später ein eigenständiges Forschungsvorhaben herauschälte (vgl. Chevron, Reinprecht und Traoré 2002). Mein Dissertationsprojekt zur Bewertung der Vergangenheit in Ungarn und der Tschechischen Republik unterstützte er anfangs unter anderem durch die Vermittlung von Kontakten zur Akademie der Wissenschaften, die das Projekt finanziell förderte. Das Dissertationsthema sorgte für Distanzierung, da wir unterschiedliche Ansätze vertraten und sich Rosenmayr vom erinnerungspolitischen Diskurs, so mein Eindruck, persönlich adressiert und angegriffen fühlte; aber Gespräche und Diskussion sorgten gleichzeitig für eine gewisse Annäherung. Viele Themen, die in seinen autobiografischen Büchern behandelt werden, tauchten in diesen Gesprächen auf: seine Beziehungen zu Lazarsfeld, Paul Neurath, Viktor Frankl, die Zeit als Wehrmachtssoldat in Griechenland, am Balkan, der Rückzug durch Jugoslawien und Begegnungen mit PartisanInnen, das Aufwachsen in der kleinbürgerlichen Familie bäuerlichen Ursprungs in Wien-Favoriten, auch die *Überwältigung 1938*, wie er 2008 sein vorletztes Erinnerungsbuch nennen sollte, war Thema. Die Re-Lektüre von Rosenmayrs »autosoziologischen« Bekenntnissen, die ich damals zu Beginn meiner Tätigkeit an der Universität Wien teils in Manuskriptform Korrektur las, führt erneut die problematischen Erbschaften eines Typus von Soziologie vor Augen, die durch Rosenmayr kreiert und bis zu seinem Lebensende gerechtfertigt wurden, für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus aber kaum begünstigend waren. »Bei all dem ging es mir um die Förderung der Bearbeitung von Fragestellungen, aber nicht um die Umgrenzung eines Faches Soziologie«, schreibt Rosenmayr 1996.

Für das langfristig problematische Wirken des Doyens der österreichischen Nachkriegssoziologie ist eine ausgeprägte Ambivalenz entscheidend. Seine Soziologie beruht, wie gezeigt, auf der Ablehnung von Fachlichkeit, einem Verständnis von Soziologie als Rekonstruktion und Aufbauforschung, auf dem Anspruch auf Kulturdeutung bei Verzicht eigenständiger Gesellschaftstheorie. So sieht sich Rosenmayr

einerseits als Begründer der Nachkriegssoziologie, als der er über Jahrzehnte alle Berufungs- und Habilitationsverfahren sowie die Etablierung universitärer wie außeruniversitärer Einrichtungen zu kontrollieren und zu beeinflussen versucht; andererseits bezieht er sein Selbstverständnis aus einer Abgrenzung zur Soziologie, die er als »Übergangsphänomen« bezeichnet, und einer emotional und immer wieder auch mit Geringschätzung vorgetragenen Abwehrhaltung. Diese doppelten Botschaften schreiben sich in das Feld der Soziologie ein; so blockiert das Wirken des Soziologen die Entfaltung von Autonomie.

Doch am Ende steht eine zweifache Rückkehr: ins Gehege der Sozialphilosophie, zu den Stammesalten ins Sahel-Dorf Sonongo. Die an zahlreichen Stellen für sich selbst und die Sozialwissenschaften eingeforderte Rückbesinnung auf die Sozialphilosophie ist für Rosenmayr Ausdruck von »Widerstand gegen totale, wissenschaftliche Welterklärung« (Rosenmayr 1988, 73), zugleich aber auch einer Zurückholung von Person und Subjekt in die Soziologie. Vor allem die späten Texte zu NS-Erfahrung und Kriegserleben sind von einem »intim-einverständigen Rückbezug auf die private Person des Soziologen« (Bourdieu und Wacquant 1996: 103) geprägt. Im abschließenden Kapitel seiner 2008 publizierten Erinnerungen an 1938, in dem die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zum Geschichtsbild in Österreich resümiert werden, konstatiert Rosenmayr: »Vielleicht kann die emotionale und intellektuelle Umwandlung von Erinnerung in Wissen eine befreiende und klärende Wirkung haben« (Rosenmayr 2008: 338). Wie aber kann sich eine solche befreiende und klärende Wirkung entfalten, wenn die Zurückholung der Person eher die narzisstische Illusion bedient als die kritische Reflexion und Reflexivität?

»Kindheitserfahrungen in einem entlegenen Mühlviertler Dorf und Abenteuerlust ließen mich die Dörfer Afrikas und damit meine mit den Jahren verblassende Kindheit im Mühlviertel 1930 bis 1940 am Südrand der Sahara von 1983–1998 suchen. [...] Es gelang mir, durch ›Zurückholung‹ von ›Person und Kultur‹ in die Soziologie das Auseinanderklaffen von Sozialentwicklung und Kultur im afrikanischen ›Entwicklungsprozess‹ zu erkennen und aufzuzeichnen.« (Rosenmayr 2005b: 278)

Wie einst für die bäuerlichen Vorfahren im Mühlviertel scheint auch für die Alten in Sonongo »der Zwang der Figuration« (Elias 1991: 35) unentrinnbar, während gleichzeitig, als Folge sozialen Wandels, ihre traditionelle, institutionell fixierte Vormachtstellung zerbricht. Auch im westafrikanischen Sahel ist die auf Subsidiarität und Subsistenzwirtschaft gegründete dörfliche Gemeinschaft kein zukunftsweisendes Modell und mythisches Wissen nicht mehr in der Lage, die herkömmliche Sozialordnung, die den Alten über das Prinzip der Seniorität eine bevorzugte Stellung einräumt, zu festigen. Fiktionen freilich sind dauerhaft. Sie sind, um abschließend nochmals Bourdieu zu zitieren, der ideologische Effekt des Vergessens der Geschichte (Bourdieu 1993: 79). Das Heraufbeschwören eines idealisierten Teils der Familiengeschichte (Rosenmayr wuchs nicht am Land, sondern im zehnten Wiener Gemeindebezirk auf) bildet im Kontrast mit der noch rückblickend empfundenen »Überwältigung« durch

historisch-politische Gewaltverhältnisse (»Hitlers Augen«, »Nachbar Moses kniet auf der Straße«; Rosenmayr 2008) einen Raum des Erinnerns, in dem eine kritische Auseinandersetzung und Aufarbeitung der NS-Erfahrung eben *nicht* möglich ist.²²

Literatur

- Amann, Anton (1987): »Soziologie in Wien. Entstehung und Emigration bis 1938. Eine Skizze mit besonderer Berücksichtigung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien«, in: Stadler, Friedrich (Hrsg.), *Vertriebene Vernunft I. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft 1930–1940*, Wien: Jugend & Volk, S. 214–237.
- Anders, Günther (2006): *Tagesnotizen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Berger, Ernst und Wodak, Ruth (2018): *Die Kinder der Rückkehr. Geschichte einer marginalisierten Jugend*, Wiesbaden: Springer. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-20850-9>.
- Becker, Michael (2014): »Politik des Beschweigens. Plädoyer für eine historisch-soziologische Rekonstruktion des Verhältnisses der Soziologie zum Nationalsozialismus«, in: *Soziologie*, 43. Jahrgang, Heft 3, S. 251–277.
- Bourdieu, Pierre (1988): *Homo Academicus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre (1993): »Für eine Soziologie der Soziologen«, in: Bourdieu, Pierre, *Soziologische Fragen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 77–82.
- Bourdieu, Pierre (2002): *Ein soziologischer Selbstversuch*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Bourdieu, Pierre und Wacquant, Loïc (1996): *Reflexive Anthropologie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Brunner, Otto, Conze, Werner und Koselleck, Reinhart (Hrsg.) (2004): *Geschichtliche Grundbegriffe: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Chevron, Marie-France, Reinprecht, Christoph und Traoré, Gaoussou (Hrsg.) (2002): *Umwelt und Urbanität in Westafrika*, Frankfurt am Main: Brandes & Apsel.
- Daim, Peter, Heer, Friedrich und Knoll, August Maria (1963): *Kirche und Zukunft*, Wien: Europa Verlag.
- Elias, Norbert (1991): *Mozart. Zur Soziologie eines Genies*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Eribon, Didier (2016): *Rückkehr nach Reims*, Berlin: Suhrkamp.

22 | Die autobiografischen Texte Rosenmayrs stehen so gesehen im Gegensatz zur autosozio-logischen Literatur von Pierre Bourdieu (2002) oder Didier Eribon (2016), in der es um die Analyse der Mechanismen sozialer Reproduktion und ihrer möglichen Überwindung im wissenschaftlichen Feld geht.

- Etzemüller, Thomas (2001): *Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945*, München: Oldenbourg. DOI: <https://doi.org/10.1515/9783486595222>.
- Fleck, Christian (1987): »Rückkehr unerwünscht. Der Weg der österreichischen Sozialforschung ins Exil«, in: Stadler, Friedrich (Hrsg.), *Vertriebene Vernunft I. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft 1930–1940*, Wien Jugend & Volk, S. 182–213.
- Fleck, Christian (1988): »Vertrieben und vergessen. Ein Überblick über die aus Österreich emigrierten Soziologen«, in: Langer, Josef (Hrsg.), *Geschichte der österreichischen Soziologie. Konstituierung, Entwicklung und europäische Bezüge*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 257–277.
- Fleck, Christian (1996): »Autochthone Provinzialisierung. Universität und Wissenschaftspolitik nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich«, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 7. Jahrgang, Heft 1, S. 67–92.
- Fleck, Christian (1999): »Für eine soziologische Geschichte der Soziologie«, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 24. Jahrgang, Heft 2, S. 52–65.
- Fleck, Christian (2000): »Wie Neues nicht entsteht. Die Gründung des Instituts für Höhere Studien in Wien durch Ex-Österreicher und die Ford Foundation«, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 11. Jahrgang, Heft 1, S. 129–178.
- Fleck, Christian (2007): *Transatlantische Bereicherungen. Zur Erfindung der empirischen Sozialforschung*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Fleck, Christian (2010): »Die Entwicklung der Soziologie in Österreich«, in: Biegelbauer, Peter (Hrsg.), *Steuerung von Wissenschaft? Die Governance des österreichischen Innovationssystems*, Innsbruck: StudienVerlag, S. 259–296.
- Fleck, Christian (2018): »Soziologie in Österreich nach 1945«, in: Moebius, Stephan und Ploder, Andrea (Hrsg.): *Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie*, Band 1: Geschichte der Soziologie im deutschsprachigen Raum, Wiesbaden: VS Springer, S. 315–346. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-07998-7_16-1.
- Gáspár-Ruppert, Walburga (1988): »Institutionalisierung und Protest. Soziologiestudium in den sechziger Jahren«, in: Langer, Josef (Hrsg.), *Geschichte der österreichischen Soziologie. Konstituierung, Entwicklung und europäische Bezüge*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 317–332.
- Hubenstorf, Michael (1989): »Medizinische Fakultät 1938–1945«, in: Heiß, Gernot, Matzl, Siegfried, Meissl, Sebastian, Saurer, Edith und Stuhlpfarrer, Karl (Hrsg.), *Willfähige Wissenschaft. Die Universität Wien 1938–1945*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 233–282.
- Kautsky, Benedikt (1946): *Teufel und Verdammte. Erfahrungen und Erkenntnisse aus sieben Jahren in deutschen Konzentrationslagern*, Zürich: Büchergilde Gutenberg.
- Knoll, August Maria (1936): *Ziel und Glaube. Der Weg einer Generation*, Wien: Reinhold.
- Knoll, August Maria (1949): *Von den drei Wesenstheorien der Gesellschaft: Individualismus, Totalismus, Personalismus*, Wien: Manz.

- Knoll, August Maria (1950): »Othmar Spann. Eine kritische Würdigung«, in: *Die Österreichische Furche*, 22. Juli 1950.
- Knoll, August Maria (1962): *Katholische Kirche und scholastisches Naturrecht*, Wien: Europa Verlag.
- Knoll, Reinhold (1996): »Nachwort ... an meinem Vater erinnert«, in: Knoll, August Maria, *Glaube zwischen Herrschaftsordnung und Heilserwartung. Studien zur politischen Theologie und Religionssoziologie*, Wien: Böhlau, S. 389–396.
- Knorr, Karin D., Haller, Max und Zilian, Hans Georg (1979): *Erkenntnis- und Verwertungsbedingungen sozialwissenschaftlicher Forschung*, Wien: Jugend & Volk
- Korotin, Ilse (2006): »Deutsche Philosophen aus der Sicht des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS – Schwerpunkt Österreich«, in: Heinz, Marion und Gretić, Goran (Hrsg.), *Philosophie und Zeitgeist im Nationalsozialismus*, Würzburg: Königshausen & Neumann, S. 45–66.
- Kranebitter, Andreas und Reinprecht, Christoph (2018): »Marxism underground. Latent Marxism in Austrian empirical sociology«, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 43. Jahrgang, Heft 3, S. 219–229. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11614-018-0314-x>.
- Kropiunigg, Rafael (2015): »The Rehabilitated Austrians and the Borodajkewycz Affair«, in: *Austrian History Yearbook*, 46. Jahrgang, S. 360–385. DOI: <https://doi.org/10.1017/S0067237814000228>.
- Langer, Josef (Hrsg.) (1988): »Allgemeine gesellschaftliche Hintergründe für die Entwicklung der Soziologie in Österreich«, in: Langer, Josef (Hrsg.), *Geschichte der österreichischen Soziologie. Konstituierung, Entwicklung und europäische Bezüge*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 11–32.
- Lichtmannegger, Susanne (2003): »Eva Köckeis-Stangl. »Durchkommen in schwierigen Verhältnissen««, in: Gensluckner, Lisa, Schreiber, Horst, Tschugg, Ingrid und Weiss, Alexandra (Hrsg.), *Gegenwind, Gaismair-Jahrbuch 2004*, Innsbruck: StudienVerlag, S. 137–152.
- Norden, Gilbert, Reinprecht, Christoph und Froschauer, Ulrike (2015): »Frühe Reife, späte Etablierung: Zur diskontinuierlichen Institutionalisierung der Soziologie an der Alma Mater Rudolphina Vindobonensis«, in: Fröschl, Karl Anton, Müller, Gerd B., Olechowski, Thomas und Schmidt-Lauber, Brigitta (Hrsg.), *Reflexive Innenansichten aus der Universität. Disziplinengeschichten zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Politik*, Göttingen, Vienna University Press/V&R unipress, S. 165–178. DOI: <https://doi.org/10.14220/9783737004152.165>.
- Oberkofler, Gerhard und Stern, Manfred (2019): *Leo (Jonas Leib) Stern. Ein Leben für Solidarität, Freiheit und Frieden*, Innsbruck: StudienVerlag.
- Pelinka, Anton (1977): »August Maria Knoll«, in: *Neue Österreichische Biographie ab 1815. Große Österreicher*, Band XIX, Wien: Amalthea (https://austria-forum.org/af/Wissenssammlungen/Essays/Soziologie_und_Ethik/August_Maria_Knoll, 20. April 2019).
- Pollak, Michael (1981): »Paul F. Lazarsfeld – Gründer eines multinationalen Wissenschaftskonzerns«, in: Lepenies, Wolf (Hrsg.), *Geschichte der Soziologie. Studien zur*

- kognitiven, sozialen und historischen Identität einer Disziplin*, Band 3, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 157–203.
- Reinprecht, Christoph (1992): *Zurückgekehrt. Identität und Bruch österreichischer Juden*, Wien: Braumüller.
- Reinprecht, Christoph (2014): »Die österreichische Soziologie und der Nationalsozialismus. Aufbruch, Verdrängung und verletzte Identität«, in: Christ, Michaela und Suderland, Maja (Hrsg.), *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven*, Berlin: Suhrkamp, S. 237–262.
- Rosenmayr, Leopold (1963): *Familienbeziehungen und Freizeitgewohnheiten jugendlicher Arbeiter*, Wien: Verlag für Geschichte und Politik.
- Rosenmayr, Leopold (1988): »Erlebte Soziologie-Geschichte in Österreich ab 1945«, in: Langer, Josef (Hrsg.), *Geschichte der österreichischen Soziologie. Konstituierung, Entwicklung und europäische Bezüge*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 281–316.
- Rosenmayr, Leopold (1992): *Die Schnüre vom Himmel. Forschung und Theorie zum kulturellen Wandel*, Wien: Böhlau.
- Rosenmayr, Leopold (1996): »Harter, unsicherer Anfang«, in: Fleck, Christian (Hrsg.), *Wege zur Soziologie nach 1945: Autobiographische Notizen*, Opladen: Leske + Budrich, S. 99–140.
- Rosenmayr, Leopold (2005a): »Frühe Erfahrungen – späte Einsichten«, in: Amann, Anton und Majce, Gerhard (Hrsg.), *Soziologie in interdisziplinären Netzwerken*, Wien: Böhlau, S. 31–76.
- Rosenmayr, Leopold (2005b): »Nachlese«, in: Amann, Anton und Majce, Gerhard (Hrsg.), *Soziologie in interdisziplinären Netzwerken*, Wien: Böhlau, S. 275–316.
- Rosenmayr, Leopold (2008): *Überwältigung 1938. Frühes Erlebnis – späte Deutung*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau.
- Rosenmayr, Leopold (2012): *Im Krieg auf dem Balkan. Erinnerungen eines Soldaten an den Zweiten Weltkrieg*, Wien: Böhlau. DOI: <https://doi.org/10.7767/boehlau.9783205792338>.
- Rosenmayr, Leopold und Köckeis, Eva (1965): *Umwelt und Familie alter Menschen*, Neuwied: Luchterhand.
- Rosenmayr, Leopold und Köckeis, Eva (Hrsg.) (1966): *Sociology in Austria*, Graz: Hermann Böhlau's Nachf.
- Steiner, George (1962): »Der Rückzug vom Wort«, in: Steiner, George, *Sprache und Schweigen. Essays über Sprache, Literatur und das Unmenschliche*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Steinmetz, George (2015): »Neo-Bourdieuische Theorie und die Frage wissenschaftlicher Autonomie: Deutsche Soziologen und der Imperialismus zwischen 1890 und 1945«, in: Dayé, Christian und Möbius, Stephan (Hrsg.), *Soziologiegeschichte. Wege und Ziele*, Berlin: Suhrkamp, S. 336–399.
- Taschwer, Klaus (2015): *Hochburg des Antisemitismus. Der Niedergang der Universität Wien im 20. Jahrhundert*, Wien: Czernin.
- Winter, Ernst Karl (2018): *Die Geschichte des österreichischen Volkes*, hrsg. von Paul R. Tarmann, Perchtoldsdorf: Plattform.

Gedächtnisorte des Widerstands

Zur Bedeutung von Kollektiven in intergenerationalen Erinnerungsprozessen

Maria Pohn-Lauggas

Dass die österreichische Soziologie nicht umhinkommt, sich auch jenen Strukturen und Prozessen zuzuwenden und sie empirisch zu untersuchen, die in Verbindung mit dem Nationalsozialismus stehen und die österreichische Gesellschaft seit 1945 prägen, steht wohl außer Frage. Hierfür ist eine Soziologie mit historischer Perspektive ebenso unabdingbar wie eine Soziologie, die sich an der Untersuchung gegenwärtiger Prozesse orientiert. Mit diesem Anliegen wendet sich der vorliegende Artikel dem Verhältnis zwischen kollektiven Gedächtnissen und intergenerationalen familialen Erinnerungsprozessen zu und versucht dieses empirisch fundiert näher zu bestimmen. Indem kollektive Gedächtnisse mitbestimmen, in welcher Weise über die Vergangenheit gesprochen werden kann, strukturieren sie intergenerationale Erinnerungsprozesse, wie sie sich in familialen Dialogen und individuellen Erinnerungen vollziehen, sie konstituieren Generationszusammenhänge und nehmen Einfluss auf die biographischen Verläufe. Im Mittelpunkt dieses Beitrags steht die Frage, welche kollektiven Gedächtniskonstellationen zur Ausbildung bestimmter intergenerationaler familialer Erinnerungsprozesse führen, und zwar konkret bei Nachkommen von Widerständigen gegen den Nationalsozialismus. Sie stellt sich vor dem Hintergrund, dass sich in Österreich nach 1945 unterschiedliche kollektive Gedächtnisse in Bezug auf den Widerstand gegen den Nationalsozialismus ausgebildet haben, die bis heute in einem gemeinsamen Spannungsfeld stehen. Der Beitrag rückt dabei eine bestimmte Gedächtnisformation in den Mittelpunkt, die sich aus der spezifischen Konstellation zwischen dem nationalen (österreichischen) Gedächtnis, den Familiengedächtnissen und den kollektiven (Gegen-)Gedächtnissen von NS-Opferverbänden ergibt.

Theorie der Erinnerungspraxis

Maurice Halbwachs ist es zu verdanken, die Erinnerung von Individuen als an einen gesellschaftlichen Rahmen gebunden konzipiert zu haben, konkret an die kollektiven Gedächtnisse von Wir-Gruppen,¹ denen Individuen in ihrer sozialen Welt angehören. Individuen greifen in ihrer Erinnerung entsprechend ihrer verschiedenen Gruppenzugehörigkeiten auf verschiedene Kollektivgedächtnisse zu, sodass sich diese in den individuellen Gedächtnissen offenbaren (Halbwachs 1985: 23). Kollektive Gedächtnisse fixieren Erinnerung, stellen aber gleichzeitig eine veränderliche Struktur dar (Erl 2017: 6). Sie beinhalten den zu einem bestimmten Zeitpunkt vorhandenen und von Machtverhältnissen geformten Wissensbestand, der etwas darüber aussagt, wie »etwas gewesen« ist (Berek 2009: 32). Individuelles Erinnern ist mit diesem Verständnis ohne kollektivem Gedächtnis nicht möglich bzw. tritt ein Vergessen ein, wenn die Wir-Gruppe zerfällt oder nicht vorhanden ist.

Als ein Element der Konstruktion sozialer Wirklichkeit kommt kollektiven Gedächtnissen und ihrem Verhältnis zum Gewesenen besondere Bedeutung zu, denn sie stellen Deutungsangebote zu vergangenen Ereignissen zur Verfügung, die von den Mitgliedern der Wir-Gruppen nicht unmittelbar selbst erlebt worden sein müssen (Zerubavel 1996: 294). Reflexives Verstehen des eigenen Geworden-Seins wird hier ebenso ermöglicht wie die Verortung des Selbst in der Wir-Gruppe und deren Wir-Bildern. Halbwachs konzipiert das kollektive Gedächtnis darüber hinaus als ortsgebunden (Halbwachs 1985: 128). Seine Arbeit war es, die die Bedeutung des Kollektivs und des Ortes für die individuelle und die für diesen Artikel relevante intergenerationale Erinnerung konzeptionell erfasst hat; er gilt zu Recht als Gründer der soziologischen Erinnerungsforschung, und sein Ansatz liegt dem vorliegenden Beitrag ebenso zugrunde² wie die sozialkonstruktivistische und biographietheoretische Perspektive, welche darüber hinaus die Eigenleistung von Individuen in ihrer Erinnerungspraxis berücksichtigt. Individuen ordnen ihre Erinnerung nicht nur in einen übernommenen kollektiven Rahmen ein, sondern integrieren diesen in einem permanenten Prozess und in Reibung zu ihren lebensgeschichtlichen Erfahrungen und Wissensbeständen in ihre Erinnerungspraxis.

»Welche kollektiven Rahmen mit welcher individuellen Ausbuchstabierung bzw. Sinnsetzung der Einzelne internalisiert, wie er diese in seinen Wissensvorrat einordnet, welchen

1 | Mit Wir-Gruppen sind Gruppierungen gemeint, die diskursiv ein mehr oder weniger homogenes Wir-Bild entwickelt und kollektive (Gegen-)Gedächtnisse ausgebildet haben (Elias und Scotson 1990; Halbwachs 1985; Rosenthal 2010).

2 | Die im Anschluss an Halbwachs erfolgte einflussreiche Ausdifferenzierung des kollektiven Gedächtnisses in kulturelles und kommunikatives Gedächtnis (Assmann 2008) führt zu lohnenswerten Überlegungen zu unterschiedlichen Funktionen und zeitlichen Fixierungen kollektiver Gedächtnisse, die jedoch für den vorliegenden Beitrag von geringer Bedeutung sind, da hier das empirische Ausloten des Verhältnisses von Erinnerungsprozessen zu einem Spannungsfeld verschiedener kollektiver Gedächtnisse im Mittelpunkt steht.

Rahmen er in der Praxis der Erinnerung auswählt, wie die interaktive Situation der Erinnerungspraxis diesen Rahmen bestimmt, ist abhängig von den aktiven Erinnerungs- und Thematisierungsleistungen der über die Erinnerung Sprechenden und der Zuhörenden.« (Rosenthal 2010: 161)

Eingebettet in historische und gegenwärtige soziale Machtverhältnisse kann dieser Prozess auf kollektive Gedächtnisse zurückwirken – wie dies etwa an der Etablierung von Gegen-Gedächtnissen und an Wandlungen von Deutungsangeboten abzulesen ist.

Die Marginalisierung des Widerstands und die Rolle von NS-Opfergruppen

Zunächst kann festgestellt werden, dass Widerstand keinen integralen Bestandteil des nationalen österreichischen Gedächtnisses darstellt. Er erfährt bis heute geringe öffentliche Repräsentation und ist im öffentlichen Gedenken entsprechend marginalisiert. Diese Marginalisierung ist auch durch den nationalen Opferdiskurs bedingt, der das nationale Gedächtnis seit 1945 mitkonstituiert und Österreich zum ersten Opfer NS-Deutschlands erklärt hat. Bekannterweise wurde dieser Diskurs im Zuge der Waldheim-Affäre Ende der 1980er-Jahre von kritischen WissenschaftlerInnen, JournalistInnen und ehemaligen NS-Verfolgten als Opfermythos kritisiert und transformierte sich dahingehend, dass die Thematisierung der Beteiligung von ÖsterreicherInnen an den NS-Verbrechen heute insbesondere in der Öffentlichkeit nicht mehr vollständig verleugnet werden kann (vgl. Botz 1994; Pelinka 1996; Pelinka und Weinzierl 1997; Pohn-Lauggas 2014).

Um jedoch die Opferposition Österreichs zu konstruieren, wurde in den ersten Nachkriegsjahren der »österreichische Widerstand«³ als Argumentationsstütze herangezogen, um zu verdeutlichen, dass sich das Land gegen die Aggression NS-Deutschlands gewehrt hatte. Diese »antifaschistische« Variante des nationalen Opferdiskurses zeigt sich auch in der frühen Errichtung von Denkmälern für Opfer aus den Reihen des explizit politischen oder bewaffneten Widerstands, die darauf verweisen, dass im öffentlich-politischen Diskurs der Kreis jener, die als WiderstandskämpferInnen galten, sehr eng gezogen war: Man bezog sich ausschließlich auf politische Widerstandsformen (Geldmacher 2009: 28). Im Bemühen um die Wählerstimmen und Integration von ca. 700.000 ehemaligen NationalsozialistInnen in die österreichische

3 | Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) konnte ca. 8.000 Opfer politischer Verfolgung des NS-Regimes erfassen. Dokumentiert sind Verfahren gegen 6.400 WiderstandskämpferInnen, davon wurden 400 Opfer der NS-Militärjustiz. Die reale Zahl geht darüber hinaus, ForscherInnen schätzen die durch die NS-Militärjustiz Verurteilten auf 2.000 Personen (Neugebauer 2008). Insgesamt wird von 100.000 Personen ausgegangen, die in unterschiedlicher Weise widerständig waren (zu einer detaillierten Darstellung vgl. ebd.; Manoschek 2003).

Gesellschaft in den ersten Nachkriegsjahren (Pollak 2003: 179) traten jedoch rasch die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges an Stelle der FreiheitskämpferInnen ins Zentrum der Erinnerung und des Gedenkens – was bis heute an unzähligen Kriegerdenkmälern in Städten und Dörfern sichtbar ist.⁴ Widerständige Handlungen abseits vom politisch-organisierten und bewaffneten Kampf wurden zunehmend verleugnet und blieben jahrzehntlang von der öffentlichen Erinnerung ausgeschlossen. Damit ging einher, dass verschiedene widerständige Handlungsformen wie etwa Desertion aus der Wehrmacht von Seiten der Republik Österreich jahrzehntlang nicht offiziell anerkannt wurden (Uhl 2005: 55; Pelinka 1996; Bailer 1996).

Dies also war der politische und diskursive Kontext, in dem in den ersten Nachkriegsmonaten von den drei Gründungsparteien der Zweiten Republik – SPÖ, ÖVP und KPÖ – NS-Opferverbände von ehemaligen politischen WiderstandskämpferInnen und Verfolgten gegründet wurden. Als Dachverband aller Verfolgten- und Opferverbände wurde bereits im September 1946 der Österreichische Bundesverband gegründet, der ein Jahr später in »Bund der politischen Verfolgten – Österreichischer Bundesverband« umbenannt und zur alleinigen Interessensvertretung der ehemaligen WiderstandskämpferInnen und Verfolgten wurde. Es waren alle drei Parteien darin vertreten. Bereits 1948 erfolgte jedoch die Auflösung des Bundesverbands, die in enger Verbindung mit dem Beginn des Kalten Krieges und der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei stand. Als Konsequenz gründeten die Parteien jeweils eigene Verbände oder reaktivierten bereits bestehende: Die SPÖ den Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, die ÖVP die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und die KPÖ den KZ-Verband/Verband österreichischer AntifaschistInnen, WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus (vgl. Bailer, Garscha und Neugebauer 2013). Diese Aufsplitterung in unterschiedliche Organisationen entlang der politischen Orientierung und Zugehörigkeit führte zu entsprechenden kollektiven Gedächtnissen mit eigenen Geschichtsnarrativen, die sich jeweils auch voneinander abgrenzten; der Fokus lag und liegt aber bei allen auf politischen Formen des Widerstands. So war etwa auch die Haltung konservativer und linksorientierter ehemaliger WiderstandskämpferInnen gegenüber Wehrmachtsdeserteuren ambivalent, wenn deren Handlungen nicht deziert politisch begründet waren wie etwa bei jenen Wehrmachtssoldaten, die sich als Freiheitskämpfer dem Widerstand angeschlossen hatten. Das breite Spektrum individueller Motive für eine Desertion verunmöglichte eine allgemeine und eindeutige politische Einordnung (Pirker und Kramer 2018: 63). Wenn auch mit Vorsicht kann die allgemeine Aussage getroffen werden, dass jene Widerstandsformen nicht inkludiert waren, die nicht aus bewusst politischer Haltung gegen den Nationalsozialismus (Broszat und Fröhlich 1987: 50) entstanden sind.

4 | Die komplexe Geschichte des Gedenkens an den politischen Widerstand und an soldatische Pflichterfüllung im Ersten und Zweiten Weltkrieg zeigt sich bis heute am Wiener Heldendenkmal im Äußeren Burgtor der Hofburg (siehe insb. Koch und Pirker 2018).

Entsprechend der politischen Landschaft der Zweiten Republik, in der die KPÖ keine regierungstragende Rolle mehr spielte, erfuhr insbesondere der KZ-Verband eine Marginalisierung, und der kommunistische Widerstandskampf und damit meist auch der jüdische Widerstand wurden ausgegrenzt und unsichtbar.⁵ Erst in den 1960er-Jahren schlossen sich die Verbände offiziell zur Arbeitsgemeinschaft der NS-Opferverbände zusammen, die bis heute besteht.⁶ In der Struktur der NS-Opferverbände zeigt sich die enge Verwobenheit parteipolitischer Zugehörigkeit mit dem Zugang zu NS-Opferverbänden. Erst Jahrzehnte später wurden aufgrund spezifischer Verfolgungserfahrungen neue Opferverbände gegründet, dazu zählen etwa der 1998 von Zeugen Jehovas gegründete Verein »LILA WINKEL – Vereinigung zur Rehabilitation und Unterstützung von Opfern der NS-Zeit« oder das Personenkomitee »Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz«, gegründet im Jahr 2002 vom Wehrmachtsdeserteur Richard Wadani. Für den vorliegenden Artikel ist von besonderer Bedeutung, dass das politische Selbstverständnis der NS-Opferverbände jenen den Zugang verunmöglichte, deren widerständiges Handeln nicht in Bezug auf die politische Zugehörigkeit kategorisiert werden konnte, denn dies trifft auf den Fall der Familie Hummel/Sperling zu, den ich im Folgenden darstellen werde.

Auch wenn die parteispezifischen Erinnerungskulturen der Regierungsparteien SPÖ und ÖVP etwas sichtbarer waren,⁷ wurde der Widerstand insgesamt aus dem nationalen Gedächtnis ausgeschlossen. Allen Gruppen gemeinsam ist, dass sie kollektive Gedächtnisse ausbildeten, in denen der Widerstand erinnert und gewürdigt wird. Damit einher geht eine historische und politische Verortung des Widerstands – er wird als antifaschistisch motiviert erinnert oder im Rahmen christlich-sozialer Werte verortet. Das Selbstverständnis der Mitglieder ist geprägt davon, nicht Verlierer zu sein,⁸ sondern zu denen zu gehören, die den Kampf gegen Faschismus und Nationalsozialismus gewonnen haben. So konnten sich ungeachtet der Etablierung des hegemonialen österreichischen Gedächtnisses auch kollektive Gedächtnisse ausbilden, die

5 | Die ebenfalls zentrale Bedeutung der internationalen Verbände wird an dieser Stelle nicht miteinbezogen, da die empirischen Fälle nicht in diesem Kontext verortet sind.

6 | 1963 wurde nach intensiven Bemühungen einer Gruppe ehemaliger WiderstandskämpferInnen des KZ-Verbands rund um Herbert Steiner das DÖW gegründet, in das auch die Israelitische Kultusgemeinde, die katholische Kirche, der Österreichische Gewerkschaftsbund und der damals sehr aktive Verein Österreichische Widerstandsbewegung eingebunden waren. Das DÖW hatte damit von Beginn an eine pluralistische Ausrichtung und ist ein institutioneller Ausdruck der Annäherung der Opferverbände in den 1960er-Jahren (vgl. Bailer, Garscha und Neugebauer 2013: 56).

7 | Diese Sichtbarkeit besteht etwa in der Benennung von Wiener Gemeindebauten nach VeteranInnen des politischen Freiheitskampfes. Die Johann-Mithlinger-Siedlung zählt etwa zur ersten Gedenkstätte für den österreichischen Widerstand; 2018 wurde ein Gemeindebau nach der Widerstandskämpferin Erna Musik benannt. Zu sichtbaren Erinnerungs- und Gedenkortern in Wien von 1945 bis 2015 siehe: *Politics of Remembrance* (<http://www.porem.wien>, 31. Dezember 2018).

8 | Dies trifft nicht nur auf die NS-Opfergruppen zu, sondern insbesondere auch auf jene Nachkommen, deren Eltern und Großeltern KommunistInnen waren (vgl. Berger und Wodak 2018).

trotz ihrer marginalisierten Stellung eine Gegenerinnerung ermöglichen – auf die auch die Nachkommen zugreifen können.

Der intergenerationale Erinnerungsprozess der Familie Hummel/Sperling⁹

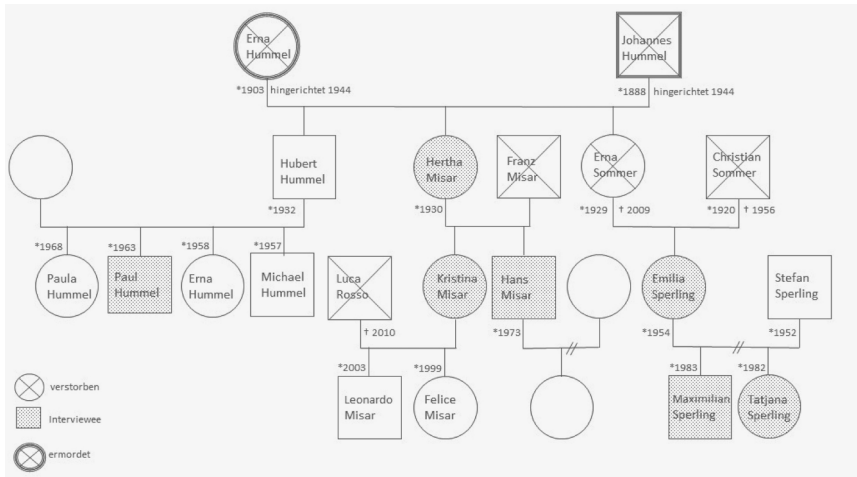
Die hier dargestellte Familie Hummel/Sperling¹⁰ weist im Vergleich zu den anderen von mir untersuchten Familien eine Besonderheit auf: Ihre Mitglieder hatten nach 1945 keinen Zugang zu einer Wir-Gruppe, da die politische Motivation für den Widerstand uneindeutig ist, die Vergangenheit aus gegenwärtiger Perspektive Widersprüchlichkeiten aufweist und es keine Anbindung zum organisierten politischen Widerstand in der NS-Zeit gab. Vor dem Hintergrund der oben skizzierten Bedeutung des organisatorischen und politischen Rahmens der Opferverbände bedeutet dies, dass die Nachkommen von Erna und Johannes Hummel keinen Zugang zu einem NS-Opferverband hatten und haben. Sie zählen damit zu jenen österreichischen Familien, die sich in ihrer Erinnerung an den Widerstand weder auf das nationale Gedächtnis noch auf das kollektive Gegengedächtnis eines NS-Opferverbandes beziehen können. Dieser Fall steht damit auch für ähnliche Gruppen von Widerständigen und ihren Nachkommen wie etwa die Wehrmachtsdeserteure oder andere nicht organisierte Personen, die widerständige Handlungen im NS-Alltag gesetzt haben.

Das deutschsprachige Ehepaar Erna und Johannes Hummel baute ab 1943 in Kärnten ein Widerstandsnetzwerk in Verbindung mit der jugoslawischen Partisanenbewegung auf, in dessen Rahmen sie Versorgungsdienste übernahmen, Partisanen Unterschlupf gewährten und Informationen weitergaben. 1944 wurden Erna und Johannes Hummel sowie mehrere Mitglieder von der Gestapo verhaftet. Sie wurden zum Tode verurteilt, hingerichtet und in einem Massengrab verscharrt. Die älteste Tochter Erna war zu diesem Zeitpunkt 15 Jahre alt, die zweite Tochter Hertha 14 und der Bruder zwölf (siehe Abbildung 1).

9 | Dieser Fall wurde im Rahmen des Projekts *Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seine intergenerationale Tradierung in österreichischen Familien* analysiert, das von 2013 bis 2016 vom Österreichischen Wissenschaftsfonds gefördert wurde (Österreichischer Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung FWF, Projekt T 602 -G 22). Im Rahmen des Projekts wurden biographisch-narrative Interviews mit Familienmitgliedern mehrerer Generationen sowie Familiengespräche durchgeführt und anschließend mit der Methode der biographischen Fallrekonstruktion (Rosenthal 1995) rekonstruiert. Ich danke Catalina Körner und Elisabeth Mayer für ihre Mithilfe bei der Rekonstruktion dieses Falls. Ich greife hier die Falldarstellung auf, die in Pohn-Lauggas 2019a veröffentlicht wurde.

10 | Die Rekonstruktion der Familiengeschichte wird anonymisiert wiedergegeben. Aus diesem Grund wird auf die sonst üblichen Quellenangaben von Archivdokumenten, Chroniken, Literatur usw. verzichtet, sofern sie Hinweise auf die Identität der Personen geben. Namen und andere auf die Identität der Personen verweisende Daten wurden geändert.

Abbildung 1: Genogramm Familie Hummel



Anhand der Informationen in zugänglichen Archiven und der Angaben in den Interviews kann davon ausgegangen werden, dass das Ehepaar Hummel aufgrund seiner Ideale wie Bildung und moderner Fortschritt gegen den Nationalsozialismus eingestellt war, insbesondere da die beiden die Einmischung des Staates in private und wirtschaftliche Belange ablehnten. Es gibt Hinweise auf eine anarchistische Einstellung¹¹ und einen ausgeprägten Österreichpatriotismus. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus aus eben diesen Lebensvorstellungen speiste, die Schnittstellen zu weltoffenen Gesellschaftsmodellen aufweisen. Die widerständigen Handlungen können jedoch bis heute nicht eindeutig zugeordnet werden – es fehlen klare Hinweise etwa auf eine antifaschistische Grundhaltung oder auf religiöse Gründe. Wie bereits geschildert, ist eine politische und organisatorische Zuordnung jedoch notwendig, um Zugang zu einem NS-Opferverband zu erhalten. Neben dieser Uneindeutigkeit erzeugen weitere biographische Daten wie insbesondere die Beteiligung Johannes Hummels am national orientierten und antislowenischen Kärntner Abwehrkampf 1919/20 Widersprüchlichkeiten, die vor allem ab 1945 virulent wurden, da der Abwehrkampf als antislowenischer Heimatkampf bekannterweise als Identitätsmoment für ein deutschsprachiges Kärnten inszeniert wird, das in alle gesellschaftlichen Bereiche hineinwirkt und von postfaschistischen Strömungen bis heute aktualisiert wird. Als hingerichteter Widerstandskämpfer ist Johannes Hummel aus dem postfaschistischen deutschsprachigen Kollektiv ausgeschlossen, was sich auch in der Nicht-Nennung seines Namens an einem Abwehrkämpfer-Denkmal in seinem Geburts- und Wohnort manifestiert.

11 | Zur gesellschaftlichen Unsichtbarkeit anarchistischer Vorstellungen über Lebensführung als Basis für widerständiges Handeln siehe Pohn-Lauggas 2019b.

Generation der Kinder: Die Töchter Erna Sommer und Hertha Misar

Die Familienstruktur ist davon geprägt, dass die Mitglieder der drei Familienzweige heute nur wenig oder keinen Kontakt zueinander haben. Ich konzentriere mich auf jenen Familienzweig, der sich ausgehend von der ältesten Tochter Erna Sommer (geb. Hummel) entwickelt hat.

Erna Sommer und ihre jüngere Schwester Hertha Misar (geb. Hummel) waren Zeuginnen der Verhaftung ihrer Eltern, sie besuchten sie in Gestapo-Haft und wurden wenige Monate später über ihren Tod informiert. Die biographische Bedeutung des gewaltsamen Todes und Verlusts der Eltern für die beiden jugendlichen Töchter kann an dieser Stelle nicht in voller Breite dargestellt werden, dennoch sollen einige Hinweise gegeben werden, um die traumatisierende Wirkung in den Blick zu bekommen und in einem weiteren Schritt die Konstitution der intergenerationalen Erinnerung nachvollziehen zu können. Die Eltern gewaltvoll zu verlieren, stellt für sich selbst ein traumatisches Ereignis dar. Welche Wirkung es jedoch entfaltet, hängt in hohem Maße davon ab, welche gesellschaftlichen Kontexte in der Zeit danach wirken (Keilson 2005) und wie sich der Umgang des konkreten sozialen Umfelds mit diesen Erlebnissen ausgestaltet. In der Familie vollzieht sich der intergenerationale Erinnerungsprozess dialoghaft über Vergangenheit und Gegenwart, in alltäglichen Interaktionen wird ein familialer Dialog kreiert, in dem gelebte und erlebte Vergangenheit und die damit verbundenen Erfahrungen, Werte und Normen weitergegeben werden (Stierlin 1992; Rosenthal 1997). Die Familie stellt einen wesentlichen Rahmen für die Ausbildung eines kollektiven Gedächtnisses dar, auf das sich die einzelnen Familienmitglieder in Wechselwirkung zu diskursiven und sozialen Bedingungen beziehen (Halbwachs 1992: 38; Ricoeur 2004: 147–205). Die Schwestern wurden nach der Verhaftung ihrer Eltern bei offen nationalsozialistischen und regimetreuen entfernten Verwandten untergebracht und von ihrem jüngeren Bruder getrennt. Sie waren mit einem familialen Umfeld konfrontiert, in dem ihnen etwa von Seiten der Verwandten damit gedroht wurde, dass sie ins Konzentrationslager deportiert würden, wenn sie sich nicht benähmen.¹² Diese unsichere und teilweise bedrohliche familiäre Situation ging nach dem Tod der Eltern und dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus im Mai 1945 in eine über, deren explizite und implizite Wissensbestände über die NS-Vergangenheit vom nationalen Gedächtnis und vom lokalen Kärntner Kontext geformt waren. Wenn auch der nationale Opferdiskurs eine kollektive Vergangenheitsabwehr ermöglicht und legitimiert, darf der Nationalsozialismus keineswegs als eine vergessene oder gar verdrängte Geschichte begriffen werden. Bezugnehmend auf Sigmund Freud spricht Mario Erdheim in diesem Zusammenhang von einer besonderen Form der Erinnerungsabwehr, der »Absperrung«, in der eine Trennung von

12 | Die Kinder waren von der »Sippenhaftung« betroffen. Es ist zu vermuten, dass diese nicht umgesetzt wurde, da sie zu nationalsozialistisch gesinnten Verwandten kamen, denn im Unterschied zu ihnen wurde die Tochter einer anderen verhafteten Familie sehr wohl deportiert.

Wissen und Denken vollzogen wird: Das Gewusste wird nicht gedacht und auf diese Weise vom Fluss des Lebens abgesperrt (Erdheim 1990: 114–115; vgl. auch Ziegler und Kanonnier-Finster 2016). Die Absperrung kann sich jedoch nicht jede und jeder leisten, sie ist an den sozialen Ort der Erinnernden gebunden:

»Denn nur wer auf der Seite der Herrschaft steht und zu den Tätern gehört, kann sich diese Abwehr gegen das Erinnerung leisten. Das Opfer hingegen drängt es immer wieder dazu, die traumatische Situation zu reproduzieren und sein Denken quälend um die Niederlage kreisen zu lassen. Es wird sich immer fragen. »Wie war das möglich? Hätte man sich anders verhalten sollen? [...]« Anders verhält es sich bei dem Täter. Wo die Tat die Identität des Täters weder in Frage stellt noch bedroht, dort kann das Denken leicht von der Erinnerung an die Tat ferngehalten werden. Genauer gesagt: Das Denken muß nur in dem Maße in den Umkreis der Erinnerung zugelassen werden, als die Tat verheimlicht werden soll.« (Erdheim 1990: 114–115)

Der Mechanismus der Absperrung von Wissen um die NS-Vergangenheit ist auch strukturgebend für den familialen Dialog der Familie Hummel, in dem zudem Opfer- und Täter-Positionen aufeinandertreffen. Der Dialog wurde von jenen bestimmt, die – legitimiert durch den nationalen Opferdiskurs – ihre eigene Beteiligung am NS-Unrechtsregime verharmlosend darstellten und über den Widerstand schwiegen. Diese familiäre Situation verhinderte, dass die beiden Schwestern den Verlust ihrer Eltern emotional verarbeiten konnten, und hatte zur Folge, dass die Vergangenheit zu einem verschwiegenen und nicht in die eigene Biographie integrierten Teil wurde. Sie waren gezwungen, über ihre Eltern zu schweigen, und mussten auf diese Weise den Verlust leugnen, sodass die erlebte Traumatisierung fortwirkte und verstärkt wurde. Es etablierte sich ein innerfamiliales Sprechverbot, das wie eine undurchdringliche Mauer wirkte und zur Folge hatte, dass die Kinder niemals über das eigene Erleben – etwa des Moments, als die Eltern vor ihren Augen verhaftet wurden, – sprechen konnten. Hertha Misar spricht davon, dass sie alles »totgeschwiegen« hätten.

Formuliert Erdheim die Frage der Opfer als Wie-Fragen, zeigt sich in der Generation der Kinder, dass sie die Frage nach dem Warum stellen (müssen): Warum waren die Eltern im Widerstand, warum wurden sie hingerichtet und warum haben die Eltern ihre Kinder dieser Situation ausgesetzt? Die Frage nach dem Warum wird zu einer biographischen Frage, die – wie meine Ergebnisse zeigen – jede der beiden Schwestern verhandelte bzw. verhandelt. Diese Frage stellt das zentrale Strukturmerkmal des intergenerationalen Erinnerungsprozesses dar. Seine Analyse zeigt, dass sich daran eine weitere Frage anschließt: Wer trägt die Verantwortung für das, was passiert ist? Die beiden Schwestern beantworteten diese Frage in ihrer Erinnerung in unterschiedlicher Weise. Laut Emilia Sperling erinnerte ihre bereits verstorbene Mutter Erna Sommer ihren Vater als Helden und sprach nicht über ihre Mutter Erna Hummel.¹³ Erna Sommers

13 | Die Idealisierung wird über die Erinnerungen ihrer eigenen Tochter Emilia Sperling rekonstruierbar, die ihre Mutter Erna Sommer als jemanden erlebte, die von Johannes Hummel als Helden sprach. Mit diesem Bild wuchs sie auf.

Schwester Hertha Misar beschreibt im Gespräch ihren Vater als Tyrannen und ihre Mutter als liebevoll und fürsorglich. Ihr Vater sei derjenige gewesen, der Schuld am Geschehenen hatte, und ihre Mutter diejenige, die von ihm zum Widerstand gezwungen wurde. Den beiden unterschiedlichen Erinnerungen ist gemeinsam, dass die Mutter als entpolitisierte Frau dargestellt wird – sie verschwindet entweder vollständig als widerständige Frau oder sie wird als nicht selbstständig handelnde und von ihrem Ehemann unterdrückte Frau erinnert. Hertha greift in ihrer Erinnerung auf das gesellschaftliche Bild der liebevollen und unpolitischen Mutter zurück.

Mit diesen unterschiedlichen Erinnerungen verhandelten und verhandeln die Töchter die biographisch bedeutsame Frage, warum die Eltern sich der Gefahr ausgesetzt und warum sie anscheinend den Widerstand über das Wohl der Kinder gestellt hatten. Die Darstellung des Vaters und der Mutter bzw. das Schweigen über sie basieren auf den geschlechterspezifischen gesellschaftlichen Erwartungen an Väter und Mütter. Die Frage, ob man das Wohl der Kinder über alles andere stellt, trifft die Mutter im besonderen Maße und die Darstellung ist davon entsprechend beeinflusst. Eine Mutter als Person zu erinnern, die aus politischer Überzeugung heraus widerständig handelte und damit das Wohl ihrer Kinder gefährdete, unterliegt gesellschaftlich geformten Tabus. Dieses Tabu wirkte bei Erna Sommer als Schweigen, während ihre Schwester Hertha die Mutter entpolitisiert.

Die Erinnerungsbilder – »Mein Vater, der Held« respektive »Meine liebe unschuldige Mutter und mein schlechter Vater« – unterscheiden sich, aber sie haben dieselbe Funktion: Sie bearbeiten die Frage nach Verantwortung und Schuld. Ein wesentliches Merkmal dieser Erinnerungsbilder ist ihr individualisierendes Moment. Johannes und Erna Hummel sind darin selbst dafür verantwortlich, was ihnen und insbesondere ihren Kindern widerfahren ist. Die beiden Schwestern verhandelten und verhandeln die Frage nach der Verantwortung ausschließlich im Sinne einer individuellen Verantwortung: Wären die Eltern nicht »leichtsinnig« gewesen und hätten erkannt, in welcher Gefahr sie sich befanden, wäre das nicht passiert und sie hätten ihren Tod verhindern können. Damit verbunden ist ein weiteres Merkmal der Erinnerungsbilder. Der Nationalsozialismus selbst und auch die Verfolgung und Vernichtung wurden und werden nicht thematisiert, ebenso wenig die politische Positionierung als möglicher Grund für den Widerstand. Die Dominanz der Absperrung als Erinnerungsform in der Familie Hummel wird hier sichtbar. Die Konsequenz ist, dass die Familienvergangenheit des Widerstands von den Töchtern entpolitisiert und enthistorisiert erinnert wurde und wird. Die Verantwortung wurde und wird nicht bei dem verbrecherischen NS-System mit seinen Strukturen, mit seinen SchergInnen, der Gestapo und den Richtern gesucht. Die Verantwortung wurde und wird den NationalsozialistInnen – wozu auch Familienmitglieder zählten – entzogen und Johannes und Erna Hummel zugeschrieben. Und mehr noch: Die ältere Tochter Erna Sommer übertrug die »Schuld« auf sich selbst – worin wieder das Moment der Individualisierung liegt –, indem sie sich verantwortlich dafür sah, dass ursprünglich sie jenen Brief, der im NS-Justizverfahren als Hauptbeweismittel gegen Erna und Johannes Hummel verwendet wurde, hätte schreiben sollen.

Da sie sich weigerte, schrieb ihn ihre Mutter Erna Hummel. Der Brief enthielt Informationen über weitere Aktionen und sollte an andere Mitglieder des Widerstandnetzwerks gesendet werden. Der Brief wurde von NS-Behörden abgefangen, laut der in Gestapo-Haft getätigten Aussage von Erna Hummel hatte sie ihn selbst verfasst.¹⁴ Die Tochter von Erna Sommer, Emilia Sperling, meint dazu: »Meine Mutter hat ihr ganzes Leben dieses Schuldgefühl vor sich hin getragen, ›ich hab den Brief damals nicht geschrieben‹.«

Die Erzählung des Briefes zeigt die zentrale Bedeutung der Frage nach Verantwortung, die die Erinnerung der Generation der Kinder, aber auch die der Urenkelkinder strukturiert, wie im Folgenden gezeigt wird. In der Generation der Enkelkinder wird darüber hinaus ein weiterer Aspekt sichtbar.

Generation der Enkelkinder: Emilia Sperling

Die Enkeltochter Emilia Sperling, die 1954 als Tochter von Christian und Erna Sommer (geb. Hummel) geboren wurde, erinnert folgende Geschichte:

»Es gab zum Beispiel eine Szene: Der Nazifamilienvater war Anwalt, und ist in die Stadt gefahren – da waren die Großeltern im Gefängnis, bevor sie nach Wien gebracht worden sind, wo man sie dann umgebracht hat – und hat einen Bescheid sich selber ausgestellt, dass er die Großmutter wenigstens holen kann. Und die ist nicht *mitgegangen*, sie hat gesagt: ›Es kommt alles in Ordnung‹.«

In einer weiteren fremderlebten Erzählung erwähnt Emilia Sperling, dass es sich bei dem Anwalt um einen nationalsozialistisch gesinnten Verwandten handelte. Angesichts dessen, dass zum Zeitpunkt der Verhaftung bereits mehrere medial inszenierte Prozesse gegen WiderstandskämpferInnen stattgefunden hatten, ist diese Geschichte irritierend und es stellt sich die Frage nach der Funktion dieser Geschichte für den intergenerationalen Erinnerungsprozess. Was bedeutet es, dass ein angesehener Nationalsozialist aus der Familie ihrer Großmutter als jemand erinnert wird, der mit einem selbst ausgestellten Bescheid in ein Gestapogefängnis ging und sie herausholen wollte? Und was bedeutet es, dass Emilia Sperling die Reaktion ihrer Großmutter Erna Hummel mit der betonten und distanzierenden Formulierung »und die ist nicht *mitgegangen*« erzählt? Sie bringt mit dieser Formulierung zum Ausdruck, dass sie nicht versteht, warum ihre Großmutter sich nicht helfen ließ. Doch wäre »Mitgehen« aus einer Gestapo-Haft nicht ein gefährliches und tödliches Unterfangen gewesen? Es können berechtigte Zweifel daran formuliert werden, dass

14 | Auf Grundlage der Archivdokumente und der Erzählungen kann nicht mehr im Detail rekonstruiert werden, wer ihn tatsächlich geschrieben hat, dennoch bleibt die in diesem Beitrag beschriebene Bedeutung und Funktion des Briefes für die familialen Erinnerungsstrukturen bestehen.

es im Alleingang »einfach so« möglich war, jemanden aus dem Gefängnis zu holen. Dies wäre als Flucht eingestuft und bestraft worden. Vor diesem Hintergrund könnte Erna Hummels Weigerung zu fliehen auch als vernünftiges und rationales Handeln interpretiert werden. Doch dass ihre Großmutter vernünftig handelte, ist nicht Bestandteil von Emilias Erinnerung. Sie wird als gutgläubige und naive Frau erinnert.

Emilia Sperling ist es nicht möglich, diese Geschichte zu hinterfragen und die Erzählung zu diesem Ereignis in Zweifel zu ziehen. Das Bild ihrer naiven Großmutter war für Emilia nicht veränderbar. Erst als sie Jahrzehnte später Briefe ihrer Großmutter an deren Mutter fand, entstand ein anderes Bild: »In diesen Briefen sieht man, dass sie eine ganz selbstständige Frau ist, die sehr viel selbst gemacht hat.« Die beiden Großmutterbilder bleiben jedoch getrennt voneinander, Emilia erzählt sie nicht gemeinsam: die naive und unpolitische Frau, die über ihren Mann in den Widerstand geriet, und die selbstständige und durchsetzungsfähige Frau in Hinblick auf wirtschaftliche Belange. Ihre Großmutter Erna Hummel als eine Frau darzustellen, die selbstständig entschieden hatte, widerständig zu sein, und damit in Kauf nahm, ihre Kinder zu verlassen, kann nicht artikuliert werden. Ein intergeneracionales Erinnerungsverbot der Großmutter als selbstständig *und* widerständig tritt deutlich zu Tage. Beide Aspekte müssen getrennt voneinander erzählt werden und werden entsprechend getrennt erinnert. Diese gesellschaftlich bedingte Unmöglichkeit einer integrierten Erinnerung ist ein Ausdruck des Fortwirkens der traumatisierenden Erfahrung des Verlusts aufgrund widerständiger Handlungen.

Darüber hinaus – und dies kann als eine wesentliche Funktion dieser Erzählung angesehen werden – wird der nationalsozialistische Teil der Familie in der Person des Anwalts als helfend konstruiert. Um welches Familienmitglied es sich konkret handelte, bleibt unklar. Indem zumindest ein Familienmitglied als Helfer erinnert wird und die anderen Familienmitglieder unbestimmt bleiben, werden die NationalsozialistInnen der Familie zu »guten Nazis« umgeschrieben und die Verantwortung für ihre Mitwirkung am NS-System wird ihnen im Zuge dessen entzogen. Dies ist keineswegs als individuelle Leistung von Emilia Sperling anzusehen. Vielmehr kann der Vorwurf, dass die Familienmitglieder ein System unterstützten, das die Großeltern und Eltern ermordete, innerhalb der Familie nicht ausgesprochen werden, da es sich um ein diskursiv legitimes Sprechverbot handelt. In der Generation von Emilia Sperling wirkt damit ein doppeltes Sprechverbot, das in Verbindung mit dem nationalen Gedächtnis und dem Opferdiskurs steht: Über die belastete Vergangenheit ehemaliger NationalsozialistInnen darf nicht gesprochen werden, aber auch nicht über den Widerstand. Würde man über den Widerstand in der Familie sprechen, würde man auch die Verantwortung der nationalsozialistischen Familienanteile thematisieren. Das doppelte Sprechverbot wird auch in der nächsten Generation weiterverhandelt und gleichzeitig transformiert.

Generation der Urenkelkinder: Tatjana und Maximilian Sperling

Tatjana und Maximilian Sperling wurden beide Anfang der 1980er-Jahre geboren. Erzählt ihre Mutter Emilia Sperling noch beide Geschichten, jene des Briefes und jene zum »Rettungsversuch«, tun dies Tatjana und Maximilian nicht: Maximilian Sperling erzählt von der »uralte[n] Geschichte mit dem Brief«. Sie ist die erste, die ihm in Bezug auf die Familiengeschichte in den Sinn kommt. Er erwähnt jedoch den »Rettungsversuch« mit keinem Wort. In der Erzählung seiner Schwester Tatjana Sperling verhält es sich gerade umgekehrt. Maximilian Sperling beschreibt folgende Situation:

»Irgendwie gab es die Geschichte über meinen Urgroßvater, sie sind aufgefliegen, weil die einen Brief auf einem falschen Postamt aufgegeben haben [...]. Da gab es irgendeinen Brief, in dem irgendwas dringestanden ist, und da gab es ein Postamt. Die Sachen wurden schon zensiert und die haben den Brief aufgegeben auf dem falschen Postamt, [...] und dann sind sie halt aufgefliegen als Gruppe. Das waren irgendwie zehn Leute oder so und fünf davon sind eben hingerichtet worden und fünf davon nicht und irgendwie gibt es die *Theorie, dass jemand den Brief absichtlich dort aufgegeben hat.*« (Hervorhebung M. P.-L.)

Die Geschichte des Briefes verändert sich in Maximilians Darstellung. Er thematisiert die Frage der Verantwortung nicht dahingehend, wer den Brief geschrieben hat und wer ihn hätte schreiben sollen, sondern wie es dazu kam, dass der Brief abgefangen wurde. In seiner Darstellung verschwindet seine Urgroßmutter Erna Hummel als Verfasserin des Briefes vollständig. Vielmehr baut Maximilian eine Theorie ein, in der gemutmaßt wird, dass jemand den Brief absichtlich »falsch« aufgegeben hatte. Obwohl es durch die in Archivrecherchen seiner Mutter Emilia Sperling zur NS-Verfolgung der Urgroßeltern ausgehobenen Dokumenten bereits konkretes Wissen über die Geschehnisse gibt,¹⁵ artikuliert er vages Wissen, reproduziert damit die gesellschaftlich erzeugte Unklarheit über die Vergangenheit und verfestigt sie weiter, indem er das, was konkret gewusst werden könnte, nicht einbaut. Er entzieht sich dem Wissen und bringt es zum Vergessen, was darin mündet, dass die Vergangenheit weiter entpolitisiert wird und die NationalsozialistInnen als Verantwortliche weiter unsichtbar bleiben. Auch wenn Maximilian als Urenkel generational bereits weiter entfernt von der Vergangenheit ist, bleibt er von der sozialen und gesellschaftlich verunmöglichten Verarbeitung des Verlustes intergenerational betroffen. Die Informationen, die aus den Akten der NS-Zeit über die Verfolgung gewonnen werden konnten, reichen nicht aus, die intergenerationale und familiale Erinnerungsstruktur zu verändern. Die im intergenerationalen Erinnerungsprozess vollzogene Leugnung von Täterschaft bleibt

15 | In dem Gespräch mit Maximilian wird deutlich, dass er die Akten über die NS-Verfolgung seiner Urgroßeltern und auch einschlägige Publikationen kennt. Er betont aber, dass er keine Ahnung mehr habe, welche Informationen diese enthalten.

in Maximilians Erinnerung bestehen: Es gibt eine Theorie darüber, wie es passiert ist, dass sie entdeckt wurden, ohne dabei die TäterInnen oder auch die nationalsozialistischen Macht- und Herrschaftsstrukturen zu benennen. Maximilian verbleibt in dieser intergenerationalen Erinnerungsstruktur.

Seine Schwester, die Urenkelin Tatjana Sperling, erzählt von dem »Rettungsversuch« folgendermaßen:

»Dann gibt es ja diese ganzen filmreifen Szenen, sage ich mal (lacht leise), dass die Urgroßmutter im Gefängnis war und dass der Anwalt aus dem Dorf versucht hat, sie aus dem Gefängnis rauszuholen, und sie nicht mitgegangen ist, weil sie gedacht hat, dass sich das nicht auszahlt, da sie wieder freigelassen wird. Ich find das ist schon schräg oder tragisch.«

Die Situation des »Rettungsversuchs« wird für Tatjana Sperling zu einer absurden, ja filmreifen Szene. Sie vollzieht in ihrer Erinnerung damit eine Distanzierung und thematisiert gleichzeitig die Eigenartigkeit dieser Geschichte. Dass es sich bei dem Anwalt um ein Familienmitglied *und* einen Nationalsozialisten handelte, verschwindet in ihrer Erinnerung. Die Tabuisierung des nationalsozialistischen Familienteils ist in Tatanas Erzählung vollständig vollzogen und er wäre nicht mehr rekonstruierbar, würde man nicht die Erzählweisen anderer Familienmitglieder und die familialen Dynamiken kennen.

Tatjana Sperling ist die Einzige in der Familie, die ihren Urgroßvater Johannes Hummel als Widerstandskämpfer bezeichnet und ihn damit positioniert. Diese Positionierung wurde zum einen durch die gesellschaftliche Sichtbarwerdung von WiderstandskämpferInnen ermöglicht, zum anderen hatte bereits ihre Mutter Emilia versucht, den Widerstand als kommunistisch zu verorten. Der Versuch, den Widerstand politisch einzuordnen, ist für Tatjana Sperling jedoch nicht nachvollziehbar, da ihr Urgroßvater nicht dem entsprechenden Milieu angehörte. Sie meint dazu: »Es passt halt auch irgendwie nicht so zusammen«. Die Frage nach einer Zugehörigkeit des Widerstands strukturiert weiterhin die Erinnerung der Urenkelgeneration. Dieses empirische Detail der Zurückweisung des Versuchs der Mutter, den Urgroßvater »eindeutiger zu machen«, zeigt gleichsam, dass es sich bei der intergenerationalen Weitergabe in intergenerationalen Erinnerungsprozessen keineswegs um eine lineare Weitergabe von der älteren Generation an die jüngere oder um eine unkritische Übernahme des Weitergegebenen durch die jüngere Generation handelt. Es geht vielmehr um interaktive Situationen, in denen sich die jüngeren Generationen das von anderen Erlebte aneignen, dieses interpretieren und in der Erinnerung transformieren. Dieser Aneignungsprozess kann auch auf die ältere Generation zurückwirken (Rosenthal 2000).

Zur Bedeutung von Kollektiven

Die Geschichte des Briefes und die des »Rettungsversuchs« thematisieren zwar unterschiedliche Aspekte der Familiengeschichte des Widerstands, sie haben jedoch im intergenerationalen Erinnerungsprozess dieselbe Funktion. Über diese Geschichten wird die Frage der Verantwortung thematisiert und in den intergenerationalen Erinnerungsprozess integriert. Mit der Geschichte des Briefes wird die Frage der Verantwortung als innerfamiliäre Thematik definiert und entsprechend entpolitisiert und enthistorisiert. Mit der Geschichte des »Rettungsversuchs« wird der nationalsozialistische Familienanteil als helfend erinnert und damit entlastet. Entpolitisierung, Enthistorisierung und Entlastung sind damit zentrale Strukturmerkmale des intergenerationalen Erinnerungsprozesses, der sich im familialen Dialog ausgebildet hat. Als Konsequenz zeigt sich, dass die zentrale Frage nach der Verantwortung individualisiert wird.

Warum gestaltet der Erinnerungsprozess der Familie Hummel/Sperling diese Merkmale aus und verfestigt seine Strukturmerkmale über Generationen hinweg – und dies, obwohl der transformierte Opferdiskurs andere Deutungen zuließe und der NS-Widerstand auch in der Öffentlichkeit eine stärkere Thematisierung erfährt? Mehr noch, im intergenerationalen Erinnerungsprozess kommt es zum Vergessen relevanter familiengeschichtlicher Aspekte, etwa wenn die NationalsozialistInnen als Verantwortliche vollständig aus der Erinnerung der Urenkelgeneration verschwinden. Warum ist es den Nachkommen nicht möglich, Johannes und Erna Hummels Widerständigkeit zu benennen und diese als anerkannten Teil ihres Geworden-Seins zu erinnern? Und dies, obwohl diese Aspekte von den jeweiligen Generationen neu erzählt und verändert werden können, indem die Erinnerungslücken und Unklarheiten mit Erklärungen imaginativ aufgefüllt werden, bestimmte Aspekte der Geschichte stärker betont werden als andere oder vergessen werden. Warum werden also nicht die diskursiv transformierten Deutungen in den Erinnerungsprozess integriert, die die Momente der Individualisierung, Entlastung, Entpolitisierung und Enthistorisierung ins Wanken bringen könnten? Welche familialen und gesellschaftlichen Bedingungen erklären die Funktion der Geschichten des Briefes und des »Rettungsversuchs«?

Aufgrund der Rekonstruktion der Einzelbiographien und des intergenerationalen Erinnerungsprozesses liegt die Antwort auf diese Fragen in dem Wirkungszusammenhang hegemonialer kollektiver Gedächtnisse, dem Fehlen anderer Wir-Gruppen sowie in lebens- und familiengeschichtlichen Konstellationen. Dieser Zusammenhang basiert darauf, dass der Widerstand trotz eines transformierten Opferdiskurses noch keinen Eingang in das nationale Gedächtnis gefunden hat, das im besonderen Maße die Wissensbestände für die alltägliche und individuelle Erinnerung zur Verfügung stellt, die wiederum den intergenerationalen Erinnerungsprozess speisen. Auf den Erinnerungsprozess der Familie Hummel/Sperling trifft nun zu, dass die Mitglieder in ihrer individuellen Erinnerung nur auf das kollektive Gedächtnis der österreichischen Nation und der Familie zugreifen, da ihnen der Zugang zu anderen

Kollektiven, insbesondere zu NS-Opfergruppen, wie beschrieben verwehrt blieb. Dies bedeutet auch, dass der sich im familialen Dialog vollziehende intergenerationale Erinnerungsprozess ein Familiengedächtnis formt, in dem Elemente des nationalen Gedächtnisses aufgenommen werden. Diese Aufnahme erfolgt nicht beliebig, sondern steht in enger Verbindung mit familiengeschichtlichen Konstellationen und lebensgeschichtlichen Erfahrungen der Familienmitglieder: Die Kinder von Johannes und Erna Hummel wuchsen nach deren gewaltvollem Tod in einer Familie mit nationalsozialistischen Anteilen auf. Fehlt nun das Gegen-Gedächtnis einer NS-Opfergruppe, so stehen den Nachkommen der GegnerInnen des NS-Regimes nach 1945 ausschließlich die Deutungen eines nationalen Gedächtnisses zur Verfügung, das jedoch die TäterInnen zum Verschwinden bringt (Heer 2004), was in der Entlastung des nationalsozialistischen Familienanteils über das Familiengedächtnis mündet. Trotz transformierter Vergangenheitsdiskurse wiegt die familiengeschichtliche Tatsache, dass es auch NationalsozialistInnen in der Familie gab, schwerer und ermöglicht die Thematisierung der widerständigen Geschichte ausschließlich in enthistorisierter, entpolitisierter und individualisierter Weise und in der Inszenierung der Verantwortlichen als HelferInnen. Im Hinblick auf die Biographien der Nachkommen bedeutet dies, dass es ihnen unmöglich ist, sich die Geschichte des Widerstands im Sinne eines historischen Bewusstseins anzueignen und sie als bewussten Aspekt des eigenen Geworden-Seins in die eigene Biographie einzubetten. Die Versuche, dies zu tun, strukturieren ihre biographischen Handlungsverläufe, wie sich an der Biographie der Enkeltochter Emilia Sperling zeigt, die von verschiedenen Anläufen gekennzeichnet ist, die Motivation ihres Großvaters eindeutig als kommunistischen Widerstand zu definieren, sowie davon, Zugang zu unterschiedlichen politisch-organisierten Kollektiven zu erhalten. Aufgrund der fehlenden organisatorischen und eindeutigen politischen Anbindung des Widerstands ihrer Großeltern erhält sie zeitlebens keinen Zugang. Den Nachkommen bleibt damit verwehrt, einen bestimmten Platz in der Geschichte der Gruppe der Widerständigen einzunehmen.

Durch das Fehlen einer anderen Wir-Gruppe sind die Nachkommen gleichsam auf die Familie »zurückgeworfen«, wodurch das Familiengedächtnis stabilisiert wird. Es bleibt den Nachkommen verwehrt, andere Deutungen in den intergenerationalen Erinnerungsprozess einzuarbeiten und damit das bereits etablierte Familiengedächtnis dahingehend zu verändern, die Geschichte des Widerstands als anerkannten und nicht verleugneten Teil der Familiengeschichte zu integrieren. Somit kommt der Zugehörigkeit bzw. Nicht-Zugehörigkeit zu einer Wir-Gruppe und ihrem kollektiven Gedächtnis eine konstituierende Rolle für den intergenerationalen Erinnerungsprozess zu und dies in elementarerer Weise als Vergangenheitsdiskursen, die noch nicht Teil des kollektiven Gedächtnisses geworden sind. Man könnte auch sagen, dass erst die Einbettung von Vergangenheitsdiskursen in das kollektive Gedächtnis einer Wir-Gruppe diese Diskurse als Wissensbestand auch für die individuelle Erinnerung zugänglich macht und sie sonst davon abgehoben im öffentlichen Bereich verbleiben, einem Bereich, der kaum Berührungspunkte zu familialen Dialogen aufweist. Erinnern und Vergessen sind an die Wir-Gruppe gebunden.

Zum Abschluss sei noch festgehalten, dass die kollektiven Gegen-Gedächtnisse der NS-Opfergruppen in ihrer Stellung zum nationalen Gedächtnis die Gedächtnisorte des Widerstands in Österreich mitformen und zwar dahingehend, dass sie auch mitbestimmen, welche Formen des Widerstands an welchen Orten erinnert werden. Für jene Nachkommen, die aus Familien stammen, deren Zugehörigkeit nicht eindeutig ist – und zwar im Sinne einer politisch-organisatorischen Zugehörigkeit, die sich auch institutionell als NS-Opferverband manifestiert – bleibt das Familiengedächtnis ein Ort, an dem an den Widerstand nicht in historisch-politischer Weise erinnert werden kann und an dem es nicht möglich ist, sich der Vergangenheit in einer anerkennenden Weise zuzuwenden. Diese Anerkennung kann nur gesellschaftlich vermittelt und in das kollektive Gedächtnis integriert werden. Sie muss entsprechend der Ergebnisse dieser Analyse als notwendige Bedingung dafür angesehen werden, den Widerstand nicht mehr als problematisch erlebten Teil der eigenen Lebensgeschichte wahrnehmen zu müssen, sondern ihn als integralen Bestandteil der eigenen Biographie erfahren zu können. Ihr Fehlen bedeutet, dass der Widerstand im intergenerationalen Erinnerungsprozess als etwas verhandelt werden muss, der das Familiensystem bedroht. Die Verantwortlichen für das verursachte Leid werden in diesem Familiengedächtnis im Laufe der Generationen hingegen vergessen.

Literatur

- Assmann, Jan (2008): »Communicative and Cultural Memory«, in: Young, Sara B, Nünning, Ansgar und Erll, Astrid (Hrsg.), *A Companion to Cultural Memory Studies: An International and Interdisciplinary Handbook*, Berlin: De Gruyter, S. 109–118.
- Bailer, Brigitte (1996): »Alle waren Opfer«, in: Kos, Wolfgang und Rigele, Georg (Hrsg.), *Inventur 45/55, Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik*, Wien: Sonderzahl, S. 181–201.
- Bailer, Brigitte, Garscha, Winfried R. und Neugebauer, Wolfgang (2013): »Herbert Steiner und die Gründung des DÖW«, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Opferschicksale. Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus*, Jahrbuch 2013, Wien: LIT, S. 43–62.
- Berek, Mathias (2009): *Kollektives Gedächtnis und die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Erinnerungskulturen*, Wiesbaden: Harrassowitz.
- Berger, Ernst und Wodak, Ruth (2018): *Kinder der Rückkehr. Geschichte einer marginalisierten Jugend*, Wiesbaden: VS Springer.
- Botz, Gerhard und Sprengnagel, Gerald (Hrsg.) (1994): *Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte: Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker*, Frankfurt am Main/New York: Campus (Studien zur historischen Sozialwissenschaft, Band 13).
- Broszat, Martin und Fröhlich, Elke (1987): *Alltag und Widerstand – Bayern im Nationalsozialismus*, München: Piper.

- Elias, Norbert und Scotson, J. L. (1990): *Etablierte und Außenseiter*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Erdheim, Mario (1990): »Kultur der Erinnerung – Kultur des Vergessens. Über den Umgang mit Erinnern und Vergessen von Geschichte«, in: Leimgruber, Walter (Hrsg.), *1.9.39. Europäer erinnern sich an den Zweiten Weltkrieg*, Zürich: Chronos, S. 109–125.
- Erll, Astrid (2017): *Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung*, 3. Auflage, Stuttgart: J.B. Metzler Verlag. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-476-05495-1>.
- Geldmacher, Thomas (2009): »Täter oder Opfer, Widerstandskämpfer oder Feiglinge? Österreichs Wehrmachtsdeserteure und die Zweite Republik«, in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Schwerpunkt: Bewaffneter Widerstand – Widerstand im Militär*, Jahrbuch 2009, Wien: LIT, S. 37–59.
- Halbwachs, Maurice (1985): *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Halbwachs, Maurice (1992): *On Collective Memory*, hrsg. von Lewis A. Coser, Chicago: University of Chicago Press.
- Heer, Hannes (2004): *Vom Verschwinden der Täter. Der Vernichtungskrieg fand statt, aber keiner war dabei*, Berlin: Aufbau.
- Keilson, Hans (2005): *Sequentielle Traumatisierung bei Kindern, Untersuchung zum Schicksal jüdischer Kriegswaisen*, Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Koch, Magnus und Pirker, Peter (2019): »Entrümpelung postnazistischer Geschichtspolitik: Das Wiener Heldendenkmal und seine Transformation 70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges«, in: Fröhlich, Claudia und Schmid, Harald (Hrsg.), *Jahrbuch für Politik und Geschichte*, 7. Jahrgang (im Erscheinen).
- Manoschek, Walter (2003): *Opfer der NS-Militärjustiz, Urteilspraxis, Strafvollzug, Entschädigungspolitik in Österreich*, Wien: Mandelbaum.
- Neugebauer, Wolfgang (2008): *Der österreichische Widerstand 1938–1945*, Wien: Edition Steinbauer.
- Pelinka, Anton (1996): »Von der Funktionalität von Tabus. Zu den »Lebenslügen« der zweiten Republik«, in: Kos, Wolfgang und Rigele, Georg (Hrsg.), *Inventur 45/55, Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik*, Wien: Sonderzahl, S. 23–32.
- Pelinka, Anton und Weinzierl, Erika (Hrsg.) (1997): *Das große Tabu, Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit*, 2. Auflage, Wien: Verlag Österreich.
- Pirker, Peter und Kramer, Johannes (2018): »From Traitors to Role Models? Rehabilitation and Memorialization of Wehrmacht Deserters in Austria«, in: Narvesius, Eleonora und Grinchenko, Gelinada (Hrsg.), *Formulas for Betrayal: Traitors, Collaborators and Deserters in Contemporary European Politics of Memory*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 59–85. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-319-66496-5_3.
- Pohn-Lauggas, Maria (2014): *Heroisierte Opfer. Bearbeitungs- und Handlungsstrukturen von »Trümmerfrauen« in Wien*, 2. Auflage, Wiesbaden: Springer VS.

- Pohn-Lauggas, Maria (2019a): »Memory in the shadow of a family history of resistance: A case study of the significance of collective memories for intergenerational memory in Austrian families«, in: *Memory Studies*, S. 1–17, DOI: <https://doi.org/10.1177/1750698019849698> (online first).
- Pohn-Lauggas, Maria (2019b): »Die Integration von Daten in der biographischen Fallrekonstruktion. Theoretische Überlegungen und Fallbeispiele«, in: Jost, Gerhard und Haas, Marita (Hrsg.), *Soziologische Biografieforschung, Handbuch zur methodischen Praxis*, Leverkusen: Barbara Budrich (im Erscheinen).
- Pollak, Alexander (2003): »When guilt becomes a foreign country: Guilt and responsibility in Austria postwar media representations of the Second World War«, in: Dedaic, Mirjana N. und Nelson, Daniel N. (Hrsg.), *At War with Words*, Berlin/New York: De Gruyter Mouton, S. 179–214. DOI: <https://doi.org/10.1515/9783110897715.179>.
- Ricoeur, Paul (2004): *Gedächtnis, Geschichte, Vergessen*, München: Wilhelm Fink.
- Rosenthal, Gabriele (1995): *Erzählte und erlebte Lebensgeschichte. Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibungen*, Frankfurt am Main: Campus.
- Rosenthal, Gabriele (1997): *Der Holocaust im Leben von drei Generationen: Familien von Überlebenden der Shoah und von Nazi-Tätern*, Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Rosenthal, Gabriele (2000): »Historische und familiale Generationsabfolgen«, in: Kohli, Martin und Szydlis, Marc (Hrsg.), *Generationen in Familien und Gesellschaft*, Opladen: Leske + Budrich, S. 162–179.
- Rosenthal, Gabriele (2010): »Zur Interdependenz von kollektiven Gedächtnis und Erinnerungspraxis. Kultursociologie aus biographietheoretischer Perspektive«, in: Wohlrab-Sahr, Monika (Hrsg.), *Kultursociologie. Paradigmen, Methoden, Fragestellungen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 151–175.
- Stierlin, Helm (1992): »Der Dialog zwischen den Generationen über die Nazizeit«, in: Heimannsberg, Barbara und Schmidt, Christoph J. (Hrsg.), *Das kollektive Schweigen. Nationalsozialistische Vergangenheit und gebrochene Identität in der Psychotherapie*, Köln: Edition Humanistische Psychologie, S. 247–266.
- Strobl, Ingrid (1989): *»Sag nie, du gehst den letzten Weg«. Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung*, Frankfurt am Main: Fischer.
- Uhl, Heidemarie (2005): »Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese: NS-Herrschaft, Krieg und Holocaust im österreichischen Gedächtnis«, in: Gerbel, Christian, Lechner, Manfred, Lorenz, Dagmar C. G., Marchart, Oliver, Öhner, Vrääh, Steiner, Ines, Strutz, Andrea und Uhl, Heidemarie (Hrsg.), *Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung, Studien zur »Gedächtnisgeschichte« der Zweiten Republik*, Wien: Turia + Kant, S. 50–85.
- Zerubavel, Eviatar (1996): »Social memories: Steps to a sociology of the past«, in: *Qualitative Sociology*, 19. Jahrgang, Heft 3, S. 283–299. DOI: <https://doi.org/10.1007/BF02393273>.
- Ziegler, Meinhard und Kannonier-Finster, Waltraud (2016): *Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit*, Innsbruck/Wien/Bozen: StudienVerlag.

»Anti-Rassismus«. Die deutschsprachige Migrationsforschung und das schwierige Erbe des Nationalsozialismus

Kenneth Horvath

Einleitung

Kaum ein Thema steht so sehr im Fokus aktueller öffentlicher Debatten wie jenes der Migration. Ihre politische Brisanz erhalten Migrationsphänomene erst in Kombination mit Ungleichheiten, Grenzziehungen und Entrechtungen: wenn Zugehörigkeiten und Identitäten verhandelt werden, wenn soziale Klassifikationen etabliert und mit rechtlichen Konsequenzen versehen werden, wenn um ungleich verteilte Lebenschancen gerungen wird. Auch für die sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit Migration ist deren Wechselspiel mit Grenz-, Differenz-, Rechts- und Ungleichheitsordnungen zentral. Entsprechend umstritten ist auch, was genau in letzter Konsequenz den sozialwissenschaftlichen Gegenstand »Migration« und die Migrationsforschung als Forschungsfeld ausmacht. Ausdruck finden diese Definitions- und Demarkationsprobleme darin, wie Migration unterschiedlich mit anderen Schlagworten gekoppelt wird: »Migration und Ethnizität«, »Migration und Integration« – oder »Migration und Rassismus«?

Vor diesem Hintergrund war die deutschsprachige Migrationsforschung in ihrem Selbstverständnis lange Zeit von einer doppelten Absetzbewegung gegenüber der Zeit des Nationalsozialismus geprägt (und ist es auch heute noch). Einerseits wurden Migrationsphänomene der NS-Zeit nicht als Teil des eigenen Analysegegenstands definiert. Andererseits wurden Konzepte und Problematisierungsformen ausgeblendet, die eine solche Bezugnahme zwingend gemacht hätten. Ihre Quintessenz fand diese Konstellation in der langjährigen Ablehnung von »Rassismus« als analytischem Konzept.

Im Folgenden wird argumentiert, dass diese rassismustheoretische Leerstelle in drei Hinsichten negative Auswirkungen entfaltet. Erstens schränkt sie die Analyse aktueller Migrationsverhältnisse ein. Zweitens hat sich parallel zur Negation post-

nationalsozialistischer Bezüge in Migrationskontexten auch eine gewisse Engführung im internationalen Feld der Rassismustheorien ergeben, die den Fokus stark auf (post-)koloniale Rassismen legt; deren Wechselspiel mit anderen (allen voran eugenischen) Spielarten bleibt unterbelichtet. Drittens fehlt der Migrationsforschung mit dem Verzicht auf rassismuskritische Perspektiven auch eine Grundlage zur reflexiven Thematisierung der eigenen Wissensproduktion.

Die Ausführungen in diesem Beitrag sind das Ergebnis eines langjährigen Engagements im Feld der Migrationsforschung. Sie haben einen essayistischen und thesenhaften Charakter. Die Argumentation ist in drei Schritte gegliedert. Im folgenden Abschnitt wird der »doppelte Anti-Rassismus« skizziert, der für die deutschsprachige Migrationsforschung nach dem Zweiten Weltkrieg prägend geworden ist. Daran anschließend wird der Frage nachgegangen, was mit dem Verzicht auf Rassismustheorien eigentlich genau ausgeblendet wurde – ausgehend von diskurstheoretischen und neopragmatistischen Überlegungen wird »Rassismus« als sozialwissenschaftlicher Gegenstand umrissen. Im dritten Abschnitt werden schließlich Perspektiven einer rassismuskritischen Migrationsforschung besprochen.

Der doppelte »Anti-Rassismus« der deutschsprachigen Migrationsforschung

Die Migrationsforschung hat sich in Österreich über die vergangenen Jahrzehnte als eigenständiges Forschungsfeld etabliert, das von disziplinärer und methodologischer Vielfalt geprägt ist. Ihren Ausgangspunkt hat sie in der Gastarbeit der Nachkriegsjahrzehnte, genauer: in deren Folgeentwicklung der Entstehung »neuer ethnischer Minderheiten« (Castles, Booth und Wallace 1984). Die »GastarbeiterInnenforschung« konzentrierte sich zunächst auf arbeitsmarktpolitische Fragen (WIFO 1962; 1963; Biffl 1984), wurde aber schon bald um andere sozialwissenschaftliche Problemstellungen erweitert (Lichtenberger 1984; Wimmer 1986a). Als gemeinsamer – wenn auch häufig umstrittener – Bezugspunkt hat diesen Forschungsbemühungen lange Jahre das Konzept der Integration gedient, das eng an jenes der Migration gekoppelt wurde (Korteweg 2017).

Von ihren Anfängen bis weit in die 2000er-Jahre zeichnet sich die so ausgerichtete österreichische Migrationsforschung durch die Gleichzeitigkeit von Distanz und Involvierung im Verhältnis zum politischen Feld aus. Diese Haltung hat sich in zahlreichen kritisch-kommentierenden Beiträgen ebenso niedergeschlagen wie in der Häufung von Publikationen im Format von »Berichten« (allen voran Faßmann 2007; Stacher und Faßmann 2003) oder evaluierenden Stellungnahmen (etwa Wimmer 1986b). Im Feld wurden und werden natürlich verschiedene wissenschaftliche wie politische Positionen vertreten – für die prägenden Jahre ihrer Entwicklung zeichnet sich die Grundpositionierung der österreichischen und allgemein der deutschsprachigen Migrationsforschung aber durch eine Gleichzeitigkeit von sozialem Engagement, teilweiser Distanzierung von dominanten politischen Problemwürfen und dem Streben nach politischer Anschlussfähigkeit aus.

Die Orientierung an der Gastarbeit der Nachkriegszeit und ihren Folgeentwicklungen geht mit spezifischen Formen der Thematisierung und Problematisierung einher. Mit Ausnahme einzelner historischer Arbeiten (Bade 1995; Herbert 2001; Lucassen, Feldman und Oltmer 2006) wird der Gegenstand »Migration« im gesamten deutschsprachigen Raum als *neuartig* entworfen und implizit von früheren Formen der räumlichen Mobilität entkoppelt. Die deutschsprachige Migrationsforschung lässt sich – anders formuliert – von einem »Stunde Null«-Mythos leiten (Pries 2014). Diese Form der Problematisierung der Gastarbeit als neuartiges und in seinen Folgen überraschendes Phänomen ist eng mit der Form der politischen Positionierung der Migrationsforschung verwoben. Direkte Vergleiche oder Bezüge zu vorangegangenen Phänomenen hätten zwangsläufig die Frage nach dem Verhältnis zu Praktiken und Politiken der Migration im Nationalsozialismus nach sich gezogen. Eine solche Bezugnahme hätte nicht umhinkönnen, auf bedeutende Pfadabhängigkeiten und Kontinuitäten hinzuweisen (Horvath 2014a; 2016). Dem etablierten Narrativ zum Trotz waren die Jahrzehnte vor der Gastarbeit von vielfältigen Formen der Migration geprägt, die in vielen Hinsichten aufschlussreiche Unterschiede, vor allem aber auch Ähnlichkeiten zu gegenwärtigen Migrationssystemen aufweisen – von diversen Fluchtbewegungen über erste politisch regulierte Formen der Ausländerbeschäftigung bis zu den Protoformen der Gastarbeit, die für viele »volksdeutsche Heimatvertriebene« nach dem Zweiten Weltkrieg für einige Jahre Realität wurde (Heiß und Rathkolb 1995). Die rechtlichen und administrativen Regelungen waren ab den 1920er-Jahren mehr oder weniger mit jenen identisch, die auch der Organisation der Gastarbeit zugrunde lagen – abgesehen von einigen Verschärfungen, die nach Kriegsende vorgenommen wurden (Horvath 2014a).

Mit dem Mythos einer migrationspolitischen »Stunde Null« gehen weitreichende konzeptuelle Festlegungen einher. Für den Kontext dieses Artikels ist an erster Stelle der Verzicht auf rassismustheoretische Perspektiven und Konzepte zu nennen. Hier wird die These vertreten, dass sich diese Ausblendung als Ausdruck der komplexen Positionierung der deutschsprachigen Migrationsforschung und generell der Soziologie im Verhältnis zum liberalen Nationalstaat der Nachkriegsjahre interpretieren lässt (Kranebitter und Horvath 2015). Der »Anti-Rassismus« der Migrationsforschung kann vor diesem Hintergrund als ein doppelter gelesen werden, weil die Ablehnung des analytischen Konzepts Rassismus paradoxerweise eng mit dem anti-rassistischen Grundkonsens der NS-Nachfolgestaaten zusammenhängt. Bezugnahmen auf Rassismuskonzepte wurden zum Tabu, weil sie erstens als Verharmlosung der NS-Gräueltaten abgetan wurden und weil sie zweitens die Erzählung eines fundamentalen Bruchs zwischen NS-Regime und liberalem Staat konterkariert hätten.

Das Fehlen rassismustheoretischer Bezüge hat eine Reihe von mehr oder weniger augenfälligen Auswirkungen. An die Stelle eines Rassismusbegriffs traten je nach thematischem Kontext einerseits Konzepte wie Ausländerfeindlichkeit oder Xenophobie, andererseits Leitbegriffe wie jener der Integration (Korteweg 2017). Diese Begriffsentscheidungen blieben für sozialwissenschaftliche Problemdefinitionen und Analysen nicht folgenlos. Sie prägen bis heute Gegenstandsdefinitionen (die Befor-

schung von Migrationsverhalten eher als von Migrationsverhältnissen) ebenso wie Forschungsstrategien und Methodenwahl. Im Vergleich zu englisch- und französischsprachigen Diskursen der Sozialwissenschaften kann außerdem eine stärkere Trennung von Forschungsbereichen konstatiert werden. So gibt es zwar auch in den englischsprachigen Sozialwissenschaften eine Differenzierung in Forschungen zu »Race«, Ethnicity und Minorities auf der einen Seite und Migration im engeren Sinn von grenzüberschreitenden Mobilitäten und Praktiken auf der anderen. Diese Unterscheidungen machen sich zum Beispiel in Form getrennter Fachgesellschaften oder auch in Zeitschriftentiteln bemerkbar. Allerdings sind die Überlappings- und Übergangsbereiche fließend und gegenseitige Bezugnahmen häufig. Im deutschsprachigen Raum sind Forschungen zu »Minderheiten« (in Österreich »Volksgruppen«) deutlich stärker von jenen getrennt, die sich mit post-migrantischen Phänomenen beschäftigen; geschichtswissenschaftliche Arbeiten, die sich auch den Jahren vor 1945 widmen und entsprechend keinen Bogen um Rassismuskonzepte machen (Heiß und Rathkolb 1995; Herbert 2001). Diese finden in anderen Bereichen der Migrationsforschung kaum systematische Berücksichtigung (zu den wenigen Ausnahmen zählen Bauböck und Perchinig 1996; Gächter und Recherchegruppe 2004).

Welche weiterreichenden Konsequenzen die rassismustheoretischen Leerstellen der Migrationsforschung haben, ist Thema der Folgeabschnitte. An dieser Stelle bleibt zu betonen, dass eine rassismustheoretische Erweiterung der Migrationsforschung ihrerseits nicht bei Null beginnen muss. Vor dem Hintergrund von massiven Entrechtungen, gewalttätigen Übergriffen und diskriminierenden Praktiken, die gegenwärtige Migrationsrealitäten prägen, finden rassismustheoretische Perspektiven zunehmend Verwendung. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang speziell das Feld der »Migrationspädagogik« (Brodén und Mecheril 2010; Melter und Mecheril 2011; Wischmann 2018), in dem ausgehend von rassismuskritischen Ansätzen vielfältige Analysen zu rassifizierten Subjektivierungsprozessen, subtilen Formen institutioneller Diskriminierung und Praktiken der pädagogischen Klassifikation erarbeitet worden sind. Ein zweites Feld, das ab den 2000er-Jahren zu einer rassismustheoretischen Erweiterung der deutschsprachigen Migrationsforschung beigetragen hat, ist die Migrations- und Grenzregimeforschung (Transit Migration Forschungsgruppe 2007; Hess und Tsianos 2007; Hess und Kasperek 2010; Horvath, Amelina und Peters 2017). Mittlerweile zeichnen sich Ansätze eines eigenen Felds einer deutschsprachigen Rassismusforschung ab (Bojadžijev, Braun, Liebig und Opratko 2019).

Insgesamt wird der Begriff des Rassismus in der deutschsprachigen Migrationsforschung aber nach wie vor kritisch beäugt. Um die Bedeutung dieser Leerstelle einzuschätzen, muss zunächst eine Begriffsklärung erfolgen. Im Folgenden wird ein von diskurstheoretischen und neopragmatistischen Überlegungen geprägter Rassismusbegriff vorgeschlagen, der sich in zentralen Hinsichten von medialen und politischen Begriffsverwendungen unterscheidet.

Rassismus – eine Gegenstandsbestimmung

Im alltäglichen Sprachgebrauch wird von Rassismus häufig mit Bezug auf Einzelpersonen gesprochen – eine Person sei einE RassistIn oder habe etwas Rassistisches getan (Geulen 2007). Rassismus wird dabei wechselweise als Einstellung oder als Verhalten gefasst, mit verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten. Als Kriterien für solche individualisierenden Rassismusdiagnosen werden die Abwertung anderer und Orientierung an äußeren (»biologischen«) Merkmalen gefasst, manchmal auch der hasserfüllte, gewalttätige oder absichtsvolle Charakter von Aussagen oder Taten. Die Rolle von Kritik ist in diesem Verständnis auf Entlarvung konzentriert (und sei es die selbstkritische Identifikation des »Rassisten in einem selbst«) (Rattansi 2007).

Aktuelle rassismustheoretische Perspektiven setzen sich von diesem Begriffsverständnis in vielen Hinsichten ab. Der hier vertretene Rassismusbegriff baut auf diskurstheoretischen Ansätzen auf, die Rassismus als überindividuelle Wissensordnung fassen (Goldberg 1990), als »système perceptif et significatif« (Guillaumin 1995). Als rassistisch kann eine Wissensordnung gelten, wenn sie es ermöglicht, »eine Zäsur einzuführen zwischen dem, was leben soll, und dem, was sterben muss« (Foucault 2001) – eine Unterscheidung, die es erlaubt, Menschengruppen unterschiedliche Rechte und Lebenschancen zuzugestehen oder abzuerkennen. Essenzialisierende Differenzsetzung und Legitimation von Ungleichheiten sind die Grundzutaten eines so verstandenen Rassismus. Pierre Bourdieu bringt die Funktion einer solchen Wissensordnung auf die knappe Formel, dass Rassismen Ungleichheiten legitimieren, indem sie diese naturalisieren (Bourdieu 1993). Ihre Notwendigkeit kommt also erst vor dem Hintergrund eines eigentlich bestehenden Gleichheitspostulats auf. Ganz in diesem Sinne definiert Birgit Rommelspacher Rassismus als »Legitimationslegende«, die »die Tatsache der Ungleichbehandlung von Menschen »rational« zu erklären versucht, obgleich die Gesellschaft von der prinzipiellen Gleichheit aller Menschen ausgeht« (Rommelspacher 2011: 26). Ähnlich argumentiert Luc Boltanski, dass Rassismus eine unumgängliche Begleiterscheinung einer »sich meritokratisch verstehende[n] Gesellschaft« sei (Boltanski 2010: 60).

Rassismus ist diesem Verständnis zufolge kein Relikt einer dunklen Vormoderne. Rassismus ist vielmehr als durch und durch modern zu fassen, weil er der Bearbeitung eines grundlegend »modernen Problems« dient. Rassismus ist aber auch deshalb »modern«, weil er sich der typischen diskursiven Mittel der Moderne bedient (Balibar und Wallerstein 1990). So operieren rassistische Argumentationen im Modus und Gestus der Wissenschaftlichkeit – allen Versuchen zum Trotz, Rassismus wissenschaftlich zu »widerlegen«. Am wirksamsten funktioniert eine rassistische Wissensordnung, wenn sie Bezüge zu Wissensformen herstellt, die zum gegebenen Zeitpunkt unhinterfragt als legitim gelten. Erst diese Bezüge erlauben es, Ungleichheiten oder Herrschaftsverhältnisse in einem doppelten Sinn als natürlich darzustellen: als naturgegeben und als selbsterklärend relevant (Hall 1989).

Eine Kerneigenschaft rassistischer Wissensordnungen liegt in ihrer Adaptivität, die es verunmöglicht, jenseits ihrer grundlegenden diskursiven Struktur und Funk-

tion zeitlos gültige Charakteristika rassistischer Diskursformationen festzumachen. Beispielsweise sind biologisierende Problematisierungen eine Möglichkeit der rassistischen Naturalisierung (Stoler 1995). Biologisierung ist aber nicht unabdingbar, um Differenzlinien oder Klassifikationen zu essenzialisieren, und funktioniert auch nur in Kombination mit der gleichzeitigen Behauptung fundamentaler kultureller Unterschiede (Rattansi 2007). Insofern sind Bezüge auf biologische Unterschiede nicht Essenz, sondern Akzidenz rassistischer Wissensordnungen, die je nach konkreten historischen Gegebenheiten unterstützend mobilisiert oder aber (mehr oder weniger bewusst) ausgespart werden können. Auch ist keine offene Abwertung notwendig – im Gegenteil: Je nach historischem Kontext können Differenzrassismen, die Unterscheidungslinien etablieren und essenzialisierend fixieren, ohne explizit Hierarchien zwischen Gruppen zu postulieren, Ungleichheiten effizienter rechtfertigen (Balibar und Wallerstein 1990). Die ontologische Charakterisierung als Wissensordnung impliziert, dass eben nicht individuelle Motive oder Intentionen entscheidend für die »Diagnose« von Rassismus sind, sondern wie konkrete Unterscheidungs- und Aussageformationen in gegebenen und wandelbaren gesellschaftlichen Kontexten funktionieren.

Die konkrete Gestalt einer rassistischen Wissensordnung ist demnach von zahlreichen Faktoren abhängig. So können für die Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von aktuellen Migrationsordnungen und Rassismus in einer ersten Annäherung zwei historisch bedeutsame und miteinander verwobene Spielarten rassistischen Denkens unterschieden werden: postkoloniale und eugenische Diskurse (Haller und Niggeschmidt 2012). Von der Sklaverei über NS- und Apartheids-Regime bis zum aktuellen anti-muslimischen Rassismus à la Thilo Sarrazin finden diese sich immer wieder miteinander kombiniert, wenn auch unterschiedlich gewichtet und in wechselnden Formen. Sie analytisch auseinanderzuhalten ist dennoch sinnvoll, weil sie auf unterschiedliche Arten funktionieren (Horvath 2017a). Während (post-)koloniale Rassismen in erster Linie eine Trennlinie zwischen innen und außen definieren, steht in eugenischen Varianten die »Veredelung der eigenen Rasse« im Vordergrund. Postkoloniale Elemente rassistischer Wissensordnungen tendieren stärker zu strikten Kategorisierungen, häufig entlang äußerlich sichtbarer Merkmale, während eugenische eher entlang von Skalen der »Nützlichkeit« klassifizieren. Wie gesagt geht es nicht darum, eine strikte Dichotomie zu behaupten. Die Unterscheidung soll vielmehr helfen, die subtilen diskursiven Mechanismen zu verstehen, die rassistische Argumentationen stabilisieren.

Für eine soziologische Auseinandersetzung bleibt eine solche diskurstheoretische Definition von Rassismus solange unbefriedigend, wie die Rückbindung diskursiver Formationen an soziale Institutionen und Praktiken nicht gelingt. Einen möglichen Ansatz zu einer solchen Rückbindung bieten neopragmatistische Ansätze, wie sie beispielsweise in den neuen französischen Sozialwissenschaften und speziell der Soziologie der Konventionen über die letzten Jahrzehnte entwickelt wurden (Diaz-Bone 2018). Ein Charakteristikum dieser Perspektiven liegt in der Art und Weise, wie sie (post-)strukturalistische und pragmatistische Ansätze aufeinander beziehen

(Diaz-Bone 2011). Auf dieser Grundlage wurde eine Reihe von Konzepten und Heuristiken etabliert, die auch für die Diskussion des Verhältnisses von Migrations- und Rassismusforschung produktiv sein können. Als Ausgangspunkt dient die Annahme von kompetenten, aber unvollständigen sozialen AkteurInnen, die zur Bewältigung von ungewissen Situationen auf konventionalisierte Handlungsstützen zurückgreifen (Dodier 2011). Diese Handlungsstützen können unterschiedlicher Art sein – von herausragender Bedeutung sind aber soziale Wissensformen wie Kategorien und Klassifikationen, die zur typisierenden Orientierung in Situationen genutzt werden können (Boltanski und Thévenot 1983), und Logiken der Rechtfertigung, die es erlauben, Problemdefinitionen und -bearbeitungen zu legitimieren, und so auch ermöglichen, Konsens herzustellen und Kritik zu äußern (Boltanski und Thévenot 2007).

Zum Dreh- und Angelpunkt empirischer Analysen strukturierter Praxis- und Wissensformen wird in diesem Verständnis der Situationsbegriff; wir können in diesem Sinne auch von einem methodologischen Situationalismus sprechen (Diaz-Bone 2011). Situationen werden ganz allgemein als Konstellationen von AkteurInnen, Objekten und Konventionen gefasst. Sie sind von Ungewissheiten und Koordinationsanforderungen geprägt und müssen von AkteurInnen definiert und bewältigt werden. Dieser Situationsbegriff greift Überlegungen aus dem Ethnomethodologismus und dem US-amerikanischen Pragmatismus auf und ist in vielen Hinsichten mit Ansätzen kompatibel, wie sie in aktuellen »situationalistischen« Strömungen der Grounded Theory vertreten werden (Clarke 2012). Er ist allerdings im Vergleich zu diesen Perspektiven strukturalistisch angereichert. Situationen im konventionentheoretischen Verständnis können daher auch sehr unterschiedlicher räumlicher, zeitlicher und sozialer Reichweite sein und unmittelbare Interaktionszusammenhänge in einem bestimmten Praxisfeld ebenso bezeichnen wie eine ganze politisch-ökonomische Epoche.

Aus der Kombination diskurstheoretischer und neopragmatistischer Perspektiven ergeben sich vielfältige Forschungs- und Reflexionsperspektiven. Sie lässt uns fragen, aus welchen Situationen Kategorien emergieren und wieso sie sich in konkreten historischen Kontexten durchsetzen oder fragwürdig werden. Sie rückt den Blick auf die Formen, in denen diese gesamtgesellschaftlich verfügbaren Kategorien in konkreten Handlungsbezügen genutzt werden, um als problematisch wahrgenommene Situationen zu definieren und zu gestalten. Sie fokussiert die Formen, in denen diese Kategorisierungen mit Rechtfertigungsordnungen und Logiken der Kritik zusammenspielen. Welche Kategorien im Kleinen als legitim gelten, wird dabei stets von gesamtgesellschaftlichen Kämpfen um die Deutung des Sozialen abhängen. Eine Schlüsselrolle für die Etablierung von als legitim geltenden Unterscheidungen und Problematisierungsweisen spielen dabei die Sozialwissenschaften, die zwischen politischen Deutungen des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs und den institutionalisierten Handlungsproblemen sozialer Praxis vermitteln.

Mit der skizzierten Perspektive geht der Anspruch einher, Rassismus von der künstlichen Annahme ausgehend zu denken, dass AkteurInnen Situationen wohlwollend, kompetent und aufgeklärt definieren und meistern. Das heißt natürlich

nicht, dass alltägliches menschliches Handeln diesem Ideal immer oder auch nur meistens entspricht. Die vorgeschlagene Konzeption ist aber von der Überzeugung getragen, dass wir ein offensichtlich destruktives soziales Phänomen wie Rassismus erst dann im soziologischen Sinn verstanden haben, wenn wir es nicht selbst auf psychologische Unzulänglichkeiten, auf Böswilligkeit oder Inkompetenz zurückführen. Von der Kunstfigur des kompetent und kritikfähig handelnden Akteurs aus kann die Frage nach den Situationen, Institutionen und Strukturen gestellt werden, die Rassismus hervorbringen und stabilisieren. Gleichzeitig – und das ist wesentlich – öffnet diese Perspektive Räume für Kritik und Reflexivität und verweist so quasi in einem zweiten Schritt auf Verantwortung und Rechenschaftspflicht sozialer AkteurInnen.

Perspektiven einer rassismuskritischen Migrationsforschung

Welche konkreten Forschungsperspektiven ergeben sich auf einer solchen rassismustheoretischen Basis für die Migrationsforschung im Post-NS-Kontext? Im Folgenden argumentiere ich schlaglichtartig, dass eine rassismuskritische Orientierung drei Analyseansätze eröffnet, die systematisch miteinander verzahnt werden können: (1) die Analyse des Wechselspiels von Ungleichheits-, Migrations- und Wissensordnungen, (2) die Analyse der Reproduktion und Transformation rassistischer Wissensordnungen in konventionalisierten Praxisfeldern und (3) die Förderung einer theoretisch unterfütterten sozialwissenschaftlichen Reflexivität.

(1) Die erste Forschungsperspektive einer rassismustheoretisch fundierten Migrationsforschung liegt in der Analyse von Migrationsverhältnissen im Hinblick auf ihre Verankerung in und Implikationen für Wissens- und Ungleichheitsordnungen (mitsamt den Entrechtungen, die sich aus deren Wechselspiel ergeben). Aus dem skizzierten Rassismusverständnis folgt die These, dass Rassismus strukturell im modernen Nationalstaat angelegt ist. Er bietet eine »Lösung« für ein Problem an, das (je nach gesamtgesellschaftlicher Situation) in unterschiedlichen Gestalten auftreten kann: Er erklärt und rechtfertigt strukturelle Ungleichheiten, die trotz eines Gleichheitspostulats bestehen, indem er sie auf als (im weitesten Sinn) *natürlich* imaginierte Unterschiede zurückführt.

Eine komparative Ausrichtung liegt für diese sozialstrukturelle Forschungsperspektive alleine deswegen nahe, weil es darum geht, mögliche Konsequenzen von Klassifikations- und Migrationsordnungen zu identifizieren, die für sich genommen unproblematisch wirken mögen, aber unvorhergesehene Wirkungen entfalten können. Im Vergleich mit ähnlich gelagerten Konstellationen an anderen Orten oder zu anderen Zeiten werden Rückschlüsse auf Entwicklungshorizonte, auf prägende Mechanismen und wesentliche Einflussfaktoren möglich. Mit einer solchen vergleichenden Herangehensweise stellt sich etwa die Frage nach der Einschätzung von Ähnlichkeiten und Unterschieden in den Entrechtungsordnungen verschiedener Mi-

grationsregime. Dem Narrativ vom immigrationsfreundlichen Einwanderungsland zum Trotz hat sich etwa die US-amerikanische Migrationspolitik früh durch eindeutig rassistische Selektionsmechanismen ausgezeichnet (Zolberg 2008). Wie werden solche Formen der Entrechtung möglich und welche Konsequenzen können sie entwickeln? Das Ziel einer rassismustheoretisch fundierten komparativen Perspektive liegt dabei nicht primär in der eindeutigen Einstufung von bestimmten Praktiken und Institutionen als rassistisch (oder nicht). Vielmehr geht es um die systematische Entwicklung einer Frageperspektive: wie Wissensordnungen dazu beitragen, (rechtliche, soziale, politische) Ungleichheitsordnungen, in denen sie selbst verankert sind, zu stabilisieren oder auch zu transformieren.

(2) Sollen naiv-funktionalistische oder teleologische Argumentationen vermieden werden, stellt sich aber in einem zweiten Schritt die Frage nach den Kontexten und Bedingungen der Entwicklung rassistischer Wissensordnungen in konkreten Praxisfeldern und Institutionen. Aus einer soziologischen Perspektive ist zu fragen, wie aus scheinbar selbstverständlichen Praktiken in bestimmten sozialstrukturellen Kontexten Phänomene erwachsen können, die im Vorhinein undenkbar scheinen mögen und in vielen Fällen wohl auch tatsächlich nicht gewollt sind. Wie und angesichts welcher Arten von Handlungsproblemen in welcher Art von Situationen wird auf naturalisierende Klassifikationen zurückgegriffen? Welche konkreten Wissensformen (Kategorien, Rationalitäten) werden wie genutzt, welche gelten warum als tabuisiert oder illegitim? Welche Implikationen ergeben sich aus den Klassifikations- und Problematisierungspraktiken in bestimmten Feldern? Wie werden in einem Feld produzierte Kategorien in anderen Feldern aufgegriffen und genutzt?

Die Relevanz einer solchen Forschungsperspektive soll hier in aller Kürze am Thema migrationsbezogener Bildungsungleichheiten illustriert werden. Migrations- und Bildungsfragen sind in medialen, politischen und sozialwissenschaftlichen Debatten seit Jahrzehnten eng aneinander gekoppelt (Hamburger, Badawia und Hummrich 2005; Gomolla und Radtke 2009; Emmerich und Hormel 2013). Das war nicht immer so – vielmehr ist für das Bildungsfeld ein Prozess der Kulturalisierung festzustellen, der zu einer sukzessiven Verschiebung von klassen- zu minderheitenzentrierten Problemdefinitionen geführt hat. Was in den 1960er-Jahren noch als eine Frage der Diskriminierung von ArbeiterInnenkindern verhandelt wurde, wird heute ethnisierend als Kulturproblem gedeutet.

Die rassismuskritische Bildungsforschung der letzten Jahre hat zwar vielfältige Einsichten zu den mit dieser Verschiebung verbundenen Subjektivierungs-, Selektions- und Positionierungsprozessen geliefert (Brodén und Mecheril 2010; Melter und Mecheril 2011). Sie konzentriert sich aktuell aber stark auf post-koloniale Formen rassistischer Kategorisierung. Auf dieser Grundlage sind die Graubereiche unserer gegenwärtigen, stark ausdifferenzierten Migrationsrealitäten schwer zu fassen. Eine beispielsweise um eugenische Spielarten erweiterte Theoretisierung rassistischen Wissens lässt vor diesem Hintergrund erstens Einsichten zur Reproduktion migrationsbezogener Ungleichheiten in der und durch die pädagogische Praxis erwarten und verspricht zweitens wichtige Beiträge zu aktuellen rassismustheoretischen Debatten.

So wird, um ein Beispiel aus eigenen Forschungsarbeiten zu nennen, auf »post-kolonialer« Grundlage alleine schwer theoretisch fassbar, wieso »Kinder mit Migrationshintergrund« in Einrichtungen für sogenannte »Hochbegabte« unterrepräsentiert sind (Horvath 2014a; 2018). Die post-koloniale Differenzierung von *uns* und *den Anderen* greift hier zu kurz. Einrichtungen für »Hochbegabte« scheinen sich in vielen Fällen eher durch das Fehlen ethnisierender und rassifizierender Kategorisierungen auszuzeichnen. So kann der »Migrationshintergrund« von SchülerInnen in diesen Einrichtungen mehr oder weniger unsichtbar werden; er spielt im Schulalltag keine Rolle und wird von den Lehrkräften teilweise sogar aktiv negiert. Der Rassismuseffekt entfaltet sich in diesen Fällen über einen anderen Mechanismus und ist indirekter Art. Eine um eugenische Spielarten erweiterte Perspektive lenkt den Blick auf den Umstand, dass auch die Kategorie der »Begabung« Element rassistischer Wissensordnungen sein kann – sie wurde ja schließlich in politischen und pädagogischen Projekten der Eugenik geformt und durchgesetzt (Margolin 1993). Wir haben es in diesen Fällen, in Bourdieus Worten, eher mit einem »Rassismus der Intelligenz« (Bourdieu 1993) oder auch einem Klassenrassismus zu tun (Horvath 2017a), der deswegen »Kinder mit Migrationshintergrund« überproportional trifft, weil soziale Ungleichheiten über die letzten Jahrzehnte real ethnisiert wurden.

Die essenzialisierende Differenzkategorie des »Migrationshintergrunds« (Perchinig und Troger 2011) vermengt vor diesem Hintergrund ethnisierende, migrationsbezogene und sozioökonomische Aspekte (Horvath 2017b). Eine rassismustheoretische Perspektive hilft, diese Kopplung von sozial- und kulturbezogenen Aspekten zu theoretisieren. Eine im Post-NS-Kontext naheliegende rassismustheoretische Erweiterung erlaubt, »Migrationshintergrund« nicht nur als Ausdruck post-kolonialer Ordnungen, sondern auch als von klassenrassistischen Diskursen geprägte Kategorie zu deuten. Eine neopragmatistische Situationsorientierung ermöglicht in der Folge zu fragen, unter welchen Bedingungen, zu welchen Zwecken und in welchen Formen Lehrkräfte auf welche Kategorien und welche Rechtfertigungsweisen zurückgreifen, um ungewisse pädagogische Situationen zu bewältigen – und welche Konsequenzen sich aus diesen Problematisierungsweisen für Subjektivierungsformen und soziale Positionierungen ergeben.

(3) Der Verweis auf die Eugenik eröffnet gleichzeitig eine dritte rassismustheoretische Forschungs- und Argumentationsperspektive: die Förderung einer Reflexivität in der Migrationsforschung, die die Produktionsbedingungen ebenso wie die Effekte sozialwissenschaftlicher Diskurse theoretisch berücksichtigt. Motivieren lässt sich die Forderung nach einer solchen Reflexivität schon alleine durch den Umstand, dass das Projekt der Eugenik auch ein von SozialwissenschaftlerInnen getragenes war (Haller und Niggeschmidt 2012). Zahlreiche bis heute einflussreiche SoziologInnen haben sich auf eugenische (und koloniale) Diskurse bezogen, diese bedient und teilweise aktiv geprägt. Ein prominentes Beispiel ist Max Weber, der sich in seiner Freiburger Antrittsvorlesung klar positionierte:

»Nicht Frieden und Menschenglück haben wir unseren Nachfahren mit auf den Weg zu geben, sondern den ewigen Kampf um die Erhaltung und Emporzüchtung unserer nationalen Art. Und wir dürfen uns nicht der optimistischen Haltung hingeben, dass mit der höchstmöglichen Entfaltung wirtschaftlicher Kultur bei uns die Arbeit gethan sei und die Auslese im freien und »friedlichen« ökonomischen Kampfe dem höher entwickelten Typus alsdann von selbst zum Sieg verhelfen werde. Nicht in erster Linie für die Art der volkswirtschaftlichen Organisation, die wir ihnen überliefern, werden unsere Nachfahren uns vor der Geschichte verantwortlich machen, sondern für das Maß des Ellenbogenraums, den wir ihnen in der Welt erringen und hinterlassen. Machtkämpfe sind in letzter Linie auch ökonomische Entwicklungsprozesse, die Machtinteressen der Nation sind, wo sie in Frage gestellt sind, die letzten und entscheidenden Interessen, in deren Dienst ihre Wirtschaftspolitik sich zu stellen hat, die Wissenschaft von der Volkswirtschaftspolitik ist eine politische Wissenschaft. Sie ist eine Dienerin der Politik, nicht der Tagespolitik der jeweils herrschenden Machthaber und Klassen, sondern der dauernden machtpolitischen Interessen der Nation.« (Weber 1895)

Es geht hier nicht darum, Max Weber als Rassisten zu entlarven (zur Einordnung seiner diesbezüglichen Positionen und Argumente siehe Deppe 1999 sowie ergänzend Steinert 2010). Relevant ist aber, wie Weber auf rassistische Denkfiguren zurückgreift, um sein ganz eigenes situatives Handlungsproblem zu bewältigen: die publikumswirksame Definition eines Forschungsprogramms im Rahmen einer Antrittsvorlesung. Dass Webers Argumentation in einer solchen Situation legitim und selbstverständlich scheint, kann als Indiz für die Bedeutsamkeit rassistischer Wissensordnungen viele Jahrzehnte vor dem NS-Regime gelesen werden. Sie zeigt auch, wie eng die Sozialwissenschaften in diese Diskurse verwoben waren. Neben der Frage nach der *Genese* sozialwissenschaftlicher Wissensordnungen in ihren historischen Kontexten muss an dieser Stelle auch die Frage nach ihren *Effekten* aufgeworfen werden. Die Eugenik war nicht nur für den Holocaust eine wesentliche diskursive Grundlage, sie war auch ein wichtiges Element zur Durchsetzung migrationspolitischer Unterscheidungen und Steuerungsinstrumente in den Jahren vor dem NS-Regime. So war die Durchsetzung des »Inlandarbeiterschutzgesetzes« in Österreich nur auf der Grundlage einer massiven und deutlich eugenisch geprägten Rassifizierung osteuropäischer Arbeitskräfte möglich (Horvath 2014b). Die Sozialwissenschaften sind als Praxisfeld für die Etablierung von gesamtgesellschaftlichen Klassifikationen und Problemdefinitionen höchst relevant.

Einmal etabliert und wissenschaftlich sanktioniert, werden sozialwissenschaftliche Kategorien und Problematisierungen auch in anderen Praxisfeldern auf neue und umso »legitimere« Weisen nutzbar. Auch die aktuelle Migrationsforschung muss sich entsprechend der Frage nach ihren Unterscheidungsweisen und Begrifflichkeiten stellen. Die Kategorie des Migrationshintergrunds ist ein naheliegendes Beispiel (Horvath 2017b). Ihre dem ersten Anschein nach nicht-ethnisierende Ausrichtung muss selbst als Erbe des Nationalsozialismus gelten – aufgrund der historischen Situation der Nachkriegsjahrzehnte sind »völkische« oder gar »rassistische« Differenz-

kategorien, wie sie etwa im englischsprachigen Raum gang und gäbe sind, in den deutschsprachigen Sozialwissenschaften bis heute kaum durchsetzbar. Konnte in den Jahren der Gastarbeit noch die quasi-juristische Trennlinie der Staatsbürgerschaft als Differenzlinie genutzt werden, fehlte es aufgrund von Einbürgerungen spätestens ab den 1990er-Jahren an einer Kategorie zur Identifikation »problematischer« migran-tischer Bevölkerungsgruppen. Mit dem »Migrationshintergrund« wurde es wieder möglich, »Migrationsandere« identifizier- und zählbar zu machen. Obwohl juristisch und statistisch scheinbar neutral formuliert, hat die neue Kategorie in ihrer sozialen, politischen oder auch pädagogischen Form eindeutig ethnisierende und rassifizierende Züge (Perchinig und Troger 2011). In diesem Kontext steht die Migrationsforschung in der Verantwortung, die eigene Kategorienarbeit im Hinblick auf ihre sozialen Grundlagen und gesellschaftlichen Effekte zu hinterfragen. Rassismustheoretisch verankert kann diese Reflexivität an Schärfe und Relevanz gewinnen, weil wir als SozialwissenschaftlerInnen systematisch dazu angehalten werden, gerade die scheinbar selbstverständlichen Aspekte unserer Diskursarbeit zu analysieren und kritisch zu hinterfragen.

Das Wechselspiel von rassistischen Klassifikationen, Migrationsordnungen und Ungleichheiten ist vielfältig und brüchig. Seine Reproduktion vollzieht sich in verschiedensten Praxiskontexten, in denen soziale AkteurInnen ungewisse Situationen definieren und gestalten müssen. Sie greifen dazu unter anderem auf konventiona-lisierte – sprich: historisch durchgesetzte und gesamtgesellschaftlich verfügbare – Wissensformen zurück. Eine rassismuskritische Migrationsforschung muss nicht nur diese Prozesse entschlüsseln, sondern gleichzeitig einen reflexiven Umgang mit den Antinomien sozialer Klassifikation finden, um auch die eigene Wissensproduktion kritisch auf ihre Grundlagen und Effekte befragen zu können. Auf dem Fundament einer solchen theoretisch und empirisch fundierten Reflexivität kann sie wichtige Bei-träge zum Verständnis aktueller Migrations- und Ungleichheitsordnungen liefern.

Literatur

- Bade, Klaus (1995): »Migration Past and Present – the German Experience«, in: Hoerder, Dirk und Nagler, Jürgen (Hrsg.), *People in Transit: German Migrations in Comparative Perspective, 1820–1930*, Cambridge: Cambridge University Press, S. 399–412. DOI: <https://doi.org/10.1017/CBO9781139052498.019>.
- Balibar, Etienne und Wallerstein, Immanuel (1990): *Rasse, Klasse, Nation. Ambiva-lente Identitäten*, Hamburg: Argument.
- Bauböck, Rainer und Perchinig, Bernhard (1996): *Nach Rasse und Sprache verschie-den. Migrationspolitik in Österreich von der Monarchie bis heute*, Wien: Institut für Höhere Studien (Reihe Politikwissenschaft, Band 31).
- Biffl, Gudrun (1984): »Der Strukturwandel der Ausländerbeschäftigung in Öster-reich«, in: *Monatsberichte des österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung*,

57. Jahrgang, Heft 11/12, S. 649–664 (https://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE/1984Heft11_12_649_664.pdf, 31. Dezember 2018).
- Bojadžijev, Manuela, Braun, Katherina, Liebig, Manuel und Opratko, Benjamin (2019): »Rassismusforschung in Deutschland. Prekäre Geschichte, strukturelle Probleme, neue Herausforderungen«, in: Dürr, Tina (Hrsg.), *Leerstelle Rassismus – NSU und die Folgen*, Schwalbach: Wochenschau Verlag.
- Boltanski, Luc (2010): *Soziologie und Sozialkritik. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2008*, Berlin: Suhrkamp.
- Boltanski, Luc und Thévenot, Laurent (1983): »Finding One's Way in Social Space: A Study Based on Games«, in: *Social Science Information*, 22. Jahrgang, Heft 4, S. 631–680. DOI: <https://doi.org/10.1177/053901883022004003>.
- Boltanski, Luc und Thévenot, Laurent (2007): *Über die Rechtfertigung. Eine Soziologie der kritischen Urteilskraft*, Hamburg: Hamburger Edition.
- Bourdieu, Pierre (1993): *Soziologische Fragen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Broden, Anne und Mecheril, Paul (Hrsg.) (2010): *Rassismus bildet. Bildungswissenschaftliche Beiträge zu Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft*, Bielefeld: transcript. DOI: <https://doi.org/10.14361/transcript.9783839414569>.
- Castles, Stephen, Booth, Heather und Wallace, Tina (1984): *Here for Good: Western Europe's New Ethnic Minorities*, London: Pluto.
- Clarke, Adele (2012). *Situationsanalyse. Grounded Theory nach dem Postmodern Turn*, Wiesbaden: Springer VS. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-531-93320-7>.
- Deppe, Frank (1999): *Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Die Anfänge*, Hamburg: VSA.
- Diaz-Bone, Rainer (2011): »The Methodological Standpoint of the 'économie des conventions'«, in: *Historical Social Research*, 36. Jahrgang, Heft 4, S. 43–63.
- Diaz-Bone, Rainer (2018): *Die »Economie des conventions«*. *Grundlagen und Entwicklungen der neuen französischen Wirtschaftssoziologie*, Wiesbaden: Springer VS. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-658-21062-5>.
- Dodier, Nicolas (2011): Konventionen als Stützen der Handlung: Elemente der soziologischen Pragmatik, in: Diaz-Bone, Rainer (Hrsg.): *Soziologie der Konventionen. Grundlagen einer pragmatischen Anthropologie*, Frankfurt am Main /New York: Campus, S. 69–98.
- Emmerich, Marcus und Hormel, Ulrike (2013): *Heterogenität – Diversity – Intersektionalität. Zur Logik sozialer Unterscheidungen in pädagogischen Semantiken der Differenz*, Wiesbaden: Springer VS. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-531-94209-4>.
- Faßmann, Heinz (Hrsg.) (2007): *2. Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Rechtliche Rahmenbedingungen, demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen*, Klagenfurt/Celovec: Drava.
- Foucault, Michel (2001): *In Verteidigung der Gesellschaft*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Gächter, August und Recherchegruppe (2004): »Von Inlandarbeiterschutzgesetz bis Eurodac-Abkommen«, in: Gürses, Hakan, Kogoj, Cornelia und Mattl, Sylvia (Hrsg.), *Gastarbjeteri. 40 Jahre Arbeitsmigration*, Wien: Mandelbaum, S. 31–45.
- Geulen, Christian (2007): *Geschichte des Rassismus*, München: C.H.Beck.
- Goldberg, Theo (1990): »The Social Formation of Racist Discourse«, in: Goldberg, Theo (Hrsg.), *Anatomy of Racism*, Minnesota: University of Minnesota Press, S. 295–318.
- Gomolla, Mechthild und Radtke, Frank-Olaf (2009): *Institutionelle Diskriminierung: die Herstellung ethnischer Differenz in der Schule*, Wiesbaden: Springer VS. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-531-91577-7>.
- Guillaumin, Collette (1995): *Racism, Sexism, Power, and Ideology*, London: Routledge.
- Hall, Stuart (1989): *Ideologie, Kultur, Rassismus. Ausgewählte Schriften*, Band 1, Hamburg: Argument.
- Haller, Michael und Niggeschmidt, Martin (Hrsg.) (2012): *Der Mythos vom Niedergang der Intelligenz. Von Galton zu Sarrazin: Die Denkmuster und Denkfehler der Eugenik*, Wiesbaden: Springer VS. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-531-94341-1>.
- Hamburger, Franz, Badawia, Tarek und Hummrich, Merle (Hrsg.) (2005): *Migration und Bildung. Über das Verhältnis von Anerkennung und Zumutung in der Einwanderungsgesellschaft*, Wiesbaden: Springer VS.
- Heiß, Gernot und Rathkolb, Oliver (Hrsg.) (1995): *Asylland wider Willen. Flüchtlinge in Österreich im europäischen Kontext seit 1914*, Wien: Dachs.
- Herbert, Ulrich (2001): *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, München: C.H. Beck.
- Hess, Sabine und Kasperek, Bernd (Hrsg.) (2010): *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin/Hamburg: Assoziation A.
- Hess, Sabine und Tsianos, Vassilis (2007): »Europeanizing Transnationalism! Provincializing Europe! – Konturen eines neuen Grenzregimes«, in: Transit Migration Forschungsgruppe (Hrsg.), *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld: transcript, S. 23–38. DOI: <https://doi.org/10.14361/9783839407813-001>.
- Horvath, Kenneth (2014a): »Die doppelte Illusion der Hochbegabung. Soziologische Perspektiven auf das Wechselspiel von sozialen Ungleichheiten und biographischen Selbstentwürfen in der Hochbegabtenförderung«, in: Hoyer, Timo, Haubl, Rolf und Weigand, Gabriele (Hrsg.), *Sozio-Emotionalität von hochbegabten Kindern. Wie sie sich sehen – was sie bewegt – wie sie sich entwickeln*, Weinheim: Beltz, S. 101–123.
- Horvath, Kenneth (2014b): *Die Logik der Entrechtung. Sicherheits- und Nutzendiskurse im österreichischen Migrationsregime*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht. DOI: <https://doi.org/10.14220/9783737002264>.
- Horvath, Kenneth (2016): »Die unbekannten Pfade der Migrationspolitik: Historische, methodische und theoretische Wissenslücken in der Analyse migrationspolitischer Transformationsprozesse«, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 41. Jahrgang, Sonderheft 2, S. 15–36. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11614-016-0228-4>.

- Horvath, Kenneth (2017a): »Die Illusion der Andersartigkeit: mit Bourdieu zu einer rassismuskritischen Bildungsforschung?«, in: Rieger-Ladich, Markus und Grabau, Christian (Hrsg.), *Pierre Bourdieu: Pädagogische Lektüren*, Wiesbaden: Springer VS, S. 147–166. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-531-18904-8_8.
- Horvath, Kenneth (2017b): »Migrationshintergrund«, in: Miethe, Ingrid, Tervooren, Anja und Ricken, Norbert (Hrsg.), *Bildung und Teilhabe. Zwischen Inklusionsforderung und Exklusionsdrohung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 197–216. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-13771-7_10.
- Horvath, Kenneth (2018): »Wir können fördern, wir können fordern, aber begaben können wir nicht.« Pädagogische Begabungsunterscheidungen im Kontext sozialer Ungleichheiten«, in: Böker, Arne und Horvath, Kenneth (Hrsg.), *Begabung und Gesellschaft. Sozialwissenschaftliche Perspektiven auf Begabung und Begabtenförderung*, Wiesbaden: Springer VS, S. 239–261. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-21761-7_11.
- Horvath, Kenneth, Amelina, Anna und Peters, Karin (2017): »Re-thinking the politics of migration. On the uses and challenges of regime perspectives for migration research«, in: *Migration Studies*, 5. Jahrgang, Heft 3, S. 301–314. DOI: <https://doi.org/10.1093/migration/mnx055>.
- Korteweg, Anna (2017): »The Failures of ›Immigrant Integration‹: The Gendered Racialized Production of Non-Belonging«, in: *Migration Studies*, 5. Jahrgang, Heft 3, S. 428–444. DOI: <https://doi.org/10.1093/migration/mnx025>.
- Kranebitter, Andreas und Horvath, Kenneth (2015): »National Socialism and the Crisis of Sociology«, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 40. Jahrgang, Heft 2, S. 121–128. DOI: <https://doi.org/10.1007/s11614-015-0169-3>.
- Lichtenberger, Elisabeth (1984): *Gastarbeiter. Leben in zwei Gesellschaften*, Wien: Böhlau.
- Lucassen, Leo, Feldman, David und Oltmer, Jochen (2006): »Immigrant Integration in Western Europe, Then and Now«, in: Lucassen, Leo, Feldman, David und Oltmer, Jochen (Hrsg.), *Paths of Integration. Migrants in Western Europe (1880–2004)*, Amsterdam: Amsterdam University Press, S. 7–23. DOI: <https://doi.org/10.5117/9789053568835>.
- Margolin, Leslie (1993): »Goodness Personified: The Emergence of Gifted Children«, in: *Social Problems*, 40. Jahrgang, Heft 4, S. 510–532.
- Melter, Claus und Mecheril, Paul (Hrsg.) (2011): *Rassismuskritik*, Band 1: Rassismustheorie und -forschung, Schwalbach: Wochenschau Verlag.
- Perchinig, Bernhard und Troger, Tobias (2011): »Migrationshintergrund als Differenzkategorie. Vom notwendigen Konflikt zwischen Theorie und Empirie in der Migrationsforschung«, in: Polak, Regina (Hrsg.), *Zukunft. Werte. Europa. Die europäische Wertestudie 1990–2010. Österreich im Vergleich*, Wien: Böhlau, S. 283–319.
- Pries, Ludger (2014): »Migration und Nationalsozialismus – ein immer noch blinder Fleck der Soziologie?«, in: Christ, Michaela und Suderland, Maja (Hrsg.), *Soziologie und Nationalsozialismus. Positionen, Debatten, Perspektiven*, Berlin: Suhrkamp, S. 406–442.

- Rattansi, Ali (2007): *Racism. A Very Short Introduction*, Oxford: Oxford University Press. DOI: <https://doi.org/10.1093/actrade/9780192805904.001.0001>.
- Rommelspacher, Birgit (2011): »Was ist eigentlich Rassismus?«, in: Melter, Claus und Mecheril, Paul (Hrsg.), *Rassismuskritik*, Band 1: Rassismustheorie und -forschung, Schwalbach: Wochenschau Verlag, S. 25–38.
- Stacher, Irene und Fasman, Heinz (Hrsg.) (2003): *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht. Demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen und rechtliche Rahmenbedingungen*, Klagenfurt/Celovec: Drava.
- Steinert, Heinz (2010): *Max Webers unwiderlegbare Fehlkonstruktionen. Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*, Frankfurt am Main /New York: Campus.
- Stoler, Ann Laura (1995): *Race and the Education of Desire. Foucault's History of Sexuality and the Colonial Order of Things*, Durham/London: Duke University Press.
- Transit Migration Forschungsgruppe (Hrsg.) (2007): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld: transcript. DOI: <https://doi.org/10.14361/9783839407813>.
- Weber, Max (1895): *Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik. Akademische Antrittsrede*, Freiburg im Breisgau/Leipzig: J.C.B. Mohr (https://de.wikisource.org/wiki/Der_Nationalstaat_und_die_Volkswirtschaftspolitik, 28. Juni 2018).
- WIFO (1962): »Zur Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte«, in: *WiFo Monatsberichte des österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung*, 35. Jahrgang, Heft 5, S. 232–236 (https://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE/1962Heft05_232_236.pdf, 31. Dezember 2018).
- WIFO (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung) (1963): »Das Fremdarbeiter-Kontingent in Österreich«, in: *WiFo Monatsberichte des österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung*, 36. Jahrgang, Heft 11, S. 411–415 (https://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE/1963Heft11_411_415.pdf, 31. Dezember 2018).
- Wimmer, Hannes (Hrsg.) (1986a): *Ausländische Arbeitskräfte in Österreich*, Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Wimmer, Hannes (1986b): »Zur Ausländerbeschäftigungspolitik in Österreich«, in: Wimmer, Hannes (Hrsg.), *Ausländische Arbeitskräfte in Österreich*, [wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE/1962Heft05_232_236.pdf](https://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE/1962Heft05_232_236.pdf), 31. Dezember 2018; Frankfurt am Main/New York, Campus, S. 5–32.
- Wischmann, Anke (2018): »The absence of ›race‹ in German discourses on Bildung. Rethinking *Bildung* with critical race theory«, in: *Race Ethnicity and Education*, 21. Jahrgang, Heft 4, S. 471–485. DOI: <https://doi.org/10.1080/13613324.2016.1248834>.
- Zolberg, Aristide R. (2008): *A Nation by Design. Immigration Policy in the Fashioning of America*, Cambridge: Harvard University Press.

Erinnerungskultur und Geschichtskultur

Waltraud Kannonier-Finster und Meinrad Ziegler

Erinnern und Vergessen sind Eigenschaften des Mensch-Seins. Sie bedingen einander, denn für die Auseinandersetzung mit Neuem muss es auch ein Vergessen des Alten geben. Erinnern ist nicht als solches positiv, sondern eine Notwendigkeit, um das Leben zu bewältigen. Das gilt für Individuen ebenso wie für Kulturen und Staaten. Worauf es beim Erinnern ankommt, ist, wichtige Ereignisse und Erfahrungen von unwichtigen zu unterscheiden (vgl. Reemtsma 2010: 3–4). Im Zusammenhang mit kollektiven Prozessen hat diese Unterscheidung eine politische Dimension. Was erkennt ein Kollektiv als denkwürdige Erfahrungen seiner Geschichte an? Wie sind diese zu interpretieren und welche Schlussfolgerungen daraus zu ziehen? Das Vergessen geschieht vielfach ohne aktives Tun. Allerdings gibt es auch ein – bewusst oder unbewusst – organisiertes Vergessen, das vielfach über den Modus des Erinnerns läuft. In Österreich stellt die bis in die 1980er-Jahre dominante Denkfigur des Erinnerns der NS-Vergangenheit, der Opfermythos, einen Versuch dar, die Momente der Komplizen- und Mittäterschaft vergessen zu lassen (vgl. Uhl 2001; 2011; Ziegler und Kannonier-Finster 2016). Aber dieser Prozess hat Widerstand mobilisiert, der neue, reflexive Formen des Erinnerns gefordert und durchgesetzt hat. Müssen wir fürchten, dass im Zusammenhang mit dem Übergang vom Erinnern zur historischen Reflexion des Nationalsozialismus die Bedeutsamkeit dieser Periode der europäischen Geschichte verblasen wird? Wir halten das für wenig wahrscheinlich. Er wird Teil nicht nur historischer Interpretation, sondern auch kontroverser gesellschaftspolitischer Reflexion und kritischen Denkens bleiben. Es gibt zu viele Kontinuitäten, die den Nationalsozialismus mit unseren modernen Gesellschaften verbinden (vgl. Reemtsma 2002: 88). Antisemitismus, Beschwörung von nationalistischen Gemeinschaften, Staatsgläubigkeit und politische Unselbstständigkeit sind nicht historische Relikte, sondern gehören auch in das 21. Jahrhundert. Die Geschichte des »Dritten Reiches« verweist auf die Fragilität unserer Zivilisation (vgl. Diner 2007). Sie zeigt, wie Normalität einer nationalistisch konstruierten politischen Gemeinschaft und Gewalt gegen »die Anderen«, die als bedrohlich identifiziert, ausgegrenzt und ermordet wurden, eng miteinander verwoben sind. Diese Konstellation wird auch für kommende Generationen eine Beunruhigung darstellen und als Stachel wirken, um Probleme ihrer

Gegenwart mit einem kritischen Blick auf die Geschichte des Nationalsozialismus zu überdenken.

Allerdings werden möglicherweise kommende Generationen diese Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte nicht mehr unter dem Begriff der Erinnerungskultur führen. Ist der Begriff nicht eng mit der spezifischen Situation der 1980er- und 1990er-Jahre verbunden, als in mehreren europäischen Staaten ein öffentliches Erinnern gegen mächtige Impulse des Verschweigens, des Verleugnens oder des Umerzählens der eigenen nationalen Beteiligung an der Gewaltgeschichte des Nationalsozialismus erst durchgesetzt werden musste? Der deutsche Historiker und Geschichtstheoretiker Jörn Rüsen versteht »Erinnerungskultur« als Teil eines umfassenderen Konzepts einer »Geschichtskultur« (vgl. Rüsen 2003: 121–122). Geschichtskultur umfasst jene Sinnbildungen über Erfahrungen der Vergangenheit, die Kulturen brauchen, um sich in aktuellen Lebenssituationen zurechtzufinden. Sie manifestiert sich in Erinnerung und Geschichtsbewusstsein, wobei letzteres einer stärkeren wissenschaftlichen Kontrolle von Erfahrung unterliegt.

Generationen erinnern unterschiedlich

Die gesellschaftliche Aneignung von Geschichte ist immer an Prozesse der Vermittlung von einer Generation an die nächste gebunden. Soziale – und darunter auch mentale – Strukturen können sich über Generationen hinweg reproduzieren, aber zugleich verändern sie sich auch durch die kontinuierliche Erneuerung von AkteurInnen geschichtlichen Handelns. »Es geht zwar immer alles weiter, aber doch mit neuen Leuten und mit anderen Erfahrungen« (Bude 2010: 421). Prozesse der Tradierung sind offen für Transformationen. Karl Mannheim war einer der ersten, der sich aus einer soziologischen Perspektive mit dem Problem der kulturellen Vermittlung historischer Erfahrung im Zusammenhang mit dem Wechsel von Generationen beschäftigte (vgl. Mannheim 1928). Dabei lautete seine Ausgangsfrage: Wie kann eine Gesellschaft einen dauerhaften Bestand an Kulturgütern bewahren, obwohl Akteure kontinuierlich wechseln? Die früheren Träger der Kultur sterben und die neuen werden geboren. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer beständigen Tradierung von Kultur. In modernen und dynamischen Kulturen ist dieser Prozess mit zahlreichen Konflikten, Reibungen und Reinterpretationen verbunden. Die Stärke von Mannheims Überlegungen liegt darin, dass er die Weitergabe von Kultur weder als linearen Prozess konzipierte, noch als Vorgang, der sich mit historischer Notwendigkeit vollzieht, sondern als komplexes und kontingentes Geschehen. Es ist dabei zwischen Übergabe und Übernahme, zwischen perspektivischen Deutungen, Umschriften und Verweigerungen des Tradierten zu differenzieren (vgl. Ziegler 2000: 49–50). Junge Generationen sind nicht ohne Weiteres »belehrbar«. Sie haben verschiedene Möglichkeiten, sich die mit einer geschichtlichen Perspektive verbundenen Ideen anzueignen, darunter auch jene, die tradierten Geschichtsbilder zu kritisieren und zu dekonstruieren. In unserem Zusammenhang, der Geschichte des Nationalsozialismus, gestaltet sich die Tra-

dierung besonders komplex und spannungsreich. Weil ÖsterreicherInnen nicht nur Opfer waren, sondern viele auf der Seite der Täter standen, ist die Vermittlung von Geschichte sozial und politisch aufgeladen. Meist wollen die an Nationalsozialismus, Krieg und Verbrechen Beteiligten ihren Anteil am Geschehen verschweigen, rationalisieren und rechtfertigen. Wenn Angehörige der nachfolgenden Generation das Vertrauen in die Erzählungen der Generation ihrer Eltern verlieren, bemühen sie sich um eine eigenständige und differenzierte Sichtweise des Geschehens. Bislang wirkte der Nationalsozialismus durch die von ihm geformten Personen auf Gesellschaft, konkret auf die sogenannte Kriegsgeneration, auf Familien und soziale Institutionen ein. Zugleich hatte ab den 1980er-Jahren ein Generationenwechsel begonnen, ein Vorgang, der strukturell Prozesse des kulturellen Wandels und der Neuorientierung ermöglicht. In Österreich war der Fall Waldheim exemplarisch für eine entsprechende Reinterpretation des Nationalsozialismus. Ein Teil der Nachkriegsgeneration wollte sich im Hinblick auf Thematisierung und Bewertung der NS-Vergangenheit nicht mehr den Sichtweisen der Kriegsgeneration und ihren Bedürfnissen nach Derealisierung unterordnen. Die unterschiedlichsten Formen des Schweigens, Verschweigens und Leugnens der Generation der Eltern zu Nationalsozialismus, Krieg und Holocaust wurden kritisch reflektiert und thematisiert. Dass sich 1986 Kurt Waldheim im Zusammenhang mit seinem Wahlkampf für das Amt des Bundespräsidenten als Opfer des Nationalsozialismus darzustellen versuchte und damit die traditionelle »Lebenslüge« der Zweiten Republik bekräftigte, war zwar vorerst mehrheitsfähig, erschien in diesen Jahren aber dennoch vielen unerträglich. Gleichzeitig mit dem neuen Diskurs zur Bewertung der NS-Vergangenheit begann der Aufstieg der FPÖ, einer Partei, die ihre ideologischen Wurzeln im Deutschnationalismus hat, aus der Sammelbewegung der ehemaligen Nationalsozialisten hervorgegangen ist und deren Funktionäre das NS-Regime immer wieder verharmlosen (vgl. dazu Bauböck 2001; Wodak 2016). Das alles waren Erfahrungen, die die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit lebendig gehalten haben. Es ging dabei vor allem um die Frage, was an dieser Geschichte erinnert und nicht vergessen werden sollte.

Wir befinden uns neuerlich in einem Prozess des Übergangs, in dem die unmittelbare Nachkriegsgeneration aus Positionen der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Öffentlichkeit ausscheidet und andere Generationen nachkommen. Die Spannung, wie der Nationalsozialismus zu sehen und zu bewerten ist, bleibt aktuell, auch wenn vielen Angehörigen der dritten und vierten Generation nach 1945 bereits der familiär und damit emotional gebundene Zugang zu dieser Zeit fehlt. Für viele der nach 2000 Geborenen liegen die Ereignisse und Debatten der sogenannten Waldheim-Affäre außerhalb der bewussten gesellschaftsgeschichtlichen Wahrnehmung. Dennoch enthält das Familiengedächtnis Erzählungen von und über Großeltern und damit auch lebendige Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus. Eltern erzählen und interpretieren, was ihnen von ihren Eltern und Verwandten erzählt und worüber in der Familie gestritten oder geschwiegen wurde. So machen Jugendliche auch heute noch Erfahrungen mit der NS-Vergangenheit als einem sozialen Erbe der Familie. Wenn Tradierung von Geschichte in elementare Sozialbeziehungen einge-

bunden ist, konstituiert sie eine spezifische persönliche Haltung gegenüber der Vergangenheit. Der Nationalsozialismus lebt in Form von Dispositionen, Denkweisen und Erziehungspraktiken der Großeltern, Eltern und Verwandten nach. Zerfallen oder vergehen diese Beziehungen, verändert sich das Interesse an dem historischen Geschehen (vgl. Jureit 2012: 32–33; Messerschmidt 2012).

Die zweite Generation der in den 1940er- und 1950er-Jahren Geborenen hat sich in unterschiedlicher Weise, einmal mehr und ein anderes Mal weniger intensiv, an den übermittelten Geschichts- und Erinnerungsbildern abgearbeitet. Sie ist nun mit nachkommenden Jahrgängen konfrontiert, die andere Zugänge zu Nationalsozialismus und Holocaust haben. Diese werden von LehrerInnen und VermittlerInnen in Schulen oder Gedenkstätten häufig als moralisch indifferent und als widerständig gegenüber häufig warnender Belehrung wahrgenommen; Haltungen, die für sie eine irritierende und beunruhigende Erfahrung darstellen. Dazu kommen gesellschaftliche Veränderungen im Zusammenhang mit Prozessen der Globalisierung, Migration und damit verbundenen Erosionsprozessen nationaler Kulturen. Unter dem Stichwort der Transnationalisierung von Geschichte des Nationalsozialismus und Holocaust ergeben sich daraus neue Fragen. Für wen ist das Holocaust-Gedenken wie bedeutsam? Diese Frage ist bei der Tradierung in Gruppen, die multiethnisch und multinational zusammengesetzt sind, zu bedenken. Ein wachsender Teil der Bevölkerung kommt aus außereuropäischen nationalen, ethnischen und familiären Kontexten. Es ist davon auszugehen, dass angesichts dieser Entwicklung neue Denkmuster, Begriffe, Konzepte für die Vermittlung der NS-Geschichte zu erarbeiten sind.

Die skizzierten Erfahrungen der Indifferenz oder Abwehr junger Generationen lassen sich auch anders, nämlich als Distanzierung von traditionellen Formen der Vermittlung interpretieren (vgl. etwa Messerschmidt 2012; Sternfeld 2013). Es könnte sein, dass Nationalsozialismus und Holocaust als in Lehrplänen verordnete Themen wahrgenommen werden, die einer moralischen Selbstbestätigung und nationalen Identitätsstiftung dienen; dass Jugendliche sich sträuben, im Sinn einer historischen Schuld adressiert zu werden. Dementsprechend verschließen sie sich gegen die Übernahme einer moralischen Mission, wenn ZeitzeugInnen im Zusammenhang mit ihren Erfahrungen als Opfer von Ausgrenzung und Verfolgung für demokratische Werte und die Abwehr von Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit plädieren.

Angesichts des skizzierten Generationenwechsels und der damit verbundenen Transformation von Erinnerungsgemeinschaften formuliert Astrid Messerschmidt neue Fragestellungen für die Vermittlung der Geschichte:

»Der zeitliche Abstand zum Nationalsozialismus [kann] als Chance für eine Erinnerungsbildung aufgenommen werden, die sich auf die Verunsicherung einlässt, die von der Tatsache des Holocaust ausgeht. Das bedeutet, sich von dem Wunsch nach einer unmittelbaren Beziehung zu den Opfern wie auch vom Wunsch nach einer eindeutigen Abgrenzung von den Tätern zu verabschieden und das ›Bild von der Geschichte und unseres nachträglichen Anteils an ihr‹ [Schneider 2010] selbst zum Gegenstand erinnernder Aufarbeitung zu machen. Die Arbeit der dritten und vierten Generation nach 1945 besteht nicht mehr in erster

Linie darin, Erinnerung einzuklagen, sondern kritische Intervention im Erinnerungsdiskurs zu leisten.« (Messerschmidt 2012: 234–235)

Kritik des aktuell dominanten Erinnerungsdiskurses

Es stellt sich die Frage, ob die heute dominante Praxis des Erinnerns und der Erinnerungspolitik diesen neuen Fragestellungen ausreichend nachkommen kann. Bei Gedenkveranstaltungen wird besonders auf die Leiden der Opfer des NS-Regimes sowie auf die Anteilnahme an ihrer Trauer um die Toten Bezug genommen. Aleida Assmann (Assmann 2013: 207–208) spricht von einer »neuen Erinnerungskultur« mit einem spezifischen »ethischen Imperativ« (ebd.: 208). Das neue an dieser Kultur bestehe vor allem darin, dass das Gebot zum Erinnern in historischen Konstellationen wachse, in denen gerade kein Impuls des Erinnerns, sondern umgekehrt ein Impuls des Vergessens und des Absperrens von Schuld zu erwarten sei. Assmann sieht in der Übernahme der Opferperspektive durch die Täter ein Novum der Geschichte, das aus engen wir-bezogenen Gruppenbindungen heraus auf eine Ebene der Vergemeinschaftung von Erinnerung führen könne. Die Geschichte der Opfer werde in die eigene Erinnerung aufgenommen.

Die neuen Praktiken der Erinnerungskultur, beim Gedenken an Nationalsozialismus, Krieg und Holocaust weitgehend die Toten und das Leiden der Opfer ins Zentrum zu stellen, laufen Gefahr, wesentliche Momente der Geschichte des Nationalsozialismus in das Vergessen zu drängen. Für Deutschland hat Martin Walser schon 1965 Logik und Funktion dieses Musters im Zusammenhang mit dem Auschwitz-Prozess beschrieben:

»Natürlich verabscheuen wir die Täter. [...] Und wir nehmen Anteil am Opfer. [...] Erst durch den hilflosen Versuch, uns auf die Seite der Opfer zu stellen oder uns, so gut es gehen will, wenigstens vorzustellen, wie schrecklich da gelitten wurde, erst durch diese Anteilnahme wird uns der Täter so verabscheuungswürdig und brutal, wie wir ihn für unsere realitätsarme, aber momentan heftige Empfindung brauchen.« (Walser, zitiert nach: Jureit 2012: 31)

Die Dominanz der Opferorientierung wird auch in aktuellen Beiträgen zur Debatte um Erinnerungskultur in Frage gestellt (vgl. Jureit und Schneider 2010a; Frölich, Jureit und Schneider 2012; Messerschmidt 2012; Rüsen 2012; Sternfeld 2013). Die imaginierte Nähe zu den Opfern, so die kritischen Stimmen, bedeute eine Distanzierung gegenüber den Tätern, verbanne sie aus der Wir-Gruppe, konstruiere eine pathologische Kategorie der Täterschaft und trachte danach, auf diesem Weg eine vom Holocaust »gereinigte« Identität zu stiften. Über eine Identifikation mit den Opfern definiere man sich auf der moralisch richtigen Seite, praktiziere jedoch zugleich eine Strategie der Verleugnung. Was eigentlich erinnert werden soll – die irritierende Tatsache der kulturellen Nähe zu den Tätern –, wird auf Abstand gehalten.

Darüber hinaus fördere das mit der »neuen« Erinnerungskultur verbundene Gebot des Sich-Erinnerns, wie es vor allem von Aleida Assmann betont wird (Assmann 2013: 208), eine normativ hoch aufgeladene Vorstellung einer geglückten Erinnerungsarbeit, die die Möglichkeit impliziere, Geschichte abschließen zu können (vgl. Jureit 2010). Die Vorstellung, dass Erinnerungskultur auch mit einem Erlösungsverprechen verbunden sein könnte, geht auf die Rede des deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vor dem deutschen Bundestag im Mai 1985 zurück. 40 Jahre nach Kriegsende stellte sie ohne Zweifel eine Zäsur in der deutschen Aufarbeitung der eigenen NS-Vergangenheit dar, förderte aber auch eine Kultur, geradezu zwanghaft zu erinnern (vgl. ebd.: 36). Weizsäcker knüpfte die Frage der Versöhnung an jene der Erinnerung: »Das ›Vergessenwollen‹ verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung« (zitiert nach: Jureit und Schneider 2010b: 9). Nur wer intensiv und aufrichtig an die deutschen Massenverbrechen erinnere, dürfe auf Versöhnung und auf Erlösung von der tradierten Schuld hoffen.

Die Zuwendung zu den Opfern sowie die Anerkennung ihres Leides und ihrer Verluste sind essenzielle Momente der Erinnerungsarbeit. Dies gilt besonders für Österreich, weil den Opfern in diesem Land der verleugneten Mitverantwortung für die Verbrechen des NS-Regimes lange Zeit nur ein geringer Stellenwert zukam. Allerdings wäre es problematisch, das Gedenken an sie mit der Perspektive einer, wie es Assmann formuliert, »Vergemeinschaftung der Erinnerungen« (Assmann 2013: 208) zu verbinden. Diese Perspektive übersieht die emotionalen und kognitiven Unterschiede des Erinnerns in Kulturen der Opfer und in Kulturen der Täter. Eine opferorientierte Ausrichtung der Erinnerung ist gerade dann enorm voraussetzungsvoll, wenn sie innerhalb der Kultur der Täter praktiziert werden soll (vgl. Schneider 2010: 187–188). Bei vielen öffentlichen Inszenierungen des Gedenkens entsteht der Eindruck, als würden Ermordete erinnert und betrauert, die unmittelbar aus der gesellschaftlichen Mitte gerissen worden seien. Das war historisch nicht der Fall. Die getöteten Opfer waren nicht geliebte Tote, sondern die von »uns« – in enger Kooperation mit den Deutschen – selbst diskriminierten, verfolgten und ermordeten Opfer. Die Opfer waren die »Anderen«, »die Juden«, die politisch Andersdenkenden, die Homosexuellen, Behinderte und als asozial Klassifizierte. Sie wurden von der Mehrheit als überflüssig und bedrohlich für die »Volksgemeinschaft« gesehen. Dieser Aspekt wird in der Erinnerung an »die Opfer« kaum anerkannt. So bleibt der Schrecken unverstanden, denn es ist »ein inwendiger Schrecken, ein Schaudern vor den menschlichen Möglichkeiten« (ebd.: 188), bei dem das konkrete Opfer und seine Beziehung zum Eigenen und seiner Geschichte im Dunkeln bleibt und abgesperrt wird.

Bei Praktiken des Gedenkens wäre es demnach wichtig, opferorientiertes Erinnern stets mit konkreten historischen Fragen nach der Täterschaft zu verknüpfen. Dan Diner weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das Verstehen des Holocaust über zwei unterschiedliche Perspektiven erfolgen kann (Diner 2007). Er spricht von einer partikularen Perspektive, die einen historischen Zugang zu dem Geschehen verfolgt, und einer universalistischen Perspektive, die von einem

anthropologischen Interesse getrieben ist. Aus beiden Sichtweisen ergeben sich ganz unterschiedliche Fragen an das Ereignis des Nationalsozialismus. Die historische Erkenntnisstrategie interessiert sich vor allem für die Frage des *Warum*: Welche Faktoren erklären den Aufstieg Adolf Hitlers und der NSDAP? Welchen Stellenwert nehmen dabei das Konzept der »Volksgemeinschaft«, die wahnhafte Idee von der Überlegenheit der deutschen Rasse und der Antisemitismus ein? Ist der Holocaust als logische Folge des Antisemitismus zu verstehen? Oder mündete die lange Vorgeschichte der Stigmatisierung keineswegs direkt in den versuchten Akt der Vernichtung? Die Ermordung »der Juden« beruhte auf einem Konzept, das jenseits von Konflikt, Gegnerschaft und politischer Feindschaft angesiedelt war; Juden sollten als Juden ausgelöscht werden. Woher kam der Antrieb zur absoluten Vernichtung? Die Logik des Holocaust erschließt sich in keiner Variante eines instrumentellen Handelns.

Bei einem Zugang aus dem anthropologischen Interesse stellen sich andere Fragen. Nicht die Tat selbst mit ihren historischen Umständen sucht nach Erklärung, sondern die Frage, wie sie geschehen konnte, steht im Vordergrund. Was sagt sie über den Menschen als Gattungswesen? Unter dieser Perspektive richtet sich das Interesse weniger auf die kulturelle Zugehörigkeit und das historische Geworden-Sein von Opfern und Tätern. Der Holocaust, gedacht als Zivilisationsbruch, irritiert die Gewissheiten der Aufklärung und provoziert die Frage nach den universellen Eigenheiten des Mensch-Seins. Wie steht es um die Naturhaftigkeit des Guten und des Bösen, wie um die destruktiven Potenziale der Moderne und ihrer hierarchischen und arbeitsteiligen Apparate?

Diner befürchtet, dass im Rahmen der anthropologischen Ausrichtung der wesentliche historische Zusammenhang des Holocaust verloren gehe und sich ein moralisch ausgerichteter Diskurs über Opferschaft durchsetze, bei dem die Pathologien der Moderne und Fragen nach impliziten Gewaltpotenzialen in den Vordergrund treten (vgl. ebd.: 19). Im Rahmen einer solchen Kulturkritik könnte in der Absicht, Aufklärung zu fördern, der Gegenstand, das historische Verstehen von Nationalsozialismus und Holocaust, verfehlt werden.

Für die Erinnerungsarbeit würde das bedeuten, dass im Kontext des Gedenkens an die Opfer darauf zu achten wäre, dass die moralisch gewendete universelle Sichtweise mit der historisch orientierten partikularen Sichtweise integriert wird. Ein solcher Zugang versucht, die kaum beantwortbare Frage zu vermeiden, wann das Böse in die Menschheit eingetreten ist. Stattdessen erforscht er die konkreten Umstände, unter denen eine Generation faschistisch geworden ist. Werden beide Perspektiven verfolgt, stellen sich die Fragen nach der historischen Bedingtheit von Täterschaft, nach der Bedeutung der konkreten historischen Opferschaft der ausgegrenzten Gruppen und – was das Entscheidende ist – nach den Beziehungen beider Gruppen zueinander. Die Problematik eines diffusen, aus historischen Kontexten isolierten Diskurses über Opfergruppen besteht vor allem darin, dass damit die in Täterkulturen praktizierten Formen der Diskriminierung, Ausgrenzung und Auslöschung der Opfer aus Erinnerung und kritischer Reflexion abgesperrt werden. Das allseits bekannte Ergebnis

einer Erinnerungspraxis, die die Opfer-Täter-Beziehungen ignoriert, ist der Verweis auf materielles Elend, Hunger und Arbeitslosigkeit in der Folge der Wirtschaftskrise der 1930er-Jahre.

Herstellung von Loyalität und Bindung

Der etablierte Opferdiskurs wäre demnach durch einen Diskurs zu ergänzen, bei dem es im Grunde um die alte Frage geht »Wie konnte es zu all dem kommen?« (vgl. etwa Reemtsma 2002; Neitzel und Welzer 2011; Giesecke und Welzer 2012). In dieser Perspektive würde nicht so sehr das Grauen der Vernichtungslager im Vordergrund stehen, sondern vor allem das alltägliche Bild einer Ausgrenzungsgesellschaft, die sich schrittweise herausgebildet hat.

Herausbildung und Realisierung des Konzepts der »Volksgemeinschaft« vollzogen sich als Kehrseite des Antisemitismus und der Vernichtungspolitik des NS-Regimes. Die Ausgrenzung »der Juden« war der zentrale Mechanismus, mit dem die Gesellschaft verändert wurde. Über diesen Prozess fanden die Umformung von moralischen Standards und die Veränderung von Normalität und Abweichung im Umgang mit Menschen statt. Das Denken in den Konzepten »Volk« und »Volksgemeinschaft« wurde zu einer neuen Bezugsgröße und führte relativ rasch zu einer Transformation von Werten und Normen, die mit demokratischen Standards nicht mehr kompatibel waren. Die biologisch bestimmte Kategorie des »Volkes« ersetzte die Kategorie des »Individuums«, der »Ungleichheit«, und legitimierte eine partikuläre Solidarität, von der Juden und Jüdinnen systematisch ausgeschlossen waren (vgl. Neitzel und Welzer 2011: 56–57). Bis heute ist es schwierig, die Frage zu beantworten, warum es »die Juden« und keine andere Gruppe traf. Zu sagen, es reichte, dass diese einfach da gewesen wären und sich angeboten hätten, erklärt wenig. Wichtig sei, so Jan Philipp Reemtsma, ein einfaches und pragmatisches Argument: Viele Individuen und Gruppen zogen materielle und intellektuelle Zusatzgewinne aus den Programmen; auf diesem Feld konnten rücksichtslose Gewinne gemacht, konnte Bevölkerungspolitik organisiert, Theorien ein letzter Schliff gegeben werden. Es gab den

»Minimalkonsens, daß es in Ordnung war, wenn es auf Kosten der Juden ging. Dieser Minimalkonsens setzt aber zweitausend Jahre Antisemitismus voraus – ohne diese Geschichte wäre es zu solcher mörderischer Selbstverständlichkeit nicht gekommen.« (Reemtsma 2002: 93)

Mit unserer Studie *Österreichisches Gedächtnis* (vgl. Ziegler und Kannonier-Finster 2016, 1. Auflage 1993) haben wir versucht, auf einer empirischen Ebene Umstände und Verhältnisse zu rekonstruieren, die Beteiligte dazu gebracht haben, aktiv mit dem NS-Regime zu kooperieren und Identifikationen mit angebotenen Berufsrollen herzustellen, Gefühle der Zugehörigkeit gegenüber der Idee der »Volksgemeinschaft« zu entwickeln und damit zugleich die Eskalation von Identifikation, Ausgrenzung,

Deportation zu unterstützen oder zu dulden, die letztlich zu den Ermordungen in den Lagern geführt haben. Die Arbeit beruht auf biografischen Interviews aus dem Jahr 1990. Die Frauen und Männer, die um 1920 geboren worden waren, gehörten nicht zu den Opfern und bieten sich kaum für Identifikationen an. Sie eignen sich ebenso wenig zur moralischen Abgrenzung, denn sie waren auch nicht als TäterInnen zu klassifizieren. Die narrative Form der Forschungsgespräche orientierte sich daran, die Logik des persönlichen Handelns nachzuvollziehen. Und unserer Untersuchung kam auch eine konkrete Konstellation im Verhältnis der Generationen entgegen. Mit der Waldheim-Debatte im Hintergrund sahen viele Angehörige der Kriegsgeneration den Zeitpunkt gekommen, sich gegenüber der jüngeren Generation – die wir als Forschende repräsentierten – zu erklären.

In der Analyse der narrativen Daten lässt sich eine Reihe von signifikanten Mechanismen herausarbeiten, mit denen es den nationalsozialistischen Herrschaftsträgern gelingen konnte, Frauen und Männer für ihre Projekte in Bewegung zu bringen. Hier kann an konkreten Personen nachvollzogen werden, wie Antisemitismus, das Konstrukt der »Volksgemeinschaft«, das persönliche Charisma Adolf Hitlers, die Aussicht auf eine persönliche Karriere in der Deutschen Wehrmacht oder die Hoffnung, den persönlichen Traumberuf über eine militärische Laufbahn realisieren zu können, an das nationalsozialistische Projekt band. Die Mobilisierung knüpft also stets an subjektiven Hoffnungen, Intentionen und habituellen Strukturen an. Jede Herrschaftsinstanz ist von der Beteiligung derjenigen abhängig, die ihr unterworfen sind. Sie gebärdet sich nicht nur zwingend, drohend, sondern auch verführerisch und gewinnend.

Die Kategorien Opfer und Täter sind wenig hilfreich, wenn es um das Verstehen der lebensweltlichen Normalität des Nationalsozialismus geht. Sie unterstellen, dass eine deutliche Abgrenzung möglich ist, wer zu welcher Gruppe gehörte, und dass diese Zugehörigkeit eine stabile und dauerhafte war (vgl. Giesecke und Welzer 2012). Die Kategorie der Täter trifft für Personen zu, die an den zentralen Schaltstellen der Vernichtung tätig waren. Vielfach jedoch sind es eher Verhältnisse und soziale Konstellationen, die eine Person zu Handlungen veranlassen, und nicht so sehr persönliche Merkmale und Motive. Wir können davon ausgehen, dass die Kriegsführung der Deutschen Wehrmacht viele Soldaten häufig in Situationen gebracht hat, in denen sie Kriegsverbrechen verübt haben. Ist es in diesen Fällen sinnvoll, die Kategorie des Täters anzuwenden? Ist es nicht so, dass Personen je nach Situation einmal zum Täter und ein anderes Mal zum Opfer werden können? Eine Kategorie wie die des Täters oder des Opfers zielt aber auf eine persönliche Struktur und ignoriert damit das strukturierende Moment von Handlungssituationen. Es ist bedeutsam, die unter der nationalsozialistischen Herrschaft wirksamen Mechanismen der Herstellung von Bindung und Kooperation sichtbar und transparent zu machen. Denn Instanzen der Herrschaft sind heute Meister darin, soziale Verhältnisse zu individualisieren und mit Methoden der Subjektivierung eine Abwertung, Verachtung und Ausgrenzung gegenüber benachteiligten Gruppen herzustellen.

Ein kritischer Umgang mit Erinnerungsdiskursen

Zur Entwicklung einer Geschichtskultur gehört auch ein kritischer Umgang mit den Manifestationen des Kollektivgedächtnisses einer nationalen Gruppe (vgl. Ziegler 1995). Menschen eignen sich Geschichte nicht als vereinzelte Personen an, sondern als soziale Wesen, die Mitglieder einer Kultur und Gesellschaft sind. Deren Institutionen vermitteln Bilder von der gemeinsamen Geschichte, die bestimmte historische Zusammenhänge als orientierend, sinn- und identitätsstiftend betont, andere dagegen ignoriert, ausgrenzt oder vergisst. In diesem Sinn bilden Gruppen ein gemeinsames, kollektives Gedächtnis aus (vgl. Halbwachs 1966; 1967). Selbstverständlich kann nicht ein Kollektiv ein Gedächtnis haben, sondern sind es Individuen, die erinnern und vergessen. Dennoch macht es Sinn, von einer »sozialen Dimension« des Gedächtnisses zu sprechen (vgl. Burke 1991), weil die Angehörigen einer sozialen Einheit bei der individuellen Arbeit des Erinnerns und Vergessens vielfach auf gemeinsame Ankerpunkte zurückgreifen. In diesen Fällen ist es die Gruppe, die reguliert, was und wie es wert ist, zu erinnern. Die kollektive Dimension des Gedächtnisses hat viel mit dem gemeinsam, was wir unter Tradition verstehen (vgl. Giddens 1993). Traditionen haben einen normativen Realitätsbezug. Sie legen nicht fest, was ist und was war, sondern bringen zum Ausdruck, was sein und gewesen sein soll. Das kollektive Gedächtnis kann Vergangenheit nicht neu erfinden oder auslöschen, es kann jedoch Wahrnehmung und Interpretation von Vergangenheiten für die Angehörigen des Kollektivs formen. Bei großen Teilen der Kriegsgeneration war der Opfermythos imstande, die individuelle Erinnerungsarbeit zu strukturieren. Es gab die Tendenz, erlebte Ereignisse und eigene Handlungen so umzudeuten, dass die subjektive Beteiligung daran schwach und der verdinglichende Aspekt, Opfer von äußeren Zwängen gewesen zu sein, stark gemacht wurde. Darin liegt die klassische Funktion von Mythen; sie stellen Schemata zur Verfügung, mit deren Hilfe bestimmte Ereignisse in Form anderer Ereignisse dargestellt und erinnert werden können (vgl. Burke 1991: 294). So kann eine Entlastung von der Beteiligung an Gewalthandlungen hergestellt und positive Identifikation ermöglicht werden.

Österreichisches Gedächtnis (vgl. Ziegler und Kannonier-Finster 2016) untersucht die Funktion und Wirkung des Opfermythos an konkreten empirischen Fällen. Wir gingen davon aus, dass der Opfermythos nicht nur im Bereich der politischen Kultur ein etabliertes Geschichtsbild darstellt, sondern auch für nicht-öffentliche Erinnerungsarbeit in den Familien bedeutsam ist. Phänomene wie das persönliche Erinnern und Vergessen, die auf den ersten Blick individuell motiviert erscheinen, erweisen sich so als Sprach- und Bewusstseinsfiguren, die von sozialen Institutionen geformt sind. Erving Goffman spricht im Zusammenhang mit ähnlichen Phänomenen von einer »Soziologie der Gelegenheiten« (Goffman 1996: 8). Soziale Wirklichkeiten seien vielfach weniger als Produkt von »Menschen und ihren Situationen«, sondern eher als Ergebnis von »Situationen und ihren Menschen« zu verstehen.

In diesem begrifflich-theoretischen Rahmen kann keine Rede davon sein, dass der Erinnerung als solcher eine befreiende Wirkung zukomme (vgl. Rauschenbach

1998: 367–368). Erinnerung kann auch in Mythos umschlagen, selbst zum Symptom von Verdrängung oder Absperrung werden. Legitimierende Geschichtsbilder harmonisieren die individuelle Erinnerungsarbeit, lassen die Individuen jedoch zugleich mit einer spezifischen Fremdheit gegenüber der eigenen Geschichte zurück. Handeln, Denken, Fühlen berufen sich auf Zwang, Befehl und Gesetz. Man verweigert sich der Vorstellung, dass es kollektiv wie individuell Spielräume des Handelns hätte geben können. Jede Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Ereignisse ist gefährdet, in eine Falle zu tappen, weil sie grundsätzlich dazu neigt, eine lineare kausale Ordnung herzustellen. In der Retrospektive werden nacheinander folgende Ereignisse logisch miteinander verbunden und erzeugen so ein bestimmtes Ergebnis, das sich als Notwendigkeit darstellt. Ein kritisch-reflexiver Blick auf die eigene Biografie kann jedoch deutlich machen, dass sich der Vollzug von historischen Verläufen aus Entscheidungen zusammensetzt, in denen alternative Möglichkeiten zurückgestellt oder verworfen worden sind. Viele Darstellungen von geschichtlichen Abläufen berücksichtigen jedoch diese Pluralität von historischen Möglichkeiten nicht. Stattdessen wird davon ausgegangen, dass ein – nur in der Rückschau bekanntes – Ergebnis sich aus früheren Ereignissen und Handlungsprozessen Schritt für Schritt herausgebildet hat. Diese Vorgangsweise ist reduktionistisch. Sie ignoriert die zahlreichen offenen Entscheidungsmomente, die sich bei jedem einzelnen Schritt eröffnen. Geschichte wird damit im Nachhinein verdinglicht und von Vorstellungen kontrafaktischer Entwicklungen gereinigt.

Zu einer kritischen Auseinandersetzung mit Geschichte gehört, diese Gefahr einer Verdinglichung der Geschichte zu vermeiden. Emanzipatorisch wirkt Erinnerung dann, so Brigitte Rauschenbach (ebd.: 367), wenn in den manifesten Bildern der Erinnerung auch die verschütteten Spuren jener Hoffnungen, Wünsche, Träume zu finden sind, die wir vergessen oder absperren wollen. Dazu ist es erforderlich, in der Vergewärtigung der Vergangenheit nicht nur den kulturell legitimierten Traditionslinien zu folgen, die von dem unbedingten Erfordernis der Aufklärung und der moralischen Verurteilung ausgehen. Neue Denk- und Handlungsmöglichkeiten eröffnend wäre es demgegenüber, eine Haltung einzunehmen, die Irritation und Unsicherheit zulässt und die Auseinandersetzung mit der historischen Realität des Holocaust nicht auf ein einziges, feststehendes Urteil verengt. Es geht nicht um Ausschluss von, sondern umgekehrt um Anschluss an moralische Bruchstellen; und diese sind nur erreichbar, wenn auch Schuldfähigkeit in der Geschichte, Mitverantwortung gegenüber dem Anderen und emotionale Belastung zugelassen werden.

Eine mögliche Perspektive für Geschichtskultur

Wir können abschließend holzschnittartig drei generationenspezifische Umgangsformen mit dem Holocaust unterscheiden: Der Kriegsgeneration in Österreich gelang es, die eigene Verstrickung in Krieg, Gewaltregime und Holocaust durch den Opfermythos zu neutralisieren. So war es möglich, die Erfahrungen des Schreckens

zu beschweigen, das Wissen um eigene Mitverantwortung und allenfalls auch Schuld abzusperren und damit vom Denken zu isolieren. Den Begriff der Absperrung übernehmen wir von Mario Erdheim. Er weist auf diese schon bei Sigmund Freud beschriebene, aber oft übersehene Art der Neutralisierung von Erinnerung hin:

»Wissen und Denken werden zweierlei, man kann durchaus etwas wissen, ohne es denkend verarbeiten zu müssen. [...] Indem man das Gewußte nicht denkt, sperrt man es vom Fluß des Lebens ab. Wer auf das Denken verzichtet, kann sich somit auch das Vergessen ersparen. Zwei Fliegen auf einen Schlag: man kann die Mühsal des Denkens ebenso vermeiden wie den psychischen Aufwand des Vergessens bzw. Verdrängens.« (Erdheim 1990: 114)

Die Nachkriegsgeneration hat mit dem traditionellen Opferdiskurs gebrochen, das historische Selbstbild Österreichs kritisch umgearbeitet und ist schließlich mit der Formel einer Mitverantwortung für Beteiligung und Mittäterschaft vieler ÖsterreicherInnen zu einem neuen Konsens in der Erinnerungspolitik gekommen. Formal kommt dieser Konsens auch in der Regierungserklärung unter Bundeskanzler Franz Vranitzky vom Juli 1991 zum Ausdruck (vgl. Vranitzky 1991; erläuternd auch Botz 2008; Ziegler und Kannonier-Finster 2016: 273–274). Wir können nicht davon ausgehen, dass der Konsens stabil ist. Erste offene Brüche ereigneten sich im Zusammenhang mit der Regierungskoalition unter Wolfgang Schüssel ab dem Jahr 2000. Zugleich hat sich seit den 1990er-Jahren der bereits skizzierte Wandel in der Erinnerungskultur durchgesetzt. Das Bemühen um Identifikation mit den Opfern geht einher mit einer Distanzierung von den Tätern. Jörn Rüsen interpretiert diese Praxis als Distanzierung von der Vergangenheit durch Moralisierung (vgl. Rüsen 2012: 151).

Während die zwei skizzierten Umgangsformen empirisch abgestützt sind, lässt sich die dritte in Anlehnung an Rüsen (ebd.: 152) nur spekulativ – und ein wenig zukunftsoptimistisch – im Sinn der Entwicklung einer kritischen Geschichtskultur formulieren: Kommende Generationen stehen vor der Aufgabe, nicht die Opfer, sondern vor allem die Täter in das historische »Wir« der nationalen Identität zu integrieren. Damit würde der Zusammenhang von historischer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft ambivalent bleiben. Es werden sich keine einfachen und starken Identitäten stiften lassen. Erinnerung wird sich an Brüchen und Widersprüchen abarbeiten müssen. Ein solches, grundlegend ambivalentes Geschichtsbewusstsein könnte die Aussage »Wir haben die Juden getötet« möglich machen. Wenn für Österreich die Frage gestellt wird, was das Eingeständnis einer Mitverantwortung in der Erinnerungsarbeit praktisch bedeuten könnte, dann ließe sich an diese Überlegungen anknüpfen.

Literatur

- Assmann, Aleida (2013): *Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention*, München: Beck. DOI: <https://doi.org/10.17104/9783406652110>.
- Bauböck, Rainer (2001): »Grenzziehungen – zur Konstruktion des Volkes durch den österreichischen Nationalpopulismus«, in: Appelt, Erna (Hrsg.), *Demokratie und das Fremde. Multikulturelle Gesellschaften als demokratische Herausforderung des 21. Jahrhunderts*, Innsbruck/Wien/München: StudienVerlag, S. 76–92.
- Botz, Gerhard (2008): »Nachhall und Modifikationen (1994–2007): Rückblick auf die Waldheim-Kontroversen und deren Folgen«, in: Botz, Gerhard und Sprengnagel, Gerald (Hrsg.), *Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte*, 2. erweiterte Auflage, Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 574–635.
- Bude, Heinz (2010): »Soziologie der Generationen«, in: Kneer, Georg und Schroer, Markus (Hrsg.), *Handbuch Spezielle Soziologien*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 421–436. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-531-92027-6_24.
- Burke, Peter (1991): »Geschichte als soziales Gedächtnis«, in: Assmann, Aleida und Harth, Dietrich (Hrsg.), *Mnemosyne. Formen und Funktionen der kulturellen Erinnerung*, Frankfurt am Main: Fischer, S. 289–304.
- Diner, Dan (2007): *Gegenläufige Gedächtnisse. Über Geltung und Wirkung des Holocaust*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Erdheim, Mario (1990): »Kultur der Erinnerung – Kultur des Vergessens. Über den Umgang mit Erinnern und Vergessen von Geschichte«, in: Leimgruber, Walter (Hrsg.), *1. 9. 39. Europäer erinnern sich an den Zweiten Weltkrieg*, Zürich: Chronos, S. 109–125.
- Frölich, Margrit, Jureit, Ulrike und Schneider, Christian (Hrsg.) (2012): *Das Unbehagen an der Erinnerung – Wandlungsprozesse im Gedenken an den Holocaust*, Frankfurt am Main: Brandes & Apfel.
- Giddens, Anthony (1993): »Tradition in der post-traditionalen Gesellschaft«, in: *Soziale Welt*, 44. Jahrgang, Heft 4, S. 445–485.
- Giesecke, Dana und Welzer, Harald (2012): *Das Menschenmögliche. Zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur*, Hamburg: Edition Körber-Stiftung.
- Goffman, Erving (1996): *Interaktionsrituale. Über Verhalten in direkter Kommunikation*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Halbwachs, Maurice (1966): *Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen*, Berlin/Neuwied: Luchterhand.
- Halbwachs, Maurice (1967): *Das kollektive Gedächtnis*, Stuttgart: Enke.
- Jureit, Ulrike (2010): »Opferidentifikation und Erlösungshoffnung: Beobachtungen im erinnerungspolitischen Rampenlicht«, in: Jureit, Ulrike und Schneider, Christian, *Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung*, Stuttgart: Klett-Cotta, S. 17–103.
- Jureit, Ulrike (2012): »Normative Verunsicherungen. Die Besichtigung einer erinnerungspolitischen Zäsur«, in: Frölich, Margrit, Jureit, Ulrike und Schneider, Chris-

- tian (Hrsg.), *Das Unbehagen an der Erinnerung – Wandlungsprozesse im Gedenken an den Holocaust*, Frankfurt am Main: Brandes & Apsel, S. 21–36.
- Jureit, Ulrike und Schneider, Christian (2010a): *Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung*, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Jureit, Ulrike und Schneider, Christian (2010b): »Unbehagen mit der Erinnerung«, in: Jureit, Ulrike und Schneider, Christian, *Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung*, Stuttgart: Klett-Cotta, S. 7–16.
- Kannonier-Finster, Waltraud (1996): »Die nachfolgende Generation – ihr Blick auf die Eltern und auf die Zeitgeschichte«, in: Walter, Hans Jörg (Hrsg.), *1945–1995. Eine Fortsetzungsgeschichte?*, Innsbruck/Wien: StudienVerlag, S. 181–198.
- Kannonier-Finster, Waltraud (2004): *Eine Hitler-Jugend. Sozialisation, Biographie und Geschichte in einer soziologischen Fallstudie*, Innsbruck/Wien: StudienVerlag.
- Mannheim, Karl (1928): »Das Problem der Generationen«, in: Mannheim, Karl (1964), *Wissenssoziologie. Auswahl aus dem Werk*, Berlin/Neuwied: Luchterhand, S. 509–565.
- Messerschmidt, Astrid (2012): »Besetzen – Distanzieren – Globalisieren. Ambivalente pädagogische Erinnerungspraktiken in der Migrationsgemeinschaft«, in: Frölich, Margrit, Jureit, Ulrike und Schneider, Christian (Hrsg.), *Das Unbehagen an der Erinnerung – Wandlungsprozesse im Gedenken an den Holocaust*, Frankfurt am Main: Brandes & Apsel, S. 217–239.
- Neitzel, Sönke und Welzer, Harald (2011): *Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben*, Frankfurt am Main: Fischer.
- Rauschenbach, Brigitte (1998): »Politik der Erinnerung«, in: Rüsen Jörn, und Straub, Jürgen (Hrsg.), *Die dunkle Spur der Vergangenheit. Psychoanalytische Zugänge zum Geschichtsbewußtsein*, Frankfurt am Main: Suhrkamp (Erinnerung, Geschichte, Identität, Band 2), S. 354–374.
- Reemtsma, Jan Philipp (2002): »Nationalsozialismus und Moderne«, in: Reemtsma, Jan Philipp, *Die Gewalt spricht nicht. Drei Reden*, Stuttgart: Reclam, S. 87–129.
- Reemtsma, Jan Philipp (2010): »Wozu Gedenkstätten?«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 60. Jahrgang, Heft 25–26: Zukunft der Erinnerung, S. 3–9.
- Rüsen, Jörn (2003): *Kann gestern besser werden? Zum Bedenken der Geschichte*, Berlin: Kadmos.
- Rüsen, Jörn (2012): »Die Menschlichkeit der Erinnerung. Perspektiven der Geschichtskultur«, in: Frölich, Margrit, Jureit, Ulrike und Schneider, Christian (Hrsg.), *Das Unbehagen an der Erinnerung – Wandlungsprozesse im Gedenken an den Holocaust*, Frankfurt am Main: Brandes & Apsel, S. 147–160.
- Schneider, Christian (2010): »Besichtigung eines ideologischen Effekts: Trauer als zentrale Metapher der deutschen Erinnerungspolitik«, in: Jureit, Ulrike und Schneider, Christian, *Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung*, Stuttgart: Klett-Cotta, S. 105–212.
- Sternfeld, Nora (2013): *Kontaktzonen der Geschichtsvermittlung. Transnationales Lernen über den Holocaust in der postnazistischen Migrationsgesellschaft*, Wien: Zaglossus.

- Uhl, Heidemarie (2001): »Das ›erste Opfer‹. Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik«, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 30. Jahrgang, Heft 1, S. 19–34.
- Uhl, Heidemarie (2011): »Vom ›ersten Opfer‹ zum Land der unbewältigten Vergangenheit: Österreich im Kontext der Transformationen des europäischen Gedächtnisses«, in: Knigge, Volkhard, Veen, Hans-Joachim, Mähler, Ulrich und Schlichting, Franz-Josef (Hrsg.), *Arbeit am europäischen Gedächtnis. Diktaturerfahrung und Demokratieentwicklung*, Köln/Weimar/Wien: Böhlau, S. 27–45. DOI: <https://doi.org/10.7788/boehlau.9783412214463.27>.
- Vranitzky, Franz (1991): »Erklärung vor dem Österreichischen Nationalrat vom 8. Juli 1991«, in: Botz, Gerhard und Sprengnagel, Gerald (Hrsg.) (2008), *Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte*, 2. erweiterte Auflage, Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 645–647.
- Wodak, Ruth (2016): »Österreichische Identitäten und österreichische Gedächtnisse«, in: Ziegler, Meinrad und Kannonier-Finster, Waltraud, *Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit*, erweiterte Neuauflage, Innsbruck/Wien/Bozen: StudienVerlag, S. 11–21.
- Ziegler, Meinrad (1995): »Erinnern und Vergessen. Zum Umgang mit dem Nationalsozialismus in der Zweiten Republik«, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 6. Jahrgang, Heft 1, S. 41–60.
- Ziegler, Meinrad (2000): *Das soziale Erbe. Eine soziologische Fallstudie über drei Generationen einer Familie*, Wien/Köln/Weimar: Böhlau. DOI: https://doi.org/10.26530/OAPEN_574827.
- Ziegler, Meinrad und Kannonier-Finster, Waltraud (2016): *Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit*, erweiterte Neuauflage, Innsbruck/Wien/Bozen: StudienVerlag.

Diskursmodernisierungen durch die Identitäre Bewegung und die Junge Alternative im Verhältnis zu früheren Gruppen der extremen Rechten

Alia Wielens, Matti-Léon Klieme und Lena Inowlocki

Einleitung

AkteurInnen einer neuen extremen Rechten¹ präsentieren sich als zeitgeistig und modern. Dazu gehört, dass sie in ihrer Rhetorik und Selbstdarstellung allgemeine Erwartungen unterlaufen, die sich an einem lange dominanten, medial vermittelten Bild militanter männlicher Neonazis orientieren. Davon unterscheiden sich die Selbstpräsentationen von AkteurInnen einiger Gruppen in der Gegenwart, sowohl in ihren Adaptionen eines linken Aktivismus als auch darin, dass Frauen oder Diskurse, die insbesondere Frauen betreffen, scheinbar in den Vordergrund gestellt werden. Wurde die Holocaust-Leugnung vor einigen Jahrzehnten noch mit großem Aufwand betrieben, scheint dies heute strategisch weniger notwendig zu sein. Stattdessen möchten AkteurInnen der Identitären sich des Nationalsozialismus entledigen und sich als eine vom NS »unbelastete Generation« konstruieren (vgl. Willinger 2014: 40–41). Hinzu kommt der Versuch, feministische Diskurse zu kapern (Wielens 2017). Eine weitere Strategie betrifft die Präsenz von AkteurInnen der Identitären (Bewegung) (IB)² oder Jungen Alternative (JA), der Jugendorganisation der AfD, an Universitäten (vgl. Knödler 2019). Unterstützung findet diese fatalerweise durch die Einladung von AfD-Abgeordneten als RednerInnen.

1 | Wir sprechen von »extremer Rechte« in analytischer Hinsicht und verstehen darunter sowohl die »alte« als auch die »Neue Rechte«.

2 | Ob es sich bei den Identitären um eine Bewegung aus bewegungstheoretischer Sicht handelt, haben Hentges, Kökgiran und Nottbohm 2014 untersucht. Um den Identitären nicht die Wirkmächtigkeit einer »Bewegung« zuzusprechen und sie von einer sozialen Bewegung zu unterscheiden, verwenden wir die Bezeichnung in Klammern oder den Begriff »Identitäre«.

Zwar beanspruchen AkteurInnen der Neuen Rechten qua Selbstpräsentation für sich eine »bürgerliche«, »moderate« und »demokratische« Fassade. Letztlich fungieren die von Jürgen Elsässer benannten Organisationen, – Pegida, IB, AfD, das Netzwerk »Ein Prozent für unser Land« und *Compact* – doch als fünf Finger einer Faust: »Fünf Finger kann man immer brechen, aber alle zusammen sind eine Faust« (Dawid 2017).³

Insbesondere die Nutzung (sozialer) neuer Medien durch extreme Rechte ist als »neu-rechte Reaktion auf gesellschaftliche Modernisierungsprozesse in Form einer spezifischen politisch-kulturellen Kommunikations- und Interventionspraxis« (Benthin 2004: 49) zu verstehen, um eine breitere Öffentlichkeit für ihre Ziele zu mobilisieren (vgl. ebd.). Im Fokus unserer Auseinandersetzung steht der Versuch, eine längerfristige Perspektive auf Diskursveränderungen extrem Rechter zu gewinnen. Dazu kontrastieren wir die Diskurse zwischen 1980 und 2000 mit denen der Identitären und Jungen Alternative. Unsere These ist, dass auch die gegenwärtigen Diskursmodernisierungen eine rhetorische und psychosoziale Dynamik entfalten, die sich auf die NS-Herrschaft stützt. Während sich Identitäre als eine vom Nationalsozialismus »unbelastete Generation« konstruieren und sich dessen entledigt wissen möchten, stellen sie doch immer wieder Verbindungen zum Nationalsozialismus her. Bei der JA spielt die »Opfer«-Inszenierung eine besondere Rolle (vgl. Klieme 2018: 29). Verschwörungstheorien modernisieren sich im »Großen Austausch«, der das »deutsche Volk« durch Migration und importierte sexualisierte Gewalt bedroht sieht.

3 | Das Zusammenspiel extrem Rechter als Netzwerk zeigte sich nicht zuletzt im Herbst 2018 in Chemnitz, wo AfD-Funktionäre, Pegida-Anhänger und neonazistische Organisationen neben Identitären und nicht-organisierten TeilnehmerInnen zu rassistischen Demonstrationen mobilisierten und sich für kurze Zeit, wenn auch nicht unwidersprochen, der Straßen bemächtigten. Die Sicherheitsbehörden, allen voran die sächsische Polizei und das Landesamt für Verfassungsschutz unterschätzten das Mobilisierungs-, Gewalt- und Bedrohungspotential dieser völkischen Melange massiv und ließen Übergriffe an zahlreichen Stellen gewähren. So kam es im Zuge der Demonstrationen und ihrem Nachgang wiederholt zu körperlichen Übergriffen, Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen gegenüber JournalistInnen, antifaschistischen GegendemonstrantInnen sowie Schwarzen und Menschen of Color. Statt einer Verurteilung rechter Gewalt war beispielsweise Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer darum bemüht, rechte DemonstrationsteilnehmerInnen zu treffen, und legitimierte sie damit als GesprächspartnerInnen. Der damalige Chef des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, ging sogar so weit, die rassistisch motivierten Angriffe in Chemnitz als »Falschmeldung« abzutun und stellte sich damit ganz offensiv hinter die rechte Demonstration. Fatalerweise tragen genau solche Umgangsweisen mit rechter Gewalt – Legitimierung und Verharmlosung – zu einer Verankerung jener Topoi bei, welche die Mobilisierung der extremen Rechten erfolgreich und ihre diskursiven Strategien so gefährlich machen.

Diskurse extrem Rechter ab etwa 1980 bis Anfang der 2000er-Jahre

Der mythisierende Bezug auf Geschichte stellt ein zentrales Element extrem rechter Weltbilder dar, um politische Ziele und Strategien zu legitimieren, gesellschaftliche Zukunftsvisionen zu plausibilisieren und die Gruppenidentität zu festigen. Historische Ereignisse und Abläufe werden in geschichtspolitische Behauptungen und Argumentationen, vor allem in antisemitische Verschwörungsmythen, umgedeutet durch eine Dekontextualisierung und Derealisierung geschichtlichen Geschehens und insbesondere die Relativierung und Leugnung der NS-Verbrechen. Die Behauptungen über Geschichte können zum einen als Versuch einer »Kollektivierung und Homogenisierung der Erinnerung« (Salzborn 2015: 28) verstanden werden, »die als Identitätsgeschichte [fungiert], in der sich die Individualerinnerung mit der Kollektiverinnerung decken soll« (ebd.: 29). Zum anderen sind Behauptungen über Geschichte für den politischen Machtanspruch extrem rechter Gruppen so zentral, weil die offensive Leugnung der NS-Verbrechen doppelbödig funktioniert: als Provokation und Anspruch, voluntaristisch darüber entscheiden zu können, was wahr sein soll. Gleichzeitig wird auf der latenten Ebene mit dem Wissen von der Vernichtung operiert und angedeutet, diese könne auch wiederholt werden. Die Rhetorik der Leugnung generiert Macht, indem offensichtlich alles behauptet und über alles bestimmt werden kann. Für die eigene Involvierung wird die Geschichtsrhetorik dahingehend wirksam, sich selbst und den Gleichgesinnten eine machtvolle Position in der »Geschichte« zuzuerkennen. Für die Rekrutierung neuer Mitglieder werden Behauptungen über Geschichte strategisch eingesetzt, sie entfalten ihre Attraktivität über die Entdeckung, an einem »Geheimwissen« teilhaben und »durchblicken« zu können.

An der Mythisierung von deutscher Geschichte als heroischer Opferschaft sind VertreterInnen älterer und jüngerer Generationen der extremen Rechten beteiligt. Als ein Beispiel kann der Protest im Sommer 2003 in Peenemünde gegen die überarbeitete »Wehrmachtsausstellung« des Hamburger Instituts für Sozialforschung gelten: Im Vorfeld protestierten extrem rechte Gruppen mehrere Wochen, unter anderem mit einer zentralen Demonstration, auf der ein großformatiges rotes Stoffbanner mit dem stilisierten Porträt eines BDM-Mädchens getragen wurde, das dem NS-Propagandaplakat »Jugend dient dem Führer« entlehnt ist. Daneben ist der Schriftzug »Opa war in Ordnung! Unsere Großväter waren keine Verbrecher« angebracht.

Die vier jungen Frauen, die das Banner tragen, setzen dem landläufigen Image von Neonazi-Schlägern eine scheinbar vertrauenswürdige Harmlosigkeit, Alltagsnormalität und weibliche Sorge entgegen. In dieser Geschlechterordnung mädchenhafter Unschuld und männlichen Soldatentums wird der ehemalige Soldat als jetziger Großvater rückwirkend für liebenswert und vorbildhaft erklärt. Er habe rechtmäßig gehandelt, sich nichts zuschulden kommen lassen und stehe für eine erstrebenswerte Ordnung (vgl. Inowlocki 2016).

Die Täter-Opfer-Umkehrung (Wodak, Nowak, Pelikan, Gruber, Cillia und Mitten 1990) der »Großväter«, die mit der Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung

verteidigt wurden, leugnet die Verfolgung der realen Opfer. Dadurch entfällt scheinbar jeder Einwand gegenüber einem »ansonsten« doch »positiven Nationalsozialismus«. Die politische Rhetorik setzte darauf bereits in der Rede zu »Jugenderziehung« des »Bundesführers« der Wiking-Jugend, Wolfgang Nahrath, Vater von Wolfram Nahrath, Verteidiger von Ralf Wohlleben im NSU-Prozess:

»Es soll einmal offen ausgesprochen werden, was unterströmig vielen der Erwachsenen und besonders den Erziehern in Schul- und sonstigen jugendpflegerischen Institutionen bekannt ist. Die eigentliche Tragödie des Autoritätsverlustes beginnt mit den vier Worten: Deine Eltern sind Nazi-Verbrecher. [...] Das widerlichste Moment jedoch [der »Umerziehungsbestrebungen«, Anm.] war die Diffamierung der Elternteile, indem man den Vater als Nazi, Kriegsverbrecher oder Militaristen abstempelte und die Mutter zur Hitlerschen Gebärmachine degradierte. Damit wurde der Einbruch in die Familiengemeinschaft erzielt und den Elternteilen vor ihren Kindern die Autorität genommen.« (Wolfgang Nahrath 1964, zitiert nach: Dudek und Jaschke 1984: 242–243)

Die Attraktivität dieser politischen Rhetorik liegt darin, dass Geschichte über Behauptungen scheinbar verfügbar gemacht wird. An der Produktion der Rhetorik waren und sind Gewährsmänner und -frauen der älteren Generation initiativ beteiligt. Ein ehemaliger Wehrmachtsoffizier verbürgte sich im Interview um 1980 mit seiner eigenen »Offiziersehre« dafür, dass »nichts« geschehen sei, und legte dar, dass er vor Gericht von der Anklage der Leugnung von Auschwitz freigesprochen worden war, denn:

»Ich wollte nichts weiter als das deutsche Volk freimachen von der Last und so weiter und gerade dadurch [ab hier sehr emphatisch gesprochen], daß ich sage, es ist nichts geschehen, beweise ich ja, daß ich sage, wenn es geschehen wäre, dann wäre ich eben nie mehr Nationalsozialist. Und ich habe ja auch erst als ich gesehen habe, daß es also praktisch diese negativen Dinge, die ich als so belastend angesehen habe, nicht geschehen sind, habe ich ja erst wieder den Mut gehabt zu sagen, ich war, bin und bleibe Nationalsozialist.« (zitiert nach: Inowlocki 2000: 78)

Wie auch in der Alltagsrede kann die zivile Selbstpräsentation – hier als pädagogisch engagierter Geschichtszeuge – die Boshaftigkeit der Äußerung diametral kontrastieren. Gerade die Diskrepanz generiert Macht, indem sie überrascht und verwirrt, Aufmerksamkeit abnötigt und Zuhörende so in Spannung hält. Die Leugnungrhetorik wirkte bereits um 1980 auf Jugendliche als Selbstermächtigung, indem zur Ansichtssache erklärt werden konnte, ob der Holocaust stattgefunden habe oder nicht.

In welcher Form werden diese Aspekte gegenwärtig bei den Identitären und der Jungen Alternative wirksam?

Die Identitären

Mit dem identitären Hashtag #120dB (2018) und der *Botschaft an die Frauen* (2016) sind zwei aktuelle identitäre Aktionen benannt, die es über eine Verschränkung von Rassismus und (Anti-)Sexismus unternehmen, sich feministische Debatten wie #metoo und #aufschrei anzueignen (Wielens 2017). Die zur Nouvelle Droite und Neuen Rechten zählende extrem rechte Génération identitaire (GI, Identitäre Generation) hat in ihrer Entstehungsgeschichte immer in öffentlichkeitswirksamer Manier gearbeitet. So hat sie im Jahr 2012 durch ihre Besetzung einer Moschee in Poitiers (Frankreich), ihrer *Déclaration de guerre* – Kriegserklärung – auf YouTube, sowie mit ihrer Aktion gegen die interkulturelle Woche in der Stadtbibliothek in Frankfurt am Main auf sich aufmerksam gemacht (vgl. u. a. Camus 2017: 239). Die Identitären gehen aber auch mit Schiffen (Sommer 2017) und Helikoptern (April 2018) vor, um in ihrer verschwörungstheoretisch angelegten menschenverachtenden Kampagne *Defend Europe* Menschen von der Flucht nach Europa abzuhalten. Entstanden aus extrem rechten Gruppierungen und Parteien in Frankreich, einerseits aus der Jugendabteilung des Bloc identitaire (BI) im Jahr 2002 – der sich dann im Jahr 2009 in die politische Partei Nouvelle Résistance umwandelte – und andererseits der Jeunesse identitaire, verbreitete sich die Génération identitaire als »Corporate Identity« (Bruns, Glösel und Strobl 2016: 68) agierend bald in bis zu sieben weiteren europäischen Ländern (vgl. Schmid 2013).⁴ Neben der Nouvelle Droite und Neuen Rechten gilt vor allem die extrem rechte, aktionistisch orientierte HausbesetzerInnengruppe Casa Pound aus Rom als Vorbild (vgl. Bruns, Glösel und Strobl, 2016: 15–16). Die Organisationsform Identitärer unterscheidet sich bewusst von Parteien: Ihr Ziel ist die Herstellung kultureller Hegemonie, mitunter auch auf aktionistische Weise. Die Identitären weisen sowohl Verbindungen zur Kameradschaftsszene auf, wie in Halle zur Burschenschaft Halle-Leobener Germania (vgl. Ayyadi 2017) und Damenschaft Atrytone Assindia zu Essen, als auch zur neonazistischen und neurechten Szene (vgl. Karig 2016; Wielens 2017: 22). Für die deutsche Identitäre (Bewegung) (IBD) ist die Verbindung zur österreichischen Organisation (IBÖ), welche sich dort zuerst gefestigt hat, von besonderer

4 | Die Génération identitaire dient allen anderen identitären Gruppen in Europa als gemeinsamer Rahmen, der sich jedoch kontextspezifisch anders ausbuchstabiert. Während sich die französische GI insbesondere auf einen einheitlichen jakobinischen Staat mit Verbindungen zum französischen Regionalismus und Nationalismus konzentriert, ist in Deutschland und Österreich der Bezug auf die Konservative Revolution sehr ausgeprägt (vgl. Camus 2017: 245; Bruns, Glösel und Strobl 2016: 54 sowie YouTube-Video »Von nichts gewusst: Realität und Selbstbild der Identitären (Bewegung)«, 16. November 2017 (https://www.youtube.com/watch?v=QicXyMsZ_mU, 16. November 2017)). Die Konservative Revolution geht insbesondere auf die von Armin Mohler 1949 veröffentlichte Dissertation zum Thema *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932* zurück, die den Versuch unternahm, der Neuen Rechten einen neuen positiven Mythos, losgelöst von Nationalsozialismus und Shoah, zu verleihen. Gleichzeitig transportierte dies faschistische Ideologien in den Konservatismus zurück und stellte eine gewisse Salonfähigkeit her (vgl. Weiß 2017: 40; Bruns, Glösel und Strobl 2016: 33; Wielens 2017: 21).

Bedeutung. Dies wird zum Beispiel deutlich an dem Einfluss des österreichischen Identitären Martin Sellner auf die Entstehung des IB-Ablegers Kontrakultur Halle.⁵ Das Weltbild der IB baut auf einem völkisch-rassistischen Ethnopluralismus auf, in welchem dem Individuum nicht viel Wert zukommt. Im verschwörungstheoretischen Konzept des »Großen Austauschs« scheinbar angestammter homogener Bevölkerungen steht eine imaginierte »Volksgemeinschaft«, bedroht durch eine phantasierte Einschleusung von MigrantInnen im Mittelpunkt (vgl. Wielens 2017). Geflüchtete und muslimische Menschen sind für Identitäre Feindbilder, genauso wie Liberale, Linke und FeministInnen, welche für den »kulturellen Niedergang« verantwortlich gemacht werden (vgl. Bruns, Glösel und Strobl 2016: 61). Antisemitische Argumentationen sind grundlegend für das Verständnis des »Großen Austauschs«, wie wir deutlich machen werden. Den phantasierten Niedergang sehen die Identitären in der »Vermischung« von »vermeintlich homogenen Kulturen und in der Auflösung traditioneller Geschlechtervorstellungen« (ebd.). Der Aspekt der »Frauenrechte« ist gerade nach den sexuellen Übergriffen in Köln 2015/2016 zu einem der großen Themen der Identitären geworden (vgl. ebd.: 61; Wielens 2017).

Die Junge Alternative für Deutschland

Bereits zwei Monate nach Gründung der AfD, im Juni 2013, wurde die Junge Alternative im hessischen Darmstadt ins Leben gerufen und auf dem 4. Bundesparteitag in Hannover im November 2015 als Jugendorganisation offiziell anerkannt (vgl. Am Orde 2015; Jacobsen 2015).⁶ Gegenüber der AfD gibt sich die JA unterstützend, sie will als »programmatischer Innovationsmotor der AfD«⁷ fungieren und vertritt da-

5 | YouTube-Video »Von nichts gewusst: Realität und Selbstbild der Identitären (Bewegung)«, 16. November 2017 (https://www.youtube.com/watch?v=QxCxYmSz_mU, 16. November 2017). Kontrakultur Halle (KK) ist ein einflussreicher Ableger der IBD, der im Raum Halle an der Saale 2015 von Mario Alexander Müller, zugehörig zur Kameradschaftsszene und NPD-Jugendorganisation (Junge Nationaldemokraten, JN), gegründet wurde, geschätzte 20 Mitglieder umfasst und deren Außendarstellung von der Identitären Melanie Schmitz geprägt ist (vgl. ebd.). Sie ist ein »Sammelbecken« für Personen aus neonazistischen Strukturen sowie der Burschenschaft Halle-Leobener Germania, mit Verbindung zum von Götz Kubitschek geführten Institut für Staatspolitik (IfS) und zur rechten NGO »Ein Prozent für unser Land« (AfD, *Compact*) (vgl. Ayyadi 2017).

6 | Aufgrund von menschenverachtenden und gewaltverherrlichenden Äußerungen von JA-Mitgliedern aus Baden-Württemberg wird aktuell über die Auflösung und Ausgliederung nicht so radikaler Landesverbände diskutiert (Kurze 2018). Die AfD steht zunehmend unter Druck und will dadurch einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz entgehen. Aufgrund personeller und ideologischer Überschneidungen zur IB und rassistischer Inhalte stehen die JA-Landesverbände in Bremen und Niedersachsen bereits seit September 2018 unter Beobachtung der jeweiligen Verfassungsschutzämter (Wischemeyer und Laue 2018; Michel, Echtermann und Jasch 2018).

7 | Homepage der Jungen Alternative Hessen, Stand 2014 (<https://www.ja-hessen.de/>, 26. März 2018). Diese Formulierung wurde auf der Startseite zur Selbstvorstellung verwendet, jedoch später komplett gestrichen (Stand: 20. März 2019).

mit für sich zugleich einen avantgardistischen Anspruch. Unter der Parole »Verstand statt Ideologie« inszeniert sie sich als selbstbewusste Verfechterin aufklärerischer Errungenschaften von Vernunft, Rationalität und Meinungsfreiheit – als ideologisch verklärt gelten ihr dagegen die politischen GegnerInnen (vgl. Herkenhoff 2016: 201). Gegenüber der Mutterpartei nimmt die JA bewusst eine polarisierende Funktion ein und sorgt vor allem für mediale Öffentlichkeit durch »provokante Flyermotive, antifeministische Facebook-Kampagnen, Veranstaltungen mit Mitgliedern rechtspopulistischer Parteien oder durch ihre Affinität zum Milieu rechter Burschenschaften« (ebd.). Dieses Milieu bildet gemeinsam mit »Vertretern der sogenannten »Neuen Rechten«« (Häusler und Roeser 2015: 134) die Hauptbasis für die Rekrutierung neuer JA-Mitglieder. Wie die AfD gehört auch die JA zur Neuen Rechten, denn »sie folgt ihren Strategien und ist Ausdruck und Ergebnis dieses rechten Kulturkampfes: Begriffe völkisch umzudeuten, antiaufklärerische Forderungen öffentlich zu verankern und so Affekte gegen den Verstand zu mobilisieren mit dem Ziel, die Demokratie von innen heraus zu zerstören« (Salzborn 2017: 11). Bereits 2016 kam Anna-Lena Herkenhoff zu dem Schluss, dass die radikalen Positionen der JA im Wesentlichen denen des rechtskonservativen, völkischen Flügels um Björn Höcke, Alexander Gauland und Frauke Petry in der AfD entsprechen (vgl. Herkenhoff 2016: 201). Konkret äußert sich die völkische Ideologie der JA vor allem in Anti-Gender-Beiträgen bzw. ihrem offenen Antifeminismus (vgl. ebd.: 205–206) und dem positiven Bezug auf das neurechte Konzept des »Ethnopluralismus«. Dessen Argumentationsmuster werden ebenfalls in der Forderung nach einem »vorurteilsfreien Patriotismus« (Zimmermann 2014) transportiert und können als Ausdruck von Abgrenzungsbemühungen gegenüber dem Nationalsozialismus verstanden werden (vgl. ebd.: 208–209). Zusätzlich zur ideologischen Nähe dokumentieren antifaschistische sowie journalistische Recherchen bereits seit Jahren umfangreiche personelle Überschneidungen und enge Verflechtungen der JA mit Organisationen der extremen Rechten (o. A. 2017a; o. A. 2017d).⁸ Diese Nachforschungen entwerfen insgesamt ein konträres Bild über die Junge Alternative – sowohl gegensätzlich zu ihrer eigenen Selbstinszenierung als auch zu bürgerlichen Vorstellungen über die extreme Rechte, in der sich bürgerlich-konservative Respektabilität im Unterschied und Gegensatz zum gewaltbereiten, vermeintlich

8 | Blog-Eintrag von AK.069 [Pseudonym]: »Rechte Umtriebe an der Goethe Universität«, 9. März 2017 (<https://ak069.wordpress.com/2017/03/09/rechte-umtriebe-an-der-goethe-universitat/>, 11. März 2018); Blog-Eintrag der Antifa Berlin: »AfD und die Identitäre Bewegung«, *antifa-berlin.info – Portal antifaschistischer Initiativen*, 15. September 2016 (<https://www.antifa-berlin.info/node/1236>, 10. März 2018); Blog-Eintrag der Basisdemokratischen Linke Göttingen, Antifa-AK: »Burschis, Identitäre, Neonazis – Die Junge Alternative in Südniedersachsen. Ein Dossier«, 22. September 2017 (<https://www.inventati.org/blgoe/index.php/arbeitskreise/antifa/228>, 11. März 2018); Blog-Einträge *Stadt, Land, Volk – Kampagne zur Aufdeckung und Bekämpfung (neu-)rechter Netzwerke in Hessen*: »Die Burschenschaft Germania Marburg und ihr extrem Rechtes Netzwerk«, 18. April 2017 (<https://stadtlavolk.noblogs.org/post/2017/04/18>, 3. Jänner 2018) sowie »Landeskongress der Jungen Alternative Hessen auf dem Haus der Marburger Burschenschaft Germania«, 14. Mai 2017 (<https://stadtlavolk.noblogs.org/post/category/landeskongress-der-jungen-alternative-hessen-auf-dem-germanienhaus>, 3. Jänner 2018).

primitiven Neonazismus inszeniert. Tatsächlich finden sich durchaus VertreterInnen beider Milieus in der gleichen Organisation bzw. Partei. Es ist deshalb wichtig, die vermeintlich widersprüchlichen Momente bei der Jungen Alternative nicht als strikt von militantem Neonazismus getrennt oder als »bürgerlich-konservative Fassade« zu begreifen. Aufgrund der Zusammenhänge, Übergänge und wechselseitigen Beeinflussungen unterschiedlicher Teilsegmente innerhalb der extremen Rechten handelt es sich um ein wandlungs- und anpassungsfähiges Spektrum.⁹ Es sollte daher nicht überraschen, dass in den Reihen der Jungen Alternative Mitglieder zu finden sind, die in gewaltaffinen Milieus der extremen Rechten politisch sozialisiert worden sind und dass einige von ihnen ihrer Bereitschaft zur Gewaltausübung gegen politische GegnerInnen auch Taten folgen lassen.¹⁰

Schulter an Schulter im Kampf um rechte Hegemonie

Kritische BeobachterInnen weisen seit Jahren auf die engen Kooperationen zwischen IB und JA (und AfD) hin, die ungeachtet eines Unvereinbarkeitsbeschlusses der JA von Juni 2016 und öffentlicher Beteuerungen des Gegenteils auf unterschiedlichen Ebenen erfolgt (vgl. JA 2016; 2017; Speit 2017). Anhand des identitären Hausprojektes in Halle (Saale) wird besonders sichtbar, wie Verbindungen innerhalb der extrem rechten Szene zusammenlaufen.¹¹ Obwohl die AfD aufgrund der Verbindungen ihrer Mitglieder Andreas Lichert und Hans-Thomas Tillschneider eine förmliche Distanzierung zu den Identitären forderte, sind Ausschlussverfahren eine Seltenheit. Die engen Verbindungen zwischen JA und IB werden wiederholt als Beleg für einen »starken Kurs nach rechtsaußen« (Majić 2017a; 2018) angeführt – an der de-facto-

9 | Bruns, Glösel und Strobl ist daher zuzustimmen, wenn sie auf Rainer Benthins Vorschlag Bezug nehmen, »die Neue Rechte nicht als starren Zustand, sondern als Prozess der Radikalisierung des konservativen Spektrums einerseits und der Modernisierung der extremen Rechten andererseits zu begreifen« (Bruns, Glösel und Strobl 2018: 42).

10 | So kam es beispielsweise im Zuge des Landeskongresses der hessischen JA zu bewaffneten Übergriffen durch TeilnehmerInnen auf kritische BeobachterInnen – unter den Vermummten waren zahlreiche JA- und AfD-Funktionäre (Hell 2017; Majić 2017b; Blog-Eintrag *Stadt, Land, Volk – Kampagne zur Aufdeckung und Bekämpfung (neu-)rechter Netzwerke in Hessen* »Landeskongress der Jungen Alternative Hessen auf dem Haus der Marburger Burschenschaft Germania«, 14. Mai 2017 (<https://stadtlandvolk.noblogs.org/post/category/landeskongress-der-jungen-alternative-hessen-auf-dem-germanenhaus>, 3. Jänner 2018).

11 | Im rechtsextremen Hausprojekt, welches von Andreas Lichert (AfD) geschäftsführend geleitet wird, sitzen einerseits der AfD-Abgeordnete Hans-Thomas Tillschneider, die rechte NGO »Ein Prozent für unser Land«, die Identitären und die rechte, von Martin Sellner gegründete Firma »Mosaik Kommunikation«. Andererseits haben die BewohnerInnen Verbindungen zu neurechten AkteurInnen wie Götz Kubitschek und dem Institut für Staatspolitik sowie der Titurel Stiftung (vgl. o. A. 2017a). Melanie Schmitz, IB-Frontfrau, Mitglied in der Damenschaft Atrytone Assindia zu Essen und Mitarbeiterin bei »Mosaik Kommunikation«, trat außerdem bei einer Wahlparty der AfD auf (vgl. Karig 2016; Kung 2016). Dass Mitglieder der IB Verbindungen zur neonazistischen und Burschenschaftsszene aufweisen, ist bereits bekannt.

Zusammenarbeit hat sich auch nach dem Einzug der AfD in den Bundestag nichts geändert. Auch abseits konkreter Projekte lassen sich enge personelle und organisatorische Verflechtungen zwischen AfD, JA und IB beobachten. Jüngere extrem rechte AkteurInnen sind in sozialen Medien und Plattformen sehr aktiv und bedienen tagesaktuelle Themen in provokanter Manier, um für eigene Veranstaltungen zu mobilisieren und neue Mitglieder zu rekrutieren.

Umgang mit NS und Shoah: Zwischen Entledigung, Opfer-Inszenierung und Leugnung

Ausgehend von der Untersuchung Identitärer (vgl. Wielens 2017) und der Jungen Alternative (vgl. Klieme 2018) zeigen wir die unterschiedlichen Bezugnahmen und Diskurse zum NS und der Shoah auf und kontrastieren diese mit ausgewählten Beispielen extrem Rechter der 1980er- bis 2000er-Jahre. Durch die verschiedenen Strömungen der extremen Rechten existiert ein »Bedrohungs-Opferdiskurs, der die ›deutsche Nation‹ als Opfer imaginiert und deren Rückkehr als ›handlungsfähiges Subjekt‹ einfordert« (Klärner und Virchow 2008: 5542). Trotz der formalen Abgrenzung vom Nationalsozialismus (vgl. Salzborn 2015: 66) ist eine aktive Hinwendung zu deren intellektuellen Vordenkern und Wegbereitern aus der Zeit der Weimarer Republik vorhanden. Die antidemokratischen und antiliberalen Schriften von Oswald Spengler, Martin Heidegger, Ernst Jünger und allen voran Carl Schmitt sind fester Bestandteil des neurechten Kanons und fungieren als strategische und ideengeschichtliche Inspirationsquellen für die Neue Rechte (vgl. Salzborn 2017: 39; Herkenhoff 2016: 208). In der intensiven historisch-ideengeschichtlichen Bezugnahme auf die Vordenker der sogenannten Konservativen Revolution materialisiert sich der – spätestens seit den 1970er-Jahren zu beobachtende – Versuch, das Stigma des Nationalsozialismus zu tilgen (vgl. Herkenhoff 2016: 208). Durch das »Überspringen« der Generation nationalsozialistischer TäterInnen wird nicht nur die Frage der Schuld – und der eigenen familiären Involviertheit – umgangen, sondern zugleich eine indirekte Rehabilitierung ideologischer Konzepte vorgenommen. Tabubrüche sind zunächst als Strategie zur Verschiebung der öffentlichen Sagbarkeitsgrenze nach rechts zu verstehen.

Identitäre: Auf den »Müllhaufen der Geschichte«

Schon die Namensgebung der Identitären verweist auf die Beanspruchung einer eigenen Generation, die aus der Perspektive der »Jugend Europas« zu sprechen scheint, in Frontstellung gegen die Generation der 1968er, die in der 2012 veröffentlichten *Kriegserklärung an die 68er* zum Feindbild erklärt wird. Einzuordnen ist dies als strategischer Versuch, sich einerseits von einer Alt-Rechten und ihrer anhaltenden Leugnung der Shoah, andererseits aber auch von der linken 1968er-

Generation abzugrenzen, wie in der »Kriegserklärung« des Identitären Markus Willinger deutlich wird:¹²

»Wir wissen, wer eure [die 1968er Generation, Anm.] wahnsinnigen Thesen von der multikulturellen, befreiten und gegenderten Gesellschaft erst in euer Hirn hinein pflanzte. [...] Die Schrecken und die Zerstörung, die die Herrschaft des Nationalsozialismus hinterlassen hatte, haben euch tief geprägt. Und so wolltet ihr in allen Dingen das Gegenteil der Nazis tun. Sagten sie ja, so sagtet ihr nein, ohne über die eigentliche Frage auch nur nachzudenken; ohne sie zu hinterfragen. Der Nationalsozialismus bestimmte euer gesamtes Denken. Und niemand hat euer Weltbild mehr geprägt als Adolf Hitler. Der Nationalsozialismus war rassistisch, also wolltet ihr antirassistisch sein. Der NS war national? So wart ihr selbstverständlich international. Er war militaristisch, faschistisch und imperialistisch und so wurdet ihr antimilitaristisch, antifaschistisch und antiimperialistisch. Bekannte der NS sich zur traditionellen Familie, so musstet ihr dieselbe verdammen. Und so wurde Adolf Hitler zu eurem größten Leitbild. Und in eurem Streben, die extremistische Ideologie des Nationalsozialismus abzulehnen, schuft ihr euch eure eigene extremistische Ideologie. Fanatisch und im tiefsten Glauben, das Richtige zu tun, machtet ihr euch daran, Europa zu zerstören.« (Willinger 2014: 40–41)

Die 1968er-Generation dient den Identitären als Blaupause, an der sie sich abarbeiten können: Durch deren konstruierte angebliche Besessenheit von der NS-Vergangenheit und einem daran anknüpfenden *Extremismusvorwurf* legitimieren Identitäre ihre Entledigung der Schuldfrage, indem sie sich als »erste Generation seit 1933« (ebd.) imaginieren, die den »Nationalsozialismus überwunden« (ebd.) habe. Diese strategische Abgrenzung von den »Extremen« – vom Nationalsozialismus einerseits und der 1968er-Generation andererseits als konstruierten Gegensätzen – dient der IB dazu, sich als scheinbare Mitte oder als »Dritten Weg« zu präsentieren und als Elite einem Europa der Nationalstaaten voranzugehen:

»Wir aber sind geistig freier als ihr. Als erste Generation seit 1933 haben wir den Nationalsozialismus überwunden. Wir definieren uns weder über ihn, noch durch sein Gegenteil. Wir lehnen seine Ideologie als freiheits- und völkerfeindlich ab, ebenso wie wir eure Ideologie ablehnen.« (Ebd.)

»Was kümmert uns der Zweite Weltkrieg? Wir lernen aus seiner Geschichte, dass wir Europäer uns nicht aus kleinlichen Gründen bekämpfen sollen. [...] Wir lernen, Ihr habt es versäumt, aus dem ›Dritten Reich‹ zu lernen, und seid daher genauso extremistisch wie der Nationalsozialismus geworden. Anders als Ihr können wir aber mit Fug und Recht behaupten, den Nationalsozialismus überwunden zu haben. Und zusammen mit Euren

¹² | In Markus Willingers Buch werden unter verschiedenen Stichworten wie zum Beispiel »Generation«, »Identität«, »Geschlecht« identitäre Positionen pathetisch niedergeschrieben. Ob diese Aussagen nun für alle Identitären zutreffen, bleibt offen.

wahnsinnigen Ideen werfen wir ihn auf den Müllhaufen der Geschichte. Denn wir sind die Identitäre Generation.« (Ebd.)

Während ältere Rechte mit Strategien der Holocaustleugnung und Stilisierung des NS hantieren, imaginieren sich Identitäre im »Großen Austausch« als Opfer eines Krieges, mit dem Verlust homogener eigener nationaler Identität, ausgelöst durch Migration, für die sie Linke, FeministInnen und JüdInnen verantwortlich machen (vgl. Wielens 2017: 87).

Opfer-Inszenierung und Abwehrmechanismen bei der Jungen Alternative

Ausgehend von einer Untersuchung der Frankfurter JA (Klieme 2018) argumentieren wir, dass die Selbstinszenierung als Opfer einen zentralen Platz im Weltbild der JA einnimmt und es sich nicht nur um taktische Positionierungen in medialen Auseinandersetzungen handelt, um möglichst viel Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Der Nationalsozialismus und die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Schuld der TäterInnen sind auch für die junge Generation der extremen Rechten relevant. Ein wichtiges Ergebnis der Untersuchung zur Frankfurter JA ist, dass sich der Schuldzusammenhang für einige ihrer AkteurInnen auch über den Kontext des Nationalsozialismus hinaus auf andere Perioden der deutschen Geschichte erstreckt. In einem *YouTube*-Video¹³ erklärt der Frankfurter JA-Funktionär Jonas Batteiger seine Weigerung, sich selbstkritisch und gesellschaftlich mit dem deutschen Kolonialismus und dessen Verbrechen auseinanderzusetzen, mit dem Begriff des »Schuldkomplexes«:

»So, dann hab ich mir erlaubt zu sagen, dass äh ich beziehungsweise wir da keine Schuld dran hab'n, ja? An diesen angeblich rassistischen Sachen. Hab ich gesagt, so, das liegt gefühlt hunderte Jahre zurück! Wie, wie, wieso sollte ich mich da irgendwie schuldig fühlen oder Sonstiges machen? Ich hab damit ja erst mal gar nichts zu tun, ja? Ich hab gesagt, das geht so wieder in diese Richtung Schuldkomplex, ja?«¹⁴

Hier kommt es zu einer Überlagerung und Vermischung unterschiedlicher Dimensionen von Schuld/Verantwortung bzw. Täter-/Opferschaft: Batteiger bedient sich des Vokabulars der sekundären Schuldabwehr, um die Kontinuitäten des kolonialrassistischen Erbes in Deutschland abzustreiten und eine gesellschaftliche Thematisierung zu unterbinden. Er antizipiert mit der Verwendung des Begriffs »Schuldkomplex« eine Empörungsreaktion im Publikum, das beide schmachvollen Ereignisse vom Tisch fegt. Ohne einer unzulässigen Gleichsetzung Vorschub leisten zu wollen, scheint diese Bezugnahme von Abwehr und einer Dethematisierung der historischen Vorgänge mo-

13 | *YouTube*-Video von Jonas Batteiger: »Erfahrungen aus dem Rassismusworkshop«, 8. Dezember 2016 (<https://www.youtube.com/watch?v=7OHSdSj-Vsc>, 3. Jänner 2018).

14 | Ebd., #00:02:47-8 bis #00:02:57-2#.

tiviert, die darauf abzielen, sich der jeweiligen Schuld zu entziehen. Zwar dürfte sich dies unter Berücksichtigung des Workshop-Kontextes als Inszenierung einer »white victimhood« (Lentin und Tittle 2012) verstehen lassen, um einer selbstkritischen Auseinandersetzung und Reflexion von Rassismus zu entgehen. Dennoch gebraucht er den Begriff »Schuldkomplex« in seiner ersten inhaltlichen Intervention im Video.

Das zentrale und wiederkehrende Thema ist die verleugnete Täterschaft im Nationalsozialismus und das »Phantasma des eigenen Opferstatus«, möglicherweise auch ein »Wunsch nach eigener (kollektiver) Unschuld« (Salzborn 2017: 105). Das wohl prominenteste Beispiel dafür ist das »Gedenken« an die Dresdner Bombenopfer, dem sich auch die Frankfurter JA anschließt. Im Jahr 2017 war auf *Facebook* von der »Ehre unserer Opfer«¹⁵ und den »unschuldigen Opfer[n] der alliierten Kriegsverbrechen!«¹⁶ zu lesen. Im Jahr 2018 nutzte die JA Winston Churchills Todestag, um sich »gegen antideutsche Geschichtsklitterung« zu positionieren, und beklagte »über 600.000 unschuldige Opfer« durch den »Bombenterror« der Alliierten.¹⁷ Um diese Bedrohungs- und Opferdiskurse zu plausibilisieren, wird nicht selten auf einen »sogenannten Schuldkomplex« (Adorno 1963: 126) rekurriert, welcher erst durch die Konstruktion einer deutschen Kollektivschuld geschaffen worden sei. Obwohl es diesen von alliierter Seite nie als politische Handlungsmaxime gegeben hat (vgl. Salzborn 2017: 108), wird durch dessen Behauptung der Weg bereitet für die Schaffung eines Mythos deutscher Kollektivunschuld (vgl. Salzborn 2015: 80): »Dabei will man über ›deutsche Opfer‹ reden, ohne *tatsächlich* über den Nationalsozialismus zu reden« (Salzborn 2017: 108). Diese Art der Täter-Opfer-Umkehr ist keineswegs neu bzw. keine Erfindung der Neuen Rechten.¹⁸ Ein entsprechender Nexus zwischen Schuldumkehrung bzw. Schuldentledigung und extrem rechtem Aktivismus zeigte sich auch in einem Gruppeninterview mit vier Mitgliedern einer neonazistischen Gruppe Anfang der 1980er-Jahre: Die vier sekundierten sich gegenseitig bei der »Entlarvung der Sechs-Millionen-Lüge«. Durch die »Lüge« seien »erst mal unsere

15 | *Facebook*-Posting der Jungen Alternative Frankfurt/Main (JA FFM), »13.02.-15.02.1945 Feuersturm Dresden. In Gedenken an die unschuldigen Opfer der alliierten Kriegsverbrechen!«, 13. Februar 2017 (<https://de-de.facebook.com/JAinFrankfurt/posts/400472307032954>, 2. April 2018).

16 | *Facebook*-Posting der JA FFM, »Für Dresdens Oberbürgermeister war Dresden also keine unschuldige Stadt? Was ist denn eine schuldige Stadt? [...]«, 3. Februar 2017 (<https://www.facebook.com/JAinFrankfurt/posts/264979277248925>, 2. April 2018).

17 | *Facebook*-Posting der JA FFM, »Befehl Bombenterror gegen Deutschland. Ergebnis: über 600.000 unschuldige Opfer [...]«, 24. Jänner 2018 (<https://de-de.facebook.com/JAinFrankfurt/posts/393406864406165>, 2. April 2018).

18 | Dazu ebenfalls Adorno: »Irrational ist weiter die verbreitete Aufrechnung der Schuld, als ob Dresden Auschwitz abgegolten hätte. In der Aufstellung solcher Kalküle, der Eile, durch Gegenwürfe Selbstbesinnung sich zu dispensieren, liegt vorweg etwas Unmenschliches, und Kampfhandlungen im Krieg, deren Modell überdies Coventry und Rotterdam hieß, sind kaum vergleichbar mit der administrativen Ermordung von Millionen unschuldiger Menschen. Auch diese Unschuld, das Allereinfachste und Plausibelste, wird abgestritten« (Adorno 1963: 127).

Väter als Verbrecher hingestellt, und zweitens unsere Weltanschauung als Verbrechen hingestellt« worden (zitiert nach: Inowlocki 2000: 261–262).

Diskursmodernisierung: »Feminismus« von rechts entdeckt?

Der Versuch der Besetzung feministischer Debatten

Aktionen jüngerer identitärer AkteurInnen zielten in den letzten Jahren vermehrt auf die Rekrutierung in sozialen Medien und Plattformen als »Multiplikations-, Resonanz- und Mobilisierungsraum« (Salzborn 2017: 127).

In diesem Zusammenhang sind zwei Kampagnen, *Eine Botschaft an die Frauen* und #120dB entstanden, die versuchen, sich feministische Debatten wie #aufschrei und #metoo unter rassistischen Vorzeichen anzueignen. Beide Kampagnen knüpfen strategisch an den bereits gesamtgesellschaftlich geführten Diskurs um die Silvester-vorfälle in Köln 2015/16, das zum »Ereignis« gewordene Köln (vgl. Dietze 2016) an. Öffentlich wurde Köln zu einem Wendepunkt im Diskurs zu sexistischer und sexualisierter Gewalt mit rassistischen Vorzeichen. An diese Gelegenheitsstruktur konnten sich identitäre Frauen anheften, als sie am 19. Dezember 2016 das Video *Identitäre Bewegung: Eine Botschaft an die Frauen* und 2018 die Homepage und den Tweet #120dB veröffentlichten. Sie machen sich die bereits eröffneten Diskursfelder zu eigen und schaffen es, »ideologische Konstrukte und ein spezifisches Deutungswissen in der Öffentlichkeit wirksam werden zu lassen« (Benthin 2004: 10). Köln wird von Identitären als Kristallisationspunkt produziert, an dem sich der Import von Sexismus erstmals öffentlich gezeigt habe. Durch die Verbindung zum Einwanderungsdiskurs wird Sexismus als ein Problem »der Anderen« konstruiert und nicht als ein strukturell gesamtgesellschaftliches Herrschaftsverhältnis analysiert. Deutsche Frauen werden als die ersten Betroffenen des imaginierten Imports markiert.

Dafür produzierten identitäre Frauen im Dezember 2016 ihr Video *Identitäre Bewegung: Eine Botschaft an die Frauen*, in welchem drei identitäre Frauen in Form einer Anklage Fälle sexualisierter Gewalt aufzählen, die sie als Beweise für den »Import von Sexismus« deklarieren. Sie mobilisieren gegen die als schuldig befundenen VolksverräterInnen: FeministInnen, Linke und Liberale. Auf der visuellen Ebene treten sie modisch-alternativ, selbstbewusst und laut auf. Auf der Text-Ebene rekrutieren sie (deutsche) Frauen für ihren »Aufschrei«. Dabei versuchen sie, feministische Debatten zu diskreditieren (vgl. ebd.):

»Person 1: Ihr sagt: Das machen Deutsche auch.

Person 2: Ihr wollt uns weismachen, das habe es vorher auch schon gegeben, und kommt uns mit dem Oktoberfest.

Person 3: Ihr habt einen Shitstorm losgetreten, weil Rainer Brüderle eine Journalistin angebaggert (zieht obere Lippe nach rechts) hat (beißt Zähne zusammen), aber ihr schweigt (öffnet Oberlippe weit nach oben), wenn es um Mord und Vergewaltigung geht«. ¹⁹

Durch die Gegenüberstellung feministischer Debatten mit den von Identitären benannten Fällen von Vergewaltigung bis Ermordung werden erstere durch eine Parallelisierung relativiert und im zweiten Schritt delegitimiert. Feministische Debatten, die die sexualisierte Gewalt von (deutschen) Männern problematisieren, werden ins Lächerliche gezogen. Die Parallelisierung wird soweit zugespitzt, bis schließlich der Schutz von Frauen dem Schutz von Fremden gegenübergestellt und dagegen ausgespielt wird:

»Person 1: Ihr glaubt immer noch, dass Einwanderung unser Land bunter und vielfältiger macht. Ihr wollt Fremden Schutz gewähren, doch die Frauen (stechender Blick) schützt ihr nicht.« ²⁰

Identitäre imaginieren Einwanderung als Krieg und sexualisierte Gewalt als Waffe gegen deutsche Frauen, so dass Einwanderung zu einem »Angriff auf alles, was sich Frauen in einem Jahrhundert erkämpft haben«, ²¹ konstruiert werden kann. Der Vorwurf lautet, dass der ein Jahrhundert dauernde Kampf um Frauenrechte zugunsten von Einwanderung aufgegeben werde. Dadurch werden FeministInnen letztendlich sogar zu VerräterInnen an ihrer eigenen Sache erklärt (vgl. Wielens 2017: 65). Zu den »wahren FrauenrechtlerInnen« erklären sich identitäre Frauen dann schlicht selbst, wenn sie den »wahren Aufschrei« fordern:

»Person 1: Frauen: Wo bleibt euer Aufschrei?« ²²

Anknüpfend an die *#aufschrei*-Debatte wird nicht nur der Versuch unternommen, feministische Debatten zu delegitimieren, sondern den Begriff strategisch für sich umzudeuten und neu zu besetzen. Identitäre Frauen deklarieren sich selbst als die wahren (deutschen) »Frauenrechtler« (vgl. Wielens 2017: 73). Denn während FeministInnen sich mit »Männerhass«, »Umdefinitionen« und »Sprachkontrolle« (o. A. 2017c: 15) begnügten und ihr »Volk« verrieten, würden identitäre Frauen die Gefahr erkennen, die sie bedrohe.

Darüber hinaus werden (deutsche) Frauen als Grenze und Schwachstelle des »Volkskörpers« imaginiert: Sexualisierte Gewalt *schändet* nicht nur (deutsche) Frauen, sondern das »Volk« – durch imaginierte Fragmentierung und Unterwanderung.

19 | Unveröffentlichtes Transkript des YouTube-Videos von Kontrakultur Halle: »Identitäre Bewegung: Eine Botschaft an die Frauen«, 19. Dezember 2016 (<https://www.youtube.com/watch?v=sTMoGod5d6o>, 30. Oktober 2017).

20 | Ebd.

21 | Ebd.

22 | Ebd.

Diese Vorstellung entspricht der phantasierten »Rassenschändung« im Nationalsozialismus und knüpft an (neo-)koloniale Konstrukte von hypersexualisierten Schwarzen Männern an (vgl. Wielens 2017: 85). Während Frauen als die poröse Grenze zum Volkskörper phantasiert werden, soll eine starke (deutsche) Männlichkeit diese Grenze schützen. Für die »geschwächte deutsche Männlichkeit« wird ebenfalls FeministInnen die Schuld gegeben. Im Jahr 2018 riefen identitäre Frauen eine neue Kampagne aus, *120 Dezibel*, angelehnt an »die Lautstärke eines Taschenalarms, den heute viele Frauen«²³ bei sich tragen würden: Deutsche Frauen sollen Fälle ethnisierter sexualisierter Gewalt berichten, angelehnt an die Funktionsweise der *#metoo*-Kampagne. Identitäre versuchen durch die Verschränkung verschiedener Diskursstränge, vornehmlich der Diskurse zu Frauenrechten mit Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus, feministische Diskurse zu kapern und sich selbst als den »wahren« Aufschrei« (*#120dB*) zu konstruieren (vgl. Wielens 2017: 91–92). Es handelt sich deshalb nicht um ein antisexistisches Projekt, sondern um ein völkisches (vgl. ebd.).

Feindbild Feminismus: Mit Gummibärchen gegen emanzipatorische Kämpfe

Dass die JA als Verband offensiv antifeministisch ausgerichtet ist, wurde bereits quantitativ für die JA Nordrhein-Westfalen anhand ihrer *Facebook*-Beiträge belegt (Knopp 2016: 12). Sie sucht sich Gender-Mainstreaming regelmäßig als Feindbild aus. Trotz der starken Fixierung hierauf wird schnell offensichtlich, dass die JA mit einem außerordentlich »uninformierten Feminismusbegriff« (Herkenhoff 2016: 205) operiert und keine argumentative Auseinandersetzung mit den dahinterstehenden Konzepten eingeht. In *Facebook*-Kampagnen wie *Gleichberechtigt statt Gleichmacherei!*²⁴ aus dem Jahr 2014 erfährt »der« Feminismus keine inhaltliche Begriffsbestimmung, sondern erzeugt in seiner rhetorischen Funktion als Containerbegriff Zustimmung zur pauschalen Ablehnung und ermöglicht in seiner Abstraktheit eine negative Aufladung, ohne dass die JA selbst eine inhaltliche oder eindeutige Aussage tätigen müsste (vgl. Weiß 2017: 14).

In den sozialen Medien, vor allem *Facebook*, lassen sich zahlreiche Beiträge von JA-Gruppen als Beispiele dafür anführen, wie die Themenkomplexe Gender-

23 | Homepage der extrem rechten Initiative *120 Dezibel* (<https://www.120-db.info/>, 1. August 2018).

24 | *Facebook*-Posting der Jungen Alternative für Deutschland, »Die Jugendorganisation der SPD hat eine Aktion gestartet, bei der sie Sprüche in der Hand hielten wie etwa: ›Ich bin Feminist, denn wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden‹. Da wir uns ›Vernunft statt Ideologie‹ auf die Fahnen geschrieben haben, konnten wir dies nicht so im Raum stehen lassen. Deshalb zeigt die Junge Alternative Gesicht gegen verstaubte linke Ideologien! (RH)«, 13. Februar 2017 (<https://de-de.facebook.com/media/set/?set=a.220581474799061.1073741835.109330799257463>, 3. März 2018).

Mainstreaming, Feminismus und Emanzipation zum Schauplatz von Retorsionen²⁵ werden. Besonders perfide kommt dies in einem *Facebook*-Video der JA-Ortsgruppe Main-Taunus zum Ausdruck, welches sich gegen Abtreibungen richtet. Durch das Verteilen von Flyern und Gummibärchen soll auf ein vermeintliches Kindersterben aufmerksam gemacht werden. Anstelle von Abtreibung wird eine »Willkommenskultur für die schutzbedürftigen und die kleinen Menschen in unserer Gesellschaft«²⁶ beworben. An dieser Stelle wird der Begriff der »Willkommenskultur« einem linken und humanistischen Diskurs entwendet und für die eigene politische Agenda verwendet. Statt Geflüchteten soll »ungeborenes Leben« willkommen geheißen werden, welche letztlich dem Erhalt und dem Wachstum der »Volksgemeinschaft« dienen sollen. Der Kampf gegen Abtreibungen muss daher als Ausdruck einer »völkisch grundierten Logik« (Herkenhoff 2016: 206) verstanden werden, in der die traditionelle Kleinfamilie als »Keimzelle der Nation« gilt, welche notwendig für das Fortbestehen des »Volkes« ist (vgl. ebd.). Das Bekenntnis zur Selbstbestimmung über das eigene Leben und den eigenen Körper (»My Body, My Choice!«) wird ohne den Hauch einer inhaltlichen Argumentation verworfen. Der antifeministische Gestus entledigt sich der Errungenschaften jahrzehntelanger feministischer Kämpfe, um sich im nächsten Moment affirmativ auf diese zu beziehen und sie – rassistisch gewendet – gegen vermeintlich »externe« Bedrohungen (Geflüchtete, muslimische Männer etc.) in Stellung zu bringen, wie bereits am Beispiel von #120dB illustriert wurde. In beiden Fällen ist eine ähnliche Doppelbewegung zu beobachten: Sobald es darum geht, rassistisch aufgeladene Bedrohungsatmosphären zu schaffen, erfolgt ein positiver Bezug auf die historischen Errungenschaften von Frauenbewegungen. Gegenüber den Herkunftsländern von Geflüchteten oder islamisch geprägten Ländern lässt sich sodann das Bild eines fortschrittlichen und zivilisierten Europas entwerfen. Sobald es jedoch um feministische Kritiken an patriarchaler Gewalt (#aufschrei oder #metoo) oder die mangelhafte Umsetzung feministischer Forderungen in der deutschen Gesellschaft geht, wird »der« Feminismus als grundsätzlich falsch und bedrohlich gezeichnet.

Als plastisches Beispiel dafür kann ein Flyer der Frankfurter JA angeführt werden, der im Frühjahr 2017 an der Goethe-Universität verteilt wurde. Dort führte die JA die Behauptung ins Feld, Studierende würden schlechter benotet, wenn sie keine gendersensible Sprache verwendeten.²⁷ Diese herbeiphantasierte Sanktion versinnbildlicht

25 | Vincent Knopp greift auf Mark Terkessidis' Definition von Retorsion zurück (Terkessidis 1995: 67–68), die aus der Trias von »Wiederaufnahme, Wandlung und Aneignung-Enteignung des gegnerischen Arguments« besteht (Knopp 2016: 20, 23).

26 | *Facebook*-Video der Jungen Alternative Main-Taunus, »[...] Setze auch Du Dich für eine Willkommenskultur für die schutzbedürftigen und die kleinen Menschen in unserer Gesellschaft ein und werde noch heute Mitglied bei der Jungen Alternative«, 19. Oktober 2017 (<https://www.facebook.com/JainFrankfurt/videos/vb.154473238299530/360938450986340>, 3. Jänner 2018).

27 | *Facebook*-Posting der JA FFM, »Werdet Ihr von Euren Professoren und Dozenten schlechter benotet, weil Ihr keine »gendersensible Sprache« verwendet? Sondern weiterhin »Studenten« statt »Studierende«, »StudentInnen«, oder »Student*innen« schreibt? [...]«,

exemplarisch den Antifeminismus der Jungen Alternative und kann als weiterer Beleg für die Opfer-Inszenierung herangezogen werden: Die JA wähnt sich als »Opfer politischer und/oder sozialer Indoktrination«²⁸ einer linken Hegemonie an deutschen Universitäten (stellvertretend für weitere gesellschaftliche Institutionen), die durch Gender-Mainstreaming bzw. Gender Studies aufrechterhalten und vorangetrieben würden. Der Kampf gegen gendersensible Sprache bildet jedoch nur die Spitze des reaktionären Geschlechter- und Familienbildes der JA. Ihr Anti-Genderismus und Antifeminismus richtet sich abwertend und ablehnend gegen alle nicht-hegemonialen Lebens-, Liebes- und Beziehungsweisen.

Diskursmodernisierung: Der »Große Austausch« – Verschwörungstheorie im neuen Gewand?

In Anlehnung an Renaud Camus' (2011) und Jean Raspails (2014) Ausführungen imaginieren Identitäre den »Großen Austausch« als einen systematischen Prozess, in welchem Deutsche durch MigrantInnen ausgetauscht würden (vgl. Wielens 2017: 29). Martin Sellner beschreibt diesen in seinem *YouTube*-Kanal wie folgt:

»Wir müssen das nicht nur schicksalhaft akzeptieren, die Beine breitmachen, das über uns ergehen lassen, dass wir im Unterschied zu allen anderen Völkern der Welt zur Minderheit im eigenen Land werden, sondern wir müssen uns auch noch darüber freuen. Wir sollen uns darüber freuen, wir sollen uns darüber freuen, wir sollen frohlocken und jubeln, dass wir abgeschafft werden, zur Minderheit im eigenen Land werden.«²⁹

Wie aus dem Zitat deutlich wird, verknüpft Sellner hier Volk mit Sexualität – Sexismus und sexualisierte Gewalt – und Migration: Der »Große Austausch« basiert auf einem antimuslimischen Rassismus, der sich mit dem Vorwurf des Sexismus bzw. Import von Sexismus und antisemitischen Verschwörungstheorien verschränkt (vgl. ebd.: 67). Den Import des Sexismus fasst die identitäre Melanie Schmitz als Bedrohung für das »deutsche Volk« wie folgt zusammen:

»Wenn man im Ruhrgebiet aufgewachsen ist, hat man die Überfremdung und ihre Folgen schon lange vor der Asylkrise sehr intensiv erlebt. Ich wollte nicht, dass sich solche Zustän-

23. Jänner 2017, (<https://www.facebook.com/JainFrankfurt/photos/a.185144411899079.1073741828.154473238299530/260263694387150>, 3. Jänner 2018).

28 | Facebook-Posting der JA FFM, »Wurdet Ihr an dieser staatlichen Bildungseinrichtung Opfer politischer und/oder sozialer Indoktrination?«, 23. Jänner 2017, (<https://www.facebook.com/JainFrankfurt/photos/a.185144411899079.1073741828.154473238299530/260263694387150>, 3. Jänner 2018).

29 | Zitiert nach: Unveröffentlichtes Transkript des *YouTube*-Videos von Martin Sellner: »Frauen – Was ist los mit euch?«, 17. Dezember 2016 (<https://www.youtube.com/watch?v=GRH-k09qHxo4>, 20. Oktober 2017 [Video aufgrund von Hatespeech gelöscht]), S. 4.

de auf den Rest von Deutschland ausbreiten – leider ist das Problem seit dem Massenansturm im Herbst 2015 existenziell für unser ganzes Volk geworden.« (Melanie Schmitz, zitiert nach: o. A. 2017e: 37)

Nach den sichtbarer werdenden Migrations- und Fluchtbewegungen im Jahr 2015, die Melanie Schmitz als »Asylkrise« (ebd.) konstruiert, wird dieser imaginierte »Große Austausch« einerseits als unumstößliche Tatsache und neue Normalität präsentiert sowie andererseits in Beziehung zu den Ereignissen in Köln gelesen:

»[I]ch bin überhaupt nicht geschichtsvergessen, ich erinnere mich sehr sehr gut an eine Zeit, in der Europa noch nicht von Terror und Massenvergewaltigung heimgesucht wurde. Ich erinnere mich an eine Zeit, wo wir Sommernächte wie heute ganz selbstverständlich und völlig schutzlos in Zelten verbracht haben, und in der wir Deo statt Pfefferspray in unseren Taschen hatten. Aber diese Zeiten sind jetzt vorbei, [...] es sind Zeiten, in denen Männer mit einer Machete am Hals der Vergewaltigung ihrer eigenen Freundin zusehen müssen. [...] Es sind Zeiten, in denen Horden von Männern über schutzlose Frauen herfallen, ja sogar über Frauen mit Kinderwagen und Rentnerinnen auf Friedhöfen. Es sind Zeiten, in denen der Drogeriemarkt die Tampons in der Auslage direkt neben dem Pfefferspray anbietet, und ich mir manchmal heimlich überlege, mir ein Kopftuch anzuschaffen, um nachts sicherer nach Hause zu kommen. Und jetzt kann ich sie hören, die Stimmen, die sagen, das hat es schon immer gegeben. Aber ich sage: »Nein, das hat es nicht immer schon gegeben.« (Paula Winterfeldt)³⁰

Der hier von Paula Winterfeldt hergestellte Zusammenhang zwischen »Kopftuch«, »Pfefferspray« und dem »Ereignis Köln« strickt an einer Verschränkung des Einwanderungsdiskurses mit dem Frauenrechtsdiskurs und damit an der Ethnisierung bzw. am Import von Sexismus (vgl. Wielens 2017: 56). In ihrer Anklageschrift stellen identitäre Frauen eine Reihe von Fällen dar, um eine Systematik zu produzieren, in welcher der »Krieg« gegen das (deutsche) Volk herbeiphantasiert wird (vgl. ebd.). Durch identitäre Kategorienarbeit werden insbesondere drei Positionen hergestellt, die sich als ein ideologischer Dreisatz begreifen lassen: Im Inneren dieses imaginären Volkskörpers stehen das »Volks-Wir«, zu welchem Identitäre sich selbst sowie ihre AnhängerInnen zählen, und ein »Volks-Ihr«, die erklärten VolksverräterInnen. Jüdinnen und Juden werden im identitären Weltbild zu den inneren FeindInnen³¹ –

30 | Zitiert nach: Unveröffentlichtes Transkript des YouTube-Videos von JouWatch TV: »Als wir noch Deo statt Pfefferspray in unseren Taschen hatten«. Paula Winterfeldt klagt an«, 20. Juni 2017 (<https://www.youtube.com/watch?v=9WaiH6XA5VU>, 30. Oktober 2017), S. 1–2.

31 | Juden und Jüdinnen werden nach wie vor als »Antivolk« verunglimpft, das die ethnische Homogenität der eigenen »Volksgemeinschaft« bedrohe (bpb 2016). Diese Gefahr lässt sich auch als »innerer Feind« oder als »die Figur des Dritten« (Holz 2004) beschreiben. Klaus Holz argumentiert, dass In- und AusländerInnen deutlich voneinander abgrenzbare Identitäten markieren, wohingegen »der Jude« weder das eine noch das andere sei und damit der Dritte in der Unterscheidung zwischen der eigenen und der anderen Nation« (Salzborn 2010: 184) sei.

wie FeministInnen und Linke – aber immer im Kontext antisemitischer Verschwörungstheorien, wie jener, dass sie das »Volks-Innere« durch gesteuerte Migration zerstören wollen. Auf der anderen Seite stehen die äußeren FeindInnen: MigrantInnen und Geflüchtete werden als Gefahr für das »Volks-Innere« konstruiert, weil sie die eigene »Identität«, das eigene »Volk« gefährden (vgl. Wielens 2017).

Identitäre versuchen dem phantasierten »Austausch« nicht nur mit Videos beizukommen, sondern mit Kampagnen wie *Defend Europe* oder vorgeblich humanitären Kampagnen wie *Alternative Help Association* (AHA), die laut eigener Auskunft im Sommer 2017 entstand und »die identitäre Forderung nach Hilfe vor Ort in die Praxis um[setzt]«. ³² Mit ihrem modernisierten aktionistischen Auftreten und einer Berufung auf »Humanität« besetzen sie neue Diskursfelder und schaffen es – anders als Alt-Rechte –, Diskursfelder stärker für sich zu besetzen und ihre Attraktivität und ihr Auftreten vom klassischen Nazi-Bild loszulösen. Dass es sich dennoch um einen kontinuierlichen Topos handelt, wird im Vergleich mit der Argumentation eines Akteurs der extremen Rechten um 1980 deutlich, der seine Ablehnung von ArbeitsmigrantInnen damit begründete, dass »ein Türke nicht gegen die Mauer kämpfen« würde, was er auf Nachfrage verschwörungstheoretisch mit einer global gelenkten Einschleusung von »Fremden« begründete, die Deutsche davon abhalten solle, für ihre Einheit zu kämpfen. ³³

Fazit: (Dis-)Kontinuitäten in extrem rechten Gruppierungen und Generationen

Über den Rahmen neuer Medien findet eine Modernisierung extrem rechter Diskurse statt. Als Diskursmodernisierung haben wir sowohl den Rekurs auf feministische Debatten aufgezeigt, die durch AkteurInnen der Identitären und JA pseudo-emanzipatorisch besetzt werden, also im scheinbaren Einklang mit einer Begründung und Verstärkung patriarchaler und rassistischer Positionen, als auch verschwörungstheoretische Phantasma wie den »Großen Austausch«. Insbesondere bei den »klassischen« Themen der extremen Rechten einer Täter-Opfer-Umdeutung zu Nationalsozialismus und Vernichtungspolitik zeigen sich Kontinuitäten und Modernisierungen mit einer Verschiebung der offensiven Leugnung des Holocaust zu dessen Entledigung.

Inwiefern die diskursiven Strategien der Neuen Rechten von Erfolg gekrönt sind, lässt sich wohl am ehesten daran ablesen, dass in den etablierten Medien beispielsweise die AfD, als »parlamentarischer Arm der rechten Bewegung« (Salzborn 2017: 9), die Gelegenheit erhält, ihre rassistischen und völkischen Positionen zu verbreiten –

Während die andere Nation lediglich eine andere Identität habe als die eigene, repräsentieren Juden und Jüdinnen in antisemitischen Phantasien die »Nicht-Identität« (ebd.) und stellen eine Gefahr für die eigene nationale Ordnung sowie ein Symbol für deren Zusammenbruch dar (vgl. ebd.).

32 | *Alternative Help Association* (<http://aha-europe.com>, 10. Mai 2018).

33 | Unveröffentlichtes Transkript des Interviews von Lena Inowlocki mit »Claus«, 1981.

nicht selten unwidersprochen. An der Überforderung der politischen »Mitte«, sich dagegen zu positionieren, lässt sich ein möglicher Effekt des rechten Kampfes um Hegemonie ablesen. Es fehlt nicht nur ein grundlegendes Verständnis für das Weltbild der extremen Rechten, sondern auch ein Bewusstsein, das instrumentelle Verhältnis der Rechten zur oft bemühten Meinungsfreiheit (ebd.: 17) zu durchschauen und als Ausdruck des Kampfes für eine rechte Hegemonie zu begreifen. Die Verklärung extrem rechter Propaganda zu »Meinungen« und der Versuch von bürgerlich-liberaler Seite, diesen mit Argumenten zu begegnen, sind aber von vornherein zum Scheitern verurteilt. Das Beharren darauf, an der Universität mit Rechten in eine Diskussion um »das bessere Argument« zu treten, erscheint unter diesen Vorzeichen als Ausdruck einer Phantomsouveränität. Die rhetorischen Strategien der extremen Rechten bewirken eine zunehmende Verrohung demokratischer Diskurse – dies aufzuzeigen ist die Aufgabe von Forschung und Lehre an Universitäten.³⁴ Es muss klar benannt werden, dass es zu den Modernisierungsstrategien der extremen Rechten gehört, den Raum von Universitäten zu besetzen und sich gerade in diesem öffentlichen Forum zu inszenieren, um wirksam dagegen zu intervenieren.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1963): »Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit«, in: Adorno, Theodor W., *Eingriffe. Neun kritische Modelle*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 125–146.
- Am Orde, Sabine (2015): »AfD-Parteitag in Hannover. Bis kaum ein Flüchtling übrig bleibt«, in: *taz – die tageszeitung*, 28. November 2015 (<https://www.taz.de/!5255924/>, 24. Februar 2018).
- Ayyadi, Kira (2017): »Kontrakultur« Halle: Eine rechtsextreme Marketing-Agentur«, in: *Belltower News. Netz für digitale Zivilgesellschaft*, 30. Mai 2017 (<https://www.belltower.news/kontrakultur-halle-eine-rechtsextreme-marketing-agentur-44088/>, 27. Oktober 2017).
- Benthin, Rainer (2004): *Auf dem Weg in die Mitte. Öffentlichkeitsstrategien der Neuen Rechten*, Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Bruns, Julian, Glösel, Kathrin und Strobl, Natascha (2016): *Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa*, Münster: Unrast.
- Bruns, Julian, Glösel, Kathrin und Strobl, Natascha (2018): »Die Identitären«, in: Burschel, Friedrich (Hrsg.), *Durchmarsch von rechts. Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, rechter Terror*, Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung (<https://www.>

34 | Vgl. beispielsweise die *Erklärung für freie Wissenschaft und eine demokratische Gesellschaft* von KollegInnen aus der Politikwissenschaft der Universität Marburg angesichts des Rechtsrucks in der Gesellschaft und der zunehmenden Sichtbarkeit neurechter Gruppen oder extrem rechter Studierender an Hochschulen, 14. März 2019 (<https://www.uni-marburg.de/fb03/politikwissenschaft/gemeinsameerklaerung>, 22. März 2019).

- rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte17_3teAufl_web.pdf, 30. Dezember 2018), S. 37–52.
- Bundeszentrale für politische Bildung, bpb (2016): *Wesensmerkmale Rechtsextremismus* (<http://www.bpb.de/lernen/themen-im-unterricht/224198>, 21. November 2017).
- Camus, Jean-Yves (2017): »Die Identitäre Bewegung oder die Konstruktion eines Mythos europäischer Ursprünge«, in: Hentges, Gudrun, Nottbohm, Kristina und Platzer, Hans-Wolfgang (Hrsg.), *Europäische Identität in der Krise? Europäische Identitätsforschung und Rechtspopulismusforschung im Dialog*, Wiesbaden: Springer VS, S. 233–247. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-14951-2_10.
- Camus, Renaud (2011): *Le Grand Remplacement*, Neuilly-sur-Seine: David Reinharc.
- Dawid, Roland (2017): »Compact-Treffen in Leipzig: Schulterschluss rechter Akteure vorantreiben«, in: *Endstation Rechts*, 26. November 2017 (<https://www.endstation-rechts.de/news/compact-treffen-in-leipzig-schulterschluss-rechter-akteure-vorantreiben.html>, 30. Oktober 2018).
- Dietze, Gabriele (2016): »Das ›Ereignis Köln‹«, in: *Femina Politica*, 25. Jahrgang, Heft 1, S. 93–102. DOI: <https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v25i1.23412>.
- Dudek, Peter und Jaschke, Hans-Gerd (1984): *Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik: zur Tradition einer besonderen politischen Kultur*, Teil 2: Dokumente und Materialien, Opladen: Westdeutscher Verlag. DOI: <https://doi.org/10.1007/978-3-322-99709-8>.
- Häusler, Alexander und Roeser, Rainer (2015): »Zwischen Euro-Kritik und rechtem Populismus. Merkmale des Rechtsrucks in der AfD«, in: Melzer, Ralf, Molthagen, Dietmar, Zick, Andreas und Küpper, Beate (Hrsg.), *Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland*, Berlin: Dietz, S. 124–145.
- Hell, Sebastian (2017): »Mosaik des Widerstands. Das Netzwerk der ›Jungen Alternative‹ in Hessen«, in: *LOTTA – Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen*, Jahrgang 2017, Heft 67 (<https://www.lotta-magazin.de/ausgabe/67/mosaik-des-widerstands>, 24. Februar 2018).
- Hentges, Gudrun, Kökgiran, Gürcan und Nottbohm, Kristina (2014): »Die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) – Bewegung oder virtuelles Phänomen?«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen – PLUS*, Jahrgang 2014, Heft 3, Supplement (http://forschungsjournal.de/sites/default/files/fjsbplus/fjsb-plus_2014-3_hentges_koekgiran_nottbohm_x.pdf, 22. März 2019).
- Herkenhoff, Anna-Lena (2016): »Rechter Nachwuchs für die AfD – die Junge Alternative (JA)«, in: Häusler, Alexander (Hrsg.), *Die Alternative für Deutschland*, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 201–217. DOI: https://doi.org/10.1007/978-3-658-10638-6_14.
- Holz, Klaus (2004): »Die antisemitische Konstruktion des Dritten und die nationale Ordnung der Welt«, in: von Braun, Christa und Ziege, Eva-Maria (Hrsg.), *Das bewegliche Vorurteil. Aspekte des internationalen Antisemitismus*, Würzburg: Königshausen und Neumann, S. 43–61.

- Inowlocki, Lena (2000): *Sich in die Geschichte hineinreden. Biographische Fallanalysen rechtsextremer Gruppenzugehörigkeit*, Frankfurt am Main: Cooperative (Migration und Kultur).
- Inowlocki, Lena (2016): »Zur rechtsextremen Rhetorik der Rechtfertigung im Generationenverhältnis«, in: Killguss, Hans-Peter und Langebach, Martin (Hrsg.), *»Opa war in Ordnung!« Erinnerungspolitik der extremen Rechten*, Köln: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 66–79.
- Junge Alternative für Deutschland (JA) (2016): »Beschluss des Bundesvorstands der Jungen Alternative für Deutschland über die Unvereinbarkeit einer Mitgliedschaft in der JA mit der Identitären Bewegung«, in: *LandesPresseDienst*, 10. Juli 2016 (https://www.landespressediens.de/wp-content/uploads/2016/08/Unvereinbarkeitsbeschluss-JA-BuVO-IB_10.07.2016.pdf, 3. Jänner 2018).
- Junge Alternative für Deutschland (JA) (2017): »Markus Frohnmaier: Nach wie vor keine Kooperation zwischen JA und IB«, in: *Junge Alternative für Deutschland*, April 2017 (<http://www.jungealternative.com/markus-frohnmaiernach-wie-vor-keine-kooperation-zwischen-ja-und-ib/>, 3. Jänner 2018).
- Karig, Friedemann (2016): »Die »Identitäre Bewegung« hetzt im Hipstergewand. Ihre Frauen mischen Propaganda in hübsche Instagram-Feeds«, in: *jetzt.de*, 23. Oktober 2016 (<http://www.jetzt.de/mischen/die-identitaere-bewegung-hetzt-im-hipstergewand>, 22. Jänner 2017).
- Klärner, Andreas und Virchow, Fabian (2008): »Wie modern ist die heutige extreme Rechte? Einige vorläufige Überlegungen«, in: Rehberg, Karl-Siebert (Hrsg.), *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006*, Teilband 1 und 2, Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Klieme, Matti-Léon (2018): *Deutscher Michel undercover? Eine kritische Fallstudie der JA Frankfurt/Main und ihrer Ideologie*, Frankfurt am Main: Goethe-Universität Frankfurt am Main (Bachelorarbeit).
- Knödler, Janne (2019): »Meinungsfreiheit an Unis. Feindschaft und das Politische«, in: *Süddeutsche Zeitung*, 13. März 2019 (<https://www.sueddeutsche.de/kultur/meinungsfreiheit-thilo-sarrazin-goetz-kubitschek-universitaet-1.4364395>, 19. März 2019).
- Knopp, Vincent (2016): *Provokation und Pragmatismus. Der Umgang der nordrhein-westfälischen AfD-Jugend mit gesellschaftspolitischen Konfliktlagen*, IKG Working Paper Nr. 8 (https://pub.uni-bielefeld.de/download/2906374/2906388/WP08_Knopp.pdf, 28. Dezember 2018).
- Kung, Armin (2016): »AfD-Wahlparty. Rechtsextreme Begleitmusik«, in: *Zeitungsverlag Schwerin*, 9. September 2016 (<https://www.svz.de/14783691>, 30. Mai 2017).
- Kurze, Korinna (2018): »Mit Abscheu: Die AfD distanziert sich von ihrer eigenen Parteijugend«, in: *bento*, 26. November 2018 (<https://www.bento.de/politik/junge-alternative-die-afd-distanziert-sich-von-ihrer-eigenen-parteijugend-a-578cee02-3190-47be-86a8-043d1bc16248>, 7. Dezember 2018).

- Lentin, Alana und Titley, Gavan (2012): »Diane Abbott's tweet and the red herring of anti-white racism«, in: *The Guardian*, 6. Jänner 2012 (<https://www.theguardian.com/commentisfree/2012/jan/06/diane-abbott-tweet-anti-white-racism>, 2. April 2018).
- Majić, Danijel (2017a): »AfD und Identitäre – ganz nah dran«, in: *Frankfurter Rundschau*, 3. März 2017 (<http://www.fr.de/politik/a-1343349>, 24. Februar 2018).
- Majić, Danijel (2017b): »Schlagende Verbindungen«, in: *Frankfurter Rundschau*, 15. Mai 2017 (<http://www.fr.de/rhein-main/a-1279461>, 24. Februar 2018).
- Majić, Danijel (2018): »Auf strammem Kurs nach rechtsaußen«, in: *Frankfurter Rundschau*, 19. Februar 2018 (<https://www.fr.de/rhein-main/twitter-org27915/strammem-kurs-nach-rechtsausen-11005847.html>, 24. März 2019).
- Michel, Ralf, Echtermann, Alice und Jasch, Jan-Felix (2018): »Bremer Verfassungsschutz soll AfD überprüfen – Auflösung der JA-Verbände gefordert«, in: *Weser Kurier*, 3. September 2018 (https://www.weser-kurier.de/bremen/_arid,1764577.html, 30. Oktober 2018).
- ohne Autor (2017a): »Ein Identitäres Haus für die Kontrakultur Halle. Kubitscheks Traum vom Nazikiez«, in: *SACHSEN-ANHALT RECHTSAUSSEN, Informationen zur rechten Szene in Sachsen-Anhalt*, 18. Juni 2017 (<https://Lsa-Rechtsausen.Net/Ein-Identitaeres-Haus-Fuer-Die-Kontrakultur-Halle/>, 1. November 2017).
- ohne Autor (2017b): »Höcke-Rede im Wortlaut. »Gemütszustand eines total besiegten Volkes«, in: *Tagesspiegel*, 19. Jänner 2017 (<https://www.tagesspiegel.de/politik/19273518.html>, 2. April 2018).
- ohne Autor (2017c): »Jung, wild, patriotisch – Marc Dassen im Gespräch mit Mädels der Identitären Bewegung (IB)«, in: *Compact*, Jahrgang 2017, Heft 2, S. 14–16.
- ohne Autor (2017d): »Magdeburg – neues Zentrum für Neonazi-Burschenschaft?!«, in: *SACHSEN-ANHALT RECHTSAUSSEN, Informationen zur rechten Szene in Sachsen-Anhalt*, 29. April 2017 (<https://lsa-rechtsausen.net/magdeburg-neues-zentrum-fuer-neonazi-burschenschaft/>, 11. März 2018).
- ohne Autor (2017e): »Variété identitaire – Aus Liebe zum Land«. Interview mit Melanie Schmitz«, in: *INFO-DIREKT*, Jahrgang 2017, Heft 14, S. 37–38.
- Raspail, Jean (2014): *Der letzte Franzose*, Schnellroda: Antaios.
- Salzborn, Samuel (2010): *Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich*, Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Salzborn, Samuel (2015): *Rechtsextremismus und Erklärungsansätze*, 2. Auflage, Baden-Baden: Nomos.
- Salzborn, Samuel (2017): *Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Schmid, Bernard (2013): »Die europäische »identitäre Bewegung«, in: *Antifaschistisches Infoblatt (AIB)*, Jahrgang 2012, Heft 97 (04/2012) (<https://www.antifainfoblatt.de/artikel/die-europ%C3%A4ische-%C2%BBidentit%C3%A4re-bewegung%C2%AB>, 14. Juli 2017).

- Speit, Andreas (2017): »Rechte Partei in der Krise. Schwund bei der Jungen Alternative«, in: *tageszeitung*, 7. Juli 2017 (<https://www.taz.de/!5423377/>, 24. Februar 2018).
- stadt.land.volk. [Pseudonym] (2017): »Schlagkräftige rechte Netzwerke in Marburg?«, in: *Antifaschistisches Infoblatt* (AIB), Jahrgang 2017, Heft 115 (02/2017) (<https://www.antifainfoblatt.de/artikel/schlagkr%C3%A4ftige-rechte-netzwerke-marburg>, 24. Februar 2018).
- Sternberg, Jan (2018): »Abschiedsparty bei den ›Identitären‹«, in: *Frankfurter Rundschau*, 24. Oktober 2018 (<http://www.fr.de/politik/a-1606893>, 30. Oktober 2018).
- Terkessidis, Mark (1995): *Kulturkampf: Volk, Nation, der Westen und die Neue Rechte*, Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Thiel, Thomas (2018): »Diskussionsverbot. Insulaner auf dem Campus«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19. Oktober 2018 (<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/kommentar-die-diskussionsverbote-an-der-universitaet-siegen-15845056.html>, 11. Dezember 2018).
- Ulrich, Bernd und Geis, Matthias (2016): »Hitler hat den Deutschen das Rückgrat gebrochen«, in: *Die Zeit*, 14. April 2016 (<http://www.zeit.de/2016/17/alexander-gauland-afd-cdu-konservatismus>, 2. April 2018).
- Weiß, Gabriele (2017): »Kulturelle Bildung – ein Containerbegriff?«, in: Weiß, Gabriele (Hrsg.), *Kulturelle Bildung – Bildende Kultur: Schnittmengen von Bildung, Architektur und Kunst*, Bielefeld: transcript, S. 13–25. DOI: <https://doi.org/10.14361/9783839437315-001>.
- Wielens, Alia (2017): »Wo bleibt euer Aufschrei?« – »Feministische Rebellion von Rechts?« *Eine kritische Analyse und Rekonstruktion der Diskursverschränkung von Rassismus und (Anti-)Sexismus unter Identitären Frauen*, Frankfurt am Main: Goethe-Universität Frankfurt am Main (Masterarbeit).
- Wischemeyer, Klaus und Laue, Lars (2018): »Verfassungsschutz überwacht Niedersachsens AfD-Nachwuchs ›Junge Alternative‹«, in: *Neue Osnabrücker Zeitung*, 3. September 2018 (<https://www.noz.de/deutschland-welt/niedersachsen/artikel/1515047>, 30. Oktober 2018).
- Willinger, Markus (2014): *Die identitäre Generation: Eine Kriegserklärung an die 68er*, London: Arktos.
- Wodak, Ruth, Nowak, Peter, Pelikan, Johanna, Gruber, Helmut, Cillia, Rudolf de und Mitten, Richard (1990): »Wir sind alle unschuldige Täter!« *Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Zimmermann, Andreas (2014): »Partei der Patrioten«, in: *Junge Alternative Zeitung*, Jahrgang 2014, Heft 9, S. 3–5.

Sekundärer Antisemitismus – Aktualisierung eines Beitrags der Kritischen Theorie zur Nachkriegssoziologie

Karin Stögner

Was haben die rezente globale Wirtschaftskrise und ihre Auswirkungen in Österreich mit dem Nationalsozialismus zu tun? Wenn es nach Teilen der Berichterstattung in österreichischen Printmedien geht, doch einiges, denn sonst würde nicht wiederholt auf mehr oder weniger subtile Art und Weise die Assoziation zum Nationalsozialismus aufgerufen. Von der Finanzkrise als dem »größte(n) bewusst organisierte(n) Wirtschaftsverbrechen seit Ende des Zweiten Weltkrieges« (Leserbrief »Bankenkrise?«, *Neue Kronen Zeitung*, 19. Februar 2009) stand etwa in der *Neue Kronen Zeitung* 2009 zu lesen und 2010 dichtete Wolf Martin in derselben Zeitung: »Konzerne, Banken, Hochfinanz schmarotzen an der Volkssubstanz« (*Neue Kronen Zeitung*, 17. März 2010). Die Schuldigen waren schon vorher gefunden – in den USA, wo »durch Folter und KZ« die Demokratie verraten worden sei (»Der größte Geldvernichter der Geschichte«, *Neue Kronen Zeitung* 19. Oktober 2008) und wo Sonja Kohn, die »Tochter jüdischer Flüchtlinge« aus Österreich Bernard Madoff, beim Milliardenbetrug behilflich gewesen sein soll (»Starverkäuferin des Milliardenpleitiers«, *Kleine Zeitung*, 15. Dezember 2010).

In diesem Beitrag möchte ich anhand dieser und anderer Beispiele aus dem österreichischen Printmediendiskurs zur Wirtschaftskrise zwischen 2008 und 2010 die Rolle der kollektiv nach wie vor unaufgearbeiteten nationalsozialistischen Vergangenheit diskutieren. Ein in der kritischen Antisemitismusforschung dafür gebräuchlich gewordener Begriff ist der »sekundäre Antisemitismus«. Er wurde in der Kritischen Theorie Theodor W. Adornos und Max Horkheimers entworfen, später weiterentwickelt (Schönbach 1961; Rensmann 2017; Peham 2018, Stögner 2016a), und meint einen Antisemitismus, der auf unterschiedlichen Formen der Schuldabwehr beruht. Damit ist zugleich die postnazistische Gesellschaft benannt (Grigat und Markl 2012), eine Gesellschaft also, in der die Ideologie des Nationalsozialismus nicht überwunden und aufgearbeitet, sondern vielmehr verdeckt oder verdrängt ist, dadurch aber dort und da umso unreflektierter fortwuchert und zwar nicht so sehr *gegen* die Demokra-

tie, sondern *in der* Demokratie, wie Adorno 1959 in dem berühmten Aufsatz *Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit* darlegte (Adorno 1997b). Unter dem Pseudonym Heribert Schiedel beschreibt Andreas Peham den Sachverhalt eindringlich so:

»Wie jede kriminelle Organisation wird auch die ›sekundäre Volksgemeinschaft‹ (Gerhard Scheit) durch das Verbrechen und sein Beschweigen zusammengeschweißt. Wer lästige Fragen stellt oder schon allein durch seine Existenz an Auschwitz erinnert, wird als die Gemeinschaft zersetzender Fremder zum Objekt des Hasses und der Verfolgung, was in den postnationalsozialistischen Ländern seinen Ausdruck im sekundären Antisemitismus findet.« (Schiedel 2012: 281)

Das trifft als geschlossene Ideologie auf den äußerst rechten Rand des politischen und gesellschaftlichen Spektrums zu. Versatzstücke davon aber ragen bis weit in den Diskurs der politischen Mitte hinein. Schuldabwehr und eine mangelhafte bewusste Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit sind keine ausschließliche Domäne der Rechten. Als Grundbedingung für sekundären Antisemitismus wird eine gesellschaftlich bedingte Unfähigkeit zur Erfahrung und zur autonomen Urteilsbildung auf Seiten der Individuen benannt. Im nächsten Abschnitt werde ich auf Grundzüge des sekundären Antisemitismus eingehen, bevor die Thesen durch empirische Beispiele belegt werden.

Erinnerungsabwehr und Verlust der Erfahrungsfähigkeit

Sekundärer Antisemitismus wurde zuerst von Peter Schönbach auf diesen Begriff gebracht – in einer Untersuchung der Motivationen hinter einer Welle des Antisemitismus in Frankfurt 1959/1960. Mit dem Begriff versuchte er, jene spezifisch antisemitischen Trotzreaktionen zu fassen, deren Funktion es war, die nationalsozialistische Vergangenheit zu legitimieren. Als eine treibende Kraft machte er eine tiefe Ambivalenz gegenüber der Eltern- und Großelterngeneration und ihrer Rolle im Nationalsozialismus aus (Schönbach 1961: 80). Der Frankfurter Schule nahestehend, integrierte Schönbach durchwegs sozialpsychologische Erklärungsansätze in eine kritische Herrschaftstheorie und thematisierte somit zentral das komplexe Verhältnis von Gesellschaft und Individuum. Aufbauend auf Ergebnissen des *Gruppenexperiments* (Pollock 1955; Adorno 1997a), einer in den 1950er-Jahren unter der Leitung von Friedrich Pollock und Theodor W. Adorno in Deutschland durchgeführten qualitativen Studie zu autoritärem Potential, Antisemitismus und Umgang mit dem Nationalsozialismus im Nachkriegsdeutschland, ging Schönbach davon aus, dass die NS-Gräueltaten weitgehend, aber doch nicht komplett verdrängt worden waren, sodass das Wissen darüber den nachgeborenen Generationen durch vage Andeutungen übermittelt wurde. Die konkrete Schuld der Eltern und Großeltern transformierte sich unter den Vorzeichen einer allgemeinen Schuldabwehr zuweilen in ein abstraktes und diffuses Schuldgefühl auf Seiten der Nachkommen, das ein aktives Erinnern und ein

Bewusstmachen der eigenen familiären Verstrickung in den Schuldzusammenhang verhinderte. Ralph Giordano sprach in diesem Zusammenhang von einer »zweiten Schuld«, welche die Nachkommen auf sich geladen haben, indem sie keine kritischen Fragen stellten (Giordano 1987).

Sekundärer Antisemitismus wird intergenerationell und strukturell übermittelt und ist dadurch motiviert, den Antisemitismus der Eltern- und Großelterngeneration, die unmittelbar in den Nationalsozialismus involviert war, zu legitimieren. Das Beiwort sekundär deutet auf die bestimmte Charakteristik dieser Form des Antisemitismus hin, die auch »Antisemitismus aus zweiter Hand« genannt werden könnte, da er vorgefertigt und reflexionslos übernommen wird und die eigene Erfahrung darin keine Rolle spielt. Der Begriff sekundärer Antisemitismus ist umstritten, da er einen »primären« Antisemitismus als Reaktion auf tatsächliche jüdische Eigenheiten zu suggerieren scheint. Antisemitismus in jeder Form hat aber, wenn überhaupt, nur sehr vermittelt und ideologisch verzerrt mit Juden und Jüdinnen zu tun, weshalb darin auch nicht der Unterschied zu suchen ist. »Sekundär« bedeutet hier eher, dass der Antisemitismus unmittelbar von Anderen übernommen wird, um die Taten dieser Anderen zu legitimieren. Insofern ist der sekundäre Antisemitismus auch primär auf die Rechtfertigung der in den Nationalsozialismus unmittelbar involvierten Generationen ausgerichtet.

Sekundärer Antisemitismus verweist theoretisch und methodisch auf die Wandelbarkeit und Flexibilität des Antisemitismus, dessen historisch spezifische Ausformungen mit dem jeweiligen Stand der ökonomischen, politischen und sozialen Verhältnisse korrespondieren. Während der moderne Antisemitismus im 19. Jahrhundert Reaktion auf die vielfältigen Transformationsprozesse der Moderne von der Durchsetzung des Kapitalismus bis zur Entstehung der modernen Nationalstaaten ist (Massing 1949), so ist der sekundäre Antisemitismus eine Reaktion auf die Verunsicherung nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus. Er stellt eine Anpassung an Bedürfnisse dar, die die postnazistische Gesellschaft selbst hervorruft, in erster Linie an das Bedürfnis der Einzelnen nach kollektiver Zugehörigkeit, das in kollektiver Rückversicherung nationaler Einheit gestillt wird. Das wird in der postnazistischen Gesellschaft etwa dadurch erreicht, indem nahtlos an die Zeit vor dem Nationalsozialismus angeschlossen wird. Unterschiedliche Formen der Leugnung, Banalisierung und Ausblendung der Shoah sind für die Errichtung eines solchen historischen Kontinuums notwendig. Eine andere, wenngleich verwandte Form des Umgangs mit der Shoah besteht darin, sie zwar als einzigartig in der Menschheitsgeschichte, gerade darin aber als etwas der Zivilisation Äußerliches darzustellen, das einer Naturkatastrophe gleich über die Menschheit hereingebrochen wäre. Die Schuldfrage erübrigt sich in beiden Fällen. Solche Sicht blendet die Dialektik aus, dass die Shoah als Zivilisationsbruch doch innerster Ausdruck eben dieser Zivilisation ist (Diner 1988). Diese Dialektik ist aber zentral für das Verständnis des sekundären Antisemitismus: Was immer neu an ihm sein mag, legitimiert die alte Ordnung, die zum Nationalsozialismus geführt hat. Sekundärer Antisemitismus ist zweifellos ein Produkt der Abwehr, Auschwitz zu erinnern, und insofern eine Folge des National-

sozialismus. Gleichzeitig markiert er dessen Nachleben in der postnazistischen Gesellschaft und ist Indikator dafür, dass die gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen, die zum Nationalsozialismus geführt haben, nicht überwunden sind. Das macht die Aktualität des sekundären Antisemitismus aus.

Diese Relevanz wurde vielfach an den Strategien der Erinnerungs- und Schuldabwehr nachgezeichnet (vgl. Adorno 1997a; Rensmann 2004; 2007; Quindeau 2007; Grigat 2012). Wesentlich in diesem Prozess ist die Einsetzung eines neuen Kollektivs als Identifikationsfläche, welche die reflektierende Auseinandersetzung mit der kollektiven und individuellen Verstrickung in den Nationalsozialismus ersetzt. So wurde zwar der offene Antisemitismus in der Öffentlichkeit mit einem Tabu belegt und damit in die Kommunikationslatenz gedrängt (Bergmann und Erb 1986), nicht jedoch die alles durchdringende Vorstellung eines nationalen Wir, welche doch auch ganz wesentlich mit dem Antisemitismus zusammenhängt (vgl. Stögner und Höpoltsecker 2013). Verschiedene Formen des Nationalismus und der nationalistischen Identifizierung können somit Marker eines sekundären Antisemitismus sein. Die Auseinandersetzungen um Nationalismus und Geschichtsrevisionismus im »öffentlichen Gebrauch der Historie« (Habermas 1987: 137), die unter dem Titel »Historikerstreit« (Habermas et al. 1987) medial ausgetragen wurden, sind hierfür ebenso symptomatisch wie die öffentlichen und halböffentlichen Auseinandersetzungen einer »beleidigten Nation« (Gottschlich 1987) im Zuge der Waldheim-Affäre in Österreich, wo zum Zweck der Abwehr der nationalsozialistischen Vergangenheit ebenfalls ein manifestes Ineinandergreifen von nationalistischen und antisemitischen Diskursen beobachtet werden konnte (vgl. Wodak, Nowak, Pelikan, Gruber, Cillia und Mitten 1990).

Ohne die Verbrechen des Nationalsozialismus an den Juden und Jüdinnen gäbe es diese Form des Antisemitismus nicht – er wurde deshalb auch von Henry M. Broder »Antisemitismus wegen Auschwitz« genannt (Broder 1986: 11). Die nicht eingestandene Schuld wird durch Mechanismen der Projektion und der Verschiebung auf die Opfer und deren Nachkommen verlagert. Der israelische Psychoanalytiker Zvi Rex brachte diesen Vorgang mit der Formulierung auf den Punkt, dass die Deutschen den Juden Auschwitz niemals verzeihen würden (vgl. Jaecker 2005: 32). Ein weiteres Merkmal ist, dass im sekundären Antisemitismus das unbegreifliche Ausmaß der Vernichtung der Juden und Jüdinnen im Nationalsozialismus gerade der Opfer-Täter-Umkehr und der Schuld-Abwehr zu Nutze gemacht wird, wie Adorno anmerkt:

»Das Unmaß des Verübten schlägt diesem noch zur Rechtfertigung an: so etwas, tröstet sich das schlaaffe Bewußtsein, könne doch nicht geschehen sein, wenn die Opfer nicht irgendwelche Veranlassung gegeben hätten, und dies vage ›irgendwelche‹ mag dann nach Belieben fortwuchern.« (Adorno 1997b: 557)

Dabei verstehen die so Sprechenden sich häufig nicht als AntisemitInnen. Das unterscheidet den sekundären Antisemitismus von jenem Vernichtungsantisemitismus (vgl. Goldhagen 1996; Schoeps 1996; Becker, Behn, Fall, Küntzel, Schneider, Starck, Thörner und Woltersdorf 1997), der nach wie vor in Österreich anzutreffen ist, wie

Anfang 2018 aus der Burschenschaft Germania zu Wiener Neustadt bekannt wurde. Im offiziellen Liederbuch dieser Burschenschaft fand sich ein Text, der die Shoah nicht verleugnete oder verharmloste, sondern im Gegenteil zur Fortsetzung der Vernichtung der Juden und Jüdinnen aufrief. Während im Vernichtungsantisemitismus nach 1945 die Erinnerung allzu wach ist, erfordert die im sekundären Antisemitismus vorgängige Schuldabwehr eine radikale »Zerstörung der Erinnerung« und eine Fragmentierung der Erfahrungsfähigkeit, eine Entfremdung von Erfahrung, die in die Derealisierung von Opfern und TäterInnen mündet. Dieser Komplex ist jedoch nicht als individuelle Psychopathologie zu fassen, sondern benötigt zum Verständnis eine Kontextualisierung in den verdinglichten sozialen Verhältnissen, die Horkheimer und Adorno in der *Dialektik der Aufklärung* als Kulturindustrie beschrieben haben. Selbst wenn also der sekundäre Antisemitismus eine Folge des Nationalsozialismus ist, reicht eine seiner Grundbedingungen – nämlich der Verfall der Erfahrungsfähigkeit – doch vor den Nationalsozialismus zurück. Mehr noch, die Schwächung der Fähigkeit zur Erfahrung war selbst eine Voraussetzung für den Autoritarismus und den Aufstieg des Nationalsozialismus. Umgekehrt wurde die Erfahrungsfähigkeit durch den Nationalsozialismus noch weiter geschwächt. Die zentrale Bedeutung von Erfahrung und deren Einebnung wurde von Horkheimer und Adorno, aber auch von Walter Benjamin schon in den 1930er-Jahren herausgearbeitet (Horkheimer und Adorno 1997; Benjamin 1992). In den eingefahrenen Wahrnehmungsmustern wird die Welt immer weniger sinnlich-konkret erfahren, sondern erstarrt zum Stereotyp. Dazu gehört die Einebnung jener tätigen Erfahrung, in der sich das Subjekt reflexiv gegenüber der Außenwelt konstituiert. An ihre Stelle tritt die vorgefasste Meinung, die Einfallsstelle des Kollektivs ins Individuum. Für Horkheimer und Adorno ist folglich das Subjekt nicht länger bewusster Träger (wohl aber »Überträger«) des Antisemitismus, da dieser sich gegenüber den zu Reaktionen verkürzten Erfahrungsfähigkeiten der Einzelnen verselbständigt hat und zum strukturellen Phänomen in der modernen Gesellschaft geworden ist, das den Einzelnen als Welterklärungsmodell dient.

Tabuisierter Antisemitismus ohne offen bekennende AntisemitInnen: Dies wirft die Frage nach der Intentionalität von antisemitischen Aussagen und deren Bewertung auf. Sie ist in der Antisemitismusforschung aus theoretischer nicht weniger wie aus methodologischer und empirischer Sicht von Bedeutung. Im Umgang mit medialen Debatten um die rezente Wirtschaftskrise stellt sich die Frage, welche Krisendarstellungen und -erklärungen in welchen Kontexten als strukturell antisemitisch oder als anschlussfähig für antisemitische Motivationen zu bewerten sind. Zu nennen ist hier etwa die Dämonisierung von RepräsentantInnen der Finanzsphäre, während das Kapitalverhältnis als solches unangetastet bleibt. Begleitet sind solche Schuldattributionen überdies häufig von einer Externalisierung des »Bösen«: Es seien internationale Kräfte, die die nationale Ökonomie und damit die nationale Einheit bedrohen würden. Da in der heutigen deutschen und österreichischen Gesellschaft manifester Antisemitismus in der Öffentlichkeit sanktioniert ist, haben sich neue Formen der Artikulation antisemitischer Ressentiments herausgebildet, die Dan Diner als Spaltprodukte des klassischen Antisemitismus beschrieben hat. Es ist also

nicht mehr davon auszugehen, abseits von einschlägigen rechtsextremen oder islamistischen Kreisen auf die Manifestation einer kohärenten antisemitischen Ideologie zu stoßen, sondern auf »Partikel des Ressentiments« (Diner 2004: 310), die gegenüber anderen Narrativen problemlos anschlussfähig sind. »Die daraus resultierende gesellschaftliche Entgrenzung des antisemitischen Ressentiments sowie die allgemein gesellschaftlichen Verstrickungen in partiell antisemitische Weltbilder« (Knothe 2009: 142) werfen die Frage nach der Reichweite antisemitischer Weltbilder in Diskursen um die rezente Wirtschaftskrise quer durch das gesellschaftliche Spektrum auf. Teile der Debatten um die Wirtschaftskrise 2008 bis 2010 operierten außerdem mit Assoziationen zum Nationalsozialismus in Kontexten, die mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun hatten. Die künstliche Assoziation dient trotzdem der Abwehr sowohl der Erinnerung als auch der Schuld, was zunächst paradox erscheinen mag. Ambivalenz ist jedoch wichtiger Teil des Ressentiments. Das manifestiert sich darin, dass das, wovon man nichts mehr wissen möchte, beständig aufgerufen und wachgehalten wird. Während sekundäre AntisemitInnen Juden und Jüdinnen vorwerfen, die Vergangenheit nicht ruhen zu lassen und den Schlussstrich zu verweigern, sind sie es selbst, die diesen Schuldzusammenhang zum Zweck seiner Bannung immer wieder aufrufen, wenn auch negativ und abwehrend. Im Grunde sind sekundäre AntisemitInnen Stalker, die ihrem Objekt auf den Leib rücken. Der Komplex des sekundären Antisemitismus zeigt, dass auch Diskurse, die ohne einen direkten Verweis auf Juden und Jüdinnen auskommen, strukturell antisemitisch sein können, wenn sie auf Codes bauen, die aus der traditionellen antisemitischen Stereotypie bekannt sind und also verstanden werden. Im nächsten Abschnitt soll das anhand von Beispielen ausgeführt werden.

Sekundärer Antisemitismus, Schuldabwehr und die Konstruktion nationaler Identität

Als ein Phänomen postnazistischer Gesellschaften spielt der sekundäre Antisemitismus eine bedeutende Rolle in der Wiederaufrichtung eines nationalen Wir, das durch den Zusammenbruch des Nationalsozialismus prekär geworden war. Die dabei verwendeten Stereotypen weisen eine bemerkenswerte Kontinuität auf: Zur Abwehr der Erinnerung an die Shoah bedient man sich eben der Motive, die sie bereiten halfen (Horkheimer und Adorno 1997).

In den Jahren 2009 bis 2011 führten wir am Institut für Konfliktforschung in Wien eine Studie zu Antisemitismus in den medialen Debatten um die Wirtschaftskrise durch,¹ welche die These des engen Zusammenhangs zwischen Schuldabwehr

1 | Karin Stögner, Karin Bischof, Elke Rajal und Frank Stern: *Antisemitismus in medialen Debatten um die gegenwärtige Finanzkrise in Österreich*, Forschungsprojekt gefördert vom Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank (Projekt 13549). Vgl. Stögner und Bischof 2017.

und Konstruktion nationaler Identität weitgehend bestätigen konnte. Dieser Zusammenhang stand zu Beginn des Projekts nicht im Fokus unserer Aufmerksamkeit, sondern drängte sich erst im Laufe der Recherche auf. Ausgangspunkt der Überlegungen war die Frage, ob, und wenn ja, in welcher Form antisemitische Motive Eingang in die österreichischen Printmediendebatten um die Finanzkrise fanden.² Ein zentrales Ergebnis war, dass Antisemitismus kaum manifest geäußert wurde, wohl aber offener Nationalismus in den Debatten häufig vorkam. In zahlreichen Texten wurde die Finanzkrise diffus mit dem Nationalsozialismus assoziiert. In den folgenden Abschnitten werde ich diesen Zusammenhang anhand von drei Beispielen illustrieren. Im Zentrum stehen dabei (a) die Konstruktion eines nationalen Wir, (b) das Verhältnis von Antisemitismus und Antiamerikanismus und schließlich (c) bestimmte Geschlechterbilder.

(a) Völkischer Diskurs und die Konstruktion eines nationalen Wir

Im untersuchten Textkorpus wurden an zahlreichen Stellen nationalistische Diskurse deutlich, die eine antisemitische Bedeutung verdeckt transportierten. Nahegelegt wurde diese Interpretation durch die Kombination folgender Diskurselemente: eine konsistente Trennung von »Wir« und »Sie«, Selbst und Fremdes, Ingroup und Outgroup, eingebettet in semantische Konstellationen eines aus dem Nationalsozialismus bekannten Vokabulars. Insbesondere in der *Neuen Kronen Zeitung*, der auflagenstärksten Tageszeitung Österreichs, wurde das »Andere« oder »Fremde« häufig

2 | Die Untersuchung antisemitischer Diskurselemente in österreichischen Printmediendebatten um die Wirtschaftskrise folgte dem Ansatz der Critical Discourse Analysis (Wodak und Busch 2004; Fairclough 1992) und insbesondere der von Ruth Wodak geprägten Wiener Schule des diskurshistorischen Ansatzes (Wodak, Nowak, Pelikan, Gruber, Cillia und Mitten 1990; Wodak, Cillia, Reisigl, Liebhart, Hofstätter und Kargl 1998; Wodak 2011). Folgende Tageszeitungen und Wochenmagazine wurden systematisch berücksichtigt: *Kurier*, *Die Presse*, *Der Standard*, *Neue Kronen Zeitung*, *News*, *Profil*, *Format*, *Wirtschaftsblatt* und *Kleine Zeitung* wurden punktuell in die Analyse einbezogen. In einer explorativen Phase wurde eine Reihe von Artikeln in der Datenbank WISO gesichtet und auf dieser Grundlage eine Liste von Schlagworten und Schlagwortkombinationen erarbeitet, die sodann auf die ausgewählten Zeitungen und Magazine, beschränkt auf den Zeitraum vom 1. Mai 2008 bis 31. Oktober 2010, angewendet wurden. Daraus ergab sich ein erstes Sample von 208 Artikeln, das nach Relevanz hinsichtlich der Analysekriterien schrittweise reduziert wurde. Für das dritte Subsample wurden zwölf Artikel ausgewählt, die im Team nach folgenden Kategorien feinanalysiert wurden: Modi der Gruppenkonstruktion und Identifikation; Modi der Inklusion und Exklusion; (De-)Konstruktion von Verschwörungs- und Bedrohungsszenarien; Gendering; Auswahl und Präsentation von Themen; Semantik und Vokabular; Argumentation und SprecherIn. Diese Kategorien wurden auf der Grundlage theoretischer und methodologischer Reflexionen ausgewählt, die auf die Überschneidung von Antisemitismus mit anderen Ideologien (wie Nationalismus und Sexismus), auf zentrale ideologische Charakteristika des Antisemitismus (wie die Unterscheidung »raffend-schaffend«) sowie auf wesentliche Merkmale des gegenwärtigen Antisemitismus (wie Anspielungen auf den Nationalsozialismus, Signifikanz von Diskursen um die USA und Israel, Kommunikationslatenz und Tabuisierung) fokussierten.

mit der »Hochfinanz« identifiziert, einer kryptischen Gruppenkonstruktion, deren RepräsentantInnen als unproduktiv, gierig, durchtrieben, international, künstlich, unauthentisch und freischwebend beschrieben wurden. Das sind allesamt Attribute, die als negative Zuschreibungen an Juden und Jüdinnen im Antisemitismus eine zentrale Rolle spielen. Sicherlich birgt nicht jeder Bezug auf »die Hochfinanz« auch eine antisemitische Bedeutung. In bestimmten Fällen aber fungieren »die Hochfinanz« oder »internationale Spekulanten« als Codewörter und Platzhalter für traditionelle antisemitische Stereotypen des »gierigen Juden«, die aufgrund der Tabuisierung im öffentlichen Diskurs nicht länger verwendet werden können. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn Internationalismus und Kosmopolitismus als Gefahr für die nationale Einheit dargestellt und mit dem nationalen »Wir« kontrastiert werden (vgl. Fine 2007), wie im folgenden Reim von Wolf Martin:

»Konzerne, Banken, Hochfinanz, schmarotzen an der Volkssubstanz und schädigen sie materiell nicht weniger als ideell. Politiker sind ihnen hörig, korrupt und drum total willfährig. In der EU ist's konzentriert, was Völker in den Abgrund führt.« (*Neue Kronen Zeitung*, 17. März 2010)

In diesem Beispiel eines klassischen völkischen Diskurses wird ein semantischer Raum um ein vorgebliches Schmarotzen geöffnet, das nicht nur gierig und hab-süchtig ist, sondern »die Volkssubstanz« schädigend, d. h. das Innerste des Eigenen bedrohend. Es ist damit als das Böse schlechthin markiert. In dieser Ideologie sind Schmarotzer und Parasiten solche, die nicht selbst produzieren, sondern andere ausbeuten und aussaugen. Selbst wenn an keiner Stelle auf Juden und Jüdinnen Bezug genommen wird, ist die Assoziation zum Antisemitismus gegeben, der Juden und Jüdinnen als die Volksgemeinschaft zersetzend, ja als »Schmarotzer« sieht. Bedeutsam für das Framing ist die Gegenüberstellung von Internationalem und Nationalem, die mit jener von bedrohlichem Fremden und bedrohtem Eigenen korrespondiert. Die Finanzsphäre gilt als international, ubiquitär, allmächtig, als intransparent und nicht verwurzelt. Banker und Spekulanten sind in diesen Szenarien als die völlig Anderen gezeichnet, als antinationale Elemente, die die nationale Einheit – die Volkssubstanz – zerstören würden. Dass hier auch »Konzerne« als Übeltäter genannt sind, tut der einseitigen Betrachtung der kapitalistischen Ökonomie als von einer korrupten Finanzsphäre dominiert keinen Abbruch: Denn unter »Konzern« wird landläufig ein international tätiges Unternehmen verstanden, das eben durch seine Internationalität die autochthonen Volkswirtschaften bedroht. Hier geht es weniger um die Entlastung des Produktionssektors als solchem, sondern vielmehr um eine eindeutige Attribution der Schuld an der Krise an bestimmte, als Quasipersonen bzw. Großgruppen kenntlich gemachte Verantwortliche. Der Kapitalismus als Basis für die Krisenerscheinungen, sowie die zu diesem System gehörende Ausbeutung werden als »volksfremd« deklariert. Damit erscheint »das Volk« als Opfer internationaler Konzerne und verschwörerischer Machenschaften.

Solche Gruppenkonstruktion diene bereits in der nationalsozialistischen Propaganda als antisemitischer Code. Gottfried Feder, Ideologe des Nationalsozialismus, verfasste nicht nur das weithin bekannte antisemitische *Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft*, sondern 1935 auch eine Aufsatzsammlung unter dem Titel *Kampf gegen die Hochfinanz*. Dass Bezüge zur »internationalen Hochfinanz« in der rezenten Wirtschafts- und Finanzkrise so weit verbreitet sind, heißt nicht, dass überall bewusst NS-Jargon bemüht worden wäre. Es ist andererseits jedoch auch nicht davon auszugehen, dass ein einmal eingebürgerter Ausdruck seine Bedeutungsgehalte völlig abgelegt hätte.

Die Finanzspekulanten als die Schuldigen an der Krise werden in unserem Textkorpus jedoch zuweilen auch offen mit Repräsentanten des Judentums in Verbindung gebracht. In einem mit *Weltgeldbetrug* betitelten Leserbrief vom 17. Mai 2009 in der *Neuen Kronen Zeitung* wird im Rahmen eines massiven Weltverschwörungsszenarios die Hochfinanz mit Rockefeller und Rothschild benannt:

»Die Hochfinanz hat für sich vorgesorgt und hat die USA und die gesamte Welt dank der Federal Reserve (Fed), des privaten Bankenkartells unter Führung der beiden Großfinanzgruppen Rothschild und Rockefeller, noch im Griff. Reibach in Krisen und Kriegen. John F. Kennedy wollte die Fed verstaatlichen – doch vor Einbringung des Gesetzes wurde er ermordet.« (*Neue Kronen Zeitung*, 17. Mai 2009)

Wenngleich Rockefeller nicht jüdisch ist, wird er in antisemitischen Kreisen durchwegs so wahrgenommen. Durch die Alliteration Rothschild und Rockefeller wird ein Verschwörungsszenario konstruiert, dem implizit die Ermordung Kennedys zugeschrieben wird. Die Assoziation wird noch verstärkt durch den Gebrauch des Wortes »Reibach«, das sich aus dem Hebräischen herleitet. Ursprünglich bedeutete es einfach »Gewinn«, hat jedoch auch die Konnotation, dass der Gewinn mit unlauteren Mitteln erworben werde. Das Wort ist allgemein als »jüdisches« Wort verständlich und verstärkt so die durch das semantische Feld rund um »Hochfinanz« und »Großfinanzgruppen Rothschild und Rockefeller« schon hervorgerufene Assoziation von Finanzsphäre und Judentum.

(b) Sekundärer Antisemitismus und Antiamerikanismus

Ein Charakteristikum des Antiamerikanismus ist nicht die Kritik an US-amerikanischer Politik, sondern dass die USA allein für die Missstände verantwortlich gemacht werden, die dem Kapitalismus als gesamtgesellschaftlichem und globalem Verhältnis zuzurechnen sind. Dabei werden die kritisierten Mängel mit dem »Wesen« und »nationalen Charakter« der USA erklärt (»typisch amerikanisch!«, »American way of life«), während vergleichbare Zustände anderswo ignoriert, relativiert oder gar beschönigt werden (vgl. Hahn 2003). Angriffspunkt sind nicht selten die demokratischen Ideale der USA, und zwar von links wie von rechts mit jeweils unterschied-

lichen Vorzeichen. Während ein linker Antiamerikanismus darin bloße Heuchelei eines uneingelösten Anspruchs sieht, verkleidet der rechte Antiamerikanismus die Ablehnung der demokratischen Ideale, indem er sich chauvinistisch gegen die vorgeliebte Dekadenz, Oberflächlichkeit und »Pöbelhaftigkeit« der amerikanischen Nation wendet (vgl. Jäcker 2005; Markovits 2007).

Die ideologische Verbindung von Antiamerikanismus und Antisemitismus ist indes nicht neu, sondern war schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts zu beobachten. Während Juden und Jüdinnen im *Fin de Siècle* als VorreiterInnen der als ambivalent und bedrohlich erfahrenen Moderne galten, wurde Amerika als modernstes aller Länder gesehen, als »melting pot« aller Wurzel- und Traditionslosen. So liest man in einer völkischen Schrift 1906: »Heute kann man schon in gewissem Sinne den Juden als den Vertreter des Amerikanismus bei uns bezeichnen. Verjudung heißt eigentlich Amerikanisierung« (zitiert nach: Rensmann 2004: 243). Nach 1945 fand die Verbindung von Antiamerikanismus und Antisemitismus ein ideologisch-affektives Motiv im ambivalenten Verhältnis zu den alliierten »Besatzern« (ebd.; Diner 2002). Unter der Oberfläche der Verehrung liegt zuweilen ein Ressentiment gegen die Nation verborgen, die den Nationalsozialismus besiegt hatte. Das wurde im *Gruppenexperiment* in den 1950er-Jahren beobachtet und war ein Grund, warum Adorno und Horkheimer auf die bedeutende Rolle hinwiesen, die antiamerikanische Ressentiments für den Nationalismus in postnazistischen Gesellschaften spielten. Auch heute noch ist der Antiamerikanismus eine zentrale Manifestation des europäischen Chauvinismus und in Österreich und Deutschland auf eine nach wie vor verbreitete Abwehr zurückzuführen, Verantwortung für die NS-Vergangenheit zu übernehmen.

Diese Verbindung macht den Antiamerikanismus zu einem geeigneten Ersatz für einen Antisemitismus, der nicht mehr offen geäußert werden kann. In dem von uns untersuchten Sample an Printmedientexten finden sich Beispiele dafür, wie Antiamerikanismus und sekundärer Antisemitismus ineinander wirken. Genannt sei hier ein Artikel mit dem Titel *Größter Geldvernichter der Geschichte. Kranker Mann USA: Der Tanz um das Goldene Kalb ist ausgetanzt* aus der Sonntagsausgabe der *Neuen Kronen Zeitung* vom 19. Oktober 2008. Bereits der Titel lädt zu antisemitischen Assoziationen ein, ist doch der Tanz um das Goldene Kalb ein uraltes Symbol für die angebliche Geldgier von Jüdinnen und Juden.³ Die Headline etabliert eine direkte Verbindung zu Krankheit und Degeneriertheit und stellt die USA als »kranken Mann« dar – ein Bild, das im Kontext eines ultrakonservativen europäischen Kulturpessimismus Tradition hat. Im *Fin de Siècle* wurde es verwendet, um Dekadenz und Niedergang einer vormals vitalen Kultur und deren Transformation in eine entfremdete Zivilisation im Zuge von Modernisierung und Urbanisierung zu denunzieren, ein Prozess, der in

3 | 2005 inszenierten AktivistInnen von ATTAC am Rande des Weltwirtschaftsforums in Davos den Tanz um das Goldene Kalb, um die Exzesse des globalen Kapitalismus zu denunzieren. Einige AktivistInnen waren als Donald Rumsfeld und Ariel Sharon verkleidet und trugen gelbe Davidsterne (Loewy 2005).

völkisch-antisemitischen Kreisen auch »Amerikanisierung« und »Verjudung« geheißten wurde. In besagtem Artikel heißt es sodann:

»Die letzten Zweifel sind verfliegen: Das US-Modell hat ausgedient. Die Demokratie hatten sie ohnehin schon vorher verraten durch Folter und KZ. Jetzt ist auch die neoliberale Marktgläubigkeit gescheitert. Für den kleinen Mann, die kleine Frau in den USA ist der amerikanische Traum zum Albtraum geworden.« (*Neue Kronen Zeitung*, 19. Oktober 2008)

Die für den sekundären Antisemitismus charakteristische Schuldabwehr findet sich hier, indem KZ diskursiv in die USA transferiert werden und darauf der Vorwurf aufgebaut wird, Amerika hätte die Demokratie verraten. Eine Täter-Opfer-Umkehr wird hier insofern vorgenommen, als eine legitime Kritik an der Aushöhlung von Bürgerrechten in den USA nach 9/11 durch die eindeutig konnotierte Abkürzung KZ in den Kontext des Nationalsozialismus gestellt wird: Die USA, die ehemaligen Befreier, machten sich ähnlicher Verbrechen schuldig wie NS-Deutschland. In der Logik des Textes sind die Befreier selbst Täter und der »amerikanische Traum« als einer von Freiheit und Autonomie verkehrt sich (zum zynischen Wohlgefallen des autoritären Charakters, der es immer schon wusste) in einen Albtraum.

(c) Geschlechterbilder als Tabubruch

Als drittes Beispiel, wie sekundärer Antisemitismus in die Debatten um die Finanzkrise hineinspielt, möchte ich auf bestimmte Geschlechterbilder eingehen, durch welche das Tabu gebrochen wird, im Zusammenhang mit der Finanzkrise offen auf das Judentum zu verweisen. Bereits in der ersten Phase der Diskursanalyse stellten wir fest, dass in den Debatten um die Krise die Worte Jude, Judentum, jüdisch nicht verwendet wurden. Es gab jedoch eine signifikante Ausnahme, nämlich die Berichterstattung um den US-amerikanischen Banker Bernard Madoff, der 2010 beschuldigt wurde, seine AnlegerInnen um Milliarden betrogen zu haben. Als seine Komplizin wurde die österreichische Bankerin Sonja Kohn ausgemacht. In der Berichterstattung über sie wurde jüdische Weiblichkeit offen thematisiert. Das führte uns zu der Interpretation, dass ein Bezug auf weibliches Jüdischsein, anstatt auf Jüdischsein allgemein, das Brechen des Tabus erleichterte. In der *Presse* wurden die LeserInnen darüber aufgeklärt, dass Kohn »ihre auffällige Perücke angeblich aus religiösen Gründen trägt« (*Die Presse*, 14. Dezember 2010). Ausführlich widmete sich das *Wirtschaftsblatt* einer Charakterisierung der Bankerin, in der sich Zuschreibungen devianter Weiblichkeit und Judentum durchdringen:

»Sie ist Madoffs größte Alliierte und wird, wegen der frappanten Ähnlichkeit mit Madoff, häufig als sein böser Zwilling bezeichnet. Sie hat eine sehr aggressive und nicht zu bändigende Persönlichkeit, die ein Nein als Antwort nicht akzeptiert. Kohn ist eine in Österreich geborene orthodoxe Jüdin, die, nachdem sie die Bank Medici gegründet hat, nach New

York emigrierte. [...] Mit einer bauschigen roten Perücke und einer kampflustigen Persönlichkeit ist die 62-jährige Sonja Kohn unter den diskreten europäischen Privatbankern aufgefallen. Gut vernetzt in Österreichs Finanz und Politik, pflegte sie ihr Netzwerk weit über Mitteleuropa hinweg. Von Wien aus bereiste sie die Finanzzentren Zürich, Mailand und London. Sie spricht mindestens vier Sprachen und ihre goldene Rollkartei beinhaltet die Namen von Stars, Politikern und Bankern aus allen Ländern.« (*Wirtschaftsblatt*, 15. Dezember 2010)

Kohn wird hier als aggressiv und deviant weiblich dargestellt und dies implizit mit ihrem Judentum in Verbindung gebracht, womit auch gleich erklärt scheint, dass sie über ein weitreichendes Netzwerk verfügt, was für international tätige Banker ansonsten keine Besonderheit darstellen dürfte, hier jedoch den Beigeschmack der Verschwörung erhält. Was im Fall männlicher Banker nicht erwähnenswert wäre, wird bei Sonja Kohn skandalisiert, mit ihrem Frausein kontrastiert und auf ihr Judentum zurückgebunden.

Die *Kleine Zeitung* titelte *Starverkäuferin des Milliardenpleitiers* (15. Dezember 2010) und öffnete im Artikel selbst die Assoziation zum Nationalsozialismus:

»Die Tochter jüdischer Flüchtlinge soll Madoff in den 80ern in New York kennengelernt haben, wo sie als ›Austria's woman on Wall Street‹ bekannt war. Dass Kohn Jüdin ist, spielt eine gewisse Rolle, hat doch Madoff, ebenfalls Jude, vor allem seine Glaubensgenossen dazu überredet, in seine Fonds zu investieren.« (*Kleine Zeitung*, 15. Dezember 2010)

Da nicht weiter dargelegt wird, wann, wovor und wohin Sonja Kohns Eltern geflohen sind, wird quasi automatisch eine Assoziation mit dem Nationalsozialismus hergestellt. Diese Assoziation beeinflusst das Verständnis der darauf folgenden Information, dass Kohn und Madoff vor allem Jüdinnen und Juden betrogen hatten. Der Artikel suggeriert, dass Kohn via Wall Street zu einer Täterin an ihren »Glaubensgenossen« wurde, während ihre Eltern noch Opfer waren. Weiter unten im selben Artikel wird sie selbst als Mittäterin präsentiert, die vorgibt, Opfer zu sein, wobei mitschwingt, sie würde den Opferstatus ihrer Eltern zu ihrem eigenen Vorteil instrumentalisieren: »Laut Tagesanzeiger residiert sie in Zürich in einer noblen Villa, fühlt sich aber nicht als Mittäter von Madoff, sondern als Opfer. Für das natürlich die Unschuldsvermutung gilt« (*Kleine Zeitung*, 15. Dezember 2010).

Im Gesamtzusammenhang des Textes wird damit die Opferrolle im Zusammenhang mit ihren jüdischen Vorfahren und der Nazi-Vergangenheit zynisch umgekehrt. Kohn und Madoff werden »Alliierte« genannt und die Opfer des Betrugs, in erster Linie Juden und Jüdinnen, wie wir aus den Artikeln erfahren, werden als Opfer der so Alliierten präsentiert. Das Wort Alliierte ist im deutschen und österreichischen Kontext mit dem Zweiten Weltkrieg verbunden und der prominenteste Alliierte war natürlich die USA. Wenn wir also lesen, dass Juden und Jüdinnen Opfer der »Alliierten« Madoff und Kohn waren, öffnet sich der Assoziationsraum zum NS-Regime und seiner Niederlage – mit der Spezifik, dass hier Juden und Jüdinnen als Opfer von Alli-

ierten, die selbst jüdisch sind, präsentiert werden. Auf subtile Weise also wird die NS-Vergangenheit aufgerufen und die Schuld umgekehrt. Sonja Kohn wird porträtiert als Tochter jüdischer Opfer, die sich in eine (Mit-)Täterin verwandelt, der Jüdinnen und Juden zum Opfer fallen, die aber jegliche Verantwortung von sich weist und sich als Opfer ausgibt. Solche Verstrickung braucht der sekundäre Antisemitismus, um die Schuld von den Deutschen und ÖsterreicherInnen zu nehmen.

Fazit und Ausblick

Sekundärer Antisemitismus ist geschichtlich bedingt ein Phänomen postnazistischer Gesellschaften, also insbesondere in Deutschland und Österreich relevant, wo das Unbehagen mit einer bewusstmachenden Erinnerung an die Shoah nach wie vor weit verbreitet ist. Davon zeugen nicht nur die Anfeindungen, die selbst der ehemalige Vizekanzler und FPÖ-Parteiboss Heinz-Christian Strache von Seiten seiner eigenen Anhängerschaft auf *Facebook* erfährt, wenn er aus Anlass von Antisemitismus-Skandalen in seiner Partei nahestehenden Burschenschaften volle Aufklärung der Vorgänge verlangt, oder wenn er aus Anlass des Gedenkens an Österreichs »Anschluss« an NS-Deutschland 1938 die nationalsozialistischen Verbrechen verurteilt.⁴ In der gesellschaftlichen Mitte hingegen wehrt man sich mittlerweile nicht mehr gegen das Gedenken an den Nationalsozialismus. Indessen ist zu beobachten, dass die Gedenkveranstaltungen immer zahlreicher, aber auf merkwürdige Weise abstrakt werden: Das Gedenken an Auschwitz ist zunehmend vom Antisemitismus und den Juden und Jüdinnen als Opfern entkoppelt und der Holocaust wird zu einer leeren Hülse, die für Verbrechen gegen die Menschlichkeit allgemein steht (Seymour 2013; Fine 2009; Stögner 2016b). Das korrespondiert mit dem Befund, dass sekundärer Antisemitismus in letzter Konsequenz mit einer Einebnung der Fähigkeit lebendiger Erinnerung in engem Zusammenhang steht.

Die Internationalisierung des Gedenkens an Auschwitz und die Entkopplung des Gedenkens von seinem Inhalt, nämlich dem Antisemitismus und der Ermordung der Juden und Jüdinnen, hat auch zur Folge, dass Elemente des sekundären Antisemitismus in Kontexten aktualisiert werden können, die weder mit dem Nationalsozialismus noch mit seiner Nachgeschichte unmittelbar zu tun haben. Das konnte an den Debatten um die Wirtschaftskrise gezeigt werden. Dieses Phänomen der Ausbreitung sekundär-antisemitischer Motive über ihr angestammtes ideologisches und geschichtliches Terrain hinaus lässt sich auch bei der Abwehr anderer Schuldzusammenhänge beobachten: etwa in postkolonialen Debatten, in welchen eine Kolonialschuld Europas auf Israel projiziert wird. Der Wunsch, Israel sowie die Juden und Jüdinnen an Verbrechen an den PalästinenserInnen schuldig zu sehen, die jenen

4 | »Shitstorm gegen Strache, nachdem er NS-Verbrechen verurteilte«, in: *Der Standard*, 13. März 2018 (<https://derstandard.at/2000075994165/Shitstorm-gegen-Strache-nachdem-er-AnschlussNS-Verbrechen-verurteilte>, 1. Oktober 2018).

der Nationalsozialisten ähneln würden, ist ein klassisches sekundär-antisemitisches Motiv, hinter dem sich das Bedürfnis von BürgerInnen ehemaliger Kolonialstaaten in Europa verbirgt, ihre Nation von der Schuld befreit zu sehen, oder sie zu »begleichen«, indem sie auf Israel, den »Juden unter den Staaten« projiziert wird (Rensmann 2017: 25).

Der sekundäre Antisemitismus ist strukturell verankert und wird von den Einzelnen als Ideologie übernommen. In der als krisenhaft erlebten post-nationalen Konstellation (Habermas 1998) ist eine der zentralen Funktionen des sekundären Antisemitismus, ein Zugehörigkeitsgefühl zu stärken, das nach wie vor fest an das Prinzip des Nationalen gebunden ist und entweder offen nationalistisch auftritt oder das Nationale auf bestimmte Träger wie etwa Israel projiziert, um sich selbst davon rein zu halten.

Diese Zusammenhänge markieren Forschungsdesiderata im Hinblick auf die Persistenz sekundär-antisemitischer Stereotypen- und Ideologiebildung und ihre Flexibilität in Kontexten, die mit dem Nationalsozialismus nicht unmittelbar zu tun haben. Charakteristisch für diese Flexibilität ist, dass der Antisemitismus sich mit anderen Ideologien zur Steigerung seiner eigenen Wirksamkeit überschneidet. Wie in diesem Beitrag anhand empirischen Materials gezeigt wurde, sind es vor allem Sexismus, Antifeminismus und Nationalismus, die gemeinsam mit dem Antisemitismus ein antidemokratisches ideologisches Syndrom bilden.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1997a): »Schuld und Abwehr. Eine qualitative Analyse zum Gruppenexperiment«, in: Adorno, Theodor W., *Gesammelte Schriften*, Band 9-2: Soziologische Schriften, hrsg. von Rolf Tiedemann, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 121–324.
- Adorno, Theodor W. (1997b), »Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit«, in: Adorno, Theodor W., *Gesammelte Schriften*, Band 10-2: Kulturkritik und Gesellschaft, hrsg. von Rolf Tiedemann, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 555–572.
- Becker, Ulrike, Behn, Frank, Fall, Clara, Küntzel, Matthias, Schneider, Wladimir, Starck, Jürgen, Thörner, Klaus und Woltersdorf, Rolf (1997): *Goldhagen und die deutsche Linke oder die Gegenwart des Holocaust*, Berlin: Elefant Press.
- Benjamin, Walter (1992): »Über den Begriff der Geschichte«, in: Benjamin, Walter, *Gesammelte Schriften 1–2*, Band I-2: Abhandlungen, hrsg. von Hermann Schwepenhäuser und Rolf Tiedemann, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 691–704.
- Bergmann, Werner und Rainer Erb (1986): »Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 38. Jahrgang, Heft 2, S. 223–246.
- Broder, Henryk (1986): *Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls*, Frankfurt am Main: Fischer.

- Diner, Dan (Hrsg.) (1988): *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz*, Frankfurt am Main: Fischer.
- Diner, Dan (2002): *Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments*, München: Propyläen.
- Fairclough, Norman (1992): *Discourse and Social Change*, Cambridge, UK: Polity Press.
- Fine, Robert (2007): *Cosmopolitanism*, London: Routledge. DOI: <https://doi.org/10.4324/9780203087282>.
- Fine, Robert (2009): »Fighting with phantoms: a contribution to the debate on anti-semitism in Europe«, in: *Patterns of Prejudice*, 43. Jahrgang, Heft 5, S. 459–479. DOI: <https://doi.org/10.1080/00313220903339006>.
- Giordano, Ralph (1987): *Die zweite Schuld. Von der Last, Deutscher zu sein*, Hamburg: Rasch & Röhrling.
- Goldhagen, Daniel J. (1998): *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust*, München: Siedler.
- Gottschlich, Maximilian (1987): »Die beleidigte Nation. Der ›Fall Waldheim‹ als antisemitisches Medienereignis«, in *Journal für Sozialforschung*, 27. Jahrgang, Heft 3–4, S. 393–406.
- Grigat, Stephan und Markl, Florian (2012): »Österreichische Normalität. Postfaschismus, Postnazismus und der Aufstieg der Freiheitlichen Partei Österreichs unter Jörg Haider«, in: Grigat, Stephan (Hrsg.), *Postnazismus revisited. Das Nachleben des Nationalsozialismus im 21. Jahrhundert*, Freiburg: ça ira.
- Habermas, Jürgen (1987): *Eine Art Schadensabwicklung. Kleine Politische Schriften VI*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen et al. (1987): »Historikerstreit«. *Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung*, München: Piper.
- Habermas, Jürgen (1998): *Die postnationale Konstellation*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hahn, Michael (2003): »Vom Keulenschlag zum Schulterklopfen. Einige Erklärungen und Verklärungen von Antiamerikanismus in der Linken«, in: Hahn, Michael (Hrsg.), *Nichts gegen Amerika. Linker Antiamerikanismus und seine lange Geschichte*, Hamburg: Konkret-Literatur-Verlag, S. 14–24.
- Horkheimer, Max und Adorno, Theodor W. (1997): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Jaecker, Tobias (2005): *Antisemitische Verschwörungstheorien nach dem 11. September*, Münster: LIT.
- Loewy, Hanno (2005): »Der Tanz ums ›Goldene Kalb‹«, in: Loewy, Hanno (Hrsg.), *Gerüchte über die Juden: Antisemitismus, Philosemitismus und aktuelle Verschwörungstheorien*, Essen: Klartext, S. 9–26.
- Markovits, Andrei (2007): *Uncouth Nation: Why Europe dislikes America*, Princeton: Princeton University Press.

- Massing, Paul (1959): *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus*, Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Peham, Andreas (2018): *Kritik des Antisemitismus*, Stuttgart: Schmetterling.
- Pollock, Friedrich (Hrsg.) (1955): *Gruppenexperiment – Ein Studienbericht*, Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt (Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Band 2).
- Quindeau, Ilka (2007): »Schuldabwehr und nationale Identität – Psychologische Funktionen des Antisemitismus«, in: Brosch, Matthias, Elm, Michael, Geißler, Norman, Simbürger, Brigitta Elisa und Wrochem, Oliver von (Hrsg.): *Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland*, Berlin: Metropol, S. 157–164.
- Rensmann, Lars (2004): *Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rensmann, Lars (2007): »Zwischen Kosmopolitismus und Ressentiment: Zum Problem des sekundären Antisemitismus in der deutschen Linken«, in: Brosch, Matthias, Elm, Michael, Geißler, Norman, Simbürger, Brigitta Elisa und Wrochem, Oliver von (Hrsg.): *Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland*, Berlin: Metropol, S. 165–190.
- Rensmann, Lars (2017): »Guilt, Resentment, and Post-Holocaust Democracy«, in: *Antisemitism Studies*, 1. Jahrgang, Heft 1, S. 4–36.
- Schiedel, Heribert (2012): »Gemeinschaftsbildung und Verfolgungswahn. Thesen zur Besonderheit des österreichischen Syndroms«, in: Grigat, Stephan (Hrsg.), *Postnazismus revisited. Das Nachleben des Nationalsozialismus im 21. Jahrhundert*, Freiburg: ça ira, S. 265–284.
- Schoeps, Julius H. (Hrsg.) (1996): *Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust*, Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Schönbach, Peter (1961): *Reaktionen auf die antisemitische Welle im Winter 1959/60*, Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt.
- Seymour, David (2013): »New Europe«, Holocaust Memory, and Antisemitism«, in: Small, Charles A. (Hrsg.), *Global Antisemitism: A Crisis of Modernity*, Leiden/Boston: Brill-Nijhoff, S. 21–28. DOI: https://doi.org/10.1163/9789004265561_003.
- Stögner, Karin (2016a): »Secondary Antisemitism, the Economic Crisis and the Construction of National Identity in the Austrian Print Media«, in: *Critical Sociology*, 44. Jahrgang, Heft 2, S. 719–732. DOI: <https://doi.org/10.1177/0896920516662507>.
- Stögner, Karin (2016b): »We are the new Jews!« and »The Jewish Lobby« – Holocaust inversion, antisemitism and the construction of a national identity by the Austrian Freedom Party«, in: *Nations and Nationalism*, 22. Jahrgang, Heft 3, S. 484–504.
- Stögner, Karin und Bischof, Karin (2017): »International High Finance Against the Nation? Antisemitism and Nationalism in Austrian Print Media Debates on the Economic Crisis«, in: *Journal of Language and Politics*, 17. Jahrgang, Heft 3, S. 428–446. DOI: <https://doi.org/10.1075/jlp.16040.sto>.
- Stögner, Karin und Höpolseder, Johannes (2013): »Nationalism and Antisemitism in the Postnational Constellation. Thoughts on Horkheimer, Adorno and Habermas«,

- in: Small, Charles A. (Hrsg.), *Global Antisemitism: A Crisis of Modernity*, Leiden/Boston: Brill-Nijhof, S. 121–134. DOI: https://doi.org/10.1163/9789004265561_013.
- Wodak, Ruth (2011): »Suppression of the Nazi Past, Coded Languages, and Discourses of Silence: Applying the Discourse-Historical Approach to Post-War Anti-Semitism in Austria«, in: Steinmetz, Willibald (Hrsg.), *Political Languages in the Age of Extremes*, Oxford: Oxford University Press, S. 351–379.
- Wodak, Ruth und Busch, Brigitta (2004): »Approaches to media texts«, in: Downing, John, McQuail, Denis, Schlesinger, Philip und Wartella, Ellen (Hrsg.), *The SAGE Handbook of Media Studies*, London: Sage, S. 105–122. DOI: <https://doi.org/10.4135/9781412976077.n6>.
- Wodak, Ruth, Cillia, Rudolf de, Reisigl, Martin, Liebhart, Karin, Hofstätter, Klaus und Kargl, Maria (1998): *Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Wodak, Ruth, Nowak, Peter, Pelikan, Johanna, Gruber, Helmut, Cillia, Rudolf de und Mitten, Richard (1990): *»Wir sind alle unschuldige Täter!« Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Frühe empirische Sozialforschung in Österreich nach 1945

Zur Bedeutung von Paul Felix Lazarsfeld und Paul Martin Neurath

Anton Amann

Vorbemerkung

Die empirische Sozialforschung beginnt in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Gründung von Einrichtungen für die Umfrageforschung und der ersten Etablierung von Forschungs- und Bildungsinstituten innerhalb und außerhalb der Universitäten (Entwicklung einer sozialwissenschaftlichen Infrastruktur) sowie mit vereinzelt soziologischen Untersuchungen z. B. zur sozialen Stratifikation, zu Familienbeziehungen und Freizeitgewohnheiten junger Arbeiter und zum Wahlverhalten der Bevölkerung (Entwicklung von Themenanalyse und Methodenstrategien). Ihre stärksten Aufwärtstrends erlebt die Sozialforschung in den 1970er- und 1980er-Jahren. In beiden Fällen, Entwicklung der Infrastruktur und Forschungstraditionen, spielen Paul F. Lazarsfeld und Paul M. Neurath ihre je eigene Rolle. Ihre wissenschaftlichen Lebensverläufe sind im Kontext der Fragen zum »Dritten Reich« nie eingehend untersucht worden, wobei P. F. Lazarsfeld auch nicht als von den Nationalsozialisten direkt Verfolgter gelten kann, P. M. Neurath dagegen sehr wohl. Für beide sind in diesem Zusammenhang nur spärliche Materialien vorhanden – einige finden sich im Paul F. Lazarsfeld Archiv an der Universität Wien, die einer eventuellen künftigen Analyse vorbehalten bleiben müssen. Hier werden nur einige Hinweise möglich sein.

Es mag für die weiteren Überlegungen hilfreich sein, ein Konzept zu Fragen der Wissenschaftsorganisation und -entwicklung einzusetzen, das es erlaubt, zwischen unterschiedlichen Ebenen wissenschaftlicher Aktivitäten systematisch zu unterscheiden. Zu sprechen ist von: a) zero-order science, b) first-order science und c) second-order science (Müller 2016).¹

1 | Die englische Terminologie behalte ich bei, da sie bereits verbreitet ist und deshalb helfen kann, Missverständnisse zu vermeiden.

ad a) Zero-order science hat eine katalytische Funktion, sie ermöglicht erst Primärforschung und stellt sich als Forschungsinfrastruktur für alle Wissenschaftsdisziplinen dar, die gegenwärtig in international organisierten Netzwerken stark expandiert. Auf dieser Ebene sind z. B. die Institutsgründungen nach dem Zweiten Weltkrieg, die gesetzlichen Regelungen Forschung und Ausbildung betreffend etc. zu betrachten.

ad b) First-order science betrifft alle wissenschaftlichen Operationen, die wir benutzen, um die Welt zu explorieren und über sie zu reflektieren. Im hier gegebenen Kontext bezieht sich der Ausdruck vor allem auf Forschungsprojekte in Form empirischer Erhebungen und ihnen folgende Publikationen, aber auch auf Konzepte und Heuristiken, die in dieser Forschung Anwendung fanden.

ad c) Second-order science schließlich bezieht sich auf alle Operationen, mit denen systematische Analysen der Daten, Ergebnisse, Methoden, Theorien etc. der first-order science vollzogen werden (z. B. Metaanalysen von Daten oder Methoden). Auf dieser Ebene wird über die Wissenschaft der ersten Ebene reflektiert. Es wird sich herausstellen, dass in der frühen Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg auf dieser Ebene kaum Aktivitäten stattfanden, die ersten Schritte aber mit Ende der 1970er-Jahre getan wurden.

Sozialforschung und sozialwissenschaftliche Infrastrukturen nach 1945²

Zero-order science³

Vorauszuschicken ist, dass in der Geschichtsschreibung der österreichischen Soziologie Einigkeit darüber herrscht, dass nach der Devastierung der österreichischen Wissenschaftslandschaft durch Ständestaat und NS-Herrschaft die Verantwortlichen, allen voran die Regierungen, keine deutlichen Anstrengungen unternommen haben, vertriebene AkademikerInnen zurückzuholen. So gingen auch die wenigen Initiativen zur Wieder- und Neubelebung der Sozialwissenschaften fast durchgängig von AkteurInnen aus, die nicht in Österreich lebten (Fleck 2010: 260). Gegenüber der Zwischenkriegszeit muss als Neuerung im Dienststellenbereich die 1946 für August M. Knoll geschaffene außerordentliche Professur für Soziologie an der Universität Wien gelten. A. M. Knoll hatte diese Professur, die 1950 in eine ordentliche Professur umgewandelt wurde, bis zu seinem Tod 1963 inne. Nach ihm übernahm sie Leopold Rosenmayr (Rosenmayr 1966: 26). Folgende soziologische Universitätsinstitute gab es 1970: eines in Graz (seit 1965), drei in Linz (seit 1965, 1966 und 1967), eines in Salzburg (seit 1968), und zwei in Wien (seit 1950 und 1966) mit insgesamt neun Vollpro-

2 | Zu diesem Kapitel siehe auch Amann 2018.

3 | Ausführlich zur Frage sozialwissenschaftlicher Infrastrukturentwicklung in Österreich siehe Amann und Müller 2018.

fessuren. Einige der Institutsgründungen müssen im Zusammenhang mit dem Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Studiengesetz von 1966 gesehen werden, das es Studierenden erstmals erlaubte, ihr Studium mit dem Magisterium rerum socialium oeconomicarumque abzuschließen. Die Gründung des Vereins Österreichische Gesellschaft für Soziologie (ÖGS) 1949/50 war eine Konsequenz aus der Notwendigkeit, eine nationale Berufsorganisation zu schaffen, um an den Konferenzen der von der UNESCO initiierten International Association of Sociology (ISA) teilnehmen zu können (Fleck 2010: 260).

Eine in der einschlägigen Literatur bisher wenig beachtete Gründung war das Institut für Wissenschaft und Kunst (IWK), das am 12. Jänner 1946 im Kleinen Festsaal des Neuen Rathauses (als Verein) ins Leben gerufen wurde. Aus den Gründungsakten⁴ ist leicht zu ersehen, dass das IWK als Gegenmodell zur nach wie vor in erheblichem Ausmaß reaktionär besetzten Universität fungieren sollte und die Traditionen der Bildung und Erziehung aus dem »Roten Wien« der Zwischenkriegszeit wieder aufnahm. In einer Pressemitteilung vom 10. Jänner 1946 formulierte der Präsident des Stadtschulrates, Leopold Zechner, über das IWK unter anderem:

»Der reaktionäre, fortschrittsfeindliche Geist hatte sich schon viel zu lange vor dem ›Anschluss‹ in den Zentren des akademischen Lebens in Österreich eingenistet, als dass eine Wiedererhebung des geistigen Lebens aus der faschistischen Barbarei in der für die Zukunft Österreichs nötigen Raschheit erfolgt wäre. Von welch überragender Bedeutung jedoch die Frage ist, ob auch in unseren Erziehungsinstitutionen über die Pflichtschule hinaus ein republikanischer und demokratischer Geist einzieht, haben wir am Beispiel der akademischen Jugend in Österreich zwischen 1918 und 1938 erlebt. Sie ist zu einem erschreckend grossen Teil dem Nationalsozialismus verfallen. Gab es doch von berufener Seite ideologisch kaum eine Gegenwehr.«

Das Institut war in fünf Abteilungen gegliedert, es waren die Vergabe von Forschungsaufträgen »an einzelne Wissenschaftler, Fachvorlesungen, Seminare und Arbeitsgemeinschaften geplant.« Bemerkenswert ist auch, dass »schnellstens mit den im Ausland wirkenden österreichischen Wissenschaftlern Fühlung aufgenommen werden« sollte, und dass das Institut eine eigene Zeitschrift (Chefredakteur Edwin Rollet) einpflanzte. Das Arbeitsprogramm vom Herbst 1946 beinhaltete u. a. 34 Vorträge. Unter den Vortragenden waren Walter Hollitscher, Wilhelm Marinelli, Karl Przibram, Robert Endres, Rupert Riedl, Otto König, Berta Karlik (die erste ordentliche Universitätsprofessorin Wiens), Leo Stern und Eduard Winter.

Einige der ersten neuen Forschungsinstitute, die in Wien nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet wurden, waren der Markt- und Meinungsforschung gewidmet, andere hatten breitere soziologische Themen in ihren Forschungsprogrammen. 1949: Das Österreichische Gallup-Institut wurde von Siegfried Beckert gegründet, der mit

4 | Barbara Litsauer vom IWK danke ich für die Überlassung von Kopien wichtiger Dokumente, aus denen die Zitate im Folgenden entnommen sind.

George Gallup in den USA Kontakt gehabt hatte, das Institut für Industrieforschung von Ralf Grünwald. 1950: Das »Fessel-Institut« (Berechnungsbüro für Wirtschaft und Industrie) wurde von Walter Fessel etabliert.⁵ 1952: Es folgte das Institut für Kirchliche Sozialforschung. Dieses war das erste Institut, das nach dem Krieg demographische, soziographische und empirisch-soziologische Untersuchungen anstellte. Ge- gründet wurde es von dem niederländischen Franziskaner Linus Grond und dem österreichischen Soziologen Erich Bodzenta. Ein guter Teil der 77 Berichte und 40 Memoranden, die bis 1966 publiziert wurden, stammte aus empirischer Forschung. Dem Institut schloss sich eine holländische Gruppe um Hiddo M. Jolles an. L. Grond und H. M. Jolles brachten Methoden aus der Tradition des Franzosen Gabriel Le Bras (Religions- und Rechtssoziologe) nach Wien (Rosenmayr 1988: 289). 1957: Das Institut für Raumplanung startete seine ersten empirischen Studien. 1960: Das Österreichische Institut für Jugendforschung nahm seine Arbeit auf. 1963: Das Wiener Institut für Sozialforschung, später Institut für Empirische Sozialforschung, wurde von Karl Blecha gegründet (Hebenstreit und Gmeiner 1990). 1968 gründete Henrik Kreutz die Arbeitsgemeinschaft für Angewandte Interdisziplinäre Sozialforschung (AIAS) in Wien.

An den Universitäten kam es ebenfalls zu Institutsgründungen. 1954 richtete L. Rosenmayr die Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle an der Universität Wien ein, weitere Institute entstanden in Graz (Johann Mokre), Innsbruck (Johannes Schasching) und Wien (Ernst Lagler).

Von spezieller Bedeutung ist im hier diskutierten Kontext die Gründung des Instituts für Höhere Studien (kurz: »Ford-Institut«) in Wien 1963 als ein Postgraduier- ten-Fortbildungs-Zentrum. Es waren P. F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern, die für die relevanten Initiativen und die dann erfolgte Gründung verantwortlich zeich- neten und die die Verbindungen zwischen der Ford Foundation und den in Österreich verantwortlichen Stellen und Personen herstellten. Über die verworrenen Wege der Institutsgründung hat Christian Fleck berichtet, jedenfalls ist festzuhalten, dass diese Einrichtung letztlich dadurch zustande kam, dass zwei Ex-Österreicher dem Land etwas Gutes tun wollten (Fleck 2000; Replik: Kramer 2002). Nach einer Periode, in der dem Institut keine erhöhte Aufmerksamkeit von Seiten der universitären Soziolo- gie zuteil geworden war, begann es zur größten sozialwissenschaftlichen Einrichtung in Österreich heranzuwachsen und zu einer wahrgenommenen Konkurrenz für die Universitäten zu werden.⁶ Das Institut war als Brückenkopf zu international arrivier-

5 | Rudolf Bretschneider geht davon aus, dass auf einige dieser Gründungen und die Art der wissenschaftlichen Arbeit wahrscheinlich folgender Einfluss wirksam wurde: George Katona (*Psychological Analysis of Economic Behavior* 1951); Paul F. Lazarsfeld (Wirtschaftspsycholo- gische Forschungsstelle in Wien, 1930er-Jahre); Ernest Dichter, Psychoanalytiker, »Motivfor- schung«; George Gallup, American Institute of Public Opinion (ähnliche Methoden, andere Untersuchungsgegenstände), vgl. Bretschneider 2016.

6 | Ich erinnere mich lebhaft an einige Auseinandersetzungen zwischen VertreterInnen beider Einrichtungen, doch rückblickend will mir scheinen, dass der Reiz damals vor allem in der Gereiztheit der DisputantInnen gelegen hat.

ten Methoden und Theorien der Sozialwissenschaften gedacht (Karl H. Müller), und zwar zu einer Zeit, als diese noch kaum in Österreich angekommen waren. Es wurde als eine intellektuelle links-liberale Experimentierstation für Fortschritte in der empirischen Forschung betrachtet und versuchte diesem Ziel auch durch Einladungen an international anerkannte Personen gerecht zu werden. Zwischen 1963 und 1971 findet sich eine ganze Reihe berühmter Namen unter den Vortragenden: Charlotte Bühler, James Coleman, René König, P. F. Lazarsfeld, Helmut Schelsky, Friedrich August von Hayek, Michel Crozier, Fritz Redlich, Anatol Rapoport, Lewis Coser, Peter Blau und Johan Galtung (Hebenstreit und Gmeiner 1990). Es gab drei Abteilungen: Soziologie, Ökonomie (die im ursprünglichen Plan nicht vorgesehen war) und Politologie, und das Institut produzierte einige sehr bedeutende sozialwissenschaftliche Studien während dieser hohen Zeit der Soziologie in Österreich, z. B. über die Lebensbedingungen der österreichischen Bevölkerung (Fischer-Kowalski und Buček 1980). Soll nach diesen Hinweisen, die bei weitem nicht vollständig sind (auf Linz und andere Beispiele kann im hier begrenzten Raum nicht eingegangen werden), ein Resümee gezogen werden, so könnte es am ehesten so lauten: Während die Markt- und Meinungsforschung sowie einige andere außeruniversitäre Institute in Österreich nachhaltig Fuß fassen konnten (nicht zuletzt durch permanente Beauftragung der einschlägigen Institute durch Parteien, denen sie nahestanden), gab es für die Soziologie (nicht die Wirtschaftswissenschaften) ein mühsames Auf-der-Stelle-Treten, in dessen Rahmen auch bedeutende WissenschaftlerInnen wie Margaret Mead, P. F. Lazarsfeld, P. M. Neurath (letzterer über Jahre hinweg als Gast- und Honorarprofessor) nicht den Einfluss ausüben konnten, den sie an ihren Universitäten mühelos erreichten. Das intellektuelle Klima an den österreichischen Universitäten scheint wenig aufnahmefähig gewesen zu sein. Der wissenschaftliche Geist war klebrig. Die in der Zwischenkriegszeit sehr aktiven »Salons« und »Kreise« erstanden nicht wieder (vgl. Amann 1987).

First-order science

Es dauerte einige Jahre, bis die ersten soziologischen Studien durchgeführt wurden. In einer 1969 veröffentlichten Bibliographie, die bis 1950 zurückreicht, werden zwölf Bücher erwähnt, und nur drei von den zwölf waren offensichtlich Ergebnisse empirischer Studien (Rosenmayr und Höllinger 1969). Die nächsten beiden, etwas erweiterten Bibliographien folgten 1970 und 1974 (Rehberger 1970; 1974). Sie sind etwas professioneller aufgebaut, indem für sie die *International Bibliography of Sociology* (herausgegeben von der UNESCO) als Klassifikationssystem verwendet wurde. Die erste umfasst 654 soziologische Bücher, Artikel in Journals, Sammelwerke etc., die zwischen 1960 und 1969 in Österreich publiziert oder von österreichischen AutorInnen in anderen Ländern verfasst worden waren. Die zweite Bibliographie ist eine Fortsetzung der ersten mit 501 neuen Publikationen zwischen 1969 und 1974. Das Klassifikationssystem ist dasselbe. Während in der ersten Bibliographie ein Lehrbuch

aufscheint, sind es in der zweiten bereits fünf. Die Zahl der Veröffentlichungen zu Theorie, Methodologie und Statistik ist gewachsen, das Hauptgewicht liegt auf den Themen Sozialstruktur, ländliche Soziologie und Demographie, Jugend und Alter sowie Arbeit und Bildung. Eine Durchsicht dieser Bibliographien zeigt keine einzige empirische Arbeit, die sich auf die Situation in der NS-Zeit oder den Umgang mit diesem unseligen Erbe nach dem Krieg bezieht.

Die Zeit zwischen 1950 und ca. 1970 brachte eine bemerkenswerte Ausbreitung der Sozialforschung und auch der legislativen Bestimmungen (z. B. das erste Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Studiengesetz von 1966). Studien, die als Meilensteine der frühen Entwicklung bis zur Mitte der 1960er-Jahre bezeichnet werden könnten, sind u. a. eine erste und gut laborierte Studie zur sozialen Schichtung in Österreich von Hertha Firnberg (1961), eine breit angelegte empirische Erhebung über *Familienbeziehungen und Freizeitgewohnheiten jugendlicher Arbeiter* (Rosenmayr 1963), und eine der ersten Studien zu Wählern, Parteien und Politikern (Blecha, Gmoser und Kienzl 1964). Dass bis ca. 1965 einschlägige empirische Untersuchungen mit ihnen erfolgreich folgenden Publikationen spärlich waren, ist unter Berücksichtigung der Frage zu diskutieren, wo Interessierte das soziologische Handwerk hätten lernen sollen. Jedenfalls nicht in Österreich.⁷

Über die Produktion sozial relevanter amtlicher Daten lässt sich Folgendes festhalten. Von den 1950er-Jahren bis in die 1970er-Jahre war das öffentliche Interesse auf Daten über die Wirtschaft gerichtet (Wirtschaftsstatistik) und erst ab dem Beginn der 1970er-Jahre entwickelte sich eine größere Aufmerksamkeit für Sozialdaten (Sozialstatistik). Das wichtigste Instrument für die verschiedensten Forschungsfragen war der Österreichische Mikrozensus (erstmalig im März 1968 durchgeführt). Er ist, im Gegensatz zur Volkszählung, eine nach Zufallskriterien ausgewählte Haushaltsbefragung, um Zensusdaten zu aktualisieren und die Lebensbedingungen der Bevölkerung in kürzeren Zeitabständen durch Sonderprogramme zu erfassen (Amann 1992). Als Konsequenz der geänderten Interessen und Aufmerksamkeiten entwickelte die amtliche Statistik zwei Wege, relevante Daten zu organisieren und zu präsentieren: Einerseits wurde ein System von Sozialindikatoren entwickelt und andererseits die periodische Publikation von Datenhandbüchern gestartet, die Tabellen und Kommentare enthielten. 1976 publizierte das Österreichische Statistische Zentralamt die erste Sammlung von Sozialindikatoren (*Beiträge zur Österreichischen Statistik*, Heft 428) und 1977 das erste Datenhand-

7 | Am Beginn meines Studiums (1967) war die Methodenausbildung noch nicht konsolidiert. Ich erinnere mich an die Darstellung von Häufigkeitsverteilungen anhand der Zugfestigkeit von Blechen und der Druckfestigkeit von Betonwürfeln. Die Suche nach soziologisch-methodischer Literatur führte mich zu einem Buch, von P. F. Lazarsfeld und Morris Rosenberg herausgegeben, das ich heute noch, zerlesen und zerfleddert, wie eine Reliquie zu Hause aufbewahre. *The Language of Social Research* war in 4. Auflage 1964 (zuerst 1955) erschienen, mit allen grundlegenden Überlegungen zu concepts, indices, and multivariate analysis. Diese Arbeiten waren wie ein Leuchtturmlicht in tiefer Nacht.

buch (*Sozialstatistische Daten*).⁸ Im Rückblick liegt heute die Konklusion nahe, dass mit dem Ende der 1970er-Jahre die Entwicklung der empirischen Sozialforschung in Österreich einen Status erreicht hatte, der mit jenem anderer europäischer Länder vergleichbar war und der erfolgreiche internationale Kooperation begünstigte. Soziologie als Wissenschaftsdisziplin hatte begonnen, erste Aspekte ihrer eigenen Infrastruktur zu entwickeln.

Second-order science

Gegen Ende der 1970er-Jahre hatte die empirische Sozialforschung in Österreich sowohl die inhaltlichen Schwerpunkte als auch ihre soziale Form im Vergleich zu den frühen 1960er-Jahren auf zweierlei Weise entschieden geändert: Einerseits war es zu einer Expansion der Forschungsaktivitäten und zugleich zu einer Konsolidierung der großen Forschungsthemenbereiche gekommen, andererseits war eine zunehmende Selbstreflexion und Problembewusstheit in der Forschung eingetreten. Nicht unerheblich war die damals aufbrechende Diskussion über den Nutzen der Soziologie, die manche als Gelegenheit wahrnahmen, die Soziologie in der Krise zu sehen.⁹ Es erschienen die ersten Publikationen mit einer kritischen Perspektive auf die empirische Forschung und ihre Funktion in der Gesellschaft. Teilweise zumindest war dieser Wandel dem Einfluss des sich stärker bemerkbar machenden westlichen Marxismus geschuldet. Die Rolle der empirischen Sozialforschung wurde in Hinsicht auf staatlichen Interventionismus, in Hinsicht auf ihren Beitrag zur Steigerung von Problembewusstsein bezüglich Krisenmanagement untersucht, sie wurde in Hinsicht auf den Wandel von einem gesellschaftlichen Instrument der Diagnose zu einer Anleitung für soziale Aktion eingeschätzt, und sie wurde unter Gesichtspunkten der Selbst- und Fremdlegitimation beurteilt (z. B. Fischer-Kowalski 1974). Dass sich die Sozialforschung in Österreich zu dieser Zeit beschleunigt entwickeln konnte, hatte vor allem mit der voranschreitenden Institutionalisierung auch außerhalb der Universitäten zu tun. Viele AbsolventInnen gingen in die öffentliche Verwaltung, andere gründeten ihre eigenen kleinen Forschungseinrichtungen, wieder andere hatten die Chance, in Jobs zu arbeiten, nicht zu fern von ihrer ursprünglichen Ausbildung. Wieweit zu dieser Zeit in Forschungsprojekten, Diplomarbeiten und Dissertationen empirische Sekundäranalysen bereits als Vorstufe von Second-order-Strategien eingesetzt worden sind, müsste eigens erforscht werden. Ein Aspekt scheint mir aus der Sicht der Wissenschaftssoziologie interessant zu sein: Es begannen Studien zu entstehen, die sich mit der Produktion und Rezeption von Forschung beschäftigten, von denen einige in

8 | Diese Neuerung entsprach einem internationalen Trend in der Produktion von Datenhandbüchern mit sozialen Indikatoren: *Social Trends* ab 1970 in Großbritannien, *Données Sociales* in Frankreich ab 1973, aber schon 1961 der *Sociological Almanac for the United States*, der von Murray Gendell und Hans L. Zetterberg herausgegeben worden war.

9 | Später wurde dann die Krisenreflexion gesamtgesellschaftlich ausgedehnt. Beispielhaft dazu: Burger, Matzner, Pelinka, Steinert und Wiesbauer 1988.

ausgesprochen konstruktivistischer Manier gehalten waren (Knorr, Haller und Zilian 1979; 1981) und die ihre Wurzeln in Projekten hatten, welche im Institut für Höhere Studien durchgeführt worden waren. In gewisser Weise hatte eine Idee begonnen, fruchtbar zu werden, die P. F. Lazarsfeld vor langer Zeit schon formuliert hatte: »If one wants to know what sociology is, one has to find out what sociologists do. If one wants to find sociologists, one has to look for them among the large number of people who try to develop the social sciences.« Aus der Sicht der soziologischen Ausbildung konnte gesagt werden:

»Students should have a working knowledge of the background and the historical antecedents of social surveys and research, but this background is so complex, and the literature on social surveys and research – relating both to concrete studies and to methodology – is so extensive that the student will need guidance.« (Young 1946: ix)

Diese Anleitung zu geben, war ab Ende der 1970er-Jahre möglich geworden.

P. F. Lazarsfeld und P. M. Neurath

Unbeschadet der Tatsache, dass P. F. Lazarsfeld heute der »Berühmtere« von beiden, P. M. Neurath möglicherweise der unter seinem Wert Bekannte ist, hatten beide ihren je spezifischen Einfluss auf die österreichische Sozialforschung nach dem Krieg. Die Meinungen und Einschätzungen in Bezug auf diese Tatsache variieren z. T. beträchtlich, allerdings sind Aussagen darüber auch nicht einfach, denn Vieles, was wichtig wäre, ist nicht dokumentiert. Jedenfalls wird es sinnvoll sein, sie getrennt zu behandeln, wobei einzelne Aspekte ihrer wissenschaftlichen Biographien, einige Hinweise auf den Kontext der NS-Zeit, und schließlich ihr Wirken in Österreich berücksichtigt werden müssen. Da über P. F. Lazarsfeld schon viel geschrieben worden ist, über P. M. Neurath aber sehr wenig, habe ich diesen Teil des Textes etwas ausführlicher angelegt.

P. F. Lazarsfeld

Er wurde am 13. Februar 1901 in Wien geboren, studierte an der Universität Wien Staatswissenschaften und Mathematik und wurde in dieser Zeit Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) – eine politische Orientierung, die schon sein Vater vertrat. Später wurde ihm vorgeworfen, dass er seine sozialistische Überzeugung aus opportunistischen Gründen abgelegt habe (Pollack 1981). 1924–1925 studierte er in Paris, 1925 promovierte er an der Universität Wien in (angewandter) Mathematik zum Doktor der Philosophie mit der Dissertation *Über die Berechnung der Perihelbewegung des Merkur aus der Einsteinschen Gravitationstheorie*. Sie erschien im selben Jahr als zehnsseitiger Sonderdruck in der *Zeitschrift für Physik* (35. Jahrgang, Heft 3). Nach der Promotion war er von 1925 bis 1929 Gymnasiallehrer für Mathema-

tik und Physik. Es war dies eine damals verbreitete Möglichkeit für Akademiker, sich eine Lebensgrundlage zu sichern, die z. B. auch auf Edgar Zilsel zutraf, der ab 1925/26 u. a. Vorlesungen im Rahmen der Lehrerbildungskurse am Pädagogischen Institut der Stadt Wien abhielt (Amann 1987: 224). In diese Zeit fällt eine Publikation, entstanden aus seinem Engagement in der sozialistischen Jugendbetreuung (Lazarsfeld und Wagner 1924). Währenddessen begann P. F. Lazarsfeld auch, Statistik am Psychologischen Institut der Universität Wien zu lehren und in der angewandten Psychologie zu arbeiten. Auch diese Tätigkeit mündete in eine Publikation (Lazarsfeld 1929). Um 1927 hatte er die Idee zur Gründung der Wirtschaftspsychologischen Forschungsstelle, die aber mit ziemlicher Sicherheit nicht vor 1931 offiziell ins Leben trat. Er führte Studien zur Konsumentenforschung für europäische und amerikanische Handelsgesellschaften durch. Die Studie *Die Arbeitslosen von Marienthal*, die er mit seiner ersten Frau Marie Jahoda und Hans Zeisel durchführte, erschien 1933. In der ersten Auflage wurde P. F. Lazarsfeld allerdings noch nicht als Co-Autor genannt, sondern erst in der zweiten Auflage 1960 (vgl. Amann 2018).

1933 wurde ihm ein Stipendium (travelling fellowship) der Rockefeller Foundation zuerkannt, um für zwei Jahre die psychologische Forschung und deren Methoden in den USA zu studieren. 1935 entschied er sich, in den USA zu bleiben, und kehrte nur mehr nach Wien zurück (1935 und 1937), um ein Immigrationsvisum anstatt des Studentenvisums zu erhalten und um seine Eltern zu besuchen (seine Mutter, Sophie Lazarsfeld, eine Individualpsychologin, starb im selben Jahr wie er selbst in New York im Alter von 94 Jahren). Die politischen Verhältnisse, die inzwischen in Österreich herrschten, dürften ihm eine Rückkehr nicht ratsam erscheinen haben lassen. 1935–1936 war er Mitarbeiter der National Youth Administration an der University of Newark (New Jersey), 1936–1937 wurde er Leiter des von ihm gegründeten Research Centers an ebendieser Universität. Damit begann die Karriere, die es später erlaubte, ihn als Begründer der modernen Sozialforschung zu bezeichnen (Amann 2008; Jeřábek 2017). 1937 wurde er Leiter des Office of Radio Research, eines Forschungsinstituts, das mit einer Förderung der Rockefeller Foundation an der Princeton University (New Jersey) eingerichtet wurde. 1940 wurde die Förderung der Rockefeller Foundation für das Office of Radio Research auf die Columbia University of New York übertragen und das Office an diese Universität verlegt. Lazarsfeld blieb dessen Leiter und wurde am Department of Sociology der Columbia University angestellt. Unter seiner Leitung wurde das Office of Radio Research, das 1944 in Bureau of Applied Social Research (BASR) umbenannt wurde, eine weltweit bekannte Forschungseinrichtung. 1943 nahm P. F. Lazarsfeld die Staatsbürgerschaft der USA an. Selbst wenn ihm nach dem Krieg die Möglichkeit eröffnet worden wäre, wäre er wahrscheinlich nicht mehr nach Österreich zurückgekehrt. 1940 wurde er mit der Verlegung des Office of Radio Research Professor für Soziologie an der Columbia University und blieb bis zu seinem Tod 1976 Mitglied des Lehrkörpers dieser Universität (vgl. auch Hayer o. J.).

Es kann nach derzeitigem Wissensstand davon ausgegangen werden, dass P. F. Lazarsfeld von der nationalsozialistischen und antisemitischen Bewegung in Österreich nicht direkt bedrängt oder angegriffen wurde, dass seine nicht erfolgte Rückkehr

nach Österreich sicher teilweise durch Befürchtungen vor antisemitischen Repressalien motiviert war, und dass er sich auch später in keine dokumentierte Auseinandersetzung mit diesem Problem einließ. Trotzdem muss er als politischer Flüchtling gelten, da eine Rückkehr nach Wien (1935) sich mit hoher Wahrscheinlichkeit als lebensbedrohlich herausgestellt hätte. Aus dieser Perspektive will es mir nicht leicht nachvollziehbar erscheinen, weshalb er sich ab 1957 den folgenden Bemühungen überhaupt widmete, die er in einem anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Wiener Instituts für Höhere Studien 1973 verfassten Beitrag festhielt (Lazarsfeld 1993). Ab 1957 installierte Shepard Stone, damals der oberste Verantwortliche der Ford Foundation für internationale Angelegenheiten, eine Kommission, die unter Leitung von Frederick Burckhart die Aufgabe bekam, in Polen, Jugoslawien und Österreich geeignete KandidatInnen für Fellowships zu finden. P. F. Lazarsfeld wurde Mitglied dieser Kommission, und von da an datieren seine Aktivitäten in Österreich, deren erste eben auch im Auffinden solcher Personen hierzulande bestand. Das Ergebnis ist in dem oft zitierten Satz festgehalten: »However, I did not find younger people who would live up to the standards which the Ford Foundation had set up for granting of these fellowships« (Lazarsfeld 1993: 10). Hier sollten keine vorschnellen Schlüsse gezogen werden; das erstickende, bedrohliche und geistfeindliche Klima im »Dritten Reich« ist oft genug beschrieben worden, Einsichten in eine wissenschaftliche Welt, die sich anderswo weiterentwickelte, waren kaum zu haben, und die noch aus der Ersten Republik stammenden Feindschaften und Animositäten zwischen und in den Parteien (vgl. nur die von Michael Gehler und Hubert Sickinger dokumentierten politischen Affären und Skandale in Österreich in Gehler und Sickinger 1996), die Allzuständigkeitsphantasien der Bürokratie etc. bestanden nach wie vor. Das bekam P. F. Lazarsfeld in zahlreichen Gesprächen auf ministerieller Ebene, in der Universität, in den Parteien etc. auch zu spüren und kostete ihn immens viel Zeit für Sitzungen, transatlantische Reisen und Aufenthalte in Österreich, um zu Ergebnissen zu kommen. Es ist aus heutiger Sicht schlicht nicht mehr vorstellbar, wie in einem Land, das eine Einrichtung wie das Institut für Höhere Studien dringend brauchte und auch wollte, bei einzelnen Personen vor allem Misstrauen, Zwist und auch der Kampf um persönliche Vorteile im Vordergrund standen und die Verhandlungen über fast fünf Jahre begleiteten – so lange dauerten die Anstrengungen, bis das Institut endlich gegründet werden konnte.¹⁰

10 | Will man der These von Michael Pollack nicht folgen, dass P. F. Lazarsfeld im Kalten Krieg als Vertreter einer *pax americana scientiarum socialium international* tätig war und eine Art von Sozialforschungs-Imperialismus vertrat (Pollak 1981), dann ist die Antwort auf die Frage, weshalb P. F. Lazarsfeld diese Mühen für Österreichs Wohl auf sich nahm, unbeantwortet.

P. M. Neurath¹¹

P. M. Neurath wurde am 12. September 1911 geboren. Der Vater war Otto Neurath, die Mutter Anna Schapire, die zwei Monate nach der Geburt verstarb. 1912 heiratete O. Neurath Olga Hahn, die Schwester des Mathematikers Hans Hahn, die zu dem Zeitpunkt schon seit acht Jahren erblindet war. Der Junge wurde 1912 in ein Säuglingsheim der evangelischen Diakonissenanstalt »Bethanien« in Gallneukirchen gegeben. Erst mit zehn Jahren kam er nach Wien zurück in die Obhut von Olga. Auch P. M. Neurath wurde, ähnlich wie P. F. Lazarsfeld, im Milieu des »Roten Wien« sozialisiert. Im Alter von 13 Jahren nahm er an einer ersten Winterkolonie der Sozialistischen Mittelschüler teil. 1926 trat er den Roten Falken bei und begann, selbst Gruppen aufzubauen. 1931 begann er mit dem Studium der Rechtswissenschaften, obwohl sein eigentlicher Studienwunsch Soziologie gewesen wäre.¹² Während der Studienzeit las er das erste Mal *Die Arbeitslosen von Marienthal*. 1943 emigrierten seine Eltern in die Niederlande, 1937 beendete er sein Studium (Promotion am 21. Dezember 1937).

Zu Beginn des Jahres 1938 überstürzten sich die politischen Ereignisse in Österreich und bereits am 13. März wurde er von der Gestapo aufgesucht. Er vermochte zu entkommen, floh in Richtung Tschechoslowakei, wurde aufgegriffen und nach Wien zurückgebracht. Am 1. April 1938 wurde er mit dem ersten Österreichertransport nach Dachau geschickt. Die SS kategorisierte ihn als »politischen Juden«; er blieb bis in den September 1938 in Dachau und wurde dann nach Buchenwald überstellt. Im November 1938 wurde er in Kenntnis gesetzt, dass ein Visum für Schweden in Wien bereit liege,¹³ doch erst ein halbes Jahr später wurde er entlassen. Zehn Tage blieb er noch in Wien, dann reiste er über Berlin nach Göteborg, wo ihn Malte Jacobsson wie ein Mitglied der Familie aufnahm.¹⁴ Er lernte Schwedisch und nahm in Stockholm an einem Metallarbeiterkurs teil (einen Werkmeisterkurs hatte er bereits in Wien absolviert samt einer Lehre in Autogenschweißen). Im Juni 1940 brachte er diese Metallschule zu Ende, arbeitete auf Vermittlung durch M. Jacobsson in Göteborg in den Götaverken, einer Schiffswerft, und verließ am 20. Mai 1941 Schweden mit dem Schiff in Richtung Amerika, wo er in New York am 3. Juni 1941 ankam. Zu der Zeit war

11 | Die folgenden Ausführungen stützen sich zum größten Teil auf einen Bericht (Amann 2013a) sowie auf meinen Nachruf auf P. M. Neurath (Amann 2002) und auf persönliche Erinnerungen. In diesen beiden Quellen sind alle weiteren Literaturverweise zu finden, aus denen die Hintergründe der hier dargestellten Tatsachen und Überlegungen entnommen werden können.

12 | Aus dem im Paul F. Lazarsfeld Archiv vorhandenen Briefwechsel mit seinem Vater lässt sich ersehen, dass das Jusstudium von ihm erst nach längeren Auseinandersetzungen akzeptiert wurde.

13 | Das Zustandekommen des Visums war auf die intensiven gemeinsamen Bemühungen von P. Neuraths Freundin Lucie Bloch, seines Vaters und Malte Jacobssons zurückzuführen.

14 | P. M. Neuraths Erfahrungen und Beobachtungen während seiner Aufenthalte in den Konzentrationslagern sind detailliert und umfänglich in seiner an der Columbia University in New York 1943 fertig gestellten Dissertation *Social life in the german concentration camps Dachau and Buchenwald* (Neurath 2004) festgehalten.

P. F. Lazarsfeld bereits Associate Professor of Sociology und publizierte, zusammen mit Frank Stanton, *Radio Research*.

Sofort nahm er Kontakt mit diesem auf (»der kennt mich und meinen Vater und außerdem kann er deutsch«, so sind mir seine Worte in Erinnerung) und wurde, kaum eine Woche nach seiner Ankunft, stundenweise und jeweils auf Projektdauer als »Kodierer und Stricherlmacher« (im Office of Radio Research) für zwei Jahre beschäftigt. In dieser Zeit wurde er Assistent bei William S. Robinson, absolvierte in kurzer Zeit ein enormes Pensum an Lehrveranstaltungen, spezialisierte sich in Statistik und schrieb die Dissertation. Im Mai 1943 erhielt er sein zweites Doktorat – nun in seinem Wunschfach –, der Weg war frei für das, was nach seinen Worten seine Lieblingsbeschäftigung wurde: die Lehre in Statistik und Soziologie, Methodik und Bevölkerungslehre. Zuerst lehrte er an der School of Business des City College of New York, dann am Queens College in New York (31 Jahre lang bis zu seiner Emeritierung 1977)¹⁵, außerdem von 1949 bis 1967 an der Graduate Faculty der New School of Social Research in New York, die in den 1930er-Jahren als »University in Exile« gegründet worden war. Dazu kam im Sommer 1951 noch eine Gastprofessur an der University of Washington in Seattle, 1945 bis 1955 Konsulententätigkeit (Chef-Statistiker) für die Industrial Commodities Corporation, New York, im Sommer 1961 Konsulententätigkeit für die UNESCO zur Konferenz über *Educational Broadcasting in Tropical Africa* und 1965 für das Ministry of Information and Broadcasting, Government of India. Zur Forschung ist vor allem festzuhalten: Das indische Pionierprojekt über die Rolle des Radios zu Verhaltensänderungen der Landbevölkerung stellte in P. M. Neuraths Leben, zumindest nach seinen eigenen Aussagen, die Phase intensivster angewandter Forschung dar. In seinem ersten »Sabbatical« (1955/56) ging er ans Tata Institute of Social Science in Bombay, um dort Sozialforschung als Hauptfach einzurichten und vorzutragen. Ende 1955 hatten gleichzeitig die UNESCO und All India Radio das Tata Institute mit der Evaluation eines großen Experiments betraut, in dem es bei der ländlichen Bevölkerung um Verhaltensänderungen durch den Einsatz von Radio im Bereich von Hygiene, Landbau etc. ging (Amann 2013b; Oberforster 2006). Nachdem der indische Verantwortliche nach einem Jahr auf eine Regierungsstelle überwechselte, wurde P. M. Neurath gebeten, ein zweites Jahr zu bleiben, die Studie weiterzuführen und die entsprechenden Berichte zu schreiben, die dann von der indischen Regierung und der UNESCO veröffentlicht wurden (Neurath 1960; 1962). Im Sommer 1962 und im Studienjahr 1964/65 war P. M. Neurath dann nochmals in Indien, diesmal im Auftrag der Ford Foundation, um eine Evaluationsstudie über den Gebrauch von Fernsehen im Unterricht von Physik und Chemie in Sekundarschulen durchzuführen.

15 | »Es war ein etwas zufälliges, aber für mich symbolisches Zusammentreffen, dass ich im gleichen Jahr 1946, in dem ich mit meiner Übersiedlung ans Queens College endlich in den erwünschten akademischen Beruf kam, auch, nach dem in den Einwanderungsbestimmungen vorgesehenen 5-jährigen Aufenthalt in den Vereinigten Staaten, die amerikanische Staatsbürgerschaft bekam« (zitiert nach: Amann 2002, Fußnote 11).

Doch nun ist auf seine Beiträge für die österreichische Sozialforschung näher einzugehen. In summarischer Vorwegnahme kann gesagt werden, dass seine Wirkung als Lehrer für viele Kohorten angehender SoziologInnen an vorderster Stelle steht, aber auch der Aufbau des Paul F. Lazarsfeld Archivs einen Meilenstein bedeutet hat. Nach Gastprofessuren in Wien in den Jahren 1961 und 1962 lehrte P. M. Neurath im Mai/Juni 1965 Statistik am Institut für Höhere Studien in Wien, 1971/72 hatte er eine ganzjährige Gastprofessur am Institut für Soziologie inne,¹⁶ nach seiner Emeritierung am Queens College erneut eine Gastprofessur am Institut für Soziologie im Jahr 1978/79 und darauf folgten Gastprofessuren 1982/83, 1983/84 und 1985/86 sowie 1986/87 und 1988/89 sowie ab 1991/92 mit kurzen Unterbrechungen regelmäßig bis 1996, und ab 1997 permanent bis zu seinem Tod.¹⁷ Seit der Erlangung der Fulbright Professur in Köln 1959/60 hielt P. M. Neurath Vorlesungen oder Vorträge an verschiedenen Universitäten in Europa, besonders in Deutschland, Österreich, Norwegen, Schweden, Frankreich und Ungarn. In die Zeit seit 1978 fiel der Beginn der Arbeiten für die Einrichtung des Paul F. Lazarsfeld Archivs am Institut für Soziologie in Wien. Auf Vorschlag der Fakultät war P. M. Neurath bereits 1973 zum Honorarprofessor ernannt worden.¹⁸ Die im selben Jahr geführten Berufungsverhandlungen für die Besetzung eines Lehrstuhls am Institut für Soziologie scheiterten, auch zu P. M. Neuraths eigenem großen Bedauern, an steuerlichen Fragen. Seine Lehrtätigkeit am Institut umfasste regelmäßig die Grundlagen der Statistik für SoziologInnen, Bevölkerungs- und Welternährungsprobleme und das Werk P. F. Lazarsfelds. Ab 1973 begann P. M. Neurath die intensive und regelmäßige Publikation von Arbeiten über Leben und Werk von O. Neurath, seinem Vater, und P. F. Lazarsfeld, seinem Lehrer und Freund. Es lässt sich wohl mit Berechtigung sagen, dass ohne seine dauernde und intensive Arbeit heute weder so viel über diese beiden Forscher bekannt wäre, noch mittlerweile zahlreiche ForscherInnen für die Arbeiten der beiden interessiert worden wären; dazu gehört auch, dass P. M. Neurath mit Aufmerksamkeit jene Lücken und Auslassungen registrierte, über die andere hinweggingen. Parallel dazu schrieb er laufend Arbeitsunterlagen und Skripten für die Studierenden, hielt Vorträge und

16 | In dieses Jahr fiel auch der Erwerb der Wohnung in der Breitenseer Straße in Wien, die bei jedem Wienaufenthalt als Unterkunft diente und in der seine Frau Margarete Neurath (sie war nach seinem Tod aus New York nach Wien übersiedelt) bis zum Einzug in ein Pflegeheim wohnte. Sie starb im 102. Lebensjahr.

17 | Im Wintersemester 1980/81 war René König Gastprofessor am Institut für Soziologie, den P. M. Neurath wegen der Unterbrechung seiner Gastprofessur nicht antraf. Seit Anfang der 1990er-Jahre erhielt P. M. Neurath wegen einer Fakultätsbestimmung, der zufolge Gastprofessuren mit zehn Jahren begrenzt wurden, pro Semester jeweils einen remunerierten Lehrauftrag, die restliche Lehrtätigkeit verrichtete er unbezahltweise.

18 | Mit Genehmigung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung vom 13. April 1973. Die Ernennung zum Honorarprofessor sollte sicherstellen, dass Paul M. Neurath an der Universität Wien berechtigt Lehrveranstaltungen abhalten konnte, die Gastprofessuren mussten jedes Mal für eine bestimmte Zeit (z. B. für zwei Semester) neu beantragt werden. Als Gastprofessor war er voll in die Verantwortung der UniversitätsprofessorInnen eingebunden (insofern ist das Präfix »Gast-« etwas irreführend).

fand noch regelmäßig Zeit für lange Gespräche mit KollegInnen. Die zweite Hälfte der 1990er-Jahre war so verschiedenen Themen wie der methodischen Bedeutung der »RAVAG-Studie«, den großen Wanderungen des 19. und 20. Jahrhunderts, der Bevölkerungsexplosion, P. F. Lazarsfelds und O. Neuraths Werk, dem Club of Rome und der Arbeit an einer Geschichte der Faktorenanalyse gewidmet. Das letzte Thema, von dem er mir noch im Mai 2001 erzählte, war auf den Gedanken einer zusammenfassenden Arbeit über seine Dissertation und seine Erlebnisse in den Konzentrationslagern gerichtet.¹⁹ Für den 11. Oktober 2001 hatten die Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften und das Institut für Soziologie geplant, zu einer Feierstunde anlässlich des 90. Geburtstages von Paul Neurath in den Senatssitzungssaal einzuladen; zu dieser Ehrung kam es nicht mehr, wohl aber zur Verleihung des Österreichischen Ehrenkreuzes für Wissenschaft und Kunst I. Klasse mit Entschließung des Bundespräsidenten vom 13. Dezember 2000.

»Die Exaktheit von Ergebnissen darf nicht mit ihrer Bedeutsamkeit verwechselt werden.« – Diesen Satz finde ich als wörtlich festgehaltenes Zitat in meinen Aufzeichnungen aus dem Jahr 1971/72, jenem Jahr, in dem P. M. Neurath die erste Gastprofessur (für ein volles Studienjahr) am Institut für Soziologie an der Universität Wien wahrnahm, und in dem ich regelmäßig in seinen Lehrveranstaltungen saß.²⁰ Wenige haben dieses Prinzip in unserem Fach mit größerem Ernst befolgt und wenigen ist es dabei gelungen, den Studierenden jene Verbindung von Exaktheit und Anschaulichkeit zu vermitteln, die eine Wissenschaft und ihre Methoden mit Leben zu füllen vermag. In dem immer ein wenig hilflos bleibenden Versuch, an einem Wissenschaftler, der an vielen Themen arbeitet, das Charakteristische, das Besondere hervorzuheben, das ihn auszeichnet, stellt sich bei mir im langen Rückblick doch unzweifelhaft die Vorstellung ein: Er war vor allem ein Lehrer und er war in allen Arbeiten und Gesprächen Methodiker. Das berühmte: »Wart a bissl«, war die Unterbrechung, die dem Gesprächspartner anzeigte, dass er einen Gedanken allzu schnell, oder mit mangelnder Logik, oder fast noch bedenklicher, mit mangelnder empirischer Evidenz zu entwickeln im Begriff war.

Diese pädagogisch-didaktische Sensibilität und die Fähigkeit, auch komplexe Zusammenhänge auf gut verständliche und einprägsame Weise zu vermitteln, lassen sich an zwei Beispielen nachvollziehen, auch wenn sie (nur) geschriebene Texte betreffen und das Flair der lebendigen, sprechenden Person fehlt. Im Jänner 1961 und nochmals im Jänner 1962 war P. M. Neurath, auf Einladung und Vermittlung von L. Rosenmayr, jeweils für vier Wochen in Wien (beauftragt mit drei mal drei Stunden Vorlesung pro Woche). Er las *Quantitative und statistische Methoden in der Soziolo-*

19 | Auf meine Bitte, mir seine nach eigener Einschätzung wichtigsten Arbeiten zu nennen, schrieb er am 20. Juni 2000 in der für ihn charakteristischen Kürze: 1) *Radio Farm Forum in India*, 2) *Grundbegriffe und Rechenmethoden der Statistik für Soziologen* (der Band 3b des *Handbuchs für empirische Sozialforschung*), 3) (mit Elisabeth Nemeth), *Otto Neurath oder die Einheit von Wissenschaft und Gesellschaft*, 4) *From Malthus to the Club of Rome and Back –* »und da fehlt noch der ganze Lazarsfeld«.

20 | Die weiteren Ausführungen stützen sich auf Amann 2002.

gie, ein Gebiet, das damals nicht zum regulären Lehrprogramm gehörte. In »einer täglichen Hetzjagd zwischen Hörsaal, Schreibmaschine und Abziehapparat« wurden Unterlagen geschrieben, die den Studierenden dann als Behelfe in den Lehrveranstaltungen zur Verfügung standen. Diese Behelfe wurden 1961 zusammengefasst und in vervielfältigter Form zugänglich gemacht (Neurath 1961). Dieses Skriptum ist ein Paradebeispiel behutsamer Einführung in eine neue Materie für Studierende, die entweder die notwendigen Formeln (z. B. für Streuung, Korrelation etc.) noch nie gehört, oder die zugehörige Algebra nach der Mittelschule schon wieder vergessen hatten. Auf jeder Seite atmet dieser Text die Intention des Autors, die Zuhörenden »dort abzuholen, wo sie stehen«, anstatt wichtige Kenntnisse einfach stillschweigend vorauszusetzen, oder den Raum mit endlosen mathematisch-statistischen Ableitungen zu füllen, die die Anwendung des Werkzeugs auf soziale Phänomene permanent auf morgen vertagen.

Das zweite Beispiel betrifft eine Methode, die P. F. Lazarsfeld entwickelt hat und deren Anwendung erhebliche logische und mathematische Einübung für alle bedeutet, die in diesem Feld nicht versiert sind: die sogenannte *Latent Structure Analysis*. Die erste umfangreichere und elaborierte Darstellung hatte P. F. Lazarsfeld 1959 publiziert (Lazarsfeld 1959). Im Jahr 1986 hielt P. M. Neurath einen Vortrag, in dem er die Zuhörenden mit dieser Methode vertraut machte (Neurath 1986). In einem achtseitigen Manuskript legte er die grundsätzlichen Überlegungen in blendend einfacher und verständlicher Weise dar, sodass auch die nicht einfache Frage, welche Rolle in dieser Methode die im Deutschen sogenannte »Lokale stochastische Unabhängigkeit« spielt, unproblematisch nachvollzogen werden kann. P. M. Neuraths Vortrag liest sich buchstäblich wie eine vereinfachte Einleitung in den Text von P. F. Lazarsfeld.²¹ Allen, die ihn jemals in Lehrveranstaltungen und Vorträgen gehört haben, wird sein pädagogischer Eros wohl in Erinnerung bleiben.

Das Paul F. Lazarsfeld Archiv in Wien²²

Das Archiv gehört zum »Gedächtnis« der Sozialforschung und ist, in vorsichtiger Formulierung, auch Rückbesinnungsort auf einen österreichischen politischen Flüchtling (P. F. Lazarsfeld) und ein österreichisches entkommenes Opfer des deutsch-österreichischen Faschismus (P. M. Neurath wurde, als die Gestapo nach ihm fahndete, von einer Hausnachbarin verraten). Die Nachlässe der beiden Forscher sowie

21 | Neurath, Paul M. (1986): *Grundgedanken in Lazarsfeld's Latent Structure Analysis*, Vortrag an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg, 5. Juli 1986 (Vervielfältigtes Manuskript im Paul F. Lazarsfeld Archiv, Universität Wien). Nach Paul Neuraths eigener Aussage sind die meisten seiner Publikationen (Artikel) aus Vorträgen entstanden; tatsächlich sind die Vortragsmanuskripte oft eindringlicher und plastischer gehalten als die für die Publikation dann überarbeiteten Texte.

22 | Die Leitung des Archivs lag von der Gründung bis zu seinem Tod im Jahr 2001 bei P. M. Neurath (Stellvertretung Anton Amann), danach hat A. Amann diese Aufgabe übernommen.

die Bemühungen beider im Aufbau von Einrichtungen stellen einen bedeutsamen Beitrag zur Realgeschichte der Sozialforschung in Österreich dar. Das Archiv ist Teil der sozialwissenschaftlichen Infrastruktur. Die Idee einer Archivgründung beriet ich bald nach P. F. Lazarsfelds Tod mit Georg Wieser am Institut für Soziologie, angeregt durch das alte Max Weber-Archiv in München, das ich zuvor besucht hatte.²³ Ein Brief an die damalige Wissenschaftsministerin, Hertha Firnberg, öffnete das Tor und in der Ministerialbürokratie war es Rudolf Burger, der dann weiterhin das Vorhaben mit viel Verständnis unterstützte. Bei der ersten Gelegenheit, zu der P. M. Neurath nach dem Tod von P. F. Lazarsfeld in Wien weilte, unterbreiteten wir ihm die Idee. Dabei trat zutage, dass P. M. Neurath schon einige Jahre zuvor mit der systematischen Sammlung von Lazarsfeldiana begonnen hatte – ein Glücksfall. 1980 begannen die konkreten Vorarbeiten, 1983 wurde das Archiv offiziell eröffnet. Heute finden sich im Archiv ein großer Teil des Nachlasses von P. F. Lazarsfeld in Originalen oder Kopien (einschließlich aller Berichte des *Bureau of Applied Social Research*²⁴) und der gesamte Nachlass von P. M. Neurath. Es wird von einem internationalen wissenschaftlichen Publikum besucht und benützt, zudem in enger und dankenswerter Zusammenarbeit mit der Universitätsbibliothek Wien und der Fachbibliothek für Soziologie und Politikwissenschaft betreut und ausgebaut.²⁵

In welcher Weise lassen sich nun die Beiträge von P. F. Lazarsfeld und P. M. Neurath in die eingangs vorgestellte Typologie einordnen? Wenn sozialwissenschaftliche Forschungsinfrastrukturen (zero-order science) etwas spezifischer gefasst werden, leisten sie Folgendes (neben zahlreichen anderen Funktionen, vgl. speziell Müller 2013: Kap. 1.1): Sie stellen qualitative und quantitative Daten zur Verfügung, halten relevante Daten aus Forschungsdokumentationen oder Dokumente aus sozialwissenschaftlichen Nachlässen oder Organisationen bereit, die für neue Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Forschung in der first-order science benötigt werden. So ließen sich durch eigene Analysen (die ihrerseits dem first-level angehören) über Briefwechsel Netzwerke von WissenschaftlerInnen erschließen oder aus größeren Grundgesamtheiten an Forschungsberichten Themen-, Methoden- und Autorenstrukturen bestimmen etc. Auch die Erweiterung und Diffusion von Ergebnissen aus Forschung erster Ordnung im Wege über Informationsservices oder Spezialausbildung lassen sich dazurechnen. Aus dieser Perspektive haben beide Forscher wesentlich zur Etablierung von zwei Einrichtungen und damit direkt zur Herstellung von Forschungsinfrastruktur beigetragen und mittelbar durch Diffusionsleistungen von spezialisiertem Wissen

23 | Einen kleinen Hinweis auf interne Hindernisse, die mit der Gründung verbunden waren, mag das Beispiel geben, dass ein Professor der Soziologie die Idee zuerst heftig ablehnte, weil das seine Raumannsprüche begrenzte, als das Archiv aber dann zustande gekommen war, im Kollegenkreis verlauten ließ, es sei seine Erfindung gewesen.

24 | Eine Meta-Analyse dieser Forschungsberichte wäre im eigentlichen Sinn des Begriffs eine Second-order-Analyse (vgl. Malnar und Müller 2015).

25 | Über die Entstehungsgeschichte und den Bestand informieren Neurath 1986/87 und Hayer 2008.

über Methodologien und Resultate der empirischen Sozialforschung Personen zur Arbeit auf der Ebene von first- und second-order science mitbefähigt.

Literatur

- Amann, Anton (1987): »Soziologie in Wien. Entstehung und Emigration bis 1938«, in: Stadler, Friedrich (Hrsg.), *Vertriebene Vernunft I. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft 1930–1940*, Wien/München: Jugend & Volk, S. 214–237.
- Amann, Anton (1992): »Der Mikrozensus – Informationsquelle für Sozialberichterstattung und Sozialforschung«, in: *Österreichische Zeitschrift für Statistik und Informatik*, 22. Jahrgang, Heft 4, S. 337–342.
- Amann, Anton (2002). »Nachruf auf Paul Neurath (1911–2001). Erinnerungen und einige Tatsachen«, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 27. Jahrgang, Heft 1, S. 93–102.
- Amann, Anton (2008): »Zur Aktualität Paul F. Lazarsfelds«, in: Langenbucher, Wolfgang R. (Hrsg.), *Paul Felix Lazarsfeld – Leben und Werk. Anstatt einer Biografie*, Wien: Braumüller, S. 1–18.
- Amann, Anton (2013a): *Die erfolgreiche Immigration des Paul M. Neurath in die USA. Ein Beitrag zur Wissenschaftsforschung* (unveröffentlichter Forschungsbericht, unter Mitarbeit von Michael Domes, David Felder, Eva Sibitz und Anna Spitta).
- Amann, Anton (2013b): »Paul M. Neurath als Methodiker: Der praktische Sinn«, in: *e-WISDOM*, Jahrgang 2013, Heft 5: Perspektiven für sozialwissenschaftliche Archive in Österreich, Wien: WISDOM, S. 83–113.
- Amann, Anton (2018): »Social Research in Austria from Its Early Days to the Late 1970s«, in: Malnar, Brina und Müller, Karl H. (Hrsg.), *Societal Enlightenment in Turbulent Times. A Festschrift for Niko Toš*, Wien: edition echoräum, S. 37–57.
- Amann, Anton und Müller, Karl H. (2018): »On Austrian Social Science Research Infrastructures«, in: Malnar, Brina und Müller, Karl H. (Hrsg.), *Societal Enlightenment in Turbulent Times. A Festschrift for Niko Toš*, Wien: edition echoräum, S. 59–91.
- Blecha, Karl, Gmoser, Rupert und Kienzl, Heinz (1964): *Der durchleuchtete Wähler*, Wien: Europa Verlag.
- Bretschneider, Rudolf (2016): »Vorlesung Markt- und Meinungsforschung, Wintersemester 2016/17« (https://www.gfk.com/fileadmin/user_upload/dyna_content/AT/PM_2016/VO_MMf_08112016_WS2016.pdf, 1. Juli 2018).
- Burger, Rudolf, Matzner, Egon, Pelinka, Anton, Steinert, Heinz und Wiesbauer, Elisabeth (Hrsg.) (1988): *Verarbeitungsmechanismen der Krise*, hrsg. vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Wien: Braumüller.
- Firnberg, Hertha (1961): »Wesen und Wandel der Sozialschichtung Österreichs«, in: Weber, Wilhelm (Hrsg.), *Österreichs Wirtschaftsstruktur: gestern – heute – morgen*, Band 2, Berlin: Duncker & Humblot, S. 839–976.

- Fischer-Kowalski, Marina (1974): »Sozialwissenschaftliche Forschung zwischen Problemlösung, Legitimationssicherung und Kapitalverwertung«, in: Holl, Adolf und Saupt, Otto (Hrsg.), *Österreichisches Jahrbuch für Soziologie 1974*, Wien/Köln: Hermann Böhlaus Nachf., S. 55–70.
- Fischer-Kowalski, Marina und Buček, Josef (Hrsg.) (1980): *Lebensverhältnisse in Österreich. Klassen und Schichten im Sozialstaat*, Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Fleck, Christian (2000): »Wie Neues nicht entsteht. Die Gründung des Instituts für Höhere Studien in Wien durch Ex-Österreicher und die Ford Foundation«, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 11. Jahrgang, Heft 1, S. 129–177.
- Fleck, Christian (2010): »Die Entwicklung der Soziologie in Österreich«, in: Biegelbauer, Peter (Hrsg.), *Steuerung von Wissenschaft? Die Governance des österreichischen Innovationssystems*, Innsbruck/Wien/Bozen: StudienVerlag, S. 259–296.
- Gehler, Michael und Sickinger, Hubert (Hrsg.) (1996): *Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim*, Thaur/Wien/München: Kulturverlag.
- Hayer, Leopold (2008): »Das Paul F. Lazarsfeld Archiv an der Universität Wien«, in: *Mitteilungen der VÖB*, 61. Jahrgang, Heft 4, S. 91–95.
- Hayer, Leopold (o. J.): *Lazarsfelds Wirkung: Szientometrische Analysen zur Auswirkung der Schriften von Paul Felix Lazarsfeld*, Wien: Universität Wien (Dissertation, im Entstehen).
- Hebenstreit, Gabi und Gmeiner, Manfred (1990): *Institutionalisierung der Soziologie in Österreich nach 1945*, Wien: Universität Wien (Seminararbeit bei Anton Amann und Reinhard Sieder).
- Jeřábek, Hynek (2017): *Paul Lazarsfeld and the Origins of Communication Research*, London/New York: Routledge.
- Knorr, Karin, Haller, Max und Zilian, Hans-Georg (1979): *Erkenntnis- und Verwertungsbedingungen sozialwissenschaftlicher Forschung*, Wien: Jugend & Volk.
- Knorr, Karin, Haller, Max und Zilian, Hans-Georg (1981): *Sozialwissenschaftliche Forschung in Österreich. Produktionsbedingungen und Verwertungszusammenhänge*, Wien: Jugend & Volk.
- Kramer, Helmut (2002): »Wie Neues doch entstanden ist. Zur Gründung und den ersten Jahren des Instituts für Höhere Studien in Wien«, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*, 13. Jahrgang, Heft 3, S. 110–132.
- Lazarsfeld, Paul F. (1925): *Über die Berechnung der Perihelbewegung des Merkur aus der Einsteinschen Gravitationstheorie*, Wien: Universität Wien (Dissertation).
- Lazarsfeld, Paul F. (1929): *Statistisches Praktikum für Psychologen und Lehrer*, Jena: Gustav Fischer.
- Lazarsfeld, Paul F. (1959): »Latent Structure Analysis«, in: Koch, Sigmund (Hrsg.), *Psychology. A Study of a Science*, Band III, New York: McGraw-Hill, S. 476–543.
- Lazarsfeld, Paul F. (1993): »The Pre-History of the Vienna Institute for Advanced Studies«, in: Felderer, Bernhard (Hrsg.), *Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*

- zwischen Theorie und Praxis. 30 Jahre Institut für Höhere Studien, Heidelberg: Physica, S. 11–49.
- Lazarsfeld, Paul F. und Wagner, Ludwig (1924): *Gemeinschaftserziehung durch Erziehungsgemeinschaften: Bericht über einen Beitrag der Jugendbewegung zur Sozialpädagogik*, Leipzig/Wien: Anzengruber.
- Malnar, Brina und Müller, Karl H. (2015): *Surveys and Reflexivity. A Second-Order Analysis of the European Social Survey (ESS)*, Wien: edition echoraum.
- Müller, Karl H. (2013): »Sozialwissenschaftliche Datenarchive im Zeitalter ihrer digitalen Reproduzierbarkeit«, in: *e-WISDOM*, Jahrgang 2013, Heft 6: Sozialwissenschaftliche Datenarchive im Zeitalter ihrer digitalen Reproduzierbarkeit, S. 5–35.
- Müller, Karl H. (2016): *Second-Order Science. The Revolution of Scientific Structures*, Wien: edition echoraum.
- Neurath, Paul, M. (1960): *Radio Farm Forum in India*, New Delhi: Government of India Press.
- Neurath, Paul, M. (1961): *Rechnerische Grundlagen zur Statistischen Ausbildung von Soziologen*, Wien: Sozialwissenschaftliche Forschungsstelle, Universität Wien (Ausbildungsbehef, 132 Seiten).
- Neurath, Paul, M. (1962): *The Delhi School Television Project. Preliminary Evaluation Report*, New Delhi: Ford Foundation.
- Neurath, Paul M. (1986/87): »Das Paul F. Lazarsfeld Archiv an der Universität Wien: Vorgeschichte, Gründung, Bestände und Pläne«, in: *Österreichisches Jahrbuch für Kommunikationswissenschaft*, 4. Jahrgang, S. 131–177.
- Neurath, Paul M. (2004): *Die Gesellschaft des Terrors. Innenansichten der Konzentrationslager Dachau und Buchenwald*, hrsg. von Christian Fleck und Nico Stehr, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Oberforster, Christina (2006): *Life was so full: Leben und Werk von Paul M. Neurath unter besonderer Berücksichtigung der Forschungsprojekte in Indien*, Wien: Universität Wien (Dissertation).
- Pollack, Michael (1981): »Paul F. Lazarsfeld – Gründer eines multinationalen Wissenschaftskonzerns«, in: Lepenies, Wolf (Hrsg.), *Geschichte der Soziologie. Studien zur kognitiven, sozialen und historischen Identität einer Disziplin*, Band 3, Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 157–203.
- Rehberger, Robert (1970): »Österreichische soziologische Bibliographie 1960–1969«, in: Bodzenta, Erich (Hrsg.), *Österreichisches Jahrbuch für Soziologie 1970*, Wien/New York: Springer, S. 183–258.
- Rehberger, Robert (1974): »Österreichische soziologische Bibliographie«, in: Holl, Adolf und Sipt, Otto (Hrsg.), *Österreichisches Jahrbuch für Soziologie 1974*, Wien/Köln: Hermann Böhlau Nachf., S. 180–240.
- Rosenmayr, Leopold (1963): *Familienbeziehungen und Freizeitgewohnheiten jugendlicher Arbeiter*, Wien: Verlag für Geschichte und Politik.
- Rosenmayr, Leopold (Hrsg.) (1966): *Sociology in Austria. History, Present Activities and Projects*, with the assistance of Eva Köckeis, Graz/Köln: Hermann Böhlau Nachf.

- Rosenmayr, Leopold (1988): »Erlebte Soziologie-Geschichte in Österreich ab 1945«, in: Langer, Josef (Hrsg.), *Geschichte der österreichischen Soziologie. Konstituierung, Entwicklung und europäische Bezüge*, Wien: Verlag für Gesellschaftskritik, S. 281–316.
- Rosenmayr, Leopold und Höllinger, Sigurd (Hrsg.) (1969): *Soziologie. Forschung in Österreich. Methoden, theoretische Konzepte, praktische Verwertung*, Wien/Köln/Graz: Hermann Böhlau Nachf.
- Young, Pauline V. (1946): *Scientific Social Surveys and Research*, with contributions by Calvin F. Schmid and Stuart A. Rice, New York: Prentice-Hall Inc.

Anhang

AutorInnenverzeichnis

Altreiter, Carina, ist Projektmitarbeiterin am Institut für Soziologie der Universität Wien im FWF-Projekt *Solidarität in Zeiten der Krise* (SCORIS). Ihre Forschungsschwerpunkte sind u. a. Arbeitssoziologie, Frauen- und Geschlechterforschung sowie Soziale Ungleichheit und Sozialer Wandel.

Amann, Anton, Universitätsprofessor i. R., lehrte Soziologie und Sozialgerontologie an der Universität Wien und ist wissenschaftlicher Leiter des Paul F. Lazarsfeld-Archivs ebenda.

Bailer(-Galanda), Brigitte, Sozialwissenschaftlerin und Historikerin, ist Dozentin am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien. Sie war ab 1979 wissenschaftliche Mitarbeiterin, 2004–2014 Leiterin des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Verfolgung in der NS-Zeit, Aufarbeitung der NS-Zeit nach 1945, Rechtsextremismus in Österreich.

Benetka, Gerhard, studierte Psychologie, Geschichte und Soziologie an der Universität Wien (Mag. phil. 1989, Dr. phil. 1994); Habilitation für Psychologie 1998. Er ist seit 2007 Professor an der Sigmund Freud Privatuniversität in Wien und Dekan der Fakultät für Psychologie.

Christ, Michaela, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Norbert Elias Center for Transformation Design and Research (NEC) der Europa-Universität Flensburg; sie ist verantwortlich für den Bereich Historische Transformationsforschung und Leiterin des Master-Studiengangs Transformationsstudien. Ihre Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind Gewaltsoziologie, Soziologie sozialen Wandels, sozial-ökologische Transformationsforschung, gesellschaftliche Naturverhältnisse.

Dale, Gareth, lehrt Politikwissenschaften an der Brunel University, London. Er hat zahlreiche Publikationen über Karl Polanyi, Arbeitsmigration, grünes Wachstum, die DDR und Osteuropa verfasst.

Desan, Mathieu, lehrt Soziologie an der University of Colorado, Boulder. Derzeit arbeitet er an einem Buchprojekt über französischen Neosozialismus und Faschismus der Zwischenkriegszeit.

Duma, Veronika, studierte Geschichte an der Universität Wien und war 2013–2016 Projektmitarbeiterin am Institut für Geschichte, danach Marietta Blau-Stipendiatin des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft in Österreich; ihre Dissertation verfasste sie über die österreichische Sozialdemokratin und Überlebende des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück Rosa Jochmann.

Duncan, Michael, studiert Soziologie und besuchte im Rahmen seines Masterstudiums das Forschungslabor zum FWF-Projekt *Solidarität in Zeiten der Krise* (SOCRIS) am Institut für Soziologie der Universität Wien.

Ehs, Tamara, lehrt derzeit im Lehramtsstudium Politische Bildung an der Universität Wien und ist Vorsitzende der IG Demokratie. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind rechtshistorisch und -soziologisch orientierte Forschungen zu Demokratie und Rechtsstaat sowie zu österreichischer Wissenschaftspolitik.

Fassl, Anna, studierte Betriebswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien sowie Soziologie an der Universität Wien. In ihrer Masterarbeit im Fach Soziologie beschäftigt sie sich mit Freiwilligenarbeit im Alter.

Feichter, Simone, ist derzeit Lektorin am Institut für Soziologie der Universität Wien. Sie studierte Soziologie an der Universität Wien. Ihre Masterarbeit widmete sie der Auseinandersetzung mit der medialen Selbstinszenierung zeitgenössischer MusikerInnen der klassischen Musik.

Fischer, Peter, ist Soziologe und derzeit an der Technische Universität Dresden tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind Allgemeine Soziologie, Historische Soziologie, Fachgeschichte.

Fleck, Christian, Professor für Soziologie am Institut für Soziologie der Universität Graz, 1993/1994 Schumpeter Fellow, Harvard University, Cambridge, Massachusetts; 1999/2000 Fellow am Center for Scholars and Writers, The New York Public Library, New York; 2008 Visiting Fulbright Professor University of Minnesota, Twin Cities; 2011 Directeur d'études invité, Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, Paris; 2015 Austrian Marshall Plan Foundation Fellow, University of California, Berkeley; 2016–2018 Chief Research Fellow Poletayev Institute for Theoretical and Historical Studies, Higher School of Economics, Moskau.

Flecker, Jörg, Professor für Allgemeine Soziologie am Institut für Soziologie der Universität Wien, leitet aktuell u. a. das FWF-Projekt *Solidarität in Zeiten der Krise* (SCORIS). Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. Wandel der Beschäftigungssysteme im internationalen Vergleich, Arbeitsorganisation und Arbeitsbeziehungen, Transnationalisierung sowie Rechtspopulismus und Rechtsextremismus.

Horvath, Kenneth, ist aktuell als Oberassistent an der Universität Luzern tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen auf Methoden und Methodologien der Sozialwissenschaften sowie auf dem Wechselspiel von Bildungs-, Ungleichheits- und Migrationsordnungen im Kontext gesellschaftlicher Transformationsprozesse.

Huber, Andreas, ist Historiker und Soziologe; seine Arbeitsschwerpunkte sind Forschungen zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte wie auch zu katholischen und deutschnationalen Vereinen, seine Dissertation verfasst er zu Diskriminierung und Protektion im Lehrkörper der Universität Wien 1918 bis 1950.

Inowlocki, Lena, Soziologin, ist Universitätsprofessorin i. R. und geschäftsführende Direktorin des Instituts für Migrationsstudien und interkulturelle Kommunikation (IMiK) am Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit der Frankfurt University of Applied Sciences sowie außerplanmäßige Professorin am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Kalleitner, Fabian, ist Universitätsassistent (prae-doc) am Institut für Wirtschaftssoziologie der Universität Wien. Er studierte Soziologie, Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Wien und arbeitet aktuell zu Fairnessvorstellungen in Zusammenhang mit Steuern.

Kannonier-Finster, Waltraud, Soziologin, war bis 2011 Assistenzprofessorin am Institut für Soziologie der Universität Innsbruck; ihre Forschungsschwerpunkte sind Biografieforschung, qualitative Methoden sowie Methodologie soziologischer Fallstudien.

Klieber, Anna, studiert Philosophie und Soziologie. Sie verfasste ihre Masterarbeit in Philosophie zum Thema *Von der Demütigung bis zur Zerstörung des Subjekts. Zur Entsubjektivierung in der Shoah* und beschäftigt sich mit dem Thema Philosophie und Nationalsozialismus.

Klieme, Matti-Léon, studiert Politikwissenschaft und Soziologie, Bachelorabschluss am Institut für Soziologie der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Kranebitter, Andreas, Soziologe und Politikwissenschaftler, war ab 2005 wissenschaftlicher Mitarbeiter der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, von 2014 bis 2017 Uni:Doc-Fellow am Institut für Soziologie der Universität Wien und ist seit 2017 Leiter der Forschungsstelle der KZ-Gedenkstätte Mauthausen.

Morikawa, Takemitsu, war nach der Promotion in Soziologie 2001 an der Universität Gesamthochschule Kassel bis 2004 als Research Fellow der Japan Society for the Promotion of Science (JSPS) an der University of Tokyo tätig, danach wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Kassel (2005–2007), Forschungsmitarbeiter an der Universität Luzern (2009–2013), dort Habilitation 2012. Seit 2017 vertritt er den Lehrstuhl für Gesellschaftsvergleich und Gesellschaft Japans an der Universität Duisburg-Essen.

Müller, Albert, studierte Geschichte und Germanistik an der Universität Graz und war 1984–1998 am Ludwig Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft, Salzburg und Wien, tätig. Seit 1998 arbeitet er am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien und ist Mitherausgeber der *Studien zur Historischen Sozialwissenschaft* und der *Österreichischen Zeitschrift für Geschichtswissenschaften*.

Pfadenhauer, Michaela, ist Universitätsprofessorin für Soziologie an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Wissenssoziologie und Kommunikativer Konstruktivismus, Mediatisierung und avancierte Technologien, Interpretative Sozialforschung.

Pohn-Lauggas, Maria, Soziologin, arbeitet derzeit zu biografischen, intergenerationalen und familialen Handlungs- und Erinnerungsprozessen von Erfahrungen im Nationalsozialismus; weitere Arbeitsschwerpunkte sind Visuelle Erinnerungspraktiken, Methodologie und Methoden der interpretativen Sozialforschung, insbesondere der Biografie- und Mehrgenerationenforschung, Bildanalyse und Diskursanalyse.

Reinprecht, Christoph, ist Professor für Soziologie an der Universität Wien. Forschungen zum Gestaltwandel des Sozialen und der sozialen Frage insbesondere im Zusammenhang mit Migration, Stadt, Wohnen, sowie im Bereich von politischer Soziologie und soziologischer Gedächtnisforschung. Aktuelles Forschungsprojekt zur Konstitution, Entwicklung und (urbanen) Verortung der Wiener Schule der empirischen Soziologie.

Sandner, Günther, ist Politikwissenschaftler und Historiker in Wien. Er publiziert ausführlich zu den Themenkreisen Logischer Empirismus, Otto Neurath, Geschichte und Programmatik der Sozialdemokratie und politische Bildung. 2014 erschien seine Biografie über Otto Neurath.

Schindler, Saskja, ist Projektmitarbeiterin am Institut für Soziologie der Universität Wien im FWF-Projekt *Solidarität in Zeiten der Krise* (SCORIS). Ihre Forschungsschwerpunkte sind u. a. Arbeitssoziologie, Politische Soziologie und Soziale Ungleichheit.

Stögner, Karin, Soziologin und Historikerin, forscht und lehrt derzeit an der Universität Wien und an der Hebrew University of Jerusalem. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Kritische Theorie, Intersektionalität, Antisemitismus, Nationalismus und Sexismus. Sie publizierte u. a. über *Antisemitismus und Sexismus. Historisch-gesellschaftliche Konstellationen* (2014).

Suderland, Maja, ist Dozentin für Soziologie und empirische Sozialforschung am Fachbereich Soziale Arbeit der Hochschule Darmstadt; ihre Forschungs- und Interessenschwerpunkte sind Nationalsozialismus, Holocaust und Verfolgung, gesellschaftliche Facetten von Gewalt, Praktiken und Strategien sozialer Differenzierung, Bedeutung zeitlicher Aspekte in der sozialen Welt und ihre unterschiedliche Berücksichtigung in soziologisch-theoretischen Konzepten.

Weiss, Hilde, ist Soziologin und Universitätsprofessorin i. R. am Institut für Soziologie der Universität Wien. Ihre Forschungen und Publikationen beschäftigen sich mit den Gebieten Politische Soziologie, Antisemitismus, ethnische Minderheiten, Migration und soziale Integration.

Wielens, Alia, ist Soziologin und studierte Soziologie, Politikwissenschaft, Erziehungswissenschaften und Gender Studies an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, der Université de Picardie Jules Verne Amiens und der Central European University Budapest.

Ziegler, Meinrad, Soziologe, ist Universitätsprofessor i. R. am Institut für Soziologie der Johannes-Kepler-Universität Linz; seine Schwerpunkte in Lehre und Forschung sind Theoretische Soziologie, Biografieforschung und Methodologie qualitativer Methoden.

Namensverzeichnis

- Adamovich, Ludwig: 204
Adler, Alfred: 432
Adler, Katja: 331
Adler, Max: 23, 173, 177–180, 193, 207, 213, 250, 432
Adler, Victor: 286
Adorno, Theodor W.: 15, 34–35, 62, 431, 449, 522, 535–536, 538–539, 544
Albert, Hans: 440
Altreiter, Carina: 38, 575
Aly, Götz: 99, 107, 122
Amann, Anton: 45, 140, 567, 575
Amesberger, Helga: 412
Anders, Günther: 435
Andreae, Wilhelm: 177, 179, 184, 186
Arendt, Hannah: 64, 73
Aristoteles: 173, 255
Arntz, Gerd: 32, 281, 284, 287, 291, 294–295
Aschauer, Wolfgang: 411
Assmann, Aleida: 499–500
Baader, Franz von: 173, 178
Baar, Edeltrud: 107, 109
Bach, Hans: 441
Bacher, Wolfgang: 411
Bahrt, Hans Paul: 62
Bailer, Brigitte: 37, 575
Bandat, Josefina: 231
Basaglia, Franco: 106
Batteiger, Jonas: 521
Bauer, Otto: 35, 180, 200, 301, 309, 320, 432
Bauer, Wilhelm: 116, 122
Baum, Bruno: 346
Bauman, Zygmunt: 93
Baxa, Jakob: 176–177, 179, 184, 186–187, 253
Becker, Howard P.: 79
Becker, Michael: 15, 65
Beckert, Siegfried: 555
Beer, Franz: 401
Beethoven, Ludwig van: 431
Beirer, Heinrich: 232
Beller, Steven: 384
Benario-Prestes, Olga: 338
Benetka, Gerhard: 23, 32, 107, 433, 575
Benjamin, Walter: 539
Benthin, Rainer: 518
Berger, Peter L.: 258
Bernath, Erwin: 291
Bernatzik, Edmund: 225
Bernfeld, Siegfried: 291, 432
Bettelheim Bruno: 36
Beyer, Justus: 181, 184, 202
Bichlbauer, Dieter: 402
Binet, Alfred: 109
Biró, Ludwig: 153, 156–162, 164
Blau, Peter: 557
Blaukopf, Kurt: 441
Blecha, Karl: 556
Bloch, Lucie: 563
Bloch, Marc: 119
Blum, Léon: 303, 309
Blumberger, Walter: 406, 408
Böckl, Leopold: 105
Bodzenta, Erich: 441, 556
Boltanski, Luc: 41, 483
Bondy, Curt: 100
Bordiga, Amadeo: 302
Borkenau, Franz: 37, 377–392
Borodajkewycz, Taras: 74, 116, 123, 131, 144, 400, 442
Bortkiewicz, Ladislaus von: 213
Botz, Gerhard: 124, 146, 403
Bourdieu, Pierre: 40–41, 411, 429–430, 453, 483, 488
Bretschneider, Rudolf: 556
Breuer, Stefan: 253
Broder, Henryk M.: 538

- Bronner, Gerhard: 131
Broszat, Martin: 72
Browning, Christopher: 68
Bruch, Michael: 246
Bruckschwaiger, Karl: 252
Brüderle, Rainer: 524
Brüning, Heinrich: 306
Brunmayr, Erich: 406–408, 416
Brunner, Otto: 115–118, 121, 123, 433, 439
Bruns, Julian: 518
Brunswik, Egon: 33
Bühler, Charlotte: 32–33, 35, 107, 140, 432, 448, 557
Bühler, Karl: 33, 35, 104–105, 431–432, 448
Bunzl, John: 402
Burger, Rudolf: 568
Burghardt, Anton: 441
Burke, Christopher: 281
Burke, Edmund: 316
Burkhardt, Frederick: 562
Caminda, Richard: 286
Cammatt, John: 306, 308
Camus, Renaud: 527
Carnap, Rudolf: 432
Caruso, Igor: 100–102
Cassirer, Ernst: 264
Castoriadis, Cornelius: 41
Celan, Paul: 446
Chasseguet-Smirgel, Janine: 97
Christ, Michaela: 11, 13, 22, 99, 575
Christian, Viktor: 434
Churchill, Winston: 522
Class, Diethelm: 265
Cole, G. D. H.: 293, 301, 309, 311, 313, 318–319
Coleman, James: 557
Comte, Auguste: 173
Conze, Werner: 99, 105, 433, 439
Coser, Lewis: 557
Crozier, Michel: 557
Czernin, Peter: 194
Dahmer, Helmut: 36, 96–97
Dahrendorf, Ralf: 62, 82
Daim, Wilfried: 439
Dale, Gareth: 36, 575
Darwin, Charles: 82
Dayé, Christian: 14
de Man, Hendrik: 301, 310, 318–319, 323–324
Degenfeld-Schonburg, Ferdinand: 187, 205, 229–230, 238
Deißler, Stefan: 12
Deleuze, Gilles: 41
Demirović, Alex: 65
Dempf, Alois: 440, 445
Derrida, Jacques: 41
Desan, Mathieu: 36, 575
Deutsch, Julius: 285
Dichter, Ernest: 556
Dimitroff, Georgi: 306, 352
Diner, Dan: 500–501, 539
Dobretsberger, Josef: 74, 159, 435
Dollfuß, Engelbert: 182, 362, 406
Dollhopf, Margaretha: 136
Dopsch, Alfons: 118, 121–122
Dorner-Hörig, Christian: 413
Dostojewski, Fjodor: 316
Drexel, Karl: 285–286
Drimmel, Heinrich: 138, 437, 442, 449
Duchkowitsch, Wolfgang: 17
Duma, Veronika: 37, 576
Duncan, Michael: 38, 576
Dunkmann, Karl: 173, 250
Durkheim, Émile: 250
Eberstaller, Gerhard: 137
Ebner, Herwig: 115
Ehmer, Josef: 403
Ehs, Tamara: 23, 576
Elias, Norbert: 42, 63, 380
Elsässer, Jürgen: 512
Endres, Robert: 555
Engel-Jánosi, Friedrich: 118
Erdheim, Mario: 42, 466–467, 506
Eredanski, Wladimir: 137
Eribon, Didier: 42, 454
Erker, Linda: 147
Ermacora, Felix: 142
Eubank, Earle Edward: 193
Fallend, Karl: 102
Fassl, Anna: 31, 576
Faye, Emmanuel: 31
Febvre, Lucien: 119
Feder, Gottfried: 543
Feichter, Simone Tamara: 31, 576
Fellner, Fritz: 116
Ferenczi, Sándor: 97–98
Ferrer Rey, Margarita: 346
Fessel, Walter: 440, 556
Fichte, Johann Gottlieb: 173, 251, 255
Figl, Leopold: 139
Firnberg, Hertha: 132, 143, 558, 568
Fischer, Alois: 287–288, 290, 294
Fischer, Ernst: 440
Fischer, Heinz: 123, 131, 442
Fischer, Kurt Rudolf: 75, 385
Fischer, Peter: 37, 576

- Fleck, Christian: 13, 22, 82, 123, 139–140, 157, 163, 207–208, 404, 434, 556, 576
- Fleck, Ludwig: 255
- Flecker, Jörg: 38, 576
- Fleddéus, Mary L.: 291
- Fleming, Berkeley: 318
- Ford, Henry: 273
- Ford, Joseph B.: 206
- Foucault, Michel: 41, 336
- Fraenkel, Ernst: 62
- Frank, Josef: 284
- Frank, Walter: 116
- Frankl, Viktor: 452
- Frauenfeld, Alfred: 26
- Frenkel-Brunswik, Else: 33–35, 216, 432, 448
- Freud, Sigmund: 97–98, 102, 377, 432, 445, 466, 506
- Freyer, Hans: 13, 24
- Friedeburg, Ludwig von: 62
- Friedell, Egon: 118
- Friemel, Rudolf: 346
- Fromm, Erich: 35
- Fuchs, Albert: 119
- Fürth, Josef Herbert: 257
- Gall, Lothar: 99
- Gallup, George: 556
- Galtung, Johan: 557
- Gauland, Alexander: 517
- Gehlen, Arnold: 24, 82, 86, 105, 191, 195, 433–434
- Gehler, Michael: 562
- Gendell, Murray: 559
- Gerhardt, Uta: 15
- Gerlich, Peter: 141, 143–144
- Gerschenkron, Alexander: 74
- Geuter, Ulfried: 95–96, 103–104, 108
- Giordano, Ralph: 537
- Glaise-Horstenau, Edmund: 116, 118, 121
- Glöckel, Otto: 133–134
- Glösel, Kathrin: 518
- Goffman, Erving: 504
- Goldschmidt, Dietrich: 62
- Gombots, Roland: 414
- Görlich, Günther: 136–137
- Gottl-Ottlilienfeld, Friedrich: 32, 174, 263–277
- Grabner, Günther: 345
- Gramsci, Antonio: 301, 305, 323, 336
- Gratz, Leopold: 143
- Grond, Linus: 556
- Gross, Heinrich: 101–102
- Grossmann, Henryk: 387
- Grünberg, Carl: 25, 209, 332, 432
- Grünspann, Ruth: 338
- Grünwald, Ralf: 556
- Gulick, Charles: 119
- Gumplowicz, Ludwig: 156, 158, 199, 225, 431
- Günther, Adolf: 30, 186, 191–205, 208, 211–213, 230, 234–236, 238, 431–433
- Gurvitch, Georges: 446
- Gutka, Karl: 369
- Haar, Anton: 230
- Haberler, Gottfried: 140
- Habermann, Hermann: 185
- Hahn, Hans: 563
- Haider, Jörg: 413
- Halbmayer, Brigitte: 412
- Halbwachs, Maurice: 460
- Haller, Rudolf: 75
- Hanak, Gerhard: 414
- Hanisch, Ernst: 124
- Hantsch, Hugo: 119
- Hartmann, Otto Julius: 159
- Haubenberger, Günther: 136
- Haufe, Helmut: 105
- Hausjell, Fritz: 142
- Hayek, Friedrich August von: 140, 257, 557
- Hebb, Donald: 109
- Heberle, Rudolf: 351
- Heer, Friedrich: 124, 439, 445
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: 247–248, 251, 255, 257
- Heibers, Helmut: 116
- Heidegger, Martin: 264, 519
- Heigl, Paul: 121
- Heinich, Nathalie: 40
- Heinrich, Walter: 29, 179, 181–182, 184, 186, 201–202, 253
- Heinz, Karl: 146
- Heitmeyer, Wilhelm: 408, 412
- Heller, Franz: 234–235, 240
- Heller, Richard: 240
- Hellwig, Rudolf: 285
- Henkel, Michael: 257
- Herkenhoff, Anna-Lena: 517
- Herzog, Herta: 371, 432
- Hetzer, Hildegard: 32, 107
- Heuberger, Richard: 121
- Hilferding, Rudolf: 180, 304, 309, 432
- Hindler, Elisabeth: 402
- Hinrichs, Peter: 273
- Hirsch, Hans: 116, 122

- Hitler, Adolf: 15, 68, 72, 82, 120, 136, 138, 143,
165–166, 182, 187, 197, 202, 275, 303, 306,
312, 317, 323, 331, 355–356, 360–363, 370,
378, 387, 407, 454, 501, 503, 520
- Höcke, Bernd: 517
- Höflechner, Walter: 157–158
- Hofmann, Julia: 411
- Hofstätter, Peter R.: 433
- Hold-Ferneck, Alexander: 181, 185, 230
- Hollitscher, Walter: 555
- Holz, Klaus: 528
- Holzer, Willibald I.: 398–399
- Holzhauser, Nicole: 82
- Horkheimer, Max: 62, 333–334, 535, 539–540,
544
- Horvath, Kenneth: 13, 43–44, 576
- Hovorka, Nikolaus: 37
- Huber, Andreas: 29, 576
- Hugelmann, Karl Gottfried: 181
- Hula, Erich: 139–140
- Hume, David: 155, 164
- Hund, Wulf D.: 31
- Huppert, Hubert: 133
- Hurdes, Felix: 139, 185, 204
- Illing, Ernst: 100
- Ingrisch, Bernhard: 401
- Inowlocki, Lena: 44, 577
- Ipsen, Gunther: 13, 20, 22, 105, 191, 431,
433–434
- Isele, Hellmut Georg: 19
- Jacobsson, Malte: 563
- Jaeggi, Urs: 198
- Jaensch, Erich Rudolf: 35
- Jahn, Otto: 288, 290
- Jahnel, Friedrich: 287
- Jahoda, Marie: 23, 33, 179, 209, 287, 334–335,
432, 448–449, 561
- Jánoska, Georg: 158, 167
- Jánoska, Judith: 153, 157–158, 163, 167, 441
- Jedlicka, Ludwig: 123
- Jerusalem, Wilhelm: 250
- Jervis, Giovanni: 106
- Jochmann, Rosa: 37, 338–340
- Jolles, Hiddo M.: 556
- Jung, Philipp Wilhelm: 185
- Jünger, Ernst: 136, 519
- Kaempffert, Waldemar: 292
- Kaesler, Dirk: 12, 193
- Kafka, Gustav: 95
- Kalleitner, Fabian: 31, 282, 577
- Kaltenbrunner, Gerd-Klaus: 252
- Kannonier-Finster, Waltraud: 44, 403, 577
- Kant, Immanuel: 246
- Karazman-Morawetz, Inge: 407
- Karlhuber, Günther: 231
- Karlik, Berta: 555
- Karrenbrock, Paul: 184
- Katona, George: 556
- Katz, David: 95
- Kaufmann, Edgard J.: 292
- Kaufmann, Felix: 139, 432
- Kautsky, Benedikt: 36, 206–207, 436
- Kautsky, Karl: 36, 303
- Keilhacker, Martin: 107
- Kelsen, Hans: 25, 36, 131, 135, 177, 179, 241,
254–255, 257, 344, 432
- Kennedy, John F.: 543
- Kindel, Eric: 281
- Kirchweiger, Ernst: 131, 144, 442
- Klahr, Alfred: 37, 343–352
- Klammer, Carina: 412–413
- Klaus, Josef: 443
- Klebel, Ernst: 121
- Klieber, Anna: 23, 435, 577
- Klieme, Matti-Léon: 44, 577
- Klimpfinger, Sylvia: 105, 433
- Klingemann, Carsten: 12, 20, 96, 100, 104
- Knoll, August M.: 30, 38, 74, 135–138, 147, 179,
183–186, 206, 431, 435–440, 445–446, 554
- Knopf, Alfred A.: 292
- Knopp, Vincent: 526
- Knorr-Cetina, Karin: 451
- Köckeis, Eva: 449–450
- Kogon, Eugen: 36
- Kohn, Sonja: 535, 545–547
- König, Otto: 555
- König, René: 14, 62, 72–73, 208, 447, 557, 565
- König, Thomas: 139, 142, 145
- Koppers, Wilhelm: 206
- Körber, Lili: 37
- Korotin, Ilse: 433
- Koselleck, Reinhart: 439
- Kozlik, Adolf: 74, 135, 139, 433, 435
- Kracauer, Siegfried: 75
- Krainz, Franz: 231
- Krallert, Wilfried: 118
- Kramer, Helmut: 140–141, 147
- Kranebitter, Andreas: 13, 30, 577
- Kraus, Karl: 41, 386
- Kreisky, Bruno: 131, 144, 344, 443–444
- Kreissler, Felix: 146
- Kretschmer, Michael: 512
- Kreutz, Henrik: 556
- Kreuzer, Rudolf: 148

- Krucsay, Brita: 414
 Kubitschek, Götz: 516, 518
 Kühl, Stefan: 12, 15, 65, 72
 Kümel, Günther: 131
 Kummer, Karl: 436
 Kutalek, Norbert: 401
 Lacina, Ferdinand: 123, 131, 442
 Ladner, Gerhard: 118
 Lagler, Ernst: 29, 179, 186, 435, 556
 Lahr, Fritz: 286
 Lambrecht, Stefan (siehe Ronneberger, Franz)
 Langbein, Hermann: 37, 345–346, 351
 Langer, Josef: 75, 440, 444–445
 Langer, Walter C.: 377
 Laski, Harold: 319
 Latscher-Lauendorf, Friedrich Johann: 214
 Lazarsfeld, Paul F.: 23, 34, 41, 45, 75, 133, 140, 179, 209, 333, 432, 440, 446, 448, 452, 553, 556–558, 560–568
 Lazarsfeld, Sophie: 561
 Le Bras, Gabriel: 556
 Lechner, Karl: 116
 Leibbrandt, Gottlieb: 255
 Leichter, Franz: 333
 Leichter, Heinz: 333
 Leichter, Käthe: 37, 209, 329–336, 338–340, 432, 449
 Leichter, Otto: 37, 332
 Lemke, Thomas: 246
 Lepenies, Wolf: 14, 73–74
 Lepsius, M. Rainer: 12, 16, 19, 61–62, 198
 Leser, Norbert: 74, 142–144
 Lessenich, Stephan: 66
 Levinson, Daniel J.: 35
 Lichert, Andreas: 518
 Liebmann, Maximilian: 146
 Liefmann, Robert: 235–236
 Liegler, Leopold: 122
 London, Jack: 316
 Löwenthal, Richard: 381
 Luchterhand, Elmer: 9–10, 17
 Luckmann, Thomas: 258
 Lueger, Karl: 438
 Lütke, Heinz: 272
 Maaß, Sebastian: 252–253
 Maaßen, Hans-Georg: 512
 Macartney, C. A.: 379
 Macaulay, Thomas Babington: 316
 Mach, Ernst: 250, 432
 Madoff, Bernard: 535, 545–546
 Mahr, Alexander: 230
 Maleta, Alfred: 42
 Malinowski, Bronisław: 388
 Mally, Ernst: 168
 Malthus, Thomas: 316
 Mannheim, Karl: 496
 Mannoury, Gerrit: 291
 Manoschek, Walter: 144
 Marchet, Arthur: 185
 Marcic, René: 142–143
 Marin, Bernd (=Tichatschek, Bernd) 145, 401–402, 404, 412, 416
 Marinelli, Wilhelm: 555
 Martin, Wolf: 535, 542
 Mason, Tim: 322
 Massiczek, Albert: 117–118
 Matteotti, Giacomo: 303
 Maus, Heinz: 13, 73, 84
 Mayer, Hans: 25, 177–178, 229, 233–234, 236, 239
 Mayer, Theodor: 120
 Mayreder, Rosa: 23
 McCarthy, Joseph: 96
 Mead, Margaret: 557
 Meinecke, Friedrich: 120
 Meinong, Alexius: 155
 Meisel, Josef: 346
 Meissl, Sebastian: 145
 Meister, Richard: 122, 207
 Menger, Carl: 263, 267
 Menghin, Oswald: 118
 Menzer, Rosa: 338
 Merkl, Adolf Julius: 136–137, 344
 Merton, Robert K.: 446
 Merz, Ferdinand: 103–104
 Messerschmidt, Astrid: 498
 Messner, Johannes: 74
 Metzger, Wolfgang: 96, 104
 Mises, Ludwig von: 135, 140, 179, 241, 257, 263–264
 Moebius, Stephan: 14
 Mohler, Armin: 254, 515
 Moissl, Richard: 231
 Mokre, Johann: 159, 435, 556
 Molden, Fritz: 121–122
 Molden, Otto: 121–122
 Mommsen, Wolfgang: 99
 Mondes, Emil Julius: 240
 Morel, Julius: 441
 Morgenstern, Oskar: 133, 140, 440, 556
 Morikawa, Takemitsu: 32, 577
 Mosse, George: 10
 Mozart, Wolfgang Amadeus: 392
 Mozetič, Gerald: 156, 158

- Mueller, Franz H.: 206
Müller, Adam: 177–178, 250–251, 313
Müller, Albert: 23, 404, 577
Müller, Karl Alexander von: 116
Müller, Karl H.: 557
Müller, Karl Valentin: 13
Müller, Mario Alexander: 516
Müller, Paul: 116, 121
Müller, Reinhard: 156
Müller-Braunschweig, Carl: 96–98
Mulley, Klaus-Dieter: 145
Musik, Erna: 463
Mussolini, Benito: 302, 313–314
Nadig, Maya: 42
Nadler, Josef: 116
Nahrath, Wolfgang: 514
Nahrath, Wolfram: 514
Nemeth, Dietmar: 406, 408
Nemeth, Elisabeth: 566
Neumann, Erich Peter: 75
Neumann, Franz: 62
Neurath, Margarete: 565
Neurath, Olga (=Hahn, Olga): 292, 563
Neurath, Otto: 32, 179–180, 281–288, 291–295, 563, 565–566, 578
Neurath, Paul M.: 36, 45, 64, 432, 452, 553, 557, 560, 563–568
Nietzsche, Friedrich: 168, 251, 254
Noelle-Neumann, Elisabeth: 75
Nolan, Mary: 273
Nolte, Ernst: 15
Nowak, Leopold: 116
Obst, Georg: 235
Ogden, Charles Kay: 291
Ogris, Günther: 406
Owen, Robert: 316
Papcke, Sven: 378
Papen, Franz von: 306
Pareto, Vilfredo: 388
Parsons, Talcott: 391, 446
Parth, Walter: 101
Patzelt, Erna: 119, 121
Pauley, Bruce F.: 145
Paulhart, Walter: 411
Pawlik, Kurt: 94
Peel, Robert: 316
Peham, Andreas: 536
Pelinka, Anton: 141, 143–144, 146, 436
Peter, Friedrich: 131, 144
Peter, Lothar: 273
Peters, Alfred: 75, 433
Petry, Frauke: 517
Pfadenhauer, Michaela: 32, 577
Pfefferl, Karl-Heinz: 13
Pfefferle, Hans: 147
Pfefferle, Roman: 147
Philippovich, Eugen von: 25, 175
Pichler, J. Hanns: 29, 250, 252
Piffl-Perčević, Theodor: 443
Pirker, Theo: 62
Platon: 173, 176, 179, 255
Plenge, Johann: 248–249
Pleschberger, Werner: 143
Plessner, Helmuth: 62
Podgorski, Teddy: 443
Pohn-Lauggas, Maria: 44, 578
Polak-Hellwig, Otto Rudolf: 285
Polanyi, Karl: 36–37, 253, 301, 311–325, 575
Pollak, Michael: 40–42, 451
Pollak, Walter: 42
Popitz, Heinrich: 62
Popper, Karl: 440, 445
Pór, Ödön: 313
Prader, Johanna: 257
Preglau, Max: 412
Preiser, Erich: 19
Presslmayer, Karl: 240
Příbram, Alfred Francis: 118
Priester, Eva: 119
Przibram, Karl: 555
Qualtinger, Helmut: 443
Quidde, Ludwig: 64
Raab, Julius: 42
Räber, Hans: 254
Radaković, Konstantin: 23, 153–168, 435
Radaković, Mila: 155
Radaković, Theodor: 155–156
Rammstedt, Otthein: 83, 204
Rank, Otto: 98
Rapoport, Anatol: 557
Raspail, Jean: 527
Rassem, Mohammed: 30, 441
Rathkolb, Oliver: 145, 203, 229, 406
Ratzenhofer, Gustav: 195
Rauschenbach, Brigitte: 505
Rebernig, Maria: 238, 240
Redlich, Fritz: 557
Reemtsma, Jan Philipp: 502
Reich, Wilhelm: 432
Reichardt, Robert H.: 441
Reidemeister, Marie: 32, 281, 283–284, 287, 291–294
Reininger, Robert: 194
Reinprecht, Christoph: 13, 42, 166, 578

- Renner, Karl: 139, 303, 382, 432
 Revers, Wilhelm J.: 101
 Rex, Zvi: 538
 Ricardo, David: 316, 323
 Richter, Holger: 94
 Riedl, Rupert: 555
 Riemer, Svend: 73
 Riesman, David: 391
 Rittler, Theodor: 205
 Robinson, William S.: 564
 Roeder, Hermann: 179, 184, 186
 Roh, Franz: 284
 Rohrachter, Hubert: 104
 Rollet, Edwin: 555
 Rommelspacher, Birgit: 483
 Ronneberger, Franz: 17–20, 22–24, 75, 434
 Rosenberg, Alfred: 118, 182, 202–203, 239, 253, 264
 Rosenberg, Morris: 558
 Rosenmayr, Hilde: 449
 Rosenmayr, Leopold: 29, 38, 42–43, 75, 137, 206, 211, 431, 440–454, 554, 556, 566
 Rotha, Paul: 293
 Rothacker, Erich: 82
 Rudolph, Clarissa: 107–108
 Rühl, Manfred: 17
 Rumsfeld, Donald: 544
 Rösen, Jörn: 496, 506
 Rutte, Heinz: 155
 Salomon, Ernst von: 255
 Sander, Friedrich: 104
 Sandner, Günther: 32–33, 578
 Sanford, R. Nevitt: 35
 Santifaller, Leo: 122–123
 Sapper, Karl: 159
 Sarrazin, Thilo: 484
 Sartre, Jean-Paul: 446
 Sauter, Johannes: 177–179, 185–187
 Schäffle, Albert: 173
 Schapire, Anna: 563
 Schartner, Irmgard: 197
 Schasching, Johannes: 435, 556
 Scheer, Josef: 291
 Scheer, Lore: 135–136, 139, 148
 Scheit, Gerhard: 536
 Scheler, Max: 250
 Schelsky, Helmut: 12–14, 19, 24, 73, 78, 449, 557
 Schiedel, Heribert (siehe Peham, Andreas)
 Schieder, Theodor: 99, 383
 Schienerl, Walther: 30, 84, 186, 191, 194–197, 200–209, 211–212, 214–216, 433
 Schindler, Saskja: 38, 578
 Schirach, Baldur von: 194
 Schlembach, Christopher: 255, 257
 Schlick, Moritz: 33, 194, 432
 Schliebener, Wilhelm: 231
 Schmitt, Carl: 82, 519
 Schmitz, Melanie: 516, 518, 527–528
 Schmitz, Richard: 285–286
 Schmölz, Franz Martin: 142
 Schneider, Heinrich: 133, 141, 143–144
 Schönbach, Peter: 536
 Schönbauer, Ernst: 181, 185
 Schorske, Carl E.: 384
 Schulz, Wolfgang: 405
 Schumpeter, Joseph: 432
 Schuschnigg, Kurt von: 121, 181
 Schüssel, Wolfgang: 506
 Schütz, Alfred: 139, 180, 257–258, 432
 Sedlmayr, Hans: 116
 Seipel, Ignaz: 146, 181, 382, 438
 Selby, Walford: 378, 386
 Sellner, Martin: 516, 518, 527
 Seyß-Inquart, Arthur: 118, 377
 Sharon, Ariel: 544
 Shils, Edward: 81, 83–85
 Sickinger, Hubert: 562
 Siegel, Carl: 159, 168
 Siegfried, Klaus-Jörg: 75, 253, 255
 Sieghart, Rudolf: 382
 Siemens, Carl Friedrich von: 271–272
 Simmel, Georg: 179, 199, 256
 Simon, Maria: 401
 Simon, Théodore: 109
 Skubl, Michael: 181
 Soeffner, Hans-Georg: 11, 99–100
 Solms-Rödelheim, Wilhelm: 101
 Somary, Felix: 235
 Sombart, Werner: 173, 199, 272
 Sontheimer, Kurt: 253
 Spann, Adalbert: 24
 Spann, Othmar: 24–32, 36, 75, 134, 147, 173–187, 192–195, 199–205, 210, 212, 214, 241, 245, 249–258, 263, 272, 312–315, 322, 324, 343, 431–432, 434–436, 438–439
 Spann, Rafael: 25, 27–28, 184, 201
 Speiser, Paul: 285–286
 Spencer, Herbert: 173, 251
 Spengler, Oswald: 519
 Spitzer, Hugo: 156
 Srbik, Heinrich von: 116, 122
 Stadler, Friedrich: 281
 Stadler, Karl R.: 124, 144, 403

- Stalin, Josef: 345
Stammer, Otto: 62
Stanton, Frank: 564
Staudinger, Anton: 124
Stebbing, Susan: 293
Stein, Lorenz von: 431
Steinacker, Harold: 118, 205
Steinbeck, Walter: 167
Steiner, Herbert: 124, 463
Steinert, Heinz: 208–210, 212, 407, 451
Steinmetz, George: 86, 430
Steltzer, Heinrich: 232–234, 238–240
Stern, Fritz: 73
Stern, Leo: 178, 186, 206–207, 433–435, 555
Stern, William: 95
Sternheim, Andries: 333–335
Stifter, Christian H.: 138, 357
Stögner, Karin: 44, 404, 406, 412–413, 578
Stöhr, Adolf: 194
Stölting, Erhard: 388, 390
Stone, Shepard: 562
Stouffer, Andrew: 446
Strache, Heinz-Christian: 547
Strobl, Natascha: 518
Stuhlpfarrer, Karl: 124
Suderland, Maja: 22, 36, 99, 578
Sutter, Berthold: 142
Szecsi, Maria: 124
Tálos, Emmerich: 144
Tandler, Julius: 286
Terkessidis, Mark: 526
Thalheimer, August: 200, 301, 308–310, 323
Thévenot, Laurent: 41
Thiede, Klaus: 179, 184, 186
Thumb, Norbert: 105
Thyssen, Fritz: 182, 253
Tießler, Walter: 291
Tillschneider, Hans-Thomas: 518
Tilly, Richard: 380
Tinbergen, Jan: 291
Togliatti, Palmiro: 305
Tönnies, Ferdinand: 173
Topitsch, Ernst: 141, 440, 445
Trautenegg, Eduard: 286, 288
Trotzki, Leo: 200, 301, 308–310, 318, 323
Trump, Donald: 68
Türk, Klaus: 246
Ucakar, Karl: 144
Uhlirz, Mathilde: 119
Vandervelde, Émile: 302
Varga, Eugen: 391
Varga, Lucie (=Stern, Rosa) 118
Verdroß-Droßberg, Alfred: 137, 185, 230
Verschuer, Otmар von: 78
Voegelin, Eric: 31, 177, 179, 183–184, 186, 252, 255–257
Vogel, Emanuel H.: 229, 233–236, 238–239
Vogelsang, Karl von: 436, 438
Vogt, Werner: 101
Voltolini, Hans: 181
Vordermark, Ulrike: 139
Vranitzky, Franz: 132, 146, 506
Wadani, Richard: 463
Wagner, Gertrude: 432
Wagner, Ludwig: 335
Waldheim, Kurt: 44, 66, 132, 146, 355, 444, 461, 497, 503, 538
Walker, Sue: 281
Walser, Martin: 499
Walther, Andreas: 204
Wandruszka, Adam: 124
Weber, Adolf: 235
Weber, Alfred: 12
Weber, Hugo: 236–240
Weber, Max: 175, 199, 258, 263, 267–268, 271, 387, 488–489, 568
Wehler, Hans-Ulrich: 99, 350
Weidenholzer, Josef: 401–403, 414
Weinhandl, Ferdinand: 163, 168
Weinreich, Max: 73
Weinzierl, Erika: 75, 124, 144, 146
Weippert, Georg: 264, 276
Weiss, Hilde: 37, 39, 216, 399, 402, 404–405, 416, 449, 578
Weizsäcker, Richard von: 500
Wellek, Albert: 104
Wells, H. G.: 316
Welzer, Harald: 15
Wertheimer, Max: 96
Westphalen, Ferdinand von: 29, 179, 186
Wiedenfeld, Kurt: 175
Wielens, Alia: 44, 578
Wiese, Leopold von: 13, 72, 173–174, 176, 199, 214
Wiesenthal, Simon: 96, 131, 144, 148
Wieser, Friedrich von: 175, 263
Wieser, Georg: 568
Wilczek, Hans Gregor von: 185
Wildt, Michael: 68, 122
Wilke, Fritz: 177
Willinger, Markus: 520
Winkler, Wilhelm: 230
Winter, Eduard: 555

- Winter, Ernst Karl: 74, 138–139, 146, 180–181, 183, 186–187, 206, 344, 435, 437,
Winterfeldt, Paula: 528
Wirth, Louis: 192
Wiskemann, Erwin: 272
Wodak, Ruth: 397, 412, 541
Wohlleben, Ralf: 514
Wolff, Karl: 238
Wopfner, Hermann: 121
Wössner, Jakobus: 441
Wurmhöringer, Sarah: 407
Zapotocky, Klaus: 441
Zaruba, Johann: 240
Zatschek, Heinz: 117
Zechner, Leopold: 555
Zeeden, Walter Ernst: 381
Zeller, Marc: 80
Zetkin, Clara: 305
Zetterberg, Hans L.: 559
Ziegler, Meinrad: 44, 403, 578
Zilian, Hans G.: 406, 408–409, 414
Zilsel, Edgar: 561
Zöllner, Erich: 119

Soziologie



Juliane Karakayali, Bernd Kasperek (Hg.)

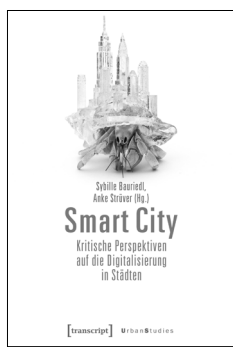
movements.

**Journal for Critical Migration
and Border Regime Studies**

Jg. 4, Heft 2/2018

Februar 2019, 246 S., kart.

24,99 €(DE), 978-3-8376-4474-6



Sybille Bauriedl, Anke Strüver (Hg.)

Smart City –

**Kritische Perspektiven auf die Digitalisierung
in Städten**

2018, 364 S., kart.

29,99 € (DE), 978-3-8376-4336-7

E-Book: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4336-1

EPUB: 26,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-4336-7



Weert Canzler, Andreas Knie, Lisa Ruhrort, Christian Scherf

Erloschene Liebe?

Das Auto in der Verkehrswende

Soziologische Deutungen

2018, 174 S., kart., zahlr. Abb.

19,99 € (DE), 978-3-8376-4568-2

E-Book: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4568-6

EPUB: 17,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-4568-2

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Soziologie



Gianna Behrendt, Anna Henkel (Hg.)
10 Minuten Soziologie: Fakten

2018, 166 S., kart.
16,99 € (DE), 978-3-8376-4362-6
E-Book: 14,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4362-0



Heike Delitz
Kollektive Identitäten

2018, 160 S., kart.
14,99 € (DE), 978-3-8376-3724-3
E-Book: 12,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3724-7



Anna Henkel (Hg.)
10 Minuten Soziologie: Materialität

2018, 122 S., kart.
15,99 € (DE), 978-3-8376-4073-1
E-Book: 13,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4073-5

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

